







*Leopold Linde*

# DIE LIVLÄNDISCHE RITTERSCHAFT

IN IHREM VERHÄLTNIS ZUM ZARISMUS  
UND RUSSISCHEN NATIONALISMUS

VON  
ALEXANDER VON TOBIEN

Dr. rer. pol. h. c. der Universität Greifswald,  
Mitglied der Herder-Gesellschaft zu Riga.

POSTUME AUSGABE

ZWEITER BAND

B E R L I N

1 9 3 0

---

VERLAG VON WALTER DE GRUYTER & CO.

VORMALS G. J. GÖSCHEN'SCHE VERLAGSHANDLUNG — J. GUTTENTAG, VERLAGS-  
BUCHHANDLUNG — GEORG REIMER — KARL J. TRÜBNER — VEIT & COMP.





Dem Gedächtnis  
HEINRICH BARON TIESENHAUSEN'S

Livländischer Residierender Landrat

1887—1902

Suaviter in modo  
fortiter in re.

## Geleitwort

Der Wunsch des am 27. Juli 1929 verstorbenen Verfassers, auch den zweiten Band dieses Werkes, an dem er viele Jahre mit voller Hingabe gearbeitet hat, noch beenden zu können, ist ihm von einem gütigen Geschick gewährt worden. Am Tage vor seiner schweren Erkrankung hat er das Schlußwort gesetzt, das für alle Zeiten sein letztes sein sollte!

Die verhältnismäßig lange Zeit von 5 Jahren, die zwischen dem Erscheinen des ersten und dem des zweiten Bandes liegt, erklärt sich dadurch, daß der Autor neben seiner beruflichen Tätigkeit und neben sozialer Arbeit veranlaßt worden war, einige wissenschaftliche Abhandlungen größeren Umfanges zu verfassen, u. a.: „Die Landschaften (Kreditsystem) im Baltenlande“, die demnächst im „Jahrbuch für Bodenkredit“ in München erscheinen sollen. Dadurch hat aber die Arbeit an diesem Buch Unterbrechungen erfahren. Der zweite Band ist umfangreicher geworden, als er ursprünglich geplant war — einige Kapitel sind nicht unbedingt zum Thema gehörig — aber er ist auf Wunsch einiger Freunde und Historiker so in den Druck gekommen, wie er als Manuskript vorlag, ohne Streichungen und wesentliche Veränderungen, die der Verfasser selbst vielleicht vorgenommen hätte, um Wiederholungen zu vermeiden. Die Veröffentlichung eines Werkes, dem die endgültige Durchsicht und der letzte Blick des Autors fehlen, bleibt immer ein Wagnis!

Mir als Gattin des Verstorbenen ist es eine schöne, wenn auch wehmütige Pflicht, allen denen Dank zu sagen, die mit Interesse für das Erscheinen dieses zweiten Bandes eingetreten sind. Leider bin ich nicht in der Lage jeden einzeln nennen zu können, möchte aber allen, besonders der „Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft“ und dem Herrn Reichstagsabgeordneten Professor Dr. Otto Hoetzsch, die beide die Drucklegung ermöglichten, auch an dieser Stelle herzlich danken.

Ferner den Herren Senator Rudolph von Freymann und cand. jur. Erwin-Erhard Aidnik, die mir freundlichst bei der Durchsicht der Korrekturbogen geholfen haben und mit gutem Rat zur Seite standen.

Herr Aidnik hat sich in uneigennützigster Weise der großen mühevollen Arbeit unterzogen, das Personen- und das Sachregister, sowie das Inhaltsverzeichnis und das der benutzten Quellen und Literatur zusammenzustellen; damit hat er sich sicher den Dank eines jeden wissenschaftlichen Lesers erworben.

Möge dieses Werk das sein, als was es vom Verfasser gedacht war: ein objektiv geschriebenes historisches Erinnerungsblatt an das Wirken und Kämpfen der Livländischen Ritterschaft und als solches — ein bleibender Gedenkstein für sie.

**Bertha von Tobien**

geb. von Holst.

Riga, Juni 1930.



# INHALTSVERZEICHNIS.

## II. BAND.

### ERSTER TEIL.

#### Wirtschaftliche Entwicklung.

##### 1. Kapitel: Die agrarrechtlichen Zustände.

##### **Die Unfreiheit der Bauern, begünstigt durch das Moskowitertum .**

1

Alt-Livlands Mangel an ackernden Händen. Fehlen eines auf Rassenverschiedenheit beruhenden Gegensatzes zwischen den Deutschen und der indigenen Bevölkerung. Keine Entfremdung des Bauernlandes. Die bäuerliche Rechtspflege. Privatrechtliche Lage und öffentlich-rechtliche Pflichten der Bauern. Überfluß an wüsten Ländereien, daher kein „Legen der Bauern“ Läuflingswesen und Schollenpflichtigkeit. Der angebliche Bauernverkauf. Die „Laßbauern“. Die Freibauern: „Kirchholmsche“ und „Kurische Könige“. Die bäuerliche Unfreiheit in Alt-Livland und die der Bauernschaft Deutschlands.

Verschärfung der Unfreiheit der Bauern während der polnischen Periode. Milde-  
rung der bäuerlichen Lage zur schwedischen Zeit. Die Bauern als gleichberechtigte Mitglieder im Kirchenkonvent. Anfänge eines Bauernschutzes. Die schwedische Güter-  
reduktion. Verhältnis zwischen den Domänenpächtern und den Bauern Livlands.

Der Nordische Krieg und seine Verheerungen. Die russische Zählung der arbeits-  
fähigen Landbevölkerung Livlands vom J. 1715. Flucht der Bauern nach Kurland  
und russische Gegenmaßnahmen; die „General-Inquisition“. Die Bauernflucht und die  
Stadt Riga. Kaiserin Katharina II. und die Bauernfrage. Der Budberg-Schradersche  
Landrechtsentwurf vom J. 1737 und die sog. Rosensche Deklaration vom J. 1739. Karl  
Friedrich Baron Schoultz von Ascheraden und sein Ascheraden-Langholmsches Bauern-  
recht vom J. 1764. Die Zeit der Statthalterschaftsverfassung in Livland (1785—1796).  
Friedrich von Sivers-Ranzen und sein Eintreten für die Bauernschaft. Lage der liv-  
ländischen Bauern um die Wende des 18. Jahrhunderts. Verkauf von Bauern. Zeit-  
genössische Urteile zur Frage des Bauernverkaufs. Die Bauernfreunde Balthasar Baron  
Campenhausen-Orellen und Ludolf August Baron Bruiningk-Hellenorm. Die Lage der  
livländischen Bauern im Vergleich mit der der Bauern in Westeuropa. Die Bauernfrage  
und Garlieb Merkel.

##### **Die livländische Bauernbefreiung und die russische Presse**

36

Kaiser Alexander I. und Friedrich von Sivers. Die livländischen Bauernverord-  
nungen von 1804 und 1809. Der Liberalismus Alexanders I. und Livland. Unterschied

in der agrarrechtlichen Struktur Livlands und Rußlands: Livland — bauerlicher Individualbesitz; Rußland — Feldgemeinschaft. Der Panslawismus, sein Eintreten für den russischen Gemeindebesitz, den „Mir“, und sein Verhalten zur livländischen Agrarfrage. Urteil Juri Samarins über die Agrargesetzgebung Livlands. Stellungnahme des russischen Agrarhistorikers Fürst A. Wassiltschikow zur livländischen Bauernbefreiung. Die Bauernemanzipation in den Ostseeprovinzen und der russische Agrarhistoriker Kawelin. Kritik der Urteile Wassiltschikows und Kawelins. Günstige Beurteilung der Agrargesetzgebung Livlands durch den livländischen Gouverneur Sinowjew. Prof. Otto Hoetzsch-Berlin über die Bauernbefreiung in Livland.

## 2. Kapitel: Agrarische Reformen.

### Gutsherr und Bauer als Berufsgenossen. . .

46

Grundsätze einer gesunden Grundbesitzverteilung. Der baltische und englische Adel, Ähnlichkeit und Unterschiede. Der baltische Edelmann als Landwirt. Der baltische Großgrundbesitzer als Wegweiser für den livländischen Bauer. Entwicklung einer wirtschaftlich selbständigen Bauernschaft in Livland.

### Reformpläne

53

Der Landwirtschaftliche Kongreß in Riga vom Februar 1881. Nichtbeteiligung seitens der lettischen landwirtschaftlichen Organisationen. Die estnische Anklage gegen die „Fron- oder Arbeitspacht“ und der wahre Sachverhalt. Der kulturelle Tiefstand des estnischen Volkssplitters der „Setukesen“ als eine Folge der russischen Agrarstruktur. Die Frage des Aufstiegs der livländischen Landarbeiter und die rechtlich festgelegten Bodenkategorien: Hofsländ, Quote und Bauernland. Minimal- und Maximalgrenzen der Rittergüter und Bauernländereien. Die rechtliche Notlage der bauerlichen Zwergpächter. Die vom Livländischen Provinzialrat und Baltischen Konseil in den Jahren 1906 und 1907 projektierte Abänderung der gesetzlichen Minimal- und Maximalvorschriften und der Widerstand der russischen Regierung. Die von der livländischen Ritterschaft im J. 1912 erstrebte rechtliche Gleichstellung der Bauerngüter mit den Rittergütern; ablehnendes Verhalten der Staatsregierung. Die livländischen Agrarverhältnisse im Gegensatz zum Fiasko der russischen Agrarreform.

Interessenlosigkeit der russischen Regierung für die Landwirtschaftspflege in Livland. Die russische Eisenbahntarif-, Kornbau- und Spiritusproduktions-Politik und die Benachteiligung Livlands. Peter Heinrich von Blanckenhagen und die „Kaiserliche Livländische Gemeinnützige und Öconomische Sozietät“ (gegr. 1792). Die Livl. Gemeinn. und Öcon. Sozietät als faktische Landwirtschaftskammer Livlands. Die „Baltische Wochenschrift für Landwirtschaft, Gewerbfleiß und Handel“. Karl von Seidlitz und das General-Nivellement von Livland (1874—1882). Die ersten landwirtschaftlichen Vereine. Die Tochtergesellschaften der Livl. Gemeinn. u. Öcon. Sozietät: Verein baltischer Forstwirte, Baltischer Samenbauverband und Baltischer Moorverein. Viktor Baron Stackelberg und das Liv-Estländische Bureau für Landeskultur (1897) und deren Unterzweige. Die „Betriebszentrale“ der Sozietät als Institut für landwirtschaftliche Konjunkturforschung. Die Russifizierungspolitik und die gescheiterte Gründung von Ackerbauschulen für das lettische und estnische Landvolk. Oskar von Samson-Himmelstjerna und das Projekt einer Landarbeiterversicherung. Der von der Livl. Gemeinn. u. Öcon. Sozietät ausgearbeitete Ansiedelungsplan. Die im J. 1906 angeregte Frage der Revision der Zwangsbestimmungen für Pachtungen. Die veraltete Agrarordnung Livlands kein Passivposten der Großgrundbesitzer, sondern lediglich eine Folge der russischen Regierungspolitik.

Die privaten Siedelungsunternehmen in Kurland. Das Siedelungsprojekt der deutschen Okkupationsmacht. Der lettländisch-deutsche Ansiedlungsvertrag vom 29. Dezember 1918.

### 3. Kapitel: Die Grundsteuerreform.....

77

Schatzfreies Hofslund und steuerpflichtiges Bauernland; geschichtlicher Rückblick. Der livländische „Haken“ und „Taler“ als Verteilungsmaßstab der Steuern. Das livländische Kataster und Livlands Steuerhoheitsrecht. Der Landtag vom J. 1864 und der Plan eines Steuerausgleichs. Die „Geld-Landesprästande“ als öffentliche Provinzialsteuern, die „Willigungen“ als private Beiträge der Rittergutsbesitzer. Die Entscheidung des Landtages vom J. 1877. Stellungnahme des Gouverneuren Sinowjew zum livländischen Steuerwesen (1886). Die Untersuchung der liv- und estländischen Steuerverhältnisse durch die russischen Revidenten Janowitsch und Rudschenko im J. 1888. Landmarschall Baron Meyendorff, Gouverneur Sinowjew und deren Pakt vom J. 1889, betr. eine Reform der Provinzialsteuern.

Landrat Baron Tiesenhausen und die Inangriffnahme der Grundsteuerreform im J. 1895. Das Steuerreformprojekt vom März 1896. Max von Sivers und die Taxation des Waldbodens. Die Frage der Bonitierung des landwirtschaftlich genutzten Bodens. Die Bevorzugung des sächsischen zentralisierten Schätzungssystems gegenüber dem dezentralisierten Schätzungsverfahren Preußens. Die Annahme des Steuerreformprojektes durch den Landtag vom J. 1898. Abfällige Beurteilung des Entwurfes durch den Gouverneuren Surowzow und den livländischen Kameralhofspräsidenten Wassiljew. Die Beratung und Ergänzung des Projektes in St. Petersburg. Die Bestätigung des Entwurfes durch das Gesetz vom 5./18. April 1901.

Vorbereitende Schritte für die Durchführung der Grundsteuerreform. Die Begründung des Livländischen Katasteramtes. Die Schätzungsinstruktion und die Schätzungstarife; Stellungnahme der Landbevölkerung zu denselben. Probeschätzungen. Die Frage der Revision der kartographischen Unterlagen. Die eingeholten Gutachten des Geheimrats Gauß-Preußen und des Oberregierungsrats Richard Kraft-Sachsen. Die Bestätigung der Instruktion und Tarife für die Schätzung durch das Finanzministerium, im Januar bzw. Juni 1904.

Die Durchführung der Grundsteuerreform. Die Gebäudeschätzung und ihre durch die russische Bürokratie verschuldeten Mängel. Die Bodenschätzung. Die steuerstatistischen Resultate und die Unkosten der durchgeführten Schätzung. Lobende Beurteilung des neuen livländischen Katasters durch das Innenministerium und seitens des Justizressorts. Weitere Schätzungsergebnisse: Einheitlichkeit der Katastrierungsergebnisse; Berichtigung falscher Grenzziehungen zwischen Hofs- und Bauernländereien. Gesetzliche Anerkennung der livländischen Schätzungsergebnisse durch die Reichsduma, am 23. Juni/5. Juli 1912.

Die Frage der Umgestaltung der Naturalprästande, insbesondere der Wegebaulast, und der Widerstand der russischen Bürokratie. Die Frage der Ausbildung von Landmessern für das Katasteramt. Jähe Unterbrechung der ritterschaftlichen Reformpläne durch den Weltkrieg.

### 4. Kapitel: Die Verkehrswege...

109

Die Verkehrswege Livlands bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts. Die ersten Eisenbahnen in Livland. Bemühungen der Ritterschaft um den Bau einer livländischen Eisenbahnmagistrale. Die Eröffnung der Riga—Pleskauer Bahn im J. 1889. Die Privatbahnen



Livlands. Statistische Daten. Die Wasserwege in Livland. Die Düna und das Problem ihrer Schiffbarmachung. Der Embach und der ehemalige Wasserweg Pernau—Peipus. Die livländische Aa und der Düna—Aa-Kanal. Die livländischen Landwege. Konflikt zwischen den Ritterschaftsorganen und der Gouvernements-Wegebehörde.

## ZWEITER TEIL.

# Die Folgen der russischen Regierungspolitik und ihres Leitsatzes: divide et impera.

## 1. Kapitel: Das Verhältnis der Letten zu ihren deutschen Heimatgenossen.

### Herrnhut in Livland

116

Die Fronverfassung in Livland und die Bauernschaft als solche. Der mehr soziale, als kirchliche Charakter der herrnhutischen Bewegung in Livland. Graf Nikolaus Zinzendorf und die Begründung der Evang. Brüdergemeinde in Herrnhut (1712). Der durch den Nordischen Krieg verursachte Mangel an Predigern in Livland. Der Pietismus und der Einzug Herrnhuts in Livland. Pastor Johann Justus Grüner-Kremon und Diakon Christian David. Die Generalin von Hallart-Wolmarshof. Johann Balthasar und Hermann von Campenhausen-Orellen. Generalsuperintendent Heinrich Brüningk. Die Familien von Campenhausen, von Bruiningk, und andere, als Förderer des Herrnhutertums in Livland. Der livländische Adel und die Brüdergemeinde. Generalsuperintendent Jakob Benjamin Fischer und sein Verhalten zur herrnhutischen Bewegung. Graf Zinzendorfs erster Besuch in Livland (1736). Die Wolmarschen Anstalten der Brüdergemeinde.

Die Krisis der herrnhutischen Bewegung. Der Umschwung in der Stellungnahme der livländischen Geistlichkeit zur Evang. Sozietät. Gräfin Zinzendorf in St. Petersburg und die Schließung der herrnhutischen Bethäuser durch Kaiserin Elisabeth (16. April 1743). Graf Zinzendorfs nochmalige Anwesenheit in und seine Verweisung aus Livland. Feindseliges Auftreten der Generalsuperintendenten Fischer, Zimmermann und Lange gegen die Evang. Sozietät (1742—1777).

Wendung zugunsten der Brüdergemeinde. Generalsuperintendent David Lenz. Kaiser Alexander I. und seine Wohlgeneigtheit Herrnhut gegenüber. Fürst Alexander Golitzin und sein Einfluß auf Alexander I. Juliane von Kruedener und ihre Bestrebungen. Das kaiserliche Gnadenmanifest für die Evang. Sozietät vom 27. Oktober 1817. Die mißglückte herrnhutische Intrige gegen die lutherische Landeskirche. Peter von Goetze.

Aufbau und Organe der Brüdergemeinde. Die soziale Bedeutung der Zugehörigkeit zur Evang. Sozietät für die livländischen Bauern. Günstiger Einfluß des Herrnhutertums auf die Kultur des Landvolkes Livlands. Urteile des Generalsuperintendenten Karl Sonntag über die Brüdergemeinde. Ausartungen innerhalb der herrnhutischen Bewegung: Mißbrauch des Loses. Verächtliches Verhalten der evangelischen Brüder den lutherischen Pastoren gegenüber.

Das Gesetz für die ev.-luth. Kirche Rußlands vom J. 1832. Generalsuperintendent Gustav Reinhold von Klot, die livländischen Predigersynoden, und ihre Stellungnahme zur Evang. Sozietät. Gesetzliche Unterordnung der Brüdergemeinde unter die lutherische Landeskirche. Die Brüdergemeinde und die griechisch-orthodoxe Konversionsbewegung. Rückgang der herrnhutischen Bewegung in Livland infolge der wirtschaftlichen Emanzipation des Landvolkes. Das Herrnhutertum Livlands — eine mehr soziale, denn kirchliche, keineswegs aber eine nationale Bewegung.

## Das Erwachen des lettischen Nationalismus

Die Nachwirkungen des Jahres 1848. Die Reaktion in Livland unter der Führung von Gustav Baron Nolcken. Anbruch der liberalen Epoche Kaiser Alexanders II. August von Oettingen, Paul Fürst Lieven und der Abschluß der livländischen Agrargesetzgebung im J. 1865.

Ursprüngliches Fehlen eines nationalen Gegensatzes zwischen deutschen und nichtdeutschen Studierenden in Dorpat. Der Dorpater „Lettische Abend“ und seine national-literarischen Ziele. Die lettische Zeitung „Mahjas Weesis“ (Der Hausgast) und ihre gegen das baltische Deutschtum gerichtete Tendenz. Rückblicke auf die ältere lettische Literatur. Pastor Gottfried Friedrich Stender als erster lettischer Profanschriftsteller. Die „Lettisch-literarische Gesellschaft“ und ihre Verdienste um die lettische Sprache. Pastor Friedrich Büttner als Bahnbrecher der lettischen Folkloristik. Die Sprachforscher Ferdinand Wiedemann und August Bielenstein.

Die lettische Residenzpresse „Peterburgas Awises“ (Petersburger Zeitungen) und ihre Tendenz. Georg Allunan. Christian Baron. Christian Waldemar als „Vater des lettischen nationalen Gedankens“. Seine Stellungnahme zum baltischen Deutschtum. Maßregelung und Eingehen der „Peterburgas Awises“. Christian Waldemars mißglückte Kolonisationsunternehmen. Waldemar in Diensten der Slawophilen Großfürst Konstantin und Katkow. Kaspar Beesbardis im Schlepptau des Panslawismus.

Die lettischen Pädagogen Otto Kronwald und Johann Zimse, und der Konflikt zwischen ihnen. Georg Neiken. Passives Verhalten des Landvolkes zum lettischen „Frühnationalismus“. Ausnutzung der lettisch-estnischen nationalen Bewegung durch die slawophile Presse. Aggressives Vorgehen des „Baltijas Semkopis“ (Der Baltische Ackerbauer) und des „Sohbugals“ (Der Spaßvogel) gegen das baltische Deutschtum. Alexander Waeber und die von ihm redigierte lettische Zeitung „Balss“ (Die Stimme). Der „Baltijas Wehstnesis“ (Der Baltische Bote) und sein Herausgeber Bernhard Dihrik. Ignorierung des ritterschaftlichen Reformwillens durch die Nationalisten. Rechtsanwalt Christian Kalning, Präses des Rigaer Lettischen Vereins, und seine Bemühungen um eine deutsch-lettische Verständigung. Die deutsche Bevölkerung Livlands und die lettisch-estnische nationale Bewegung. Nationaler „Schwindel“.

Verhalten der lettisch-estnischen Nationalisten zur Revision des Senators Manassein und zum Russifikator Gouverneur Sinowjew. Ablehnende Stellungnahme der Rigaer russischen Lokalpresse zum lettisch-estnischen Nationalismus. Umschwung in der Einstellung Alexander Waebers zum Panslawismus. Die lettische sozialistische „Neue Strömung“ und ihr Auftreten gegen den lettischen „Alt-Nationalismus“. Ernst Blanks Urteil über das Wesen der „Neuen Strömung“. Die deutschbaltische Auffassung vom Ursprung der lettischen Revolutionsbewegung des Jahres 1905/06.

## Die lettische Revolution vom Jahre 1905/06 in lettischer Beleuchtung

173

Die Revolution als eine Agrarbewegung dargestellt durch Dr. Sahlit, lettischen Vertreter in der Reichsduma. Pastor Andreas Needra über den kosmopolitischen Charakter der lettischen Revolution.

Beleuchtung der Ursachen der Revolutionsbewegung durch einen Ungenannten, wahrscheinlich den lettischen Redakteur Fritz Weinberg: Fehlen eines lettisch-nationalen Charakters der Revolution. Die sozialistische Natur der Bewegung. Die Führerrolle der sozial-demokratischen Partei. Der anti-kirchliche Charakter der Revolution. Die revolutionäre Bewegung im Baltikum — ein Teil der allgemeinen russischen sozialen Bewegung. Allgemeine Gründe der Revolution: 1. Erschütterung der zarischen und der Regierungs-Autorität; 2. engste Fühlungnahme der lettischen Sozialisten mit den russischen Revo-

lutionären. Lokale Gründe der Revolution im Baltikum: 1. Versagen der Regierungsbehörden, namentlich der Polizei; 2. der revolutionäre Terror; 3. die lettische revolutionäre Presse; 4. die nationale Ungleichheit — ein dankbarer Boden für die soziale Revolution; 5. verderblicher Einfluß der russifizierten Gemeindeschreiber und Volksschule.

Das „Ressentiment“ der lettischen Revolutionäre als Folge des Regierungsleitsatzes: „divide et impera“.

## **Patriarchalische Zustände in Livland und ihr Ende.**

182

Entzweiung der eingesessenen drei Volksstämme Livlands durch die jeweilige Fremdherrschaft. Die „gute alte Zeit“ in Livland. Garlieb Merkels und Pastor Tilings verschiedene Schilderungen über das gutsherrlich-bäuerliche Verhältnis. Der livländische Liberalismus der 40er und 50-er Jahre. Vertrauliches Verhältnis zwischen der deutschen Oberschicht und der nichtdeutschen indigenen Bevölkerung. Der Gutsherr als Rat und Helfer des livländischen Bauern. Das brutale russische Rekrutierungssystem und das Eintreten der deutschen Gutsbesitzer und Pastoren für ihre Untergebenen. Fehlen eines eigentlichen Nationalhasses in Livland.

Anbruch der neuen Zeit und der „nationalen Strömung“ Die lettische Revolution vom J. 1905/06 — ein Fiasko der russifizierenden Regierungspolitik. Widerstand der russischen Regierung gegen alle ritterschaftlichen Reformpläne und gegen eine deutsch-lettisch-estnische Verständigung. Fernliegen von Germanisierungstendenzen bei der deutschen Oberschicht des Landes. Bischof Ferdinand Walter. Mangel eines Verständigungswillens bei den lettischen Nationalisten. Der Konflikt Otto Kronwald—Pastor Bielenstein. Der deutsch-lettische Verständigungsversuch vom Mai 1905. Das chauvinistische Gebahren der lettischen Presse. Der lettische Chauvinismus während des Weltkrieges. August Winnig, deutscher Sozialdemokrat, über das Verhalten der baltischen Großgrundbesitzer zu ihren bäuerlichen Hintersassen.

## **2. Kapitel: Das Verhältnis der nordlivländischen Esten zu ihren deutschen Heimatgenossen . . . . .**

202

Rassenunterschied zwischen Esten und Letten. Das Verhältnis zwischen den Esten und den Deutschen. Die griechisch-orthodoxe Propaganda und das estnische Bittgesuch vom J. 1864 um Erstreckung der russischen Agrargesetze auf Livland. Das erste estnische Gesangsfest (1869) als Markstein in der Kulturentwicklung der Esten. Der Estenführer Karl Robert Jakobson; seine Persönlichkeit und sein Deutschenhaß. Die estnische Wochenschrift „Sakkala“ und ihre gegen das baltische Deutschtum gerichtete Tendenz. Jakobson und der estnische Pastor Jakob Hurt. Die estnische Deputation am Kaiserhofe vom J. 1881 und Jakobsons Petition an das Innenministerium. Harry Jannsen und die estnische Orientierung des von ihm in deutscher Sprache herausgegebenen Wochenblattes „Die Heimat“ Die Gärung innerhalb der estnischen Landbevölkerung, geschürt von griechisch-orthodoxen Priestern und von den Sozialdemokraten. Die estnische „Alexanderschule“. Gründe des passiven Verhaltens der Deutschen zur Idee der Alexanderschule. Das estnische Parteigezänk um die Alexanderschule. Die Manasseinsche Senatorenrevision und die estnisch-lettischen Massenpetitionen. Die Russophilie der estnischen Führer. Adolf Grenzstein und der „Olewik“ (Die Gegenwart). Der estnische Marinearzt Heinrich Rosenthal.

Der erwachende estnisch-lettische Nationalismus — eine für die russische Regierung unerwartete Folge ihrer Russifizierungspolitik. Infizierung der estnischen Bevölkerung durch sozialistische Ideen. Vergebliche Bemühungen der liv-estländischen Ritter-



schaften um eine deutsch-estnische Verständigung. Ausbruch der russischen Revolution vom J. 1917.

Proklamierung der Republik „Eesti“ am 24. Februar 1918. Besetzung Nordlivlands und Estlands durch die deutschen Truppen. Verhängnisvolle Mißgriffe der deutschen Okkupationsgewalt. Die bolschewistische Invasion. Die Befreiung Estlands von den Bolschewiken und das „Baltenregiment“. Ausbau der Republik „Eesti“ auf Kosten der deutschen Mitbürger. Der Radikalismus des estländischen Agrargesetzes vom 10. Oktober 1919.

### 3. Kapitel: Liv- und Estlands staatsrechtliche Loslösung von Rußland.

#### Vor der Entscheidung.

219

Fehlen einer deutschen Irredenta in den baltischen Provinzen. Das loyale Verhalten der deutschen Bevölkerung des Baltikums zur russischen Monarchie. Die Bedrängnisse der Deutschbalten während des Weltkrieges. Die Verleumdung der Deutschen durch die nichtdeutschen Heimatgenossen. Das Los der nach Sibirien verschickten Balten. Schließung aller deutschen Schulen und Verbot der deutschen Umgangssprache. Evakuierung der Rigaer Industriebetriebe im J. 1915. Eroberung Kurlands durch die deutsche Heeresmacht.

Ausbruch der russischen Revolution im J. 1917. Die Zügellosigkeit des russischen Militärs. Die Eroberung Rigas und der baltischen Inseln Oesel, Dagoe usw. durch das deutsche Heer. Die Pöbelherrschaft in Liv- und Estland. Der Terror der „Arbeiter- und Soldaten-Revolutions-Komitees“ und der „Roten Garde“. Der „Baltische Hilfsausschuß“ in Stockholm. Heinrich von Stryk-Tignitz und seine Bemühungen in Berlin. Machtlosigkeit der russischen Temporären Regierung. Das baltische Hilfsgesuch an die deutsche Regierung vom Oktober-November 1917. Kundgebungen der liv- und estländischen Bevölkerung für Loslösung von Rußland und Anschluß an Deutschland. Die Beschlüsse der liv- und estländischen Ritterschaften vom November-Dezember 1917.

#### Das staatsrechtliche Verhältnis Livlands zum Russischen Reich.

228

Die auf Grund der Friedensverträge von Nystadt (1721) und Abo (1743) völkerrechtlich stipulierte autonome Stellung der „Provinz“ Livland. Die wesentlichsten Merkmale der livländischen Autonomie. Kaiserin Katharina II. und die Einführung der „Statthaltertschaftsverfassung“ in Liv- und Estland. Wiederherstellung des früheren Rechtszustandes durch Kaiser Paul. Die Regierung Kaiser Alexanders I. Der kaiserliche Günstling Troschtschinsky und sein mißglückter Angriff gegen die Sonderstellung Livlands. Erweiterung der sog. „Majestätsklausel“ durch Alexander I. Gustav Freiherr von Rosenkampf und sein Eintreten für die Rechte Livlands. Inangriffnahme der Herausgabe eines baltischen Provinzialgesetzbuches (1818). Die Regierungsepoche Kaiser Nikolais I. Kodifikation des liv-, est- und kurländischen Provinzialrechts (1845). Beginn der Russifizierungsmaßnahmen. Herabdrückung der bisher als herrschend anerkannten evangelisch-lutherischen Landeskirche der Ostseeprovinzen zu einer bloß geduldeten. Aufhebung der Titulatur: „Ritterschaft des Herzogtums Livland“. Ausdehnung der russischen Straf- und Prozeßrechte auf Liv-, Est- und Kurland. Einsetzen der griechisch-orthodoxen Konversionspropaganda. Kaiser Alexander II. und sein zwiespältiges Verhalten den Ostseeprovinzen gegenüber. Aufhebung des Baltischen General-Gouvernements (1876). Die Ära Kaiser Alexanders III. Die russifikatorische Mission des Großfürsten Wladimir. Gleichstellung Liv-, Est- und Kurlands mit den übrigen russischen Gou-

vernements (1892). Kaiser Nikolai II. und sein schwankender Charakter. Die völkerrechtliche Berechtigung der Loslösung Liv- und Estlands vom vertragsbrüchigen Rußland.

## Die Entscheidung

235

Der deutsch-russische Waffenstillstand und die Nichträumung Liv- und Estlands durch das russische Heer. Sprengung des in Estland konstituierten estnischen Landtages durch die Bolschewiken. Fühlungnahme estnischer Autonomisten mit der englischen Regierung. Der lettische Selbstverwaltungsrat und der lettische Kongreß der Landlosen in Südlivland. Die zügellose russische Soldateska in Liv- und Estland. Die Unabhängigkeitserklärung Livlands und Estlands vom 27. Januar 1918, überreicht dem Vertreter der russischen Regierung Worowski und dem deutschen Gesandten von Lucius in Stockholm. Immediatgesuch der Vertreter der liv- und estländischen Ritterschaften an Kaiser Wilhelm II., vom 5. Februar 1918. Verhaftung führender Persönlichkeiten Estlands durch die Bolschewiken. Hilfsgesuch der estländischen Ritterschaftsvertreter an den König von Sachsen, an den Generalfeldmarschall v. Hindenburg und an den Deutschen Kaiser. Gegenmaßnahme der Bolschewiken: Erklärung des ganzen baltischen Adels als außerhalb des Gesetzes stehend. Verschleppung von Deutschbalten nach Jekaterinenburg und Krasnojarsk. Hilfsgesuch estnischer Kleingrundbesitzer bei der deutschen Heeresleitung um Schutz vor den Bolschewiken. Die Besetzung Liv- und Estlands durch die deutschen Truppen. Die liv-estländische Deputation im kaiserlichen Hoflager am 23. Februar 1918. Kaiser Wilhelm II. und sein Interesse für die baltischen Länder.

Die unvollkommene Regelung der baltischen Frage durch den Brest-Litowsker Friedensvertrag. Der livländische Landtag vom März 1918. Einberufung einer alle Nationalitäten und Berufsstände repräsentierenden livländischen Landesversammlung. Zusammensetzung und Eröffnung der Landesversammlung in Riga am 10. April 1918. Protest estnischer Vertreter gegen den ständisch-aristokratischen Modus der Wahl in die Landesversammlung. Der liv-estländische Vereinigte Landesrat und seine Beschlüsse vom 12. April 1918, betr. Loslösung von Rußland und Bildung eines baltischen monarchisch-konstitutionellen Staates in engster Verbindung mit dem Deutschen Reiche. Eduard Baron Dellingshausens Unterhandlungen mit dem deutschen Reichskanzler Graf Hertling. Die liv-estländische Note an den russischen Bevollmächtigten in Berlin, vom 13. Mai 1918, und die Verweigerung ihrer Annahme durch Joffe. Protest estnischer linksstehender Organisationen gegen die Beschlüsse des Vereinigten Landesrates. Joffes Note vom 26. Mai 1918 an den Staatssekretär von Kühlmann. Der Ergänzungsvertrag vom 27. August 1918 zum Brest-Litowsker Frieden und der Verzicht Rußlands auf die Staatshoheit über Estland und Livland. Die Erklärung der Unabhängigkeit Livlands, Estlands, Rigas und Oesels durch Kaiser Wilhelm II., vom 22. September 1918. Ablehnende Stellungnahme des deutschen Bundesrates zur Frage einer Personalunion der Baltischen Lande mit Preußen. Umwandlung der Militärverwaltung der Baltischen Lande in eine Zivilverwaltung. Der am 7. November 1918 kreierte baltische „Regentschaftsrat“ und seine Zusammensetzung. Die vom Vereinigten Landesrat fixierten wesentlichsten Grundsätze einer baltischen Verfassung.

Der Ausbruch der Revolution in Deutschland. Die Formierung der „Baltischen Landeswehr“. Ernennung des Hamburger Sozialdemokraten August Winnig zum deutschen Reichskommissar für die Baltischen Lande. Die Proklamierung der Republik Lettland am 18. November 1918 und die dagegen eingelegte Verwahrung des baltischen Regentschaftsrates. Verhandlungen August Winnigs mit den Regierungen Estlands und Lettlands. Die Beendigung der Tätigkeit des baltischen Regentschaftsrates. Der 28. November in der Geschichte Livlands.

#### 4. Kapitel: Die Entstehung des Lettländischen Staates.

253

Die Staatswerdung Lettlands keine Folge des lettischen Revolutionsjahres 1905/06, sondern die der russischen Revolution vom J. 1917. Der Freiheitstaumel in Riga vom März 1917. Der all-lettische Kongreß zu Wolmar (12.—13./25.—26. März 1917) und die Ausrufung einer autonomen Republik „Latwija“. Der zeitweilige livländische Landesrat in Riga. Die Rigaer lettischen Parteien. Überhandnahme der Macht der Landarbeiter. Die radikalen Beschlüsse des Landarbeiterkongresses vom April 1917. Die Exekutivkomitees: „Iskosol“, „Iskorad“ und „Iskolastrell“. Der Petersburger bolschewistische Zentral-Konvent. Ablehnendes Verhalten der Russen zur Idee einer selbständigen „Latwija“. Die Uneinigkeit im lettischen Lager. Radikalismus der lettischen Schützenregimenter. Schwindender Einfluß der lettischen Abgeordneten Goldmann und Sahlit. Die Republik „Latwija“ gedacht als Teil des russischen demokratischen Gesamtreiches. Wüten des lettischen „Iskowend“ in der Kreisstadt Wenden. Sturz der russischen Temporären Regierung durch die Bolschewiken. Besetzung Liv- und Estlands durch die deutschen Truppen.

Die Siedlungspläne der deutschen Okkupationsmacht in Kurland. Mißgriffe der deutschen Militärgewalt: Schwerfälligkeit der militärisch organisierten Verwaltung; die verhängnisvolle Beseitigung der altbewährten Gemeindeverwaltungen; bureaukratische Regelung des Schulwesens und des Sprachunterrichts. Die Umwandlung der Militärverwaltung des Landes in eine zivile. Die Mission des Hamburger Sozialdemokraten August Winnig.

Das lettische Flüchtlingskomitee in Petersburg und sein maßgebender Einfluß. Das Stockholmer lettische Informationsbureau. Beteiligung lettischer Vertreter an den Versailler Friedensverhandlungen. Der lettische Nationalrat zu Walk unter Vorsitz des Advokaten V. Samuels und der Rigaer lettische „demokratische Block“ unter Führung des Agronomen K. Ulmanis. Einigung der beiden Gruppen auf ein gemeinsames Programm, die sogenannte Plattform des lettischen Volksrates. Die Zusammensetzung des Volksrates. Anfängliche Nichtbeteiligung der „Minoritäten“.

Die Proklamierung der Republik „Lettland“ am 18. November 1918. Anerkennung der Temporären Regierung Lettlands durch den Generalbevollmächtigten des Deutschen Reiches, August Winnig, vom 26. November 1918. Der Schutzvertrag zwischen Lettland und dem Deutschen Reiche vom 29. Dezember 1918, und seine Nichterfüllung durch die lettländische Regierung. Das Problem der Teilnahme der deutschen Bewohner Lettlands an der neuen Staatsbildung. Die deutsch-lettischen Unterhandlungen und August Winnigs Vermittlungsversuche. Die Deutsch-baltische Fortschrittliche Partei und ihre Stellungnahme zum Volksrat. Das weitere Verhalten des Deutschtums Lettlands zur jungen Republik. Aufruf der deutschen Parteien Lettlands an die Deutsch-Balten im Auslande vom 18. Februar 1920, und die Resolution der zu Berlin versammelten Balten vom 25. März 1920. Anerkennung der Republik Lettland durch die Friedensverträge mit Deutschland und Rußland, und durch den Botschafterrat der Alliierten in Paris. Chauvinistisches Vorgehen gegen die deutschen Staatsangehörigen Lettlands.

#### 5. Kapitel: Die nationale Umschichtung des Vermögens.

##### Die Enteignung des Großgrundbesitzes

267

Das Schicksalsjahr 1919. Die „Baltische Landeswehr“ und ihre Verdienste. Die Deutschen Lettlands als „Mußbürger“.



Der deutsche Großgrundbesitz. Die Grundbesitzverteilung in Liv- und Kurland im allgemeinen und die der landwirtschaftlich genutzten Fläche allein. Die ungünstigen Boden- und klimatischen Verhältnisse im Baltikum und die durch sie bedingte Größe der Landwirtschaftsbetriebe. Der Siedlungsplan der Livländischen Gemeinnützigen und Ökonomischen Sozietät vom J. 1906. Die ritterschaftlichen Agrarreformvorschläge vom Februar 1920 und ihre Nichtbeachtung. Der kraß nationalistische Geist der Agrardebatten in der Konstituante Lettlands. Die Motive der sogenannten Agrarreform: Die „Sühneforderung“ — Wiedergutmachung des von den Deutschen vor 700 Jahren angeblich begangenen Raubes. Die „Freilassung“ der livländischen Bauern im Jahre 1819 ohne Zuspreehung von Land — kein „teuflischer Kniff der Barone“. Die livländische Bauernbefreiung und der damalige Zeitgeist. Der „Bauernlandverkauf“ der 50er und 60er Jahre kein eigentlicher „Verkauf“ von Land, sondern nur eine „Ablösung“ der auf dem Bauernlande ruhenden Pflichten. Das Argument der „Vergeltung für die Leiden des Volkes“ und seine Nichtberechtigung. Die gegen den baltischen Adel gerichtete Spitze der lettländischen „Agrarreform“. Anwendung doppelten Maßes gegenüber dem deutschen Gutsbesitzer und dem lettischen Großbauer, dem sogenannten „grauen Baron“. Zynische Motivierung der Gewährung eines „Restgutes“ an die ehemaligen Großgrundbesitzer. Die Frage der Geldentschädigung für die enteigneten Rittergüter. Untragbarkeit einer gerechten Entschädigung für den lettländischen Staatsäckel. Das lettische Entschädigungsprojekt und seine Ablehnung durch die deutschen Abgeordneten. Der lediglich nationale und sozialpolitische Charakter des Agrarreformgesetzes Lettlands.

## Agrarreformen in anderen Staaten .

..

278

Die Agrarreformbewegung in Europa im allgemeinen. Das Reichssiedlungsgesetz Deutschlands vom J. 1919. „Respektierung des Rechtes der Bodeneigentümer“ in Italien. Die Siedlungspolitik Großbritanniens: Schaffung kleiner Bauernstellen in England seit 1907. Bescheidene Ergebnisse des seit 1887 begonnenen Ansiedlungswerkes in Schottland. Die verfehlte irländische Agrargesetzgebung vom J. 1881. Überwiegen des Bauernstandes in den skandinavischen Staaten. Die Grundbesitzverteilung in Dänemark und Vermeidung eines „Druckes von oben“ bei der Durchführung der Kleinsiedlungsarbeiten. Bäuerlicher Charakter der Bodenverteilung in Schweden; die Auswanderung der Schweden und die Schaffung eigener Landstellen für die Landarbeiter. Die Heimstättenbewegung in Norwegen. Die agraren Verhältnisse Finnlands. Die finnische Agrarfrage im Zusammenhang mit der vordringenden Holzindustrie. Die „Lex Kallio“ vom 25. November 1922 und seine Bestimmungen; Unzufriedenheit der Finnländer mit der „Lex Kallio“. Politischer Charakter der Agrarreform in Rumänien, namentlich in Siebenbürgen und Bessarabien. Das gemäßigte Agrargesetz Ungarns vom 7. September 1920. Nationalpolitische Tendenz der Bodenreform in der Tschechoslowakei. Die Agrargesetzgebung Polens, namentlich in den ehemals preußischen Gebieten, und ihr nationalistischer Leitsatz: „Die polnische Erde dem polnischen Bauern“ Nationalpolitische Ziele und Durchführung der Bodenreform in Litauen.

Der beispiellose Radikalismus des Agrargesetzes der Republik Eesti vom 10. Oktober 1919. Das estländische Agrargesetz ein reines, gegen die Deutschen gerichtetes Klassengesetz. Enteignung auch der Kaufmanns- und Handwerkerkilden, sowie der Revaler Domkirche. Struktur der Grundbesitzverteilung Estlands. Wirtschaftliches Fiasko der estländischen Agrarumwälzung. Die geplante Revision der übereilten Agrargesetzgebung.

**Die Agrarrevolution in Lettland**

.. 293

Die von der Agrarumwälzung betroffenen landwirtschaftlichen Objekte. Ent-eignung des vorwiegend in deutschen Händen befindlichen Grundbesitzes. Der staatliche Landfonds und seine Zweckbestimmung. Ablehnung des Entschädigungsprojektes durch den Landtag im J. 1924. Struktur der Bodenbesitzverteilung in Lettland. Agrarstatisti-sche Resultate der bisher in Südlivland und Kurland durchgeführten „Agrarreform“ Der Bestand des deutschen Grundbesitzes nach der Umwälzung. Die Lage der Besitzer von „Restgütern“. Die Verwahrlosung der ehemaligen Gutshöfe.

Die wirtschaftlichen Folgen der „Agrarreform“. Der landwirtschaftliche Raubbau der Neusiedler. Die Landarbeiterfrage und die schwierige Lage der Altwirte. Rück-gang des Kornbaus und Verfall der Meliorationsanlagen. Die Flachsproduktion. Vieh-wirtschaft, Butterexport und Viehbestand. Die Schweinezucht. Die Waldwirtschaft; Errichtung der Neuwirtschaften und Raubbau am Walde. Die Verschuldung der Neu-siedler und Altwirte. Das Auslandskapital und die Frage der Goldhypothecken. Das Problem einer Revision des überstürzten Agrargesetzes. Der Getreideimport Lettlands vor und nach der Agrarumwälzung. Die „Agrarreform“ und die wirtschaftliche Lage des lettländischen Deutschtums.

**6. Kapitel: Die Auflösung der Livländischen Ritterschaft .. .... 309**

Die Eile im Vorgehen gegen die Ritterschaften Livlands und Kurlands. Die Vorlage betr. Auflösung der Ritterschaften — der erste, der Konstituante Lettlands vorgelegte Gesetzesentwurf. Die Aufhebung der Adelskorporationen eine angebliche „Lebensbedingung“ des lettländischen Staates. Der Rechtsstandpunkt der juridischen Kommission der Konstituierenden Versammlung. Die Rechtsbewahrungen der liv- und kurländischen Ritterschaften, unter Hinweis auf die „Ritterhausordnung“ Finnlands. Protest des Abgeordneten Wilhelm Baron Fircks gegen die Aufhebung der Adelskorporationen. Das von der Konstituante Lettlands am 29. Juni 1920 verabschiedete Gesetz über die Auflösung der Ritterschaften von Livland, Kurland und Pilten.

Die letzte Plenarversammlung der livländischen Ritterschaft vom 5. April 1920. Die letztwilligen Verfügungen der Ritterschaft und ihre Ignorierung durch die Regie-rung Lettlands. Die letzte Plenarversammlung des livländischen Adelskonvents vom 1. Juli 1920.

**Schlußwort. .... 314****Anlagen:**

Anlage 1: Die Unabhängigkeitserklärung der Ritterschaften Liv- und Estlands vom 27. Januar 1918 .....	320
„ 2: Immediatesuch der Vertreter der Livländischen und der Estländischen Ritterschaften an Kaiser Wilhelm II., Berlin 5. Februar 1918 .....	321
„ 3: Hilfsesuch der Vertreter der Estländischen Ritterschaft, gerichtet an den König von Sachsen .....	324
„ 4: Desgleichen, an den Generalfeldmarschall von Hindenburg .....	325
„ 5: Desgleichen, an Kaiser Wilhelm II. ....	325
„ 6: Telegramm des bolschewistischen „Iskowend“ in Wenden, vom 19. Februar 1918, an die Soldaten- und Landlosen-Räte in Wolmar, Walk, Smilten, Fellin, Reval und Dorpat: Befehl, den Bestand der deutschen Reaktion zu verhaften und in das Innere Rußlands zu verschicken .....	326

## XVIII

Anlage	7: Ansprache des Vertreters der Livländischen Ritterschaft, Heinrich von Stryk, gerichtet an den Deutschen Kaiser in Homburg vor der Höhe am 23. Februar 1918 .....	327
„	8: Erwiderung des Deutschen Kaisers auf die Ansprache des Vertreters der Livländischen Ritterschaft, ebenda .....	328
„	9: Telegramm des Deutschen Kaisers vom 10. März 1918 an den livländischen residierenden Landrat Wilhelm Baron Staël von Holstein in Riga .....	329
„	10: Note der Vertreter Livlands und Estlands an den Bevollmächtigten der Regierung der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik, Joffe, Berlin 13. Mai 1918 .....	329
„	11: Eduard Freiherr von Dellingshausen an den Reichskanzler Graf Hertling, Berlin, 14. Mai 1918.....	331
„	12: Note Joffes an Kühlmann, vom 26. Mai 1918 ... ..	331
„	13: Erklärung der Unabhängigkeit Livlands, Estlands, Ösels und Rigas durch Kaiser Wilhelm II., vom 22. September 1918 .....	332
„	14: Bittgesuch der Stadt Petschur und des von den „Setukesen“ bewohnten Teiles des Gouvernements Pleskau um Vereinigung mit Livland oder Estland, vom 26. Oktober 1918 .....	333
„	15: Gesuch der Bewohner Lettgallens um Anschluß an den Baltischen Staat, vom 3. November 1918 .....	335
„	16: Protest von Wilhelm Baron Fireks, verlautbart in der Konstitutierenden Versammlung im Mai 1920, gegen die Aufhebung der Adelskorporationen.....	336
„	17: Rede des Landrats Arvid von Strandmann in der letzten Plenarversammlung des Livländischen Adelskonvents vom 1. Juli 1920 .....	337
„	18: Schluß-Rede des baltischen Geschichtsforschers Dr. h. c. Hermann von Bruningk auf derselben Versammlung .....	338

<b>Verzeichnis der benutzten Quellen und Literatur</b>	340
--	-----

<b>Personen-Register .</b>	380
----------------------------	-----

<b>Sachregister</b>	395
---------------------	-----

# ERSTER TEIL

## Wirtschaftliche Entwicklung

---

### I. Kapitel

#### Die agrarrechtlichen Zustände

##### **Die Unfreiheit der Bauern, begünstigt durch das Moskowitertum**

Vom Beginn der Kolonisierung Alt-Livlands an bis zum Abschluß der Bauernbefreiung im 19. Jahrhundert ist eine Tatsache für die livländische Agrarpolitik maßgebend gewesen: der Mangel an ackernden Händen. Der von der gebietenden deutschen Oberschicht als überaus drückend empfundene geringe Bestand ländlicher Arbeitskräfte hat zu allen Zeiten dazu geführt, mit diesem Kapital haushälterisch und schonend umzugehen. Vielleicht am deutlichsten tritt das in der Epoche der Kolonisierung zutage.

Alt-Livland war bekanntlich eine überseeische Kolonie des Deutschen Reiches, denn der Landweg war seit der verhängnisvollen Schlacht bei Tannenberg (1410)<sup>1</sup> durch das Preußen vorgelagerte Litauen vom Mutterlande abgeschnitten. Auf dem Seewege aber konnte sich nur ein spärlicher Zuzug entwickeln, denn Bauern, die zu Wasser hätten nach Livland ziehen mögen, gab es nicht. In Preußen war genug Siedungsland vorhanden, das näher und bequemer zu erreichen war, als das unwirtliche Livland<sup>2</sup>. Die deutschen Kolonisatoren mußten sich daher mit der Tatsache abfinden, daß sie es dauernd mit einer fremdstämmigen Landbevölkerung zu tun haben würden, die, wenn auch dünn gesät, ihnen doch zahlenmäßig überlegen und nicht wohlgesinnt war. Diese Lage der Dinge zwang die deutschen Ritter und Mönche dazu, den Einge-

---

<sup>1</sup> Oskar Stavenhagen: „Livland und die Schlacht bei Tannenberg“, „Baltische Monatsschrift“ 54. Band, 1902, S. 235 ff.

<sup>2</sup> Dr. Astaf von Transehe-Roseneck: „Die Entstehung der Schollenpflichtigkeit in Livland“ 23. Band der „Mitteilungen aus der livländischen Geschichte“, Riga, 1924, S. 488 ff. Jürgen Freiherr von Hahn: „Die bäuerlichen Verhältnisse auf den herzoglichen Domänen Kurlands im 17. und 18. Jahrhundert“. Freiburger Inaugural-Dissertation, Karlsruhe 1911, S. 27.

borenen mit Milde zu begegnen und einen wirtschaftlichen Druck möglichst zu vermeiden.

Die sowohl von der deutschen, wie auch von der lettischen Forschung festgestellte Tatsache, daß den Sippenhäuptlingen der Eingeborenen nicht nur ihre alten Grundbesitzerrechte erhalten blieben, sondern, daß sie auch in den Stand der kleinen Lehnsleute übergeführt wurden<sup>1</sup>, läßt die Annahme einer, auf Rassenverschiedenheit beruhenden, Gegnerschaft der Deutschen und der indigenen Bevölkerung nicht zu. Die Fürsorge der Landesherren und Stände für die bauerliche Bevölkerung beweist vielmehr deutlich, daß die Beziehungen der deutschen Oberschicht zur undeutschen Unterschicht den Charakter eines ausgeprägten Tutelverhältnisses gewonnen hatte. Die allgemeine Landesordnung von 1422, Januar 28, enthielt das Gebot des sonntäglichen Kirchenbesuches, die Anordnung der Belehrung des Landvolkes durch die Pfarrer, das Verbot des Handels während der Kirchenzeit und des Wuchers, vor allem aber Bestimmungen über den Schutz der Ehe in weitem Maße<sup>2</sup>. Die wenig später vom Rigaschen Provinzialkonzil im Februar 1428 veröffentlichten Statuten ergänzen die Landesordnung erheblich, indem sie auch die bauerliche Sonntagsarbeit während der Kirchenzeit untersagen, das Preisdrücken im Bauernhandel mit Strafen bedrohen, den Pfarrern und Kaplanen die Kenntnis und den Gebrauch der Volkssprachen vorschreiben, sowie die Eisen- und Wasserprobe verbieten<sup>3</sup>.

Daß das Bauernland den Bauern nicht entfremdet werden dürfe, war ein Grundsatz, der um 1533 besonders manifest verkündet wurde<sup>4</sup>.

Auf dem Gebiete der Rechtspflege wurde dem Bauernstande Alt-Livlands in ausgeprägtem Maße der Schutz seiner Eigenart zuteil. Im Kriminalverfahren mußte das Urteil über den Angeklagten von dessen Standesgenossen gefunden werden. Der auf den Lehnsgütern die Gerichtsgewalt ausübende Vasall zog zwei Vasallen seines Territoriums zur Urteilsprechung hinzu. Diese drei bildeten den Gerichtshof, der jedoch nur das von den bauerlichen Rechtsfindern vorgelegte Urteil zu verkünden hatte<sup>5</sup>. Bei der Rechtsprechung mußten die bauerlichen Rechtsfinder sich nach dem für die Bauern geltenden Gewohnheitsrecht, das als Landrecht galt, richten. Auf den Stiftsgütern präsiidierte dem Gericht der Stiftsvogt, auf den Ordensgütern der zuständige

<sup>1</sup> Leonid Arbusow: „Die altlivländischen Bauernrechte“, Sonderabdruck aus dem 23. Band der „Mitteilungen aus der livländischen Geschichte“, Riga 1924, S. 89, Nr. 3, 492, Nr. 15. Transehe: „Schollenpflichtigkeit“, S. 500. (R. Klaustin): „Lettischer Grundbesitz während der Ordenszeit“, „Baltische Monatsschrift“ 70. Band, 1910, S. 246 und 71. Band, 1911, S. 441 und 443. Bezüglich Estland siehe Dr. Paul Johansen: „Siedlung und Agrarwesen der Esten im Mittelalter“, 23. Band der „Verhandlungen der Gelehrten Estnischen Gesellschaft“, Dorpat 1925, S. 6.

Die entgegengesetzte Ansicht von Dr. M. Walters: „Lettland, seine Entwicklung zum Staat und die baltische Frage“, 1923, S. 41, stützt sich auf veraltete Quellen.

<sup>2</sup> Arbusow: „Bauernrechte“, S. 93, Nr. 18.

<sup>3</sup> Ebenda: S. 94, Nr. 20.

<sup>4</sup> Ebenda: S. 115, Nr. 44.

<sup>5</sup> Transehe: „Schollenpflichtigkeit“ a. a. O. S. 514.

Gebietiger. Die Gerichtsverhandlungen fanden zu bestimmten Zeiten und an bestimmten Orten statt<sup>1</sup>.

War schon das Bauernland, das „Erbe“, dem Bauernstande gesichert, so blieb die fahrende Habe dem Eingeborenen unter allen Umständen auch dann erhalten, wenn er von einem Ort an einen andern versetzt wurde. Das Gebiet des Familien- und Eherechtes, das in der erwähnten „Landesordnung“ von 1422 besonderen Schutz genoß, war nicht etwa durch die Notwendigkeit der Erwirkung erbherrlicher Heiratslizenzen verunstaltet<sup>2</sup>.

Unterstanden die Bewohner der Kolonie schützenden öffentlich-rechtlichen Gebilden, so mußte es natürlich auch Abgaben geben, die von den Untertanen ihren Gebietigern zu leisten waren.

Der Bauer hatte der Kirche Abgaben in natura und in Geld zu zahlen, den Grundherrschaften Landesprodukte zu liefern. Die Dienste der Eingeborenen waren anfangs gering und beschränkten sich auf Heeresfolge, Burgen-, Kirchen- und Wegebau. Mit der fortschreitenden wirtschaftlichen Entwicklung wuchsen jedoch die Dienste, für deren Erhöhung die Tatsache von Bedeutung wurde, daß die Bischöfe und der Orden, alsdann auch die Vasallen, selbst Landwirtschaft zu treiben begannen<sup>3</sup>.

Mit dem Eintritt ruhigerer Zeiten war es natürlich, daß der Ritter von seiner sicheren Burg oder seinem befestigten Hause aus, nach dem Vorbilde seiner niedersächsischen Heimat, landwirtschaftliche Anwesen, Vorwerke, zu gründen suchte, die die seinem Haushalte notwendigen landwirtschaftlichen Bedarfsartikel erzeugten und die nicht immer sicheren Lieferungen der Hintersassen ergänzten. Solche Vorwerke oder Gutshöfe wurden entweder auf dem, ein Allgemeingut bildenden, Waldboden, oder auf unbesetztem, „wüstem“ Bauernlande errichtet. Wüster Bauernländereien aber gab es übergenug, weil die ewigen Kriege das Land immer wieder entvölkerten<sup>4</sup>. Wo unbesetzte Bauernländereien, „wüste Haken“, nicht zur Verfügung standen, mußte bebautes Land von den eingeborenen Besitzern gekauft, oder unbebautes gerodet werden<sup>5</sup>. Ein „Legen der Bauern“ fand also nicht statt und wäre eine Torheit gewesen, denn in dem menschenarmen Lande, das sich keines Zuzuges bäuerlicher Elemente aus dem Auslande erfreute, bedeutete der auf seinem Hof sitzende Bauer ein Kapital,

---

<sup>1</sup> Arbusow: „Bauernrechte“ a. a. O. S. 16.

<sup>2</sup> Dr. Hermann von Bruiningk: „Der Livl. Güterurkunden II. Band“, in: „Mitteilungen aus der livl. Geschichte“, 21. Band, 4. Heft, Riga 1924, S. 12 ff.

Transehe: „Schollenpflichtigkeit“ a. a. O. S. 518.

<sup>3</sup> Otto Mueller: „Die Livländische Agrargesetzgebung“, Riga 1892, S. 3.

Transehe: „Schollenpflichtigkeit“ a. a. O. S. 522 ff.

A. Schwabe: „Courte Histoire agraire de la Lettonie“, Riga 1926, S. 10 ff.

Johansen: „Siedlung und Agrarwesen der Esten im Mittelalter“ a. a. O. S. 26 ff.

<sup>4</sup> L. Arbusow: „Grundriß der Geschichte Liv-, Est- und Kurlands“ 4. Auflage, Riga, 1918, S. 213.

<sup>5</sup> Transehe: a. a. O. S. 523.

Johansen: a. a. O. S. 101 ff.

das zu verschleudern der Ritter sich wohlweislich hütete. Er steigerte wohl die bäuerlichen Dienste zum Besten seines landwirtschaftlichen Betriebes, vertat aber nicht deren Quelle, die bäuerliche Arbeitskraft, die ihm überdies den Bezug von mancherlei Gefällen sicherte. Die wüsten Stellen aber schlechtweg mit den Hofsländereien zu vereinigen, kam ihm gar nicht in den Sinn, weil diese ohne Arbeitskräfte tot dagelegen hätten. Er war also beflissen, die wüsten Stellen, deren die Kriegsfurie in Mengen entstehen ließ, möglichst bald zu besetzen. Mit der Besetzung allein war es jedoch nicht getan, sondern es galt auch die neuen Bauernhöfe zu bebauen, die neuen Wirte mit lebendem und totem Inventar auszustatten. Wie sich dieser wirtschaftliche Vorgang vollzog, können wir hier nicht verfolgen<sup>1</sup>. Ebensowenig kann hier die Frage erörtert werden, wann in Alt-Livland der herrschaftliche Gutsbetrieb aus der öffentlich-rechtlichen Grundherrschaft hervorgegangen ist, ob früher oder später, als im Mutterlande. Es genüge zu wissen, daß der Bauer durch seine Verschuldung an den „Erbherrschaft“ in privatrechtliche Abhängigkeit geraten, sich durch „Verstreichen“ den Forderungen des Herrn zu entziehen suchte.

Das Läuflingsunwesen bildete das schwerste Hindernis, das sich einer Entwicklung der von der Zeit geforderten gutsherrlichen Landwirtschaft entgegenstellte. Daher erfolgten die sogenannten „Einigungen“, in denen von den Landesherren und den Ständen allgemein gültige Normen über die Ausantwortung von Läuflingen und deren Behandlung festgesetzt wurden<sup>2</sup>. Damit war die Schollenpflichtigkeit der Bauern öffentlich-rechtlich anerkannt, die nach damaliger Rechtsanschauung um so weniger vermieden werden konnte, als im ersten Viertel des 15. Jahrhunderts Livland beständig von Mißwachs, Hungersnot und schweren Seuchen heimgesucht worden war, was einen empfindlichen Niedergang des Wohlstandes des flachen Landes zur Folge hatte und in den Bauern den Trieb zur Flucht in die Städte hervorrief<sup>3</sup>.

Die nächste Folge der Schollenpflichtigkeit zeigte sich in Rechtsgeschäften mancherlei Art. Entwichene Bauern werden gegen Übernahme ihrer Schuldverbindlichkeiten an den Erbherrn demjenigen Grundherrschaft gelassen und gegönnt, auf dessen Territorium sie sich geflüchtet haben. Bei dem Verkauf oder der Verpfändung von Gütern wird dem Käufer, oder dem Pfandhalter, auch der Anspruch auf die verstrichenen Bauern zediert. Entlaufene Bauern gewinnen durch Verjährung ihrer Schuldverbind-

---

<sup>1</sup> Näheres bei Transehe: „Schollenpflichtigkeit“ S. 545 ff.

<sup>2</sup> Hermann Freiherr von Engelhardt: „Beitrag zur Entstehung der Gutsherrschaft in Livland während der Ordenszeit“, Leipziger Inaugural-Dissertation, Leipzig 1897, S. 74, 88 und 93 ff.

Axel von Gernet: „Geschichte und System der bäuerlichen Agrarrechte in Estland“, Reval 1901, S. 24.

Hahn: „Die bäuerlichen Verhältnisse auf den herzoglichen Domänen Kurlands“ usw. S. 29 ff. Arbusow: „Bauernrechte“ usw. S. 121, Nr. 52, S. 122, Nr. 53 und S. 125, Nr. 56.

Transehe: „Schollenpflichtigkeit“ S. 553.

<sup>3</sup> Transehe: Ebenda, S. 548 ff.

Schwabe a. a. O. S. 13.



lichkeiten neue Herren. Der Rechtsanspruch auf entlaufene Bauern wird nicht nur als Zubehörung von Land, sondern auch als ein selbständiges Forderungsrecht abgetreten. Endlich werden auch Bauern ohne Land verschenkt, überlassen, gegen Entgelt übereignet<sup>1</sup>.

Die Rechtsgeschäfte dieser Art trugen, nach heutigem Maßstabe bemessen, nicht selten die äußeren Merkmale eines Verkaufes von Bauern, eines Menschenhandels, an sich. Es ist aber zweifelhaft, ob die Charakterisierung als Verkauf dem Sachverhalt tatsächlich gerecht wird und nicht vielmehr von Auffassungen ausgeht, die wohl unserem heutigen Empfinden, nicht aber dem wahren Tatbestande entspricht.

War der Bauer aus wirtschaftlichen Gründen an den Boden gefesselt, *glebae adscriptus*, und ergab sich aus Gründen der Bevölkerungspolitik die Notwendigkeit, ihn aus einer stark bevölkerten Gegend auf „wüste Haken“ zu versetzen, so mußte der Vertragsweg beschritten werden, denn anderen Falles hätte der Bauer als Läufling angesehen und behandelt werden dürfen. Deshalb finden sich in den uns erhaltenen Urkunden viele förmliche Verträge, in denen die Überweisung von Bauern ohne Land vereinbart wird. Hierbei kann es sich um „Drellen“ handeln, d. h. Leute, die entweder Kriegsgefangene waren, oder ihr Leben durch ein Verbrechen verwirkt hatten, oder aber durch Kauf aus heidnischen Landschaften erworben worden waren<sup>2</sup>. Die „Drellen“ bildeten die völlig rechtlose Klasse der Landbevölkerung<sup>3</sup> und können sehr wohl häufig als „lose Leute“ zur Ansiedelung auf „wüsten Haken“ gegönnt und überlassen worden sein. Solche Fälle sind urkundlich aus dem Anfang des 16. Jahrhunderts nachzuweisen<sup>4</sup>. Aber auch selbst diejenigen Fälle, die „*crude et nude*“ als „Menschenhandel“ charakterisiert worden sind<sup>5</sup>, weil in ihnen Bauern, darunter selbst Erbbauern, gegen Geld, Korn oder Pferde abgetreten wurden, beweisen an sich noch nicht einwandfrei, daß wir es in Wahrheit mit dem verwerflichen Menschenschacher zu tun haben. Es handelt sich deutlich<sup>6</sup> um die Versetzung von Schollenpflichtigen, weshalb der Abschluß eines Vertrages unvermeidlich war. Die Vereinbarung der Zahlung eines Entgeltes in Geld oder Naturalien findet ihre einfache Erklärung darin, daß die versetzten Bauern ihrem alten Erbherrn verschuldet waren, den deshalb der neue Erbherr, auf den die Leute nebst ihren Verbindlichkeiten übergingen, zu entschädigen hatte. Daß statt Geld oder Korn gelegentlich auch Pferde das Entgelt bil-

<sup>1</sup> Mueller: „Die livländische Agrargesetzgebung“ S. 7.

<sup>2</sup> Engelhardt: „Beitrag zur Entstehung der Gutsherrschaft“ S. 67, 104 und 112.

Bruiningk: „Der livländischen Güterurkunden zweiter Band“ a. a. O. S. 32 ff.

<sup>3</sup> Transehe: „Schollenpflichtigkeit“ S. 500.

Johansen: S. 21 ff.

<sup>4</sup> Bruiningk: a. a. O. S. 10.

<sup>5</sup> Derselbe: Ebenda S. 11.

<sup>6</sup> Siehe die bei Bruiningk angeführten Urkunden in Band II der „Livländischen Gutsurkunden“, Riga 1923, Nr. 407, 453, 597, 706, 779 und 816.

Vergleiche auch Gernet: „Geschichte und System der bäuerlichen Agrarrechte in Estland“ S. 25.

deten, darf bei dem Pferdemangel Alt-Livlands nicht wundernehmen. Sonach handelt es sich keineswegs um die Festsetzung eines Preises für Menschen, sondern um die Übertragung bäuerlicher Schuldverbindlichkeiten auf ein neues Dienstverhältnis. Nicht zu übersehen ist ferner, daß der Wortlaut einiger Veräußerungsakten zu der Annahme verleitet: die Person eines Bauern, nicht aber Land sei der Gegenstand der Veräußerung. Da jedoch Bauernhöfe häufig den Personennamen ihres Wirtes trugen, wurde in Urkunden oft mit dem Personennamen der Hof bezeichnet<sup>1</sup>. Bauer und Hof wurden gleichbedeutend erachtet, was deutlich erkennen läßt, wie sehr die Person des Hörigen als Zubehör des Landes betrachtet wurde. Dieser Tatsache scheint die weitere zu widersprechen, daß, wiewohl die Bauern bis zur Mitte des 14. Jahrhunderts unzweifelhaft ein erbliches Nutzungsrecht an ihren Höfen genossen, es dennoch schon im 16. Jahrhundert und wohl schon früher Bauern gab, die als Zeitpächter auf gutsherrlichem Lande saßen und kein erbliches, sondern nur ein „lassitisches Recht“, um einen Ausdruck der deutschen Rechtsgeschichte zu brauchen, hatten.

Die Entstehung der Klasse „Laßbauern“, die ihren Hof verlassen mußten, wenn der Herr sie gehen hieß, findet, wie vieles in der Wirtschaftsgeschichte Livlands, ihre zureichende Erklärung in den schier unwahrscheinlich erscheinenden Verwüstungen, die das durch Kriege, Hungersnot und Pest immer wieder heimgesuchte Land zu erdulden hatte. Eine Folge dieser Zustände war, daß verlassene Bauernhöfe, „wüste Haken“ als erbliches Gut auf Grund des Heimfallrechtes an die Grundherren zurückfielen<sup>2</sup>. Diese waren natürlich bemüht, das unbesetzte Land an Neuwirte zu vergeben, die jedoch zweifellos keinen Anspruch auf erblichen Besitz des ihnen zugewiesenen Landes erheben durften. Neben solchen neubesetzten Bauernhöfen gab es zahlreiche Höfe, namentlich in den von Kriegen verschonten Landesteilen, wo der alte Rechtszustand aufrechterhalten blieb und die Bauern sich seit Generationen des fortgesetzten Besitzes ihrer Höfe erfreuten<sup>3</sup>.

Die bäuerlichen Dienste und Abgaben waren bestimmt, wenn auch nicht unänderlich festgelegt und in den Urbarien verzeichnet<sup>4</sup>. Kurz vor dem Ende der Ordenszeit findet sich sogar ein Versuch, die Naturalleistungen der Bauern in Geldzahlungen umzuwandeln<sup>5</sup>. Neben den schollen- und dienstpflchtigen Unfreien saß zur Ordens-

<sup>1</sup> August von Bulmerincq: „Die Besiedelung der Mark der Stadt Riga 1201—1600“, S. 50, 65, 67. Bruiningk: a. a. O. S. 19.

Sonderabdruck aus den Mitt. aus der livl. Geschichte, Bd. 21, Heft 3, Riga 1921.

<sup>2</sup> Johansen: „Siedlung“ a. a. O. S. 25.

<sup>3</sup> Transehe: a. a. O. S. 567 ff.

<sup>4</sup> Engelhardt: „Beitrag zur Entstehung der Gutsherrschaft in Livland während der Ordenszeit“, S. 100. Leonid Arbusow: „Ein Verzeichnis der bäuerlichen Abgaben im Stift Kurland (1582—83)“, Acta Universitatis Latviensis X, 1924, S. 163.

Johansen a. a. O. S. 26.

<sup>5</sup> H. v. Bruiningk: „Analekten zur Gesch. der Landwirtschaft und Viehzucht in Livland“, Sitzungsber. der Gesellschaft für Geschichte u. Altertumskunde der Ostseeprovinzen in Rußland, Riga, 1906, S. 12 ff. u. 18.

zeit in Alt-Livland auch eine erhebliche Anzahl von Freien undeutscher Herkunft, die in die Reihe der kleinen deutschen Vasallen aufgenommen und ihnen lehnrechtlich gleichgestellt wurden<sup>1</sup>. Sie sind, wie die Besitzer der Freigüter in Preußen zu immer geringerer Freiheit hinabgesunken und in Livland, vielleicht zur polnischen Zeit, fast ganz verschwunden<sup>2</sup>. Nur in Gegenden, wo besonders günstige Verhältnisse ihre Freiheit schützten, sind sie der Unfreiheit entronnen. So die freien undeutschen Leute in der Rigaschen Stadtmark, die niemals auch nur die Erbuntertänigkeit gekannt haben<sup>3</sup>. Die in der Nähe Rigas angesessenen „Kirchholmschen Könige“<sup>4</sup> sind bis in das 18. und 19. Jahrhundert nachzuweisen gewesen.

In Kurland war noch im 17. Jahrhundert die Zahl der Freibauern eine beträchtliche, die jedoch nach dem Nordischen Kriege stark zusammenschmolz<sup>5</sup>. Von diesen haben sich bis heute bei Goldingen die „Kurischen Könige“ erhalten, die ihre Geschichte bis auf das Jahr 1439 zurückzuführen vermögen<sup>6</sup>.

Daß das altlivländische Landvolk zur Ordenszeit in relativ glücklichen Verhältnissen gelebt habe, wird auch von lettischen Forschern hervorgehoben<sup>7</sup>. Gewiß hatte es seine ursprüngliche Freiheit eingebüßt, aber nicht mehr erduldet, als was dem Bauernstande im ganzen großen deutschen Kolonisationsgebiet östlich der Elbe beschieden war. Wie das gutsherrlich-bäuerliche Verhältnis, das zur Ordenszeit waltete, zu bezeichnen ist, ob als Schollenpflichtigkeit, Hörigkeit, oder Leibeigenschaft, ist um so gleichgültiger, als das Rechtsverhältnis der bäuerlichen Unfreiheit verschieden und mehrdeutig bezeichnet zu werden pflegt. Man hat dem Schema Knapps folgend drei Abstufungen unterscheiden wollen<sup>8</sup>: Gutsuntertänigkeit oder Hörigkeit, uneigent-

<sup>1</sup> O. Stavenhagen: „Freibauern und Landfreie während der Ordensherrschaft“, „Beiträge zur Kunde Est-, Liv- und Kurlands“ 4. Bd., Reval 1894, S. 330 ff.

Transehe: a. a. O. S. 500.

Johansen: „Siedlung“ usw. S. 15 ff.

Arbusow: „Ein Verzeichnis der bäuerlichen Abgaben im Stift Kurland“, a. a. O. S. 195 ff.

<sup>2</sup> A. von Richter: „Geschichte der dem russischen Kaisertum einverleibten Ostseeprovinzen bis zur Zeit der Vereinigung mit demselben“, Teil II, 1. Bd. Riga 1858, S. 209.

<sup>3</sup> Bulmerincq: „Die Besiedelung der Mark der Stadt Riga“ usw. S. 62.

<sup>4</sup> A. Buchholtz: „Über die Kirchholmschen Könige“ Sitzungsberichte der Gesellschaft für Gesch. u. Altertumskunde der Ostseeprovinzen in Rußland 1899, Riga 1900, S. 119 ff.

<sup>5</sup> Jürgen Freiherr von Hahn: „Die bäuerlichen Verhältnisse auf den herzoglichen Domänen Kurlands“ S. 63.

<sup>6</sup> Die Literatur über sie ist angeführt bei Tobien: „Die Agrargesetzgebung Livlands im 19. Jahrhundert“ I. Bd. S. 328 Anm. 1, außerdem: V. Grünberg: „Die Freisassen im Kurl. Gouvernement“ in der Zeitung „Die Heimat“ Nr. 175—180 vom 7.—9. August 1885.

Prof. Dr. Leonid Arbusow: „Lettland in der jüngeren Eisenzeit“, Sonderabdruck aus den „Baltischen Blättern“ 1924, Heft 3, S. 103.

<sup>7</sup> (Klaustin): „Der lettische Grundbesitz während der Ordenszeit“, Balt. Monatsschrift 71. Bd. 1911, S. 441 und 443.

<sup>8</sup> G. F. Knapp: „Die Bauernbefreiung und der Ursprung der Landarbeiter in den älteren Teilen Preußens“ Leipzig 1887, S. 28.

liche Leibeigenschaft und eigentliche oder wirkliche Leibeigenschaft, ohne daß indes das Leben diesen Begriffsbestimmungen immer Recht gegeben hätte<sup>1</sup>. Die deutsche Rechts- und Wirtschaftsgeschichte ist sich noch heute keineswegs darüber klar, wie die bäuerliche Unfreiheit juristisch eindeutig zu charakterisieren sei. Hierzu bedarf es noch weiterer eingehender Spezialuntersuchungen.

Welche Gestalt aber auch die bäuerliche Unfreiheit in Alt-Livland angenommen haben mochte, sie war keineswegs unschöner als die Lebensform der Bauernschaft Deutschlands. Auch dort bildete die Gutsuntertänigkeit eine, in gewisse rechtliche Formen gekleidete, unfreie Arbeitsverfassung, bei der die Arbeiterfrage eine einseitige Lösung zum Vorteil der Gutsherren erfahren hatte. Das war geschehen, weil die sich immer mehr ausbildende kapitalistische Produktionsweise der Güter den Mehrbedarf an Arbeitskräften nicht anders zu decken vermochte, als durch eine Zwangswirtschaft. Die fortwährend von schwerer Kriegsnot heimgesuchte Bevölkerung war sehr gelichtet und dem Vagieren ergeben, weshalb sie nur dadurch ständiger Arbeit in der Landwirtschaft zugeführt werden konnte, daß sie nach und nach an die Scholle gefesselt, „gutsuntertänig“, gemacht wurde. Wo das in weitem Maße geschah, wie z. B. in Ostelbien, blieb die Guts- oder Erbuntertänigkeit die Grundlage der ländlichen Arbeitsverfassung bis zum Ende des 18. Jahrhunderts<sup>2</sup>. In den deutschen Kolonisationsgebieten war diese Wandlung freilich mit schweren Opfern des Bauernstandes verknüpft. Zwischen Saale und Elbe hat seit dem Ausgang des 15. Jahrhunderts die Entwicklung der Gutswirtschaft nicht nur eine wesentliche Erhöhung der bäuerlichen Dienste und deren Bindung und Sicherung, sondern auch eine ansehnliche Vergrößerung der gutsherrlichen Äcker auf Kosten der bäuerlichen zur Folge gehabt<sup>3</sup>. In Alt-Livland dagegen war das Bauernlegen ein gänzlich unbekanntes Verfahren. Und in Ostpreußen führte die Mehrbelastung der Bauern zu einer Gärung im Lande, die 1525 in die allgemeine

---

<sup>1</sup> Auch ich bin diesem Schema, das jedoch nur eine theoretische Konstruktion ist, irrtümlich gefolgt: Alexander von Tobien: „Die Leibeigenschaft in den deutschen Territorien und in Livland“, Ostdeutsche Monatshefte, zweites Baltenheft, Danzig-Berlin 1924, S. 666; siehe dagegen: Transehe: „Die Entstehung der Schollenpflichtigkeit“ S. 486, wo der richtige Standpunkt eingenommen wird. Wie irreführend der Ausdruck „Leibeigenschaft“ auch dann noch gebraucht wird, wenn die persönliche Unfreiheit der Bauern fast restlos aufgehoben worden ist, lehrt die Wirtschaftsgeschichte Bayerns. Dr. S. Hausmann: „Die Grundentlastung in Bayern“, Straßburg 1892, Heft X der Abhandlungen aus dem staatswissenschaftlichen Seminar zu Straßburg.

<sup>2</sup> Dr. Robert Stein: „Die Umwandlung der Agrarverfassung Ostpreußens durch die Reform des neunzehnten Jahrhunderts. Erster Teil: Die ländliche Verfassung Ostpreußens am Ende des achtzehnten Jahrhunderts“, 5. Heft der Schriften des Königl. Instituts für Ostdeutsche Wirtschaft an der Universität Königsberg; Jena, Gustav Fischer, 1918, S. 313.

<sup>3</sup> Eduard Otto Schulze: „Die Kolonisation und Germanisierung der Gebiete zwischen Saale und Elbe“, gekrönte Preisschrift, Leipzig 1896, S. 356 ff.

Gustav Aubin: „Der Einfluß der Rezeption des römischen Rechtes auf den deutschen Bauernstand“, „Jahrbuch für Nationalökonomie und Statistik“, herausgegeben von Conrad usw., III. Folge, 44. Bd., Jena 1912, S. 735 ff.

deutsche Bauernbewegung einmündete<sup>1</sup>, während Livland von der gleichen Erfahrung verschont blieb<sup>2</sup>. Die in dem langen Abwehrkampf gegen die Litauer und die Russen bewährte Waffenbrüderschaft verband den Ritter mit dem Bauern und milderte das in den gegebenen politischen Verhältnissen begründete Untertänigkeitsverhältnis der undeutschen Indigenen zu den deutschen Kolonisatoren.

Von einer durch Rassenverschiedenheit bedingten Verschärfung der Beziehungen der Letten und Esten zu den Deutschen darf mithin zur Zeit der Selbständigkeit Livlands nicht die Rede sein. Erst als ein dritter Komponent, die Fremdherrschaft, die Geschicke des Landes bestimmt und seine Gewohnheiten nach Livland überträgt, beginnt sich hier das alte gutsherrlich-bäuerliche Verhältnis im bösen, dann wieder im guten und abermals im schlimmen Sinn zu wandeln, bis schließlich die Ritterschaft die Agrargesetzgebung in die Hand bekommt und zu einem gedeihlichen Ende führt. Obgleich die bäuerlichen Zustände, die zur Zeit der polnischen Epoche (1562—1620) in Livland herrschten, bisher noch nicht hinreichend aufgeklärt worden sind, so muß doch angenommen werden, daß sie unter dem Einfluß der Rechtsauffassungen der polnischen Gebieter sich wesentlich verschlechtert haben.

In Polen waren alle zu polnischem Recht auf den adligen und geistlichen Gütern angesetzten Bauern Leibeigene im eigentlichen Sinn des Wortes, denn seit der Konstitution von 1543 übten die Herren über ihre Leute nicht nur die niedere Gerichtsbarkeit aus, sondern es stand ihnen sogar ausdrücklich das Recht über Leben und Tod der Bauern zu, während die Leibeigenen des Rechtes beraubt waren, gegen ihre Herren klagen zu dürfen. Dem Herrn gehörte alles, was der Bauer besaß, oft sogar die Schlüssel, aus der er, und der Löffel, mit dem er speiste. Die Dienste waren ungemessen, der Zwangsgesindeindienst ausgebildet, die Hauszucht brutal. Daß König Stefan von Polen (1574—1586) ein Freund der livländischen Bauern gewesen und für sie eingetreten sei, ist „eitel Fabel“<sup>3</sup>. Wären Polens Könige ernstlich darauf bedacht gewesen, die Unfreiheit der livländischen Bauern zu beseitigen, so hätten sie mit der Reform auf den zahlreichen Gütern beginnen müssen, die sie widerrechtlich dem livländischen Adel abnahmen, um mit ihnen die katholische Kirche und polnische Würdenträger zu beschenken<sup>4</sup>. Hiervon war nicht nur keine Rede, sondern auch die rechtliche Lage der Domänenbauern sank immer mehr herab<sup>5</sup>.

Die Polen waren in Livland als „Räuber und Landverderber“ nicht bloß den

<sup>1</sup> Gustav Aubin: „Zur Geschichte der gutsherrlich-bäuerlichen Verhältnisse in Ostpreußen“, Leipzig 1910, S. 127.

Stein: „Die Umwandlung der Agrarverfassung Ostpreußens“, S. 251 ff.

<sup>2</sup> Transehe: „Schollenpflichtigkeit“ a. a. O. S. 499.

<sup>3</sup> L. Arbusow: „Grundriß der Geschichte Liv-, Est- und Kurlands“ 4. Auflage, Riga 1918, S. 212; Näheres über die polnische Epoche siehe in: Alexander Tobien: „Die Bauernbefreiung in Livland“, Separatabdruck aus den Festgaben für Friedrich Julius Neumann, Tübingen H. Laupp, 1905, S. 6 ff.

<sup>4</sup> A. von Richter: „Geschichte“ usw. S. 78, 88, 147.

<sup>5</sup> Tobien: „Bauernbefreiung“ S. 7.

Deutschen, sondern auch den einheimischen Bauern in dem Grade verhaßt, daß sie sich in Lebensgefahr befanden, wenn sie sich einzeln ins Land hinaus wagten<sup>1</sup>. Polnisches Recht und polnische Wirtschaft mußten verderblich auf das Land und seine Bewohner wirken. Üblere Folgen aber zeitigten die Verheerungen, die das Ringen zwischen Rußland, Polen und Schweden um Livlands Besitz verursachte. Weite Strecken des zur Zeit seiner Selbständigkeit gesegneten Landes waren seit Jahren nicht unter dem Pfluge gewesen und mit Buschwerk besetzt. Noch zu Anfang des 17. Jahrhunderts haben Reisende, die tagelang die östlichen Teile des Landes durchzogen, nur Spuren menschlicher Wohnungen in der Wildnis angetroffen. Zwischen den Städten Dorpat, Riga und Pernau wurde, wie es hieß: „kein Hund und kein Hahn mehr gehört“<sup>2</sup>. Herren und Bauern litten im selben Maße.

Daß bei dieser Sachlage der Stand der undeutschen Landfreien sehr zusammenschmolz<sup>3</sup> und entrechtet wurde<sup>4</sup>, ist ebenso verständlich, wie daß der Erbbauer und namentlich der „Lassit“ aus der Ordenszeit in eine sehr gedrückte Lage gerieten. Doch scheint in der Erhebung der Naturalabgaben und Einforderung der Dienste eine gewisse Gleichmäßigkeit beibehalten worden zu sein<sup>5</sup>. Die Gutsherren sicherten im Landtagsbeschluß von 1598 den Bauern ausdrücklich das Recht zu, ihre Erzeugnisse verkaufen zu dürfen<sup>6</sup>, woraus hervorgeht, daß sie über alles, was sie über die Hofwehr besaßen, frei verfügen durften und somit ein Recht genossen, das den Bauern Polens nicht im entferntesten zustand.

Aber erst nachdem Schweden in verheerendem Kampfe Livland Polen abgerungen hatte, kam Ruhe in das von der Kriegsfurie gepeinigte Land. Freilich war es weit ärmer geworden, als es vor Beginn der deutschen Kolonisation gewesen war<sup>7</sup>. Nur wenige Menschen hatten der vereinigten Macht von Krieg, Hunger und Pest die Stirn zu bieten vermocht<sup>8</sup>.

Weise und tatkräftig nahmen sich König Gustav Adolf und seine Nachfolger der 1629 gewonnenen Provinz an. Es wurde, wie wir gesehen haben, die ritterschaftliche Verfassung gefestigt, das Volksschulwesen begründet und eine dauernde Kirchenordnung geschaffen<sup>9</sup>). Das Verhältnis der Bauern zu den Gutsherren mochte in den ersten

<sup>1</sup> Richter: a. a. O. S. 143.

<sup>2</sup> Arbusow: „Grundriß“ S. 212.

<sup>3</sup> Richter: a. a. O. S. 209.

<sup>4</sup> Später, zur schwedischen Zeit, hatte der Freibauer kein Eigentum am Grund und Boden und besaß nicht einmal das Recht der Freizügigkeit. Er war Pächter von Land gegen Geld und hatte keine Fron zu leisten; Astaf von Transehe Roseneck: „Gutsherr und Bauer in Livland im 17. und 18. Jahrhundert“, Heft VII der Abh. aus dem staatswissenschaftl. Seminar, Straßburg 1890, S. 90.

<sup>5</sup> Richter: a. a. O. S. 240.

<sup>6</sup> Transehe: a. a. O. S. 31, Anmerkung 1.

<sup>7</sup> Transehe: „Gutsherr und Bauer“ S. 6.

<sup>8</sup> Mueller: „Die livl. Agrargesetzgebung“ S. 9.

<sup>9</sup> Band I, S. 8, 173 und 238.

Jahrzehnten der schwedischen Epoche, als die vom polnisch-schwedischen Kriege geschlagenen Wunden noch nicht vernarbt waren, kein erfreuliches gewesen sein. Wenigstens läßt die Antwort der Ritterschaft auf die Proposition Karls XI. im Jahre 1681: die Leibeigenschaft aufzuheben<sup>1</sup>, die Annahme einer erbaulichen Vertrauensstellung nicht zu. Das hinderte indes die Ritterschaft nicht, auf dem Landtage des Jahres 1687 die Regierung um eine Reihe von Maßnahmen zu bitten, die ein lebhaftes Interesse der Gutsherren für das wirtschaftliche Wohl ihrer Bauern bekundeten<sup>2</sup>.

Von größtem und günstigstem Einfluß auf die Besserung des gutsherrlich-bäuerlichen Verhältnisses im letzten Viertel des 17. Jahrhunderts war die Tatsache, daß in der untersten Einheit des Kommunalverbandes, im Kirchenkonvent, der das Gebiet des äußeren Kirchenwesens im weiteren Sinne mit Einschluß des Verkehrswesens<sup>3</sup> zu verwalten hatte, neben dem Domänenpächter, dem Rittergutsbesitzer und dem Prediger, auch Vertreter der Bauernschaft Sitz und Stimme hatten<sup>4</sup>.

Wenn die Bauern mit ihren Herren an einem Verhandlungstische gleichberechtigt zu sitzen befugt sind, so darf von einer Leibeigenschaft im eigentlichen Sinne des des Wortes nicht die Rede sein.

Die Landgesetze Karl XI., die in dem großen Katasterwerk der Jahre 1683—1693 gipfelten, schufen die soliden Grundlagen eines kräftig wirkenden Bauernschutzes, wiewohl sie keineswegs bauernfreundlichen Absichten entsprungen waren, sondern rein fiskalischen Interessen dienen sollten und daher nicht in einer die Bauern schonenden Weise durchgeführt wurden<sup>5</sup>.

Erstreckten sich die Landgesetze Karls XI. formell auch nur auf die Domänen-güter, so waren sie doch tatsächlich allgemein wirksam, denn auf dem Wege der harten „Reduktion“<sup>6</sup> waren mehr als  $\frac{5}{6}$  aller Rittergüter Livlands von der Krone Schweden eingezogen und zu Domänen gemacht worden. Die Regierung vertrat nun die Anschauung, die gutsherrlich-bäuerlichen Beziehungen seien im wesentlichen auch auf den wenigen Privatgütern durch die für das Domanium geltenden Verordnungen geregelt<sup>7</sup>. Jetzt, da die Krone Schweden Herrin fast aller Bauern Livlands war, hätte sie die bäuerliche Unfreiheit beseitigen können. Allein ebensowenig, wie die polnische Regierung 100 Jahre zurück daran ging, die ihr gehörigen zahlreichen Bauern Livlands zu befreien, gedachte auch die schwedische Regierung, ihre gutsherrlichen Rechte einzuschränken. Nicht nur in Livland, sondern ebenso im schwedischen Pommern

<sup>1</sup> Transehe: a. a. O. S. 76 und 77.

<sup>2</sup> Transehe a. a. O. S. 79.

<sup>3</sup> Landbriefpost und Kirchspielswege.

<sup>4</sup> Tobien: „Die Agrargesetzgebung usw.“ I, S. 35.

<sup>5</sup> Tobien: „Die Agrargesetzgebung usw.“ I, S. 289.

<sup>6</sup> Richter: a. a. O. S. 132 ff.

<sup>7</sup> Transehe: a. a. O. S. 78.

Tobien: a. a. O. S. 98.



ließ Schweden die bäuerliche Unfreiheit während seiner Herrschaft fortbestehen<sup>1</sup>.

Blieb somit der Bauernstand in Livland zur schwedischen Zeit in die Fesseln der Unfreiheit geschlagen, so überwand er doch überraschend erfolgreich die Unbill der polnischen Mißwirtschaft und die Verwüstungen des schwedisch-polnischen Krieges. Er gelangte bald zu einem sehr erheblichen Wohlstande, wie zwei vor livländischen Gerichten in den Jahren 1636 und 1654 geführte Kriminalprozesse lehren, in denen es sich um den Diebstahl reichen bäuerlichen Hausgutes handelte<sup>2</sup>. Das wirtschaftliche Gedeihen des durch die schwedischen Landgesetze geschützten Bauernstandes<sup>3</sup> hätte sich, ungeachtet schweren fiskalischen Druckes<sup>4</sup>, weiter entwickelt, wenn nicht Livland in den Jahren 1695—1697 von einer unheilvollen Mißernte betroffen worden wäre. Immerhin war doch der bäuerliche Wohlstand ein so fest begründeter, daß er luxuriöse Lebensgewohnheiten zeitigte, von denen der Bauer, selbst wenn er Not litt, nicht lassen wollte. Im Hungerjahr 1697 sah sich nämlich die schwedische Regierung veranlaßt, die schon 1668 erlassene Verordnung gegen die herkömmliche pomphafte Feier der Bauernhochzeiten zu wiederholen<sup>5</sup>.

Obleich der größte Teil der Rittergüter durch den Gewaltakt der „Reduktion“ Eigentum des schwedischen Fiskus geworden war, so bestand doch das alte gutsherrlich-bäuerliche Verhältnis zwischen den deutschen Herren und dem estnisch-lettischen Landvolk im allgemeinen weiter fort. Die schwedische Regierung hatte lediglich die Absicht verfolgt, die neugewonnenen Domänen durch Verpachtung als Quelle gesicherter Einnahmen möglichst auszunutzen, nicht aber etwa, sie in eigene Regie zu nehmen und auf ihnen mustergültig zu walten. Daher wurden die  $\frac{5}{6}$  aller Rittergüter ausmachenden, der Reduktion verfallenen und zu Domänen umgestempelten Landgüter meist an Glieder livländischen Adels, vornehmlich an die früheren Eigentümer, auf bestimmte Frist, auf Lebenszeit oder in perpetuelle Arrende vergeben<sup>6</sup>.

Als Pächter der Domänen standen die deutschen Herren zu den Bauern fast in gleichem Verhältnis, wie die Eigentümer der Rittergüter. Zwar regelte das Ökonomie-Reglement vom 21. März 1696 die durch den Domänenpächter erfolgende Er-

<sup>1</sup> C. I. Fuchs: „Der Untergang des Bauernstandes und das Aufkommen der Gutsherrschaften. Nach archivalischen Quellen aus Neu-Vorpommern und Rügen“. Heft VI der Abh. aus dem staatswiss. Seminar zu Straßburg. Straßburg 1888, S. 226.

<sup>2</sup> Historisches Landesarchiv: Abteilung Gerichtsakten: 1. Protokoll des Kokenhusenschen Landgerichts, Gerichtstagung zu Berson 1636, Januar 15. Prot. pag. 37 ff.

2. Abteilung Lit. B. Nr. 28, vol. II, Protokoll des Kgl. Hof- und Leibregimentes, gehalten zu Riga, 1654, Februar 18.

<sup>3</sup> Mueller: „Die livländische Agrargesetzgebung“, S. 15.

Tobien: „Die Agrargesetzgebung Livlands im 19. Jahrhundert, I, S. 97.

<sup>4</sup> Tobien: Ebenda, S. 64.

<sup>5</sup> Tobien: Ebenda S. 98 und 99.

<sup>6</sup> Transehe: „Gutsherr und Bauer“ S. 81.

hebung der bäuerlichen Dienste und Abgaben, erschwerte auch den Gutspächtern, Bauern aus ihren Höfen ohne Genehmigung des königlichen Statthalters auszusetzen, ermächtigte den Pächter jedoch, Unachtsamkeit, Versäumnis und Lüderlichkeit der Hörigen mit drei Paar Ruten zu bestrafen<sup>1</sup>.

Bestand mithin im allgemeinen das bisherige gutsherrlich-bäuerliche Verhältnis weiter fort, so konnte ihm doch nicht der patriarchalische Charakter in dem Maße wie bisher eigen sein. Den der Staatskontrolle untergeordneten Domänenpächter sah der Bauer denn doch mit anderen Augen an, als den auf eigener Scholle gebietenden Gutsherrn. Zu einer dauernden Umstellung kam es aber nicht, weil die 1695 ausgebrochene Hungersnot, der viele Bauern zum Opfer fielen und deren Nachwirkungen lange gespürt wurden<sup>2</sup>, Gutsherren und Bauern beherrschte. Noch waren die Folgen der Hungerjahre nicht überwunden, da brach der Nordische Krieg aus, der alles zerstörte, was bisher geschaffen worden war. In stärkerem Maße, als der Dreißigjährige Krieg in Deutschland, hat der Nordische in Livland verhängnisvoll auf die bäuerlichen Zustände eingewirkt.

Mag auch das furchtbare Wort des Petrinischen Feldherrn Scheremetjew: „in Livland gibt es nichts mehr zu verheeren“<sup>3</sup> nicht ohne Einschränkung gelten dürfen, wie die aus den Jahren 1702—1708 stammenden Erhebungen über die in Livland stattgehabten Verwüstungen lehren<sup>4</sup>, so war doch immerhin der Umfang der Zerstörungen, die das Jahrzehnt 1700—1710 begleitet hatten, ein gewaltiger. Die kleinen Städte Livlands: Wolmar, Wenden, Walk und Fellin waren seit 1703 vom Erdboden fast verschwunden. Dorpat und Narwa wurden 1708 von Grund aus zerstört und die Einwohner beider Städte, weil sie im Verdacht standen, heimlich mit Schweden konspiriert zu haben, in das Innere Rußlands verschleppt<sup>5</sup>. Am schwersten hatte das flache Land gelitten, das den Wechselfällen des Krieges völlig schutzlos preisgegeben war. Jahrelang konnte in einem großen Teil Liv- und Estlands weder gesät noch geerntet werden<sup>6</sup>. Wenige Kirchen waren stehen geblieben, die Pastorate und die erst

<sup>1</sup> Müller: a. a. O. S. 15. Transehe: a. a. O. S. 93 und 97. Tobien: a. a. O. S. 95 ff.

<sup>2</sup> Tobien: „Die Agrargesetzgebung usw.“ S. 98.

<sup>3</sup> Bericht Scheremetjews an Peter I. vom 2. Januar 1702, „Briefe an den Herrn und Kaiser Peter den Großen von Feldmarschall, Geheimrat etc. Grafen Boris Petrowitsch Scheremetjew“, Teil I, 1778 Moskau (russisch); N. Ustrjalow: „Geschichte der Regierung Peter des Großen“, 4. Teil, Petersburg 1863, S. 115 (russisch); in deutscher Sprache wiedergegeben bei C. Schirren: „Livländische Antwort“ Leipzig, 1869, S. 121.

<sup>4</sup> H. Baron Bruiningk: „Die Arbeiten im Livländischen Ritterschaftsarchiv 1911/13“. Sitzungsbericht der Gesellschaft für Geschichte und Altertumskunde der Ostseeprovinzen Rußlands aus dem Jahre 1913, Riga 1914, S. 157.

<sup>5</sup> Julius Eckardt: „Livland im 18. Jahrhundert“ Leipzig 1896, S. 109 ff.

Dr. Friedrich Bienemann jun.: „Die Katastrophe der Stadt Dorpat während des Nordischen Krieges“, Reval 1902, Franz Kluge.

<sup>6</sup> J. Eckardt: a. a. O. S. 113.

in dem letzten Jahrzehnt errichteten Küsterate und Schulen sämtlich niedergebrannt<sup>1</sup>. In Massen wurden die Bewohner von der Begleiterin der Kriegsnot, der Pest, dahingerafft. Von der Bauernschaft der vier livländischen Landkreise fielen 126.133 oder 58% der Seuche zum Opfer<sup>2</sup>. Auf dem Gute Pinkenhof bei Riga waren auf 110 Bauernhöfen nur 16 Wirte und 28 Wirtinnen am Leben geblieben<sup>3</sup>. Relativ am stärksten wütete die Pest in Riga, wo sie Mitte Mai 1710 ausbrach und im Juli ihren Höhepunkt erreichte, als die acht Monate lang völlig eingeschlossene Stadt von ihren Belagerern befreit wurde. Es schien, als ob durch den Zuzug frischer Luft von außen verborgene Miasmen aufgewirbelt wurden<sup>4</sup>.

Bis Ende Oktober 1710, da die Pest gänzlich aufgehört hatte, waren von 19 Gliedern des Rigaschen Rats 10 gestorben. Ebensoviele Beamte der Ratskanzlei und alle „Notäre“ der Untergerichte fielen der Ansteckung zum Opfer. Von den 24 beim Kassa-Kollegium tätigen Beamten blieben nur 3 am Leben. Alle Prediger bis auf einen starben in wenigen Wochen dahin. Wie entsetzlich der Zustand der Stadt zur Pestzeit war, ergibt sich aus der Verordnung über die Bestattung der vielen Leichen, die auf den Straßen umherlagen<sup>5</sup>.

Noch mehr als das flache Land Livlands scheint das Estlands von der Pest heimgesucht worden zu sein, denn es verlor nicht weniger als 72,3% seiner Bevölkerung<sup>6</sup>.

Wenn auch Kurland, das kaum vom Nordischen Kriege berührt wurde, am wenigsten vom baltischen Gebiet unter der Pest gelitten hat, so ist ihr doch die Hälfte aller seiner Einwohner anheimgefallen<sup>7</sup>.

Der Würangel, die Pest, suchte nicht nur Liv-, Est- und Kurland auf, sondern griff auch nach Ostpreußen hinüber, wo er allein auf dem flachen Lande im Jahre 1710

<sup>1</sup> P. Baerent: „Die kirchlichen Zustände in der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts“. Baltische Monatsschrift, 56. Band, 1903, S. 219.

<sup>2</sup> H. von Bruiningk: „Über die Verheerung durch die Pest auf dem flachen Lande in Livland 1710“. Sitzungsberichte der Gesellschaft für Geschichte und Altertumskunde, aus dem Jahre 1912, S. 393.

<sup>3</sup> R. K.: „Der lettische Aufzögling und seine soziale Stellung“, Baltische Monatsschrift, 76. Band, 1913, S. 383.

<sup>4</sup> Anton Buchholtz: „Zur Geschichte der Belagerung und Kapitulation der Stadt Riga 1708—1710“, Mitteilungen aus der Geschichte Liv-, Est- und Kurlands, herausgegeben von der Gesellschaft für Geschichte und Altertumskunde der Ostseeprovinzen Rußlands, Band 15, Riga 1893, S. 329.

C. Mettig: „Über die Pest von 1709“, „Rigasche Stadtblätter“, 1894, Nr. 8.

<sup>5</sup> Buchholtz: a. a. O. S. 329 ff.

<sup>6</sup> P. Jordan: „Die Resultate der estländischen Volkszählung am 29. Dezember 1881“. Reval 1886, S. 33. Dagegen wird freilich in „Die Landbevölkerung Harriens nach dem Nordischen Kriege“, „Baltische Monatsschrift“ 73. Band, 1912, S. 120, der durch die Pest bewirkte Menschenverlust des Kreises Harrien auf höchstens 62% berechnet.

<sup>7</sup> Hahn: „Die bauerlichen Verhältnisse auf den herzoglichen Domänen Kurlands im XVII. und XVIII. Jahrhundert“, S. 38 ff.

Walter Eckert: „Kurland unter dem Einfluß des Merkantilismus (1561—1682)“. Marburger Dissertation, Marburg 1926, S. 256.

nicht weniger als 1.776.208 Menschen dahinraffte<sup>1</sup>. Ja selbst nach Pommern und Rügen drang die Seuche vor und forderte auch dort zahlreiche Opfer<sup>2</sup>. So furchtbar aber auch die Verluste an Menschenleben waren, die in Kurland, Ostpreußen und Pommern von der Pest gefordert wurden, so litten diese Landgebiete doch nicht annähernd im gleichen Maße wie Livland, wo die Großgrundbesitzer schon vor dem Nordischen Kriege durch die schwedische Güterreduktion aufs schwerste betroffen worden waren. Hierzu kam dann, daß Schweden, zureichender Mittel zur Kriegsführung entblößt, der Bevölkerung Kontributionen aller Art auferlegte und schließlich Scheremetjew dem zarischen Befehl, alles zu zerstören, nachkam, um Liv- und Estland zur Kapitulation zu zwingen.

Durch die Güterreduktion verarmt, durch den Nordischen Krieg auf einen unsagbar niedrigen Lebenszuschchnitt zurückgeworfen, suchte der Gutsherr dem durch Hungersnot zum Bettler gewordenen Bauern auf die Beine zu helfen, zugleich aber aus ihm herauszuholen, was nur immer zu erlangen möglich war. Tief seinem Erbherrn verschuldet, gehörte dem Bauern zwar rechtlich seine fahrende Habe, nicht aber tatsächlich, weil sie dem Gebieter verpfändet war.

Kaum hatte Zar Peter Livland durch Vertrag gewonnen<sup>3</sup>, da suchte er das dem russischen Zepter unterworfenene, vor dem Nordischen Kriege wohlhabend, ja reich gewesene Land, obgleich es jetzt entsetzlich verwüstet war, zugunsten der leeren Staatskasse auszunutzen.

Die wenigen am Leben gebliebenen arbeitsfähigen Männer und Weiber wurden im Jahre 1715 gezählt und zugleich Verordnungen erlassen, die bestimmten, daß 16 Männer und ebensoviele Weiber einen „Haken“, d. h. den Maßstab für die Belastungsfähigkeit Livlands mit staatlichen Lasten, ausmachen sollten<sup>4</sup>.

Obgleich dieses, im Vergleich mit der subtilen schwedischen Katastrierungsmethode<sup>5</sup> sehr rohe Verfahren dem in der Kapitulation von 1710 vereinbarten Steuermodus widersprach<sup>6</sup>, so wurde es doch von der russischen Regierung angewandt. Proteste der Ritterschaft verfielen gegenüber dem fiskalischen Interesse gar nicht<sup>7</sup>. Die Regierung ging vielmehr äußerst brutal vor. Die Anzahl der arbeitsfähigen Männer und Weiber, nicht aber etwa die Ertragsfähigkeit des Landes, wurde einfach zum Maßstabe der Steuerhöhe gemacht und dabei in strengster Weise dafür Sorge getragen,

---

<sup>1</sup> G. F. Knapp: „Die Bauernbefreiung und der Ursprung der Landarbeiter in den alten Teilen Preußens“, Band II, Leipzig 1897, S. 16.

<sup>2</sup> C. J. Fuchs: „Der Untergang des Bauernstandes und das Aufkommen der Gutsherrschaften in Neu-vorpommern und Rügen“, Straßburg 1885, S. 127 ff.

<sup>3</sup> Band I, S. 1.

<sup>4</sup> Tobien: „Die Agrargesetzgebung usw.“ I, S. 60.

Transehe: „Gutsherr und Bauer“ S. 113.

<sup>5</sup> Tobien: a. a. O. S. 55 ff.

<sup>6</sup> Ebenda S. 65.

<sup>7</sup> Ebenda S. 66 ff.

daß die Bevölkerung des flachen Landes keine Minderung durch Entweichen über die Landesgrenze erfahre. Mißwachs, Hungersnot und Seuchen bildeten in der Regel den Grund der Landflucht, doch auch allein die Sehnsucht nach Veränderung und einer möglichen Verbesserung ihrer Lage bewog die Bauern, in der Fremde das Ersehnte zu suchen<sup>1</sup>.

Schon zu schwedischer Zeit, die als eine dem Bauernstande günstige Epoche zu beurteilen ist, entwichen estnische Bauern in größerer Zahl aus dem Werroschen Kreise in das angrenzende Rußland<sup>2</sup>. Nachdem der Nordische Krieg, wie wir wissen, Livland in einen Zustand völliger Verwahrlosung gesetzt hatte, die neue russische Regierung aber trotzdem die Steuerschraube anzog, suchten die Letten Livlands in das Herzogtum Kurland zu entfliehen. Zwar hatte auch dort der Würgengel, die Pest, gehaust, auch dort wechselten öde Äcker und verfallene Gehöfte miteinander ab, starteten menschenleere Gegenden den Reisenden entgegen, allein Kurland hatte durch den Krieg doch lange nicht in dem Maße gelitten, wie Livland und wie Estland<sup>3</sup>. Und Herzog Friedrich Wilhelm, der freilich schon 1711 starb, hatte doch in seiner kurzen Regierungszeit Verfügungen getroffen, die das Wohl des Landes und besonders der Bauern zu fördern verhießen<sup>4</sup>. So erschien das „Gottesländchen“ trotz der Wirren, die der Tod des Herzogs auslöste<sup>5</sup>, den livländischen Bauern als das Land der Sehnsucht. Dorthin flohen sie in so großer Zahl, daß der livländische Generalgouverneur Fürst Korribut-Galizin es „vor Ihre Zarische Majestät hohes Interesse vor unentbährlich erachtete“, die strengsten Maßregeln zu ergreifen, um dem die Steuerbasis gefährdenden Unwesen des Verlaufs ein Ende zu machen. Er erließ am 28. Februar 1719 den barbarischen Ukas, daß alle Bauern, die „sich unterstanden über die Grenze nach Chur- und Polnisch Liefland oder sonst in frembde Lande sich zu begeben“, nach Befinden der Gerichte „entweder an der Stirn gebrandmahlet oder die Nasen und Ohren ihnen abgeschnitten werden sollten“. Läuflingen, die freiwillig nach Livland zurückkamen, sollte „Pardon“ gewährt werden. Bauern, die in Livland selbst sich ohne ausdrückliche Erlaubnis des Erbherrn aus einem Gebiet in das andere begaben, wurden mit milderer Strafen bedroht. Sie sollten entweder mit Ruten öffentlich an den „Kirchen-Pfosten“ gestrichen werden, oder „eine Zeitlang in Eysen oder an die Karre geschmiedet, publike Arbeit verrichten“<sup>6</sup>.

<sup>1</sup> Transehe: „Gutsherr und Bauer“ S. 140.

<sup>2</sup> In den Jahren 1668 bis 1679 wurden etwa 74 Bauern gezählt, die zum Teil mit Weib und Kind ihre auf Rittergütern des Werroschen Kreises belegenen Höfe verließen, um in Rußland ihr Heil zu versuchen; Akt. IV. Band 25, Vol. I des lettländischen Staatsarchivs.

<sup>3</sup> Juergen Freiherr von Hahn: „Die bäuerlichen Verhältnisse auf den herzoglichen Domänen“ S. 39.

<sup>4</sup> Dr. August Seraphim: „Kurland unter den Herzögen“ in Ernst Seraphim: „Geschichte Liv-, Est- und Kurlands“, II. Band, Reval 1896, S. 589; Arbusow: „Grundriß“ S. 249.

<sup>5</sup> Seraphim: a. a. O. S. 591 ff.

Arbusow: a. a. O. S. 280

<sup>6</sup> Patent, erlassen am 28. Februar 1719 von „Fürst Peter Alexejewitsch Korribut de Galizin“, Rigasche Stadtbibliothek.

Dank dem Umstande, daß die Ritterschaft bald hierauf um Wiederherstellung der früheren Läuflingsordnung bat, in der auch für die Entlaufenen über die Landesgrenze nur Rutenstrafe und im schlimmsten Fall öffentliche Arbeit vorgesehen waren <sup>1</sup>, ist diese entsetzliche Verordnung des Generalgouverneurs, die von der russischen Regierungsgewalt im „hohen Interesse Ihrer Zarischen Majestät“ erlassen wurde, auf livländische Bauern nicht angewandt worden. Dagegen mußte ein umständliches Verfahren eingeschlagen werden, das unter dem Namen „General-Inquisition“ in den Jahren 1715—1813, also etwa ein Jahrhundert lang, bis zur Bauernbefreiung im Jahre 1819 <sup>2</sup> gehandhabt wurde und Livland offenbar sehr beunruhigte. Es bezweckte, die widerrechtliche Bewegung der unfreien, in Livland schollenpflichtigen, in Rußland vollkommen leibeigenen Landbevölkerung zu verfolgen, die Schuldigen zu ermitteln und die „Läuflinge“ womöglich wieder dorthin zurückzubringen, wo sie „adscripti“ waren. Fast Jahr für Jahr mußte ein jeder Gutsherr dem „Ökonomie-Direktor“ <sup>3</sup> berichten, ob sich auf seinem Territorium „frembde“ Bauern befinden und von woher sie zugelaufen seien. Ferner mußten über jeden Bauern, der ohne ausdrückliche Erlaubnis seines „Erbherrn“ auf ein anderes Gut übergesiedelt war, oder gar die Heimat verlassen hatte, genaue Personalangaben gemacht werden <sup>4</sup>. So wurde nicht nur die Ein- und Auswanderung, sondern auch die Binnenwanderung der livländischen Hörigen mit viel Aufwand von Akribie gebucht und fortgeschrieben.

An der Registration des Tatbestandes fand man natürlich kein Genüge, sondern schritt auch zu Zwangsmaßnahmen. Kaum hatte die Kriegsfurie das Land verlassen, so versuchte die Landpolizei die Herausgabe geflüchteter Bauern zu regeln. Man ging sogar so weit, die in den schweren Hungerjahren 1695—1697 <sup>5</sup> verlaufenen glebae adscripti zu reklamieren <sup>6</sup>. Der Landtag war unablässig bemüht, den Erbherren die entflozene Arbeitskraft zurückzuschaffen, um das verödete Land zu neuem Leben zu erwecken <sup>7</sup>. Ja, die Ritterschaft scheute sich nicht, dieserhalb die Kaiserin Anna, gelegentlich ihrer Krönung in Moskau im Jahre 1730, besonders anzugehen <sup>8</sup>. Eine

<sup>1</sup> Bruiningk: „Apologetische Bemerkungen“ a. a. O. S. 259.

Transehe: „Gutsherr und Bauer“ S. 140, Anmerk.

<sup>2</sup> Tobien: „Die Agrargesetzgebung usw.“ I, S. 339 ff.

<sup>3</sup> Das war der Vize-Präsident des livländischen Hofgerichts Weinhold von Voelckersahm, der 1736 starb (Stammtafel). Später war es ein Stackelberg.

<sup>4</sup> Akte des lettländischen Staatsarchivs, IV. Band, 25, Vol. I, II und III.

<sup>5</sup> Tobien: „Die Agrargesetzgebung Livlands“ usw. I, S. 98.

<sup>6</sup> „Resolution der Regierung auf des Rigaschen Ordnungsrichters W. von Hastfer wegen Herausgabe flüchtiger Bauern gestellte 13 Fragepunkte“ vom 23. VII. 1713 in Georg Wihgrabs: (I. Vigrabs): „Die rechtliche Lage des livl. Bauern in der ersten Hälfte des XVIII. Jahrhunderts. Materialiensammlung aus dem Archive der ehemaligen Livländischen Ritterschaft“, I. Teil, Band VI der Veröffentlichung des Lettländischen Staatsarchivs, lettisch und deutsch, S. 17 und 19 ff.

<sup>7</sup> „Desideria“ der Landtage von 1714, 1717, 1721, 1727, 1730; Wihgrabs: a. a. O. S. 24, 54, 66, 163 und 211.

<sup>8</sup> Ebenda S. 184 ff.

hartnäckige Aktion der Ritterschaft war schon ein Jahr nach der Angliederung Livlands an Rußland (1710) darauf gerichtet, daß die Staatsregierung das „privilegium praescriptionis biennalis“ der Rigaschen Bürgerschaft aufhebe. Hierunter wurde die „zweijährige Verjährung“ verstanden, vermöge deren der Rat zu Riga die Auslieferung eines, in die Dünastadt geflüchteten, aber von dessen Erbherrn im Laufe von zwei Jahren nicht zurückgeforderten Erbbauern verweigern zu dürfen wähnte. An diesem alten, in den Rigaschen Statuten begründeten, Recht<sup>1</sup> hielt der Magistrat unentwegt fest. Die Rechtsregel — Stadtluft macht frei — war gegen alle Angriffe mit Erfolg verteidigt worden<sup>2</sup> und überdauerte das wechselvolle Geschick Rigas, bis Katharina I., bekanntlich eine Zarin aus dem Volke<sup>3</sup>, es beseitigte. Im Jahre 1711 hatte die Ritterschaft den Einwand erhoben, daß, wenn die „praescriptio biennalis“ fortbestehen bliebe, alsdann der schlechteste Bürger Rigas vor dem vornehmsten Edelmann Livlands eine gar große „Preferenze“ hätte, denn er dürfe einen „verloffenen Erbbauer“ bei sich behalten, während der Edelmann ihn auszuliefern gezwungen sei<sup>4</sup>. Hiergegen hatte die Rigasche Kaufmannschaft nicht mit Unrecht geltend gemacht, daß, wenn der Zuzug niederen Volkes vom Lande der Hafenstadt versperrt würde, die Entwicklung des Handels ins Stocken geraten müsse, weil so wichtige Ämter wie das der Flachswraker, der Hanfswinger und der „Ligger“<sup>5</sup> ausstürben<sup>6</sup>. Allein die Ritterschaft gewann den Prozeß<sup>7</sup>, wohl weil die russische Regierung daran fiskalisch interessiert war, daß das menschenleere Livland nicht noch ärmer an Arbeitskräften werde. Gefährdete doch das Entweichen der Hörigen nicht nur die fiskalische Steuererhebung, sondern auch die Durchführung militärischer Maßnahmen. Stand nämlich ein größerer Truppeneinzug Livland bevor, so floh, was zu fliehen vermochte, in das benachbarte Herzogtum Kurland<sup>8</sup>, denn wie drangsalvoll eine „Schieße“ war, hatte das livländische Landvolk schmerzlich genug erfahren.

<sup>1</sup> J. G. L. Napiersky: „Die Quellen der Rigaschen Stadtrechte bis zum Jahre 1676“, Riga 1876, S. 7 und 152.

<sup>2</sup> Dr. jur. August von Bulmerincq: „Die Besiedelung der Mark der Stadt Riga 1201—1600“ Separatabdruck aus den Mitteilungen der Livl. Geschichte, Band 21, Heft 3, Riga 1921, S. 64.

<sup>3</sup> Alexander Buchholtz in den Sitzungsberichten der Gesellschaft für Geschichte und Altertums-kunde der Ostseeprovinzen Rußlands, 1885, S. 126 ff.

H. von Bruiningk: Sitzungsberichte 1894, S. 117.

<sup>4</sup> Beschwerde der Ritterschaft vom 10. Oktober 1711, Dr. jur. August von Bulmerincq: „Aktenstücke und Urkunden zur Geschichte der Stadt Riga 1710—1740“, herausgegeben aus dem Nachlaß des Dr. phil. Anton Buchholtz, Band I, 1710—1725, Riga 1902, S. 116, Pkt. 19: „Untertänigstes Memorial“ der Ritterschaft vom 26. Juli 1714, Wihgrabs: a. a. O. S. 29 und 49.

<sup>5</sup> Ligger = Lastträger, W. von Gutzeit: „Wörtertschatz der Deutschen Sprache Livlands“ 2. Teil, Riga 1889, S. 171 ff.

<sup>6</sup> Bulmerincq: a. a. O. S. 205, Nr. 313 und S. 265, Nr. 409, Pkt. 14.

<sup>7</sup> Senatsbefehl an General H. J. Bohn, Stellvertreter des am 3. Juli 1726 gestorbenen Generalgouverneurs Fürst Repnin, vom 13. September 1726.

Wihgrabs: a. a. O. S. 145.

<sup>8</sup> Carl Friedrich Schoultz von Ascheraden an die Landräte am 20. Juni 1715.

Wihgrabs: a. a. O. S. 36.



Die Stellungnahme der russischen Regierung zur Läuflingsfrage lehrte eindringlich ihr Vorgehen, das darauf abzielte, der nach Livland entwichenen Leibeigenen um jeden Preis habhaft zu werden. Es wurden nicht nur an der Grenze Livlands Vorposten aufgestellt, denen es oblag, die aus Rußland Entfliehenden abzufangen, sondern es wurde sogar in Livland selbst eine Regierungskommission niedergesetzt, die im Jahrzehnt 1743 bis 1753 wirksam und verpflichtet war, die russischen, nach Livland entwichenen Läuflinge zu greifen und nach Rußland zurückzubefördern. Ihr gelang es jedoch nur, 1125 Mann im Laufe von 10 Jahren zu fassen, wiewohl die Zahl der Entlaufenen sehr viel größer gewesen sein soll. Der geringe Erfolg des Wirkens der Regierungskommission führte zu deren Auflösung im Jahre 1753 und zu der Praxis, daß den Läuflingen volle Vergebung zugesichert wurde, wenn sie freiwillig in die Heimat zurückkehrten. Aber auch die gehaltvollsten Versprechungen nützten nichts<sup>1</sup>, weil die russischen Leibeigenen sich der Gefahr nicht aussetzen wollten, auf dem Wege des Verkaufs den Rekruten eingereiht zu werden, denn zur Zeit der Kaiserinnen Elisabeth und Katharina II. wurde der Handel mit Leibeigenen, die im Militärdienst verwendbar waren, „ohne jegliche Zeremonie“ betrieben<sup>2</sup>. Erst nachdem Kaiser Paul durch den denkwürdigen Restitutionsukas vom 28. November 1796, als Entgelt für die Aufhebung der von seiner Mutter Katharina II. widerrechtlich in Livland eingeführten Statthalterchaftsverfassung, das russische Rekrutengesetz auf Livland übertragen hatte, nahm der „zeremoniöse Menschenhandel“ ein Ende. An seine Stelle trat jedoch die kaum weniger menschenunwürdige Art der Rekrutierung, die im bäuerlichen Leben eine nie vergessene Rolle spielte. Auf dieses traurige Kapitel der Regierungspraxis wird später zurückzukommen sein.

Katharina II., die durch ihren Hofmarschall Baron Bernhard Reinhold Delwig, einen livländischen Edelmann und Rittergutsbesitzer<sup>3</sup>, auf die schlimmen Agrarzustände Livlands zuerst aufmerksam gemacht worden war<sup>4</sup> und eine Milderung des Loses der livländischen Bauern herbeizuführen suchte<sup>5</sup>, war es gerade, die den Bauernstand ihres Reiches völliger Rechtlosigkeit preisgab. Im selben Jahre (1765), da sie dem Adel Livlands die schwersten Vorwürfe über unmenschliches Verfahren mit seinen Bauern machte, gestattete sie den Gutsherren ihres Reiches, über Leibeigene die Zwangsarbeit und Verbannung nach Sibirien, ohne Revision der Gerichte, zu ver-

---

<sup>1</sup> W. S. Semewski: „Die Bauern zur Zeit der Regierung der Kaiserin Katharina II.“, Teil I. St. Petersburg 1908, S. 399 ff. (russisch).

<sup>2</sup> Tobien: „Die Agrargesetzgebung usw.“ I, S. 83.

<sup>3</sup> Ihm gehörten 1745—1785 die Rittergüter Schloß Adsel, Adsel-Schwarzhof, Adsel-Neuhof und Luthershof. L. von Stryk: „Beiträge zur Geschichte der Rittergüter Livlands“ II. Teil, Dresden 1885, S. 346, 347 und 348.

<sup>4</sup> Julius Eckardt: „Livland im achtzehnten Jahrhundert“, S. 425.

<sup>5</sup> Transehe: „Gutsherr und Bauer“ S. 164 ff.

Tobien: „Die Agrargesetzgebung usw.“ I, S. 104.

hängen<sup>1</sup>. Und als ihr hervorragendster Staatsmann, der Livländer Jakob Johann Graf Sievers<sup>2</sup> (1731—1808), sie immer wieder zu bewegen suchte, den russischen Leibeigenen Erleichterungen zu gewähren und das Strafrecht der Gutsherren zu beschränken<sup>3</sup>, unterlag er ebenso, wie der Vertreter der livländischen Ritterschaft in der großen gesetzgebenden Kommission vom Jahre 1767. Dort reichte Landrat Johann Adolf von Ungern-Sternberg einen Gesetzesentwurf ein<sup>4</sup>, der einen Rechtsschutz für die Person und das bewegliche Gut des Bauern verlangte, wie er in Livland gewohnheitsmäßig bestand. Diese Forderung wurde jedoch von dem ersten russischen Parlament, dessen Schöpferin, die Freundin der französischen Freigeister, der Humanität dienen wollte, nicht nur völlig abgelehnt, sondern bewirkte das Gegenteil von dem, was Landrat von Ungern-Sternberg beabsichtigt hatte: sie rief in den Reichsmagnaten das Verlangen nach erweiterter Anerkennung der unumschränkten gutsherrlichen Macht wach<sup>5</sup>. Diesem Verlangen entsprach der „Ukas“ Katharinas II. vom 22. August 1767, der bestimmte, daß Bauern, die sich erdreisten sollten, Beschwerde über ihre Herrschaft zu führen, mit der Knute zu bestrafen und stracks in die Bergwerke zu ewiger Zwangsarbeit zu verschicken seien. Er wurde auch in Livland von der Regierung bekannt gemacht<sup>6</sup>, wodurch er hier freilich keineswegs Geltung gewann. Selbst ein Kaiserlicher namentlicher Befehl vermochte nur dann in dem kapitulationsmäßig bevorzugten Livland<sup>7</sup> verbindlich zu werden, wenn er seine Ausdehnung auf die privilegierte Provinz ausdrücklich bekundete<sup>8</sup>. Der Ukas vom 22. August 1767 ent-

<sup>1</sup> Tobien: a. a. O. S. 104.

<sup>2</sup> geb. am 19. August 1731 in Wesenberg (Estland), gest. am 11. Juli 1808, war Eigentümer des Rittergutes Bauenhof in Livland, Gouverneur in Nowgorod, Schöpfer der russischen Statthaltertschaftsverfassung usw. J. Engelmann: „Jakob Johann Graf Sievers“, Baltische Monatsschrift, 31. Band, 1884, S. 257 ff.

<sup>3</sup> Engelmann: a. a. O. S. 283.

<sup>4</sup> Wohl ermutigt durch die von der freien Ökonomischen Gesellschaft in Petersburg im Jahre 1766 gestellte Preisaufgabe: „Ist es dem gemeinen Wesen nützlicher, daß der Bauer Land, oder daß er bloß bewegliches Eigentum habe, und wie weit kann sich sein Recht auf das eine oder andere erstrecken?“ Diese Preisaufgabe wurde sowohl von dem in Aachen lebenden Dr. jur. Bearde de l'Abbaye, wie auch von dem livländischen Ritterschaftssekretär Erich Johann von Meck gelöst. Der erstgenannte Beantworter erhielt am 23. April 1768 den festgesetzten Preis von 100 Dukaten und eine goldene Schaumünze. Beide Lösungen der Preisaufgabe sind abgedruckt in: „Abhandlungen der freyen Oekonomischen Gesellschaft in St. Petersburg zur Aufmunterung des Ackerbaues und der Hauswirtschaft in Rußland vom Jahre 1768“, Achter Teil, St. Petersburg, Riga und Leipzig bey Johann Friedrich Hartknoch, 1775, S. 5 ff. und 49 ff.

<sup>5</sup> Dr. Alexander von Tobien: „Die Livländer im ersten russischen Parlament. 1767—1769“, „Mitteilungen aus der livländischen Geschichte“, herausgegeben von der Gesellschaft für Geschichte und Altertumskunde zu Riga, 23. Band, 1926.

<sup>6</sup> Patent der livländischen Gouvernementsregierung vom 23. September 1767, abgedruckt in F. G. von Bunge: „Repertorium der russischen Gesetze und Verordnungen für Liv-, Est- und Kurland“, II, S. 72 ff.

<sup>7</sup> Band I, S. 2.

<sup>8</sup> R. J. L. Samson von Himmelstjerna: „Über die Anwendung des Schwedischen Rechtes und der Russischen Ukasen in Livland“, „Jahrbuch für Rechtsgelehrte in Rußland“, herausgegeben von Erdmann Gustav von Bröcker, II. Band, Riga 1824, S. 34 ff.

hielt jedoch jene Bedingung nicht, war daher als zwingendes Gesetz für livländische Richter bedeutungslos, mochte aber moralisch übel genug auf feudal gesinnte Großgrundbesitzer wirken, namentlich auf solche, die russischen Ursprungs und im Livland des 18. Jahrhunderts recht zahlreich vertreten waren<sup>1</sup>.

Im übrigen sprach die unmenschliche Gesetzgebung der Kaiserlichen Philosophin direkt dem Hohn, was nicht nur ihr Staatsmann Graf Sievers und Landrat von Ungern-Sternberg dem russischen Bauern zugebracht hatten, sondern auch dem Rechtszustande, in dem die livländischen Gutsherren ihre Hörigen gewohnheitsmäßig erhielten. Dem Landtage des Jahres 1737 war von zweien seiner Glieder, J. von Schrader und I. G. Baron Budberg, ein Entwurf des „Herzogtums Liefland Ritter- und Landrecht“ vorgelegt worden, der die Billigung der Ritterschaft fand. Dieser Entwurf faßte die Rechtsgewohnheiten, die sich auf Grund der Schwedischen Verordnung („Ordinanzen“) herausgebildet hatten, zusammen. Er wollte kein neues Recht schaffen, sondern nur das geltende systematisieren. Die Bauern wurden als „adscripti seu glebae addicti et proprii bezeichnet<sup>2</sup>, also als Schollenpflichtige, nicht als „servi“. Ihnen wird ihr bisheriges Besitzrecht an selbsterworbenen Mobilien und selbsterzeugten Feldfrüchten bestätigt, ein bedingtes Erbrecht an dem ihnen übergebenen Hof zugesichert und die Befugnis erteilt, gegen Mißbrauch der gutsherrlichen Hauszucht bis zu der obersten juridischen Landesinstanz, dem Hofgericht, Klage führen zu dürfen<sup>3</sup>.

Der Entwurf, der seine Bestimmungen auf gegebene, im einzelnen genau angeführte Rechtsquellen gründet, ist mit Fug als das die bauerlichen Rechtszustände Livlands in der Mitte des 18. Jahrhunderts untrüglich nachweisende Dokument bewertet worden. Als Gegenstück hat man die aus derselben Zeit (1739) stammende sogenannte „Rosensche Deklaration“ entgegengehalten, weil sie, völlig abweichend vom Landrechtsentwurf, die rechtlose Lage des livländischen Bauern, der als „servus“ charakterisiert wird, offiziell beglaubige.

Die Unstimmigkeit, die zwischen beiden Dokumenten obwaltet, ist durch die Zwangslage zu erklären, in die die Ritterschaft geraten war, nachdem sie eine Rechtsordnung und eine Obrigkeit westeuropäischer Observanz, die schwedische, gegen eine osteuropäische Willkürherrschaft, die russische, ausgetauscht hatte. Der Landrechtsentwurf war von einer Kommission des Landtages in siebenjähriger eifriger Arbeit mit Benutzung aller Rechtsquellen kritisch zusammengestellt worden. Er enthielt alles das, was die Gutsherren Livlands als Landesrecht anzusehen gewohnt waren,

<sup>1</sup> Siehe oben.

<sup>2</sup> Landrechtsentwurf § 1.

<sup>3</sup> H. Baron Bruiningk: „Apologetische Bemerkungen“, „Baltische Monatsschrift“, 27. Band, 1880, S. 261.

Transehe: „Gutsherr und Bauer“, S. 148.

Dr. L. Arbusow jun.: „Die Stellung der Rosenschen Deklaration und des Budberg-Schraderschen Landrechtsentwurfes in der bauerlichen Rechtsgeschichte“, Monatsschrift des Bildungsministeriums. Jahrgang 1926, Nr. 2 (lettisch), S. 154 ff.

und durfte daher als ritterschaftliches Werk gelten, wie kaum ein anderes<sup>1</sup>. Hätte er die Kraft eines Gesetzes erlangt, so wäre dem Lande und seinen Bewohnern die unermeßliche Wohltat erwiesen worden, den barbarischen Gesetzen Rußlands nicht unterworfen werden zu dürfen. Hierzu aber war die russische Regierung nicht zu bewegen. Schon zur Zeit der drei Kaiserinnen — Anna, Elisabeth und Katharina II. — sollte Livland kein Vorrang vor dem Reich eingeräumt werden. Hierbei war freilich auch der vielfache Thronwechsel von Einfluß, der der russischen Hof- und Staaten-geschichte des 18. Jahrhunderts ein so eigenartiges Gepräge verlieh<sup>2</sup>. Vollends die livländischen Bauern besser zu stellen, als die Reichsbauern, erschien bedenklich, weil dann das Entlaufen der russischen Leibeigenen, das der Regierung, wie wir wissen<sup>3</sup>, Sorge machte, noch mehr zugenommen hätte. So mußte die livländische Ritterschaft ein halbes Jahrhundert lang für die Bestätigung ihres Landrechtsentwurfes kämpfen, ohne jedoch das Ziel erreichen zu können<sup>4</sup>.

Weit mehr als der Landrechtsentwurf entsprach die vielbehandelte<sup>5</sup> „Rosensche Deklaration“ den Wünschen der Regierung. Sie war auf eine Anfrage der höchsten gerichtlichen Instanz, des „Reichsjustizkollegiums für Liv- und Estländische Sachen“<sup>6</sup>, über die Rechtslage der livländischen Bauern, im Sinne der in jener Zeit als maßgebend erachteten römisch-rechtlichen Doktrin abgefaßt worden. Weil sie der zur Zeit residierende Landrat Otto Fabian Baron Rosen auf Rosenhof unterzeichnet hat,

<sup>1</sup> Bruiningk: a. a. O. S. 261.

Derselbe: „Apologie der apologetischen Bemerkungen“, ebenda S. 491.

<sup>2</sup> (Julius Eckardt): „Zur livländischen Landtagsgeschichte des 18. Jahrhunderts“, „Baltische Monatsschrift“, 18. Band, 1869, S. 431.

<sup>3</sup> Oben S. 17 ff.

<sup>4</sup> R. Baron Staël von Holstein: „Die Kodifizierung des baltischen Provinzialrechts“, „Baltische Monatsschrift“, 52. Band, 1901, S. 144 ff.

Dr. Alexander von Tobien: „Die Livländer im ersten russischen Parlament 1767—1769“ a. a. O. S. 473 ff.

<sup>5</sup> G. Vigrabs: „Die Rosensche Deklaration“, „Monatsschrift des Bildungsministeriums“ Jahrg. 1925, Nr. 12, S. 581 ff. (lettisch).

Arbusow: Die Stellung „der Rosenschen Deklaration“ usw. a. a. O.

Dr. H. von Bruiningk: „Nochmals die sogenannte „Rosensche Deklaration“ von 1739 und der Landrechtsentwurf. Zur Erwiderung auf Vigrabs Darstellung“. Monatsschrift des Bildungsministeriums. Jahrgang 1926, Nr. 5/6, S. 437 ff. (lettisch).

<sup>6</sup> „Das Reichs-Justizkollegium für Liv- und Estländische Sachen“ wurde von Peter dem Großen 1718 begründet, weil in der Kapitulation der livländischen Ritterschaft vom 4. Juli 1710 die Errichtung eines Obertribunals für Livland vereinbart worden war. Als Glieder dieser obersten Revisionsinstanz wurden rechtserfahrene Männer aus der Provinz ernannt. Das Verfahren fand in deutscher Sprache statt und allen Verhandlungen und Entscheidungen wurden die provinziellen Rechtsnormen zugrunde gelegt. Das livländische Hofgericht war dem Justizkollegium unterstellt, das 1737 dem „Dirigierenden Senat“ untergeordnet wurde und zugleich seine allendliche Gestalt durch Vereinigung mit dem „Kammerkomptoir für Liv- und Estländische Sachen“ erhielt. Nach und nach wurde es abgebaut, indem 1796 das Hofgericht seiner Kompetenz entzogen und dem Senat direkt unterstellt wurde. Dagegen hatte es vom 15. Dezember 1763 bis zum 20. Februar 1812 auch die finnländischen Rechtsachen zu entscheiden, weshalb es in diesem Zeitraum den Titel „Justiz-Kollegium für Liv-, Estländische und Finn-

trägt sie die Bezeichnung „Rosensche Deklaration“ Sie stellte, im Widerspruch mit dem Landrechtsentwurf, den livländischen Bauern dem römischen servus gleich, preßte ihn somit scheinbar, wie das mit Bauern deutscher Territorien östlich der Elbe geschehen war, „in den stahlharten Panzer des römischen Agrarrechts“<sup>1</sup>.

In Wahrheit aber lagen die Dinge ganz anders. Die Deklaration stand zweifellos im Dienste politischer Ziele. Sie erklärte<sup>2</sup>, daß den Gutsherren Livlands die unbeschränkte Herrschaft über ihre Bauern zustehe und wollte hierdurch verhüten, daß die russische Regierung, mehr noch als es bisher schon geschehen war, die bäuerliche Arbeitskraft, die Quelle der Landeswohlfahrt, fiskalisch ausbeute. Zu diesem Verfahren war die Ritterschaft formell vollkommen berechtigt. Schon im Privilegium Sigismundi Augusti vom 28. November 1561, hatte sie sich von Polens König ausbedungen, daß das alte Landrecht seine Geltung behalte, wonach die Bauern ihren Erbherren gehören und, wenn verlaufen, „nach üblicher Gewohnheit und altem Liefländischen Gebrauch restituiert und ausgeantwortet werden müssen“, „es sey denn, daß jemand durch gewisse Urkunden, Siegel und Brieffe, oder Lebendige Zeugen belehren könne, daß solche von ihren rechtmäßigen Herren vergeben, übertragen und überlassen seyen“<sup>3</sup>.

An dieser staatsrechtlichen Anerkennung der glebae adscriptio kein Genüge findend, ließ sich die Ritterschaft noch ausdrücklich verbiefen, daß „der alten Gewohnheit nachgelebet“ werde, der zufolge die Bauern nicht zu anderen Diensten gezwungen werden dürfen, als „zu ihrer Herren Arbeitsleistung und Diensten allein“<sup>4</sup>.

Beim Übergang unter die Herrschaft der Zaren hatte sich nun die Ritterschaft die im Privilegium Sigismundi Augusti festgelegten Landesrechte von Peter I. bestätigen lassen<sup>5</sup>, womit auch die Bauern als schollenpflichtig, aber ebenso deren Bewahrung vor direkter fiskalischer Inanspruchnahme öffentlich-rechtlich anerkannt worden war. Für die Staatslasten aufzukommen, blieb wie ehemals Pflicht des guts-

---

ländische Sachen“ führte. Am 28. Dezember 1832 wurde es ganz aufgelöst, weil es nach der Abtrennung des größten Teils seiner Amtsbefugnisse nicht mehr dem Zweck seiner Gründung entsprach. Seine Wirksamkeit hat der Förderung des provinziellen Rechtswesens großen Nutzen gebracht, weshalb die livländische Ritterschaft wiederholt, aber immer vergebens, die Bitte verlautebarte: es möge als Revisions-Instanz für baltische Rechtssachen in der Gestalt eines baltischen Obertribunals wiederhergestellt werden.

„Geschichtliche Übersicht der Grundlagen und der Entwicklung des Provinzialrechts in den Ostseeprovinzen“. Besonderer Teil. St. Petersburg, 1845 (offiziell), S. 40 ff.

W. von Bock: „Livländische Beiträge“, Neue Folge. I. Band, Heft IV, Leipzig 1870, S. 68. Siehe auch Band I, S. 382.

<sup>1</sup> G. Dessmann: „Geschichte der Schlesischen Agrarverfassung“ Straßburg 1904, S. 55 und 129 ff.

<sup>2</sup> Im vollen Wortlaut abgedruckt in: G. Merkel: „Die freien Letten und Esten“, Leipzig 1820, S. 118 ff.; auszugsweise bei Transehe: „Gutsherr und Bauer“, S. 146.

<sup>3</sup> Privilegium Sigismundi Augusti vom 28. November 1561, Art. XXII.

C. Schirren: „Die Capitulationen der livländischen Ritter- und Landschaft und der Stadt Riga vom 4. Juli 1710, nebst deren Confirmationen“, Dorpat 1865, S. 20 und 21.

<sup>4</sup> Art. XXIII des „Privilegium Sigismundi Augusti“, ebenda.

<sup>5</sup> Schirren: a. a. O. S. 36.

herrlichen Kommunalverbandes, der die bäuerliche Arbeitskraft nach seinem Ermessen heranziehen mochte.

Wie überlegt die Ritterschaft gehandelt hatte, als sie in der „Rosenschen Deklaration“ erklärte, daß nur die Gutsherren über die livländischen Bauern zu gebieten hätten, lehrt die uns bekannte Lufplingsfrage. Es gab damals, wie erzählt <sup>1</sup>, in Livland zwei Gewalten, die über die Bauern gesetzt waren: die reguläre ritterschaftliche Provinzialverwaltung <sup>2</sup> und die außerordentliche, aus Petersburg nach Livland entsandte Kommission, die russische Läuflinge erhaschen sollte und nach Ukasenrecht verfuhr. Wenn nicht von der Ritterschaft dem Reichsjustizkollegium gegenüber als Abwehrmaregel das Dominium der livländischen Gutsherren über ihre Bauern behauptet worden wäre, hätten die Übergriffe der Bureaukratie in die Sphäre der gutsherrlich-bäuerlichen Verhältnisse kein Ende genommen. Andererseits hatte die Ritterschaft ihren festen Willen, domestice dafür Sorge zu tragen, daß alles, was bisher dem Bauern Livlands gewohnheitsrechtlich zukomme, ihm unverkürzt erhalten bleibe <sup>3</sup>, im Landrechtsentwurf, der 1737, also zwei Jahre vor der Rosenschen Deklaration, abgeschlossen war, untrüglich bekundet. Hierfür aber auch die staatliche Anerkennung zu erringen, erkannte sie als ihre unerläßliche Aufgabe, weil es in Livland viele landfremde Gutsherrschaften gab, die die Hochburg der Leibeigenschaft, Rußland, ihre Heimat nannten. Von Peter dem Großen und seinen, der Gunstlingswirtschaft zugetanen Nachfolgerinnen auf dem Zarenthron war eine ganze Reihe Rittergüter an russische Magnaten verschenkt worden <sup>4</sup>. Auf diesen Gütern geboten Verwalter oder Pächter, deren Mißwirtschaft nur durch staatlich gebilligte Rechtsnormen geregelt werden konnte. Aber diese im Landrechtsentwurf vorgesehenen Normen vermochte, wie erwähnt, selbst Katharina nicht zur Geltung zu bringen. Auf zwei Seiten begegnete sie Widerständen. Die zarische Bureaukratie erblickte in der gesetzlichen Anerkennung des Landrechtes ein unerlaubtes Zugeständnis an den baltischen Separatismus und die russische Aristokratie, auf die sich Katharina stützen mußte, war druber erschreckt, im geplanten livländischen Sonderrecht ein bäuerliches Klagerecht eingeräumt zu sehen, das ihre Omnipotenz zu bedrohen schien <sup>5</sup>.

So sank der Gegenstand 60jhriger ritterschaftlicher gesetzgebender Arbeit, Sorge und Hoffnung hinab in die tiefe Stille historischer Verklungenheit <sup>6</sup>. Scheinbar blieb der Widerspruch, der zwischen der Rosenschen Deklaration und dem Landrechtsentwurf bestand, ungelöst, eine Diskrepanz jedoch, die, wie die geschilderten Vorgänge

<sup>1</sup> Siehe oben S. 17.

<sup>2</sup> Band I, S. 379 ff.

<sup>3</sup> Siehe oben S. 21.

<sup>4</sup> Julius Eckardt: „Livland im 18. Jahrhundert“ S. 407 ff., zählt 23 Donationen livländischer Rittergüter, die zum Teil ganze Guterkomplexe umfaßten, an Glieder des hohen russischen Adels auf. Hiermit ist jedoch die Zahl der Schenkungen nicht erschöpft.

<sup>5</sup> Tobien: „Die Livländer im ersten russischen Parlament“, a. a. O. S. 478.

<sup>6</sup> Stal: „Die Kodifizierung“ usw. S. 273.

lehren, nur nach außen, nicht aber auch nach innen wirksam war. Wie sich livländische Gutsherren bei dieser Lage der Dinge zu helfen vermochten, lehrte der edle Karl Friedrich Baron Schoultz von Ascheraden, der durch sein Ascheraden-Langholmsches Bauernrecht vom Jahre 1764 das Beispiel bot, in welcher Weise die Bauern nach Maßgabe des im Landrechtsentwurf formulierten Gewohnheitsrechts zu schützen seien<sup>1</sup>. Immerhin verfloß doch noch fast ein Menschenalter, bevor Wirksames geschehen konnte, um der barbarischen Gesetzgebung Katharinas die Spitze zu bieten. Hierzu gebrach es der Ritterschaft um so mehr an Machtmitteln, als Katharina II. die von Peter I. und den ihm auf den Thron folgenden Herrscherinnen beschworene livländische Landesverfassung zerstörte, indem sie die russische Statthalterschaftsverfassung wie auf Estland, so auch auf Livland übertrug. In den Jahren 1783–1785 waren die alten Behörden in Stadt und Land durch neue Gebilde ersetzt worden<sup>2</sup>. Wenn auch diese durchgreifende, im Sinne staatlicher Vereinheitlichung gedachte Neuordnung das innerliche Leben der Provinz nicht gerade erschütterte, so änderte sich doch schon dadurch vieles im üblen Sinn, daß der Einfluß der Landesbehörden auf Regierungsbehörden überging. Bedeutungsvoll für das flache Land war namentlich, daß die auf Lebenszeit gewählten 12 Landräte, die eine wichtige Vertrauensstellung im Lande eingenommen hatten, ihrer Ämter enthoben wurden, weil die neue Verfassung nur Kreismarschälle kannte, die alle drei Jahre wiederzuwählen waren<sup>3</sup>. Der Verlust der Landräte wurde schwer empfunden, weil sie nicht nur Glieder und Beamte der Ritterschaft gewesen waren, sondern, da aus der Wahl einer großen Versammlung hervorgegangen und mit einem verantwortungsvollen Amt für das Leben betraut, im wahren Sinn des Wortes als die Treuhänder der Provinzialverwaltung<sup>4</sup> galten. Aber auch andere Erscheinungen und Tatsachen bewiesen, daß zwischen dem bisherigen provinziellen Leben und den neuen, von Reichsgesetzen beherrschten Zuständen unlösbar Dissonanzen klangen. Der Geist der Willkür und der Rechtsverachtung, in der die Statthalterschaftsverfassung geschaffen worden war<sup>5</sup> und fortgeführt wurde, lähmte alle Tatkraft und Hingabe an das Gemeinwohl<sup>6</sup>. Es konnte demgegenüber nicht als Gewinn betrachtet werden, daß in den Niederlandgerichten, die an die Stelle der alten, die Landpolizei wahrnehmenden Ordnungsgerichte getreten waren, bürgerliche Beisitzer Sitz und Stimme hatten. Auch dem Gewissensgericht,

<sup>1</sup> Transehe: „Gutsherr und Bauer“, S. 150.

Tobien: „Die Agrargesetzgebung“, I S. 105.

G. Hillner: „Volks- und Bauernfreunde des alten Livland“, in „Baltische Jugendschrift“, V, Jahrgang, Riga 1902, S. 27 ff.

<sup>2</sup> Dr. Fr. Bienemann: „Die Statthalterschaftszeit in Liv- und Estland“, Leipzig 1896, S. 223 ff.

<sup>3</sup> Bienemann: a. a. O. S. 283 ff. und 298.

<sup>4</sup> Band I, S. 16.

<sup>5</sup> Tobien: „Die Agrargesetzgebung“ I, S. 116.

<sup>6</sup> (J. Eckardt): „Zur livl. Landtagsgeschichte des 18. Jahrhunderts“, Balt. Monatsschrift 18. Band, 1869, S. 456 ff.

Bienemann: a. a. O. S. 415 und 441.

das in Kriminalsachen dann befinden mußte, „wenn Dummheit, Betrug und Unwissenheit“ im Spiele waren, wurden bäuerliche Beisitzer zugeordnet, sobald Bauern auf der Anklagebank saßen<sup>1</sup>. Dieses Zugeständnis an die noch unfreien Bauern war zweifellos eine Anomalie, die ihresgleichen in Europa nicht hatte. Es hob gewiß das bäuerliche Selbstbewußtsein, war dem gutsherrlich-bäuerlichen Verhältnis zweifellos zuträglich und wäre von großer sozialer Bedeutung gewesen, wenn das von Katharina der livländischen Ritterschaft gegebene Versprechen, die Gerichtshöfe würden bei Prüfung und Entscheidung der Klagesachen nach dem Landrecht und den lokalen Rechtsnormen entscheiden, Erfüllung gefunden hätte. Im strikten Gegensatz hierzu wurden aber die Gerichtshöfe angewiesen, keine Sache anders, als nach dem Reichsrecht zu entscheiden<sup>2</sup>. Immerhin aber war dennoch die Tatsache, daß unfreie Bauern neben Gutsherren, die auch in der Statthalterchaftszeit den Gerichtshöfen als Vorsitzende oder Beisitzer angehörten, am selben Tisch amtlich fungierten, von günstigem Einfluß. Sie wirkte noch nach, als die Statthalterchaftsverfassung von Kaiser Paul am 28. November 1796 beseitigt und die alte Landesverfassung wieder hergestellt wurde<sup>3</sup>. Die von der livländischen Ritterschaft geschaffene Bauernverordnung vom Jahre 1804, behielt sowohl in den Kirchspielsgerichten, wie auch in den Landgerichten die bäuerlichen Glieder bei, die dann ihres Amtes zu walten hatten, wenn Streitigkeiten zwischen Bauern zu entscheiden waren<sup>4</sup>.

Während der schweren Statthalterchaftszeit (1785—1796), da landfremde Gebilde und Gesetze Livland beherrschten, begann sich jedoch innerhalb des Adels eine Wandlung zu vollziehen. Die alte Generation, die dem Zeitalter entstammte, da die Schrecken des Nordischen Krieges und dessen Nachwehen die Menschen rauh und hart gemacht hatten, war erloschen und das jüngere Geschlecht, das unter ungleich glücklicheren wirtschaftlichen Verhältnissen aufzuwachsen vermochte, neigte einer weit idealeren Lebensauffassung zu<sup>5</sup>. Es bedurfte nur eines zielbewußten Führers, um die im Inneren schlummernden Kräfte zu wecken. Und dieser Mann fand sich. Es war Friedrich von Sivers-Ranzen aus dem Hause Euseküll, der mit seinen politischen Freunden<sup>6</sup> seit 1792, da er als Landmarschall<sup>7</sup> an die Spitze der Ritterschaft gestellt

<sup>1</sup> Ebenda S. 198 und 212.

<sup>2</sup> Bienemann: a. a. O. S. 205.

Tobien: a. a. O. S. 116.

<sup>3</sup> Bienemann: a. a. O. S. 447 ff.

<sup>4</sup> Tobien: „Die Agrargesetzgebung“ I, S. 243.

<sup>5</sup> Julius Eckardt: „Die Einführung der Statthalterchaftsverfassung in Livland im Jahre 1783“, Baltische Monatsschrift 16. Bd., 1847, S. 415, danach abgedruckt in: Eckardt: „Die baltischen Provinzen Rußlands“, Leipzig 1868, S. 203 ff.

<sup>6</sup> Georg Andreas von Bayer zu Kokenhusen und Stockmannshof, Moritz von Gersdorff zu Korküll, Gustav Johann von Buddenbrock zu Saadsen, Otto Friedrich von Pistohlkors zu Ruttigfer, Karl Otto von Transehe zu Selsau, Ludwig August Graf Mellin zu Lappier und George von Bock zu Woiseck.

<sup>7</sup> Damals, zur Zeit der Statthalterchafts-Verfassung hieß der Führer der Ritterschaft „Gouvernements-Adelsmarschall.“



wurde, mit Tatkraft die Bauernfrage in die Hand nahm<sup>1</sup>. Er, der unstreitig zu den bedeutendsten Persönlichkeiten, die Livland im 18. und 19. Jahrhundert hervorgebracht hat, gehörte<sup>2</sup>, bewog den Landtag einzugreifen und das durch die zarische Gesetzgebung erschütterte Gewohnheitsrecht durch feste Rechtsnormen zu ersetzen.

Der Landtag vom Jahre 1797 faßte, dem Einfluß Sivers folgend, eine Reihe von Beschlüssen im Sinne wesentlicher Milderung der bäuerlichen Unfreiheit und ließ sie Kaiser Paul zur Bestätigung unterbreiten. Der Monarch zog vier Glieder des Reichs-Senats zu Rate, die im Geiste der Regierung Katharinas den barbarischen Einwand erhoben, daß die vom Landtag gewünschte Einschränkung des Verkaufs livländischer Bauern „dem freien Commercio und der freien Kommunikation, die unter den Untertanen eines Zepters stattfinden müsse, entgegen sei, die Konkurrenz der Käufer vermindere und dadurch den Preis der Bauern hinabdrücken würde“. Der Landtag ließ jedoch nicht nach und überwand die in seinem Schoße durch den Petersburger Einspruch wachgerufene Opposition. Als Beschwerden der Bauern über zu hohe Frondienste an das Ohr des Kaisers Paul I. gelangt waren, glaubten die Reformfreunde, daß nun die Regierung endlich den 1798 revidierten Landtagsbeschluß bestätigen werde. Allein wieder machten sich russische Einflüsse geltend, und Kaiser Paul befahl, „zweckmäßige Grundsätze“ zur Bemessung der Frondienste festzusetzen, hierbei aber die „strengste Geheimhaltung“ zu beobachten. Dieser Befehl des geisteskranken Zaren bildete den Gipfelpunkt der Petersburger Hindernisse. Da nun alles, was Sivers und seine Parteigenossen geplant und ihren Gegnern im Landtage abgerungen hatten, russischen Machenschaften zum Opfer gefallen war, blieb ihnen nichts anderes übrig, als durch persönliche Einwirkungen die Auswüchse am Baum der Erbuntertänigkeit zu beschneiden. Es waren namentlich Überschreitungen des Rechts der Hauszucht, die von den Landräten Sivers, Mellin und Gersdorff unnachsichtlich verfolgt wurden, wobei Sivers und Gersdorff so weit gingen, daß sie sich Rechtsverletzungen gegen Standesgenossen zuschulden kommen ließen, die, vor Kaiser Paul gebracht, ihre zeitweilige Suspendierung vom Amte eines Landrats zur Folge hatten<sup>3</sup>.

Durch das Vorgehen der drei Landräte ermuntert, klagten die Bauern zahlreich gegen die Erbherren beim Landratskollegium, das Beschwerden, welche die Polizeibehörden (Niederlandgerichte oder Ordnungsgerichte) nicht abzumachen sich getrauten, mit Hinzuziehung zweier Kreisdeputierter zu entscheiden hatte<sup>4</sup>. Die weitaus meisten dieser Klagen waren gegen zu hohe Frondienste gerichtet, und nur wenige betrafen

<sup>1</sup> Tobien: a. a. O. S. 144 ff.

<sup>2</sup> Siehe über ihn: Juri Samarin: „Die Grenzmarken Rußlands“ Bd. VI (russisch), Berlin 1876, S. 24 ff.; Tobien: „Die Agrargesetzgebung usw.“ I, S. 111 ff. Hillner: „Volks- und Bauernfreunde“ a. a. O. S. 75 ff.

<sup>3</sup> Tobien: „Agrargesetzgebung usw.“ I, S. 128.

G. O. Hansen u. A. v. Gernet, Archiv d. Familie von Stackelberg II. Bd. Petersburg 1900, S. 60 ff. u. 181 ff.

<sup>4</sup> Tobien: ebenda S. 128.

Überschreitungen der mit „christlicher Bescheidenheit“ auszuführenden Hauszucht. Häufig reisten die Kläger direkt nach Riga oder auf die Güter der drei bauernfreundlichen Landräte und trugen ihre Beschwerden persönlich vor. Das Landratskollegium sorgte dafür, daß die Klagesachen gründlichst untersucht und die Beschwerdeführer nicht für ihr Vorgehen von ihren Erbherren gemäßregelt wurden<sup>1</sup>.

Wie es um die Wende des 18. Jahrhunderts in Livland mit dem bauerlichen Gewohnheitsrechte stand, erfahren wir genau und zuverlässig aus dem offiziellen, viel gebrauchten Handbuch der Polizeigesetze, das der spätere Fiskal (Staatsanwalt) in Dorpat Nielsen verfaßt hat<sup>1</sup>.

Danach war in Livland im letzten Jahrzehnt des 18. Jahrhunderts der Bauer vollkommen vermögensfähig und durfte seine, nicht vom Herrn beliehene, fahrende Habe nach Belieben veräußern; er war nur verpflichtet, wenn er Pferde und Vieh auf den Markt zu fahren gedachte, solches dem Gutsherrn zur Anzeige zu bringen, damit er nicht etwa durch Veräußerung von Inventar den Bauernhof ruiniere.

Die Fröner durften „über die einmal festgesetzte Arbeit nicht zu mehrerer“ gezwungen werden. Steigerte der Erbherr ungebührlich seine Anforderungen, so stand dem einzelnen Bauern ein Klagerecht bei dem Niederlandgericht zu; die Kläger durften sich aber nicht „zusammenrottiren“. Wichtige und wiederholte bauerliche Klagen gingen an die Statthalterschaftsregierung.

Der Erbherr war als Hausvater befugt, auf dem Fronhof gegen die frönenden Bauern eine „bibligmäßige Züchtigung zu gebrauchen“, doch sollte dabei „christliche Bescheidenheit“ beobachtet werden. Bedienstete und Hausleute war der Herr „mit einer hausväterlichen und gelinden Zucht anzusehen“ berechtigt. Wenn sich Erbbauern, d. h. Inhaber von Bauernhöfen, gegen ihre Herrschaft „vergriffen oder widersetzten“ oder sich anderer grober Dienstvergehungen schuldig machten, wurden sie der Polizeibehörde übergeben.

Sehr strenge Bestimmungen regelten die Schollenpflichtigkeit. Wer einem Läuferling zur Flucht verhalf, wurde an drei Sonntagen öffentlich bei der Kirche jedesmal mit zehn paar Ruten „gestrichen“. Wer nur Kenntnis von dem Aufenthalt eines Läuferlings hatte, diesen aber verheimlichte, verfiel einer, wenn auch gemäßigten öffentlichen Rutenstrafe selbst dann, wenn er Amtsperson, etwa Rechtsfinder oder Fronvogt („Starost“ oder „Kubjass“) war. Im Sinne der damaligen Bevölkerungspolitik, die auf einen numerischen Ausgleich der an die Scholle gefesselten Landbevölkerung Bedacht nahm, war einerseits die Übereignung von Schollenpflichtigen gestattet, andererseits aber den Erbherren die Verhinderung oder auch nur die Erschwerung der Ehe einer Erbmagd verboten und mit einer hohen Geldstrafe bedroht.

<sup>1</sup> Über alles Vorstehende vgl. Tobien: a. a. O., I. S. 101, 103, 105, 123—133.

<sup>2</sup> C. H. Nielsen: „Handbuch zur Kenntnis der Polizeigesetze und anderer Verordnungen für Güterbesitzer und Einwohner auf dem Lande in Lief- und Estland“, Erster Teil, Dorpat 1794 bey Michael Gerhard Grenzius; zweiter Teil, Dorpat 1795.

Im Dienste der Bevölkerungspolitik schollenpflichtige Leute aus einer, nach damaliger Auffassung, überfüllten Gegend in eine menschenarme zu versetzen, hielt selbst der Bauernfreund Friedrich von Sivers nicht nur nicht für unzulässig, sondern sogar für volkswirtschaftlich geboten. Er schloß am 18. April 1789 mit seinem, ebenfalls als Bauernfreund bekannten Parteigenossen George von Bock<sup>1</sup>, Eigentümer des im estnischen Teil Livlands belegenen Rittergutes Woiseck, einen Vertrag, demzufolge 76 männliche und 77 weibliche Personen aus der Bauernschaft seines Gutes auf das Friedrich von Sivers gehörige, im lettischen Livland belegene Gut Ranzen übergeführt wurden. Hierfür verpflichtete sich Sivers, seinem Freunde Bock 3500 Rbl. S. M. zu zahlen. Der Vertrag ist in Petersburg am 18. April 1789 unterzeichnet, von zwei Zeugen<sup>2</sup> mitunterschieden und vom Fellinschen Kreisgericht am 6. Mai 1790 sub Nr. 282 attestiert. Sivers macht sich verbindlich, den Vertrag gerichtlich proklamieren zu lassen und die Verkehrssteuer („Poschlin“) zu tragen<sup>3</sup>.

Zehn Jahre später „cedirte“ der Pastor zu Klein St. Johannis, Fr. Ludwig Rücker, Nachbar und Seelsorger des Bauernfreundes George von Bock, einige Bauern zweien Gutsherren, die unter Mangel an hörigen Arbeitskräften litten<sup>4</sup>.

In beiden Fällen handelte es sich nicht um Bauernwirte, auch nicht um Dienstboten, sondern um Leute, die als Kätbner, Häusler oder auch Lostreiber auf Hofland saßen, ohne in einem festen Arbeitsverhältnis zum Gutsbetriebe zu stehen und ohne, den „Erbbauern“ gleich, durch die Nutznießung von fronpflichtigem Bauernlande sichergestellt zu sein. An ihrem neuen Wohnort wurden sie meist nicht nur mit Land, sondern auch mit Vieh und Pferden ausgestattet, also in weit günstigere Verhältnisse versetzt, als die waren, in denen sie bisher gelebt hatten. Die Zahlung, die Sivers seinem Freunde Bock leisten mußte, bildete offenbar den Ersatz der Schulden, die von den Woiseck-schen Leuten bei ihrem alten Erbherrn gemacht worden waren. Die Schuldforderung ging von Bock auf Sivers über.

Weil die Hörigen des Pastors Rücker diesem nicht verschuldet waren, wurde im Verträge, der sowohl die Billigung des Oberkirchenvorstehers, wie auch des Landratskollegiums fand, keine Zahlung vereinbart.

Diese beiden der Nachwelt erhaltenen Verträge sind für die Zeit ihrer Entstehung überaus charakteristisch.

Nach der um die Wende des 18. Jahrhunderts unter den livländischen Gutsherren herrschenden Auffassung, war der Verkauf von Bauern auf dem Markt an Jedermann und über die Landesgrenze hinaus streng verboten. Dagegen galt die Veräußerung von Bauern an Edelleute, die in Livland besitzlich waren, als erlaubt. Verschenkungen

---

<sup>1</sup> Tobien: „Die Agrargesetzgebung usw.“ I, S. 115.

<sup>2</sup> Karl Freiherr von Steinheil und W. Zöge von Manteuffel.

<sup>3</sup> Archiv der Familie von Sivers auf dem in Livland belegenen Gut Euseküll, das bis zur lettischen „Agrarreform“ intakt war.

<sup>4</sup> Tobien: „Die livl. Agrargesetzgebung usw.“ I, S. 132.

von Dienstboten an unbesitzliche Edelleute waren nur gestattet, wenn Schenker und Beschenker in naher verwandtschaftlicher Beziehung zueinander standen. Untaugliche und unverbesserliche Subjekte, deren schlechten Lebenswandel 6 Bauernwirte bezeugten, durften an Jedermann abgetreten werden<sup>1</sup>.

In der Veräußerung eines einzelnen Menschen wurde sonach keine Handlung gesehen, die gegen die Humanität verstieß; man beurteilte sie als eine bevölkerungspolitisch notwendige Maßnahme. Bezeichnend für diese Anschauungen sind die Äußerungen des bekannten unermüdlichen Chronisten und regen Publizisten jener Tage, des Pastors zu Oberpahlen August Wilhelm Hupel<sup>2</sup>, eines Nachbarn des Bauernfreundes George von Bock-Woiseck und nächsten Amtsbruders des Pastors Friedrich Ludwig Rücker zu Klein St. Johannis. Hupel sagt: „Der Erbherr kann seine Leute vertauschen und verkaufen; selbst die Gesetze berechtigen ihn dazu, indem jetzt für gekaufte Erbleute eben die „Poschlin“ (Verkehrs-Steuer), wie vom Verkauf unbeweglichen Eigentumes an die Kronskasse bezahlt wird. Einige, selbst hiesige, Edelleute, verabscheuen einen solchen Verkauf, der wirklich den Menschen zum Tiere herabwürdigt und neben den Mastochsen setzt“ „Andrerseits“, sagt Hupel weiter, „läßt sich manches zur Entschuldigung des Menschenhandels anführen“

Unter den Gründen, die der Pastor zu Oberpahlen für den Verkauf der Hörigen anführt, steht der „Überfluß an Menschen“ obenan. „Wir verkaufen sie an Gegenden, wo Menschen fehlen. Es gibt Fälle, in denen sich der livländische Erbherr nicht gut anders zu helfen weiß, z. B. wenn er zu viel Bauern hat, die er nicht alle ernähren kann und für die er doch die Kopfsteuer zahlen muß“<sup>3</sup>.

Gleicher Meinung waren auch Hupels Nachbarn George von Bock und dessen Seelsorger Pastor Rücker. Bedeutsamer jedoch ist, daß der bewährte Bauernfreund Friedrich von Sivers, wie wir gesehen haben, 1789 derselben Meinung unverblümt Ausdruck gab, indem er 153 Männer und Weiber seinem Freunde vertragsmäßig abnahm. Hierfür wurde er von Garlieb Merkel, dem Feinde des Adels und der Geist-

<sup>1</sup> Transehe: „Gutsherr und Bauer“ S. 169 und 211.

Tobien: a. a. O. S. 119 und 120.

<sup>2</sup> Geboren am 25. Februar n. St. 1737 zu Buttelsstädt im Herzogtum Weimar, besuchte das Gymnasium in Weimar und die Universität zu Jena. Nach absolvierten Universitätsstudien ging er 1757 als Hauslehrer nach Riga, wurde 1760 zum Pastor von Eeks bei Dorpat, 1763 zum Pastor von Oberpahlen erwählt, in welcher Stellung er 41 Jahre lang tätig war, zugleich mit ausgedehnten, sehr verdienstvollen wissenschaftlichen Arbeiten auf dem Gebiete der Geschichte, Geographie und Volkskunde Liv- und Estlands beschäftigt. Ende 1804 legt er sein Predigtsamt nieder und zog sich nach Weißenstein ins Privatleben zurück. Hier hat er den Rest seines Lebens zugebracht, bis zuletzt mit wissenschaftlichen Arbeiten und einem ausgebreiteten Briefwechsel beschäftigt. Gestorben 1819 am 6. Januar zu Weißenstein in Estland. Die Universität Dorpat erteilte ihm 1803 die philosophische und 1818 die theologische Doktorwürde h. c. Recke und Napiersky: „Allgemeines Schriftsteller- und Gelehrten-Lexikon der Provinzen Livland, Esthland und Kurland“, Band III, S. 422 ff.

<sup>3</sup> Transehe: „Gutsherr und Bauer“, S. 199.

lichkeit, dem Freunde der Letten, heftig angegriffen<sup>1</sup>, von dem Pastor zu Lösern im lettischen Teile Livlands, Hermann Friedrich Tiebe dagegen ebenso heftig verteidigt<sup>2</sup>. Man sieht, die als Menschenhandel erscheinende, bevölkerungspolitische Maßnahme der Übereignung von Hörigen wurde zu ihrer Zeit verschieden beurteilt. Die von den Grundsätzen der Aufklärung erfüllten Ideologen und Verfechter der retablierten Menschenrechte wider Knechtschaft und historisches Gewordensein, bekämpften sie mit Empfindsamkeit und hatten von ihrem Standpunkte aus recht. Ebenso recht hatten aber auch die nüchtern die Sachlage beurteilenden drei Prediger Hupel, Rücker und Tiebe, die sich sagten, solange als die Schollenpflichtigkeit besteht, kann ein Bevölkerungsausgleich gar nicht anders zustande kommen, als daß zwischen den Überfluß habenden und Mangel leidenden Erbherren in aller Form abgefaßte und obrigkeitlich bestätigte Verträge geschlossen werden. Sonst müßten die von einem Ort an einen anderen versetzten Hörigen den vom Gesetz verfolgten Läuflingen gleich gelten. Mithin war im allgemein angewandten und vom Gesetz anerkannten Arbeitssystem der bauerlichen Fron und Schollenpflichtigkeit, nicht aber in der Unmenschlichkeit der Gutsherren das Verwaltungsverfahren begründet, das wie ein privater Handel mit Menschen erschien. Die Schollenpflichtigkeit aber, als ein überlebtes Arbeitssystem, aufzuheben und dem Landvolk die volle Bewegungsfreiheit zu geben, waren die Gutsherren Livlands um die Wende des 18. Jahrhunderts ebensowenig bereit, wie die Preußens<sup>3</sup>. Wie jene, sahen auch die livländischen Erbherren in ihren hörigen Bauern eine Art großer Kinder, die ihrer Fürsorge unterstellt wären und, weil noch unmündig, der Fesselung an die Scholle noch nicht entraten könnten. Mit großer, aber keineswegs ungewöhnlicher Deutlichkeit geht diese patriarchalisch-fürsorgende Stellungnahme der livländischen Erbherren aus den letztwilligen Wünschen zweier Edelleute hervor. Der Geheimrat und Senator Balthasar Baron Campenhausen, — Eigentümer der Rittergüter Orellen, Lenzenhof, Dubinski, Wesselshof und Aula, ermahnt in seinem Testament vom 19. Dezember 1799 seine Söhne, die Erben eines reichen Güterbesitzes, „ihre erbuntertänigen Untertanen mit eben der Liebe, Schonung, Gelindigkeit und Umsicht als von Gott ihnen anvertraute Kinder zu regieren, wie er, der Testator, es während seiner ganzen Lebenszeit gewohnt gewesen“<sup>4</sup>.

<sup>1</sup> G. Merkel: „Supplement zu den Letten, oder Erklärung über die im zehnten Stück des Intelligenz-Blattes der allgemeinen Litteraturzeitung erschienene Ansage des Herrn Ritters von Brasch, nebst einer Urkunde“, Weimar 1798, S. 25.

<sup>2</sup> Hermann Friedrich Tiebe: „Nachtrag zu Lief- und Estlands Errettung oder die Todten Lief-lands stehen gegen Herrn Merkel auf“, Halle 1805, S. 89.

<sup>3</sup> G. F. Knapp: „Die Landarbeiter in Knechtschaft und Freiheit“, Leipzig 1891, S. 86 ff.

<sup>4</sup> Das Testament ist abgedruckt in:

(C. von Tiesenhausen): „Erste Fortsetzung von des Herrn Hofrat von Hagemeister Materialien zur Gütergeschichte Livlands“.

vgl. W. von Bock: „Evangelische Allianz und russische Diplomatie“, Berlin 1872, S. 323. Über Balthasar Baron Campenhausen Näheres in Ernst Baron Campenhausen-Loddiger: „Geschichte des Geschlechts der von Campenhausen“, als Manuskript gedruckt, Riga 1908, S. 40 ff.

Ludolf August Baron Bruiningk auf Hellenorm bei Dorpat belehrt in seiner Instruktion vom 23. April 1801 seinen Sohn Karl Axel Christer, wie er mit den Bauern zu verfahren habe, wenn er die ihm einst zufallenden Güter übernommen habe. „Fehlt es“, sagt er, „einem meiner Bauern an gehörigem Anspann, brennt ihm sein Haus ab, so habe ich immer treulichst geholfen, aber noch nie meine Auslagen zurück erhalten, noch mit einiger Strenge beigetrieben“<sup>1</sup>

Zu der Überzeugung, daß es seine Pflicht sei, für seine Bauern, als die ihm von Gott anvertrauten Kinder, Sorge tragen zu müssen, mag nicht jeder livländische Gutsherr gelangt sein, obgleich auch der einflußreiche Friedrich von Sivers und sein zahlreicher Anhang ähnlich dachten, was sie durch ihre Verfolgung der im Übermaß angewandten gutsherrlichen Hauszucht bewiesen<sup>2</sup>. Allgemein jedoch herrschte die Ansicht, daß das, was einsichtige Gutsherren domestice taten, nicht genüge, sondern, daß es öffentlich-rechtlicher Normen bedürfe. Aber erst als Kaiser Alexander I. im Jahre 1801 seinem ermordeten Vater auf den Thron der Romanows gefolgt war, vermochte Friedrich von Sivers seine Pläne, die er sorgfältig, wie ein guter Feldherr vorbereitet hatte<sup>3</sup>, durchzusetzen. Hierdurch wird zur Genüge das Maß der Rechtlosigkeit des livländischen Bauernstandes am Ende des philosophischen Jahrhunderts, erklärt. Man mag die Tatsache, daß es noch zur Zeit Rousseaus in Livland Unfreie gab, beklagen, darf sie aber keineswegs den livländischen Gutsherren zur Last legen, denn die Schuld hieran trug die zarische Regierung, die den Reformeifer der Bauernfreunde unter dem Adel lähmte. Ein gerecht Urteilender wird vielmehr anerkennend hervorheben müssen, daß in Livland die Entwicklung des gutsherrlich-bäuerlichen Verhältnisses zum Bessern vom Adel angebahnt wurde, der sonst meist als ihr natürlicher Feind erscheint. Selbst der Sozialdemokrat August Winnig hebt anerkennend hervor, daß die deutsch-baltischen Großgrundbesitzer, vom Ende des 18. Jahrhunderts an, „ein für jene Zeit ungewöhnliches, menschenfreundliches Verhalten zu ihren Hintersassen bekundet hätten“<sup>4</sup>. Und noch eines ist der Beachtung wert. War auch de jure die Lage der Bauern Livlands zur Aufklärungszeit schlecht, so war sie doch de facto keineswegs übler, als in den deutschen Ländern östlich der Elbe, in Böhmen, Mähren und Schlesien, von Rußland und Polen gar nicht zu reden<sup>5</sup>.

Von besonderem Interesse ist, daß in Preußen Friedrichs des Großen Reformwille der geschlossenen Macht des Adels gegenüber versagte und nur auf den Domänen zur Geltung kam<sup>6</sup>. Noch im Jahre 1798 galt in Preußen die Rechtsauffassung, daß der Erb-

<sup>1</sup> H. Baron Bruiningk: „Das Geschlecht von Bruiningk in Livland“, Riga, 1913, S. 143 und Beilagen.

<sup>2</sup> Siehe oben S. 20.

<sup>3</sup> Transehe: „Gutsherr und Bauer“, S. 207.

<sup>4</sup> August Winnig: „Am Ausgange der deutschen Ostpolitik“, Berlin 1921, S. 58.

<sup>5</sup> Näheres in Alexander von Tobien: „Die Leibeigenschaft in deutschen Territorien und in Livland“, „Ostdeutsche Monatshefte“, zweites Baltenheft, Danzig-Berlin 1924, S. 663 ff.

<sup>6</sup> Gustav Aubin: „Zur Geschichte des gutsherrlich-bäuerlichen Verhältnisses in Ostpreußen“, Leipzig 1910, S. 183.

herr an Bauern „ein wirkliches Eigentum, nicht wie an einer Person, sondern wie an einer Sache habe, mit der er machen kann, was er will, und die ihm nicht minder gehört, als das Land, das er bewohnt“<sup>1</sup>.

Livland brauchte in der Tat den Vergleich mit anderen Ländern des Westens, wo auch der Adel eine maßgebende Rolle spielte, nicht im mindesten zu scheuen. Im Gegenteil. Schon die Tatsache allein, daß der livländische Bauernwirt seiner Stelle nur äußerst selten entsetzt und, wenn es dennoch geschah, durch anderes Land entschädigt wurde, läßt Livland in einem günstigeren Licht erscheinen, als Preußen, und namentlich Schwedisch-Pommern und Mecklenburg, wo das Bauernlegen das Landvolk entwurzelte<sup>2</sup>. Selbst England, wo die Bauern durch die sogenannten „Einhegungen“ so zahlreich gelegt wurden, daß sie fast verschwanden<sup>3</sup>, verfuhr hierin weit übler als Livland. Mehr aber als diese Tatsache verdient die weitere der Hervorhebung, daß die Gutsherren Livlands aus freien Stücken, ja gegen den Willen der Regierung, im letzten Jahrzehnt des 18. Jahrhunderts die Bindung ihrer unfreien Bauern zu mildern suchten. Ganz anders dagegen in Preußen, Mecklenburg, Neu-Vorpommern und Schleswig-Holstein, wo die Initiative zu Reformen von den Landesherren ausging, die Gutsherren aber sich widerwillig zu ihnen verhielten. Und dort waren Herr und Bauer eines Volksstammes, in Livland aber durch Rassenverschiedenheit voneinander getrennt.

Nicht etwa Enthusiasmus für die vom philosophischen Jahrhundert gestellten Forderungen der Humanität, sondern die Erkenntnis, daß das Wohl der Bauern mit dem wirtschaftlichen Gedeihen der Gutsherren und in weiterer Folge mit der Prosperität des ganzen Landes gleichbedeutend sei, hatte unter dem Adel Livlands die Überzeugung wach gerufen, es müßten, den Reichsgesetzen zum Trotz, die gutsherrlichen Gerechtsame zugunsten der Bauern beschnitten werden. Es waren praktische, vom Leben mitgenommene Männer, die so dachten, nicht aber elegische Seelen, die sich den Lehren der französischen Freigeister hingeeben hatten. Daher darf den publizistischen Deklamationen, die zu Ende des 18. Jahrhunderts mit der Phraseologie der Aufklärungsepoche das Übel der bauerlichen Unfreiheit bekämpften und in den Ausfällen Garlieb Merkels ihren Höhepunkt erreichten, kein entscheidender Einfluß zugeschrieben werden.

Zwar machten die grausigen Schilderungen Merkels vom elenden Leben der leib-eigenen Letten einen gewaltigen Eindruck, namentlich in Deutschland, auf die den Tatsachen fernstehende Lesewelt und auf die livländische Jugend; allein den Männern, die mitten im Leben Livlands standen, war es bekannt, daß die von Merkel und seinen

<sup>1</sup> Stein: „Die Umwandlung der Agrarverfassung Ostpreußens durch die Reform des 19. Jahrhunderts,“ S. 254.

<sup>2</sup> Tobien: „Die Agrargesetzgebung usw.“ I, S. 145.  
Stein: a. a. O. S. 249.

<sup>3</sup> B. Skalweit: „Die englische Landwirtschaft“, Heft 37 der Berichte über Landwirtschaft, herausgegeben vom Reichsamt des Innern, Berlin, 1915, S. 15 ff.

Vorgängern veröffentlichten Berichte über, aus bloßer Bosheit an Leibeigenen verübte Grausamkeiten und Quälereien, zum größten Teil mündlichen, unkontrollierbaren Gerüchten entstammten. Sie wußten, daß diese Schauergeschichten aus dem ganzen Lande und aus sehr verschiedenen Zeiträumen gesammelt und zur Erreichung bestimmter agitatorischer Zwecke im Dienste der Philanthropie gruppiert worden waren<sup>1</sup>. Sie hatten endlich genugsam Kenntnis davon, daß Verfehlungen in der Ausübung der Hauszucht zwar vorgekommen, aber auch vom Hofgericht, dessen Urteile vom Gouverneur und Staatsanwalt bestätigt werden mußten, geahndet worden waren.

Mit Recht war man daher in Livland darüber empört, daß Merkel wohl von greulichen Überschreitungen der Hauszucht zu berichten wußte<sup>2</sup>, jedoch nicht nur die erfolgte Bestrafung der schuldigen Gutsherren, mit Ausnahme des schwersten Falles<sup>3</sup>, verschwieg, sondern auch vier Gutsherren mit Namensnennung öffentlich an den Pranger stellte<sup>4</sup>, ohne zu beweisen, daß sie<sup>5</sup> der ihnen vorgeworfenen Greuelthaten überführt worden seien.

So beruhten Merkels Anklagen auf völlig unzureichender Grundlage und seine scheinbar historischen Exkurse waren wissenschaftlich um so wertloser, als der junge, anmaßende Autodidakt<sup>6</sup> sich frischweg, namentlich in seinem umfangreichen Werk „Die Vorzeit Lieflands, ein Denkmal des Pfaffen- und Rittergeistes“<sup>7</sup> an die Geschichte seiner Heimat machte, ohne durch Quellenstudium auch nur entfernt beschwert und von geschichtlichem Verständnis durchdrungen zu sein<sup>8</sup>. Merkels Schriften wollten gegen die am Ende des 18. Jahrhunderts in Livland bestehende bäuerliche Unfreiheit schlechtweg agitieren und erhielten daher, wie der Goethefreund und Vertraute Wilhelm von Humboldts Alexander von Rennenkampf<sup>9</sup> urteilte, „rachsüchtige Übertreibungen und Lügen“<sup>10</sup>, die als solche gekennzeichnet und endgültig widerlegt worden sind<sup>11</sup>. Sein hauptsächlichstes Agitationsmittel war der Hinweis auf angeblich grausame

<sup>1</sup> Eckardt: „Livland im 18. Jahrhundert“, S. 416.

<sup>2</sup> „Die Letten“ usw. S. 168 ff.

<sup>3</sup> „Die Letten“ usw. S. 174.

<sup>4</sup> „Supplement zu den Letten“, S. 95.

<sup>5</sup> Deren Geschlecht heute in Livland ausgestorben ist.

<sup>6</sup> C. Mettig: „Geschichte der Stadt Riga“, Riga 1897, S. 410.

<sup>7</sup> I. Band, Berlin 1798; II. Band ebenda, S. 799.

<sup>8</sup> H. Diederichs: „Garlieb Merkel als Bekämpfer der Leibeigenschaft und seine Vorgänger“, „Baltische Monatsschrift“, 19. Band, 1870.

<sup>9</sup> Geboren 1783 auf Schloß Helmet in Livland, war Assessor des Pernauschen Landgerichtes, 1810 Lehrer am Lyzeum in Zarskoje Sselo bei Petersburg, 1812 Adjutant des kommandierenden Generals Graf Walmoden, darauf Adjutant des Erbprinzen von Oldenburg, der damals Generalgouverneur in Estland war („Baltische Monatsschrift“, Band 53), alsdann Kammerherr des Großherzogs von Oldenburg. Fr. Bienemann: „Aus vergangenen Tagen“, Reval 1913, S. 1 ff. und 34.

<sup>10</sup> Bienemann: a. a. O. S. 34.

Siehe über Merkel: Alexander von Tobien: „Die Leibeigenschaft in deutschen Territorien und in Livland“, „Ostdeutsche Monatshefte“, Beilage: 2. Baltenheft, S. 664 ff.

<sup>11</sup> Tobien: „Die Agrargesetzgebung Livlands im 19. Jahrhundert“, I. Band, S. 167 ff. Unter denjenigen Schriften, die mit Merkel erfolgreich abgerechnet haben, ragt besonders hervor Georg Fried-



Überschreitungen der den Gutsherren gesetzlich zustehenden Hauszucht, wobei er teils unerwiesene, teils strafrechtlich geahndete Fälle anführte. Mochte auch die Hauszucht von der gutsherrlichen Gewalt hier und da mißbräuchlich angewandt worden sein und harte Formen angenommen haben, so darf doch bei Beurteilung der Übergriffe nicht vergessen werden, daß im 18. Jahrhundert selbst von väterlicher und mütterlicher Fürsorge keine Rede war. Sie wurde für unzulässige Pedanterie gehalten, Zärtlichkeit aber, als lächerlich, scharf verurteilt<sup>1</sup>. Die damals übliche Züchtigung der eigenen Kinder erscheint uns heute brutal. Man erinnere sich dessen, wie Friedrich der Große in seiner Jugend von seinem Vater mißhandelt wurde. Unsagbar hart waren auch die Züchtigungen, die Elisa von der Recke, deren Schicksal Merkel sehr gut kannte, von ihrer Großmutter erdulden mußte<sup>2</sup>. Dieser Tatsache Rechnung zu tragen, war aber der jeglicher Objektivität bare Merkel unfähig. Wenn er ungeachtet dessen, daß er in agitatorischer Weise Schauergeschichten von dem elenden Leben der Letten und der angeblichen Niedertracht livländischer Gutsherren und Pastoren verbreitete, dennoch von hervorragenden Vertretern der deutschen Oberschicht belobt, ja gepriesen worden ist<sup>3</sup>, so geschah das, weil er im Dienste der Humanität für die Aufhebung der bäuerlichen Unfreiheit Propaganda gemacht hatte. Seine Übertreibungen wurden liebevoll mit „begeisterter Rücksichtslosigkeit der Jugend“ entschuldigt, seine Kritikalität gütig durch seine Unerfahrenheit auf geschichtlichem Gebiet erklärt<sup>4</sup>.

Man war eben in der Aufklärungszeit empfindsam, von philanthropischen Gedanken erfüllt und fragte nicht nach dem Wesen des Prozesses, dessen natürliches Resultat in Livland ebenso, wie in den Ländern des Westens, die bäuerliche Unfreiheit war<sup>5</sup>, die weniger einen Rechtszustand, als eine wirtschaftliche Entwicklungsstufe bedeutete<sup>6</sup>. Die gefühlsmäßige Einstellung der Lobredner Merkels verhinderte sie, gleich ihm selbst, den wirtschaftlichen Charakter des Problems zu erkennen. Sie übersahen aber auch die persönliche Eigenart des Agitators, dessen hämisches Wesen vor keiner Verunglimpfung zurückschreckte<sup>7</sup>. Das zeigte sich nicht nur in seiner ent-

---

rich von Fircks: „Die Letten in Kurland oder Verteidigung meines Vaterlandes gegen die Angriffe von G. Merkel“, Leipzig 1804, Bibliothek der Gesellschaft für Altertumskunde zu Riga.

<sup>1</sup> Herzog von Broglie: „Memoiren des Fürsten Talleyrand“, I. Band, Köln und Leipzig 1891, S. 4.

<sup>2</sup> Paul Rachel: „Elisa von der Recke“, Leipzig 1900, S. 25, 29 und 30.

<sup>3</sup> So von dem Oberpastor zu St. Jakob in Riga, dem späteren livländischen Generalsuperintendenten, Karl Gottlob Sonntag, von den beiden Landräten Karl Axel Christer Baron Bruiningk und Reinhold von Samson-Himmelstjerna, von Elisa von der Recke und anderen; Julius Eckardt: „Briefe aus dem Nachlaß G. Merkels“, „Baltische Monatsschrift“, 12. Band, 1865, S. 381 ff. Derselbe: „Erinnerungen an Garlieb Merkel“, in: „Die baltischen Provinzen Rußlands“, Leipzig 1868, S. 155 ff.

<sup>4</sup> Eckardt: „Briefe aus dem Nachlaß“ usw. S. 385.

<sup>5</sup> Tobien: „Die Leibeigenschaft in deutschen Territorien und in Livland“, S. 663 ff.

<sup>6</sup> Wie Transehe: „Die Entstehung der Schollenpflichtigkeit in Livland“, a.a.O. S. 572 richtig hervorhebt.

<sup>7</sup> Dieser Charakterzug war Merkels Bewerbung um die Professur für Geschichte an der Universität Dorpat direkt hinderlich; „Erinnerungen des Bibliothekars Emil Anders“, „Baltische Monatsschrift“, 39. Band, 1892, S. 160.

stellenden Behandlung der Kulturgeschichte Livlands, sondern besonders auch in seiner subjektiven Beurteilung Goethes, Schillers, Schlegels und Tiecks, weshalb er in der deutschen Literatur mit Spott behandelt, ja mit Schmähungen überschüttet worden ist <sup>1</sup>.

Das gerechteste Urteil über Merkel hat wohl Landrat Reinhold von Samson Himmelstjerna, der Schöpfer des die Unfreiheit der livländischen Bauern aufhebenden Gesetzes von 1819 <sup>2</sup> gefällt. Er, der ein Studiengenosse Merkels war <sup>3</sup>, gehörte zwar auch zu denjenigen, die dessen Agitation für die Bauernbefreiung freudig begrüßt und später gelobt haben, allein Samson war es auch, der Merkel aufs schärfste verurteilte, weil es ihm, wie er sich ausdrückte, „dem angeblichen Historiker, dem Märtyrer der Parteien, dem unerschütterlichen Freunde der Wahrheit beliebte, gerade das Gegenteil zu tun, also wissentlich zu lügen, indem er da schwieg, wo er als Historiker reden mußte <sup>4</sup>.“

Wie man aber auch Merkel beurteilen mag, in jedem Fall ist es ein Frevel an der Geschichtswissenschaft, wenn heute seine Schriften als historische Quelle verwertet werden, was auf der parlamentarischen Rednertribüne und in der lettischen Presse geschieht <sup>5</sup>. Merkel darf lediglich als ein skrupelloser Agitator, für eine gute Sache zwar, niemals jedoch als ein Geschichtsschreiber gelten.

### Die livländische Bauernbefreiung und die russische Presse.

Nicht die Agitation Merkels, sondern die Bundesgenossenschaft mit dem jungen Zaren Alexander I., „dem Freunde der unterdrückten Menschheit“, führte Friedrich von Sivers zu Beginn des neuen Jahrhunderts zu neuen Taten und ließ eine fruchtbare Epoche livländischer Agrargeschichte ihren Anfang nehmen.

Der theoretische Liberalismus, dem Alexander I. huldigte <sup>6</sup>, kam dem Gedankengange der livländischen Reformfreunde, die sich um Friedrich von Sivers scharten, entgegen <sup>7</sup>. Das Ergebnis war die Bauernverordnung vom Jahre 1804 und deren Er-

<sup>1</sup> „Testimonia Auctorum de Merkelio, das ist: Paradiesgärtlein für Garlieb Merkel“, Köln, bei Peter Hammer, 1806.

Als Verfasser dieses Pamphlets gibt Eduard Winkelmann: „Bibliotheca Livoniae historica“. Berlin 1878, Nr. 10 839 an: W. Neumann und K. A. Varnhagen von der Ense. Merkels Stellung in der deutschen Literatur hat neuerdings behandelt Müller-Jabusch: „Thersites“, „Erinnerungen des baltischen Journalisten Garlieb Merkel“, „Deutsche Verlagsanstalt für Politik und Geschichte, Berlin 1921.

<sup>2</sup> Tobien: „Die Agrargesetzgebung usw.“ I, S. 346 ff.

<sup>3</sup> Ebenda S. 347.

<sup>4</sup> Ebenda S. 407, Anmerkung.

<sup>5</sup> Wie z. B. von Georg Wihgrabs (Vigrabs) in seinem Buch: „Garlieb Merkel. Die Letten“. Riga, 1924; vergleiche dagegen Woldemar Wulffius: „Garlieb Merkel, Carl Schirren und Georg Wihgrabs“, „Rigasche Rundschau“ vom 26. März 1925.

<sup>6</sup> Th. Schiemann: „Geschichte Rußlands unter Kaiser Nikolaus I. Erster Band: Kaiser Alexander I. und die Ergebnisse seiner Lebensarbeit“. Berlin 1904 S. 59.

<sup>7</sup> Tobien: „Die Agrargesetzgebung usw.“ I, S. 158 ff.

gänzung vom Jahre 1809, die die Gutsuntertänigkeit, oder Schollenpflichtigkeit der Bauern von ihren Auswüchsen befreite und in ein Rechtssystem brachte. Diesen beiden Schöpfungen der Ritterschaft gebührt der Ruhm, die Leibeigenschaft in Livland aufgehoben und durch eine Erbuntertänigkeit ersetzt zu haben, die milder war als die der preußischen Bauern<sup>1</sup>.

War das endlich Erreichte die Frucht mehrjähriger Bemühungen des von Friedrich von Sivers beeinflussten Landtages, also ein Erzeugnis rein livländischen Ursprungs, so wurde das anders, als Alexander I., „der die Formen der Freiheit liebte, wie man ein Schmuckstück liebt“<sup>2</sup>, auf den genialen Gedanken kam: zwischen Großrußland und den Ostseeprovinzen eine Trennungslinie zu legen, damit er ein Gebiet gewönne, in dem er ungestört seine liberalen Gedanken verwirklichen könne<sup>3</sup>. Er bewog erst den Adel Estlands, dann den Kurlands und Livlands, den an die Scholle gefesselten Bauern die staatsbürgerliche Freiheit zu verleihen<sup>4</sup>.

Dieser fruchtbare, auf Dezentralisation der agrarpolitischen Entwicklung in seinem Reiche abzielende Gedanke, ist auch von den Nachfolgern Alexanders I. auf dem Kaiserthron festgehalten und zwar so gründlich verwirklicht worden, daß die Gestaltung der gutsherrlich-bäuerlichen Verhältnisse in den Ostseeprovinzen nicht die mindeste Ähnlichkeit mit dem Verlauf der Bauernbefreiung in Großrußland aufwies. Hier separierte, wohlarrondierte, umfangreiche Pachthöfe<sup>5</sup>, die, durch den „Leihezwang“ dem Nießbrauch des Bauernstandes gesichert, dank der die Pächter schützenden Gesetzgebung<sup>6</sup> so lange im bäuerlichen Individualbesitz erhalten wurden, bis sie auf Grund privatrechtlich vereinbarter Ablösung nach und nach in das dienstfreie, unbeschränkte Privateigentum der Zeitpächter übergingen. Dort Feldgemeinschaft mit Gemeindebesitz<sup>7</sup> und Zwangsablösung, eine Struktur, die zwar eine Art persönlichen Besitzes gestattete, nicht aber den auf eigener Scholle sitzenden, unabhängigen Bauer, wie er Westeuropa und den Ostseeprovinzen eigentümlich ist, aufkommen ließ<sup>8</sup>.

Daß dieses, von den russischen Zuständen so grundverschiedene, germanischem Wesen entsprechende Ergebnis ostseeprovinzieller Sonderentwicklung das Mißfallen der im panslawistischen Fahrwasser segelnden einflußreichen russischen Publizistik, die wir kennen gelernt haben<sup>9</sup>, erregte, entsprach ihrem Programm. Damals wurde

<sup>1</sup> Ebenda S. 237 ff. und 269.

<sup>2</sup> Urteil seines vertrauten Freundes des Fürsten Adam Czartoryski; Schiemann: a. a. O. S. 59.

<sup>3</sup> Schiemann: a. a. O. S. 495.

<sup>4</sup> Tobien: „Die Agrargesetzgebung usw.“ I, S. 288 ff.

<sup>5</sup> Der Durchschnitt der Bauernhöfe in Livland betrug 49,82 ha, Tobien: „Die Agrarverfassung des festländischen Livland“. Riga 1906 (russisch).

<sup>6</sup> Tobien: „Die Agrargesetzgebung usw.“ II, S. 277 u. 284 ff.

<sup>7</sup> A. A. Tschuprow: „Die Feldgemeinschaft“, Heft XVIII der Abhandlungen aus dem staatswissenschaftlichen Seminar zu Straßburg 1902.

<sup>8</sup> W. D. Preyer: „Die russische Agrarreform“, Jena 1914, S. 43.

<sup>9</sup> Band I, S. 121 ff.

der ungeteilte Kommunalbesitz am Boden als die neue Formel der Zivilisation gepriesen, die die Slawophilen den Ostseeprovinzen um so mehr aufzuzwingen trachteten, als sie hier die verhaßten Rechtsgebilde westeuropäischer Lebensformen zu zerstören versprach<sup>1</sup>. Die rechtliche und administrative Sonderstellung Liv-, Kur- und Estlands sollte ja, wie wir wissen, vernichtet, die Gleichheit mit dem russischen Reich in der Organisation, in den Institutionen, Gesetzen, womöglich sogar in der Sprache und im Glauben hergestellt werden<sup>2</sup>. Hierzu konnte in der Tat die neue Formel der Zivilisation, wenn verwirklicht, am schnellsten führen, denn sie hätte am radikalsten das Fundament der ostseeprovinziellen Eigenart vernichtet: die deutsche Grundbesitzform. Nicht also im Sinne agrarrechtlicher und wirtschaftlicher Erneuerung, sondern im Dienste spezifisch großrussischer politischer Ziele wünschten die Slawophilen den russischen Gemeindebesitz, den „Mir“, in den baltischen Provinzen zwangsweise eingeführt zu sehen<sup>3</sup>. Diese durch die Tagespresse vermittelte Strömung war jedoch nicht von langer Dauer, denn gar bald vollzog sich eine große Wandlung in der öffentlichen Meinung Rußlands. Seit der schweren Mißernte des Jahres 1867 wurden immer mehr Stimmen laut, die das Zurückgehen der russischen Landwirtschaft und des bisherigen Volkswohlstandes tief beklagten<sup>4</sup>. Daher wurde im Jahre 1872 eine große Enquête-Kommission zur Untersuchung der Lage der Landbauern niedergesetzt<sup>5</sup>. Die von ihr vernommenen Sachverständigen sprachen sich fast einstimmig dahin aus, daß der Gemeindebesitz mit seinen Unteilungen als wesentliche Ursache der schlimmen Lage der Bauern anzusehen sei, denn der unsichere Besitzstand habe die sorgloseste Bearbeitung des Bodens zur Folge<sup>6</sup>. Dieses Ergebnis der sorgfältigen Untersuchung führte selbst die Anhänger des Gemeindebesitzes zu dem Bekenntnis, daß die bisher gepriesene großrussische Grundbesitzform die auf sie gesetzten Hoffnungen nicht erfüllt habe<sup>7</sup>. „Von jetzt an war zwar von der Übertragung des „Mir“<sup>8</sup>, d. h. des Gemeinde-

<sup>1</sup> Adolph Wagner: „Die Abschaffung des privaten Grundeigentums“ Leipzig 1870, S. 23; Johannes v. Keußler: „Zur Geschichte und Kritik des bäuerlichen Gemeindebesitzes in Rußland“, I. Teil, 1876, S. 265.

<sup>2</sup> Band I S. 173 ff. und Baron C. Recke: „Die baltische Agrarreform und Herr Professor Kawelin“, Balt. Monatsschrift 30. Bd., 1883, S. 752.

<sup>3</sup> Als Kuriosum mag hier angemerkt werden, daß die Übertragung des russischen Gemeindebesitzes auch auf Livland bereits im Jahre 1803 und zwar von einem livländischen Edelmann, dem Grafen Ludwig Anton Münnich, Enkel des russischen Feldmarschalls Burchard Christoph Graf Münnich, beantragt wurde; dieser, dem denkwürdigen Landtage vom Jahre 1803 übergebene Antrag wurde indes keiner Beachtung gewürdigt; Fr. Bienemann: „Der russische Gemeindebesitz als Deliberandum des livl. Landtages“, „Baltische Monatsschrift“, 30. Band, 1883 S. 834 ff.

<sup>4</sup> Julius Eckardt: „Rußlands ländliche Zustände seit Aufhebung der Leibeigenschaft. Drei russische Urteile.“ Leipzig 1870.

<sup>5</sup> Unter dem Vorsitz des Ministers der Reichsdomänen Peter Walujew; siehe Band I, S. 93 ff.

<sup>6</sup> Keußler: „Zur Geschichte und Kritik“ usw. 2. Teil, 1. Hälfte, 1882, S. 5 und 70.

<sup>7</sup> Derselbe: a. a. O. I. Teil S. 269.

<sup>8</sup> Wladimir Simkhowitsch: Art. „Mir“ im Handwörterbuch der Staatswissenschaft 3. Auflage 1910 Band 6, S. 714 ff.

besitzes mit Feldgemeinschaft, auf die Ostseeprovinzen nicht mehr die Rede, allein die hier organisch erwachsene Agrargesetzgebung blieb dennoch auch weiterhin der Gegenstand heftigster Angriffe, denn die slawische Weltanschauung vermochte sich nun einmal nicht mit der, der baltischen Grenzmark eigenen, agrarischen Struktur germanischen Charakters zu befreunden.

So ist namentlich Juri Samarin<sup>1</sup>, der an der Ausarbeitung des Emanzipationsgesetzes für das russische Reich regen Anteil genommen hat und dem die Agrargeschichte Livlands kein unbekanntes Gebiet war, nie müde geworden, wenigstens die Normierung der Pachtpreise und in weiterer Folge die Zwangsablösung des Bauernlandes in den Ostseeprovinzen zu fordern, obgleich er stets ein Gegner der russischen Zwangsent-eignung gewesen und geblieben ist<sup>2</sup>. Seine äußerst abfällige Beurteilung der ostsee-provinziellen, insonderheit der livländischen Agrargesetzgebung, gipfelte in dem an die Regierung gerichteten Vorwurf, daß sie „nach so glücklicher Lösung der Agrar-frage in Rußland“ den Zeitpunkt verpaßt habe, die früher in Livland begangenen Fehler einigermaßen zu verbessern und hier die „Sache mit denselben Augen anzu-sehen, wie sie im Jahre 1861 auf die inneren Gouvernements des Reiches geblickt habe“<sup>3</sup>, d. h. das „sichergestellte Recht der Nutznießung des Bauernlandes in voll-ständiges Eigentumsrecht zu verwandeln“

Das Verlangen Samarins war also darauf gerichtet: diejenigen Grundsätze des Reichsgesetzes vom 19. Februar 1861, die in Rußland eine „glückliche Lösung der Agrarfrage“ gezeitigt haben sollten, auf die Ostseeprovinzen ausgedehnt zu sehen. Und diese Forderung wagte er in demselben Zeitpunkt zu stellen (1869), da bereits in den russischen Tagesblättern, Wochen- und Monatsschriften liberaler Richtung die Klagen über die schweren Mißerfolge der russischen Bauernbefreiung eine stehende Rubrik bildeten<sup>4</sup>.

Ebensowenig jedoch wie Samarins Anschauung von der so „glücklichen Lösung der Agrarfrage“ Großrußlands in der russischen Publizistik Bestätigung fand, wurde von dieser dessen Ansicht über die bösen Folgen geteilt, denen die „ohne Land be-freiten“ Zeitpächter livländischer Bauernhöfe ausgesetzt sein sollten. Der als Autorität auf dem Gebiete russischer Agrargeschichte geschätzte Fürst A. Wassiltschikow<sup>5</sup> wußte vielmehr die Lage der ostseeprovinziellen Bauernwirte, die ihre Höfe zu eigen

<sup>1</sup> Band I, S. 132.

<sup>2</sup> Tobien: „Agrargesetzgebung usw.“ II, S. 235.

<sup>3</sup> Julius Eckardt: „Juri Samarin's Anklage gegen die Ostseeprovinzen Rußlands“, Übersetzung nebst Kommentar, Leipzig 1869, S. 75.

<sup>4</sup> Keußler: a. a. O. 2. Teil 1. Hälfte, S. 200.

<sup>5</sup> Fürst Alexander Illarionowitsch Wassiltschikow, geb. am 18./30. Oktober 1818 in Petersburg, war Adelsmarschall von Nowgorod, gehörte 1872 der Walujewschen Kommission (siehe oben S. 38) an, war 1876 Präsident der Petersburger Abteilung des Slawischen Komitees, gest. 14. Oktober 1881. A. S. Wengerow: „Kritisch-biographisches Lexikon russischer Schriftsteller und Gelehrter“ Bd. IV, Peters-burg 1895, S. 176 (russisch).

erworben hatten, als wohlgesichert zu bezeichnen und die landwirtschaftliche Entwicklung Liv- und Kurlands als der des westlichen Europa gleichwertig zu rühmen<sup>1</sup>.

Allein als ein echter Slawe, der der Anschauung zu huldigen pflegte, daß jeder Landbewohner ebensogut das Recht auf ein Stück Land, wie auf die zum menschlichen Leben notwendige Atmosphäre habe, beklagte er das Los der unbesitzlichen Landarbeiter in den Ostseeprovinzen und warnte davor, die Höhe der landwirtschaftlichen Kultur in diesem Lande als ein Beweis des Gedeihens der ganzen Landbevölkerung zu erachten. Die Behändigkeit der Bauernwirte vollends als ein Merkmal des Wohlergehens der gesamten Landbevölkerung anzusehen, wäre, so sagte Fürst Wassiltschikow, ebenso fehlerhaft, wie den Gesundheitszustand eines Landes nach der Zahl der Gesunden, ohne die Kranken und Gestorbenen in Rechnung zu ziehen, bemessen zu wollen. Der Hinweis auf die Blüte der Bauernwirtschaft sei gleichbedeutend mit dem auf landwirtschaftlichen Ausstellungen beliebten Verfahren: besonders in die Höhe geschossene Kornhalme zu exponieren, ohne mitzuteilen, wieviele solcher Halme es im Felde gegeben habe. Diese geistreich erscheinenden Äußerungen des Fürsten wurzelten in der slawischen Weltanschauung, daß die germanische individuelle Grundbesitzform, die in den Ostseeprovinzen Rußlands herrsche, die im Interesse der Gesamtheit zu erstrebende Verteilung des Grundbesitzes im allgemeinen und des kleinen im besonderen nicht verbürge. Sie, die das vor Mobilisierung geschützte Bauerngut zeitige, sei ein aristokratisches Gebilde, das zwar die oberen und mittleren Grundbesitzer in ihren wirtschaftlichen Interessen zusammenschließe, gleichzeitig aber zwischen diesen und den verschiedenen Klassen der bauerlichen Stellenbesitzer und Landarbeiter eine Kluft schaffe, die ebenso trennend sei, wie die Scheidewand, die einst die Grafen und Barone von den Städtern und Bürgern isoliert habe. Die Folge solcher Differenzierung sei die, daß die landarme oder landlose Bevölkerung in die Städte ziehen müsse, wo sie der Demagogie anheimfalle, während die Eigentümer der Bauerngüter das konservative Element der Großgrundbesitzer ungesund vermehre. Die hieraus erwachsende Sachlage gestalte sich um so gefahrvoller für den Staat, als die beiden, sich gegenüberstehenden Parteien gleicher Stärke seien. Die germanische individuelle Grundbesitzform sei zwar in landwirtschaftlicher Hinsicht der kollektivistischen, wie namentlich dem großrussischen „Mir“ unbestreitbar überlegen, allein sie stelle doch eine nie versiegende Quelle der Entstehung des ländlichen Proletariats dar. Der Westen weise daher keineswegs einen größeren Volkswohlstand und eine höhere wirtschaftliche Leistungsfähigkeit im allgemeinen auf, als der Osten. In Livland und Estland, wo die Häuslerwirtschaft stetig um sich greife, drohe die Entstehung irländischer Zustände und zwar um so mehr, als die Konsolidation des großen und mittleren Grundbesitzes auf Kosten des Kleingrundbesitzes sich hier ebenso rasch vollziehe, wie in Deutschland. Dort wie überall, wo die germanische Rasse das Übergewicht

<sup>1</sup> Fürst A. Wassiltschikow: „Der Grundbesitz und die Landwirtschaft in Rußland und anderen europäischen Staaten“, I. Bd. St. Petersburg 1876 (russisch), S. 35, 645—648.

habe, herrsche die Ansicht, daß eine kleine Zahl selbständiger und gesicherter Grundbesitzer einer großen Zahl landarmer und unversorgter Bauern vorzuziehen sei. Der großrussische „Mir“ dagegen bedeute begrifflich eine höhere, vielleicht sogar eine etwas übertriebene Bekräftigung des Eigentumsrechtes und des Familienzusammenschlusses. Er unterstelle zwar alle Gemeindegossen den gleichen Lebensbedingungen, vereinige sie aber andererseits zur Wahrnehmung ihrer Interessen den Gutsbesitzern und dem Staate gegenüber, gewöhne sie an einheitliche Beurteilung allgemeiner Fragen und lasse doch jedem das Seine zukommen<sup>1</sup>.

Fürst Wassiltschikow gehörte zu denjenigen übereifrigen Anhängern des „Mir“, die mehr romantisch-sentimental, als den tatsächlichen Verhältnissen entsprechend, den in der bäuerlichen Gemeinde waltenden Gemeingeist überschätzten<sup>2</sup>. Er stellte die soziale Seite des russischen Emanzipationsgesetzes vom 19. Februar 1861 an die Spitze und übersah vollkommen die wirtschaftlichen Schäden, die eine so verzweifelte und schon zu seiner Zeit zugestandene Rückständigkeit der russischen Landwirtschaft hervorgerufen hatte. Seinen Ausführungen, wie denen seiner Gesinnungsgenossen lag die irrtümliche Meinung zugrunde, daß nur der mit Grundbesitz, wenn auch minimalem, ausgestattete Landbewohner kein Proletarier sei, und weil die germanische, auch in den Ostseeprovinzen herrschende Grundbesitzform nicht jedem Landbewohner ein Anrecht auf die Nutzung eines Stückes heimatlichen Bodens zuwies, erschien sie ihm schlechtweg verwerflich.

Ähnlich urteilte Konstantin Kawelin, dessen Anschauungen unserer Berücksichtigung wert sind, weil er zu den hervorragendsten Agrarhistorikern Rußlands gehörte<sup>3</sup>.

Kawelin rühmte den deutschen Bewohnern der Ostseeprovinzen nach, daß sie als „Anpflanzer europäischer Kultur“, und weil sie Rußland die nützlichsten Männer auf allen Gebieten des Wissens und des bürgerlichen Lebens schenkten, sich ein

<sup>1</sup> Wassiltschikow: a. a. O. S. 715 ff., 732, 751 ff., 777, 833, 837 und 843.

<sup>2</sup> Keußler: a. a. O. 3. Teil, 1887, S. 296 ff.

<sup>3</sup> Geboren am 4./16. November 1818 in Petersburg, gestorben daselbst am 3./15. Mai 1885, war er einer der bedeutendsten Gelehrten Rußlands, der als Historiker, Jurist und Philosoph hohes Ansehen in seinem Vaterlande genoß. Er studierte in Moskau 1835—1839 die Rechtswissenschaften, trat 1842, weil seine Eltern ihm die Beschreitung der gelehrten Laufbahn, als unaristokratisch, verwehrten, in Petersburg in den Dienst des Justizministeriums, wo er sich dem Kreise der „Westler“ anschloß, der bekanntlich die westliche Kultur der östlichen vorzog. Im Jahre 1844 erwarb er an der Universität Moskau den Grad eines Magisters der Rechtswissenschaften und dozierte dort von 1844—1848. Von 1848—1857 diente er wieder in verschiedenen Ministerien in Petersburg und wurde auf Fürsprache der Großfürstin Helene Pawlowna (Band I, S. 144) 1857 Lehrer des Großfürsten-Thronfolgers Nikolai Alexandrowitsch (gestorben 1865) und Professor an der Petersburger Universität, die er verlassen mußte, weil er das Verfahren der Regierung gegen die revoltierenden Studenten mißbilligte. In den Jahren 1862—1877 ohne amtliche Stellung, entwickelte er eine vielseitige Schriftstellerei und widmete sich dem Briefwechsel mit hervorragenden Persönlichkeiten, so z. B. mit Editha von Rahden (Band I, S. 146). Er starb 1885 als Professor der militär-juridischen Akademie in Petersburg. Russisches Biographisches Lexikon (russisch), St. Petersburg 1897, S. 358—373.

großes Verdienst erworben hätten, das nie vergessen werden dürfe und eine glänzende Seite in der unparteiischen russischen Geschichtschreibung einnehmen werde<sup>1</sup>. Allein auch er vertrat in der Beurteilung der ostseeprovinziellen Bauernbefreiung denselben Standpunkt wie Wassiltschikow. Zwar gestand er freimütig zu, daß die Bauernbefreiung in den Ostseeprovinzen „ohne Sprünge und Erschütterungen und daher glücklich“ vollzogen worden sei, im Gegensatz zu Großrußland, wo sie einen so „unglücklichen Ausgang genommen habe“<sup>2</sup>. Er bekannte willig: ein Vergleich der Wirkungen des Emanzipationswerkes hier und dort falle so sehr zugunsten der Ostseeprovinzen aus, daß ein Russe sich „in die Zunge beißen und errötend schweigen müsse“<sup>3</sup>. Aber auch er gab dennoch der Überzeugung Ausdruck, daß dank den in Großrußland eingehaltenen Grundsätzen der Bauernbefreiung die Bedingungen für die weitere Entwicklung dort günstigere seien, als in den Ostseeprovinzen. In Rußland werde alsbald die Solidarität zwischen den großgrundbesitzenden Klassen und den Massen der ländlichen Bevölkerung leicht und freiwillig zustande kommen und sich als Eckstein in das Gebäude des gesellschaftlichen und politischen Lebens einfügen. Der Staat habe die Leibeigenschaft mit ihren Wurzeln ausgerissen und ihr ein für allemal dadurch ein Ende gemacht, daß jede juristische und ökonomische Abhängigkeit der Bauern und Landarbeiter von den Gutsbesitzern von vornherein zerstört worden sei. In den Ostseeprovinzen dagegen sei man bei halben Maßnahmen stehen geblieben, habe nicht die durch die Leibeigenschaft hervorgerufene Krankheit geheilt, sondern nur deren Form geändert. Die früheren anormalen Beziehungen zwischen den großgrundbesitzenden und den niederen Klassen der Landbevölkerung seien in wirtschaftliche Abhängigkeit und in einen sozialen Kampf übergegangen, der als Damokles-Schwert über den besitzenden Klassen schwebe<sup>4</sup>.

Wie ersichtlich, warf Kawelin der ostseeprovinziellen Bauernbefreiung den Mangel sozialpolitischer Ziele vor, der es zugelassen habe, daß die ganze bäuerliche Bevölkerung nicht durch Zuweisung von Land sichergestellt worden sei. Und „nach den Begriffen des russischen Volkes“, sagt er, „ist es ein großes Unglück, weder Haus und Hof, noch Hab und Gut zu besitzen. Einen solchen Unbesitzlichen bemitleiden alle, und jeder mann blickt auf ihn von oben herab. Haben wir den Stand solcher besitzloser Arbeiter nötig? Die ungeheure Mehrzahl der russischen Landwirte antwortet zusammen mit mir: nein!“<sup>5</sup>.

In diesen Worten gipfelte das abfällige Urteil Kawelins über die Agrarzustände der Ostseeprovinzen, und Wassiltschikow dachte nicht anders.

Seitdem diese beiden, als Autoritäten auf dem Gebiete der russischen Agrarge-

<sup>1</sup> K. D. Kawelin: „Die Bauern-Emanzipation und Herr von Samson-Himmelstjerna“. „Europäischer Bote“ (russisch) V. Band 1883, S. 31 ff., übersetzt von Erwin Bauer, Reval 1883, S. 1.

<sup>2</sup> Derselbe: a. a. O. S. 42 des Originals, S. 19 ff. der Übersetzung.

<sup>3</sup> A. a. O. S. 41 des Originals, S. 17 der Übersetzung.

<sup>4</sup> A. a. O. S. 23 ff. der Übersetzung.

<sup>5</sup> A. a. O. S. 55 der Übersetzung.



schichte geltenden Gelehrten in dem Vorhandensein einer großen Anzahl landloser Leute den wesentlichen, genau genommen den einzigen, Mangel des ostseeprovinziellen Befreiungsaktes <sup>1</sup> erkannt zu haben glaubten, erhoben ihre Epigonen häufig und gern dieselbe Anklage. Hierbei verfielen sie jedoch gleich ihren beiden Lehrmeistern in Fehler, die ihren Grund in der russischen Denkweise hatten.

Der eine Fehler war der, daß ihr Urteil über gegebene Zustände weniger aus sachlichen Erwägungen hervorging, als vielmehr das Ergebnis vorgefaßter theoretischer Anschauungen war <sup>2</sup>. Der zweite Fehler lag im Mangel historischen Sinnes und in der Überschätzung des Wertes theoretischer Konstruktion. Als die Folge aprioristischer Denkweise und des Fehlens historischer Erkenntnis ergab sich die Aufstellung von Forderungen, die praktisch undurchführbar waren. Zu den Postulaten dieser Art gehörte vor allem das der gleichmäßigen Zuweisung von Land an alle Bauern, dessen Erfüllung das Aufkommen eines ländlichen Proletariats verhindern werde, wie die Slawophilen lehrten.

Heute wissen wir, daß diese Lehre klägliches Fiasko erlitten hat, denn die Feldgemeinschaft mit ihrem Rechtsanspruch eines jeden Dorfgenosson auf ein Grundstück in der Flur, führte in ihrer Konsequenz gerade zur Unterdrückung der Individualität und in weiterer Folge zur Unterbindung der Wirtschaftlichkeit des einzelnen Genossen. Gab es auch in Rußland keine landlosen Leute, so waren doch die mit Land versorgten Bauern so bettelhaft gestellt, daß sie sich in einer weit größeren Zwangslage befanden, als die Landlosen Livlands, die ihre Arbeit ungehindert überall, wo es ihnen vorteilhaft erscheinen mochte, verdingen konnten. Die Frage des bekannten russischen Publizisten Koschelew war daher berechtigt: „ist die Lage des Bauern, der ein Gehöft und außerdem noch eine Parzelle des Gemeindelandes besitzt, den aber sein Grundstück nicht zu ernähren vermag, besser, als die eines Unbesitzlichen, der, ob auch im fremden Hause, doch gehörig erwärmt, und ob auch an fremdem Tisch, doch gehörig gesättigt wird?“ <sup>3</sup>. Und die Antwort hierauf gab der beste Landwirtschaftsminister, den Rußland je gehabt hat, Jermolow mit den Worten: „das Recht auf Land an sich, bedeutet nichts anderes, als das Recht auf den Hungertod“ <sup>4</sup>.

Angesichts der seit 1873 durch die Walujewsche Kommission aufgedeckten Tatsache des völligen Fiaskos der russischen Agrargesetzgebung war die publizistische Forderung, daß die dem russischen Emanzipationsgesetz zugrunde liegenden Gesichtspunkte auch auf die Ostseeprovinzen ausgedehnt werden mußten, ein seltsames Unterfangen, das nur in der doktrinären, unrealen Weltanschauung der Russen seine Erklärung finden konnte. Schwebte in der Tat das von Kawelin gezeichnete Damokles-

<sup>1</sup> Vgl. auch: H. von Samson-Himmelstjerna: „Vom Lande“, „Baltische Monatschrift“, 30. Band 1883, S. 126 und 230.

<sup>2</sup> Wie Preyer: „Die russische Agrarreform“, S. 142 treffend hervorhebt.

<sup>3</sup> A. Koschelew: „Land und Freiheit“, übersetzt von J. Eckardt in „Rußlands ländliche Zustände“, S. 72.

<sup>4</sup> Jermolow: „Unsere Landfrage“. Petersburg 1905 (russisch).

Schwert eines bevorstehenden Klassenkampfes zwischen der grundbesitzlichen und der landlosen Bevölkerung über Livland, so hätte nicht der Gouverneur Sinowjew, der Russifikator Livlands<sup>1</sup>, in seinem Immediatbericht vom Jahre 1886<sup>2</sup>, der im übrigen eine giftgetränkte Kritik der Adelsinstitutionen Livlands enthielt, das Gedeihen der estnisch-lettischen Landbewohner gepriesen. Zwar erachtete er die Grundbesitzverteilung nicht für gesund, weil die Agrargesetzgebung wohl die Hebung des allgemeinen wirtschaftlichen Wohlstandes im Auge gehabt, der sozialpolitischen Seite der Grundbesitzordnung dagegen keine Aufmerksamkeit geschenkt habe. Die Gesetzgebung entsprach aber, so urteilt er, „den Sitten und Anschauungen der Bevölkerung, die seit alter Zeit von der Theorie der Grundbesitzfreiheit nichts wissen will, sondern dem System der Einzelhöfe anhängt“<sup>3</sup>. Nicht so sehr die Gutsherren, als vielmehr die bäuerlichen Hofbesitzer, meint Sinowjew, hängen der im Volke herrschenden Lehre von der Unteilbarkeit des Grundbesitzes und der unteilbaren Erbfolge im Landbesitz an. Dennoch sieht er der Entwicklung der Grundbesitzverteilung in Livland unbesorgt entgegen, weil sie dank der Bodenpolitik der Gutsherren einen günstigen Gang nähme. Schon sei eine große Menge Landes in das Eigentum einst landloser Bauern übergegangen. Nicht weniger als 13 369 Pachtstellen stünden auf gutsherrlichem Lande Liebhabern offen; sie alle, meint er, werden früher oder später in das Eigentum der Pächter übergehen. Und schließlich sei, worauf es hauptsächlich ankomme, der Aufstieg des Landarbeiters zum Pächter, des Pächters zum Eigentümer gesichert und vollziehe sich rasch, weil dem arbeitsliebenden und nüchternen Landarbeiter wegen Mangels tüchtiger Kräfte hoher Lohn winke, der zu einer ansehnlichen Kapitalansammlung führe.

Schützte schon das günstige Urteil des Gegners der Ritterschaft<sup>4</sup> die livländische Agrargesetzgebung davor, niedriger als die russische eingeschätzt zu werden, so widerlegte die Notwendigkeit der Stolypinschen Agrarreform mit aller Deutlichkeit die russischen Schriftsteller, die, wie Wassiltschikow und Kawelin, des Glaubens waren, daß die russische Feldgemeinschaft im Gegensatz zum germanischen Individualbesitz die Bildung eines ländlichen Proletariats verhüte. Der „Mir“ hatte die soziale Differenzierung unter den russischen Bauern so wenig zu verhindern vermocht, daß eine Oberschicht sich über die große Masse, die das Existenzminimum schwach, meist aber gar nicht, zu erwirtschaften imstande war, erhob<sup>5</sup>. Diese traurigen Zustände haben dann

<sup>1</sup> Band I S. 153 ff.

<sup>2</sup> Als Manuskript gedruckt etwa im August 1887, Archiv Baron Meyendorff, siehe Vorwort zu Band I.

<sup>3</sup> Das Urteil Sinowjews ist wiedergegeben in: Alexander von Tobien: „Die Agrarrevolution in Estland“, Berlin 1923, S. 6 ff.

<sup>4</sup> Das Sinowjew in seinem Druckwerk: „Untersuchung über die Landschaftsinstitutionen des livl. Gouvernements“, Übersetzung aus dem Russischen, Beilage zum 1. Heft der „Baltischen Monatschrift“ 42. Bd. 1895, S. 29 aufrecht erhielt.

<sup>5</sup> Kurz vor der Stolypinschen Agrarreform vom Jahre 1906 zeigte die russische Bauernschaft das folgende erschütternde Bild:

schließlich zur großen Stolypinschen Agrarreform geführt<sup>1</sup>, die grundsätzlich der Feldgemeinschaft den Garaus machte und die Entwicklung zu dem von Wassiltschikow und Kawelin verworfenem individuellen Grundeigentum zu fördern strebte. Einem jeden Bauer wurde auf Staatskosten die Möglichkeit geboten, seinen Anteil am Dorfacker auszuscheiden und ihn in arrondierter Form zu erhalten — wo es ausführbar war, unter Errichtung neuer Gebäude auf seinem Lande. Hierdurch sollte dem allmächtigen „Mir“ und der jede höhere Ackerkultur hindernden Gemengelage, die den einzelnen Bauern in der Regel kilometerlange Ackerstraßen in der Breite einer Egge zuwies, ein Ende gemacht werden. Vom Zwange des angeblich die Bildung eines ländlichen Proletariats verhindernden „Mir“ endlich befreit, gewannen hunderttausende von Bauern Eigentumsbewußtsein und die Hoffnung auf eine unabhängige Existenz.

Neben Sinowjew haben auch westeuropäische Sachkenner rühmend hervorgehoben, daß die Bauernbefreiung in Livland eine mustergültige gewesen sei<sup>2</sup>. So stellte der bekannte Professor der Berliner Universität Professor Dr. Otto Hoetzsch, der den Bauernschutz in Deutschland zum Gegenstand einer Spezialuntersuchung gemacht hat<sup>3</sup>, Livland, das er wiederholt bereiste, die günstige Zensur aus: „hier ist die Befreiung der Bauern durchgeführt worden in so meisterhafter Weise wie nirgendwo — ich weiß sehr wohl, was ich damit ausspreche — und dies so gut wie proprio motu der Gutsherren“<sup>4</sup>.

Diese Zeugnisse überheben uns jedoch der Notwendigkeit nicht, die Frage beantworten zu müssen: warum in Livland, ebenso wie in Schleswig-Holstein, Neu-Vorpommern mit Rügen, Mecklenburg und Dänemark<sup>5</sup>, keine Zwangsablösung des Bauernlandes stattgefunden hat? Die Prüfung dieser Frage erscheint um so unerläßlicher, als auch die lettisch-estnische Presse wiederholt auf den angeblichen Gewinn hingewiesen hat<sup>6</sup>, den die Übertragung der russischen Ablösungsgesetze auf die Ostseeprovinzen geboten hätte.

---

5,7 Millionen Bauern oder	8,9%	erzeugten über den eigenen Bedarf
13,1 „ „ „	20,4%	ernährten sich selbst nicht, aber ihr Vieh,
45,1 „ „ „	70,7%	erreichten nicht das Existenzminimum
63,9 Millionen „ „	100%	

Dr. W. D. Preyer: „Die Agrarreform in Rußland“, Handwörterbuch der Staatswissenschaften, 4. Auflage 1. Bd. 1923, S. 81 ff.

<sup>1</sup> Gesetz vom 22. November 1906, das am 14. Juni 1910 revidiert wurde.

<sup>2</sup> Die Behauptung Leonhards: „in Livland habe ebenso wie in Est- und Kurland die „Dissoziation von Bauern und Land“, d. h. die Herabdrückung der ersteren zu Tagelöhnern und die Zusammenfassung der Bauerngüter zu Großbetrieben, Platz gegriffen“, („Archiv für Sozialwiss. und Sozialpolitik“ 44. Bd. 1918, S. 841) ist in dieser Allgemeinheit ganz falsch.

<sup>3</sup> Otto Hoetzsch: „Der Bauernschutz in den deutschen Territorien im 16. — 19. Jahrhundert“, Schmollers „Jahrb. für Gesetzgebung und Verw. im Deutschen Reich“ 26. Jahrgang 1902, S. 1137 ff.

<sup>4</sup> Derselbe: „Die Lage in den Ostseeprovinzen“, „Schlesische Zeitung“ vom November 1907, Nr. 772.

<sup>5</sup> Tobien: „Die Agrargesetzgebung usw.“ II S. 261.

<sup>6</sup> Tobien: „Die Agrargesetzgebung usw.“ II S. 372.

## 2. Kapitel

**Agrarische Reformen****Gutsherr und Bauer als Berufsgenossen**

Wenn auch die livländischen Großgrundbesitzer die von ihnen geschaffene Struktur der Agrarverfassung im großen und ganzen für zweckmäßig erachteten, so waren die führenden Männer, wie wir sehen werden, sich doch darüber klar, daß das Hauptelement der gegebenen Zustände, die Grundbesitzverteilung, einer Korrektur bedürfe, die jedoch nur im Rahmen zweier Grundsätze zulässig sei.

Der erste Grundsatz war der: jede staatliche Enteignung mit zwangsmäßiger Landverteilung ist verwerflich, weil sie das Privateigentum antastet.

Das zweite Axiom lautete: nur die vom bekannten deutschen Volkswirt Wilhelm Roscher für Mitteleuropa und besonders für den Osten als die wirtschaftlich beste empfohlene Bodenverteilung ist auch den Ostseeprovinzen angemessen: die Mischung von großen, mittleren und kleinen Gütern, wobei die mittleren überwiegen<sup>1</sup>.

Die Zersplitterung der größeren Güter würde, das war eine von keiner maßgebenden Seite ernstlich bestrittene Ansicht, einen untrüglichen Kulturrückschritt bedeuten: der Großgrundbesitz vertrete erfahrungsmäßig an erster Stelle den technischen Fortschritt in der Landwirtschaft, vermöge in Zeiten der Krisis Kornreserven zu bilden, sei der Arbeitgeber, den die auf Verdienst angewiesene Landbevölkerung gar nicht missen könne, verbürge, wenn kapitalkräftig, eine geordnete Waldwirtschaft und liefere für die Selbstverwaltung des flachen Landes das wertvollste Personal<sup>2</sup>.

Die in Livland, wie in den baltischen Nachbarprovinzen allgemein festgewurzelte Auffassung, daß der Großgrundbesitz unentbehrlich sei, weil in ihm der Lehrmeister für den bäuerlichen Mittel- und Kleinbetrieb stecke<sup>3</sup>, deckte sich vollkommen mit den Erfahrungen Westeuropas, namentlich Deutschlands<sup>4</sup>.

Dort gilt ein patriarchalisch verwalteter größerer Landwirtschaftsbetrieb, der vom Eigentümer selbst geleitet wird, als eine unerläßliche Ergänzung der bäuerlichen Einzelhöfe<sup>5</sup>. Und Sismondi, der Genfer Sozialpolitiker (1773—1842), erklärt mit

<sup>1</sup> Wilhelm Roscher: „Nationalökonomik des Ackerbaues“, 13. Auflage von H. Dade, Stuttgart, 1903, S. 221. Aereboe: Agrarpolitik, Berlin 1928, Verl. Parey.

<sup>2</sup> E. von Oettingen: „Zur livländischen Agrarfrage“, Denkschrift der „Ökonomischen Sozietät“, veröffentlicht in der „Baltischen Wochenschrift für Landwirtschaft, Gewerbeleiß und Handel“ herausgegeben von der Kaiserlichen Livländischen Gemeinnützigen und Ökonomischen Sozietät“, Dorpat, Jahrgang 1906, Nr. 36, und im Bericht über die Verhandlungen der Kaiserlichen Livländischen Gemeinnützigen und Ökonomischen Sozietät vom Jahre 1906, S. 17 ff.

<sup>3</sup> Oskar Grosberg: „Am Ausgange einer kulturträgerischen Mission“, Rigasche Rundschau, Nr. 178, vom 13. Aug. 1926, abgedruckt in den „Baltischen Blättern“, Berlin, 1. September 1926, Nr. 26.

<sup>4</sup> Dr. Carl Johannes Fuchs: „Die Grundprobleme der deutschen Agrarpolitik in der Gegenwart“, Stuttgart 1913, S. 19. Aereboe, Agrarpolitik.

<sup>5</sup> Le Play (1806—1882) bei:

Heinrich Herkner: „Die Arbeiterfrage“, 3. Auflage, Berlin 1902, S. 93.

Recht: „Um die wirtschaftliche und geistige Kultur der Landbevölkerung zu entwickeln, ist eine gewisse Zahl von Landedelleuten wünschenswert. Sie werden als der, nächst den Bauern, wichtigste Stand im Staat betrachtet“<sup>1</sup> Wer unsere Heimatgeschichte kennt und vorurteilslos beurteilt, wird sich der Ansicht Sismondis, auf Livland und seine Schwesterprovinzen bezogen, anschließen müssen. Hierzu zwingt schon allein der lange und schwere Kampf, den unser Landadel mit dem Zarismus und russischen Nationalismus um die geistige und wirtschaftliche Kultur unseres Bauernstandes geführt hat. In dieser Hinsicht dachten deutsche, lettische und estnische Heimatgenossen vor dem Umbruch neuester Zeit gleich und ließen sich nicht durch nationale Chauvinisten irre machen, die von den Slawophilen oder der russischen Bureaukratie im Dienste des Leitsatzes: „divide et impera“ aufgepeitscht waren. Demokratisch Gesinnte, die der Lehre: „alles fürs Volk durch das Volk“ huldigten, mochten freilich keinen Gefallen daran finden, daß der ostseeprovinzielle deutsche Adel, ebenso wie der Englands, eine Herrenkaste bildete<sup>2</sup>, die in der inneren Politik des Landes maßgebenden Einfluß ausübte. In der Tat fand die historisch begründete Bedeutung der baltischen Aristokratie ihr Analogon in der englischen. Kein Adel der Welt hat sich noch in der Neuzeit eine sozial so einflußreiche Stellung in den Grenzpfählen seines Landes zu bewahren gewußt, wie der englische und der baltische. So ähnlich indes beide Landstände in ihrer gefestigten einflußreichen Gesellschaftsordnung auch waren, so unterschieden sie sich doch andererseits merklich in ihren Rechten und Gewohnheiten. Eine von der übrigen Gesellschaft rechtlich losgelöste aristokratische Kaste hat es in England, im Gegensatz zum europäischen Kontinent, nie gegeben. Gleichheit der bürgerlichen Befugnisse ist von jeher Grundprinzip der englischen Verfassung gewesen<sup>3</sup>. Die soziale Ungleichheit, die trotzdem den englischen Adel über die anderen bürgerlichen Gesellschaftsklassen des Inselvolkes hinüberhebt und die formale Rechtsgleichheit illusorisch macht, wird durch die außerordentlich feste aristokratische Sitte und den hohen Vermögensstand bedingt. Der englische Adel verfügt über einen ungeheuren Grundbesitz, der allmählich durch Kauf und Heirat in wenigen Händen vereinigt ist<sup>4</sup>. Der Landlord lebt auf prachtvollem Herrensitz im Genuß eines fürstlichen Einkommens, denn arm sein heißt in England: „nicht tugendhaft sein“<sup>5</sup>. Von keiner geregelten Arbeit beschwert, beschäftigt sich der Landlord mit Jagd, Sport und Politik, ohne zum landwirtschaftlichen Nutzen seines großen Besitzes viel beizutragen. Er hat sich aus einem selbst wirtschaftenden Großgrundbesitzer in einen bloß landwirtschaftlichen Großrentner umgewandelt, der die Gebäude, Umfriedungen und ganz große Entwässerungsanlagen herstellen und in Ordnung halten läßt. Im übrigen herrscht

---

<sup>1</sup> Herkner: Ebenda S. 90.

<sup>2</sup> Wilhelm Dibelius: „England“, 1. Band, 4. Auflage, Leipzig und Berlin 1925, S. 126.

<sup>3</sup> Dr. Eduard Fischel: „Die Verfassung Englands“, Berlin 1862, S. 37 ff.

<sup>4</sup> Dibelius: a. a. O., S. 125.

<sup>5</sup> Fischel: a. a. O. S. 38.

er über rechtlose, ihres Landes beraubte Landarbeiter und verpachtet seinen Besitz in Parzellen mittlerer Größe. Der Pächter versieht die gesamte Arbeit und trägt das eigentliche Risiko des landwirtschaftlichen Betriebes<sup>1</sup>. Einen freien Bauernstand gibt es in England nicht mehr. Gemeinheitsteilungen, die berüchtigten „Einhegungen“, hauptsächlich aber der Auskauf, haben ihn verdrängt. Der Auskauf, an dem sich das städtische Kapital stark beteiligte, hat besonders im 18. Jahrhundert und nach dem Abschluß der napoleonischen Kriege stattgefunden, dauerte aber bis in die 80er Jahre des vorigen Jahrhunderts fort<sup>2</sup>. Die entwurzelten Bauern wanderten in die Städte und haben dort das Großstadtproletariat Englands geschaffen<sup>3</sup>.

Wesentlich anders war die Entwicklung in Liv-, Est- und Kurland. Hier bildete die verwaltungsrechtlich und daher auch gesellschaftlich maßgebende Aristokratie einen enggeschlossenen Kreis, das „Indigenat“, dem das Ständerecht vom Jahre 1845 außerordentlich wertvolle Rechte, so namentlich die Landtagsfähigkeit und die Steuerhoheit, zugeeignet hatte<sup>4</sup>. Die außerhalb dieses engen Kreises stehenden, zwar den russischen Reichsadel besitzenden, aber nicht dem Indigenat angehörenden „non indigenae“ errangen insoweit, als sie Rittergüter besaßen, freilich nach und nach die meisten Vorrechte ihrer bevorzugten Standesgenossen<sup>5</sup>, mußten sie aber mit den bürgerlichen und bäuerlichen Eigentümern von Rittergütern teilen, vor denen sie nichts voraus hatten und mit denen sie die gesellschaftlich minder angesehene Klasse der „Landsassen“ ausmachten. Nivellierte auch die Zeit die Vorrechte des Indigenatsadels und traten auch nicht selten ihm Zugehörige durch die Wahl eines bürgerlichen Lebensberufes in den Gelehrtenstand, in den Kreis der Geistlichkeit, oder auch in die Beamten- oder Kaufmannschaft über, so blieb doch immerhin das Band, das die „Indigenen“ oder „Mitbrüder“ umschloß, in seiner rechtlichen und gesellschaftlichen Wirkung bestehen.

Anders in England, wo es rechtens ist, daß die einen bürgerlichen Beruf ergreifenden jüngeren Söhne adliger Häuser den Adelstitel verlieren und eine dem Buchstaben nach zwar bürgerliche, tatsächlich aber zwischen Bürgertum und Adel stehende Mittelschicht bilden<sup>6</sup>.

Weit wesentlicher als dieser rein äußerliche Unterschied zwischen dem Adel

<sup>1</sup> Dibelius: a. a. O. S. 124.

<sup>2</sup> Dr. W. Hasbach: „Die englischen Landarbeiter in den letzten hundert Jahren und die Einhegungen“, Band LIX der Schriften des Vereins für Sozialpolitik, Leipzig 1894.

B. Skalweit: „Die englische Landwirtschaft“, Heft 37 der Berichte über Landwirtschaft, herausgegeben vom Reichsamt des Innern, Berlin 1915, S. 15 ff.

Professor Dr. M. Sering: „Politik der Grundbesitzverteilung in den großen Reichen“, Heft 9 der Veröffentlichung des Königlich-Preussischen Landes-Ökonomie-Kollegiums, Berlin, Parey 1912, S. 14.

<sup>3</sup> Dibelius: „England“. S. 125.

<sup>4</sup> Tobien: „Die Agrargesetzgebung Livlands im 19. Jahrhundert“ II. S. 30 ff.

<sup>5</sup> Band I, S. 631 und 391.

<sup>6</sup> Dibelius: a. a. O. S. 127.

hier und dort ist jedoch der, daß der baltische Landedelmann und Großgrundbesitzer nicht wie der englische Landlord als Rentner in seinem prachtvollen Schlosse saß und sich ohne eigene Arbeit der Jagd, dem Sport und der Politik hingab. Seit dem Zusammenbruch des altlivländischen Ordensstaates (1561) lebte der baltische Landedelmann der Landwirtschaft, der er sich um so mehr mit voller Hingabe widmete, als es galt, das in den fortwährenden Kriegen des 16., 17. und 18. Jahrhunderts verwüstete Land wieder fruchtbar zu machen und die Bauernschaft hochzubringen. Kein Adel der Welt ist vom Schicksal vor so schwierige Aufgaben gestellt worden, wie der baltische, namentlich der livländische und der estländische, deren Territorien von der Kriegsfurie weit mehr heimgesucht wurden, als das „Gottesländchen“ Kurland. Das der Aristokratie Liv-, Est- und Kurlands beschiedene Geschick ist es aber gerade gewesen, das in ihr nicht minder wie in der Englands die Führernaturen hat erstehen lassen, die dazu berufen und geeignet waren, nicht nur eine lebensfähige Agrarverfassung zu schaffen und eine blühende Landwirtschaft ins Leben zu rufen, sondern auch das eigene Volkstum und das seiner Mündel, der Esten und Letten, in dem ihm vom Moskowitertum aufgedrungenen Kulturkampf rein zu erhalten. Dieser große Erfolg ist nicht zum wenigsten dem Umstande zu danken, daß der baltische Adel bis zu dem Zeitpunkt, da die estnisch-lettische Agrarrevolution ihm den Boden unter den Füßen fortzog, auch in den schwersten, durch feindliche Verwüstungen bedingten Zeiten der Not bodenständig und seinem Lebensberuf, der Landwirtschaft, treu geblieben ist. Ganz anders wie der englische Landlord, der räumlich weit entfernt von seinen bäuerlichen Hintersassen „auf fürstlichem Anwesen Hof hält“<sup>1</sup>, hat der baltische Landedelmann, der Leiter seines landwirtschaftlichen Großbetriebes, den persönlichen Kontakt mit dem Landvolk zu allen Zeiten aufrechterhalten. Er war dessen Lehrmeister nicht nur auf ökonomischem Gebiet, sondern auch in der Kommunalverwaltung. Wenn der Este wie der Lette es in der Landwirtschaft und im Gemeindeleben zu etwas gebracht hat, so dankt er das dem deutschen Gutsherrn und dem deutschen evangelisch-lutherischen Pastor, der mit dem Landedelmann Hand in Hand zu gehen pflegte. Der rege Bildungstrieb des Landvolkes bewog den Letten wie den Esten, dem Tun und Treiben auf dem Herrenhof das abzulauschen, was seiner bäuerlichen Wirtschaft bekömmlich sei. Der in der rauhen Schule des Lebens gestählte Charakter des livländischen Bauern befähigte ihn dazu, die praktischen Lehren des gutsherrlichen Großbetriebes auf seinem Hofe und die im Pastorat und in der Kirche vernommenen Unterweisungen in seinem Hause zu verwerten. Bei dieser Führung gedieh er wirtschaftlich und intellektuell so gut, daß die Frage aufgeworfen werden konnte: ob der gutsherrliche Großbetrieb oder der bäuerliche Mittelbetrieb intensiver bewirtschaftet werde? Wenn es auch sowohl in Livland wie in Kurland Bauernhöfe gab, die sich nur durch ihren Umfang von den Gutshöfen unter-

---

<sup>1</sup> Dibelius: a. a. O. S. 126.

schieden<sup>1</sup>, diesen aber in der Kultur des Ackers nicht nachstanden<sup>2</sup>, ja sogar einzelne, Betriebskapital entbehrende und daher mit „Halbkörnern“ oder „Hälftnern“<sup>3</sup> bewirtschaftete Gutshöfe übertrafen, so blieb im Ganzen doch der Großbetrieb dem Kleinbetrieb ökonomisch überlegen. Neue Arbeitsmethoden und moderne Maschinen gelangten zuerst auf den Gutshöfen zur Anwendung, wo Edelvieh in steigendem Maße gehalten, eine rationelle Wiesenwirtschaft betrieben und eine größere Kapitalmenge investiert wurde. Der bedeutende Unterschied in den durchschnittlichen Erträgen an Korn und Hackfrüchten auf den Gutsfeldern einerseits und den Bauernfeldern andererseits sprach schon zu Gunsten der Großbetriebe<sup>4</sup>. Mehr vielleicht noch wog die Tatsache, daß die Güter 9,05 %, die Bauernhöfe dagegen 21,62 % wilde Weide aufwiesen<sup>5</sup>. Im Gegensatz hierzu die Behauptung aufzustellen, der Großgrundbesitz Liv- und Kurlands sei kulturfeindlich gewesen, was aus der ihm eigenen geringen Ackerproportion (18,99 %) hervorgehe, die von der der Kleingrundbesitzer (37,62 %) um fast das Doppelte übertroffen werde<sup>6</sup>, ist unberechtigt. Ihr liegt eine irrtümliche Berechnung zugrunde. Soll der Kulturstand der landwirtschaftlichen Groß- und Kleinbetriebe einander gegenübergestellt werden, so ist natürlich vom Umfange des landwirtschaftlich genutzten Landes allein, nicht aber vom Gesamtumfange auszugehen, wobei fälschlich Bodenkategorien wie Wald, Sümpfe, Gewässer, Unland, Impedimente (Wege usw.) in die Berechnung einbezogen werden, die mit der Landwirtschaft als solcher nichts zu tun haben. Wird in dieser logischen Weise verfahren, so ergibt sich, daß in Livland 45,77 % der Ökonomieländereien auf Acker entfallen, wobei das Bauernland dem Hofslande gegenüber nur um ein Geringes schlechter dasteht<sup>7</sup>. Völlig verfehlt ist es, erst das Verhältnis des Ackers zu Wald und Unland zu berechnen und dann den Schluß zu ziehen: der relativ große Anteil der Rittergüter am Unlande rühre von ihrer übermäßigen Größe her<sup>8</sup>. Der umgekehrte Schluß dagegen ist der allein richtige, daß der allzugroße Umfang der Rittergüter durch die Zugehörigkeit unproduktiven Landes zu diesen bedingt wurde<sup>9</sup>.

<sup>1</sup> Oskar Grosberg: „Am Ausgange einer kulturträgerischen Mission“, a. a. O.

<sup>2</sup> Gustav von Stryk: „Die Landwirtschaft in Livland“, veröffentlicht von der Livl. Gemeinnützigen und Ökonomischen Sozietät, S. 5.

<sup>3</sup> Tobien: „Die Agrargesetzgebung“ II, S. 357.

<sup>4</sup> Hamilear Baron Foelkersahm: „Die Entwicklung der Agrarverfassung Livlands und Kurlands und die Umwälzung der Agrarverhältnisse in der Republik Lettland“, Greifswalder staatswissenschaftliche Abhandlung, Greifswald 1923, S. 54 ff.

<sup>5</sup> Foelkersahm: a. a. O. S. 58 und Walters: „Lettland“, S. 201, wo dieselben Zahlen angeführt, doch natürlich zu Ungunsten der Großbetriebe verwertet werden.

<sup>6</sup> Dr. F. Mager: „Kurland“, Heft 2 der Veröffentlichungen des geographischen Instituts der Albertus-Universität zu Königsberg, Hamburg 1920, S. 68; danach Walters: „Lettland“, S. 201.

<sup>7</sup> Ernst Baron Campenhausen-Loddiger: „Ein Beitrag zur Agrarstatistik Livlands“, Riga, 1911, S. 23.

<sup>8</sup> Wie Walters: „Lettland“ S. 203, Mager folgend, tut.

<sup>9</sup> Foelkersahm: a. a. O. S. 58.



Ungeachtet ihrer kulturellen Überlegenheit gestaltete sich jedoch die Landwirtschaft der Großbetriebe keineswegs rentabler, als die der Kleinbetriebe.

Unter den vor dem Weltkriege gegebenen Bedingungen war eine zureichende Verzinsung des im Landbau investierten Kapitals ausgeschlossen. Der Kornabsatz nach Westeuropa wurde durch die deutschen Kornzölle sehr erschwert, der lokale Absatzmarkt durch die Überschwemmung mit Brotkorn aus dem Gebiet der schwarzen Erde, eine Folge der Differenzialtarife russischer Eisenbahnen, nahezu verschlossen. Der Niedergang der Flachs- und Spirituspreise kam hinzu, kurz, die ostseeprovinzielle Landwirtschaft sah sich in ihrer Existenz auf das schwerste bedroht<sup>1</sup>. In den Großbetrieben ließen sich wohl die Roherträge durch geeignete Maßnahmen, zu denen in erster Linie Entwässerungsanlagen gehörten, steigern, allein die erhöhten Roherträge riefen keine entsprechende Reineinnahme hervor. Der Hauptgrund hierfür war in der rapiden Steigerung der Arbeitslöhne gegeben<sup>2</sup>, die ihrerseits durch den Zug der Landbevölkerung in die Stadt bewirkt wurde und viel Anlaß zu Erörterungen gab<sup>3</sup>.

Nicht anders ging es den Mittelbetrieben. Wie die wirtschaftliche Lage des bäuerlichen Hofbesitzers vor dem Weltkriege war, lehrt eine Studie, die den im Kreise Dorpat belegenen Kleingrundbesitz zum Gegenstande hat<sup>4</sup>. Danach standen die Bauernhöfe im Kreise Dorpat trotz recht günstiger Bodenverhältnisse<sup>5</sup> an der Grenze der Rentabilität, weshalb deren Eigentümer ein schweres Durchkommen hatten<sup>6</sup>. Mußten sich schon die Eigner bäuerlicher Höfe in dem von der Natur nicht übel ausgestatteten Kreise Dorpat empfindliche Beschränkungen auferlegen, so konnte das in denjenigen Teilen Livlands, wo die Bodenverhältnisse ungünstig sind, nicht anders sein<sup>7</sup>. In Kurland, das sich eines weit besseren Bodens und namentlich auch eines günstigeren Klimas erfreut<sup>8</sup>, mochten intensiv betriebene bäuerliche Wirtschaften besser gedeihen.

In dieser prekären Lage half sich der Großgrundbesitz durch gesteigerte Milch-

---

<sup>1</sup> E. von Oettingen: a. a. O. S. 337.

<sup>2</sup> G. von Rathlef-Tam mist: „Wirtschaftsgeschichte eines livländischen Gutes, dargestellt in Grundlage buchmäßiger Daten von 1880—1914“. Dorpat 1914, S. 1 ff.

<sup>3</sup> Tobien: „Die Agrarzustände Livlands in der Beleuchtung des Herrn Semzew“. Riga, 1908, S. 68 ff.

<sup>4</sup> Dr. phil. Alexander Eisenschmidt: „Der Kleingrundbesitz des Kreises Dorpat. Ein Beitrag zur Kenntnis der technischen Organisation und wirtschaftlichen Lage des estnischen Kleingrundbesitzes“, Dorpat 1910.

<sup>5</sup> Ebenda: S. 35.

<sup>6</sup> Ebenda: S. 104 und 111.

<sup>7</sup> Zu den von der Natur begünstigten Landkreisen gehören die Kreise: Dorpat, Fellin und Wolmar, zu den von der Natur vernachlässigten: Werro, Walk, Wenden, auch teilweise Riga; siehe die Qualität des Ackers bei Campenhausen: „Ein Beitrag zur Agrarstatistik Livlands“. Die kartographischen Darstellungen Nr. 7 und 8.

<sup>8</sup> M. von Blaese: Obertaxator des kurländischen Kreditvereins: „Skizze der landwirtschaftlichen Verhältnisse Kurlands in „Kurland“, Heft 27 der „Schriften zur Förderung der inneren Kolonisation“, Berlin 1918, S. 16 ff.

produktion, die jedoch nur dort ertragreich war, wo die geographische Lage den Produzenten einen Absatz der Milch oder ihrer Produkte zu Ausnahmepreisen gestattete<sup>1</sup>. Daher konzentrierte sich die Landwirtschaft Liv- und Kurlands hauptsächlich auf Futtergewinnung und Viehhaltung. Der baltische, durch keine Agrarzölle geschützte, durch das Differenzialprinzip, das die russischen Eisenbahnkorntarife beherrschte, schier erdrückte Landwirt baute sein Korn, selbst das Winterkorn, hauptsächlich nur um des Nutzens willen, den es dem Viehstall brachte. Die in Nordlivland und Estland starke Ausdehnung des Hackfruchtbaues, namentlich die Anpflanzung von Kartoffeln zu Brennereizwecken, diente mit ihrer Schlempe in erster Reihe dem Viehstall<sup>2</sup>. Auf dieser Bahn der notgedrungenen Umstellung und Neuordnung der Betriebsmethode ging der Großgrundbesitzer voran und wies dem Kleingrundbesitzer den einzuschlagenden Weg. Er konnte das, weil er kapitalkräftiger war als der bäuerliche Hofbesitzer, und er war kapitalkräftiger, weil er über Waldungen verfügte, deren Erzeugnisse sich dauernd einer guten Konjunktur erfreuten. So erfüllte der deutsche Rittergutsbesitzer im Baltikum auch eine wirtschaftliche Mission und schuf die Grundlage des hohen Kulturzustandes, der dem lettischen Volk einen geachteten Platz unter den Völkern Europas gesichert hat<sup>3</sup>. Fortpflanzer der von den Rittergütern<sup>4</sup> ausgehenden landwirtschaftlichen Ausbildung war in erster Linie die Elite der Bauernschaft, die Gesamtheit der Eigner von etwa 40 000 Bauernhöfen, der in der stufenweisen Hinüberleitung von der Frone zur Pacht, von der Pacht zum Eigenbesitz eine zwar harte, aber doch vortreffliche Schulung zuteil geworden war<sup>5</sup>. Dieser in schwerer Arbeit und großer Sparsamkeit gestählten „Auslese“ war der Sinn für rationelle Feldarbeit und Wirtschaftsführung ebenso ins Blut übergegangen, wie die freilich bedächtige Aneignung neuer, von den Gütern ausstrahlender Methoden. Ergebnis der guten, wenn auch nicht gerade sanften Schulung war, daß, wie der livländische Gouverneur General Sinowjew sich ausdrückte, die Bauernwirte Livlands eine so hohe Stufe des Wohlstandes erreichten, „wie sie für den Bauern eines der inneren Gouvernements auch nicht einmal denkbar ist“. Die überaus günstige Entwicklung schrieb er dem Umstande zu, daß die Gutsherren den Bauern für den Auskauf ihrer Pachthöfe Bedingungen gestellt hätten, „wie sie so günstig wohl kaum jemals dem Bauernstande gemacht worden sind“. Des weiteren betonte er, daß die beständige Konkurrenz mit der vollkommeneren Wirtschaftsführung der Großgrundbesitzer den Bauern daran gewöhnt habe, seine ganze Kraft auf materielle Interessen zu konzentrieren. Diese markante Tatsache bezeichnete Sinowjew mit den lapidaren Worten: „Das Fehlen des Gemeindebesitzes hat dem livländischen

---

<sup>1</sup> E. von Oettingen: Denkschrift, S. 24.

<sup>2</sup> Stryk: „Die Landwirtschaft in Livland“, S. 11.

<sup>3</sup> Oskar Grosberg: „Am Ausgange einer kulturträgerischen Mission“, a. a. O., Schlußworte.

<sup>4</sup> Tobien: „Die Agrarzustände in der Beleuchtung des Herrn Semzew“, S. 10.

<sup>5</sup> Grosberg: a. a. O.

Bauer die Erkenntnis anezogen, daß er sich auf niemand zu verlassen habe, als auf sich selbst. Das hat der Entwicklung seines Individualismus und Egoismus Vor-  
schub geleistet und hierdurch seine Selbständigkeit erhöht“<sup>1</sup>.

Aber nicht nur Sinowjew rühmte den Wohlstand der bäuerlichen Aristokratie Livlands, sondern auch im Landvolk selbst wurde die Zeit der fortschreitenden Ab-  
lösung der Bauernhöfe unumwunden als der Beginn einer neuen glücklichen Epoche  
gepriesen<sup>2</sup>.

Die gesicherte Lage der Bauernwirte, ein Ergebnis des Zusammenwirkens der  
lehrenden Gutsherren und der lernenden Elite der Bauernschaft, erregte natürlich  
das Verlangen der nichtbesitzlichen bäuerlichen Elemente nach gleichem Geschick.

Wie und in welchem Umfang konnte diesem berechtigten Verlangen Rechnung  
getragen werden?

### Reformpläne

Wie es überall Männer gibt, die nicht nur in ihrem privaten, sondern auch im  
öffentlichen Leben der Devise: „Es bleibe beim Alten“, huldigen, so waren auch die  
Gutsherren Livlands vielfach der Meinung, daß die Grundbesitzverteilung zur Zeit  
nichts zu wünschen übrig lasse. Man war des Glaubens, daß der Bestand sowohl  
der Rittergüter wie der Bauerngüter an landwirtschaftlich genutztem Lande den An-  
forderungen des Klimas entspreche und daher ebenso die Lebensfähigkeit der Groß-  
wie die der Mittelbetriebe, d. h. des Rückgrates der Landwirtschaft, verbürge<sup>3</sup>.  
Im Übrigen schloß man sich der Ansicht Sinowjews an, daß der Aufstieg des Land-  
arbeiters, worauf alles ankomme, zum Pächter, und des Pächters zum Eigentümer  
eines Bauernhofes gesichert sei<sup>4</sup>. Dieser anscheinende Quietismus war jedoch dem  
Entstehen von Reformplänen keineswegs hinderlich.

Ein Jahr vor dem Beginn der im übelsten Sinn denkwürdigen Senatorenre-  
vision<sup>5</sup> wurde auf Veranlassung des Domänenministers Andreas Fürst Lieven<sup>6</sup>

<sup>1</sup> M. A. Sinowjew: „Untersuchung über die landschaftliche Organisation des livl. Gouvernements“, deutsche Übersetzung, Beilage zu Heft 1 der Baltischen Monatsschrift Bd. 42, Jahrgang 1895, S. 28 ff.

<sup>2</sup> „Katalog der lettischen ethnographischen Ausstellung, verfaßt bei Gelegenheit des X. archäologischen Kongresses in Riga 1896. Aus dem Lettischen übertragen“. Riga 1896, S. 22.

Heinrich Rosenthal: „Kulturbestrebungen des estnischen Volkes während eines Menschenalters“, Reval 1912, S. 29. M. A. Reissner: „Die Esten und Letten, ihre Geschichte und Lebensweise“, ein Sammelwerk, Moskau 1916, russisch, S. 133, 193 und 213. Bielenstein: „Ein glückliches Leben“, S. 401.

<sup>3</sup> Oettingen: „Zur livländischen Agrarfrage“, a. a. O. S. 34.

<sup>4</sup> Sinowjew in seinem Immediatbericht vom August 1887; Alexander von Tobien: „Die Agrarrevolution in Estland“, Berlin 1923, S. 7.

<sup>5</sup> Band I, S. 49.

<sup>6</sup> Geb. in Simferopol, absolvierte das Studium der Mathematik in Moskau, war Beamter des baltischen General-Gouverneurs Wilhelm Baron Lieven (Bd. I, S. 107), 1871–73 Gouverneur von Moskau, 1873–80 Gehilfe des Ministers der Reichsdomänen, 1880–81 Domänenminister, Reichsrat.

Baron Alexander Lieven: „Nachrichten zu einer Familiengeschichte der Barone, Freiherrn, Grafen und Fürsten Lieven“. II. Teil, Mitau 1911, S. 451.

nach Riga ein landwirtschaftlicher Kongreß einberufen. Er tagte in der Zeit vom 9./21. Februar bis zum 18. Februar/1. März 1881 unter dem Vorsitz des livländischen Gouverneurs Alexander Baron Uexküll-Güldenband<sup>1</sup> und vereinigte zu gemeinsamer Beratung Vertreter der Großgrundbesitzer, Leiter landwirtschaftlicher Vereine und andere Sachverständige sowohl aus den drei Ostseeprovinzen, wie auch aus den vier nordwestlichen Gouvernements Rußlands: Witebsk, Wilna, Kowno und Grodno. An den Verhandlungen, die in Riga fast ausschließlich in deutscher Sprache geführt wurden, nahmen 57 Kongreßglieder und etwa 70 Gäste teil<sup>2</sup>. Unter den Kongreßgliedern befanden sich wohl die Vertreter dreier estnischer landwirtschaftlicher Vereine<sup>3</sup>, aber keine Delegierte irgendeines lettischen Landwirtschaftlichen Vereins, was begründetes Aufsehen erregte<sup>4</sup>. Die Letten mochten sich vom Kongreß um so weniger etwas versprechen, als er rein landwirtschaftlich-technische Fragen zu beratschlagen hatte, während sie bereits vom nationalen Problem erfüllt waren, das, wie wir sehen werden, seit etwa 1880 von der slawophilen Presse im Dienste der uns bekannten russischen Regierungspolitik systematisch zum Sturmbock im Kampfe gegen das Deutschtum gemacht wurde<sup>5</sup>. Der Kongreß hatte sich programmatisch auf die Erörterung von 12 Fragen zu beschränken, die den Anbau und den Absatz von Getreide und Flachs, die Verbesserung der landwirtschaftlichen Geräte und Maschinen, die Tierzucht, die Errichtung von Ackerbau- und Forstschulen und dergleichen betrafen<sup>6</sup>. Es lag jedoch nahe, auch die Grundlagen des landwirtschaftlichen Gedeihens, die agrarrechtliche Struktur, wenigstens zu streifen, wozu namentlich die vertraulichen Sektionsverhandlungen geeignet waren. Hier wurden nun von den Vertretern der 4 nordwestlichen Gouvernements Witebsk, Wilna, Kowno und Grodno ausführliche Mitteilungen über die trostlose Lage der Kleingrundbesitzer in ihrem Gebiet gemacht, die einen tiefen Eindruck hervorrief, weil leicht nachgewiesen werden konnte, daß die Zustände in Livland und seinen Nachbarprovinzen Est- und Kurland ganz anderer Natur seien. Während in den nordwestlichen Gouvernements der Gemeindebesitz<sup>7</sup> mit seinem Flurzwang jeden Fortschritt in den bäuerlichen Betrieben verhindere, hätten in Livland die Mehrfelderwirtschaft und der Kleebau dank dem von den Gutsherren mit großem Aufwand durchgeführten Abbau<sup>8</sup> der im Gemenge belegenen Ländereien eine große Ausdehnung gewonnen. Wie dagegen eine Arrondierung des bäuerlichen Streubesitzes in den nordwestlichen Gouvernements ins Werk

---

<sup>1</sup> Band I, S. 153.

<sup>2</sup> „Protokolle der Sitzungen des ersten landwirtschaftlichen Kongresses zweiten Bezirkes“, Riga 1881, in deutscher Sprache, Beilage zu der Livl. Gouvernements-Zeitung vom Jahre 1881.

<sup>3</sup> Des Pernauschen, Fellinschen und Dorpatschen.

<sup>4</sup> Protokoll, S. 23.

<sup>5</sup> „Die Lettische Revolution“, Teil II, zweite Auflage, Berlin 1908, S. 32.

<sup>6</sup> „Protokolle“ S. 24.

<sup>7</sup> Siehe oben S. 37, 43 u. 45.

<sup>8</sup> Siehe oben.

gesetzt werden könne, wo der Übergang in das Eigentum bereits vor dem Abbau oder der „Streulegung“ erfolgt sei — diese Frage wußte der Kongreß nicht zu beantworten, obgleich ihre Lösung als unerläßliche Voraussetzung für die Hebung der Landwirtschaft erkannt wurde<sup>1</sup>. Die unbestreitbare, auch von den Kongreßdelegierten der Regierung anerkannte Tatsache, daß das Gedeihen der Landwirtschaft in Livland und ebenso in den andern baltischen Provinzen eine direkte Folge der günstigen agrarischen Struktur dieses Gebietes sei, wurde vom Kongreß so stark betont, daß jede Einrede müßig erscheinen mochte. Obgleich die eifrigsten Führer der estnischen nationalen Partei am Kongreß teilnahmen<sup>2</sup>, wagte es jedoch keine Stimme, die günstige Wirkung der livländischen Agrargesetze in Zweifel zu ziehen. Um aber dem Vorwurf der Teilnahmlosigkeit zu entgehen, wurde aus dem Kreise der estnischen Volksführer eine Beschwerde vorgebracht, von der erhofft werden konnte, daß sie auf die Regierungsvertreter Eindruck machen müsse. Hier und da, hieß es, werde von den Gutsbesitzern Livlands die verbotene „Fron“ doch noch aufrechterhalten. War diese, ganz allgemein gefaßte Anklage gegen die „Fron- oder Arbeitspacht“ gerichtet, die zur Zeit der Dienstverfassung das reguläre Rechtsverhältnis zwischen Herren und Bauern gebildet hatte, so durfte sie doch jetzt als gänzlich unbegründet gelten. Arbeitsverträge, laut denen der Zeitpächter eines Bauernhofes dem gutsherrlichen Eigentümer statt eines Pachtzinses in Geld oder in anderen vertretbaren Sachen Hand- und Spanndienste zu leisten hatte<sup>3</sup>, waren seit dem April 1868 verboten und kamen in der Tat nicht mehr vor<sup>4</sup>. Die rationelle Landwirtschaft hatte sie als überlebt erachtet und überall durch die Geldpacht ersetzt. Dagegen war der Abschluß von Dienstverträgen mit Landarbeitern gegen Landlohn, der sich juristisch vom Arbeitsvertrage wesentlich unterscheidet, nicht untersagt. Danach durften Dienstverträge abgeschlossen werden, in denen Dienstleistungen von Landarbeitern durch Einräumung von Hofsländ im Umfange von höchstens 5 Lofstellen = 1,86 Hektar Garten, Acker und Buschland (Reutfeld) gelohnt wurden<sup>5</sup>. Die rechtliche Möglichkeit des Abschlusses von Verträgen dieser Art war für die Landwirtschaft Livlands ebenso ein Erfordernis, wie für die des vorgeschrittenen Westens. Auch in den Augen des livländischen Landvolks hatte der Dienstvertrag mit Landlohn, oder das Landknechtssystem, gar nichts mit der verhaßten Fron gemein. Die „Landinsten“ in Holstein, die „Heuerlinge“ in Niedersachsen und die „Fronkötner“ in Schweden bildeten, ebenso wie die „Landknechte“ in

---

<sup>1</sup> „Zur Charakteristik des vom 9.—18. Februar in Riga abgehaltenen landwirtschaftl. Regional-Congresses“, Baltische Wochenschrift, Jahrgang 1881, S. 241.

<sup>2</sup> Der Oberlehrer Karl Jakobson war Delegierter des Fellinschen Estnischen Landwirtschaftlichen Vereins, während die bäuerlichen Wirte Märt, Mitt und A. Dido den Dorpater Estnischen Landwirtschaftlichen Verein vertraten; über die agitatorische Tätigkeit dieser drei Volksführer vgl. „Die Lettische Revolution“, Teil II, zweite Auflage, Berlin, 1908, S. 38 u. 39.

<sup>3</sup> Tobien; „Die Agrargesetzgebung usw.“, II, S. 195.

<sup>4</sup> Ebenda S. 273 und 285.

<sup>5</sup> Ebenda S. 353.

Livland, eine Klasse Landarbeiter, die die beste und zufriedenste Landarbeiterschaft einschloß<sup>1</sup>.

Somit war die Beschwerde über das unerlaubte Vorkommen der „Fron“ in Livland völlig unbegründet und wenn sie nicht mit aller sachlichen Schärfe zurückgewiesen wurde, so lag das daran, daß keiner der Kongreßmitglieder die Sachlage innerhalb und außerhalb Livlands genügend kannte<sup>2</sup>. Schon der Hinweis darauf, daß in Großrußland der Abschluß von Dienstverträgen gegen Hingabe von Grasflächen quotidiene Praxis sei<sup>3</sup>, ohne daß die Gesetzgebung hierin etwas Unzulässiges erblickte, hätte diese Frage ein für allemal geklärt. Aber auch selbst dieser nachbarliche Tatbestand war den Kongreßmitgliedern offenbar nicht bekannt und so ist die unberechtigte Anklage, daß es in Livland eine widergesetzliche „Fron“ gebe, damals nicht endgültig widerlegt worden, weshalb sie immer wieder auftauchte<sup>4</sup>.

Die Verhandlungen des landwirtschaftlichen Kongresses vom Februar 1881 ließen eindringlich das Eine erkennen, daß die kläglichen Wirkungen des reichsrechtlichen Ablösungssystems<sup>5</sup> ernüchternd gewirkt hatten. Deshalb ist die Zwangsablösung des Bauernlandes nach großrussischer Art dem baltischen Landvolk nicht mehr als erstrebenswertes Ideal erschienen. Diese Erkenntnis ging namentlich den Esten noch weit mehr und dauernd auf, als es bekannt wurde, daß unmittelbar an der Grenze des nördlichen Livland estnische Stammesbrüder lebten, die infolge der russischen Agrarverfassung ein überaus kümmerliches Dasein führten. Es waren dieses die Pleskauer Esten oder die „Setukesen“, die heute noch den östlichen Ausläufer des die Republik Eesti bevölkernden Stammes der Esten bilden<sup>6</sup>. Ihre Abtrennung von den Werro-Esten ist in früheren Zeiten staatlich eine vollkommene gewesen, weil die Setukesen seit den Tagen Truvors stets zu dem russischen Staat gehört<sup>7</sup>, die Werro-Esten dagegen unter deutscher, polnischer, schwedischer und erst seit Beginn des 18. Jahrhunderts auch unter russischer Herrschaft gestanden haben. Eine ethnographische Abgrenzung im eigentlichen Sinne hat jedoch niemals stattgefunden. Der nationale Typus und der sprachliche Dialekt der Setukesen und Werro-Esten sind einander gleich, abgesehen von Besonder-

<sup>1</sup> Tobien: „Die Agrargesetzgebung usw.“ II, S. 355 ff.

<sup>2</sup> „Zur Charakteristik“ usw. a. a. O.

<sup>3</sup> Siehe oben.

<sup>4</sup> W. Semzew: „Zur Agrarfrage in Livland“ (russisch) Riga, 1907, S. 49; Alex. Tobien: „Die Agrarzustände Livlands in der Beleuchtung des Herrn Semzew“, Riga 1908, S. 71; Dr. A. Agthe: „Ursprung und Lage der Landarbeiter in Livland“, Tübingen 1909, XXIX. Ergänzungsheft der Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft, S. 149.

<sup>5</sup> Siehe oben S. 44, Note 5.

<sup>6</sup> O. Kallas: „Einiges über die Setud“, Sitzungsberichte der „Gelehrten Estnischen Gesellschaft“, 1894, Dorpat 1895, S. 81 ff. Dr. S. Hurt: „Über die Pleskauer Esten oder die sogenannten Setukesen“, Helsingfors 1904, S. 5 ff.

Dr. O. Hartge: „Europäische Grenzscheide. Das Petschurgebiet.“ Baltische Monatsschrift 60. Jahrg. 1929, S. 65 ff.

<sup>7</sup> Mit Ausnahme eines kleinen Teiles, der zur Zeit der Herrschaft des Ordens in Livland auch zum Ordensstaat gehörte, weil damals die Grenze zwischen Livland und Rußland weiter nach Osten gerückt war.

heiten in der Aussprache und im Wortschatz der Setukesen, die durch den Einfluß des Russischen entstanden sind. Indes verstehen nur die Männer das Russische, die Weiber und Kinder dagegen gar nicht, und untereinander reden sie estnisch. Nicht nur ihre Sprache charakterisiert sie als Esten, sondern auch ihre älteren Lieder, Sagen und Märchen, Gebräuche und Kleidertrachten. Diese sind ebenso estnischen Ursprunges und Gepräges, wie ihre Siedelungsweise und Bauart. Die Setukesen sind Ackerbauer, deren selbständige nationale Eigenart vollkommen erhalten geblieben ist, weil sie mit ganzer Kraft die Überlieferungen der Väter zu pflegen und zu hegen gewußt haben. Das einzige geistige Band, das sie mit den umwohnenden Russen verknüpft, ist die Konfession, denn sie gehören wie jene der griechisch-orthodoxen Kirche an, ohne jedoch innerlich mit ihr verwachsen zu sein, da sie die Sprache der amtierenden Priester gar nicht, oder nur wenig zu verstehen vermögen.

Dank dem Umstande, daß das Territorium, auf dem die etwa 18 000 zählenden (1922) „Setukesen“<sup>1</sup> sitzen, seit alter Zeit dem Gouvernement Pleskau einverleibt ist, herrscht dort das russische Agrarrecht, das die Verteilung des Grund und Bodens nach „Seelenanteilen“ bewirkt hat. Die Folge hiervon ist, daß der Lebenszuschnitt dieses estnischen Volkssplitters mit dem seiner livländischen Nachbarn gar keinen Vergleich zuläßt, und die Setukesen hinsichtlich ihrer Bildung tief unter dem livländischen Bauern stehen. Die Mehrzahl gehört dem Analphabetentum an<sup>2</sup>.

Die trostlosen Zustände im Lande der Setukesen lehrten mit der untrüglichen Beweiskraft eines naturwissenschaftlichen Experiments, wie tiefgreifend die Trennungslinie gewirkt hatte, die Kaiser Alexander I., wie wir gesehen haben<sup>3</sup>, zu Beginn des 19. Jahrhunderts zwischen die Ostseeprovinzen und Großrußland zu legen sich veranlaßt sah. Und je länger, je mehr vermochten sich auch die Einsichtigen unter dem Landvolk Livlands der Erkenntnis nicht zu verschließen, daß die heimatlichen Agrarzustände die russischen weit hinter sich ließen, wesentlich aus dem Grunde, weil die Staatsregierung in den livländischen Gutsherren sachverständige Mitarbeiter gefunden hatte. Diese pflegten zwar ihr eigenes Interesse nie aus den Augen zu verlieren, wußten es aber mit dem Wohl des Bauernstandes in Einklang zu bringen<sup>4</sup>.

Der allmähliche Ersatz der Fronwirtschaft durch die Geldpacht und die fortschreitende Erhebung der Zeitpächter zu vollen Eigentümern ihrer Höfe war, wie wir gesehen haben<sup>5</sup>, unter überaus günstigen Bedingungen erfolgt.

Weit weniger gesichert erschien dagegen die Lage der Landarbeiter. War auch,

<sup>1</sup> Oswald Hartge: a. a. O. S. 66.

<sup>2</sup> Hurt: a. a. O. S. 10 und 14, Hartge: S. 68.

<sup>3</sup> Siehe oben S. 37.

<sup>4</sup> Siehe „Das Bekenntnis eines estnischen Dorfschulmeisters“ in:

Hermann von Samson-Himmelstjerna: „Livland und Irland“. Ein Briefwechsel. Leipzig 1883, S. 103.

<sup>5</sup> Siehe oben S. 44 u. 52.

was Sinowjew so anerkennend hervorgehoben hatte<sup>1</sup>, den Landarbeitern die Möglichkeit gegeben, in die Klasse der Pächter und weiter in die der Grundeigentümer hinaufzusteigen und rückten auch die Kleinbauerstellen immer tiefer in das gutherrliche Domanium hinein<sup>2</sup>, so bedurfte doch immerhin das geltende Bodenrecht durchgreifender Reform, was die Ritterschaft keineswegs verkannte. In Livland, dem Lande der ausgeprägtesten agrarischen Schutzgesetzgebung, war der land- und forstwirtschaftliche Boden, wie wir sahen<sup>3</sup>, zu 62% dem freien Verkehr entzogen. Die Beschränkungen gestalteten sich verschieden, je nachdem es sich um die drei rechtlich streng abgesonderten Bodenkategorien: Hofsländerei, Quote und Bauernland, handelte.

Rechtlich völlig vinkuliert waren die Hof- und Quotenländereien der 79 Fideikommissionen, 7 Güter der Ritterschaft und 106 Pastoratswidmen, weil diese Liegenschaften besonderen Zweckbestimmungen dienen sollten.

Der beliebigen Veräußerung des Hofslandes der alloden Güter stand die privatrechtlich bestimmte Minimalgröße der Rittergüter entgegen<sup>4</sup>. War diese auch, wenn die ungünstigen klimatischen Verhältnisse Livlands berücksichtigt werden, nicht gar hoch bemessen, so gab es doch schon unter 701 Rittergütern immerhin 53, die das zulässige Mindestmaß bereits erreicht und daher als geschlossen zu gelten hatten<sup>5</sup>. Die Quotenländereien waren durch das uns bekannte, auf Mißverständnis beruhende üble Gesetz vom 14. Februar/3. März 1893 in bösester Weise dem freien Verkehr entzogen. Stücke der Quote durften nämlich, wie wir uns erinnern, nur dann verkauft werden, wenn der Umfang der zu veräußernden Parzelle die für Bauernland vorgesehene Minimalgröße<sup>6</sup> nicht erreichte, und der Käufer weder als Eigentümer noch als Pächter schon Land besaß, also zur Klasse der vielbehandelten „Landlosen“ gehörte. Die strengen Schutzmittel, die das große Gebiet des Bauernlandes umgaben, verboten seinem Eigentümer, dem Gutsherrn, es anders zu nutzen, als durch Überführung in bäuerlichen Pachtbesitz oder bäuerliches Eigentum, wobei das Vertragsobjekt nicht unter eine Minimalgröße geteilt werden durfte.

An diesen Einschränkungen des freien Verkehrs fand indes die livländische Agrarverfassung noch kein Genüge, denn sie setzte dem bäuerlichen Grundeigentum auch eine obere Grenze, indem sie vorschrieb, daß niemand innerhalb eines Landgemeindebezirktes mehr als ein bestimmtes Maximum<sup>7</sup> zu eigen haben durfte.

Dieses verwickelte Gefüge der rechtlichen Hindernisse, das fast  $\frac{2}{3}$  der Fläche des

<sup>1</sup> Alexander von Tobien: „Die Agrarrevolution in Estland“, 1923, S. 7.

<sup>2</sup> Siehe oben S. 44.

<sup>3</sup> Siehe oben S. 50 und Tobien: Die Minimal- und Maximalbestimmungen über den bäuerlichen Grundbesitz a. a. O. S. 210, Beilage.

<sup>4</sup> Provinzialrecht III. Teil, Art. 602.

<sup>5</sup> Tobien: „Die Minimal- und Maximalbestimmungen“ usw. a. a. O. S. 185. Baltische Monatsschrift 59. Bd. 47. Jahrg. 1905, S. 185.

<sup>6</sup> 10 Thaler = etwa 20 Dessätinen = 21,8 Hektar.

<sup>7</sup> 1 Haken = 80 Thaler = etwa 160 Dessätinen = 174,7 Hektar.



Bodens<sup>1</sup> dem freien Verkehr entzog, griff schwer in das Wirtschaftsleben ein und machte zugleich einen bürokratischen Kontrollapparat notwendig, dessen Instanzenzug kennenzulernen allein schon schwierig genug war.

Zustände solcher Art drängten naturgemäß auf Lockerung der Verkehrsfesseln hin. Es wurde erkannt, daß vor allem das mehr als 200 Jahre alte, die Zerstückelung der Bauernhöfe verbietende Minimumgesetz zeitgemäß umzugestalten sei, weil die von der Unteilbarkeit der Bauernhöfe getragene Bodenpolitik der Großbauern dem sozialen Aufstieg der Landbevölkerung weit mehr entgegengesetzt war, als die das Hofland ergreifende Bodenpolitik der Großgrundbesitzer. Selbst Sinowjew hatte diese Sachlage, wie wir sahen<sup>2</sup>, zugeben müssen. Das Bedürfnis, sich auf dem Bauernlande, besonders in der Nähe von Eisenbahnstationen, anzusiedeln, wurde in derjenigen Schicht der Landbevölkerung immer lebendiger, die aus dem Betrieb des Handwerks oder aus ähnlichen Nahrungszweigen ihren Lebensunterhalt gewann. Solchen Leuten verwehrte jedoch das geltende Teilungsverbot, ein Stück Bauernland zu Eigentum zu erwerben, und zwang sie, sich mit der Pacht zu begnügen. Ihre auf gepachtetem Lande aus eigenen Mitteln errichteten Wohn- und Wirtschaftsgebäude standen nun rechtlich in der Luft, denn die bäuerlichen Verpächter der Hausplätze durften nach Ablauf der Pachtverträge entweder eine drückende Erhöhung der Pachtzahlung fordern, oder Abbruch der Häuser und Abzug des Pächters verlangen. In einer solchen äußerst prekären Lage befanden sich im Jahre 1905 fast 5000 Zwergpächter, die Häuser auf gepachteten Bauernländereien errichtet hatten<sup>3</sup>. Daher wurde von der Ritterschaft auf die, schon seit 1865 von Großgrundbesitzern immer wieder beantragte freie Teilbarkeit des Bauernlandes zurückgegriffen und darauf gedrungen, daß das Minimumgesetz zwar nicht beseitigt, aber doch im Interesse eines erleichterten Bodenverkehrs umgeformt werde. Ein unantastbares Stammgrundstück, groß genug, um die Existenz einer Bauernfamilie zu gewährleisten, sollte erhalten bleiben, der die Größe dieses Stammgrundstückes übersteigende Teil aber beliebig geteilt werden dürfen<sup>4</sup>. Dieser zunächst von privater Seite<sup>5</sup> vertretene Gedanke fand allgemeinen Anklang und wurde nicht nur von der Kaiserlichen Livländischen Gemeinnützigen und Ökonomischen Sozietät<sup>6</sup>, die die Frage der Ansiedlungspolitik für Livland kommissarisch behandeln

---

<sup>1</sup> Die fiskalischen Territorien, die besonderen Gesetzen unterworfen waren, immer ausgenommen.

<sup>2</sup> Band I, S. 165 und oben S. 44.

<sup>3</sup> „Bericht des Landratskollegiums über die infolge der Grundsteuerreform getroffenen Maßnahmen zur Modifikation agrarrechtlicher Bestimmungen der Bauernverordnung“, Druckvorlage für den Landtag vom Jahre 1914.

<sup>4</sup> Tobien: „Die Minimal- und Maximalbestimmungen“ usw., S. 192 und 203. Dagegen: (Alexander von Stryk-Palla:) „Was haben wir an unserer Agrarverfassung und in welcher Richtung wäre sie auszugestalten“. Baltische Wochenschrift für Landwirtschaft, Gewerbeleiß und Handel, Jahrgang 1906 No. 15, S. 119 f.

<sup>5</sup> Vom Verfasser des vorliegenden Werkes Alexander von Tobien.

<sup>6</sup> Siehe weiter unten.

ließ, aufgegriffen <sup>1</sup>, sondern auch in den Jahren 1906 und 1907 im Livländischen Provinzialrat und im Baltischen Konseil <sup>2</sup> verhandelt. Der Provinzialrat hatte eine Subkommission niedergesetzt, die zu  $\frac{2}{3}$  aus bäuerlichen Vertretern und zu  $\frac{1}{3}$  aus Repräsentanten der Großgrundbesitzer zusammengesetzt war. In diesem numerischen Verhältnis der beiden Interessentengruppen fand die Tatsache ihre Begründung, daß in der Kommission sehr radikale, weil das Eigentumsrecht antastende, Beschlüsse gefaßt wurden. Es wurde nicht nur die Zwangsablösung des noch nicht abgelösten Bauernlandes, sondern auch die zwangsmäßige Zertrümmerung der landwirtschaftlich genutzten Ländereien aller Domänengüter, sowie der der Ritterschaft als solcher gehörigen Ritterschaftsgüter und der im Eigentum der livländischen Städte befindlichen Landgüter vorgeschlagen. Für die Privatgüter, die Pastoratswidmen und alle Bauernhöfe wurde die Festsetzung eines Maximalumfangs verlangt <sup>3</sup>. Alles, dieses Maximum übersteigende Land wurde dazu ausersehen, in Stücken von 20 Dessätinen = 21,80 Hektar landwirtschaftlich genutzten Landes zerschlagen zu werden <sup>4</sup>. Der Großgrundbesitz und die großen Bauerngüter sollten also verkleinert werden. Das durch Expropriation großen Stils gewonnene Land gedachte man jedoch nicht etwa zur Bildung kleiner bäuerlicher Stellen, sondern zur Vermehrung des bäuerlichen Mittelbesitzes zu verwenden. Das Vorherrschen mittelgroßer bäuerlicher Besitzlichkeiten als den Eckstein der zukünftigen Agrarverfassung betrachtend, lehnte die Kommission jede freie Gestaltung des Bodenverkehrs ab. Hierdurch trat sie in besonderen Gegensatz zu dem ritterschaftlichen Programm, das, wie wir gesehen haben, das geltende Minimum-Gesetz im Sinne des Stammgrundstück-Systems gemildert, die Hofsländereien aber gänzlicher Parzellierungsfreiheit überlassen wissen wollte. Somit konnte der bäuerlichen Mehrheit in der Kommission der Vorwurf nicht erspart bleiben, daß sie für das bäuerliche Proletariat kein Interesse bekundete. Dieser Mangel an Wohlwollen für den kleinen Mann ging auch aus der Tatsache hervor, daß von dem so oft behandelten Elend der Landarbeiter keine Rede war. Der einzige Antrag, der in dieser Richtung gestellt wurde, ging nicht von den bäuerlichen Vertretern, sondern von den Großgrundbesitzern aus. Er lief auf die Versicherung der ländlichen Arbeiter gegen die Folgen der Invalidität und des Alters hinaus und behandelte ein Problem, das uns noch beschäftigen wird.

Die von der Kommission gefaßten Beschlüsse, die damals sehr radikal erscheinen mochten, jedoch weit hinter dem zurückblieben, was das lettische Agrargesetz vom Jahre 1920 zuwege gebracht hat, fielen völlig ins Wasser. Der livländische Gouverneur

<sup>1</sup> Erich von Oettingen-Pölks, Vorsitzender der Kommission zur Bearbeitung der Frage einer Ansiedlungspolitik für Livland: „Zur livl. Agrarfrage“, Baltische Wochenschrift, Jahrgang 1906, No. 36, S. 335 ff.

<sup>2</sup> Band I S. 444 ff.

<sup>3</sup> Für die Privatgüter 500 Dessätinen, die Pastoratswidmen 160 Dessätinen und für die Bauernhöfe auch 160 Dessätinen landwirtschaftlich genutzten Landes; 1 Dessätine = 1,09 Hektar.

<sup>4</sup> „Die vom Livl. Provinzialrat behandelten Agrarfragen“, Baltische Wochenschrift Jahrgang 1906 Nr. 49, S. 451 ff.

Sweginzow<sup>1</sup> machte in der ersten Plenarsitzung des Provinzialrats die Mitteilung, daß die Staatsregierung keinesfalls gesonnen sei, das Privateigentum auch nur in irgendeiner Richtung antasten zu lassen, weshalb alle hierauf abzielenden Anträge der bäuerlichen Vertreter in der Subkommission gegenstandslos seien. Im Provinzialrat selbst gelang es jedoch den Vertretern der Großgrundbesitzer im Verein mit den, sich ihnen meist anschließenden Delegierten der Städte, diejenigen Abänderungen der geltenden Bodenrechte durchzusetzen<sup>2</sup>, die von der Ritterschaft empfohlen worden waren und wir kennengelernt haben. Weil jedoch alle in jener reformfreudigen Epoche in die Residenz beförderten Vorschläge dem Staube der Archive verfielen, griff der Landtag von 1912 die Sache wieder auf und ließ dem livländischen Gouverneur eine Denkschrift zugehen, in der er gebeten wurde, die mehrfach gewünschten Abänderungen der den Bodenverkehr hemmenden Gesetze erwirken zu wollen. Die Denkschrift wurde von dem Gouverneur Sweginzow günstig aufgenommen und weiter nach Petersburg befördert. Hierbei ließ es jedoch die Ritterschaft nicht bewenden. Als die, auf Initiative des Landtags ins Werk gesetzte, große Grundsteuerreform, deren wir eingehend gedenken werden, rüstig fortschritt und die ungleiche Steuerbelastung der drei rechtlich geschiedenen Bodenkategorien: Hofsländ, Quote und Bauernsländ, auszugleichen versprach, erachtete das Landratskollegium die Zeit für gekommen, weiter zu gehen. Auch die drei Rechtsqualitäten des Bodens, die ehemals dem aus der Fronhofverfassung hervorgegangenen Wirtschaftsorganismus angemessen erachtet worden waren, sollten fallen. Solange als es für zeitgemäß galt: einerseits mit Vorrechten ausgestaltete Rittergüter zu schaffen und zu erhalten, andererseits den noch unselbständigen Bauernstand durch schützende und fördernde Gesetze zur Selbständigkeit zu erziehen, so lange mochten auch ungleiche Rechte in bezug auf den Bodenerwerb und die Bodennutzung begründet erscheinen. Nachdem jedoch die seit 1804, also seit mehr als hundert Jahren, wirksame Agrarordnung in organischem Vorschreiten den unfreien Bauernstand durch schützende Gesetze zur wirtschaftlichen und rechtlichen Unabhängigkeit geleitet hatte, gab es keinen unselbständigen und zu schützenden Bauern mehr. Der Ruf nach Befreiung der livländischen Grundbesitzrechte von allen unzeitgemäßen Vorrechten und Beschränkungen war daher vollkommen gerechtfertigt. Er stand überdies in voller Übereinstimmung mit dem im ganzen Reich zutage getretenen Verlangen, daß das bäuerliche Personen- und Sachenrecht dem der anderen Berufsstände gleichgestellt werde<sup>3</sup>. Die Ritterschaft durfte mithin die Hoffnung nähren, daß sie jetzt endlich ihr Ziel, die veraltete Agrarstruktur zeitgemäß umgestaltet zu sehen, erreichen werde. Ihre Reformvor-

<sup>1</sup> Livl. Gouverneur vom 4. August 1905—10 November 1914. Band I S. 170.

<sup>2</sup> Verhandlungen des Livl. Provinzialrats vom 29. November 1906; Verhandlungen des Baltischen Konseils vom 29. September 1907. S. 303 und 332. Bericht des Landratskollegiums an den Landtag vom Jahre 1908. Druckvorlage.

<sup>3</sup> Alexander Tobien: „Ausgleich der Privilegien der Rittergüter und der Bauerngüter“. Separat-  
abdruck aus der „Baltischen Wochenschrift für Landwirtschaft, Gewerbeleiß u. Handel“, Nr. 10 vom  
Jahre 1908, S. 8.

schläge gingen von dem Grundsatz aus: Gleichstellung des Bauerngutes mit dem Rittergut in rechtlicher Beziehung. Die Richtlinien, die hierfür maßgebend waren, lassen sich folgendermaßen zusammenfassen<sup>1</sup>. Ist der vom Landtag gewollte Steuerausgleich durchgeführt worden, so ist die Scheidung der drei rechtlich getrennten Bodenkategorien: Hofs-, Quoten- und Bauernland, aufzuheben. Die einerseits für Rittergüter, andererseits für Bauernhöfe geltenden Zerstückelungsverbote sind nicht schlechterdings zu beseitigen, sondern zeitgemäß zu reformieren<sup>2</sup>. Die vor restloser Zerstückelung geschützten Bauernhöfe sind ebenso, wie die in ihrer Teilung beschränkten Rittergüter, in einer verbindlichen Landrolle individuell festzulegen. Um die auf diese Weise durch Stückschluß vor Atomisierung bewahrten Ritter- und Bauerngüter rechtlich gleichzustellen, war der Landtag bereit, auf die den Rittergütern im Provinzialrecht zugehörigen Privilegien oder, richtiger, Bannrechte<sup>3</sup> dann zu verzichten, wenn auch die rechtlichen Unterschiede zwischen den drei getrennten Bodenkategorien Hofs-, Quoten- und Bauernland fielen<sup>4</sup>. Rittergut und Bauerngut, die seit alter Zeit bewährten Stützen der Landwirtschaft und der Landesverwaltung, sollten gleichberechtigt nebeneinander stehen, die gleichen Pflichten tragen und gemeinsam das Rückgrat der Bodenverfassung bilden, einer Bodenverfassung, die für alle Zukunft die Blüte der Landwirtschaft und das Gedeihen der Landesverwaltung verhieß. Dieser leitende Gedanke des tiefgreifenden Reformplanes ging von der Erfahrung aus, daß die Bewohner des livländischen Flachlandes, die Deutschen, wie nicht minder die Letten und Esten, aristokratisch-individuell gesinnt seien<sup>5</sup>. Er war auf die Hoffnung gegründet, daß wenn die zwischen Rittergut und Bauerngut bestehende Kluft restlos ausgefüllt sein werde, alsdann auch der zwischen dem Rittergutsbesitzer und dem Eigentümer eines Bauernhofes klaffende soziale Gegensatz seine Schärfe verlöre. Allein die Ritterschaft irrte sich, denn zu lange und zu tief hatte die Parole der Regierungspolitik „divide et impera“ gewirkt.

<sup>1</sup> Antrag der Grundsteuerkommission betr. „Modifikation agrarrechtlicher Bestimmungen der Bauernverordnung“. Druckvorlage für den außerordentlichen Landtag vom Dezember 1912.

<sup>2</sup> Der Mindestumfang von Rittergütern sollte wie bisher 900 Lofstellen = 334,8 ha betragen (Art. VII der Bauernverordnung vom 13. November 1860 und Art. 602 des Provinzialrechts III. Teil), jedoch die Bestimmung, daß hiervon 300 Lofst. = 111,6 ha unbedingt dem Acker anzugehören haben, aufgehoben werden, weil Wiese und Wald dem Acker gleichartig zu erachten seien. Das für Bauernhöfe vorgesehene Minimumgesetz (siehe oben S. 58) sollte in dem Sinn umgeändert werden, daß nicht mehr, wie bisher, ein jedes Teilstück den vorgeschriebenen Mindestumfang aufweisen müsse, sondern, daß die im übrigen unbehinderte Teilungsbefugnis nur durch das Gebot der Erhaltung eines Stammgrundstückes nach zu bestimmenden Ausmaßen beschränkt werde.

<sup>3</sup> Provinzialrecht III. Teil Art. 883.

<sup>4</sup> Das ausschließliche Recht des Branntweinbrandes und der Bierbrauerei sollte ohne jegliche Entschädigung ebenso fallen, wie das einträgliche Schankrecht. „Die Agrarfrage im Provinzialrat“, Balt. Wochenschrift für Landwirtschaft, Gewerbeleiß u. Handel, Jahrgang 1906 Nr. 50, S. 460. Bericht des Landratskollegiums über die Vorschläge des Baltischen Konseils zur Frage der Regelung der Agrarverhältnisse. Druckvorlage für den Landtag 1908, S. 14.

<sup>5</sup> Wie Gustav von Stryk: „Das Agrargesetz in Livland (Lettland und Estland)“, Dorpat 1922, S. 49 richtig hervorhebt.

Schon im „Baltischen Konseil“ hatten die bauerlichen Vertreter wohl für die Aufhebung der Rittergutsprivilegien gestimmt, jedoch die Beseitigung der dem Bauernlande eigenen Schutzbestimmungen abgelehnt<sup>1</sup>. Dieser Mißerfolg verhinderte freilich Landmarschall Baron Meyendorff nicht, dem zeitweiligen Generalgouverneur eine Denkschrift zu überreichen, die den ritterschaftlichen Reformplan eingehend beleuchtete<sup>2</sup>. Allein wie alle durch das temporäre Generalgouvernement vermittelten Anträge der Ritterschaft im Staube der Petersburger Archive ein unrühmliches Ende fanden<sup>3</sup>, so auch dieser Reformplan. Nicht einmal dem auf Mißverständnis beruhenden Quotengesetz vom Jahre 1893 den von Gutsherren und Bauern einhellig gewünschten Garaus zu machen, war die Staatsregierung imstande. Die Durchführung des Ausgleichs der Bodenrechte mochte sie mit gutem Grunde zunächst bis zu dem Zeitpunkt hinausschieben, da die Voraussetzung zur Verwirklichung des Steuerausgleichs gegeben sei. Als diese Voraussetzung durch die Vollendung der großen, von der Ritterschaft durchgeführten Grundsteuerreform, auf die zurückzukommen sein wird, geschaffen schien, versagte jedoch, wie wir sehen werden, in letzter Stunde die Regierung. Sie schreckte vor der Lösung des wichtigsten Problems, d. h. derjenigen Frage zurück, die den Hauptanstoß zur Inangriffnahme der Grundsteuerreform gegeben hatte: vor dem Ausgleich der Wegebaulast. Aus welchen Gründen? Nicht etwa deshalb, weil es an der Vorbereitung des gewiß schwierigen Ausgleichs mangelte, denn die Ritterschaft war hierzu wohl gerüstet, sondern lediglich aus dem Grunde, weil Livland keinen Vorsprung vor dem Reich gewinnen sollte! So wurde dem von der Ritterschaft gewollten vollständigen Steuerausgleich in Petersburg die Spitze abgebrochen und damit war auch die unerläßliche Voraussetzung zum Ausgleich der Bodenrechte vom russischen Bureaucratismus zunichte gemacht. So ist es gekommen, daß die Ritterschaft nicht nur eine keineswegs durch ihre Schuld versteinerte Provinzialverfassung<sup>4</sup>, sondern auch eine ihrem Willen widersprechende, unzeitgemäße Agrarverfassung hinterlassen hat.

Obgleich die von der Ritterschaft vorgeschlagene Reform des livländischen Bodenrechtes der Regierung nicht abgerungen werden konnte, die agrare Struktur des Landes daher zu wünschen übrig ließ, so überragte sie doch weit das, was das Innere des russischen Reiches auf agrarrechtlichem Gebiet aufwies.

Diese Sachlage fand wertvolle Anerkennung als die, auf Anregung des Finanzministers Witte, im Jahre 1902 vom Kaiser niedergesetzte „Besondere Konferenz zur Beratung der Notlage des Landwirtschaftsgewerbes im Reich“ durch ihre lokalen Organe, Gouvernementskomitee und Kreiskomitees<sup>5</sup>, auch die Bedürfnisse der liv-

---

<sup>1</sup> Verhandlungen des Baltischen Konseils vom 27. September 1907, S. 190 ff.

<sup>2</sup> Vom 29. Oktober 1907. Verhandlungen usw. S. 301 ff.

<sup>3</sup> Band I S. 451.

<sup>4</sup> Band I S. 165 und 507.

<sup>5</sup> Das Gouvernementskomitee bestand unter dem Vorsitz des Gouverneurs aus Regierungsbeamten, den Landmarschällen von Livland und Ösel, den Kreisdeputierten, den Vorsitzenden der landwirtschaftlichen Vereine und aus Privatpersonen, die als Sachverständige hinzugezogen waren. Den Kreiskomitees,

ländischen Landwirtschaft feststellen ließ. Sollten auch in der Hauptsache nur Probleme der Landwirtschaft an sich und deren Lösung beraten werden, so war es doch für russische Zustände charakteristisch, daß auch die „Minderung der Gemenglage durch Streulegung der Gehöfte“ einen Programmpunkt der Reichskonferenz bildete<sup>1</sup>. Bei dessen Beratung durfte auf die in Livland ohne staatliche Hilfe still vollzogene Riesenarbeit der „Streulegung“<sup>2</sup> und im Gegensatz hierzu auf die Notlage der russischen Landwirtschaft hingewiesen werden, die, wie russische Agrarpolitiker unumwunden einräumten, in der Hauptsache Folge der von den Slawophilen als die „Formel der neuen Zivilisation“ gepriesenen Feldgemeinschaft<sup>3</sup> war<sup>4</sup>. Eine höchst bedeutsame, weil ganz direkte und manifeste Anerkennung des großen Vorzuges der agrarischen Struktur der Ostseeprovinzen vor der Rußlands wurde Livland zuteil, als im Mai 1906 der allrussische Adelskongreß in Petersburg zusammentrat und diejenigen Maßnahmen beriet, die gegen die agrare Bewegung der Bauern im Inneren des Reiches zu treffen seien<sup>5</sup>. Damals durften die Delegierten der livländischen Ritterschaft auf dem Adelskongreß Heinrich Baron Tiesenhausen, Adolf Baron Pilar von Pilchau und Erich von Oettingen<sup>6</sup> mit Recht hervorheben, daß die agrare Entwicklung in den Ostseeprovinzen eine wesentlich bessere sei, als in Rußland, weil es hier keinen Gemeindebesitz mit Feldgemeinschaft und Flurzwang gebe. In Liv-, Kur- und Estland sei nicht den einzelnen Bauern, sondern nur der ganzen Bauernschaft das Recht auf Land zuerkannt worden. Bei freier Ablösung des Bauernlandes habe sich unter dem Walten des gesetzlich errichteten Bauernschutzes ein wohlhabender, auf eigener Scholle, in arrondierten Höfen sitzender Bauernstand entwickelt. Auch der Landarbeiter dürfe als durch den Ertrag seiner Arbeit sichergestellt gelten. Eine Notlage der Landwirtschaft gebe es dabei in den Ostseeprovinzen nicht<sup>7</sup>. Von dieser Erfahrung ausgehend, empfahlen die livländischen Delegierten mit Wärme die sofortige und vollständige Aufhebung der russischen Feldgemeinschaft bei Umwandlung allen Gemeindebesitzes in Privateigentum<sup>8</sup>, wofür ihnen der lebhafte Beifall der großen Mehrheit des Kongresses zuteil wurde.

---

die aus Beamten und privaten Sachverständigen bestanden, präsidierten die Kreisdeputierten; „Baltische Wochenschrift für Landwirtschaft, Gewerbeleiß und Handel“ Nr. 26 vom Jahre 1902, S. 267.

<sup>1</sup> Punkt 24 des Programms, „Baltische Wochenschrift usw.“ Nr. 27 vom Jahre 1902, S. 280.

<sup>2</sup> Oben S. 37.

<sup>3</sup> Oben S. 38.

<sup>4</sup> S. W. Sosnowski „Grundbesitz“, „Verhandlungen der Lokalkomitees von 49 Gouvernements des Europ. Rußland“ 1904 (russisch); A. A. Rittich: „Die Abhängigkeit der Bauern von der Samtgemeinde und der Feldgemeinschaft“. St. Petersburg 1903, (russisch).

<sup>5</sup> „Bericht des Landratskollegiums über die Delegiertenkongresse der Adelskorporationen des Russischen Reichs“. Druckvorlage für den Landtag 1908.

<sup>6</sup> Band I S. 23, 28 und weiter unten.

<sup>7</sup> Rede des livl. Delegierten Landrat Adolf Baron Pilar von Pilchau, „Balt. Wochenschrift“ usw. Nr. 28 vom Jahre 1906, S. 265.

<sup>8</sup> Rede des Livl. Delegierten Erich von Oettingen; ebenda; siehe auch dessen Abhandlung: „Zur russischen

Es ist bekannt, daß die große russische Agrarreform Stolypins<sup>1</sup> dem von den Delegierten der livländischen Ritterschaft im allrussischen Adelskongreß vertretenen Grundgedanken Rechnung getragen hat. Die Feldgemeinschaft mit ihrer verderblichen Massenvirtschaft sollte durch das individuelle Grundeigentum ersetzt werden. Während jedoch die Livländer die obligatorische Aufhebung des „Mir“ empfahlen, wurde nur der fakultative Austritt der Bauernwirte aus der Feldgemeinschaft Gesetz und hierdurch der Reformgedanke abgeschwächt.

Stand die Regierung dem Ausbau des livländischen Bodenrechtes, wenn auch nicht direkt ablehnend, so doch völlig passiv gegenüber, so verhielt sie sich auf dem Gebiete der Landwirtschaftspflege kaum anders.

Obgleich Sinowjew am Ende seines Lebens und seiner gouvernementalen Verwaltung Livlands Kaiser Alexander III. viel Rühmliches über die ersprießliche, von den Großgrundbesitzern und deren Vereinen ausgehende Landwirtschaftspflege zu sagen gewußt hatte<sup>2</sup>, so ermannte sich die Regierung doch nicht dazu: Livland, nach den Worten Sinowjews, „eine der schönsten Perlen“ in der Kaiserkrone<sup>3</sup>, mit Staatsmitteln auszustatten, damit es seinen hauptsächlichsten Nahrungszweig, die Landwirtschaft, möglichst blühend gestalte. Davon aber, Livland etwa in ähnlichem Maße fiskalisch zu unterstützen, wie es in Pommern und in Ostpreußen geschah<sup>4</sup>, war nicht im entferntesten die Rede. Die Regierung beschränkte sich darauf, kleine Jahresbeiträge den von den Großgrundbesitzern ins Leben gerufenen landwirtschaftlichen Institutionen zuzuwenden, und die Livländer begnügten sich mit der Hoffnung, daß der Staat wenigstens nicht Maßnahmen treffen werde, die der livländischen Agrikultur direkt Schaden zufügten. Sie wurden jedoch bitter getäuscht. Die Staatsregierung schritt, angeblich aus agrarpolitischen, in Wahrheit jedoch aus rein politischen Gründen, zu einer Parzellierung der Domänengüter, die in schematischer Weise domaniale Waldungen schachbrettartig in völlig lebensunfähige Parzellen zerstückelte, auf denen Verbrecherzentren entstanden, die für die Umwohnenden einen Krebschaden bedeuteten<sup>5</sup>. Weiter

---

Agrarfrage“. „Bericht der Kaiserl. Livl. Gemeinnützigen u. Ökonom. Sozietät für das Jahr 1907“, Dorpat 1908, S. 22 ff.

<sup>1</sup> W. D. Preyer: „Die russische Agrarreform“. Jena 1914; derselbe im Handwörterbuch der Staatswissenschaft, 4. Auflage 1923.

<sup>2</sup> Band I S. 167.

<sup>3</sup> Ebenda S. 156.

<sup>4</sup> Die Pommernsche Landwirtschaftskammer erhielt vom Staat im Jahre 1906/07 eine Beihilfe im Betrage von 257 100 M. Die Livl. Ökonomische Sozietät im selben Jahr von der russischen Regierung 4 500 Rbl. = 10 125 Mark. „Bericht der Kaiserl. Livl. Gemeinnützigen u. Ökonom. Sozietät für das Jahr 1907“, Dorpat 1908, S. 48. Die staatlichen Zuschüsse, die in Ostpreußen die private Initiative belebten, beliefen sich im Jahre 1878 auf 83 151 Mark jährlich, im Jahre 1913 dagegen schon auf 716 313 Mark. Professor Dr. J. Hansen: „Die Landwirtschaft in Ostpreußen“, 2. Teil der „Grundlagen des Wirtschaftslebens in Ostpreußen“, Jena 1916, S. 393.

<sup>5</sup> A. von Sivers-Euseküll: „Ansiedelungen auf kleinen Parzellen auf 18 livländischen Kronsgütern“, „Baltische Wochenschrift“ usw., Nr. 51 vom Jahre 1906, S. 467.

beraubte die staatliche Eisenbahnpolitik die Ostseeprovinzen ihrer natürlichen Absatzmärkte innerhalb ihrer Grenzen, denn die Differenzialtarife bewirkten, daß aus dem Inneren des Reiches Korn in Massen in die ostseeprovinziellen Städte geworfen und aus ihnen das einheimische Getreide verdrängt wurde. Diese Tarifpolitik war um so verderblicher, als sie zwischen Brotkorn und Futterkorn nicht unterschied<sup>1</sup>. Die Überschwemmung Livlands mit russischem Brotkorn hatte zur Folge, daß die landwirtschaftlichen Großbetriebe den durch die Natur gegebenen Anbau von Getreide aufgeben und zur Viehzucht übergehen mußten<sup>2</sup>. Die mit dieser notwendig verbundene Spirituserzeugung litt aber schwer unter dem System des Branntweinmonopols, das die Regelung des Umfanges der Produktion und der Spirituspreise ganz in die Hand des Finanzministeriums legte. Das Finanzministerium aber begünstigte die Produktion im Osten des Reiches gegenüber der im Westen, wodurch die livländische Landwirtschaft in schweren Nachteil geriet<sup>3</sup>.

Der Mangel einer tatkräftigen obrigkeitlichen Fürsorge für den Landbau und dessen Nebenzweige ersetzte nach Möglichkeit die „Kaiserliche Livländische Gemeinnützige und Öconomische Sozietät“, die ihrer Verfassung nach trotz des Titels „Kaiserliche“ eine Privatgesellschaft geblieben war. Vom Rigaschen Kaufmann und Eigentümer des Rittergutes Allasch in Livland Peter Heinrich Blanckenhagen<sup>4</sup> am 18. Oktober 1792 gestiftet, erblickte die Sozietät ihre Aufgabe nicht nur darin, die Technik der landwirtschaftlichen Großbetriebe zu fördern und hierdurch mittelbar auf die Entwicklung der bäuerlichen Wirtschaften einzuwirken, sondern war gleichzeitig beflissen, dem Bauernstande direkt zu nützen und zwar sowohl auf dem Gebiete der ökonomischen, wie auch der geistigen Kultur<sup>5</sup>. Sie bestand nur aus 12 ordentlichen, dem Stande der adligen Großgrundbesitzer angehörenden Mitgliedern, die sich durch Kooptation ergänzten, und aus einer sehr viel größeren Anzahl Ehrenmitgliedern, die von ihr erwählt wurden<sup>6</sup>. Ihre regste Wirksamkeit entwickelte sie unter ihren tatkräftig amtierenden

<sup>1</sup> E. von Oettingen-Pölks: „Zur livländischen Agrarfrage“, a. a. O., S. 337.

<sup>2</sup> Gustav von Stryk: „Die Landwirtschaft in Livland“. Veröffentlichung der Livl. Gemeinnützigen und Ökonomischen Sozietät, September 1919, S. 4 ff.

<sup>3</sup> E. von Oettingen: „Zum Punkt 17 der Puktation der Besonderen Konferenz, betreffend die mit der Landwirtschaft eng verbundenen Gewerbe“, „Baltische Wochenschrift“ usw., Nr. 52 vom Jahre 1902, S. 533 ff.

<sup>4</sup> Geboren am 3./14. Oktober 1723 in Reval, heiratete in Riga und zog 1743 zu seinen Verwandten nach Amsterdam. Nach seiner Rückkehr in die Heimat gründete er ein eigenes Handelshaus in Riga, das im In- und Ausland zu großem Ansehen gelangte. Er war Ältester der großen Gilde in Riga und Assessor des Gouvernements-Magistrats daselbst, erwarb 1780 das Rittergut Allasch und starb am 7. Januar 1794 in Riga. Seine Witwe wurde am 21. Dezember 1795 nebst ihren drei Söhnen aus Dankbarkeit in die livländische Adelsmatrikel aufgenommen. E. von Oettingen-Jensel: „Rückblick auf die Entstehung und Vergangenheit der Ökonomischen Sozietät“, „Baltische Wochenschrift für Landwirtschaft, Gewerbeleiß und Handel“, Dorpat 1893, Nr. 2; Tobien: „Die Agrargesetzgebung usw.“ I. S. 413.

<sup>5</sup> Näheres bei Tobien: a. a. O. S. 414.

<sup>6</sup> Der letzte in deutscher Sprache im Jahre 1912 gedruckte Bericht fürs Jahr 1911 zählt neben den 12 Mitgliedern 52 Ehrenmitglieder auf.



Präsidenten: Landrat Karl Axel Christer Baron Bruiningk<sup>1</sup>, Geheimrat Dr. Alexander von Middendorff<sup>2</sup> und den Landräten Eduard<sup>3</sup> und Erich<sup>4</sup> von Oettingen, Vater und Sohn. Hierzu trug wesentlich der beständige Sekretär der Sozietät Gustav von Stryk bei<sup>5</sup>.

In wie weitem Maße die Ökonomische Sozietät<sup>6</sup>, die etwa die Stellung einer Landwirtschaftskammer einnahm, dem Lande Nutzen gebracht hat, wird die noch zu schreibende Geschichte der livländischen Landwirtschaft deutlich erkennen lassen. Hier darf einfach gesagt werden, daß die Sozietät im Bau der Agrikultur Livlands das Herz

<sup>1</sup> Band I S. 320 und oben S. 35, Note 3.

<sup>2</sup> Alexander von Middendorff, geb. am 6/18. August 1815 in Petersburg, wo er 1832 — 35 Medizin studierte und 1837 den Doktorhut erwarb, wurde 1839 außerordentl. Professor der Zoologie an der Universität Kiew, begleitete Karl Ernst von Baer auf dessen Reise nach Lappland, unternahm selbst verschiedene wissenschaftliche Reisen nach Sibirien, dem nördlichen Rußland, dem Ferghana-Gebiet, war 1850—65 Mitglied der Akademie der Wissenschaften in St. Petersburg für Zoologie, seit 1865 Ehrenmitglied derselben, Dr. honoris causa der Universität Dorpat, seit 1857 Besitzer der Fideikommißgüter Hellenorm mit Samhof und Pörrafer in Livland; gest. 16. Jan. 1894. A. Hasselblatt u. Dr. G. Otto: „Album Academicum der Kaiserl. Universität Dorpat“, Dorpat 1889, Nr. 3019; „Rigaer Almanach“ 1888 J., S. 39 ff., siehe auch Band I S. 147 und S. 394.

<sup>3</sup> Band I S. 394.

<sup>4</sup> Erich von Oettingen, geb. am 16./28. August 1862 auf dem väterlichen Rittergut Jensel bei Dorpat absolvierte 1885 das Studium der Rechtswissenschaften an der Universität Dorpat („Alb. Livonorum, Nr. 862), war 1886—1888 Pächter der Rittergüter Korast und Karstemois im Werroschen Kreise, alsdann Eigentümer der Rittergüter Kawast (Kreis Dorpat) und Pölks (Kreis Werro), seit 1900 des väterlichen Rittergutes Jensel. 1896—1908 Kreisdeputierter, 1908—1912 livl. Landrat.

<sup>5</sup> Geb. am 27. Januar 1850 auf dem väterlichen Rittergut Heiligensee bei Dorpat, absolvierte 1872 auf der heimischen Universität das Studium der polit. Ökonomie. Im Jahre 1876 wurde er zum „beständigen Sekretär“ der Ökonomischen Sozietät und gleichzeitig zum Redakteur der „Baltischen Wochenschrift für Landwirtschaft, Gewerbeleiß und Handel“ erwählt. Bis zu seinem am 15. August 1927 in Dorpat eintretenden Tode, also mehr als 50 Jahre, hat Gustav v. Stryk das Amt des „beständigen Sekretärs“ d. h. des Generalsekretärs der Sozietät bekleidet, und in schwerer Bedrängnis zu retten versucht, was möglich war. Kurz vor seinem Tode ehrte die Universität Leipzig seine Verdienste durch Erwählung zum Dr. phil. h. c.

<sup>6</sup> Die Präsidenten der Sozietät sind gewesen:

1. Wirkl. Staatsrat von Budberg 1792—1796.
2. Landrat und Geheimrat Friedrich von Berg zu Kadfer 1796—1809.
3. Landrat Reinhold von Liphart zu Ratshof 1809—1828.
4. Landrat Konrad von Brasch zu Ropkoy 1829—1835.
5. Landrat Karl Axel Christer Baron Bruiningk zu Forbushof, Palloper und Hellenorm, 1835—1846.
6. Landrat Alexander von Oettingen zu Jensel, Ludenhof und Wissust, 1846—1847.
7. Dr. Karl Eduard von Liphart zu Marrama, 1847—1862.
8. Geheimrat Dr. Alexander von Middendorff zu Hellenorm und Pörrafer, 1862—1882.
9. Landrat Eduard von Oettingen zu Jensel, 1882—1900.
10. Landrat Max von Sivers zu Römershof, 1900—1902.
11. Landrat Arved von Oettingen zu Ludenhof, 1902—1903.
12. Landrat Adolf Baron Pilar von Pilchau zu Audern, 1903—1906.
13. Landrat Erich von Oettingen zu Jensel, 1906—1928.

Gustav von Stryk: „Studien zur Geschichte der Landwirtschaft in Livland“, 2. Teil, Manuskript 1926.

bildete, dessen starker Pulsschlag den ökonomischen Organismus des flachen Landes belebte.

In die fünfziger Jahre des vorigen Jahrhunderts fällt die Gründung zahlreicher, der Sozietät angeschlossener Vereine und Gesellschaften, während das folgende Jahrzehnt die landwirtschaftlichen Ausstellungen entstehen sah<sup>1</sup>. Als das Jahr 1868 der Fronwirtschaft oder der „Arbeitspacht“ gesetzlich ein Ende machte<sup>2</sup>, war der landwirtschaftliche Großbetrieb, was viel bedeutete, dank der Vorsorge und dem Bemühen der Sozietät befähigt, ohne wesentliche Verluste sich der neuen Wirtschaftsmethode anzupassen. Die Mehrfelderwirtschaft, der Futterbau, die Viehzucht und Viehhaltung, die Anwendung neuer Ackergeräte und dergleichen, der Gebrauch von Kunstdünger und die Ausgestaltung der landwirtschaftlichen Nebengewerbe, namentlich der Brennereien, nahmen nach und nach einen früher nicht gekannten Aufschwung.

Die seit 1865 erfolgte Herausgabe eines eigenen Organs, der „Baltischen Wochenschrift für Landwirtschaft, Gewerbefleiß und Handel“, bildete ein Unternehmen, das unerläßlich war, jedoch von den Land- und Forstwirten nicht gerade lebhaft unterstützt wurde, weil diese, wie überall, so auch in Livland lieber zu handeln, als zu schreiben pflegten<sup>3</sup>.

Einen außerordentlichen Erfolg jedoch stellte das General-Nivellement von Livland dar, das in den Jahren 1874—1882 vom Mitgliede der Sozietät Dr. med. Karl von Seidlitz<sup>4</sup> geleitet und veröffentlicht wurde und einen festen Eckstein für die Erforschung der physikalischen Beschaffenheit des Landes bot. Das Bestreben der Sozietät, nicht nur den Großgrundbesitzern, sondern auch den Bauern direkt zu nützen, führte sie dazu, die Begründung landwirtschaftlicher Vereine zu fördern, in denen beide Elemente sich zu gemeinsamer Arbeit vereinigten. Der erste dieser Vereine war der vom Geheimrat von Middendorff<sup>5</sup> und dem Küster Schwech begründete Rujensche Verein<sup>6</sup>. Es folgten zahlreiche lokale landwirtschaftliche Vereine, in denen die Gutsherren zusammen mit den Wirten der selbständig gewordenen Bauernhöfe ihrer Nachbarschaft landwirtschaftliche Angelegenheiten friedlich berieten<sup>7</sup>. Diese Bewegung fiel jedoch bald dem immer stärker einsetzenden Gegendruck, der aus der Russifikation entstand, zum Opfer. Die Zusammenarbeit der gutsbesitzenden und bäuerlichen Landwirte wurde unterbunden und gestört. Der Leitsatz der Regierungspolitik „divide et

<sup>1</sup> Oettingen: „Rückblick“ usw. a. a. O. S. 13.

<sup>2</sup> Tobien: „Die Agrargesetzgebung“, II S. 285.

<sup>3</sup> Oettingen: a. a. O. S. 14.

<sup>4</sup> Geboren 6./17. März 1798 in Estland, studierte in Dorpat Medizin 1815—20, erwarb dort den Doktorgrad, war Oberarzt des See-Hospitals, später auch Professor an der medico-chirurgischen Akademie in Petersburg, seit 1841 Rittergutsbesitzer in Livland (Meyershof). Gestorben zu Dorpat am 7./19. Februar 1885; „Album Academicum der Universität Dorpat“, Nr. 1047.

<sup>5</sup> Siehe oben S. 67.

<sup>6</sup> Das Kirchspiel Rujen lag in der Mitte Livlands im lettischen Distrikt.

<sup>7</sup> Stryk: „Die Landwirtschaft in Livland“, S. 9.

impera“ hatte wieder einmal seine unheilvolle Aufgabe erfüllt. Die ersten praktischen Anforderungen des landwirtschaftlichen Lebens heischten jedoch unbedingte Befriedigung und führten daher zur Einschlagung eines anderen Weges. Die Letten und Esten schufen zwei große Zentralvereine: den Rigaer Lettischen Verein und den Nordlivländischen Zentralverein der Landwirtschaft, in denen die kleinen lettischen und estnischen Vereine Zusammenfassung und Anlehnung fanden. Die Sozietät ihrerseits rief drei Tochtergesellschaften ins Leben: den Verein baltischer Forstwirte, den Baltischen Samenbauverband und den Baltischen Moorverein, denen bald andere Vereinigungen und Genossenschaften folgten. Zwischen den Schöpfungen der Sozietät und den lettisch-estnischen Gebilden landwirtschaftlichen Charakters entwickelte sich ein freundnachbarliches Verhältnis, das eine Stärkung erfuhr, als die Sozietät im Jahre 1894 eine vielbenutzte landwirtschaftliche Versuchsstation errichtet<sup>1</sup> und am 1. Oktober 1897 das Liv-Estländische Bureau für Landeskultur geschaffen hatte. Dieses Institut, das seine Entstehung der zielbewußten und tatkräftigen Initiative des Mitgliedes der Sozietät Viktor Baron Stackelberg<sup>2</sup> verdankte, gewann mit der Zeit eine vielgestaltige Ausdehnung und große Bedeutung für das Land. Ihre kulturtechnische Abteilung nebst Vermessungsabteilung, die ihr untergeordnete Versuchsstation, eine Forstabteilung, die Abteilung für Forstverwertung und die für Wege- und Brückenbau<sup>3</sup> standen in hoher Blüte und dienten ebenso den Großgrundbesitzern wie den Bauern. Sie wurden nicht nur von Privatpersonen, sondern auch von Institutionen in Anspruch genommen, und zwar nicht nur von amtlichen Stellen Livlands, sondern auch von russischen Instanzen.

Mit solchen Schöpfungen war es jedoch nicht getan, denn in Livland hatte die Landwirtschaft mit besonders schwierigen Verhältnissen zu kämpfen. Während die Betriebe in ihrem Gesamttypus denen in Westeuropa üblichen glichen, arbeiteten sie doch unter ungleich ungünstigeren Bedingungen. Im Vergleich mit Ostpreußen gewährt das Klima Livlands kaum die halbe Saatzeit und kaum die Hälfte der Zeit für die Herbstarbeit, infolge dessen das Inventar reicher und die Gebäudezahl größer sein muß. Böser noch als das Klima wirkte die verkümmerte Absatzmöglichkeit der Produkte auf das Gedeihen der Wirtschaften ein. Der Brotkornbau war unrentabel, weil in guten Erntejahren das von der Wolga heranströmende Getreide das

---

<sup>1</sup> Geleitet vom wissenschaftlichen Chemiker Konrad Sponholz. „Album Academicum der Universität Dorpat“, Nr. 11 665.

<sup>2</sup> Geboren 23. April 1853 a. St., absolvierte er 1872—79 an der Universität Dorpat das Studium der Chemie, besaß 1880—83 das Rittergut Perrist in Livland, trat 1890 das großväterliche Gut Kardis in Livland an, war 1893—99 Kreisdeputierter, seit 1902 livländischer Landrat und seit 1898 Vizepräsident der Gemeinnützigen und Ökonomischen Sozietät. „Album Livonorum“, Nr. 702.

<sup>3</sup> Der letzte im Mai 1912 in Dorpat gedruckte Bericht bezieht sich auf die Zeit vom 1. November 1910 bis 31. Oktober 1911.

„Bericht der Kaiserlichen Livl. Gemeinnützigen u. Ökonomischen Sozietät und des Livl. Bureaus für Landeskultur nebst Versuchsstation 1911“; Dorpat 1912.

livländische Korn von den Märkten verdrängte, in schlechten Jahren aber die aus Deutschland eingeführte Ware die Preise in Livland drückte. So wurde die Landwirtschaft Livlands, wie bereits gesagt, immer mehr auf Futtergewinnung und Viehhaltung hingedrängt<sup>1</sup>. Die Anpassung der Wirtschaften an die Konjunktur war jedoch eine schwierige Sache, weshalb die Sozietät es für notwendig erachtete, eine „Betriebszentrale“ einzurichten, deren Aufgabe in der Lösung von Betriebsfragen erblickt wurde. Diese leitete seit 1911 eine detaillierte Buchführung, die Einblick in die Eigenart und Ergebnisse der verschiedenen Wirtschaftstypen der Großbetriebe gewährte.

Der ganze große Organismus der Ökonomischen Sozietät wäre nicht lebensfähig gewesen, wenn nicht die Güterkreditsozietät<sup>2</sup> gemeinsam mit der Ritterschaft  $\frac{2}{3}$  der Ausgaben auf sich genommen hätte, denn die Staatsregierung leistete nur einen relativ geringen Beitrag<sup>3</sup>.

Woran es noch sehr fehlte, war der Aufbau des landwirtschaftlichen Unterrichtswesens von unten auf und eine organisierte Arbeiterfürsorge. Die Sozietät wäre keine „Gemeinnützige“ gewesen, wenn sie sich diesen beiden Aufgaben nicht hingegen hätte. Gewohnt zu handeln, ohne von außen angeregt oder gar gezwungen zu werden, tat sie sich mit einigen dem lettischen Landvolk nahestehenden Männern<sup>4</sup> zusammen und entwarf den Plan einer lettischen Ackerbauschule, der im November 1898 im Landwirtschaftsministerium eingereicht wurde. In gleicher Weise sollte auch für den estnischen Teil des Landes ein Typus ausgearbeitet werden<sup>5</sup>. Die erforderlichen Mittel hätten sich durch freiwillige Spenden der Bauernschaft und namentlich durch Bewilligungen der Ritterschaft leicht aufbringen lassen. Der Schwerpunkt des Fachunterrichts sollte in die Unterweisung auf praktischem Gebiet verlegt werden, der theoretische Unterricht dagegen einer Ackerbauschule niederen Typus entsprechen. Der Plan scheiterte jedoch vollkommen, weil die Regierung die unsinnige Forderung stellte, daß die Unterrichtssprache die russische sein sollte. Hierzu konnten

<sup>1</sup> Rede des Präsidenten der Ökonomischen Sozietät Erich von Oettingen vom 25. Januar/7. Febr. 1912, „Baltische Wochenschrift“ Nr. 5 vom Jahre 1912 u. Bericht der Sozietät für das Jahr 1911, S. 12 ff. Stryk: „Die Landwirtschaft in Livland“, S. 11.

<sup>2</sup> Siehe oben.

<sup>3</sup> Im Jahre 1914 balanzierten die Einnahmen und Ausgaben der Ökonomischen Sozietät mit 96 528 Rbl. 12 Kop. Gold. Zu den Einnahmen trugen bei:

Die Livl. Güterkredit-Sozietät . . . . .	48 400 Rbl.
Die Livl. Ritterschaft . . . . .	2 000 „
Die Regierung. . . . .	25 850 „
Andere Quellen . . . . .	20 278 „ 12 Kop.
	<hr/> 96 528 Rbl. 12 Kop.

<sup>4</sup> Unter diesen ragte Karl Kundsin, seit 1880 evang.-luth. Pastor zu Smilten in Livland, ein Lette, hervor. „Album Academicum der Universität Dorpat“, Nr. 8959.

<sup>5</sup> „Bericht über die Verhandlungen der Kaiserl. Livl. Gemeinnützigen und Ökonomischen Sozietät vom Jahre 1902“, S. 5.

sich die Gutsherren Livlands natürlich nicht verstehen, da sie zur Förderung der Russifizierung des estnisch-lettischen Landvolks nicht beitragen wollten. Es gelang schließlich der Ökonomischen Sozietät und dem Estländischen Landwirtschaftlichen Verein, wenigstens die Konzession für eine niedere landwirtschaftliche Schule mit deutscher Unterrichtssprache zu erhalten, in der junge Leute deutscher Herkunft ohne Unterschied des Standes Aufnahme fanden und in allgemeinen naturwissenschaftlichen Fächern, sowie in landwirtschaftlichen Spezialfächern ein Jahr lang unterwiesen wurden<sup>1</sup>. Die bildungsbedürftigen alten und jungen bäuerlichen Landwirte mußten dagegen mit gelegentlichen Kursen vorlieb nehmen und sich praktisch von Instruktoren unterweisen lassen, die von estnischen und lettischen landwirtschaftlichen Vereinen mit Erfolg angestellt wurden<sup>2</sup>.

Dieser Vorgang ist äußerst charakteristisch für die Russifizierungsperiode der Jahre nach 1881. Das Zusammenarbeiten der deutschen Großgrundbesitzer mit den estnisch-lettischen Kleinwirten erschien der Regierung als ein Greuel, das unbedingt im Staatsinteresse verhindert werden mußte. Mochten die Deutschen unter sich bleiben, das war ungefährlich, eine deutsch-estnisch-lettische Kooperation dagegen, wenn auch nur auf dem Gebiete des Bildungswesens, — staatsgefährlich.

Der Mißerfolg, den die Sozietät auf dem Gebiete des Unterrichtswesens erlitt, entmutigte sie jedoch nicht, jetzt ein anderes Gebiet zu betreten, auf dem sie sich dem Landvolk nützlich machen konnte. Sie griff im Jahre 1900 den Plan auf, eine organisierte Fürsorge für die invalid und alt gewordenen Landarbeiter ins Leben zu rufen<sup>3</sup>.

Weil die zwangsgesetzliche Invalidenversicherung nach dem Vorbilde Deutschlands von dem hierzu noch nicht reifen russischen Staat nicht erhofft werden konnte, gedachte die Sozietät die Alters- und Invalidenversicherung der in der Landwirtschaft dauernd tätigen Arbeiter und Angestellten durch einen, auf dem Prinzip der Gegenseitigkeit aufgebauten Verein der Arbeitgeber zu schaffen. Der Vater dieses fruchtbaren Gedankens war das auf dem Gebiete der Philantropie im allgemeinen und des Versicherungswesens im besonderen erfahrene Ehrenmitglied der „Gemeinnützigen und Ökonomischen Sozietät“ Oskar von Samson-Himmelstjerna<sup>4</sup>, der mit Hinzuziehung einer auf dem Gebiete des Versicherungswesens anerkannten Autorität Deutschlands<sup>5</sup> Statuten einer Genossenschaft entwarf, die in den Kreisen der Großlandwirte

<sup>1</sup> „Bericht über die Verhandlungen der Kaiserl. Livl. Gemeinnützigen und Ökonomischen Sozietät“ 1910, S. 50.

<sup>2</sup> Ebenda S. 42 ff.

<sup>3</sup> „Bericht über die Verhandlungen der Sozietät“ 1900, S. 72 ff.; 1901, S. 50 ff.; 1902, S. 43 ff.; 1904, S. 22 ff.

<sup>4</sup> Geboren am 23. Juli 1844 a. St., absolvierte in Dorpat 1862—67 das Studium der Rechtswissenschaften, war Eigentümer des väterlichen Rittergutes Raue bei Werro, bekleidete verschiedene Justiz- und Verwaltungs-Ämter und war zuletzt (1889—06) Direktor des Livl. Feuerversicherungsvereins; gest. 10./23. Dezember 1906 in Dorpat; „Album Livonorum“, Nr. 585. Nekrolog in der „Baltischen Wochenschrift für Landwirtschaft, Gewerbefleiß und Handel“, Nr. 50 vom Jahre 1906, S. 459.

<sup>5</sup> Dr. Pietsch.

Livlands mit lebhafter Sympatie aufgenommen wurden<sup>1</sup>. Es erwies sich jedoch alsbald, daß mit der Freiwilligkeit der Arbeiterversicherung wenig oder nichts gewonnen sein werde, sondern, daß nur die Zwangsversicherung zum Ziele führen könne, die die Kosten der Versicherung auf die Arbeitgeber, Arbeitnehmer und die Allgemeinheit verteile. Die Lösung des Problems durfte sonach nur vom Staate erwartet werden. In Rußland war es jedoch bisher nur zum Haftpflichtgesetz vom 2./15. Juni 1903 gekommen, das die Arbeitgeber in der Industrie und im Bergbau zwang, ihre Arbeitnehmer gegen im Betriebe erlittene Verletzungen zu versichern. Diesem ersten Schritt auf dem Gebiete der russischen Arbeiterversicherung sollten noch andere folgen, die von der Reichsduma erwartet wurden<sup>2</sup>. Daß diese unfähige parlamentarische Körperschaft versagte, durfte jedoch keinen überraschen. Und so blieb Livland ohne Arbeiterversicherung.

Überdies war die Politik des Staates um so mehr auf die Verteidigung des Überkommenen gerichtet, als das zaristische Rußland von der Revolutionsangst im Bann gehalten wurde<sup>3</sup>. Ebenso wie Anregungen der lettischen bauerlichen Kreise auf agrarpolitischem Gebiet ohne Erfolg blieben<sup>4</sup>, so auch solche, die, wie wir gesehen haben, aus den Kreisen der Großgrundbesitzer hervorgingen. Ungeachtet dessen aber gab man innerhalb des livländischen Adels doch nicht die Hoffnung auf, das Wünschenswerte zu erreichen<sup>5</sup>. Hierzu rechnete man vor allen Dingen die dem Landarbeiter zu gewährende Erleichterung im Erwerb von Landeigentum oder wenigstens von Pachtstellen. Die wachsende Landflucht und die geringe Zunahme der Landbevölkerung wurden als zwingende Gründe angesehen und der einzuschlagende Reformweg in drei Maßnahmen erblickt:

1. in der Lockerung des für das Bauernland geltenden Minimumgesetzes<sup>6</sup>, damit die rechtliche Möglichkeit der Mobilisierung des allzugeschützten Bauernlandes bis zu einem gewissen Grade gegeben sei;
2. in der Aufteilung größerer Gutskomplexe, namentlich der Domänen, bei Erhaltung eines Restgutes;

---

<sup>1</sup> Gustav von Stryk: „Arbeiterversicherung“ im „Bericht der Livl. Gemeinnützigen und Ökonomischen Sozietät für das Jahr 1908“, S. 41 ff.

<sup>2</sup> Derselbe: „Arbeiterversicherung“ im „Bericht der Livl. Gemeinnützigen und Ökonomischen Sozietät für das Jahr 1910“, S. 84.

<sup>3</sup> Walters: „Lettland“, S. 474.

<sup>4</sup> Ebenda.

<sup>5</sup> Walters a. a. O. S. 474 weiß zwar zu berichten, daß Reformanregungen auf „abwartende oder gar abweisende Haltung des Adels stießen“, vergißt aber, daß er vorher, auf S. 215, eingeräumt hatte: „die führende geistige Kraft auf dem wirtschaftlichem Gebiet des Großgrundbesitzes, die Ökonomische Sozietät, habe erkannt, daß dem Landarbeiter der Erwerb von Landeigentum oder Pachtstellen wesentlich erleichtert werden müsse“, d. h. daß die Grundbesitzverteilung einer Korrektur bedürfe. Eine „weise Agrarpolitik“ müsse der Auswanderung, der Landflucht und der geringen Zunahme der Bevölkerung vorbeugen.

<sup>6</sup> Siehe oben S. 58.

3. in der Errichtung einer, die angestrebte Siedlung fördernden, kommunalen, vom Staate zu unterstützenden Privatbank<sup>1</sup>.

Die Einzelheiten der gedachten Ansiedlungspolitik wurden von einer Spezialkommission der „Livländischen Gemeinnützigen und Ökonomischen Sozietät“<sup>2</sup> in Umrissen festgelegt, die den in Livland gegebenen Bedingungen der Entwicklung landwirtschaftlicher Betriebe entsprachen. Als unumgängliche Postulate wurden hingestellt:

1. Die Siedlung darf nicht als ein Mittel zur Seßhaftmachung verkommener, oder arbeitsschwacher Leute angesehen werden, sondern hat der Seßhaftigkeit moralisch zuverlässigen und wirtschaftlich tüchtigen Menschenmaterials zu dienen.
2. Bei Aufteilung größerer Gutskomplexe ist die Durchführung einer zweckentsprechenden Zwischenwirtschaft im Auge zu behalten, die für die richtige Ansetzung einer größeren Zahl von Siedlern unerlässlich ist.
3. Hauptzweck der Siedlung ist die Schaffung eines selbständigen und unabhängigen Bauerngutes, weshalb der Umfang der einzelnen Stelle so bemessen werden muß, daß mindestens für ein Pferd die volle Arbeits- und Erhaltungsmöglichkeit gegeben ist.
4. Um die Lebensfähigkeit der Siedlung sicherzustellen, ist auf ein genügendes Wiesenareal bedacht zu nehmen und sind vor Vergebung der Stelle die erforderlichen Wege, Entwässerungen und Bauten von der das Land vergebenden Instanz herzustellen.
5. Der Plan einer jeden Siedlung ist von anerkannten Praktikern im Verein mit Kulturingenieuren auszuarbeiten und von einer Behörde zu genehmigen.
6. Die Ansiedler sind im ersten Jahr, damit sie nicht in Schulden geraten, mit Saatgut und Ernährungsmitteln (Brotkorn) zu versehen.
7. Der Kaufpreis ist zu  $\frac{2}{3}$  durch Übernahme einer ewigen Rente, oder auch Schuld zu begleichen, die in sehr langer Frist, etwa in 60—70 Jahren amortisiert wird.
8. Die Siedlung auf kleinen Arbeitsstellen darf nur dort in Angriff genommen werden, wo sich am Ort eine sichere und dauernde Arbeitsgelegenheit bietet<sup>3</sup>.

Dieser weit ausschauende und in seinen Einzelheiten wohlüberlegte Plan scheiterte jedoch, weil er ohne Beihilfe des Staates, wie auch Sinowjew erkannte<sup>4</sup>, nicht durchführbar war, die Regierung aber, wie wir wissen<sup>5</sup>, an vieles andere dachte, nur nicht an eine materielle Unterstützung ostseeprovinzieller Agrarreformen.

Bei solcher Sachlage hätten — so kann man meinen — die Gutsherren Livlands einer gedeihlichen Regelung des Pachtverhältnisses, die sich auf privatrechtlichem Wege

<sup>1</sup> E. von Oettingen, „Zur livländischen Agrarfrage“. Denkschrift der Ökonomischen Sozietät, a. a. O.

<sup>2</sup> Siehe oben S. 66.

<sup>3</sup> Denkschrift, S. 341 ff., bzw. S. 36 ff.

<sup>4</sup> Tobien: „Die Agrarrevolution in Estland“, S. 7.

<sup>5</sup> Oben S. 65 u. 70.

durchführen ließ, ernste Aufmerksamkeit schenken müssen. Die Bedeutung der Pacht für den Aufstieg des Landarbeiters und die zweckmäßige Ausgestaltung der kleinen Bauernwirtschaft, die in Deutschland<sup>1</sup> und in anderen Staaten<sup>2</sup>, namentlich in England<sup>3</sup> zu entscheidender Anerkennung gelangt war, wurde in Livland keineswegs verkannt<sup>4</sup>. Die Frage, ob nicht, ähnlich wie in England<sup>5</sup>, zum Schutz der Pächter Zwangsbestimmungen für Pachtungen zu erlassen seien, war auf dem „Livländischen Provinzialrat“, der, wie wir gesehen haben, im Jahre 1906 tagte<sup>6</sup>, ein Gegenstand lebhafter Verhandlung<sup>7</sup>. Dort leugnete keiner die Notwendigkeit der Vermehrung des Bestandes kleiner und mittlerer landwirtschaftlicher Betriebe, wobei in erster Linie an die Aufteilung der Domänengüter, mit einem Gesamtareal von 536.460 Dessätinen<sup>8</sup> oder 584.741 Hektar, gedacht wurde<sup>9</sup>. In Anknüpfung hieran wurde das Verhältnis zwischen Pächter und Verpächter erörtert und von den bäuerlichen Vertretern der Vorschlag gemacht, daß eine neu zu gründende Behörde („Landanordnungscommission“) das Recht erhalten solle, die vereinbarten Pachtpreise zu kontrollieren und unbillig hohe herabzusetzen. Ferner sollte der Pachtvertrag stets auf den Erben des Pächters ipso jure übergehen, ohne daß eine anderweitige Abmachung gestattet wäre. Endlich sollte der Pächter bei Aufgabe der Pachtstelle vom Verpächter Entschädigung auch bei solchen Meliorationen und Bauten verlangen dürfen, die er ohne dessen ausdrückliche Zustimmung, wie es bisher rechtens war, ausgeführt habe<sup>10</sup>. Diese Bestimmungen waren sowohl für das Hof-, wie für das Bauernland gedacht.

Zu einem Beschluß, der irgend welche Zwangsbestimmungen für Pachtungen fixiert hätte, ist es jedoch nicht gekommen, weil die Meinung<sup>11</sup> obsiegte, Maßnahmen,

<sup>1</sup> „Die wirtschaftliche und soziale Bedeutung der Zeitpacht in der deutschen Landwirtschaft“ in: „Berichte über Landwirtschaft“ herausgegeben vom Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft, Neue Folge, Band I, Heft 3 und 4, Berlin, Parey, 1923.

<sup>2</sup> Professor Dr. M. Sering: „Die Politik der Grundbesitzverteilung in den großen Reichen“ Heft 9, der „Veröffentlichungen des Königlich-Preussischen Landes-Ökonomie-Kollegiums“, Berlin, 1912.

<sup>3</sup> Hermann Levy: „Die englische Agrarreform“, „Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik“ 38. Band, 1914, S. 716 ff.

Dibelius: „England“ S. 116 ff.

<sup>4</sup> „Bericht der Verhandlungen der Kaiserlichen Livländischen Gemeinnützigen und Ökonomischen Sozietät im Jahre 1906“ S. 50 ff.

<sup>5</sup> Prof. Dr. C. von Dietze in Rostock: „Die englische Pachtgesetzgebung“ „Berichte über Landwirtschaft“ usw. Neue Folge, Band III Heft I, Berlin, Parey, 1925, S. 87 ff.

<sup>6</sup> Band I, S. 447.

<sup>7</sup> Drei Jahre vor dem Auftauchen der Idee des Pächterschutzes in Schweden, wo die Pacht landwirtschaftlich genutzten Bodens eine relativ große, im Auslande wenig gekannte Rolle spielt:

Dr. Ernst Palmgren: „Das Prinzip des Pächterschutzes in Schweden“ „Berichte über Landwirtschaft“ usw., Band III Heft 1, S. 79 ff.

<sup>8</sup> Tobien: „Die Agrarverfassung des Livländischen Festlandes“, Riga, 1906, S. 3.

<sup>9</sup> Verhandlung vom 30. November 1906, Protokolle „der Livländischen vorbereitenden Kommission“ (russisch), S. 103 ff.; „Bericht über die Verhandlungen der Kaiserlichen Livländischen Gemeinnützigen und Ökonomischen Sozietät im Jahre 1906“, S. 48 ff.

<sup>10</sup> Ebenda.

<sup>11</sup> Bericht der Ökonomischen Sozietät usw., S. 50 ff.



die geeignet wären, den Pächter derartig zu begünstigen, daß jeder Landeigentümer die Lust verlöre, sein Land zu verpachten, abzulehnen seien. In dieser Hinsicht schloß sich die Majorität des Provinzialrats den Erfahrungen an, die in Ostdeutschland gemacht worden waren. Dort hütete man sich eine Abneigung gegen Verpachtungen hervorzu-rufen, weil eine Einschränkung des Angebotes von Pachtland erheblichen Schaden im Gefolge habe<sup>1</sup>.

Nicht der Erlaß von Zwangsbestimmungen für Verpachtungen, sondern die Ausübung einer vernünftigen Ansiedelungspolitik — das war es, worauf die Reformgedanken der livländischen Gutsherren hinausliefen<sup>2</sup>. Hierzu ist es wegen Versagens der Regierung ebensowenig gekommen, wie zu all' den agrarischen Reformen, die von der Ritterschaft gewünscht und in Angriff genommen wurden.

Die rechtliche Gleichstellung des Rittergutes mit dem Bauerngute fand keine gesetzliche Anerkennung; die Ablösung des Bauernlandes der Pastorate kam nicht zustande; der Entwurf eines Notweggesetzes fand in Petersburg kein Verständnis; die Zusammenarbeit der Großgrundbesitzer mit den Kleingrundbesitzern in landwirtschaftlichen Vereinen wurde, wie wir sahen<sup>3</sup>, verhindert, der Aufbau des landwirtschaftlichen Unterrichtswesens und der ländlichen Sozialversicherung beiseite geschoben. Von der Bestätigung eingereicherter Gesetzentwürfe, die westeuropäisches, namentlich deutsches Gepräge trugen, war vollends keine Rede. Zu diesen Projekten gehörten: der Entwurf eines Anerbenrechtes für Rittergüter, sowie der eines bäuerlichen Anerbenrechtes<sup>4</sup>. Beide Entwürfe beabsichtigten, eine gesetzliche Vererbungsform für ländliche Immobilien zu schaffen, die die Erhaltung des ungeteilten Besitzes an Landgütern in der Familie sichere<sup>5</sup>. Ein weiteres Projekt bezweckte, in Anlehnung an das russische Gesetz über die Organisation des Kleinkredites vom 7. Juni 1904, in Livland eine Kreditanstalt zu begründen, die einen billigen landwirtschaftlichen Kleinkredit gewähre<sup>6</sup>. Alle diese Entwürfe wurden jedoch nicht perfekt, weil sie der staatlichen Anerkennung bedurften, die aber nicht zu erreichen war. Während eine vorausschauende Politik im Deutschen Reich alles dazu tat, um den Bodenanbau zu fördern, den Ackerbau durch eine soziale Gesetzgebung vor der Auswanderung zu bewahren und ihm durch eine weise Verkehrs- und Tarifpolitik den Erwerb möglichst zu erleichtern<sup>7</sup>, arbeitete die Staatsmaschine Rußlands in Liv-, Est- und Kurland in entgegengesetzter Richtung. Sie

<sup>1</sup> „Die wirtschaftliche und soziale Bedeutung der Zeitpacht in der deutschen Landwirtschaft“, a. a. O. S. 72 und 73.

<sup>2</sup> Bericht der Ökonomischen Sozietät usw., S. 56 ff. Diese Tatsache unterdrückt Walters: „Lettland“ S. 209, wiewohl ihm der „Bericht über die Verhandlungen der Livl. Gemeinnützigen und Ökonomischen Sozietät im Jahre 1906“ sehr gut bekannt ist; siehe bei ihm Anmerkung: 149, 158, 165, 166, 168, 170.

<sup>3</sup> Oben S. 68 u. 70f.

<sup>4</sup> Oettingen: Denkschrift a. a. O.

<sup>5</sup> Prof. August Skalweit: „Agrarpolitik“, 2. Auflage, Berlin-Leipzig, 1924, S. 179 ff.

<sup>6</sup> Druckvorlage für den livländ. Landtag des Jahres 1905.

<sup>7</sup> Skalweit: „Agrarpolitik“ S. 19 ff.

förderte nicht nur nicht, sondern sie zerstörte das Gegebene durch handelspolitische Maßnahmen, die den Kornbau der westlichen Teile des Reiches zugunsten erzwungenen Exportes großer Getreidemassen aus dem Osten schwer schädigte<sup>1</sup>. Das einzige, was die russische Regierung auf dem Gebiet des Agrarschutzes in ihren Ostseeprovinzen tat, war die Errichtung der Bauer-Agrarbank, eines Instituts, das die Bodenverteilung im Sinne der Begünstigung der Kleinbetriebe korrigieren sollte. Sie, die im Dienste des russischen Nationalismus stand, erreichte jedoch ihr Ziel nur in beschränktem Maße<sup>2</sup>.

Hatte schon die zarische Bureaukratie, seitdem das Ostseekomitee und das baltische Generalgouvernement zu Grabe getragen worden waren<sup>3</sup>, wenig Neigung gespürt, Reformvorschläge der Ritterschaft zu fördern, so verhielt sich die demokratische Reichsduma noch zurückhaltender, weil sie keine Zeit und keine Lust fand, sich mit ostseeprovinziellen Lokalfragen zu befassen. Das letzte hervorragende Gesetz, das die livländische Ritterschaft zu erwirken vermochte, wurde am 23. Juni 1912 erlassen und brachte die große, von der Ritterschaft beantragte Grundsteuerreform, wie wir sehen werden, zum Abschluß. Alle anderen Aufgaben, die von der Ritterschaft in neuerer Zeit der russischen Regierung gestellt wurden, sind ungelöst geblieben. Ebensowenig wie die Rückständigkeit der Provinzialverfassung Livlands, die wir kennen gelernt haben<sup>4</sup>, auf das Schuldkonto der im Landtage maßgebend gewesenen Rittergutsbesitzer gesetzt werden darf, ebensowenig darf die veraltete Agrarordnung ein Passivposten der Großgrundbesitzer genannt werden. Lediglich die ehemalige russische Regierung ist dafür verantwortlich zu machen, daß die von den Gutsherren den Bauern zuge dachte Wohltat zeitgemäßer Reformen nicht verwirklicht wurde. Am beklagenswertesten ist, daß der von der Ökonomischen Sozietät angeregte Siedelungsplan zu Wasser wurde. Das von privater Seite in Kurland begründete Siedelungsunternehmen verfolgte nicht wirtschaftliche, sondern politische Ziele<sup>5</sup> und vermochte seiner Natur nach, nur einen beschränkten Umfang zu gewinnen. Erst als die russische Staatsgewalt durch die deutsche Okkupationsmacht ersetzt worden war, konnte an die Behandlung der unerledigt gebliebenen agrarischen Probleme gedacht werden. Allein jetzt waren ganz andere Gesichtspunkte maßgebend, als sie der Livländischen Ökonomischen Sozietät seit 1906 vorgeschwebt hatten. Es war die in Kurland wirksame reichsdeutsche Militärverwaltung,

---

<sup>1</sup> Gustav von Stryk: „Die Landwirtschaft in Livland“, S. 4.

Über das außerordentlich große Anwachsen der russischen Getreideausfuhr vor dem Kriege unterrichtet H. J. Seraphim: „Treibende Kräfte der Handelspolitik im zarischen und bolschewistischen Rußland“, Veröffentlichung des Osteuropa-Instituts in Breslau, Berlin 1926, S. 9.

<sup>2</sup> Siehe oben S. 65.

<sup>3</sup> Band I S. 120 und 118.

<sup>4</sup> Band I S. 416.

<sup>5</sup> „Kurland“ Heft 27 der „Schriften zur Förderung der inneren Kolonisation“, Berlin 1918; Dr. Ernst Dietrich Holtz: „Deutsche Siedelung im Baltenland“, Heft 31 der „Schriften zur Förderung der inneren Kolonisation“, Berlin 1920, S. 8.

die an den Bau von Eisenbahnen, Straßen, sowie Kanälen heranging und zugleich mit besonderem Eifer darauf Bedacht nahm, dem Siedelungsdrange<sup>1</sup> der Reichsdeutschen Rechnung zu tragen. Sie fühlte sich verpflichtet, Kriegsheimstätten zu schaffen, die den am Leben gebliebenen Kämpfern für das Vaterland ein vor Wucherhänden geschütztes Heim bieten sollten<sup>2</sup>. Ehe auch nur die Vorbereitungen zur Siedelungstätigkeit abgeschlossen waren, trat jedoch der Zusammenbruch Deutschlands ein, der jedes praktische Ergebnis vereitelte. Als die lettländische Regierung sich in ihrer Existenz von den aus dem Osten anrückenden bolschewistischen Horden bedroht sah, versprach sie zwar am 29. Dezember 1918 den deutschen Soldaten, die sich freiwillig am Kampfe gegen den Feind beteiligen würden, Bürgerrecht und Ansiedelung<sup>3</sup> in Lettland, allein zur Erfüllung dieses Versprechens kam es nicht. Die Aufhebung des Brest-Litowsker Friedens nach Abschluß des Waffenstillstandes zwischen Deutschland und den Westmächten machte die reichsdeutschen Verordnungen über die Siedelung hinfällig, und schließlich erzwang die englische Politik den Abzug des Restes deutscher Truppen aus dem Baltikum<sup>4</sup>.

So sind denn auch die Siedelungspläne der deutschen Reichsregierung, die sich nicht nur auf Kurland, sondern auch auf Livland und Estland erstreckten<sup>5</sup>, zu Wasser geworden. Erst nachdem die neuentstandenen Republiken „Eesti“ und „Latwija“ sich in Estland, Livland und Kurland geteilt und feste staatsrechtliche Formen gewonnen hatten, kam es endlich zu Siedelungsunternehmen und zwar zu solchen allergrößten Ausmaßes. Wie weit jedoch jenen, als „Reformen“ ausgegebenen legislativen Maßnahmen in Wahrheit dieser Ehrentitel beigelegt werden darf, wird die weiter folgende Untersuchung lehren.

### 3. Kapitel

## Die Grundsteuerreform

In der livländischen Steuerverfassung hat theoretisch der Rechtssatz: das gutherrliche Hofland ist steuerfrei, nur das Bauernland steuerpflichtig, lange gegolten. In Wirklichkeit aber ist eine steuerrechtliche Scheidung dieser Art niemals durchgeführt worden<sup>6</sup>. Zwar gehörte zu den Vorrechten der Rittergüter die Schatzfreiheit ihrer

---

<sup>1</sup> Holtz: a. a. O. S. 44.

<sup>2</sup> Zeitschrift „Bodenreform“, herausgegeben von Adolf Damaschke, 29. Jahrgang, Nr. 14 vom 20. Juli 1918, S. 220 ff.

<sup>3</sup> Siehe den Wortlaut des Vertrages bei: August Winnig: „Am Ausgang der deutschen Ostpolitik“, Berlin 1921, S. 83.

<sup>4</sup> Holtz: a. a. O. S. 49; siehe dagegen Walters: „Lettland“, S. 368.

<sup>5</sup> Ebenda S. 50.

<sup>6</sup> Tobien: „Die Agrargesetzgebung usw.“, I. S. 72.

Hofsländereien<sup>1</sup>, allein schon die historische Grundlage dieses scheinbaren Vorrechts schloß die Steuerimmunität des Hoflandes für die neuere Zeit aus, denn sie wurzelte in der mittelalterlichen Ritterzeit. Wie nach deutschem Recht der schöffenbarfreie oder ritterbürtige Eigentümer der Herrenhufe den Kriegsdienst zu leisten hatte, während die daheim bleibenden freien oder hörigen Bauern statt des Kriegsdienstes die Grundlasten tragen mußten<sup>2</sup>, so war auch der Rittergutsbesitzer Livlands zu dem Roßdienst, der Bauer dagegen zur Leistung öffentlich-rechtlicher Frondienste mancherlei Art verpflichtet. Die öffentlich-rechtlichen Obliegenheiten ruhten jedoch auf dem Lande, nicht auf der Person des Bauern, denn wurden etwa Bauernländereien in den Gutsbetrieb einbezogen und vom Herrn direkt genutzt, so wurden sie nicht etwa schatzfrei, sondern blieben ebenso wie in Preußen<sup>3</sup> steuerpflichtig. Da nun der Bauernhof das Eigentum, die bauerliche Arbeitskraft aber die einzig maßgebende Einnahmequelle des Gutsherrn ausmachte, so trug tatsächlich der Gutsherr die Last und zwar um so mehr, als bei der Berechnung des bauerlichen, dem Gutsherrn schuldigen und in den Urbarien („Wackenbüchern“) fixierten Solls von den Erträgen des dem Gutsherrn gehörigen Bauernlandes ein aliquoter Teil zugunsten der staatlichen Grundlasten vorweggenommen wurde<sup>4</sup>. Natürlich galt der Gutsherr, nicht aber der Bauer dem Staate gegenüber als der Steuerpflichtige, denn der jeglicher staatsrechtlichen Stellung bare, unfreie Bauer konnte gar nicht in irgend einem Pflichtverhältnis zum Staate stehen. Der Gutsherr hatte daher für den Eingang der Gefälle aufzukommen und mußte, wenn der Bauer leistungsunfähig wurde, die Steuer anstatt des Bauern, an dem er sich schadlos halten durfte, entrichten.

Während also tatsächlich der livländische Gutsherr, ebenso wie der preußische<sup>5</sup>, dem Staate gegenüber der Steuerpflichtige war, galt doch der Bauer, oder richtiger das Bauernland, irrtümlich als der Träger aller öffentlichen Lasten und wurde dem angeblich schatzfreien Hoflande legislativ gegenübergestellt. Diese durchaus unpräzise, ja verworrene Rechtsauffassung war dem Umstande zuzuschreiben, daß seit alter Zeit das zum Hofland in einem festen, topographisch fixierten Verhältnisse stehende Bauernland<sup>6</sup> das Reservoir der wirtschaftlichen Kraft des Gutsbetriebes und daher den Maßstab für die Besteuerung des Gesamtgutes bildete. Gerade ebenso wie das Gesamtgut, Hofland und Bauernland, als eine Einheit besteuert zu werden pflegte, wurde es auch beliehen und hypothekarisch belastet, wobei ebenfalls der Taxwert des Bauernlandes den Maßstab der Beleihung und Belastung abgab. Hofland und Bauernland waren

<sup>1</sup> Derselbe: a. a. O. S. 4 und 57.

<sup>2</sup> O. Stobbe: „Handbuch des deutschen Privatrechts“, 2. Band, 2. Auflage, Berlin 1883, S. 495.

<sup>3</sup> Georg Friedrich Knapp: „Die Bauernbefreiung und der Ursprung der Landarbeiter in den älteren Teilen Preußens“, Leipzig 1837, S. 10.

<sup>4</sup> Tobien: a. a. O. S. 60.

<sup>5</sup> Knapp: a. a. O. S. 11.

<sup>6</sup> Tobien: „Die Agrargesetzgebung“ usw., I. S. 250.

mithin auf einander angewiesene Teile eines wirtschaftlichen Ganzen und bildeten als solche auch die Basis für die Erhebung der Provinzialsteuern. Wenn in den livländischen Bauernverordnungen dennoch zwischen dem „schatzfreien Hofsländ“ und dem „steuerpflichtigen Bauernlande“ unterschieden wurde, so war mit dieser Differenzierung nur gemeint, daß die öffentliche Fronleistung, namentlich die Wegebaulast, vornehmlich auf dem Bauernlande ruhe, während das Hofsländ zwar nicht von ihr frei, aber doch relativ weniger beschwert sei<sup>1</sup>. Wurde auch die Ableistung der Wegebaulast dem pflichtigen Bauern bei Fixierung der von ihm dem Gutsherrn privatrechtlich zu leistenden Fronden zugute geschrieben<sup>2</sup>, so daß im Grunde der Gutsherr Träger dieser Last war, obgleich der Bauer als solcher erschien, so bedeutete das doch nicht viel. Die wechselnde Witterung hatte ein Variieren der Last zur Folge, das sich schlechterdings nicht vorausberechnen ließ und daher vom Bauern allein empfunden wurde. Und wie sehr die Wegebaulast doch als onus der Bauernschaft galt, beweist die Tatsache, daß, nachdem die Bauernverordnung vom Jahre 1819 den livländischen Bauern die staatsbürgerliche Freiheit zugesprochen hatte<sup>3</sup>, die russische Regierung die volle Verantwortlichkeit für die vorschriftsmäßige Ausführung des Brücken- und Wegebaues ausschließlich der Bauernschaft auferlegte<sup>4</sup>. Wie die Grundlasten selbst meist der schwedischen Epoche (1629—1710) entstammten, so auch ihr Verteilungsmaßstab: der „Haken“ mit seinem Teilbegriff „Taler“. Wenngleich der „Haken“ schon seit Beginn der Kolonisation Livlands eine steuerrechtliche Rolle spielte<sup>5</sup>, so hat doch erst die schwedische Regierung ihn zu dem gemacht, was er bis in das 20. Jahrhundert hinein war: ein die Quantität und die Qualität des landwirtschaftlichen Bodens gleicherweise berücksichtigender Maßstab für die Belastungsfähigkeit des Bauernlandes mit privatrechtlichen und öffentlich-rechtlichen Abgaben und Diensten<sup>6</sup>. Der livländische „Haken“ fand nicht nur in den Nachbarprovinzen Livlands, in Estland, Kurland und auf der Insel Oesel sein Ebenbild, sondern auch ebenso in Rußland, in Pommern, Holstein und Mecklenburg<sup>7</sup>. Die von der schwedischen Regierung zu Ende des 17. Jahrhunderts

<sup>1</sup> „Die livländischen Landeswilligungen und das livländische schatzfreie Hofsländ“, „Zeitung für Stadt und Land“, Nr. 66 vom Jahre 1877; J. Keußler: „Der livländische Taler und die Grundsteuerreform“, „Baltische Monatschrift“, 25. Bd. 1877, S. 245.

<sup>2</sup> Fürst D. W. Kropotkin: „Die Wegebaulast in dem livländischen, kurländischen und estländischen Gouvernement“, Riga 1906 (russisch), S. 34. Th. von Richter: „Die Landesprästandes des Livl. Gouvernements“, R. A. Akte P/447; in das Russische übersetzt und als Manuskript in russischer Sprache gedruckt unter dem Titel: „Kurze Übersicht der auf dem livländischen Festlande geltenden Gesetze und Regeln über die Landesprästandes“, Riga, 1907, S. 42.

<sup>3</sup> Tobien: „Die Agrargesetzgebung usw.“ I. S. 339 ff.

<sup>4</sup> Kropotkin: a. a. O. S. 17.

<sup>5</sup> Tobien: „Die Agrargesetzgebung usw.“ I. S. 50 ff.

<sup>6</sup> Derselbe: a. a. O. S. 60.

<sup>7</sup> Zu den bei Tobien: a. a. O. S. 60 Anmerkung 4 und S. 313 Anmerkung 1 angeführten, den „Haken“ und seine Ähnlichkeit mit Landmaßen anderer Länder behandelnden, Druckwerken gehören noch folgende:

Hermann Freiherr vom Engelhardt: „Beitrag zur Entstehung der Gutsherrschaft in Livland während der Ordenszeit“, Leipziger Inaugural-Dissertation, Leipzig 1897, S. 117 f.

dem alten livländischen „Haken“ verliehene Bedeutung eines Wertmaßes des Bauernlandes und seiner Belastung war für ihre Zeit feinsinnig ersonnen, wenn auch natürlich nicht unanfechtbar<sup>1</sup>. Immerhin erfreute sich Livland eines Katasters, wie ihn keine der Nachbarprovinzen aufzuweisen vermochte und nur wenige Länder Westeuropas besaßen. War dieses schon ein Vorzug, der das Steuerwesen Livlands auszeichnete, so wies es noch eine zweite vorteilhafte Seite auf, die provinziellen Steuerverfassungen nicht häufig eigen zu sein pflegt. Die Provinz, vertreten durch die Ritterschaft, genoß das Steuerhoheitsrecht, denn der Ritterschaft war gesetzlich die Befugnis zuerkannt, ohne besondere obrigkeitliche Bestätigung Steuern zu dekretieren und zu erheben<sup>2</sup>. Die die Steuersouveränität des Landtages unzweifelhaft begründende Bestimmung des kaiserlich bestätigten Provinzialrechts ist zwar von der Bureaucratie indirekt beschränkt<sup>3</sup>, niemals aber vom Gesetzgeber beseitigt worden und hat, um es hier gleich zu sagen, bis zur formalen Aufhebung der Ritterschaft durch die lettische Republik im Jahre 1920 ununterbrochen bestanden, wiewohl es den heftigsten Angriffen russischer Nationalisten ausgesetzt gewesen ist. Diese an sich gewiß auffällige Tatsache findet darin ihre Erklärung, daß die Ritterschaft sich rechtzeitig bemüht zeigte, die Mängel der Steuerordnung auszugleichen. Hierin wurde sie von der Staatsregierung nicht gestört, die es zwar an Kritik der bestehenden Steuerverfassung nicht fehlen ließ, aber weder befähigt war, selbst Besserung zu schaffen, noch sich darüber klar wurde, welches Verfahren im Dienste der Regierungspolitik mit ihrem Leitsatz „divide et impera“ auch auf dem komplizierten Gebiet des livländischen Steuerwesens anzuwenden wäre<sup>4</sup>.

So hat fast vierzig Jahre lang der häusliche Kampf um das beste Steuersystem, von auswärts ungestört, währen können, bis er schließlich im Jahre 1901 eine befriedigende Lösung fand. — So lange, als die Naturalwirtschaft mit ihrer Dienstverfassung Livland beherrschte und der fronpflichtige Bauer in wirtschaftlicher Abhängigkeit

---

Axel von Gernet: „Geschichte und System des bäuerlichen Agrarrechts in Estland“, Reval 1901, S. 23 ff.

Juergen Freiherr von Hahn: „Die bäuerlichen Verhältnisse auf den herzoglichen Domänen Kurlands im XVII. und XVIII. Jahrhundert“, Freiburger Inaugural-Dissertation, Karlsruhe, 1911, S. 97.

Oscar Stavenhagen: Im „Jahrbuch für Genealogie, Heraldik und Sphragistik“ 1899, Mitau 1901, S. 166.

Johannes v. Keußler: „Zur Geschichte und Kritik des bäuerlichen Gemeindebesitzes in Rußland“, 1. Teil 1876, S. 27 ff.

C. Hehn: „Durch Holstein und Mecklenburg im Januar 1863“, „Livländische Jahrbücher der Landwirtschaft“, Bd. 17, Dorpat 1864, S. 105 und 242.

Zakrzewski: „Die wichtigeren preußischen Reformen der direkten ländlichen Steuern im 18. Jahrhundert“, Bd. VII Heft 2 der Staats- und sozialwiss. Forschungen Schmollers, Leipzig 1887, S. 63.

<sup>1</sup> Tobien: a. a. O. S. 61.

<sup>2</sup> Provinzialrecht 2. Teil, Ständerecht, Art. 32 Punkt 4 und 5, Art. 83 u. 84 Punkt 6.

<sup>3</sup> Richter: „Die Landesprästandten“ usw. S. 12.

<sup>4</sup> Band I S. 420 ff.

vom Gutsherrn stand, mochte die alte Steuerordnung, die vorherrschend das Bauernland nach Maßgabe der in den „Wackenbüchern“ oder Urbarien bezeichneten Taxwerten in Anspruch nahm, berechtigt sein. Als aber die Naturalwirtschaft der Geldwirtschaft gewichen war, die Geldpacht die Fron ersetzt hatte und die Ablösung des Bauernlandes, d. h. die Überführung der Bauernhöfe in das volle Eigentum ihrer Pächter, begann<sup>1</sup>, war die alte Steuerordnung sichelreif geworden. Schatzfreies Hofland und steuerpflichtiges Bauernland durfte es von jetzt an in keiner Beziehung mehr geben. — Diese Auffassung der Sachlage hat sich der Landmarschall Paul Fürst Lieven<sup>2</sup> schon im Frühling 1864, als die Dienstverfassung eben zu den Toten geworfen worden<sup>3</sup> und die Ablösung des Bauernlandes in sein erstes Entwicklungsstadium getreten war, zu eigen gemacht. Hierbei verschloß sich Fürst Lieven der Folgerung nicht, daß die steuerrechtliche Gleichstellung der bauerlichen Hofbesitzer mit den Rittergutsbesitzern auch deren politische Parität nach sich ziehen müsse<sup>4</sup>. Auf seinen Antrag wurde die erste Steuerkommission vom Landtage des Jahres 1864 niedergesetzt<sup>5</sup>, die von dem Grundsatz ausging, daß ein Steuerausgleich herbeizuführen und daher alles landwirtschaftlich genutzte Hof- und Bauernland sämtlicher Landgüter mit Grundsteuern gleichmäßig zu belegen sei. So sehr auch die Kommission mit der Vergangenheit zu brechen bereit war, so entschloß sie sich doch nicht, die veraltete schwedische Schätzungsweise des Bodens fallen zu lassen, sondern hielt am Haken- und Taler-Kataster fest, in das sie jedoch die bisher noch nicht taxierten Ländereien keineswegs eingeschlossen sehen wollte. Eine Folge dieses konservativen Standpunktes war die, daß die Wälder, Buschländereien und Weiden, die von der schwedischen Taxationsmethode als ertraglos bei Seite gelassen worden waren, auch jetzt nicht erfaßt werden sollten.

Die aus der Ausdehnung der Steuerbasis folgende Konsequenz zu ziehen und auch die Erweiterung der Verfassung zu beraten, war nicht Sache der ersten Steuerkommission, die dieses Problem mit Recht weiteren Erörterungen überließ.

Wenngleich der Vater des Ausgleichgedankens, Fürst Lieven, die Annahme der Kommissionsvorlage empfahl, war der reformfreudige Landtag doch noch nicht zufriedengestellt und wünschte eine allseitige Prüfung des Problems<sup>6</sup>, die zwei weiteren Kommissionen zugewiesen wurde. Hierbei sind einerseits die tatsächlich vorhandenen Mängel der veralteten schwedischen Bodenschätzung an den Pranger gestellt und neue Taxprinzipien gefordert, andererseits jedoch, historischer Sentimentalität zuliebe, die

<sup>1</sup> Siehe oben.

<sup>2</sup> Band I S. 47ff.

<sup>3</sup> Tobien: „Die Agrargesetzgebung usw.“ II. S. 285.

<sup>4</sup> R. Baron Staël von Holstein: „Materialien zu einer Geschichte der Livl. Landesstaaten im XIX. Jahrhundert“; Bd. VI: „Die Grundsteuerreform“, S. 11 ff. Manuskript.

<sup>5</sup> Sie bestand aus den beiden Landräten Ernst Baron Campenhausen-Orellen und Arthur von Richter, sowie den Kreisdeputierten Joseph Baron Wolff-Neu-Rosen und Konrad von Brasch-Aya.

<sup>6</sup> Rezeß des Landtages vom März 1865, S. 237.

altgewohnten Bezeichnungen „Haken“ und „Taler“ beibehalten und angeblich mit neuem Inhalt erfüllt worden. Aber sogar für das Verlassen des Systems der Ertragssteuern wurde eine Lanze gebrochen und der Übergang auf das System der Personalsteuern nach finnländischem Muster empfohlen<sup>1</sup>.

Die Abänderungsvorschläge waren methodisch gewiß beachtenswert, sie unterschieden aber meist nicht zwischen zwei heterogenen Reformobjekten. Gegenstand einer Steuerreform im wahren Sinn des Wortes konnten nur die sogenannten „Geldlandesprästanden“ sein, d. h. die Provinzialsteuern, die von allen Grundbesitzern, den Fiskus eingeschlossen, zu zahlen waren. Dagegen fielen die „Willigungen“ aus dem Rahmen einer allgemeinen Steuerreform füglich hinaus, denn ihnen war gar nicht der Charakter von Steuern, d. h. öffentlich-rechtlichen Zwangsbeiträgen eigen, sondern sie stellten „Beiträge“ dar, die sich die Rittergutsbesitzer im Dienst der öffentlichen Wohlfahrt, vielfach behufs Sicherung des deutschen Charakters des Landes, freiwillig auferlegten. Während Erhebung und Verwendung der Geldlandesprästanden zur Wahrung der Interessen der im Großgrundbesitzer-Landtage nicht vertretenen Bauernschaft und des ebenso nicht repräsentierten Fiskus von der Zustimmung der Provinzial-Obrigkeit abhängig waren<sup>2</sup>, unterlagen die „Willigungen“ solcher Kontrolle nicht. Sie durften nach freiem Ermessen der Rittergutsbesitzer erhoben oder nicht erhoben und beliebig verwandt werden.

Dieser Verschiedenartigkeit des rechtlichen Charakters beider Abgabenarten hatten die von dem Landtage seit 1864 immer wieder niedergesetzten Steuerkommissionen, deren bis zum entscheidenden Landtage vom Februar 1877 vier gezählt werden, nicht Rechnung getragen, sondern sowohl die „Geldlandesprästanden“, als auch die „Willigungen“ gleich behandelt und beide neu fundamentieren und ausbauen wollen. Erst der Landtag vom Februar 1877 nahm in dieser Hinsicht eine klare Stellung ein<sup>3</sup>. Er entschied dafür: an den „Geldlandesprästanden“, also am System der Provinzialsteuern, nicht zu rühren, dagegen aber für die Kontribution der „Willigungen“ eine neue Basis zu schaffen und zwar mit ihnen die bisher noch nicht katastrierten Hofsländereien zu belasten. In Voraussicht mit dieser Entscheidung war das Hofsländ seit 1872 vermessen, geschätzt und katastriert worden<sup>4</sup>, wobei das alte schwedische Haken- und Talersystem beibehalten wurde, wiewohl dessen Mängel feststanden<sup>5</sup>.

<sup>1</sup> Im Jahre 1869 von Hermann von Samson-Himmelstjerna zu Urbs und im Jahre 1872 von Guido von Samson-Himmelstjerna zu Kassinom und Leon Baron Meyendorff zu Ramkau.

<sup>2</sup> Richter: „Landesprästanden“, S. 10.

<sup>3</sup> Unter dem Einfluß der Landräte Konrad von Brasch-Aya und Arthur von Richter.

<sup>4</sup> Patent der Livl. Gouvernementsverwaltung vom 4. Dezember 1872, Nr. 101; „Bericht der Central-Commission zur Vorbereitung der Grundsteuerreform in Livland“, Riga 1876 Müllersche Druckerei, S. 4 ff.

Dim. Landrat Baron Campenhausen und Fr. von Jung-Stilling „Offene Briefe über die Livl. Grundsteuerreform“, Riga W. F. Häcker 1876.

Staël: „Die Grundsteuerreform“, S. 85 ff.

<sup>5</sup> Keußler: „Der livl. Taler und die Grundsteuerreform“ a. a. O. S. 147 ff.



Das Bauernland war und wurde fortlaufend nach dieser Methode bewertet und daher wollte man nicht das Hofland anders behandeln.

Mochte die neue, 1878 geschaffene Basis der „Willigungen“<sup>1</sup> gut oder schlecht sein, das war eine interne Frage der Rittergutsbesitzer und daher nicht von allgemeiner Bedeutung. Größtes allgemeines Interesse dagegen beanspruchte die Entscheidung, die der Landtag im Februar 1877 hinsichtlich der geplanten Inangriffnahme einer Reform der Provinzialsteuern oder der sogenannten „Geldlandesprästand“ faßte. Er lehnte sie schlechtweg ab<sup>2</sup>, wobei die Erwägung maßgebend war, daß die Steuerreform notwendig mit einer Verfassungsreform verknüpft werden müsse, denn die eine bedinge logisch die andere; wolle man etwa das eine tun und das andere lassen, so werde doch die Staatsregierung bei der Verhandlung der Steuerreform leicht einen Anknüpfungspunkt zur Aufrollung der Verfassungsfrage finden. Eine Verfassungsänderung aber wurde, wie wir bereits erfahren haben<sup>3</sup>, damals sehr gefürchtet, weil man die Anwendung des Reichs-Schemas auf Livland voraussehen zu müssen glaubte. Die Hinweise darauf, daß die Verfassungsreform schon „embryonal“ in der Entwicklung liege, die Livland seit der Bauernbefreiung genommen habe, nützte ebensowenig, wie die Betonung dessen, daß Estland bereits im Jahre 1875 sein Steuersystem ausgeglichen habe, ohne von einer Verfassungsreform landfremden Charakters betroffen worden zu sein<sup>4</sup>. Jedoch das von Zeit zu Zeit heraufbeschworene Gespenst einer von der Regierung diktierten Form der Verfassung<sup>5</sup> wirkte so eindrucksvoll, daß der Landtag vom Jahre 1877 die vom Fürsten Lieven vorgezeichnete, von der deutschbaltischen Publizistik warm empfohlene<sup>6</sup> und von der Ritterschaft bisher unentwegt eingehaltene Bahn reformatorischer Gedankengänge verließ und sich die Parole: „quieta non movere“ zu eigen machte. Zwar war, wie wir gesehen haben<sup>7</sup>, die Zahl der Reformfreunde und ihrer Gegner fast gleich stark, allein die von der Nawa her drohende Gefahr der Unifizierung wuchs über ein wesenloses Gespensterbild hinaus, als das baltische Generalgouvernement im Jahre 1876 aufgehoben und das Ostseekomitee in der Residenz immer einflußloser wurde<sup>8</sup>. Diejenigen, die auf die Unifizierungsgefahr immer wieder hingewiesen hatten, behielten Recht. Am 14./26. September 1881 erschien der kaiserliche Befehl, die Einführung der russischen Provinzialverfassung, der „Landschaftsinstitutionen“, in Livland und den anderen baltischen Provinzen vorzubereiten. Damit

<sup>1</sup> Patent der livl. Gouvernementsverwaltung vom Jahre 1878, Nr. 107.

<sup>2</sup> Landtagsrezeß vom 12. und 14. Februar 1877; Keußler: a. a. O. S. 146.

<sup>3</sup> Band I S. 396 u. 398.

<sup>4</sup> Rede des Landrats Eduard von Oettingen zu Jensel, Landtagsrezeß von 1877, S. 518 ff.; Staël: a. a. O. S. 109.

<sup>5</sup> Rede des Landrats Arthur von Richter, Landtagsrezeß 1877, S. 541 ff.; Staël: a. a. O. S. 114 ff.

<sup>6</sup> Namentlich in der ihrer Zeit starkes Aufsehen erregenden Abhandlung Nikolai von Wilckens: „Über die Besteungsverhältnisse Liv- und Estland“, „Balt. Monatsschrift“ 11. Bd. 1865, S. 81 ff. und 167 ff.

<sup>7</sup> Band I S. 393.

<sup>8</sup> Band I S. 118 ff. Staël: „Die Grundsteuerreform“, S. 166.

waren alle selbständigen Pläne der livländischen Reformfreunde<sup>1</sup> über den Haufen geworfen. Die Periode der durch den östlichen Eishauch bedingten Sterilität des baltischen öffentlichen Lebens begann. — Wir haben das trostlose Hin und Her der Regierungspolitik kennen gelernt, das nunmehr die livländische Verfassung zu archaischer Versteinerung verdammt<sup>2</sup>. Das Steuerwesen hätte dasselbe herbe Schicksal erfahren, wenn es nicht von der Staatsregierung als ein Gebiet erachtet worden wäre, das zur Anwendung ihrer Generalparole „divide et impera“ ungeeignet erscheine und daher der Ritterschaft zu deren Betätigung freigegeben werden dürfe. Hierzu kam es, wie wir gesehen haben<sup>3</sup>, sehr bald, dank dem bedeutungsvollen Siege Meyendorffs über Sinowjew und Plehwe. Nichts Geringeres hatte der Satrap Livlands Sinowjew gefordert, als die Aufhebung des Landratskollegiums, das ihm zu mächtig erschien, weil es über die Steuerquelle gebot. „Niemals“, behauptete er in seinem geheimen Verwaltungsbericht für das Jahr 1886, „wäre der deutsche Einfluß (in Livland) so groß geworden, wenn er sich nicht auf große Jahreseinnahmen hätte stützen können. Entziehe man die Grundsteuer den Händen des Adels, in die sie wider Gesetz und Recht durch Zufall(?) und dank der Untätigkeit der Regierungsorgane gefallen sei, und verwende man sie zur Kräftigung des russischen Einflusses in Livland, nicht aber des deutschen, so würde durch die Weisheit Ew. Majestät eine große politische Aufgabe einfach gelöst werden. Wo das Geld ist, da ist auch die Kraft.“<sup>4</sup> Der giftgeschwollene Bericht des neuen, mit den wahren Verhältnissen noch nicht vertrauten Reformators, der erst anderthalb Jahre in Livland wirksam gewesen war, hatte zur Folge, daß wieder einmal ein Revident nach Livland entsandt wurde, um nach dem Rechten zu sehen. Der Revident erschien<sup>5</sup> im Februar 1888 in der Person des nicht übel gesinnten und fleißigen stellvertretenden Kameralhofspräsidenten von Radom Janowitsch, der den Auftrag erhielt, die Steuerverhältnisse in Livland zu studieren und einen Weg zu finden, der das livländische Steuersystem dem des Reichs gleichforme. Diese im Geist der sterilen Unifizierungsidee gestellte Aufgabe war natürlich unlösbar, denn in Livland war das Steuersystem auf historischem Boden in Jahrhunderten organisch erwachsen und der agrarischen Struktur des Landes, dem Einzelbesitz, angepaßt worden. Im Innern des Reichs dagegen war die geltende Steuerordnung von der zarischen Gewalt in neuerer Zeit dekretiert und nach dem Gemeindebesitz gemodelt worden<sup>6</sup>. Daher konnte Janowitsch gar nicht zu einer Lösung der ihm gestellten Aufgabe gelangen und wurde im August 1888 nach Petersburg zurückberufen. Wiewohl somit die Sendung

---

<sup>1</sup> Band I S. 403

<sup>2</sup> Band I S. 415 ff.

<sup>3</sup> Ebenda S. 426 ff.

<sup>4</sup> „Alleruntertänigster Bericht des livl. Gouverneurs für das Jahr 1886“; S. 46, Archiv Meyendorff.

<sup>5</sup> Band I S. 418.

<sup>6</sup> Johannes v. Keußler: „Eine Geschichte und Kritik des bäuerlichen Gemeindebesitzes in Rußland“, 1. Teil, 1876, S. 105 ff.

des Finanzrevidenten an sich ergebnislos verlief, so war sie doch, wie gesagt<sup>1</sup>, für die Verfassungsfrage von nachhaltigster Bedeutung. In dem von Janowitsch und seinem nach Estland dirigierten Kollegen Rudschenko veröffentlichten Berichte<sup>2</sup> vertraten beide den Gedanken, daß eine baltische Verfassungsreform staatsgefährlich wäre, weil sie die deutsche Oberschicht mit den estnisch-lettischen Elementen zu einer, der Regierung entgegengesetzten Einheitsfront zusammenschließen würde. Diese Warnung blieb während der ganzen Regierungszeit Alexanders III. wirksam und war jeder im Lande entstehenden Reformidee tödlich. Es blieb nur ein Gebiet übrig, auf dem vorsichtig und zunächst domestice vorwärtsgeschritten werden konnte: das Steuersystem. Dieses ungleichmäßig besäte Feld ritterschaftlicher Tätigkeit regelrechter zu beackern war, wie wir wissen, Sinowjews Lieblingswunsch und deshalb schloß er, dem an einer Verfassungsreform wenig gelegen war, 1889 den uns bekannten eigenartigen Vertrag mit der Ritterschaft, der auf eine gleichmäßige Umlage der Provinzialsteuern oder „Geldlandesprästand“ auf Hofs- und Bauernland hinauslief<sup>3</sup>. Beim Abschluß dieses Pakts hatte jedoch der vom Landmarschall Baron Meyendorff besiegte, ja moralisch besiegte Gouverneur General Sinowjew ganz andere Töne angeschlagen, als in seinem geheimen Verwaltungsbericht für das Jahr 1886. Von der unlauteren Phrase, daß die Regierung die provinzielle Steuerquelle nicht weiter in der Hand des Landratskollegiums belassen dürfe, war nicht mehr die Rede. Sinowjew wurde offenbar durch die Erfahrung beruhigt, die er neben der „politischen Unzuverlässigkeit“ der Ritterschaft gemacht zu haben behauptete, daß die Steuern vom Landratskollegium stets mit „äußerster Ökonomie und immer zum Nutzen des Gouvernements verausgabt worden seien“ „Bei der sorgfältigsten Prüfung“, sagt er, „habe ich nicht eine einzige Ausgabe gefunden, die nicht durch die gegebene Notwendigkeit gerechtfertigt gewesen wäre, wobei die Steuerkraft des Bauernlandes niemals übermäßig belastet worden ist“<sup>4</sup>. Überaus charakteristisch für die damalige Lage der Dinge war jedoch, daß der verschlagene Gouverneur nicht den Mut oder die Rechtsmöglichkeit fand, dem Beschluß des Landtages vom Oktober 1889, der den mit ihm vereinbarten Ausgleich der Provinzialsteuern betraf, die Kraft eines Gesetzes zu verleihen, obgleich er geltende, einschneidende gesetzliche Bestimmungen radikal änderte. Die bauernfreundliche Beliebung des Landtages stieß nämlich beim Fiskus auf Widerstand, weil natürlich auch die in Livland belegenen Domänengüter von der Neuordnung betroffen werden sollten<sup>5</sup>. Seinen wenig ertragreichen, weil schlecht bewirtschafteten Domänenbesitz, ebenso wie die Rittergüter und Bauerngüter zum Besten der Provinzialverwaltung mit Steuern zu belasten, pflegte der Fiskus stets beharrlich, aber widerrechtlich abzulehnen. Die

<sup>1</sup> Band I S. 418.

<sup>2</sup> Siehe dessen Titel in: „Baltische Monatsschrift“ 42. Bd. 1895, S. 641.

<sup>3</sup> Band I S. 431.

<sup>4</sup> „Alleruntertänigster Bericht des livl. Gouverneurs für das Jahr 1886“ S. 45, unten.

<sup>5</sup> Staël: „Die Grundsteuerreform“, S. 275.

Ritterschaft mußte sich daher damit begnügen, daß die ausgleichende Reform auf die Rittergüter und Pastoratswidmen beschränkt, die Domänengüter aber von ihr ausgenommen wurden und daß kein Gesetz, sondern nur eine Verordnung der livländischen Gouvernementsverwaltung die Sache regelte<sup>1</sup>. Somit trug die neue Maßnahme formal den Charakter einer freiwilligen Beisteuer der Rittergutsbesitzer und Pastoren zu den Provinzialsteuern, denn die gesetzliche Bestimmung, daß das Hofsland von provinziellen Steuern frei sei, blieb unvermindert rechtlich in Kraft.

Das Zugeständnis des Landtages war, wie Plehwe<sup>2</sup> einräumte, ein „sehr politischer Schritt“<sup>3</sup>, der in der Tat gute Früchte trug, weil die Ritterschaft von nun an mit bureaukratischen Reformen sowohl auf dem Gebiet der Verfassung, wie dem des Steuerwesens verschont wurde. Erst geraume Zeit später, im Jahre 1895, kam es zu der spontan aus dem Schoße der Ritterschaft hervorgegangenen, systematischen, groß angelegten, auf alle Immobilien des Flachlandes der Provinz erstreckten Reform der Realsteuer, die seit 1864 in der Luft gelegen hatte. Jetzt war es der residierende Landrat Heinrich Baron Tiesenhausen<sup>4</sup>, der eine tiefgreifende Steuerreform für unaufschiebbar erachtete. Am 8./20. Juni 1893 war nämlich von der Staatsregierung ein Gesetz erlassen worden, das für die inneren Gouvernements des Reichs die Durchführung einer Umbildung der ländlichen und städtischen Realsteuern anordnete. Wiewohl dieses Gesetz ausdrücklich auf diejenigen Gouvernements des Reichs beschränkt worden war, in denen die Provinzialverfassung („Landschaftsinstitutionen“) von 1890 Geltung hatte, also Livland nicht berührte, so sah Tiesenhausen doch weitsichtig den Tag kommen, an dem jenes Gesetz dennoch auch Livland binden werde. Um nun der Geltung des sehr dürftigen, mit der Unkultur der innern Gouvernements rechnenden Gesetzes in Livland vorzubeugen, schlug Tiesenhausen am 20. April 1895 dem Adelskonvent vor, eine von ihm zu erwählende Kommission mit der Vorarbeit für eine Steuerreform zu betrauen, die das ganze flache Land umfassen sollte<sup>5</sup>. Der Adelskonvent, durch die sehr eingehende Begründung Tiesenhausens von der Unzulänglichkeit des bisherigen Modus der Steuerumlage überzeugt, setzte eine Kommission nieder, die sich sofort an die Arbeit machte und unter der Leitung Tiesenhausens<sup>6</sup> im März 1896 ein Projekt abschloß, das die Schätzung aller land- und forstwirtschaftlich genutzten Ländereien, sowie der, gewerblichen Zwecken dienenden Gebäude, mit Ausnahme der vom Landwirtschaftsbetriebe eingenommenen Baulichkeiten, zum Gegenstande hatte. Dieser

---

<sup>1</sup> Livländische Gouvernementszeitung vom 26. Januar 1890, Nr. 11.

<sup>2</sup> Band I S. 418.

<sup>3</sup> Staël: ebenda S. 274.

<sup>4</sup> Band I S. 23.

<sup>5</sup> Staël: „Die Grundsteuerreform“, S. 305 ff.

<sup>6</sup> Zu dieser V. Steuerkommission gehörten außer dem residierenden Landrat Baron Tiesenhausen die vier Glieder: Landrat Reinhold Baron Staël von Holstein-Anzen, Landrat Axel Baron Nolcken-Moiskatz. Kreisdeputierter Max von Sivers-Römershof und Kreisdeputierter Gotthard von Vegesack-Blumberghof.

Entwurf war sichtlich von dem Gedanken getragen, daß die allseitig gewünschte Steuerreform möglichst schnell durchgeführt werden möge, weshalb er, soweit als es sich um die Steuereinschätzung des landwirtschaftlich genutzten Bodens handelte, an dem altgewohnten schwedischen Talerkataster, trotz seiner großen Mängel, festhielt und nur seine Ergänzung vorschlug. Die Wälder dagegen sollten dem Plane des Kreisdeputierten Max von Sivers<sup>1</sup> gemäß geschätzt werden, der von der Taxation des Waldbodens an sich ausging, den Waldbestand nur als Merkmal der den Holzwuchs bedingenden Bodengüte in Betracht zog und den Waldboden in Belegenheitskategorien einteilte, die für die Festsetzung der durchschnittlichen Holzpreise entscheidend sein sollten. Aus der Güte des Waldbodens und der lokalverschiedenen Höhe der Holzpreise sollte alsdann die zu besteuernde reine Waldbodenrente errechnet werden.

Die projektierte Schätzung der Gebäude begnügte sich mit der Erfassung gewisser Kategorien von Wohnhäusern und von Gebäuden gewerblichen Charakters.

Die Kosten der gesamten Schätzung berechnete die Kommission auf nur 328.288 Rbl.

Im Adelskonvent und auf dem Landtage vom März 1896 wurde der wesentlich von Tiesenhausen als dem spiritus rector beeinflusste Inhalt der Vorlage teils als zu weitgehend, teils als zu eng gefaßt bemängelt. Von besonderem Gewicht für den weiteren Gang der Reform war der Antrag des Landrats Ottokar von Samson-Himmelstjerna<sup>2</sup>, der die Meinung vertrat, daß die Kommissionsvorschläge ungenügend seien, weil sie hinsichtlich der Schätzung des landwirtschaftlich genutzten Bodens am veralteten Talerkataster festhielten und daher nur eine halbe Maßregel bedeuteten. Er verlangte eine gänzlich neue Bonitierung des landwirtschaftlich genutzten Bodens, die sich nach den „besterproben, wissenschaftlichen Methoden“ zu richten habe<sup>3</sup>. Dieser fruchtbare Gedanke wurde vom Kreisdeputierten Erich von Oettingen-Karstemois<sup>4</sup> erfolgreich in dem Sinne ergänzt, daß der landwirtschaftlich genutzte Boden zwar durchaus einer neuen Bonitierung zu unterziehen sei, hierbei aber nicht eine „exotische, ausländische Methode“, sondern nur eine den lokalen Faktoren angepaßte „Grundtaxe“ Anwendung finden dürfe<sup>5</sup>. Beide waren also darin einig, daß eine rein systematische Bonitierung des landwirtschaftlich genutzten Bodens unumgänglich sei. Während jedoch Samson eine „wissenschaftliche“ Untersuchung des Untergrundes der Ackerböden verlangte, die auf eine chemische Analyse der Bodenqualitäten hinausgelaufen wäre, bezweifelte Oettingen mit Recht den Nutzen der überaus umständlichen, daher zeitraubenden und sehr kostspieligen chemischen Bodenanalyse, deren wissen-

<sup>1</sup> Band I S. 442.

<sup>2</sup> Geb. 6./18. Febr. 1840 in Fellin, studierte in Dorpat 1859—63 die Rechtswissenschaften (Alb. Livonorum, Nr. 524), war Besitzer der Fideikommißgüter Kurrista und Kawershof, 1875—87 Kreisdeputierter, 1887-1902 Landrat, gest. zu Dorpat am 24. Sept./7. Oktober 1906.

<sup>3</sup> Staël: a. a. O. S. 331.

<sup>4</sup> Siehe oben S. 67.

<sup>5</sup> Staël: a. a. O. S. 343.

schaftlicher Wert für die Bonitierung des Ackers noch keineswegs feststand <sup>1</sup>. Er bevorzugte eine rein praktische Bonitierung, bei der „die natürlichen, die Ertragsfähigkeit bedingenden Momente“ an der Hand der Erfahrung zur Geltung gebracht würden.

Gegen Oettingen polemisierte Tiesenhausen, weil er bezweifelte, daß ein technisch geschultes Personal in genügender Anzahl im Lande zur Verfügung stünde, um das befürwortete technisch vollkommene Kataster zu beschaffen. Ausländische Boniteure müßten herbeigerufen, große Kosten aufgewendet werden <sup>2</sup>.

Trotz dieser schwerwiegenden Einrede siegte jedoch Oettingen, dessen Antrag am 7. März 1896 vom Landtage mit großer Majorität <sup>3</sup> angenommen wurde. Eine Kommission von 8 Gliedern <sup>4</sup> erhielt den Auftrag, die Schätzungsnormen zu entwerfen und das der Staatsregierung einzureichende Gesetzprojekt auszuarbeiten.

Mit lebendiger Frische, getragen von dem Gedanken, daß die livländische Ritterschaft endlich einmal freie Bahn habe, aus eigener Kraft und ohne durch bürokratische Vorschriften oder auch nur Direktiven beengt zu sein, ein großes Werk zum Wohl des Landes schaffen zu können, ging die Kommission rasch an ihre Arbeit <sup>5</sup>. Schon im Mai 1896, also zwei Monate nach der Entscheidung des Landtages, waren die Regeln für die Bonitierung der Acker- und Wiesenböden formuliert <sup>6</sup>. Ihnen lag das im Königreich Sachsen seit dem Jahre 1848 bewährte und in Kurland vom Kreditverein zum Zweck der Gewährung eines Immobiliarkredits mit Erfolg angewandte Schätzungssystem zugrunde.

Für die Taxation der Wälder wurden die vom Präses des „Vereins Baltischer Forstwirte“, dem ausgezeichneten Kenner der livländischen Waldungen Max von Sivers-Römershof <sup>7</sup> aufgestellten Gesichtspunkte fruchtbar gemacht. Die Regeln

<sup>1</sup> Prof. Dr. F. Wohltmann in Bonn-Poppelsdorf: „Die chemische Untersuchung des Bodens und ihre Bedeutung für die Bonitierung des Ackers“, abgedruckt in der „Baltischen Wochenschrift für Landwirt., Gewerbeff. u. Handel“ 1896, Nr. 44.

<sup>2</sup> Staël: a. a. O. S. 347 ff.

<sup>3</sup> 123 Stimmen gegen nur 57.

<sup>4</sup> Max von Sivers-Römershof, Georg von Gersdorff-Daugeln, Woldemar Baron Maydell-Martzen, Heinrich von Kahlen-Geistershof, Erich von Oettingen-Karstemois, Arthur von zur Mühlen-Groß-Congota, Ernst Baron Hoyningen-Huene-Lelle und Alexander von Stryk-Köppo.

<sup>5</sup> Geschäftsführer der Kommission war der Verfasser dieses Werkes, Alexander v. Tobien.

<sup>6</sup> Sie waren von Max von Blaesie entworfen worden, der, geb. in Kurland am 12. Januar 1860, am Polytechnikum in Riga 1883—88 Landwirtschaft studiert hatte und seit 1891 Obertaxator des Kurländischen Kreditvereins in Mitau war.

<sup>7</sup> Als solcher hat er in der „Baltischen Wochenschrift für Landwirt.“ usw. dem Organ der Livl. Gemeinn. und Ökonom. Sozietät, viele wertvolle forstwissenschaftliche Abhandlungen veröffentlicht, so namentlich: „Zur Frage der Waldbesteuerung“, 1896 Nr. 17; „Über den Einfluß der Samenprovenienz auf den Baumwuchs“, 1903 Nr. 36; „Über die Entwicklung der Pflanzentypen durch Anpassung an Boden und Klima“, 1913 Nr. 26. In den „Mitteilungen der Kaiserl. Livl. Gemeinnützigen und Ökonomischen Sozietät“ 1894 Nr. 14: „Verzeichnis der in Livland anbauwürdigen Gehölzer“; in den „Forstlichen Mitteilungen“ Nr. 1, Dorpat 1914, Beilage zur „Baltischen Wochenschrift“: „Ergebnisse 34jähriger Waldkulturarbeit“; in Buchform: „Die forstlichen Verhältnisse der baltischen Provinzen, dargestellt auf Grundlage der baltischen Forst-Enquete von 1901“; Riga 1903.

für die Schätzung der Gebäude waren nach Maßgabe preußischer Erfahrungen und lokaler Verhältnisse aufgestellt.

Das Schwergewicht der ganzen Arbeit lag natürlich in der Fundamentierung und dem Aufbau der Bonitierung des landwirtschaftlich genutzten Landes, des wertvollsten Teiles der zu schätzenden und zu steuernden Realitäten. Wie dieses Problem zu lösen sei, darüber war innerhalb der Steuerkommission ein heftiger sachlicher Streit entstanden. Der Vater des Gedankens, daß ein ganz neues Katastrierungsverfahren unerläßlich sei, Erich von Oettingen<sup>1</sup> trat mit vollster Überzeugung für das preußische System der Bodenschätzung ein, das 1861 bei der Herstellung des großen Katasters Preußens zur Anwendung gelangt war. Nach Anleitung dieses Systems wurden die landwirtschaftlich genutzten Grundstücke in der Weise geschätzt, daß der zu bonitierende Landesteil in eine den lokalen Verhältnissen entsprechende Anzahl von Klassifikationsdistrikten zerlegt und für einen jeden Distrikt eigene Bonitätsklassen aufgestellt wurden. Die Schätzung erfolgte durch lokalkundige Ortsangesessene, die nach Maßgabe von Mustergrundstücken das zu bonitierende Grundstück direkt auf seinen Reinertrag ansprachen. Bei diesem dezentralisierten System konnte es sich ereignen, daß zwei ganz gleich geartete und gleich zu bewertende, aber in verschiedenen Klassifikationsdistrikten belegene Grundstücke verschieden hoch eingeschätzt wurden. Das den für Livland vorgeschlagenen Bonitierungsregeln zugrunde gelegte sächsische System dagegen bevorzugte die Zentralisation des Schätzungsverfahrens. Dieses setzt einen für das ganze Schätzungsgebiet gültigen Schätzungstarif fest, der die Kulturländereien nach Maßgabe ihrer äußeren Beschaffenheit in eine gewisse Anzahl von Klassen einteilt, also den Boden nach naturwissenschaftlichen Grundsätzen zu differenzieren sucht, indem er vom Rohertrage ausgeht und alsdann den Reinertrag der einzelnen Bodenklasse aus ihrem Rohertrage rechnerisch bestimmt.

Also in einem Falle (Preußen): keine allgemeine Erdtaxe, kein allgemeiner Werttarif, sondern Einteilung des Landes in so viele Distrikte, als die Eigenart des Bodens und die Absatzverhältnisse solche verlangen, und direktes Ansprechen des Reinertrages nach Maßgabe der Erfahrung. Im anderen Falle (Sachsen): allgemeine Erdtaxe, allgemeiner Werttarif, keine Einteilung des Landes in Distrikte. Die Steuerkommission entschied sich für das sächsische generelle System, weil es die gleiche Bewertung des Landes mehr zu verbürgen schien, als das preußische dezentralisierte. Überdies wären, wenn man das dezentralisierte System gewählt hätte, Voruntersuchungen notwendig gewesen, die auf Grund statistischer Erhebungen hätten feststellen müssen, in wie viele und welche Bonitierungsdistrikte Livland einzuteilen gewesen wäre. Diese Untersuchung hätte viel Zeit in Anspruch genommen und doch nicht die große Gefahr der Uneinheitlichkeit beseitigt, die naturgemäß in jeder dezentralisierten Arbeit gelegen ist<sup>2</sup>. Das sächsische System empfahl sich für Livland um so mehr,

<sup>1</sup> Siehe oben S. 67 u. 87.

<sup>2</sup> Alexander von Tobien: „Die Bedeutung des für Livland neu geschaffenen Boden- und Gebäude-

als hier die geologische Struktur des Bodens nicht sehr variiert und daher leicht erfaßbar ist<sup>1</sup>.

Im März 1898 hatte der Landtag Stellung zu den Vorschlägen der Steuerkommission zu nehmen und billigte sie in vollem Umfange<sup>2</sup>.

Eine gänzlich neue Bonitierung und Katastrierung des gesamten land- und forstwirtschaftlich genutzten Bodens sollte ins Werk gesetzt werden, die Wertschätzung der Gebäude in städtisch besiedelten Ortschaften nach dem Mietwert, außerhalb der Flecken, Badeorte usw. aber nach einer Klasseneinteilung erfolgen und die Taxation der Fabriken und gewerblichen Anstalten nach einer gesonderten Methode vorgenommen werden. Das auf diesem Wege gewonnene Ertragskataster sollte dazu dienen, alle Zwangsbeiträge, d. h. alle Steuern und alle öffentlich-rechtlichen Naturallasten, unter diesen vor allen die Wegebaulast, gleichmäßig auf alle Eigentümer der geschätzten und registrierten Immobilien umzulegen. Hiermit hatte der Landtag die kühnsten Pläne Sinowjews übertroffen. Noch aber galt es, den Widerstand der russischen Bureaukratie zu überwinden.

Im Januar 1899 wurde der vom Landtage nur in Nebensachen abgeänderte Reformentwurf den zuständigen Regierungsbehörden behufs Erwirkung der Bestätigung durch die Staatsregierung übergeben. Zur Erläuterung der recht komplizierten Materie hatte Landrat Baron Tiesenhausen eine eingehende Denkschrift beigelegt, die die Motive zum Projekt enthielt und die historische Entwicklung des livländischen Steuersystems und dessen Mängel beleuchtete<sup>3</sup>. Die hierin zum Ausdruck gebrachte Bereitwilligkeit der Ritterschaft, das veraltete livländische Steuersystem durch ein neues und besseres zu ersetzen, fand in der Residenz lobende Anerkennung und begegnete objektiver und vorurteilsfreier Beurteilung. Anders dagegen war die Stellungnahme der einheimischen Vertreter des Zarismus<sup>4</sup>. Sowohl der Gouverneur Surowzow, der unbedeutende Nachfolger Sinowjews<sup>5</sup>, wie auch der Präsident des livländischen Kameralhofs<sup>6</sup> Wassiljew hatten sich gedrungen gefühlt, abfällige Kritiken nach Petersburg gelangen zu lassen. Ihre fast gleichlautenden Einwände erhoben gegen den Entwurf des Landtages den Vorwurf, daß er ertragreichen Steuerobjekten, wie Fischereien, Kalkbrüchen, Torfanlagen, Sandgruben u. dergl., keine Beachtung schenke, nicht den Waldbestand, sondern nur den Waldboden der Schätzung unterwerfe und die Aus-

---

katasters“ „Balt. Wochenschrift für Landwirtschaft, Gewerbeleiß und Handel“ Nr. 6 vom Jahre 1911; Separatabdruck, S. 10 ff.

<sup>1</sup> Geologische Übersichtskarte des ostbaltischen Gebietes in: K. R. Kupffer: „Baltische Landeskunde“, Riga 1911; siehe auch Tobien: „Die Bedeutung des für Livland neugeschaffenen Boden- und Gebäudekatasters“ a. a. O. S. 17.

<sup>2</sup> Landtagsrezeß vom 23. März 1898, S. 336 ff.

<sup>3</sup> „Entwurf der livl. Ritter- und Landschaft, betr. die Schätzung der im livl. Gouvernement belegenen Immobilien behufs Umlage der Landesprästandten“; Riga, Druck von W. F. Häcker 1899, 74 Seiten.

<sup>4</sup> Staël: a. a. O. S. 424 ff.

<sup>5</sup> Band I S. 168.

<sup>6</sup> Kameralhof = fiskalisches Finanzamt.



führung der Immobiliartaxation Behörden anvertraue, in denen die Regierung nur schwach vertreten sei.

Neben den Vorwürfen fand sich jedoch in den kritischen Bemerkungen Surowzows und Wassiljews auch die Anerkennung, daß die „gebildete livländische Ritterschaft schon lange die Unrechtmäßigkeit und das Unzeitgemäße des herrschenden Steuersystems zugestanden habe“<sup>1</sup>. Die Einwände der beiden Analytiker begegneten in Petersburg keiner Zustimmung, wiewohl die Polemik Wassiljews der wissenschaftlichen Verbrämung nicht entbehrte. Immerhin wurde in der Residenz der in livländischen Fragen beliebte Weg gewählt, eine aus Vertretern der interessierten Ministerien und der livländischen Ritterschaft gebildete Kommission niederzusetzen und dieser die Lösung des Problems aufzutragen. Eine solche Kommission<sup>2</sup> beriet im März 1900 in fünf Sitzungen den ritterschaftlichen Entwurf, der schließlich zu einem Gesetzesprojekt verdichtet wurde, mit dem Livland sehr zufrieden sein konnte. Die ritterschaftlichen Vorschläge waren in ihren entscheidenden Teilen in das Gesetzesprojekt hineingearbeitet worden. Die Veränderungen, die sie erlitten, waren mehr praktischer Natur und berührten ihre prinzipiellen Seiten wenig. Die einzige grundsätzliche Abweichung von den ritterschaftlichen Vorschlägen bestand darin, daß, dem Antrage Wassiljews entsprechend, nicht nur Gebäude, Wälder und das landwirtschaftlich genutzte Land der Schätzung unterworfen werden sollten, sondern auch alle nicht landwirtschaftlich oder forstwirtschaftlich erzielten Bodeneinnahmen. Hiernach mußten auch die aus der Jagd, der Fischerei, den Torfstichen und Kalkbrüchen gewonnenen Erträge herangezogen werden. Der Landtag hatte die Einnahmequellen solcher Art bei Seite gelassen, weil ihre Einschätzung ungemein schwierig und nicht lohnend erschien. Dieses Bedenken wurde dadurch hinweggeräumt, daß die Petersburger Kommission die Einschätzung durch die Selbstangabe der Grundbesitzer über die Höhe der von ihnen gewonnenen Erträge ersetzte<sup>3</sup>.

Eine lebhafte Debatte war in Petersburg entstanden, als die Siverssche Methode der Waldschätzung zur Sprache kam. Ob der Waldboden, wie Sivers es wollte, oder ob der jeweilige Holzbestand den Gegenstand der Schätzung bilden sollte — das war die Frage. In einer fachmännischen Subkommission gelang es Landrat von Sivers den Beweis zu erbringen, daß die im Reichsgesetz von 1893 vorgesehene und von Vertretern der baltischen Domänenverwaltung befürwortete individuelle Einschätzung eines jeden Waldes nach Maßgabe seines augenblicklichen Holzbestandes ungerecht und dabei überaus kostspielig sei. Daß Sivers obsiegte, war für Livlands Wälder ein

<sup>1</sup> Staël: a. a. O. S. 428.

<sup>2</sup> Sie bestand, unter dem Vorsitz des Direktors des Departements der direkten Steuern Kutler, aus sieben Ministerialbeamten, dem Regierungsrat Schukow, als Vertreter des Gouverneurs Surowzow, dem Kameralhofspräsidenten Wassiljew, Landmarschall Baron Meyendorff, Landrat Heinrich Baron Tiesenhausen, Landrat Woldemar Baron Maydell-Martzen und Landrat Max von Sivers.

<sup>3</sup> „Bericht, betr. das ritterschaftliche Projekt einer Reform der Grundsteuer-Einschätzung“, Druckvorlage für den außerordentlichen Landtag vom Jahre 1900.

großes Glück. — Eine unglückliche, in der Folge die Schätzungsoperation sehr erschwere Bestimmung, die in Petersburg getroffen wurde, war die, daß die außerhalb städtisch besiedelter Ortschaften belegenen Gebäude nicht, wie die Ritterschaft vorgeschlagen hatte, nach einem Klassensystem, sondern nach dem Baukostenwert zu schätzen seien. Diese das wohldurchdachte Klassensystem verwerfende Methode wurde beliebt, weil sie im Reich Anwendung fand, hatte aber zur Folge, daß selbst kleine, unscheinbare und nur gelegentlich zum Wohnen benutzte Häuser selbst dann geschätzt werden mußten, wenn der errechnete Steuerwert nicht einmal die Schätzungsunkosten erreichte<sup>1</sup>.

Eine sehr wesentliche Änderung erfuhren diejenigen Anträge der Ritterschaft, die den Bestand und die Zusammensetzung der Schätzungsbehörden betrafen. Mit der in Petersburg getroffenen Umgestaltung konnte jedoch die Ritterschaft sehr zufrieden sein, denn die ganze technische Ausführung der Schätzung war in die Hände des Landratskollegiums gelegt worden und der Landtag hatte hinsichtlich der Schätzungsnormen ein entscheidendes Wort zu sprechen<sup>2</sup>.

In dieser Gestalt wurde der Gesetzentwurf dem Finanzministerium eingereicht, das eine schier belustigende Ergänzung verfügte. Es zählte in vollem Widerspruch zur Vernunft und auch zum baltischen Privatrecht<sup>3</sup> die maschinellen Einrichtungen der Fabriken den Fabrikgebäuden zu und unterwarf sie der Immobilienschätzung<sup>4</sup>, während sie doch als mobiliare Stücke anzusehen waren. Mit dieser Ergänzung legte der Finanzminister den Gesetzentwurf nebst einer befürwortenden Denkschrift dem Reichsrat vor, in der er dessen rühmend gedachte, daß der livländische Landtag bereits im Jahre 1889 von sich aus die Steuerumlage auf das gesetzlich steuerfreie Hofsländ ausgedehnt habe. Erfreulich war in dem Exposé des Finanzministers ferner, daß er die bisherige, von der Ritterschaft häufig erfolglos beklagte Unzulänglichkeit der Besteuerung des fiskalischen Immobilienbesitzes in Livland unumwunden einräumte und das Kirchspiel als unterste Verwaltungseinheit Livlands voll anerkannte. Der Reichsrat stimmte dem Finanzminister am 5./18. April 1901 in allen Stücken zu und sein Gutachten wurde am 4./13. Juni desselben Jahres von Kaiser Nikolai II. bestätigt, wodurch der Entwurf die Kraft eines Gesetzes erlangte<sup>5</sup>.

Die livländische Ritterschaft hatte die zaristische Bürokratie besiegt.

Meyendorff war es, wie wir gesehen haben<sup>6</sup>, gelungen, dem Vernichtungsplan Plehwes zu begegnen, Sinowjew zum Zurückweichen zu zwingen und so der Ritterschaft

<sup>1</sup> Tobien: a. a. O. S. 13.

<sup>2</sup> Art. 9, 27 u. 28 des Gesetzes vom 4. Juni 1901.

<sup>3</sup> Art. 564.

<sup>4</sup> „Bericht über die Vorarbeiten zur Ausführung des Gesetzes vom 4. Juni 1901, betr. die Schätzung der ländlichen Immobilien des livländischen Festlandes“, Druckvorlage für den Landtag vom Jahre 1902, S. LXXV ff.

<sup>5</sup> Sammlung der Gesetze und Verordnungen der Staatsregierung, Nr. 69 vom 17. Juli 1901, Art. 1391.

<sup>6</sup> Band I S. 431.

die freie Initiative auf dem bedeutsamen Gebiet des Steuerwesens zu wahren. Alsdann galt es, die Anwendung des unvollkommenen Reichs-Steuergesetzes vom 8. Juni 1893 auf Livland zu verhüten, und auch dieses erreichte die Ritterschaft, weil Tiesenhausen am 20. April 1895 das Prävenire zu spielen begann. Nachdem die freie Bahn gegeben war, trat die Ritterschaft aus der durch die Politik des Zaren Alexander III. geschaffenen Situation passiven Widerstandes hinaus und griff reformatorisch, wie in alten besseren Zeiten, frisch zu. Das errungene Gesetz vom 4./17. Juni 1901 war im Grunde ganz eine Schöpfung des Landtages und seiner Organe. Die Prinzipien, die diesem legislativen Akt innewohnten, waren von der Ritterschaft ersonnen worden und wenn sie sich äußerlich auch dem Reichsgesetz vom 8. Juni 1893 annäherten, so waren sie doch tiefer fundamentiert, schärfer präzisiert und namentlich hinsichtlich ihrer Durchführung weit mehr gesichert. Das wurde in Petersburg, wo die Mängel des Reichsgesetzes von 1893 bald erkannt wurden<sup>1</sup>, bereitwillig eingeräumt. In einem Stück war die Ritterschaft ganz eigene, dem Reichsgesetz von 1893 zuwiderlaufende Wege gegangen: auf dem Gebiet der Schätzung des forstwirtschaftlich genutzten Landes. Die Waldungen sollten nach Grundsätzen geschätzt werden, die, wie wir hörten, von Max von Sivers-Römershof aufgestellt und von ihm mit so schlagenden Argumenten in Petersburg verteidigt worden waren, daß sie die Billigung der ministeriellen Kommission fanden, wiewohl sie von den reichsrechtlichen Taxationsprinzipien völlig abwichen. Und auch die Schätzungsorgane waren trotz Wassiljews Einwänden so gestaltet worden, daß das, worauf alles ankam: die Ausführung der Schätzungsarbeiten in der Natur, die Herstellung und die Fortschreitung des Katasters, in den Händen des Landratskollegiums und seiner Beamten lag. Nicht landfremde Staatsdiener, sondern sachkundige Einheimische hatten die Hauptarbeit zu tun und haben sie so geleistet, daß, wie wir sehen werden, der Neid russischer Gouverneure erregt wurde, die in ihren Gouvernements nach dem unvollkommenen Gesetz von 1893 verfahren und sich mit „Statistikern“ begnügen mußten, die dort das wahrzunehmen hatten, was in Livland Pflicht fachmännisch gebildeter Boniteure war.

Nach dem Erscheinen des Gesetzes vom 4./17. Juni 1901 schuf die Ritterschaft das livländische Katasteramt, dem die Berufung des Oberboniteurs, die Anstellung der Boniteure und Landmesser, die Ausarbeitung von Instruktionen und Anweisungen, sowie die Oberleitung der Schätzung und die Einrichtung des Katasters übertragen wurden. Zunächst handelte es sich um die Formulierung der Schätzungsinstruktion, die um so wichtiger war, als das Gesetz vom 4./17. Juni 1901, der sehr bewährten russischen Kodifikationspraxis gemäß jede Kasuistik vermeidend, nur grundsätzliche Bestimmungen enthielt, alle Einzelheiten aber in die Instruktion verwies.

Die von einer ritterschaftlichen Spezialkommission<sup>2</sup> seit 1900 vorbereitete In-

<sup>1</sup> Staël: a. a. O. S. 441.

<sup>2</sup> Diese bestand, unter dem Vorsitz des residierenden Landrates H. Baron Tiesenhausen, aus den Landtagsgliedern: Landrat Max von Sivers-Römershof, Landrat Woldemar Baron Maydell-Martzen, Kreis-

struktion konnte schon am 2./15. Oktober 1901 der obersten Lokalinstanz, der unter dem Präsidium des Gouverneurs stehenden Gouvernementsschätzungskommission, vorgelegt werden. Deren Geschäftsführer war der Leiter des statistischen Bureaus der livländischen Gouvernementsverwaltung Victor Vogel<sup>1</sup>. Sie präzisierte in ihrem ersten Teil die Objekte der Schätzung und regelte das Taxationsverfahren nach den vom Landtage im Jahre 1898 gebilligten Grundsätzen und den Abänderungen der Kommission des Finanzministeriums. Der zweite Teil enthielt die Schätzungstarife und deren Begründung<sup>2</sup>. Jetzt galt es auch, die Landbevölkerung mit den Grundsätzen und Zielen der großen Reform bekannt zu machen, weshalb die Gouvernementsschätzungskommission die Instruktion nebst Tarifen zunächst den ihr unterstellten acht Kreisschätzungskommissionen<sup>3</sup> zur gutachtlichen Beurteilung überwies und alsdann die Klassifikationstabellen und Tarife veröffentlichte<sup>4</sup>, die Immobilienbesitzer auffordernd, ihre etwaigen Einwände verlaublich zu wollen. Auf diese Einladung hin wurden der Gouvernementsschätzungskommission von den Kreisschätzungskommissionen, und namentlich von den diesen angehörigen Steuerinspektoren zahlreiche Einwände zugesandt; aber auch Immobilienbesitzer ließen sich in erheblicher Zahl vernehmen. Nicht weniger als 300 Eingaben gingen der Gouvernementsschätzungskommission zu, die jedoch weitaus überwiegend aus dem estnischen Teil Livlands herührten, während aus dem lettischen Teil nur einige wenige Bemerkungen einliefen. Diese auffällige Erscheinung fand ihre Erklärung darin, daß nicht nur die estnische Presse eine Reihe von Artikeln veröffentlicht hatte, in denen die Tarife einer sehr abfälligen Kritik unterzogen wurden, sondern daß auch vervielfältigte Formulare in estnischer Sprache vertrieben worden waren, die zur Einreichung von Protesten gegen die von der Regierung veranlaßte Publikation der Tarife in nur russischer Sprache und gegen die angeblich zu kurz bemessene Klagfrist von 6 Wochen aufforderten. Eine Folge dieses Verfahrens war die, daß zahlreiche Eingaben gleichen Wortlautes waren und daher leicht erledigt werden konnten.

Die Gouvernementsschätzungskommission prüfte gewissenhaft die Einwände und formulierte im ganzen 16 Abänderungsvorschläge, die sie gesetzmäßig dem liv-

---

deputierter Erich von Oettingen-Poelks, Kreisdeputierter Georg von Gersdorff-Daugeln, Viktor Baron Stackelberg-Kardis, Ernst Baron Hoyningen-Huene-Lelle, Gerhard von Samson-Himmelstjerna-Uelzen, Eduard von Wahl-Addafer, Max von Anrep-Homeln.

<sup>1</sup> „Album Academicum der Universität Dorpat“, Nr. 10050.

<sup>2</sup> Der erste Teil war vom Leiter des Katasteramtes Alexander von Tobien, der zweite Teil vom Landrat Max von Sivers verfaßt worden.

<sup>3</sup> Jede Kreisschätzungskommission bestand unter dem Vorsitz eines vom Landtage erwählten Kreisdeputierten aus einem staatlichen Steuerinspektor, zwei staatlichen Bauernkommissaren, einem Vertreter der Reichsdomänen, zwei vom Landtage gewählten Rittergutsbesitzern und zwei aus der Mitte der provinziellen Steuerzahler vom Gouverneur ernannten Personen.

Art. 3 des Gesetzes vom 4/17. Juni 1901.

<sup>4</sup> Livl. Gouvernements-Zeitung, Nr. 8 vom 18. Jan. 1902.

ländischen Landtage zur Annahme oder Ablehnung zugehen ließ<sup>1</sup>. Weil die Vertreter der Ritterschaft in der Gouvernmentsschätzungskommission der Ansicht waren, daß der Landtag alle Abänderungsvorschläge, die teils dem Interesse der Immobilienbesitzer dienlich, teils unwesentlich wären, unbedenklich annehmen könne, so äußerte sich der Landtag zustimmend. Die sehr wünschenswerte Einheitlichkeit zwischen Gouvernmentsschätzungskommission und Landtag war somit hergestellt. Das mit der Ausführung des großen Reformwerkes betraute Landratskollegium und sein Katasteramt hatten nunmehr auf die ministerielle Bestätigung der Instruktion nebst Tarifen zu warten und benutzten die Zwischenzeit, um den größten und schwierigsten Teil der Aufgabe: die Bonitierung der landwirtschaftlich genutzten Ländereien, vorzubereiten.

Es wurden Probeschätzungen auf Hofsländereien, die zu diesem Zwecke von den Gutsherren in genügendem Maße zur Verfügung gestellt wurden, ausgeführt. Das Ziel der im Sommer und Herbst 1902 durchgeführten Probeschätzungen war hauptsächlich darin zu erblicken, daß ein Stamm eingearbeiteter Boniteure gewonnen werde, der später die neu hinzutretenden Arbeitskräfte zu instruieren befähigt sei. Gleichzeitig bezweckte sie die Feststellung der notwendigen Mustergrundstücke und die topographische Abgrenzung derjenigen Rayons, in denen der normale Schätzungstarif wegen besonders günstiger Absatzmöglichkeiten für landwirtschaftliche Produkte erhöht werden durfte<sup>2</sup>. Für die Schätzung der Wälder ähnliche vorbereitende Maßnahmen zu treffen war nicht notwendig, weil die Ergebnisse einer im Jahre 1901 ausgeführten umfassenden Forstenquete vorlagen. Dagegen bedurfte eine andere sehr bedeutsame technische Vorfrage der Beantwortung, und zwar die: ist das Fundament jedes Katasterwesens, die kartographische Unterlage schon vorhanden oder muß es neu errichtet werden? Für alle Rittergüter, mit einigen wenigen Ausnahmen, lagen Generalkarten vor und für alle bereits abgelösten Bauernhöfe<sup>3</sup> Spezialkarten. Es fragte sich nun aber, ob die aus verschiedenen Zeiten stammenden kartographischen Unterlagen als genügend zu erachten, oder aber zu verwerfen seien? Hielt man sie für zureichend, so konnten die Boniteure an der Hand der verfügbaren Karten mit der Untersuchung des Bodens beginnen und brauchten Ergänzungen der Karten oder Neumessungen nur dort eintreten zu lassen, wo ihrem Urteile nach die Meßdokumente ungenügend seien. Erachtete man dagegen das vorliegende Kartenmaterial für unzureichend, so mußte notwendig umgekehrt mit einer vollständigen Revision der kartographischen Unterlage begonnen werden. Es erschien sehr verlockend, den zweiten Weg als den geeigneteren zu wählen<sup>4</sup>, allein es ließ sich nicht verkennen, daß wenn den Landmessern die Kritik darüber eingeräumt würde, wo eine Neumessung stattzufinden habe, und das hätte ja geschehen

---

<sup>1</sup> „Bericht über die Vorarbeiten“ usw. Druckvorlage für den Landtag 1902, S. LXXXI f.

<sup>2</sup> „Bericht“ usw., S. CV

<sup>3</sup> 92% aller vorhandenen Bauernhöfe.

<sup>4</sup> Der in einem eingehenden Gutachten des Kreisdeputierten George von Gersdorff-Daugeln empfohlen wurde.

müssen — alsdann fast das ganze Livland vermessen worden wäre, da die Landmesser oder Geometer natürlich die Neigung bekundet hätten, ihr Tätigkeitsgebiet möglichst auszudehnen. Solchen Falles wäre der Zeit- und Kostenaufwand in das Ungemessene gestiegen.

Um nun diese erste Vorfrage gründlich beurteilen zu können, wurde der Leiter des Katasteramtes Alexander von Tobien<sup>1</sup> im Jahre 1903 nach Preußen delegiert, wo er den damals noch lebenden Organisator der großen und mustergültigen preußischen Katastrierung vom Jahre 1861 Geheimrat Gauß zu Rate zog. Dieser hervorragende Sachkenner äußerte sich kurz und klar dahin: „Vorhandene Karten können niemals zu schlecht sein, um einer Katastrierung zugrunde gelegt zu werden. Die Herstellung neuer Karten zum Zweck der Bonitierung ist ein so kostspieliges und zeitraubendes Verfahren, daß es den ganzen Gewinn einer Neukatastrierung in Frage stellt<sup>2</sup>.“ Diese Auffassung stimmte so vollständig mit der des Katasteramtes überein, daß somit die aufgeworfene Frage im Sinne der Benutzung und nur gelegentlichen Ergänzung des vorhandenen Kartenmaterials entschieden wurde. Somit schien das neubegründete Katasteramt zur Vornahme der großen und verantwortlichen Schätzungsoperation wohlgerüstet zu sein. Allein ein Zweifel tauchte doch immer wieder auf: war es richtig, die sächsische oder generelle Bonitierungsmethode der preußischen oder dezentralisierten vorzuziehen? Der unermüdliche Kritiker der ritterschaftlichen Vorschläge, der Kameralhofspräsident Wassiljew, hatte wiederholt die Wahl des angeblich veralteten sächsischen Systems, das, wie er behauptete, sogar in Sachsen selbst an Boden verloren habe, bemängelt und sich hierbei auf die neuere Taxationslehre berufen<sup>3</sup>. Hierdurch beunruhigt, begaben sich der Leiter des Katasteramtes Alexander von Tobien und der Direktor des Liv-Estländischen Landes-Kultur-Bureaus Viktor Baron Stackelberg<sup>4</sup> im März 1902 nach Dresden, wo sie die Lage der Dinge eingehend mit dem besten Fachmann des Königreichs Sachsen, dem Gliede des sächsischen Landeskulturrats, dem Oberregierungsrat Richard Kraft berieten und ihn zur Abgabe eines Gutachtens veranlaßten. Die umfassende Denkschrift Krafts<sup>5</sup> ging von der Voraussetzung aus, daß weil die geologische Formation des livländischen Bodens nicht sehr mannigfaltig,

<sup>1</sup> Geb. am 1./13. Juni 1854 in Dorpat, absolvierte 1874—79 das Studium der Nationalökonomie und Statistik an der Universität Dorpat (Album Livonorum, Nr. 769) mit der goldenen Preismedaille, setzte sein Studium in Tübingen fort, wurde 1882 Beamter am Finanzamt der Stadt Riga, 1888 Leiter der Grundsteuerabteilung und des statistischen Bureau des livl. Landratskollegiums, war 1901—1920 Leiter des livl. Katasteramtes.

<sup>2</sup> Alexander von Tobien: „Die Bedeutung des für Livland neugeschaffenen Boden- und Gebäudekatasters“, Sonderabdruck aus der „Balt. Wochenschrift für Landwirtsch., Gewerbeff. und Handel“ Nr. 6 vom Jahre 1911, S. 8 ff.

<sup>3</sup> Der Dirigierende des livl. Kameralhofs an die Gouvernementsschätzungscommission am 8. Mai 1901, Nr. 489, Druckvorlage für den livl. Landtag vom Jahre 1902, S. XLIX ff.

<sup>4</sup> Siehe oben S. 69.

<sup>5</sup> Acta der VIII. Abt. der Kanzlei des livl. Landratskolleg. (Neuschätzung der Immobilien), Nr. 3 vom Jahre 1902, Fol. 11 ff.

der Wirtschaftsaufwand überall fast gleich und die Absatzmöglichkeit der landwirtschaftlichen Erzeugnisse des wenig ausgebauten Schienennetzes wegen leicht zu bewerten seien, das generelle System Sachsens sich auf Livland unbedenklich anwenden lasse. Das Gutachten wich nur in der Charakterisierung der Bodenklassen und in der Formulierung des Klassensystems von dem ab, was das Katasteramt für wünschenswert erachtete<sup>1</sup>. Hiermit waren alle Zweifel, die hinsichtlich der Bonitierungsart noch gehegt werden konnten, beseitigt. Als nun das Finanzministerium endlich am 15./28. Januar 1904 die ersuchte Instruktion und am 22. Juni desselben Jahres die Klassifikations-Tabellen und Schätzungstarife bestätigt hatte, konnte die Schätzungsoperation nach allen Seiten hin in Angriff genommen werden. Es waren im Januar 1904 27 und im Jahre darauf 34 Boniteure im Felde tätig und selbst die revolutionäre Bewegung im Jahre 1905 störte die Schätzungsarbeiten nicht erheblich<sup>2</sup>.

Die Bonitierung des landwirtschaftlich und des forstwirtschaftlich genutzten Bodens nahm einen glatten Verlauf. Nicht so widerstandslos und eben verlief die Schätzung der Gebäude.

Die Ritterschaft hatte den Vorschlag gemacht, die Wohnhäuser in städtisch besiedelten Ortschaften nach ihrem Mietwert, dagegen die außerhalb solcher Ortschaften belegenen Wohngebäude nach einem Klassensystem schätzen zu lassen<sup>3</sup>. Das Klassensystem war derart gedacht, daß auf eine gesonderte Ermittlung des eigentlichen Bruttoertrages der einzelnen Steuerobjekte verzichtet, dagegen der mutmaßliche Bruttoertrag an der Hand der Hausklassentabelle bestimmt, und der Reinertrag durch Abzug der generell angenommenen Erhaltungskosten festgestellt werden sollte. Dieses vereinfachte System bot die Möglichkeit, kleine unscheinbare und nur gelegentlich zum Wohnen benutzte Häuser von der Schätzung ganz auszuschließen und damit einen zwecklosen Aufwand an Zeit und Kosten zu vermeiden. Die Staatsregierung hatte aber leider das wohldurchdachte Klassensystem verworfen, weil es den Reichsregeln von 1893 nicht entsprach, und dem Unifizierungsgedanken zuliebe bestimmt, daß ein jedes Wohnhaus nebst Nebengebäuden nach seinem Baukostenwert zu schätzen sei. Hierdurch mußte die kleinste, zum Wohnen benutzte Hütte ausgemessen und alsdann geschätzt werden, was schon deshalb unwirtschaftlich war, weil der schließlich errechnete Steuerwert und die danach bemessene Steuer so geringfügig waren, daß sie in gar keinem Verhältnis zu den Schätzungskosten standen<sup>4</sup>.

Noch böser jedoch war, daß das Landvolk die Heranziehung von unansehnlichen Häusern, in denen vielleicht Landarbeiter (Einlieger) hausten, gar nicht verstehen konnte und daher der Ritterschaft den völlig ungerechtfertigten Vorwurf der Belastung

<sup>1</sup> Meinungsäußerung des Obertaxators A. v. Villon, ebenda Fol. 14 ff.

<sup>2</sup> „Bericht des Landratskollegiums über den Fortgang der Grundsteuerreform“, Druckvorlage für den livl. Landtag vom Jahre 1906.

<sup>3</sup> Siehe oben.

<sup>4</sup> Tobien: „Die Bedeutung des für Livland neugeschaffenen Boden- und Gebäudekatasters“, a. a. O. S. 13.

des ländlichen Proletariats mit unsinnigen Steuern machte. Als es sich nun erwies, daß von den gegen die Schätzungsergebnisse gerichteten 1529 Protesten weitaus die meisten die Gebäudeschätzung betrafen, konnte die Ritterschaft Veranlassung nehmen, die Staatsregierung um Abänderung des Gesetzes vom 4./17. Juni 1901 zu bitten. Hierzu fühlte sie sich um so mehr gedrungen, als im Widerspruch zu der Ansicht des Landratskollegiums, auf Antrag des Kameralhofspräsidenten Wassiljew, die Erhaltungskosten der nach dem Baukostenwert geschätzten Gebäude zu niedrig bemessen worden waren. Wassiljew, der Widersacher der Ritterschaft, war nämlich der durch keine Sachkenntnis beschwerten Meinung, daß die auf dem flachen Lande Livlands belegenen Gebäude fast ausschließlich den Gutsherren gehörten, weshalb die Ritterschaft sie niedrig einschätzen wolle. Seine Ansicht drang durch und hatte die nicht gleich übersehbare, sehr schlimme Folge, daß der Taxwert der Gebäude sich im Vergleich mit dem des landwirtschaftlich genutzten Landes um etwa 30% zu hoch stellte. Die hierdurch gegebene Überlastung der Gebäude mit Steuern erschien dem Katasteramt um so mehr volkswirtschaftlich anfechtbar, als die Besiedelung des Landes mit Wohnhäusern, namentlich in der Nähe von Eisenbahnstationen, sehr zunahm und nicht erschwert werden durfte. Die an sich schwer zu erzielende Abänderung eines nicht lange wirksam gewesenem Gesetzes war im gegebenen Falle dennoch erreichbar, weil der Reichsrat bei der Beratung des livländischen Gesetzentwurfes, betreffend die Immobilienschätzung, Bedenken getragen hatte, die, wie wir gesehen haben<sup>1</sup>, von der Bürokratie unsinniger Weise hinzugefügte Bestimmung, daß Maschinen den Immobilien zuzuzählen seien, unbeanstandet gelten zu lassen. Von ihm war vertrauensvoll die Ritterschaft ermächtigt worden, dann, wenn die Schätzung der in industriellen Gebäuden befindlichen Maschinen sich als unzumutbar erweisen sollte, um eine Revision der Bestimmungen über die Maschinenschätzung einzukommen. Diese Möglichkeit nutzte die Ritterschaft aus, jedoch nicht nur im Sinne der Befreiung aller Maschinen von der mißverstandenen Immobilienschätzung, sondern auch im Sinne der Umgestaltung der ganzen, von der Bürokratie verunstalteten, Gebäudeschätzung<sup>2</sup>. Weil jedoch erfahrungsmäßig der zu einer gewünschten Gesetzesänderung durch den Gouverneur, das Ministerium und das Parlament (die Reichsduma) führende Weg ein sehr langer zu sein pflegte, hielt die Plenarversammlung des Adelskonvents vom März 1913 es für unabweislich, auf dem Verordnungswege sofort die Bestimmung zu treffen, daß wirtschaftlich ungünstig belegene Gebäude, die landlosen Leuten oder solchen Personen gehörten, die nur über Pachtland von weniger als 10 Lofstellen oder 3,72 Hektar verfügten, aus dem Kataster zu streichen seien, sofern ihr geschätzter Reinertrag höchstens 15 Rbl. betrage. Infolge dieser, die Landarbeiter entlastenden, namentlich aber die Steuererhebung wesentlich erleichternden Bestimmung wurden gegen 6000 Gebäude kleinen und kleinsten Umfanges im Steuerwert

<sup>1</sup> Siehe oben S. 92.

<sup>2</sup> „Antrag der Grundsteuerkommission, betr. Umgestaltung der Regeln für die Schätzung der Gebäude“. Druckvorlage für den außerordentlichen livl. Landtag vom Dezember 1912.



von etwa 70 000 Rbl. aus den Steuerlisten ausgeschlossen. Hierdurch erlitt jedoch die Landeskasse keine merkliche Einbuße, denn die rapide Entwicklung der Flecken, Strandorte und Vorstädte deckte den Steuerausfall binnen kürzester Frist <sup>1</sup>.

Trug die Gebäudeschätzung offensichtliche, durch den Eingriff der russischen Bureaucratie in den ritterschaftlichen Aufbau verschuldete Mängel an sich, so stand das mit der weit wichtigeren Bodenschätzung anders. Der Ritterschaft war bei der Aufstellung der Grundsätze für die Schätzung des landwirtschaftlich genutzten Bodens völlig freie Hand gelassen worden, und die Schätzung der Wälder hatte sie im Ganzen nach ihren eigenen Gesichtspunkten gestalten dürfen. Daher waren diese Teile des großen Reformwerkes am besten gelungen. War das Endziel der Reform: Entlastung der bisher allein mit Steuern beschwerten Landwirtschaft und vor allem: gleichmäßige und rationelle Verteilung der Steuern auf alle Immobilienbesitzer des flachen Landes, so durfte dieses Problem als gelöst angesehen werden. Das alte und vielfach auf Selbstangaben der Gutsbesitzer beruhende Kataster hatte die Domänengüter gar nicht und die von der schwedischen Taxationsmethode unbeachteten Nutzflächen (Wald, Buschland, Weide) nur unvollkommen umschlossen. Es wies bloß 9.279.936 Lofstellen <sup>2</sup> auf, das neue Kataster dagegen 11.120.647 Lofstellen, also 1.840.711 Lofstellen mehr. Den im alten Talerkataster registrierten 25.000 Steuereinheiten standen jetzt 44.928 neue Steuereinheiten, also 20.000 mehr gegenüber <sup>3</sup>. Von der geschätzten Fläche im Gesamtumfange von 11.120.647 Lofstellen waren 65.314 gesetzlich steuerfrei, so daß 11.055.333 Lofstellen die Steuern zu tragen hatten. Ihr jährlicher Reinertrag war auf 7.745.030 Rbl., also niedrig eingeschätzt worden, weil darauf Bedacht genommen war, den Reinertrag der Liegenschaften nur in so weit für die Besteuerung zu erfassen, als er unter allen Umständen, auch in den wirtschaftlich ungünstigsten Jahren, die Grundlasten leicht zu tragen vermöge.

Zu dem geschätzten Reinertrage des Bodens kamen noch die taxierten Erträgnisse der Gebäude mit 3.008.408 Rbl. hinzu, so daß der zu besteuernde Gesamtertrag sich auf 10.753.438 Rbl. stellte. Von diesem entfielen:

auf das landwirtschaftlich genutzte Land	58,97%
„ die Waldungen	12,30%
„ Gewässer, Stapelplätze, Torfstiche usw.	0,75%
„ Gebäude ..	27,98%
	<hr/> 100,00%

Sonach war das landwirtschaftlich genutzte Land fürderhin nur mit 58,97% der Steuern belastet, während es bisher 100% zu tragen gehabt hatte.

<sup>1</sup> „Bericht des Landratskollegiums über den Abschluß der Grundsteuerreform“, Druckvorlage für den Landtag vom März 1914.

<sup>2</sup> Lofstelle = 0,372 Hektar.

<sup>3</sup> „Bericht des Landratskollegiums über den Abschluß der Grundsteuerreform“, Druckvorlage für den livländischen Landtag vom Jahre 1914.

Als weiterer Erfolg der Steuerreform durfte die Tatsache gelten, daß die domanialen Liegenschaften, die früher nur mit 10% an den Landessteuern beteiligt waren, in Zukunft 16% zahlen mußten. Endlich konnte die Ritterschaft mit Recht für die von ihr in die Hand genommene und durchgeführte Reform anführen, daß der bäuerliche Grundbesitz im Vergleich mit dem Großgrundbesitz einer ansehnlichen Steuererleichterung teilhaftig geworden war. Er hatte bisher 58,9% der Steuern tragen müssen, während er jetzt nur 47,1% aufzubringen gezwungen war. Dagegen sollte der Großgrundbesitz, der mit 41,1% beschwert gewesen war, in Zukunft 52,9% auf sich nehmen, weil er über die beiden neu hinzugekommenen Steuerobjekte: Wald und Gebäude, mehr gebot, als der Kleingrundbesitz <sup>1</sup>.

Die günstigen Ergebnisse der großen Reform waren mit verhältnismäßig geringen Unkosten erzielt worden, denn sie hatten in dem Zeitraum der neun Jahre 1903—1911, in dem die Hauptarbeit geleistet wurde, betragen <sup>2</sup>:

	Rbl. Kop.
1. Generalunkosten (Zentralorgane).	192.302, 25
2. Revisorische Arbeiten	166.145, 71
3. Schätzung des landwirtschaftlichen Bodens	572.756, 50
4. Schätzung des Waldbodens	113.422, 04
5. Schätzung der Gebäude	78.815, 89
6. Herstellung des Katasters	35.961, 69
	<hr/> 1.159.404, 08

Die Unkosten wurden aus einer Anleihe bestritten, welche die Staatsregierung der Ritterschaft in der Höhe von 1.020.000 Rbl. gewährte. Der durch die Anleihe nicht gedeckte Rest ließ sich aus den laufenden Einnahmen der Landeskasse leicht begleichen.

In Preußen, wo die Katastrierung durch den großen, in den Dienst der Sache gestellten Beamtenetat in nur 6 Jahren (1861—1867) ausgeführt werden konnte, kostete die Schätzung des Bodens und die Anlage des Bodenkatasters, ohne Einbeziehung der Gebäudeschätzung und der Aufstellung des Gebäudekatasters, 6030 Mark oder 2834 Rbl. auf die Quadratmeile <sup>3</sup>. In Livland dagegen, wo die Schätzung von 644 Quadratmeilen 1.080.588 Rbl. erforderte, entfielen bloß 1679 Rbl., also 1155 Rbl. weniger, auf die Quadratmeile.

In den östlichen Provinzen Preußens handelte es sich darum: für die Umlage von 7.373.000 Talern eine neue Grundlage zu schaffen, was Unkosten im Betrage von 8.282.000 Talern verursachte. Dort überstiegen die Kosten der Steuerveranlagung die Jahressteuersumme um 12%. In Livland galt es, eine neue Grund-

<sup>1</sup> Druckvorlage des Finanzministers W. Kokowzow vom 16. März 1912 Nr. 3477, bestimmt für die Reichsduma, S. 11. R. A. Akte Nr. 479/G. Vol. II.

<sup>2</sup> Nach einer am 25. April 1921 verifizierten Aufstellung.

<sup>3</sup> „Denkschrift über die Ausführung des Gesetzes vom 21. Mai 1861, betr. die anderweite Regelung der Grundsteuer“, Berlin 1865, S. 197.

lage für die Umlage der sogen. Geldlandesprästande, der ritterschaftlichen Willigungen und der Reichsgrundsteuer ins Leben zu rufen, welche drei Steuerarten den Jahresbetrag von zusammen 1.103.473 Rbl. ausmachten. Hier überstiegen die Unkosten der Steuerveranlagung (1.159.404 Rbl.) die jährlich zu erhebende Steuersumme nur um 5%.

War sonach das livländische Katasterwerk relativ billig hergestellt worden, so konnte die Frage aufgeworfen werden: ob nicht der Ersparung von Unkosten wegen die Qualität des Geschaffenen herabgesetzt worden sei? Eine solche Frage durfte mit gutem Grunde verneint werden. Das Herzstück des ganzen Aufbaues bildete die Bonitierung des landwirtschaftlich genutzten Bodens. Wie zutreffend sie den Bodenwert festgestellt hatte, bewies die Tatsache, daß die Schätzungsergebnisse genau der geologischen Eigenart Livlands entsprachen<sup>1</sup>. Somit hatte die sächsische Bonitierungsmethode mit ihrem generellen Schätzungstarif die Möglichkeit geboten, die von den geologischen Formationen abhängigen Eigentümlichkeiten des Kulturbodens voll zu erfassen, und damit seine praktische Anwendbarkeit auch auf Livland unzweideutig erwiesen. Andererseits sprach die Übereinstimmung der Schätzungsergebnisse mit den Grenzlinien der geologischen Formationen für die Genauigkeit der einzelnen Schätzungsoperationen. Dieses war ein willig anerkanntes Verdienst des leitenden Oberboniteurs Alfred von Villon<sup>2</sup> und seiner 49 Boniteure, die, wenn sie auch nicht alle andauernd im Dienste der Sache standen, sondern mehrfach wechselten und auch keineswegs gleichwertige Arbeit leisteten, doch im Großen und Ganzen ihrer Aufgabe, wie das Ergebnis bewies, gerecht wurden. Ausländische Kräfte hatte es also, wie Tiesenhausen befürchtete<sup>3</sup>, nicht bedurft, sondern Landessöhne vermochten die Aufgabe befriedigend zu lösen.

Für die Zulänglichkeit und Brauchbarkeit der Taxationsergebnisse sprach ferner die Tatsache, daß die livländische Güterkredit-Sozietät erklärte: die Bonitur als Grundlage der Ausreichung von Darlehen anerkennen zu wollen.

Entsprach dieses Ergebnis der Erwartung, die von vornherein mit der Grundsteuerreform verknüpft worden war<sup>4</sup>, so überraschte ein zweiter, aber unerwarteter Erfolg um so mehr.

Als Kaiser Nikolai II. im Sommer 1910 Riga besuchte, befand sich in seinem weiteren Gefolge auch der Departementschef im Ministerium des Inneren Gerbel. Dieser wandte seine Aufmerksamkeit dem livländischen Katasteramt zu und ließ sich die bereits fertiggestellten Teile des Katasters vorlegen. Er drückte sein Erstaunen darüber aus, daß die Arbeiten seit dem Erlaß des Gesetzes vom 4/17. Juni 1901 und der Instruktion vom 15/28. Januar 1904 schon so weit gediehen seien, wie sie bereits waren. In den 34 Landschaftsgouvernements Rußlands, sagte er, sei die Schätzung

<sup>1</sup> Tobien: „Die Bedeutung des für Livland neu geschaffenen Boden- und Gebäudekatasters“; a. a. O. S. 17.

<sup>2</sup> Geb. 31. Juli 1865 a. St. in Kurland, absolvierte 1884—91 die Polytechnische Hochschule in Riga. „Album Academicum des Polytechnikums in Riga, 1862—1912.“ Riga, 1912, Nr. 2558.

<sup>3</sup> Siehe oben S. 88.

<sup>4</sup> Tobien: a. a. O. S. 6.

der Liegenschaften seit dem Jahre 1893 im Gange, also 8 Jahre früher begonnen worden, als in Livland. Dort habe man jedoch das dezentralisierte System gewählt und trotz viel längerer Schätzungszeit so wenig erreicht, daß nur in 4, höchstens 5 Gouvernements der Abschluß der Taxation nahe bevorstehe. In den anderen 29—30 Gouvernements hätten die dezentralisierten Distriktskommissionen so abweichend von einander gearbeitet, daß irgend ein einheitliches Ergebnis nicht vorgewiesen werden könne. Die Staatsregierung trage sich daher mit dem Gedanken, das livländische generelle System noch in letzter Stunde auf die inneren Gouvernements des Reiches anzuwenden, zumal die dort vornehmlich statistische Daten sammelnden Taxatoren ihre Besuche auf dem Lande dazu benutzten, um eine unheilvolle politische Propaganda zu treiben <sup>1</sup>

Auf die Bitte Gerbels wurde im Dezember 1910 das für ein Kirchspiel Livlands fertiggestellte Kataster <sup>2</sup> mit all seinen Unter- und Beilagen kopiert und nebst einer erläuternden Denkschrift dem Innenministerium nach Petersburg zugeschickt <sup>3</sup>, wo es, wie Gerbel wünschte, als Muster dienen sollte. Dieses Geschehnis wurde in der Residenz als ein alle Erwartungen übersteigender Erfolg der ritterschaftlichen Verwaltung angesehen. Alsbald reihte sich ein weiterer an.

Das neue Kataster war auf dem Grundsatz aufgebaut, daß eine jede rechtlich gesonderte Hypothekeneinheit die Zelle seines organischen Gebildes sei. Nicht etwa die Wirtschaftseinheit, wie im alten Kataster, sondern die rechtliche Einheit bildete den Ausgangspunkt des katastralen Umbaues, denn die Wirtschaftseinheit ist ephemerer Natur, sie wechselt fortwährend ihren Flächenumfang, ohne daß die Katasterverwaltung die Möglichkeit hätte, diesem Wechsel zu folgen und ihn zu erfassen. Die Hypothekeneinheit dagegen ist, wenngleich natürlich auch dem Wechsel unterworfen, doch immer faßbar, sofern natürlich zwischen dem Katasteramt und den Grundbuchbehörden ein geregelter Nachrichtendienst besteht. Den die Fortschreitung des Katasters in einem seiner wichtigsten Teile sichernden Nachrichtendienst herzustellen, war daher das Katasteramt eifrigst bemüht. Es gelang ihm schließlich <sup>4</sup>, das Justizministerium zu bewegen, den 4 in Livland bestehenden Grundbuchbehörden durch ein Gesetz vorzuschreiben: nur dann eine Veränderung im Bestande einer Liegenschaft zu korroborieren, wenn zuvor das Katasteramt durch eine Bescheinigung und eine beigegebene Karte die durch Teilung, Zusammenziehung usw. hervorgerufene Bestandveränderung des Grundstückes beglaubigt habe <sup>5</sup>. Gleichzeitig wurden die Grundbuchbehörden gesetzlich verpflichtet, dem Katasteramt den Vollzug einer jeden, Grundstücke betreffenden Korroboration zur Kenntnis zu bringen. Hierdurch war nicht nur das vom Landrats-

<sup>1</sup> Erinnerung des Verfassers.

<sup>2</sup> Für das Kirchspiel Jürgensburg.

<sup>3</sup> Acta der VIII. Abt. der Kanzlei des Livl. Landratskoll. (Neuschätzung der Immobilien), Nr. 10 vom Jahre 1910.

<sup>4</sup> Durch wirksame Hülfe des Rigaschen Rechtsanwalts Axel Volck; „Album Livonorum“, Nr. 896.

<sup>5</sup> Gesetz vom 29. Mai 1911, „Sammlung für Livland wesentlicher Verordnungen in deutscher Wiedergabe“, 1. Januar bis 31. Dezember 1911, Riga 1912, S. 15 Nr. 7.

kollegium geschaffene Katasteramt vom Staate als Verwaltungsbehörde anerkannt, sondern auch dem von der Ritterschaft ins Leben gerufenen Kataster die öffentlich-rechtliche fides zugesprochen und seine Fortschreitung für alle Zeiten gesichert worden. Diese Fundamentierung hatte das Kataster wohl verdient. Bedeutete es schon seiner Anlage nach einen gewaltigen Fortschritt gegen früher, da nur ein Sammelsurium von ungleichmäßigen und ungleichwertigen, aus verschiedenen Zeiten stammenden und auf verschiedenen Wegen gefundenen Katastrierungsresultaten zur Verfügung stand<sup>1</sup>, so ragten seine Unterlagen (Kartenarchiv und Bonitur) weit über das hinaus, was bisher zur Hand gewesen war. Das ihm alsbald allgemein zugewandte öffentliche Vertrauen rechtfertigte das Kataster durch Aufdeckung überraschender Verfehlungen früherer Zeit. So konnten unredliche Vermessungen von Bauernhöfen nachgewiesen werden, die 50 Jahre früher durch offenbar bestochene Landmesser ausgeführt worden waren und im Interesse von Käufern bauerlicher Höfe den Umfang des Vertragsobjektes weit geringer angaben, als er in Wirklichkeit war. In mehreren Fällen konnte festgestellt werden, daß Bauern die Grenzen ihrer Höfe nach und nach tief in das ihnen nicht gehörige Hofsland versetzt hatten. Umgekehrt wurde der Fall, daß Bauernland widerrechtlich mit Hofsland verschmolzen worden war, nur ein einziges Mal konstatiert. Überraschend häufig traten in einigen Gegenden Livlands die Fälle zu Tage, daß Gutsherren Hofslandparzellen mit Bauernhöfen wirtschaftlich so sehr verschmolzen hatten, daß eine geometrische Scheidung beider rechtlich gesonderten Bodenkategorien nicht mehr möglich war. Durch solche Vorgänge hat das gesetzlich geschützte Bauernland einen ansehnlichen Zuwachs auf Kosten des Hofslandes erfahren. Von allgemeinem Interesse ist endlich die Tatsache, daß die Katastrierung eine livländische Enklave in Kurland aufgedeckt, also nachgewiesen hat, daß die Grenzen beider Gouvernements ungenau waren.

Der lange und mit Mühe errichtete Bau des Katasters mußte nun die Probe seiner Anwendbarkeit bestehen, weshalb die Ritterschaft vor allem die gesetzliche Anerkennung des Schätzungsresultats und die obrigkeitliche Ermächtigung zur Umlage der Landessteuern nach diesem zu erwirken hatte. Es gelang überraschend schnell, dieses Ziel zu erreichen. Im November 1911 wurden Vertreter der Ritterschaft nach Petersburg berufen<sup>2</sup>, um dort mit Ministerialbeamten den Erlaß des Gesetzes zu beraten<sup>3</sup>. Am 25. Mai 1911 fand die Sitzung unter dem Präsidium des Ministergehilfen N. N. Pokrowski statt<sup>4</sup>, die einerseits zu einer raschen

<sup>1</sup> Näheres bei: Alexander Tobien: „Die Notwendigkeit einer Reform der livländischen Grundsteuern und das Gesetz vom 4. Juni 1901“, „Baltische Monatsschrift“ 53. Bd. 1902, S. 186 ff.

<sup>2</sup> Der Chef der Hauptverwaltung des Innenministeriums für Lokalverwaltung S. Gerbel im November 1911, Nr. 8670, an den Landmarschall A. Baron Pilar von Pilchau; Akte des R. A. Litt. G./479 Vol. II.

<sup>3</sup> Es wurden delegiert: Landmarschall Adolf Baron Pilar von Pilchau, Landrat Heinrich Baron Tiesenhäusen, Landrat Hans Baron Rosen, Ritterschaftssekretär Friedrich von Samson-Himmelstjerna und der Leiter des Katasteramtes Alexander von Tobien.

<sup>4</sup> An ihr nahmen auch Vertreter der estländischen Ritterschaftsteil, weil es in Estland eine ähnliche Frage zu lösen gab, und zwar: Ritterschaftshauptmann Eduard Baron Dellingshausen, Landrat Alfred

Einigung, andererseits aber zu einer herben Enttäuschung führte. Nicht gern, aber doch durch die Argumente der ritterschaftlichen Delegierten überzeugt, gestanden der Ministergehilfe und seine Beamten die Notwendigkeit des Erlasses eines livländischen Sondergesetzes, das nebenbei auch für Estland ähnliche Bestimmungen treffen sollte, zu. Ihnen war es sichtlich nicht genehm, einräumen zu müssen, daß Livland, wo mit der Grundsteuerreform 9 Jahre später als in Rußland begonnen worden war, schon in der Lage sei, auf abgeschlossene Ergebnisse hinweisen und für sich auf die spezielle Anerkennung des Parlaments rechnen zu dürfen. Zögernd ließ sich die russische Bureaukratie bereit finden, die Umlage der Provinzialsteuer, der sogenannten „Geldlandesprästande“, auf die neu gewonnene Basis zu stellen, lehnte aber strikt das berechtigte Verlangen der ritterschaftlichen Delegierten ab, auch die Naturallasten, darunter die Wegebaulast, nach Maßgabe des soeben hergestellten Katasters gleichmäßig auf alle Immobilienbesitzer verteilen zu dürfen. Es hieße die Sache komplizieren, wenn auch die Umlage der Naturallasten in das Gesetzprojekt einbezogen werde, lautete der Einwand, der jedoch wohl nur ein Vorwand war, denn die Lösung der gewaltigen Aufgabe, auch im Reich die Naturallasten abzulösen und auszugleichen, lag in weiter Ferne; Livland aber hierin einen großen Vorsprung zu lassen, war man in Petersburg keineswegs gewillt.

So mußten sich die ritterschaftlichen Delegierten damit zufrieden geben, daß wenigstens die Umlage der in Geld zu entrichtenden Steuern gesetzlich geregelt wurde. Und diese Regelung kam rasch. Der Finanzminister Kokowzow stellte schon im März 1912 der Reichsduma den eingehend begründeten Antrag<sup>1</sup>, die livländischen Schätzungsergebnisse gesetzlich anzuerkennen und das Landratskollegium zu ermächtigen, nach ihnen die Provinzialsteuern vom Jahre 1913 an umzulegen. Hierbei gedachte der Finanzminister lobend der Initiative der Ritterschaft und des bedeutenden Umfanges der von ihr geleisteten Arbeit. Gleichzeitig wies er auf die Notwendigkeit einer Verfassungsreform Livlands hin, die sich naturgemäß aus der vollendeten Steuerreform ergebe, betonte aber zugleich, daß die Ausdehnung der russischen Provinzialverfassung (Landschaft) auf Livland eine Unmöglichkeit wäre, weil dieses Gouvernement eigenartige, seit ältester Zeit ausgebildete Lebensformen, eine gesonderte Gesetzgebung und besondere Institutionen aufweise. Es müsse Livland daher auch eine eigenartige Provinzialverfassung verliehen werden, die sich jedoch nicht in kurzer Zeit aufbauen ließe. Zunächst handle es sich darum, die Steuerreform, die Voraussetzung der Verfassungsreform, rasch unter Dach und Fach zu bringen. Der Reichsrat und die Reichsduma folgten der Anregung Kokowzows, erkannten die Dringlichkeit seiner Vorlage an<sup>2</sup> und verabschiedeten rasch das bezügliche Gesetz, das am 23. Juni/5. Juli 1912 vom

---

Baron Schilling-Paddas und Ritterschaftssekretär Eduard von Bodisco. Näheres in Eduard Freiherr von Dellingshausen: „Gemeinsame Arbeit im Dienste der Heimat“, „Jahrb. des Deutschtums in Lettland“ 1926, S. 79.

<sup>1</sup> Vom 16. März 1912, Nr. 3477; R. A. Akte 479/G. Vol. II.

<sup>2</sup> „Bericht des livländischen Dumadeputierten Landrat Hans Baron Rosen vom Mai 1912“ R. A. Akte 479/G. Vol. II.

Kaiser bestätigt wurde<sup>1</sup>. Dieser legislative Akt war in positiver Hinsicht von großer Bedeutung für den Fortbestand der ritterschaftlichen Provinzialverwaltung, denn er bestimmte ausdrücklich, daß der Landtag die Umlage der Landessteuern zu vollziehen habe. Hierdurch waren alle Zweifel an der Steuerhoheit des Landtages, die Sinowjew erregt hatte<sup>2</sup>, ein für alle Mal beseitigt.

Hierin, wie in der steuerrechtlichen Gleichstellung der Domänengüter mit allen anderen Landgütern Livlands, lag für Tiesenhausen und seine Anhänger der Lohn, den sie wegen ihres Weitblickes und der Bekämpfung des Widerspruches gegen die Steuerreform wohl verdient hatten. Die Freude über diesen Sieg war jedoch durch die Tatsache getrübt, daß die zarische Bürokratie die Aufrichtung der Spitze, die nach dem ritterschaftlichen Bauplan den Monumentalbau der Steuerreform krönen sollte, verhindert hatte. Es fehlte in der Tat im Gesetz vom 23. Juni 1912, wie befürchtet werden mußte, die Ermächtigung, ebenso wie die Landessteuern auch die Naturallasten nach dem neuen Kataster gleichmäßig auf alle Immobilienbesitzer umlegen zu dürfen.

Unter den vom livländischen Boden zu tragenden Naturallasten war die Wegebaulast die bedeutendste und schwerste. Ihr gegenüber spielten die anderen Naturallasten<sup>3</sup> eine verhältnismäßig geringe Rolle. Die Wegebaulast ruhte<sup>4</sup> weit stärker auf dem Bauernlande, als auf dem Hofslande und war daher der Gegenstand fortwährender Angriffe, die sowohl aus dem Landvolk, wie aus den Kreisen der russischen Beamtschaft hervorgingen. Die livländische Ritterschaft hatte sich schon im Jahre 1885 bereit erklärt, die Wegebaulast gleichmäßig auf den gesamten Grund und Boden zu verteilen, und nur die, auch vom Finanzrevidenten Janowitsch<sup>5</sup> gebilligte, Bedingung gestellt, daß die Wegebaulast als Naturallast beibehalten werde<sup>6</sup>. Zu der damals geplanten Umgestaltung des gesamten livländischen Steuerwesens war es jedoch, wie wir gesehen haben<sup>7</sup>, nicht gekommen, weil die russische Bürokratie sie um des Unifizierungsgedankens willen in ihre ungeschickten Hände genommen und ein völliges Fiasko erlitten hatte. Seitdem war die Steuerfrage bis zu dem Zeitpunkt unangetastet geblieben, da Landrat Heinrich Baron Tiesenhausen im April 1895 den Landtag dazu bewog, eine Steuerreform großen Maßstabes durchzuführen. In den Rahmen dieser umfassenden Operation fiel natürlich auch die Umgestaltung der Naturalprästan-

---

<sup>1</sup> „Von dem Reichsrat und der Reichsduma gebilligtes, Allerhöchst am 23. Juni 1912 bestätigtes Gesetz, betreffend die Erhebung der in Geld umzulegenden Landessteuern von den im livl. Gouvernement belegenen Immobilien und die Heranziehung der in den Kreisen des estländischen Gouvernements belegenen Gebäude zu den Landessteuern“, in: „Sammlung für Livland wesentlicher Verordnungen in deutscher Wiedergabe“, 1. Januar bis 31. Dezember 1912, Riga, 1913, S. 22 Nr. 5.

<sup>2</sup> Siehe oben S. 84.

<sup>3</sup> Die Etappenlast, die Postlast, die für die evangel.-luther. Kirche herzugebenden Naturallieferungen, usw.

<sup>4</sup> Siehe oben S. 79.

<sup>5</sup> Band I S. 418.

<sup>6</sup> Staël: „Die Grundsteuerreform“, S. 218 und 220.

<sup>7</sup> Siehe oben S. 85 f.

und der Ausgleich ihrer ungleichen Verteilung. Es bedurfte daher des so überaus schmeichelhaften Briefes Sinowjews an Tiesenhausen vom 11. November 1895, den wir kennen gelernt haben <sup>1</sup>, nicht, in welchem der ehemalige Wüterich die „edle“ und „stets“ für das Landeswohl besorgte Ritterschaft aufforderte, sich der schweren Wegebaulast reformatorisch anzunehmen. Gouverneur Sinowjew konnte mit Recht bedeutet werden, daß die Ritterschaft sich schon seit Jahren mit dem Prinzip eines vollkommenen Steuerausgleiches, der sich namentlich auch auf die Wegebaulast bezog, einverstanden erklärt habe und im Begriff sei, die Voraussetzung hierzu zu schaffen <sup>2</sup>.

In der Reihe der Maßnahmen zur Vorbereitung des Steuerausgleiches, stand das Problem der Naturallasten naturgemäß an zweiter Stelle, denn zuerst hieß es das Kataster einrichten, das die Grundlage für die gleichmäßige Verteilung der Naturallasten abzugeben hatte. Der Landtag setzte jedoch schon im Juni 1902 eine Kommission nieder <sup>3</sup>, der die schwierige Aufgabe zuteil wurde, Vorschläge zur Reform der Naturalprästande zu machen. In zwei einhalb Jahren hatte die Kommission ihren komplizierten Auftrag erfüllt und vermochte dem Landtag vom März 1906 <sup>4</sup> die Ergebnisse ihrer mühsamen Arbeit vorzulegen, der sie guthieß und bestimmte, daß sie den Materialien einzureihen seien, die das zeitweilige baltische Generalgouvernement <sup>5</sup> bei seinen Verhandlungen über die in Livland durchzuführenden Reformen zu berücksichtigen haben werde. Dort sind sie in den Beratungen aller Stände vom Jahre 1906 voller Anerkennung gewürdigt <sup>6</sup>, später jedoch, gleich allen Reformentwürfen jener Tage, im Staube der ministeriellen Archive Petersburgs erstickt worden. Sie zu neuem Leben zu erwecken, waren die ritterschaftlichen Delegierten, die im November 1911 das livländische Steuergesetz im Finanzministerium mitberieten, bemüht <sup>7</sup>, aber, wie wir gesehen haben, ohne Erfolg. Es blieb dem Landtage vom Dezember 1912, dem hierüber berichtet wurde <sup>8</sup>, nur übrig zu beschließen: alles wahrzunehmen, was zur Verwirklichung des Ausgleiches der Naturallasten erforderlich sei. Daher wurde unentwegt im Katasteramt an der Lösung dieses nicht einfachen Problems gearbeitet. Man ging von dem Grundsatz aus, daß die Wegebaulast wie bisher in natura zu leisten, jedoch von allen, in einem jeden Kirchspiel belegenen Wirtschaftseinheiten gewissen

<sup>1</sup> Band I S. 439.

<sup>2</sup> Staël: a. a. O. S. 407.

<sup>3</sup> Sie bestand aus den Herren:

Landrat Heinrich Baron Tiesenhausen, Landrat Max von Sivers-Römershof, Landrat Theodor von Richter-Alt-Drostenhof, Ernst Baron Hoyningen-Huene-Lelle, Alfred von Sivers-Euseküll, Joseph Baron Wolff-Lindenberg und Oskar von Stryk-Fölk.

<sup>4</sup> Der Landtag vom Dezember 1905 war auf den März 1906 verlegt worden.

<sup>5</sup> Band I S. 29, 73 u. 120.

<sup>6</sup> „Verhandlungen der vorbereitenden Kommission des livl. Gouvernements vom Jahre 1906“, russisch, S. 169 ff.

<sup>7</sup> „Vorschläge der ritterschaftlichen Delegierten“, russisch gedruckt; Bericht des Landmarschalls Baron Pilar von Pilchau an das Landratskollegium vom 30. November 1911, R. A. Akte 479/G. Vol. II.

<sup>8</sup> Bericht des Landratskollegiums an den Landtag vom Dezember 1912, in derselben Akte.



Steuerwertes<sup>1</sup> zu tragen sei. Hieraus folgte die unabweisliche Notwendigkeit, die Grenzen der Kirchspiele geodätisch festzulegen, was bisher nicht erforderlich gewesen war, da das Kirchspiel einen Verband gegebener Landgüter mit ihren Bauernschaften gebildet hatte, wobei die historische Zugehörigkeit eines jeden Landgutes zu diesem oder jenem Kirchspiel entscheidend, der geographischen Lage aber keine Bedeutung beigemessen war. In der Regel wurde der ganze Bestand eines Landgutes demjenigen Kirchspiel zugezählt, in dem sich der Haupthof befand, gleichgültig, wo die einzelnen Teile des Landgutes lagen. Hieraus folgte, daß Teile eines Landgutes stimmrechtlich zum Kirchspielverbande A gehörten, wiewohl sie geographisch mit Teilen des Kirchspiels B im Gemeinde lagen. Um in dieser verworrenen Sachlage Ordnung zu schaffen, die Kirchspielsgrenzen geodätisch festzustellen und zu klaren Kirchspielskarten zu gelangen, bedurfte es einer schwierigen Arbeit<sup>2</sup>, die das Glied des Katasteramtes Ernst Baron Hoyningen-Huene<sup>3</sup> leitete. Er förderte die Sache soweit, daß die Erreichung des Endziels: die Feststellung der auf ein jedes einzelne Kirchspiel entfallenden Wegekontingente, immer näher rückte und der Abschluß der ganzen Arbeit dann gesichert gewesen wäre, wenn das Steuergesetz die Ritterschaft zur Herbeiführung des Ausgleiches der Naturallasten ermächtigt hätte. Das war aber, wie wir gesehen haben, nicht geschehen und es fragte sich: wann es geschehen werde, da hierbei die Eifersucht der russischen Beamtenschaft auf das vorgeschrittene Livland keine geringe Rolle spielte. In der Tat ist es denn auch hierzu, solange Livland dem russischen Staat einverleibt war, gar nicht gekommen. Erst die lettländische Republik hat im Jahre 1924 die Frage des Ausgleichs der Wegebaulast wieder angeschnitten. Ob hierbei das von Ernst Baron Hoyningen-Huene ersonnene, vom livländischen Landtage gebilligte System Verwendung finden wird oder nicht, ist ungewiß. Jenes System ging von dem Gedankengange aus, daß die Wegebaulast in natura von den Inhabern landwirtschaftlicher Wirtschaftseinheiten zu leisten sei, da, wenn Lohnarbeiter in den Dienst der Sache gestellt würden, der Wegebau unerschwingliche Unkosten hervorriefe. Um jedoch die Landwirtschaft nicht allein zu belasten, sollten die baupflichtigen Wirtschaften eine mäßige Entschädigung in Geld erhalten, an deren Aufbringung natürlich alle Steuerzahler beteiligt gewesen wären. Auf diese Weise hätten auch die Besitzer von Waldungen, Wohnhäusern, Gewerbebetriebe usw. gerechterweise an der Wegebaulast mitgetragen, was früher nicht der Fall war<sup>4</sup>. Es ist von der Ritterschaft tief bedauert worden, daß dieser ihr Plan,

---

<sup>1</sup> Alle Wirtschaftseinheiten, deren landwirtschaftlich genutztes Land im Kataster mit einer jährlichen Reineinnahme von nicht weniger als 30 Rbl. gebucht waren.

<sup>2</sup> „Antrag des Landratskollegiums betreffend: Feststellung der Kirchspielsgrenzen behufs Umlage der Kirchspiels- und Kirchenlasten“, Druckvorlage für den außerordentlichen Landtag vom Dezember 1912.

<sup>3</sup> Geb. in Livland am 29. Mai 1855, studierte er 1877—80 die Rechtswissenschaften in Dorpat, besaß das Rittergut Lelle in Livland, war 1900—1908 livl. Landrat.

<sup>4</sup> „Vorschläge der zur Reform der Naturalprästanden vom Landtage 1902 niedergesetzten Kommission“, Riga W. T. Häcker 1905, S. 7 ff.

dessen Ausführung der Bauernschaft Livlands sehr zu gute gekommen wäre, in der Residenz scheiterte.

Andere wohltätige Folgen der Steuerreform verkümmerten, weil der Ausbruch des Weltkrieges dazwischen trat. Hierher gehört die Frage der Ausbildung von Landmessern für das Katasteramt.

Seit der Schwedenzeit gehörte es zu den Aufgaben der ritterschaftlichen Verwaltung, für ein geordnetes Meßwesen Sorge zu tragen. Auch die russische Regierung hatte das Institut der „Ritterschafts-Revisionen“ anerkannt und in ihrer Weise gefördert<sup>1</sup>. Zwei Mängel jedoch wurden schmerzlich empfunden. Der erste Mangel war der, daß einheitliche Regeln für den technischen Teil der Arbeiten überhaupt nicht existierten, sondern zum Teil die Tradition, aber auch häufig eigenes Gutdünken den im Lande arbeitenden Feldmessern die Richtung gab. Diese Lücke machte sich besonders bemerkbar, seitdem es in Livland eine amtliche Stelle für Landeskultur gab<sup>2</sup>, namentlich aber seit der Zeit, da das Katasteramt seine Tätigkeit eröffnet hatte (1901). Sie auszufüllen fiel verhältnismäßig leicht, weil es ein Internum des Katasteramtes war. Als die zur Leitung einer Landmesserabteilung geeignete Kraft<sup>3</sup> gefunden und eingearbeitet war, konnte mit Hilfe des Liv-Estländischen Bureaus für Landeskultur<sup>4</sup> an die Ausarbeitung einer verbindlichen Verordnung für Ritterschaftslandmesser herangegangen werden, die alsdann im März 1914 erlassen wurde<sup>5</sup>.

Der zweite Mangel, der fast schwerer wog: das Fehlen eines Instituts zur Ausbildung von Landmessern in Livland, ließ sich nicht beheben. Die zeitweilig am Rigaschen Polytechnikum gebotene Möglichkeit der Ausbildung von Geodäten bewährte sich nicht, weil sie das Bedürfnis nach einer geodätischen Mittelschule nicht erfüllte. Eine solche in Livland zu begründen gelang aber nicht und man blieb hier auf die Absolventen des vierjährigen Kursus einer der im Reiche bestehenden, recht minderwertigen Feldmesserschulen angewiesen<sup>6</sup>. Hierin Wandel zu schaffen verhinderte der Weltkrieg. Ebenso verschüttete er das Bestreben der Ritterschaft: die aus der Steuerreform sich ergebenden agrarrechtlichen Folgen im Sinne einer freieren Gestaltung des Grundstückverkehrs auszunutzen.

<sup>1</sup> „Ergänzungsparagraphen zur Erläuterung der am 20. Februar 1804 Allerhöchst bestätigten, über die Rechtsverhältnisse der Bauern des livl. Gouvernements erlassenen Verordnungen“ und „Instruktion für die Meßrevisionskommission in Livland“ vom 28. Februar 1808. Vollst. Gesetzsammlung, Nr. 2350. Patente der livl. Gouvernementsregierung vom 15. November 1851, Nr. 68 und vom 28. November 1894, Nr. 122.

<sup>2</sup> Siehe oben S. 69.

<sup>3</sup> Meß-Ingenieur Krause.

<sup>4</sup> „Antrag des Liv-Estländischen Bureaus für Landeskultur, betr. Erlaß einer Instruktion für Landmesser zur Ausführung von Vermessungsarbeiten auf Privatgütern und Pastoraten Livlands“, Druckvorlage für den ordentlichen livl. Landtag vom Jahre 1906.

<sup>5</sup> „Verordnung für die livl. Ritterschaftslandmesser“, entworfen vom Katasteramt des livl. Landratskollegiums, bestätigt vom residierenden Landrat am 20. März 1914.

<sup>6</sup> „Bericht betr. die Ausbildung von Landmessern am Rigauer Polytechnischen Institut“, Druckvorlage für den livl. Landtag 1902.

In der geltenden Bauernordnung vom Jahre 1860 fanden sich Bestimmungen, die den freien Grundstückverkehr im angeblichen Interesse der Erhaltung bäuerlicher Anwesen sehr stark einschränkten<sup>1</sup>, wobei sie die einzuhaltenden Grenzen nach dem alten schwedischen Talerwert bemaßen. Da nun dieser veraltete Taxwert gefallen war, mußten neue Begriffsbestimmungen an seine Stelle treten. In diesem Anlaß suchte die Ritterschaft bei der Staatsregierung eine erhebliche Lockerung der den Bodenverkehr einengenden Fesseln zu erwirken.

Das Bedürfnis, sich auf dem geschützten Bauernlande anzusiedeln, lebte in derjenigen Schicht der Bevölkerung sehr auf, die aus dem Betriebe des Handwerkes oder aus ähnlichen Erwerbszweigen ihren Lebensunterhalt gewann. Solche Leute zeigten sich geneigt, ein kleines Stück Bauernlandes, mit Vorliebe in der Nähe von Eisenbahnstationen, käuflich zu erwerben, wurden aber durch das sogenannte Minimumgesetz hieran gehindert<sup>2</sup>. Dieses uralte livländische Gesetz zeitgemäß umzugestalten, war der Plan der Ritterschaft<sup>3</sup>, der indeß durch den Ausbruch der Kriegsereignisse zum Scheitern gebracht wurde. Nicht anders ging es mit den wohltätigen Folgen, die sich aus der abgeschlossenen Grundsteuerreform, wie wir gesehen haben<sup>4</sup>, für den Fortgang der noch wichtigeren Verfassungsreform ergeben konnten. Auch diesen setzte der Weltkrieg ein Ende.

#### 4. Kapitel

### Die Verkehrswege

War Livland auch durch seine Lage am Meere Westeuropa erschlossen, so hat es doch andererseits eine ausreichende Verbindung mit dem Osten viel zu lange entbehrt, denn die russische Regierung tat fast zwei Jahrhunderte lang wenig oder gar nichts für die Anlage livländischer Verkehrswege. Bis in das letzte Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts wurde hier der Güter- und Personenverkehr durch Post- und Landstraßen allein vermittelt<sup>5</sup>, deren Anlage und Instandhaltung Sache der Provinz war. Schon

---

<sup>1</sup> §§ 114, 221—223 der Bauernordnung vom 13. November 1860; siehe oben S. 58. Vgl. a. S. 72.

<sup>2</sup> Siehe oben S. 59.

<sup>3</sup> „Bericht des Landratskolleg. über die in Folge der Grundsteuerreform getroffenen Maßnahmen zur Modifikation agrarrechtlicher Bestimmungen der Bauernverordnung“. Druckvorlage für den Livl. Landtag vom März 1914.

<sup>4</sup> Siehe oben S. 104.

<sup>5</sup> Mädler: „Die Handelswege der baltischen Lande“, „Baltische Wochenschrift für Landwirtschaft, Gewerbeleiß und Handel“, 1863, S. 225 ff. und 301 ff.

Reinhold Guleke: „Baltische Verkehrsstudien“, herausgegeben vom „Livl. Verein zur Förderung der Landwirtschaft und des Gewerbeleißes“, Dorpat 1866, S. 7 ff. und 87 ff.

K. von Loewis of Menar: „Livländische Verkehrsverhältnisse in älterer und neuerer Zeit“, ohne Angabe des Druckortes und Zeitpunkts der Veröffentlichung.

im letzten Drittel des 17. Jahrhunderts, also zu schwedischer Zeit organisiert, lag der Brücken- und Wegebau den Landgütern als öffentlich-rechtliche Provinziallast ob. Die Bauernschaften hatten die Neubauten und Reparaturen auszuführen, die Höfe das notwendige Material kostenlos herzugeben und die oft beträchtlichen Barkosten zu tragen<sup>1</sup>. Diese schwere Bürde ist, wie gesagt<sup>2</sup>, bis in die Neuzeit zum größten Teil auf den Schultern der Bauern ruhen geblieben, obgleich die livländische Ritterschaft sich Jahre lang bemüht hat, einen gerechten Ausgleich herbeizuführen. Die Petersburger Beamenschaft war es, die das Vorhaben des Landtages in entscheidender Stunde verteilte.

Die erste Eisenbahnlinie ist auf Initiative der Rigaschen Kaufmannschaft von Riga nach Dünaburg erbaut und am 12/24. September 1861 dem regelmäßigen Verkehr übergeben worden<sup>3</sup>. Sie wurde in den Jahren 1872 und 1873 durch die Nebenbahnen Riga—Mühlgraben und Riga—Bolderaa erweitert, denen sich alsbald die Bahnen Riga—Mitau (1873) und Riga—Tuckum (1877) anschlossen<sup>4</sup>. Um dieselbe Zeit, im Dezember 1876, wurde als Zweig der baltischen, Reval mit Petersburg verbindenden Bahn die Linie Dorpat—Taps eröffnet<sup>5</sup>, die ebenfalls privaten Bemühungen ihre Entstehung verdankte. Alle diese Schienenwege kamen jedoch lediglich dem äußersten Norden und dem Süden Livlands zu gut, während es an einer, das Zentrum der Provinz durchschneidenden Magistrallinie, die Riga einerseits mit Dorpat und weiter mit Reval, andererseits mit Pleskau und danach direkt mit Petersburg verbunden hätte, immer noch gebrach.

Obgleich die livländische Gemeinnützige und Ökonomische Sozietät<sup>6</sup>, die Landwirtschaftskammer Livlands, wie auch einzelne Glieder der Ritterschaft sich rege für den Bau der schmerzlich entbehrten Magistrallinie einsetzten, war dennoch bei der Staatsregierung nichts zu erreichen. Ihre Unifizierungspolitik hätte sie darauf verweisen sollen, daß eine nähere Verkehrsverbindung mit dem Innern des Reiches, ganz abgesehen von deren wirtschaftlichen Vorteilen, schon politisch geboten sei, allein ihre *vis inertiae* war doch stärker.

Schon im Jahre 1869 hatte der livländische Landtag ein aus seinen Gliedern gebildetes Eisenbahnkomitee niedergesetzt<sup>7</sup>, das ermächtigt wurde, den Bau irgend

<sup>1</sup> Provinzialrecht der Ostseegouvernements, Teil III, Privatrecht Art. 1004.

Tobien: „Die Agrargesetzgebung Livlands im 19. Jahrhundert“. I. Bd. 1899, S. 87.

Fürst N. D. Kropotkin: „Die Wegebaukosten im livl., kurl. und estländischen Gouvernement“, Riga 1906 (russisch).

<sup>2</sup> Siehe oben S. 105.

<sup>3</sup> E. Mertens: „Die Riga-Dünaburger Eisenbahn 1858—1863“, Riga 1883, S. 17 ff.

<sup>4</sup> H. von Stein: „Der Rigasche Börsen-Comité in den Jahren 1866—1872“, Riga 1873, S. 779 ff.

Bernhard Becker: „Aus der Bauhätigkeit Rigas und dessen Umgebung in der 2ten Hälfte des 19ten Jahrhunderts“, Riga 1898, S. 25 ff.

<sup>5</sup> „Baltische Wochenschrift“ usw., 1876, S. 758.

<sup>6</sup> Siehe oben S. 66.

<sup>7</sup> Es bestand, unter dem Vorsitz des Landrats August von Oettingen, aus den Herren: Hermann Baron

einer den Süden und Norden Livlands verbindenden Eisenbahnlinie nach Möglichkeit zu fördern. Von der Staatsregierung eine Eisenbahn-Konzession zum Besten der Ritterschaft zu erwirken war ihr untersagt, wohl aber durfte sie jedem vertrauenswürdigen Inhaber einer staatlichen Konzession eine ritterschaftliche Unterstützung zusichern. Die Höhe der Subvention sollte in der Weise bemessen werden, daß sie dem Betrage gleichkäme, der sich durch Einschränkung der Fahrpost<sup>1</sup> voraussichtlich gewinnen ließe<sup>2</sup>. Im Übrigen sollten die Städte Livlands, vor allen Riga, bewogen werden, den Betrieb der livländischen Eisenbahn mit jährlichen Beiträgen zu unterstützen.

Durch die willige Bereitstellung ritterschaftlicher und städtischer Jahressubventionen ermutigt, bemühten sich die Landräte Arthur von Richter und George von Lilienfeld-Könhof<sup>3</sup> in Petersburg um die Erlangung einer privaten Baukonzession<sup>4</sup> für die Linie Riga—Wenden—Wolmar—Werro—Pleskau nebst einer Zweigbahn von Werro nach Dorpat<sup>5</sup>, verloren namhafte Teile ihres Vermögens, erreichten jedoch ihr Ziel ganz und gar nicht.

Als die Bemühungen der Einzelnen zu keinem Ergebnis führten, nahm die Ritterschaftsrepräsentation die Sache direkt in ihre Hand<sup>6</sup> und wies in einer umfassenden Denkschrift nach<sup>7</sup>, daß der Mangel an Schienenwegen die livländischen Landwirte zum übermäßigen Anbau von Flachs verführe, weil nur dieses relativ kostspielige Erzeugnis den teuren Versand auf Post- und Landstraßen verträge<sup>8</sup>. Namentlich seien es die Bauern, die, um bares Geld zu gewinnen, den bodenangreifenden Flachsbau in einem Umfange betrieben, der den Grundsätzen der rationellen Landwirtschaft strikt widerspräche. Ungeachtet des exakten Nachweises der unbedingten Notwendigkeit eines wirklichen Schienennetzes, geschah jedoch immer noch nichts und erst zu Ende der 80er Jahre des 19. Jahrhunderts raffte sich die Staatsregierung auf, aber nur, weil das Kriegsministerium aus strategischen Gründen den Erbau einer livländischen Magistrallinie kategorisch verlangte. Im Juli 1889 konnte die Linie, die Riga über die Stadt Walk mit Pleskau verband und von Walk aus Dorpat erreichte, eröffnet werden. Es war nicht mehr, wie bisher, unvermeidlich, um im wegelosen Winter von Dorpat aus die livländische Metropole Riga erreichen zu können, über Gatschina bei Petersburg

---

Wrangell-Turneshof, Max Baron Wolff-Hinzenberg, Alexander von Grote-Lemburg und August von Pander-Ronneburg-Neuhof.

<sup>1</sup> Etwa 60000 Rbl. jährlich.

<sup>2</sup> R. A. Akte Nr. 232/E.

<sup>3</sup> Band I S. 19 und 50.

<sup>4</sup> Ihnen hatte sich Konsul B. Eugen Schnakenburg aus Riga angeschlossen.

<sup>5</sup> Landrat von Richter an das Rittersch. Eisenbahn-Comité am 9. August 1869, in derselben Akte.

<sup>6</sup> v. Stein: a. a. O. S. 785; Dr. v. Seidlitz-Meyershof: „Zur livl. Eisenbahnfrage“, „Baltische Wochenschrift“ usw. 1876, S. 477 ff.

<sup>7</sup> Fr. von Jung-Stilling: „Denkschrift betr. die Anlage einer livländischen Eisenbahn, vom livländischen Landrats-Colleg. der Commission zur Erforschung der Eisenbahnfrage in Rußland vorgestellt“. Riga, 1880.

<sup>8</sup> Ebenda.

und über Dünaburg reisen, d. h. fast einen Kreis beschreiben zu müssen. Nach jahrelangem Warten waren die drei Ostseeprovinzen endlich durch einen normalen Schienenweg, der die wichtigsten Städte berührte, miteinander verbunden. Nur die Hafenstadt Pernau und die namentlich für den Flachshandel wichtige Stadt Fellin lagen noch außerhalb des Schienennetzes. Diesem Mangel half die Privatinitiative livländischer Gutsbesitzer ab, deren Bemühen die Eröffnung der Schmalspurbahn Walk—Pernau mit der Zweiglinie Moiseküll-Fellin am 5. Oktober 1896 zu danken war <sup>1</sup>. Jener Schienenweg wurde im Jahre 1900 bis zur Hauptstadt Estlands, Reval, fortgesetzt. Es folgte 1902 die Schmalspurbahn Walk—Stockmannshof und 1912 die vom Flecken Smilten nach dem Hafenort Haynasch führende Kleinbahn <sup>2</sup>.

Das in dieser Weise Stück für Stück gespannte Netz livländischer Eisenbahnen hatte vor dem Weltkriege eine Ausdehnung von 1077 Werst oder 1149 Kilometer. Auf 100 qkm kamen 2,7 Kilometer und auf 10 000 Einwohner 8,7 Kilometer Eisenbahnen <sup>3</sup>, wobei die Doppelgeleise nicht in Anrechnung gebracht worden sind <sup>4</sup>.

<sup>1</sup> Hauptsächlich dem Landrat Oswald Baron Ungern-Sternberg zu Schloß-Fellin.

<sup>2</sup> Eine Schöpfung des Landrats Georg von Gersdorff zu Daugeln.

<sup>3</sup> Oskar Mertens: „Die Verkehrswege“, in: „Die deutschen Ostseeprovinzen Rußlands“, Berlin 1918, S. 122 ff.

Das Eisenbahnnetz Livlands setzte sich wie folgt zusammen (1 Werst = 1,07 Kilometer):

#### I. Normalspurbahn:

	Werst:
1. Anteil an der Riga—Dünaburger Bahn .....	106
2. Anteil an der Riga—Mitauer Bahn .....	22
3. Anteil an der Riga—Tuckumer-Bahn.....	41
4. Riga—Bolderaa .....	17
5. Riga—Mühlgraben .....	11
6. Riga über Dorpat bis zur Grenze Estlands .....	294
7. Walk—Werro bis zur Grenze .....	86
	<hr/>
	577

#### II. Schmalspurbahn:

	Werst:
1. Walk-Stockmannshof .....	197
2. Walk-Pernau ... ..	117
3. Anteil an der Linie Moiseküll- Reval .....	78
4. Haynasch-Smilten ... ..	107
	<hr/>
	499

Die Angaben bei Kupffer: „Baltische Landeskunde“ Riga 1911, S. 443, differieren namentlich hinsichtlich der Angabe über die Länge des Anteils an der Linie Moiseküll-Reval, die irrtümlich mit 90 Kilometern beziffert ist.

<sup>4</sup> Die Fläche des livländischen Festlandes unter Ausschluß aller Seen ist auf 37 265,90 Quadrat-Werst = 42 410,38 Quadrat-Kilometer angenommen worden (vgl. „Baltische Wochenschrift“ usw. 1908, Nr. 1, S. 5). Die Einwohnerzahl Livlands, mit Einschluß der Insel Oesel, ist gemäß der offiziellen Angabe im Jahrbuch des Finanzministeriums Jahrg. 1914, S. 152, auf 1.466.900 kalkuliert und hiervon die durch die Volkszählung vom Jahre 1897 festgesetzte, seitdem wohl konstant gebliebene Bewohnerschaft Oesels mit 60.263 in Abzug gebracht worden, wonach sich für das Festland die Ziffer 1.406.637 ergibt.

Diese Dichtigkeit des livländischen Eisenbahnnetzes war, nach dem Flächeninhalt der Provinz bemessen, eine sehr geringe, wie der Vergleich mit anderen Ländern Europas lehrt, denn es entfielen im Jahre 1908:<sup>1</sup>

	auf 100 qkm	auf 10 000 Einwohner
in Deutschland	10,9 Kilometer Eisenbahn	10,5 Kilometer Eisenbahn
in Großbritannien	11,9 „ „	9,0 „ „
in Frankreich	9,0 „ „	12,4 „ „
in Österreich-Ungarn	6,3 „ „	9,0 „ „
in Livland	2,7 „ „	8,7 „ „

So wenig auch das bis zum Weltkriege erbaute Eisenbahnnetz Livlands einen Vergleich mit den viel begünstigteren Ländern zuließ, so bedeutete doch die in mehr als 30 Jahren, vielfach auf die Initiative von Privatpersonen bewirkte Entwicklung der Schienenwege einen um so größeren Gewinn, als die Wasserwege nicht geeignet waren, den Post- und Landstraßen ihre unbedingte Vorherrschaft im Handelsverkehr streitig zu machen.

Unter den Wasserwegen ragt die Düna hervor, allein dieser große, an Nebenflüssen reiche Strom, der durch das Beresina-System die Verbindung des Schwarzen Meeres mit der Ostsee vermitteln könnte, ist nur von ihrer Mündung bis 16 km oberhalb Rigas schiffbar, während der obere Teil des Stromes nur flachen Booten und Flößen gestattet, die im Strombett vorhandenen natürlichen Hindernisse zu überwinden und eine Talfahrt zu riskieren. Wiewohl die Schiffbarmachung der Düna seit mehr als 100 Jahren geplant wird<sup>2</sup>, so ist doch diese, für die Entwicklung Rigas und seines Hinterlandes äußerst wichtige Frage bis heute im Stadium der Verhandlungen und Vorbereitungen stecken geblieben<sup>3</sup>.

Ist schon die wichtige Düna nicht in ihrer ganzen, Livland berührenden Länge der Schifffahrt zugänglich gemacht worden, so gilt das Gleiche für die zahlreichen, aber unregulierten Flüsse Livlands. Der Embach ist zwar von Dorpat bis zu seiner Mündung in den größten Landsee Europas, den Peipus, schiffbar, nicht aber in seinem, von Dorpat bis zum Wirzjäärwsee reichenden Oberlauf, auf dem höchstens kleine Schlepp-

<sup>1</sup> „Wörterbuch der Volkswirtschaft“, herausg. von Prof. Dr. L. Elster, 3. Aufl. 1. Band 1911, S. 759.

In Rußland, Finnland eingeschlossen, kamen im Jahre 1907 auf 100 qkm 1,1 und auf 10 000 Einwohner 5,5 Kilometer Eisenbahn. „Handwörterbuch der Staatswissenschaft“, 3. Aufl. 3. Band, 1909, S. 901.

<sup>2</sup> Alexander Tobien: „Ergebnisse der Rigaer Handelsstatistik aus den Jahren 1866—1891“. Riga 1893, S. 7.

<sup>3</sup> A. Pabst: „Die Wasserstraße Riga—Cherson und die Projekte für ein großes russisches Wasserstraßennetz“, Riga, 1909. Rigaer Handels-Archiv, 39. Jahrgang 1912, S. 82 ff. und 41. Jahrgang 1914, S. 386; Bruno von Gernet: „Die Bedeutung der Wasserstraße Riga—Cherson für das wirtschaftliche Leben Rußlands“ (russisch), Riga 1914.

Ingenieur K. Siewert: „Riga—Cherson, als Glied des Wasserstraßennetzes Mittel-Ost-Europas und die Ausnutzung seiner Wasserkräfte“, Riga 1918.

dampfer verkehren können. Der Pernaufluß ist bloß von seiner Mündung an bis zur Stadt Pernau Dampfern zugänglich. Der im Mittelalter von Schiffen befahrene, Livland durchquerende Wasserweg Pernau—Peipus (205 Werst=217 Kilometer) ist sonach heute verkümmert und verwahrlost, wiewohl seit dem Ende des 18. Jahrhunderts wiederholt Versuche gemacht worden sind, diese alte Wasserstraße zu neuem Leben zu erwecken<sup>1</sup>.

Selbst der spezifische Fluß Livlands, die Aa, der in seiner gesamten, 380 Kilometer betragenden Länge das Zentrum Livlands durchströmt, kann nur mit Flößen befahren werden. Auch der, dank der Tatkraft zweier livländischer Edelleute<sup>2</sup> erbaute, im Jahre 1903 vollendete Düna-Aa-Kanal, der die Aa mit der Düna verbindet<sup>3</sup>, dient ausschließlich demselben primitiven Verkehr<sup>4</sup>.

Noch heute sind mithin die Wasserwege Livlands dem Handelsverkehr in äußerst geringem Maße erschlossen. Selbst der Bau von Chausseen ist sehr beschränkt geblieben<sup>5</sup>, weil die Ritterschaft erst spät die formale Möglichkeit gewann, die Sache in die Hand zu nehmen. Nicht früher als im Jahre 1898 hielt die Staatsregierung es für zeitgemäß, eine geordnete Wegewirtschaft ins Leben zu rufen. Sie regelte durch Gesetz<sup>6</sup> die Erhebung besonderer Landessteuern zur Deckung der wesentlichsten Bedürfnisse des neu-organisierten Verwaltungszweiges, bewilligte Zuschüsse aus Reichsmitteln und übertrug die Pflege des Wegebauwesens ritterschaftlichen Organen, die in dieser Hinsicht einer, ad hoc geschaffenen Regierungsinstanz, der Gouvernements-Wegebehörde, unterstellt wurden. Hiermit war der ritterschaftlichen Provinzialverwaltung eine neue, sehr dankenswerte Aufgabe gestellt, die sie im Interesse des Landes freudig ergriff und alsbald einer glücklichen Lösung entgegengeführt hätte, wenn nicht lokaler Bürokratismus ihr in den Arm gefallen wäre<sup>7</sup>. Es wurde dem residierenden Landrat Arved von Oettingen und dem Landmarschall Baron Meyendorff<sup>8</sup> nicht leicht, den in der gouvernementalen Aufsichtsinstanz zu Tage tretenden, das klare Recht beugenden Widerstand zu beseitigen, allein schließlich gelang es doch, weil Meyendorffs Darlegung der Sache in Petersburg entscheidenden Eindruck machte. Die im Schloß zu Riga vom Zaun gebrochene Streitfrage der Abgrenzung des Kompetenzgebietes der ritter-

<sup>1</sup> „Bericht der kaiserl. Livländ. Gemeinnützigen und Ökonomischen Sozietät für das Jahr 1907 und des Livl. -Estländischen Bureaus für Landeskultur“, Dorpat 1908, S. 72 ff.

<sup>2</sup> Friedrich Graf Berg-Schloß-Sagnitz und Arthur von zur Mühlen-Groß-Congota.

<sup>3</sup> A. von zur Mühlen: „Über Wasserwege als Mittel zur Hebung der wirtsch. Krisis in Livland“, „Baltische Wochenschrift für Landwirtschaft, Gewerbeleiß und Handel“, Jahrgang 1894, Nr. 17, Dorpat.

<sup>4</sup> Kupffer: „Landeskunde“, S. 45 ff. und 443; „Rigaer Handels-Archiv“ 41. Jahrgang 1914, S. 171.

<sup>5</sup> Größere Chausseen gibt es in Livland nur in einer Ausdehnung von 241½ Werst = 256 Kilometern; Kupffer: a. a. O. S. 443 Oskar Mertens: „Die Verkehrswege“ usw., S. 123.

<sup>6</sup> Kaiserlich am 21. Dezember 1898 bestätigtes Reichsratsgutachten, „Sammlung der für Livland wesentlichsten Verordnungen in nicht-offizieller deutscher Übersetzung. 1. Januar bis 31. Dezember 1899“ Riga, 1900, S. 104 Nr. 9. Kropotkin, „Die Wegebaukunst“ usw., S. 30 ff.

<sup>7</sup> In der Person des Regierungs-Ingenieurs Eisenstein.

<sup>8</sup> Band I S. 24 u. 69.



schaftlichen Organe einerseits, der gouvernementalen Wegebehörde andererseits, welcher der unfähige Gouverneur, General Paschkow<sup>1</sup>, nicht Herr zu werden verstand, wurde zu Gunsten der Ritterschaft entschieden<sup>2</sup>. Seitdem nahm die Wegebauwirtschaft einen günstigen Verlauf<sup>3</sup> und hätte zur vollsten Zufriedenheit aller Bewohner Livlands entwickelt werden können, wenn es der Ritterschaft auch gelungen wäre, für den von ihr vorbereiteten, so notwendigen Ausgleich der ungleich verteilten Wegebaulast die gesetzliche Unterlage zu erwirken. Allein, trotzdem es in Petersburg bekannt war, daß dieser Ausgleich von der ländlichen Bevölkerung Livlands lange ersehnt wurde, hielt man es dort, wie wir gesehen haben<sup>4</sup>, doch nicht für zwingend, dem Antrage der Ritterschaft nachzugeben, weil angeblich die inneren Gouvernements des Reichs für eine so tief greifende Reform, wie die rationelle Umgestaltung des Brücken- und Wegebaues, noch nicht reif seien. Und die staatliche Beamtenschaft, von Unifizierungsgedanken so weitgehend erfüllt, daß sie bestrebt war, in Rußland, wo Polarfüchse ebenso gedeihen, wie Weintrauben, alles gleich zu machen, versagte Livland die Genehmigung zu Reformen lediglich deshalb, weil deren Ergebnisse zu grellen Unterschieden zwischen den Grenzländern und dem Inneren des Reichs geführt hätten. Livland, die „wertvollste Perle in der Krone“<sup>5</sup> des Zaren, durfte nicht die russischen Gouvernements des Reiches überstrahlen!

---

<sup>1</sup> Band I S. 169.

<sup>2</sup> Tagebuch Meyendorffs, Eintragung vom 27. Januar 1903, „Der Bericht über das Wegebaukapital“, Druckvorlage für den livl. Landtag 1902, S. 7 und für den livl. Landtag Juli 1905, S. 1 ff.

<sup>3</sup> „Bericht des Landratskolleg. betr. die Reorganisation der Wegebauwirtschaft“, Druckvorlage für den livl. Landtag 1914.

<sup>4</sup> S. oben S. 104.

<sup>5</sup> Beispiel Sinowjews, Band I S. 156.

## ZWEITER TEIL

# Die Folgen der russischen Regierungspolitik und ihres Leitsatzes: divide et impera

### 1. Kapitel

## Das Verhältnis der Letten zu ihren deutschen Heimatgenossen

### Herrnhut in Livland

Bestand auch zwischen den Herren und den Dienenden eine nationale Verschiedenheit, so hat diese Tatsache doch, wie wir nachgewiesen zu haben glauben<sup>1</sup>, nicht als erschwerendes Moment auf die livländischen ländlichen Zustände eingewirkt. In den Agrarstaaten des westlichen Europa war das Verhältnis der Gutsherren zu ihren Bauern, auf das es im wesentlichen ankommt, nicht anders als in Livland<sup>2</sup>. Auch die Fronhofverfassung, die als unerträgliche, den Bauernstand am Emporkommen hindernde Last geschildert zu werden pflegt<sup>3</sup>, war in Livland keineswegs drückender als anderswo<sup>4</sup>. Ihre Geschichte bietet dem objektiven Beurteiler, der nicht in den häufig vorkommenden Fehler verfällt, Einrichtungen entlegener Zeiten nach modernem Maßstabe zu bewerten, auch gute Seiten. Sie faßte die für die ländliche Großwirtschaft nötigen Arbeitskräfte zu geschlossenen Körperschaften zusammen, um sie bei dem wechselnden Arbeitsbedürfnis stets für die Zeit der Saat und Ernte bereit zu haben. Die Bauernschaft eines Rittergutes bildete einen Wirtschaftsorganismus, der den Bauernwirten die Führung einer eigenen Landwirtschaft und damit eine gewisse Unabhängigkeit sicherte. Die gemeinsame Arbeit hatte den Fronknechten eine eigenartige soziale Ausprägung verliehen. Die Gleichartigkeit und Disziplinierung des Tagewerks schuf eine gleichartige Denkweise und

<sup>1</sup> Oben.

<sup>2</sup> Alexander von Tobien: „Die Leibeigenschaft in deutschen Territorien und in Livland“, Zweites Baltenheft, Beilage zu den Ostdeutschen Monatsheften, Danzig-Berlin 1924.

<sup>3</sup> Dr. Oskar Siebeck: „Der Frondienst als Arbeitssystem“. Ergänzungsheft XIII zur Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft, Tübingen 1904, S. 1.

<sup>4</sup> Wie Oskar Grosberg: „Konzeption und Vollendung des lettischen nationalen Gedankens“, Rigasche Rundschau, Jahrgang 1923, Nr. 214, richtig betont.

rief unter den gebundenen Arbeitern einen esprit de corps hervor. Mit derselben Arbeit pflanzte sich dieselbe Denkweise, dieselbe Empfindung fort<sup>1</sup>. Hieraus erklärt sich die Tatsache, daß die erste nationale Regung des lettischen und estnischen Volkes schon in der Epoche der Unfreiheit im 18. Jahrhundert in die Erscheinung trat. Sie schwoll alsdann unter der zwar von der Gutsuntertänigkeit befreiten, aber unter dem Druck der neugebildeten Fronwirtschaft (1819—1865) leidenden<sup>2</sup> bäuerlichen Bevölkerung mächtig an. Sie machte schließlich dann einer ganz anderen nationalen Bewegung Platz, als die Naturalwirtschaft der Geldwirtschaft gewichen, die Zahl der bäuerlichen Hofeigentümer gewachsen, das wirtschaftliche und soziale Gedeihen des flachen Landes ein Machtfaktor geworden war.

Ogleich die erste nationale Bewegung der Esten und Letten sich auf kirchlichem Gebiete abspielte, so trug sie doch weit mehr einen sozialen, als einen kirchlichen Charakter. Es war dieses die im 18. und im 19. Jahrhundert so viel behandelte Herrnhutische Bewegung.

Die „Herrnhuter“ waren Nachkommen der alten Böhmisches Brüder und wanderten, ihres Zusammenhanges mit den Hussiten kaum mehr bewußt, zu Beginn des 18. Jahrhunderts aus Mähren in die sächsische Oberlausitz aus. Sie siedelten sich auf dem, dem Grafen Nikolaus Zinzendorf gehörigen, Gut Berthelsdorf an und legten dort 1712 den Grund zum Ort Herrnhut, nach dem sie bezeichnet zu werden pflegten, während sie sich selbst Evangelische Brüdergemeinde, Brüder-Unität (-Sozietät) nannten. Durch Nachschub aus Mähren und Zuzug aus Deutschland wuchs in der Zeit des Pietismus der Ort Herrnhut mächtig an. Die Mährischen Brüder oder Herrnhuter erachteten sich grundsätzlich als Glieder der sächsischen Landeskirche und nahmen an deren gottesdienstlichen Lebensäußerungen teil, bildeten aber innerhalb der lutherischen Landeskirche eine eigene Glaubensgemeinschaft, deren Dogma in der Hauptsache wohl das der Lutheraner war, aber doch in Einzelheiten, auf die wir hier nicht eingehen können, abwich. Das Ideal des Gründers der Brüdergemeinde, des Grafen Zinzendorf, war innerkirchliche Gemeinschaft: „ecclesiola in ecclesia“<sup>3</sup>.

In Liv- und Estland hatten die schweren Drangsale des Nordischen Krieges die Gemüter zu ernster Einkehr gestimmt und eine Steigerung des kirchlichen Sinnes

<sup>1</sup> Karl Bücher: „Die Entstehung der Volkswirtschaft. Vorträge und Versuche“, Tübingen 1904, S. 125 u. 377.

<sup>2</sup> C. Hehn: „Die Intensität der livländischen Landwirtschaft“, Abt. I. „Der Grund und Boden und die Arbeit“. Dorpater Magister-Dissertation, Dorpat 1858, S. 96 ff.

(v. Hueck): „Darstellung der landwirtschaftlichen Verhältnisse in Est-, Liv- und Kurland“, Leipzig 1845, S. 160 ff.

<sup>3</sup> Johann Heinrich Kurtz: „Lehrbuch der Kirchengeschichte“, 14. Aufl., herausg. von R. Bonwetsch u. P. Tschackert. II. Bd.: „Seit der Reformation“, bearb. von P. Tschackert, Leipzig 1906, S. 287 ff.

„Die Religion in Geschichte und Gegenwart“, Handwörterbuch, herausg. von Fr. M. Schiele und L. Zscharnack; II. Band Tübingen 1910, Sp. 2142 ff.

erzeugt<sup>1</sup>. Zugleich war von der im Gefolge des verwüstenden Krieges verheerend auf tretenden Pest<sup>2</sup> unter den Predigern dieses Gebietes so stark aufgeräumt worden, daß sich nach dem Frieden von 1721 nur ein Bruchteil von ihnen am Leben befand. Die hierdurch entstandene Lücke wurde mit Kandidaten aus Halle, Jena und Königsberg ausgefüllt, die alle dem Pietismus zugetan waren und diesen nach Livland und Estland verpflanzten. Der Pietismus aber, jene religiöse Richtung, die eine „Entwertung der Kirchlichkeit“ zur Folge hatte<sup>3</sup>, bahnte der Brüdergemeinde hierher den Weg.

Es war namentlich der Pastor Johann Justus Grüner<sup>4</sup> zu Kremon in Livland, der 1729 den Diakon Christian David, seines Berufes ein Zimmermann, nach Livland berief, damit er und seine zwei Gehilfen auf dem Pastorat Kremon als Lehrer und Seelsorger arbeiteten und die Letten heilsam beeinflussen. Grüner und David verstanden sich jedoch auf die Dauer nicht, weshalb die zugereisten Brüder<sup>5</sup> Wolmarshof in Livland aufsuchten, wo die Generalin von Hallart den gastlichen Mittelpunkt einer ausgedehnten Wirksamkeit der Herrnhutischen Brüder begründete<sup>6</sup>. Hiermit hatte die neue Bewegung im livländischen Adel einen festen Stützpunkt gewonnen, dem sie ihre Einwurzelung, Erhaltung und Ausbreitung dankte<sup>7</sup>.

Neben der Generalin von Hallart war es in besonderem Maße der General und Landrat Johann Balthasar von Campenhausen<sup>8</sup>, der die Brüdergemeinde mit seinem

<sup>1</sup> Prof. Dr. Th. Harnack: „Die lutherische Kirche Livlands und die Herrnhutische Brüdergemeinde. Ein Beitrag zur Kirchengeschichte neuerer und neuester Zeit“, Erlangen 1860, S. 22.

<sup>2</sup> Band I S. 1.

<sup>3</sup> Schiele-Zscharnack: Handwörterbuch usw., 4. Band 1913, Spalte 1597.

<sup>4</sup> Geb. 1697 im Halberstädtchen. Erich Seuberlich: „Stammtafeln deutsch-baltischer Geschlechter“. I. Band. Riga 1924, S. 126.

<sup>5</sup> Ihr Schicksal in Riga, wo sie sich, bevor sie Kremon erreichten, aufhielten, erzählt Harnack, a. a. O. S. 27 anders, als Hermann Baron Bruiningk: „Das Geschlecht von Bruiningk in Livland“, Riga 1913, S. 113, der offenbar das Richtige trifft.

<sup>6</sup> Harnack, a. a. O. S. 29. Magdalena Elisabeth von Hallart war nicht, wie Harnack a. a. O. S. 30 irrtümlich annimmt, aus Sachsen gebürtig, sondern 1683. Juli 4. zu Kortenhof in Livland als Tochter des Gustav von Bülow und seiner Gattin Magdalena von Patkul geboren. Bruiningk, a. a. O. S. 145 Anm. Sie war in erster Ehe mit dem Oberstleutnant Hans Georg Leyon vermählt (L. von Stryk: „Beiträge zur Geschichte der Rittergüter Livlands“, II. Teil, Dresden 1885, S. 184), in zweiter Ehe mit dem General Freiherrn Nikolaus von Hallart, der im Dienste König Augusts von Polen, später in dem Peters des Großen stand, 1700 Narva belagerte, 1709 an der Schlacht bei Poltawa teilnahm und 1725 von Katharina I das Rittergut Wolmarshof bei Wolmar in Livland dotiert erhielt. Er ist am 27. Mai 1727 gestorben und in der lutherischen Kirche zu Wolmar beigesetzt worden. Seine Gemahlin starb am 18. Januar 1750 zu Wolmarshof. Dr. Fr. Bienemann jun.: „Das Tagebuch des Generals von Hallart über die Belagerung und Schlacht bei Narva 1700“, Reval 1894, S. 2.

<sup>7</sup> Harnack: a. a. O. S. 29 Anm.

<sup>8</sup> Geb. in Stockholm am 30. Juni 1689, gest. zu St. Petersburg am 28. Januar 1758. Anfangs auch im Dienste Karls XII. stehend, trat er 1711 in russische Dienste, wurde 1742 Generalleutnant und Generalgouverneur der damals von russischen Truppen besetzten schwedischen Anteile von Finnland. Seit 1721 livl. Landrat, hat er sich um die Wiederherstellung des Rigaschen Lyzeums verdient gemacht. Im Jahre 1728 erwarb er von der Generalin Hallart das Gut Orellen im Kirchspiel Roop und erhielt 1745 von der Kaiserin Elisabeth das im Kirchspiel Wenden belegene Rittergut Lenzenhof geschenkt. L. von Stryk: „Beiträge zur Geschichte der Rittergüter Livlands“. II. Teil, S. 184 und S. 341. Ernst Baron

großen Einfluß unterstützte<sup>1</sup>, wobei ihm ein Glied der Brüdergemeinde zur Seite stand<sup>2</sup>. Seine Söhne und Großsöhne wirkten im Sinne des Vaters und Großvaters weiter fort. Unter ihnen war es namentlich Hermann von Campenhausen auf Orellen, der, in den Lehranstalten der Brüdergemeinde in Nisky und Barby erzogen<sup>3</sup>, die Bestrebungen der Herrnhuter förderte. Wie das Geschlecht von Campenhausen tatkräftige Förderer der Brüdergemeinde in sich schloß, so auch das der von Bruiningk.

Der in der Geschichte Livlands rühmlich bekannte Generalsuperintendent Heinrich Brüningk<sup>4</sup>, Schwager des oben erwähnten Generals Balthasar von Campenhausen, war den Mährischen Brüdern wohlwollend gesinnt<sup>5</sup>, sein zweiter Sohn Friedrich Justin widmete sich ganz der Brüdergemeinde, der er 1741 mit seiner Gattin förmlich beitrug. Er war seit 1735 Pastor zu Wolmar, seit 1736 Assessor des livländischen Oberkonsistoriums und Probst, seit 1743 Vorsteher der Brüdergemeinde in Südlivland. Um noch mehr der Sache der Brüdergemeinde dienen zu können, legte er gegen Ende 1746 seine Ämter als Pastor zu Wolmar, Propst und Assessor des Oberkonsistoriums nieder und nahm in Ronneburg-Neuhof<sup>6</sup> in Livland seinen Wohnsitz, weil dort, ebenso wie in Wolmar und Wolmarshof, die Herrnhuter sich in großer Zahl niedergelassen hatten. Zwölf Jahre später siedelte er nach Brinkenhof im Kirchspiel Wendau über, das ebenso den Mittelpunkt für die Mährischen Brüder in Nordlivland bildete, wie Wolmar nebst Ronneburg-Neuhof in Südlivland. Als bald zog er wieder nach Südlivland zurück, kaufte das neben Ronneburg-Neuhof belegene Rittergut Wesselshof und bestimmte in dem von ihm erbauten neuen Wohnhause einen Saal für den Dienst der Brüdergemeinde, der er sein am 28. Februar 1774 abschließendes Leben ganz geweiht hatte<sup>7</sup>.

---

Campenhausen-Loddiger: „Geschichte des Geschlechts der von Campenhausen“, als Manuskript gedruckt. Riga 1908, S. 32 ff.

<sup>1</sup> Hermann Plitt: „Die Brüdergemeinde und die lutherische Kirche in Livland. Schutzschrift für das Diasporawerk. Eine Erwiderung auf die Schrift von Th. Harnack“ Gotha 1861, S. 98 ff.

<sup>2</sup> Der cand. Buntebart, der als Hauslehrer in sein Haus gekommen war. Dr. C. Chr. Ulmann: „Zur Geschichte der Volksbildung und der Landschulen in Livland“. In „Mitteilungen und Nachrichten für die evangelische Geistlichkeit Rußlands“, VII. Band 1847, S. 154 u. 163.

<sup>3</sup> Geb. am 9. Mai 1773, erzogen in Nisky und Barby, studierte 1792–95 in Halle, wurde 1798 Legationsrat beim Reichstag zu Regensburg, 1805 Kreisdeputierter, 1815 Assessor des livländischen Oberkonsistoriums, 1824 Landrat, 1829 Glied der Kommission zur Ausarbeitung des Kirchengesetzes für die evangelisch-lutherische Kirche Rußlands, 1833 Präsident des livländischen Oberkonsistoriums. Gest. am 27. Sept. 1836. Dr. K. L. Grave, Nekrolog in den „Mitteilungen aus dem Gebiet der Geschichte Liv-, Est- und Kurlands“. I. Band 1840, S. 50 ff. Campenhausen-Loddiger: „Geschichte des Geschlechts der von Campenhausen“, S. 45 ff.

<sup>4</sup> Sohn des Narvaschen Ratsherrn Heinrich Brüningk, geb. 1675 Juli 7. zu Narva, gest. 1736 Jan. 24. zu Riga, erster livländischer Generalsuperintendent zu russischer Zeit von 1711–1736. Bruiningk: „Das Geschlecht von Bruiningk“ usw., S. 33 und 103 ff.

<sup>5</sup> Bruiningk: a. a. O., S. 114.

<sup>6</sup> Dieses Rittergut gehörte damals dem Generalfeldmarschall Fürst Trubetzkoi. Stryk: a. a. O., S. 303.

<sup>7</sup> Bruiningk: a. a. O. S. 40 und 151 ff.

Seine Kinder ließ Friedrich Justin Brüningk<sup>1</sup> im Geist und in der Pflege der „Gemeine“ aufwachsen, mit der sie so sehr verschmolzen, daß sämtliche Glieder dieses Zweiges, Männer wie Frauen, entweder dem engeren Gemeindeverband angehört<sup>2</sup>, oder doch zu ihm in nahen Beziehungen gestanden haben<sup>3</sup>.

Auch die Glieder des Geschlechts von Bruiningk haben meist ihre Bildung des Geistes und Charakters in den Erziehungsanstalten der Brüdergemeinde genossen und dort Freundschaftsbeziehungen fürs Leben geschlossen<sup>4</sup>. Unter ihnen hat sich namentlich der in der Geschichte Livlands hervorragende Landrat Karl Axel Christer Freiherr von Bruiningk<sup>5</sup> als Freund der Brüdergemeinde warm betätigt. Er, der mit ihr in steter Fühlung stand und von dem Erfolg der Gemeintätigkeit unter den estnischen Bauern aus eigener Anschauung Kenntnis gewonnen hatte, trat, als der von der russischen Regierung den Herrnhutern gewährte Rechtsschutz im Jahre 1836 in Frage gestellt wurde, für die Brüdergemeinde kraftvoll ein<sup>6</sup>.

Neben den Geschlechtern von Campenhausen und von Bruiningk waren auch die Familien: Baron Ungern-Sternberg, von Gavel<sup>7</sup>, von Samson-Himmeltstjerna<sup>8</sup>, von Rennenkampff<sup>9</sup>, von Hagemeister<sup>10</sup>, von Schwebs<sup>11</sup>, und

<sup>1</sup> Über die Verleihung des Adels an alle Glieder der Familie Brüningk, die sich später von Bruiningk schrieben, siehe Bruiningk, a. a. O. S. 17 ff.

<sup>2</sup> So namentlich Adam Heinrich von Bruiningk, der zweite Sohn des Pastors zu Wolmar Friedrich Justin, der es, in Deutschland lebend, bis zum Bischof der Brüderkirche gebracht hat. Ebenda, S. 48.

<sup>3</sup> Ebenda, S. 156.

<sup>4</sup> Ebenda, S. 161, 162 und 163.

<sup>5</sup> Band I S. 320.

<sup>6</sup> Bruiningk a. a. O. S. 191 und 213.

<sup>7</sup> Der Kapitän Karl Gustav von Gavel, der mit Friedrich Justin Bruiningk verwandt war, hatte das Gut Ronneburg-Neuhof, wo die Brüdergemeinde eine wohnliche Stätte fand, in Pacht. Das im Norden Livlands belegene Rittergut Brinkenhof, das ebenso wie Ronneburg-Neuhof den Herrnhutern eine Heimat wurde, gehörte dem Sohne Karl Gustavs, dem Hofgerichtsassessor Karl Fabian von Gavel, der den Mährischen Brüdern das Recht einräumte, sich in Brinkenhof niederzulassen, wo von ihnen der Hauptsitz im nördlichen Livland, den sie „Seitenschrein“ nannten, begründet wurde. Stryk: „Gütergeschichte usw.“ I S. 174. Bruiningk, a. a. O. S. 152.

<sup>8</sup> Reinhold Johann Ludwig von Samson-Himmeltstjerna, der geschichtlich bekannte Verfasser der livländischen Bauernverordnung von 1819, der ausgezeichnete Jurist, Präsident des livländischen Konsistoriums (Tobien: „Die Agrargesetzgebung usw.“ I, S. 346), war ein Beschützer und Gönner der Herrnhuter. Maurach, Carl: „Eines livl. Pastors Leben u. Streben, Kämpfen und Leiden“, Leipzig 1900, S. 186.

<sup>9</sup> Der livländische Ritterschaftsnotar Karl Christer Wilhelm von Rennenkampff, der 1814 Anna Henriette von Bruiningk, Tochter des Pastors Friedrich Justin heiratete, war Glied der Brüdergemeinde. Bruiningk: a. a. O., S. 155.

<sup>10</sup> August von Hagemeister, geb. 1785, gest. 1869, der spätere Landmarschall (1842—44), hatte 1841 als Kreisdeputierter den Antrag gestellt: den Herrnhutern freieren Spielraum zur Betätigung ihres Wesens zu gewähren. C. von Rautenfeld: „Die livländischen Landmarschälle“, Baltische Monatsschrift, 47. Band 1899, S. 205. Tobien: „Die Agrargesetzgebung“ usw. II S. 45. Bruiningk: a. a. O., S. 213 Anm.

<sup>11</sup> Friedrich von Schwebs, geb. 1801, gest. 1885, seit 1845 Vizepräsident des livländischen Hofgerichts (Album Academicum der Univers. Dorpat, Nr. 1295), war ein naher Freund und Gesinnungsgenosse des Landrats Karl Axel Christer Baron Bruiningk. Bruiningk a. a. O., S. 224.

andere livländische Adelsfamilien nach herrnhutischem Zeugnis Wohltäter der Brüdergemeinde<sup>1</sup>. Edelleute Livlands haben vielfach Grundstücke und Material zur Erbauung von Bethäusern ungebeten hergegeben, oder baufällige gottesdienstliche Stätten renoviert<sup>2</sup>.

Die dem Herrnhutertum wohlgeneigten Rittergutsbesitzer ließen sich jedoch nicht nur an der geistigen Pflege des Landvolks genügen, sondern suchten auch die materielle Lage der Bauernschaft zu heben.

Balthasar von Campenhausen, ein Sohn des einflußreichen Protektors der Brüdergemeinde, war es, der, wie wir gesehen haben<sup>3</sup>, in seinem Testament vom Jahre 1799 seine Söhne ermahnte, ihre erbuntertänigen Bauern als von Gott ihnen anvertraute Kinder zu pflegen, und Ludolf August Baron Bruiningk, ein humaner Gutsherr, war es, der 1779 mit seinen Bauern eine Vereinbarung schloß, die ihrer Zeit vorauseilend diesen vorteilhaft war<sup>4</sup>. Viel weiter ging sein Sohn Karl Axel Christer, der warme Freund der Brüdergemeinde, der als Student, von der modernen Humanitätsidee ergriffen, für die Bauernbefreiung eintrat<sup>5</sup> und später in der Geschichte des livländischen Bauernschutzes eine rühmliche Rolle gespielt hat<sup>6</sup>. In demselben Geiste waren seine Gesinnungsgenossen Reinhold Johann Ludwig von Samson-Himmelstjerna<sup>7</sup>, August und Heinrich von Hagemeister<sup>8</sup>, sowie Gustav Reinhold von Rennenkampff<sup>9</sup> auf dem Gebiete des bauerlichen Rechtsschutzes kraftvoll tätig.

Es ist daher vollkommen unzutreffend, wenn gesagt worden ist: die zahl- und einflußreichen adligen Anhänger der Brüder-Sozietät hätten nicht daran gedacht, auf eine Besserung der Agrarzustände, geschweige denn auf eine Beschränkung oder Abschaffung der Leibeigenschaft einzuwirken und dadurch mit den Ideen der Zeit Kontakt zu gewinnen<sup>10</sup>. Diese Behauptung ist irreführend, denn in den vierziger Jahren des 19. Jahrhunderts, da, wie wir sehen werden, das Herrnhutertum in Livland den Höhepunkt seiner Entwicklung erreichte, hielt der größere Teil des livländischen Adels zu ihm<sup>11</sup> und bildete zugleich die Gefolgschaft Hamilkar von Foelkersahms, des willensstarken Reformators der agrarischen Zustände Livlands<sup>12</sup>.

<sup>1</sup> Harnack: „Die luther. Kirche Livlands und die herrnhutische Brüdergemeinde“ usw., S. 29 Anmerkung

<sup>2</sup> E. A. Bourquin: „Der Agitator Ballohd und das Herrnhutertum in Livland“, Nisky 1870, S. 10; Harnack: a. a. O. S. 45 Anmerkung.

<sup>3</sup> Siehe oben S. 31.

<sup>4</sup> Vgl. oben S. 32.

<sup>5</sup> Bruiningk: a. a. O., S. 142.

<sup>6</sup> Tobien: „Die Agrargesetzgebung Livlands im 19. Jahrhundert“, I, S. 340, 414 Anm. und 415; II, S. 41, 50 und 68.

<sup>7</sup> Oben S. 36 u. 120.

<sup>8</sup> Derselbe: a. a. O., I, S. 339, II, S. 41.

<sup>9</sup> Derselbe: a. a. O., I, S. 342.

<sup>10</sup> (Julius Eckardt): „Livland um die Mitte des 19. Jahrhunderts“, Baltische Monatsschrift, 64. Band 1907, S. 5.

<sup>11</sup> Harnack: a. a. O. S. 364.

<sup>12</sup> Tobien: „Die Agrargesetzgebung Livlands usw.“, II, S. 168.

Anders, als der Adel sah die lutherische Geistlichkeit die Sache an. Sie nahm eine wechselnde Stellung zum Herrnhutertum ein.

Nach den furchtbaren Verwüstungen des Nordischen Krieges<sup>1</sup> kam die Geistlichkeit Livlands früher ins Gleichgewicht, als der Adel<sup>2</sup>. Es war dieses zum Teil ein Verdienst der schwedischen Kirchenordnung vom Jahre 1687<sup>3</sup>, die dem Kirchenwesen Livlands eine feste Ordnung verliehen hatte; das Hauptverdienst ist jedoch der Ritterschaft zuzuschreiben, die ungeachtet der Verwirrung, die Krieg und Pest herbeiführten, sich die Wiederherstellung der verwahrlosten Kirche und die Wiederbesetzung der verwaisten Pfarren angelegen sein ließ, obgleich ihre Kassen leer, die staatlichen Kontributionen drückend und die Richterstühle noch unbesetzt waren<sup>4</sup>. Die zur Bekleidung unbesetzter Pfarrämter aus Deutschland berufenen Prediger kamen meist aus Jena oder Halle und waren Schüler Frankes und Spencers gewesen, von denen sie die subjektivistische Gläubigkeit des Pietismus in sich aufgenommen hatten. Einige von ihnen waren mit dem Begründer des Herrnhutertums, dem Grafen Zinzendorf, persönlich bekannt geworden und hatten die Einrichtungen in Herrnhut kennen und schätzen gelernt<sup>5</sup>. So gelangte der Pietismus und mit ihm zugleich das Herrnhutertum nach Liv- und Estland.

Pastor Grüner-Kremon war, wie wir wissen<sup>6</sup>, der erste livländische Prediger, der Mährische Brüder nach Livland zog. Ihm folgte der Adel, der in der Brüdergemeinde keine Gefahr für die Landeskirche erblickte, sondern von ihr emsige Pflege kirchlichen Lebens und christlicher Zucht unter dem infolge des Krieges verwahrlosten Landvolk erwartete. Nur wenige Pastore gab es, die von Anfang an sich zur neuen Bewegung mißtrauisch verhielten<sup>7</sup>. Wie dachten die lutherischen Oberhirten Livlands?

Generalsuperintendent Heinrich Brüningk (1711—1736) war den Herrnhutern zugeneigt<sup>8</sup>. Unter seinem Amtsnachfolger Jakob Benjamin Fischer (1736—1744), der sich dem Wiederaufbau der Volksschule rege widmete<sup>9</sup>, gewann Herrnhut einen vollständigen Sieg. Graf Zinzendorf kam 1736 nach Livland; fast der gesamte Adel fiel ihm zu und auch der Generalsuperintendent ließ sich von dieser hinreißenden und eigenartigen Persönlichkeit, die aus seinem „fürnehmen Humeur“ keinen Hehl machte, zugleich aber ein religiöses Genie und ein Volksmann im weitesten Sinne des Wortes

<sup>1</sup> Band I, S. 1.

<sup>2</sup> P. Baerent: „Die kirchlichen Zustände in der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts“ Baltische Monatschrift, 56. Band, 1903, S. 229.

<sup>3</sup> Vgl. Band I, S. 460 ff.

<sup>4</sup> Baerent: a. a. O., S. 229 ff.

<sup>5</sup> Harnack: a. a. O., S. 27.

<sup>6</sup> Oben S. 118.

<sup>7</sup> Baerent: a. a. O., S. 236.

<sup>8</sup> Bruiningk: a. a. O., S. 33 und 112.

<sup>9</sup> Tobien: „Die Agrargesetzgebung usw.“, I, S. 41.



war<sup>1</sup>, gewinnen. Zwar war Fischer ein streng orthodoxer, allem neuen Wesen abgeneigter Mann, allein er fand doch keinen Grund, der Tätigkeit Herrnhuts irgend welche Hindernisse in den Weg zu legen. Vielmehr glaubte er in den Brüdern wahre Stützen der evangelischen Kirche und der Kirchenzucht erblicken zu dürfen. Die General-Kirchenvisitation, die er 1739 nach den Vorschriften der schwedischen Kirchenordnung hielt, belobte und bestätigte nicht nur die „Sozietät“, sondern empfahl sie auch den Gemeinden zur Nachahmung<sup>2</sup>.

Den eigentlichen Mittel- und Stützpunkt der Wirksamkeit Herrnhuts bildeten die Wolmarschen Anstalten. Zu ihnen gehörten: das von der Generalin von Hallart mit großer Freigiebigkeit gegründete Diakonat zu Wolmarshof; ferner das damit verbundene, zur Ausbildung von lettischen Volksschullehrern bestimmte Schullehrer-Seminar; endlich das auf einem Hügel erbaute Versammlungs- oder Bethaus<sup>3</sup>. Die wirksamste der Anstalten war das Lehrer-Seminar, das 121 Zöglinge aufnehmen konnte und viel besucht wurde.

Und so gedieh denn die Brüdergemeinde in den Jahren 1729 bis 1742 zu immer größerer Blüte, bis dann gegen Ende der Amtsperiode Fischers im Jahre 1742 ein Rückschlag eintrat<sup>4</sup>.

Was war unterdes geschehen?

Die Hauptursachen des Gelingens der Wirksamkeit Herrnhuts in Livland lagen nicht etwa nur in der Begünstigung durch den Adel und in der Wohlgeneigtheit der Geistlichkeit, sondern in den Zeitverhältnissen und in dem von diesen beherrschten estnischen und lettischen Landvolk<sup>5</sup>. Durch die Prediger der orthodoxen Schule vom „rohesten Heidentum“ erlöst und zum evangelischen Christentum nach und nach geführt<sup>6</sup>, waren die Esten und Letten durch die überstandenen schweren Drangsale des Nordischen Krieges zu ernster Einkehr gestimmt. Da kamen die nach Livland berufenen Jünger der Halleschen Schule, die die gelichteten Reihen der alten Prediger ausfüllen sollten und sich alle Mühe gaben, die Gemeinden aufzuwecken<sup>7</sup>. Allein die Arbeit der Schüler Frankes und Speners reichte nicht aus, weil es deren in Livland zu wenige gab und ihre Aufgabe zu schwer war. Unter dem Landvolk herrschten noch immer Unwissenheit und heidnisches Wesen; in der Geistlichkeit aber zählte die dem Pietismus entgegengesetzte starre orthodoxe, der Gemeindepflege abgewandte Richtung ziemlich zahlreiche Vertreter. Der kirchlichen Verwahrlosung Herr zu werden, fiel daher schwer.

<sup>1</sup> „Graf und Gräfin Zinzendorf in Riga, Reval und St. Petersburg“, St. Petersburger Zeitung 1900, Nr. 143 und 144; Rigasche Stadtblätter, Nr. 23 vom Jahre 1900, S. 179.

<sup>2</sup> Harnack: a. a. O., S. 46.

<sup>3</sup> Derselbe: a. a. O., S. 44 ff.

<sup>4</sup> Harnack: a. a. O., S. 77. Die Behauptung, die sich im „Lehrbuch der Kirchengeschichte“ von Joh. Heinr. Kurtz, 14. Aufl., II. Band, 1906, S. 295 findet, daß die erste Blüteperiode Herrnhuts in Livland (1729—43) mit der Vertreibung der Herrnhuter geendet habe, ist in dieser Formulierung unrichtig.

<sup>5</sup> Harnack: a. a. O., S. 55 ff.; „Graf und Gräfin Zinzendorf in Riga, usw.“ a. a. O., S. 180.

<sup>6</sup> Harnack: a. a. O., S. 19.

<sup>7</sup> Harnack: a. a. O., S. 23; Plitt: „Die Brüdergemeinde und die lutherische Kirche in Livland“, S. 96.

Noch im Jahre 1739 bot die vom Oberkirchenvorsteher Landrat General Balthasar Baron Campenhausen im Wolmarschen Kreise geleitete Kirchenvisitation ein düsteres Bild<sup>1</sup>. Das Anerbieten der Mährischen Brüder, den Pastoren in Livland bei der Ausübung der Seelsorge in den häufig sehr großen Gemeinden helfen zu wollen, wurde daher dankbar begrüßt<sup>2</sup>. Die Brüder wußten in der Tat den Herzen des Landvolkes nahe zu kommen und auf dessen Wesen einzugehen. Sie verstanden eine brüderliche geistliche Organisation zu schaffen, die in den sogenannten „Chorgemeinschaften“ und in den Ämtern der „Vorbeter und Helfer“ eine zweckmäßige Gestalt gewann, weil sie den Bauern zu einer religiösen Selbsttätigkeit verhalf, die der Eigenart der Letten und Esten angepaßt war<sup>3</sup>. Die staats- und verwaltungsrechtlich noch unfreien, d. h. unmündigen, einer eigenen Rechtsfähigkeit entbehrenden Bauern durften sich als Glieder einer geschlossenen Gesellschaft fühlen, in der sie sich selbständig bewegen, ja ungeachtet der noch geltenden Schollenpflichtigkeit<sup>4</sup> über die Grenzen der Rittergüter und Kirchspiele hinaus mit Glaubensgenossen verbinden durften<sup>5</sup>. Und wenn auch die „Unität“ von ihnen strengsten Gehorsam forderte, so wurde das doch nicht lästig empfunden, weil der Reiz des Geheimnisvollen das Gefühl der Zusammengehörigkeit steigerte. Hierzu kam, daß das milde und sorgsame Verhalten der die Brüdergemeinde stützenden und wohl auch ihr angehörenden Gutsherren die bauerlichen Mitbrüder sehr hob. Im Herrnhuter verkörperte sich die erste öffentlich anerkannte soziale und nationale Bewegung der Letten und Esten, der eine große geschichtliche Bedeutung zukommt, weil sie auf dem Höhepunkt ihrer Entwicklung, wenn auch nicht das absolute numerische Übergewicht, so doch zweifellos die moralische Herrschaft im Landvolk gewann.

Die zu jener Zeit höchst merkwürdige Tatsache, daß in Liv- und Estland das Herrnhutertum ein sich in gleichem Maße nirgends wiederfindendes Gewicht erreicht hat<sup>6</sup>, bezeugt unzweifelhaft, daß in den Letten und Esten jener Tage eine Lebenskraft steckte, die selbst durch Krieg und Pest nicht wesentlich herabgemindert werden konnte<sup>7</sup>. Diese Lebenskraft, gestärkt durch die lutherische Kirche, vermochte die verschiedenartigsten Elemente, die durch Übersiedelung von Weißrussen, Kleinrussen und Großrussen dem durch Pest entvölkerten Livland zugeführt wurden, aufzusaugen und mit der evangelischen Kirche zu verschmelzen<sup>8</sup>. Ein Landvolk, dessen Physiognomie solche Merkmale aufweist, kann nicht im Zustande der Sklaverei gelebt haben,

<sup>1</sup> Plitt: a. a. O., S. 98 ff.; Baerent: a. a. O., S. 233 u. 235.

<sup>2</sup> Harnack: a. a. O., S. 55.

<sup>3</sup> „Graf und Gräfin Zinzendorf in Riga usw.“: a. a. O., S. 180.

<sup>4</sup> Oben S. 4f. u. 28 ff.; vgl. a. S. 16 ff.

<sup>5</sup> Harnack: a. a. O., S. 56.

<sup>6</sup> Harnack: a. a. O., S. 56.

<sup>7</sup> Diese Ansicht vertritt auch Julius Eckardt: „Livland im achtzehnten Jahrhundert“, Leipzig 1876, S. 423.

<sup>8</sup> Harnack: a. a. O., S. 20; Baerent: a. a. O., S. 229.

von Gutsherren und Pastoren niedergedrückt worden sein, wie Merkel und andere Schriftsteller der Aufklärungsperiode 70 Jahre später glauben zu machen bestrebt waren<sup>1</sup>.

Im Jahre 1738 ließ die „große Erweckung“ nach<sup>2</sup> und eine Reaktion trat ein, die zum großen Teil von den Brüdern selbst verschuldet war. Die vielseitige Gunst, die sie bei Deutschen und Nichtdeutschen, bei Adeligen und Predigern gefunden hatten, trieb sie über die Grenzen hinaus, die ihrer Tätigkeit gesteckt waren<sup>3</sup>. Sie veranstalteten in ihren Bethäusern nicht nur Erbauungsstunden, sondern taufte, trauten und hielten das Abendmahl, den Pastor bei Seite schiebend. Es kam zu einem Umschlag in der Beurteilung der herrnhutischen Wirksamkeit nicht nur in Livland, sondern auch in Deutschland. „Herrnhut tut nicht gut“, hieß es<sup>4</sup>. Generalsuperintendent Fischer, der fast sieben Jahre lang die Wirksamkeit der Herrnhuter eher mit Wohlwollen, als mit Abneigung beobachtet hatte, stellte schließlich im Juni 1742 im livländischen Oberkonsistorium den Antrag: eine Untersuchungskommission niederzusetzen. Diese ordnete eine Umfrage unter den Pastoren an, die über alles, was sie von den Mährischen Brüdern und ihren Anhängern wußten, berichten sollten. Die pastoralen Aussagen, die von 85 Predigern vorlagen, ergaben, daß 50 nichts Belangreiches auszusagen vermochten, weil es in ihren Kirchspielen keine Herrnhuter gab. Von den übrig bleibenden 35 sprachen sich 16 als entschiedene Gegner der Brüdergemeinde aus, während 19 der Lehre und dem Leben der Mährischen Brüder und Schwestern, sowie den von ihnen gewonnenen Deutschen, Letten und Esten warmes Lob spendeten<sup>5</sup>.

Während die Untersuchung dauerte, erschien völlig unerwartet von der Kaiserin Elisabeth am 16. April 1743 der Befehl, alle Versammlungshäuser der Herrnhuter zu schließen und Zusammenkünfte, zu denen nicht jedermann Zutritt habe, zu verbieten. Die Veranlassung zu dieser rigorosen Maßregelung hatte, natürlich wider ihren Willen, die Gräfin Zinzendorf<sup>6</sup> gegeben, die im September 1742 persönlich in Petersburg gewesen war, um für die Brüdergemeinde tätig zu sein, jedoch das Gegenteil ihrer Ziele bewirkte<sup>7</sup>. Als Graf Zinzendorf im Dezember 1743 nach Livland eilte, um sein gefährdetes Werk zu retten, wurden er und sein Sohn nebst Gefolge auf Befehl der Regierung in der Rigaschen Zitadelle interniert und im Januar 1744 über die Grenze geschafft<sup>8</sup>. Hierbei walteten jedoch Schonung und Höflichkeit, weil der Generalgouverneur von Liv- und Estland, Graf Peter de Lacy, den Herrnhutern wohlgesinnt war<sup>9</sup>. Die Stellung-

<sup>1</sup> Oben S. 33 ff.

<sup>2</sup> Plitt: a. a. O., S. 104.

<sup>3</sup> Wie Plitt, der Verteidiger der Herrnhuter gegen Harnack, ohne weiteres zugibt; Plitt: a. a. O., S. 117.

<sup>4</sup> Harnack: a. a. O., S. 74 ff.

<sup>5</sup> Bruiningk: a. a. O., S. 147, der anders rechnet als Harnack: a. a. O., S. 59 ff.

<sup>6</sup> Erdmuthe Dorothea, geb. Gräfin Reuß-Ebersdorf. Bruiningk: a. a. O., S. 146.

<sup>7</sup> Harnack: a. a. O., S. 82 und 102. „Graf und Gräfin Zinzendorf in Riga, usw.“ a. a. O., S. 188.

<sup>8</sup> Harnack: a. a. O., S. 91 und 119.

<sup>9</sup> Bruiningk: a. a. O., S. 150.

nahme der Staatsregierung übte jedoch nachhaltigen Einfluß auf das livländische Oberkonsistorium aus, das die Ergebnisse der Untersuchungskommission in einer an den Generalgouverneur gerichteten Eingabe zusammenfaßte und nichts Geringeres beantragte, als die völlige Ausrottung des Herrnhutertums in Livland und die gerichtliche Verfolgung aller derer, die zu der Brüdergemeinde in Beziehung getreten seien und ihrer Verbreitung Vorschub geleistet hätten<sup>1</sup>. Die Regierung folgte aber diesem weitgehenden Antrage nicht, sondern befahl vielmehr jetzt, da Graf Zinzendorf des Landes verwiesen worden wäre, jedes weitere Verfahren zu unterlassen. Damit waren zwar Maßregelungen von Personen verhütet, allein zugleich auch eine Betätigung der Brüdergemeinde unmöglich gemacht worden. Die Bethäuser blieben geschlossen, die Gönner der Sache zogen sich in die Stille zurück oder wurden durch den Tod abgerufen<sup>2</sup>. Die „Erweckten“ wurden an ihre lutherischen Prediger verwiesen, wenn diese hierauf einzugehen willig waren, wenn nicht, an die lettischen und estnischen „Helfer“. Die dem Herrnhutertum gewogenen livländischen Adeligen hielten jedoch auch weiter zu ihm und suchten die Brüder zu schützen; ebenso diejenigen lutherischen Prediger, die auf seiner Seite standen. Man wollte das „stille“ oder innerliche Werk erhalten wissen und sich von ihm nicht zurückziehen, es sei denn, daß Gewalt gebraucht würde<sup>3</sup>. Daß Gegner Herrnhuts dessen Anhängern das Leben sauer machten, blieb um so weniger aus, als der neue Generalsuperintendent Jakob Andreas Zimmermann (1745–1770) sich im Eifern gegen die Brüdergemeinde nicht genug tun konnte. Er verpflichtete schriftlich sämtliche Predigtamtskandidaten, „alles Schwarmwesen und insbesondere die Herrnhuterei“ zu verwerfen<sup>4</sup>. Die in einzelnen Fällen bis zum Martyrium gestiegenen Maßregelungen<sup>5</sup> verfehlten jedoch nicht nur ihren Zweck, sondern schweißten die Brüder erst recht zusammen. Die Absonderung, der man hatte vorbeugen wollen, wurde gefördert, gleichzeitig freilich eine Heimlichkeit begünstigt, die ihre sehr üblen Seiten hatte, denn die Brüder sahen sich zu einem versteckten Verfahren gezwungen, das sie sonst unterlassen hätten<sup>6</sup>. Aber auch diese drangsalvolle Zeit ging vorüber und wich einem erneuten Aufblühen Herrnhuts. Eine zweite Periode reger Wirksamkeit der Brüdergemeinde beginnt mit dem Jahre 1764.

Katharina II. hatte bald nach ihrer Thronbesteigung im Manifest vom 22. Juli 1763 allen Ausländern den Zugang zu ihrem Reich mit dem Versprechen besonderer Privilegien eröffnet. Noch in demselben Jahr erwies sich die Kaiserin den Herrnhutern besonders gewogen, die sie im Gnadenbrief vom 11. Februar 1764 einlud, sich in Rußland niederzulassen<sup>7</sup>, denn die Errichtung von Kolonien im südlichen Rußland war das Ziel

<sup>1</sup> Harnack: a. a. O., S. 90 und 91.

<sup>2</sup> Derselbe: a. a. O., S. 155.

<sup>3</sup> Plitt: a. a. O., S. 147 ff.

<sup>4</sup> Harnack: a. a. O., S. 156.

<sup>5</sup> Eckardt: „Livland im 18. Jahrhundert“, S. 239 ff.

<sup>6</sup> Bruiningk: a. a. O., S. 451.

<sup>7</sup> Harnack: a. a. O., S. 174 ff.

der aufgeklärten Despotin. Hierdurch hatten freilich die Mährischen Brüder in Livland nicht viel gewonnen, denn in dem Gnadenbrief vom 11. Februar 1764 war nur des südlichen Rußlands, nicht aber auch der Ostseeprovinzen gedacht. An der Koloniegründung in Südrußland lag jedoch den Brüdern in Livland natürlich gar nichts und die bloße Existenzberechtigung genügte ihnen nicht. Sie wollten das Recht gewinnen, für ihre Lehre Propaganda machen zu dürfen, erreichten aber nur die Möglichkeit der Bekenntnisfreiheit und der freien Religionsübung für ihre Person<sup>1</sup>. Immerhin stand der Berufung von Mitgliedern der Brüdergemeinde aus Deutschland nach Livland nichts mehr im Wege und diese Möglichkeit wurde von Gliedern des livländischen Adels, unter dem die Anhänger des Herrnhutertums zunahmen, ausgenutzt. Waren somit die Privilegien vom Jahre 1764 nur von indirektem Nutzen, so doch nicht von geringem. Es war die Zeit des Rationalismus angebrochen, in der die mit Vernunftgründen operierende Landeskirche besonders den Letten und deren gefühlsmäßiger und phantasiereicher Gemütsart nicht genügte<sup>2</sup>.

Aus diesen Gründen wuchs die Brüdergemeinde beständig, obgleich der Generalsuperintendent Jakob Lange (1771—1777), der als Pastor in Wohlfahrt und in Smilten (1737—1770) stets ein ausgeprochener Gegner Herrnhuts gewesen war<sup>3</sup>, der Brüdergemeinde mißtraute. Er währte die livländische Landeskirche durch sie bedroht, weil der in Herrnhut „neu erblühte Vatican“ Aufträge, Befehle und Verordnungen erließ, die für Brüder in Livland maßgebend sein sollten<sup>4</sup>. Die Lage Herrnhuts in Livland gestaltete sich jedoch alsbald günstiger, weil hier die Schule des strengen Alt-Luthertums fast ganz ausstarb und zahlreiche rationalistisch denkende Prediger der herrnhutischen Schöpfung besonders von dem Zeitpunkt an Vorschub leisteten, da in der Person des livländischen Generalsuperintendenten Christian David Lenz<sup>5</sup> ein Gönner der Mährischen Brüder an die Spitze des livländischen Kirchenwesens trat. Dieser glückliche Zeitabschnitt war jedoch nur ein Vorbote der Glanzperiode Herrnhuts, die eintrat, als Alexander I. seinem ermordeten Vater, Kaiser Paul I., am 11./23. März 1801 auf den Zarenthron folgte.

Kaiser Alexander war bekanntlich der Neigung ergeben, nach besonderen Offenbarungen Gottes zu suchen. Er hat bis an sein Lebensende sich von Propheten und Wundermännern die Absichten der göttlichen Vorsehung künden lassen und scheint zeitweilig geglaubt zu haben, selbst göttliche Eingebungen zu empfangen. Die ereignis-

<sup>1</sup> Harnack: a. a. O., S. 177; Plitt: a. a. O., S. 161.

<sup>2</sup> Plitt: a. a. O., S. 161 und 165.

<sup>3</sup> Dr. C. A. Berkholz: „Jakob Lange, Generalsuperintendent in Livland“. Riga 1884, S. 99, 111, 171 und 181.

<sup>4</sup> Derselbe: a. a. O., S. 111.

<sup>5</sup> Geb. zu Köslin in Pommern am 26. Dezember n. St. 1720, studierte 1735 ff. in Halle, kam 1740 nach Livland, war Pastor zu Serben und Seßwegen, wurde 1758 Pastor der deutschen Gemeinde in Dorpat, 1779 Generalsuperintendent, gest. 14. August 1798; C. E. Napiersky: „Beiträge zur Geschichte der Kirchen und Prediger in Livland“, 3. Heft, Mitau 1851, S. 52.

vollen Jahre 1812—1815 fanden in ihm einen für religiöse Eindrücke vorbereiteten Boden<sup>1</sup>. Sein Interesse für die Bibelverbreitung brachte ihn auch mit Gliedern der Brüdergemeinde in Beziehung<sup>2</sup>. Er soll geäußert haben: ihn dünke, die Herrnhuter entsprächen am meisten dem Vorbilde, das er sich von einer der reinen Christenlehre dienenden Gemeinschaft gemacht habe. Er besuchte im Jahre 1813 Herrnhut, wo ihm eine Schar junger Leute vorgestellt wurde, die in einer der deutschen Kolonien Südrußlands oder in Livland gewesen waren<sup>3</sup>.

Seine, Herrnhut wohlgeneigte, Gesinnung wurde in der Folgezeit von russischen einflußreichen Persönlichkeiten gepflegt, die gleich ihm mystischen Regungen ergeben waren. Zu diesen gehörten: Fürst Alexander Golitzin<sup>4</sup> und die historisch genugsam bekannte Livländerin Juliane von Kruedener, geb. von Vietinghoff<sup>5</sup>.

Fürst Alexander Golitzin verwaltete seit 1816 das Ministerium der „Volksaufklärung“, d. h. das Unterrichtsministerium, bis zum 15. Mai 1824, da Admiral Schischkow sein Nachfolger wurde<sup>6</sup>. Golitzin war der älteste Freund Alexanders und dreißig Jahre lang sein Vertrauter, der den schlechten Menschen und Strebern, die den jungen Zaren umgaben, wie z. B. dessen bösem alter ego, dem furchtbaren Tyrann und Erfinder der berühmten Militärkolonien Araktschejew, sowie dem Zerstörer der russischen Universitätsbildung Michael Magnitzky<sup>7</sup>, weit überlegen war. Aber auch er war dem Mystizismus verfallen, handelte unter dessen Einfluß und trug mit dazu bei, daß diese Geistesrichtung sich in den mittleren und höheren Schichten der Gesellschaft Petersburgs verbreitete<sup>8</sup>.

Als Alexander I. nach der Besiegung Napoleons auf der höchsten Stufe irdischen Ruhmes stand, bemächtigte sich seiner eine melancholische Stimmung, die ihn mystischer Anschauungsweise besonders zugänglich machte. Da war es namentlich Frau von Kruedener, die ihn vollends dieser Richtung zuwandte<sup>9</sup>. Sie verschaffte der „Heiligen Allianz“ vom 25. März 1815 in Rußland eine geradezu enthusiastische Zustimmung,

<sup>1</sup> Theodor Schiemann: „Geschichte Rußlands unter Kaiser Nikolaus I.“, Band I. „Kaiser Alexander I. und die Ergebnisse seiner Lebensarbeit“. Berlin, 1904, S. 415 ff.

<sup>2</sup> Ebenda: S. 417, und Plitt: a. a. O., S. 168.

<sup>3</sup> Plitt: a. a. O., S. 170.

<sup>4</sup> Peter von Goetze: „Fürst Alexander Nikolajewitsch Golitzin und seine Zeit“, Leipzig 1882, S. 30.

<sup>5</sup> Barbara Juliane von Kruedener war geboren am 11. März 1764 in Riga, als Tochter des späteren Senators und Wirkl. Geheimrats Otto Hermann von Vietinghoff, des rühmlichst bekannten Schöpfers des Rigaschen Theaters; sie heiratete den russischen Gesandten Burchard Baron Kruedener (siehe über ihn: Carl Theodor Hermann: „Erinnerungen“, Baltische Monatsschrift, 38 Bd. 1891, S. 17) und starb 1824 in der Krim. Über ihr bewegtes und oft behandeltes Leben vergleiche: C. Schirren: „Freiin von Kruedener“, Baltische Monatsschrift, I. Band, 5. Heft 1860, S. 393 ff.

Arend Buchholtz: „Freiin von Kruedeners letzte Jahre“, Rigascher Almanach für 1898.

<sup>6</sup> Goetze: a. a. O., S. 23 und 201 ff.; Schiemann: a. a. O., S. 429.

<sup>7</sup> Goetze: a. a. O., S. 78 ff. und 257 ff.; Schiemann: a. a. O., S. 375 und 430 ff.

<sup>8</sup> Goetze: a. a. O., S. 57.

<sup>9</sup> Schirren: a. a. O., S. 412 ff.; Goetze: a. a. O., S. 31 ff. und S. 43.

ohne daß deren Abschluß jedoch von ihr beeinflußt worden wäre, wie vielfach irrtümlich angenommen wird <sup>1</sup>.

Ebenso wie Kaiser Alexander, war auch Frau von Kruedener zu Herrnhut in Beziehung getreten <sup>2</sup>, dessen Lehren sie durch einen gelegentlich bei ihr Dienst tuenden Schuhmacher kennen und so schätzen gelernt hatte, daß sie als „Bekehrte“ weite Reisen unternahm, predigte, Proselyten machte und weissagte <sup>3</sup>. Auch in Livland, ihrer Heimat, hat die weltberühmte Livländerin Beziehungen zu Herrnhut unterhalten, ist jedoch in der Hauptsache eigene Wege gewandelt, auf denen sie Männer und Frauen aller Stände und Berufsklassen zu Betgesellschaften vereinigte, die sich in ekstatischen Gefühlsäußerungen ergingen, die mit Herrnhut nichts mehr gemein hatten <sup>4</sup>.

In ihren letzten Jahren zog sich Freiin von Kruedener auf ihr in Livland belegenes Rittergut Kosse im Werroschen Kreise zurück, wo sie zahlreiche Bauern um sich versammelte und an sie Ansprachen hielt, die in das Lettische und Estnische übersetzt wurden. Nach dem Gottesdienst wurden die ärmeren Leute gespeist, was natürlich einen großen Zulauf hervorrief <sup>5</sup>.

Die Einstellung des Kaisers und seiner nächsten Vertrauten, sowie die Bemühungen der Unität um volle staatliche Anerkennung, führten zum Gnadenmanifest vom 27. Oktober 1817, das den Gliedern der Brüdergemeinde nicht nur freie Ausübung ihres Glaubens nach ihrer Lehre und Ordnung zusicherte, sondern ihnen auch gestattete, Bethäuser zu errichten, in denen Versammlungen unter der Leitung der Ältesten abgehalten werden durften <sup>6</sup>.

Diese an sich schon erheblichen Rechte versuchten „Protektoren“ der Herrnhuter noch ansehnlich zu erweitern, indem sie eine günstige Gelegenheit benutzten, um dem Minister Fürst Golitzin weitere Zugeständnisse zu entlocken <sup>7</sup>. Sie erreichten in der

<sup>1</sup> Goetze: a. a. O., S. 47; Schiemann: a. a. O., S. 87.

<sup>2</sup> Goetze: a. a. O., S. 38.

<sup>3</sup> Schirren: a. a. O., S. 403.

<sup>4</sup> Arend Buchholtz: „Die Kruedener-Blausche Betgesellschaft in Riga und ein Ausbruch religiöser Verrücktheit in Kolzen“, „Baltische Monatsschrift“, 45. Band, 1898, S. 29 ff. und 96 ff.

(Alexander Buchholtz): „Die Prophetin der Heiligen Allianz in Kurland und Livland 1818—1824“ in dessen „Deutschprotestantische Kämpfe in den Baltischen Provinzen Rußlands“. Leipzig 1888, S. 40 ff.

<sup>5</sup> Buchholtz: „Freiin von Kruedeners letzte Jahre“, a. a. O. S. 36 ff.

<sup>6</sup> Harnack: a. a. O., S. 223.

<sup>7</sup> Goetze: a. a. O., S. 132. Wer die „Protektoren“ waren, berichtet Goetze, dem wir folgen, nicht, wiewohl er, der die rechte Hand des Fürsten Golitzin war, es wissen mußte. Julius Eckardt, der sich auch auf Goetze stützt, behauptet schlechtweg, daß der Graf und spätere Fürst Karl Lieven, den wir als Kurator der Universität Dorpat kennen gelernt haben (Band I, S. 318) und der unter Alexander I. als Präsident des evangelischen Generalkonsistoriums, unter Nikolaus I. (seit 1828) als Minister der Volksaufklärung eine einflußreiche Rolle spielte, zu diesen Protektoren gehört und die Erweiterung der Rechte Herrnhuts durchgesetzt habe; (Julius Eckardt): „Livland um die Mitte des 19. Jahrhunderts“, „Baltische Monatsschrift“ 64. Band, 1907, S. 4. Die Richtigkeit dieser Behauptung hat viel Wahrscheinlichkeit für sich, da Fürst Lieven ein warmer Anhänger der Mährischen Brüder war (Plitt: a. a. O., S. 187), ist jedoch nicht erwiesen.

Tat, daß der Minister dem Kaiser ein zweites Gnadenmanifest unterbreitete, durch das die Herrnhuter in den Ostseeprovinzen von der Wehrpflicht und der Kopfsteuer befreit wurden. Diese Intrige war darauf gerichtet: die Auflösung der evangelischen Kirche in den Ostseeprovinzen in herrnhutische Konventikel herbeizuführen. Zweifellos wäre die bauerliche Bevölkerung, um von der harten Rekrutierung und der schweren Kopfsteuer befreit zu werden, zahlreich dem Herrnhutertum beigetreten, wobei es sich ja nicht um eine Loslösung von der Landeskirche oder einen Religionswechsel gehandelt hätte, denn die Herrnhuter blieben ja stets Glieder der Landeskirche. Die ausfallenden Lasten wären natürlich von dem übrigen, sich nicht zum Herrnhutertum bekennenden Teil der Landbevölkerung zu tragen gewesen. Diese gegen den Bestand der lutherischen Landeskirche in den Ostseeprovinzen gerichtete Machination in ihrer ganzen verderblichen Bedeutung erkennend, erwirkte der Sektionschef im Departement des Kultusministeriums für geistliche Angelegenheiten fremder Konfessionen Peter von Goetze<sup>1</sup> eine vom Kaiser Alexander I. gebilligte ministerielle Interpretation vom 9. Juli 1824, laut der die schwerwiegenden Vergünstigungen nur den 15, aus Deutschland eingewanderten, ordentlichen Mitgliedern der „Brüdergemeinde“, nicht aber auch ihren indigenen Anhängern zu gute kommen sollten<sup>2</sup>.

Ungeachtet dieser einschränkenden Maßnahmen wuchs dennoch die Sozietät sehr erheblich. Sie zählte im Jahre 1818 in Liv- und Estland 31 000 Mitglieder, die in 144 Gemeinschaften zusammengefaßt waren und von 44 „deutschen Geschwistern“ und 1000 „National-Arbeitern“ bedient wurden<sup>3</sup>. Durch einen förmlichen, mittels des Loses entschiedenen Rezeptionsakt wurden die Aspiranten in den „Gnadenbund“ aufgenommen und je nach den Graden der Aufnahme zur Ausübung von Pflichten verbunden. Innerhalb der einzelnen „Gemeinschaften“ war eine streng geordnete, hoch gehaltene und dringlich eingeschärfte Verfassung maßgebend, die nach eigenen Ordnungen von Ältesten und Beamten gehandhabt wurde, deren Einsetzung zu lehramtlicher und seelsorgerischer Tätigkeit ohne Wissen der Landeskirche erfolgte. Die Versammlungen der Brüder und Schwestern waren geschlossene, d. h. für Nichtrezi-

---

<sup>1</sup> Peter Otto von Goetze (Goeze) war am 17./28. Okt. 1793 in Estland geboren, studierte in Dorpat Theologie und Philologie, verließ die Universität als Kandidat der Philologie, tat zunächst im Dorpater Landgericht Dienst und fand 1817 eine Anstellung im Departement für geistliche Angelegenheiten fremder Konfessionen. Durch den späteren Unterrichtsminister Karl Graf Lieven gestürzt, trat er in das Finanzministerium über, an dessen Spitze seit 1823 Graf Georg Cancrin stand. Dort hat Peter von Goetze es bis zum Dirigierenden der Reichsschulden-Tilgungs-Kommission gebracht. In seinen Mußestunden hat er sich mit Erfolg dem Studium der livl. Geschichte zugewandt, ist auch vielfach dichterisch tätig gewesen. Er starb in St. Petersburg in hohem Alter am 20. Dezember 1880. A. Hasselblatt-Otto: „Album Academicum der Kaiserl. Universität Dorpat“, Dorpat 1889, Nr. 595; v. Recke-Napiersky: „Allgem. Schriftsteller- und Gelehrten-Lexikon der Provinzen Livland, Esthland und Curland“, Mitau 1829, S. 81.

Goetze: „Fürst Alexander Golitzin“ etc. — Vorwort und S. 151.

<sup>2</sup> Goetze: a. a. O., S. 134. Harnack: a. a. O., S. 278.

<sup>3</sup> Harnack: a. a. O., S. 185.



pierte unzugänglich. In ihnen wurden eigene Gesangbücher, Andachtsbücher und Liturgien verwandt, eigene Gebräuche beobachtet, eigene, der lutherischen Kirche ganz fremde Feste, wie Liebesmahl und Gedächtnistage, gefeiert, vor allem aber eine eigene scharfe Kirchenzucht geübt, deren höchstes Strafmaß in der schimpflichen und dabei sehr gefürchteten Ausschließung aus der Sozietät gegeben war. Alle „Gemeinschaften“ standen in naher und geordneter Verbindung unter der Leitung der 15 Diakonen aus Herrnhut und der Oberleitung des Presbyters<sup>1</sup>. Stütz- und Mittelpunkt der ganzen herrnhutischen Organisation bildeten die Versammlungen oder „Stunden“, die in den von Gönnern und Anhängern erbauten Bethäusern abgehalten wurden. Es gab drei Arten von „Stunden“: die öffentliche oder „erste Stunde“, zu der jedermann Zutritt hatte, die geschlossene oder die „zweite Stunde“ und die „dritte Stunde“ oder die der Arbeiter und Helfer. Die erste Stunde vereinigte die „Wartenden“ oder die „Vorzubereitenden“, aus deren Reihe nach längerer oder kürzerer Prüfungszeit die Ältesten eine Anzahl „Gereifter“ zur Aufnahme in die „zweite Stunde“ in Vorschlag brachten, jedoch so, daß diese von ihrer Auslese nichts wußten. Das im Leben der Mährischen Brüder eine große Rolle spielende Los entschied endgültig über die Aufnahme in den Kreis der Erwählten. Unter den Vergünstigungen, die den Rezipierten zugute kamen, nahm die „Chorordnung“ als wesentliches Mittel für die spezielle Seelenpflege eine Hauptstelle ein. Es gab „Chöre“ der Eheleute, der Verwitweten und der Ledigen, die ihre eigenen Chorstunden hatten, in denen das halblaute „Durchsprechen“ geübt wurde.

Die „dritte Stunde“ oder die der „Arbeiter und Helfer“ gliederte sich in drei Klassen, je nach den Obliegenheiten der beamteten Brüder. An der Spitze einer jeden so konstruierten Sozietät stand der Diakonus, der die Oberaufsicht über 12–20 Gemeinschaften führte. Den Diakonen war der Presbyter übergeordnet.

Die Zugehörigkeit zu solch einer Organisation mußte dem Sohne des estnischen oder lettischen Landvolks schmeicheln, weil es für ihn zur Zeit der bauerlichen Unfreiheit und auch später, als ihm zwar die staatsbürgerlichen Rechte zuerkannt worden waren (1819), er aber noch nicht die volle Bewegungsfreiheit genoß<sup>2</sup>, keine Möglichkeit gab, sein erwachendes Selbstgefühl geltend zu machen. Auf dieser Vorstufe der Entwicklung zum unabhängigen Staatsbürger war dem Landvolke die Kirche alles: die Quelle seiner Bildung, die Stätte seiner Selbständigkeit, das Element seiner Erholung<sup>3</sup>, vor allem aber die Leiter zum sozialen Aufstieg. Bedenkt man nun noch, daß die Grundanschauungen, die seit 1729 hinsichtlich des Herrnhutertums unter den Bewohnern Livlands umliefen, sich von Geschlecht zu Geschlecht als wertvolles, mit dem Glorienschein des Geheimnisvollen ausgestattetes Erbteil vererbten, und erwägt man, daß die kaiserliche Huld, die dem Herrnhutertum in so reichem Maße und in so manifester Form zuteil geworden war, die damals sozial beengten Esten und Letten hoch emporheben mußte,

<sup>1</sup> Johannes Ewald aus Herrnhut; Harnack: a. a. O. S. 185 und 229.

<sup>2</sup> Tobien: „Die Agrargesetzgebung usw.“ II, S. 98.

<sup>3</sup> Harnack: a. a. O., S. 251.

so läßt sich leicht die Zugkraft verstehen, die dem Herrnhutertum zur Zeit Alexanders I. innewohnte. Sie war um so größer, als die schon in der Bauernverordnung vom Jahre 1804 geschaffenen bäuerlichen Richterposten<sup>1</sup> von den Gutsherren gern mit den zuverlässigen, den Branntweingenuß verabscheuenden Anhängern des Herrnhutertums besetzt wurden<sup>2</sup>.

Der günstige Einfluß, den die „Sozietät“ auf die religiöse und sittliche Kultur des livländischen Landvolkes ausübte, wurde denn auch von den Autoritäten des Landes willig anerkannt. So war es namentlich der Generalsuperintendent Dr. Karl Sonntag<sup>3</sup>, der in Anlaß der feierlichen Verkündigung der Bauernfreiheit in Riga am 6. Januar 1820 eine Festschrift erscheinen ließ<sup>4</sup>, in der er die Verdienste der Brüdergemeinde um die „religiöse und sittliche Bildung“ der Letten und Esten unumwunden pries<sup>5</sup>. Wenige Jahre später bekundete er freilich eine Wandlung seiner günstigen Meinung<sup>6</sup> und gab dieser sogar Alexander I., dem Beschützer Herrnhuts, gegenüber unverblümt Ausdruck, als er im Januar 1825 vom Zaren in einer Audienz empfangen wurde<sup>7</sup>. Auf die Frage des Kaisers nach dem Gedeihen der Herrnhuter in Livland gab er zur Antwort: „ihr Umsichgreifen wird nachgerade bedenklich“<sup>8</sup>. Dieser ungünstigen Antwort pflichtete nach und nach die Mehrzahl der lutherischen Geistlichen Livlands bei, was zum guten Teil von den Mährischen Brüdern selbst verschuldet war, wie von herrnhuterischer Seite freimütig zugegeben worden ist<sup>9</sup>. Das Hauptübel lag in der viel zu großen Ausdehnung des von Zinzendorf gefaßten Plans, der die Mitarbeiter aus dem Landvolk, die Nationalgehilfen, nicht gewachsen waren. Es traten Mißbräuche ein, die hier nur angedeutet werden können.

Ärgernis erregte der reichliche Gebrauch des Loses, dann die Abgeschlossenheit

<sup>1</sup> Die Bauernverordnung von 1804 schuf ein Bauerngericht, das in Zivil- und leichteren Strafsachen zwischen Bauern zu urteilen hatte und aus drei Richtern bestand. Den einen der drei Richter ernannte die Gutsherrschaft, den zweiten ernannten die bäuerlichen Hofbesitzer, den dritten die Landarbeiter. Der Gutsherr durfte das Urteil des Bauerngerichts dann, wenn er Anteil an der Sache hatte, wohl mildern, im übrigen aber nicht abändern. Tobien: „Die Agrargesetzgebung Livlands usw.“, I, S. 242.

<sup>2</sup> Harnack: a. a. O., S. 364.

<sup>3</sup> Dr. Karl Gottlob Sonntag, geb. in Radeberg bei Dresden am 11./22. August 1765, gest. am 17./29. Juli 1827 in Riga, wurde 1788 Rektor an der Domschule zu Riga, 1791 Oberpastor zu St. Jakob in Riga, 1803 livl. Generalsuperintendent und Präsident des Oberkonsistoriums; Tobien: „Die Agrargesetzgebung Livlands im 19. Jahrhundert“, I. Bd. 1899, S. 116, Anmerk. 5.

<sup>4</sup> „Feier der Freilassung der livl. Bauern den 6. Januar 1820 in der Krons-Kirche zu St. Jakob in Riga“, Riga, gedruckt bei I. C. Müller.

<sup>5</sup> a. a. O. S. 7.

<sup>6</sup> Harnack: a. a. O., S. 211 Anmerk.

<sup>7</sup> Zugleich mit dem Schuldirektor und Stadt-Oberpastor an der St. Petrikirche zu Riga Dr. Johann Albanus, sowie dem Oberpastor am St. Jakob Konsistorialassessor Karl Ludwig Grave. Siehe über diese in der Kulturgeschichte Rigas hervorragenden Persönlichkeiten: Bernhard Hollander: „Geschichte der literärisch-praktischen Bürgerverbindung in Riga, 1802—1927“, Allgem. Teil, Riga 1927, S. 22 und 57.

<sup>8</sup> Brief Sonntags an einen Unbekannten, Rigaer Stadtbibliothek.

<sup>9</sup> Plitt: „Die Brüdergemeinde und die lutherische Kirche in Livland“, S. 228.

der Versammlungen, ferner die Klassifikation der Beamten usw. Schlimmer jedoch war, daß die Esten und Letten, die zur Brüdergemeinde hielten, sich als Auserwählte des Herrn, die nicht zu ihr Gehörigen aber als Weltkinder, den Kirchspiels-Prediger als Welt-Pastor oder Gesetzes-Pastor ansahen und auch so nannten <sup>1</sup>. Hiermit würdigten sie die Landeskirche zu einer bloß äußerlichen Gesetzesanstalt hinab, die nicht der Brüdergemeinde als der alleinigen Gnadengemeinschaft gleichkomme. Die eine kirchliche Anstalt wurde über die andere gestellt, was erklärlich war, denn daß zwei religiöse Gemeinschaften von ein und derselben Person gleich wert gehalten wurden, war doch nicht zu verlangen. Hierin lag aber ein sehr bedenkliches, kirchenauflösendes Moment <sup>2</sup>.

Die Ausartung der Brüdergemeinde führte nun zu einem heftigen Kampf mit der lutherischen Geistlichkeit Livlands, weil die neue selbständige Verfassung der lutherischen Kirche Rußlands vom Jahre 1832 <sup>3</sup> dieser nicht nur das Recht verlieh, sondern auch die Pflicht auferlegte: alle außer der Kirche stehenden Konventikel oder „Privat-andachtsversammlungen“ unter ihre Kontrolle zu nehmen <sup>4</sup>. War hierdurch der lutherischen Landeskirche schon ein ganz direkter, nicht geringer Einfluß auf das Gebaren der Herrnhuter gewährt, so gestaltete sich der indirekte Einfluß, den die seit 1832 zu einer starken Einheit zusammengeschlossene lutherische Kirche der drei Ostseeprovinzen gewonnen hatte, noch weit größer. Es waren die vom neuen Kirchengesetz angeordneten, 1834 ins Leben getretenen, periodisch wiederkehrenden Synoden, die unter der Leitung des hochverdienten und allgemein verehrten Generalsuperintendenten Gustav Reinhold von Klot <sup>5</sup> die evangelischen Prediger Livlands vereinten und daher ein gemeinsames Beraten und Handeln der Träger der kirchlichen Ämter in der Landeskirche ermöglichten. Die livländische Predigersynode hielt es für ihre Pflicht, den Kampf gegen Herrnhut mit allen gesetzlichen Mitteln aufzunehmen <sup>6</sup>. Hierbei gab es, wie immer in einer ernsten Streitfrage, eine ausgleichende und eine unversöhnliche Partei. Die Versöhnlichen erblickten in dem Institut der „Unität“ oder „Sozietät“ trotz aller seiner Mängel eine sehr beachtenswerte und der Kirche sich als praktisch brauchbar empfehlende Anstalt zur Seelsorge; seine Einrichtungen böten die Möglichkeit, weit verstreute Kirchengemeinden seelsorgerisch zu pflegen. Die nicht zu leugnenden

<sup>1</sup> Bischof Dr. Carl Christian Ulmann: „Das gegenwärtige Verhältnis der evangelischen Brüdergemeinde zur evangelisch-lutherischen Kirche in Liv- und Estland“, Berlin 1862, S. 31.

<sup>2</sup> Dr. G. C. von Harless: „Herrnhut in Livland vor 25 Jahren“ Leipzig 1870, S. 17 ff.

<sup>3</sup> Band I, S. 176.

<sup>4</sup> Harnack: a. a. O., S. 285; Plitt: a. a. O., S. 183.

<sup>5</sup> Geb. 18./29. Okt. 1780 in Wyschny — Wolotschok, studierte in Dorpat 1802—1805 Theologie, war 1805—1834 Prediger zu Nitau in Livland, 1830—34 Assessor des livländischen Oberkonsistoriums, 1834 bis 1855 livländischer Generalsuperintendent, gest. zu Riga 18./29. Okt. 1855; Album Academicum der Universität Dorpat, Nr. 14, S. 1002; C. A. Berkholz: „Erinnerungen an G. von Klot“ in den „Mitteilungen und Nachrichten für die evangelisch-lutherische Kirche Rußlands“, Jahrgang 1856, Heft 6, S. 542 ff. und S. 565 ff.; Harnack: a. a. O., S. 287 Anm.

<sup>6</sup> Th. Gaethgens: „Zur Semisaecularfeier der Liv. Provinzialsynode“, Balt. Monatsschrift, 31. Band, 1884, S. 517 ff.

Mißstände und namentlich die separatistischen Tendenzen Herrnhuts verschuldeten nicht etwa das Institut selbst und sein Prinzip, sondern die falsche Auffassung und Anwendung seiner Grundsätze. Von dieser Anschauung ausgehend wurde auf den lutherischen Synoden oft und eingehend die Frage beraten, ob und wie das herrnhutische Institut umzugestalten und in die lutherische Landeskirche einzugliedern sei<sup>1</sup>. Die Vermittlungsbestrebungen scheiterten jedoch an einem sehr wesentlichen Differenzpunkt. Der Gnadenbrief Kaiser Alexanders I. vom Jahre 1817 hatte den Herrnhutern die Möglichkeit der Propaganda für ihre Glaubenssätze gewährt, das Kirchengesetz von 1832 dagegen ihre Lehrtätigkeit unter die Kontrolle der lutherischen Landeskirche gestellt. Hieraus ergab sich ein Zwiespalt, der durch die kaiserliche Verordnung vom 14. April 1834 zu Gunsten der lutherischen Landeskirche entschieden wurde. Fortan durften in den herrnhutischen Bethäusern nur Pastoren und Kandidaten der Theologie, die nach gehöriger Prüfung von dem lutherischen Konsistorium das Zeugnis über die *venia concionandi* erhalten hatten, oder von den Bischöfen der Brüdergemeinde als rechtmäßige Priester oder „Presbyter“ ordiniert waren, in den Bethäusern der Herrnhuter freie Vorträge halten. Die sogenannten „Vorbeter“ dagegen, die die Brüdergemeinde für die Andachtsversammlungen erwählt hatte, waren nur befugt, die heilige Schrift ohne jegliche mündliche Erklärung zu verlesen, und Gebete, Gesänge und geistliche Abhandlungen vorzutragen, die von den lutherischen Konsistorien ausdrücklich genehmigt worden waren<sup>2</sup>. Weitere Verordnungen der Regierung<sup>3</sup> lehrten genugsam, daß die offiziell anerkannte Stellung Herrnhuts neben der Landeskirche zu verwaltungsrechtlichen Schwierigkeiten führte, die sich nicht leicht lösen ließen. Der ausgebrochene Konflikt war nicht so sehr religiösen oder konfessionellen, als vielmehr kirchenregimentlichen Charakters und konnte nur schwer beigelegt werden, weil die äußere Machtstellung in den Landgemeinden durchaus den Mährischen Brüdern gehörte. Dem Herrnhutertum hingen nicht bloß die Wohlhabenden und Einflußreichen unter dem Landvolk an, sondern es beherrschte mit seinem hergebrachten Ansehen so sehr die allgemeine Volksansicht, daß keiner gegen die Brüdergemeinde aufzutreten wagte. Auch die Menge der Nichtherrnhuter pflegte in dieser Gemeinschaft ein höheres, unantastbares Gebilde zu erblicken, dessen Auffassungen auch für sie mehr oder minder als maßgebend galten<sup>4</sup>. Die bäuerlichen Standespersonen: die Gemeinderichter, die Volksschullehrer, sowie die Aufseher und andere in der gutsherrlichen Wirtschaft angestellte Beamte waren in der Regel Herrnhuter und bekleideten zugleich auch die höheren Ämter in der Sozietät<sup>5</sup>. Diese Tatsache fand darin ihre Erklärung, daß ein großer Teil der adligen Gutsherren dem Herrnhutertum wenn auch nicht förmlich angehörte, so doch wohl-

<sup>1</sup> Harnack: a. a. O., S. 324 ff.

<sup>2</sup> Dr. F. Walter: „Die Lutherische Kirche in den Ostseeprovinzen und die Brüder-Gemeinde in ihrem rechtlichen Verhältnis zu einander“, Riga 1845, S. 15; Harnack: a. a. O. S. 293.

<sup>3</sup> Vom 12. Dezember 1836, 24. März 1839, 2. April 1841 und 20. Februar 1844; Harnack: a. a. O. S. 323.

<sup>4</sup> Harless: a. a. O., S. 18.

<sup>5</sup> Carl Maurach: „Eines livl. Pastors Leben und Streben, Kämpfen und Leiden“, Leipzig 1900. S. 186.

gesinnt war<sup>1</sup>. Hierin erblickte die Mehrzahl der lutherischen Pastoren einen Grund mehr gegen das Herrnhutertum vorzugehen, denn sie wählte, in ihm ein aristokratisches Element erblicken zu müssen, das sich zwischen das livländische Landvolk und die Großgrundbesitzer dränge, den altbewährten Vermittler, den lutherischen Kirchspielprediger bei Seite schiebend. Die lutherischen Prediger des Landes, sowohl vom alten Rationalismus, wie von dem Subjektivismus der Pietisten geheilt und durch den von der theologischen Fakultät Dorpats<sup>2</sup> genährten „Kirchenglauben“ geeint<sup>3</sup>, gingen so weit, eine schwere Gefährdung des auf der alten schwedischen Kirchenverfassung aufgebauten Gemeindelebens befürchten zu müssen, weil ihre beiden Stützen, der Adel und das Landvolk, dem wahren kirchlichen Leben entfremdet würden<sup>4</sup>. Diese Besorgnis wuchs mit der Erkenntnis, daß eine Verständigung zwischen den Herrnhutern und der Landeskirche unmöglich sei, weil die unbelehrbaren „Diakone“, die bestehenden Verordnungen bewußt übertretend, die Formation ihres Instituts aufrecht erhielten<sup>5</sup>, ja sogar zur Durchsetzung ihres Willens schlimme Mittel anwendeten<sup>6</sup>, deren Gebrauch einen verderblichen Einfluß auf die minder gebildeten Brüder ausübte<sup>7</sup>. Viele der achtbarsten und tüchtigsten Prediger Livlands, die dem Herrnhutertum wohlgesinnt waren<sup>8</sup>, entschlossen sich „mit schwerem Herzleid“, dem Herrnhutertum, dessen vortreffliche Seiten sie voll anerkannten, den Krieg zu erklären<sup>9</sup>. In diesem ernsten Kampf, an dessen Spitze die hervorragenden geistlichen Führer Liv- und Estlands standen<sup>10</sup>, entschloß

<sup>1</sup> Harnack: a. a. O., S. 364 behauptet sogar übertreibend, daß der „größere“ Teil des livländischen Adels dem Herrnhutertum angehört habe.

<sup>2</sup> Namentlich durch Professor Dr. Philippi. Erich von Schrenck: „Der Übergang zu der neuen Zeit in Livland“ in „Baltisches Geistesleben“ I. Jahrg. 1929, Heft 4, S. 294 ff. Ebenda: Julius Eckardt: „Livland um die Mitte des 19. Jahrhunderts“, S. 335 ff.

<sup>3</sup> Lossius: „Eduard Johann Assmuth, Pastor zu Torma-Lohhusu in Livland. Ein Lebensbild aus der livl. Kirche und ein Beitrag zur Geschichte dieser Kirche, insbesondere ihren Kämpfen mit Herrnhut“, Gotha 1859, S. 172 ff.

<sup>4</sup> „Bischof Ferdinand Walter, weil. Generalsuperintendent in Livland“, Leipzig 1891, S. 140.

<sup>5</sup> Harnack: a. a. O., S. 333.

<sup>6</sup> Verhängung des Bannes über alle Brüder, die an den Betstunden der der Brüdergemeinde feindlichen Pastore teilnahmen; Harnack: a. a. O., S. 343.

<sup>7</sup> „Aus dem Leben eines livländischen Pastors. Eduard Lossius, Pastor zu Koddäfer und Werro, geb. 1811, gest. 1870“, „Baltische Monatsschrift“, 62. Band, 1906, S. 165 ff. Maurach: a. a. O., S. 183.

<sup>8</sup> Zu den treuesten und beharrlichsten Freunden der Mährischen Brüder gehörten Karl Friedrich Kyber, lettischer Pastor zu Arrasch 1821—53 (Album Academicum der Universität Dorpat, Nr. 948) und Emil Hoerschelmann, estnischer Pastor zu Oberpahlen 1838—53 (Album Academicum, Nr. 3031.) Harnack: a. a. O., S. 345; Maurach: a. a. O., S. 188.

<sup>9</sup> So namentlich der warme Freund der Mährischen Brüder Eduard Johann Assmuth, Pastor zu Torma-Lohhusu in Livland, a. a. O., S. 99 und 197 ff., und der Pastor zu Wolmar und spätere Generalsuperintendent Dr. Ferdinand Walter, der aus einem gütigen Beurteiler Herrnhuts dessen erbittertester Feind wurde; (Pastor Th. Doebner, Kalzenau-Fehlteln): „Bischof Dr. Ferdinand Walter Generalsuperintendent von Livland“, 2. Aufl. Erlangen 1871, S. 34; „Bischof Dr. Ferdinand Walter usw.“ Leipzig 1891, S. 138 ff.

<sup>10</sup> So z. B. der Pastor zu Pebalg-Neuhof Carl Ludwig Kahlbrandt (1829—74); der Pastor zu Ringen

sich die lutherische Landeskirche um des kirchlichen Friedens willen zu dem selbstlosen Schritt: der Regierung den Vorschlag zu machen, daß es allen denjenigen lettischen und estnischen Anhängern der Brüdergemeinde, die es wünschten, freigestellt werden möge, förmlich zur Brüdergemeinde überzutreten. Hierzu verweigerte jedoch die Regierung (14. April 1834) die Genehmigung, weil die Herrnhuter ihrem Bekenntnis nach Glieder der evangelisch-lutherischen Kirche seien <sup>1</sup>. Dagegen sah es die Regierung gern, wenn sich Anhänger der Brüdergemeinde in den Schoß der griechisch-orthodoxen Staatskirche aufnehmen ließen. Hieraus jedoch den Schluß zu ziehen, wie oft geschehen, daß die vielbehandelte Konversionsbewegung unter dem Landvolk zur Staatskirche <sup>2</sup> vom Herrnhutertum befruchtet worden sei <sup>3</sup>, ist ganz verfehlt. Zwar darf die Tatsache nicht in Abrede gestellt werden, daß Vorbeter und Vorsteher des Herrnhutischen Instituts mit zu den ersten Übergetretenen gehörten und daß in einzelnen Gemeinden Mitglieder der Brüdergemeinde mit dem Übertritt drohten, wenn nicht obrigkeitliche Verordnungen, die das Herrnhutertum beschränkten, zurückgezogen würden <sup>4</sup>; allein die Wurzeln und Triebfedern der Konversionsbewegung hatten mit dem Herrnhutertum nichts gemein <sup>5</sup>. Es steht vielmehr fest, daß in Herrnhutischen Kirchspielen der Abfall von der lutherischen Landeskirche und der Übertritt zur griechisch-orthodoxen Staatskirche absolut und relativ geringer gewesen sind, als in den rein lutherischen. Unter den in den Jahren 1845—47 in Livland übergetretenen 74 062 Lutheranern gab es nur

---

in Livland (1838—53), der spätere livländische Generalsuperintendent (1865—81) Arnold Christiani (Album Livonorum, Nr. 139); der Pastor zu Marienburg in Livland (1835—47) und spätere Oberpastor zu St. Olai in Reval (1847—69) Dr. Otto Girgensohn (Album Academicum der Universität Dorpat, Nr. 977); der Pastor zu Paistel (1849—53) und zu Oberpahlen in Livland (1853—91) Carl Maurach (Album Livonorum, Nr. 306) u. a.; Sup. R. Girgensohn: „Dr. Otto Girgensohn, Superintendent und Oberpastor zu St. Olai in Reval“ Baltische Monatsschrift, 28. Band 1881 S. 620 ff. Carl Maurach: „Eines livländischen Pastors Leben und Streben“ usw. S. 182 ff. Lauma Sloka: „Livl. Kirchenchroniken“, Bd. V der Veröffentlichungen des lett. Staatsarchivs, Riga 1927 (lettisch und deutsch), S. 79 ff.

<sup>1</sup> Harnack: a. a. O., S. 293 ff.

<sup>2</sup> Siehe Band I, S. 178. Der dort in der Anmerkung aufgeführte, die Konversionsbewegung behandelnde Literaturnachweis ist durch folgende Quellen zu ergänzen (Eduard Lossius): „Eduard Johann Assmuth, Pastor zu Torma-Lohhusu in Livland“, Gotha 1859, S. 154 ff. „Aus dem Leben eines livländischen Pastors“ (Eduard Lossius zu Koddäfer), „Baltische Monatsschrift“, 62. Bd., 1906, S. 149 ff.

<sup>3</sup> Wie der sonst um die Geschichte der lutherischen Kirche Livlands verdiente Dr. Adolf von Harless irrtümlich behauptet; Dr. G. C. Adolf von Harless: „Geschichtsbilder aus der lutherischen Kirche Livlands vom Jahre 1845 an“, Leipzig 1869, S. 73, 82 und 83. Auch Samarin (Band I, S. 132) und dessen Kritiker E. von Sternberg teilen diesen Irrtum, dem Harless verfallen war und dem auch Bischof Walter nicht fern gestanden zu haben scheint; E. von Sternberg: „Die Livländischen Bekenntnisse, wie sie Herr Samarin erzählt. Dem Russischen entnommen und erläutert“. Leipzig, 1872, S. 73 und 200 ff. „Bischof Dr. Ferdinand Walter“: a. a. O., S. 140.

<sup>4</sup> Harnack: a. a. O., S. 232, auch Plitt, der Gegner Harnacks, gibt Verfehlungen der Herrnhuter, begangen im Zusammenhang mit der Konversionsbewegung, zu; Plitt: a. a. O., S. 206.

<sup>5</sup> Wie Harnack, der Gegner der Brüdergemeinde richtig hervorhebt: a. a. O., S. 332. Siehe auch „Denkschrift eines Mitglieds des evangelisch-lutherischen General-Konsistorii aus dem Jahre 1845“

200 Herrnhuter, deren Gesamtzahl damals etwa 50 000 betrug<sup>1</sup>. Somit hat das Luther-tum etwa ein Neuntel seines Bestandes, das Herrnhutertum dagegen nur einen ganz geringen Bruchteil eingebüßt. Die Behauptung der angegriffenen Brüder mag zutreffend sein, daß die Zahl der von der Staatskirche ergriffenen Herrnhuter in den einzelnen Kirchspielen im umgekehrten Verhältnis zur Zahl ihrer Bethäuser gestanden habe<sup>2</sup>. Die oben gegen die Herrnhuter angeführte Tatsache, daß aus ihren Reihen der eifrigste und wirkungsvollste Agitator für den Abfall von der protestantischen Kirche entstanden sei<sup>3</sup>, tut der Wahrheit keinen Abbruch, daß die Mährischen Brüder seit 1729, also fast 200 Jahre lang, so weit Hüter protestantischen Glaubenslebens gewesen sind, als sie es zu sein verstanden und vermochten<sup>4</sup>. Die Behauptung, daß sie den „Fortbestand der lutherischen Kirchengemeinschaft Livlands in schwerster Weise gefährdet haben“<sup>5</sup>, ist in dieser scharfen Form zweifellos unzutreffend. Wenn auch, wie wir wissen, im 2. Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts in Petersburg der Gedanke tatsächlich aufgetaucht war, das Herrnhutertum in Liv- und Estland als Sturmbock gegen die lutherische Landeskirche zu verwenden, so brach diese Idee doch schon in ihren Anfängen zusammen und hat nie die Nöwe überschritten. Die Auswüchse der Brüdergemeinde aber, deren wir gedacht haben, und die in der Tat Elemente enthielten, die den Fortbestand der Landeskirche gefährden konnten, sind doch von ihren führenden Gliedern als solche rechtzeitig erkannt und verurteilt worden<sup>6</sup>. Die Wachsamkeit und die Kampfbereitschaft der lutherischen Geistlichkeit Livlands taten das Ihrige dazu, um die gefahrdrohende Betätigung Herrnhuts, die weit über den Charakter von Erbauungsstunden hinausging<sup>7</sup>, zu beschneiden. Bald jedoch bedurfte es kaum der Eindämmung mehr, denn Herrnhut erwuchs im eigenen Lager ein Feind, der ihm an das Leben ging: der soziale Umschwung im Landvolk, der den Antrieb: „in den Gütern des Himmelreiches einen besseren Ersatz für das auf Erden Entbehrte zu suchen“, vernichtete<sup>8</sup>. Das Herrnhutertum in Livland ging rapide zurück. Im Jahre 1873 waren in Livland von 110 Kirchspielen 58 noch

---

in: W. von Bock: „Livländische Beiträge“, Band II, 1868, S. 87 ff. Ferner Bruiningk: „Das Geschlecht von Bruiningk“ usw. S. 212.

<sup>1</sup> Band I, S. 177, Anm. 2; E. A. Bourquin: „Der Agitator Ballohd und das Herrnhutertum in Livland“ Nisky, 1870, S. 8.

<sup>2</sup> Plitt: a. a. O., S. 207; Einzelnes bei Bourquin: a. a. O. S. 7 ff.

<sup>3</sup> David Ballohd, ein lettischer Tischler aus der Landgemeinde Essenhof des Kirchspiels Sissegall; Harless: a. a. O., S. 69. Bourquin: a. a. O., S. 16.

<sup>4</sup> Wie Woldemar von Bock, der eifrige Kämpfer für die Integrität der lutherischen Landeskirche Livlands (Band I, S. 127) richtig hervorhebt; W. von Bock: „Livländische Beiträge“, Neue Folge, Band I, Heft IV, Leipzig 1870, S. 127 ff.

<sup>5</sup> Oskar Grosberg: „Konzeption und Vollendung des lettischen nationalen Gedankens“, Rigasche Rundschau, Nr. 214 vom Jahre 1923.

<sup>6</sup> Plitt: a. a. O., S. 265.

<sup>7</sup> Harless: a. a. O., S. 17.

<sup>8</sup> Plitt: a. a. O., S. 263.

mit herrnhuterischen Bethäusern versehen, von denen es im Ganzen 158 gab<sup>1</sup>. Seitdem nahm die Bedeutung Herrnhuts in Livland so ab, daß deren Verwaltung den livländischen Gouverneur Sinowjew im Jahre 1890 bat, die Erlaubnis der Staatsregierung zum Verkauf der in Livland belegenen Immobilien der Brüdergemeinde erwirken zu wollen<sup>2</sup>. Damit war das weitere Schicksal der Mährischen Brüder in Livland besiegelt. Es ging sichtlich bergab. Der Bericht des Presbyters Th. Knothe vom Jahre 1902<sup>3</sup> beklagt die Interessenlosigkeit im Landvolk, sowie die Weigerung der Regierung, den Bau neuer Bethäuser zu bestätigen, vor allem aber die Erschwerung der Geschäftsführung durch den Sprachenzwang, der den Gebrauch der russischen Sprache vorschreibt: „Der Segen des Herrn ist gewichen“, schreibt er, will aber doch noch aushalten, da es gelte, verliehene Rechte nicht aufzugeben.

Die ehemalige große soziale Bedeutung Herrnhuts war den gänzlich veränderten Zeitverhältnissen zum Opfer gefallen und ist nicht mehr in Livland erstanden. Mag auch die auf Erregung frommer Liebes-Gefühle hinarbeitende, eine gewisse religiöse Sentimentalität fördernde Wirksamkeit Herrnhuts<sup>4</sup> ihre dunklen Schattenseiten gehabt haben, mögen auch die Führer der Mährischen Brüder, meist aus Deutschland eingewanderte Diakonen, anfechtbar verfahren sein, zweifellos hat es auch auf lutherischer Seite an „Überspannungen und Schroffheiten“ nicht gefehlt<sup>5</sup>.

Eines aber ist gewiß: das Herrnhutertum war keineswegs nur eine kirchliche, sondern ebenso gut, wenn nicht mehr, eine soziale Bewegung, deren große Bedeutung bisher verkannt, oder wenigstens nicht genügend gewürdigt worden ist. Zu sagen, durch das Herrnhutertum sei die „Pariabildung“ unter dem Landvolk Livlands gefördert worden, weil es die besten Gemeindeglieder und damit das „Salz aus der Gemeinde ausgesondert“, in eine auf sich selbst beschränkte ecclesiola zusammengefaßt und damit die nicht zur Sozietät Gehörigen habe kulturell versinken lassen<sup>6</sup>, ist ganz verkehrt. Mit gleichem Recht könnte jede, auf Auslese beruhende, genossenschaftliche Organisation verurteilt werden.

<sup>1</sup> Presbyter Th. Knothe an Graf Emanuel Sievers im September 1873, Lettland. Staatsarchiv, Archiv der Brüdergemeinde, Communalia Band XXVI.

<sup>2</sup> Den Immobilienbesitz machte aus:

1. Neu-Welke, groß 52 Lofstellen = 19,24 Hektar, geschenkt von den Gebrüdern von Albedyll und abgeteilt vom Rittergut Waidau im Wolmarschen Kreise im Jahre 1822.
2. Lindheim, groß 300 Lofstellen = 111 Hektar, abgeteilt im Jahre 1810 von dem Rittergut Korwenhof im Walkschen Kreise;
3. Ein im Jahre 1859 von Schloß Fellin abgeteiltes Grundstück;
4. Ein Haus in Riga, Große Schmiedestraße Nr. 8;
5. Ein Haus in Dorpat, Breitstraße Nr. 3.

Archiv der Brüdergemeinde, Lettländisches Staatsarchiv, Communalia Band XXXII.

<sup>3</sup> „Gedanken zur Lage des Livländischen Werkes 1902“, Ebenda, Archiv der Brüdergemeinde. Band XXXVII.

<sup>4</sup> Kurtz: „Kirchengeschichte“ a. a. O., S. 295.

<sup>5</sup> Woldemar von Bock: „Livländische Beiträge“, Band II, Berlin 1868, S. 77; Plitt: a. a. O., S. 261.

<sup>6</sup> Wie Woldemar von Bock: a. a. O., S. 91 sagt.



Ebenso ungerechtfertigt ist es, das Herrnhutertum als die Wiege des lettisch-estnischen nationalen Gedankens zu bewerten<sup>1</sup>. Wäre es von nationalen Aspirationen erfüllt gewesen, so hätte sich ihm nicht der Adel Livlands in so großer Zahl, wie geschehen, zugewandt; andererseits wären die Letten und Esten der deutschen Oberschicht nicht so überaus vertrauensvoll nahegerückt, wie wir es gesehen haben. Im 18. und in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts war ja auch das Nationalitätsprinzip noch längst nicht zu einer die Köpfe beherrschenden Macht gelangt. Der Herrnhutismus, weit entfernt davon, im nationalen Fahrwasser zu segeln, wird vielmehr „als das Grab der Nationalität“ bezeichnet und ihm sogar zum Vorwurf gemacht, daß er den Gesang der alten Nationallieder unterbunden habe<sup>2</sup>. Im Herrnhutertum verkörperte sich dagegen erstmalig der berechtigte Zug des livländischen Landvolks zum sozialen Aufstieg. Die Gestalt, in der sich soziale Triebe mit kirchlichen Bedürfnissen verschmolzen, konnte freilich auf die Dauer nicht vorhalten. Mit dem Zeitpunkt, da den Letten und Esten die Möglichkeit erwuchs, außerhalb des kirchlichen Gemeinschaftslebens sich in Kreise zusammenzuschließen, in denen das Landvolk sich unter seinesgleichen bewegen und fühlen durfte, büßte die Brüdergemeinde den in der systematischen Absonderung liegenden Reiz ein. Daher zeigte sich, als in den sechziger Jahren des vorigen Jahrhunderts die Vereinsbildung unter dem Landvolk begann, eine merkliche Abnahme der Bethausbesucher und damit auch ein starker numerischer Rückgang der Anhänger Herrnhuts<sup>3</sup>. Es war um 1865 eine andere Zeit angebrochen. Mit der Ablösung der Naturalwirtschaft und des Frondienstes, mit der zunehmenden Ausbreitung des bäuerlichen Grundeigentums und mit der Lockerung der Fesseln des Personalverkehrs<sup>4</sup> waren die Vorbedingungen geschaffen, die, wie wir gesehen haben, zum materiellen und damit auch zum sozialen Aufstieg der Landbevölkerung führten. Hierzu kamen einige günstige Erntejahre, Absatz der Landesprodukte zu hohen Preisen, in vielen Gegenden guter Verdienst bei öffentlichen Bauten und anderes mehr, wodurch ein „behaglicherer Wohlstand und damit auch ein gewisses, teils persönliches, teils schon beginnendes nationales Selbstgefühl hervorgerufen wurde“<sup>5</sup>. Es mehrte sich der Sinn für materielle Interessen und damit wuchs der Abfall vom Herrnhutertum. Die Blüte der nationalen Vereine hub an, das politische Eigenleben der mündig gewordenen beiden Nationen begann sich zu entwickeln und drängte die bisherige kirchlich-soziale Betätigung ganz in den Hintergrund.

---

<sup>1</sup> Wie Grosberg a. a. O. irrtümlich tut.

<sup>2</sup> (Friedrich Bienemann): „Lettische Geschichtsauffassung, Propaganda und Errungenschaften“, „Baltische Monatsschrift“, 76. Band 1913, S. 122.

<sup>3</sup> Plitt: a. a. O., S. 260, macht wohl mit Unrecht die Vergnügungssucht der jungen Generation für den Rückgang verantwortlich.

<sup>4</sup> Tobien: „Die Agrargesetzgebung Livlands im 19. Jahrhundert“, II, S. 273 ff.

<sup>5</sup> Plitt: a. a. O., S. 263.

### Das Erwachen des lettischen Nationalismus

Die neue „Aera“, der die russischen Reichsgenossen seit dem Regierungsantritt Kaiser Alexanders I. hoffnungsvoll entgegen blickten<sup>1</sup>, begann in Livland mit einer Reaktion, die von Preußen aus befruchtet wurde und den „Agrarliberalismus“ Foelkersahmscher Observanz in Scherben zu schlagen drohte<sup>2</sup>. In Preußen hatten die Nachwirkungen des „tollen Jahres 1848“ eine Gegenbewegung erzeugt, die von dem Rechtsphilosophen Friedrich Julius Stahl geführt und von Hegel und Wilhelm Heinrich Riehl, dem Verfasser des damals von aller Welt geschätzten Buches — „Die bürgerliche Gesellschaft“ — unterstützt wurde. Die bisher gelehrte unbeschränkte Freiheit des Grundeigentums erkannte man als ein Gut von sehr zweifelhaftem Werte<sup>3</sup> und wollte der Grundaristokratie, als einem unentbehrlichen Faktor im Staatswesen, möglichst weiten Spielraum gesichert wissen. Zu den Elementen der Grundaristokratie zählt man jedoch hierbei keineswegs den Adel allein, sondern auch den Bauernstand, der für ebenso wichtig wie jener erklärt wurde. Die Erhaltung der gegebenen Familien und ihres unbeweglichen Besitzes galt als oberster Grundsatz der Agrarpolitik, weshalb die Erhebung der adligen und der bäuerlichen Landgüter zu unteilbaren, unveräußerlichen Stammgütern dringend empfohlen wurde. Die Vorgänge in Preußen übten starken Einfluß auf Livland aus, dessen Söhne zahlreich zu Füßen Stahls und Hegels saßen und deren Lehren mit nach Hause nahmen. Hier bekämpfte eine Adelspartei unter der Führung Gustav Baron Nolekens<sup>4</sup> die Errungenschaften der Foelkersahmschen Epoche, weil sie angeblich die Möglichkeit böten, die große Masse des Grundbesitzes, bis auf einen verhältnismäßig geringen, durch das obligatorische Minimum der Rittergüter geschützten Teil, in bäuerlichen Besitz zu verwandeln. In dieser Möglichkeit, die dem deutschen Adel Livlands die Grundlagen seiner Existenz bis auf einen belanglosen Rest entziehen konnte, erblickte man eine konstante Gefahr für die Weiterentwicklung der Provinz im deutsch-protestantischen Geiste. Aber nicht nur der Großgrundbesitz, sondern auch der alte bäuerliche Besitz, das Rückgrat der Landwirtschaft, erschien den livländischen Reaktionären durch die liberale Agrarverordnung von 1849 bedroht. Sie sahen im Geiste kaufmännische Verbände heranziehen, die dem Ackerbau vollständig fernstehend, aus Erwerbsinteresse sich in die Landgemeinden hineindrängten, um unter dem Schutz ultraliberaler Gesetze im Bodenhandel Gewinne zu erzielen. Nebenbei verurteilte man schlechtweg die Begünstigung der Geldwirtschaft vor der Naturalwirtschaft, die von der Livl. Agrar- und Bauernverordnung des Jahres 1849 an erster Stelle beabsichtigt war<sup>5</sup>.

<sup>1</sup> Julius Eckardt: „Jungrussisch und Altlivländisch“, Leipzig 1871, S. 1 ff.

<sup>2</sup> Tobien: „Die Agrargesetzgebung usw.“ II., S. 208 ff.

<sup>3</sup> Prof. Dr. August Skalweit: „Agrarpolitik“ 2. Ausgabe, Berlin-Leipzig, 1924, bei Walter de Gruyter & Co., S. 128.

<sup>4</sup> Band I. S. 41.

<sup>5</sup> Tobien: a. a. O. S. 213.

Obgleich die Ideen Nolckens und seiner Parteigenossen sogar die Unterstützung des Generalgouverneurs Suworow<sup>1</sup> fanden, zerstieben sie dennoch wie Seifenblasen, denn die in Petersburg zum Siege gelangte liberale Strömung ließ die Früchte der livländischen Reaktion nicht reifen. Die Schöpfung Foelkersahms blieb im wesentlichen unangetastet<sup>2</sup>. Sie aber der Zeitforderung gemäß auszubauen, hielt der livländische Landtag für seine Pflicht, als zwei Schüler Foelkersahms, August von Oettingen und Paul Fürst Lieven, die maßgebenden Persönlichkeiten im Lande geworden waren<sup>3</sup>. Im Jahre 1865 wurde die Bauernbefreiung, wie wir gesehen haben, zum Abschluß gebracht und damit dem Bauernstande der Weg zum materiellen Aufstieg geöffnet. Zu gleicher Zeit aber trat innerhalb des Landvolkes eine neue Richtung auf den Plan, von der die „gute alte Zeit“ nichts gewußt hatte.

Bisher waren in Livland nicht nur keinerlei Gegensätze nationaler Art zwischen der deutschen Oberschicht und der nichtdeutschen Unterschicht zutage getreten, sondern es waren die jungen Letten und Esten, die höhere Bildung erlangt hatten, anstandslos in die Reihen ihrer deutschen Altersgenossen und Studienkameraden aufgenommen worden. Ob ein Student deutscher oder lettischer Nationalität sei, erschien den damaligen Jüngern der alma mater Dorpatensis belanglos<sup>4</sup>. Erst als Bauernsöhne herangewachsen waren, deren Eltern, dank den aufblühenden Agrarzuständen, die Möglichkeit gewonnen hatten, ihre Kinder ohne Hilfe deutscher Gutsbesitzer oder Prediger nach eigenem Willen und auf eigene Kosten erziehen und die Landeshochschule besuchen zu lassen, erst dann wuchs in Livland der an sich gesunde nationale Gedanke nach und nach zu einem Spaltpilz heran, der das gute Einvernehmen der Heimatgenossen vergiftete. Zunächst war es ein Kreis junger Letten, die meist aus eigener Kraft die Universität Dorpat zu beziehen vermochten und hier für eine soziale Trennung der Deutschen und Letten Stimmung zu machen suchten. Von den 40 in Dorpat um das Jahr 1856 studierenden Letten<sup>5</sup> bildeten 14 einen „engeren Kreis“, dessen Ziel darauf gerichtet war, „das lettische Volk aus geistiger Finsternis zu reißen“<sup>6</sup>. Ursprünglich rein literarischen Gesichtspunkten folgend, nährte der „lettische Abend“ den unanfechtbaren Gedanken, daß die literarische Kultur eines Volkes nur vermöge der Pflege nationaler Entwicklung, namentlich der Sprache, möglich sei. Es galt demnach, eine eigene lettische Literatur zu schaffen und für sie das Volk zu erwärmen. Bisher hatte es nur eine pastorale Literatur gegeben, die im wesentlichen Übersetzungen aus anderen

<sup>1</sup> Band I. S. 106.

<sup>2</sup> Derselbe: a. a. O. S. 237.

<sup>3</sup> Band I. S. 42 ff.

<sup>4</sup> Pastor G. Brasche: „Ein Blick auf unsere lettische Volksliteratur der letzten Zeit, besonders die Journalistik“, „Baltische Monatsschrift“, 4. Band 1861, S. 460.

<sup>5</sup> G. Brasche: a. a. O. S. 460.

<sup>6</sup> A. Buchholtz: „Fünfzig Jahre Russische Verwaltung in den baltischen Provinzen“, Leipzig 1883, S. 246.

Sprachen darstellte <sup>1</sup>, von deutschen Predigern geschaffen worden und durch beträchtliche materielle Opfer des Adels zustande gekommen war <sup>2</sup>. So sehr auch diese ältere lettische Übersetzungsliteratur, die in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts anhub und bis in die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts fortgesetzt worden war, von den Letten mit Dankbarkeit anerkannt wurde <sup>3</sup>, so mußte doch, sollte das lettische Volk geistig vorwärts schreiten, eine eigene nationale Literatur geschaffen und die im Volke noch schlummernde Leselust <sup>4</sup> geweckt werden. „Als ebenster und leichtester Tummelplatz für die Erstlinge der Schriftstellerei“ wurde die Tagespresse erkannt <sup>5</sup>, weshalb in der Mitte des Jahres 1856 die lettische Zeitung „der Hausgast“ (Mahjas Weesis) erschien. Sie war das erste Blatt, das unter lettischer Redaktion das Licht der Welt erblickte <sup>6</sup>, denn ihre Vorgängerinnen hatten deutsche Pastoren zu Schriftleitern gehabt <sup>7</sup>. Als Wochenblatt geschaffen, erfreute sich der „Mahjas Weesis“ der fleißigen Mitarbeit des Dorpater Kreises und verfolgte mit ihm die Aufgabe: „die Nichtachtung des lettischen Volkes und der lettischen Sprache zu bekämpfen“ <sup>8</sup>.

Die Fassung dieses Programms konnte nur als der erste deutliche und völlig unberechtigte Angriff gegen das Deutschtum Liv- und Kurlands aufgefaßt werden, denn eine Nichtachtung des lettischen Volkes und seiner Sprache von seiten der Deutschen durfte nicht behauptet werden.

Schon die älteste lettische Literatur, die den Zeitraum von 1585 bis 1750 umfaßte <sup>9</sup> und ausschließlich religiösen Charakters war, ebenso wie die neuere der Jahre 1750 bis 1850, in der der erste lettische Profanschriftsteller, Pastor Gottfried Friedrich Stender <sup>10</sup> hervorleuchtete, bezeugten genügend, wie liebevoll und fördersam die

<sup>1</sup> Bis zum Jahre 1903 waren 1582 lettische Bücher aus anderen Sprachen übersetzt worden. Johann Schwebs: „Die deutschen Lehnwörter im Lettischen“ Züricher Dissertation, ohne Angabe des Zeitpunktes ihres Erscheinens (1926?), S. 14.

<sup>2</sup> Brasche: a. a. O. S. 457.

<sup>3</sup> Dr. M. Walters: „Lettland, seine Entwicklung zum Staat und die baltischen Fragen“ 1923, S. 275.

<sup>4</sup> Brasche: a. a. O. S. 456.

<sup>5</sup> Derselbe: a. a. O. S. 462.

<sup>6</sup> Unter der Redaktion von Ans Leitan.

<sup>7</sup> Die erste lettische periodische Schrift war das 1797 von Pastor Mathias Stobbe herausgegebene „Lettische Jahrbuch“; O. Grosberg: „Presse Lettlands“, Riga 1927, S. 47. Die erste lettische Zeitung hatte im Jahre 1822 der Pastor zu Lesten und Strutteln (Kurland) Karl Friedrich Watson in Mitau herausgegeben. Sie trug einen didaktisch-aufklärenden Charakter und ist dem lettischen Volk von großem Nutzen gewesen. Wolfgang Wachtmuth: „Karl Friedrich Watson 1777—1826“, im „Jahrb. des balt. Deutschtums 1927“, Riga 1926, S. 129 ff. Grosberg: a. a. O. S. 47. Nach Watsons Tod (1826), der als Begründer der lettischen Presse zu gelten hat, haben Pastor Pantenius und Pastor R. Schulz die Presseleitung ausgeübt. Die erste in Livland (Riga) erscheinende lettische Zeitung verdankte ihr Entstehen dem deutschen Oberpastor an der lettischen Hauptkirche zu St. Johannis in Riga Hermann Trey, der sie 1832 herausgab. Als sie 1846 von der Regierung verboten wurde, behauptete das Mitauer Blatt noch längere Zeit das Feld; Grosberg: a. a. O. S. 48.

<sup>8</sup> (Alexander Buchholtz): „Fünfzig Jahre Russische Verwaltung“ a. a. O. S. 246.

<sup>9</sup> Band I, S. 238. Bienemann: „Lettische Geschichtsauffassung“ usw. a. a. O. S. 201.

<sup>10</sup> Geb. 27. August 1714 zu Groß-Lassen in Kurland, gestorben im Pastorat Sonnaxt in Kurland am 17. Mai a. St. 1796; 1744 Pastor zu Linden, seit 1766 Pastor zu Selburg und Sonnaxt in Kurland.

deutsche Pastorenschaft sich dem lettischen Volkstum und seiner Sprache gewidmet hatte. Die uns bekannte Geschichte der lettischen Volksschule<sup>1</sup> lehrte weiter, wie kraftvoll und erfolgreich der livländische Adel gemeinsam mit der deutschen Pastorenschaft für die lettische Volksschule, und zwar nicht nur für ihre unterste Stufe, sondern auch für ihre höhere Ausgestaltung<sup>2</sup> eingetreten ist. Hierzu kam, daß die Verhandlungen der Kurländischen Gesellschaft für Literatur und Kunst bereits 1819<sup>3</sup> und ebenso die Bestrebungen der im Jahre 1827 vom Pastor und späteren Generalsuperintendenten Gustav Reinhold von Klot begründeten<sup>4</sup> Lettisch-literarischen Gesellschaft ein tiefgehendes und achtendes Verständnis für das lettische Volkstum bezeugt haben<sup>5</sup>.

Es ist hier nicht der Ort, auf die große kulturelle Bedeutung einzugehen, die die Lettisch-literarische Gesellschaft für das Lettentum gehabt hat. Das würde dazu führen, die stattliche Reihe von Arbeiten auf grammatikalischem und lexikalischem Gebiet, die von ihr veröffentlicht worden ist, herzählen zu müssen<sup>6</sup>. Ferner wären wir gezwungen, ihrer anregenden Tätigkeit zu gedenken, die sie durch Abfassung vieler lettischer Schulbücher für die Volksbildung und durch die Herausgabe volkstümlicher Erzählungen für die Erwachsenen bekundet hat<sup>7</sup>. Nicht unerwähnt darf jedoch hier bleiben, daß es auch ein deutscher Pastor, Friedrich Büttner<sup>8</sup> gewesen ist, der 1841 die erste Sammlung lettischer Volkslieder herausgab, nachdem schon einige kleine Editionen in wenigen Exemplaren von älteren deutschen Amtsbrüdern veröffentlicht worden waren<sup>9</sup>. Die Sammlung Büttners enthielt 2854 in allen Gegenden Livlands gesammelte Lieder und regte die Lettisch-literarische Gesellschaft zur Veröffentlichung von weiteren 4793 Liedern an, bis dann auch die gebildeten Letten den Volksliedern ihre Beachtung schenkten und Christian Baron, auf den wir zurückkommen werden, seine große, hochverdienstvolle Sammlung von 200.000 lettischen Volksliedern in 6 Bänden veröffentlichte. Unter den deutschen Pastoren Liv-, Est- und Kurlands gab es wahre Esto- und Lettomanen, „bei denen eine aus dem Volksmunde erhaschte Wortform oder Redewendung die höchste Sammlerfreude erregte“<sup>10</sup>. Ihnen folgten auf dem Wege der wissenschaftlichen Sprachforschung alsbald Männer deutscher Ab-

---

C. E. Napiersky: „Beiträge zur Geschichte der Kirchen und Prediger in Livland“ 4. Heft, Mitau 1852.

<sup>1</sup> Band I, S. 240 ff.

<sup>2</sup> C. Peterson, J. Bach und C. Inselberg: „Das ritterschaftliche Parochialseminar in Walk, seine Lehrer und Zöglinge“ 1839—1890, Riga, 1898, S. 1 ff.

<sup>3</sup> „Sieben Vorträge über Germanisierung der Letten“, „Baltische Monatsschrift“ 59. Band, 1905, S. 61 ff.

<sup>4</sup> Siehe oben.

<sup>5</sup> Dr. A. Bielenstein: „Ein glückliches Leben“, Riga, 1904, S. 228 ff.

<sup>6</sup> Bernhard v. Hollander: „Zur Geschichte der deutschen wissenschaftl. Vereine in Lettland“ in: „Der Auslandsdeutsche“ 1923, Sonderabdruck, S. 3 ff.

<sup>7</sup> Bienemann: „Lettische Geschichtsauffassung“ a. a. O. S. 204.

<sup>8</sup> Geb. 26. Mai 1805 a. St., studierte in Dorpat Theologie 1822—25, war 1832—1883 Prediger zu Kabilen in Kurland. Gest. 18./30. Juli 1883. Album Academicum der Universität Dorpat, Nr. 1702.

<sup>9</sup> „Das lettische Volkslied“, „Baltische Monatsschrift“ 59. Band 1905, S. 482 ff.

<sup>10</sup> (Georg Berkholz): „Zur Nationalitätenfrage“, „Baltische Monatsschrift“, 9. Band 1864, S. 569.

stammung, deren Namen in der wissenschaftlichen Welt einen hellen, weitschallenden Klang haben: Ferdinand Wiedemann<sup>1</sup>, der unerreichte Pfleger der estnischen Sprache, und August Bielenstein, der überragende Forscher auf dem Gebiete der lettischen Kulturgeschichte, Volkskunde und Linguistik<sup>2</sup>.

Zu der Zeit, von der hier die Rede ist, um die Wende der 60er Jahre des vorigen Jahrhunderts, hatten die beiden führenden Sprachforscher schon ihre Liebe für die Probleme der Volkssprachen des Baltikums öffentlich bekundet<sup>3</sup>.

Wer diese Tatsache kannte und kein Interesse an ihrer Verschleierung hatte, mußte bekennen, daß die Erzählung von systematischer Nichtachtung der lettischen Sprache eine häßliche Unwahrheit sei<sup>4</sup>.

Ungeachtet dessen hielt jedoch Junglettland dennoch an dem Programm: Bekämpfung der Nichtachtung des lettischen Volkes und seiner Sprache, fest und verfocht seinen Standpunkt in dem „Mahjas Weesis“ oder dem „Hausgast“. Dieses seit 1856 erscheinende, verbreitete lettische Blatt<sup>5</sup> trat in Opposition gegen alles, was von anderer Seite her für die Volksbildung getan wurde, und spielte sich als der Verfechter der realen, praktischen und freisinnigen Richtung der Volksbildung gegen die angeblich von deutscher Seite nur betonte „nominale oder kirchliche“ Richtung auf<sup>6</sup>. Anfänglich aggressive Formen vermeidend, ja eine mehr vermittelnde Stellung einnehmend, präzierte der „Hausgast“ seit 1860 eine immer entschiedener Stellung und begann einen direkt gehässigen Ton anzuschlagen<sup>7</sup>. Das genügte jedoch dem brausenden Most der Jugend Lettlands nicht, denn der „Mahjas Weesis“ war ihr noch zu friedfertig, seine Richtung zu unbestimmt. Man verlangte eine Zeitung, deren Aufgabe es wäre, die Anschauungen der neuen Führer viel ausgeprägter zu formulieren<sup>8</sup>. Es erschien geraten, das neue Blatt nicht in Riga oder Mitau, sondern in Petersburg erscheinen zu lassen. Dank den Beziehungen, die der geistige Vater dieses literarischen Unternehmens

<sup>1</sup> Geb. 18/30. März 1805 in Estland, studierte in Dorpat 1824–26 Rechtswissenschaft, war 1830–1837 wissenschaftlicher Lehrer am Gymnasium in Mitau, 1837–57 Oberlehrer der griechischen Sprache am Gymnasium zu Reval, seit 1857 ordentl. Akademiker für die finnisch-ugrische Sprache an der Akademie in Petersburg. Gest. zu Petersburg am 17/29. Dezember 1887. Album Academicum, Nr. 1876.

<sup>2</sup> Geb. in Kurland am 20. Febr. a. St. 1826, absolvierte in Dorpat 1846–50 das Studium der Theologie, war von 1852–67 Prediger zu Neu-Autz, seit 1867 zu Doblen in Kurland. P. Baerent: „Dr. August Bielenstein“, in: „Jahrb. des baltischen Deutschtums 1927“, Riga 1926, S. 131 ff.

<sup>3</sup> Wiedemann war 1857 wegen seiner finnisch-ugrischen Studien zum Akademiker in Petersburg ernannt worden. Bielensteins Sprachstudien waren 1855 und 1856 im „Magazin“ der Lettisch-literarischen Gesellschaft erschienen; im Jahre 1863 gab er seine große Lettische Grammatik heraus.

Bielenstein: „Ein glückliches Leben“, S. 229 ff., 465 und 466.

<sup>4</sup> Berkholz: a. a. O., S. 569.

<sup>5</sup> Es wurde von dieser Zeit an herausgegeben. Grosberg: a. a. O. S. 48.

<sup>6</sup> Brasche: a. a. O. S. 463.

<sup>7</sup> Derselbe: a. a. O. S. 467.

<sup>8</sup> Ernst Blank: „Der lettische nationale Gedanke im Feuer des gesellschaftlichen Kampfes“. Riga 1923, (lettisch).

Christian Waldemar zu dem Großfürsten Konstantin<sup>1</sup>, dem Bruder Kaiser Alexanders II, und zu dem Unterrichtsminister Golowin hatte, gelang es, die Konzession zur Herausgabe der Zeitung zu erwirken, die am 26. Juli 1862 zum erstenmal in der Residenz unter dem Namen „Peterburgas Awises“ erschien<sup>2</sup>. Sie bedeutete für die Entwicklung des lettischen nationalen Gedankens eine Hebelkraft ersten Ranges.

Jetzt traten die Führer auf den Plan, die direkt bedacht waren, die ersten gebildeten Schichten der Letten national zu stärken und Anhänger für die nationale Stellungnahme hauptsächlich in der Wirtschaft, Schule und im gesellschaftlichen Leben zu gewinnen<sup>3</sup>. Es waren dieses Georg (Juris) Allunan, Christian Baron und vor allem Christian Waldemar.

Aus dem Kreise dieser drei mußte Georg Allunan<sup>4</sup>, der erste Redakteur der neuen Zeitung, wegen Krankheit bald ausscheiden. Jetzt trat Christian Baron<sup>5</sup> als Mitarbeiter mehr in den Vordergrund (November 1862). Auf seinen Schultern lag die ganze schwere Redaktionsarbeit, die der Erweckung des lettischen Volkes gewidmet sein wollte. Er betätigte sich hauptsächlich auf dem Gebiet wirtschaftlicher Fragen, von deren Lösung er Entscheidendes für das Aufblühen der lettischen Kultur erwartete. Gleichzeitig leitete er die satyrische Abteilung der Zeitung und bewährte sich als erfolgreicher Dichter und Erzähler<sup>6</sup>. Sein eigenstes Tätigkeitsgebiet, auf dem er sich einen unanfechtbaren Ewigkeitsruhm errungen hat, das lettische Volkslied, lag ihm damals noch fern. Erst etwa zehn Jahre später, um 1878, begann er mit der immensen Arbeit der Sammlung von 35 789 lettischen Originalliedern und 182 000 Varianten, die er in 6 Bänden veröffentlichte.

<sup>1</sup> Band I S. 92.

<sup>2</sup> Blank: a. a. O. Grosberg: a. a. O. S. 49. (Alexander Buchholtz) „Fünzig Jahre Russische Verwaltung“, S. 248.

<sup>3</sup> Walters: a. a. O. S. 303.

<sup>4</sup> Geb. am 1/13. Mai 1832 in Kurland, absolvierte das Studium der Cameralia an der Universität Dorpat, trat in die Forstakademie zu St. Petersburg, übernahm 1862 die redaktionelle Leitung der Petersburger lettischen Zeitung, starb aber bereits 1864. Album Academicum der Universität Dorpat, Nr. 6513.

<sup>5</sup> Geb. am 19/31. Oktober 1835 zu Strutteln in Kurland, besuchte in Dondangen die Gemeindeschule, in Windau die Kreisschule, mit Hilfe des Herrn von Hörner-Ihlen das Mitauer Gymnasium, bezog im I. Semester 1856 die Universität Dorpat, wo er bis 1860 Schüler des berühmten Astronomen Mädler, zugleich aber auch schon auf dem Gebiet der vaterländischen Kulturgeschichte schriftstellerisch tätig war. Aus Mangel an Mitteln unterbrach er seine Studien und lebte einige Jahre in Dondangen, worauf er dann in die Redaktion der Petersburger lettischen Zeitung eintrat. Als diese im Jahre 1867 ihr Ende fand, begab er sich nach Moskau und in das Gouvernement Woronesch, wo er lange bei der Familie des Gutsbesitzers Stankiewitsch lebte. In den Jahren 1880—1893 war er Lehrer am Mädchengymnasium in Moskau. Im Jahre 1894 begann er zusammen mit H. Wissendorff die Herausgabe der monumentalen Sammlung lettischer Volkslieder, die im Jahre 1915 ihren vorläufigen Abschluß fand. Der große Reichtum des seinem Volke dargebotenen Wertgeschenkes wird wohl erst in Jahrzehnten voll gewürdigt werden können. Christian Baron starb am 6. März 1923 in Riga.

Blank: a. a. O. S. 113 ff.; Lina Baron: „Christian Barons Erinnerungen“, Riga 1924, (lettisch), S. 175 ff., wo sich die deutsche Übersetzung seiner Autobiographie findet.

<sup>6</sup> Blank: a. a. O.

Auf dem Felde der Publizistik stand ihm am nächsten Christian Waldemar<sup>1</sup>, der ihm jedoch politisch weit überlegen war.

Waldemar gilt als der allererste und erfolgreichste Verfechter des lettischen nationalen Gedankens. Schon weil er der Stifter des „lettischen Abends“ in Dorpat war, der, wie wir wissen, ein ausgesprochen nationales Kampfprogramm verfolgte, gehört er zu den Spitzführern der neuen Richtung. Indeß legte er das größte Gewicht nicht so sehr auf die Entwicklung der ideellen Güter, wie etwa auf die Sprachausbildung und die Stärkung des nationalen Gefühles, als vielmehr auf den wirtschaftlichen Fortschritt. Schon im Jahre 1857, also noch als Student in Dorpat, veröffentlichte er eine sympathische Schrift, in der er die Heranziehung der Letten und Esten zum Seewesen befürwortete<sup>2</sup>. In dieser, in tadellosem Deutsch abgefaßten, mit wertvollen statistischen Unterlagen versehenen Schrift weiß er viel Rühmliches über die mit Hingebung und Eifer für die gute Sache von dem Adel und der Geistlichkeit betriebene Pflege des baltischen Volksschulwesens zu sagen<sup>3</sup>. Auf die Volksbildung legt der Verfasser großes Gewicht und verfißt mit Recht die These, daß eine materiell gesicherte Stellung ohne wirkliche Bildung nichts wert sei. Schlagend weist er auf die kurländischen Freibauern, die „kurischen Könige“ hin, die trotz des freien, von keiner Dienstleistung beschränkten, Grundbesitzes dennoch denselben Lebenszuschnitt erkennen lassen, wie die gutsherrlichen Fronbauern<sup>4</sup>. Wenige Jahre später aber äußert sich Waldemar ganz anders. In einer von ihm im Jahre 1862 herausgegebenen Abhandlung widmet er seine Feder livländischen Bauernzuständen<sup>5</sup> und schildert diese in den düstersten Farben, sie mit den Agrarverhältnissen Deutschlands, das er eben bereist hatte, ver-

<sup>1</sup> Geb. am 27. November 1825 a. St. zu Saßmacken in Kurland, besuchte die dortige Parochialschule, wurde Gemeindeschreiber, arbeitete und sparte bis es ihm gelang, als Vierundzwanzigjähriger das Libausche Gymnasium zu erreichen und im II. Semester 1854 die Universität Dorpat zu beziehen, wo er bis 1858 Volkswirtschaft studierte, 1857 die silberne Medaille für eine Preisarbeit erwarb und die Universität mit dem Staatsexamen absolvierte. Er war 1859—60 Mitarbeiter an der Petersburger deutschen Zeitung, bereiste 1860—1861 die baltische und deutsche Küste, war Beamter im Finanz- und im Domänen-Ministerium, Herausgeber der lettischen Zeitung in Petersburg, begründete 1867 die Navigationsschule in Rußland und war Geschäftsführer der Kaiserlichen Gesellschaft zur Beförderung des Handels und der Schifffahrt mit dem Sitz in Moskau. Er starb am 7. Dezember 1891 in Petersburg und ist in Riga begraben.

Blank: a. a. O. „Album Academicum der Universität Dorpat“, Nr. 6515. In der ersten Zeit seiner publizistischen Tätigkeit schrieb er seinen Namen nicht Waldemar, sondern Woldemar.

<sup>2</sup> C. Woldemar: „Über die Heranziehung der Letten und Esten zum Seewesen, nebst Notizen und Aphorismen in Bezug auf die industriellen, intellektuellen und statistischen Verhältnisse der Letten und Esten und der baltischen Provinzen überhaupt“, Dorpat, 1857, gedruckt bei Heinrich Laakmann. Der Name des Verfassers ist nicht auf dem Titel, wohl aber unter das Vorwort gesetzt und lautet dort C. Woldemar.

<sup>3</sup> Seite 68—75.

<sup>4</sup> Ebenda S. 25 und 85, Anmerkung 13.

<sup>5</sup> „Baltische, namentlich livländische Bauernzustände“ Leipzig, F. A. Brockhaus, 1862. Daß Waldemar und kein anderer der Verfasser dieser Schrift ist, geht aus seinen eigenen Worten hervor; siehe C. Woldemar: „Vaterländisches und Gemeinnütziges“ 1. Heft, Moskau, 1871, S. 79.



gleichend. Jetzt kommt auch die Volksschule, im Gegensatz zu seinen früheren Äußerungen, schlecht weg<sup>1</sup>. Unter dem Deckmantel der Anonymität wurden die härtesten Vorwürfe gegen den angeblich rückständigen Adel geschleudert<sup>2</sup> und hierbei ein deutliches Kompliment vor Rußland gemacht, das durch seine Bauernbefreiung vom 19. Februar 1861 Livland weit hinter sich gelassen haben solle<sup>3</sup>. Die ganz im gehässigen Tone Garlieb Merkels<sup>4</sup> verfaßte Agitationsschrift erregte natürlich in Livland um so mehr einen Sturm der Entrüstung, als es hinlänglich bekannt war<sup>5</sup>, daß der livländische Landtag vom Februar 1862, geführt von der liberalen Partei, Reformgedanken nachging, deren Tragweite sich noch gar nicht übersehen ließ.

Diese neue Schrift, deren Verfasser trotz seiner Anonymität nicht lange mit dem Schleier des Geheimnisses verhüllt bleiben konnte, war natürlich nicht geeignet, Waldemar als Leiter der in Petersburg erscheinenden Zeitung denjenigen Kreisen zu empfehlen, die nichts mehr fürchteten, als die Übertragung der landfremden russischen Agrarverfassung auf die Ostseeprovinzen<sup>6</sup>.

Die in deutscher Sprache abgefaßte, die Agrarzustände Liv- und Kurlands geißelnde Broschüre Waldemars vermochte keinen unmittelbaren Einfluß auf das lettisch-estnische Landvolk auszuüben, da sie in einer ihnen nicht geläufigen Sprache veröffentlicht war. Um so aufreizender wirkte die in lettischer Sprache erscheinende Wochenschrift „Peterburgas Awises“. In deren Prospekt soll sich zwar das Versprechen gefunden haben: sie würde „immer bestrebt sein, ein freundschaftliches Gefühl zwischen Deutschen und Letten aufrecht zu erhalten und zu entwickeln“, denn es seien „freundschaftliche Völkerschaften eines Glaubens, Untertanen eines Staates, die beide gute Sitten, Licht und Wahrheit lieben“<sup>7</sup>. Und solange, als der ideal gerichtete Christian Baron, der Schüler des weltberühmten Astronomen Maedler, des Naturforschers „mit tiefem Gemüt und hohem sittlichem Ernst“<sup>8</sup>, maßgebenden Einfluß auf die Richtung der „Peterburgas Awises“ hatte, mochte die Wochenschrift in der Tat der Idee des ersprißlichen Zusammenlebens dienlich gewesen sein. Als jedoch Christian Waldemar der bestimmende Mann geworden war, wurde das anders. Er widmete sich in erster Linie wirtschaftspolitischen Fragen und hat in dieser Richtung den Letten und den Esten, die er auf dem Gebiet der Schifffahrt zu den „Holländern Rußlands“ machen wollte, die wertvollsten Dienste geleistet. Allein zur Lösung der agrarpolitischen Pro-

<sup>1</sup> Seite 21.

<sup>2</sup> Seite 39 ff.

<sup>3</sup> Vorwort und Seite 43.

<sup>4</sup> Siehe oben S. 33 ff.

<sup>5</sup> Band I, S. 382 und O. von Rutenberg: „Der livländische Landtag von 1862“, Frankfurt a. M. 1862.

<sup>6</sup> Tobien: „Die Agrargesetzgebung Livlands im 19. Jahrhundert“ II, S. 261 ff.

<sup>7</sup> Walters: a. a. O. S. 278.

<sup>8</sup> Fr. Bienemann: „Aus vergangenen Tagen“, Reval 1913, S. 158.

bleme schlug er Wege ein, die ihn abführten und Mißtrauen nicht nur bei den deutschen Großgrundbesitzern säten.

Seine Hauptthese lautete: „Der Lette und Este ist fremd in seinem Vaterland; er hat keine Heimat und darf sich auch keine erwerben. Recht und Selbständigkeit sind Dinge, die er in seinem engeren Vaterlande in der Regel nimmer suchen darf, wohl aber außerhalb desselben“<sup>1</sup>. Diese Behauptungen schlugen der Wahrheit direkt ins Gesicht, denn als Waldemar sie in die Welt setzte, traten die Folgen der liberalen Agrarpolitik der Ritterschaft, die im Bauernschutz gipfelten<sup>2</sup>, klar zutage.

Zu jener Zeit wurde, nach lettischem Urteil<sup>3</sup>, der Grund zum Gedeihen der Bauern Livlands gelegt und von „etwa dem Jahre 1860 an begann eine neue Epoche im lettischen Volksleben, weil wichtige Verordnungen zugunsten des Bauernstandes erlassen wurden“<sup>4</sup>.

Ungeachtet dessen suchte Waldemar das Heil in Rußland und animierte die Letten zur Auswanderung dorthin<sup>5</sup>, d. h. er tat dasselbe, was ein Jahr später der griechisch-orthodoxe Erzbischof in Riga und Mitau Platon sich zu schulden kommen ließ<sup>6</sup>, um eine Verschmelzung des livländischen Landvolks mit dem russischen Reich herbeizuführen.

Wer sich heute mit dem Inhalt der „Peterburgas Awises“ bekannt macht und namentlich auch Kenntnis gewinnt von der Polemik, die zwischen ihrem Redakteur Christian Waldemar und der von Julius Eckardt<sup>7</sup> redigierten „Rigaschen Zeitung“ im Jahre 1862 entstand<sup>8</sup>, wird der Meinung sein, daß es sich nur um ein Wortgefecht handelte und nicht um mehr. Die „Peterburgas Awises“ ergingen sich nicht etwa in direkten Ausfällen gegen das baltisch-deutsche Element, redeten erst recht nicht dem Umsturz das Wort, sondern sie gingen viel geschickter vor. In Anspielungen, Blasphemien und Spottgedichten zogen sie gegen Autoritäten zu Felde, die im lettischen Landvolk bisher als unantastbar gegolten hatten. Und diese Sprache verstanden die Letten in der Provinz sehr gut, obgleich ihnen bisher kaum eine andere, als eine von

<sup>1</sup> (Chr. Woldemar): „Baltische, namentlich livländische Bauernzustände“, Leipzig 1862, S. 6.

<sup>2</sup> Siehe oben.

<sup>3</sup> Walters: a. a. O. S. 303.

<sup>4</sup> „Katalog der lettischen ethnographischen Ausstellung, verfaßt bei Gelegenheit des X. archäologischen Kongresses in Riga. Aus dem Lettischen übertragen“. Riga 1896, S. 21 ff.

<sup>5</sup> Waldemar hatte im Jahre 1863 im Gouvernement Nowgorod ein Stück unangebauten, aber größtenteils anbaufähigen Landes gekauft und forderte nach seinem eigenen Zugeständnis in der Zeitung „Peterburgas Awises“ die Letten zum Ankauf kleiner Parzellen auf; C. Woldemar: „Die Lettenauswanderung nach Nowgorod im Jahre 1865 und die baltische deutsche Presse“, Bautzen 1867, S. 9.

<sup>6</sup> „Eine Visitationsfahrt durch Livland im Jahre 1864“ Baltische Monatsschrift, 60. Band 1905, S. 279.

<sup>7</sup> Band I S. 133.

<sup>8</sup> „Rigasche Zeitung“ vom 14. Aug. 1862 Nr. 187, vom 28. August 1862 Nr. 199 und vom 29. September 1862 Nr. 227.

C. Woldemar: „Die Lettenauswanderung nach Nowgorod“ usw. S. 30. Die von Waldemar Julius Eckardt in den Mund gelegte Behauptung, „die Letten seien so roh, daß ihnen selbst das kleinste Körnlein Bildung schade“, findet sich nirgends bei Eckardt, weshalb die der Wahrheit widersprechende Aussage Waldemars eine Verleumdung war.

Predigern geleitete, wesentlich kirchlich gefärbte Journalistik bekannt gewesen war. Immerhin hätte man die lettische Residenzpresse gewähren lassen können, wenn sie nicht offensichtlich in russischem Fahrwasser gesegelt wäre<sup>1</sup> und Gefahr lief, denjenigen demokratischen Utopien zu verfallen, die damals in Rußland Mode geworden waren<sup>2</sup>. Die verhüllten, wenn auch genügend verständlichen Angriffe gegen die gewiß reformbedürftige<sup>3</sup>, aber doch schon unmittelbar vor einer Ergänzung stehende Agrarverfassung erschienen dem Landvolk so kühn, daß sich in ihm der Glaube festsetzte, kein geringerer als der Zarbefreier selbst inspiriere das in der Residenz herausgegebene lettische Blatt<sup>4</sup>. Die Redaktion trat diesem Irrglauben freilich entgegen, konnte aber doch die Verbreitung der Losung nicht verhindern: das Landvolk solle sich mit seinen Beschwerden direkt an den Monarchen wenden<sup>5</sup>.

Der Einfluß der lettischen Residenzpresse wuchs um so mehr, als einerseits Christian Waldemar selbst zum Zensor der „Peterburgas Awises“ bestellt worden war<sup>6</sup>, andererseits aber eine publizistische Bekämpfung dieses, von hohen russischen Würdenträgern begünstigten Blattes durch die in den baltischen Provinzen erscheinenden deutschen und lettischen Zeitungen infolge der hier herrschenden Zensurverhältnisse<sup>7</sup> ausgeschlossen blieb. Die Sachlage wurde für die deutsche Landesverwaltung Livlands um so bedenklicher, als um dieselbe Zeit die russische Presse einen systematischen Feldzug gegen die Ostseeprovinzen eröffnete und die „Befreiung der Letten vom deutschen Geistesjoch“ verlangte<sup>8</sup>.

Vermochte auch die Ritterschaft sich nicht der vom russischen Nationalismus gegen sie gerichteten Giftpfeile zu erwehren, so war es doch nur natürlich, daß sie wenigstens die lettisch-russische Waffenbrüderschaft zu sprengen suchte. Die nächstliegende Maßnahme war daher die, daß die höchst eigenartige Doppelstellung des Leiters der „Peterburgas Awises“, der Herausgeber und Zensor seines Blattes zu gleicher Zeit war, einer Änderung unterzogen werde. Daher erwirkte der Generalgouverneur Baron Wilhelm Lieven<sup>9</sup>, daß die lettische Residenzpresse, die ja hauptsächlich das ihm anvertraute Verwaltungsgebiet behandelte, seiner Zensur unterstellt wurde<sup>10</sup>. Demzufolge mußten die Korrekturabzüge der Wochenschrift nach Riga gesandt werden. Diese Maßnahme half indes nicht viel, denn wenn auch einzelne Ausdrücke und Artikel gemildert oder gestrichen wurden, so blieb doch die aggressive, vom russischen

<sup>1</sup> Grosberg: „Die Presse Lettlands“, S. 49.

<sup>2</sup> Julius Eckardt: „Jungrussisch und Altlivländisch“, Leipzig 1871, S. 25 ff.

<sup>3</sup> So waren im Jahre 1862 die Agrarzustände Kurlands zweifellos rückständig; Tobien: „Die Agrargesetzgebung Livlands im 19. Jahrhundert“, II, S. 264.

<sup>4</sup> (Buchholtz): „Fünfzig Jahre Russischer Verwaltung“, S. 251.

<sup>5</sup> Tobien: a. a. O. S. 266.

<sup>6</sup> (Buchholtz): a. a. O. S. 248.

<sup>7</sup> Band I S. 125.

<sup>8</sup> Ebenda: S. 124.

<sup>9</sup> Band I, S. 107.

<sup>10</sup> (Buchholtz:) a. a. O. S. 250.

Geist befruchtete Tendenz die gleiche, wie bisher. Überdies wurden die von der Zensur in Riga kassierten Stellen auf lithographischem Wege vervielfältigt und den Abonnenten der „Peterburgas Awises“ zugestellt<sup>1</sup>. Die publizistische Tätigkeit Waldemars, noch mehr aber seine Emigrationspläne trugen in das Landvolk Liv- und Kurlands eine Unruhe hinein, die zu örtlichen Gärungen führte<sup>2</sup>.

Schon im Sommer 1862, als Kaiser Alexander II. Livland einen Besuch abstattete<sup>3</sup>, hatte das Gemeindegericht des dem Grafen Scheremetjew gehörigen Rittergutes Alt-Pebalg in Livland dem Monarchen eine Bittschrift überreichen lassen, die im Namen des ganzen lettischen Volkes um die Normierung der Pachtzahlungen, oder wenn solches nicht zu erreichen sei, um die einfache Übertragung des russischen Agrargesetzes vom 19. Februar 1861 auf Livland bat<sup>4</sup>. Die angestellte Sachprüfung ergab, daß der aus Alt-Pebalg stammende, in Petersburg wirkende Arzt Johann Jurjan<sup>5</sup>, sowie der Redakteur der „Peterburgas Awises“ bei der Übersetzung der Petition in die Reichssprache behilflich gewesen seien<sup>6</sup>. Dem Beispiel der Alt-Pebalgschen Landgemeinde folgten alsbald andere Landgemeinden Livlands<sup>7</sup> und auf dem Domänen-Gute Aahof kam es zu einem förmlichen Krawall, der erst verstummte, als sich Militär zeigte. Die sofort angeordnete Untersuchung erwies, daß nirgends wirklicher Anlaß zu Klagen vorlag, sondern daß die Bauern sich der Hoffnung hingegeben hatten, durch turbulente Aufkündigung vertragsmäßiger Obliegenheiten eine Umformung des Grundbesitzrechtes im Sinne des soeben erlassenen russischen Emanzipationsgesetzes zu bewirken. Bäuerliche Wünsche dieser Art waren an sich nicht unbegründet, denn die Reichsgesetzgebung hatte die russischen Bauern mit einer Zwangsablösung beschenkt, die dem lettischen Landvolk ein gesichertes Dasein zu verbürgen schien. Der theoretische Vergleich zwischen baltischen Agrargesetzen und denen des Reiches fiel demnach, so lange als die Einwirkung der beiden voneinander so verschiedenen Ablösungssysteme noch nicht zutage getreten war, zugunsten der russischen Ordnung aus. Allein die lettische Publizistik hätte mehr Einsicht bekunden müssen und nicht kritiklos auf den Gewinn hinweisen dürfen, den die Übertragung des Reichsgesetzes vom 19. Februar 1861 auf die Ostseeprovinzen vielleicht geboten hätte<sup>8</sup>. Die Propaganda für die landfremde russische Struktur war um so verwerflicher, als es bekannt war, daß die legislative Körperschaft, der Reichsrat, nach langer Überlegung und vielen Verhandlungen Livland zielbewußt eine agrarrechtliche Sonderstellung verliehen hatte, weil eine solche

<sup>1</sup> Ebenda, S. 252.

<sup>2</sup> Julius Eckardt: „Juri Samarins Anklage gegen die Ostseeprovinzen Rußlands“, Leipzig 1869, S. 256.

<sup>3</sup> Band I, S. 82 und 121.

<sup>4</sup> Landmarschall Paul Fürst Lieven an den livländischen Adelskonvent am 1. Juli 1863, Nr. 61. R. A. Akte Nr. 260/P. Fol. 3 ff.

<sup>5</sup> Gestorben als Arzt in Alt-Pebalg am 27. April 1879; Album Academicum der Universität Dorpat, Nr. 6373.

<sup>6</sup> Fürst Lieven: a. a. O.

<sup>7</sup> So die Ogershofsche und die Bersohnsche.

<sup>8</sup> Tobien: „Die Agrargesetzgebung usw.“ II, S. 263.

der historischen und wirtschaftlichen Entwicklung des Landes weit besser entsprach, als das nur scheinbar günstige Reichsgesetz<sup>1</sup>. Die Verkennung dieser Sachlage und das Liebäugeln mit den panslawistischen Ideen, die dem germanischen, im Einzelbesitz wurzelnden Grundeigentum entgegengesetzt waren<sup>2</sup>, raubten dem sonst so liberal denkenden livländischen Landmarschall Paul Fürst Lieven<sup>3</sup> die Ruhe und er beantragte, im Einverständnis mit dem kurländischen Landesbevollmächtigten Karl Baron von der Recke<sup>4</sup>, beim Generalgouverneur Wilhelm Baron Lieven die Unterdrückung der „Peterburgas Awises“<sup>5</sup>. Der Generalgouverneur schloß sich dem Antrage an, befürwortete beim Minister Walujew die Inhibierung der lettischen Wochenschrift und bedang sich die Befugnis aus, Volksagitatore aus Livland entfernen zu dürfen.

So sehr auch die „Peterburgas Awises“ mit ihrem systematischen Säen von Mißtrauen und Unwillen gegen die Landesverwaltung, den Adel und die Geistlichkeit, mehr noch durch ihre gelegentlichen frivolen Satyren<sup>6</sup> in Liv- und Kurland heftigen Widerspruch und scharfe Verurteilung hervorgerufen hatten, so fand doch der Gedanke des Verbots ihres Erscheinens keineswegs allseitige Zustimmung. Die kurländische evangelisch-lutherische Landessynode vom Jahre 1862 vertrat einmütig die Ansicht, daß nicht Polizeimaßregeln gegen die Preßausschreitungen des lettischen Residenzblattes am Platz seien, sondern daß es not tue, die in Mitau erscheinende „Latweeschu Awises“<sup>7</sup> zur Widerlegung der Angriffe und Beruhigung der erregten Gemüter zu benutzen<sup>8</sup>. Auch der kurländische Landtag vom Jahre 1862 dachte ähnlich. Er befürwortete wohl die Maßregelung der eine verwerfliche Richtung einhaltenden „Peterburgas Awises“, verlangte aber nicht schlechtweg deren Unterdrückung und beschloß, die Mitauer lettische Zeitung, die 4034 Abonnenten zähle, zu subventionieren, damit sie der Petersburger Kollegin die Wage halten könne<sup>9</sup>.

Selbst der Redakteur der „Baltischen Monatsschrift“ Georg Berkholz<sup>10</sup> verurteilte die Unterdrückung des streitbaren Blattes an der Nawa<sup>11</sup>. Diese Bedenken einflußreicher Institutionen und Personen verhinderten das völlige Verbot der „Peterburgas Awises“ und führten den Innenminister Walujew, den Kenner ostseeprovin-

<sup>1</sup> Derselbe: a. a. O. S. 236 und 262.

<sup>2</sup> Oben, S. 37 f.

<sup>3</sup> Band I, S. 47.

<sup>4</sup> Band I, S. 63.

<sup>5</sup> Landmarschall Paul Fürst Lieven an den livländischen Adelskonvent, a. a. O. Fol. 5.

<sup>6</sup> So hatten sie ein dem Choral „Wie schön leuchtet der Morgenstern“ nachgebildetes Spottlied auf einen kurländischen Pastor veröffentlicht.

<sup>7</sup> Redigiert von Pastor Schulz.

<sup>8</sup> Dr. Bielenstein: „Ein glückliches Leben“, S. 404. Ein Auszug aus dem Protokoll der kurländischen Landessynode vom Jahre 1862 findet sich in deutscher Sprache bei Lina Baron: „Christian Barons Erinnerungen“, (lettisch), Riga, 1924, S. 184.

<sup>9</sup> Lina Baron: a. a. O. S. 191 ff., wo auch die Beschlüsse des Landtags in deutscher Sprache wiedergegeben sind.

<sup>10</sup> Band I, S. 147.

<sup>11</sup> Walters: a. a. O. S. 283.

zieller Verhältnisse<sup>1</sup>, dazu, sie nur auf 4 Monate zu suspendieren<sup>2</sup>. Vom 10. Oktober 1863 bis zum 17./29. Juni 1865 erschienen die „Peterburgas Awises“ wieder, jedoch nicht mehr unter der Redaktion Christian Waldemars, sondern unter der Christian Barons<sup>3</sup>, und ohne satyrische Beilage, deren Aufleben Walujew nicht gestattete<sup>4</sup>. Das Ende des einst einflußreichen Blattes wurde unmittelbar durch pekuniäre Umstände erzwungen, doch spielte hierbei auch die Tatsache entscheidend mit, daß ihr spiritus rector, Christian Waldemar, sein Ansehen beim lettischen Landvolk, namentlich bei dem Kurlands, eingebüßt hatte. Seiner östlichen Orientierung folgend, suchte er engeren Anschluß an Rußland und erwarb im Herbst 1865 zu seinem bisherigen Besitztum noch ein sehr großes Landgut<sup>5</sup> im Gouvernement Nowgorod, wo er eine lettische Kolonie begründete. Ihm ging es jedoch wie dem Zauberlehrling Goethes: Die Geister, die er rief, wurde er nicht mehr los. Die allgemein bekannte Tatsache, daß Waldemar sich der begründeten Protektion des Oberleiters der russischen Seemacht, des Großfürsten Konstantin erfreute, zeitigte das Gerücht, die Staatsregierung unterstütze die Ansiedelung im Gouvernement Nowgorod. Die Folge hiervon war, daß tausende von Bauern Kurlands, unter denen sich sowohl eine wohlhabende Schicht, wie auch, wie immer beim Ausbruch eines Auswanderungsfiebers, übelstes Gesindel befand, dem Landgute Waldemars zuströmten<sup>6</sup>. Der unpraktische Kolonisator geriet in eine äußerst schwierige Lage. Das Unternehmen brach jäh zusammen, brachte viele lettische Bauernfamilien ins Elend und häufte auf Waldemar eine Schuldenlast, an der er jahrzehntelang zu tragen gehabt hat<sup>7</sup>. Weit empfindlicher als dieses war jedoch, daß das utopistisch angelegte Experiment seinen Schöpfer um allen Kredit beim lettischen Landvolk brachte, das öffentlich mit Klagen gegen ihn auftrat<sup>8</sup>. Dieser schwere Mißerfolg versetzte den „Peterburgas Awises“ einen tödlichen Schlag. Am 17./29. Juni 1865 erschien ihre letzte Nummer<sup>9</sup>. Damit war das eigene Organ der Jungletten erloschen und etwas zur Tatsache geworden, das auf deutscher Seite teils Befriedigung erweckte,

<sup>1</sup> Band I, S. 147.

<sup>2</sup> (Buchholz): a. a. O. S. 214.

<sup>3</sup> C. Woldemar: „Vaterländisches und Gemeinnütziges“, 2. Heft, Moskau 1871, S. 341.  
Blank: a. a. O.

Es ist daher ein Irrtum, wenn Walters a. a. O. S. 283 und ihm folgend Oskar Grosberg sowohl in seinem Gedenkblatt: „Christian Waldemar. Ein lettischer Volksmann“, „Rigasche Rundschau“ Nr. 268 vom 28. November 1925, wie auch in seiner Broschüre: „Die Presse Lettlands“ 1927, S. 49, behauptet, die „Peterburgas Awises“ seien unterdrückt worden.

<sup>4</sup> (Buchholz): a. a. O. S. 254.

<sup>5</sup> 5600 Dessätinen = 6104 Hektar.

C. Woldemar: „Die Lettenauswanderung nach Nowgorod im Jahre 1865 und die baltische Presse“ S. 10.

<sup>6</sup> Woldemar: a. a. O. S. 14 ff.

<sup>7</sup> Grosberg: „Christian Waldemar“ a. a. O.

<sup>8</sup> „Herr Woldemar und die Kurländer in Nowgorod“, „Rig. Zeitung“ vom 4. Sept. 1865, Nr. 204. Ferner: „Rig. Zeitung“ vom 4. März 1867, Nr. 53.

<sup>9</sup> Blank: a. a. O.

teils bedauert wurde. Die einen hielten eine Verteidigung der neuen, von Waldemar und seinen Anhängern vertretenen Ideenrichtung für möglich, die anderen dagegen waren der Meinung, daß auch nur eine Annäherung an sie ausgeschlossen sei. Das ursprüngliche Programm der „Peterburgas Awises“, das auf ein gutes Einvernehmen zwischen Deutschen und Letten abzielte, war, wie wir wissen <sup>1</sup>, bei Seite gestellt und ein Ton angeschlagen worden, der der „hergebrachten glatten Tradition“ keineswegs entsprach <sup>2</sup>. Weit mehr jedoch bedeutete, daß die führenden Männer Junglettlands, unter ihnen namentlich Waldemar, sich nach russischen Glaubenssätzen orientierten, welche eine neue Ära propagierten. Das persönliche Eigentum an Grund und Boden sollte zugunsten des Gemeindebesitzes vernichtet, der Bauernstand bedingungslos in das volle Eigentum seiner Dorfmarken eingesetzt, der Adel beseitigt, die Armee aufgelöst, die Macht des Herrschers durch demokratische Institutionen beschränkt werden <sup>3</sup>. Wenn auch Waldemar gewiß nicht so weit ging, wie seine radikalen Lehrmeister und gegen den Vorwurf, ein Russifikator zu sein, sich verwahrte <sup>4</sup>, so war er doch zweifellos stark russisch infiziert <sup>5</sup>, was dem baltischen Deutschtum ein Zusammengehen mit ihm unmöglich machte. Trotzdem aber war es bedauerlich, daß die „Peterburgas Awises“ aus Mangel an Mitteln erlöschen mußten, denn jetzt flüchtete Waldemar, der den Boden in den Ostseeprovinzen eingeüßt hatte, in die Arme Katkows <sup>6</sup>. Dieser hatte noch im Mai 1864 jede Antastung des deutschen Charakters der Ostseeprovinzen verworfen <sup>7</sup>, war aber dann mit fliegenden Fahnen in den Belagerungskrieg gegen sie eingeschwenkt, als es von hoher Stelle aus zu einem patriotischen Unternehmen gestempelt wurde, das Deutschtum in Liv-, Est- und Kurland zu bekämpfen. Am 22. Dezember 1865 hatte, wie wir uns erinnern werden, Großfürst Konstantin, der jüngere Bruder Kaiser Alexanders II., umgeben von Notablen des Reiches, die Parole ausgegeben: Das deutsche Element der Ostseeprovinzen müsse durch das nationale der Esten und Letten erstickt werden <sup>8</sup>. Die Esten und Letten, deutscher Führung beraubt, hoffte Katkow leicht in die russischen Lebensformen einfügen zu können. Und Christian Waldemar glaubte seiner Heimat dienlich zu sein, wenn er im Sinne seines kaiserlichen Protektors, des Großfürsten Konstantin, Katkow zu dessen Feldzug gegen die angeblich feudale Grenzmark des Reiches die Munition herbeiführte. Er war seit 1867 Geschäftsführer der kaiserlichen Gesellschaft zur Beförderung des Handels und der Schifffahrt in Moskau <sup>9</sup> und versorgte zugleich Katkow mit tendenziösen Nachrichten

<sup>1</sup> Siehe oben S. 147.

<sup>2</sup> Wie selbst Walters a. a. O. S. 277 einräumt.

<sup>3</sup> Julius Eckardt: „Jungrussisch und altlivländisch“, S. 195.

<sup>4</sup> C. Woldemar: „Vaterländisches und Gemeinnütziges“, 2. Heft, S. 195.

<sup>5</sup> Wie Grosberg richtig hervorhebt.

<sup>6</sup> Oskar Grosberg: „Konzeption und Vollendung des nationalen Gedankens“, „Rigasche Rundschau“ Nr. 214 vom Jahre 1923.

<sup>7</sup> Eckardt: „Juri Samarins Anklage gegen die Ostseeprovinzen“, S. 201.

<sup>8</sup> Band I, S. 493.

<sup>9</sup> „Album Academicum der Univers. Dorpat“, Nr. 6309.

über die Zustände in den Ostseeprovinzen. Im Bunde mit den Russen sollten sich die Letten von den Deutschen emanzipieren und zu einer eigenen Zivilisation aufschwingen<sup>1</sup>. Das war Waldemars Gedankengang, der die Psychologie der Russen vollständig verkannte und daher des politischen Weitblickes entbehrte<sup>2</sup>. Seine Bundesgenossenschaft mit Katkow ließ neues Wasser auf die Mühle der Slawophilen strömen, weil sie nicht mehr — wie in den 40er Jahren des 19. Jahrhunderts, in der Epoche der kirchlichen Wirren<sup>3</sup> — die Letten aufzusuchen brauchten, sondern diese selbst sich ihnen in die Arme warfen<sup>4</sup>. Christian Waldemar war zweifellos ein Idealist, den, wie er selbst von sich sagte, „Studien, Ereignisse und nationale Herkunft beeinflußt“ hatten, der aber doch seinen Gegnern, auch „hochkonservativen“, die durch Stellung, Berufskreis, Herkunft, Tradition und Umgebung bestimmt waren, keinen Augenblick seine Hochachtung versagte. Nur dem „hohlen und selbstbewußten falschen Konservatismus und Liberalismus“ erklärte er den Krieg<sup>5</sup>. ohne freilich gewahr zu werden, daß „hohler Liberalismus“ nirgendwo so zu Hause war, wie unter seinen Kampfgenossen, den Slawophilen.

Der schwere Mangel politischen Weitblickes und seine unglückliche Hand auf dem Gebiet der Agrarpolitik verdunkeln jedoch nicht die Tatsache, daß Waldemar auf einem anderen wirtschaftlichen Gebiet, auf dem des Seewesens, Hervorragendes geleistet hat. Mit Recht wird er nicht nur von seinen Volksgenossen der Reihe lettischer Nationalhelden beigezählt, sondern muß auch in der Wirtschaftsgeschichte Rußlands einen Ehrenplatz angewiesen erhalten. Er ist unbedingt als der Schöpfer des maritimen Schulwesens in Rußland und als einer der systematischsten und dabei erfolgreichsten Förderer der russischen Handelsschifffahrt anzuerkennen. Der einem Letten gemeinlich innewohnende Bildungstrieb und die dieser Nation eigene Zähigkeit ließen slawische Indolenz und russischen Bureaukratismus überwinden. Mit Waldemar hätte das baltische Deutschtum einen Bund flechten können, wenn von ihm nicht frühzeitig Verbindungen nach Osten hin gesucht worden wären. In dieser Hinsicht ging sein Mitarbeiter an den „Peterburgas Awises“ Kaspar Beesbardis, der von den Letten jener Tage auch zu ihrem Führer gezählt wurde, noch weiter als er.

Beesbardis war um zwei Jahrzehnte älter<sup>6</sup> als Waldemar und dessen Altersgenossen, schloß sich aber ihnen an, als sie publizistisch tätig wurden. Er vertrat mit Überzeugung den Gedanken, daß die Letten den Slawen und Litauern stammverwandt

<sup>1</sup> Julius Eckardt: „Die Baltischen Provinzen Rußlands“, 2. Auflage, Leipzig, 1869, S. 72.

<sup>2</sup> Grosberg: „Christian Waldemar“, „Rigasche Rundschau“ vom 18. November 1925, Nr. 268.

<sup>3</sup> Band I, S. 177.

<sup>4</sup> Grosberg: Ebenda.

<sup>5</sup> C. Woldemar: „Vaterländisches und Gemeinnütziges“, 2. Heft, 1871, S. 337.

<sup>6</sup> Geboren in Livland am 26. November 1806, absolvierte er das Studium der Theologie in Dorpat von 1823—26, war 1832—1853 Lehrer und Inspektor an der Kronsschule in Fellin, dann Privatlehrer in Riga, wurde 1864 administrativ in das Gouvernement Kaluga verbannt, lebte und beschloß sein Leben in Moskau; gestorben dort am 31. August 1886. „Album Academicum der Universität Dorpat“, Nr. 1832.



seien und verstieg sich in seiner Zuneigung zu den Russen so weit, daß er in den von der griechisch-orthodoxen Geistlichkeit in Livland angefachten kirchlichen Wirren der 40er Jahre des 19. Jahrhunderts<sup>1</sup> eine gerechte Vergeltung des blutigen Dramas der Heidenbekehrung (!) vor 700 Jahren erblickte und die „Rückkehr der Letten und Esten zum ersten christlichen Glauben, den ihre Väter unter Wladimir dem Großen bekannt hatten“<sup>2</sup>, wünschte.

Eine Ironie des Schicksals fügte es, daß dieser Herold der slawischen Orientierung der russischen „Kibitkenjustiz“ zum Opfer fiel und im September 1863 wegen Machinationen, die er gemeinsam mit orthodoxen Priestern lettischer Herkunft auf politischem Gebiet in Szene gesetzt hatte, in das Kalugasche Gouvernement verbannt wurde<sup>3</sup>. Er hat dann in Moskau gelebt, wo er Waldemar fand und wohl dort dessen Mitarbeiter im Dienste Katkows gewesen ist.

Ließen sich diese beiden lettischen Führer vor das, gegen die deutsch verwalteten Ostseeprovinzen gerichtete Belagerungsgeschütz Katkows spannen und in den Dienst der russischen Verwaltungsmaxime: „divide et impera“ stellen, so stand das mit dem dritten, neben Baron und Waldemar, heute noch verehrten lettischen Nationalhelden Otto Kronwald<sup>4</sup> ganz anders. Waldemar hatte die wirtschaftliche und soziale Hebung der Letten im Auge, Kronwald dagegen vertrat als erster den lettischen nationalen Gedanken.

Wenn Waldemar nicht den geringsten Wert darauf legte, ob die Letten lettisch oder russisch sprachen, ob sie sich geistig national entwickelten, oder aber im Russentum aufgingen, so forderte Kronwald die Pflege der nationalen Bestrebungen und trat mit idealem Schwunge nicht nur für die Ausbildung der Muttersprache, sondern auch für „Läuterung und Veredlung des Nationalbewußtseins“ ein<sup>5</sup>. Er, der erfahrene Schulmann und für den Lehrerberuf begeisterte Pädagoge, war ganz in der deutschen Gedankenwelt auferzogen und beherrschte sogar anfänglich seine lettische Mutter-

<sup>1</sup> Band I, S. 177.

<sup>2</sup> Kaspar Beesbardis: „Der Sprach- und Bildungskampf in den baltischen Provinzen Rußlands“, Bautzen, 1865, S. 20.

<sup>3</sup> (Buchholz): „Fünfzig Jahre Russischer Verwaltung“, S. 253 ff.

<sup>4</sup> Geboren am 3/15. April 1837 in Mesothien, war er Pflegesohn des Pastors Katterfeld-Durben, besuchte die sogenannte „adlige“ Kreisschule zu Libau, wurde 1856 Hauslehrer in Litauen, bezog 1859 die Universität Berlin, um Medizin zu studieren, wo er nur ein Jahr verweilen konnte, jedoch die dort dargebotenen vielen Anregungen deutscher Wissenschaft, auf dem Gebiet der Philosophie und Sprachenkunde, in vollen Zügen genoß. Darauf wurde er Hauslehrer im Hause des Pastors Katterfeld in Durben und trat 1865 in die pädagogischen Kurse der Universität Dorpat ein, die er 1867 mit dem Kreislehrer-Examen für die historischen Fächer abschloß. August 1867 bis zum 1. Juli 1873 war er Lehrer am ersten Dorpatschen Lehrer-Seminar und übernahm dann die Leitung der höheren Parochial- oder Kirchspielschule in Alt-Pebalg, wo er am 5./17. Februar 1875 starb. (Adolf Maaß:) „Festschrift zur Feier des 50 jährigen Bestehens des ersten Dorpatschen Lehrer-Seminars am 7. August 1878“, Dorpat 1878, S. 144. Blank: a. a. O. S. 123—136.

<sup>5</sup> Otto Kronwald: „Nationale Bestrebungen. Erläuterungen zu einem Artikel der Zeitung für Stadt und Land“, Dorpat 1872, S. 65.

sprache wenig<sup>1</sup>. Fichtes „Reden an die deutsche Nation“, in denen der große Philosoph darauf hinwies, daß das 1806 gesunkene deutsche Volkstum nur durch eine ganz neue Erziehung und durch den Geist der Gemeinschaft wieder herzustellen sei<sup>2</sup>, hatten ihn stark beeinflußt, die Ereignisse von 1870, die in dem Zusammenschluß der deutschen Staaten zu einer Einheit gipfelten, tiefen Eindruck auf ihn gemacht. In der Schule erblickte er die Urquelle des geläuterten und veredelten Volksgeistes und betonte daher die Notwendigkeit der Kultivierung der lettischen Sprache nicht nur in lettischen, sondern auch in nicht-lettischen Schulen<sup>3</sup>. Der Geist der Gemeinschaft im Sinne Fichtes sollte die Letten mit Einschluß der stammverwandten Litauer kulturell vereinigen<sup>4</sup>.

Kronwald war somit der erste Träger und Verkünder des großlettischen Gedankens, der sich jedoch nicht etwa zu politischen Forderungen verstieg, denn der ältere, durch Kronwald begründete Nationalismus war konservativ<sup>5</sup>. Nicht etwa um eine Ausgestaltung des Verfassungslebens in demokratischem Sinn war es ihm zu tun, sondern lediglich um die Erweckung des noch schlummernden Nationalgefühls. Vor allem verfocht er die These, daß es eine lettische Kultur an sich geben könne und geben werde, wenn nur auf dem Gebiet des Schulwesens eine Umgestaltung der bestehenden unzureichenden Verhältnisse in dem Sinne sich durchführen ließe, daß ein lettisch-nationales Schulnetz, mit höheren Bildungsanstalten an der Spitze, ins Leben gerufen werde. Die Parochialschule sollte nicht die letzte lettisch-nationale Stufe im Aufbau der Volkserziehung bleiben.

So sehr Kronwald auch seine ganze Erziehung und seine ideale, auf die Hebung seines Volkstums gerichtete, Gedankenwelt dem deutschen Idealismus verdankte und so warm er auch die Mitarbeit deutscher Prediger an dem geistigen Aufstieg der Letten anerkannte<sup>6</sup>, so war er es doch gerade, der als erster Lette die Sprengwurzel nationalen Gegensatzes in den Heimatboden pflanzte.

Als das erste große lettische Gesangsfest 1873 in Riga gefeiert wurde, das einen hervorragenden Markstein in der Kulturgeschichte der Letten bildete, griff er seinen Volks- und Fachgenossen Johann Zimse, der seit 1839 Leiter des von der livländischen Ritterschaft begründeten Seminars zur Ausbildung von Volksschullehrern war, auf das heftigste öffentlich an. Zimse<sup>7</sup> hatte auf einem, bei Gelegenheit des Gesang-

<sup>1</sup> Blank: a. a. O.

<sup>2</sup> Immanuel Hermann Fichte: „Johann Gottlieb Fichtes Reden an die deutsche Nation“. Tübingen 1859, S. 30 ff.

<sup>3</sup> Kronwald: „Nationale Bestrebungen“, S. 46.

<sup>4</sup> Blank: a. a. O.

<sup>5</sup> Walters: „Lettland“ usw., S. 38.

<sup>6</sup> Kronwald: „Nationale Bestrebungen“, S. 49 und 66.

<sup>7</sup> Johann Zimse war am 21. Juni 1814 a. St. im Ronneburgschen Kirchspiel von lettischen Eltern geboren, absolvierte mit 16 Jahren die Parochialschule von Ronneburg, wurde dann Lehrer der Parochialschule in Wolmar, wo er die Aufmerksamkeit des Pastors von Wolmar, des späteren Generalsuperintendenten Ferdinand Walter auf sich lenkte, der ihn nach Deutschland schickte, damit er sich dort unter der Leitung des rühmlich bekannten Pädagogen Dr. Harnisch in Weißenfels (Sachsen) zum Leiter des

festes veranstalteten Festmahl eine längere Rede gehalten, in der er das Verdienst an dem Zustandekommen des glänzend verlaufenen lettischen Nationalfestes der Schule zuschrieb. Kronwald widersprach heftig und betonte: nicht der Schule, sondern dem lettischen Volksgeist gebühre der Ruhm<sup>1</sup>. Dieser Redestreit mochte an sich Fernstehenden belanglos erscheinen, bedeutete jedoch in der Tat viel, denn er isolierte Zimse und dessen Anhänger offensichtlich. Was war der Grund?

Zimse war Leiter einer Anstalt, die junge Leute, vorzugsweise bäuerlichen Standes, zu Parochiallehrern auszubilden bezweckte. Hierbei mußte die deutsche Unterrichtssprache angewandt werden, denn die Anstalt sollte sowohl lettischen, wie auch estnischen Zöglingen dienen. Waren auch im Parochiallehrer-Seminar die meisten Alumnus lettischer Nationalität, so sind in ihr doch auch Esten herangebildet worden und unter diesen zwei der hervorragendsten, dem Deutschtum feindliche Führer des Estenvolkes: die Zeitungs-Redakteure Karl Robert Jakobson und Adolf Grenzstein<sup>2</sup>, auf die wir noch zurückkommen werden.

Ebenso wie Zimse, war auch Kronwald an einem Lehrer-Seminar tätig, das in erster Reihe „Nationale“, d. h. Esten und Letten, heranzubilden die Aufgabe hatte und hierbei ebenfalls das Deutsche als Unterrichtssprache anwandte. In dem von der livländischen Ritterschaft begründeten und unterhaltenen, von Zimse geleiteten Parochiallehrer-Seminar zu Walk galten doch wenigstens die beiden „Nationalsprachen“, die estnische und die lettische, als obligatorische Gegenstände des Unterrichts<sup>3</sup>. In der Anstalt dagegen, an der Kronwald 6 Jahre lang tätig war, in dem ersten Dorpatschen Lehrer-Seminar, wurde neben der Hauptsprache, als welche die deutsche galt, nur noch die russische, die estnische und die lettische aber gar nicht betrieben<sup>4</sup>. Somit hätten ebenso Zimse, wie auch Kronwald als Germanisatoren gelten dürfen, denn beide unterwiesen Esten und Letten in deutscher Sprache nach deutschen Lehrbüchern. Dennoch wurde nur Zimse der Vorwurf gemacht, Germanisierungsideen zu huldigen<sup>5</sup>, während man Kronwald als Pfleger des nationalen Gedankens pries. Beide hatten, wie wir wissen, deutsche Bildung genossen, waren aber aufrechte Letten geblieben und Zimse durfte sich in der Zeit, von der hier die Rede ist (1873), dessen rühmen, schon ein Menschenalter lang von seinen Schülern auf Händen getragen worden zu sein, denn er war in der Tat ein pädagogisches Genie, das sich seit 1839 bewährt hatte. Das aber half ihm alles

---

von der livländischen Ritterschaft geplanten Schullehrerseminars ausbilde. Nach Vollendung seiner Ausbildung in Deutschland, die ihren Abschluß auf der Universität Berlin fand, wurde er im November 1839 Leiter des zuerst in der Stadt Wolmar, dann in Walk bestehenden Seminars zur Ausbildung von Volksschullehrern. Dieses Amt bekleidete er bis zu seinem, am 10/22. Oktober 1881 erfolgten Tode.

C. Peterson, J. Bach, E. Inselberg: „Das ritterschaftliche Parochiallehrer-Seminar in Walk, seine Lehrer und Zöglinge, 1839—1890“ Riga 1898, S. 142 ff.

<sup>1</sup> Peterson, Bach, Inselberg: „Das ritterschaftliche Parochiallehrer-Seminar“ S. 159.

<sup>2</sup> Peterson, Bach, Inselberg: a. a. O. S. 194, Nr. 90 und S. 223, Nr. 251.

<sup>3</sup> Ebenda: S. 79.

<sup>4</sup> Maaß: „Festschrift“ usw., S. 52 ff.

<sup>5</sup> Peterson, Bach, Inselberg: „Das ritterschaftliche Parochiallehrer-Seminar“ S. 161.

nichts, denn sein politischer Standpunkt, der dem Kronwalds entgegengesetzt war, galt als veraltet und außerdem als von den Deutschen beeinflußt. Er hielt das lettische Volk für noch nicht reif genug, daß es auf rein lettischem Kulturboden weiter bauen und zur geistigen Selbständigkeit gelangen könne. Nur in der Schule erblickte er das Mittel zur Heranbildung seines Volkes, in Vereinen, in Theatern und in ähnlichen Unternehmungen dagegen „Lockspeisen der blinden Führer des Volkes“. In dem neu-aufgetauchten, von Kronwald geführten „Junglettentum“ vermutete er den Auftakt zur Aufrollung der sozialen Frage, die jedoch „nicht aus dem Volke in engerem Sinn hervorgegangen“ sei. Nationalhaß war ihm ein Greuel, den er „eine geistige Verwirrung“ nannte und dessen Vertreter er „Auswüchse der menschlichen Gesellschaft“ schalt<sup>1</sup>.

Zimse, ein Aufzögling des Generalsuperintendenten Ferdinand Walter, war sichtlich durch diese markige Persönlichkeit beeinflußt, die darin ihre Aufgabe erblickte, die Letten durch Germanisierung einer höheren Kultur entgegen zu führen. Man sollte der nicht zu leugnenden Neigung des lettischen Volkes, die es dränge, in die Bildung und Nationalität der Deutschen ganz aufzugehen, entgegenkommen<sup>2</sup>. Diese seine ausgeprägte Anschauung hatte Walter schon im Jahre 1864 in der St. Jakobi-Kirche zu Riga, anläßlich der Eröffnung des livländischen Landtages öffentlich vertreten, und die Ritterschaft ermahnt, das estnisch-lettische Landvolk in seinem „Drange zur Germanisierung“ zu fördern und das in dieser Hinsicht „Versäumte“ nachzuholen<sup>3</sup>. Die gebildeten Letten, germanisiert, „sollten mit den übrigen Deutschen das Wohl der Letten besorgen“. Das war das Kredo Walters<sup>4</sup> und wohl auch das Zimses.

Einen tieferen Gegensatz, als der war, der zwischen der Auffassung Zimses von der Zukunft seines Volkes und der Kronwalds herrschte, ließ sich nicht denken. Kronwald, der, wie wir wissen, die Selbständigkeit der lettischen Kultur auf seine Fahne geschrieben hatte, wandte sich daher nicht nur innerlich von Zimse ab, sondern verurteilte dessen Stellungnahme, wenn auch der äußere Friede hergestellt worden war<sup>5</sup>, auf das Härteste. Er prägte das häßliche Wort: „Zimse wird selbst am besten bezeugen können, warum er in diesem Schlamm waten muß“<sup>6</sup>. Unter dem „Schlamm“ verstand Kronwald zweifellos die Abhängigkeit Zimses von der livländischen Ritterschaft, der selbstlosen Schöpferin und Unterhalterin des Parochiallehrer-Seminars, sowie von der deutschen Geistlichkeit in der Person des Generalsuperintendenten Ferdinand Walter, dem Zimse seinen Aufstieg zu danken hatte. Ungeachtet der Feindschaft Kronwalds war die Rolle, die Zimse fast ein halbes Jahrhundert lang bei der Neugestaltung und

<sup>1</sup> Ebenda, S. 161 ff.

<sup>2</sup> „Bischof Dr. Ferdinand Walter, weil. Generalsuperintendent von Livland. Seine Landtagspredigten und sein Lebenslauf“. Leipzig 1891, S. 369.

<sup>3</sup> Band I, S. 505.

<sup>4</sup> Bischof Walter: a. a. O. S. 368.

<sup>5</sup> Peterson, Bach, Inselberg: a. a. O., S. 160.

<sup>6</sup> Blank: „Der lettische nationale Gedanke im Feuer des gesellschaftlichen Kampfes“.

Hebung der Volksschule und der lettischen Volksbildung gespielt hat, wohl eine tief in die Volksschichten einschneidende<sup>1</sup>.

Wenn Johann Zimse von seinen Stammesbrüdern heute nicht auch der Reihe der lettischen Nationalhelden beigezählt zu werden pflegt, so teilt er sein Geschick mit einem anderen Volksgenossen, der gleich ihm ein wahrer *praeceptor populi* war, jedoch ebenso wie er, tiefer im deutschen Kulturboden wurzelte, als Baron, als Waldemar und selbst als Kronwald: Georg Neiken<sup>2</sup>. Er war Zeit- und Studiengenosse der Vorkämpfer des Aufstieges der Letten, die in Dorpat den „engeren Kreis“ bildeten<sup>3</sup>, stand jedoch abseits von diesen Männern, deren aggressives Vorgehen gegen das Deutschtum seiner verinnerlichten Natur widersprach. Er hielt es gleich anderen jungen lettischen Zeitgenossen<sup>4</sup> nicht für einen Verrat an seinem Volkstum, wenn er einer der deutschen studentischen Verbindungen beitrug und um die Anerkennung deutscher Altersgenossen warb. Im Jahre 1852 wurde er Glied der „Livonia“<sup>5</sup>, in der während seiner Studienzeit so geistig hervorragende Persönlichkeiten, wie der später weltbekannte Chirurg Ernst von Bergmann<sup>6</sup> und der als akademischer Lehrer hochgeachtete Physiker Arthur von Oettingen<sup>7</sup> seine Korpsbrüder waren. Die vielen Anregungen, die Neiken als Student der Theologie in Dorpat, wo in jener Zeit die beiden theologischen Leuchten der Ostseeprovinzen, Moritz von Engelhardt und Alexander von Oettingen<sup>8</sup>, ihre Dozentenlaufbahn begannen, empfangen hatte, verwertete er als Landpfarrer in Livland und als lettischer fruchtbarer Schriftsteller. In den Jahren 1863 bis 1867 gab er ein lettisches Blatt, den „Zēla Biedris“ heraus, das die Tendenz verfolgte, ein Gegengewicht gegen die „Peterburgas Awises“, deren wir gedacht haben<sup>9</sup>, zu bilden<sup>10</sup>.

Für die Germanisierung der Letten zu wirken, lag ihm fern, obschon seine erste Druckschrift, ein viel gebrauchtes Schulbuch, zur Erlernung der deutschen Sprache für Letten war. Aber er vertrat die Ansicht, daß das vom russischen Nationalismus bedrohte lettische Volkstum nur im Anschluß an Deutschland sich das von eigenem

<sup>1</sup> Peterson, Bach, Inselberg: a. a. O., S. 164.

<sup>2</sup> Geboren am 25. März/6. April 1826 in einem Bauernhof des Rittergutes Erkull, der seinem Vater gehörte, besuchte er die Kreisschule in Lemsal und das von Zimse geleitete ritterschaftliche Parochiallehrer-Seminar in Walk von 1843—46, wurde Lehrer und bezog fast 26 Jahre alt, im ersten Semester 1852 die Universität Dorpat, an der er bis zum Jahre 1856 zuerst Physik und später Theologie studierte. Von März 1857 bis Februar 1867 Prediger zu Dickeln, später zu Ubbenorm in Livland, gestorben am 1. Juli 1868 in Ubbenorm-Pastorat; Peterson, Bach, Inselberg: S. 179, Nr. 17.

<sup>3</sup> Siehe oben S. 141.

<sup>4</sup> Siehe oben.

<sup>5</sup> „Album Livonorum“, Nr. 430.

<sup>6</sup> Arend Buchholtz: „Ernst von Bergmann“, Leipzig, 1911, S. 95 ff.; Album Livonorum, Nr. 450.

<sup>7</sup> „Album Livonorum“, Nr. 437.

<sup>8</sup> Band I, S. 342; Erich von Schrenck: „Alexander von Oettingen u. Moritz von Engelhardt zum 100. Geburtstag“, im „Jahrb. des balt. Deutschtums in Lettland u. Estland 1928“, Riga 1927, S. 127 ff.

<sup>9</sup> Oben S. 145 u. 147 ff.

<sup>10</sup> Grosberg: „Die Presse Lettlands“, S. 49.

Wesen zu Rettende bewahren könne<sup>1</sup>. Dieser Stellungnahme wegen hat er, der in zahlreichen didaktischen Schriften die geistige und sittliche Hebung seiner Volksgenossen anstrebte, von chauvinistischen Jungletten schwere Unbill erlitten<sup>2</sup>. Dem tiefangelegten Menschenfreund und vielseitigen Volkserzieher ist schließlich doch die Anerkennung seiner Volksgenossen nicht vorenthalten geblieben<sup>3</sup>, wenn er auch nicht den großen lettischen Führern beigezählt wird.

Die lettische nationale Bewegung, die von den Deutschen als „Junglettentum“, von den Letten als der „Frühnationalismus“<sup>4</sup> bezeichnet zu werden pflegt, stieg in den 70er Jahren des vorigen Jahrhunderts, unter dem Einfluß Otto Kronwalds und seiner Anhänger, langsam aber stetig an. Das Vorbild der tschechischen Bestrebung, das deutsche Volkstum aus Böhmen zu verdrängen, wirkte zu einem Teil hierbei mit, zu anderem, vielleicht wesentlicherem Teil, das Emporkommen der nachbarlichen Finnen, denen es gelungen war, ihrer Sprache neben der schwedischen eine staatsrechtlich gesicherte Stellung zu erwirken<sup>5</sup>. Von nicht geringem Einfluß in Livland selbst waren die offensichtlich steigende Wohlhabenheit des den Agrarschutz genießenden Bauernstandes<sup>6</sup> und die verwaltungsrechtliche Selbständigkeit, die dem Landvolk durch die Landgemeindeordnung im Jahre 1866 gegeben worden war<sup>7</sup>. Diese Entwicklung erreichte im Jahre 1880, als das zweite große lettische Gesangsfest in Riga gefeiert wurde, ihren Höhepunkt<sup>8</sup>. Sie begann jedoch von da an abzufallen und einer anderen Bewegung um so mehr Platz zu machen, als im Grunde der „Frühnationalismus“ wohl in die Breite, nicht aber in die Tiefe gegangen war. Das Landvolk vermochte sich nicht in den „nationalen Bestrebungen“ zurechtzufinden und sich klar vorzustellen, worin die von den Führern verheißene glückliche Zukunft des lettischen Volkes eigentlich bestehen sollte<sup>9</sup>. Auf dem Lande war man zufrieden und sehnte keine Änderung herbei. Erst als in den Städten Stimmungen erwuchsen, denen die nationale Haltung des „Frühnationalismus“ zu wenig bot, wurde das ganz anders<sup>10</sup>. Mit der Differenzierung im wirtschaftlichen und sozialen Leben Livlands und dem Bezüge sozialer Ideen der Neuzeit, vornehmlich aus Rußland, erwuchsen in den Städten, besonders in Riga, Strömungen, denen die Kerngedanken des „Frühnationalismus“ nicht demokratisch genug erschienen. Man fand, daß die abstrakten, nur auf nationale Gleichberechtigung hinauslaufenden Ideale des

<sup>1</sup> Bielenstein: „Ein glückliches Leben“, S. 403.

<sup>2</sup> Ebenda.

<sup>3</sup> In Anlaß der hundertjährigen Wiederkehr seines Geburtstags im Jahre 1926; O. Grosberg: „Georg Neiken. Ein lettischer Volksmann und Schriftsteller.“ „Rigasche Rundschau“, Nr. 85, vom Jahre 1926.

<sup>4</sup> Walters: a. a. O., S. 307.

<sup>5</sup> Bielenstein: a. a. O., S. 413.

<sup>6</sup> Walters: a. a. O., S. 303.

<sup>7</sup> Band I, S. 470 ff.

<sup>8</sup> Blank: a. a. O.

<sup>9</sup> Grosberg: „Konzeption und Vollendung des lettischen nationalen Gedankens“, a. a. O.

<sup>10</sup> Walters: „Lettland“, S. 307 ff.

„Frühnationalismus“ kraftlos seien, weil sie „nicht ihre volle Loslösung von den altbaltischen Lebenswegen gefunden hätten“<sup>1</sup>. Um eine politisch aktive Bewegung wirksam zu betätigen, war das lettische Bürgertum am Ende der 70er Jahre des vorigen Jahrhunderts noch zu schwach, weshalb ihm nicht der Vorwurf erspart wurde, den Zusammenhang mit dem lettischen Landvolk außer acht gelassen zu haben. Dieses Stadium der Zerfahrenheit machte sich alsbald ein außenstehender mächtiger Faktor, der russische Nationalismus, zu nutze. Wie ein Wolf in eine Schafherde einbricht, fiel die slawophile Presse mehr denn je<sup>2</sup> über die baltischen Verhältnisse her und suchte mit allen Mitteln gegen die alte baltische Verfassung zu schüren<sup>3</sup>. Sie war bemüht, ihre Russifikationsbestrebungen dem livländischen Landvolk annehmbar erscheinen zu lassen und erzielte überraschende Erfolge, denn weder die Letten, noch die Esten vermochten die Sprache einer überlegten und standhaften Opposition zu finden<sup>4</sup>. Der systematischen, ihrem Leitsatz — „divide et impera“ folgenden Regierungsgewalt öffentlich entgegenzutreten, wäre gewiß wegen der, jede freie Meinungsäußerung knebelnden Zensur<sup>5</sup> unmöglich gewesen. Aber der innere Widerstand gegen die Aufdrängung russischer Lebensformen hätte denn doch wirksam sein können. Allein die damals an der Spitze des öffentlichen Lebens der lettisch-estnischen Kreise stehenden Männer waren gar nicht gewillt, Opposition zu treiben, denn man erwartete von den in Aussicht gestellten Regierungsmaßnahmen für die aus dem Landvolk hervorgegangenen oder noch hervorgehenden Intelligenzen eine Erweiterung ihres Tätigkeitsgebietes und war weit davon entfernt, die große Gefahr zu erkennen, die für das Letten- und Estentum in den russischen Reformen lag<sup>6</sup>. In beiden Völkerschaften hatte das uns bekannte Programm des Großfürsten Konstantin vom 22. Dezember 1865 a. St.<sup>7</sup> gezündet, das die Erstickung der deutschen Elemente durch die estnisch-lettischen empfahl. Und daß dieses Programm nicht vergessen wurde, dafür sorgte die slawophile Partei, die seit der angeblichen Demütigung Rußlands auf dem Berliner Kongreß (1878) an der Nawa mehr denn je herrschte. Ungestüm fielen die Residenzblätter über die Deutschen mit Schmähungen und Verdächtigungen her und stellten einmütig die Forderung auf: die deutsche Kultur an der Ostsee hat zu verschwinden<sup>8</sup>.

Diesen aggressiven Ton begannen auch die in Riga erscheinenden lettischen Zeitungen anzuschlagen. Es war namentlich der „Baltijas Semkopis“ („Der baltische Ackerbauer“) mit seiner satyrischen Beilage „Sohbugals“ („Spaßvogel“), der das

<sup>1</sup> Ebenda, S. 310.

<sup>2</sup> Band I, S. 137.

<sup>3</sup> Walters: a. a. O., S. 311.

<sup>4</sup> Ebenda, S. 310.

<sup>5</sup> Band I, S. 130.

<sup>6</sup> Wie Walters ebenda S. 311 richtig bemerkt.

<sup>7</sup> Band I, S. 93.

<sup>8</sup> „Die Lettische Revolution. Mit einem Geleitwort von Professor Theodor Schiemann“. Teil II, 2. Auflage, Berlin 1908, S. 33.

Landvolk im Sinne des großfürstlichen Programmes zu beeinflussen suchte. Obgleich der Name dieses führenden Blattes darauf schließen ließ, daß es in erster Linie sich mit landwirtschaftlichen Fragen beschäftigte, so traf diese naheliegende Voraussetzung doch nur in der ersten Zeit seines Erscheinens zu. Bald schloß der „Baltijas Semkopis“ die livländische Volksschule in den Bereich seiner Besprechungen ein, verwandelte sich in eine politische Zeitung und fügte jeder Nummer als Beilage sein Witzblatt „Sohbugals“, den „Spaßvogel“ hinzu, das jedoch sehr ernste Späße brachte. Sein politischer Standpunkt war der des radikalen Liberalismus, der vor allem die Parole „los von der Kirche“ ausgab. Mit der Kirchenfeindschaft des Blattes ging Hand in Hand eine unversöhnliche Gegnerschaft gegen alles, was deutsch im Lande war<sup>1</sup>. Unverhohlen deklarierte der „Semkopis“ zu Beginn des Jahres 1879: „Die Erhaltung deutscher Bildung und deutschen Geistes ist ein Verbrechen am Wohle des ganzen Reiches. Die baltischen Bauern haben keinen Teil an diesem verbrecherischen Bestreben“<sup>2</sup>.

Indem die lettische Presse das Deutschtum verleumdete, namentlich die Pastoren und Gutsherren, die fast ausschließlich Deutsche waren, diskreditierte und vielfach auch Amtspersonen angriff, untergrub sie naturgemäß die Autorität der verschiedenen Ämter, die von Deutschen bekleidet wurden<sup>3</sup>.

Zu den lettischen Blättern, die in unbegreiflicher Verblendung den Russifikatoren ihre Ärmte öffneten, gehörte auch die seit 1878 erscheinende einflußreiche „Balss“, die von Alexander Waeber, einer der interessantesten Größen des lettischen Lagers, 25 Jahre lang redigiert wurde<sup>4</sup>.

Waeber war deutscher Abstammung und hatte eine deutsche Erziehung genossen, fühlte sich jedoch zu den Letten hingezogen, weil er den Darstellungen Garlieb Merckels von der Knechtung des lettischen Volkes durch die deutsche Oberschicht Glauben schenkte und von Otto Kronwald, den er 1870 in Dorpat kennen gelernt hatte, sowie von anderen lettischen Volksführern beeinflusst worden war. Die lettische Sprache stand ihm ebenso hoch, wie die lateinische und die griechische; auch erschien ihm die lettische Urgeschichte in dem Lichte der lettischen Ideologen, die der Meinung waren, daß das lettische Volk vor Ankunft der deutschen Kolonisatoren sich einer hohen

<sup>1</sup> Emil Kaehlbrandt, Pastor zu Neu-Pebalg, an das Landratskollegium am 28. Juni 1879. R. A. Litt. P. Nr. 260, Fol. 27 und ff.

<sup>2</sup> „Baltijas Semkopis“ Nr. 18, vom Jahre 1879, S. 147; R. A. Ebenda, Fol. 272 d.

<sup>3</sup> Emil Kaehlbrandt: „Lebensbild eines livländischen Pastors“. Riga 1910, S. 168.

<sup>4</sup> Alexander Waeber, der seinen Namen anfänglich Weber schrieb, war am 6./18. November 1848 in Kurland von deutschen Eltern — sein Vater war Landmesser — geboren. Er besuchte die Kreisschule in Libau, dann die deutsche Kirchenschule und das Gymnasium in Wilna, absolvierte das Mitauer Gymnasium, studierte 1870 in Dorpat Geschichte, alsdann bis zum Herbst 1876 in Petersburg die Rechtswissenschaften, wurde in Riga 1877 Hofgerichts- und Ratsadvokat, begründete 1878 die lettische Zeitung „Balss“, zog nach dem Ausbruch der lettischen Revolution 1905 nach Deutschland und starb am 16. April 1910 in der Rheingegend. „Album Academicum der kaiserlichen Universität Dorpat“ Nr. 8744; Blank: „Der lettische nationale Gedanke“ usw. S. 141 ff.



Kultur erfreut habe, deren Weiterentwicklung jedoch durch die fremdländischen Eroberer unterdrückt worden sei. Jetzt käme es darauf an, daß das lettische Volk sich eine neue, eigene Kultur schaffe. Administrative Trennung von den Esten, Ausbau der lettischen Schule im Sinne Kronwalds<sup>1</sup>, Vereinigung der Letten auf kulturellem Gebiet mit den stammverwandten Lettgallern, Litauern und Alt-Preußen — das war sein Programm. Aus taktischen Gründen empfahl er die Annahme der russischen Provinzialverfassung (Landschaft) und hatte gegen die Niederlegung der, Lettland und Rußland trennenden, kulturellen Scheidungsgrenzen keine Bedenken<sup>2</sup>. Er war des Glaubens, daß es die Weltaufgabe der Letten sei, dem Vordringen der Deutschen nach Osten eine Schranke zu setzen, weshalb das Russentum, in richtiger Erkenntnis dieser Rolle des Lettentums, die Eigenart des lettischen Volkes bewahren werde, um einen Schutzwall mehr gegen den Drang der Deutschen nach Osten zu gewinnen. In diesem Sinne war er bestrebt, vor allem das lettische Volk dem deutschen Einfluß ganz zu entrücken; er ging so weit, sich dem Programm der Esten anzuschließen, die vor allen Dingen die Volksschule der Landesverwaltung entziehen und sie der russischen Bureaukratie unterstellt wissen wollten. Schon im Jahre 1880, als die harte Russifizierungspolitik Alexanders III. noch nicht eingesetzt hatte, übernahm die „Balss“ aus estnischen Tagesblättern die Befürwortung der ministeriellen Aufsicht über die baltische Volksschule, damit die russische Sprache in ihr weit mehr als bisher gepflegt werde<sup>3</sup>. Der Verwaltung des livländischen Landvolksschulwesens, das neben der Agrargesetzgebung das bevorzugte Betätigungsgebiet der Ritterschaft bildete und eine Lieblingsschöpfung der deutschen Pastorenschaft war, sollten Regierungsbeamte eingegliedert werden. Das bedeutete nichts anderes, als die Volksschule, die national, d. h. estnisch, lettisch und zugleich konfessionell, d. h. lutherisch, war und das Haus mit der Kirche verband<sup>4</sup>, griechisch-orthodoxem Bureaukratismus unterstellen. Ließ sich eine größere Verblendung bei einem lettischen Volksführer lutherischer Konfession, eine unheilvollere Naivität bei dem Redakteur einer großen lettischen Tageszeitung denken? Der „Balss“ sekundierte der „Baltijas Semkopis“, dessen radikale Richtung, wie wir wissen, auf die Beseitigung der geschichtlich gegebenen Grundlagen des baltischen Landes hinauslief. Anders dagegen stellte sich die dritte große lettische Zeitung, der „Baltijas Wehstnesis“ („Der Baltische Bote“), der von Bernhard Dihrik<sup>5</sup> redigiert, eine Reform

<sup>1</sup> Siehe oben S. 155 f.

<sup>2</sup> Blank: a. a. O.

<sup>3</sup> „Balss“, Nr. 18 vom Jahre 1880; R. A. Nr. 260, Lit. P. Fol. 315.

<sup>4</sup> Band I, S. 242 ff.

<sup>5</sup> Geboren am 11./23. Januar 1831 im Wendischen (Livland), war Zögling des ersten Elementarlehrer-Seminars zu Dorpat, alsdann russischer Lehrer an der Kreisschule in Arensburg (Insel Oesel), von 1858 bis 1877 Beamter des Livländischen Kameralhofs, d. h. der fiskalischen Oberfinanzbehörde in Riga, seit 1869 zugleich Redakteur der lettischen Zeitung „Baltijas Wehstnesis“ und seit 1877 auch der Zeitung „Rihgas Lapa“ („Rigaer Blatt“).

der livländischen Provinzialverfassung unter Wahrung der historischen Fundamente befürwortete<sup>1</sup>.

In dem feindlichen Gebahren der „Balss“ gegen alles Deutsche trat nicht einmal eine Pause ein, als gegen Ende der 70er Jahre des 19. Jahrhunderts, zwischen der liberalen Partei des Landtages und den gemäßigten lettischen Parteiführern eine Annäherung auf politischem Gebiet zustande kam. Es geschah das zu jener Zeit, da unter dem Adel Livlands eine Generation herangewachsen war, der die Abgeschlossenheit der verschiedenen Nationalitäten des Landes gegeneinander, angesichts des wachsenden russischen Nationalismus gefahrvoll erschien<sup>2</sup>. Der Kreisdeputierte Heinrich Baron Tiesenhausen hatte, wie uns bekannt, auf dem Landtage vom Februar 1878 das Programm der Reformpartei entwickelt<sup>3</sup> und damit in der deutschen Gesellschaft ein Aufflammen der politischen Interessen hervorgerufen, das nicht nur die deutsche Presse des Landes mobil machte, sondern auch in der lettischen Gesellschaft freudig begrüßt wurde. Der Präsident des großen lettischen Vereins in Riga, Rechtsanwalt Christian Kalning ging so weit, auf dem zehnjährigen Jubiläum dieses Vereins (1878) zu einer Verbrüderung der Letten mit den Deutschen und Russen aufzurufen<sup>4</sup>. Als nun aber der in Petersburg sich geltend machende Quietismus, der jeder Inangriffnahme einer Reform der baltischen Provinzialverfassungen entgegengesetzt war, in dem Rat des Innenministers Markow: an dem Bestehenden nicht zu rühren<sup>5</sup>, seinen entscheidenden Ausdruck gefunden und damit Reformpläne illusorisch gemacht hatte, wurde die lettische Presse gegen das Deutschtum ungestümer denn je. Ohne mit dem Zusammenhang der Dinge vertraut zu sein und in voller Unkenntnis dessen, daß die rege liberale Landtagsfraktion es für ihre patriotische Pflicht hielt, trotz der ministeriellen Ablehnung, dennoch am Reformgedanken festzuhalten<sup>6</sup>, beschuldigte die lettische Presse die Deutschen reaktionärer Umtriebe und erwartete lediglich von der Regierung das Heil. In der im Jahre 1877 erfolgten Übertragung der russischen Städteordnung auf die baltischen Städte<sup>7</sup> glaubte sie den Willen der Regierung erkennen zu dürfen, eine Bresche in die germanisch-feudale Landesverfassung legen zu wollen. Sie wurde um so aggressiver gegen das Deutschtum, als der um die Mandate der Stadtverordneten entbrannte Wahlkampf den Gegensatz der Nationalitäten erheblich verschärfte. In Riga kam es zu einem

---

(Maaß): „Festschrift zur Feier des 50jährigen Bestehens des ersten Dorpatschen Lehrerseminars am 7. August 1878“, Dorpat 1878, S. 79, Nr. 92.

<sup>1</sup> E. Kaehlbrandt's Referat, R. A. Lit. P. Nr. 260, Fol. 312.

<sup>2</sup> Band I, S. 392 ff.

<sup>3</sup> Ebenda, S. 395 ff. und 521.

<sup>4</sup> Blank: a. a. O., S. 44.

<sup>5</sup> Band I, S. 398.

<sup>6</sup> Band I, S. 404 ff.

<sup>7</sup> (Carl Erdmann): „Die Dorpater neue Kommunalverwaltung in ihrem ersten Quadriennium“ und (Ed. Hollander): „Riga unter der neuen Städteordnung“, „Baltische Monatsschrift“, 29. Band, 1882, S. 165 ff. und 461 ff.

Bündnis der lettischen und russischen Wähler gegen die deutschen <sup>1</sup>. In Reval bekämpfte die erdrückende Masse der in den Vorstädten wohnenden Esten mit Erbitterung die alte Ratspartei <sup>2</sup>.

Das aufhetzende Treiben deutschfeindlicher Zeitungen wurde so arg, daß die Vertreter der vier baltischen Ritterschaften <sup>3</sup> sich genötigt sahen, am 18. Februar 1880 dem Minister des Innern ein Kollektivgesuch zu übergeben, in dem auf das Dringendste Beschwerde gegen die zügellose estnisch-lettische Presse erhoben und um das gänzliche Verbot der estnischen Zeitung „Sakkala“ und des lettischen „Semkopis“ gebeten wurde <sup>4</sup>. Ebenso wenig wie dieses Verfahren sein Ziel erreichte, nützte es, daß der Präses des Rigaschen lettischen Vereins Rechtsanwalt Kalning, auf dem zweiten, im Jahre 1880 in Riga gefeierten großen Sängerfest seine Volksgenossen zum zweitenmal zur Eintracht mit den Deutschen ermahnte <sup>5</sup>. Mit Vorliebe wurde von der lettischen Presse nur an das angeblich von den Deutschen den Letten im Mittelalter zugefügte Unrecht erinnert, ohne daß man auf den reichen Gewinn hinwies, der dem lettischen Landvolk doch unleugbar durch deutsche Kultur und den Geist deutsch-evangelischen Christentums zuteil geworden war <sup>6</sup>. Noch weniger wurde der bekannten Tatsache gedacht, daß dem Gebiet des heutigen Lettland Zerstückelung unter Russen und Litauern zuteil geworden wäre, wenn nicht die deutschen Ritter sich des Landes bemächtigt und dem lettischen Volk die Möglichkeit geboten hätten, die kleinen, Alt-Livland im 13. Jahrhundert bewohnenden Volksstämme aufzusaugen <sup>7</sup>. Es lag nahe genug, auf das Geschick der Lettgaller hinzuweisen, die, seit 1561 von Livland abgetrennt, polnischem und russischem Einfluß unterworfen waren und daher kulturell hinter den Letten Livlands weit zurückgeblieben sind. Wer gar erwartet: die lettische Presse würde doch auf die Kulturtat von welthistorischer Bedeutung hinweisen, die Livlands größtem Ordensmeister Wolter von Plettenberg zu danken ist, irrt gewaltig. Niemals ist von lettischer Seite gebührend hervorgehoben worden, daß Plettenberg durch seinen großen Sieg, den er am 13. September 1502 am See Smolina über die Moskowiter erfocht <sup>8</sup>, auch das lettische Volk dem westeuropäischen Kulturkreis gewonnen hat. Als dem Erretter Europas von sarmatischer Gefahr, ist bekanntlich in der Walhalla bei Regensburg in Bayern Plettenberg ein Standbild errichtet worden.

Erging sich die lettische Presse in den schärfsten Angriffen gegen die das Land verwaltende deutsche Oberschicht, so durfte zu ihrer Entlastung freilich angeführt

<sup>1</sup> Hollander: a. a. O., S. 464.

<sup>2</sup> „Reval unter der neuen Städteordnung“, „Baltische Monatsschrift“, 29. Band, 1882, S. 279.

<sup>3</sup> Liv-, Est-, Kurland und die Insel Oesel.

<sup>4</sup> Landmarschall Heinrich von Bock an das livländische Landratskollegium, am 21. Mai 1880, Nr. 156, R. A. Lit. P. Nr. 260, Vol. I, Fol. 300.

<sup>5</sup> Blank: a. a. O.

<sup>6</sup> Emil Kaehlbrandt: „Lebensbild eines livländischen Pastors“, S. 168.

<sup>7</sup> Woldemar Wulffius: „Lettland“ Riga 1925, S. 8 ff.

<sup>8</sup> L. Arbusow: „Grundriß der Geschichte Liv-, Est- und Kurlands“, 4. Auflage, Riga 1918, S. 135; W. Wulffius: „Vom Sinn Livl. Geschichte“, Riga 1926, G. Löffler, S. 6.

werden, daß nicht nur die russische Residenzpresse in ihrer Hetzarbeit Unvergleichliches leistete, sondern daß auch die Regierung die gegen die deutschen Lebensformen gerichteten Angriffe der nichtdeutschen Presse billigte<sup>1</sup>. Ungeachtet des zu Angriffen ermunternden Verfahrens, kam es jedoch im lettischen Teil Livlands vorläufig zu keinen Unruhen. Die im Norden wohnenden Esten waren es, die, wie wir sehen werden, in dieser Beziehung voran gingen. In Lettland blieb es zunächst noch bei dem schon im Laufe der siebziger Jahre des 19. Jahrhunderts aufgestellten Programm, der „friedlichen“ Verdrängung der Deutschen aus dem Lande<sup>2</sup>. Zwar hatte die lettische Presse mit lebhaftem Interesse das Vorgehen der Esten verfolgt und sich den von ihnen im Jahre 1881 dem jungen Zaren Alexander III. vorgelegten weitgehenden Wünschen, die in der Einführung der russischen Provinzialverfassung und der Russifizierung des Volksschulwesens gipfelten, angeschlossen<sup>3</sup>, allein weiter ging sie fürs erste nicht.

So radikal auch die Forderungen waren, so fühlte sich die deutsche Gesellschaft doch noch nicht in Unruhe versetzt, denn sie lebte des Irrglaubens, daß es sich nur um Auswüchse der nationalen Bewegung handle, die überwunden werden könnten, wenn die berechtigten Forderungen der „Nationalisten“ befriedigt würden<sup>4</sup>. Man gab sich der Hoffnung hin, daß das gemeinsame lutherische Bekenntnis dauernde Zerwürfnisse verhüten und die Religion sich allmählich als wirksames Heilmittel bewähren würde<sup>5</sup>. Es wurde zwischen gesunder nationaler Bestrebung und nationalem Schwindel, der bekämpft werden müsse, unterschieden. Als nationaler „Schwindel“ galt die Sucht, höhere Schulen mit estnischer und lettischer Unterrichtssprache gründen und eine, vom Deutschtum völlig unabhängige, estnisch-lettische Kultur schaffen zu wollen. Vor allem aber wurde der Gedanke, daß den beiden indigenen Völkern eine eigene politische Zukunft gebühre, als völlig utopistisch verworfen<sup>6</sup>.

Die Lage der Dinge wurde jedoch in der deutschen Gesellschaft von dem Zeitpunkt an ganz anders angesehen, da die berüchtigte Senatorenrevision, deren wir gedacht haben<sup>7</sup>, ihren Gang nahm und das von den Beamten des revidierenden Senators aufgepeitschte Landvolk nicht weniger als 20 000 Beschwerden einreichte<sup>8</sup>. Die Massenklagen waren freilich meist nach fertigen Schemata angefertigt worden<sup>9</sup>, ließen aber doch immerhin eine Gärung im Volke erkennen. Der Jubel, mit dem die Letten, ebenso wie die Esten, die Revision begrüßt hatten, fand seine Krönung, als

<sup>1</sup> „Die Lettische Revolution“, II. Teil, 2. Auflage, 1908, S. 33 ff.

<sup>2</sup> Emil Kaehlbrandt: „Lebensbild eines livländischen Pastors“ S. 168.

<sup>3</sup> „Rigasche Zeitung“ vom 14. Juli 1881, Nr. 159.

<sup>4</sup> „Zeitung für Stadt und Land“ vom 13. März 1882, Nr. 59.

<sup>5</sup> „Eine wohlauzuwerfende Frage“, ebenda Nr. 66, vom 24. März 1882.

<sup>6</sup> „Nationale Bestrebungen und Ziele und nationaler Schwindel“, „Rigasche Zeitung“, Nr. 95 und 96 vom Jahre 1882.

<sup>7</sup> Band I, S. 21, 69 und 495.

<sup>8</sup> Blank: a. a. O.

<sup>9</sup> „Die Lettische Revolution“, a. a. O., S. 42.

der revidierende Senator Manassein, nach anderthalbjähriger Tätigkeit<sup>1</sup>, im August 1883 die von ihm angeblich „revidierten“, in Wahrheit aber turbulierten Provinzen Liv- und Kurland verließ. Die Russen und die Letten Rigas gaben ihm ein Abschiedsessen, auf dem der Präses des lettischen Vereins, Rechtsanwalt Kalning, dem Senator den Dank der lettischen Bevölkerung für die Revision aussprach<sup>2</sup>. Und als der Revident endlich abzog, da erstrahlte das Haus des lettischen Vereins in ehrendem Lichterglanz, während lettische Verbände in stattlichem Aufzug ihre Huldigungen dem Scheidenden darbrachten<sup>3</sup>.

In den der Senatorenrevision folgenden, das Ostseegebiet russifizierenden Maßnahmen der Staatsregierung, die ebenso das Schulwesen, wie die Justiz in die Hände landfremder Beamten spielten, glaubten die Letten nichts Beunruhigendes für ihr Volkstum erblicken zu müssen. Sie hielten vielmehr an der Hoffnung fest, daß es ihnen mit Hilfe der Regierung gelingen werde, wenn auch nicht die Deutschen aus dem Lande zu vertreiben, so doch das dem Lettentum gebührende Übergewicht über das Deutschtum in der lokalen Selbstverwaltung, sowie die „leitende Rolle in der ganzen politischen Entwicklung des Landes“ zu gewinnen<sup>4</sup>. Deshalb wurde der Gouverneur Sinowjew, der, wie wir wissen, im Januar 1885 vom Kaiser Alexander III. nach Livland entsandt worden war, um es endlich zu einem rein russischen Gouvernement zu machen<sup>5</sup>, von den Letten geradezu umbuhlt<sup>6</sup>.

Hätten die Letten geahnt, was Sinowjew im Schilde führte, sie wären schleunigst von ihm abgerückt. Er gedachte keineswegs, wie er in einer Rede zum Jahresfest des lettischen Vereins vorspiegelte, sich mit dem „Anschluß“ des Esten- und Lettentums an die „große russische Familie“ zu begnügen, sondern verurteilte die bei den Letten, „besonders aber bei den Esten“ zutage tretende Neigung zur „Absonderung“ auf das schärfste und erklärte, wie erinnerlich sein wird, in seinem vertraulichen Bericht an Kaiser Alexander III. vom Jahre 1885: die Esten und Letten bilden nur in dem Fall ein für den Staat hoffnungsvolles und nützliches Element, „wenn sie aufhören, Esten und Letten zu sein und Russen werden“<sup>7</sup>. Eine schärfere Absage an alle nationalen Bestrebungen des livländischen Landvolkes ließ sich schwerlich denken. Erst nach und nach ging den Letten und Esten die Erkenntnis auf, wohin Sinowjew ziele. Als dann trat ein starker Rückschlag ein, bei den Letten tiefer gehend, als bei den Esten. Man erkannte, daß die Regierung lediglich der Lehre „divide et impera“ gefolgt sei und das Nationalgefühl der Esten und Letten nur darum aufgestachelt habe, um ein Gegengewicht gegen das Deutschtum zu gewinnen. Als in rascher Folge alle die uns bekannten

<sup>1</sup> Näheres in „Die Lettische Revolution“ 2. Teil, S. 41 ff.

<sup>2</sup> Ebenda, S. 51.

<sup>3</sup> „Heimat“, Nr. 36, vom 10. September 1883, S. 275.

<sup>4</sup> (Fr. Weinberg): „Politische Gedanken aus Lettland“, Leipzig, Otto Wigand, 1883, S. 100 ff.

<sup>5</sup> Band I, S. 154.

<sup>6</sup> „Lettische Revolution“ a. a. O., S. 61.

<sup>7</sup> Band I, S. 158.

Maßnahmen getroffen wurden, die Livland zu einem wirklich russischen Gouvernement gestalten sollten<sup>1</sup>, dem lettischen und estnischen Volkstum aber nicht das geringste Zugeständnis machten, da trat eine gewaltige Enttäuschung ein, zumal die russische Presse ihre bisher zur Schau getragene Maske rückhaltlos abwarf. Der in Riga die russische Sache führende „Rischski Westnik“ („Rigascher Bote“) wurde nicht müde, sich über die „Fiktion eines lettischen Volkes und einer lettischen Kultur“ lustig zu machen, das Estnische und Lettische nicht als „Sprache“, sondern als „Mundart“ zu verspotten und immer wieder das Volk der Ostseeprovinzen zu belehren, daß einzig und allein in seiner völligen Verschmelzung mit der russischen Nationalität und in dem Aufgeben des Glaubens seiner Väter sein zukünftiges Heil zu suchen sei<sup>2</sup>. Zur Bekräftigung dieser Lehre entsandte, wie wir uns erinnern werden<sup>3</sup>, Kaiser Alexander III. im Jahre 1886 seinen jüngeren Bruder, den Großfürsten Wladimir nach Livland, damit dieser erkläre, daß der unbeugsame Wille des Selbstherrschers fest und unentwegt auf die Verschmelzung der Ostseeprovinzen mit dem Reich gerichtet sei. Die russische Presse beantwortete die Rede des Großfürsten<sup>4</sup> mit einem Jubelgeschrei, das den Letten und Esten die Gefahr der Entnationalisierung und des Aufgehens in die Kultur des Ostens nahe vor Augen rückte. Zwischen dem russischen Blatt „Westnik“ und dem lettischen „Wehstnesis“ entwickelte sich ein Federkrieg, in dem die lettische Stimme deutlich erklärte, daß sie der Gräzisierung und der Russifizierung des lettischen Volkes mit allen Kräften entgegenarbeiten werde. Und der Präses des lettischen Vereins, Rechtsanwalt Kalning, wurde ein scharfer Bekämpfer der Russifizierung<sup>5</sup>, der namentlich die angebliche Justizreform<sup>6</sup> äußerst abfällig beurteilte und das Rechtsverfahren der aufgehobenen, alten ständischen Gerichtsbehörden weit über das der neugeschaffenen Instanzen stellte<sup>7</sup>. Somit hatte die Senatorenrevision, der nicht nur von den Esten und Letten, sondern auch von den Deutschen mit loyalen Vertrauen entgegen gesehen worden war<sup>8</sup>, alle drei Heimatgenossen bitter enttäuscht. Nur die Regierung konnte mit dem Ergebnis zufrieden sein, denn ihre, auf Trennung der Nationalitäten Livlands ausgehende Verwaltungspraxis hatte sich zweifellos bewährt. Der nationale Gegensatz, der zwischen den Deutschen einerseits und den Letten und Esten andererseits bestand, war von den Beamten des revidierenden Senators methodisch zu einem Klassenhaß aufgepeitscht

<sup>1</sup> Band I, S. 189 ff., 246 ff., 329 ff., 376 ff., 407 ff., 500 ff.

<sup>2</sup> (Max von Oettingen): „Lettisch-estnische Wandlungen“, „Russisch-Baltische Blätter. Beiträge zur Kenntnis Rußlands und seiner Grenzmarken“, Leipzig 1887, S. 115 ff.

<sup>3</sup> Band I, S. 88.

<sup>4</sup> Die nicht, wie im I. Bande S. 88 irrtümlich angegeben worden ist, in der Aula maxima der Universität Dorpat, sondern in dem, am großen Markt zu Dorpat belegenen Hause des Grafen Manteuffel-Saarenhof, wo der Großfürst abgestiegen war, gehalten wurde. Alexander Eggers: „Baltische Erinnerungen“, 1926, S. 163.

<sup>5</sup> „Lettisch-estnische Wandlungen“ a. a. O., S. 129 ff.

<sup>6</sup> Band I, S. 483.

<sup>7</sup> Persönliche Erfahrungen des Verfassers dieses Werkes.

<sup>8</sup> Band I, S. 22.

worden, der im Verborgenen um so mehr weiterschwälte, als weder die Anklagen, die der Senator gegen die das Land verfassungsmäßig verwaltende deutsche Oberschicht geschleudert hatte, den Beschuldigten auch nur in einem einzigen Fall zur Erklärung vorgelegt wurden, noch der Bericht Manasseins über die Ergebnisse seiner Untersuchung je das Licht der Öffentlichkeit erblickt hat<sup>1</sup>. Üblen Gerüchten war mithin der Boden fruchtbar gemacht und eine Sprengwurzel für lange Zeit in die Erde Livlands versenkt worden. Ein wahrhaft teuflisches Verfahren!

War auch die deutsche Gesellschaft durch den willkürlichen Gang der Revision tief gekränkt und durch die nachfolgenden Russifizierungsmaßregeln schwer geschädigt worden, so wurde doch das Lettentum von einem weit bittereren Schlage betroffen. Die von der Regierung mit soviel Erfolg angewandte Hetzpolitik vergiftete nicht nur das Verhältnis der deutschen Oberschicht zum nichtdeutschen Landvolk, sondern spaltete auch die lettische Nation. Wohl am grellsten zeigte sich die Wandlung in der gänzlich veränderten Stellungnahme des Redakteurs der „Balss“, Alexander Waeber<sup>2</sup>. Als das Programm, für dessen Verwirklichung er eingetreten war, mit aller Rücksichtslosigkeit russischer Beamten in Szene gesetzt wurde<sup>3</sup>, gingen ihm die Augen auf und er erkannte mit Schrecken, welchem Irrtum er sich hingegeben hatte, als er der Russifizierung Livlands das Wort redete. Jetzt, da es zu spät war, suchte er zu retten, was vielleicht noch zu retten wäre<sup>4</sup>. Nun erschien ihm auch die livländische Ritterschaft, die er oft genug direkt, mehr noch indirekt in seiner „Balss“ bekämpft hatte, als Bundesgenossin wertvoll! Er schloß sich im Namen der Letten den estnischen Bewohnern Livlands an, die im Widerspruch zu ihrem kopflosen Verhalten im Jahre 1881 jetzt der Ritterschaft heißen Dank für ihre mannhafte Verteidigung der Volksinteressen zollten. Diese hatte, wie man sich erinnern wird, im Februar 1896 durch Landmarschall Baron Meyendorff in kategorischer Form die Wahrung des konfessionellen Charakters der evangelisch-lutherischen Gemeinde- und Kirchspielschule gefordert. Sie hatte weiter die Erhaltung der Muttersprache als Lehrsprache verlangt und auf die Notwendigkeit hingewiesen, den Einfluß, den Großgrundbesitzer, lutherische Geistlichkeit und Landgemeinden auf den Bestand und das Verfahren der Schulverwaltung hatten, nicht zu zerstören, sondern zu erhalten<sup>5</sup>. Zugleich waren von Meyendorff dem Zaren Nikolai II. die unheilvollen Folgen des Gesetzes vom Jahre 1887, das die estnisch-lettische Volksschule russischen Beamten auslieferte, in eindringlichster Weise geschildert worden. Waeber suchte Meyendorff persönlich auf und überbrachte ihm im Auftrage des lettischen Vereins den warmen Dank des lettischen Volkes für die unerschrockene Vertretung seiner Lebensinteressen am kaiserlichen Hoflager<sup>6</sup>.

<sup>1</sup> Band I, S. 22.

<sup>2</sup> Siehe oben S. 162 ff.

<sup>3</sup> Band I, S. 248.

<sup>4</sup> Blank: a. a. O., S. 150.

<sup>5</sup> Band I, S. 266 ff.

<sup>6</sup> Persönliche Erinnerungen des Verfassers dieses Buches.

Die trüben Erfahrungen, die der Idealist Alexander Waeber mit der russischen Bundesgenossenschaft gemacht hatte, belehrten ihn dessen, daß die Erfüllung seines Programms: Vereinigung der Letten mit den Russen gegen die Deutschen, sein eigenes Volkstum schwer gefährde. Wenige Jahre vor seinem Tode hat er Bekenntnisse abgelegt, die das Gegenteil von dem besagten, was er in seinen Mannesjahren als Redakteur der „Balss“ vertreten hatte. In einer umfangreichen Studie<sup>1</sup>, die er in deutscher Sprache in Deutschland 1907 erscheinen ließ, bezeugte er, daß die deutschen Kolonisatoren Alt-Livlands sich das größte Verdienst um die Letten erworben haben. Den Forschungsergebnissen Bielensteins folgend<sup>2</sup>, berichtet er: die Letten hätten sich dem starken Druck, den die Liven und die finnischen Kuren vor Ankunft der Deutschen auf sie ausübten, erst entziehen können, nachdem sie, von den deutschen Eroberern als der friedlichere Teil der eingeborenen Bevölkerung bevorzugt, zu Luft gekommen wären. Aber auch alsdann sei ihre nationale Existenz noch keineswegs gesichert gewesen, denn von der vorwärtsschreitenden Macht des Russentums bedroht, wären sie unfehlbar in dem großen slawischen Meer untergegangen, wenn nicht die deutschen Ritter mit ihnen gemeinsam in ununterbrochenen Kämpfen sowohl die Liven, Esten und andere Heiden, wie auch die Russen erfolgreich bekämpft hätten<sup>3</sup>. „So wurden“, sagt Waeber, „das Livenland und das Kurenland, dank der deutschen Herrschaft, wiederum lettisch“, die Letten durch diese nicht nur national gehoben, sondern auch befähigt, die Grenzen ihres Geltungsgebietes weit auszudehnen<sup>4</sup>.

Waeber vertritt ausdrücklich die historisch richtige Auffassung, daß die Lage der Letten im deutschen mittelalterlichen Staatengebilde Alt-Livlands eine günstige gewesen sei, denn eine Leibeigenschaft im strengen Sinn des Wortes habe während der Ordenszeit nicht bestanden, höchstens eine Schollenpflichtigkeit<sup>5</sup>. Es ist begreiflich, daß die tiefgehende Wandlung in den Anschauungen Waebers seine lettischen Parteifreunde befremdete und die Frage entstehen ließ, ob er nicht nur aus Ehrgeiz sich an die Spitze der lettischen Geistesbewegung gestellt habe und dann, als sein russisches Programm Fiasko erlitt, in das deutsche Lager hinübergewechselt sei<sup>6</sup>. Diese Frage ist jedoch wohl schlechtweg zu verneinen. Waeber war ein ausgesprochener Idealist, der aus humanem Empfinden ein Freund des lettischen Volkes wurde, weil er Darstellungen, wie die Garlieb Merkels und Otto von Rutenbergs, in denen „die Letten als von der deutschen Oberschicht geknechtete Parias“ hingestellt worden sind, Glauben

<sup>1</sup> Alexander Waeber: „Preußen und Polen. Der Verlauf eines zweitausendjährigen Völkergrenzstreites und deutsch-slawische Wechselbeziehungen“, München, J. P. Lehmanns Verlag 1907.

<sup>2</sup> Dr. A. Bielenstein: „Welches Volk hat an den Küsten des Rigaschen Meerbusens und in Westkurland die historische Priorität, die indogermanischen Letten, oder die mongolischen Finnen?“ „Baltische Monatsschrift“, 36. Band 1889, S. 108.

<sup>3</sup> Waeber: a. a. O., S. 188.

<sup>4</sup> Ebenda, S. 207.

<sup>5</sup> Ebenda, S. 205; vergleiche oben S. 1 ff. u. 7 ff.

<sup>6</sup> Blank: a. a. O., S. 150.



schenkte. Erst im reifen Alter erkannte er, daß diese beiden Publizisten, denen er folgte<sup>1</sup>, weit davon entfernt seien, den Sachverhalt historisch treu darzustellen. Merkel schrieb, wie wir wissen<sup>2</sup>, als Agitator, zwar für eine gute Sache: die Milderung der bäuerlichen Unfreiheit, aber immerhin als Agitator, der nicht nur unbeglaubigte Geschehnisse berichtete, sondern um der Propaganda willen, sich auch überreich der Legende bediente. Und Rutenberg, der ein halbes Jahrhundert später als Merkel die Geschichte der Ostseeprovinzen zu schreiben versuchte<sup>3</sup>, machte den oft begangenen Fehler: die zu seiner Zeit geltenden Moralbegriffe auf die von ihm geschilderte, zeitlich weit zurückliegende Epoche völlig unhistorisch zu übertragen. Überdies war damals, als er schrieb (1857), das Quellenmaterial zur baltischen Geschichte längst nicht in dem Maße gesichtet und bearbeitet, als 50 Jahre später, da Waeber zur Feder griff. Hatte somit Waeber allen Grund, seine frühere historische Auffassung zu revidieren und wesentlich umzugestalten, so fand er auch weit mehr Veranlassung, die staatlichen Russifizierungsmaßregeln nicht wie bisher zu glorifizieren. Als es während der Herrschaft Alexanders III. immer klarer zutage trat, daß der Regierung lediglich daran gelegen sei, die Bildung einer gegen das Russentum gerichteten deutsch-lettisch-estnischen Einheitsfront zu verhüten, daß ihr aber die kulturelle Entwicklung des lettisch-estnischen Volkes an sich gänzlich gleichgültig sei — da gab er sein altes russenfreundliches Programm auf. Zu einer dem Russentum abgeneigten Stellungnahme gelangte er um so mehr, als seine Studien über das Verhältnis der Preußen und Polen zueinander, ihn genugsam dessen belehrt hatten, was es mit dem Ansteigen der slawischen Flut auf sich habe. Er erachtete das von ihm Jahrzehnte lang vertretene Lettentum wohl durch die Russen, nicht aber durch die Deutschen bedroht.

Um dieselbe Zeit, da der Verrat der Regierung, deren Organe die nationalen Bestrebungen der Letten zurückstießen und verspotteten, in Waeber eine tiefgreifende Umwandlung gezeitigt hatte, entstand unter den Letten ein allgemeiner Rückschlag, der in den 90er Jahren des vorigen Jahrhunderts zu einer klaffenden Spaltung führte, die von entscheidendem Einfluß auf die politische Weiterentwicklung der Letten geworden und geblieben ist<sup>4</sup>. Es ist das die sogenannte „neue Strömung“, „jauna strahwa“, die dem Alt-Nationalismus, der im lettischen Verein seinen Exponenten fand, den Krieg ansagte. Sie rekrutierte sich nach den Ausführungen Ernst Blanks<sup>5</sup>, dem wir hier als einem offenbaren Sachkenner<sup>6</sup> folgen, aus jungen Söhnen bäuerlicher Hofbesitzer, die hoher Einnahmen und angenehmer Lebenshaltung wegen, ihre väter-

<sup>1</sup> Derselbe, ebenda.

<sup>2</sup> Siehe oben S. 36.

<sup>3</sup> Otto von Rutenberg: „Geschichte der Ostseeprovinzen Liv-, Est- und Kurlands von der ältesten Zeit bis zum Untergange der Selbstständigkeit“, Leipzig, W. Engelmann, I. Band, 1859, II. Band, 1861.

<sup>4</sup> Bielenstein: „Ein glückliches Leben“, S. 431 ff. Grosberg: „Die Presse Lettlands“, S. 51.

<sup>5</sup> Ernst Blank: „Der lettische nationale Gedanke im Feuer des gesellschaftlichen Kampfes“, Riga 1923; in lettischer Sprache.

<sup>6</sup> Vgl. Walters: „Lettland“, S. 287 Anmerkung 272.

lichen Höfe verlassen hatten <sup>1</sup>, um in die Reihe der lettischen Politiker zu treten. Blank tut sie mit herben Worten ab, indem er von ihnen sagt: „kaum haben sie die „Pasteln“ <sup>2</sup> von den Füßen gestreift und einige Kurse in der Hochschule besucht, so verkünden sie auch schon mit der ganzen Großsprecherei grüner Jungen die Ideen, die sie aus einigen Broschüren herausgelesen zu haben glauben. Sie prüfen nicht, sie lernen nicht, sie treiben Propaganda, suchen andere aus deren Stellungen zu verdrängen, streben nicht nach Gemeinsamem, sondern zersplittern sich in Cliques, schöpfen ihre Weisheit aus Marx' ‚Kapital‘, Bebels Buch: ‚Die Frau und der Sozialismus‘, aus Sudermann und Ibsen. Sie sind international, kümmern sich um die faktischen wirtschaftlichen Zustände Lettlands gar nicht, preisen auf Grund des in der westeuropäischen, illegalen Literatur Gelesenen, Klassenbildungen und wirtschaftliche Zustände an, die hier keinen Boden fänden. Sie sind und bleiben eine kleine Gruppe städtischer Intelligenz, der sich einige Häuflein Arbeiter nach reger Agitation ohne ernstes Bewußtsein ihres Tuns, besonders in Libau, anschließen. Aber mit ihrer, auf der Internationalen fußenden Einstellung zerstören sie im lettischen Volke das Bewußtsein des eigenen Volkstums und derjenigen Ziele, die diesem naturgemäß eigen sind“

Im weiteren Verlauf seiner prägnanten Charakteristik kennzeichnet Blank die Entwicklung der neuen Strömung sehr anschaulich. Ihre Anhänger, sagte er, schöpften ihre Weisheit zuerst aus der Literatur Deutschlands, traten aber dann mit russischen Kreisen in Fühlung und gewannen außerordentlich an Einfluß, als sie die in der russifizierten Schule Lettlands aufgewachsene Jugend auf ihre Seite gezogen hatten. Sie drangen alsdann in viele lettische Vereine Rigas ein, mit Ausnahme des im Jahre 1868 begründeten, großen, von Alt-Nationalen beherrschten „Lettischen Vereins“ Die Blütezeit der „neuen Strömung“, die mit 1894 anhub und in der „Deenas Lapa“ („Tageblatt“) ihre Vertretung fand, nahm jedoch, sagt Blank, schon 1897 ein Ende, als Angeber aus eigener Mitte erstanden <sup>3</sup> und polizeiliche Maßnahmen ertötend wirkten. Es trat im lettischen Volksleben ein Chaos ein, als Waeber und die anderen führenden Glieder des tonangebenden, lettischen Vereins in Riga ihren maßgebenden Einfluß verloren. Die Anhänger der „neuen Strömung“, das „gebildete Proletariat“, warfen sich dem Sozialismus in die Arme, der 1903 ihre Erbschaft mit allen Fehlern so buchstäblich übernahm <sup>4</sup>, daß er die unterdes offenkundig gewordene Abwendung des lettischen Volkes vom Russentum vollkommen übersah und sein Gesicht doch nach Osten wandte. „Die Sozialdemokratie war die Leiterin der lettischen Revolution von 1905, nicht aber die ‚neue Strömung‘, deren kosmopolitischer Romantismus schließlich im Leninismus von 1917 endete“.

<sup>1</sup> Blank: a. a. O., S. 58 ff.

<sup>2</sup> Volkstümliche Bastschuhe.

<sup>3</sup> Vgl. „Die Lettische Revolution“, II. Teil, S. 83.

<sup>4</sup> Vgl. „Die Lettische Revolution“, a. a. O. S. 79 ff.

Soweit Blanks Darstellung der Entwicklungsgeschichte des lettischen nationalen Gedankens bis zur Revolution von 1905<sup>1</sup>.

Der äußere Gang dieser Volksbewegung, die einen Markstein in der Geschichte Livlands bildet, darf als bekannt vorausgesetzt werden. Auch die treibenden Kräfte, die das Herübergreifen der russischen Revolution auf Liv- und Kurland bewirkten, sind von deutscher Seite eingehend beurteilt worden<sup>2</sup>. Nach dieser Auffassung ist es vor allem die spaltende und zersetzende russische Regierungspolitik, der die Entstehung der Wirren von 1905/06 zur Last zu legen ist. Sie hatte eingestandenermaßen jahrelang „sich bemüht, das Nationalgefühl der Esten und Letten zu wecken und aus ihnen eine intelligenter Klasse, im Gegensatz zu der deutschen zu schaffen“<sup>3</sup>, d. h. den Klassen- und Rassenhaß zu entfachen und zu schüren. Nach dem bekannten und wiederholt hier erwähnten Programm des Großfürsten Konstantin vom Jahre 1865 sollten die Esten und Letten ja sogar, wie wir wissen<sup>4</sup>, die Deutschen „ersticken“ Welche verheißungsvolle Aufgabe im Dienste des großen Rußland! Aber das lettische Volk sah sich schließlich in seiner Hoffnung auf das reiche Erbe des Deutschtums durch die Regierung betrogen, die inkonsequent, wie häufig, „das Streben der Esten und Letten nach Selbständigkeit für unerwünscht erklärte“<sup>5</sup>. Selbst die Teilnahme an der Provinzialverwaltung neben den Deutschen wurde ihnen verwehrt, weil die Regierung die Bilder einer Einheitsfront zwischen den drei Nationen fürchtete<sup>6</sup>. Da wurde das lettische Volk zum leichten Spielball der nun aus dem Westen und Osten nach Liv- und Kurland importierten sozialdemokratischen Ideen. Die „neue Strömung“ machte sich zur Führerin des aus mehr als 90 000 Köpfen bestehenden Heeres der lettischen Fabrikarbeiter in Riga<sup>7</sup>. Die Revolution brach aus.

Das ist im wesentlichen die Auffassung der Deutschen vom Ursprung der Bewegung der Jahre 1905/06. Und was sagen die Letten selbst?

### Die lettische Revolution vom Jahre 1905/06 in lettischer Beleuchtung

Hin und wieder, sowohl in lettischen, wie auch in deutschen Abhandlungen, begegnet man dem Irrglauben, daß die lettische Umsturzbewegung agrarischen Cha-

<sup>1</sup> Siehe auch Walters: „Lettland“ usw. S. 312 ff.; namentlich aber die Analyse der Auffassung Blanks bei O. Grosberg: „Konzeption und Vollendung des lettischen nationalen Gedankens“, Rig. Rundschau, Jahrgang 1923, Nr. 214, 216 u. 219.

<sup>2</sup> (Alexander von Stryk-Palla): „Agrarpolitisches“, „Baltische Wochenschrift für Landwirtschaft, Gewerbeleiß und Handel“, Dorpat 1906, Nr. 11, S. 79 ff. „Die Lettische Revolution. Mit einem Geleitwort von Theodor Schiemann“. Teil I: „Der Schauplatz. Treibende Kräfte“. Teil II: „Die Sozialdemokratie. Die Katastrophe.“ Zweite veränderte Auflage, Berlin, Georg Reimer, 1908, S. 156 und 408.

Woldemar Wulffius: „Lettland. Ein geschichtlicher Rückblick“, Riga, G. Löffler, 1925, S. 30 ff. Dr. Oskar Schabert: „Baltisches Märtyrerbuch“, Berlin 1926, S. 31 ff.

<sup>3</sup> „Das Ministerkomitee und die Ostseeprovinzen im 19. Jahrhundert“, Baltische Monatsschrift, 56. Band, 1903, S. 38.

<sup>4</sup> Band I, S. 93.

<sup>5</sup> Ebenda.

<sup>6</sup> Band I, S. 418, 423 und 507.

<sup>7</sup> Grosberg: „Die Presse Lettlands“, S. 51.

rakter getragen und sich gegen die deutschen Großgrundbesitzer gerichtet habe, weil in Liv- und Kurland nur ein Teil der bäuerlichen Bevölkerung mit Grund und Boden versorgt, eine große besitzlose Klasse von Bauern aber gezwungen sei, als Landarbeiter auf Guts- und Bauernhöfen, als Pächter kleiner Landstücke, als Handwerker oder Kleinhändler ihren Unterhalt zu suchen<sup>1</sup>. Auch von lettischen Volksführern ist diese Ansicht geäußert worden. So machte Dr. Sahlit, Vertreter der Letten in der russischen Reichsduma, später Abgeordneter in der Konstituante und im Parlament Lettlands, die Agrarzustände Liv- und Kurlands für die Revolution verantwortlich. Sein Gutachten<sup>2</sup> ist 1906 dem damals die Ostseeprovinzen verwaltenden zeitweiligen Baltischen Generalgouverneur Sollogub<sup>3</sup> übergeben worden. Dort führt der Verfasser die lettische Revolution nicht etwa auf allgemeine Ursachen zurück, sondern erblickt in ihr eine lokale Erhebung, erkennt also vollkommen deren ursächlichen Zusammenhang mit der großrussischen und der internationalen Bewegung. Eine von dieser abweichende Auffassung hat der bekannte lettische Demokrat A. Needra<sup>4</sup> verfochten<sup>5</sup>. In einer gleichfalls dem zeitweiligen Baltischen Generalgouverneur überreichten Broschüre spricht er sich dahin aus, daß die lettische Revolution nicht lokaler und nicht nationaler, sondern kosmopolitischer Natur gewesen sei, widerspricht also Dr. Sahlit. Er betont jedoch, daß in den vielfach ungesunden Agrarverhältnissen ein der Ausbreitung und Vertiefung der Revolution sehr fruchtbarer Nährboden gelegen habe. Es sind die Landarbeiter und die Pächter, deren ungesicherte wirtschaftliche Lage als bedrängt hingestellt wird, die leicht zu revolutionieren gewesen sein sollen<sup>6</sup>, weil sie verschuldet und verarmt waren. Im unvollkommenen Steuersystem, das die schwere Wegebaulast fast ausschließlich dem Bauernstande auferlegte, erblickt Needra das zweite Moment, das dem Landvolk Grund zur Unzufriedenheit gegeben habe und von den Aufwiegeln ausgenutzt worden sei. Bemerkenswert ist, daß Needra die livländische Ritterschaft dessen beschuldigt, daß sie sich nicht um die Nöte des Landvolkes gekümmert und z. B. nicht den Wunsch nach einer landwirtschaftlichen Schule erfüllt habe. Nur unvollkommene Verfassungsreformen seien von ihr geplant worden, und als Sinowjew

<sup>1</sup> Dr. Adolf Agthe: „Ursprung und Lage der Landarbeiter in Livland“, „Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft“, XXIX. Ergänzungsheft, Tübingen, H. Laupp, 1909.

Derselbe: „Zur Kritik des Herrn Tobien über „Ursprung und Lage der Landarbeiter in Livland“, 66. Jahrgang, 1910, Heft 2 der „Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft“;

dagegen: Alexander Tobien: „Ursprung und Lage der Landarbeiter in Livland“, Ebenda 66. Jahrgang, Seite 157—177 und 374—396.

<sup>2</sup> Dr. P. K. Sahlit: „Die Ursachen der Bewegung im Baltischen Gebiet“, Riga, 16. Februar 1906, russisch als Manuskript gedruckt.

<sup>3</sup> Band I, S. 120.

<sup>4</sup> Pastor Needra war im Mai und Juni 1919 Ministerpräsident in Lettland, hat dann nach der Niederlage seiner Partei im Juli 1919 Lettland verlassen und das oft behandelte Schicksal erdulden müssen, das ihn in die Gefängnisse Lettlands führte, bis er 1926 vom Staatspräsidenten begnadigt wurde.

<sup>5</sup> A. K. Needra: „Die Bauernbewegung im livl. und kurländischen Gouvernement“, Wenden, den 10. Januar 1906, russisch als Manuskript gedruckt.

<sup>6</sup> Wulffius: „Lettland“, S. 31.

Reformvorschläge ausgearbeitet und in Petersburg zu Gehör gebracht habe, sei es dem Einfluß der Ritterschaft gelungen, die Projekte zu Fall zu bringen. Daher habe das Landvolk jedes Vertrauen zur Hebung der Mißstände auf gesetzlichem Wege verloren und sei leicht von den Revolutionären dazu überredet worden, „nicht zu bitten, sondern zu nehmen“<sup>1</sup>.

Diese Ausführungen Needras, der die Sachlage schlecht kannte, lehren immerhin, eine wie große Schuld die Regierung an der Vertiefung der lettischen Revolution trug, denn wir wissen, daß die Livländische Oekonomische Sozietät, die wirtschaftliche Vertreterin der Großgrundbesitzer, die Gründung einer lettischen landwirtschaftlichen Schule in die Hand nahm, aber von der Regierung verhindert wurde, ihr Vorhaben auszuführen<sup>2</sup>. Uns ist ferner bekannt, daß die Ritterschaft wiederholt den Ausbau der feudalen Provinzialverfassung geplant und befürwortet hat, daß es aber gerade der livländische Gouverneur Sinowjew gewesen ist, der den ritterschaftlichen Entwurf einer Kreis- und Kirchspielsordnung, die das erste Stockwerk des neuen Verfassungsgebäudes bilden sollte, unter seinen Tisch fallen ließ. Er wußte, was die Staatsregierung am meisten fürchtete: ein Bündnis zwischen der deutschen Oberschicht und dem estnisch-lettischen Landvolk<sup>3</sup>.

Das, was Andreas Needra in seiner dem Generalgouverneur überreichten Denkschrift vom 10. Januar 1906 über die Ursachen der lettischen Revolution gesagt hat, finden wir in breiterer Ausführung in einer von ihm im Jahre 1905 ursprünglich lettisch geschriebenen, dann in das Deutsche übertragenen Abhandlung wieder<sup>4</sup>. Dort behauptet er mit Bestimmtheit: die Unruhen auf dem Lande seien von auswärts angefacht worden. „Die lokalen Übelstände hatten hier“, sagt er, „keine andere Bedeutung, als daß sie den Sozialisten als Angelbissen dienten“ Er zweifelt nicht daran, daß die Absicht der Unruhestifter darin bestanden hätte, alle Arbeitnehmer gegen alle Arbeitgeber, einerlei ob gegen schlechte oder gute, aufzuwiegeln. Wandten sie sich in erster Linie gegen die Gutsherren und die Prediger, so geschah das, weil angenommen wurde, daß sie zur Regierung, die gestürzt werden sollte, hielten. Um die rote Fahne scharten sich die aus der Stadt auf das Land gekommenen Agitatoren, „dann Schüler, junge Lehrer, Handwerker, einige Knechte, Lostreiber<sup>5</sup>, einige Trunkenbolde, einige Wirtssöhne, die selbst noch keine Wirtschaft leiteten“<sup>6</sup>. Diese Leute, die mit dem herrschaftlichen Gute und der Kirche am wenigsten zu tun hatten, wandten sich mit Vorliebe an die Pächter von Land und an die Landarbeiter, denen sie die Erfüllung all ihrer Wünsche versprachen,

<sup>1</sup> Needra: a. a. O., S. 10 und 11.

<sup>2</sup> Siehe oben S. 70 f.

<sup>3</sup> Band I, S. 415.

<sup>4</sup> Andreas Needra: „Wohin gehen wir? Eine Betrachtung über die Unruhen auf dem Lande“. „Baltische Monatsschrift“, 60. Band, 1905, S. 129 ff.

<sup>5</sup> In keinem festen Dienstverhältnis stehende Landarbeiter, die sich gelegentlich als Tagelöhner verdingen.

<sup>6</sup> Needra: a. a. O., S. 131.

wobei sie überall dasjenige herausfanden, womit die Leute unzufrieden waren<sup>1</sup>. Die Aufwiegler verhiessen, daß sie das Unrecht vertilgen und die Gerechtigkeit bringen würden, logen aber hierbei, denn sie versprachen den Pächtern, sie würden die Gutsherren zwingen, ihnen das gepachtete Land abzutreten, wollten aber doch jedes Eigentum vernichtet sehen<sup>2</sup>. Sie verkündeten Gewissensfreiheit und mißhandelten dennoch diejenigen Prediger, die eigenem Gewissen folgend sagten, was sie für notwendig hielten. Die Träger der roten Fahne hatten nicht einmal soviel Gerechtigkeitsgefühl, wie die Wilden, denn sie waren Ankläger und Richter in einer Person, sie verurteilten und strafte generell. „Über das unschuldig vergossene Blut wird die rote Fahne nicht hinüberkommen“<sup>3</sup>. So schließt Andreas Needra seine eingehende und temperamentvolle Betrachtung.

Außer Dr. Sahlit und Andreas Needra hat ein offenbar der lettischen Nationalpartei angehörender Sachkenner, dessen Name leider ungenannt ist<sup>4</sup>, die Urgeschichte der Revolution in einer gleichfalls dem zeitweiligen Baltischen Generalgouverneur übergebenen, in russischer Sprache als Manuskript gedruckten Denkschrift geschildert. Dieser konservative Lette stellt fest, daß die Revolution keinen lettisch-nationalen, gegen das Deutschtum gerichteten Charakter getragen habe, weil: 1. nicht etwa einer der Führer der lettischen Nationalpartei, sondern lediglich die kosmopolitisch-sozialistische Partei die Revolution geleitet habe; 2. der Rigasche Lettische Verein, das Organ der lettischen Nationalpartei, von den Revolutionären „boykottiert“ worden sei; 3. die Revolutionäre, soweit, als sie gegen die Rittergutsbesitzer vorgegangen seien, keinen Unterschied zwischen deutschen und lettischen Gutsbesitzern gemacht hätten; 4. zur Zeit der Vorbereitung zur Revolution in den geheim erschienenen Druckereierzeugnissen und Proklamationen revolutionären Inhalts niemals von lettisch-nationalem Gedanken oder auch nur von lettischem Volkstum die Rede gewesen sei. Der lettische Nationalismus habe nur in soweit einen Komponenten der revolutionären Erscheinungen gebildet, als in der Nationalität das richtigste Kennzeichen der verschiedenen Gesellschaftsklassen erblickt werden mußte. Weil die Deutschen den höheren Gesellschaftsklassen, die Letten aber, mit einigen wenigen Ausnahmen, den niederen Gesellschaftsklassen angehört hätten, habe sich der Klassenkampf naturgemäß in der Hauptsache gegen die Deutschen gewandt. Im übrigen wären die den höheren Gesellschaftsklassen angehörenden Letten ebenso Bekämpfer der Revolution gewesen, wie die Deutschen. Keinesfalls sei die Revolution agrarischen Charakters gewesen und durchaus nicht durch die Beziehungen der Bauern zu den Gutsbesitzern heraufbeschworen worden. Zwar hätten sich die grundbesitzenden Bauern mit Recht über die Wegebaulast beschwert, die nicht auch von den Gutsbesitzern getragen worden sei, und mit demselben

---

<sup>1</sup> Ebenda: S. 134.

<sup>2</sup> Ebenda: S. 143.

<sup>3</sup> Ebenda: S. 147.

<sup>4</sup> Wahrscheinlich ist es der bekannte lettische Redakteur Fr. Weinberg.

Recht über die kontraktlichen Beschränkungen des bäuerlichen Grundeigentums Klage geführt, die hinsichtlich des Erbauens von Mühlen und des Fischerei- und Jagdrechtes bestanden hätten, allein diese Gründe der Unzufriedenheit seien nicht so stark gewesen, daß durch sie die bäuerlichen Hofbesitzer zur revolutionären Bewegung getrieben worden wären.

Was die Lage der landlosen Bauern (Landarbeiter) anlange, so habe sie im allgemeinen befriedigt und zwar in Folge des Fortzuges einer großen Menge von Arbeitskräften in die Städte Liv- und Kurlands. Der Lebenszuschnitt der unverheirateten Landarbeiter sei in materieller Hinsicht sogar besser gewesen, als der eines armen Hofbesitzers. Zuweilen wären freilich Klagen gutsherrlicher Landarbeiter über schlechte Wohnungsverhältnisse laut geworden, aber doch nicht besonders häufig, und in diesen Beschwerden habe keine Schärfe gelegen. Die landlosen Bauern hätten verständlicherweise heftig Land gewünscht, nicht aber um ihre wirtschaftliche Lage zu verbessern, sondern um dem Zwang, einer anderen Person dienen zu müssen, überhoben zu sein. Obgleich von denjenigen, die kleine Landstücke zur Nutznießung erhalten hätten, zuweilen behauptet worden wäre, sie seien schlechter, als die Landarbeiter gestellt, habe doch der Mangel an Parzellenbesitz keinen wesentlichen Einfluß auf die Entstehung der Revolution gehabt, da er keineswegs die Ursache eines Notstandes der Bauern gewesen sei. Gewiß habe es Ausnahmen gegeben, allein im allgemeinen müsse anerkannt werden, daß die Agrarzustände keine starke Bewegung unter dem Landvolk verursacht hätten. Diese Tatsache würde schon durch den Umstand bewiesen, daß die Unruhebewegung in den Städten begonnen und erst in den letzten 8 Monaten des Revolutionsjahres (1905), dank der starken Agitation städtischer Revolutionäre, auch das flache Land ergriffen habe. Welch geringer Einfluß der Agrarfrage auf den Gang der Ereignisse zugeschrieben werden dürfe, gehe auch aus der Tatsache hervor, daß die revolutionäre Bewegung zu allererst im Mitauschen Kreise entstanden sei, d. h. im allerreichsten und vorherrschend von wohlhabenden Domänenbauern bewohnten Kreise. Die wahren Gründe der Bewegung, die lediglich einen sozial-revolutionären Charakter getragen haben, seien ganz andere gewesen. Zur Erläuterung dieser Behauptung führt der lettische konservative Sachkenner, dem wir bisher gefolgt sind, die nachstehenden Tatsachen an:

1. alle Proklamationen und Aufrufe der Revolution waren von den Organen der sozial-demokratischen oder der sozial-revolutionären Partei ausgegangen. In ihnen wurde das Proletariat oder die Arbeiterklasse gegen die anderen Gesellschaftsschichten in Erregung versetzt, und zwar in den ländlichen Kreisen — der Bauer gegen den Gutsherrn, in den Städten — der Arbeiter gegen den Industriellen, überhaupt die nicht-besitzenden Klassen gegen die besitzlichen, wobei die Nationalität der letzteren gar keine Rolle spielte. Ebenso wurde in allen den zahlreichen, zur Erregung des Volkes abgehaltenen Versammlungen und Meetings beständig die soziale Demokratie oder die soziale Revolution gepredigt. Als Ziel wurde offen der Sturz des Thrones und die Errichtung einer sozialdemokratischen allrussischen Republik hingestellt.

2. Wiewohl die örtliche Bewegung (im Baltikum) einen antikirchlichen Charakter trug, was die von den Revolutionären verübten Besudelungen der Heiligtümer bewies, so fanden die Überfälle auf die Kirche doch nur darin ihre Erklärung, daß die Kirche als Schutzmacht des gegebenen sozialen Baues galt.

3. Die revolutionäre Bewegung in den baltischen Provinzen war ein Teil der allgemein-russischen sozialen Bewegung. Diese Tatsache wird durch die Gleichartigkeit ihrer Ziele und Taktik, sowie dadurch bewiesen, daß die lettische Sozialdemokratie beständig mit der russischen Sozialdemokratie und mit dem „jüdischen Bund“ Hand in Hand gegangen ist, so z. B. in der Frage der Sabotage, der Demonstrationen usw. Die lettische revolutionäre Bewegung unterschied sich keineswegs in materieller Hinsicht von der allgemein-russischen; sie trug nur einen ausgeprägteren Charakter, sie war stärker, unterschied sich also nur graduell, nicht aber prinzipiell von jener.

Weiter geht unser Gewährsmann auf die Gründe des Wachstums der Bewegung ein und führt als solche sowohl allgemeine, wie speziell örtliche an.

Zu den allgemeinen Gründen rechnet er:

1. die Erschütterung der zarischen und in weiterer Folge der gesamten Regierungs-Autorität.

Die Ursachen dieser Erschütterung waren: der unglückliche Ausgang des Japanischen Krieges, das passive Verhalten der Regierung gegenüber der anwachsenden revolutionären Bewegung; der mangelnde Entschluß, durchgreifende Reformen einzuleiten. Der fühlbarste Schlag wurde dem zarischen Prestige durch den Streik der Eisenbahner zugefügt, nach welchem erst das Manifest vom 17. Oktober 1905 erschien. Wenn dieses erzwungene Manifest früher, nicht aber im Zusammenhange mit der Sabotage der Eisenbahn erlassen worden wäre, hätte es eine beruhigende Wirkung ausgeübt; sein Erscheinen jedoch nach dem großen Streik rief erst recht Unordnungen und offene Revolution hervor.

2. Die allgemein-russische sozialdemokratische und revolutionäre Propaganda, mit der die lettischen Sozialisten in engster Fühlung standen.

Hätten die lettischen Revolutionäre nicht die Überzeugung genährt, daß die russische Revolution siegen werde, so wäre es ihnen niemals gelungen, in Liv- und Kurland eine Bewegung ins Leben zu rufen. Übrigens ist die Erzählung — äußert unser Autor —, daß es im Plan der lettischen Revolutionäre gelegen habe, eine lettische Republik ins Leben zu rufen, ein leeres Geschwätz. Die lettischen Revolutionäre planten bloß, zusammen mit den russischen eine allgemein-russische sozialdemokratische Republik zu schaffen, und gaben sich hierbei möglicherweise der Hoffnung hin, daß das von Letten bewohnte Gebiet den lettischen Führern zu deren Unterhalt bestimmt werden würde.

Zu den örtlichen Gründen des Wachstums der Revolution rechnet unsere Quelle vor allem:

1. Die Kraft- und Tatenlosigkeit der Regierungsbehörden, namentlich der Polizei.



Die Polizei versagte nicht nur bei den Kirchenschändungen vollkommen, sondern sie vermochte sich sogar selbst vor Überfällen und Mordversuchen nicht zu schützen, weshalb in Riga nicht weniger als 80 Polizeibeamte den Revolutionären zum Opfer fielen. Als nach dem 17. Oktober 1905, dem Tage des Erlasses des Kaiserlichen Manifestes über die Erteilung einiger Volksfreiheiten, lettische revolutionäre Zeitungen, dem Gesetz zuwider, ohne Präventivzensur erschienen und offen Propaganda für die Revolution machten, unternahm die Polizei nicht die geringsten Gegenmaßregeln. Ebenso wenig wurde gegen die Einberufung von ungesetzlichen Meetings eingeschritten, weshalb sich die Meinung festsetzte, daß die Regierung schwach sei und der Volkshaufe herrsche.

## 2. Den Terrorismus der Revolutionäre.

Der Terrorismus erstreckte sich nicht nur auf die Arbeitermassen Rigas, sondern alsbald auch auf die Polizei selbst und auf die andere Bevölkerung, und zwar um so rascher, als kein Terrorist von der Regierung hingerichtet wurde.

## 3. Die lettische revolutionäre Presse, die von dem größten Einfluß auf die Entwicklung der Geschehnisse war:

Die große Einwirkung der Presse auf die untere Schicht der Bevölkerung ist, im Vergleich mit Rußland, eine Besonderheit der baltischen Provinzen. Da nur sie nach dem 17. Oktober sich des freien Wortes bedienen durfte, so war die Wirkung ihrer Machenschaft sehr groß. Ihre unheilvolle Wirkung zeigte sich namentlich, als im November 1905 der sogenannte Kongreß der Vertreter aller lettischen Landgemeinden in Riga zusammentrat. Der Kongreß war vom Gouverneur verboten worden, trat aber trotzdem zusammen und faßte offen die Resolution, daß das Amt des Gouverneurs aufzuheben sei, alle Behörden beseitigt und revolutionäre Gemeindeverwaltungen eingesetzt werden müßten.

4. Die revolutionäre Bewegung gestaltete sich in den baltischen Provinzen stärker, als in den inneren Gouvernements des russischen Reiches, weil hier die Kluft zwischen den höheren und den niederen Gesellschaftsklassen eine breitere war, als in Rußland. Diese Kluft wurde einerseits dadurch vertieft, daß die höheren und niederen Klassen durch die Verschiedenheit ihrer Nationalität geschieden waren, anderseits dadurch, daß in der Selbstverwaltung das deutsche Element die Oberherrschaft über das lettische ausübte. Die nationale Ungleichheit bildete für die Revolution einen dankbaren Boden.

5. Einen gewissen Einfluß zum Besten der revolutionären Bewegung übte die Tatsache aus, daß, in Folge der Einführung der russischen Sprache in die Geschäftsbah-  
rung der Landgemeinden, der die russische Sprache allein beherrschende Gemein-  
dschreiber die Gewalt in die Hände bekam und in der Regel der Hauptleiter der re-  
volutionären Bewegung wurde.

6. Einen großen Einfluß auf das Wachstum der Revolution hat die seit 20 Jahren russifizierte Schule ausgeübt, was namentlich von der Volksschule gilt. Die Volksschul-  
lehrer waren in russischen Lehrerseminaren erzogen und obgleich Letten, doch nicht

bodenständige Leute. Sie waren ihrem Volkstum entfremdet und zum Zweck der Russifizierung ihres Volkes erzogen. Ohne jegliche Nationalinteressen waren sie größtenteils kosmopolitische Sozialisten und in religiöser Beziehung Atheisten. Daher waren es die Volksschullehrer, welche die revolutionären Ideen in der Jugend des Landes verbreiteten und größtenteils auch als aktive Akteure der Revolution dienten. Dieser Zustand war dadurch heraufbeschworen worden, daß der Einfluß der Geistlichkeit auf die Volksschule bis zum Nullpunkt hinabgedrückt worden war und die Regierung sich nur für die Erlernung der russischen Sprache interessierte.

Die von unserem lettischen Gewährsmann mit Sachkenntnis, Klarheit und Folgerichtigkeit entwickelte Darstellung der Gründe des Entstehens und Wachstums der lettischen Revolution entspricht der Auffassung von den Geschehnissen des Jahres 1905, die in der deutschen Gesellschaftsschicht herrschte<sup>1</sup>. Die von ihr vertretene Ansicht, daß nicht eine Besserung der Lage der Arbeiter, sondern der politische Umsturz des Reiches das Ziel auch der lettischen Revolution gewesen sei, wurde durch die vielen Gerichtsverhandlungen, in denen sich Revolutionäre zu verantworten hatten, bekräftigt<sup>2</sup>. Russische Urteile lassen darüber keinen Zweifel aufkommen, daß das lettische Proletariat dem Evangelium des internationalen Sozialismus sein Ohr geliehen und mit dem Tage des Ausbruches der Revolution in Petersburg (9. Januar 1905) in die allgemeine russische revolutionäre Bewegung eingetreten ist<sup>3</sup>. Ist dieses richtig und hat Blank darin Recht, daß die lettische Revolution gar nichts anderes gewesen sei, als die blinde Befolgung der von russischer Seite ausgegebenen, auf die Illumination der Gutshöfe lautenden Parole, daß sie aber keineswegs die Staatswerdung Lettlands eingeleitet, sondern im Leninismus ihren Ausgang genommen habe<sup>4</sup>, so entbehrt sie in der Tat, wie er sagt, vom lettischen Standpunkt aus beurteilt, des sittlichen Gehaltes. Sie war russisch gedacht und russisch gemacht. Ihre Triebkräfte liegen heute klar zutage: eine stark sozialistische und international beeinflusste Intelligenz, die die trennende nationale Kluft gegenüber dem im Lande gebietenden deutschen Element immer stärker ausnutzte; ferner die ungeheure sittliche Verwirrung, die von der Russifizierung zuwege gebracht war; endlich die Wittesche Industriepolitik, die in den Hafenstädten die sozialdemokratischen Fabrikarbeiter, die Rekruten der Revolution, geschaffen hatte<sup>5</sup>. Hierin findet jedoch die Siedehitze des Hasses, der sich keineswegs gegen die

<sup>1</sup> „Die lettische Revolution“ usw., mit einem Geleitwort von Professor Th. Schiemann, Teil I, S. 152, 2. Aufl. Berlin 1908. „Die deutsch-lettischen Beziehungen in den baltischen Provinzen. Von einem Balten, mit einem Vorwort von Prof. Dr. O. Külpe“, Leipzig 1916, S. 58 ff.

<sup>2</sup> Tobien: „Ursprung und Lage der Landarbeiter in Livland“ in der „Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft“, 66. Jahrg. 1910, S. 394.

<sup>3</sup> „Zur Vorgeschichte des Revolutionsjahres 1905“, „Baltische Monatsschrift“ 61. Band, 1906, S. 307 ff. K. Lander: „Die bäuerliche Bewegung im Baltischen Gebiet“, Beilage zu Peter Maslow: „Die Agrarfrage in Rußland“, 2. Teil. St. Petersburg 1908, S. 49 ff. (russisch).

<sup>4</sup> Blank: a. a. O.

<sup>5</sup> Prof. Dr. Otto Hoetzsch: „Die Lage in den Ostseeprovinzen“, „Schlesische Zeitung“ vom November 1907, Nr. 772.

deutschen Bewohner des Landes, die Gutsherren und Pastoren allein, sondern in mindestens gleichem Grade auch gegen die lettischen Eigentümer von Bauernhöfen richtete und in sinnloser Zerstörung wertvoller Güter und in bestialischen Grausamkeiten erging, keine zureichende Erklärung. Es war vielmehr auch das bei Beherrschten und Dienenden häufig aufgespeicherte Gefühl des Grolles und Neides, nämlich das, was Friedrich Nietzsche „Ressentiment“ nennt, das zum Ausbruch kam. Unter „Ressentiment“ wird der Groll oder Neid verstanden, der aus dem Ohnmachtsgefühl entspringt, das sich dann einstellt, wenn dem Begehren nach fremdem Gut Widerstände entgegentreten. Es braucht keineswegs ein direkter, objektiver Anlaß zu grollendem Neide vorzuliegen. Schon wo, vermöge einer Täuschung, der andere und sein Besitz als Ursache des Nichtsbesitzes des begehrten Gutes angesehen werden, tritt der ohnmächtige Neid auf, der zur heftigsten Ressentimentbildung führt. Der neidvolle Groll läßt in dem von ihm Befallenen ein Gefühl des Hasses gegenüber dem ihm übergeordneten, wirtschaftlich und sozial bevorzugten Heimatgenossen entstehen, das seinen Ausdruck in dem Empfindungswort findet: „Alles kann ich Dir verzeihen, nur nicht, daß ich nicht habe und bin, was Du hast und bist“<sup>1</sup>.

Daß das überall zu beobachtende „Ressentiment“ sich in Livland zu der 1905/06 zutage tretenden schreckenerregenden Stärke entwickelte, war eine Folge des Programmes der russischen Regierung vom Jahre 1865, das die Deutschbalten durch die Esten und Letten erstickt wissen wollte<sup>2</sup>. Seit jener Zeit wurde von der Moskwa und von der Nawa her systematisch der neidvolle Groll gezüchtet, der die Elegie der alten kurländischen Pastorentochter, die scharf zwischen den Letten vergangener Tage und den revolutionären Letten unterschied, wohl begründet erscheinen läßt. Sie schreibt in ihren Lebenserinnerungen<sup>3</sup>: „Das waren unsere alten Letten! Ein edles, begabtes, strebsames Volk, ein Volk, das über ungeheure Willens- und sittliche Kraft verfügte, das den schwersten Lasten und Entbehrungen nicht erlag. Es ist mit seinem Glauben, seiner Kunst zu sterben, seiner Gesinnung, Sitte, Sprache, Tracht, seiner Poesie, seinen Märchen, Liedern und Sagen untergegangen und hat nichts gemein mit jenen russifizierten, verhetzten, vom Pöbel kleiner und großer Städte durchsetzten Erregern und Vertretern der Revolution, die gerade die Besten ihres Volkes unbarmherzig hinschlachteten“ — und — wie wir hinzufügen — nach Niederwerfung der Revolution mit Hilfe russischer Offiziere, unter denen leider auch solche deutschen Blutes angetroffen wurden<sup>4</sup>, sich in irrsinnigem Haß gegen das baltische Deutschtum nicht genug tun konnten<sup>5</sup>.

<sup>1</sup> Max Scheeler: „Vom Umsturz der Werte“. Erster Band. Leipzig 1919, S. 61 ff. Danach mit zutreffender Nutzanwendung auf die Psychologie der lettischen Revolutionäre des Jahres 1905/06 bei Dr. Oskar Schabert: „Baltisches Märtyrerbuch“, Berlin 1926, S. 36 ff.

<sup>2</sup> Band I, S. 93.

<sup>3</sup> L. Harmsen, geb. Büttner: „Ein altes kurländisches Pastorat“. Reval, Franz Kluge, 1913, S. 31.

<sup>4</sup> „Die Lettische Revolution“. Teil II, S. 290 ff.

<sup>5</sup> August Winnig: „Am Ausgang der deutschen Ostpolitik. Persönliche Erlebnisse und Erinnerungen“, Berlin 1921, S. 58.

### Patriarchalische Zustände in Livland und ihr Ende

Die oft vertretene Ansicht, daß die bäuerliche Unfreiheit in Livland besonders scharf entwickelt gewesen sei, weil nationale Verschiedenheit als erschwerendes Moment auf die livländischen Zustände eingewirkt habe, läßt sich, wie wir gesehen haben, nicht aufrechterhalten<sup>1</sup>. Andere, von außen herantretende Faktoren entzweiten das Innenleben der drei alteingesessenen, durch Rassenverschiedenheit getrennten, aber durch gemeinsames Schicksal auf einander angewiesenen Volksstämme. Es war die Tragik des Geschickes der Landesbewohner, daß seit dem Zusammenbruch Alt-Livlands (1561) immer wieder eine vierte Gewalt sie der Möglichkeit beraubte, ihre Spannungen unter sich auszugleichen, ihre Kämpfe allein auszufechten. Entweder waren es tatarische Wüteriche, oder glücksuchende, um das mare balticum ringende Mächte, die das Land zu einer Wüste machten, oder landfremde „reformierende“ Herrscher, die das Eigenleben der Kolonie nach ihrer Façon zustutzen wollten. Dieser vierte Faktor war nie ein Element des Friedens, der vermittelnd und ausgleichend gewirkt hätte. Der Pole mit seiner Gegenreformation, der Schwede mit seiner Güterreduktion, der Russe mit seiner Immoralisation auf allen Gebieten: Kirche, Schule, Verwaltung, Rechtssprechung, sie alle experimentierten in ihrem Interesse, hatten aber nicht in erster Linie das Wohl der Landesbewohner im Auge. Wären die drei alteingesessenen Nationen unter sich geblieben, sie hätten ungeachtet ihrer Stammesverschiedenheit und daher ungleicher Naturanlagen, dank aber dem einigenden Bande gemeinsamen Glaubens, den Weg zur Verständigung gefunden, denn die „lutherische Kirche war eine Lebensmacht, die trotz aller nationalen und sozialen Instinkte dennoch die Esten und Letten immer noch innerlich mächtig mit den Deutschen zusammenband“<sup>2</sup>. Bedarf es noch eines Beweises der Richtigkeit dieser These, so sei darauf hingewiesen, daß der brutale Russifikator Estlands, Fürst Schachowskoi<sup>3</sup>, es klar ausgesprochen hat: eine Russifikation des Baltikums habe nur dann Aussicht auf Erfolg, wenn das Gros der estnischen und lettischen Bevölkerung orthodox würde<sup>4</sup>. Mehr braucht nicht gesagt zu werden.

Solange es für das Landvolk nur zwei Vereinigungspunkte im guten und einen Zusammenkunftsart im bösen gab: die lutherische Kirche und das Bethaus der Brüdergemeinde einerseits, der gutsherrliche Krug oder die Hofschenke andererseits, herrschte in Livland jene Epoche, die man „die gute alte Zeit“ zu nennen pflegt und derer man sich oft mit Wehmut, als eines für immer entschwundenen Idylls, erinnert. Sie ist gekennzeichnet durch das freundliche patriarchalische Verhältnis, das ungetrübt zwischen den Hauptelementen der Bevölkerung des flachen Landes: den Gutsherren und den Bauern, obwaltete. Mochte auch der Gutsherr<sup>5</sup> eine gewisse Ähnlichkeit mit dem englischen Landlord haben, so blieb er, ganz anders wie jener, seinem häuslichen

<sup>1</sup> Oben S. 9.

<sup>2</sup> Traugott Hahn: „Erinnerungen aus meinem Leben“, 2. Band, Stuttgart 1922, S. 220.

<sup>3</sup> Band I, S. 416 und 423.

<sup>4</sup> Hahn: a. a. O. S. 220.

<sup>5</sup> Oben, S. 47 ff.

Gesinde, seinen Landarbeitern und Pächtern gegenüber doch immer der „Erbherr“, zu dem die von ihm abhängigen Leute, wiewohl sie anderen Blutes waren und eine andere Sprache, als die seine, Muttersprache nannten, unverbrüchliches Vertrauen hegten. In dieser Hinsicht gibt es zwischen denen, die den Sachverhalt objektiv darzustellen suchen, keine Meinungsverschiedenheit.

Im 18. Jahrhundert hatte die gemeinsame Not des Nordischen Krieges, mit seinen Begleitern Hunger und Pest, die verschiedenen Stammes- und Standesgenossen aneinander geschlossen und das gegenseitige Bewußtsein der Zusammengehörigkeit geschaffen<sup>1</sup>, für das wir zwei markante Zeugnisse anführen konnten<sup>2</sup>. Mögen auch zwei konkrete Beweise für ungenügend erachtet werden, so redet doch die seit 1729 sich anbahnende Vereinigung des Adels und der Bauernschaft im Herrnhutertum eine so beredte Sprache, daß es weiter keiner Zeugnisse mehr bedarf. Die anders lautende Darstellung Garlieb Merkels kann um so weniger als Gegenbeweis ins Feld geführt werden, als dessen Schriften, wie wir wissen<sup>3</sup>, der Agitation dienen wollten, daher naturgemäß unsachlich waren und endgültig widerlegt worden sind. Ein Tyrann seiner Bauern pflegte von seinen Standesgenossen mißachtet zu werden<sup>4</sup>, wenn auch äußerliche Rücksichten bloßer Höflichkeit beobachtet wurden<sup>5</sup>. Von einem nationalen Gegensatz war zu der Zeit, da Merkels Schriften den Weg in die Öffentlichkeit nahmen (1796—1804), keine Rede, vielmehr fehlte es an Beispielen nicht, die um die Wende des 18. Jahrhunderts lehrten, daß die soziale Kluft, die, wie es nicht anders sein konnte, zwischen den deutschen Herren und den lettischen Bauern bestand, doch, wenn es not tat<sup>6</sup>, leicht überbrückt wurde. So trugen denn auch die Schilderungen des Predigers und Professors zu Mitau, J. N. Tiling<sup>7</sup>, einen ganz anderen Charakter, als die Merkels. Merkel konnte sich nicht genug tun, das angebliche Elend der Bauern seiner Heimat zu zeichnen,

<sup>1</sup> W. P. Eichhorn: „Selbsterlebtes und Nacherzähltes aus der Entwicklungsgeschichte Estlands und der Esten“, „Nordische Rundschau“, Band I, Reval 1884, S. 148 ff.

<sup>2</sup> Siehe oben S. 31 f. u. 121.

<sup>3</sup> Siehe oben S. 36 u. 171.

<sup>4</sup> Georg Friedrich von Fircks: „Die Letten in Kurland“ usw., S. 45.

<sup>5</sup> Siehe das Urteil des Oberlehrers am Dorpater Gymnasium in den Jahren 1804—1837, Carl Theodor Hermann, in dessen „Erinnerungen“, „Baltische Monatsschrift“, 38. Band, 1891, S. 7 ff.

<sup>6</sup> Siehe das Eintreten eines kurländischen Edelmanns mit der Pistole für seinen, von einem nachbarlichen Standesgenossen gezüchtigten Hüterjungen bei Fircks: a. a. O. S. 8. Ferner: Die Zustände auf dem Rittergut der verwitweten Baronin Boye auf Lindenhof im Kirchspiel Wenden in den Jahren 1798 und 1804 bei Hermann: a. a. O. S. 13 und in den Erinnerungen A. von Rennenkamps bei Fr. Biene-mann: „Aus vergangenen Tagen“, Reval 1913, S. 13 ff.; endlich das Verhalten Friedrich von Sivers, des Schöpfers der Bauernverordnung von 1804 zu seinen Bauern, G. Hillner: „Volks- und Bauernfreunde des alten Livland“, „Baltische Jugendschrift“, Jahrgang 1902, S. 82.

<sup>7</sup> Geb. zu Bremen am 6. Dezember 1739, wurde 1764 Prediger an der reformierten Gemeinde in Mitau, 1774 Professor der Beredsamkeit an der neugegründeten Akademia Petrina dortselbst, übernahm 1775 die Redaktion der Mitauschen Zeitung, gest. am 6. Sept. 1798; H. Diederichs: „Allgem. Deutsche Biographie“, Bd. 38, S. 299 ff.

wobei er nicht nur die Letten Livlands, sondern auch die Kurlands im Auge hatte<sup>1</sup>. Tiling dagegen, der einige Jahre früher Veranlassung nahm, sich über den Lebensschnitt der „adlichen Bauern“ Kurlands zu äußern, sagt u. a.: „Wer die Bauern unserer Edelleute siehet, der siehet Bilder der Gesundheit, der Stärke, der Freude, der Zuversicht. Er (der Bauer) ehret und liebt in seinem Herrn seinen Vater und wird von ihm wiederum als Kind geliebt, versorgt und beschützt. Er kann nicht unglücklich werden, als nur, wenn ihn das Laster verderbt hat“<sup>2</sup>.

War das gutsherrlich-bäuerliche Verhältnis schon zur Zeit der bäuerlichen Unfreiheit und des kühlen, auf kirchlichem Gebiet wirksamen Rationalismus, nach dem Urteil objektiver Sachkenner, ein patriarchalisches, so gestaltete es sich unter der Herrschaft des erneuerten Konfessionalismus und der streng kirchlichen Richtung der vierziger Jahre des 19. Jahrhunderts noch wesentlich besser. Als bedeutsamste Art der Betätigung des neu belebten christlichen Sinnes wurden „Humanität und Verkehr mit Untergeordneten und Abhängigen, und Entwöhnung von den Überlieferungen altväterlicher Willkür und Selbstherrlichkeit“ angesehen<sup>3</sup>.

Seit dem Ausgang der vierziger Jahre des 19. Jahrhunderts war in die herrschenden Schichten der livländischen Gesellschaft ein neuer Geist eingedrungen, von dem die Idee ausging, daß ein wahrer Christ eines gewissen Maßes von Liberalismus nicht entraten könne. Der kulturelle Fortschritt des Landvolkes war das Ziel der neuen Richtung, die sich jedoch der Erkenntnis nicht verschloß, daß Voraussetzung dieser Entwicklung die wirtschaftliche Selbständigkeit der Letten und Esten sei. Daher trug der Liberalismus des Adels jener Tage den Charakter des Agrarliberalismus Foelkersahmscher Observanz<sup>4</sup>. Die livländische Geistlichkeit, in deren Reihen die Zahl tüchtiger, fähiger und für ihre Aufgaben begeisterter Prediger groß war, huldigte Grundsätzen, die man die liberalen nannte, weil sie die Förderung der Volksbildung forderten. Soziale Mission und Bildungspropaganda wurden mit Enthusiasmus betrieben. „Ungezählte Männer, Frauen und Töchter widmeten sich der Liebesarbeit an Hofskindern, Lostreibern“ und anderen gefährdeten Existenzen. Hierbei zeigte sich nicht die leiseste Spur politischen und nationalen Hintergedankens, vielmehr eine unverkennbare Wertschätzung des estnischen und lettischen Volkstumes, die sich zu einer Verherrlichung patriarchalisch waltender, meist der Brüdergemeinde angehörender Kirchenvormünder, Gemeindeältester und Gemeinderichter verstieg, in denen Bürgen einer besseren Zukunft erblickt wurden.

Nur natürlich war es, daß in dieser idealistischen Epoche jedes deutsche Kind,

<sup>1</sup> G. Merkel: „Die Letten, vorzüglich in Liefland, am Ende des philosophischen Jahrhunderts“, 2. verbesserte Auflage, Leipzig 1800, S. 13 Anmerkung.

<sup>2</sup> J. N. Tiling: „Über die sogenannte bürgerliche Union in Kurland“ Erster Teil, Riga 1792, S. 102.

<sup>3</sup> „Bericht über ein altes Tagebuch“, Baltische Monatsschrift, 34. Bd. 1888, S. 775 ff. Der Bericht, der offenbar von Julius Eckardt stammt, ist wieder abgedruckt in: Fr. Bienemann: „Aus vergangenen Tagen“, S. 242 ff.

<sup>4</sup> Tobien: „Die Agrargesetzgebung“ usw., II, S. 87 ff.

je nach seinem Geburtsort, die estnische oder die lettische Volkssprache erlernte und im Alter lieb behielt, weil sie an die goldene Jugendzeit erinnerte<sup>1</sup>. Bei dieser Lage der Dinge konnte es nicht überraschen, daß das Verhältnis der deutschen Herren und ihrer Familienglieder zu den lettischen und estnischen Diensthöfen ihrer Häuser ein überaus vertrauliches war, das häufig in der festen, auf Kinder und Kindeskinde übertragenen Treue der Dienenden seine Krönung fand<sup>2</sup>.

Das vertrauliche Verhältnis blieb meist nicht auf die Hausbediensteten und deren Gebieter beschränkt, sondern erstreckte sich auch auf die Bauern, die als Dienstpflichtige in engen Beziehungen zum Rittergut standen, in dessen Grenzen sie in der Regel geboren waren. Pietätvolles Verhalten zur angestammten Gutsherrschaft, zum „Erbherrn“, war unter der Bauernschaft ebenso oft deutlich erkennbar<sup>3</sup>, wie umgekehrt ein warmes patriarchalisches Empfinden der Gutsherren zu ihren bäuerlichen Hintersassen<sup>4</sup>, die oft seit Generationen ihre Stellen inne hatten. Die alten Kernlivländer waren human denkende Edelmannsnaturen, die ihre Beziehungen zu ihren Landarbeitern und Pächtern nicht nur vom ökonomischen Gesichtspunkt aus beurteilten, sondern als Tutelschaft auffaßten<sup>5</sup>. Sie verurteilten daher, wie wir gesehen haben<sup>6</sup>, Standesgenossen, die sich als Tyrannen aufspielten, aufs schärfste.

Selbst während der Herrschaft des Fronhofsystems, das seiner Natur nach zu manchen Mißhelligkeiten zwischen dem Gutsherrn und den auf dem Fronhof ihrer Arbeitspflicht nachkommenden Bauern Anlaß geben mußte, war dennoch das Verhältnis in den meisten Fällen ein durchaus gutes. Es werden aus jener Zeit mehrere Geschehnisse berichtet, die erkennen lassen, wie sehr Gutsherren bemüht waren, den frönenden Knechten das Arbeitsleben zu erleichtern. Hierzu trug wesentlich die von Foelkersahm und seinen Gesinnungsgenossen durchgesetzte bäuerliche Schutzgesetzgebung bei, die jeden Zweifel über die Rechtsqualität der drei Bodenkategorien: Hofland, Quote und Bauernland<sup>7</sup>, beseitigt hatte. Der Gutsherr war dem Bauern der nächste Ratsfreund und Schirmvogt<sup>8</sup>. Wo dem Bauern Verständnis oder Mittel versagten, war sein Gutsherr ihm gewohnter Helfer; wo er von Seinesgleichen, von Nachbarn

<sup>1</sup> Wie Theodor Hermann Pantenius in seinen Erinnerungen eines baltischen Journalisten bezeugt; Alexander Eggers: „Baltische Lebenserinnerungen“, 1926, S. 117.

<sup>2</sup> „Aus der guten alten Zeit“ in Fr. Bienemann: „Aus vergangenen Tagen“, S. 113.

<sup>3</sup> Eichhorn: a. a. O. S. 48.

<sup>4</sup> August Winnig: „Am Ausgang der deutschen Ostpolitik“, S. 58.

<sup>5</sup> R. Erdmann: „Erinnerungen an die 60er Jahre“ in Fr. Bienemann: „Aus vergangenen Tagen“ usw., S. 232.

<sup>6</sup> Oben S. 183.

<sup>7</sup> Vgl. oben S. 78 ff.

<sup>8</sup> Wir folgen hier der Schilderung des liberalen Publizisten Hermann von Samson-Himmelstjerna (Band I, S. 395), dem als Verfasser der „Wetterleuchten-Briefe“ auch von lettischer Seite Anerkennung gezollt wird; Walters: „Lettland“, S. 242 ff.

(Hermann von Samson-Himmelstjerna): „Livland und Irland. Ein Briefwechsel“ Leipzig 1883, S. 89.

oder Gemeindebeamten sich bedrängt oder benachteiligt glaubte, suchte er vertrauensvoll des Gutsherrn einflußreichen Schutz.

Aber noch mehr. Selbst gegen unbillige Forderungen des Staates sollte ihn der Gutsherr schützen.

Zu den staatlichen Obliegenheiten, die von den Untertanen der Zaren schwer ertragen und daher mit dem größten Widerwillen erfüllt wurden, gehörte die militärische Dienstpflicht. Sie währte ursprünglich 25, später 20 und danach 15 Jahre, bedeutete eine lange Trennung von Heimat, Familie und eigener Kirche, die um so schmerzlicher empfunden wurde, als die Disziplin im Heer eine barbarische war<sup>1</sup>. Bis zum Jahre 1796 war Livland, ebenso wie Est- und Kurland, von der Einstellung seiner Söhne in russische Regimenter verschont geblieben. Erst Kaiser Paul machte diesem Vorrecht ein Ende. Er hatte sich als Entgelt für die Beseitigung der von seiner Mutter Katharina II. widerrechtlich auf Liv- und Estland ausgedehnten, landfremden Statthalterschaftsverfassung und die Wiederherstellung der alten Provinzialverfassungen ausbedungen, daß in Liv- und Estland, und ebenso auch in dem 1795 mit Rußland vereinigten Herzogtum Kurland, das Reichsgesetz über die Rekrutierung Geltung gewinnen solle<sup>2</sup>. Zu Ende des Jahres 1797 wurde die lettisch-estnische Bevölkerung an der Ostsee zum ersten Mal gezwungen, die überaus brutale Rekrutierung, die bis zum Jahre 1874 im ganzen Reich die unteren Berufsstände allein belastete, über sich ergehen zu lassen. Von je 500 „Seelen“ männlichen Geschlechtes einer jeden Landgemeinde mußten 3 Rekruten gestellt werden, es sei denn, daß die von der Aushebung Betroffenen sich mit der Zahlung von 400 Rbl. an die Militärbrigade loszukaufen vermochten. Auf den Privatgütern war es Sache der „Erbherren“, „nach eigener Wahl“, aber doch nach Anhörung der Ältesten und Vorsteher der Bauernschaft, zu bestimmen: wer von den konfirmierten Bauernjungen im Alter von mehr als 17 Jahren, die eine gewisse Körperlänge<sup>3</sup> aufwiesen, in den Militärdienst zu treten habe. Auf den Domänen lag die gleiche Aufgabe den Pächtern ob<sup>4</sup>. Nach der im Jahre 1819 erfolgten Befreiung der livländischen Bauern<sup>5</sup> war es Pflicht der Gemeindegerichte, mit Zustimmung der Gutsherren festzusetzen: wer von den Gemeindegliedern sich dem Kriegsgott zu opfern habe<sup>6</sup>. Zu denjenigen Personen, die das Gesetz von der schweren Wehrpflicht im Interesse des Landeswohles befreite, gehörten: die Volksschullehrer, die Eigentümer und Pächter von Bauernhöfen gewisser Größe und diejenigen „Hofesdomestiken“, die der

<sup>1</sup> Carl Maurach: „Eines livländischen Pastors Leben und Streben, Kämpfen und Leiden“, Leipzig 1900, S. 5.

<sup>2</sup> Tobien: Die „Agrargesetzgebung usw.“, I, S. 83.

<sup>3</sup> 2 Arschin 4 Werschok; 1 Arschin = 0,711 Meter, 1 Werschok = 44,45 Millimeter.

<sup>4</sup> Patente der livländischen Gouvernementsregierung vom 17. November 1797, 23. August 1799, 11. November 1799, 13. November 1803, usw. Im Jahre 1799 wurden ausnahmsweise schon von 350 Seelen 3 Rekruten ausgehoben.

<sup>5</sup> Tobien: „Die Agrargesetzgebung usw.“, I, S. 372.

<sup>6</sup> Livländische Bauernverordnung vom 26. März 1819, § 501.



Gutsherr nicht dem Staate hingeben, sondern zum Besten seiner Wirtschaftsführung sich vorbehalten wollte. Wie viele seiner Bediensteten der Gutsherr dem Militärdienst entziehen durfte, war vom Gesetz bestimmt, das die Zahl der zur Landgemeinde angeschriebenen „Seelen“ männlichen Geschlechts als Maßstab gelten ließ<sup>1</sup>. Diese echt russische, patriarchalische Regelung eines der wichtigsten Zweige des Staatslebens blieb selbst dann noch aufrechterhalten<sup>2</sup>, als schon der Krim-Krieg (1853—1856) die Heeresverfassung des Zarenreiches als gänzlich untauglich erwiesen hatte. Auch die den baltischen Provinzen gewährten Vorzüge wurden ausdrücklich bestätigt<sup>3</sup> und unter diesen die Befugnis der Gutsherren<sup>4</sup>: Hofsleute, die sie nicht entbehren zu können glaubten, wie früher, von der Rekrutenstellung ausnehmen zu dürfen<sup>5</sup>. Erst mit der Einführung der allgemeinen Wehrpflicht am 1. Januar 1874<sup>6</sup> wurde das alles anders.

Daß öffentliche Recht der Gutsherren und der ihnen in dieser Hinsicht gleichgestellten lutherischen Landpfarrer: Personen, wenn sie auch zum Militärdienst tauglich waren, dennoch nach Belieben von dieser Quälerei, die wie „das höllische Feuer gefürchtet wurde“<sup>7</sup>, befreien zu dürfen<sup>8</sup>, hob das Ansehen der deutschen weltlichen und geistlichen Herren in den Augen des Volkes außerordentlich. Natürlich galt daher der Dienst auf dem Gutshof oder im Pastorat der männlichen Bauernjugend als höchst begehrenswertes Ziel. Wer als Stallknecht, Kutscher, Diener oder Jäger, oder auch als Knecht in den Hofesdienst aufgenommen war, fühlte sich vor dem berüchtigten „Greifen“ gesichert, das im baltischen Volksleben eine sehr böse Rolle gespielt hat. Weil nämlich der Militärdienst als Qual empfunden wurde, suchten die von den Gemeindegerechten zu Rekruten designierten unglücklichen Subjekte sich ihrem üblen Schicksal durch die Flucht zu entziehen und in Sümpfen und Wäldern verborgen zu halten. Es wurde daher von der Regierung vorgeschrieben, die Konkribierten plötzlich zu „greifen“, dingfest zu machen und der Militärbrigade als Gefangene auszuliefern<sup>9</sup>. Solchen Sklavenjagden, die nur vor den Kirchen und Schulhäusern Halt zu machen hatten<sup>10</sup>, völlig entgehen konnte nur, wer im Dienst eines Gutsherrn oder Pastors stand, deren Schutz daher gerne aufgesucht, dankbar genossen und mit pietät-

<sup>1</sup> Ebenda §§ 502 und 503.

<sup>2</sup> Rekrutenreglement, Teil IV der Reichsgesetzbücher (Swod), Ausgabe vom Jahre 1857, Buch 1.

<sup>3</sup> Rekrutenreglement vom Jahre 1857, Art. 1008 ff.

<sup>4</sup> Denen die Pastore gleichgestellt wurden.

<sup>5</sup> Rekrutenreglement vom Jahre 1857, Art. 1030, Punkt 10; Livländische Bauernverordnung vom 13. November 1860, § 419.

<sup>6</sup> Teil IV des Reichsgesetzbuches, Ausgabe vom Jahre 1886, Buch 1.

<sup>7</sup> Maurach: a. a. O. S. 5.

<sup>8</sup> Den Gutsherren im Innern des Reiches waren noch viel größere Rechte eingeräumt. So durften sie z. B. ihre Leibeigenen ganz nach eigenem Ermessen ohne weiteres und unbeschränkt der Dienstpflcht unterwerfen; Art. 405 ff. des Rekrutenreglements vom Jahre 1857.

<sup>9</sup> Patent der livländischen Gouvernementsregierung vom 5. Januar 1804.

Maurach: a. a. O., S. 5.

<sup>10</sup> Patent der livländischen Gouvernementsregierung vom 11. März 1811 in Dr. K. Sonntag: „Die Polizei für Livland von ältester Zeit bis 1820“, Erste Hälfte, Riga 1821, S. 93.

voller Anhänglichkeit vergolten wurde. Von einem Nationalhaß war daher schon aus diesem Grunde unter den Hofsleuten der alten Zeit, die der Moskowitzische Spaltpilz noch nicht infiziert hatte, keine Rede <sup>1</sup>. Und bei der Elite der Bauernschaft, den Pächtern oder Eignern der relativ großen Bauernhöfe, hat er in jener Zeit nirgends in beachtlichem Umfange Platz gegriffen. Im Gegenteil. Bei der radikalen Umwandlung des Wirtschaftssystems, die der Naturalwirtschaft ein Ende machte, mußte das gute Verhältnis zwischen den Gutsherren und Bauern notwendig ein noch engeres werden, weil beim schwierigen Übergange vom Fronhofssystem zur Geldpacht, bei der „Streulegung“ oder dem „Abbau“ und schließlich bei der Ablösung der Bauernhöfe, der weiterblickende Gutsherr dem unerfahrenen Bauern ein natürlicher Berater war. Die oft komplizierte Neuordnung der Dinge ist dann auch im Ganzen ohne viel Streit und Mißhelligkeit vor sich gegangen, weil diese letzten Akte der Bauernbefreiung sich zwischen den beiden Parteien: den deutschen Gutsherren auf der einen Seite, den lettisch-estnischen Hofbesitzern auf der anderen, abspielte, ohne daß der vierte Faktor, die russische Bürokratie, sich einmengen durfte. Wo herrnhutische Beziehungen die Bande zwischen Gutsherren und Bauern noch enger knüpften, kam es zu Freundschaftsäußerungen, die schöner kaum gedacht werden können. So hatte sich der (in der neueren Geschichte Livlands hervorragende) Landrat Karl Axel Christer Baron Bruiningk <sup>2</sup> nicht auf dem deutschen Friedhof in Dorpat, sondern auf dem dort belegenen estnischen Kirchhof die letzte Ruhestätte bereiten lassen. Er wollte mitten unter dem estnischen Volk, dem er ein Vater und Freund gewesen war, bestattet sein. Dort ist er im Oktober 1848 beerdigt worden <sup>3</sup>.

Die ideale Denkrichtung beherrschte die deutsche Oberschicht Livlands in den 40er Jahren und zu Anfang der 50er Jahre des vorigen Jahrhunderts in dem Maße, daß sie von moderner Glücks- und Erwerbsjagd auch nicht einmal den Namen kannte <sup>4</sup>. Sie wählte mit beneidenswerter Illusionsfähigkeit, nach Beendigung des Krimkrieges den Aufstieg eines noch besseren Zeitalters erhoffen zu dürfen <sup>5</sup>. Sie wußte von dem Nationalitätsprinzip, das die homogene Bevölkerung eines Landes spaltete, noch nichts, weil es erst später die Köpfe zu beherrschen begann <sup>6</sup>. Daher gab es so wenig Gegensätze zwischen den Deutschen und den Sprossen des Landvolkes, daß diejenigen Esten und Letten, die eine höhere Bildung erlangt hatten, unbedenklich in die Reihe der gebildeten Deutschen eintraten und von diesen als vollkommen gleichberechtigte Genossen aufgenommen wurden <sup>7</sup>.

<sup>1</sup> G. von Rathlef-Tammist: „Erinnerungen aus meinem Leben“, Manuskript, S. 160, Anmerkung.

<sup>2</sup> Tobien: „Die Agrargesetzgebung Livlands usw.“ I, S. 340.

<sup>3</sup> Bruiningk: „Das Geschlecht von Bruiningk in Livland“, S. 240.

<sup>4</sup> (Julius Eckardt): „Die Generation vor uns“, „Balt. Monatsschrift“, Bd. 34. Reval 1888, S. 381.

<sup>5</sup> Derselbe: „Bericht über ein altes Tagebuch“, a. a. O. S. 778.

<sup>6</sup> Heinrich von Treitschke: „Politik“, herausgegeben von Max Cornicelius, I. Band, Leipzig 1897, S. 270.

<sup>7</sup> „Bischof Walter, sein Leben und seine Landtagspredigten“, a. a. O. S. 365 ff. So gab es in der zu

Als jedoch bald nach dem Krimkriege die stumme Unterwürfigkeit der Nikolaitischen Epoche der neuen russischen Ära gewichen war, die ein slawisches Bauernreich zu begründen trachtete<sup>1</sup>, nahm in Livland die „gute alte Zeit“ ein Ende. Zwar hatte sie, wie wir wissen, die ersten gouvernementalen Spaltversuche in den kirchlichen Wirren der 40er und 60er Jahre erleben müssen<sup>2</sup>, allein sie ist doch, dank ihrer idealen Denkrichtung, mit Recht im Gedächtnis der nachfolgenden Generationen als die „stille“ haften geblieben. Als sie zu Grabe getragen wurde, um „in der Negation alles dessen, was bisher für Regel und Maßstab gegolten hatte, das alleinige Heil zu erblicken“<sup>3</sup>, blieben im Lande dennoch stille Winkel erhalten, an denen die Wellenbewegung der neuen Ära spurlos vorüberging, weil sie dem biedereren Landvolk unverständlich blieb. In jener Abgeschlossenheit bestand das alte patriarchalische Verhältnis des gutsherrschaftlichen Hauses zu seinen Dienstboten, Landarbeitern und bäuerlichen Hofbesitzern in seiner ansprechenden Eigenart weiter fort. Es wurde getragen von dem guten Zutrauen des Landvolkes zu dem Wohlwollen der Herren<sup>4</sup> und nicht berührt von der unreifen Doktrin anmaßender „Intelligenter“<sup>5</sup>. In ausgedehnteren Distrikten des Landes trat freilich bald der Umschwung zu Tage, der die „stille Zeit“ völlig in den Schatten stellte. Von der estnisch-lettischen Intelligenz angefacht, erweckte die „nationale Strömung“<sup>6</sup> das ruhig und behäbig dahin lebende Landvolk, bis dann die von der russischen Orientierung beherrschte „Epoche der Halbbildung“ und die „neue Strömung“<sup>7</sup> maßgebend wurden, deren Erbschaft inzwischen<sup>8</sup> die Sozialdemokratie antrat, um schließlich in die vom Osten hereinschlagende Welle der Revolution unterzutauchen.

Die lettische Revolution von 1905 war die Probe auf das Exempel der russischen Grenzmarkenpolitik. Sie lehrte, was die von der Regierung angestrebte und von deren Mitläufern im Lande begünstigte enge Verbindung Liv-, Est- und Kurlands mit dem Inneren des Reiches in Wahrheit dem baltischen Gebiet eingetragen hatte: Durch-

---

Dorpat blühenden Studenten-Verbindung „Livonia“ die Söhne adliger und bürgerlicher Familien der deutschen Oberschicht in sich vereinigte, in den Jahren 1843–1865 8 Letten und 3 Esten, die volle Korpsbrüder waren und zum Teil die höchsten Ehrenposten in der Verbindung bekleideten.

Reinhard Ottow: „Album Dorpato-Livonorum“, Dorpat, 1908, Nr. 430, 457, 458, 461, 470, 486, 532 und 558, ferner: 351, 455 und 534.

<sup>1</sup> Julius Eckardt: „Jungrussisch und Altlivländisch“, S. 2.

<sup>2</sup> Oben, Band I. S. 177 ff. und 180.

<sup>3</sup> Eckardt: a. a. O. S. 3.

<sup>4</sup> Dr. Max Kühne: „Livland, Rußland und wir“, 2. Auflage, Gütersloh, 1917, S. 54.

<sup>5</sup> „Über das Wesen der Unruhen auf dem Lande und ihre Bekämpfung. Von einem Esten“ „Baltische Monatsschrift“, 60. Band, 1905, S. 222. Oskar Grosberg: „Meschwalden. Ein livländischer Gutshof im Kreislauf des Jahres“, Riga, G. Löffler, 1926. Diese in Novellenart abgefaßte Schilderung des Treibens auf einem livländischen Gutshof zeichnet zutreffend die patriarchalischen Zustände Livlands um etwa 1865.

<sup>6</sup> Walters: „Lettland“, S. 302 ff.

<sup>7</sup> Blank: a. a. O.

<sup>8</sup> Oben S. 171 f.

seuchung des estnisch-lettischen Volkes mit russischen radikalen Ideen und kläglichen Zusammenbruch der gesamten, seit 1867 nach dem Programm des Generalgouverneurs Albedinsky betriebenen Verschmelzungspolitik<sup>1</sup>. Ein für die Machthaber an der Nawa und im Schloß zu Riga beschämenderes Eingeständnis, als die vom Ministerkomitee am 18. Juni 1905 reumütig ausgesprochene, von Kaiser Nikolai II. bestätigte Verurteilung aller auf dem Gebiet des baltischen Volksschulwesens getroffenen Regierungsmaßnahmen<sup>2</sup>, ließ sich schwerlich denken. Kaum weniger beschämende Zugeständnisse bargen die Toleranzedikte vom 17./30. April und 17./30. Oktober 1905 über die Bekenntnisfreiheit in sich, wenn sie auch in echt russischer Manier wieder de facto zurückgezogen wurden<sup>3</sup>.

Dieser Bankerott der russifizierenden Regierungspolitik, verbunden mit dem Zurückstoßen des sich als Bundesgenossen gegen das Deutschtum anbietenden Esten- und Lettentums, bedeutete für diejenigen nationalen Gruppen, die russisch-monarchische Loyalität auf ihre Fahnen geschrieben hatten, einen schweren Schlag. Dabei war es sehr begreiflich, daß der Lettenführer Alexander Waeber, der, wie wir wissen, in seiner „Balss“ unentwegt das Zusammenmarschieren mit den Russen gegen das herrschende Deutschtum verlangt hatte<sup>4</sup>, seiner von ihm übel beratenen Heimat den Rücken kehrte und jenseits der Grenze das Gegenteil von dem empfahl, was von ihm bisher angeraten worden war<sup>5</sup>.

Mochte auch das Fiasko des Moskowitertums in der Verwaltung des baltischen Gebietes klar zutage getreten sein, so hatte es doch in einer Hinsicht sein Ziel erreicht, ohne freilich die Frucht des Sieges genießen zu können: die Entzweiung der Bewohner des baltischen Gebietes. Zwar hatte das bekannte Programm des Großfürsten Konstantin, Erstickung der Deutschen durch die Esten und Letten<sup>6</sup>, Schiffbruch erlitten, allein es war doch gelungen, zwischen die Deutschen einerseits und die Esten und Letten andererseits einen trennenden Keil hineinzuschieben<sup>7</sup>.

Wäre es nicht möglich gewesen, auch diese moskowitische intrigante Machination zu schanden werden zu lassen?

Nach lettischer Geschichtsauffassung ist der Stand der nationalen lettischen „Herren“ bei der Eroberung des Landes durch die Deutschen keineswegs vertilgt worden, sondern in das livländische deutsche Rittertum aufgegangen. „Die lettische Abstammung“, heißt es, „der alten heimischen Adelsgeschlechter hat den örtlichen Adel zu allen Zeiten sein besonderes Gepräge gegeben, der eigentliche deutsche Patrio-

<sup>1</sup> Band I. S. 84 und 115.

<sup>2</sup> Ebenda, S. 27.

<sup>3</sup> Ebenda, S. 21.

<sup>4</sup> Siehe oben S. 162 f..

<sup>5</sup> Siehe oben S. 170 f..

<sup>6</sup> Band I. S. 93.

<sup>7</sup> Traugott Hahn: „Erinnerungen aus meinem Leben“, 2. Band, S. 223.

tismus sich hier nie eingebürgert, wie das von einem rein deutschen Adel zu erwarten gewesen wäre“<sup>1</sup>.

Ist diese Doktrin auch grundfalsch<sup>2</sup>, so wird sie noch heute durch lettische Forscher mit Eifer verfochten, weshalb angenommen werden darf, daß sie in das Lettentum Eingang gefunden hat. Mithin müßte doch diese Abstammungslehre das Verhältnis der Letten zu den deutschen Heimatgenossen freundlich beeinflussen, denn die Herrschaft einer Gesellschaftsklasse über die andere ist bei Blutsgemeinschaft doch noch erträglicher, als bei Stammesverschiedenheit. Die Beziehung des lettischen Landvolkes zu seinen Leitern und Förderern deutschen Blutes war ja auch, wie wir gesehen haben, eine durchaus friedliche, bis zu dem Zeitpunkt, da der vierte Faktor seinen Interessen dienen und das Einvernehmen der drei nichtrussischen Nationen stören zu müssen glaubte, damit es nicht zu einem gegen ihn gerichteten Bündnis käme. In der Tat durfte von einer Bündnisgefahr gesprochen werden, denn die Deutschen waren bereit, das östliche Sprengmittel durch Zusammenschluß aller Kräfte des Landes unwirksam zu machen. Dieses lehrte der von Heinrich Baron Tiesenhausen dem livländischen Landtage im Februar 1878<sup>3</sup> vorgelegte Antrag, der, wenn er auch zunächst scheiterte, doch von der Reformpartei wieder aufgenommen und, als die Regierung in den Gang der Sache eingriff, umgestaltet wurde<sup>4</sup>. Aber wir wissen zur Genüge, daß die Ritterschaft damals, in der Mitte der 80er Jahre, von Petersburg aus daran gehindert wurde, wahre Reformen in Angriff zu nehmen, ja sich genötigt sah, jeden Gedanken an eine eigene Ausgestaltung des veralteten Gebäudes der Provinzialverfassung zu Grabe zu tragen<sup>5</sup>. Wir erinnern uns ferner dessen, daß die Furcht vor einer Zusammenarbeit des deutschen, von „teutonischen Erinnerungen an den Orden“ erfüllten Elementes mit dem estnisch-lettischen Landvolk bei der Staatsregierung das Axiom erzeugte: „die Heranziehung der Bevölkerung zur Selbstverwaltung ist von der Tagesordnung abzusetzen“<sup>6</sup>. Selbst die vom Landmarschall Baron Meyendorff Kaiser Alexander III. im Dezember 1890 vorgetragene Bitte, Livland wenigstens einen Selbstverwaltungskörper für wirtschaftliche Angelegenheiten gewähren zu wollen, vermochte keine Änderung in der Stellungnahme der Regierung zu bewirken. Sie verlangte klar und deutlich, daß alles beim Alten bleibe. Und als gewissermaßen in zwölfter Stunde, da schon die lettische Revolution ihr Haupt erhob, die vier baltischen Ritter-

<sup>1</sup> „Baltische Chronik“, Beilage zur „Baltischen Monatsschrift“, 7. Jahrgang, September 1902–September 1903, Riga, 1903, S. 11.

<sup>2</sup> Das einzige deutschbaltische Adelsgeschlecht, das nach einwandfreier genealogischer Forschung dem lettischen Volk entstammt, ist die vom Rechtsfinder Hans Gail, einem Letten, abstammende kurländische Indigenats-Adels-Familie von Gayl;

Eduard Freiherr von Fircks: „Die Familie Gayl in Kurland“, Jahrbuch für Genealogie, Heraldik und Sphragistik, 1898, Mitau 1899, S. 59 ff.

<sup>3</sup> Band I, S. 396 und 521.

<sup>4</sup> Ebenda, S. 401 ff.

<sup>5</sup> Ebenda, S. 415 und 416.

<sup>6</sup> Ebenda, S. 431 ff.

schaften im Juni 1905 eine Verfassungsreform durchzusetzen bestrebt waren<sup>1</sup>, lehnte sie der Minister des Innern, Durnowo, mit den Worten ab: „Den Esten und Letten, die Revolution spielen, darf keine Teilnahme an der Selbstverwaltung eingeräumt werden“. Und um dieselbe Zeit äußerte sich der Gehilfe Durnowos, der Chef der Landwirtschaftsabteilung im Ministerium des Innern, Sinowjew<sup>2</sup>, zu dem estländischen Ritterschaftshauptmann Eduard Baron Dellingshausen durchaus ablehnend. Als dieser Sinowjew bat, den Kaiser zu bewegen: im Interesse der Beschleunigung, noch vor dem Zusammentritt der Reichsduma den Entwurf der baltischen Ritterschaften zum Gesetz erheben zu wollen<sup>3</sup>, erhielt er zur Antwort: „besser und wohlfeiler als Ihre Ritterschaft vermag keine Semstwo<sup>4</sup> das Gouvernement zu verwalten“<sup>5</sup>.

Hätte der Widerstand des Innenministeriums damals nicht die Reform verhindert, so wäre sicherlich eine Beruhigung der von außen aufgepeitschten Masse eingetreten und die von Rußland hereinschlagende Revolution gedämpft worden. Aber selbst der auf die Initiative Meyendorffs in jenen unruhigen Tagen vom Kaiser niedergesetzte, mit der Befriedigung aller berechtigten Wünsche des Volkes betraute „Baltische Konseil“ vermochte, wie wir wissen, nicht, den Widerstand an der Newa zu brechen<sup>6</sup>. Die Minister waren, trotz wiederholten Drängens, nicht dazu zu bewegen, die Wege zu gemeinsamer Arbeit mit dem estnisch-lettischen Volk zu ebnen. „Es ständen doch für das ganze Reich Neuregelungen bevor — ein einzelnes Gebiet dürfe nicht bevorzugt werden“, hieß es<sup>7</sup>. Im Grunde war jedoch die Furcht vor der Zusammenarbeit der drei nicht-russischen Nationalitäten maßgebend. Daher war es auch vergeblich, daß die livländische und ebenso die estländische Ritterschaft sich fortgesetzt bemühten, eine schleunige Durchführung der Verfassungsreform durchzusetzen<sup>8</sup>. Ob Meyendorff versuchte, den allmächtigen Minister des Innern, Stolypin, davon zu überzeugen, daß es geboten sei, den Artikel 87 der Reichsgrundgesetze in Anspruch zu nehmen, der die Möglichkeit bot, in Zeiten, da die Reichsduma nicht tagte, keinen Aufschub duldende Gesetzentwürfe zu erledigen, — ob die beiden Vertreter der livländischen und der estländischen Ritterschaften, Landmarschall Adolf Baron Pilar von Pilchau<sup>9</sup> und Ritterschaftshauptmann Eduard Baron Dellingshausen<sup>10</sup>, sich zusammentaten und

<sup>1</sup> Band I. S. 443.

<sup>2</sup> Bruder des livländischen Gouverneurs.

<sup>3</sup> Siehe weiter unten.

<sup>4</sup> Russische Provinzialverfassung.

<sup>5</sup> Eduard Baron Dellingshausen an den Verfasser dieses Werkes, Jena, 3. Juni 1926.

<sup>6</sup> Band I, S. 451.

<sup>7</sup> Dellingshausen: a. a. O.

<sup>8</sup> Band I. S. 451.

<sup>9</sup> Band I. S. 28 und 74.

<sup>10</sup> Geb. am 19./31. März 1863 in Reval als Sohn des Ritterschaftshauptmanns Nikolai v. D., studierte in Dorpat 80 II—84 II Physik, später in Berlin, war 1902—1918 estländischer Ritterschaftshauptmann, zugleich 1907—12 Glied des Reichsrates, war im Februar und März 1918 nach Petersburg verschleppt, im April 1918 Führer der baltischen Delegation, die an das Hoflager des Deutschen Kaisers in Spa (Belgien) entsandt wurde.

die sehr maßgebende untere Instanz, den neuen Leiter der Landschaftsabteilung des Innenministeriums, Gerbel, zu bearbeiten suchten (1909), — es nützte alles nichts! Auch der letzte Schritt der estländischen Ritterschaft, gemeinsam mit der hauptsächlich aus Esten bestehenden Stadtverordnetenversammlung von Reval den Kaiser zu bitten: zur Feier der vor hundert Jahren, am 23. Mai 1816 erfolgten Befreiung der Bauern Estlands die Einführung der vom Baltischen Konseil ausgearbeiteten Verfassung vollziehen zu wollen, führte nicht zum Ziel. Freilich hatten die Mißerfolge des russischen Heeres im Weltkrieg je nach Interesse für innere Angelegenheiten in den bekümmerten Machthabern an der Newa ertötet<sup>1</sup>.

So siegte endgültig die ministerielle, sich allerlei Vorwände bedienende Ansicht: in den Ostseeprovinzen bleibe alles beim Alten!

Hiernach widerspricht die von lettischer Seite ausgesprochene Meinung, die Ritterschaft habe dem leto-estnischen Volk die Möglichkeit der Mitwirkung in der baltischen Selbstverwaltung nicht geben wollen<sup>2</sup>, ebenso den Tatsachen, wie die noch ungeheuerlichere Anklage, der Adel habe seinen Einfluß in Petersburg dazu ausgenutzt, um die von der russischen Bürokratie ausgearbeiteten Reformprojekte zu Fall zu bringen<sup>3</sup>. Zur Entschuldigung dieser, der Wahrheit ins Gesicht schlagenden Behauptung darf nicht etwa in das Feld geführt werden: die Letten hätten nichts von den Bemühungen des livländischen Landtages um die Heranziehung des Volkes zur Mitarbeit und noch weniger von dem Widerstande der Regierung gewußt. In der vom nachmaligen livländischen Generalsuperintendenten Reinhold von Klot<sup>4</sup> 1824 begründeten „Lettisch-literarischen Gesellschaft“, die abwechselnd in Mitau und Riga tagte und von deutschen Predigern geleitet wurde<sup>5</sup>, arbeiteten Deutsche als „Freunde der Letten“ mit Letten vereint. Und wenn auch dort sprachwissenschaftliche Studien den Hauptgegenstand der Zusammenarbeit bildeten<sup>6</sup>, so bot die persönliche Beziehung der Mitglieder zu einander doch hinreichende Möglichkeit dazu: in vertraulicher Besprechung auch politische Tagesfragen zu erörtern. Vor allem aber hatte die livländische Ritterschaft in den kritischen Jahren 1905 und 1906 dafür gesorgt, daß das estnisch-lettische Volk von ihren Reformbestrebungen Kenntnis erhalte. Es war nicht nur der Entwurf der baltischen Verfassungskonferenz<sup>7</sup> in deutscher, lettischer und estnischer Sprache gedruckt<sup>8</sup>, sondern auch eine von Landrat Max von Sivers-Römershof verfaßte Denkschrift veröffentlicht worden<sup>9</sup>, in der dem Gedanken Ausdruck gegeben wurde, daß

<sup>1</sup> Dellingshausen: a. a. O.

<sup>2</sup> Walters: „Lettland“, S. 247.

<sup>3</sup> Needra: „Die Bauernbewegung“ usw. (russisch), S. 11; siehe oben S. 174 f.

<sup>4</sup> Siehe oben S. 143.

<sup>5</sup> Dr. A. Bielenstein: „Zum 300-jährigen Jubiläum der lettischen Literatur“, Riga, 1886, S. 23 ff.

<sup>6</sup> Derselbe: „Ein glückliches Leben“, S. 319 ff.

<sup>7</sup> Band I. S. 442.

<sup>8</sup> „Die projektierte livländische Provinzialverfassung nebst Erläuterungen“, in deutscher, lettischer und estnischer Sprache auf Verfügung des residierenden Landrats gedruckt, Riga, 1905.

<sup>9</sup> „Rigascher Almanach“ für das Jahr 1906, Anhang, S. 105 ff.

es notwendig sei, dem Baltischen Konseil, der die schleunigst einzuführenden Reformen zu beraten hatte, gewissermaßen ein Unterhaus, in der Gestalt eines „Provinzialrates“, beizugeben. In diesem Unterhause nun, wo 16 Delegierte des Bauernstandes mit eben so vielen Vertretern der Rittergutsbesitzer und 12 Abgeordneten der Städte während dreier Monate (September-Dezember 1906) zusammen tagten<sup>1</sup>, bot sich den Volksvertretern genügend Gelegenheit zu erkennen, daß keineswegs, wie behauptet worden ist<sup>2</sup>, „die deutsch-baltische Ausschließlichkeit einer Verständigung mit den Letten und Esten im Wege stand“ Lag somit der Verständigungswille auf deutscher Seite klar zutage, so fragt es sich: was war der Grund des Gegensatzes, der zwischen den deutschen Bewohnern Livlands einerseits und den lettisch-estnischen Heimatgenossen andererseits herrschte? Warum ließ sich die Kluft auch dann nicht überbrücken, als es den beiden nichtdeutschen Nationen klar geworden war, daß ihr russischer Bundesgenosse wohl auf eine Machtminderung des Deutschtums hinarbeite, keineswegs aber gesonnen sei, das Letten- und Estentum hochkommen zu lassen?

Spielte die Furcht vor Germanisierung bei den Esten und Letten etwa eine Rolle?

Wem die Kulturgeschichte der drei, in den Ostseeprovinzen Rußlands alteingesessenen Nationen bekannt ist, der muß sich sagen, daß die deutsche Oberschicht niemals eine methodische Germanisierung des indigenen Volkes auch nur in Angriff genommen hat. Das ist von lettenfreundlicher Seite als eine „Verfehlung“ deutscher hochmütiger Selbstüberhebung bezeichnet<sup>3</sup>, von Reichsdeutschen als ein Verfahren des Selbstschutzes gegen die Gefährdung der herrschenden Stellung des Deutschtums durch germanisierte Letten beurteilt worden<sup>4</sup>.

Beide Anschauungen treffen jedoch nicht das Richtige. Zwar stand gewiß hier und da deutscher Rassenhochmut auf der Warte, der die Undeutschen inferior erhalten wollte, um der Gefahr zu entgehen, einst von germanisierten Letten und Esten überannt zu werden. Es waren das Männer, die die Letten und Esten den Wenden in Ostdeutschland gleichstellten und, die Heiligkeit des Volksartigen betonend<sup>5</sup>, verlangten, daß „unsere Letten und Esten vorläufig, und auf lange noch, ihre Sprachen behalten, diese jedoch nimmer das Niveau des Bauernstandes übersteigen sollten“<sup>6</sup> Wir begegnen hier derselben Richtung, die später, wie der Kampf um die estnische Alexanderschule, den wir kennen lernen werden, lehrt, den Letten und Esten nicht die Möglichkeit bieten wollte, über ihre Muttersprache hinauszugehen. Sie genüge, hieß es, um das Volksleben

<sup>1</sup> Band I. S. 447.

<sup>2</sup> Walters: „Lettland“, S. 271.

<sup>3</sup> Oskar Grosberg: „Konzeption und Vollendung des lettischen nationalen Gedankens“, Rigasche Rundschau, Jahrgang 1923, Nr. 214.

<sup>4</sup> Professor Max Böhm: „Die Letten“ 3. Auflage, Berlin, Fritz Würtz, ohne Jahreszahl, S. 20.

<sup>5</sup> „Sieben Vorträge über die Germanisierung der Letten“, „Baltische Monatsschrift“, 59. Band, 1905, S. 65.

<sup>6</sup> „Zur Nationalitätenfrage“, „Baltische Monatsschrift“ 9. Band, 1864, S. 573.



mit ethischen und intellektuellen Begriffen zu versehen, während die Erlernung der deutschen Sprache das Volk üppig mache<sup>1</sup>.

Diese gewissermaßen feudale Begründung der Ablehnung jeglichen Germanisierungsversuches stand jedoch vereinzelt da. Ganz allgemein dagegen war die idealistisch-christliche Auffassung des Sprachenproblems und des Nationalitätenprinzips<sup>2</sup>, der die Germanisierung der Letten und Esten als „geistiger Mord“ erschien<sup>3</sup>, maßgebend. Schon die Verhandlungen der „Kurländischen Gesellschaft für Literatur und Kunst“ zu Mitau im Jahre 1819 hatten vom kirchlichen Standpunkt aus die Germanisierung der Letten verworfen und die Erhaltung des lettischen Volkstums gefordert<sup>4</sup>. Ähnlich dachte die „Lettisch-literarische Gesellschaft“, die wir kennen gelernt haben<sup>5</sup>. Sie gab sich mit Eifer der Aufgabe hin, „weder eine spezifisch lettische, noch eine spezifisch deutsche, sondern eine „humane Kultur“ dem Lettenvolk zu vermitteln<sup>6</sup>. Das Bestreben, ein Volkstum auf Kosten eines anderen zu verherrlichen, galt schon als unchristlich<sup>7</sup>, viel mehr noch die Sucht der herrschenden Nation: andere Nationen zu entnationalisieren und sie durch Aufdrängung ihrer Sprache und ihres Glaubens sich zu assimilieren<sup>8</sup>. Diese, die methodische Germanisierung der Letten und Esten verwerfende Betrachtungsweise fand ihr Korrelat in dem von uns geschilderten ansprechenden patriarchalischen Verhältnis, das zwischen den deutschen Gutsherren und der nichtdeutschen Bauernschaft bei dem Aufkommen der „neuen Strömung“ unter der lettischen Jugend bestand<sup>9</sup>. Gewiß gab es auch auf dem flachen Lande Livlands Männer, die in ihrem idealistischen Wollen, das lettische Volk auf diejenige Höhe der Kultur zu bringen, wie sie der Deutschbalte erreicht hatte, deshalb der Germanisierung das Wort redeten, weil sie an der dem Volke angeblich innewohnenden eigenen Kulturkraft zweifelten. Zu diesen Männern gehörte auch der lutherische Bischof Dr. Ferdinand Walter<sup>10</sup>, dessen viel behandelte, weil politisch unvorsichtige Landtagspredigt vom 9./21. Mai 1864 wir erwähnt haben<sup>11</sup>. Aber er, wie alle anderen patriarchalischen Freunde des Landvolkes dachten doch niemals daran, daß die Esten und Letten aufhören sollten, ihr eigenes Volkstum zu bewahren. Sie sollten nur mit der evangelisch-lutherischen Kultur des Westens, nicht aber mit der griechisch-katholischen des Ostens

<sup>1</sup> H. v. H.: „Zum Verständnis“ „Baltische Monatsschrift“, 62. Band, S. 51.

<sup>2</sup> „Die Lettische Revolution“, II. Teil, S. 26.

<sup>3</sup> „Sieben Vorträge über die Germanisierung der Letten“, a. a. O., S. 69.

<sup>4</sup> Ebenda, S. 61 ff. Bielenstein: „Ein glückliches Leben“, S. 392 ff.

<sup>5</sup> Siehe oben, S. 143.

<sup>6</sup> Bielenstein: „Ein glückliches Leben“, S. 321.

<sup>7</sup> F. Luther: „Christentum und Volkstum“, „Baltische Monatsschrift“, 28. Band, 1881, S. 231.

<sup>8</sup> Armin Adolphi: „Aphorismen über geschichtliche Action und Reaction“, „Baltische Monatsschrift“, 33. Band, 1886, S. 609.

<sup>9</sup> Siehe oben S. 189.

<sup>10</sup> „Bischof Dr. Ferdinand Walter, weil. Generalsuperintendent von Livland“, Leipzig, 1891, S. 369.

<sup>11</sup> Band I. S. 505.

erfüllt werden<sup>1</sup>. War doch die ideal-fortschrittliche Aufklärung Foelkersahmscher Richtung, die das Volksleben zu einer tieferen Ethik emporzuheben trachtete, ohne den Weg der Germanisierung für notwendig zu erachten, in Livland maßgebend geworden<sup>2</sup>.

Diese volksfreundliche Tendenz der guten alten Zeit flaute jedoch ab, als die nationale Bewegung unter den Letten rege wurde und, wie wir gesehen haben, zum chauvinistischen Nationalismus von Osten her aus politischen Gründen aufgepeitscht, sich gegen das Deutschtum wandte. In dieser Periode konnte natürlich von einer methodischen Germanisierung des Landvolkes auch nicht im entferntesten die Rede sein. Man tröstete sich jedoch mit dem natürlichen Schwergewicht der deutschen kulturellen Suprematie und hielt die Auswüchse des erwachenden nationalen Bewußtseins für nichtige Blasen gärenden Mostes unreifer Jugendlichkeit<sup>3</sup>. Dieser aus der „guten alten Zeit“ stammenden Illusion machte jedoch die Senatorenrevision unseligen Angedenkens mit ihren 20 000 bäuerlichen Beschwerden ein jähes Ende. Selbst solche Bauern lassen sich zur Klageführung verleiten, die seit Menschengedenken mit ihren Gutsherren in bestem Einvernehmen gelebt hatten. Sogar auf Gütern, deren Bewohner seit 150 Jahren durch die Bande des Herrnhutertums<sup>4</sup> mit der Familie des Besitzers verbunden gewesen waren, lohnte die Bewegung auf<sup>5</sup>.

Diese üble Entwicklung der Dinge macht es erklärlich, daß die Deutschen sich von den Letten zurückzogen, und zwar, weit mehr von deren Großbürgertum, als vom Landvolk. Sie wußten, daß in den Kreisen der lettischen Intelligenz die „Furcht vor allem, was deutsch hieß,“ herrschte, die dazu führte, sich in die Arme der Russifizierung zu werfen, ohne zu bedenken, „daß die deutsche Hand, wenn sie auch wirtschaftlich schwer auf dem Volke gelastet, es doch gleichzeitig auf dem Wege des kulturellen Fortschrittes werktätig gefördert und der deutsche Geist in die Psyche des lettischen Volkes keine destruktiven Keime gepflanzt habe“<sup>6</sup>. Es ist daher vollkommen ungerechtfertigt zu sagen<sup>7</sup>, „der schwerste Fehler, den das baltische Deutschtum auf seiner umfangreichen Debetseite zu buchen hat, ist die kraß durchgeführte gesellschaftliche Ablehnung der Kreise des lettischen Großbürgertums und der lettischen Intelligenz“<sup>8</sup>.

<sup>1</sup> Traugott Hahn: „Erinnerungen aus meinem Leben“ S. 215.

<sup>2</sup> Oben S. 184.

<sup>3</sup> A. Hasselblatt: „Züge aus unserer provinziellen Physiognomie vor zwei Menschenaltern“, „Baltische Monatsschrift“, 62. Band, 1906, S. 123.

<sup>4</sup> Oben S. 116 ff.

<sup>5</sup> So auf dem Fideikommißgut Orellen, das dem als Bauernfreund im ganzen Land bekannten Kreisrichter und späteren Landrat Dr. jur. Balthasar Baron Campenhausen gehörte, der ein Nachkomme des Protektors der Herrnhuter, des „Generals und Landrats, Johann Balthasar von Campenhausen (oben S. 118 f.) war. Erinnerung des Verfassers dieses Werkes.

<sup>6</sup> Oskar Grosberg: „Konzeption und Vollendung des lettischen nationalen Gedankens“, Rigasche Rundschau, Jahrgang 1923, Nr. 219.

<sup>7</sup> Wie derselbe Schriftsteller ebenda tut.

<sup>8</sup> Grosberg: ebenda.

Die Reserviertheit der deutschen Gesellschaft war vollkommen begründet. Der überspitzte, sich ins Chauvinistische überschlagende lettische Nationalismus, „eine genuin russische Eigenheit“<sup>1</sup>, war es, der, sowohl im persönlichen Verkehr, wie in der Presse zutage tretend, das Deutschtum verhinderte, mit den Letten Fühlung zu suchen. Die Deutschen mochten sagen und tun, was sie wollten — von lettischer Seite wurde alles mit einem Vorurteil aufgefaßt<sup>2</sup>. Das Lettentum wollte eigene Wege gehen; selbst in der Lettisch-literarischen Gesellschaft, wo doch deutsche Freunde der Letten mit Letten gemeinsame Arbeit zu verrichten strebten, ließen sich die Hauptpersonen des großen Rigaschen lettischen Vereins nicht dazu herbei, ihre Wünsche und die der Deutschen in vertraulichen Vorberatungen zu erörtern<sup>3</sup>. Und die deutschen Pastoren vermißten schmerzlich bei den Amtsbrüdern lettischer Nation das sonst unter Amtsbrüdern gewöhnliche vertrauensvolle Entgegenkommen<sup>4</sup>. Charakteristisch für das Verhalten der „sich chauvinistisch überschlagenden“ lettischen Nationalisten ist der uns bekannte Konflikt, den ihr Führer Otto Kronwald<sup>5</sup> mit dem bekannten lettischen Sprachforscher und Kulturhistoriker Pastor D. Bielenstein, zur Zeit des großen lettischen Gesangfestes zu Riga im Jahre 1873 hatte, weil dieser Freund der Letten es wagte, auf den deutschfreundlichen Seminardirektor Zimse, der Lette war<sup>6</sup>, eine warme Tischrede zu halten<sup>7</sup>.

Wohl noch charakteristischer für die Abneigung der lettischen Führer nationalisistischer Prägung, mit den Deutschen Fühlung zu gewinnen, ist folgendes Geschehnis:

Als im Frühjahr 1905 die revolutionäre Bewegung im Lande immer bedrohlichere Formen anzunehmen begann, wurde infolge einer privaten Anregung von lettischer Seite der Versuch einer deutsch-lettischen Verständigung über die brennenden Streitfragen: Verfassung, Kirchenpatronat, Lettisierung der Mittelschule u. a. gemacht. Auf Einladung eines deutschen und eines lettischen Herren<sup>8</sup> fand im Mai 1905 in der Brautkammer der großen Gilde zu Riga unter dem Vorsitz des späteren Landrats Arvid von Strandmann<sup>9</sup> eine Konferenz statt, an der eine Reihe lettischer und

<sup>1</sup> Derselbe: ebenda.

<sup>2</sup> Bielenstein: a. a. O., S. 414.

<sup>3</sup> Derselbe: a. a. O., S. 410.

<sup>4</sup> Emil Kaehlbrandt: „Lebensbild eines livländischen Pastors“ S. 168.

<sup>5</sup> Siehe oben S. 155 ff.

<sup>6</sup> Siehe oben S. 156 ff.

<sup>7</sup> Bielenstein: a. a. O., S. 414 ff.

<sup>8</sup> Des bekannten Redakteurs des Rigaschen Tageblattes Dr. Ernst Seraphim und des Rechtsanwalts Arved Berg, der später in der Republik Latwija als Parlamentarier und Minister eine maßgebende Rolle spielt.

<sup>9</sup> Geboren am 31. Mai/11. April 1858 in Livland, absolvierte er 1883 das Studium der Rechtswissenschaft an der Universität Dorpat, war seit Mai 1897 Rat der Oberdirektion der livländischen Güterkreditsozietät, von 1898—1906 Kassadeputierter der livländischen Ritterschaft, seit März 1906 livländischer Landrat, Oberdirektor der Güterkreditsozietät und Präsident des livländischen evangelisch-lutherischen Konsistoriums. Gestorben am 16. Februar 1926 zu Warnemünde in Mecklenburg. „Album Livonorum“, Nr. 799.

deutscher Persönlichkeiten, die im öffentlichen Leben standen, teilnahmen. Von dieser sehr ernst gemeinten, vielleicht zu spät veranstalteten Beratung blieben aber die Vertreter der lettischen altnationalen Partei fern<sup>1</sup>. Mochten sie auch nicht mit denjenigen ihrer Volksgenossen übereinstimmen, die der Konferenz beiwohnten, und sich auch nicht viel von der Beratung versprechen, immerhin mußten sie in jenen Tagen schwerster Sorge um das lettische Volk die Gelegenheit wahrnehmen, mit deutschen Politikern Fühlung zu gewinnen, es sei denn, daß sie die Fühlung gar nicht wünschten.

Weit mehr jedoch, als diese offen zur Schau getragene Abneigung der lettischen nationalistischen Volkstribunen gegen das Deutschtum, wirkte die lettische Parteipresse zersetzend auf das Verhältnis der beiden Nationalitäten zu einander ein.

Seit dem Aufblühen der lettischen Journalistik<sup>2</sup> hat sie mit allen Mitteln auf Erweckung und Stärkung des lettischen Nationalgefühls hingearbeitet, was ihr gutes Recht war. Aber sie ging, dem Beispiel der russischen Presse folgend, weiter und predigte die Emanzipation der Letten von jedem Einfluß der Deutschen. Im Kampf gegen das Deutschtum erschienen der lettischen Presse alle Mittel erlaubt<sup>3</sup>. Die Unzulänglichkeiten der agraren, kirchlichen und politischen Verhältnisse wurden ins Ungeheuerliche übertrieben, Geschehnisse vergangener Jahrhunderte herangezogen und, jeder Logik zuwider, nach dem Maßstabe modernen Empfindens beleuchtet. Stetes Thema war der Druck, der angeblich jahrhundertlang durch die Herrschaft der Deutschen im Lande auf das Volk ausgeübt worden sei, wobei nicht im entferntesten des Segens gedacht wurde, der darin liegt, daß die deutsche Herrschaft, in denselben „finsternen“ Jahrhunderten, die Letten dem westlichen Kulturkreis zugeführt hat. Seit der Revolution von 1905 verdoppelte sich die hetzerische Preßagitation. Der Plan, die russische Regierung zu stürzen, war gescheitert. Man mußte sich daher möglichst gewandt aus der Affäre ziehen und einen Sündenbock ersinnen. Dabei wurde die Revolution, der Wahrheit völlig zuwider<sup>4</sup>, als berechtigte Agrarbewegung hingestellt, als leicht verständliche Auflehnung des armen, landlosen Proletariats gegen die deutschen Tyrannen und Ausauger, als Flucht unter die schützenden Flügel der russischen Regierung<sup>5</sup>. In ähnlichem Stil ist es in den Jahren nach der lettischen Revolution von 1905/06 in der Tagespresse weitergegangen. Es wäre jedoch verfehlt, wollte man annehmen, daß die sensationslüsterne lettische Journalistik im Entstellen von Tatsachen allein dagestanden hätte. Die auf Verdrängung des Deutschtums eingestellte nationalistische Richtung verlegte ihre verleumderische Tätigkeit über die Landesgrenze hinaus in Zeitschriften, die eine ernste Physiognomie trugen. Seit 1912 erschien in Paris eine Zeitschrift „Les Annales

<sup>1</sup> Dr. Ernst Seraphim: „Aus der Arbeit eines baltischen Journalisten (1892—1910)“. Riga, 1911, S. 179 ff.

<sup>2</sup> Siehe oben S. 142 u. 145.

<sup>3</sup> A. Bielenstein: „Über die Satire im lettischen Volksliede und im Baltijas Semkopis“. Magazin der Lettisch-literarischen Gesellschaft, 16. Band, Mitau, 1878, S. 102 ff.

<sup>4</sup> Siehe oben S. 173 f.

<sup>5</sup> „Lettische Presse und lettisches Volk“, „Baltische Monatsschrift“, 62. Band, 1906. S. 250.

des Nationalités“, die von der „Union des Nationalités“ herausgegeben wurde. Sie verfolgte angeblich den Zweck, das große Publikum „in unparteiischer Weise“ über die Bestrebungen und Fortschritte der einzelnen Nationen zu unterrichten. Diese in französischer Sprache gedruckte Zeitschrift widmete eines ihrer Hefte <sup>1</sup> dem litauischen und lettischen Volk und brachte Abhandlungen über Geschichte und Gegenwart des lettischen Volkes, die in ihren Entstellungen der Wahrheit nicht hinter den Hetzartikeln der lettischen heimatlichen Presse zurückblieben <sup>2</sup>. Es waren wieder unsinnige Verhetzungen des lettischen „überspitzten“ Nationalismus, der wie eine erstickende Schlingpflanze das Deutschtum zu umklammern suchte. Mochte auch der Artikel über die Agrarfrage Sachkenner nicht weiter überraschen, da er ebenso, wie viele andere dieser Art, nichts weiter enthielt, als Explosionen eines verbissenen Fanatikers <sup>3</sup>, so befremdete doch im hohen Grade die Abhandlung über „Die lettische Schule“, die der Feder des Pastors zu Smiltēn in Livland, Karl Kundsins <sup>4</sup> entstammte. Dort war immerfort von den angeblichen Germanisierungstendenzen der Ritterschaft die Rede, mit keinem Wort aber wurde ihrer unablässigen Bemühungen um die Erhaltung der lettischen Muttersprache in der Volksschule und ihres schweren Kampfes mit der russischen Regierung auf diesem Gebiet und dem der Kirche gedacht <sup>5</sup>. Von einem livländischen Prediger, der die lange Zusammenarbeit der lutherischen Geistlichkeit und der Ritterschaft für das Kirchen- und Schulwesen <sup>6</sup> kennen mußte, ließ sich doch wahrlich eine der Wirklichkeit näher kommende Berichterstattung erwarten.

Eine solche, objektiver historischer Wahrheit bare Publizistik mußte das Deutschtum in dauernde Defensivstellung drängen. In steter Abwehr und Verteidigung gegen Angriffe, die dem Deutschtum ans Leben gehen wollten, befindlich, suchten die Gefährdeten in dem am 10./23. Mai 1906 begründeten Deutschen Verein ihre Kräfte zu sammeln <sup>7</sup>. Während die Esten und Letten sich schon seit 40 Jahren in nationalen „Vereinen“ zusammengeschlossen hatten, wurde den deutschen Bewohnern Livlands zum Vorwurf gemacht, daß ihre Vereinsbildung eine bewußte völkische Exklusivität, mit der Spitze gegen die anderen Nationen des Landes, bedeute. Diese Anklage entbehrte jeden Grundes, denn daß den Deutschen aus Selbsterhaltungstrieb die Pflicht des Zusammenschlusses erwuchs, war nur natürlich <sup>8</sup>.

---

<sup>1</sup> Vom Mai bis Juni 1913.

<sup>2</sup> „Lettische Geschichtsauffassung, Propaganda und Errungenschaften“, „Baltische Monatsschrift“, 74. Band, 1913, S. 112—131 und S. 201—220.

<sup>3</sup> Verfasser A. Sterste, Rechtsanwalt in Mitau.

<sup>4</sup> Carl Kundsins oder Kundsins, geboren 1851 in Kurland, studierte in Dorpat 1871—1876 Theologie, seit 1880 lutherischer Prediger zu Smiltēn in Livland. „Album Academicum der Universität Dorpat“, Nr. 8959

<sup>5</sup> „Lettische Geschichtsauffassung, Propaganda“ usw. S. 208 ff.

<sup>6</sup> Band I S. 173 ff.

<sup>7</sup> Die Satzungen des „Deutschen Vereins in Livland“ sind von Präses M. von Sivers, Vizepräses K. R. Kupffer, von Sekretär Cornelius unterzeichnet und am 8. Mai 1907 von Gouverneur Sweginzow bestätigt worden.

<sup>8</sup> „Baltische Monatsschrift“, 62. Band, 1906, S. 37.

Der Deutschenhaß, der die lettische Publizistik beseelte, ging von der Intelligenz aus und war im ganzen dem lettischen Landvolk nicht eigen <sup>1</sup>, das in der Revolution von 1905, trotz aller ihm drohenden Gefahren, oft treu zu seiner deutschen Herrschaft gestanden hat.

Und mit der Mehrzahl der Letten ließ sich in nationaler Beziehung leben, denn sie wußte, daß der Deutsche keineswegs so schlimm sei, wie die lettische Presse ihn hinstellte<sup>2</sup>. Die Bauernschaft eines Rittergutes pflegte in der Regel, dann, wenn die Schlechtigkeit der Deutschen aufs Tapet gebracht wurde, ihre eigene Herrschaft auszunehmen. Wäre es möglich gewesen, unter allen Bauernschaften Livlands eine geheime, unbeeinflusste Volksabstimmung zustande zu bringen, die über das Wohl und Wehe der Gutsherrschaften zu entscheiden hätte — das günstige Ergebnis wäre nicht zweifelhaft gewesen. Daher gaben selbst ausgeprägte Germanophilen <sup>3</sup> die Hoffnung auf eine Verständigung nicht preis und erachteten sie für möglich, „wenn nicht alles das, was man auf deutscher Seite plane, von den Letten ohne weiteres mit verletzender Kälte und beißendem Spott abgetan werde“ Weit schlimmer jedoch als dieses war, daß von lettischer Seite, vollkommen wahrheitswidrig, den Ritterschaften ein ernst zu nehmender Reformwille völlig abgesprochen wurde <sup>4</sup>.

So muß mithin die zu Beginn unserer Betrachtung über das Verhältnis der beiden indigenen Nationen zu den Deutschen aufgeworfene Frage <sup>5</sup>: ob sich der Gegensatz, der die nationalen Beziehungen trübte, nicht ausgleichen ließ, leider verneint werden. Auch wenn der Wunsch nach Verständigung auf beiden Seiten vorhanden gewesen wäre, die sachliche Unstimmigkeit machte jegliche Vereinbarung unmöglich. Den Deutschen wurde ihr historisch begründetes Recht auf eine mitführende Rolle im Lande abgesprochen und ihnen nicht einmal politische Erfahrung und Routine zugebilligt <sup>6</sup>. Die nationalistischen Führer und deren Presse forderten nicht weniger, als eine vollständige Kapitulation des Deutschtums zugunsten einer demokratischen Strömung, in der nicht das staatliche, sondern das national-parteiliche Prinzip maßgebend zu sein habe <sup>7</sup>.

Wenn die gähnende Kluft nicht überbrückt werden konnte, so lagen die Ursachen in dem vom Moskowitertum aufgepeitschten Nationalismus der Letten <sup>8</sup>, der, wie wir gesehen haben, immer wieder gegen das Deutschtum aggressiv vorging. Diese feindliche Stimmung schwoll nach Ausbruch des Weltkrieges bedrohlich an. Von der russischen

<sup>1</sup> „Lettische Presse und lettisches Volk“, „Baltische Monatsschrift“ 62. Band, 1906, S. 245 ff.

Dr Georg Bonne: „Die Letten, ein germanischer Bruderstamm“, Berlin, 1921, S. 18.

<sup>2</sup> „Lettische Presse und lettisches Volk“, a. a. O., S. 255.

<sup>3</sup> Wie Dr. Ernst Seraphim; Seraphim: „Aus der Arbeit eines baltischen Journalisten“, S. 114.

<sup>4</sup> Wie Walters a. a. O., S. 265 tat.

<sup>5</sup> Oben S. 194.

<sup>6</sup> Walters: a. a. O., S. 25.

<sup>7</sup> Seraphim: a. a. O., S. 114.

<sup>8</sup> Nicht aber anderswo, wie Walters: a. a. O., S. 287 glauben machen will.

Presse aufgestachelt, die beginnend mit dem Tage des Krieges in wilder Gehässigkeit gegen alles Deutsche in den Ostseeprovinzen wütete<sup>1</sup>, machte auch der nationalistische Haß mobil, als die Truppen in den Ostseeprovinzen einberufen wurden. Unter der Maske, ihren Gefühlen gegen Deutschland Luft zu geben, kehrten sich die Letten direkt gegen ihre deutschen Mitbewohner. Die unsinnigsten Gerüchte wurden verbreitet und gern geglaubt<sup>2</sup>. Es reifte die Saat der in den „sechziger Jahren von Walde-  
mar und Baron inaugurierten Annäherung an das Allslaventum“<sup>3</sup>, die auslief in die von russischer Seite gegen das Deutschtum und namentlich die „baltischen Barone“ betriebene Hetze. Es reifte aber auch die Zeit, da der vom Moskowitertum verleumdete Adel von Westeuropäern, die den wahren Sachverhalt durch Augenschein an Ort und Stelle erkannten, gerecht beurteilt wurde. Schon der livländische Gouverneur Sinowjew, der als erbitterter Feind der germanisch-aristokratischen Lebensform des Baltikums nach Livland gekommen war, hatte, wie wir gesehen haben<sup>4</sup>, am Ende seiner zehn Jahre umfassenden Amtsperiode, dem Wirken der livländischen Ritterschaft ein Zeugnis ausgestellt, wie es glänzender kaum gedacht werden kann. Auch der Lettenführer Alexander Waeber, von dem länger als ein Menschenalter der baltische Adel bekämpft und verunglimpft worden war, bekannte gegen Ende seines Lebens freimütig, daß es kein Lettentum geben würde, wenn es nicht das deutsche Rittertum gegeben hätte<sup>5</sup>.

Daß deutsche Offiziere zur Zeit der Okkupation ein richtiges Werturteil über die Eigenart der baltischen Geschichte gewannen und die „baltischen Barone“ neben der lutherischen Geistlichkeit als Förderer der westlichen Kultur unter dem nicht-deutschen Landvolk schätzen lernten<sup>6</sup>, konnte nicht überraschen. Das reichsdeutsche Offizierskorps war eben geschichtskundig, pflegte nicht historische Geschehnisse und Entwicklungen nach Maßgabe der jeweilig geltenden ethischen Anschauungen der einzelnen und ihrer Klasse zu beurteilen. Angenehm auffällig war gleichfalls, daß auch ein Parteiglied der deutschen Sozialdemokratie, der Generalbevollmächtigte des deutschen Reiches für die baltischen Lande August Winnig sich gedrungen fühlte, die baltischen Großgrundbesitzer gegen das, wie er sich ausdrückte „stupide Vorurteil, das die Folge hetzerischer Propaganda ist“, in Schutz zu nehmen. Er, dem in seiner Partei gelehrt worden war, „unter einem baltischen Baron so ungefähr das allerübelste politische Gewächs in des Herrgotts Menschengarten zu verstehen“<sup>7</sup>, bezeugte, daß „die deutsch-

<sup>1</sup> Band I. S. 142.

<sup>2</sup> Privatbrief des Kreisdeputierten Axel von Samson-Himmelstjerna an den residierenden Landrat Wilhelm Baron Staël von Holstein, d. d. Hummelshof, den 25. Juli 1914, in dem Konvolut der Gesellschaft für Geschichte und Altertumskunde: „Feindselige Stimmung des lettisch-estnischen Landvolkes gegen die Deutschen Livlands nach Ausbruch des Weltkrieges 1914 und 1915“.

<sup>3</sup> Grosberg: „Die Presse Lettlands“. S. 51.

<sup>4</sup> Band I. S. 167.

<sup>5</sup> Oben S. 170.

<sup>6</sup> Kaupisch: „Die Befreiung von Livland und Estland“, S. 19 ff.

<sup>7</sup> August Winnig: „Am Ausgang der deutschen Ostpolitik“, S. 10.

baltischen Großgrundbesitzer sicherlich nicht schlechter gewesen seien, als andere Großgrundbesitzer auch“, daß aber „vom Ende des XVIII. Jahrhunderts an sich die urkundlichen Beweise eines für jene Zeit keineswegs gewöhnlichen menschenfreundlichen Verhaltens zu den Hintersassen häufen“<sup>1</sup>.

Ebenso, wie diese geschichtliche Tatsache, erkannte und betonte Winnig auch die weitere richtig, daß „der besonders gewalttätige Charakter der russischen Revolution im lettischen Gebiet Folge der von Zarenagenten betriebenen Baltenhetze gewesen sei“

Winnig, der deutsche Sozialdemokrat, erwies sich somit als ein furchtloser, von Parteidoktrinen freier Bekenner der Wahrheit<sup>2</sup>. Wie es aber dem Lichte der Wahrheit nur selten und dann nur meist verspätet gelingt, den durch Entstellung und Verhetzung heraufbeschworenen Dunstkreis falscher Vorurteile zu durchbrechen, so blieb auch in der Nachkriegszeit über Livland die dumpfe Atmosphäre des Mißtrauens der beiden nichtdeutschen Völker gegen ihre deutschen Heimatgenossen gelagert. Jetzt schien den Letten untrüglich die Zeit gekommen, das Deutschtum, wie Großfürst Konstantin zu Weinachten 1865 geraten hatte, „zu ersticken“

Nachdem ihnen durch den Zusammenbruch sowohl Deutschlands, wie Rußlands der Weg zur Bildung eines eigenen Staates geebnet war, zögerten sie keinen Augenblick, um ihrem Beschützer, der sie in alter, neuer und neuester Zeit vor dem Untergehen in der Unkultur des Ostens bewahrt hatte, dem deutschen Lehrmeister, die Lebenswurzeln zu durchschneiden. Mit der Untergrabung des wirtschaftlichen Fundaments wurde begonnen. Die finnisch-ugrischen Esten, die den Russen geographisch und kulturell näher standen, als die indogermanischen Letten, gingen hierin voran.

## 2. Kapitel

### Das Verhältnis der nordlivländischen Esten zu ihren deutschen Heimatgenossen.

Die der finnisch-ugrischen Sprachengruppe angehörenden Esten haben einen härteren, mehr männlichen Charakter, als die dem balto-slawischen Zweige der indoeuropäischen Sprachenfamilie beizuzählenden Letten. Der Este ist weit bodenständiger, als der dem Stadtleben zuneigende Lette, ein besserer Ackerbauer und Tierzüchter, konservativer und schwerfälliger, als sein phantasiereicher, auf Äußerlichkeiten Gewicht legenden Nachbar, aber auch im allgemeinen unkultivierter, streitsüchtig und nachtragend bis zur Rachsucht<sup>3</sup>. Ungeachtet dessen war jedoch das Verhältnis zwischen den Gutsherren und den Bauern im estnischen Teil Livlands nicht schlechter, vielleicht so-

<sup>1</sup> Ebenda, S. 58.

<sup>2</sup> Was Walters, „Lettland“, S. 365, nicht hindert, ihn heftig zu beschmähen.

<sup>3</sup> „Die Lettische Revolution“ Teil II, 1908, S. 398; Heinrich Rosenthal: „Kulturbestrebungen des estnischen Volkes während eines Menschenalters (1869—1900)“, Reval, 1912, S. 361 ff.



gar noch inniger, als im lettischen Distrikt, denn der bodenständige, mit seiner Landwirtschaft verwachsene Este nahm es mit der Treue zu seinem „Erbherrs“ genauer, als der dem Stadtleben zustrebende Lette.

Zu Ende der 40er Jahre des 19. Jahrhunderts blühte im Norden Livlands eine Estophilie, die aus gutmütiger, aber kritikloser Schwärmerei für das Volk sogar übersah, wenn die estnische Poesie die deutsch-baltische Vergangenheit mit „grobkörniger Schmähung bedachte“<sup>1</sup>. Diese idealistische Richtung, die in jener glücklichen Zeit auch in Lettland zu Hause war<sup>2</sup>, flaute hier wie dort ab, als nach dem Krimkriege „die neue russische Ära“<sup>3</sup> anbrach.

Im November 1864 hatten estnische Bauernwirte der Pernauschen, Fellinschen und Dorpatschen Kreise, der Anregung des griechisch-orthodoxen Erzbischofs Platon folgend, der kurz vorher seine berühmte Rundreise in Livland im Sinne der Propaganda der Staatskirche unternommen hatte<sup>4</sup>, an Kaiser Alexander II. eine Abordnung von 17 Personen entsandt, die sich über angebliche Bedrückungen durch die Gutsherren beklagten und die Anwendung der russischen Agrargesetze, im besonderen der Zwangsablösung des Bauernlandes nach dem Reichsrecht, auf Livland erbaten<sup>5</sup>. Diese Bitte war eine Torheit. Das für 29 großrussische Gouvernements bestimmte, 17 selbständige Teile umfassende Agrargesetz vom 19. Februar 1861 regelte das bäuerliche Verhältnis auf gutsherrlichen Ländereien nach Maßgabe der Feldgemeinschaft<sup>6</sup>, weshalb es auf Livland völlig unanwendbar war. Dagegen bewirkte die von der Ritterschaft seit Mitte des 19. Jahrhunderts geschaffene Agrargesetzgebung das Aufblühen des Landes.

Aus dem estnischen Fronbauer wurde ein materiell gesicherter Hofeseigentümer, dem der Übergang vom Pachtbesitz zum Eigenbesitz nicht schwer fiel, weil Annuitäten-Zahlungen die Löschung des Ablösungskapitals erleichterten<sup>7</sup>. Der Landarbeiter stieg oft zum Kleinhändler auf. In allen Ständen des Landes fanden sich Vertreter des estnischen Volkes, die mit den anderen, Livland bewohnenden Nationalitäten zu konkurrieren imstande waren<sup>8</sup>.

Ebenso wie das Selbstbewußtsein bei den Letten durch die baltische Landgemeindeordnung vom Jahre 1866 und durch den 1878 entbrannten Kampf um die Mandate der

---

<sup>1</sup> A. Hasselblatt: „Züge aus unserer provinziellen Physiognomie vor zwei Menschenaltern“ „Baltische Monatsschrift“, 62. Band, 1906, S. 193.

<sup>2</sup> Oben S. 188.

<sup>3</sup> Oben S. 189.

<sup>4</sup> Band I, S. 180.

<sup>5</sup> Tobien: „Die Agrargesetzgebung Livlands im 19. Jahrhundert“, II. 1911, S. 271 ff.

<sup>6</sup> Johannes v. Keußler: „Zur Geschichte und Kritik des bäuerlichen Grundbesitzes in Rußland“ Riga 1876, S. 224.

<sup>7</sup> Gustav von Rathlef-Tammist: „Erinnerungen aus meinem Leben, zugleich Streiflichter auf 4 Generationen Baltischen Lebens“, Manuskript, abgeschlossen im Mai 1926, Fol. 163.

<sup>8</sup> Rosenthal: a a O. S. 367.

Stadtverordneten sehr gehoben worden war<sup>1</sup>, so auch bei den Esten. Und ebenso wie das erste große lettische Gesangsfest (1873) ein Markstein in dem geistigen Aufstieg des den Süden Livlands bewohnenden lettischen Volkes<sup>2</sup> bedeutete, so auch das erste estnische in der Kulturentwicklung der Esten. Es wurde 4 Jahre früher als das lettische, schon im Jahre 1869, zur Feier der vor 50 Jahren erfolgten Bauernbefreiung, in Dorpat unter der Oberleitung eines von den Esten hochgeachteten deutschen Predigers<sup>3</sup> und mit großer Anteilnahme der ganzen Bevölkerung gefeiert. Dieses Geburtsfest des erwachten estnischen Volksbewußtseins hatte das allgemein mit Befriedigung aufgenommene friedliche Zusammenwirken deutscher Prediger mit dem estnischen Landvolk deutlich zutage treten lassen. Aber kaum war das Jubelfest verrauscht, so traten schon Kräfte auf den Plan, die unter der Flagge nationalen Aufstieges, im Dienste der Regierungsdevise „divide et impera“, das unter dem Präsidium eines deutschen Pastors gefeierte Fest zu diskreditieren suchten<sup>4</sup>. Männer estnischen Blutes waren am Werk, die in nahen persönlichen Beziehungen zum Großfürsten Konstantin, dem rastlosen Feinde des baltischen Deutschtums, standen und von ihm beeinflußt wurden. Der Spitzführer dieser Koterie war Karl Robert Jakobson<sup>5</sup>, der Typus eines Esten, illusionslos, hart und rücksichtslos, rachsüchtig, aber mit festem Willen auf das einmal gesteckte Ziel hinarbeitend, rastlos tätig und mit eiserner Energie seinen Wissensdurst stillend. Ein Konflikt, den er mit einem jungen livländischen Edelmann gehabt hatte und bei dem

<sup>1</sup> Siehe oben S. 164 f.

<sup>2</sup> In Livland waren die Letten und Esten numerisch fast gleich stark. Der von den Letten bewohnte südliche Teil umfaßt die Kreise Riga, Wolmar, Wenden und Walk mit den gleichnamigen Städten und der kleinen Landstadt Lemsal. Zu der Zeit, da der Kampf mit dem Zarismus und dem russischen Nationalismus scharfe Formen anzunehmen begann, im Dezember 1881, gab es in Süd-Livland 486 064 Letten, die von der Gesamtbevölkerung dieses Landteiles (650 472) 74,7% ausmachten.

Der nördliche Teil Livlands, der die Kreise Dorpat, Werro, Pernau, Fellin und Arensburg (Insel Oesel) mit den gleichnamigen Städten umfaßte, zählte Dezember 1881 im ganzen 513 021 Bewohner, von denen 466 144 oder 90,8% Esten waren.

Fr. von Jung-Stilling und W. Anders: „Ergebnisse der livländischen Volkszählung“, III. Band: „Die Zählung auf dem flachen Lande“, Lieferung II, Riga 1886, S. 147 ff.

<sup>3</sup> Des Propstes Adalbert Willigerode, Rosenthal: a. a. O., S. 53 ff.

<sup>4</sup> Rosenthal: a. a. O., S. 74 ff.

<sup>5</sup> Geboren am 14./26. Juli 1841 in Dorpat, hatte er 1856—1859 das ritterschaftliche Parochialseminar in Walk unter Zimses Leitung (siehe oben S. 157) besucht und war dann, als Nachfolger seines Vaters, lutherischer Küster und Parochiallehrer in Torma (Livland) geworden. Im Jahre 1863 zog er nach Petersburg, wo er Lehrer war (1863—1865) und schließlich durch die Protektion des Kunstmalers Professor Johann Köhler, eines aus dem Fellinschen stammenden Esten, Hauslehrer bei einem russischen Fürsten, zugleich Lehrer im Hause des Großfürsten Konstantin wurde, (1865—1871). Er unterrichtete die Tochter des Großfürsten, die spätere Königin Olga von Griechenland, in der deutschen Sprache. Nach Beendigung dieser Aufgabe widmete er sich, abwechselnd in Dorpat, Reval und Petersburg lebend, literarischen Arbeiten in estnischer Sprache und war auch 1871—1872 Redakteur der Zeitung „Koit“ in Reval. Er gab seit 1878 in Fellin die Wochenschrift „Sakkala“ heraus und starb am 7./19. Februar 1882 auf seinem Bauernhof „Kurja“ bei Pernau in Nordlivland.

Peterson-Bach-Inselberg: „Das ritterschaftliche Parochiallehrer-Seminar“, S. 194, Nr. 90. Rosenthal: „Kulturbestrebungen des estnischen Volkes“ S. 78 ff.

ihm Unrecht geschehen zu sein scheint, genügte nicht nur, um ihn selbst dauernd mit Haß gegen das Deutschtum in den Ostseeprovinzen zu erfüllen, sondern auch diesen Haß geflissentlich bei seinen Volksgenossen großzuziehen<sup>1</sup>. Sein leidenschaftlicher Charakter verfolgte nicht nur die deutschen Bewohner von Liv- und Estland, sondern auch alle diejenigen seiner Volksgenossen, die nicht wie er krassem estnischen Chauvinismus ergeben waren. Er und seine Nachfolger „ließen es an böswilligen Erfindungen, absichtlich falschen Deutungen und schlaunen Entstellungen der Tatsachen denen gegenüber nicht fehlen, deren Arbeit sie vor dem Publikum herabsetzten, deren Verdienste sie leugnen wollten“. „Der Schaden, den sie der persönlichen Ehre ihrer Gegner zufügen konnten, freute sie, das Leid, das diese empfanden, verursachte ihnen Befriedigung und die Kränkung, die denselben zugefügt wurde, gewährte ihnen Genuß“<sup>2</sup>. So urteilt ein Volks- und Zeitgenosse über Jakobson<sup>3</sup>, der zwar in jungen Jahren, erst 41 Jahre alt, durch den Tod seiner Heimat genommen wurde, dessen unheilvoller Einfluß aber lange nach seinem Ableben wirksam blieb. Dem estnischen Volk imponierten „die listig ersonnenen Lobreden, mit welchen die unerschrockenen Taten und radikalen Forderungen Jakobsons gepriesen wurden und die Rücksichtslosigkeiten gegen die vermeintlichen Gegner“<sup>4</sup>.

Trat Jakobson schon seinen, ihm nicht folgenden Volksgenossen mit einer grenzenlosen Rücksichtslosigkeit, kalter Herrschsucht und skrupelloser Schärfe entgegen, so läßt sich leicht denken, mit welcher hochgradigen Weißglut er die deutschen Bewohner seiner Heimat, die er hassen zu müssen glaubte, verfolgte. Um seinen leidenschaftlichen Gefühlen Luft zu machen, gab er seit dem März 1878 in der Stadt Fellin (Livland) eine Wochenschrift, die „Sakkala“ heraus, deren Name gleichlautend war mit der historischen Bezeichnung des Distriktes Alt-Livlands, in dem der Ort der Herausgabe seines Blattes — Fellin — lag.

Die aufhetzenden Entstellungen, die in der „Sakkala“ zu lesen waren, steigerten sich so sehr, daß ihr Erscheinen, auf die Bitte der ritterschaftlichen Vertretung, vom Ministerium des Innern für die Zeit vom 1. Mai 1879 bis zum 1. Januar 1880 verboten wurde. Als sie wieder erschien, betonte sie mit Emphase, daß es ihr „Lebensglück“ bilde, Träger der nationalen Bestrebungen des estnischen Volkes zu sein, ohne jedoch zu sagen, welche festen Ziele sie im Auge habe. Aus ihren Leitartikeln ging vor allem hervor, daß sie bestrebt sei, das deutsche „Joch“ abzuschütteln, wozu sie in erster

---

<sup>1</sup> Rosenthal: a. a. O., S. 79 ff.

<sup>2</sup> Rosenthal: a. a. O., S. 365.

<sup>3</sup> Ebenda, S. 78.

<sup>4</sup> Ebenda, S. 365. Der Autor dieses vernichtenden Urteils über Jakobson — Heinrich Rosenthal — hatte in den Jahren 1865—1871 in Dorpat Medizin studiert (Album Academicum, Nr. 8016) und war russischer Marinearzt in Petersburg und Reval. Er gehörte der von seinem Schwiegervater Johann Jannsen, Herausgeber der seit 1864 in Dorpat erscheinenden estnischen Zeitung „Eesti Postimees“ (Estnischer Postbote), und von Pastor Jakob Hurt geleiteten gemäßigten Richtung der Esten an, war aber doch ein überzeugter Anhänger der Russifizierung Livlands. Rosenthal: a. a. O., S. 343 ff.

Linie die estnischen Vereine vermehrt und ausgebildet, sowie die russischen Reformen durchgeführt sehen wollte. Wenn auch Jakobson behauptete, nicht den „nationalen Parteiinteressen, sondern der Humanität dienen zu wollen“<sup>1</sup>, so war das doch nur eine kühne Beschönigung seines chauvinistischen Treibens, denn er ließ in der Tat, wie sein estnischer Beurteiler richtig sagte, kein Mittel der Verleumdung und schlaun Entstellung unbenutzt<sup>2</sup>. Einen besonderen Zorn hatte er auf den Führer der gemäßigten estnischen Partei, Pastor Jakob Hurt<sup>3</sup> geworfen, in dem er den estnischen Apostata erblickte, weil dieser, obgleich Este, deutsche Universitätsbildung genossen, gleich dem Letten Pastor Neiken, Mitglied einer deutschen studentischen Verbindung und lutherischer Prediger war. Jakobson beargwöhnte daher Hurt und bekämpfte in dessen Person den deutschen Einfluß auf die Entwicklung des estnischen Volkes. Im Grunde seines Herzens war Jakobson ein radikaler Demokrat, dem es nicht genügte, daß das estnische Volk in ruhigem Entwicklungsgange kulturell gehoben würde. Er wollte den Esten zu politischer Macht verhelfen<sup>4</sup> und rechnete hierbei wohl zweifellos auf die Unterstützung seines Gönners, des Großfürsten Konstantin. Mit Vorliebe und großem Phrasenverbrauch beteuerte er dem Zaren und der Staatsregierung immer wieder die unbegrenzte Loyalität seiner Person und seines Volksstammes, wobei er perfid durchblicken ließ, daß die deutschen Ostseeprovinzialen schlechte Staatsbürger seien<sup>5</sup>.

Wie Jakobson gern eigene Wege zu gehen pflegte, zeigte sich besonders grell, als Alexander III. seinem ermordeten Vater auf den Zarenthron gefolgt war und Jakobson es nunmehr für angezeigt erachtete, persönlich dem jungen Monarchen seine Loyalität zu bezeugen. Er machte alle bestehenden estnischen Vereine mobil und führte sie an das Kaiserliche Hoflager, wo sie am 16. Juni 1881 huldvoll in Gatschina vom Kaiser empfangen und bewirtet wurden<sup>6</sup>. Diese Gelegenheit benutzte Jakobson, ohne hierzu von seinen Volksgenossen ermächtigt zu sein, um dem Ministerium des Inneren eine

<sup>1</sup> C. R. Jakobson: „Offene Antwort des Herausgebers der „Sakkala“ auf das zweite Anklageschreiben des Pastors J. Hurt. Aus dem Estnischen übertragen und mit einer Erläuterung und Anmerkungen versehen“. Fellin 1879, S. 7.

<sup>2</sup> Rosenthal: a. a. O., S. 150.

<sup>3</sup> Jakob Hurt, geboren am 10./22. Juli 1839 im Werroschen Kreise als Sohn eines estnischen Dorfschullehrers, absolvierte das Dorpater Gymnasium, studierte 1859—1865 in Dorpat Theologie, gehörte in dieser Zeit, wie Pastor Neiken, der deutschen Studentenverbindung „Livonia“ an, war 1868—1872 Lehrer am Gymnasium zu Dorpat, 1872—1880 Prediger zu Odenpäh in Livland, 1880—1901 Pastor in Petersburg, wurde 1886 an der Helsingforscher Universität zum Doktor der Sprachwissenschaften promoviert und starb in Petersburg am 31. Dezember 1906 a. St.

Reinhard Ottow: „Album Dorpat — Livonorum“. Dorpat 1908, S. 209, Nr. 534.

Rosenthal: a. a. O., S. 108 ff.

<sup>4</sup> Rosenthal: a. a. O., S. 159.

<sup>5</sup> Bericht des Landrichters Peter Clapier de Colongue über die „Sakkala“ im Jahre 1880; Ritterschafts-Archiv, Akte Lit. P. Nr. 260, Fol. 465 ff.

<sup>6</sup> Die Deputation wurde nicht in Peterhof empfangen, wie Pastor D. Traugott Hahn in „Erinnerungen aus meinem Leben“, 2. Band, Stuttgart 1922, S. 225 erzählt, sondern in Gatschina; Rosenthal: a. a. O., S. 155.

Petition zu überreichen, in der er in neun Punkten angebliche Wünsche des estnischen Volkes formuliert hatte. Die wichtigsten waren: Teilung der drei Ostseeprovinzen in ein estnisches und ein lettisches Gouvernement; Ersatz der feudalen Provinzialverfassung durch die russischen sogenannten Landschaftsinstitutionen<sup>1</sup>; die Überführung der Leitung des lutherischen Volksschulwesens aus den Händen der Ritterschaft und der Pastoren in die der Regierung; Zwangsablösung des Bauernlandes nach reichsrechtlichen Grundsätzen. Minder bedeutsame Forderungen waren angeschlossen<sup>2</sup>. Von all diesen Wünschen hat nur, wie wir wissen, ein einziger mit der Zeit Erfüllung gefunden: die Überführung der Volksschule in die russifizierenden Hände der Bürokratie, die dem Estenvolk ebenso wie dem Lettentum zur schwersten Poenitz wurde<sup>3</sup>. Jakobson erlebte ebensowenig, wie irgend einer seiner Nachfolger, die Durchführung des Programmes seines Lehrmeisters und Protektors, des Großfürsten Konstantin. Die Deutschen der russischen Ostseeprovinzen sind nicht durch die Letten und Esten erstickt worden. Wohl aber erlebte der leidenschaftliche Volkstribun die Inangriffnahme des Erstickungsverfahrens — die Senatorenrevision, an der er ebenso mitgearbeitet hat, wie sein publizistischer Nebenbuhler Harry Jannsen, der Redakteur des zwar in deutscher Sprache, aber in estnischem Geiste gedruckten Wochenblattes „Die Heimat“.

Harry Jannsen war der Sohn des allgemein geachteten Herausgebers der estnischen Zeitung „Eesti Postimees“ (Estnischer Postbote) Johann Jannsen<sup>4</sup>, der als erster das Volksbewußtsein und das Nationalgefühl der Esten erweckte, hierbei aber besonnen vorging und sich von Utopien fernhielt. Seine Gegner beschuldigten ihn dessen, nicht radikal vorgegangen und von deutschem Einfluß zu sehr abhängig gewesen zu sein<sup>5</sup>. Sein Sohn war anders als der Vater. Sehr viel gebildeter<sup>6</sup>, verstand er die deutsche Sprache geschickt zu gebrauchen und befürwortete in der ersten Zeit seiner journalistischen Tätigkeit den Zusammenschluß aller, die Ostseeprovinzen bewohnenden Nationalitäten zu einem Baltenvolk, was ihm die Gegnerschaft Jakobsons eintrug<sup>7</sup>. Allein alsbald schlug er andere Wege ein. Von dem idealen, aber wohl undurchführbaren Gedanken getrieben: die „ganze provinzielle Gesellschaft an der nationalen Erziehung

<sup>1</sup> Band I, S. 402.

<sup>2</sup> „Rigasche Zeitung“ vom 14. Juli 1881, Nr. 159 und vom 25. Juli 1881, Nr. 169.

<sup>3</sup> Band I, S. 247 ff.

<sup>4</sup> Rosenthal: a. a. O., S. 37 ff.

<sup>5</sup> Ebenda S. 50.

<sup>6</sup> Geboren am 1./13. September 1851, hatte Heinrich oder Harry Jannsen das Gymnasium in Dorpat besucht, auf der Universität Dorpat das Studium der Philosophie in den Jahren 1874—1878 absolviert. Er war ein Schüler des Professors der Philosophie und Pädagogik Gustav Teichmüller, der ihn sehr schätzte. Zuerst Mitarbeiter an der von seinem Vater herausgegebenen Zeitung „Eesti Postimees“, gab er seit Januar 1882 die Zeitung „Heimat“ in Reval heraus, die im Mai 1884 einging, wurde dann Beamter der livländischen Gouvernements-Regierung in Riga und 1886 als „Typographie-Inspektor“ mit der polizeilichen Beaufsichtigung aller Druckereien in Livland betraut.

„Album Academicum der Universität Dorpat“, Nr. 9521.

Rosenthal: a. a. O., S. 147.

<sup>7</sup> Rosenthal: a. a. O., S. 147.

unserer Völker zu beteiligen, zugleich aber die Ausbildung des individuellen Charakters unserer Heimat“ zu wahren, wollte er die deutsche Oberschicht des Landes über die Kulturbestrebungen des estnischen Volkes belehren. Daher gab er vom 1. Januar 1882 ab in Reval die in deutscher Sprache gedruckte Wochenschrift „Die Heimat“ heraus<sup>1</sup>. Als Aufgabe seines Blattes bezeichnete er das Streben, „allen wahrhaft kulturellen, von der nationalen Intelligenz vertretenen Interessen des estnischen und lettischen Volkes zu dienen und alle idealen Richtungen im Leben unserer Heimat, die die Tendenz zur Herstellung einer Harmonie unserer Verhältnisse in sich tragen, zu unterstützen“. So äußerlich schön auch Jannsen die Aufgabe seines Blattes formulierte, so wenig entsprach doch seine redaktionelle Tätigkeit dem friedlich anmutenden Programm. Gleich in der ersten Nummer seines Blattes forderte er die deutschen Heimatgenossen heraus, indem er Garlieb Merkel als einen livländischen „Patrioten“ ebenso feierte, wie es der Lette Waldemar bereits vor einem Jahrzehnt getan hatte<sup>2</sup>. Dieses Vorgehen konnte von deutscher Seite nur als eine Provokation, nicht aber als der Versuch „zur Herstellung einer Harmonie“ beurteilt werden. Die Akten über Merkel waren, wie wir wissen<sup>3</sup>, längst geschlossen, das Urteil gesprochen und der übereifrige Propagandist als solcher abgetan worden. Ihn wieder aufleben zu lassen, war daher ein Unterfangen, das deutsche Leser der „Heimat“ nur abstoßen, nicht aber, wie Jannsen wollte, anziehen konnte. Aber auch der erste Leitartikel der „Heimat“ war nichts anderes, als eine offene Kampfansage, gerichtet gegen die deutsche Oberschicht des Landes. Diese feindliche Stellungnahme empfanden die Deutschen um so schmerzlicher, als sie das estnische Volkstum davor bewahrt hatten, ebenso in die slawische Masse aufzugehen, wie es dem estnischen Volkssplitter der Setukesen gegangen war, weil ihn die schützende Hand des Deutschen Ordens nicht ergriffen hatte<sup>4</sup>.

So waren denn die Friedensschalmeien der „Heimat“ in Wahrheit Fanfaren, die sich nur in der Stärke ihres Tones von den zum Sturm blasenden Kriegstrompeten der „Sakkala“ Jakobsons unterschieden. Und der Sturm brach los.

Die von Jakobson geführte Partei hatte, wie erwähnt, den Esten die ihnen im Grunde fremde demokratisch-radikale Weltanschauung beigebracht, in ihnen den Haß gegen die besitzende, das Land verwaltende Klasse der Deutschen großgezogen und das Freiheitsbewußtsein des Einzelnen zu schrankenloser Willkür gesteigert.

In verschiedenen Gegenden des von Esten bewohnten Teiles von Livland flammten Wirtschaftsgebäude mit Futtermitteln auf. Nicht nur auf Rittergütern und Pfarrhöfen, sondern auch auf bäuerlichen Gemeinwesen schritt das Landvolk zu Brandstiftungen<sup>5</sup>, denn es galt, die Gegner des estnischen Radikalismus zu treffen, wo sie sich fanden. In diesem Sinn wurden auch die ersten Mordversuche verübt, die nicht etwa

<sup>1</sup> Ebenda, S. 217 ff.

<sup>2</sup> C. Woldemar: „Vaterländisches und Gemeinnütziges“, 1. Heft, Moskau 1871, S. 63 ff.

<sup>3</sup> Oben S. 36.

<sup>4</sup> Tobien: „Die Agrarrevolution in Estland“. Berlin 1923, S. 19.

<sup>5</sup> „Neue Dörptsche Zeitung“ vom 4. Dezember 1881, Nr. 282.

deutsche Rittergutsbesitzer, sondern einen estnischen, deutschfreundlichen Zeitungsredakteur<sup>1</sup> und einen deutschen lutherischen Landprediger<sup>2</sup> ums Leben bringen sollten. Die Untersuchung der mit besonderer Hartnäckigkeit und Kühnheit ausgeführten Verbrechen enthüllte die Tatsache, daß bereits eine weitverzweigte Verschwörung das estnische Livland unterminierte. Die Bewegung, von estnisch-russischen Popen und Volksschullehrern geschürt, nahm unverkennbar immer mehr einen sozialistischen Charakter an, wobei die Gemäßigten nebenbei auch das agrarpolitische Programm, das Jakobson im Sommer 1881 in Petersburg mit seinen 9 Forderungen dem Ministerium des Inneren eingereicht hatte, wiederholten<sup>3</sup>.

Viel weiter gingen die estnischen Progressisten, die von der sozialdemokratischen Lehre der Kooperation gehört hatten und daher die Forderung stellten, die festgefügt Bauerngüter sollten zerschlagen, auf den alsdann gewonnenen Parzellen Landarbeiter angesiedelt und diese zu Arbeitsvereinen zusammengeschlossen werden, die „Fabriken“ zu gründen hätten, damit das Landvolk des Vorteils industrieller Tätigkeit teilhaftig werde<sup>4</sup>.

So unreif auch diese Ideen waren, so trugen sie doch viel zur Verwirrung der Begriffe bei und steigerten die Unruhe im Norden Livlands so sehr, daß selbst die „Heimat“ besorgt wurde und die unter den Esten des Werroschen Kreises ausgebrochene Sittenverwilderung bekämpfte. Ungeachtet dessen, daß die estnische Presse zur Ruhe mahnte, wich jedoch die durch Agitation hervorgerufene Spannung nicht<sup>5</sup>, was den estnischen Volksführern sehr unliebsam war, denn es galt, ein immaterielles Problem zu lösen, das in den Vordergrund der Tagesinteressen gerückt worden war. Es war das die lebhaft erörterte Frage: wie eine höhere Schule mit durchgängig estnischer Unterrichtssprache ins Leben zu rufen sei?

Schon im Jahre 1860 war in den geistig regsamen Kirchspielen Tarvast und Paistel des Fellinschen Kreises von einem jungen Esten<sup>6</sup> der Gedanke vertreten worden: zum Andenken an die im Jahre 1819 erfolgte Aufhebung der sogenannten Leibeigenschaft livländischer Bauern durch Kaiser Alexander I. eine höhere Erziehungsanstalt mit estnischer Unterrichtssprache unter dem Namen „Alexanderschule“ zu gründen. Die Mittel hierzu sollte das gesamte Volk der Esten auf dem Wege freiwilliger Selbstbesteuerung aufbringen, die Anstalt dem deutschen Einfluß entzogen und daher direkt dem Unterrichtsministerium subordiniert werden. Der geplante Lehrkursus umfaßte

---

<sup>1</sup> Im Dezember 1878 wurde auf den Redakteur der Zeitung „Eesti Postimees“ Johann Jannsen (siehe oben S. 207) ein verfehltes Attentat verübt;

Rosenthal: a. a. O., S. 208.

<sup>2</sup> Am 1. Dezember 1881 wurde der Pastor Georg von Holst zu Kannapäh im Werroschen Kreise durch eine Pistolenkugel erheblich verwundet; „Neue Dörptsche Zeitung“ vom 4. Dezember 1881, Nr. 282.

<sup>3</sup> Siehe auch: „Die Lettische Revolution“, II. Teil, S. 37 ff.

<sup>4</sup> (W. E. Eichhorn): „Die jungestnische Bewegung“, Petersburg, 1882, S. 1 ff.

<sup>5</sup> „Die Lettische Revolution“, Teil II, 2. Auflage, Berlin 1908, S. 37 ff.

<sup>6</sup> Jaan Adamsohn, Schulmeister zu Holstfershof.

4 Jahre, gliederte sich in Klassen und hatte da zu beginnen, wo die Volksschule aufhörte. Unter der Bedingung, daß die russische Sprache als Unterrichtsgegenstand weite Berücksichtigung in der Anstalt fände, war die Staatsregierung mit dem Plan einverstanden<sup>1</sup>, dem am 14./26. August 1869 die kaiserliche Bestätigung zuteil wurde<sup>2</sup>.

Um die Verwirklichung des Planes hat es einen lange währenden, erbitterten Kampf gegeben, der den Gegensatz zwischen den Deutschen und den Esten verschärfte, aber auch helle Zwietracht zwischen den Esten selbst hervorrief.

Unter einem Teil der estnischen Patrioten galt es als ein Axiom, daß nur der ein Herz für das Estenvolk habe, der tätig an der Begründung der Alexanderschule mitarbeite<sup>3</sup>. Das ging zu weit, denn die deutschen Pastoren, denen die Blüte der estnischen Volksschule zu verdanken war, lehnten nicht mit Unrecht die Mitarbeit an dem Zustandekommen der Alexanderschule ab, weil diese zu einem Schlagwort der estnischen nationalen Partei gemacht worden war<sup>4</sup>. Sie agitierten nicht gegen das Unternehmen, hielten sich aber von ihm als einer nicht kirchlichen, sondern politischen Sache fern. Auch andere deutsche Kreise sympathisierten mit der Alexanderschule nicht, weil diese nicht, wie die Volksschule, der provinziellen Selbstverwaltung, sondern der russischen Bureaucratie unterstellt werden sollte. Man erblickte in ihr die erste Stufe eines gesonderten, auf eine estnische Universität hinauslaufenden Unterrichtssystems, das mit der Zeit das Estenvolk dem Deutschtum gänzlich entfremden und in den Esten einen gefährlichen Dünkel aufkommen lassen werde<sup>5</sup>, der um so verwerflicher sei, als die überwiegende Mehrzahl des estnischen Landvolkes keinen Sinn für die ungesunde agitatorische Nebenarbeit der „weniger sammelnden, als wühlenden sogenannten Sammelkomitees habe“<sup>6</sup>.

So wenig erbaulich auch die mit der Begründung der Alexanderschule verquickte Bewegung im Estenvolk den Deutschen erscheinen mochte, so war es doch gewiß unklug, sich in die Sache hineinzumischen, statt die Esten gewähren zu lassen, die keinerlei Ansprüche an die Unterstützung des Deutschtums stellten. Daß sie durch die Alexanderschule ihr nationales Bewußtsein heben wollten, war ein an sich berechtigter Gedanke. Hofften sie aber, sich durch ein eigenes Unterrichtssystem vom deutschen Einfluß ganz zu emanzipieren, so hätte man dieser Hoffnung nicht entgegentreten, sondern sie der Erfahrung des praktischen Lebens überlassen sollen, die das Estenvolk eines Besseren belehren würde.

<sup>1</sup> „Baltische Monatsschrift“, 17. Band, 1868, S. 535 ff.

<sup>2</sup> Rosenthal: a. a. O., S. 117 ff.

<sup>3</sup> L. Hoerschelmann: „Die estnische Alexanderschule und die Pastoren“ „Baltische Monatsschrift“, 28. Band, 1881, S. 678.

<sup>4</sup> Derselbe: a. a. O., S. 677.

Pastor Th. Hesse-Theal in der „Neuen Dörptschen Zeitung“ vom 8. Januar 1877, Nr. 6.

<sup>5</sup> Rosenthal: a. a. O., S. 171 ff.

<sup>6</sup> Hermann von Samson-Himmelstjerna in der „Neuen Dörptschen Zeitung“ vom 15. Februar 1877, Nr. 38; Entgegnung Pastor J. Hurts ebenda, Nr. 56, vom Jahre 1877.



Unter den Esten selbst befandete die von Jakobson geführte radikale Partei die von Hurt<sup>1</sup> geleiteten Freunde der Alexanderschule, wobei Ehrgeiz und Parteitaktik, aber auch einfachster Spekulationssinn, der sich des angesammelten Geldfonds bedienen wollte, eine böse Rolle spielten<sup>2</sup>. Es kam zu höchst unerquicklichen gegenseitigen Anklagen wegen übler Geschäftsführung<sup>3</sup>.

Die Alexanderschule hatte ihr Ziel — eine höhere, allgemeinbildende Volksschule mit estnischer Unterrichtssprache zu sein — nicht erreicht. Sie sollte deutschem Einfluß entzogen, dagegen russischer Oberaufsicht unterstellt werden, weshalb sie dem von den Esten gänzlich verkannten gouvernementalen Russifizierungsverfahren verfiel<sup>4</sup>.

Während das Parteigezänk um die Alexanderschule tobte, nahmen die anarchischen Umtriebe, namentlich im Werroschen Kreise des nördlichen Livland so zu, daß die Ergreifung entscheidender Maßnahmen unerläßlich erschien. Es kam zu der verderblichen Senatorenrevision, deren Ursprung, Wesen, Gang und Ergebnisse wir kennen gelernt haben<sup>5</sup>. So gefahrvoll auch dieses gewagte Experiment, vor dem der ehemalige Justizminister Konstantin Graf Pahlen gewarnt hatte<sup>6</sup>, erscheinen mochte, so wurde es dennoch von der deutschen Gesellschaft ebenso hoffnungsvoll begrüßt, wie von den Esten. Nicht nur die Vertreter der Ritterschaft erklärten sich für die Revision<sup>7</sup>, sondern auch die deutsche Presse hielt sie für den besten Ausweg aus bedrängter Lage<sup>8</sup>, weil es „dem ungetrübten Auge eines über allen Parteien stehenden Mannes leicht werden muß zu erkennen, auf welcher Seite die Elemente der Unruhe und Gärung, auf welcher dagegen die Ruhe und Ordnung zu suchen seien“<sup>9</sup>.

Lauter Jubel ertönte durch das ganze Lager der Jung-Esten, denn man glaubte, umsomehr mit Sicherheit auf das Ende der deutschen Vorherrschaft rechnen zu dürfen<sup>10</sup>, als der Lette Christian Waldemar<sup>11</sup> mit Manassein persönlich bekannt und von ihm über die Zustände in Livland befragt worden war<sup>12</sup>. Eine weitere Stütze der Senatorenrevision war der von Esten abstammende, in Petersburg lebende und beim Kaiserhof

<sup>1</sup> Siehe oben S. 206.

<sup>2</sup> „Heimat“, Nr. 13, 14, 15, 33—35 vom Jahre 1883; Rosenthal: a. a. O., S. 197 ff.

<sup>3</sup> Zwischen dem estnischen Pastor Wilhelm Eisenschmidt, Prediger an der estnischen Petrikirche in Dorpat, und dem Estenführer Jakobson; „Neue Dörptsche Zeitung“, Nr. 264, 266 und 269 vom November 1881.

<sup>4</sup> Max von Oettingen: „Lettisch-estnische Wandlungen“, „Russisch-Baltische Blätter“, 3. Heft, Leipzig 1887, S. 117.

<sup>5</sup> Band I, S. 21 und 495 ff.

<sup>6</sup> Ebenda, S. 22.

<sup>7</sup> Bd. I, S. 21.

<sup>8</sup> Von L.-W. in der „Rigaschen Zeitung“ vom 12. Juli 1881, Nr. 166.

<sup>9</sup> „Zeitung für Stadt und Land“, vom 12./24. Januar 1882, Nr. 8, Inland.

<sup>10</sup> Hahn: „Erinnerungen aus meinem Leben“, 2. Band, S. 236.

<sup>11</sup> Oben S. 146 ff.

<sup>12</sup> Blank: „Der lettische nationale Gedanke“, S. 115.

geschätzte Kunstmaler Professor Johann Köhler<sup>1</sup>, durch dessen Vermittlung Waldemar Senator Manassein, vor dessen Eintreffen in Riga, informierende Schriften zukommen ließ<sup>2</sup>. Über die Reformforderungen der Letten wurde Manassein durch den Präses des lettischen Vereins in Riga, Rechtsanwalt Kalning und andere Vereinsglieder unterrichtet<sup>3</sup>. Das Verlangte deckte sich im wesentlichen mit den von den Esten im Juni 1881 in Petersburg vorgetragenen Wünschen<sup>4</sup>. Man war in den estnischen Kreisen von der Erfüllung dieses angeblichen Mindestmaßes der Forderungen überzeugt, weil das von den Beamten des revidierenden Senators aufgepeitschte Landvolk, wie erwähnt<sup>5</sup>, nicht weniger als 20 000 Bittschriften eingereicht hatte, die zwar meist nach fertigen Schemata formuliert worden waren, aber doch zu beweisen schienen, daß die Lage des Landvolks eine bedrängte sei. In jedem Fall aber ließen sich die Massenpetitionen für die Behauptung verwerten, daß die Esten und Letten ihr Heil von Rußland erwarteten. Das konnte auch aus den Ehrenbezeugungen geschlossen werden, die, wie erzählt<sup>6</sup>, dem scheidenden Senator in Riga zu teil und von den Esten mit Zustimmung begleitet wurden. Wie in jener Zeit (1883 und 1884) das Estentum russophil dachte, lehrte auch die Tatsache, daß der kaiserlich bestellte Russifikator Livlands, Gouverneur Sinowjew im Norden Livlands ebenso wie im Süden umbuhlt wurde<sup>7</sup>. Den Beginn des von ihm inspirierten Sprachenzwanges<sup>8</sup> hatte die in Reval erscheinende „Heimat“ mit Schadenfreude begrüßt, weil durch ihn die deutsche Sprache im Verkehr mit russischen Behörden auf die gleiche Stufe, wie die estnische und lettische Mundart herabgedrückt worden sei<sup>9</sup>. „Die Heimat“ warf sogar die Frage auf, was zur Belebung des russischen Sprachunterrichts in den Gymnasien der Ostseeprovinzen geschehen könnte<sup>10</sup>, war aber bald hierauf, seit dem Juni 1884, nicht mehr erschienen. Ihre Stelle nahm der „Olewik“ (die Gegenwart) ein, die seit 1882 in Dorpat von Adolf Grenzstein<sup>11</sup> herausgegeben wurde und besonders in den Kreisen der gebildeten Esten Anklang und zahlreiche Leser fand<sup>12</sup>. Dieses Blatt, das auch für die „Beseitigung des deutschen Vorpostens“ in den baltischen Provinzen zu kämpfen pflegte, hatte zwar

<sup>1</sup> Rosenthal: „Kulturbestrebungen des estnischen Volkes“ S. 76.

<sup>2</sup> Blank: a. a. O.

<sup>3</sup> Ebenda.

<sup>4</sup> Siehe oben S. 209.

<sup>5</sup> Oben S. 166 u. 196.

<sup>6</sup> Oben S. 166 f.

<sup>7</sup> Oben S. 167.

<sup>8</sup> Band I, S. 373 ff.

<sup>9</sup> „Heimat“, Nr. 12 vom Jahre 1883.

<sup>10</sup> Ebenda, Nr. 5 und 7 vom Jahre 1884.

<sup>11</sup> Geboren am 24. Januar 1849 im Kirchspiel Tarwast, war 1871—1874 Zögling des ritterschaftlichen Parochiallehrer-Seminars in Walk, 1874—1876 Parochiallehrer in Audern bei Pernau, besuchte die Seminare Deutschlands und Österreichs, war 1876—1878 Lehrer am 1. Dörptschen Lehrerseminar, dann Hauslehrer in Petersburg, seit 1882 Redakteur des „Olewik“ Peterson — Bach — Inselberg: „Das ritterschaftliche Parochiallehrer-Seminar in Walk“, S. 223, Nr. 251.

<sup>12</sup> Rosenthal: a. a. O., S. 214.

im Jahre 1885 die bange Frage aufgeworfen, ob nicht dem estnischen Volkstum vom Osten her eine sehr viel ernstere Gefahr drohe, als von den Deutschen im Lande<sup>1</sup>. Später aber war der „Olewik“ offenbar von Esten, die im russischen Staatsdienst standen — und deren gab es nicht wenige — in entgegengesetzter Richtung beeinflusst worden, denn im Jahre 1899 behauptete er, „wenn der Este erst Russe geworden sei, könne er die höchste Kulturstufe erklimmen“<sup>2</sup>. Ähnlich dachten maßgebende, an der Spitze ihrer Nation stehende Esten, die deutsche Bildung genossen, ja sogar die Universität Dorpat in deren Blütezeit<sup>3</sup> bezogen und absolviert hatten, dann aber russische Beamte geworden waren. Sie erblickten in den russifikatorischen Regierungsmaßnahmen nicht nur keinerlei Gefahr für ihr Volkstum, sondern die Vorbedingung für eine erfolgreiche und lohnende Beamtenlaufbahn. Das lehrte u. a. die Stellungnahme des Marinearztes Heinrich Rosenthal, der Schwiegersohn des bekannten Estenführers und Zeitungsredakteurs Jannsen, Schwager des Herausgebers der „Heimat“ und, als Parteijünger Hurts, der schärfste Gegner Jakobsons war<sup>4</sup>. Er bezeugte dem Großfürsten Wladimir, dessen den Deutschen, Letten und Esten gleich feindliche Mission genugsam bekannt war<sup>5</sup>, byzantinische Ehrenbezeugungen, als dieser das mit der „russischen Familie“ zu verschmelzende Ostseegebiet betrat. Rosenthal pries die Einführung der russischen Unterrichtssprache in den ostseeprovinziellen Mittelschulen und Gymnasien eben so, wie die verheerende Justizreform Manasseins<sup>6</sup>. Hieran kein Genüge findend, diente er bei dem estländischen Gouverneur Fürsten Schachowskoi<sup>7</sup>, der noch ein radikalerer Russifikator war, als der livländische Satrap Sinowjew<sup>8</sup>. Es ist schwer zu verstehen, wie ein gebildeter Mann, der Rosenthal war, die Wunden übersah, die Fürst Schachowskoi Estland in dem Maße zufügte, daß selbst das Innenministerium ihm Einhalt gebot. Es ist daher irreführend, wenn schlechtweg die generalisierende Behauptung aufgestellt wird, „die Antipathie der Esten Rußland gegenüber reiche weit in die Vergangenheit zurück“<sup>9</sup>. Zwar konnte bei dem estnischen Landvolk, das sich bis zum Weltkriege in der Regel vertrauensvoll und anhänglich zu den deutschen Gutsherren verhielt<sup>10</sup>, kaum die Rede von Hinneigungen zu russischen Lebensformen sein.

<sup>1</sup> Bielenstein: „Ein glückliches Leben“, S. 429 und 430.

<sup>2</sup> „Baltische Chronik“, 3. und 4. Jahrgang, September 1898 bis September 1900, Beilage zur „Baltischen Monatsschrift“, Eintragung vom 9. Januar 1899, S. 113.

<sup>3</sup> Band I, S. 326.

<sup>4</sup> Siehe oben S. 205, Anmerkung 4.

<sup>5</sup> Band I, S. 88.

<sup>6</sup> Rosenthal: a. a. O., S. 273 und 279 ff.

<sup>7</sup> Ebenda S. 269.

<sup>8</sup> Band I, S. 423 und 424.

<sup>9</sup> M. Martna: „Estland, die Esten und die estnische Frage“, 1919, S. 111 ff. Diese Schrift, die nach den Worten ihres Verfassers (Vorwort, S. 6) „gelegentliche, gleichsam auf der Reise geschriebene Kapitel, deren Zweck sehr verschieden war“, enthielt, ist dank ihrer Flüchtigkeit von erstaunlichen Unrichtigkeiten angefüllt.

<sup>10</sup> G. von Rathlef: „Erinnerungen aus meinem Leben“.

Höchstens dort, wo griechisch-orthodoxe Popen die Begehrlichkeit der Bauern nach Land anstachelten<sup>1</sup>, begegnete man Hoffnungen, die ihre Richtung zur Newa hin nahmen. Aber unter den gebildeten Esten gab es nicht wenige, die das Heil aus Petersburg erwarteten. Das durfte nicht wundernehmen, denn der Gouverneur von Estland, Fürst Schachowskoi, der wie ein „Vizekönig von China“ das Land regierte und demagogisch die Unzufriedenheit gegen den deutschen Adel und die lutherische Geistlichkeit großzog<sup>2</sup>, war ein Diener der vom russischen Nationalismus abhängigen Bureaukratie und mit dem Auftrage nach Estland gekommen, die aus dem indigenen Volk hervorgegangene Intelligenz im Dienste der Russifikation gegen die deutsche Oberschicht zu mobilisieren. Hierüber können nicht zwei Meinungen herrschen, seitdem Nikolai von Bunge, Finanzminister des russischen Reiches in den Jahren 1881—1886 und Präsident des Ministerkomitees von 1887—1895, in seiner Denkschrift über die Wirksamkeit Alexanders III. die Absicht der Regierung, die Esten und Letten zu politischen Zwecken auszunutzen, offen bekannt hat.

„Die Regierung bemühte sich“, schreibt Bunge: „das Nationalgefühl der Esten und Letten zu wecken und aus ihnen eine intelligente Klasse als Gegengewicht zu der deutschen zu schaffen. In Wirklichkeit erwies sich jedoch diese, dem deutschen Adel antipathische Weckung des Nationalgefühles als dem allgemeinen Staatsinteresse widersprechend. So wurde nur eine im höchsten Grade unerwünschte Komplikation der Verhältnisse erreicht, nicht aber die Annäherung der Letten und Esten an die Russen<sup>3</sup>.“

„Die im höchsten Grade unerwünschte Komplikation“, von der hier der sehr angesehene Staatsmann Alexanders III. redet, bestand eben darin, daß die Senatorenrevision, mit all den ihr nachfolgenden sogenannten „Reformen“ der russischen Regierung, darauf angelegt war, die Letten und Esten mit den Deutschen zu entzweien und gleichzeitig diese fremdstämmigen Völker der russischen Kultur zuzuführen. Das erste Ziel, die feindliche Absonderung der Esten von dem deutschen Element, ist von der zarischen Grenzmarkenpolitik erreicht, das zweite Ziel aber, die Einbeziehung der Esten in den östlichen Kulturkreis, gänzlich verfehlt worden. Der gleiche Mißerfolg ereignete sich, wie wir wissen, in Lettland. Zwar traten die Esten und Letten mit den Russen in viel lebhaftere Berührung als früher. Schon die in Folge der sogenannten „Reformen“ Alexanders III. aus dem Innern des Reichs in die Ostseeprovinzen übergeführten Beamten und Lehrer vermittelten russische Ideen und ergänzten die in der russischen Schule aus der russischen Literatur gewonnenen Eindrücke und Vorstellungen von der Gedankenwelt der Russen. Diese Gedankenwelt war erfüllt von der Idee des politischen und sozialen Umsturzes, zu deren Weiterverbreitung und Vertiefung die

<sup>1</sup> „Die Lettische Revolution“. II. Teil, S. 36.

<sup>2</sup> Martna: a. a. O., S. 112.

<sup>3</sup> „Geschichtliche Übersicht über die Tätigkeit des Ministerkomitees“, Teil 4, Petersburg 1902, S. 224 (russisch).

„Das Ministerkomitee und die Ostseeprovinzen im 19. Jahrhundert“, „Baltische Monatsschrift“ 56, Band, 1903, S. 38.

Lehren Leo Tolstojs am meisten beigetragen haben. Jener Apostel des primitiven Christentums, der Selbstverleugnung und der Nächstenliebe war zugleich ein Gegner des Staates, und wenn auch der wie ein Heiliger verehrte Philosoph in der russischen Jugend viel edles Denken hervorrief, so zog er doch zugleich eine hochgradige Verachtung gegen alle staatlichen Institutionen groß. Von dieser Geistesrichtung wurde, gleich der lettischen, auch die estnische Jugend infiziert, die in Rußland studiert oder Seminare, Feldmesser- und Ackerbauschulen besucht hatte und dort den Nihilismus kennen lernte <sup>1</sup>.

Die russische Losung „Land und Freiheit“ drang immer tiefer in das Estenvolk ein. Diese Sachlage ließ die Herstellung einer deutsch-estnischen Einheitsfront, die von Gliedern der estländischen Ritterschaft geplant war und ein Gegengewicht gegen die Russifikation Estlands werden sollte, völlig scheitern. Nicht einmal eine „zwanglose Arbeitsgemeinschaft“, die ein gewisses Band des Vertrauens um deutsche und estnische Führer zu schlingen geeignet gewesen wäre, vermochten Glieder der Adelskorporation, die in der Ausübung einer fürsorgenden Tutelherrschaft über das nichtdeutsche Landvolk ihre Aufgabe erblickten, zu schaffen <sup>2</sup>. Die von Osten andrängende Welle des Umsturzes erreichte alsbald auch Estland. Die neuen Ideen führten jedoch im estnischen Teil Livlands nicht, wie im lettischen, zu einer systematischen Revolution <sup>3</sup>. Unter den bedächtigeren Esten hatte die Sozialdemokratie viel langsamer, als unter den Letten Boden gewonnen, zumal die Hauptstadt Estlands — Reval — eine weit geringere Fabrikbevölkerung barg, als Riga, die Metropole Livlands. Bei Beginn der Unruhen im Jahre 1905 verfügten die Letten über eine vollständig ausgebildete sozialdemokratische Organisation, während die estnische Sozialdemokratie erst vor dem Beginn ihrer Entwicklung stand. Daher gab es in Estland wohl eine Bewegung, die gleich einem Wirbelsturm in wenigen Tagen erhebliche Zerstörungen hervorrief, nicht aber eine wirkliche Massenpsychose, eine revolutionäre Volksbewegung wie in Liv- und Kurland <sup>4</sup>. War auch der estnische Tumult ebenso, wie die lettische Revolution, eine Nebenfrucht der großen russischen Erhebung, so bediente man sich jedoch hier wie dort der Agrarfrage als Mittel zum Zweck, ohne daß indes die agrarischen Zustände an sich zureichenden Grund zu Umtrieben gegeben hätten <sup>5</sup>.

Die auf die Unruhen von 1905 folgenden Jahre benutzten die Großgrundbesitzer Estlands ebenso, wie ihre Standesgenossen in Livland, zur Wiederherstellung der durch

<sup>1</sup> W. v. H. in Charkow: „Einige Worte über das Wesen der sozialen Revolution in Rußland und die Mittel zu ihrer Paralyse“. „Baltische Monatsschrift“ 36. Band, 1881, S. 461

<sup>2</sup> Eduard Freiherr von Stackelberg-Sutlem: „Ein Leben im baltischen Kampf“, München, 1927, S. 122 ff.

<sup>3</sup> Oben S. 172 f.

<sup>4</sup> „Die Lettische Revolution“, II. Teil, S. 397 ff.

<sup>5</sup> „Über das Wesen der Unruhen auf dem Lande und ihre Bekämpfung. „Von einem Esten.“ „Baltische Monatsschrift“ 60. Band, 1905, S. 217 ff.

„Urheber und Anführer der revolutionären Bewegung unter dem estnischen Landvolk“; ebenda, 61. Band, 1906, S. 156 ff.

die revolutionäre Bewegung hervorgerufenen Schäden. Aber ebenso, wie in der Nachbarprovinz Livland, vergingen auch in Estland die Jahre, ohne daß die von der Ritterschaft gewünschten Reformen zur Durchführung gekommen wären, denn die großen, das ganze Reich berührenden Fragen nahmen den gesetzgebenden Körper Rußlands, die „Duma“, so sehr in Anspruch, daß die von den baltischen Landtagen eingereichten Gesetzentwürfe nicht die ihnen zukommende Beachtung der Legislative fanden. Selbst ein von der ritterschaftlichen Landesvertretung Estlands an den Zaren Nikolai II. gerichtetes Immediatgesuch änderte hieran nichts, obgleich die Aktion des Ritterschaftshauptmannes von estnischer Seite unterstützt wurde und es sich um ein die Regierung ehrendes Denkmal handelte. Es sollte nämlich der 23. Mai 1916, d. h. der Tag, an dem sich zum hundertstenmal der Zeitpunkt jährte, an dem Kaiser Alexander I. die Bauernbefreiung in Estland legitimiert hatte, dadurch gefeiert werden, daß die 1905 vom Landtage gewünschte Verfassungsreform zum Gesetz erhoben werde. Vergeblich! „Das russische Staatsschiff trieb steuerlos der Revolution von 1917 entgegen“<sup>1</sup>

In der Folgezeit lehnte die estnische Gesellschaft dieses Selbstverwaltungsprojekt mit der Begründung ab, daß es „zu wenig“ sei, was die deutsche Oberschicht dem Landvolk zu geben bereit wäre<sup>2</sup>. Sie rechnete offenbar mit der russischen Revolution, an der sich Esten in hervorragendem Maße beteiligten. Schon in den ersten Revolutionsgruppen Petersburgs befanden sich etwa 12—15 000 estnische Soldaten<sup>3</sup>. Und mochte auch der Ausbruch der russischen Revolution den estnischen Führern überraschend gekommen sein, so fand er sie doch nicht unvorbereitet<sup>4</sup>, denn die Esten versprachen sich von der Revolution Befreiung von der russischen Bürokratie und von der deutschen Tutelherrschaft, weshalb sich in Erwartung des Kommenden schon am 4. Mai 1917 nicht weniger als 47 estnische Organisationen zusammenschlossen, die eine weitgehende Autonomie ins Auge faßten<sup>5</sup>.

Früher als in Lettland, am 24. Februar 1918, am selben Tage, da die deutschen Truppen in Dorpat einmarschierten, konstituierte sich in Reval die estnische Regierung und erklärte die Selbständigkeit der Republik „Eesti“. Tags darauf erschienen die deutschen Truppen in Reval, lösten die estnische Regierung auf und unterstellten die Verwaltung des Landes dem Generalleutnant Freiherrn von Seckendorff<sup>6</sup>, dem der deutsche Oberbefehlshaber Graf Kirchbach übergeordnet war. Diese Maßnahme schuf an sich indes keineswegs eine Kluft zwischen Deutschen und Esten. Vielmehr

<sup>1</sup> Freiherr Ed. von Dellingshausen: „Die Baltischen Landesstaaten unter russischer Herrschaft 1710—1918 und die gegenwärtige Lage im Baltikum“, in Friedrich Mann's Pädagogischem Magazin, Heft 1080, Langensalza 1926, S. 26.

<sup>2</sup> Baron Wilhelm Wrangell: „Die Politik der Esten 1917—1918“ „Baltische Monatsschrift“, 59. Jahrgang, 1928, S. 65.

<sup>3</sup> Martna: a. a. O., S. 141.

<sup>4</sup> Wrangell a. a. O.

<sup>5</sup> Näheres ebenda, S. 194 ff.

<sup>6</sup> Martna a. a. O., S. 149 ff.

bekannte ein maßgebendes estnisches Blatt unverhohlen, daß das estnische Volk die Einrichtungen der europäischen Staaten zu haben und in einer gesicherten Autonomie zu entwickeln wünsche, was nur unter deutschem Schutz geschehen könne. Ein anderer Weg, auch wenn man die Hilfe Englands und Amerikas in Betracht zöge, verspreche nicht, zum ersehnten Ziel zu führen<sup>1</sup>. Obgleich die estnischen Wünsche auf dem Gebiete der Sprachenfrage insofern sofort Erfüllung fanden, als der mündliche und schriftliche Gebrauch der estnischen Sprache ebenso, wie der der lettischen, im Amtsverkehr neben der deutschen Amtssprache gesichert wurde<sup>2</sup>, so erwuchs doch alsbald unter den Esten ein Geist der Opposition. Er entstand namentlich deshalb, weil die reichsdeutsche militärische Verwaltung des Landes in vieler Beziehung Zustände schuf, die von der Bevölkerung als drückend empfunden wurden. Vor allem war es die Aufhebung der altbewährten Kirchspiels- und Gemeindeverwaltungen des flachen Landes und deren Ersatz durch die Amtsvorsteher<sup>3</sup>, die böses Blut machten, zumal nicht alle Amtsvorsteher aus dem Kreise der Einheimischen gestellt wurden und diese daher der Landessprache unkundig waren. Aber auch die in der Volksschule zu weit getriebene Germanisierung erregte Unmut und ließ ein Märtyrertum entstehen, das zu vermeiden gewesen wäre. Galt auch in der öffentlichen Volksschule die Muttersprache als die Unterrichtssprache, so glaubte die Okkupationsmacht doch, zwangsmäßig dafür Sorge tragen zu müssen, daß die Kinder bei ihrem Austritt aus der Volksschule das Deutsche in Wort und Schrift „genügend beherrschten“. Deshalb wurde in allen Volksschulen mit nicht-deutscher Unterrichtssprache die deutsche Sprache im ersten Schuljahr der Kinder in sechs Wochenstunden, im zweiten Schuljahr aber in zehn Wochenstunden gelehrt<sup>4</sup>.

Taten diese Maßnahmen des Guten auch zu viel, so ist es doch irreführend, wenn estnische Volksführer neuerdings die kurze Epoche, da Estland vom deutschen Heer besetzt war, als eine Zeit der Unordnung, Unterjochung, ja Terrorisierung zu schildern belieben<sup>5</sup>. Sie vergessen, daß die Bolschewisten im November 1917 in Reval zur Macht gelangt waren<sup>6</sup> und schon damals Estland mit den später folgenden Hunnenfeldzügen überzogen hätten, wenn es nicht von den deutschen Truppen in Schutz genommen und von der Fortsetzung begonnener Henkersarbeit<sup>7</sup> bewahrt worden wäre. Als diese nach dem Zusammenbruch Deutschlands abgezogen waren, fiel halb Estland (Januar 1919) in die Gewalt der Bolschewisten, die Tod, Feuer, Mord und Qual in das ungeschützte

<sup>1</sup> „Tallina Päewaleht“, Nr. 92 vom 3. Oktober und Nr. 97 vom 9. Oktober 1918, wiedergegeben in: „Auszüge aus der baltischen Tagespresse“, Riga den 21. Oktober 1918, Nr. 26, gedruckt in der Druckerei von Paul Kerkovius, Riga, Domplatz Nr. 5.

<sup>2</sup> § 11 der Verwaltungsordnung für Liv- und Estland; Nr. 24, vom 7. Juni 1918, der „Verordnungen für Liv- und Estland, erlassen vom Armee-Oberkommando 8“, S. 25.

<sup>3</sup> § 25 der Verwaltungsordnung, a. a. O., S. 31.

<sup>4</sup> §§ 5 und 6 der Verordnung betr. Neuordnung des Volksschulwesens in Liv- und Estland, a. a. O., S. 36 und 37.

<sup>5</sup> Martna: a. a. O., S. 147 ff.

<sup>6</sup> Ebenda, S. 177.

<sup>7</sup> Ebenda, S. 191.

Land trugen<sup>1</sup>. Mit Hilfe finnischer und auch schwedischer Volontäre gelang es, in hartem Kampf die bestialischen Horden aus Estland zu vertreiben. An diesem Heldenkampf nahmen die deutschen Söhne Estlands, im „Baltenregiment“ zusammengeschlossen, rühmlichst Anteil<sup>2</sup>. Sie faßten ihre Beteiligung an der Landesverteidigung als selbstverständliche Pflicht der Heimat gegenüber auf und zogen freudig in den wenig aussichtsvollen Kampf, obgleich der Mobilisationsbefehl der estnischen Regierung ausdrücklich nur die Staatsbürger estnischer Nationalität aufrief, die Deutschen Estlands aber, als mit dem Lande in keinem festen Zusammenhang stehenden „Fremdkörper“, beiseite ließ<sup>3</sup>.

Nachdem die aus der sarmatischen Tiefebene hervorgequollenen entmenschten Scharen über die Narva zurückgeworfen worden waren und die Republik Eesti sich von Rußland staatsrechtlich losgelöst hatte, konnte sich diese der Festigung ihres Staatswesens zuwenden. Der innere Ausbau geschah auf Kosten der deutschen Mitbürger, die ungezwungen die Heimat als erste gegen den grausigen Feind verteidigt und durch ihr charaktervolles Beispiel die Esten zum Widerstande ermutigt hatten. Die ersten Beschlüsse der neuen Volksvertretung hoben die Stände auf und legten den fast ausschließlich in deutschen Händen befindlichen Großgrundbesitz fort. Die jahrhundertalte deutsch-aristokratische Lebensform des Landes wurde restlos beseitigt<sup>4</sup>. Sie mochte freilich in ein republikanisches Staatswesen nicht passen, allein was in der Republik Eesti alsbald vor sich ging, war ein Vernichtungsprozeß. Er richtete sich zwar in erster Linie nur gegen eine einzige Gesellschaftsklasse — die deutschen Rittergutsbesitzer, — ging jedoch alsbald weiter und führte zugunsten der über Nacht zur Herrschaft gelangten Rasse systematisch eine nationale Vermögensumschichtung durch, die dem gesamten Deutschtum namhafte Teile seines Vermögens entzog und sich sogar zur widerrechtlichen Entfremdung und Verödung einer lutherischen Kathedralkirche<sup>5</sup> verstieg. Vor allem war es das Agrargesetz vom 10. Oktober 1919, das den Charakter der neuen Macht erwies und an Radikalismus seinesgleichen nur in der Sowjetrepublik hat. Diese Nachwirkungen der von Rußland durch Jahrzehnte betriebenen Politik nationaler Verhetzung haben jedoch in neuester Zeit einer einsichtsvolleren Richtung Platz gemacht.

Einfluß habende Esten erhoben sich gegen die demagogische Fabel von einer

<sup>1</sup> Ebenda, S. 189 ff.

<sup>2</sup> „Das Baltenregiment. Ein Jahr im Felde.“ Als Manuskript gedruckt, mit einem Vorwort von G. Knüpfer, 1920.

<sup>3</sup> Wilhelm Baron Wrangell: „Das Baltenregiment 1918—1928“, im „Jahrbuch des baltischen Deutschtums in Lettland und Estland 1928“ S. 148 ff. Derselbe: „Geschichte des Baltenregimentes“. P. Wassermann, Reval 1928, S. 3.

<sup>4</sup> Freiherr Eduard von Dellingshausen: „Die Baltischen Landesstaaten unter russischer Herrschaft 1710—1918 und die gegenwärtige Lage im Baltikum“, a. a. O., S. 31.

<sup>5</sup> Die altehrwürdige Revaler Domkirche wurde vom estnischen Bischof Kukk nicht nur den Deutschen 1927 fortgenommen, sondern auch der in ihr enthaltenen historischen Wappen und des Fahnenschmuckes entblößt; „Baltische Blätter“, Berlin, 15. Januar 1928, Nr. 2, S. 21.



700 jährigen Knechtung des estnischen Volkes durch die deutsche Oberschicht und bekundeten hierdurch, daß man den Sinn der baltischen Geschichte richtiger zu deuten beginne. Im estnischen Lager zeigt sich hier und da Verständnis für die Vergangenheit und sporadisch der Wunsch: in der Praxis einzulenken. Anzeichen deuten darauf hin, daß die Wandlung im Bereich des rigorosen Agrargesetzes vom 10. Oktober 1919, wenn auch schüchtern, zutage treten wird. Es wäre freilich höchste Zeit, daß dieses Gesetz wenigstens gemildert werde, denn es stellt sich, wie der bekannte deutsche Agrarpolitiker, Max Sering in Berlin sagt, „auf einen Boden mit der Praxis der Bolschewiki, von der es sich nur durch Unwahrhaftigkeit unterscheidet“<sup>1</sup>. Bedeutsam jedoch ist, daß die Meinung aufkommt, die Gerechtigkeit verlange die Schaffung eines Zustandes, in dem das Gefühl der Deutschen, ihnen geschehe fortgesetzt Unrecht, endgültig weiche<sup>2</sup>.

Mögen die Esten, die in der Ausnutzung ihrer neuen Machtstellung den Deutschen gegenüber das Beispiel den Letten gegeben haben, diesen auch im Einlenken vorbildlich sein.

### 3. Kapitel

## Liv- und Estlands staatsrechtliche Loslösung von Rußland

### Vor der Entscheidung

Solange in Deutschland die Kleinstaaterei herrschte, hat natürlich niemand in Liv-, Est- und Kurland daran gedacht, daß es für die Ostseeprovinzen ein Gewinn wäre, wenn sie von Rußland getrennt und Deutschland angegliedert werden würden. Auch nachdem unter Wilhelm dem Großen das Deutsche Reich im Januar 1871 begründet worden war, lag den Deutsch-Balten dieser Gedanke gänzlich fern, da sie genau wußten, wie schroff Bismarck sich in den Jahren 1872 und 1873 zur Möglichkeit des Erwerbes der Ostseeprovinzen gestellt hatte. Nicht einmal als Geschenk würde er die baltischen Provinzen annehmen, war sein Ausspruch gewesen<sup>3</sup>. Die Studenten der Universität Dorpat pflegten wohl an ihren Festtagen das Lied: „Deutsche Worte hör' ich wieder“ zu singen, in dem eine heiße Sehnsucht nach Deutschland als dem „Vaterlande“ zum Ausdruck kam, allein hierunter verstand die deutsche baltische Jugend ihr geistiges Mutterland, nicht aber ihr politisches<sup>4</sup>. Man hatte gelernt, mit der russischen Herrschaft als mit etwas Gegebenem zu rechnen. In echt deutscher Art haben die deutschen Bewohner des Landes den Zaren, denen sie Treue geschworen, und die ihrer-

<sup>1</sup> M. Sering: „Die Umwälzung der osteuropäischen Agrarverfassung“, Heft 34 der „Schriften zur Förderung der inneren Kolonisation“; Berlin 1921, S. 14.

<sup>2</sup> „Die Deutschen in Estland“, „Rigasche Rundschau“ vom 12. Oktober 1927, Nr. 230.

<sup>3</sup> Band I, S. 89.

<sup>4</sup> Band I, S. 337.

seits die Landesprivilegien zu achten versprochen hatten, die Treue gehalten, ja in ihr Verhältnis zum Herrscherhause einen gewissen Grad von Wärme hineingetragen. Man idealisierte sich die Herrscher auf dem Zarenthron. So ist Alexander I. (1801—1825), der die Universität Dorpat zu neuem Leben erweckte und die Unfreiheit der baltischen Bauern aufhob, geradezu verehrt worden<sup>1</sup>. Unter Nikolai I. (1825—1855) traten zwar die ersten Russifizierungsversuche auf, allein sie gingen nicht tief und blieben in Äußerlichkeiten stecken<sup>2</sup>. Das wirklich Schwere, das die Regierungszeit Nikolais I. den Ostseeprovinzen brachte, war der Vorstoß der griechisch-orthodoxen Kirche gegen die evangelischen Ostseeprovinzen. Allein die Schuld an diesem schweren Unrecht wurde weit weniger dem Kaiser, als vielmehr seiner Bureaukratie zugeschoben<sup>3</sup> und der Monarch, wiewohl er ein Autokrat beschränkten Geistes war, doch als Beschützer der baltischen Ständerechte und der alten eigenartigen Behördenverfassung hoch gehalten<sup>4</sup>. Alexander II. (1855—1881), der sich redliche Mühe gab, den slawophilen Ansturm der russischen Gesellschaft gegen das Deutschtum der Ostseeprovinzen in Schranken zu halten, wurde wahrhaft geliebt und aufrichtig betrauert, als er 1881 durch Mörderhand fiel. Unbeschadet der Treue zum Herrscherhause bildete sich jedoch in den Ostseeprovinzen, je länger je mehr, eine ausgesprochene Abneigung gegen alles Russische aus, weil die Vernichtung deutschen Wesens in den baltischen Grenzmarken seit 1867 Programm der russischen Regierung wurde<sup>5</sup>, das, wie wir gesehen haben, zur Zeit der Regierung Alexanders III. (1881—1894) auf allen Gebieten öffentlichen Lebens mit größter Brutalität durchgeführt wurde<sup>6</sup>. Noch immer aber stand das Häuflein der Deutschen aufrecht da und suchte seine Kultur unter dem russischen Prinzip zu bewahren. Ihre Standhaftigkeit wurde belohnt, als die nach dem unglücklich verlaufenen Japanischen Kriege ausgebrochene Revolution auch auf die Ostseeprovinzen übergriff. Da vergalt die russische Regierung in einer Aufwallung von Scham den deutschen Balten ihre Treue. Es durften deutsche Privatschulen gegründet und unterhalten, deutsche Vereine ins Leben gerufen werden. Dieses alles und noch weit mehr wurde jedoch in Frage gestellt, als im August 1914 der Weltkrieg ausbrach. Die russische Presse wütete in blinder Wut gegen alles Deutsche in den Ostseeprovinzen und suchte, wie dargestellt worden ist<sup>7</sup>, die Esten, Letten und Russen gegen ihre numerisch schwachen deutschen Miteinwohner nach Möglichkeit zu fanatisieren. Wiewohl der in Riga installierte russische Diktator General Kurlow selbst eingestand, daß die gegen die Deutschen bei ihm eingereichten lettischen Denunziationen grundlos

---

<sup>1</sup> Bernhard Hollander: „Riga im 19. Jahrhundert“, Riga 1926, S. 13 und 24.

<sup>2</sup> Dr. Max Köhne: „Livland, Rußland und wir“. 2. Auflage 1917, S. 27 ff.

<sup>3</sup> Band I, S. 176 ff.

<sup>4</sup> Band I, S. 80.

<sup>5</sup> Band I, S. 84, 115 und 359.

<sup>6</sup> Band I, S. 87 ff.

<sup>7</sup> Band I, S. 142.

und nur von Rachsucht diktiert seien <sup>1</sup>, hielt er es dennoch für geboten, zahlreiche Deutsch-Balten aus den Ostseeprovinzen, namentlich aus Riga, in die öden Gefilde Sibiriens zu verbannen <sup>2</sup>. Bot die Verdächtigung einer prominenten Persönlichkeit zu wenig Anhalt für ihre Verurteilung, so wurde der Verdächtige einfach als „Germanophile“ gebrandmarkt und unter dieser Fixation verschickt. War der Beschluß gefaßt, diesen oder jenen aus der Heimat zu verbannen, so erschien die Polizei in seiner Wohnung, durchsuchte seine Papiere, nahm Stöße von Büchern, Akten, Briefen usw. mit sich und eröffnete ihm, er habe binnen einer kurz bemessenen Frist die Reise an seinen künftigen Aufenthaltsort anzutreten. Dabei wurde vielfach mit empörender Rücksichtslosigkeit vorgegangen. Besonders litten die deutschen evangelisch-lutherischen Pastore, die zur Zeit der lettischen Revolution von Letten als Anhänger der Regierung verfolgt worden waren und jetzt von derselben Regierung grausam gemäßregelt wurden. Aus Livland allein sind 33 lutherische Pastore in die Verbannung geschickt worden, darunter der livländische Generalsuperintendent <sup>3</sup>. Aber nicht nur Pastore mußten in die Verbannung ziehen <sup>4</sup>, sondern in allen drei Ostseeprovinzen sind Personen jeden Standes, alles in allem viele Hunderte, ohne gerichtlich verurteilt zu sein, verschickt worden. Nicht nur Persönlichkeiten, die in führender Stellung standen, sondern auch Männer, die im öffentlichen Leben keine Rolle gespielt haben, ja Frauen, die still für sich gelebt hatten, mußten auf eine frivole Verdächtigung ihrer Dienstboten hin <sup>5</sup> die Heimat mit Sibirien vertauschen. Das Los der Verbannten war in der Regel äußerst schwer. Die meisten haben ruhelos hin und her wandern müssen, sind von einem sibirischen Dorf in das andere verwiesen worden, haben in offenen Schlitten bei furchtbarster Kälte Reisen von vielen hundert Kilometern zu machen und dabei beständig unter brutaler Behandlung der rohen russischen Polizei zu leiden gehabt. In bezug auf den Lebensunterhalt völlig auf sich selbst gestellt, mußten diejenigen verhungern, denen es nicht gelungen war, eigenes Geld mitzunehmen, oder die nicht aus der Heimat unterstützt wurden. Die Regierung, die sie aus Amt und Brot vertrieben hatte, verbot ihnen nicht nur jeden Erwerb in der Fremde, sondern kümmerte sich nicht weiter darum, wovon sie existierten, oder bewilligte ihnen gar, wie zum Hohn, einige wenige Kopeken täglich, die nicht ausreichten, um auch nur ein Stück Brot zu kaufen. Was aber an Geldmitteln aus der Heimat durch die Post für die Verbannten eintraf, das verschwand zum großen Teil in den Taschen der niederen Polizeibeamten. Zu der Verfol-

---

<sup>1</sup> Band I, S. 143.

<sup>2</sup> Dr. Ernst Seraphim: „Zarenwillkür und roter Terror. Erlebnisse eines nach Sibirien Verbannten 1915—1917; 1918“; Königsberg Pr. 1927, S. 16 ff.

<sup>3</sup> Theophil Gaetgens (Album fratrum Rigensium, Nr. 593).

<sup>4</sup> Im Ganzen wurden aus den drei Ostseeprovinzen und einigen russischen Städten im Laufe der Kriegszeit etwa 80 lutherische Pastore verbannt; „Kriegsnotstand im baltischen Lande“, herausg. vom Baltischen deutsch-evangelischen Notstandskomitee, Riga 1918, S. 9.

<sup>5</sup> Seraphim: a. a. O., S. 81.

gung und Maßregelung der einzelnen Personen traten die brutalsten Bedrückungen, die das Leben der Gesamtheit ertöteten.

Der erste Schlag traf die deutsche Schule. Schon im August 1914 wurde die Schließung aller Schulen mit deutscher Unterrichtssprache verfügt und der Unterricht in Privatilehrkreisen verboten. Wenig später waren es die blühenden Vereine, die man den Balten nahm. Zum Weihnachtsfest 1914 wurden die deutschen Bewohner Rigas von der Regierung mit dem Verbot beschenkt, ihre Muttersprache außerhalb des Hauses gebrauchen zu dürfen. Überall lauerten Spione, die selbst 2—3 jährige Kinder auf die Polizei schleppten, weil sie beim Spaziergang deutsch gesprochen hatten. Das Denunziantentum der Undeutschen, durch Verhetzung immer neu aufgepeitscht, fand bald gefügige Werkzeuge in den häuslichen Dienstboten, wodurch die Bedrohung in die Räume des eigenen Hauses verpflanzt wurde. Unterdes schritt der Kampf wider die deutsche Sprache immer weiter. Es wurde nicht nur das Erscheinen deutscher Zeitungen und Zeitschriften, sondern auch das Schreiben deutscher Briefe untersagt. Die Briefverordnung konnte nicht anders, als ganz besonders hart empfunden werden, da die Mütter, die meist nur der deutschen Sprache mächtig waren, der Möglichkeit beraubt wurden, mit ihren, im russischen Heere dienenden Söhnen den brieflichen Verkehr zu unterhalten. Diese, die zum Kriegsdienst in größerem Umfange eingezogen worden waren, als das in vielen russischen Gouvernements geschehen war, litten schon schwer genug unter der Notwendigkeit, gegen die deutschen Stammes- und Glaubensbrüder kämpfen zu müssen. Die Erfahrung, daß, während sie für den Zaren und das russische Reich ihr Leben auf das Spiel setzten, gleichzeitig ihre Eltern von der russischen Regierung wie Verräter behandelt wurden, war vielleicht das schwerste Los, das Söhne baltischer Erde je getroffen hat. Und sie mußten noch erleben, daß im September 1915 für alle in den Ostseeprovinzen wohnenden Personen deutscher Abstammung, und nur für diese, die Ablieferung aller Waffen anbefohlen wurde, denn „deutsch“ sein, auch bei russischer Staatsangehörigkeit, war gleichbedeutend mit „vogelfrei“ sein. In besonderem Maße litt Riga, das über zwei Jahre hindurch die Front hart vor seinen Toren hatte. Das ganze Wirtschaftsleben dieser großen Handels- und Industriestadt erfuhr eine Zerstörung in einem Umfange, der durch die Kriegslage nicht geboten war. Es war im Juli 1915, als General Soljubowski die Fortschaffung der gesamten Industrie Rigas anordnete, weil nach dem Fall Mitau auch die Einnahme Rigas erwartet wurde. In 2 Monaten wurden 372 Betriebe, mit 87 606 Arbeitern und einem Umsatz von 476 Millionen deutschen Reichsmark, von Grund aus mit der den Russen eigenen Virtuosität im Zerstören von Kulturwerten vernichtet<sup>1</sup>. In wenigen Wochen war das Werk jahrzehntelanger beharrlicher Ausdauer und Betriebsamkeit verwüstet. Den Grad des Unverstandes, der damals in Riga von der russischen Militärverwaltung bekundet wurde, beleuchtet die Tatsache, daß General Soljubowski, der Leiter der Evakuierung, einen Abtransport von Maschinen die Düna hinauf anordnete. Er und

<sup>1</sup> „Kriegsnotstand im baltischen Lande“. S. 14.

seine Umgebung wußten nicht, daß die Düna oberhalb Rigas deshalb nur für Böte, nicht aber auch für Schiffe befahrbar ist, weil die zarische Regierung, trotz hundertjähriger Mahnung der Rigaschen Kaufmannschaft, es nicht ermöglicht hatte, einen der größten Ströme Rußlands schiffbar zu machen<sup>1</sup>. Im Februar 1915 war Kurland von den deutschen Truppen besetzt<sup>2</sup> und hierdurch der Weltkrieg in die Nähe Rigas gerückt worden. Vom September 1915 bis zum September 1917 blieben die vom deutschen Heere an der Dünalinie geschaffenen Stellungen unverändert<sup>3</sup>. Zwei lange, bange Jahre mußte die Einwohnerschaft Rigas in Dulden, Schweigen und Hoffen verbringen. Zu der Militärwillkür, die häufig in härtester Form ausgeübt wurde, trat im März 1917, als Rußland von der Revolution heimgesucht wurde, eine revolutionäre Bewegung, die, obgleich sie lange wütete und tief griff, als solche eigentlich nie recht erkannt worden ist<sup>4</sup>. In ihrem ersten und wildesten Akt, der noch zu russischer Zeit spielte, wurde die „Freiheit des Proletariats“ ausgerufen<sup>5</sup>, die nicht nur Zügellosigkeit, sondern Gewalt-herrschaft der Straße bedeutete. Die Offiziere sollten von den Soldaten, die Betriebs-leiter jeglicher industriellen Unternehmen von den Arbeitern abhängig und zu ihren Beauftragten gemacht werden. Der Fortbestand der öffentlichen Institutionen war um so mehr in Frage gestellt, als das Militär an der Spitze der Revolution marschierte. Mehr denn je galt alles Deutsche als verfemt und vogelfrei, mehr denn je waren die deutschen Bewohner Livlands an ihrem Gut, an ihrer Bewegungsfreiheit bedroht, ja ihres Lebens nicht sicher. Da war es nur allzu natürlich, daß die Deutschen Livlands sich danach sehnten, ebenso von dem unwürdigen Joch befreit zu werden, wie das schon Kurland 1915 erfahren hatte. Selbst Letten, der zersetzenden Wühlarbeit des Mosko-witertums müde, hofften unter den sicheren Schutz Deutschlands zu kommen, der sie, wie sie annehmen zu dürfen glaubten, vor der östlichen Gefahr bewahren und von den im Lande noch vorhandenen, von Rußland konservierten Überbleibseln einer feudalen Epoche befreien würde<sup>6</sup>. Aber noch lange stand das deutsche Heer an den Grenzen Livlands, vor den Toren Rigas, ohne die ersehnte Erlösung zu bringen. Täglich dröhnte der Kanonendonner von Kurland her in die Dünastadt herüber. Endlich, am 19. August/1. September 1917, begann der seit Ende Juni von der russischen Heeresleitung und den Einwohnern Rigas geahnte, aber doch in letzter Stunde unerwartete Vorstoß der Deutschen gegen Riga selbst<sup>7</sup>. In gewaltigem Ansturm wurden die Stadt und das

<sup>1</sup> Oben S. 113.

<sup>2</sup> „Die Eroberung Kurlands“. Heft 23 des Sammelwerks „Der große Krieg in Einzeldarstellungen. Unter Benutzung amtlicher Quellen herausg. im Auftrage des Generalstabes des Feldheeres“, Oldenburg 1918.

<sup>3</sup> „Livland vor der Entscheidung. Rückblicke und Ausblicke an der Jahreswende 1917/18“ Herausg. vom Rig. Deutschen evang. Notstandskomitee, Riga 1918, S. 38 ff.

<sup>4</sup> Hans Drews: „Die lettische Revolution und das Baltikum“ (Riga 1927), S. 55.

<sup>5</sup> Dr. Wilhelm Lieven: „Das rote Rußland. Tagebuchblätter“. Berlin 1917, Aug. Scherl.

<sup>6</sup> Dr. Bonne: „Die Letten. Ein germanischer Bruderstamm“, S. 51.

<sup>7</sup> Lieven: „Das rote Rußland“ S. 200. „Livland vor der Entscheidung“, S. 40. „Riga in deutscher Hand“, Heft 36 a des Sammelwerkes: „Der große Krieg in Einzeldarstellungen“, Oldenburg 1918.

nächste Gebiet dahinter am 21. August/3. September erobert. Die alte, urdeutsche Hansastadt wurde wieder deutsch. Der Tag, an dem Kaiser Wilhelm II. in das befreite Riga einzog und die Kaiserparade auf der Esplanade abhielt (6. September 1917), ist allen Bewohnern Rigas und denen, die das erleben durften, unvergeßlich geblieben. Doch der Vormarsch der siegreichen deutschen Truppen stockte. Die schweren Kämpfe im Westen und an der italienischen Front zwangen die deutsche oberste Heeresleitung, ihre Operationen im Osten vorläufig einzustellen. Nur die im Rigaschen Meerbusen vorgelagerten Inseln Oesel, Mohn und Dagoe wurden noch in wohl vorbereitetem raschen Handstreich genommen<sup>1</sup>. Aber fast ganz Livland und das ganze estländische Festland blieben noch in russischer Gewalt. Dort steigerte sich die Bedrückung der Bevölkerung, insbesondere der Deutschen, ins Unerträgliche. Anscheinend rechneten die Russen gar nicht mehr damit, daß Liv- und Estland russische Provinzen bleiben würden. An den Verkehrsstellen der deutsch-russischen Front war schon mehrfach geäußert worden, daß man russischerseits nicht gewillt sei, um den Besitz dieser Länder zu kämpfen. Offensichtlich schien man nur noch Wert darauf zu legen, alles zu vernichten und zu entfernen, was den zukünftigen Besitzern des Landes, den Deutschen, von Nutzen sein könnte<sup>2</sup>. Die Raubzüge der russischen Truppen, denen sich zahlreiche Mitläufer aus dem örtlichen Proletariat anschlossen, wurden durch die im Namen der „Arbeiterschaft“ errichtete Schreckensherrschaft der „Arbeiter- und Soldaten-Revolution-Komitees“ begünstigt. Deren Ziele waren: Eingliederung des Landes in die künftige große, russische, kommunistische Föderativ-Republik, Sozialisierung jeglichen Besitzes, Vernichtung des Kapitals und seiner Träger, ohne Unterschied der Nationalität. Zur Erreichung dieser Ziele wurden alle ordnungsmäßigen Verwaltungsorgane gestürzt und durch allerlei Komitees und Räte ersetzt, die sich in Willkürakten gegen Eigentum und Leben der besitzenden Bevölkerung überboten. Als blindes Werkzeug diente den Komitees die „Rote Garde“, die sich aus jugendlichen, moralisch minderwertigen Burschen, aus Sträflingen und anderem Gesindel zusammensetzte. Trotz hohen Monatslohnes und der in Aussicht stehenden großen Beute traten nur sehr wenige Soldaten in die „Rote Garde“ ein, die vom russischen Heer als eine Bande von Räubern angesehen wurde. Unter der Herrschaft des Pöbels hörte jeder Rechtsschutz auf, zumal die alten Justizbehörden durch öffentliche Volks-Tribunale ersetzt worden waren, in denen Ankläger und Richter ein und dieselbe Person waren. Es traten anarchische Zustände ein, die jeder Beschreibung spotteten. Unterdes war sowohl die livländische, wie die estländische Ritterschaft bemüht, das Land von der Schreckensherrschaft der Roten Garde zu befreien. Bereits seit dem Frühjahr 1916 hatte der livländische Kreisdeputierte Heinrich von Stryk-Tignitz<sup>3</sup> jenseits der Grenze die Interessen des Landes wahr-

<sup>1</sup> „Deutschlands Flagge auf den Inseln des Rigaschen Meerbusens“. Heft 36 e des Sammelwerks „Der große Krieg“ usw.

<sup>2</sup> Hugo Kaupisch: „Die Befreiung von Livland und Estland (18. Februar bis 5. März 1918)“, Heft 39 des Sammelwerks „Der große Krieg“ usw.

<sup>3</sup> Band I S. 75.

genommen. Er war im März 1916, um der ihm von russischer Seite drohenden Verschickung zu entgehen, nach Stockholm gereist. Dort hatte er einen baltischen Hilfsausschuß begründet, der in erster Linie Heimatgenossen jegliche Hilfe leisten, dann aber auch zuverlässige Nachrichten aus den baltischen Provinzen und aus Rußland sammeln sollte, um sie nötigenfalls zur Hand zu haben <sup>1</sup>. Der Stockholmer Hilfsausschuß bildete lange Zeit hindurch eine Brücke zwischen den in Deutschland und Skandinavien lebenden Balten mit den in der Heimat zurückgebliebenen. Als im März 1917 die russische Revolution ausgebrochen war und ihre Wellenschläge auch Livland zu berühren begannen <sup>2</sup>, hielt der Stockholmer Hilfsausschuß es für geboten, Heinrich von Stryk nach Berlin zu delegieren, um klar erkennen zu können, ob nicht dort etwa auf Hilfe gegen die Vergewaltigung der Heimat zu rechnen sei. An eine Eroberungspolitik dachte im Deutschen Reich niemand, eine Einverleibung der baltischen Gebiete kam nicht im entferntesten in Frage, auch nicht einmal eine zeitweilige Militärverwaltung. Lediglich um eine eventuelle Waffenhilfe zur Befreiung von entmenschten Horden konnte es sich zunächst handeln <sup>3</sup>. In Berlin vermochte sich Heinrich von Stryk davon zu überzeugen, daß die Bitte um Schutz nicht aussichtslos sei, jedoch nicht so bald Erfüllung finden könne. Die rechtliche Grundlage zum Eingreifen in die chaotischen Zustände, unter denen Liv- und Estland schwer litten, hatte die derzeitige russische Regierung selbst und zwar dadurch geschaffen, daß sie feierlich das Selbstbestimmungsrecht der Völker bekundete <sup>4</sup>. Von Petersburg aus Rettung zu erlangen, war völlig aufgegeben worden, denn im September 1917, als die nach der Eroberung Rigas flüchtenden russischen Truppen in Süd-Livland hausten, war von dem livländischen Landmarschall Baron Pilar von Pilchau <sup>5</sup> an den Ministerpräsidenten Kerenski die dringende Bitte gerichtet worden, der Bevölkerung Livlands Schutz vor den „zu Bestien gewordenen Soldaten“ zu gewähren. Der Hilferuf blieb unbeantwortet. Nach dem Sturze Kerenskis (November 1917) galt es, nicht Rettung in Petersburg, sondern Rettung vor Petersburg zu suchen, die nur in Deutschland zu finden war <sup>6</sup>. Allein es fragte sich, von wem sollte die an Deutschland zu richtende Bitte ausgehen? Das konnten nach Lage der Dinge nur die Ritter- und Landschaften Livlands und Estlands, als die verfassungsmäßigen Vertreter der beiden gepeinigten Provinzen sein. Es gelang Heinrich von Stryk unschwer, den rechtshistorischen Beweis zu erbringen, daß die Ritterschaften als die zur Zeit einzig gegebene, gesetzmäßige Vertretung des ganzen flachen Landes, aller seiner Bewohner und Stände zu gelten hätten, denn er vermochte auf die geschichtlich

<sup>1</sup> „Bericht des Kreisdeputierten von Stryk-Tignitz an das livl. Landratskollegium“, vorgelegt dem Landtag vom Juni 1918.

<sup>2</sup> Dr. Wilhelm Lieven: „Das rote Rußland“ usw., S. 31 ff.

<sup>3</sup> Heinrich von Stryk: a. a. O., S. 6.

<sup>4</sup> Kaupisch: a. a. O., S. 34.

<sup>5</sup> Band I, S. 74 ff.

<sup>6</sup> Kaupisch: a. a. O., S. 33.

begründete Kontrahenten-Stellung hinzuweisen, die sich die livländische Ritterschaft<sup>1</sup>, und ebenso die estländische, im Laufe der Jahrhunderte errungen und bis zur Gegenwart erhalten hatte. Hierbei war Stryk von Geheimrat Professor Dr. Theodor Schiemann, dem anerkannten Kenner baltischer Geschichte um so wertvollere Unterstützung zu teil geworden<sup>2</sup>, als dieser das besondere Vertrauen Kaiser Wilhelms II. genoß und befugt war, die Wünsche des Baltentums dem Kaiser unmittelbar vorzutragen und jederzeit in die Akten des reichsdeutschen auswärtigen Amtes Einsicht nehmen zu dürfen<sup>3</sup>.

Im August 1917 brachte der Stockholmer Ausschuß in Erfahrung, daß für Litauen und Kurland, die in deutscher Hand waren, Neuregelungen ihres staatsrechtlichen Verhältnisses beabsichtigt wurden, die jedoch für Livland und Estland keineswegs präjudizierlich werden sollten. Den Landtagen von Livland und Estland wurde die freie Beschlußfähigkeit und Initiative zugesichert.

Nachdem die deutschen Truppen Riga und einige wenige Teile Livlands am 3. September 1917 besetzt hatten, war es nur natürlich, daß die von den Quälereien der „Roten Garde“ Befreiten alles daran setzen wollten, auch ihren noch in der Hand entmenschter Horden befindlichen Heimatgenossen die Erlösung zu bringen. Ende Oktober 1917 begab sich eine Abordnung der im besetzten Teile Livlands befindlichen Ritterschaft und der Rigaschen Bürgerschaft nach Berlin, wo sie den Boden durch Heinrich von Stryk bestens vorbereitet fanden<sup>4</sup>. Am 6. November wurden die Deputierten von Generalfeldmarschall von Hindenburg und dem General-Quartiermeister von Ludendorff, am 10. November vom Staatssekretär des auswärtigen Amtes von Kühlmann empfangen und überreichten ihnen gleichlautende Eingaben, in denen die Bitte ausgesprochen war: die Provinzen Liv- und Estland der Krone Preußen oder, wenn dieses nicht angängig sei, dem Deutschen Reich als Schutzgebiet anzugliedern. Die Gesuche fanden eine günstige Aufnahme besonders bei der Obersten Heeresleitung. In einer längeren Konferenz mit General Ludendorff betonte dieser den Wunsch der Obersten Heeresleitung, das erbetene Schutzgebiet bis zur Narova auszudehnen, verlangte jedoch mit Rücksicht auf den damals in den parlamentarischen Kreisen Deutschlands aufgestellten Grundsatz des Selbstbestimmungsrechtes der Völker, daß außer den das Land staatsrechtlich vertretenden Land-

<sup>1</sup> Band I, S. 1 ff.

<sup>2</sup> Stryk: „Bericht“ usw., S. 3.

Theodor Schiemann, geb. am 5./17. Juli 1847, hatte in den Jahren 1867—1872 das Studium der Geschichte an der Universität Dorpat absolviert, war dann in verschiedenen Archiven Deutschlands tätig gewesen, 1875—1883 Oberlehrer der Geschichte am Landesgymnasium zu Fellin (Band I, S. 287), 1883—1887 Stadtarchivar in Reval, seit 1887 Privatdozent, dann Professor für Geschichte an der Universität Berlin, zugleich Lehrer an der Kriegs-Akademie, Mitredakteur an der Kreuzzeitung usw. „Album Academicum der Kaiserlichen Universität Dorpat“, Nr. 8305.

<sup>3</sup> Dr. jur. Ohnesseit, Generalkonsul i. R.: „Ein Meisterstück baltischer Staatskunst“. Unterhaltungsbeilage der „Täglichen Rundschau“, zur Nr. 161 vom 13. Juli 1926.

<sup>4</sup> Bericht des Landratskollegiums auf dem livländischen Landtage im März 1918.



tagen der Ritter- und Landschaften, auch weitere Schichten der Bevölkerung Liv- und Estlands die Loslösung von Rußland und den Anschluß an das Deutsche Reich beantragen sollten. In dieser Richtung ist dann die livländische Ritterschaftsvertretung ebenso tätig gewesen, wie die estländische. Unter dem Druck der gemeinsamen Not war der vom Moskwitertum erzeugte und geschürte Nationalitätenhaß immer mehr und mehr geschwunden. Daher gelang es, von deutschen sowohl, wie von nichtdeutschen Vereinen und Einzelpersonen Unterschriften zu Gesuchen, die von Deutschland Hilfe erbaten, zu sammeln. Alle Berufsklassen beteiligten sich hieran, Kreditgesellschaften, Leih- und Sparkassenverbände, landwirtschaftliche Vereine, Meierei-Genossenschaften, Handwerker- und Gesangsvereine, freiwillige Feuerwehren und andere private Organisationen, ja ganze Gemeindeverwaltungen und Kirchspielverbände, wie natürlich auch städtische Kommunalverwaltungen und Gilden. Unter den Einzelpersonen waren Lehrer, Pastore, Ärzte ebenso vertreten, wie Landarbeiter, Forstwächter und bäuerliche Hofbesitzer. Diese Unterschriften waren innerhalb der estnischen und lettischen Bevölkerungsschicht von jungen Deutschbalten gesammelt worden, die selbstverleugnend Freiheit und Leben auf das Spiel setzten <sup>1</sup>.

Diese Kundgebungen der sich von Osten bedroht fühlenden Bevölkerung wurden durch Beschlüsse des livländischen Adelskonvents vom 30. November und des estländischen ritterschaftlichen Ausschusses vom 14. Dezember 1917 ergänzt, die ihre Krönung in der Resolution des außerordentlichen Landtages der livländischen Ritterschaft, gefaßt in Dorpat am 31. Dezember 1917, fanden <sup>2</sup>.

Der Landtag ging von der Voraussetzung aus, daß die von der russischen bolschewistischen Regierung erfolgte Publikation des Rechts der Selbstbestimmung der Völker den Bewohnern Liv- und Estlands die formale Rechtsmöglichkeit biete, die Loslösung von Rußland auszusprechen und den Schutz des Deutschen Kaisers anzurufen. Dieses moralische Recht aber und die Befugnis, im Namen aller Liv- und Estländer sprechen und handeln zu dürfen, leiteten die beiden Ritterschaften vom staatsrechtlichen Verhältnis Liv- und Estlands zum russischen Reich ab. Es genüge hier, die historischen Bande darzustellen, die Livland mit Rußland verknüpften. Sie sind *caeteris paribus* dieselben, die Estland an das Zarenreich fesselten <sup>3</sup>.

---

<sup>1</sup> Kaupisch: a. a. O., S. 34 und 35.

Wenn Martna (M. Martna: „Estland, die Esten und die estnische Frage“, Zürich, 1919) behauptet: „man benutzte die Gelegenheit, um von der Bevölkerung Unterschriften zu erpressen, durch welche bewiesen werden sollte, daß das Volk die Angliederung an Deutschland wünsche“, so entspricht diese Behauptung nicht der Wahrheit. Das estnische Volk suchte Hilfe gegen das, was es voraussah und im November 1917 tatsächlich eintrat: die bolschewistische Invasion, deren Schreckensherrschaft Martna a. a. O. S. 191 treffend schildert.

<sup>2</sup> Bericht des livl. Landratskolleg. an den Landtag vom März 1918;

Freiherr Eduard von Dellingshausen: „Die Baltischen Landesstaaten unter russischer Herrschaft 1710—1918 und die gegenwärtige Lage im Baltikum“, a. a. O., S. 27.

<sup>3</sup> Hinsichtlich Estlands siehe: Dellingshausen, a. a. O., S. 10 ff.

### Das staatsrechtliche Verhältnis Livlands zum Russischen Reich

Livland war weder Polen noch Schweden inkorporiert worden, sondern bildete eine autonome Staatseinheit, eine „Provinz“ für sich, die in der Person des jeweiligen Herrschers mit dessen Reich verbunden war<sup>1</sup>. Zar Peter I., dem Livland durch Vertrag, nicht durch Eroberung zufiel, hatte die Sonderstellung des erworbenen Landes besonders manifest anerkannt und damit zwischen den „russischen Reichen und Ländern“ einerseits und den dem russischen Szepter unterworfenen und deshalb mit besonderen Rechten ausgestatteten „Provinzen“ andererseits deutlich unterschieden<sup>2</sup>. Durch den von Rußland und Schweden 1721 am 30. August/10. September zu Nystadt abgeschlossenen Friedensvertrag, sowie durch die später erfolgten Konfirmationen der nachfolgenden Herrscherinnen und Herrscher Rußlands war die Sonderstellung Livlands in dem Maße außer Zweifel gesetzt, daß die russische oberste Justizbehörde — der Senat in Petersburg — wiederholt den Nystädter Frieden als die Rechte und Gewohnheiten Liv- und Estlands garantierend ansah. Hierzu kam, daß der zu Abo zwischen Rußland und Schweden, 1743 August 27, vereinbarte Friedensvertrag die von Peter dem Großen zu Nystadt 22 Jahre früher gemachten Versprechungen nochmals feierlich und wörtlich wiederholte<sup>3</sup>.

Unter dem Schutz dieser völkerrechtlichen Akte, die nicht etwa nur zugunsten der beiden Ritterschaften vereinbart worden waren, sondern ausdrücklich „sämtliche Einwohner der Provintien Lieff- und Ehistland, wie auch Oesel, adeliche und unadeliche und die in selbigen Provintien befindliche Städte, Magistraten, Gilden und Zünfte“ einschlossen<sup>4</sup>, bestand das jus singulare Livlands unverändert in seinem ganzen Umfange fort. Ja, entsprechend der Zusage Peters des Großen, „es nicht nur heilig zu halten, sondern auch bei Gelegenheit durch ausgedehntere Rechte zu vermehren“, sind die Landesprivilegien Livlands durch allgemeine Gesetze vervollständigt worden<sup>5</sup>. Sie gipfelten:

<sup>1</sup> Band I, S. 1 f. Zu den dort aufgezählten Quellen der Darstellung ist noch hinzuzufügen: „Geschichtliche Übersicht der Grundlagen und der Entwicklung des Provinzialrechts in den Ostseegouvernements“, Allgemeiner Teil. St. Petersburg. Druckerei der zweiten Abteilung Seiner Kaiserlichen Majestät Eigener Kanzlei, 1845, S. 79 ff. Es ist dieses ein offizielles Werk, das von Emanuel Graf Sievers und Oskar Baron Rahden, zweien Beamten der Eigenen Kanzlei des Kaisers von Rußland verfaßt worden ist; Dr. Fr. G. von Bunge: „Einleitung in die liv-, est- und kurländische Rechtsgeschichte und Geschichte der Rechtsquellen“ Reval 1849, S. 302.

<sup>2</sup> (Hermann von Bruiningk): „Zur Geschichte der livländischen Privilegien“ „Baltische Monatsschrift“, 49. Band, 1900, S. 237.

<sup>3</sup> (Otto Mueller): „Die Livländischen Landesprivilegien und deren Confirmationen“, Leipzig 1841, S. 144, Anmerkung.

<sup>4</sup> Artikel 9 des 1721, 30. August, zwischen Schweden und Rußland abgeschlossenen Friedensvertrages; C. Schirren: „Die Capitulationen der livländischen Ritter- und Landschaft und der Stadt Riga vom 4. Juli 1710, nebst deren Confirmationen“, Dorpat 1865, S. 115. (Robert von Buengner): „Rechtskraft und Rechtsbruch der liv- und estländischen Privilegien“, Leipzig 1887, S. 23.

<sup>5</sup> „Geschichtliche Übersicht der Grundlagen“ usw., S. 104.

1. in der Forterhaltung des in die erste Kolonie des römischen Reiches deutscher Nation von norddeutschen Einwanderern herübergebrachten, ununterbrochen aufrechterhaltenen deutschen Wesens und seiner besonderen Eigenart;
2. in der selbständigen und unabhängigen Stellung der lutherischen Kirche;
3. in der Alleinherrschaft der deutschen Sprache als Geschäftssprache und Unterrichtssprache;
4. in der Besetzung der juridischen und administrativen Behörden ausschließlich mit Personen deutscher Zunge;
5. in der fortgesetzten Anwendung des provinziellen Rechtes und Prozesses;
6. in der Erhaltung der bisherigen ständischen Verfassung und autonomen Selbstverwaltung <sup>1</sup>.

Dieses, wie es schien unantastbare, weil völkerrechtlich garantierte Gefüge deutlich formulierter Sonderrechte wurde zum erstenmal von Katharina II., der deutschen Prinzessin auf dem Zarenthron, verletzt. Die gekrönte Schülerin der unhistorisch denkenden Aufklärungszeit brachte es aber doch nicht über sich, die staatsrechtliche Sonderstellung Liv- und Estlands schlechtweg zu beseitigen. Als sie, um die Staatsverwaltung einformig zu gestalten, es für notwendig erachtete, die russische Gouvernementsverwaltung, die „Statthalterschaftsverfassung“ auch in Liv- und Estland Platz greifen zu lassen <sup>2</sup>, verbrämte sie den offenbaren Rechtsbruch mit dem an die neuen Behörden gerichteten Befehl, darüber zu „wachen, daß die von den russischen Monarchen dem Adel und den Städten verliehenen und bestätigten Gnadenurkunden im eigentlichen Sinn und ohne allen Eindrang ausgeführt wurden“ <sup>3</sup>. Diese Phrasen der aufgeklärten Despotin blieben natürlich wirkungslos und vermochten nicht, den Rechtsbruch zu verschleiern, der darin erblickt werden mußte, daß Livland dem russischen Reich willkürlich einverleibt und „zu einem Gouvernement“ hinabgedrückt wurde.

Das von seiner Mutter verübte grelle Unrecht glich jedoch Kaiser Paul vollständig aus, der 1796 den alten Zustand der Gerichtsbehörden und der ständischen Landesverfassung völlig wiederherstellte <sup>4</sup>. Zur Zeit der Regierung seines Sohnes, des den Ostseeprovinzen wohlgesinnten Kaisers Alexander I. hat zwar die russische Bureaukratie den Versuch gemacht, im Dienste des von Katharina verfolgten Gedankens uniformer Reichsverwaltung die besonderen Rechte Livlands und Estlands restlos zu beseitigen, ist aber offenbar am Widerstande des Monarchen gescheitert.

Der erste Günstling und Vertraute Kaiser Alexanders I. nach seiner Thronbestei-

<sup>1</sup> Buengner: a. a. O., S. 30.

<sup>2</sup> Band I, S. 78.

<sup>3</sup> R. J. L. Samson von Himmelstjerna: „Über die Anwendung des schwedischen Rechts und der russischen Ukase in Livland“, im „Jahrb. für Rechtsgelehrte in Rußland“, herausg. von Erdmann Gustav von Broecker, II. Band, Riga 1824, S. 45. „Geschichtliche Übersicht der Grundlagen“ usw., S. 105; Bunge: „Einleitung in die Rechtsgeschichte“ usw., S. 272.

<sup>4</sup> Band I, S. 79. „Geschichtliche Übersicht der Grundlagen“ usw., S. 41.

gung war Dimitri Prokoffjewitsch Troschtschinsky<sup>1</sup>, ein Mann von geringer Herkunft, der außer der russischen Sprache keine andere verstand, es jedoch durch Fleiß und Tätigkeit zum Referenten und Hauptredakteuren bei der Person des Kaisers und schließlich sogar zum Justizminister (1814—1817) brachte<sup>2</sup>. Er war ein Mann der Schule Katharinas, der die Einheitlichkeit der Verwaltung aller Reichsteile mit Energie verfocht. In einer ausführlichen Denkschrift suchte er die Schäden nachzuweisen, die aus der uneinheitlichen Verwaltung der Gouvernements erwachsen<sup>3</sup>, und behandelte in diesem Sinn ausführlich Livland<sup>4</sup>. Er schilderte genau dessen auf Sonderrechten aufgebaute Gerichtsverfassung und Verwaltungsorganisation, um alsdann Vorschläge zu machen, „wie die Ordnung“ in Livland herzustellen sei<sup>5</sup>. Zu diesem Zweck mußte nicht nur das Landratskollegium, sondern auch der Rigasche Magistrat völlig beseitigt werden, da beide Institutionen „unmittelbar, unabhängig und unbegrenzt alle Zweige der Verwaltung in sich vereinigen“, und autonom handhaben<sup>6</sup>.

Zu dieser radikalen, von einem Bureaukraten der Epoche Katharinas ersonnenen Unterwühlung der baltischen Landesprivilegien kam es jedoch keineswegs, obgleich Kaiser Alexander I. die schon in der Bestätigungsurkunde Peters des Großen vorgesehene, sogenannte „Majestätsklausel“, die einem Widerspruch der Sonderrechte Livlands mit den Reichsgesetzen zu begegnen bezweckte, verschärfte. War er es doch gerade, der nicht nur jeden Angriff seiner Bureaukratie auf die livländischen Landesrechte zurückwies<sup>7</sup>, sondern grundsätzlich die innere Ausbildung und Konsolidierung der mit eigenen Rechten ausgestatteten Reichsteile begünstigte, ja sogar den Ostseeprovinzen durch Aufhebung der bauerlichen Unfreiheit eine besondere Trennungslinie von dem übrigen Rußland gab<sup>8</sup>. Der mit diesem liberalen Gedanken des Monarchen in völligem Widerspruch stehende Plan Troschtschinskys fiel dem Aktenstaube anheim, denn sein in den Begriffen des Alten grau gewordener Verfasser behielt nicht lange die Gunst Alexanders<sup>9</sup>. Überdies stand in Petersburg ein Livländer auf der Wacht, ein Mann von scharfsinnigem Geist und umfassenden theoretischen Kenntnissen: Gustav Freiherr von Rosenkampff, der als Obersekretär und erster Referent der Reichs-

<sup>1</sup> Geboren 1749, Okt. 26, gest. 1829, Febr. 26. A. H. Popow: „Schriftwechsel des Dmitri Prokoffjewitsch Troschtschinsky über die Ministerien“. „Sammelwerk der Russischen Historischen Gesellschaft“ 3. Teil, St. Petersburg 1868, S. 23 ff. (russisch).

<sup>2</sup> (Victor Hehn): „Das Leben des Grafen Speransky, von Baron M. von Korff“, „Baltische Monatschrift“, 4. Band, Riga 1861, S. 385 ff. Popow: a. a. O., S. 21 ff.

<sup>3</sup> Popow: a. a. O. S. 98 ff.

<sup>4</sup> Ebenda S. 102—155. Seine Denkschrift ist nicht datiert, doch muß sie jedenfalls nach 1810 verfaßt worden sein, da sie (a. a. O., S. 155) den Kaiserl. Befehl vom Jahre 1810 erwähnt: der Beschwerde des livl. Gouverneurs Iwan Repiew (1808—1811) über das Landratskollegium Folge zu geben.

<sup>5</sup> Ebenda S. 155.

<sup>6</sup> Ebenda S. 153.

<sup>7</sup> Band I, S. 79.

<sup>8</sup> Theodor Schiemann: „Kaiser Alexander I. und die Ergebnisse seiner Lebensarbeit“, Band I der „Geschichte Rußlands unter Nikolaus I.“, Berlin 1904, S. 495.

<sup>9</sup> (Hehn): „Das Leben des Grafen Speransky“ usw., a. a. O., S. 386.

gesetzkommission eine gewichtige Stimme auszuüben vermochte<sup>1</sup>. Er, der in Livland Richter gewesen war<sup>2</sup> und an der bürgerlichen Gemeindeverfassung Livlands tätig mitgearbeitet hatte, wußte die Eigenart seiner Heimat mit ihrem Landesrecht zu schützen. Aus diesen Gründen wäre die verwaltungsrechtliche Autonomie der Ostseeprovinzen auch dann unangetastet geblieben, wenn es, was aber nicht geschah<sup>3</sup>, zur Umgestaltung der Provinzialverfassungen Rußlands gekommen wäre. Die Regierung Alexanders I., weit davon entfernt, die autonomen Verwaltungsgrundsätze bevorzugter Reichsteile der Unifizierungsidee zu opfern, zeigte sich sogar gewillt, die privilegienmäßige Struktur Liv-, Est- und Kurlands durch gesetzgeberische Maßnahmen aufs neue zu festigen. Die schon von Peter dem Großen 1710 gemachte Zusicherung der Herausgabe eines livländischen Landrechts sollte endlich in Erfüllung gesetzt werden<sup>4</sup>. Die Reichsgesetzkommission erhielt wiederholt den Auftrag, ein Provinzialgesetzbuch vorzubereiten, infolge dessen im Jahre 1818 in den drei Ostseeprovinzen die Rechtsgelehrten eine eifrige Sammelarbeit entwickelten, die dazu führte, daß im Laufe von etwa zwei Jahren eine gewaltige Menge rechtlicher Unterlagen zum Beweise der Kraft und Ausdehnung des baltischen Sonderrechts zusammengebracht wurde<sup>5</sup>. Diese große Vorarbeit wurde schließlich unter Kaiser Nikolai I. im Jahre 1845 von der Kodifizierung des baltischen Provinzialrechts gekrönt<sup>6</sup>. Jetzt hatte die Ritterschaft ein Ziel erreicht, das länger als ein Jahrhundert im Mittelpunkt ihres Bestrebens gestanden hatte. Streng ständisch-korporativ organisiert, vom Staat geschützt, stand jetzt das Gemeinwesen des flachen Landes und der Städte Liv-, Est- und Kurlands, wie es schien, ein festes unantastbares Bollwerk des Deutschtums, für unabsehbare Zeit öffentlich-rechtlich gefestigt da.

<sup>1</sup> (Hehn): a. a. O., S. 399.

<sup>2</sup> Geboren am 5. Januar 1766 als Sohn des livl. Landrats Kaspar Heinrich von Rosenkampff auf dem Rittergut Kersel in Livland, gest. zu St. Petersburg am 16. April 1832, studierte in Leipzig 1783—1786, war Kreisrichter des Dorpater Kreises, hatte sich mehrfach auch publizistisch mit dem Problem der Verbesserung der bürgerlichen Zustände Livlands beschäftigt und war 1803 nach Petersburg berufen worden, um bei der Reichsgesetzkommission eine hervorragende Anstellung zu erhalten;

Tobien: „Die Agrargesetzgebung Livlands im 19. Jahrhundert“, I. S. 117, Anmerkung 2, und S. 258, Anmerkung 3;

„Vier Briefe eines Rigensers aus Petersburg vom Jahre 1805“ „Baltische Monatsschrift“, 66. Band, 1908, S. 95.

<sup>3</sup> Hehn: a. a. O., S. 392 u. 395.

<sup>4</sup> R. Baron Staël von Holstein: „Die Kodifizierung des baltischen Provinzialrechts“ „Baltische Monatsschrift“, 52. Band, 1901, S. 189 und 274.

<sup>5</sup> Im Juli 1820 waren nicht weniger als 7000 Rechtsquellen gesammelt worden, die unter 300 Real-Rubriken zusammengefaßt, in 50 Folio-Bänden nach Petersburg an die Reichsgesetzkommission gesandt wurden.

Dr. Sonntag: „Einige Nachrichten über die gegenwärtige Provinzial-Gesetz-Committeén der Ostseeprovinzen“ im „Jahrbuch für Rechtsgelehrte in Rußland“ herausgegeben von Erdmann Gustav von Broecker, I. Band, Riga 1822, S. 327.

<sup>6</sup> „Geschichtliche Übersicht der Grundlagen und der Entwicklung des Provinzialrechts“ usw., Allgemeiner Teil, S. 186 ff.; Bunge: „Einleitung in die Rechtsgeschichte“ usw., S. 303 ff.

Staël: „Die Kodifizierung“ usw., a. a. O., S. 278 ff.

Aber Nikolai I. war anders geartet, als sein älterer Bruder Alexander I., der der einzige Herrscher des 19. Jahrhunderts geblieben ist, der russifikatorische Maßnahmen verwarf und die griechische Kirche nicht als Mittel nationaler Propaganda benutzte<sup>1</sup>. Nikolai, der ausgeprägte und überzeugte Autokrat, unterlag der slawophilen Forderung — „Rechtgläubigkeit, Selbstherrschaft und Volkstümlichkeit“<sup>2</sup>. Er begann mit der Unterwühlung der Landesprivilegien, obgleich er sie „zeitlebens auf das allerentschiedenste zu verteidigen“ versprochen hatte. Unter seiner Regierung wurde, im stärksten Gegensatz zum Frieden von Nystadt<sup>3</sup>, die in Liv- und Estland als herrschend anerkannte evangelisch-lutherische Landeskirche zu einer neben der griechisch-orthodoxen Staatskirche nur geduldeten hinabgedrückt<sup>4</sup>. Er verbannte die der Ritterschaft zustehende Titulatur — „Ritterschaft des Herzogtums Livland“<sup>5</sup> — und gestattete seiner Bureaukratie die Einführung einer Reihe einzelner Reichsgesetze. So wurde das provinzielle Kriminalrecht, nachdem es bereits durch russische Gesetze über die Strafen und einzelne Verbrechen mehrfache Änderungen erlitten hatte, von der ersten Ausgabe des Reichsgesetzbuches („Swod“), Ausgabe vom Jahre 1832, verdrängt. Das am 15. August 1845 veröffentlichte Gesetz der Kriminal- und Korrekstrafen kam ohne Bedenken auch in den Ostseeprovinzen im ganzen Umfange zur Anwendung und ziemlich gleichzeitig wurden auch viele Bestimmungen des russischen Kriminalprozesses auf Liv-, Est- und Kurland ausgedehnt<sup>6</sup>. Weit mehr jedoch bedeutete, daß 74000 livländische Bauern durch trügerische Lokungen und vorgespiegelte weltliche Vorteile von der russischen Bureaukratie zum Übertritt in die griechisch-orthodoxe Staatskirche verleitet wurden. Sollte doch die Landeskirche, als eine die deutschen, lettischen und estnischen Bewohner Livlands ideell umschließende Schutzmauer zertrümmert werden<sup>7</sup>.

Sein schwächlicher, beständig schwankender Sohn Alexander II. ging in der Doppelseitigkeit seines Verhaltens zu Liv-, Est- und Kurland noch weiter als sein Vater. Er, der ein „Anwalt“ des Deutschtums in den Ostseeprovinzen sein zu wollen erklärt hatte, ließ sich von der feindlichen Stellungnahme der beständig an Einfluß gewinnenden Slawophilen zu den Ostseeprovinzen beherrschen und bereit finden, einem Regierungsprogramm bureaukratischer Provenienz beizustimmen, das für die Sonderstellung

<sup>1</sup> Schiemann: a. a. O., S. 496.

<sup>2</sup> Band I, S. 80 ff.

<sup>3</sup> Artikel 10 des Nystädter Friedens vom 30. August 1721;

Schirren: „Die Capitulationen“ usw., S. 115. (Buengner): „Rechtskraft und Rechtsbruch“ usw., S. 24.

<sup>4</sup> Band I, S. 176.

<sup>5</sup> Bruiningk: „Zur Geschichte der livländischen Privilegien“, „Baltische Monatsschrift“, 49. Band, 1900, S. 237.

<sup>6</sup> Bunge: „Einleitung in die Rechtsgeschichte“ usw., S. 296. A. Bulmerincq: „Rußland, Die deutschen Ostseeprovinzen“, „Deutsches Staatswörterbuch“, herausgegeben von Dr. J. C. Bluntschli und K. Brater, 9. Band, Stuttgart 1865, S. 23.

<sup>7</sup> Band I, S. 176 ff.

des Landes und die sie begründenden Privilegien verhängnisvoll wurde<sup>1</sup>. Er negierte völlig die Tatsache, daß Kaiser Nikolai I. im Jahre 1845 das „Provinzialrecht der Ostseegouvernements“ feierlich bestätigt hatte, damit die Sonderrechte Liv-, Est- und Kurlands „in Gewißheit und in ein System“ gebracht, in „ihrer Kraft und Geltung“ keine Änderung erlitten<sup>2</sup>. Und Kaiser Alexander II., obgleich von Sachkennern, die er sich persönlich ausgesucht hatte, gut beraten, beugte sich dennoch vor der slawophilen Allmacht und brach das Recht seiner getreuen Untertanen an der Ostsee, denen er in seiner Zwiespältigkeit ebenso häufig seine Freundschaft, wie das Gegenteil bekundet hatte<sup>3</sup>.

Noch blieben freilich die baltischen Gouvernements in der Sammlung der Reichsgesetze, Ausgabe vom Jahre 1876, nach wie vor in der Reihe der nach besonderen Verordnungen verwalteten Reichsteile aufgeführt, allein im selben Jahre wurde das ostseeprovinzielle General-Gouvernement, das für das baltische Gebiet von der größten und mit wenigen Ausnahmen auch von segensreicher Bedeutung gewesen war<sup>4</sup>, aufgehoben. Der Vereinigungsprozeß gestaltete sich dadurch fortgesetzt intensiver, daß nach und nach immer mehr Reichsbehörden in die Verwaltungsorganisation der Ostseeprovinzen eingefügt wurden<sup>5</sup>.

Noch schlimmere Zeiten brachen an, als Alexander III. seinem ermordeten Vater am 1./13. März 1881 folgte. Um darüber keinen Zweifel bestehen zu lassen, daß die Tage der Sonderrechte gezählt und die „vollständige Assimilation“ Livlands mit dem Reiche sein Ziel sei, schickte Alexander III. seinen jüngeren Bruder Wladimir nach Livland, damit er feierlich erkläre, daß der unbeugsame Wille des Herrschers fest und unentwegt auf die Verschmelzung der Ostseeprovinzen mit dem Reiche gerichtet sei<sup>6</sup>. Um einen noch offenkundigeren Beweis seiner, vom russischen Nationalismus bejubelten, ablehnenden Stellungnahme zu den Sonderrechten der Ostseeprovinzen zu erbringen, ließ Zar Alexander III. im Reichsgesetzbuch, Ausgabe vom Jahre 1892, erklären, daß Liv-, Est- und Kurland nicht andere, als nach der allgemeinen Verfassung verwaltete Gouvernements seien<sup>7</sup>. Hierbei mochte er der mit ebenso großer Sicherheit, wie Oberflächlichkeit von russischen Pseudojuristen aufgestellten These gefolgt sein, daß die Sonderrechte Liv- und Estlands, sowie der zu ihnen gehörigen Städte, vermöge gewisser Vorbehalte in den Bestätigungsurkunden, kurz „Majestätsklauseln“ genannt, jederzeit

<sup>1</sup> Band I, S. 83 ff., 108 und 115.

<sup>2</sup> Band I, S. 369.

<sup>3</sup> Ebenda, S. 83.

<sup>4</sup> Band I, S. 118.

<sup>5</sup> Bulmerincq: a. a. O., S. 27; Baron B. E. Nolde, Prof. am Petersburger Polyt. Institut Peters des Großen: „Umriss des Russischen Staatsrechts“, St. Petersburg 1911 (russisch), S. 409 ff.

<sup>6</sup> Ebenda, S. 88. Die inhaltsschwere Deklaration des Großfürsten Wladimir vom 30. Juni 1886 ist nicht, wie im Band I S. 88 irrtümlich gesagt ist, in der Dorpater Universitätsaula, sondern im Erdgeschoß des dem Grafen Ernst Manteuffel-Saarenhof gehörigen, am großen Markt in Dorpat belegenen Hauses erfolgt; Alexander Eggers: „Baltische Erinnerungen“, 1926, S. 163.

<sup>7</sup> Bruiningk: „Zur Geschichte der livländischen Privilegien“, a. a. O., S. 238.

von dem Souverän nach dessen freiem Belieben aufgehoben werden durften. Dieser vollkommen falschen Auffassung<sup>1</sup> folgte Alexander III. um so bereitwilliger, als er der Überzeugung lebte, daß Deutschland Verlangen nach dem jetzt russischen Gebiete der Ostsee, der einst ersten Kolonie des Deutschen Reiches im Osten, trage. Um nun der rivalisierenden Westmacht den Geschmack an dem Gegenstande ihrer Sehnsucht durch gründliche Russifizierung zu verleiden, überflutete er Liv-, Est- und Kurland in rascher Folge mit „Reformen“, die dieses Gebiet autonomer Entwicklung mit der sarmatischen Tiefebene „assimilieren“ sollten<sup>2</sup>. Allein die „Kronstünche“ war nicht tödlich. Äußerer, wenn auch schweren Verlusten stand der Gewinn an innerer Geschlossenheit gegenüber. Vor allem: die Macht der Regierung hörte an der Schwelle des Hauses auf<sup>3</sup>, und dieses war entscheidend. Das deutsche Baltentum wurde eine Einheit, in der es nur eine öffentliche Meinung gab: an der alten Tradition festzuhalten.

Wenn auch der Nachfolger Alexanders III. auf dem Throne der Romanows, Nikolai II., von dem mächtigen Ratgeber seines Vaters Konstantin Pobedonoszew bevormundet und von seiner Mutter, einer Tochter des dänischen Königspaares, beeinflußt, schon aus Gründen der Pietät jedes Abweichen von der Regierungspraxis seines Erzeugers verwarf, so setzte er doch in praxi die Verschmelzungspolitik nicht schlechtweg fort. Er beugte sich gelegentlich, wenn auch widerwillig, dem Geiste der neuen Zeit, räumte der Muttersprache Rechte ein und machte der Bekenntnisfreiheit Zugeständnisse. Entsprechend seinem schwankenden Charakter nahm er freilich alsbald das Dargebotene wieder zurück<sup>4</sup>. Immerhin aber vermochte die deutsche Oberschicht des Baltikums, die vor dem russischen Nationalismus keineswegs kapituliert hatte, in den 90er Jahren des vorigen Jahrhunderts wenigstens auf wirtschaftlichem Gebiet ein regeres Reformleben zu entwickeln. Dieser fruchtbaren Wirksamkeit setzte jedoch der Weltkrieg ein jähes Ende, der eine Massenpsychose gebar, die in wildester Gehässigkeit gegen alles Nichtrussische, vor allem gegen das Deutschtum in heftigsten Ausbrüchen wütete. Auf diesem unterwühlten Boden erwuchs nun unter den bodenständigen Bewohnern der Ostseeprovinzen jeglichen Volksstammes der feste Wille, sich von Rußland staatsrechtlich zu lösen.

Livland und Estland, Riga und Reval durften mit Recht feierlich erklären, daß sie sich von der bisherigen Untertanenpflicht entbunden erachteten, da dem ganzen Lande diejenigen Versprechungen nicht gehalten worden seien, die ihm manifest gegeben wurden, als es sich unter die russische Botmäßigkeit begab<sup>5</sup>. Völkerrechtlich begründet ein Rechtsbruch, der von einem vertragschließenden Teil ausgegangen

<sup>1</sup> Näheres bei: (Buengner): „Rechtskraft und Rechtsbruch“ usw., S. 71 ff.

<sup>2</sup> Band I, S. 88 und 173 ff.

<sup>3</sup> Heinrich Laakmann: „Lebensbedingungen des Baltischen Deutschtums“, „Baltische Stimmen“, Wochenzeitung für Stadt und Land. Dorpat, 10. Mai 1928, Nr. 18.

<sup>4</sup> Band I, S. 275.

<sup>5</sup> Schirren: „Livländische Antwort“, S. 132 und 159.



ist, stets die Statthaftigkeit des Rücktritts vom Vertrage für den gekränkten Teil<sup>1</sup>. Dieser gegen jede sophistische Interpretation gefeite Grundsatz<sup>2</sup> und die nicht wegzuschaffende Tatsache, daß, wie selbst der geschichtlich genugsam bekannte Reichskanzler und Minister des Äußeren des Kaisers Alexander II. Fürst Gortschakow eingestanden hatte: „die Bewohner der Baltischen Provinzen ihrer Landesprivilegien beraubt (privés)“ worden seien<sup>3</sup> — rechtfertigte hinreichend den reiflich überlegten Schritt, den die Ritterschaften von Liv- und Estland taten. Wie sie beim Abschluß des Friedens von Nystadt 1721 nicht etwa nur den Adel, sondern das ganze Land vertreten und Rußlands Botmäßigkeit anvertraut hatten<sup>4</sup>, so durften sie auch jetzt im Namen des gesamten Landes die Loslösung vom vertragsbrüchigen Rußland aussprechen und an das Deutsche Reich die Bitte richten: im Einvernehmen mit den von den Ritterschaften Kurlands und Oesels und von den bereits okkupierten Teilen Livlands gefaßten Beschlüssen, Estland und Livland unter den Schutz des Deutschen Reiches zu stellen<sup>5</sup>.

### Die Entscheidung

Es gelang, sowohl die Beschlüsse der verfassungsmäßigen Organe Liv- und Estlands, wie auch die große Anzahl von Kundgebungen weiter Bevölkerungsschichten über die Anrufung der Hilfe Deutschlands dem Oberstabe der Heeresleitung des Deutschen Reiches zuzuführen.

Mittlerweile war das Waffenstillstandsangebot der russischen Regierung erfolgt. In diesem Anlaß hatten die Vertreter der livländischen Ritterschaft in Berlin am 4. Dezember eine Eingabe bei der Obersten Heeresleitung gemacht, in der sie darauf hinwiesen, daß dieselben Bolschewiki, die um Waffenstillstand bäten, gleichzeitig, unmittelbar hinter der deutschen Front, die Stammesbrüder der Deutschen in unerhörter Weise vergewaltigten, und daß es daher nicht nur ein Gebot der Menschlichkeit, sondern auch der nationalen Ehre sei, die Räumung Est- und Livlands von der russischen Soldateska und der Roten Garde zur Bedingung des Waffenstillstandes zu machen. Die Oberste Heeresleitung nahm diese Eingabe günstig auf. Es dürfte nicht ihre Schuld sein, daß die erbetene Bedingung während der Waffenstillstandsverhandlungen in Brest-Litowsk nicht gestellt worden sei, äußerte sie. Der Umstand jedoch, daß dieses nicht geschah, erfüllte die Ritterschaftsvertretungen mit schwerer Sorge. Wie, wenn die beginnenden Friedensverhandlungen damit enden sollten, daß die noch nicht besetzten Teile der Provinzen Liv- und Estland bei Rußland blieben? Die Anarchie war hier im

<sup>1</sup> (Buengner): „Rechtskraft und Rechtsbruch“ usw., S. 28.

<sup>2</sup> Derselbe: a. a. O., S. 28.

<sup>3</sup> „Der Brief des Fürsten Gortschakow an die Kölnische Zeitung“, „Russisch-Baltische Blätter“ 1. Heft, Leipzig 1886, S. 83.

<sup>4</sup> Schirren: „Livländische Antwort“ S. 131 und 187; siehe auch Band I, S. 370.

<sup>5</sup> Beschluß des außerordentl. Landtages der livl. Ritter- und Landschaft, Dorpat, 31. Dezember 1917.

Wachsen begriffen. Zwar hatte sich in Estland ein estnischer Landtag konstituiert, der jedoch alsbald von den Maximalisten auseinander gejagt worden war<sup>1</sup>. Die estnischen Autonomisten begannen Verhandlungen mit der englischen Regierung, die natürlich die Gelegenheit ergriff, an der Ostsee festen Fuß zu fassen.

Im lettischen Teil Livlands hatte sich im Frühjahr 1917 der südlivländische Selbstverwaltungsrat aus Vertretern der Landgemeinden gebildet, neben den jedoch ein Rat der Landlosen trat, der von einem Kongreß der Landlosen unter Leitung der Sozialdemokraten gewählt worden war. Dieser begann seine Tätigkeit zugleich mit dem Selbstverwaltungsrat, schloß sich jedoch in der Folge mit ihm zusammen, so daß es nur einen republikanischen Gesamtrat gab. Die Vereinigung zeitigte aber wenig Ersprießliches, da die Radikalen in engem Zusammenhang mit den russischen wildpolitisierenden Truppenteilen standen und jede ordentliche Arbeit unmöglich machten<sup>2</sup>.

Reste der verwilderten russischen Soldateska zogen plündernd und brennend im Lande umher. Von ihnen wurden besonders Teile Estlands<sup>3</sup> heimgesucht. Flüchtlinge aus diesem Gebiet, die nach abenteuerlichen Irrfahrten durch Finnland über Stockholm in Berlin eintrafen, erschreckten durch ihre Berichte über grauenvolle Einzelheiten.

Das Bestreben der ritterschaftlichen Vertreter in Berlin war daher darauf gerichtet, die Deutsche Reichsregierung zu veranlassen, im Friedensvertrage mit Rußland die Räumung, womöglich die Abtretung Livlands und Estlands von den Russen zu fordern.

Als es sich herausstellte, daß infolge der eingeleiteten Friedensverhandlungen auch selbst eine vorübergehende Besetzung Livlands und Estlands durch das deutsche Heer ausgeschlossen und das zu erstrebende Ziel nur zu erreichen sei, wenn die Provinzen selbst ihre Staatszugehörigkeit zum russischen Reich auflösten, mußten sich die Vertreter der Ritterschaften zu dem schwerwiegenden Schritt entschließen, die Unabhängigkeit Livlands und Estlands der Russischen Regierung zu erklären. Am 28. Januar 1918 überreichte der livländische Kreisdeputierte Heinrich von Stryk-Tignitz in Gegenwart zweier Zeugen dem russischen Geschäftsträger in Stockholm Worowski die betreffende Erklärung, die vom 27. Januar 1918 datiert war (Anlage 1).

Der Vorgang an sich spielte sich kurz und sachlich ab<sup>4</sup>. Der Bevollmächtigte Livlands, Heinrich von Stryk übergab gleichzeitig mit der Erklärung Livlands auch die im Wortlaute übereinstimmende Erklärung Estlands, die vom stellvertretenden Ritterschaftshauptmann Baron Schilling unterzeichnet war. Begleitet wurde der Bevollmächtigte Livlands von dem stellvertretenden Vorsitzenden des Stockholmer Baltischen Ausschusses Baron Kruedener und dem Sekretär Leon Baron Campenhausen. Die Deklarationen wurden dem Vertreter der russischen Regierung Worowski

---

<sup>1</sup> Dellingshausen: a. a. O., S. 27.

<sup>2</sup> Walters: „Lettland“, S. 333 ff.

<sup>3</sup> Die Wiek, West-Harrien und Wierland; Landtagsbericht.

<sup>4</sup> Bericht Heinrichs von Stryk.

übergeben. Er las sie aufmerksam durch und erklärte sich sodann bereit, die Deklarationen seiner Regierung zur Entscheidung vorzulegen und dem livländischen Bevollmächtigten den Empfang zu quittieren, was er dann auch sogleich durch einige den Empfang bestätigende Zeilen tat. Dann fügte Worowski hinzu: ihm wolle scheinen, daß seine Regierung sich zu dem Schritt der baltischen Ritter- und Landschaften wohl ablehnend verhalten werde, weil sie die überlebte Institution der Ritterschaften nicht anerkenne und nur direkte Äußerungen von auf breitester demokratischer Basis fußenden Körperschaften beachten könne. Sollte etwa ein Referendum die Loslösung von Rußland aussprechen, so würde die russische Regierung sich dem freien Willen der Bevölkerung nicht widersetzen. Der Bevollmächtigte Livlands erklärte hierauf, daß die Ritter- und Landschaften Liv- und Estlands nach wie vor auf dem historischen Rechtsboden stünden. Ein einseitiges Abändern der Verfassung beider Provinzen durch die russische Regierung möge wohl einen Versuch darstellen, die Rechtslage zu verrücken, doch könne, weil die Einwilligung der Ritter- und Landschaften hierzu fehle, keinerlei Verfassungsänderung eintreten. Überdies liege der Beschluß der Delegierten des ganzen estnischen Volkes vom 28. November 1917 vor, der die Loslösung Estlands von Rußland ausspreche. Die Delegierten seien auf breitester demokratischer Basis gewählt worden. Aber nicht nur die Delegiertenversammlung, sondern auch eine sehr große Zahl von Vereinen hätte den gleichen Wunsch zum Ausdruck gebracht. Daher dienten zur Zeit beide Ritterschaften, unbeschadet ihres historischen Rechtes, gleichzeitig als Sprachrohre der Gesamtbevölkerung. Dem wiederholten Einwand, daß doch kein Votum eines Referendums vorliege, begegnete der Bevollmächtigte Livlands mit dem Hinweis, daß die russische Regierung doch nicht mit einem Begriff operieren dürfe, der in der breiten Masse des russischen Volkes gar nicht verstanden werde.

Nach diesem Gespräch verabschiedeten sich die Herren in höflichster Weise von einander.

Im Anschluß hieran fand sodann ein Besuch bei dem deutschen außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister in Stockholm von Lucius statt. Der deutsche Gesandte sagte zu, die ihm übergebenen Deklarationen seiner Regierung vorlegen zu wollen.

Die Hoffnung, daß der Zeitraum zwischen der Notifizierung der Unabhängigkeitserklärung und der Räumung der beiden Provinzen von der russischen Macht nur ein kurzer sein würde, schlug jedoch fehl. Die Verhandlungen in Brest-Litowsk, die zunächst zu dem Sonderfrieden mit der Ukraine führten, nahm die reichsdeutsche Regierung zunächst voll in Anspruch und ließ jedes andere Interesse zurücktreten. In dieser für Liv- und Estland überaus schweren Lage richtete der in Berlin lebende Geheimrat Professor Dr. Theodor Schiemann<sup>1</sup> an Kaiser Wilhelm wiederholt brieflich die Bitte, den unglücklichen Ländern seinen Schutz angedeihen lassen zu wollen. In einem Handschreiben an Schiemann sagte der Kaiser seinen Schutz ausdrücklich zu,

<sup>1</sup> Siehe oben S. 226.

falls die Vertreter der beiden Ritterschaften sich mit einer dahin gehenden Bitte an ihn wenden würden. In diesem Anlaß richteten die Vertreter der Ritterschaften Livlands und Estlands in Berlin, am 5. Februar 1918 (Anlage 2), ein Immediatgesuch an Kaiser Wilhelm. Inzwischen mehrten sich die schlimmen Nachrichten, die namentlich aus Estland böse klangen. Die unmittelbare Folge der dem russischen Gesandten in Stockholm überreichten Erklärung über die Loslösung Estlands von Rußland war, daß der estländische Ritterschaftshauptmann Eduard Baron Dellingshausen und andere Persönlichkeiten Estlands<sup>1</sup> wegen Propaganda für die Erklärung des Anschlusses an Deutschland von den Maximalisten verhaftet und in die Kasematten der russischen Festung Kronstadt verschleppt wurden, um als Geiseln gegen Deutschland ausgenutzt zu werden.<sup>2</sup> In dieser Not wandten sich die in Deutschland weilenden Vertreter der estländischen Ritterschaft Alfred Baron Schilling-Paddas<sup>3</sup> und Heinrich Baron Stackelberg-Mohrenhof<sup>4</sup> an den König von Sachsen sowie an den Generalfeldmarschall von Hindenburg und schließlich auch an den Deutschen Kaiser (Anlage 3, 4 und 5) mit der Bitte um Hilfe.

Die aus schwer bedrängtem Herzen an die Majestäten und Generalfeldmarschall von Hindenburg gerichteten Hilferufe kamen für viele Bewohner Est- und Livlands zu spät. Als die Bittgänge in Berlin und besonders die Eingabe der Landesvertretungen Liv- und Estlands vom 5. Februar 1918 den Bolschewiki bekannt geworden waren, sahen diese den Einmarsch des deutschen Heeres kommen und fürchteten die Rache der von ihnen gequälten „Gegenrevolutionäre“. Das „Ausführende Komitee des estländischen Arbeiter- und Soldatenrates“ erließ im Einverständnis mit der Regierung in Petersburg, einen Aufruf, durch den der „Krieg allen besitzenden Judassen“ angesagt wurde. Insbesondere erklärte das Komitee alle Personen, die zum baltischen Adel gehörten und von denen die Männer älter als 17 Jahre, die Frauen älter als 20 Jahre seien, als außerhalb des Gesetzes stehend. Dieses bedeutete nichts anderes, als daß eine jede von den bezeichneten Personen von jedem Proletarier arretiert werden durfte, ja mußte, um im Konzentrationslager als Geisel eingeschlossen zu werden<sup>5</sup>. Das gleiche tat wenige Tage später, am 19. Februar 1918, das in der livländischen Stadt Wenden sitzende ausführende Komitee des Wendischen Soldaten- und Arbeiterrats „Iskowend“, in-

<sup>1</sup> Landrat Fritz von Lüder, stellvertretender General-Superintendent Pastor Krause und 200 männliche und weibliche Glieder des estländischen Adels, sowie auch Esten.

<sup>2</sup> Dellingshausen: „Die Baltischen Landesstaaten“ usw., S. 27.

<sup>3</sup> Geboren am 24. September 1861 a. St. in Estland, absolvierte das Studium der Rechtswissenschaften an der Universität Dorpat im Jahre 1888, war 1902—1909 Kreisdeputierter, 1907—1912 Abgeordneter der Reichsduma, seit 1912 estländischer Landrat, gestorben in Reval am 12. November 1922. Besaß das Rittergut Paddas in Estland. „Album Estonorum“, Nr. 855.

<sup>4</sup> Geboren am 24. Juli 1869 in Estland, studierte in Dorpat 1888/II—1892/I politische Ökonomie, besaß und bewirtschaftete das Rittergut Mohrenhof in Estland, war 1918/II—1919/I Kriegsfreiwilliger im deutschen Reichsheer, Leutnant der Reserve, lebt seit 1920 in Deutschland. „Album Estonorum“ Nr. 987.

<sup>5</sup> Dr. E. Seraphim: „Zarenwillkür und roter Terror“, Königsberg, 1927, S. 156 ff.; Kaupisch: a. a. O., S. 36.

dem er seinen Unterorganen in den Städten Livlands die telegraphische Vorschrift erteilte, „den ganzen gegenrevolutionären Bestand“ zu verhaften und in das Innere des russischen Reiches zu verschicken<sup>1</sup>. Auf diese Weisungen hin wurden, am 19. Februar 1918, 205 weibliche und männliche Personen aus den kleinen Städten Livlands gezwungen, die Reise in das Elend, und zwar nach Jekaterinenburg am Ural anzutreten<sup>2</sup>. Ihnen mußten am 23. Februar 1918 n. St. aus Reval und Dorpat 362 Männer folgen, von denen 298 dem baltischen Adel angehörten. Sie erhielten die Stadt Krasnojarsk in Sibirien als Aufenthaltsort angewiesen<sup>3</sup>.

Nicht nur die deutschen Bewohner Estlands, sondern auch die estnischen wandten in dieser Zeit höchster Bedrängnis ihre Blicke nach Deutschland. Unter großer Lebensgefahr überschritt im Januar 1918 eine Abordnung estnischer Kleingrundbesitzer die russische Front, um bei der deutschen Obersten Heeresleitung und beim Auswärtigen Amt sofortige militärische Hilfe zu erbitten. Im Namen von 50 000 Kleingrundbesitzern estnischen Blutes erklärte sie Mitte Februar 1918 in Berlin die Lostrennung Nordlivlands und Estlands vom russischen Reich und den Anschluß dieser Gebiete an Deutschland<sup>4</sup>.

Die wiederholten, an die Majestäten und den einflußreichen Generalfeldmarschall gerichteten Hilferufe wurden endlich erhört. Am 19. Februar 1918 n. St. früh begann bei klarem Frostwetter das Vorrücken des 8. deutschen Armeekorps von Riga nach Norden<sup>5</sup>. Am 5. März hatten die deutschen Truppen in beispielloser Schnelligkeit Narva erreicht und das ganze Gebiet von Polangen bis Narva, also Alt-Livland, in ihre Hand genommen, überall von der gesamten erlösten Bevölkerung mit Freude begrüßt. Als die Vertreter der livländischen und der estländischen Ritterschaften, Heinrich von Stryk und Landrat Alfred Baron Schilling-Paddas am 23. Februar 1918 in Homburg vor der Höhe, wo das kaiserliche Hoflager war, empfangen wurden, konnten sie in ihrer Ansprache an Kaiser Wilhelm II. bereits ihren heißen Dank für die inzwischen erfolgte Befreiung von der russischen Schreckensherrschaft aussprechen. Sie knüpften hieran den Ausdruck der Hoffnung auf eine nahe schöne Zukunft, in der die drei Provinzen Liv-, Est- und Kurland dem Deutschen Reiche angegliedert sein würden und begrüßten den Kaiser als ihren erhabenen Landesherrn (Anlage 7). Der

---

<sup>1</sup> Siehe Anlage 6.

<sup>2</sup> L. Goertz-Wenden und E. Bergmann-Smlten: „Verschleppt. Erlebnisse während der Bolschewikenzeit“. Riga 1918, S. 9, 103 und 160.

<sup>3</sup> Seraphim: a. a. O., S. 158. Siehe auch: Baron Wilhelm Wrangell: „Die Verschleppung nach Sibirien im Jahre 1918“, „Balt. Monatschrift“, 59. Jahrg. 1928, S. 31 ff. K. von zur Mühlen, Pastor an der St. Nikolaikirche in Reval: „In Gottes Hand. Erlebnisse aus der Zeit meiner zweiten Verschickung nach Sibirien.“ Franz Kluge, Reval 1918. Arnold Baron Vietinghoff-Marienburg: „Zum Gedächtnis an die Errettung vor zehn Jahren (20. und 21. April 1918—1928)“, „Balt. Monatschrift“ 59. Jahrg. 1928, S. 223 ff.

<sup>4</sup> Kaupisch: a. a. O., S. 36.

<sup>5</sup> Kaupisch: a. a. O., S. 45.

Kaiser erwiderte in gnädigen Worten, ohne jedoch die zukünftige staatsrechtliche Stellung Liv- und Estlands zu berühren (Anlage 8).

Dasselbe warme Interesse für ihre bedrängte Heimat, wie bei dem Kaiserpaar, fanden die ritterschaftlichen Delegierten auch bei der ganzen kaiserlichen Umgebung, so daß sie beim Verlassen Homburgs die feste Zuversicht mitnehmen durften, daß Alt-Livland die langersehnte Ruhe endlich unter des Deutschen Kaisers starkem Schutz finden werde. Diesem Empfinden schienen die folgenden Ereignisse recht zu geben. In allen zahlreichen Kundgebungen des Kaisers, die er als Erwidierungen auf die ihm anläßlich des Friedensabschlusses mit Rußland zugegangenen Huldigungstelegramme erließ, sprach sich nicht nur ein tiefes Verständnis für die weltpolitische Bedeutung der Erwerbung des Baltenlandes, sondern auch ein lebhaftes persönliches Interesse für dessen Bewohner aus. Solches zeigte sich besonders in der telegraphischen Antwort, die Wilhelm II. auf das Huldigungstelegramm der livländischen Ritterschaft nach der Eroberung Dorpats, am 10. März 1918 dem residierenden Landrat Wilhelm Baron Staël von Holstein<sup>1</sup> zukommen ließ (Anlage 9).

Die livländische, sowie die estländische Ritterschaft stand jetzt vor der schweren Aufgabe: das Schicksal des ihnen anvertrauten Landes in die Hand nehmen und seine Zukunft entscheidend bestimmen zu müssen.

Den Ausgangspunkt bildete die völkerrechtliche und staatsrechtliche Stellung des Landes und seiner Organe, wobei in Betracht kam, daß die Ritterschaften, als die staatsrechtlich hierzu berufenen Organe, die Loslösung Livlands und Estlands von Rußland und damit deren Unabhängigkeit erklärt hatten. Mithin waren beide Territorien als autonome Staaten anzusehen, die sich unter den Schutz des Deutschen Reiches begeben hatten.

In dieser Hinsicht waren Livland und Estland der Ukraine und Finnland gleichzustellen, mit welchen Ländern sie auch in ein und demselben Artikel des Friedensvertrages von Brest-Litowsk behandelt worden waren. Jedoch bestand immerhin ein Unterschied von nicht zu unterschätzender Bedeutung. Während Rußland und das Deutsche Reich die Unabhängigkeit Finnlands und der Ukraine ausdrücklich anerkannt hatten, war dieses für Livland und Estland von keiner der beiden Mächte geschehen.

Der in Frage kommende Passus des Art. 6 des Brester Friedensvertrages vom 3. März 1918 lautete:

„Estland und Livland werden von einer Deutschen Polizeimacht besetzt, die dort die Sicherheit durch eigene Landeseinrichtungen gewährleistet, bis die staatliche Ordnung hergestellt ist.“

Es war also der erbetene Schutz nur für eine gewisse Spanne Zeit gewährt worden, innerhalb welcher die Provinzen „eigene Landeseinrichtungen“ zu treffen hatten, die aber ablief, wenn die staatliche Ordnung hergestellt worden war. Welcher Zustand dann einzutreten hätte, war nicht gesagt. Auf die seinerzeit für notwendig befundene

<sup>1</sup> Band I, S. 30.

Unabhängigkeitserklärung der Ritterschaften war leider nicht hingewiesen worden<sup>1</sup>. Berücksichtigte man, daß der Friedensvertrag von Brest-Litowsk zwischen den ehemals russischen, jedoch von Rußland staatsrechtlich bereits losgelösten und den zwar de facto, aber noch nicht de jure von Rußland abgetrennten Landgebieten unterschied, so war es klar, daß fast das gesamte Livland und Estland sich in einer sehr schwierigen, weil ungeklärten Lage befanden. Zu den der russischen Staatsgewalt zweifellos nicht mehr unterstehenden Gebieten gehörte Kurland, ferner die Stadt Riga und der halbe Rigasche Landkreis, endlich die Inseln Ösel, Dagö und Worms, also wertvolle Teile Liv- und Estlands. Das fernere Schicksal dieser bevorzugten Gebiete sollte nach Art. 3 des Brest-Litowsker Friedensvertrages von Deutschland und Österreich, im Einvernehmen mit der örtlichen Bevölkerung, bestimmt werden. Was dagegen war den noch nicht definitiv von Rußland losgelösten Teilen Est- und Livlands beschieden? Offenbar blieb es ihnen anheimgestellt, ihre Zukunft, im Einverständnis mit ihrer Schutzmacht Deutschland, selbst zu regeln, wobei es jedoch noch nicht entschieden war, welche staatsrechtliche Stellung ihnen zur Zeit zukäme, ob sie etwa trotz ihrer Unabhängigkeitserklärung, deklariert am 27. Januar 1918 in Stockholm<sup>2</sup>, noch zu Rußland gehörten, oder ob sie als autonom zu betrachten seien? Hieran änderte auch der Umstand kaum etwas, daß Deutschland mit vollem Erfolge die Freilassung der nach Sibirien verschleppten Liv- und Estländer<sup>3</sup> von Rußland gefordert, sie also völkerrechtlich als deutsche Untertanen behandelt hatte. Um zur Klarheit zu gelangen, mußte von dem in Stockholm am 27. Januar 1918 eingenommenen Standpunkt, daß in Est- und Livland die Ritterschaften die Staatshoheit repräsentierten und die noch ausstehende staatsrechtliche Regelung herbeizuführen hätten, ausgegangen werden. Es war daher Aufgabe der livländischen und der estländischen Ritterschaften, im Einvernehmen mit der die Schutzherrschaft ausübenden Macht, also mit Deutschland, die ungeklärte Lage so zu gestalten, daß das durch die Ereignisse vorgezeichnete und nicht nur von allen Deutschen, sondern auch von Esten und Letten ersehnte Ziel der endgültigen Loslösung von Rußland, der Vereinigung mit der Schwesterprovinz Kurland und der Angliederung an das Deutsche Reich erreicht werden könnte. Zu diesem Zweck mußte ein staatliches Organ aus allen Nationalitäten und Berufsständen der Länder geschaffen werden, dem mit Einverständnis der beiden Ritterschaften, sowie der Schutzmacht die Lösung des vorliegenden Problems oblag.

Im Hinblick auf diese Sachlage faßte der livländische Landtag am 22. März 1918 in Riga den Beschluß: eine Landesversammlung aus allen Nationalitäten und Berufsständen des Landes einmalig einzuberufen, die zur Unabhängigkeitserklärung vom 27. Januar 1918 Stellung zu nehmen und einen mit Estland gemeinsamen Landesrat aus ihrer Mitte zu wählen hätte, von dem die staatsrechtliche Ausgestaltung Liv- und

---

<sup>1</sup> Bericht des livländischen Landratskollegiums an den livländischen Landtag vom März 1918.

<sup>2</sup> Oben S. 236 f.

<sup>3</sup> Oben S. 239.

Estlands zu regeln wäre. Die Landesversammlung sollte aus 87 Personen bestehen, unter denen sich 32 Delegierte der Landgemeinden befänden, deren Wahl so gedacht war, daß die einzelnen Landkreise in je 4 Wahlbezirke geteilt und in ihnen die Gemeindeältesten aus ihrer Mitte je einen Vertreter erwählen sollten.

Diesen ihren Beschluß, der für die Zukunft Livlands viel verhiieß, krönte die livländische Ritterschaft mit dem Ausdruck „unauslöschlicher Dankbarkeit“ für den von Kaiser Wilhelm gewährten Schutz und die Befreiung vom russischen Joch und von der Vergewaltigung durch die Revolutionäre.

Am 10. April 1918 trat die konstituierende livländische Landesversammlung im Schloß zu Riga zusammen. Alle 87 Glieder waren erschienen, von denen 32 den Stand der Großgrundbesitzer, ebensoviele die bäuerlichen Landgemeinden, 10 die Städte außer Riga, das in der Stadtverordnetenversammlung sein eigenes Organ besaß, 4 die Ritterschaft, 8 die Geistlichkeit und 1 Delegierter die Universität Dorpat repräsentierten. Demnach bildete die livländische Landesversammlung ein der estländischen und der öselschen Landesversammlung, sowie der Rigaschen Stadtverordnetenversammlung koordiniertes Gebilde. Kurland, weil schon fast seit drei Jahren in deutscher Hand, vermochte eigene Wege zu beschreiten.

Waren auch alle 87 Glieder der Landesversammlung am 10. April im Schloß zu Riga erschienen, so waren sie doch nicht von gleichen Gefühlen beseelt. Offensichtlich trug die Landesversammlung, die nicht nur über die staatsrechtliche Zukunft Livlands zu befinden, sondern auch dessen Vertretung in die für das ganze Ostseegebiet als maßgebend gedachte parlamentarische Körperschaft, in den vereinigten Landesrat, zu entsenden hatte, einen ständisch-aristokratischen Charakter. Die Vertreter der Landgüter waren von den Kreistagen, an denen nur Großgrundbesitzer teilnehmen durften, bestimmt, während die Vertreter der Landgemeinden von den Gemeindeältesten des ad hoc gebildeten Wahlbezirkes aus ihrer Mitte gewählt worden waren. Die Vertreter der Ritterschaft, der Geistlichkeit und der Universität Dorpat hatten Standesgenossen, Amtsbrüder oder Kollegen delegiert. Somit war die livländische Landesversammlung nicht aus allgemeiner Volkswahl, sondern, wie in Kurland, aus Electionen einzelner ständischer Gruppen hervorgegangen. Man hat daher die Landesversammlungen und den von ihnen bestellten „vereinigten Landesrat“ nicht als vollgültige Exponenten des Volkswillens angesehen, sondern als auf dem „Befehlswege“ zustande gekommene Gebilde „zwangspolitischer“ Eigenart abgetan<sup>1</sup>. Die so urteilenden Kritiker ziehen jedoch nicht in Betracht, daß Kriegszeit niemals eine Volkswahl gestattet, die im gegebenen Fall um so weniger veranstaltet werden konnte, als es galt, rasch zu handeln.

Die mit Genehmigung der Deutschen Okkupationsmacht zum 10. April 1918 einberufene, im Schloß zu Riga tagende livländische Landesversammlung wurde vom Stabschef des 8. Armeekorps, Major Franz, im Namen des Oberbefehlshabers

<sup>1</sup> Walters: „Lettland“, S. 349.



Graf Kirchbach mit einer Begrüßung eröffnet, worauf Landrat Wilhelm Baron Staël von Holstein<sup>1</sup> einstimmig zum Vorsitzenden erwählt wurde. Er rief den lettischen Propst Karl Awoht, lutherischen Prediger zu Lösern, und den estnischen Propst Michael Jürmann, lutherischen Pastor zu Tarwast in Livland, an seine Seite. Die Versammlung votierte allem voran einstimmig dem Deutschen Kaiser und seiner ruhmreichen Armee ihren „unauslöschlichen Dank“ für die Befreiung der Länder vom schweren Joch<sup>2</sup> und billigte alsdann einstimmig die am 27. Januar 1918 in Stockholm erfolgte<sup>3</sup> Erklärung der Loslösung von Rußland und der Unabhängigkeit Livlands. Es wurde alsdann die Wahl von 23 Vertretern Livlands in den Landesrat vollzogen<sup>4</sup>, wobei nur 77 von den 87 Anwesenden mitstimmten. Vor Schluß der Sitzung gaben 8 Vertreter estnischer Landgemeinden zu Protokoll, daß sie an den Abstimmungen nicht teilgenommen hätten, weil sie sich hierzu nicht für genügend bevollmächtigt erachteten. Hierin lag ein Protest der Esten gegen den ständisch-aristokratischen Modus der Wahl der Landesversammlung, der später, wie wir sehen werden, in manifester Form wiederholt wurde.

Am 12. April 1918 tagte der für die weitere Gestaltung der Dinge maßgebende Landesrat und faßte wichtige Beschlüsse. Unter dem Vorsitz seines erwählten Präsidenten, des livländischen Landmarschalls Adolf Baron Pilar von Pilchau<sup>5</sup>, waren 24 Vertreter Livlands, 14 Delegierte Rigas<sup>6</sup>, ebenso viele Estlands und 5 Vertreter der Insel Ösel versammelt, zu denen sich in letzter Stunde noch ein Vertreter des an den estnischen Teil Livlands angrenzenden, von einem estnischen Volksstamm, den „Setukesen“ bewohnten Teils des Pleskauschen Gouvernements gesellte<sup>7</sup>. Die 58 Landesräte, unter denen sich 10 Letten und 13 Esten befanden, beschlossen einstimmig: 1. Den Deutschen Kaiser zu bitten, Livland und Estland dauernd unter seinem militärischen Schutz zu behalten und bei der endgültigen Durchführung der Loslösung von Rußland sie wirksam zu unterstützen; 2. den Wunsch auszusprechen, daß aus Livland, Estland, Kurland, den vorgelagerten Inseln und Riga ein monarchisch-konstitutioneller Staat mit einheitlicher Verfassung und Verwaltung gebildet und an das Deutsche Reich durch Personalunion mit dem König von Preußen angegliedert werde<sup>8</sup>.

Dieser einmütig gefaßte, schwerwiegende Beschluß der 58 Landesräte entsprach ihrer Überzeugung nach dem Willen der überwiegenden Mehrheit aller Bewohner Liv-

---

<sup>1</sup> Band I, S. 30.

<sup>2</sup> Protokoll der livländischen Landesversammlung vom 10. April 1918.

<sup>3</sup> Siehe oben S. 236 f.

<sup>4</sup> Der 24. Vertreter Livlands war ein Delegierter der Universität Dorpat; die Stadt Riga hatte 8—9 Vertreter von sich aus zu bestimmen.

<sup>5</sup> Band I, S. 74.

<sup>6</sup> 10 Stadtverordnete, je ein Vertreter des Polytechnikums, des Börsenkomitees, der Geistlichkeit und der Industrie Rigas.

<sup>7</sup> Über dieses eigenartige Landgebiet, das niemals mit Alt-Livland vereinigt gewesen ist, siehe oben S. 56f.

<sup>8</sup> Protokoll des Vereinigten Landesrates von Livland, Estland, Riga und Oesel vom 12. April 1918.

lands, Ösels und Estlands, zumal er sich mit den Wünschen deckte, die von der Stadtverordnetenversammlung Rigas am 20. März 1918 erklärt worden waren <sup>1</sup>. Es ist daher falsch, diesen Kundgebungen einen zwangspolitischen Charakter beizulegen <sup>2</sup>.

Eine besondere, vom Landesrate erwählte Abordnung, unter Führung des estländischen Ritterschafthauptmanns Eduard Baron Dellingshausen <sup>3</sup>, überbrachte diese Beschlüsse am 21. April 1918 dem Kanzler des Deutschen Reiches, Graf Hertling, der sich in Spaa, einem Flecken der belgischen Provinz Lüttich <sup>4</sup>, aufhielt, wo sich das Deutsche Hauptquartier befand. Die dort geführten Verhandlungen ließen erkennen, daß Kaiser Wilhelm von den Beschlüssen des vereinigten Landesrates freudig Kenntnis genommen habe und sie in wohlwollende Erwägung ziehen wolle. Die Deutsche Regierung hielt es jedoch für notwendig, daß die Bevollmächtigten des Landesrates der russischen sozialistischen föderativen Sowjet-Republik direkt verkündeten: „die Bevölkerung Livlands und Estlands habe von dem Recht, ihr Schicksal frei zu bestimmen, Gebrauch gemacht und die Loslösung von Rußland vollzogen“. Nachdem der Text der an die russische Regierung zu richtenden, entscheidenden Note zwischen der deutschen Obersten Heeresleitung und den Bevollmächtigten des Landesrates in längerer Verhandlung vereinbart worden war (Anlage 10), wurde sie am 13. Mai 1918 von den Vertretern Livlands und Estlands <sup>5</sup> in Berlin dem Bevollmächtigten der russischen Republik Joffe überreicht. Dieser verweigerte jedoch die Annahme der Note (Anlage 11), weil er der Auffassung war, daß in ihrer Entgegennahme aus den Händen der Vertreter Liv- und Estlands eine Anerkennung der in ihr erwähnten Beschlüsse erblickt werden könne. Joffe erklärte sich jedoch zum Akzept der Note bereit, falls sie ihm durch das „Auswärtige Amt“ der Deutschen Regierung übermittelt werde. Das geschah.

Die 12 Abgeordneten des Landesrates, die von Spaa aus auch Hindenburg den tiefsten Dank ihrer Länder für die Befreiung überbracht hatten, durften mit dem Ergebnis ihrer Reise zufrieden sein <sup>6</sup>.

<sup>1</sup> Beschluß der Rigaer Stadtverordnetenversammlung vom 20. März 1918, „Rig. Zeitung“ vom 22. März 1918, Nr. 68.

<sup>2</sup> Wie Walters: „Lettland“, S. 349, tut.

<sup>3</sup> Die Abordnung bestand aus den folgenden 12 Personen: Eduard Baron Dellingshausen, Leiter der Abordnung; Heinrich von Stryk, Vertreter der livländischen Ritterschaft; Karl von Brevern-Jagoval, Vertreter der estländischen Großgrundbesitzer; Bürgermeister Wilhelm von Bulmerincq und Stadtverordneter Rechtsanwalt Krastkahn, Vertreter Rigas; Bürgermeister Erhard Dehio und Stadtverordneter Tarrask-Dorpat, Vertreter der Städte außer Riga; Bürgermeister von Arensburg, Axel von Rehekampff, Vertreter Ösels; Pastor Traugott Hahn, Vertreter der Geistlichkeit; Karl Nurs, Vertreter der estländischen Landgemeinden; Johann Ottas, Vertreter der estnischen Landgemeinden Livlands; Jakob Waldmann, Vertreter der lettischen Landgemeinden Livlands.

<sup>4</sup> Arrondissement Verviers.

<sup>5</sup> Eduard Baron Dellingshausen, Heinrich von Stryk und Karl von Brevern.

<sup>6</sup> Bericht des Führers der Abordnung Eduard Baron Dellingshausen an den vereinigten Landesrat vom 18. Mai 1918, nebst 9 Beilagen.

Unterdes hatten estnische linksstehende Organisationen an den Oberbefehlshaber im Osten, den Generalfeldmarschall Prinz Leopold von Bayern, als er in Brest-Litowsk weilte, einen schriftlichen Protest des Inhalts übersandt, daß sowohl die Landesversammlung, wie auch der Landesrat nicht die Meinung des estnischen Volkes, sondern nur die einer kleinen deutschen Minderheit zum Ausdruck bringe. Der Prinz wird gebeten, dahin wirken zu wollen, daß die wahre „öffentliche Meinung des Estenvolkes“ zur Geltung gebracht werden könne<sup>1</sup>. Dieser Protest, der auch Joffe zu Ohren gekommen war, veranlaßte ihn, Staatssekretär von Kühlmann mitzuteilen, daß er die ihm übermittelte, von den Vertretern Liv- und Estlands am 13. Mai 1918 an die Regierung der Sowjetrepublik gerichtete Note über die Loslösung Liv- und Estlands von Rußland nicht als eine Willenskundgebung des ganzen Volkes anerkennen könne. „Tausende von Bürgern in ländlichen und städtischen Bezirken von Estland und Livland“ hätten offen Einspruch gegen die „künstliche und erzwungene Loslösung dieser Gebiete von Rußland erhoben“ (Anlage 12). Diese sich sichtlich in Übertreibungen ergehende Äußerung Joffes<sup>2</sup> blieb wirkungslos. Nachdem Rußland durch Art. 7 des am 27. August 1918 abgeschlossenen Ergänzungsvertrages zum Brester Frieden vom 3. März 1918 auf die Staatshoheit über Estland und Livland verzichtet hatte<sup>3</sup>, erklärte Kaiser Wilhelm am 22. September dem vereinigten Landesrat, daß das Deutsche Reich Livland, Estland, Riga und Ösel als „frei und selbständig“ anerkenne<sup>4</sup> (Anlage 13). Hiermit war die ganze große Verantwortung für die Zukunft Livlands, Estlands, Rigas und Ösels auf die Schultern des vereinigten Landesrates gelegt, der zur Zeit die einzige staatsrechtliche Vertretung dieser Landesgebiete bildete. Die Verantwortung war um so größer, als nicht nur die Bewohner des zum Gouvernement Pleskau gehörenden Gebietes Petschur, die „Setukesen“<sup>5</sup>, sondern auch die Vertreter lettischer, polnischer und deutscher Bevölkerung von Lettgallen den Landesrat um den Vollzug ihres Anschlusses an die Baltischen Lande gebeten hatten.

Die Vertreter der Stadt Petschur und einiger Landgemeinden des von „Setukesen“ und Esten bewohnten Teiles des Gouvernements Pleskau<sup>6</sup> waren schon vor der Be-

<sup>1</sup> Unterzeichnet ist der Protest von 6 Vertretern der „estnischen politischen Parteien“, und zwar: „des Verbandes der estnischen Landbevölkerung“, der „Estnischen Demokratischen Partei“, des „Estnischen sozialdemokratischen Arbeiter-Verbandes“, des „Verbandes der Dorpater estnischen gesellschaftlichen Organisationen“, des „Zentralverbandes der Nordlivländischen Landwirte“.

<sup>2</sup> In ihr war z. B. gesagt, daß in der Sitzung des Landesrates vom 12. April 1918 nicht weniger als 18 Gemeindeältesten von 21 erklärt hätten, sie seien widerrechtlich gewählt und daher nicht befugt, ihre Stimmen abzugeben. Tatsächlich waren jedoch am 12. April im vereinigten Landesrat nur 13 Gemeindeälteste anwesend, von denen keiner protestierte. Dagegen hatten, wie wir wissen (oben S. 243), in der livländischen Landesversammlung von 32 Vertretern der Landgemeinden 8 estnische Gemeindeälteste erklärt, daß sie, weil unrechtmäßig gewählt, nicht in der Lage seien, mitstimmen zu können.

<sup>3</sup> „Rigasche Zeitung“ vom 9. September 1918, Nr. 208.

<sup>4</sup> Protokoll des Präsidiums des vereinigten Landesrates vom 19./20. Oktober 1918; „Rigasche Zeitung“ vom 19. Oktober 1918, Nr. 243.

<sup>5</sup> Siehe oben S. 56 f.

<sup>6</sup> Die Gemeinden Petschur, Panikowitschi, Slobodka und Isborsk.

setzung des Gebietes Pleskau durch deutsche Truppen mit dem Gesuch hervorgetreten, Estland, dem sie geographisch und ethnographisch zugehörig zu sein überzeugt waren, angegliedert zu werden (Anlage 14).

Als das deutsche Heer auch in das Gouvernement Pleskau vorgedrungen und ein Verwaltungsbezirk Pleskau gebildet worden war, wurden die von Setukesen und Esten bewohnten Landgemeinden mit der Stadt Petschur zum Landkreise „Petschory“ zusammengefaßt, der in Oberamtbezirke zerfiel<sup>1</sup>. Die Erfahrungen, die die Bewohner des Kreises Petschory unter der deutschen Herrschaft in kurzer Zeit gemacht hatten, veranlaßten sie, den Oberkommandierenden, Generaloberst Graf Kirchbach, um die Vereinigung ihres Gebietes mit Livland oder Estland zu bitten. Graf Kirchbach begünstigte die Bitte und ließ einen Vertreter des Kreises Petschory an den Verhandlungen des vereinigten Landesrates teilnehmen<sup>2</sup>. Seinem Einfluß war es zu danken, daß die Ergänzungsverträge zum Brest-Litowsker Frieden die Vereinigung der Petschoryschen Gebiete mit Livland sanktionierten<sup>3</sup>. Jetzt sollte der vereinigte Landesrat den letzten Akt der Vereinigung vollziehen.

Auch die Bewohner „Lettgallens“ oder „Polnisch-Livlands“ wandten sich an den Landesrat mit der Bitte (Anlage 15), Lettgallen ebenso „zu retten“, wie mit Livland und Estland geschehen sei, und an Liv- und Kurland, zu denen es geschichtlich, kulturell, ethnographisch und wirtschaftlich gehöre, anzugliedern. In einer eingehenden Denkschrift vom 23. März 1918 hatten „Vertreter der lettischen, polnischen und deutschen Bevölkerung“ Lettgallens nachgewiesen, daß die drei Kreise des russischen Gouvernements Witebsk: Dünaburg, Rositten und Ludsen vor etwa 800 Jahren ebenso, wie Alt-Livland, dem „Einfluß der westlichen Kirche und der deutschen Kultur unterstellt“ worden seien, dessen „fruchtbringende Strahlen“ sie 400 Jahre lang bis zum Übergang an Polen (1558) genossen hätten. „Die segensreiche Tätigkeit deutscher Männer“ habe dahin gewirkt, „die Entwicklung und Zivilisation der örtlichen Bevölkerung vollkommen anders zu gestalten, als diejenige ihrer russischen Nachbarn von Pskow und Witebsk, die von den spärlichen Brocken der fernen, östlichen byzantinischen Kultur leben mußten“.

Die Lettgallen oder Halbletten, die Bewohner der Landschaft Tolowa, die sich seit dem 10. oder 11. Jahrhundert unter der Tributherrschaft der Russen befanden, hatten sich im 12. Jahrhundert, weil von ihren Nachbarn drangsaliert, den kolonisierenden Deutschen, sobald sie mit ihnen in Berührung kamen, freiwillig angeschlossen, um von den Bedrückungen durch Nachbarstämme bewahrt zu sein<sup>4</sup>. Sie waren dann mit dem Schicksal Alt-Livlands, der ersten Kolonie des heiligen römischen Reiches

<sup>1</sup> Verordnungsblatt für Liv- und Estland, Dorpat, den 15. Juli 1918, Nr. 30. Oberamtman war Graf von der Goltz, der Bruder des so bekannt gewordenen Befreiers von Finnland Grafen Rüdiger von der Goltz.

<sup>2</sup> Ferdinand Prahm.

<sup>3</sup> „Rigasche Zeitung“ vom 15. Mai 1918, Nr. 111 und 9. September 1918, Nr. 208.

<sup>4</sup> L. Arbusow: „Grundriß der Geschichte Liv-, Est- und Kurlands“, 4. Auflage, 1918, S. 23.

deutscher Nation<sup>1</sup>, verbunden gewesen, bis das geistlich-weltliche Staatswesen der altlivländischen Konföderation unter den gewaltigen Schlägen Iwan des Grausamen zusammenbrach und Livland (1561) eine polnische Provinz wurde<sup>2</sup>.

Lettgallen oder „Klein-Livland“, vulgär auch „Polnisch-Livland“ genannt, blieb, als Schweden durch den Waffenstillstand von Stumsdorf am 4./14. September 1635 Livland endgültig von Polen gewann, bei Polen zurück und wurde, als Litauen an das Szepter Rußlands kam (1772), zu Witebsk geschlagen<sup>3</sup>. Gleich nach der Überführung unter das Zarenszepter wurde in Lettgallen die übliche russische Regierungsmethode angewandt. Die katholische Kirche, der bei weitem die Mehrheit der Bevölkerung heute noch angehört, wurde in ihren Rechten beschränkt, das lettische, polnische und deutsche Schulwesen zerstört, der Druck lettischer und polnischer Bücher verboten<sup>4</sup>. Diese schematische Geistesdressur mußten als stumme Zeugen die Burgruinen der deutschen Ordensschlösser Dünaburg, Rositten, Wolkenburg und Ludsen, sowie die erzbischöflichen Burgen Marienhausen und Kreuzburg mit ansehen. Besonders die letzten 50 Jahre der anderthalbhundertjährigen russischen Herrschaft hatten das Land dem zersetzenden Einfluß des Moskowitertums preisgegeben<sup>5</sup>. Als überdies dort bolschewistische Horden ihr Wesen zu treiben begannen, schienen die Bewohner Lettgallens dem Untergange entgegensehen zu müssen, bis dann in der Zeit höchster Not das Einrücken deutscher Truppen Rettung und Wiederherstellung der zerstörten Eigentumsordnung brachte. Daß bei dieser Sachlage die Lettgallen den heißen Wunsch hegten, ihr Land möge von Rußland abgetrennt und mit Liv- und Kurland vereinigt werden, ist nur zu begreiflich.

Dem vereinigten Landesrat war nun die verantwortungsvolle geschichtliche Aufgabe zugefallen, die von Rußland losgelösten baltischen Lande zusammenzufassen. Die Lösung des Problems gestaltete sich schwierig.

Im Friedensvertrage von Brest-Litowsk vom 3. März 1918 war die Loslösung Kurlands von Rußland klar ausgesprochen, während das Schicksal Livlands und Estlands keine Klärung gefunden hatte. Es hieß dort nur, daß die militärische Besetzung durch deutsche Truppen so lange dauern dürfe, bis die eigenen Landesorgane die Verwaltung übernehmen könnten. Die Loslösung von Rußland war nicht ausdrücklich zugestanden worden. Dann hatte, wie gesagt, die vom Landesrat nach Spaa entsandte Abordnung in dessen Auftrage am 21. April 1918 durch den Reichskanzler Graf Hertling an Kaiser Wilhelm II. die Bitte gerichtet, daß aus Livland, Estland, Kurland, den vorgelagerten Inseln und Riga ein monarchisch-konstitutioneller Staat gebildet und dem Deutschen Reich durch Personalunion mit dem König von Preußen

---

<sup>1</sup> Band I. S. 3.

<sup>2</sup> Ebenda: S. 7.

<sup>3</sup> L. Arbusow, a. a. O. S. 230 und 288, Anmerkung.

<sup>4</sup> Denkschrift vom 23. März 1918. (Anlage 15).

<sup>5</sup> Paul von Keubler: „Lettgallen“ „Rig. Rundschau“, Nr. 240 vom 24. Oktober 1925.

angegliedert werden möge. Die Erfüllung dieser Bitte war jedoch an zwei Bedingungen geknüpft worden: die Zustimmung des Bundesrates und Reichstages zur Personalunion, und das Einverständnis der russischen Regierung mit der Loslösung Livlands und Estlands vom russischen Reich. Die zweite Bedingung hatte der Zusatzvertrag zum Brest-Litowsker Friedensvertrag am 27. August 1918 erfüllt, die erste Bedingung dagegen fand keine Erfüllung, vielmehr versagte der Bundesrat am 6. September 1918 dem Gedanken der Personalunion seine Genehmigung<sup>1</sup>. Hierbei mögen dynastische Erwägungen und das Bedenken, daß Preußen durch die Personalunion zu mächtig werden würde, mitgespielt haben. Es wurde geplant, in Finnland einen Prinzen von Hessen und in Litauen einen Prinzen aus dem Württembergischen Hause, den Herzog von Urach, regieren zu lassen. Den polnischen Thron beanspruchten die Habsburger und die Wittelsbacher hatten ebenfalls besondere Wünsche. Die Baltischen Lande sollten ein Herzogtum bilden, das einem nicht regierenden Hohenzollern zufiele<sup>2</sup>. In Kurland wurde dafür Stimmung gemacht, daß nicht in der Personalunion mit Preußen, sondern in der Berufung eines selbständigen Prinzen, etwa in der Person des Prinzen Adolf Friedrich von Mecklenburg<sup>3</sup>, die Lösung der brennenden Tagesfrage zu erblicken sei. Aus all diesen Gründen und namentlich weil die Deutsche Reichsregierung die Personalunion ablehnte, war in der Kundgebung Kaiser Wilhelms, in der er die Unabhängigkeit Liv- und Estlands anerkannte, mit keinem Worte der Personalunion gedacht. Ungeachtet dessen hoffte jedoch die deutsche Militärpartei bis zuletzt noch, die Zustimmung der entscheidenden Instanzen zu der Personalunion erlangen zu können und suchte daher dahin zu wirken, daß die Wahl eines Herzogs für das Baltikum nicht erfolge<sup>4</sup>, sondern daß die Vertretung des Landes nach außen zeitweilig einem zu bildenden Regentschaftsrat übertragen werde. Gleichzeitig wurde die Militärverwaltung der baltischen Lande in eine Zivilverwaltung umgewandelt und dem Landeshauptmann von Goßler anvertraut.

Unter diesen schwierigen Umständen trat zunächst der Ausschuß des vereinigten Landesrates am 19. und 20. Oktober 1918 im Schloß zu Riga zusammen und traf vor allem mit dem Landesrat von Kurland ein Abkommen, dem zufolge der Zusammenschluß Kurlands mit den übrigen Teilen des Baltikums als vollzogen anzusehen sei. Der so erweiterte Landesrat aller Baltischen Lande durfte, gemäß der von Kaiser Wilhelm II. am 22. September 1918 unterzeichneten Anerkennungsurkunde, als Träger der souveränen Gewalt dieser Landgebiete angesehen werden, dessen Exekutivorgan der vom Landesrat in seiner Sitzung vom 12. April konstituierte ständige Landesaus-

<sup>1</sup> Eduard Baron Dellingshausen an Baron Wrangell, 26. April 1926.

<sup>2</sup> Desgleichen, am 3. Mai 1926.

<sup>3</sup> Geboren zu Schwerin am 10. Oktober 1873 als Sohn des Großherzogs Friedrich Franz II. (gest. 1883) und seiner zweiten Gemahlin Marie, geb. Prinzessin von Schwarzburg-Rudolfstadt.

<sup>4</sup> Eduard Baron Dellingshausen am 3. Juni 1926 an den Verfasser dieses Buches.

schuß war<sup>1</sup>. Diesem Träger der souveränen Gewalt, dem vereinigten Landesrat, lag es nun ob, zwei Hauptaufgaben zu erfüllen: eine provisorische Landesregierung zu bilden, und sein Exekutivorgan, den Landesausschuß, mit der Ausarbeitung des Entwurfes einer Verfassung des Baltischen Staates zu betrauen. Am 7. November 1918 wählte der vereinigte Landesrat den „Regentschaftsrat“ als die provisorische Landesregierung<sup>2</sup>. Er bestand aus 8 ständigen und 3 stellvertretenden Gliedern. Von den 8 ständigen oder ordentlichen Gliedern gehörten 4 der deutschen<sup>3</sup>, je 2 der lettischen<sup>4</sup> und der estnischen Nationalität an<sup>5</sup>. Die 3 stellvertretenden Glieder repräsentierten die drei indigenen Volksstämme<sup>6</sup>. Kurland entsandte 2 Vertreter in den Regentschaftsrat<sup>7</sup>.

Die nächstliegende Aufgabe des Regentschaftsrates war, eine Verfassung zu schaffen, die zu verbürgen geeignet wäre, daß Gesetzlichkeit und Ordnung im jungen Staatswesen herrschten. Ein allgemeines, gleiches und direktes Wahlrecht war vom Landesrat verworfen worden, weil es der Anarchie die „Tür sperrangelbreit“ öffnen würde<sup>8</sup>, dagegen wurde daran gedacht, die Wahlen teils berufsständisch, teils nach dem allgemeinen und gleichen Wahlrecht vollziehen zu lassen, damit sich alle Landeseinwohner an ihnen beteiligen könnten. Als Grundsätze der Verfassung wurden fixiert:

1. Unantastbarkeit der Einzelperson wegen politischer und religiöser Überzeugung, sofern diese nicht gegen den Bestand des Staatswesens und der Religion gerichtet ist und in Taten umgesetzt wird;
2. Volle Bekenntnisfreiheit;
3. Unantastbarkeit sowohl des persönlichen, wie auch des korporativen Eigentums;
4. Unantastbarkeit der nationalen Eigenart, daher Gleichstellung der die Baltischen Lande bewohnenden Völkerschaften hinsichtlich der Befriedigung ihrer nationalen und kulturellen Bedürfnisse<sup>9</sup>.

Mit der Festsetzung des Prinzips, daß die Verfassung auf breiter Grundlage und mit Hinzuziehung aller Nationalitäten, auch der Russen und der Schweden Estlands, aufzubauen, dem ansässigen Teil der Bevölkerung jedoch der notwendige Einfluß auf die Landesverwaltung zu gewährleisten sei, schloß der vereinigte Landesrat am 8. November 1918 seine vielverheißenden Verhandlungen.

<sup>1</sup> Protokoll des ständigen Ausschusses (Präsidiums) des vereinigten Landesrates vom 19./20. Oktober 1918; „Rigasche Zeitung“ vom 21. Oktober 1918, Nr. 244.

<sup>2</sup> Protokoll des vereinigten Landesrates vom 7. November 1918.

<sup>3</sup> Landrat Adolf Baron Pilar von Pilchau, Stadtverordneter Wilhelm von Bulmerincq, Bankdirektor C. Höppener-Reval, Stadtverordneter J. Blau.

<sup>4</sup> Stadtverordneter Rechtsanwalt A. Krastkalm und Georg Jurmann.

<sup>5</sup> Rechtsanwalt L. Saar-Keerd und Stadtverordneter N. Tarrask-Dorpat.

<sup>6</sup> Friedrich von Samson-Himmelstjerna den deutschen, Rechtsanwalt Purgal den lettischen, Ingenieur Nurm den estnischen.

<sup>7</sup> Arved Baron Hahn und Agronom Bissenecks.

<sup>8</sup> Protokoll des vereinigten Landesrates vom 8. November 1918.

<sup>9</sup> Ebenda.

Am 9. November trat der Regenschaftsrat zusammen und erwählte, obgleich eine Reihe seiner Glieder nicht anwesend war<sup>1</sup>, Landrat Adolf Baron Pilar von Pilchau zum Vorsitzenden und Friedrich von Samson-Himmelstjerna<sup>2</sup> zum geschäftsführenden Gliede. Man ahnte nicht, daß an demselben Tage Kaiser Wilhelm II. dem Throne seiner Väter entsagt hatte und in das Exil gegangen war. Die befürchtete, von den Sozialdemokraten aber mit strahlender Freude begrüßte Revolution<sup>3</sup> war in Deutschland ausgebrochen und mußte auch die Baltischen Lande in den Strudel der Zeit fortreißen. Vorläufig arbeitete der Regenschaftsrat natürlich ruhig weiter, seine Pflicht erfüllend. Am 11. November stellte er noch dem von ihm erwählten Kommissar für auswärtige Angelegenheiten Heinrich von Stryk eine Vollmacht aus und beschloß die Formierung einer baltischen Landeswehr, die nach den Vorschlägen des Landrats Max von Sivers<sup>4</sup> aus freiwillig sich meldenden, kriegsverwendbaren und politisch zuverlässigen Landeseinwohnern aller Stände im Alter von 18—60 Jahren gebildet werden sollte. Reichsdeutschen Offizieren und Soldaten wurde der Zutritt zur Landeswehr gestattet. Die Bewaffnung sollte von der deutschen Heeresmacht geleistet, die Ausrüstung, sowie die Verpflegung dagegen vom Lande getragen werden. Die Aufgabe der Landeswehr, die der Oberbefehlshaber der deutschen Heeresmacht ins Leben zu rufen und zu befehligen hätte, wurde in der Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung innerhalb der heimatlichen Grenzen erblickt. Die Formierung sollten Landeswehrkommissionen besorgen, die unter Vorsitz eines vom deutschen Oberbefehlshaber ernannten Offiziers, aus zwei baltischen Deutschen und zwei Letten bzw. Esten zu bestehen hätten<sup>5</sup>. Es wurde geplant, im ganzen 22 Kompagnien mit 4600 Mann zu bilden, und zwar:

für Riga 3 Kompagnien zu 250 Mann	750 Mann
für Livland 10 Kompagnien zu 200 Mann	2000 Mann
für Kurland 8 Kompagnien zu 200 Mann	1600 Mann
Stoßtrupp	250 Mann
	<u>4600 Mann</u> <sup>6</sup>

Der Kommandeur der Landeswehr sollte von dem Oberbefehlshaber der deutschen Truppen gestellt<sup>7</sup> und ihm ein von der baltischen Regierung ernannter Offizier beigegeben werden.

Wie sehr der Regenschaftsrat noch am 18. November der Meinung war, er sei

<sup>1</sup> Die estnischen Mitglieder waren verweist.

<sup>2</sup> Geboren am 7./19. November 1872 auf dem Rittergut Raue in Livland, absolvierte 1894 das Studium der Rechtswissenschaft auf der Universität Dorpat, war 1896—1902 Rechtsanwalt und seitdem livl. Ritterschaftssekretär; „Album Livonorum“ Nr. 1025.

<sup>3</sup> August Winnig: „Am Ausgang der deutschen Ostpolitik“, Berlin 1921, S. 21.

<sup>4</sup> Band I. S. 442.

<sup>5</sup> Protokoll des Regenschaftsrates vom 11. November 1918, nebst beigelegter Instruktion für die Bildung der baltischen Landeswehr; „Rigasche Zeitung“ vom 12. November 1918, Nr. 262.

<sup>6</sup> „Rigasche Zeitung“ vom 20. November 1918, Nr. 262, und 9. Dezember 1918, Nr. 285.

<sup>7</sup> Alfred Fletcher: „Die Baltische Landeswehr“, „Baltische Blätter“, Berlin, 1. März 1929, Nr. 5.



Herr der Lage und könne seinen schöpferischen Willen betätigen, lehrt der Beschluß vom selben Tage: die Gründung einer baltischen Notenbank in Angriff zu nehmen<sup>1</sup>.

Doch bald traten rasch aufeinander folgende Ereignisse ein, die eine gänzlich veränderte Lage schufen. Schon am 15. November war es in Riga bekannt geworden<sup>2</sup>, daß die aus der Revolution hervorgegangene republikanische Regierung Deutschlands den Sozialdemokraten aus Hamburg, Redakteur August Winnig zum Reichskommissar für die Baltischen Lande ernannt habe. Dem neuen Reichskommissar, der bereits im Juli 1918 eine Studienreise hierher unternommen<sup>3</sup> und die verwickelten Verhältnisse dieses Gebietes kennen gelernt hatte, wurde von der Bevölkerung Vertrauen entgegengebracht, dessen er sehr bedurfte, weil das nach russischem Muster in Deutschland organisierte Institut der Soldatenräte auch in Riga seine unheilvolle Rolle zu spielen und die altbewährte Disziplin des deutschen Heeres zu unterwühlen begann. Vorläufig freilich gelang es noch, die Besonnenheit zu wahren und Richtlinien für die schwierige Frage des Abtransportes der deutschen Truppen aus den Baltischen Landen festzustellen und einzuhalten. Hierzu trug nicht wenig das überlegt redigierte Organ des Rigaer Soldatenrates, die Zeitung „Das neue Deutschland“, bei; vor allem aber war es die ruhige Haltung des Reichskommissars August Winnig, die zunächst noch von günstigem Einfluß war. Für die Aufrechterhaltung der äußeren Ordnung und zum Schutz der Stadt Riga wurde am 16. November die Landeswehr formiert und in ihr eine militärische Organisation geschaffen, die Personen aller Nationalitäten und Parteien umfaßte, soweit sie auf dem Boden der Ordnung standen und bereit waren, Versuche bolschewistischen Terrors zu verhindern.

Die Vorgänge in Deutschland mußten natürlich alsbald ihre Wirkung auf das lettische Volk ausüben und in ihm die republikanischen Zukunftsgedanken zur Reife bringen, dieschon lange in ihm genährt worden waren. Am 18. November 1918 wurde die lettische Republik in Riga verkündet, wogegen der Regentschaftsrat bei der Deutschen Regierung sofort Verwahrung mit der Begründung einlegte, daß neue Staatsbildungen in den Baltischen Landen nur durch die europäische Friedenskonferenz genehmigt werden könnten und zu ihrer Voraussetzung die Einberufung einer, aus Vertretern aller Bevölkerungsgruppen und Nationalitäten bestehenden, konstituierenden Versammlung haben müßten<sup>4</sup>. Jedoch nur wenige Tage später, am 20. November 1918, gelangte der Landesausschuß zu der Entschlieûung, daß die Regierung der Baltischen Lande dem Vertreter derjenigen Macht unterstellt sein müsse, die ihren Schutz übernommen habe, also dem Deutschen Reichskommissar. Maßgebend für diese entscheidende Stellungnahme war die Erwägung, daß die verschiedenen Parteien sich voraussichtlich

---

<sup>1</sup> Protokoll des Regentschaftsrates vom 18. November 1918.

<sup>2</sup> „Rigasche Zeitung“ vom 16. November 1918, Nr. 266.

<sup>3</sup> Winnig: a. a. O. S. 5.

<sup>4</sup> Protokolle des Regentschaftsrates vom 18. und 20. November 1918. Der Regentschaftsrat an die Deutsche Reichsregierung am 19. November 1918, Nr. 85; „Rigasche Zeitung“ vom 21. November 1918, Nr. 270.

nicht auf ein gemeinsames Programm einigen könnten, sondern bis zur Vergewaltigung der einen Gruppe durch die andere sich gegenseitig bekämpfen würden. Die reichsdeutsche kommissarische Verwaltung sollte bis zu dem Zeitpunkt dauern, da die völkerrechtliche Stellung der Baltischen Lande geklärt und eine, die bürgerlichen Freiheiten und Rechte aller Landeseinwohner gewährleistende Verfassung geschaffen worden sei. Den am 18. November ins Leben gerufenen lettischen Volksrat lehnte der Landesausschuß ausdrücklich ab, weil er seine Entstehung nicht etwa dem allgemeinen Volkswillen verdanke, sondern lediglich den Zusammenschluß von lettischen Parteien bedeute, also ein Kunstprodukt darstelle. Er dürfe keine Anerkennung beanspruchen, da in der baltischen Metropole (Riga) die Bevölkerung nichtlettischer Herkunft die Mehrheit bilde, die gleich den bürgerlichen Letten Rigas den Volksrat ablehne. Überdies stehe keineswegs fest, wie sich das flache Land zum Volksrate stelle<sup>1</sup>. Dieser an die Deutsche Reichsregierung gerichtete Protest half jedoch ebensowenig<sup>2</sup>, wie die durch das Schwedische Außenministerium den anderen europäischen Mächten übermittelte Verwahrung<sup>3</sup>. Was aber tat der am 14. November 1918 zum Generalbevollmächtigten des Deutschen Reiches für die „Baltischen Lande“ ernannte Sozialdemokrat? Winnig verfolgte das Ziel, das ihm anvertraute Landgebiet politisch und wirtschaftlich auf die Seite Deutschlands zu bringen und zugleich die innerhalb dessen Grenzen lebenden „Stammesbrüder“ vor Unbill und Gewalt zu schützen. In diesem Sinne hatte er schon mit der am 13. November 1918 in Reval ausgerufenen estnischen Republik<sup>4</sup> Verhandlungen gepflogen, diese mithin gebilligt. Er rechnete auch mit der Bildung der lettländischen Republik als mit einer vollendeten Tatsache, erkannte den Volksrat als die Vertretung Lettlands temporär an<sup>5</sup> und erblickte in der lettländischen Regierung ein Provisorium, das solange zu bestehen habe, bis von dem Friedenskongreß, der über die zukünftige Lage Lettlands auf Grund des Selbstbestimmungsrechtes der Völker zu befinden habe, die Entscheidung getroffen sei.<sup>6</sup> Die deutsche Zivilverwaltung übergab am 26. November die Verwaltung „innerhalb der ethnographischen Grenzen des lettischen Landes“ dem Organ der „temporären lettländischen Regierung“<sup>7</sup> und löste sich hiermit auf. Der Regentschaftsrat aber schloß am 28. November 1918 seine kurze Tätigkeit mit einem schroffen Protest gegen Winnigs Verfahren „bis zur volksrechtlichen Klärung der Baltischen Frage“<sup>8</sup>. Auch dessen Exekutiv-Organ, der Landesausschuß, stellte natürlich seine Wirksamkeit ein.

<sup>1</sup> Protokoll des Landesausschusses vom 20. November 1918; der Landesausschuß an den Generalbevollmächtigten des Deutschen Reiches in den Baltischen Landen am 21. November 1918, Nr. 92.

<sup>2</sup> Harald von Rautenfeld: „Der 16. April 1919“, „Baltische Blätter“ vom 15. April 1929, Nr. 8.

<sup>3</sup> Protokoll des Landesausschusses vom 20. November 1918.

<sup>4</sup> Vgl. oben S. 216.

<sup>5</sup> Winnig, a. a. O. S. 36 ff., 39 f. u. 54.

<sup>6</sup> August Winnig an den Präsidenten der lettländischen Provisorischen Regierung am 26. November 1918.

<sup>7</sup> „Rigasche Zeitung“ vom 27. November 1918, Nr. 275.

<sup>8</sup> A. Baron Pilar von Pilchau, Vorsitzender des Regentschaftsrates, an den Generalbevollmächtigten

Zum dritten Mal hatte sich der 28. November in der Geschichte Livlands als ein markanter Tag erwiesen. Am 28. November 1561 wurde Livland polnisch, am 28. November 1889 die alte deutsch-schwedische Justizverfassung fortgesetzt und durch eine russische ersetzt <sup>1</sup>, am 28. November 1918 die deutsche autonome Verwaltung Livlands zu Grabe getragen. Eine tief in die geschichtlichen Verhältnisse Livlands eingreifende Veränderung war zum Abschluß gelangt. Das baltische Deutschtum, dessen Oberschicht keineswegs nur aus dem grundbesitzenden Adel bestand<sup>2</sup>, war nichtdeutscher Übermacht preisgegeben, die älteste Kolonie des Deutschen Reiches, die auf der Grundlage der Kriegsgenossenschaft und der Heeresfolge im Kampf um die Segnungen des westlichen Kulturkreises den Eingeborenen Recht und Frieden gebracht hatte<sup>3</sup>, war vom deutschen Mutterlande wieder einmal seinem Schicksal überlassen worden<sup>4</sup>.

#### 4. Kapitel

### Die Entstehung des Lettländischen Staates

Die Staatswerdung Lettlands ist nicht, wie fälschlich behauptet wird<sup>5</sup>, ein seit Generationen in Angriff genommenes Werk. Sie als Folge der lettischen Revolution des Jahres 1905/06 hinzustellen erscheint nach lettischem Urteil nicht minder irrig. In Wahrheit sproßten die Wurzeln des lettischen Staates auf dem Boden, der die russische Revolution von 1917 entstehen ließ. Am 3./16. März 1917 war Nikolai II. im Kampf mit der Reichsduma um ein verantwortliches Ministerium unterlegen und hatte dem Thron seiner Vorfahren entsagt. Eine „temporäre Regierung“ ersetzte das zarische Regiment und beschenkte die Bewohner Rußlands mit einem Füllhorn von Freiheiten. Allgemeines, gleiches, geheimes und direktes Wahlrecht, Abschaffung der Polizei, Zensur und der Todesstrafe, Glaubens- und Sprachtoleranz, keinerlei Beschränkungen, sondern Freiheit für alle Christen und Juden, Männer und Frauen, reich und arm<sup>6</sup>. Das war das fast zu große Programm der neuen Machthaber, unter denen Fürst Lwow, Präsident der temporären Regierung, Minister des Äußeren und Freund der Engländer, der Kriegsminister Gutschkow, der Unterrichtsminister Manuilow und nicht an letzter Stelle der Justizminister Kerenski die bemerkenswertesten Gestalten waren. Ihnen stand Rodsianko als Präsident der Reichsduma würdig zur Seite.

---

des Deutschen Reiches in den Baltischen Landen, am 28. November 1918, Nr. 106; Protokoll der letzten Sitzung des Baltischen Regentschaftsrates vom 28. November 1918.

<sup>1</sup> Band I, S. 500.

<sup>2</sup> Wie Winnig a. a. O., S. 56 richtig betont.

<sup>3</sup> Karl von Freymann: „Über den Geist der livländischen Kolonisation“, „Baltische Monatsschrift“, 58. Band 1904, S. 39.

<sup>4</sup> Arbusow: „Grundriß der Geschichte Liv-, Est- und Kurlands“, S. 180.

<sup>5</sup> Walters: „Lettland“, S. 325 und 359.

<sup>6</sup> Dr. Wilhelm Lieven: „Das Rote Rußland“, Tagebuchblätter 1917, S. 12 ff.

Diesen Männern der Tat trat jedoch in Petersburg sofort eine Nebenregierung in Gestalt des Rates der Arbeiter- und Soldaten-Delegierten gegenüber, der sich eine Art Kontrolle über die neue Gewalt anmaßte. Es konnte nicht ausbleiben, daß diese Vorgänge in Petersburg die nachhaltigste Einwirkung auf die Letten ausübten.

Am 8./21. März tagt in Riga die erste allgemeine Versammlung der Soldaten-Delegierten im großen Stadttheater. Am 10./23. März, dem Tage der Freiheit, findet eine gewaltige Straßen-Demonstration des Militärs statt. Die liberalen Glieder der Reichsduma Jermolow, Efremow und Makagon treten in Riga als Sendboten der neuen Regierung auf, halten auf offener Straße Reden und küssen sich öffentlich mit dem Kommandierenden der um Riga stehenden 12. Armee, Radko-Dimitriew. Im Schloß werden die Stadtverordneten unter dem Vorsitz des Rechtsanwalt Krastkaln versammelt und müssen die feierlichen Reden Jermolows und Efremows anhören. Bei diesem Freiheitsfest vertritt Peter Sahlit das von den Deutschen okkupierte Kurland, und Goldmann die Stadt Riga. Beide sind Männer, die in der Reichsduma eine führende Rolle gespielt haben und später im lettländischen Staat eine hervorragende Stellung einnehmen.

Viel bedeutsamer jedoch für die Zukunft, als dieses Fraternisieren der Letten mit den Russen auf Straßen und Meetings, ist der all-lettische Kongreß, der am 12./25. und 13./26. März 1917 in der livländischen Kreisstadt Wolmar stattfindet und die autonome Republik „Latwija“ ausruft, die Südlivland, Kurland und das vom Gouvernement Witebsk abzutrennende Lettgallen umfassen soll. Am 15./28. März durchziehen lettische Bataillone die Straßen Rigas, um mit den Waffen den Gedanken der lettischen Autonomie zu stützen. Sie erklären den Krieg mit Deutschland solange fortsetzen zu wollen, bis Kurland mit Südlivland vereinigt ist. Die Russen beginnen bereits mit Besorgnis auf die zentrifugalen Bestrebungen der Letten zu blicken. Es wird in Riga ein zeitweiliger livländischer Landesrat begründet, der in seiner dritten Sitzung am 8./21. April unter dem Präsidium des Agronomen M. Skubin und in Gegenwart der Reichsdumaglieder Goldmann und Sahlit wichtige Beschlüsse faßt. Aus den Protokollen der Verhandlungen geht hervor, daß der livländische Landesrat nur als eine Instanz gedacht ist, die im Einvernehmen mit den Soldaten- und Arbeiterdeputierten und den Exekutivkomitees der lettischen Regimenten einen Entwurf zur zeitweiligen Verwaltung Lettlands auszuarbeiten hat. Lettland wird noch als das „Gouvernement Livland“ bezeichnet und soll von einem Gouvernements-Rat, der aus Delegierten der Landkreise und Städte zu bestehen hat, in Gemeinschaft mit dem Gouvernements-Kommissar verwaltet werden<sup>1</sup>.

Zum Gouvernements-Kommissar ist der den rechtsstehenden Letten angehörende Rechtsanwalt Krastkaln von der russischen Regierung ernannt worden, doch verlangt der Rat der Soldaten- und Arbeiter-Delegierten (schon am 27. März), daß der sozialdemokratische Reichsdumaabgeordnete Preedkaln Gouvernements-Kommissar

<sup>1</sup> „Jaunakas Sinas“ (Neueste Nachrichten), Nr. 92 vom 9. April 1917.

werde. Immer mehr zeigt es sich, daß das Komitee der Rigaer Arbeiter, das etwa 3000 Arbeiter vertritt, in Riga und auch auf dem flachen Lande sich das Heft in die Hände zu spielen bestrebt ist. In Riga haben sich 5 Parteien gebildet:

1. die lettische sozialdemokratische Arbeiterpartei, etwa 300 Mann stark;
2. die Partei der lettischen Sozialrevolutionäre, die Arbeiter, Intelligenz, Bauern und andere arbeitende Volksklassen umfaßt;
3. die lettische radikal-demokratische Partei, welche die links stehende Intelligenz vereinigt;
4. der lettische demokratische Verband, der Arbeiter und Angehörige des, die unteren Stufen der Gesellschaft einnehmenden, Mittelstandes zu seinen Mitgliedern zählt;
5. der lettische republikanische Verband, der die wohlhabende lettische Bourgeoisie umschließt und die Expropriation der Landgüter und Kirchenländereien fordert, um auf die Masse Eindruck zu gewinnen.

Am 18. April/1. Mai 1917 wird der internationale Arbeiterfeiertag zwar auch in Riga zu Ehren des lettischen Nationalstaates mit Straßenaufzügen, Konzerten, Bällen, Maskeraden u. a. gefeiert, doch versinkt die Manifestation in der großen Masse russischer Soldaten, die vorläufig noch immer die ersten Herren in Riga sind <sup>1</sup>.

Auf dem flachen Lande gewinnen die Landarbeiter die Macht, die am 16./29 und 17./30. April einen Kongreß abhalten und unter der Führung von zum Teil unreifen Jungen und Studenten folgende radikale Beschlüsse fassen: die temporäre lettische Regierung besteht in ihrer Mehrzahl aus Gliedern der besitzenden Klasse, kann daher nicht als Vertreterin der Wünsche des Volkes angesehen werden und zwar, weil sie, von Sonderinteressen geleitet, der Gegenrevolution zuneigt. Daher muß der Rat der Arbeiter- und Soldatendelegierten deren Tätigkeit auf das allerschärfste kontrollieren. Von den Gutsherren Lettlands sind die 10 Millionen Rubel, die sie vor Jahren von der Regierung für die Monopolisierung des Schankrechts der Rittergüter als Entschädigung erhalten haben, beizutreiben. Überdies sind von den Gutsbesitzern 60 Millionen Rubel, die sie von den Bauern erpreßt haben, zurückzufordern <sup>2</sup>. Alles Land, das den Gutsherren und der Kirche gehört, ist sofort kostenlos zu konfiszieren und den Landarbeitern zu übergeben.

Immer mehr gewinnen in Riga der „Iskosol“ <sup>3</sup>, d. h. das ausführende Komitee der Soldatenräte der hier stationierten 12. Armee, ferner der Rigaer „Iskorad“ <sup>4</sup>, d. h. das Organ der Arbeiterdeputierten, und endlich der „Iskolastrell“ <sup>5</sup>, d. h. das ausführende Komitee der lettischen Schützen, die Oberhand. Wenn trotz der Unzahl von Organi-

<sup>1</sup> Lieven: a. a. O. S. 36 ff.

<sup>2</sup> Gemeint ist hier wahrscheinlich ein Teil der Summe, die von den Bauern den Gutsherren für die Ablösung der Frondienste zu zahlen war.

<sup>3</sup> Is(polnitteljnūj) ko(mitet) sol(datskich deputatow).

<sup>4</sup> Is(polnitteljnūj) ko(mitet) ra(bodzich) d(eputatow).

<sup>5</sup> Is(polnitteljnūj) ko(mitet) la(tüschskich) strell(kow).

sationen doch noch ein einheitlicher Gedanke Südlivland regiert, so ist das dem Umstande zu danken, daß die Soldaten, ebenso wie die Arbeiter, ihre Richtlinien vom Petersburger Konvent erhalten. In diesem höchsten Volkstribunal des Reichs laufen alle Fäden zusammen und das Vertrauen des russischen Volkes zu ihm ist so groß, daß es seinen Befehlen blindlings folgt. Dessen Führer sind Rechtsanwälte, Journalisten und Studenten, aber auch erfahrene russische Revolutionäre, die von der Revolution in den ersten Tagen ihres Bestehens aus den Bergwerken Sibiriens oder aus dem ausländischen Exil zurückgerufen wurden. Es ist also die revolutionäre Intelligenz Rußlands, die jetzt zur Herrschaft gelangt und auch in Livland maßgebend ist. Unter ihnen befinden sich viel Fremdstämmige, besonders Juden und Grusinier.

Anfang Mai hat der Kriegsminister Gutschkow dem jüngsten, aber populärsten, energischsten, klügsten und arbeitsamsten Gliede der temporären Regierung A. Kerenski weichen müssen, der durch seine Popularität der Anarchie in Heer und Flotte steuern soll. Am 23. Mai/5. Juni 1917 besucht er Riga<sup>1</sup> und wird hier mit fast kaiserlichen Ehren empfangen, enttäuscht aber durch seine Rede, die für zu farblos gehalten wird und in der Tat des rhetorischen Schwunges ermangelte. Immerhin stärkte jedoch Kerenskis Besuch die Stellung der Russen in Riga. Die Letten, die ihre Republik „Latwija“ im ersten Anlauf festgefügt errichtet sehen wollten, müssen sich zunächst noch dem Widerstande der Russen, die nicht gesinnt sind, Lettgallen herauszugeben, fügen. In keinem Lager findet sich überdies soviel Uneinigkeit wie im lettischen. Zwar ist es gelungen, (am 19. Mai/1. Juni) den bisherigen Gouvernements-Kommissar Krastkaln, der zu der rechtsstehenden lettischen Intelligenz gehört, durch den revolutionär gesinnten Dr. Preedkaln zu ersetzen, allein das lettische Volk ist in allzuvielen Parteien gespalten. Die radikalste Gruppe wird von den lettischen Schützenregimentern gebildet, die jeden, der nur entfernt mit der Bourgeoisie in Beziehung steht, in ihrem Organ „Brihwais Strehlneeks“ („Der freie Schütze“) verleumdern. Diese Leute, die von jedem Letten mit besonderer Liebe und großem Stolz als die „Blüte des Landes“ beurteilt und behandelt wurden und den lettischen besitzenden Klassen große Geldopfer gekostet haben, gehen in das Lager der äußersten roten Internationale über<sup>2</sup>.

In lettischen bäuerlichen Kreisen arbeitet man schon eifrig gegen diese Strömung, weil der „graue Baron“, wie der lettische Hofbesitzer genannt zu werden pflegt, seine Existenz gefährdet sieht. Daher sind Goldmann und Sahlit, die lettischen Deputierten in der Reichsduma, die, wiewohl äußerst fortschrittlich gesinnt, aber doch noch an der bürgerlichen Regierung Lettlands festhalten, den lettischen Schützen verhaßt. Die Zersplitterung im lettischen Lager greift immer mehr um sich. Am 22. Juli/4. August sieht sich der Gouvernements-Kommissar Preedkaln genötigt, gegen das in der livländischen Kreisstadt Wenden widerrechtlich errichtete Exekutivkomitee des Wenden-schen Rates der Arbeiter und Soldaten öffentlich zu protestieren, weil dessen Tätigkeit

<sup>1</sup> Lieven: a. a. O. S. 78 ff.

<sup>2</sup> Walters: „Lettland“, S. 336.

jeder Autorität entbehre und lediglich volle Anarchie bedeute<sup>1</sup>. Das in Wenden gegebene Beispiel selbständigen Vorgehens der Soldaten- und Arbeiterdelegierten wirkt indes auch in Riga nach, denn am 27. Juli/9. August tagt der Rat der Arbeiterdeputierten und ruft von sich aus die Autonomie Lettlands aus, das kulturell höher als Rußland stehe. Im Namen des Proletariats von Riga wird die Vereinigung von Süd-Livland, Kurland und Lettgallen zur lettischen Republik und die sofortige Ausarbeitung eines Verfassungsentwurfes gefordert. Die Republik „Lettland“ ist noch als ein Teil der demokratischen Republik Rußland gedacht<sup>2</sup>. Der Wirrwar in Livland greift immer mehr um sich, da die lettische Selbstverwaltung mit ihrer Organisation nicht vorwärts kommt. Erst Ende Juli werden die Wahlen der in die Kreisräte zu entsendenden Volksabgeordneten ausgeschrieben<sup>3</sup> und am 20. August/2. September sollen in Riga 30 Deputierte für den Gouvernementsrat erwählt werden. Doch kommen weder die Wahlen in die Kreisräte, noch die in den Gouvernementsrat zu stande, denn am 21. August/3. September 1917 wird Riga von der deutschen Truppenmacht besetzt, und damit finden alle Gedanken an eine lettische Autonomie vorläufig ein jähes Ende.

Zwar wirkt der lettische „Iskowend“<sup>4</sup> in der Kreisstadt Wenden noch weiter, allein er läßt jede geordnete Tätigkeit vermissen und übt nur ein rachsüchtiges Wüten gegen die deutschen Gutsherren und die lettischen Hofbesitzer oder die „grauen Barone“ aus, die sich nicht zu seinem, immer mehr bolschewistische Auffassungen bekundenden Programm bekennen wollen. Als am 25. Oktober/7. Nov. 1917 die Maximalisten Petersburgs die russische temporäre Regierung, an deren Spitze Kerenski stand, fortgefeßt und Lenin und Trotzki die Macht gewonnen haben, greift die bolschewistische Richtung in Süd-Livland immer mehr um sich<sup>5</sup>. Sie erreicht ihren Höhepunkt, als im Februar 1918 aus Reval und Dorpat 362 Personen und aus den kleinen Städten Livlands 205 Personen meist deutschen Blutes in die öden Gefilde Sibiriens verschleppt wurden, um eventuell als Geiseln zu dienen. Dann aber rückt die rettende deutsche Truppenmacht von Riga aus immer mehr nach Norden vor, zwingt die bolschewistischen Horden zur Flucht aus Süd-Livland, nimmt Alt-Livland ganz in ihre Hand und erläßt am 28. Mai 1918 für Liv- und Estland eine „Verwaltungsordnung“<sup>6</sup>.

Das Schalten und Walten der deutschen Okkupationsmacht löste in der Bevölkerung Livlands verschiedene Empfindungen aus. Die Deutschbalten waren von Freude darüber erfüllt, daß, wie es schien, der russischen Gewaltherrschaft in den Ostseeprovinzen ein dauerndes Ende gesetzt sei. Die Letten dachten teils ebenso, teils jedoch fürchteten sie, daß eine, in großem Maßstabe durchgeführte, deutsche Kolonisation

<sup>1</sup> „Rig. Rundschau“ (russisch gedruckt), Nr. 164 vom 22. Juli 1917.

<sup>2</sup> Walters: a. a. O. S. 339.

<sup>3</sup> „Rig. Rundschau“ (russisch), vom 19. Juli 1917, Nr. 170.

<sup>4</sup> Is(polniteljnj) ko(mitet) wend(enskawo ssowjeta rabodzieh i soldatow), d. h. Exekutivkomitee des Wendenschen Rates der Arbeiter und Soldaten (siehe oben).

<sup>5</sup> Walters: a. a. O. S. 341 ff.

<sup>6</sup> Band I. S. 459.

ihnen ihren Landbesitz nehmen würde. Ihre Besorgnis war wohlbegründet, denn der Generalfeldmarschall von Hindenburg hatte nach der Einnahme Kurlands die Militärverwaltung durch einen veröffentlichten Erlaß aufgefordert, außergewöhnliche Maßnahmen zu treffen, damit der durch Deutschlands Siege hervorgerufene erhöhte Wert des Bodens nicht in spekulativen Verkäufen von den Grundbesitzern ausgenutzt werde, sondern einer „möglichst großen Zahl leistungsfähiger, heimfester und heimfroher deutscher Staatsbürger“ zu gute käme. „Einer gesunden Besiedlung des Landes sollen jedoch“, wie er sich ausdrückte, „die Wege freigehalten werden“. Den aus dem Zusammenbruch der russischen Macht sich ergebenden Spielraum wollte man zu Gunsten des deutschen Volkstums durch eine schnelle und umfassende deutsche Siedlung in den baltischen Gebieten ausnutzen. Hierauf hatten der außerordentliche Landtag der kurländischen Ritter- und Landschaft am 22. September 1917 und die allgemeine Konferenz der kurländischen Ritter- und Landschaft am 15. Dezember 1917 den Willen der kurländischen Rittergutsbesitzer: ein Drittel des kurländischen Großgrundbesitzes zu gemeinnützigen Siedlungszwecken zur Verfügung zu stellen, zum Ausdruck gebracht und die Bitte ausgesprochen, die zur Verwirklichung dieses Wunsches nötigen gesetzlichen Maßnahmen zu ergreifen. Dementsprechend war am 17. Juni 1918 vom Großen deutschen Hauptquartier die „Verordnung betreffend Landabgabe und Siedlung in Kurland“ erlassen worden, wonach ein jeder kurländische Rittergutsbesitzer, dessen Gesamtgrundbesitz die Größe von 1000 Lofstellen = 360 ha erreichte, verpflichtet wurde, ein Drittel seines Gesamtareals an die „Landgesellschaft Kurland“ für Zwecke der Besiedlung durch einen Kaufvertrag zu übertragen<sup>1</sup>.

Bedrohte die für Kurland getroffene Maßnahme auch nicht das im Eigentum der lettischen Bauern befindliche Land, so doch deren Pachtbesitz.

Überdies hatte die deutsche Militärgewalt während der 3 Jahre, da sie zuerst Kurland und später auch Livland besetzt hielt, vielfach Mißgriffe verübt und namentlich das Landvolk durch weitgehende Requisitionen von Futter- und Lebensmitteln, für die Bezahlung garnicht, oder doch sehr spät folgte, gegen sich aufgebracht. Diese Tatsachen waren der Zuneigung des Lettentums zu der deutschen Truppenmacht, die doch das Land und seine Bewohner aus großer Gefahr befreit hatte, nicht sehr zuträglich. Das fortschreitende Anwachsen der Unzufriedenheit innerhalb der lettischen Bevölkerung mit dem Walten der reichsdeutschen Beamten beunruhigte die livländische Ritterschaft überaus. Sie erkannte, daß, trotz eifrigster Hingabe an die Sache, das Personal der reichsdeutschen Militärverwaltung wegen Unkenntnis der lokalen Verhältnisse erhebliche Mißgriffe gemacht habe. Vor allem war es ein übler Fehler, daß Livland in vier Verwaltungsbezirke geteilt wurde: in das selbständig organisierte Gouvernement Riga, zu dem nicht nur die Stadt Riga mit seinem Patrimonialgebiet, sondern auch

---

<sup>1</sup> „Kurland“ Heft 27 der Schriften zur Förderung der inneren Kolonisation, Berlin 1918, S. 1 ff. Dr. rer. pol. Ernst Dietrich Holtz: „Deutsche Siedlung im Baltienland“ ebenda, Heft 31, Berlin 1920.



mehrere Landkirchspiele gehörten<sup>1</sup>, und in drei Generalkommando-Verwaltungen<sup>2</sup>, an deren Spitze je ein kommandierender General stand. Diese nur militärisch gebotene Trennung der Verwaltungsgebiete hatte ein sehr schwerfälliges und häufig unklares Administrativverfahren zur Folge. Weit schlimmer jedoch war, daß auf dem flachen Lande die Gemeindeverwaltungen sistiert und Amtsbezirke, vielfach mit landfremden Amtsvorstehern an der Spitze, die unterste Verwaltungseinheit bildeten<sup>3</sup>. Diese Neuordnung bewirkte, daß nicht nur eine Verwirrung in der bisher geordneten Führung der Gemeindekassen, im Requisitionswesen und auf anderen Verwaltungsgebieten entstand, sondern daß auch sämtliche Organe der Gemeindevertretungen, der Guts- und Gemeindepolizei, sowie die Kirchenkonvente und deren Vertretungen aufgehoben<sup>4</sup> wurden. Die böse Folge hiervon war, daß die zahlreichen Gemeindevertreter und Gemeindebeamten<sup>5</sup> ihren Obliegenheiten enthoben, in die Opposition getrieben und verleitet wurden, sich zu heimlichen Konventikeln, in denen Übles geplant wurde, zusammenzutun<sup>6</sup>.

Besondere Enttäuschung und daher Unwillen unter dem Landvolk erregte die bureaukratische Regelung des Schulwesens. Zwar sollte der Unterricht in den öffentlichen Volksschulen unentgeltlich und die Unterrichtssprache die Muttersprache sein<sup>7</sup>, allein die deutsche Sprache wurde zwangsweise allzustark in den Vordergrund geschoben. In allen Volksschulen mit nicht-deutscher Unterrichtssprache mußte die deutsche Sprache im ersten Schuljahr in 6 Wochenstunden, im zweiten Schuljahr in 10 Wochenstunden gelehrt werden<sup>8</sup>. Dem Unterricht in allen öffentlichen mittleren und höheren Schulen wurden die preußischen Lehrpläne zu Grunde gelegt, die natürlich auf baltische Lokalinteressen gar keine Rücksichten nahmen. In den höheren und mittleren Privatschulen war das Estnische und Lettische zwar als Unterrichtssprache zugelassen, jedoch konnten Schüler solcher Schulen keinerlei Berechtigung erwerben<sup>9</sup>. Diese pädagogischen Grundsätze unterschieden sich ihrer Wesensart nach nicht von denen der russischen Regierung und erregten daher im Landvolk mit Recht Empörung. Es wäre klüger gewesen, den Letten und Esten die Schulautonomie zu gewähren, denn sie hätten zweifellos in praktischer Erwägung dafür gesorgt, daß ihre Kinder die deutsche Sprache beherrschten. Solchen tiefgehenden Mißgriffen zu begegnen, waren die einheimischen Autoritäten nicht in der Lage. Zwar setzte die am 28. Mai 1918 für Liv- und Estland

<sup>1</sup> Die Kirchspiele Üxküll, Rodenpois, Allasch, Neuermühlen-Zarnikau, Dünamünde und Kirchholm. Verordnung des Gouverneurs Generalleutnant von Alten vom 6. März 1918, Ziffer 196.

<sup>2</sup> § 16 der Verwaltungsordnung für Liv- und Estland vom 28. Mai 1918; siehe auch Band I S. 459.

<sup>3</sup> § 24 ff. der Verwaltungsordnung; vgl. Band I, S. 460.

<sup>4</sup> Verordnung des Gouverneurs von Alten, vom 5. November 1917, Verordnungsblatt, Ziffer 16.

<sup>5</sup> Band I. S. 471 ff.

<sup>6</sup> Erinnerung des Verfassers dieses Werkes.

<sup>7</sup> „Verordnung betreff. Neuordnung des Volksschulwesens in Liv- und Estland“ vom 11. Juni 1918, in „Verordnungen für Liv- und Estland, erlassen vom A. O. K. 8“, S. 35 ff.

<sup>8</sup> Ebenda § 7.

<sup>9</sup> „Verordnungsblatt für die baltischen Lande“, vom 19. Juni 1918, Ziffer 312 § 3 und Ziffer 313 § 12.

erlassene Verwaltungsordnung<sup>1</sup> dem Oberbefehlshaber einen Landesverwaltungsrat zur Seite, dem eine Anzahl ernannter Landesbewohner deutscher, lettischer und estnischer Nationalität angehörte, allein dieser Beirat genoß nur das Recht, dem Armee-Oberkommando Vorschläge zu unterbreiten<sup>2</sup>, hatte aber keine entscheidende Stimme. Die von den 16 Einheimischen in 9 Fachsektionen verlautbarten Meinungen wurden zwar von den militärischen Sektionsleitern wohlwollend angehört, jedoch nur selten als maßgebend erachtet<sup>3</sup>. Diese Lage der Dinge bekümmerte die livländische Ritterschaft nicht wenig. Sie beriet daher eingehend die Frage<sup>4</sup>, ob nicht einheimische, sachkundige Beamte dem militärischen Verwaltungsapparat organisch und etatmäßig einzugliedern seien, wobei estnisch-lettische Elemente, sofern sie national nicht chauvinistisch gesinnt wären, weniger leistungsfähigen Deutschen vorgezogen werden müßten. Entscheidende Schritte wurden jedoch unterlassen, weil der livländische Adelskonvent der Meinung war, daß die Militärverwaltung ihr oktroyierte Beamte nur widerwillig zulassen und mit der Zeit kalt stellen werde<sup>5</sup>. Überdies war es bekannt geworden, daß die deutsche Reichsregierung den Plan hege, die Militärverwaltung in den Baltischen Landen alsbald abzubauen. In der Tat wurde die Verwaltung des Armee-Oberkommando<sup>6</sup> und der drei Generalkommandos im August 1918 aufgelöst<sup>7</sup> und eine einfachere Militärverwaltung eingerichtet, an deren Spitze Major von Goßler als Verwaltungschef der Ostseeprovinzen trat<sup>8</sup>. Schließlich wurde am 15. November 1918 die Militärverwaltung in eine Zivilverwaltung umgewandelt, deren Geschäfte zwar bis auf weiteres der bisherige Verwaltungschef Major von Goßler zu führen hatte, der aber, wie bereits erwähnt, dem zum Reichskommissar ernannten Redakteur August Winnig, sozialdemokratischem Mitgliede der Hamburgischen Bürgerschaft, unterstellt wurde. Winnig erhielt offiziell die Aufgabe, die bestehende Verwaltung auf die künftige Landesregierung überzuführen<sup>8</sup>.

Von weit größerer Tragweite für die Vertiefung des Gedankens an die Begründung eines selbständigen lettischen Staates, als die Unzufriedenheit der Bevölkerung Liv- und

<sup>1</sup> „Verordnungsblatt für Liv- und Estland“, vom 7. Juni 1918, Ziffer 269 § 12.

<sup>2</sup> „Geschäftsordnung für den Verwaltungsrat“. R. A. Akte V/623.

<sup>3</sup> Entscheidend in Verwaltungsfragen waren der Chef des Generalstabes Major Franz und der Oberquartiermeister des 8. Armeekorps Oberstleutnant von Graberg. Maßgebenden Einfluß hatte der Leiter der Abteilung des Innern Rittmeister Braun. Sehr wertvolle vermittelnde Dienste leistete der Adjutant des Major Franz, Leutnant Hans Brockhaus.

<sup>4</sup> Antrag des Kreisdeputierten und ehemaligen Landrats Max von Sivers-Römershof vom 23. Sept. 1918, gerichtet an den livländischen Adelskonvent. R. A. Akte V. 623.

<sup>5</sup> Beschluß des livl. Adelskonvents vom 6. Oktober 1918, in derselben Akte.

<sup>6</sup> „Rigasche Zeitung“, Nr. 191 vom 19. August 1918.

<sup>7</sup> „Rig. Zeitung“, Nr. 192 vom 20. August 1918 und Verordnung des Oberbefehlshaber General der Infanterie von Kahlen vom 12. Sept. 1918, „Verordnungsblatt für die baltischen Lande“ vom 30. Sept. 1918, Nr. 34 Ziffer 388. „Verwaltungsbericht der Zivilverwaltung der baltischen Lande 15. August bis 15. Dezember 1918“, als Manuskript gedruckt. Bibliothek der „Gesellschaft für Geschichte und Altertums-kunde zu Riga“.

<sup>8</sup> R. A. Akte V/623.

Kurlands mit der reichsdeutschen Verwaltung der baltischen Gebiete, waren die Vorgänge in Petersburg. Dort hatte sich ein lettisches Flüchtlingskomitee gebildet, das allmählich zu einer führenden lettischen Organisation herauswuchs<sup>1</sup>. Von ihnen wurde die Idee eines selbständigen lettischen Staates nicht nur öffentlich proklamiert, sondern auch bei den Ententemächten vertreten, zu welchem Zweck mehrere Eingaben an die Botschafter der alliierten Mächte gemacht wurden<sup>2</sup>. Ergebnis dieser Bemühungen war, daß die Botschafter der Westmächte in Petersburg nach Fühlungnahme mit ihren Regierungen der Staatsidee „Lettland“ zustimmten. Als sie Petersburg wegen der drohenden Bolschewistengefahr verlassen mußten, wurde in Stockholm ein lettisches Informationsbureau geschaffen, das die ausländische, namentlich die schwedische Presse über die Zustände in Livland informierte. Überdies wurden S. A. Meierowiz<sup>3</sup> und J. Tschakste<sup>4</sup> nach London und Paris entsandt, die dort an den Verhandlungen des Versailler Friedens teilnahmen<sup>5</sup>. Während Riga von den deutschen Truppen besetzt war, hatte sich am 30. November 1917 ein lettischer Nationalrat unter dem Präsidium des Advokaten V. Samuels in Walk aufgetan, der eine Proklamation an das lettische Volk erließ, in der aufgefordert wurde, das von Wilson proklamierte Selbstbestimmungsrecht der Völker für sich in Anspruch zu nehmen und zu verwirklichen. Denselben Weg beschritten die Letten Rigas, die jedoch heimlich verfahren mußten, weil dort die deutsche Okkupationsmacht gebot. Sie vereinigten eine Anzahl ihrer politischen Parteien unter der Führung des Agronomen K. Ulmanis zum „demokratischen Block“, der sich den Gedanken an einen unabhängigen Staat „Latvija“ zu eigen machte<sup>6</sup>. Zwischen den Führern des demokratischen Blocks und des Nationalrats bestand eine starke persönliche Rivalität, die sich besonders im Werben um den großen lettischen Bauernbund äußerte. Dieser stellte mit seiner starken Anhängerschaft unter der lettischen Landbevölkerung und den zahlreichen von ihm beeinflussten landwirtschaftlichen Vereinen die stärkste Macht innerhalb des lettischen Volkes dar<sup>7</sup>. Auf der Tagung des Bauernbundes am 15. und 16. November in Walk siegten die Männer des Blocks. Es kam eine Koalition zu stande, die zwar einen großen Teil des lettischen Volkes umfaßte, aber doch nicht alle seine Elemente. Ausgeschlossen waren die konservativen Kreise, die von jeher offen für den baltischen Einheitsstaat und den Anschluß an Deutschland eingetreten waren. Ebenso fehlten andererseits die unter der lettischen Arbeiterschaft ziemlich zahlreichen Anhänger des Bolschewismus. Die anderen Par-

<sup>1</sup> Dr. Alfred Bihlmann: „Die politischen und wirtschaftlichen Grundlagen der Baltischen Republik Lettland. Ein Handbuch für Journalisten, Politiker und Wirtschaftler“. Riga 1926, S. 15

<sup>2</sup> „Rig. Zeitung“ vom 6. November 1918, Nr. 266, S. 6.

<sup>3</sup> Der spätere lettländische Minister des Auswärtigen.

<sup>4</sup> Der spätere Präsident der lettländischen Republik; siehe weiter unten.

<sup>5</sup> Bihlmann: a. a. O. S. 15.

<sup>6</sup> Walters: „Lettland“, S. 346 ff.

<sup>7</sup> „Verwaltungsbericht der Zivilverwaltung der baltischen Lande 15. August bis 15. Dezember 1918“, S. 14 ff.

teien einigten sich auf ein gemeinsames Programm, die sogenannte Plattform des lettischen Volksrates, das seine Stütze ausschließlich in der lettischen Bevölkerung Rigas und Südlivlands fand, ohne jedoch die absolute Majorität für sich zu haben<sup>1</sup>. Es verlangte ein unabhängiges „Lettland“, bestehend aus Süd-Livland mit Riga, Kurland und Lettgallen. Diese Landgebiete sollten in einem demokratischen Staat vereinigt werden, bei paritätischer Berücksichtigung der kulturellen Rechte aller nationalen Minderheiten. Den Volksrat gedachte man aus 100 Mitgliedern bestehen zu lassen, von denen 39 Süd-Livland, 21 Kurland, 18 Lettgallen, 22 den „Minoritäten“ angehören sollten. Als die 39 Vertreter Süd-Livlands wurden delegiert:

vom Bauernbunde	13
von den Sozialdemokraten	10
von der demokratischen Partei	5
von der radikaldemokratischen Partei	4
von den Sozialrevolutionären	3
von der nationaldemokratischen Partei	2
von der republikanischen Partei	1
von der unabhängigen Partei	1
	<hr/>
	39 <sup>2</sup>

Die 21 Vertreter Kurlands wurden nachher gewählt und die 18 Vertreter Lettgallens wegen der dort herrschenden Unruhen noch später. Die völkischen „Minoritäten“, d. h. die Deutschen, Juden und Russen, nahmen zunächst keinen Anteil an der Konstituierung des Volksrates. Zwischen den lettischen und deutschen Vertretern fanden zwar durch Vermittelung des Reichskommissars August Winnig Besprechungen statt, allein die Mehrheit der deutschen Delegierten sah sich verhindert, dem Volksrat beizutreten, weil die Letten die Annahme ihres Programms zur unbedingten Vorbedingung des Zusammengehens machten. Der berechtigte Einwand, daß alsdann der Volksrat nicht als parlamentarische Vertretung des ganzen Landes, sondern nur als eine Art Mehrheitsblock angesehen werden dürfe, überzeugte nicht. Nur die deutsch-baltische Fortschrittspartei erklärte sich mit der Plattform des Volksrates einverstanden und entsandte sogar zwei Vertreter in das Ministerium<sup>3</sup>.

Nachdem die englische Regierung am 11. November und bald nachher auch die anderen Großmächte den lettländischen Nationalrat als souveräne Macht anerkannt hatten, erfolgte am 18. November 1918 die feierliche Proklamierung der Republik „Latwija“<sup>4</sup> im zweiten Stadttheater zu Riga. Sogleich wurde das Ministerkabinett

<sup>1</sup> Rautenfeld: „Der 16. April 1919“, a. a. O. S. 119.

<sup>2</sup> „Rigasche Zeitung“ vom 25. November 1918, Nr. 273.

<sup>3</sup> „Verwaltungsbericht der Zivilverwaltung der baltischen Lande“ usw., S. 16.

<sup>4</sup> „Latvie (Lettonie). Mémoire présenté par la Delegation Latvienne à l'assemblée de la société des nations“, S. 7 ff.

Bihlmann: „Die politischen und wirtschaftlichen Grundlagen“ usw., S. 16.

gebildet, dem der Führer des Bauernbundes K. Ulmanis<sup>1</sup> als Ministerpräsident vorgesetzt wurde.

Am 26. November sprach, wie erwähnt, der Generalbevollmächtigte des Deutschen Reiches August Winnig die formelle Anerkennung der lettländischen temporären Regierung aus und schloß mit ihr am 29. Dezember 1918 einen Vertrag, der allen Reichsdeutschen die Einwanderung und Ansiedlung in Lettland ermöglichen wollte<sup>2</sup>. Er ist von der lettländischen Regierung nie eingehalten, wohl schon bei seinem Abschluß als für sie nicht verbindlich erachtet worden<sup>3</sup>. Zur selben Zeit war eine Vereinbarung darüber getroffen worden, wie die deutsche Zivilverwaltung die Verwaltungsgeschäfte an die Organe der lettländischen provisorischen Regierung nach und nach zu übergeben und die deutsche Wehrmacht ihren Abtransport aus dem baltischen Lande allmählich zu bewerkstelligen habe<sup>4</sup>.

So war denn der lettländische Staat auf die Füße und vor die Aufgabe gestellt, die sich beispiellos schnell ergebende Möglichkeit seiner Bildung und Konsolidierung behende auszunutzen. Der zum Präsidenten des Volksrats erwählte Mitauer Rechtsanwalt J. Tschakste und der Vizepräsident des Volksrats G. Semgal begaben sich zu Besprechungen mit den Vertretern der Entente nach Stockholm. Unterdessen reifte das schwierige Problem, wie die zwar numerisch schwache, aber doch Jahrhunderte lang maßgebend gewesene und noch vor wenigen Wochen überaus einflußreiche deutsche Oberschicht an der Staatsbildung beteiligt sein könne und mitzuwirken habe, der Lösung entgegen.

Nachdem am 18. November vom Volksrat die lettländische Republik proklamiert worden war, hatte der Präsident des baltischen Regentschaftsrats Adolf Baron Pilar von Pilchau am 21. November im Namen des Landesausschusses an den deutschen Reichsbevollmächtigten Winnig einen eingehenden Protest gerichtet, der mit Entschiedenheit Verwahrung gegen den Anspruch des Volksrats, sich mit Ausschaltung des Landesrats als Regierung des lettischen Teils der baltischen Lande auszugeben, einlegte. Winnig glaubte jedoch als ehrlicher Makler auftreten und eine deutsch-lettische Verständigung unter allen Umständen herbeiführen zu müssen. Auf seine Veranlassung fanden dann am 22. November und später Konferenzen statt, denen 9 deutsche und ebensoviel lettische Vertreter beiwohnten. Die deutsche Abordnung war aus dem deutschen Nationalrat hervorgegangen, einer Schöpfung der deutschen Parteien Rigas und Kurlands, dem indes die deutsche fortschrittliche Partei Rigas nicht angehörte. Dieser Nationalausschuß hatte die Bedingungen, von deren Annahme er seine Zusammenarbeit mit dem lettländischen Volksrat abhängig machte, präzisiert

<sup>1</sup> Geboren im Jahre 1877 in der Gemeinde Behrshof in Kurland, besuchte die Realschule in Mitau, begab sich 1907 nach Amerika, wo er 6 Jahre verbrachte.

<sup>2</sup> Winnig: „Am Ausgang der deutschen Ostpolitik“, S. 83.

<sup>3</sup> Walters: „Lettland“, S. 369.

<sup>4</sup> „Rigasche Zeitung“ vom 9. Dezember 1918, Nr. 285; Winnig: a. a. O., S. 54.

und am 24. November durch seine Mitglieder <sup>1</sup> der Winnigschen Vermittlungskonferenz überreichen lassen. Hiernach verlangte der Nationalausschuß vor allen Dingen, daß die Vertretung der deutschen Bevölkerung im Volksrat nicht einfach nach quantitativem, sondern nach qualitativem Maßstabe zu bemessen sei, wobei ihrer kulturellen und wirtschaftlichen Bedeutung, als der seit Jahrhunderten im Lande herrschend gewesenen Bevölkerungsklasse, ausgiebig Rechnung getragen werden müsse. Ferner forderte der deutsche Nationalausschuß für die deutsche Bevölkerung Kulturfreiheit, Autonomie der Kirche und Schule, Unantastbarkeit der physischen und juristischen Person, sowie ihres Eigentums, ferner Vereinsfreiheit, Sprachgleichheit in Kirche, Schule, Rechtspflege und Amtsverkehr, Besetzung der Verwaltungs- und Richterstellen nicht nach der Nationalität oder Parteizugehörigkeit, sondern nach der Befähigung, endlich eigene, nationale Wehrverbände <sup>2</sup>. Hierzu nahmen jedoch die lettischen Vertreter eine durchaus ablehnende Stellung ein. Sie wollten die Zahl der deutschen Abgeordneten im Volksrat nach der Kopfzahl der deutschen Bevölkerung, also lediglich quantitativ bemessen und demnach von 100 Sitzen nur 8 den Deutschen einräumen. In der Regierung gestanden sie den Deutschen nur den Posten des Staatskontrolleurs und die Sitze zweier Ministergehilfen zu.

Derselbe Standpunkt der Ablehnung wurde von lettischer Seite auch den Vermittlungsversuchen des Reichsbevollmächtigten Winnig entgegengesetzt, der die Deutschen Lettlands durch 15 Abgeordnete im Volksrat und durch zwei im Ministerkabinett vertreten sehen wollte, was durch die hervorragende und bewährte Bedeutung der deutschen Bevölkerungsteile für Landwirtschaft, Gewerbe, Handel und Geistesleben gerechtfertigt sei <sup>3</sup>.

Nach diesen Vorkommnissen wäre jede Mitarbeit der Deutschen ausgeschlossen gewesen, wenn sich nicht die schon seit Jahren in Riga wirksame deutsche Fortschrittliche Partei, die bisher unter den baltischen Deutschen eine isolierte Stellung eingenommen hatte, entschlossen hätte, eigene Wege zu wandeln und bedingungslos den Boden der lettländischen Staatlichkeit einzunehmen. Sie entsandte unbedenklich 5 ihrer Mitglieder in den Volksrat, von denen einer, der bisher in Livland unbekannte Petersburger Rechtsanwalt Eduard Baron Rosenberg <sup>4</sup>, den Posten des Staatskontrolleurs erhielt, und einem zweiten, dem Rittergutsbesitzer Alexander von Klot-Engelhardtshof, das Amt des Gehilfen des Handelsministers übertragen wurde. <sup>5</sup>

Nachdem somit äußerlich der Friede zwischen den Deutschen und Letten hergestellt und das Ministerkabinett gebildet worden war, konnte Ministerpräsident Ul-

<sup>1</sup> Die Rechtsanwälte Arthur Reußner, Friedrich von Samson-Himmelstjerna und Paul von Rüdiger-Mitau.

<sup>2</sup> „Resumé der Besprechung der Vertreter des lett. Volksrats und der balt. deutschen Parteien vom 22.—24. November 1918“; „Rig. Zeitung“ vom 27. November 1918, Nr. 275.

<sup>3</sup> Winnig: a. a. O., S. 61.

<sup>4</sup> Siehe über ihn: Winnig: a. a. O. S. 62, und Rautenfeld: a. a. O. S. 122.

<sup>5</sup> „Rig. Zeitung“ vom 3. Dezember 1918, Nr. 280.

manis am 2. Dezember 1918 im Volksrat seine Programmrede halten, die eine reiche Arbeitstätigkeit auf dem Gebiet der staatlichen Fürsorge für alle Untertanen des lettländischen Staates freigiebigst in Aussicht stellte. Die Regierung Ulmanis war eine provisorische, die ihre Geschäfte bis zur Einberufung der konstituierenden Versammlung zu führen hatte. Dem Präsidenten des Nationalrats J. Tschakste<sup>1</sup> wurden zugleich die Funktionen des Staatsoberhauptes<sup>2</sup> anvertraut, die er auch späterhin wahrzunehmen hatte, weil er sowohl von der Konstituante, wie auch den beiden ersten Parlamenten (1922 und 1925) zum Staatspräsidenten erwählt wurde.

So war denn der Staat Lettland dank äußerst günstigen Konstellationen in beispieldlos kurzer Frist Ereignis geworden, ein Staatsgebilde jedoch, das seiner geographischen Lage nach das ewige Schlachtfeld der Kämpfer zweier Lebensformen zu sein bestimmt scheint<sup>3</sup>. Wie sich in Alt-Livland, der ersten Kolonie des römischen Reichs deutscher Nation, Ost und West in stetem Ringen begegneten, so wird auch Lettland der Kampfplatz dieser beiden, unablässig im Widerstreit miteinander liegenden Weltanschauungen sein.

Die deutschen Bewohner der Republik stellten sich auf den Boden des Gegebenen, weil sie den Glauben und die Hoffnung nährten, daß der Staat Lettland sich in allen Dingen zur Kultur des Abendlandes bekennen und damit eine klare Trennungslinie zwischen der Welt des Ostens und der des Westens schaffen werde, die die Wiederholung des Kampfes mit dem fanatischen russischen Nationalismus, unter dem die baltischen Provinzen seit 1862<sup>4</sup> so schwer gelitten haben, für alle Zeit ausschließe. Den Heimatboden unter allen Umständen dem abendländischen Kulturkreis zu erhalten, das ist ja nach Auffassung der deutschen Söhne Alt-Livlands ihre weltgeschichtliche Aufgabe, der sie Ströme ihres Blutes von der „Aufsegelung“ Livlands im 13. Jahrhundert an bis zum Tage von Riga am 22. Mai 1919 geopfert haben<sup>5</sup>. Hieran vermag weder der Libauer Putsch vom 16. April 1919, noch der Vormarsch nach Wenden im Juni desselben Jahres, vor allem aber nicht das Bermondts-Abenteuer vom Herbst 1919<sup>6</sup> irre zu machen. Alle diese in einer

<sup>1</sup> Nach der im Jahre 1887 erfolgten Absolvierung des Rechtsstudiums in Moskau ließ sich Tschakste in Mitau als Rechtsanwalt nieder, wo er alsbald einer der treibenden Kräfte des lettischen öffentlichen Lebens wurde. Im Jahre 1906 in die russ. Reichsduma gewählt, schloß er sich der Partei der Kadetten an. Nach Beginn des Weltkrieges betätigte er sich in der Organisation des lettischen Flüchtlingswesens, des Roten Kreuzes und der lettischen Schützenregimenter, bis er sich der großen Politik Lettlands widmete, die ihn an die Spitze der Republik „Latwija“ führte. Gestorben am 14. März 1927 als Lettländischer Staatspräsident. „Rigasche Rundschau“, Nr. 59 vom 15. März 1927.

<sup>2</sup> Bihlmann: a. a. O., S. 16.

<sup>3</sup> A. Berg in der „Latvis“, „Rig. Rundschau“ vom 23. November 1926, Nr. 264.

<sup>4</sup> Band I, S. 125 ff.

<sup>5</sup> Dr. Herbert Schröder: „Baltische Sendung und lettländischer Staat“, „Neues Rigaer Tageblatt“ Nr. 183 vom 18. November 1925. „Die Feier des 22. Mai“, in: „Baltische Blätter“, Berlin 1. Juni 1927, Nr. 11 des 10. Jahrg. S. 176.

<sup>6</sup> Bihlmann: Handbuch, a. a. O. S. 17.

Epoche des Chaos vor sich gegangenen Geschehnisse sind ihrem Wesen und ihren Zielen nach so unaufgeklärt, daß sie zurzeit weder in die eine, noch in die andere Wagschale geworfen, keinesfalls aber restlos zu Lasten der deutschen Staatsangehörigen Lettlands gebucht werden dürfen. Für deren Stellungnahme zum lettländischen Staat ist allein charakteristisch der Aufruf der vier deutschen, in Lettland wirksamen Parteien<sup>1</sup> an ihre deutsch-baltischen Landsleute im Auslande, der am 18. Februar 1920 erlassen wurde<sup>2</sup>. In ihm erklären die deutsch-baltischen Parteien, die in ihrem Ausschuß den Gesamtwillen unseres in der Heimat ausharrenden Volkstums verkörpern, „daß sie auf Grund genauer Kenntnis der örtlichen Verhältnisse eine Beteiligung der deutsch-baltischen Bevölkerung am Wiederaufbau der Heimat im Rahmen des selbständigen lettländischen Staates für möglich und für dringend notwendig halten, weil nur auf dem Boden der lettländischen Staatlichkeit Rechte durchzusetzen und zu bewahren sind, die eine gedeihliche Entwicklung unseres nationalen Lebens im Staate garantieren.“

Unmittelbare Folge dieses Aufrufes war eine Resolution der am 25. März 1920 im Schubert-Saal zu Berlin versammelten Deutschbalten, die, einstimmig gefaßt, den Wunsch zum Ausdruck brachte, daß es den Resolventen ermöglicht werden möge, baldmöglichst in die Heimat zurückkehren und an deren Aufbau im „Rahmen des lettländischen Staates“ mitarbeiten zu können<sup>3</sup>.

Ganz im Gegensatz zu diesen loyalen Manifestationen der deutschen Staatsbürger Lettlands gebärdeten sich dagegen die stimmführenden Schichten der zur Macht gelangten Rasse. Nachdem die Friedensverträge mit Deutschland und Rußland vom 15. Juli und 11. August 1920<sup>4</sup> und die rechtliche Anerkennung der jungen Republik durch den Botschafterrat in Paris vom 26. Januar 1921 die außenpolitische Lage Lettlands gesichert hatten, erwachte hier ein schier ungemessener Chauvinismus. Das plötzliche Sichfreifühlen von allen Fesseln, das mühelos in den Schoß gefallene reiche Erbe an russischen Staatsgütern und der Erfolg auf diplomatischem Gebiet hatten „einen trunkenen Taumel zur Folge, der das klare Sehen behinderte“<sup>5</sup>. Er ließ im lettischen Volke zwei Parteirichtungen: den Bauernbund und die vereinigte Sozialdemokratie groß werden, die heute einen Kampf auf Leben und Tod um die Herrschaft im Lande führen. Zwischen ihnen, die eine klaffende Weltanschauung trennt, stehen zahlreiche Gruppen und Grüppchen, die je nach ihrem Vorteil sich im Parla-

<sup>1</sup> Der Deutschen Baltischen Demokratischen Partei, vertreten durch P. Schieman, der Fortschrittlichen, vertreten durch W. Schreiner, der Reformpartei, vertreten durch E. Magnus und der Volkspartei, vertreten durch W. Baron Fircks.

<sup>2</sup> „Rig. Rundschau“ vom 20. Febr. 1920, Nr. 41.

<sup>3</sup> „Rig. Rundschau“ vom 17. April 1920, Nr. 87.

<sup>4</sup> „Latvie“ (Lettonie), Mémoire présenté par la délégation Latvienne à l'assemblée de la société des Nations. Imprimé à la Typographie de Préparation des papiers d'état de Latvie“. Ohne Angabe des Ortes und der Zeit des Druckes. S. 9 und 15 ff.

<sup>5</sup> W. Baron Fircks: „Lettländische Innenpolitik und wir“, „Baltische Monatsschrift“, 58. Jahrgang, 1927, S. 183.



ment der einen der beiden magistralen Parteien <sup>1</sup> meist nur auf kurze Zeit anschließen. Ungeachtet der von Osten her drohenden Kriegsgefahr befehlen sich diese Parteien unentwegt, ohne die Verständigung zu finden, die schicksalsverbundenen Heimatgenossen zukommt. Unterdeß werden die ererbten und durch revolutionäre Gewalt erworbenen Reichtümer vertan oder schwinden ungepflegt dahin, so daß man versucht ist, das ironische Wort eines ausländischen Politikers: „die Deutschbalten werden schließlich die Einzigen sein, die es mit dem lettländischen Staat ernst meinen“<sup>2</sup>, für zutreffend zu erachten. Dieses ihr loyales Verhalten zum lettländischen Staat findet jedoch keineswegs die ihm gebührende Anerkennung. Der lettische Chauvinismus mutet vielmehr den Staatsangehörigen Lettlands deutschen Blutes Dinge zu, die deren Willen zur Mitarbeit am Staatswohl auf eine harte Probe stellen. Die nachfolgende Betrachtung der nationalen Umschichtung des Vermögens in Lettland wird die Richtigkeit des Gesagten erweisen.

## 5. Kapitel

# Die nationale Umschichtung des Vermögens

## Die Enteignung des Großgrundbesitzes

Die Geschehnisse des Schicksalsjahres 1919 — der Libauer Putsch vom 16. April, der Vormarsch deutscher Truppen nach Wenden und das Bermondts-Abenteuer, — werden von den Letten auf der Rednertribüne des Parlaments und in ihrer Presse überhäufig als eine Reihe, die Debetseite des baltischen Deutschtums schwer belastender Schuldposten gebucht. Hierbei wird aber nicht beachtet, daß diese drei zeitlich kurzen, völlig heterogenen Episoden in ihrer Zielsetzung noch nicht genügend geklärt sind. Wenn man aber auch von vornherein zugeben wollte, daß ihre Wirkung in jedem Fall übler Art gewesen sei, weil sie der gewollten Bildung des heutigen lettländischen Staates Schwierigkeiten entgegen gesetzt haben, so muß doch auch andererseits billig eingeräumt werden, daß die Befreiung Kurlands und Rigas von den Bolschewisten im Frühjahr 1919 einen schwerwiegenden Aktivposten des baltischen Deutschtums darstellt, der nicht außer Rechnung gesetzt werden darf. Jene Heldentat war bekanntlich das Werk der deutsch-baltischen Landeswehr, verbunden mit einem lettischen Detachement und reichsdeutschen Formationen. Wer sie geflissentlich dem Guthaben des Deutschtums in Lettland vorenthält<sup>3</sup>, begeht eine flagrante Geschichtsfälschung, denn sie war es, die dem lettländischen Staat eine weitere Existenzmöglichkeit schuf, indem sie seine Hauptstadt Riga, das Fundament seines Bestehens, feindlicher Macht entriß und ihn hierdurch dazu befähigte, die ihm von Bermondts zugedachte Vernichtung abzuwehren.

<sup>1</sup> Ebenda S. 180.

<sup>2</sup> Dr. Herbert Schröder: „Baltische Sendung und lettländischer Staat“ a. a. O.

<sup>3</sup> Wie Dr. Walters wiederholt getan hat; Walters: „Lettland“, S. 384.

Statt nun den Deutschen Lettlands diesen bedeutsamen Aktivposten gut zu schreiben, werden sie als Bürger zweiter Kategorie, als „Mussbürger“ den „seelischen Heimatgenossen“<sup>1</sup>, den Bürgern lettischen Blutes entgegengestellt, die vor allen anderen die Unkosten der Staatswerdung Lettlands zu bestreiten verpflichtet seien. Daher wurde eine nationale Vermögensumschichtung beliebt und durchgeführt, die der deutschen Bevölkerung, wie wir sehen werden, fast ihr gesamtes Vermögen zum Besten der über Nacht zur Herrschaft gelangten Rasse nahm.

In Livland war der Großgrundbesitz das Fundament der kommunalen Selbstverwaltung des flachen Landes, und weil er sich fast ausschließlich in deutschen Händen befand<sup>2</sup>, gebot ein deutsches Herrentum, verbunden mit der deutschen lutherischen Geistlichkeit, über die nichtdeutsche Masse des Landvolkes. Ungeachtet dieses, an sich nicht natürlichen Verhältnisses zwischen Gebietenden und Gehorchenden, trennte dennoch, wie wir gesehen haben, keine Gegensätzlichkeit die beiden völkisch verschiedenen Gruppen der Heimatgenossen. Erst das Dazwischentreten eines dritten und zwar fremdländischen Elementes schuf eine Kluft, die durch das von außen hineingetragene Problem des modernen Klassenkampfes vertieft wurde. Daß eine Gegensätzlichkeit von der herrschenden deutschen Oberschicht „geschaffen“ worden sei<sup>3</sup>, ist eine der vielen Geschichtsfälschungen, die in Lettland nur aus politischem Zweckwillen verübt werden<sup>4</sup>. Die Privat- oder Rittergüter waren in Livland vor der sogenannten Agrarreform recht ausgedehnt. Ihr Gesamtumfang überwog den der Bauerngüter, während diese, wenn das landwirtschaftlich genutzte Land allein in Betracht gezogen wird, den Rittergütern quantitativ erheblich überlegen waren<sup>5</sup>. Die Rittergüter umfaßten eben neben dem landwirtschaftlich genutzten Lande große Flächen Waldbodens und Unlandes, während zu den Bauernhöfen nur geringe Waldparzellen und wenig Unland (Moore) gehörten.

<sup>1</sup> Walters: „Lettland“, S. 485.

<sup>2</sup> 91,3% der Rittergüter gehörten Besitzern deutscher Nationalität. Hamilcar Baron Foelkersahm: „Die Entwicklung der Agrarverfassung Livlands und Kurlands und die Umwälzung der Agrarverhältnisse in der Republik Lettland“, Heft 22 der Greifswalder staatswiss. Abhandlungen, Greifswald 1923, S. 53.

<sup>3</sup> Walters: „Lettland“, S. 479.

<sup>4</sup> Dr. Paul Schiemann: „Politik und Geschichte“ „Rig. Rundschau“ vom 12. Juni 1926.

<sup>5</sup> Hier und in den weiteren Ausführungen wird unter Livland nur der südliche, jetzt zu Lettland gehörige, von Letten bewohnte Teil des alten, sowohl von Letten, wie auch von Esten bewohnten Livland verstanden. Unter Lettland werden das südliche Livland und auch Kurland, nicht aber Lettgallen, begriffen.

Von der Gesamtfläche entfielen:

	in Livland	in Kurland
auf Rittergüter .....	51.49%	42.35%
Bauernhöfe .....	41.06%	37.53%
Pastoratsländereien.....	1.45%	1.18%
Staatsbesitz .....	2.81%	18.51%
Sonstiges Land .....	3.19%	0.45%
	<u>100.00</u>	<u>100.00</u>

Die Konzentration von Waldungen und Mooren in den Händen der Großgrundbesitzer vor der Agrarrevolution war keineswegs anormal, sondern, weil im Dienste der Waldpflege geboten, regulär und in Liv- und Kurland ebenso natürlich, wie in den östlichen Teilen Deutschlands<sup>1</sup>. Sie bewirkte freilich, daß ein Rittergut in Livland die ungewöhnliche Durchschnittsfläche von 2.264 ha, in Kurland von 1.957 ha umfaßte<sup>2</sup>, eine Tatsache, die oft unbillig gegen die Großgrundbesitzer Liv- und Kurlands ins Feld geführt worden ist, als ob diese, unwirtschaftlich verfahrend, große Nutzflächen der Allgemeinheit entzögen. In der ganzen Welt befinden sich jedoch Wälder und Moore, wo sie ausgedehnt vorkommen, in den Händen des Staates, der Kommunen oder der Großgrundbesitzer, niemals aber in denen der Kleingrundbesitzer. Daher muß, soll die Grundbesitzverteilung zwischen den landwirtschaftlichen Groß- und Klein-Betrieben eines Landes daraufhin untersucht werden, ob sie gesund oder ungesund gestaltet ist, von der landwirtschaftlich genutzten Fläche allein, nicht aber von der Gesamtfläche ausgegangen werden. Geschieht dieses für Lettland, so ergibt sich, daß die Großgrundbesitzer in Livland nur 37% des privaten Landwirtschaftslandes, in Kurland etwas weniger (36%) zu eigen hatten, die Kleingrundbesitzer dagegen 63 bzw. 64%. Die Sachlage stellt sich für den Kleingrundbesitz noch günstiger heraus, wenn nicht nur das Grundeigentum, sondern auch der Pachtbesitz ins Auge gefaßt wird. Alsdann lehren die Tatsachen, daß der bäuerliche Pächter, wie das schon der livländische Gouverneur Sinowjew im Jahre 1886 beobachtet und als Ergebnis der „adligen“ Gutsherrschaft anerkennend hervorgehoben hat, immer mehr in das gutsherrliche Territorium eingedrungen war, infolgedessen kurz vor der Agrarrevolution in Livland, und ähnlich in

Nutzungsweise				
Livland			Kurland	
	landw. genutztes Land	Wald und Unland	landw. genutztes Land	Wald und Unland
Rittergüter ..	41.83%	58.17%	47.48%	52.52%
Bauernhöfe ....	84.90%	15.10%	94.35%	5.65%
Von der landwirtschaftlichen Fläche entfielen auf:				
	Livland		Kurland	
Rittergüter .....	463.449 ha =	36.7%	533.689 ha =	36%
Bauerngüter ...	804.778 ha =	63.3%	939.562 ha =	64%
	1 268.227 ha = 100.00		1.473.251 ha = 100.00	

Foelkersahm: a. a. O., S. 50.

Wie der Boden zwischen dem Groß- und Klein-Grundbesitz in Livland alten Bestandes vor dem Weltkriege verteilt war, ist ersichtlich in: Gustav von Stryk: „Die Landwirtschaft in Livland“. Veröffentlichung der Liv. Gemeinnützigen u. Ökonomischen Sozietät, ohne Angabe ihres Erscheinens (1918?), S. 22 und 23.

<sup>1</sup> Wilhelm von Brünneck: „Wald und See in den Rittergütern der Mark Brandenburg“. Jahrb. für Nationalökonomie u. Statistik, herausg. von Conrad usw., III. Folge, 15. Bd., Jena 1898, S. 345 ff.

<sup>2</sup> Foelkersahm a. a. O., S. 53. Einzelheiten in: Ulrich Lüth: „Die Lettländische Landwirtschaft vor und nach dem Weltkriege, mit besonderer Berücksichtigung Liv- und Kurlands“. Inaugural-Dissertation Breslau, Breslau 1929, S. 21.

Kurland, nicht weniger als 77,6% der gesamten privaten Landwirtschaftsfläche in bäuerlicher Nutzung standen<sup>1</sup>. Durch die fortschreitende Verpachtung von Hofsländereien hatten die Großgrundbesitzer das getan, was die Erfahrung des Westens als für den Aufstieg und die zweckmäßige Ausgestaltung der kleinen Bauernwirtschaften am heilsamsten empfahl<sup>2</sup>. Sehr viel weiter vermochten sie in der Verpachtung des von ihnen landwirtschaftlich genutzten Landes kaum zu gehen, wenn nicht die wirtschaftliche Gesundheit ihrer Großbetriebe gefährdet werden sollte. Erfahrungsmäßig erforderten die ungünstigen Boden- und klimatischen Verhältnisse Livlands für den landwirtschaftlichen Betrieb ein, im Verhältnis zu den von der Natur begünstigten Ländern, großes Ausmaß der Acker- und Wiesenflächen. Die Zahl der nachtfrostfreien Tage beträgt nämlich im Baltikum nur 120, gegen 174 in Königsberg und 212 in Hannover<sup>3</sup>. Diese hochgradige Mißgunst des Klimas, die zwar durch die lange Andauer der Schneedecke etwas gemildert wird, drängt die Aussaat und die Erntearbeiten auf einen kurzen Zeitraum zusammen und veranlaßt daher eine relativ große Gespannhaltung, die zusammen mit dem intensiven Düngerbedürfnis des kargen Bodens und der Kälte des Winters zur Errichtung geräumiger und massiver Ställe zwingt. Hierzu kommt, daß der kurze Herbst zum Bau von Scheunen und Darrvorrichtungen nötigt und die ortsübliche Haltung von Jahresarbeitern die Anlage verhältnismäßig vieler Wohnräume erfordert. Die Folge aller dieser Umstände ist, daß der livländische landwirtschaftliche Betrieb eine Gebäudelast zu tragen hat, die in ihrer drückenden Höhe dem Westen unbekannt ist und eine Verzinsung und Amortisation des in die Landwirtschaft investierten Kapitals nur dann denkbar erscheinen läßt, wenn die Wirtschaftsfläche des Betriebes einen gewissen Umfang erreicht. Das ist ein Hauptgrund, weshalb in Livland die landwirtschaftlichen Betriebe, und zwar sowohl die Großbetriebe, wie auch die bäuerlichen Mittelbetriebe, einen relativ bedeutenden, in Westeuropa nicht erforderlichen Umfang haben müssen. Immerhin aber bewies die Tatsache der Verpachtung eines ansehnlichen Teiles der Hofsländereien, auf deren Bewirtschaftung mithin die Großgrundbesitzer verzichteten, daß die Ausdehnung der Landwirtschaftsfläche des Groß-Grundbesitzes überspannt war. Daher plante der in der „Ökonomischen Sozietät“ verkörperte Verband livländischer Großgrundbesitzer im Jahre 1906, zu Siedlungszwecken Land hinzugeben, wobei natürlich nicht nur Wald- und Moorboden in Frage kamen. Weit mehr jedoch bedeutete, daß sowohl die livländische, wie die kurländische Ritterschaft im Februar 1920, also ein halbes Jahr vor dem Erlaß des Agrargesetzes vom 16. Oktober 1920, der lettländischen Konstituante Vorschläge zu einer durchgreifenden Agrarreform machten. Es wurde aus dem Bestande des landwirtschaftlichen Nutzlandes der

<sup>1</sup> Foelkersahm: a. a. O. S. 53, der sich auf offizielle Angaben stützt.

<sup>2</sup> Prof. M. Sering: „Die wirtsch. und soziale Bedeutung der Zeitpacht in der deutschen Landwirtschaft“, in: „Berichte über Landwirtschaft“, herausg. vom Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft, Neue Folge, Band I, Heft 3 und 4, Berlin 1924, S. 72.

<sup>3</sup> Prof. Dr. W. von Knieriem: „Landwirtschaft“, in: „Livland- und Estland-Ausstellung“, herausgegeben von Dr. E. Stieda, Berlin 1918, S. 245.

Rittergüter eine so große Siedlungsfläche dargeboten, wie das wirkliche Bedürfnis nach Siedlungsland betrage, wobei als einzige Bedingung die Forderung gestellt wurde, daß im volkswirtschaftlichen Interesse der Fortbestand der Großbetriebe nicht gefährdet werde. Daß eine volle Entschädigung für das hinzugebende Land verlangt wurde, war selbstverständlich<sup>1</sup>. Danach hätte jeder wirtschaftsfähige Siedler eine Scholle zu eigen erhalten können.

Die rechtzeitig gemachten Vorschläge der beiden Ritterschaften fanden jedoch bei der lettländischen Regierung nicht die mindeste Beachtung. Sie wollte sich das wirksamste national-politische Kampfmittel nicht aus der Hand winden lassen, denn sie hatte weder agrarpolitische, noch sozialpolitische Ziele im Auge, sondern folgte lediglich und allein den Triebkräften eines egoistischen Nationalismus, der keine von der Vernunft gesteckte Grenzen kennt. Hierüber kann gar kein Zweifel obwalten, nachdem der Landwirtschaftsminister Samuel in der Konstituante öffentlich erklärt hat, daß die Agrarumwälzung, wenn sie wirtschaftlich auch schädlich sei, dennoch durchgeführt werden müsse, weil durch sie der fremdstämmige Gutsbesitzerstand des Landes den Todesstoß erhalte<sup>2</sup>. Fragt man, wie die Notwendigkeit des Todesstoßes begründet wurde, so gibt hierüber die große mehrtägige Agrardebatte in der Konstituante, die Ende August und am 1. September 1920 stattfand, Aufschluß. Wiederum waren es russische Einflüsse, die ebenso, wie sie den Anstoß zur lettischen Revolution der Jahre 1905 und 1906 gegeben hatten, jetzt die Vorfrucht der lettländischen Agrarrevolution bildeten. Der Gedanke: sich durch eine agrarische Umwälzung der deutschen herrschenden Oberschicht zu entledigen, war zweifellos lokalen, d. h. estnisch-lettischen Ursprunges. Er fand jedoch in dem von der slawophilen Haßpropaganda aufgepeitschten Ressentiment der Esten und Letten seinen Nährboden. Und diesen hatte die Irrlehre von der durch die baltische Oberschicht beständig verübten Kränkung des Rechtsbewußtseins der Landbevölkerung<sup>3</sup> fett gedüngt.

Überdies bot der russische Agrarsozialismus mit seinen wirksamen Parolen: „Der Boden seinen Bearbeitern“ und „raubt das Geraubte“, der geplanten Umwälzung eine willkommene theoretische Begründung.

Den Ausgangspunkt der spezifisch estnisch-lettischen, angeblich berechtigten Sühneforderung gab die der geschichtlichen Wahrheit widersprechende Behauptung ab: zur Ordenszeit seien die Ritterländereien auf Bauernäckern entstanden. So sehr auch gebildete Letten mutvoll die Meinung vertraten, daß das Argument: seinerzeit sei das Land dem Volk von den Ordensrittern ohne Entschädigung genommen worden, ju-

<sup>1</sup> Foelkersahm: a. a. O., S. 136 ff. „Die Agrarreformvorschläge der Ritterschaften“, „Rig. Rundschau“ vom 4. November 1926; Lüth: a. a. O., S. 23.

<sup>2</sup> Abgeordneter Wilhelm Baron Firks in der „Rig. Rundschau“ vom 23. April 1923, Nr. 85, S. 2. Lüth: a. a. O., S. 23.

<sup>3</sup> G. Luiga: „Vom Rechtsbewußtsein des Volkes“; Eine Entgegnung hierauf von Alexander von Tobien in der „Rig. Rundschau“, April 1921, und zusammengefaßt in der Beilage des „Revaler Boten“ vom 30. April 1921, Nr. 94.

ristisch keiner Kritik stand halte<sup>1</sup>, so wurde dennoch von ihm in der großen Agrar-debatte der Konstituante reichlich Gebrauch gemacht<sup>2</sup>.

Später hat die Lehre östlicher Provenienz häufige Verwendung gefunden: „was durch einen Eroberungskrieg unrechtmäßig geraubt worden ist, das darf die Revolution, die nur eine Reaktion gegen das angetane Unrecht ist, ebenfalls auf dem Prinzip der Gewalt fußend, mit vollem moralischen Recht zurücknehmen“<sup>3</sup>. Gegenüber solcher primitiven und daher in breiten Schichten wirksamen Begründung der geplanten Gewaltmaßregel verfiel der Hinweis, daß mit Ausnahme der Republik Eesti alle Nachbarstaaten Lettlands das Eigentumsrecht an Grund und Boden heilig halten<sup>4</sup>, ebensowenig, wie die Warnung, daß Lettland keine Raubpolitik wie Rußland treiben dürfe<sup>5</sup>. Man erkannte nicht, daß, wenn der Sühneforderung eine Berechtigung beigemessen werde, die noch in Kurland lebenden Splitter des von den Letten fast ausgerotteten alten Volksstammes der Liven befügt wären, das ihnen einst von Letten geraubte Land zurückzufordern. Ebensowenig wurde bedacht, daß die beabsichtigte radikale „Reform“ auch solche Gutsbesitzer entwurzeln werde, die ihre Güter erst in neuerer oder neuester Zeit käuflich erworben hatten und an dem angeblich von ihren Vorfahren vor 700 Jahren an der Urbevölkerung begangenen Raube gar nicht beteiligt gewesen sein konnten, weil ihr Geschlecht erst seit einigen Jahrzehnten Livland oder Kurland angehörte. Derselbe Leichtsin, der über diese naheliegende Tatsache einfach hinwegging, ignorierte die weitere, daß sich 1920 der Nachweis schlechterdings nicht führen ließ: dieses oder jenes der zu enteignenden Rittergüter habe schon vor 700 Jahren bestanden und einen Letten zum Eigentümer gehabt.

Die Berechtigung des Sühneaktes wurde daher auch von vernünftigen Letten verurteilt, die in ihm nichts anderes, als eine „Hottentottenmoral“<sup>6</sup> erblickten. Kaum weniger ungereimt, wie die Mär von dem Landraube vor 700 Jahren, ist die zur Begründung der Agrarumwälzung konstruierte Anklage: die Bauern Livlands seien von den Gutsherren im Jahre 1819, gelegentlich der „Freilassung“, abermals ihres Landes beraubt worden und hätten es später von den Räubern zurückkaufen und tüchtig bezahlen müssen.

Wie steht es nun in Wahrheit mit diesem, als „teuflischen Kniff der Barone“ ausgegebenen Handel<sup>7</sup>, der sich weit wirksamer verwerten ließ, als die doch weithergeholte Legende von dem vor 700 Jahren begangenen Raube.

<sup>1</sup> Bauernbündler Pauluk in der Sitzung der lett. Konstituante vom 25. August 1920.

<sup>2</sup> Referent Gailit in den Sitzungen vom 19. und 31. August, Busche witz in der Sitzung vom 20. August. Rainis in der Sitzung vom 1. September 1920.

<sup>3</sup> Prof. P. Sahlit in den „Jaunakas Sinas“ vom Jahre 1925; siehe: „Neues Rig. Tageblatt“ vom 16. Sept. 1925, Nr. 130.

<sup>4</sup> Außenminister Meierowiz in der Sitzung der Konstituante vom 26. August 1920.

<sup>5</sup> Bauernbündler Alberinsch in der Sitzung vom 20. August 1920.

<sup>6</sup> Johann Kauls: „Das internationale und das nationale Interesse an unserer Agrarreform. Betrachtungen eines lettischen Patrioten“, „Rig. Rundschau“ vom 12. Juni 1925, auch in: „Baltische Blätter“ 8. Jahrg. Nr. 13, Berlin 1. Juli 1925.

<sup>7</sup> „Rig. Rundschau“ vom 18. Juni 1925, Nr. 133.

Unter dem Einfluß der französischen Revolution und des Zeitalters der Aufklärung hat bekanntlich Kaiser Alexander I. zuerst die estländische (1816), dann die kurländische (1817) und schließlich die livländische Ritterschaft (1819) veranlaßt, die vom großen Schotten Adam Smith gelehrten Grundsätze der Personalfreiheit, der freien Konkurrenz und der freien Vertragsrechte dem baltischen Agrarrecht zugrunde zu legen. Das erbliche Nutzungsrecht der Bauern am Bauernlande wurde, ebenso wie ein Jahrhundert früher in Dänemark, unbedenklich gegen die staatsbürgerliche Freiheit ausgetauscht, worin auch der Adelsfeind und Verfechter des Menschenrechtes des lettischen Volkes, Garlieb Merkel, nur ein Zugeständnis an den Zeitgeist erblickte. Dagegen waren es livländische Gutsherren, die den modernen Ideen widerstrebten, sich lediglich dem Drucke Kaiser Alexander I. fügten und alsbald bewiesen, daß das von Merkel gerühmte Emanzipationsgesetz des Jahres 1819 eine legislative Torheit gewesen sei und die nun (1842) mit der Korrektur derjenigen Irrtümer begannen, die der Freiheitstaumel der Jahre 1816—1819 gezeitigt hatte<sup>1</sup>. Die Gutsherren Livlands für die 1819 nicht von ihnen, sondern von einer anderen Macht begangene legislative Torheit büßen zu lassen, kommt daher einem Justizmorde gleich. Aber auch die schwer erscheinende Anklage: die Gutsherren hätten den „teuflischen Kniff“ begangen, sich das den Bauern geraubte Bauernland tüchtig bezahlen zu lassen, ist ein Hieb in die Luft.

Das, was man in den baltischen Provinzen gemeiniglich, aber ganz unpräzise den „Bauernlandverkauf“ zu nennen pflegt, ist gar nichts anderes, als die Ablösung der auf dem Bauernlande ruhenden Pflicht zur Leistung von Hand- und Spanndiensten. In der ganzen Welt haben die das Rustikalland nützenden Bauern, die Fröner, die zur Führung der Landwirtschaft in alter Zeit unerläßliche Fron aufbringen müssen. Erst nach und nach wurden bekanntlich die Zeitpächter, die anfangs Dienste zu leisten und dann statt dessen, Geld zu zahlen hatten, in dem Fall zu freien Eigentümern ihrer Höfe erhoben, wenn sie die die Fron ersetzende Pacht durch Kapitalzahlung oder durch eine andere Entschädigungsform ablösten<sup>2</sup>.

In Livland war die Entwicklung die gleiche. Die den Bauern gewiß drückende Fron war nicht etwa eine grausame deutsch-baltische Erfindung, sondern eben das Arbeitssystem, das in Europa bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts überall angewandt, hier vielleicht zu lange aufrecht erhalten geblieben ist<sup>3</sup>.

Die Verwandlung des bäuerlichen Pachtbesitzes in volles Eigentum wurde hier ebenso, wie in Schleswig-Holstein, in den beiden Mecklenburg und namentlich in Dänemark, nicht etwa auf dem Wege staatlichen Zwanges, wie in anderen Staaten, z. B. Rußland, sondern als freiwilliger Akt der Gutsherren privatrechtlich vollzogen. Die Sühnethorie entbehrt mithin jeglicher Grundlage und gewinnt dadurch nicht an innerer

<sup>1</sup> Alexander Tobien: „Die Agrargesetzgebung Livlands im 19. Jahrhundert“ I, S. 372, II, S. 373.; derselbe: „Vom Rechtsbewußtsein des Volkes“, a. a. O., S. 31 ff.

<sup>2</sup> Tobien: „Die Agrargesetzgebung“ II., S. 374.

<sup>3</sup> Oskar Grosberg: „Konzeption und Vollendung des lettischen nationalen Gedankens“, „Rig. Rundschau“, Nr. 216 vom Jahre 1923.

Berechtigung, daß sie immer wieder vorgebracht wird. Man sollte das Kindermärchen von dem Landraube vor 700 Jahren und von dem widerrechtlichen Bauernlandverkauf im vorigen Jahrhundert endlich einmal fallen lassen. Die im Mittelalter kolonisierenden Deutschen, der Orden und die Geistlichkeit, waren, um es nochmal zu betonen, nicht so unklug, dem eingeborenen Landvolk den von ihm bebauten Boden zu nehmen, weil das ihren eigenen wirtschaftlichen Ruin bedeutet hätte. Sie hüteten sich, Bauern zu entwurzeln, da es in Livland zu allen Zeit viel zu wenig arbeitende Hände im Verhältnis zu dem reichlich vorhandenen Lande gegeben hat. Wohl waren die Erbherren oft genug genötigt, ihre Wohnstätten zu verlassen, weil es galt, die Heimat gegen fremde Mächte zu verteidigen, niemals aber wurden Bauern von ihren Herren gezwungen, ihre Arbeitsfelder aufzugeben, denn wer hätte wohl dann den Lebensbedarf des Landes beschafft? Und wenn im 19. Jahrhundert irrtümlich von Bauernlandverkauf die Rede gewesen ist, so handelt es sich in Wahrheit um nichts anderes, als das, was in Westeuropa schlechtweg „die Ablösung“ genannt zu werden pflegt. In Livland ist dieser Teil der Bauernbefreiung im ganzen sehr viel günstiger ins Werk gesetzt worden, als in Ostdeutschland<sup>1</sup>.

Nicht minder verwerflich, als die Legende vom zu sühnenden Landraub, ist das von den Referenten des Gesetzentwurfes vorgebrachte Argument der Vergeltung für die Leiden des Volkes<sup>2</sup>, das zur Auswanderung nach Amerika und Sibirien getrieben worden sei. Eine frivolare Phrase läßt sich schwer denken. Von einer Massenauswanderung des lettischen Volkes konnte nur in den 60er Jahren des vorigen Jahrhunderts die Rede sein, d. h. zu einer Zeit, da Christian Waldemar seine, alsbald zusammenbrechende Kolonisationspolitik betrieb. Seitdem haben wohl einzelne Trupps die Heimat verlassen, sie aber meist wieder aufgesucht. Dagegen sind die Landhungrigen als Pächter in das gutsherrliche Territorium eingedrungen und hätten als Siedler eine eigene Scholle gewinnen können, wenn die Pläne des Verbandes der Rittergutsbesitzer vom Jahre 1906 die zu ihrer Verwirklichung unerläßliche Unterstützung des russischen Staates gefunden hätten.

Im allgemeinen aber von den Leiden des Lettenvolkes zu reden, die seinen gesetzgebenden Körper moralisch voll berechtigt erscheinen lassen, die Grundregeln eines zivilisierten Rechtsstaates zu ignorieren und eine bestimmte Gesellschaftsklasse Lettlands ihrer wohl erworbenen Bodenständigkeit zu berauben, weil sie die Schuld an diesen Leiden trage, ist eine Ungeheuerlichkeit. Wird die vor der „Agrarreform“ zutage getretene und allgemein zugegebene Behäbigkeit der bäuerlichen, im Volksmunde „graue Barone“ geheißenen, Hofbesitzer in Rechnung gezogen, sowie das vor dem Weltkriege emporblühende Gedeihen der zahlreichen lettischen Hausbesitzer und Gewerbetreibenden in den baltischen Städten betrachtet, wird endlich die lettischerseits häufig betonte hohe Bildung des Volkes ins Auge gefaßt, die der jungen, plötzlich entstandenen

<sup>1</sup> Dr. August Skalweit; „Agrarpolitik“, 2. Auflage, 17. Band des Handbuchs der Wirtschafts- und Sozialwissenschaft in Einzelbänden, Berlin und Leipzig 1924, S. 121 ff.

<sup>2</sup> Gailit in der Sitzung der Konstituante vom 19. August 1920, „Rig. Rundschau“, Jahrg. 1920, Nr. 188.



Republik die Möglichkeit bot, ihren ganzen großen Beamtenstaat fast ausschließlich mit Letten zu besetzen, so drängt sich die Frage auf: welche Leiden sind denn gemeint? Man wird doch nicht die oft gehörte Behauptung aufrecht erhalten wollen: die Letten haben ihren unverkennbaren Aufstieg lediglich ihrer Charakterfestigkeit und Strebsamkeit zu danken, Eigenschaften, die um so höher zu bewerten seien, als die herrschende deutsche Oberschicht das lettische Volk nur bedrückt, aber nicht gefördert habe. Mit Recht wird eine solche Argumentation von lettischer Seite zurückgewiesen<sup>1</sup>, weil sie eine „Mißachtung der Geschichte und der Vernunft“ bedeute, denn ständiges Leiden und Gedeihen können nicht Weggenossen auf der Bahn des Lebens sein.

Ungeachtet der Beweiskraft solcher naheliegenden Einwände, war die Majorität der parlamentarischen Vertreter des lettischen Volkes dennoch nur von Haß und Rache erfüllt, als sie das Steuer des legislativen Apparates in ihre Hände bekam. Sie wartete die Konsolidierung des ihr nach dem Zusammenbruch Deutschlands und Rußlands in den Schoß gefallenen Staatswesens gar nicht mal ab, sondern folgte so rasch wie nur irgend möglich den von der slawischen Haßpropaganda seit langem methodisch vorgemalten Trugbildern der Bedrückung des lettischen Volkes durch die deutsche Oberschicht. Schon in den ersten Verhandlungen der Konstituante brach der Sturm gegen die bisherige Tutelherrschaft los. Nicht die Klasse der deutschen Großgrundbesitzer an sich, sondern der deutsche Adel war erklärtermaßen der Gegenstand des Angriffes, und nur weil die Stärke des Adels im Großgrundbesitz wurzelte, sollte dieser zertrümmert werden. „Die Macht des Adels ist gebrochen, die Regierung wird dafür sorgen, daß es darüber nie einen Zweifel mehr geben kann“, erklärte der Ministerpräsident Ulmanis zum Schluß der Debatte über den ersten Teil des Agrargesetzes<sup>2</sup>. Schon war, wie wir sehen werden, die Ritterschaft durch eine eilige Gesetzgebung aufgelöst und ihres Vermögens entkleidet worden. Der Adel besaß also keine politischen Rechte und kein Korporationsvermögen mehr<sup>3</sup>. Das schien aber noch nicht genug. Ihm mußte sein Landbesitz genommen werden, denn Landbesitz bedeutet Macht. Warum aber wurden auch den Bürgerlichen ihre Güter genommen und hierbei selbst lettische Rittergutsbesitzer, deren es immerhin, wenn auch wenige, gab, nicht geschont? Weil der Appetit beim Essen kam und die Enteignung letzten Endes Selbstzweck wurde, der darauf hinauslief: eine Umschichtung des Vermögens zugunsten der herrschenden Klasse auf Kosten der wehrlosen völkischen Minderheit zu bewirken<sup>4</sup>. Hierbei war jedoch die Rechtsvorstellung: was Raub sei und was nicht, völlig in die Brüche gegangen, wie ein Vertreter der Radikalen feststellte, der den Gliedern der Konstituante zurief: „wenn man dem Besitzer von Dondangen Baron Osten-Sacken 63.000 Lofstellen nimmt, so soll das kein

<sup>1</sup> Walters: „Lettland“, S. 28.

<sup>2</sup> Richard Münx und Artur Reußner: „Das Agrargesetz Lettlands vom 16. September 1920 in seiner Bedeutung als Enteignungsgesetz“, 1923, S. 11.

<sup>3</sup> Siehe unten S. 309 ff.

<sup>4</sup> Münx und Reußner: a. a. O., S. 20.

Raub sein, wenn aber einem „grauen Baron“ 300 Lofstellen enteignet werden sollen, so nennt man das Raub“<sup>1</sup>. Es wurde eben mit doppeltem Maß gemessen. Die von den Führern des Bauernbundes vertretenen Grundsätze des Rechtsstaates fanden in der Konstituante nur insofern Anerkennung, als es sich um den bauerlichen Mittelbesitz handelte, während sie dem Großgrundbesitz gegenüber verleugnet wurden. Wenn hierbei auch lettische Rittergutsbesitzer in Mitleidenschaft gezogen wurden, so wußte man sie anderwärtig zu entschädigen, denn es galt ja, dem Adel das Rückgrat zu brechen.

In der Auffassung von der staatlichen Notwendigkeit des Zerstückelns der Adelsgüter herrschte bei den lettischen Parteien verschiedenster Observanz völlige Einigkeit. Der Kampf drehte sich hauptsächlich nur um die Frage der Gewährung eines „Restgutes“ und einer Entschädigung an die enteigneten Großgrundbesitzer. Und wenn schließlich auf Antrag des Bauernbundes nach scharfem Meinungsstreit den Enteigneten ein sogenanntes „Restgut“ in dem Umfang einer mittleren Wirtschaft, d. h. von 50 ha, zugebilligt worden ist<sup>2</sup>, so geschah das wahrlich nicht dem verfeimten Adel zu Liebe, sondern weil eine radikale Durchbrechung des Eigentumsbegriffes die Erlangung ausländischen Kredites verhindern und dabei für die Volkswirtschaft Lettlands katastrophale Folgen haben könnte<sup>3</sup>. Dieser Auffassung verstand der Bauernbündler Klihwe meisterlichen Ausdruck zu verleihen. Mit zynischem Witz verwahrte er sich gegen den möglichen Vorwurf der unzulässigen Schonung des Adels, indem er sagte: „Wenn einer der vom Agrargesetz betroffenen Emigranten berechtigt wäre, im Auslande zu sagen: „ich habe alles verloren und besitze gar nichts mehr“<sup>4</sup>, so wird er Verständnis und Teilnahme finden. Das aber ist zu vermeiden und wird vermieden werden, wenn man sachlich und gerecht entscheidet. Hierzu genügt jedoch die Zubilligung eines Restes der Güter von einem Prozent.“ Als hierauf aus den Reihen der Sozialdemokraten der Zuruf erschallte: „Das ist ein Kompromiß“, erwiderte Klihwe: „Wenn ich Ihnen einen Mantel abziehe und einen Knopf zurückgebe, würden Sie das auch einen Kompromiss nennen?“ In der Tat: der „Knopf“ wurde den Rittergutsbesitzern in Gestalt von 2,2% ihres bisherigen Landbesitzes unter dem irreführenden Namen „Restgut“ zurückgegeben, wobei nach dem Belieben der maßgebenden Behörde auch Ödland angewiesen werden durfte. Von dieser „menschenfreundlichen“ Ermächtigung ist reichlich Gebrauch gemacht worden, denn das Landwirtschaftsministerium suchte die Zahl derjenigen Fälle, in denen die bei der Bestimmung eines Restgutes mitwirkende Landgemeinde für die Belassung des Gutshofes in der Hand des ehemaligen Gutsherren eintrat, auf ein Minimum hinabzudrücken. In Folge dieser Taktik gibt es unter den 754 angewiesenen Restgütern nur 125, oder 16,5%, die den ehemaligen Gutshof umschließen,

<sup>1</sup> Behrsinsch in der Sitzung der Konstituante vom 25. August 1920, „Rig. Rundschau“, Nr. 193 vom Jahre 1920.

<sup>2</sup> Näheres bei Foelkersahm: a. a. O., S. 101.

<sup>3</sup> Dr. Paul Schiemann: „Ums Land“, „Rig. Rundschau“, 21. August 1920.

<sup>4</sup> Verhandlungen der Konstituante vom 27. August 1920, „Rig. Rundschau“ Jahrg. 1920, Nr. 195.

während 629 Restgüter, aus abgelegenen Wirtschaftseinheiten gebildet<sup>1</sup>, oft genug auch in Sümpfen angewiesen worden sind.

Wie der Bauernbund um des Staatskredites willen für die Zurückgabe von kleinen Restgütern eingetreten ist, so auch für die Zubilligung einer mäßigen Geldentschädigung an die enteigneten Großgrundbesitzer<sup>2</sup>. Die Konstituante billigte nach erbittertem Kampf prinzipiell den Entschädigungsantrag des Bauernbundes, überließ jedoch die Entscheidung über Art und Höhe des Entschädigungsbetrages der ordentlichen Volksvertretung, die im Oktober 1922 gewählt werden sollte. Unterdes gingen die Wogen über das, was dem Landtage vorzuschlagen sei, hoch. Schon während der Lesung des I. und II. Teiles des Agrargesetzes im Jahre 1920 hatte der Abgeordnete der Deutschen, Wilhelm Baron Fireks darauf hingewiesen, daß eine gerechte, d. h. volle Entschädigung der durch die überstürzte Enteignung allen Gutslandes hervorgerufenen Einbußen vom jungen Staat nicht getragen werden könnte, weil sie die ungeheure Summe von über 60 Milliarden lettländischer Rubel, oder 700 Millionen Goldfrancs, betragen würde. Um nun aber doch den Schein zu erwecken, als ob die Grundsätze eines Rechtsstaates Anwendung fänden, und um Glauben zu machen, daß das Lamento der Gutsherren über völlige Beraubung zureichenden Grundes entbehre, hielten die Regierung und die hinter ihr stehenden bürgerlichen Parteien grundsätzlich an der Entschädigung fest. Sie gaben sich jedoch Rechenkunststücken hin, die den vollen Betrag der Entschädigung von über 60 Milliarden auf noch nicht ganz 3 Milliarden lettländischer Rubel oder 35 Millionen Goldfrancs, d. h. auf etwa nur 16 Goldfrancs pro Hektar hinabdrückten. Und diese Entschädigung sollte keineswegs in barem Gelde, sondern in langfristigen Pfandbriefen der zu begründenden staatlichen Agrarbank, also in einem Papier zur Auszahlung gelangen, das wahrscheinlich vom Effektenmarkt abgelehnt werden würde. Daher war es sehr begreiflich, daß Baron Fireks öffentlich erklärte: „kein Gutsbesitzer wird eine derartige Entschädigung, die ein Hohn auf die Gerechtigkeit wäre, entgegennehmen“<sup>3</sup>. Für enteignete Fideikomisse, für die Güter der beiden Ritterschaften und für die Pachthöfe sollte überhaupt keine Entschädigung gezahlt werden, obgleich alle diese Liegenschaften käuflich oder durch Hingabe von Gegenwerten erworben worden waren<sup>4</sup>. Mit vollem Recht wies der Bauernbündler Alberinsch darauf hin, daß das Gejammer der Sozialdemokraten: die Entschädigung würde in der Hand der Enteigneten eine, dem

<sup>1</sup> „Eine Verteidigung der Agrarreform“, „Rig. Rundschau“ vom 28. Dezember 1922, Nr. 291, 1. Beilage, S. 5. In dem Buch V. Markus: „Die Durchführung der Agrarreform Lettlands 1919—1922“, Riga 1922, (lettisch), wird neben anderen Falsa angegeben (Kapitel V), daß in 21 von 100 Fällen die Gutsherren ihre alten Wohnstätten als Restgüter angewiesen erhalten hätten. In der dieser Angabe zugrunde liegenden Tabelle sind aber auch die Restgüter der Pastorate aufgeführt worden, die naturgemäß in einer Statistik der Gutsrestgüter nichts zu schaffen haben.

<sup>2</sup> Verhandlung der Konstituante vom 16. September 1920.

<sup>3</sup> W. Baron Fireks: „Zur Frage der Entschädigung für enteignetes Gutsland“, „Rig. Rundschau“ vom 14. Juni 1921. Rede des Abgeordneten Baron Fireks in der Sitzung der Konstituante vom 30. Juni 1922, „Rig. Rundschau“ vom 1. Juli 1922, Nr. 142.

Fireks ebenda; siehe auch: Münx und Reußner: „Das Agrargesetz Lettlands“ usw., S. 21.

lettischen Staat gefährliche Waffe werden, weil aus ihr ein „Konterrevolutionsfonds“ gebildet werden könnte, unsinnig sei. Die Entschädigung sagte er, würde etwa 170 Rbl. für die Lofstelle<sup>1</sup> betragen, so daß eine Wirtschaft von 20 ha für 9—10.000 Rbl., d. h. für den Marktpreis einer Kuh erworben werden könne<sup>2</sup>. Diese Sachlage erklärt zur Genüge, daß die deutschen Abgeordneten, geführt von Baron Fircks, im entscheidenden Zeitpunkt die geplante Entschädigungszahlung, die eine Fiktion war, ablehnten.

Wohnten der von der blutjungen lettländischen Republik eiligst angestrebten Umwälzung nicht wirtschaftliche, d. h. agrarpolitische, sondern lediglich sozialpolitische Motive des Klassenkampfes inne, die nicht Reformen, sondern Vernichtung bezweckten, so ist es erklärlich, daß ein Radikalismus den Wegleiter ausmachte, der kaum übertroffen werden konnte. Er tritt grell hervor, wenn die im Gefolge des Weltkrieges in Angriff genommene Umgestaltung der Agrarverfassung in anderen osteuropäischen Staaten betrachtet wird.

### **Agrarreformen in anderen Staaten**

Nach dem Ausgange des Krieges wurde der Ruf nach Aufhebung des Großgrundbesitzes und Aufteilung seiner Ländereien vielfach laut. Maßgebend für die Forderung nach einer so tiefgreifenden Agrarreform war einerseits das Bestreben: Ersatz für den Verlust früherer beruflicher Beschäftigung in der relativ leicht erlernbaren Landwirtschaft zu finden, andererseits das Verlangen der angebrochenen demokratischen Epoche: den Großgrundbesitz als ein Charakteristikum feudal-monarchischer Zeit weggelegt zu sehen<sup>3</sup>. Alle „zwischen-europäischen“ Länder: mit Finnland, Estland, Lettland angefangen, über Litauen und Polen nach Galizien, Südslawien und Rumänien hin, mit Einschluß der Tschechoslowakei und Ungarns, wurden von der Reformbewegung erfaßt. Zweifellos hatte die russische Agrarrevolution<sup>4</sup> diese Staaten mehr oder weniger in ihren Bannkreis gezogen, obgleich sie nach ihrer Agrarverfassung, die auf dem Sonder Eigentum am Ackerlande, nicht aber auf der Feldgemeinschaft beruhte, zu Westeuropa gehörten. Der radikale sarmatische Einfluß machte erst an den Grenzen Deutschlands und Deutschösterreichs halt<sup>5</sup>. Wo er nicht hinreichte, wurde zwar auch reformiert, allein der Großgrundbesitz grundsätzlich am Leben gelassen, weil auch die neuesten und gründlichsten Untersuchungen bewiesen, daß die alten Agrarpolitiker und Betriebslehrer, wie Wilhelm Roscher, recht gehabt hätten, als sie stets die Notwendig-

<sup>1</sup> = 0,37 ha.

<sup>2</sup> Verhandlung der Konstituante vom 30. Juni 1922, „Rig. Rundschau“ vom 1. Juli 1922, Nr. 142; Münz und Reußner: a. a. O., S. 22.

<sup>3</sup> Dr. Kalkbrunner-Wien: „Die Agrarreform Österreichs“, „Berichte über Landwirtsch.“, herausg. vom Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft, Neue Folge, Band III, Heft 1, Berlin, 1925, S. 126.

<sup>4</sup> Brutzkus: „Agrarentwicklung und Agrarrevolution in Rußland“, in „Quellen und Studien“, Abt. „Wirtschaft“, herausg. vom Osteuropa-Institut in Breslau. Neue Folge, Heft 2, Berlin und Breslau 1925.

<sup>5</sup> Prof. Dr. M. Sering: „Die Umwälzung der osteuropäischen Agrarverfassung“, Heft 34 der „Schriften zur Förderung der inneren Kolonisation“, Berlin 1921, S. 11.

keit eines gewissen Mischungsverhältnisses der verschiedenen landwirtschaftlichen Betriebsgrößen betonten, ohne jedoch dieses Mischungsverhältnis schematisch festzulegen<sup>1</sup>.

Das Reichssiedlungsgesetz Deutschlands vom Jahre 1919 sieht die Enteignung bloß als letztes Ausgangsmittel an und verstaatlicht nur dann, wenn der freihändige Erwerb und das Vorkaufsrecht der öffentlichen Siedlungsunternehmen versagen. Auch ist das Enteignungsrecht auf die eigentlichen Großgüterdistrikte beschränkt und seine Handhabung den zu Zwangsverbänden vereinigten Gutsbesitzern überlassen, die zur Landleistung nur dann verpflichtet sind, wenn freihändiger Erwerb und Vorkaufsrecht nicht zum Ziele führen<sup>2</sup>.

Obleich die reichsdeutsche Agrarpolitik auf eine großzügige Bauernsiedlung Bedacht nimmt, so hat sie doch bisher nicht gar viel erreichen können, weil Fehler in der Anfangsausstattung<sup>3</sup> der Siedler gemacht worden sind, die offen zugestanden und der Siedlungspolitik anderer Staaten zur Nachachtung anempfohlen werden. Bedroht schon Deutschland den Großgrundbesitz, den Lehrmeister der bauerlichen Landwirtschaft wenig oder gar nicht, so ist Italien in dieser Hinsicht noch viel vorsichtiger. „Latifundia Italiam perdidere“ ist ein bekannter und häufig wiederholter Erfahrungssatz. Es herrscht im Norden Italiens aus einer bürgerlich-kapitalistischen, dagegen in der Mitte und im Süden aus einer feudalistischen Entwicklung heraus eine weitgehende Trennung von Grundeigentum und landwirtschaftlichem Betriebe, weshalb das Pachtwesen in Gestalt des Teilbaues (Häfltnernwirtschaft) weit verbreitet ist<sup>4</sup>. Den hervorstechendsten Typus der süditalienischen Latifundien weist Sizilien auf, wo klimatische Unbill, die große Trockenheit des Landes und die fast völlige Wegelosigkeit eine ungewöhnliche Extensität der Landwirtschaft bewirkt haben, die dann die Latifundienbildung herbeiführte. Die italienische Regierung hat zwar schüchterne Versuche gemacht, bei „aller Respektierung des Rechtes der Bodeneigentümer“ die im öffentlichen Interesse gelegene Umwandlung der Besitzverteilung anzubahnen, vermag aber die Widerstände der süditalienischen Latifundienbesitzer anscheinend nicht zu brechen. Deshalb und wahrscheinlich wegen der Rückständigkeit der Bauern ist oberstes Prinzip der italienischen Agrarpolitik: Steigerung der Produktion durch Hebung des Fundaments der Volkswirtschaft, nämlich der Landwirtschaft. Erst in zweiter Linie soll das Verteilungsproblem dran kommen.

Auch Großbritannien, wo die großkapitalistische Entwicklung seit dem Aus-

<sup>1</sup> Professor Dr. A. H. Hollmann: „Zur Frage der optimalen Betriebsgröße in der Landwirtschaft“, „Berichte über Landwirtschaft“ usw. Neue Folge, Band I Heft 2, S. 120 ff.

<sup>2</sup> Sering: a. a. O. S. 11.

<sup>3</sup> Dr. Hugo Horny: „Bauernlandsgefährdung, Bauernsiedlung, Bauernbesitzbefestigung in der Nachkriegszeit“, „Berichte über Landwirtsch. Zeitschrift für Agrarpolitik und internationale Landwirtsch.“, herausg. vom Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft. Neue Folge, Band IV Heft 3, Berlin, Parey, 1926, S. 368 ff.

<sup>4</sup> Dr. R. Seiff: „Die neuere italienische Agrarpolitik und das Problem der Latifundien“.

gange des Mittelalters zu dem fast vollständigen Untergange des Bauernstandes geführt hat<sup>1</sup>, ist von der Siedlungspolitik erfaßt worden, ohne jedoch dem Großgrundbesitz irgendwie erheblich zu Leibe zu gehen, denn das ist bei der sozialen und politischen Machtstellung der Landlords<sup>2</sup> ausgeschlossen. Nicht weniger als 70% der landwirtschaftlich genutzten Fläche Englands und Schottlands befanden sich im Jahre 1895 in den Händen des Großgrundbesitzes<sup>3</sup>, der seitdem eher zu- als abgenommen hat<sup>4</sup>.

Im eigentlichen England ist es seit 1907 zwar möglich, auf dem Wege der Enteignung kleine Bauernstellen zu schaffen. Es entsteht langsam eine neue landwirtschaftliche Bevölkerung, die vom Großgrundbesitz unabhängig ist. Allein bisher ist nicht viel erreicht worden. In Irland, wo bekanntlich die rücksichtsloseste Unterdrückung der Kleinen durch die Großen Platz gegriffen hatte, ist seit 1881, namentlich seit 1905 Durchgreifendes geschehen. Dort sind  $\frac{4}{5}$  des Landes wieder in freies Bauernland umgewandelt worden<sup>5</sup>.

Am meisten tritt heute noch die ungünstige Besitzverteilung in Schottland hervor, wo der Boden im Eigentum einer ganz geringen Zahl meist sehr reicher Herren steht. Der Herzog von Sutherland gibt seinen Landbesitz, der hauptsächlich in Schottland liegt, auf nicht weniger als 1.358.600 acres an<sup>6</sup>. Sehr wesentlich beeinflußt die Jagdleidenschaft der Landlords die Grundbesitzverteilung. Auch jetzt noch wird häufig mit allen Mitteln die Entvölkerung des Gebietes im Interesse der für die Wildpflege erwünschten Einsamkeit gefördert. Die staatlichen Eingriffe haben zwar die kleinen Pächter aus ihrer kümmerlichen Lage herausgehoben und deren Stellung gesichert, allein die Ergebnisse des Ansiedlungswerkes sind in Schottland ebenso, wie in England, sehr bescheiden geblieben. Alles das, was die Gesetzgebung seit 1887 zu Wege gebracht hat, beschränkt sich im wesentlichen auf eine pachtweise Ergänzung schon vorhandener kleiner Besitzungen von Arbeitern, Handwerkern, kleinen Landwirten und Gärtnern. Eigentliche Bauerngüter sind nur in geringer Zahl entstanden<sup>7</sup>. Der Gedanke: neue Bauernstellen zu Eigentum zu vergeben, beginnt sich, namentlich in Schottland, nur sehr langsam durchzusetzen<sup>8</sup>. Die Ansiedlungsfrage wird in England als weniger dringend, wie in anderen Ländern angesehen, weil in den britischen überseeischen Kolonien noch ungeheure Flächen der Erschließung harren. Landarbeiter,

<sup>1</sup> Dr. W. Haßbach: „Die englischen Landarbeiter in den letzten hundert Jahren und die Einhegungen“. Leipzig 1894, Bd. LIX der Schriften des Vereins für Sozialpolitik.

<sup>2</sup> Siehe oben S. 47 f.

<sup>3</sup> Als Großgrundbesitz werden alle Güter, die über 100 acres landwirtsch. genutzte Fläche umfassen, gerechnet. 1 acre = 1,09 livl. Lofstelle oder 0,41 ha.

<sup>4</sup> Ministerialrat Dr. Herr: „Die Anfänge einer Agrarreform in Schottland“, „Berichte über Landwirtschaft.“ usw. Neue Folge, Band I, Heft 2, Berlin 1923, S. 106 ff.

<sup>5</sup> Levy: „Die englische Agrarreform“, „Archiv für Sozialwiss. u. Sozialpolitik“, 38. Bd. 1914, S. 716 ff.

<sup>6</sup> Dr. Herr: a. a. O., S. 107.

<sup>7</sup> Professor Dr. M. Sering: „Politik der Großgrundbesitzverteilung in den großen Reichen“, a. a. O. S. 16.

<sup>8</sup> Dr. Herr a. a. O., S. 117.

die sich selbständig machen wollen, sollen über See weit bessere Aussicht haben, als in der Heimat<sup>1</sup>. Das Gesetz vom Jahre 1919, das Bauernstellen von 4—5 ha oder weniger zu schaffen bezweckt, hat bisher 22.000 Parzellen beschafft<sup>2</sup>, die größtenteils an Kriegsteilnehmer vergeben worden sind, also ein Ergebnis erzielt, das im Hinblick auf die Größe von England, Schottland und Wales als sehr gering bezeichnet werden muß.

Im Gegensatz zur britischen Latifundienwirtschaft überwiegt im heutigen Freistaat Irland der kleine und mittlere Betrieb von 1—50 acres, trotzdem vermochten die seit dem Jahre 1881 vom britischen Parlament erlassenen Gesetze, die  $\frac{4}{5}$  des Landes zu freiem Bauernlande gemacht haben, nicht, der irischen Auswanderungsbewegung Halt zu gebieten. Vom Jahre 1841 bis zum Jahre 1911 ist nämlich die Bevölkerungsziffer fast um die Hälfte gesunken<sup>3</sup>. Sind auch die kleinen irischen Bauern die Hauptträger der irischen Ackerwirtschaft, so bezahlen sie doch das Festhalten an der Scholle mit einem äußerst niedrigen Stande der Lebenshaltung, den auch die neugeschaffene republikanische Regierung nicht wesentlich zu heben vermag. Verbesserung der Rinderzucht, Pflege des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens, Verbesserung des landwirtschaftlichen Unterrichts sind alles Förderungsmaßnahmen, die natürlich ihren Wert haben. Sie sind aber wenig wirksam, weil die vielen kleinen und kleinsten Betriebe bei Ackerwirtschaft kaum den Bauern und seine Familie zu ernähren vermögen, auf die viel lohnendere Weide- und Viehwirtschaft aber, ihres geringen Umfanges wegen, nicht übergeführt werden können.

Irland bietet ein lehrreiches Beispiel dafür, daß eine Agrarpolitik, die in der Hauptsache auf die Schaffung von Eigenbesitz gerichtet ist, ohne zu prüfen, ob auch die kleinen, jedoch noch als selbständig gedachten landwirtschaftlichen Einheiten tatsächlich den Anforderungen des Klimas gewachsen und der Eigenart des Bodens angepaßt sind, einen Fehlschlag bedeutet.

Auch die skandinavischen Staaten Dänemark, Schweden und Norwegen sind Bauernstaaten, deren Landwirtschaft auf Viehzucht eingestellt ist<sup>4</sup>. Dort wären gewaltsame Eingriffe in die einmal gegebene, organisch herangewachsene agrarrechtliche Struktur undenkbar, denn die Landbevölkerung hat in Hunderten von Jahren die Sitte angenommen, sich nicht vom Fleck zu rühren. Selbst kleine Pacht- und Arbeiterstellen sind seit vielen Generationen in derselben Hand. Das Schwergewicht der nordischen Landwirtschaft liegt in den Bauernhöfen von 5—50 ha, die ebenso, wie es in Liv- und Kurland vor der Agrarrevolution vom 16. September 1920 der Fall war, den Hauptanteil am landwirtschaftlich genutzten Areal haben. Die meisten Bauernhöfe befinden sich in der Hand von Eigentümern, doch gibt es immerhin auch Pachthöfe,

<sup>1</sup> „Die englische Landwirtschaft“, „Berichte über Landwirtschaft“ usw. Neue Folge, Band I Heft 3 und 4, Berlin, Parey, 1924, S. 224.

<sup>2</sup> „Die englische Landwirtschaft“, a. a. O., S. 225.

<sup>3</sup> Von 8.175.124 auf 4.390.219: „Die Landwirtschaft in Irland“, „Berichte über Landwirtschaft“ Zeitschrift für Agrarpolitik usw. Neue Folge, Band III Heft 2, Berlin, Parey, 1925, S. 326.

<sup>4</sup> Frost: „Die innere Kolonisation in den skandinavischen Ländern“. Berlin, Parey, 1914.

denn eine Zwangsablösung des Bauernlandes hat dort ebensowenig wie in Livland und Kurland stattgefunden. Der Großgrundbesitz ist relativ schwach vertreten. In Dänemark mit seinen ausgedehnten Flächen waren die natürlichen Bedingungen zu einer Ausbildung des Großgrundbesitzes günstiger, als in Schweden und namentlich in Norwegen, wo die Gebirgstäler und Fjordufer einen zusammenhängenden Grundbesitz verhindern.

Weil sich in den skandinavischen Ländern ein überwiegender Großbetrieb nicht findet, könnte die innere Kolonisation nicht etwa darauf hinauslaufen, Großgrundbesitz zu zerstückeln, sondern dort handelt es sich lediglich um Kleinsiedlung, d. h. um Ansiedlung von Arbeitern und Häuslern. Immerhin gab es doch im Jahre 1919 in Dänemark 1335 Betriebe, die 120—240 und mehr Hektar nur landwirtschaftliche Fläche umfaßten<sup>1</sup>. Unter ihnen befanden sich 78 Fideikomnisse<sup>2</sup>, die laut dem Gesetz vom Jahre 1919 dann, wenn sie in unbeschränktes Privateigentum umgestaltet werden sollten, ein gewisses Areal, natürlich gegen volle Entschädigung, für die Kleinsiedlung abgeben mußten<sup>3</sup>. Dänemark ist der größte Exporteur animalischer Erzeugnisse in Europa, weil seine Viehzucht dank der vorzüglichen landwirtschaftlichen Organisationen, namentlich des ausgebauten Genossenschaftswesens und des vorzüglichen Unterrichtssystems, in hoher Blüte steht. Seine hervorragende Stellung in der Reihe europäischer Ackerbaustaaten hat Dänemark, dessen Agrargesetzgebung der Livlands sehr ähnlich ist<sup>4</sup>, deshalb erlangt, weil die Regierung von jeher eine kluge, jedes Zwangsmittel verwerfende Agrarpolitik getrieben hat. Ebensowenig wie dort, gleich wie in Liv-, Est- und Kurland, eine Zwangsablösung des Bauernlandes für notwendig erachtet worden ist, hat man die Kleinsiedlung auf dem Prinzip der Verstaatlichung aufgebaut. Der „Druck von oben“ wurde grundsätzlich verworfen und sowohl die Initiative, wie die Durchführung dem Bauernstande selbst überlassen. Der Staat beschränkte seine Mitwirkung auf kreditwirtschaftliche Unterstützung der Bauernsiedlung<sup>5</sup>. Das zur Siedlung erforderliche Land erwarben die bäuerlichen Siedlungs- und Aufteilungsvereine mit Hilfe der Regierung, teils aus dem Bestande alten Staatseigentums, teils aus den Landfonds, das von den Fideikommißbesitzern dann gegen Entschädigung hergegeben werden mußte, wenn sie es vorzogen, ihren rechtlich beschränkten Grundbesitz zu allokalisieren<sup>6</sup>. In vorbildlicher Weise haben dänische Bauern aus eigenem Antriebe und mit eigenen Mitteln große nutzlose Heideflächen, die Jütland eigen waren, in blühende Bauerngüter umgewandelt<sup>7</sup>.

<sup>1</sup> Staatskonsulent Jakobsen: „Die Landwirtschaft in Dänemark“, Berichte über Landwirtsch. usw., Neue Folge, Band I, Heft 2, Berlin, Parey, 1923, S. 70.

<sup>2</sup> 19 Grafschaften, 14 Baronien, 35 Stammhäuser und 10 andere Fideikommißgüter, Frost: a. a. O.

<sup>3</sup> Jakobsen: a. a. O.

<sup>4</sup> Tobien: „Die Agrargesetzgebung Livlands im 19. Jahrh.“ II., S. 372 ff.

<sup>5</sup> K. Schneider-Kleeberg: „Bauernsiedlung“, „Frankfurter Zeitung“ 1927, Nr. 14 und 17.

<sup>6</sup> Jakobsen: a. a. O.

<sup>7</sup> Schneider-Kleeberg: a. a. O.



Auch in Schweden trägt die Verteilung des landwirtschaftlich genutzten Landes bäuerlichen Charakter. Von allen landwirtschaftlichen Betrieben sind 64,8% in bäuerlichen Händen, die zwar nur 44,2% der Gesamtfläche, aber 72% des Ackerlandes bewirtschaften. Doch gebricht es dort keineswegs an Großgrundbesitz, der 4,3% der Gesamtfläche und 15% des Ackerlandes inne hat. Zu ihm gehörten im Jahre 1919 124 Fideikomnisse, die freilich der Auflösung entgegen zu gehen scheinen, denn im Jahre 1910 gab es ihrer 158<sup>1</sup>. Der fideikommissarisch gebundene Boden ist vorwiegend Waldboden. Charakteristisch für Schweden sind die zahlreichen Aktiengesellschaften, die im Interesse der Holz- und Eisenindustrie weite Waldflächen erworben haben. Von der Gesamtfläche Schwedens gehören ihnen 18,3%.

Seit 1906 ist der Ausbreitung der großindustriellen Verwendung des Bodens ein Riegel durch ein Gesetz vorgeschoben worden, das zum Schutz des Bauernstandes gegen Auskauf erlassen wurde.

Dem Staat und den Kommunen gehören 33,2% der Gesamtfläche und 7% des Ackerlandes. Danach ergibt sich folgende Übersicht:

	Gesamtfläche	Ackerland
Bauern	44,2%	72%
Staat, Kommunen usw.	33,2%	7%
Aktiengesellschaften.	18,3%	6%
Großgrundbesitz	4,3%	15%
	100,0%	100,0%

Schweden ist mehr ein Industrie-, als ein Agrarstaat. Die Landwirtschaft hat hier, ähnlich wie in Deutschland, der industriellen Entwicklung den Rückhalt zu bieten. Ungeachtet seiner Liebe zu den heimatlichen Bergen, Seen und Wäldern, zieht es den jungen Schweden doch in die Ferne. Die Auswanderung ist groß und hat dem an sich schon schwachbevölkerten Lande in den Jahren 1851 bis 1910 nicht weniger als etwa eine Million Menschen entzogen<sup>2</sup>. Das Gebiet der Abwanderung in die Städte und der Auswanderung über See ist nicht etwa das der großen Güter, sondern die Gegend bäuerlichen Charakters, wo eine relative Überbevölkerung herrscht<sup>3</sup>. Um der Entvölkerung des Landes zu steuern, ist ein Gesetz erlassen worden, das staatliche Mittel zur Schaffung eigener Heimstätten für die Landarbeiter bereitstellte. Der Gedanke war der: man wollte durch billigen, staatlichen Rentenkredit Unbemittelten auf dem Lande die Möglichkeit bieten, in der Form von kleinen Landwirtschaftsstellen oder auch von Wohnstellen ohne Land, Eigenheime zu erwerben. In der Zeit von 1905—1922 wurden 31.433 solcher Stellen durch die Landwirtschaftskammern und die Siedlungs-

<sup>1</sup> Dr. Ernst Palmgren: „Die schwedische Landwirtschaft“ „Berichte über Landwirtschaft“ usw. Neue Folge. Band I, Heft 3 und 4, Berlin, Parey, 1924, S. 166.

<sup>2</sup> Palmgren: a. a. O., S. 150.

<sup>3</sup> Ebenda S. 161.

gesellschaften mit staatlichem Kredit begründet. Seit 1918 betreibt auch der Staat auf seinem Territorium mit fiskalischen Organen innere Kolonisation.

Norwegen ist im großen und ganzen immer ein Land freier Bauern gewesen. Weder große Herren und reiche Leute, noch auch Pächter- und Parzellenbesitzer machen den Kern der ländlichen Bevölkerung aus, sondern Bauern, die selbständig auf eigenem Boden sitzen. Trotzdem will man auch in Norwegen einen besitzenden Arbeiterstand schaffen, der ein kleines Haus und eine kleine Bodenparzelle sein eigen nennen darf. Dieses Ziel wird von der staatlichen Arbeiter- und Wohnungsbank verfolgt, die schon bis 1913: 13.140 Landstellen und 9.460 Wohnstellen auf dem Wege freihändigen Erwerbes geschaffen hatte<sup>1</sup>. In Norwegen ist man im Gegensatz zu Dänemark und Schweden bei der Anlage kleinster Stellen stehengeblieben, wobei auch, wie in Schweden, der Beweggrund maßgebend ist: die Auswandererscharen in der Heimat zurückzuhalten. Die Kehrseite der Kolonisation ist aber die, daß durch die Emporhebung der Landarbeiter in die Klasse der selbständig Wirtschaftenden, der Landarbeiterstand aufgelöst wird, wodurch das Rückgrat der Landwirtschaft, der Bauernhofbesitzer, in Bedrängnis gerät.

Hat schon in Schweden das Eindringen der Holzindustrie in die stillen Wälder der Bauern die Agrarfrage kompliziert, so noch mehr in Finnland. Mit der Holzindustrie kam auch die sozialistische Lehre in das Land der Seen und Wälder, wozu die Unruhowellen hinzutraten, die wiederholt von Rußland nach Finnland hereinbrandeten. Angebliche Mißstände auf dem Lande wurden als zugkräftiges Agitationsmittel im Klassenkampf verwandt, obgleich es in Finnland niemals den der Sozialdemokratie besonders hassenswert erscheinenden Stand der feudalen adligen Großgrundbesitzer gegeben hat. Die abgelegene Lage und die natürliche Unwirtlichkeit des Landes haben es zuwege gebracht, daß die finnische Jäger- und Nomadenbevölkerung auf sich angewiesen blieb. Die wenigen schwedischen „Zwingburgen“ dienten mehr der Abwehr des moskowitischen Nachbarn, als der Beherrschung des Volkes<sup>2</sup>.

Gab es auch in Finnland keinen bodenständigen feudalen Adel, so doch immerhin auf der einen Seite Großgrundbesitzer, auf der anderen besitzlose Landarbeiter. Zwischen diesen beiden Klassen stand die große Menge der Kleinbesitzer. Von den im Jahre 1901 gezählten 118.517 Grundeigentümern besaßen:

0— 100 ha	64.291 = 54,2%
100— 500 ha	47.663 = 40,2%
500— 2000 ha	6.224 = 5,1%
2000—10.000 ha	339 = 0,5%
	<hr/> 118.517 = 100% <sup>3</sup>

<sup>1</sup> Frost: „Die innere Kolonisation in den skandinavischen Ländern“

<sup>2</sup> Prof. Dr. Carl Metzger: „Zur Landfrage in Finnland“, „Berichte über Landwirtschaft“ usw. Neue Folge, I. Band Heft 1, Berlin, Parey 1923, S. 56 ff.

<sup>3</sup> Metzger: a. a. O., S. 63.

Durchschnittlich umfaßte ein finnländisches Landgut 168 ha, wovon jedoch 148 ha auf Wald und nur 20 ha auf Acker und Wiese entfielen. Von den 148 ha Wald waren höchstens 100 ha wüchsigen Waldbodens, 48 aber Moore und Unland. Im Gegensatz zu dem äußerst arbeitsintensiven Betriebe eines dänischen „Husmand“, oder eines deutschen Kleinbauern ohne Wald, ist der Betrieb eines finnischen Kleinbauern mit Wald sehr extensiv gestaltet <sup>1</sup>.

Von den im Jahre 1910 gezählten, die Landwirtschaft als Hauptberuf angehenden 497.080 Personen waren 59,4% „Landlose“ <sup>2</sup>.

Das numerische Überwiegen der Landlosen, mehr noch die Beschränkung in der Nutzung des Waldes schufen die Agrarfrage und verschärften sie mit der Zeit. Da nämlich die extensive Wirtschaft der Bauern wesentlich auf der Ausnutzung des Waldes beruhte, und daher zu einer forstlichen Raubwirtschaft führte, wurden im Interesse der Erhaltung der Waldbestände, der vornehmsten Quelle der Volkswirtschaft Finnlands, „Schutzgesetze“ erlassen, die 1917/18 unter den Landarbeitern, Kleinpächtern, Kleinbauern usw. einen Aufruhr hervorriefen <sup>3</sup>. Um nun der weiteren Zuspitzung der sozialen Frage auf dem Lande vorzubeugen, hielt man es 1917 für geboten, ein staatliches Kolonisationsamt zu begründen. Schließlich wurde am 25. November 1922 das eingreifende Gesetz über die Beschaffung von Land zu Kolonisationszwecken, die „Lex Kallio“ erlassen. Soll auch nach offizieller Darstellung dieses „Gesetz“ keine politischen Ziele, sondern allein den Zweck verfolgen: die landwirtschaftliche Produktion zu heben <sup>4</sup>, so liegen die Dinge, wie es scheint, doch anders. Eine aus sachlichen Gründen für das Gesetz stimmende Mehrheit war im finnländischen Reichstage nicht aufzubringen. Die Rechtsparteien lehnten den Entwurf ab, der nur mit Hilfe der kommunistischen Partei durchgebracht werden konnte. Die Kommunisten aber, die das Gesetz keineswegs für geeignet zur Lösung der Landfrage hielten, stimmten dennoch dafür, weil es dem Landproletariat demonstrierte, daß es von den bürgerlichen Parteien niemals die Erfüllung seiner wahren Wünsche erwarten dürfe <sup>5</sup>. Und so ist ein Gesetz zustande gekommen, das wenig befriedigt und im Grunde entbehrlich ist.

Die „Lex Kallio“ bezweckt, den unbemittelten Landlosen und Landbedürftigen finnländischer Staatsangehörigkeit die Erwerbung entweder nur einer Wohnstätte, oder eines selbständigen Wirtschaftswesens zu ermöglichen <sup>6</sup>. Der Umfang des landwirtschaftlichen Anwesens soll so bemessen werden, daß er die Arbeitskraft einer Fa-

<sup>1</sup> Ebenda S. 67.

<sup>2</sup> Ebenda S. 69.

<sup>3</sup> Ebenda S. 68.

<sup>4</sup> Wie ich irreführt durch den offiziellen Bericht: „Die Bodenreform in Finnland 1922“, Helsingfors 1923 (deutsch), in meiner Abhandlung: „Die Agrarrevolution in Estland“, 1923, S. 26 gesagt habe.

<sup>5</sup> Metzger a. a. O., S. 57.

<sup>6</sup> Metzger: a. a. O., S. 77.

milie mittlerer Größe beansprucht, jedoch nicht mehr als 20 ha angebauten oder anbaufähigen Bodens und höchstens 20 ha wüchsigen Waldes umfaßt.

Im nördlichen Finnland darf das Waldstück bis 75 ha groß sein. Das hierzu notwendige Land hat das staatliche Kolonisationsamt zunächst aus verfügbaren Staatsländereien, dann auf dem Wege freien Kaufes, letzten Endes durch Zwangsenteignung zu beschaffen. Das Gesetz stipuliert daher für den privaten Grundbesitz eine Abtretungspflicht, d. h. sieht die Zwangsenteignung vor. Die Expropriation darf jedoch zunächst nur schlecht bewirtschaftete Güter, namentlich solche erfassen, die im Interesse der Holzindustrie von Spekulanten angekauft worden sind, und auf denen man wohl dem Walde Pflege angedeihen läßt, die Landwirtschaft aber vernachlässigt. Auch Abwesenheit der Eigentümer berechtigt zur Anwendung der Enteignung. Diese Strafexpropriation kann bei einer Besitzgröße beginnen, die größer ist, als die für Kolonisten gedachte (20 + 20 ha). Der Überschuß muß nötigen Falles abgegeben werden. Güter, die die Besitzer selbst und rationell bewirtschaften, bleiben bis zu 200 ha unangetastet. Von den umfangreicheren Gütern werden höchstens so viele Prozente des Areals expropriert, als der Gutsbesitzer volle Hunderte Hektar zu eigen hat. Unland und Impe-dimente werden hierbei nicht eingerechnet. Beträgt z. B. der Umfang eines Gutes 300 ha, so dürfen 3 Prozent, also höchstens 9 Hektar enteignet werden, und so fort. Mehr als 50% darf das Kolonisationsamt in keinem Fall anfordern<sup>1</sup>.

Die Entschädigung ist nach dem am Orte „gangbaren Preis“ zu bemessen, der jedoch in keinem Fall höher sein darf, als der Preis, der während der letzten 5 Jahre bei freiwilligen Verkäufen durchschnittlich für gleiches Land gezahlt wurde. Die Entschädigung für das Getreide auf dem Halm, den wertvollen Wald und die Gebäude zahlt der Staat sofort, der Rest, d. h. der Preis für den landwirtschaftlich genutzten Boden, wird entweder in 7% Staatsobligationen, die nach und nach einzulösen sind, oder aber dann in bar beglichen, wenn der Rest nicht mehr als 5000 finnische Mark beträgt.

Wird auch denjenigen, die unter dem lettländischen Agrargesetz vom 16. September 1920 zu leiden haben, die finnländische „Lex Kallio“ gewiß freundlich erscheinen, so empfinden die Finnländer doch die Enteignung in manchen Stücken als hart.

So wird namentlich die Bestimmung beklagt, die den Absentismus als Anlaß zur Expropriation hinstellt. Es kann eben zwingende Gründe geben, die es dem Eigentümer unmöglich machen, sein Gut selbst zu bewohnen. Auch für ungeteilte Erbmassen, die lange Zeit nicht geteilt werden können und daher unter Vormundschaft stehen müssen, ergibt sich die Frage, ob Absentismus vorliegt. Die in der „Lex Kallio“ enthaltene Spitze gegen die das Holz der heimischen Wälder verarbeitende Industrie hat ebenfalls Beunruhigung hervorgerufen, da die Holzindustrie den stärksten Pfeiler der Volkswirtschaft Finnlands bildet.

Ferner begegnet die Erwartung, daß die angesetzten Neuwirte an Brotkorn mehr

<sup>1</sup> Metzger: a. a. 78. „Die Bodenreform in Finnland 1922“: offizieller Bericht, Helsingfors 1923.

als ihren Eigenbedarf erzeugen und daher die starke Getreideeinfuhr ausgleichen werden, berechtigten Zweifeln<sup>1</sup>. Der Gesamteindruck ist nicht von der Hand zu weisen, daß die „Lex Kallio“, im ganzen genommen, vielleicht die sozialpolitische Spannung im Lande mildern, aber doch zu einer volkswirtschaftlichen Schädigung des Landes führen muß, weil sie der Rangstellung Finnlands als Holzexportland nicht genügend Rechnung trägt.

Waren die bisher betrachteten Agrarreformen sozialwirtschaftlichen, nicht aber politischen Charakters, so steht das in Siebenbürgen und Bessarabien anders. Mochte auch im eigentlichen Rumänien oder „Altreich“ die rumänische Grundbesitzverteilung, die ein ausgeprägtes Pachtsystem zur Folge hatte, zu einer durchgreifenden sozialwirtschaftlichen Umwälzung gezwungen haben<sup>2</sup>, so handelte es sich doch in dem Rußland abgenommenen Bessarabien und in dem ehemals ungarischen Siebenbürgen um nationale Maßnahmen. Den sogenannten Minderheiten sollte wirtschaftlich der Hals gebrochen werden<sup>3</sup>. Deshalb ist das siebenbürgische Agrargesetz an sich sehr viel härter, als das alt-rumänische. Schlimmer noch, als das Agrargesetz selbst, ist seine Anwendung. Das Ziel, das sächsische und das schwäbische Deutschtum zu vernichten, ist aber keineswegs erreicht worden. Der wahre Leidtragende ist vor allem der Staat selbst, denn die mit erstaunlicher Geschwindigkeit ins Werk gesetzte Bodenreform hat einen so bedenklichen Rückgang in der landwirtschaftlichen Produktion hervorgerufen, daß die Überzeugung sich unaufhältlich Bahn bricht, die Umgestaltung komme einem Fiasko gleich. Der Beweis hierfür ist darin gegeben, daß die mit Land beschenkten Grundbesitzer von einer allgemeinen Landflucht ergriffen worden sind<sup>4</sup>.

Sehr viel gemäßigter und daher mit Erfolg ist die Agrarreform in Ungarn ins Werk gesetzt worden<sup>5</sup>. Es hat zwar nicht geringe Mühe gekostet, die ungarische Agrarpolitik von der politischen Phraseologie zu befreien und eine Reform ins Leben zu rufen, die den sozialen Forderungen gerecht wird, ohne die Produktionsfähigkeit der Landwirtschaft zu schädigen. Aber das Gesetz vom 7. September 1920 erfüllt doch diese natürliche Bedingung<sup>6</sup>.

Im Gegensatz zu Ungarn ist die Bodenreform der Tschechoslowakei keine soziale und agrarpolitische Staatsmaßnahme, sondern ein politisches Instrument im Nationalkampf der Republik, das nicht die geringste Rücksicht auf das volkswirtschaftlich

<sup>1</sup> Metzger: a. a. O. S. 81 ff.

<sup>2</sup> Professor Dr. Hollmann: „Die Agrarreform in Rumänien“, „Berichte über Landwirtschaft“ usw. Neue Folge, Band I, Heft 1, Berlin, Parey, 1923, S. 39 ff.

<sup>3</sup> Dr. G. Baron Manteuffel: „Die Bodenreform in Rumänien“, „Baltische Blätter“, Berlin, 1. April 1928, Nr. 7.

<sup>4</sup> „Rigasche Rundschau“, Nr. 119 vom 30. Mai 1927.

<sup>5</sup> Professor Dr. Hollmann: „Die Landwirtschaft und die Agrarreform in Ungarn“, „Berichte über Landwirtschaft usw.“, Neue Folge, Band II, Heft 1, Berlin, Parey, 1924, S. 126 ff.

<sup>6</sup> Näheres bei Gerhard Fenner und Dr. von Loesch: „Die neuen Agrargesetze der ost- und südosteuropäischen Staaten“, Band I. der Sammlung „Handbücher des Ausschusses für Minderheitsrecht“, herausgegeben von Johannes Tiedje, 2. Folge, Berlin 1923, S. 140 ff.

Gedeihen des Landes nimmt <sup>1</sup>. Die böhmischen Länder waren freilich als Schulbeispiel des Latifundienbesitzes bekannt, denn dort war, ähnlich wie in England, das Bauernland in weitem Umfange vom Großgrundbesitz aufgesogen. Aber ganz anders, wie in Rumänien und in uns nahestehenden Staaten, wird dort die Aufteilung des Großgrundbesitzes keineswegs überhastet, sondern nach und nach durchgeführt, denn das Beispiel anderer osteuropäischer Länder, die in der Bodenreform Hals über Kopf vorgegangen sind, hat die Regierung abgeschreckt, das gleiche Reformtempo einzuschlagen <sup>2</sup>. Zugleich ist der offensichtliche Rückgang des landwirtschaftlichen Gedeihens nach Inangriffnahme der „Bodenreform“ maßgebend gewesen und auch die Stellungnahme wissenschaftlicher Autoritäten, die die volkswirtschaftliche Überlegenheit der Großbetriebe, namentlich im Bau der Zuckerrübe, bewiesen, hat ein bedachtsames Vorgehen bewirkt. Man erkannte, daß die Zerschlagung der Latifundien wirtschaftlich nur dann zu rechtfertigen sei, wenn neben den Bauerngütern zahlreiche Restgüter von einem Ausmaße erhalten blieben, das eine Beibehaltung der bereits erreichten Betriebsintensität ermögliche. Man übersah ferner nicht, daß die beabsichtigte schematische Beschlagnahme der Güter bestimmter Größe wie ein Starrkrampf auf der Produktion laste und die Schaffensfreudigkeit lähme. Es hieß mit Recht, die kapitalistische Wirtschaftsordnung sei ein System von egoistischen Antrieben, hinter dem als Motor der Zwang zur Arbeit stehe. Werde dieser Motor abgestellt, so gerate der Mechanismus in Unordnung. Erhalte der Bauer den Boden erheblich unter dem Wert und werde aus der heilsamen Konkurrenz mit dem Großbetriebe herausgehoben, so werde der Neuwirt besten Falles zum eigenen Bedarf, aber nichts für den Markt bauen. Die Landesproduktion erleide erhebliche Einbuße, investiertes Grundkapital werde vernichtet. Allgemein brach sich die Überzeugung durch, daß die Enteignung der Wälder und des Industriebesitzes in gar keinem Zusammenhange mit einer Agrarreform stehe und sich nicht durch soziale und wirtschaftliche Gründe irgend welcher Art rechtfertigen lasse.

Auch Polens neueste Agrargesetzgebung geht darauf aus, den Großgrundbesitz zum Besten der bäuerlichen Wirtschaften zu parzellieren, trifft jedoch weit mildere Bestimmungen, als in der Tschechoslowakei, Estland und Lettland zur Geltung gebracht worden sind <sup>3</sup>. Das mit einer Bodenreform verknüpfte soziale Problem soll so gelöst werden, daß die landwirtschaftliche Erzeugung möglichst unberührt bleibe, allein die Handhabung der Umwälzung verriet doch national-politische Tendenzen, die eine schwere wirtschaftliche Schädigung im Gefolge haben. Der maßgebende chauvinistische Leitsatz — „die polnische Erde dem polnischen Bauern“ — führt die Regierung dazu, die ehemals preußischen, jetzt polnischen Teilgebiete der Provinzen Posen und West-

<sup>1</sup> Professor D. Hollmann: „Die Bodenreform in der tschechoslowakischen Republik“, a. a. O. I. Band, Heft 2, Berlin, Parey, 1923, S. 19 ff.

<sup>2</sup> Hollmann: a. a. O., S. 31 ff.

<sup>3</sup> Richard von Osten: „Die polnische Agrarreform“, „Rigasche Rundschau“, vom 26. März 1926, Nr. 69, abgedruckt in den „Baltischen Blättern“, Berlin, 15. April 1926, Nr. 8.

preußen, unverhältnismäßig stark der Enteignung zu unterwerfen. Dieses Verfahren ist ökonomisch überaus unklug, da die wirtschaftliche Hauptkraft jener Länder im deutschen Großgrundbesitz lag. Und für einen Staat wie Polen, der so außerordentlich schwere finanzielle Krisen zu bestehen hat, kann das Untergraben der auf alter Kultur beruhenden Kraft nur sehr nachteilige Folgen haben.

Wie Polen sich an deutschem Grundbesitz versündigt hat, so gedachte Litauen dem polnischen an den Kragen zu gehen, denn auch dort lagen ursprünglich der die Aufteilung des Großgrundbesitzes bezweckenden Landreform nicht nur wirtschaftliche und soziale, sondern in hervorragendem Maße ebenso politische Ziele zugrunde<sup>1</sup>. Die Folge hiervon jedoch ist, daß die litauische Agrarreform in ihrem Anfangsstadium ebenso einen Fehlschlag bedeutete, wie die rumänische. Ungeachtet dessen, daß die Neusiedler fast wie Staatspensionäre behandelt wurden, fühlten sie sich dennoch durch die Landreform keineswegs beglückt, sondern bestürmten das Landwirtschaftsministerium mit der flehenden Bitte, ihre Parzellen verkaufen zu dürfen. Da jedoch der Verkauf nur an Landberechtigte stattfinden durfte, bei diesen aber nicht die geringste Kauflust anzutreffen war, verließen die Neusiedler in ganzen Gruppen das Land. Das somit sichtlich zutage tretende Fiasko der überstürzten Agrarreform will die Regierung in zwölfter Stunde möglichst wett machen<sup>2</sup>, was ihr vielleicht gelingen mag, da sie bisher mit der Aufteilung lange nicht so radikal vorgegangen ist, wie diejenige in Lettland und Estland. Die gesamte Bodenfläche, die der Reform unterworfen worden ist, beträgt 1.300.000 Hektar, wovon 800.000 landwirtschaftlich genutzte Fläche bilden und 500.000 Wald. Das sind nur 20% der Gesamt-Bodenfläche, oder 23% der gesamten Ackerfläche Litauens. Bisher sind im ganzen etwa 1.000.000 Hektar enteignet und parzelliert worden, wobei in der Hauptsache die Ländereien der früher sogenannten Majoratsgüter erhalten mußten, d. h. Güter, die von der ehemaligen russischen Regierung Litauern abgenommen und russischen höheren Offizieren als Lohn dafür geschenkt wurden, daß sie den polnisch-litauischen Aufstand im Jahre 1863 bekämpften. Im übrigen ist die litauische Bodenreform dadurch charakterisiert, daß sie Grundbesitzer, die nicht mehr als 80 Hektar ihr eigen nennen, unbehelligt läßt und nur dort zugreift, wo mehr Bodenfläche in einer Hand vereinigt ist. Die Eigentümer von über 200 Hektar werden von der Umwälzung am meisten betroffen. Das Bestreben, nicht nur Kleinbesitz zu schaffen, sondern auch die Lage der größeren Grundbesitzer zu stabilisieren, scheint vorhanden zu sein und deutet darauf hin, daß die Regierung willens ist, die Bodenverteilung nicht auf Kosten der land- und volkswirtschaftlichen Produktion zu regeln, woran Lettland sich ein Beispiel nehmen sollte.

<sup>1</sup> Fenner und Loesch, a. a. O., Band I, S. 49 ff.

Dr. M. von Zimmermann: „Die Agrarverhältnisse in Litauen“, „Rigasche Rundschau“ vom 28. April 1927, Nr. 93.

<sup>2</sup> Dr. jur. Polessky-Kowno: „Der neue Wirtschaftskurs in Litauen“, „Rigasche Rundschau“ vom 8. Juli 1927, Nr. 148 und vom 15. Sept. 1927; „Die Änderung der litauischen Agrarreform“, ebenda vom 9. April 1929, Nr. 78.

Einem ähnlichen Schicksal, wie dem der Bodenreform Litauens, scheint das radikalste osteuropäische Agrargesetz entgegenzugehen, das am 10. Oktober 1919 von der Republik Eesti<sup>1</sup> der staunenden Welt zur Kenntnis gebracht wurde.

Das estländische Gesetz ist nicht, wie man a priori anzunehmen berechtigt wäre, ein Akt, der eine veraltete, ungenügend gewordene Grundbesitzverteilung zu reformieren bezweckt, sondern etwas ganz anderes. Es rechnet gar nicht mit dem Grund und Boden, mit Landgütern ab, sondern mit Personen, mit den Rittergutsbesitzern, die fast ausschließlich deutscher Zunge waren und das Land seit vielen Jahrhunderten allein verwalteten. Man hat es daher im gegebenen Fall mit einem Gesetz ad hominem, einem Klassengesetz zu tun, das schlechtweg auf die Konfiskation des Immobilienvermögens einer numerisch zwar nicht großen, aber einflußreichen und wirtschaftlich starken Kategorie der Staatsbürger ausgeht<sup>2</sup>. Die als Gegner der Republik Eesti gefürchteten Rittergutsbesitzer sollen entwurzelt und durch Kleinsiedler ersetzt werden, die, weil von der jungen Republik beschenkt, ihr allzeit getreue Folgschaft leisten würden. Das war der Beweggrund zur Agrarrevolution in Eesti, die in ihrer Nacktheit durch eine Reihe vorgeschobener Scheingründe schlecht verhüllt wird. Daß Estlands Machthaber kein Bedenken tragen, sich an fremdem Eigentum zu vergreifen, wenn Raub der jungen Republik Vorteil bringt, beweist die entschädigungslose Aneignung der wertvollen, den Gilden der Kaufleute und Handwerker in Reval, Narva und Dorpat gehörenden Gebäude mit ihrem kostbaren historischen Inhalt<sup>3</sup>, wie nicht minder die Enteignung der Domkirche, die mit ihren geschichtlichen Schätzen der Domgemeinde fortgenommen und zu Staatseigentum gemacht worden ist<sup>4</sup>. Das Verfahren Estis kann nur dem des bolschewistischen Regimes in Rußland an die Seite gestellt werden, denn kein anderer osteuropäischer Staat, von westeuropäischen Regierungen natürlich gar nicht zu reden, ist so weit gegangen, wie diese junge Republik. Restlos ist nicht nur das gesamte anbaufähige Land mit sämtlichen darauf stehenden Gebäuden, sondern auch der Wald verstaatlicht worden. Den enteigneten Großgrundbesitzern ist nicht einmal eine Hofstätte geblieben. Überall stellen die europäischen Agrargesetze, die den größeren Landbesitz der Enteignung unterwerfen, für den Privatbesitz eine Obergrenze in absoluten Zahlen auf. Estland tut das nicht, sondern nimmt seinen Opfern alles. Hierzu lag jedoch agrar- oder sozialpolitisch gar kein Grund vor, denn von dem landwirtschaftlichen Nutzlande wurden vor der Agrarreform 75% von bäuerlichen Kleinwirten und nur 25% von den Großgrundbesitzern bewirtschaftet<sup>5</sup>. Dieses Verhältnis wandelte sich immer nur zum

<sup>1</sup> In vollem Wortlaut abgedruckt bei Fenner und Lösche, a. a. O. S. 30 ff.

<sup>2</sup> Alexander von Tobien: „Die Agrarrevolution in Estland“. Berlin, Baltischer Verlag und Ostbuchhandlung, 1923, S. 17 ff.

<sup>3</sup> Ernst Fromme: „Die Republik Estland und das Privateigentum“, Berlin 1922, S. 18.

<sup>4</sup> „Baltische Blätter“. Berlin, 15. Oktober 1926, Nr. 20 und 1. Juli 1927, Nr. 13, S. 201.

<sup>5</sup> Siehe die entsprechenden Zahlen bei Alexander von Tobien: „Die Agrarrevolution in Estland“, S. 9 ff. und bei Dr. H. Krause: „Die Agrarreformen in Lettland und Estland“, Neue Folge, Heft 7 der „Quellen und Studien“, Abteilung „Wirtschaft“, herausgegeben vom Osteuropa-Institut in Breslau,



Besten der bäuerlichen Grundbesitzer, die, wenn sie auch nicht überall ein volles Eigentum am Boden errangen, doch in wachsendem Maße als Pächter in das Territorium der Großgrundbesitzer eindringen oder, was in neuester Zeit besonders häufig geschah, als Erbpächter oder Grundzinsner ein dingliches Recht an gutsherrlichem Lande gewannen. Die Struktur der Grundbesitzverteilung Estlands entsprach mithin den Forderungen der westeuropäischen Agrarpolitik vollkommen, die eine Mischung von großen, kleinen und mittleren Gütern verlangt, wobei die mittleren überwiegen<sup>1</sup>. Und die Möglichkeit zum sozialen Aufstieg war den Landarbeitern vollkommen gegeben.

Hier auf das Wesen und die Entwicklung der Agrarrevolution in Eesti näher einzugehen erübrigt sich, weil sie erschöpfende Darstellungen gefunden hat. Es ist der vollgültige Beweis erbracht worden<sup>2</sup>, daß die sogenannte Agrarreform volkswirtschaftlich dem jungen Staat schweren Schaden bringt, denn die Zerschlagung der ehemaligen Rittergüter hat zur Verminderung der Produktionserträge der Landwirtschaft geführt, mindestens die aufsteigende Bewegung, in der sich die Agrikultur Estlands vor der Agrarreform sichtlich befand, aus nationalpolitischen Gründen gewaltsam unterbrochen. Das Fiasko der angeblichen Reform ist denn auch bereits 1924 vollständig zutage getreten. Als der Etat des Landwirtschaftsministeriums Anfang April 1924 im Parlament beraten wurde, sind zum Teil auch von estnischer Seite Dinge zur Sprache gekommen, die für die Agrarreform in Estland geradezu vernichtend waren und Zeugnis dafür ablegten, wie sehr man sogar in Kreisen estnischer Sozialisten enttäuscht ist über die trostlosen Ergebnisse der mit so großen Hoffnungen ins Werk gesetzten Agrarrevolution. Es sind nicht nur die großen finanziellen Opfer, die dieses nationalpolitische, überhastete Experiment einer psychopathischen Epoche von der Volkswirtschaft fordert, die Unwillen erregen, sondern auch moralische Bedenken, die drückend empfunden werden. Der Staat Eesti lebt vom Privatkapital einer um Haus und Hof gebrachten Klasse seiner Bürger<sup>3</sup>. Er verletzt in flagrantester Weise den Grundsatz der Rechtsgleichheit aller Staatsbürger, vernichtet das Rechtsbewußtsein des Volkes und darf daher nicht mehr beanspruchen, den Rechtsstaaten Europas vollkommen gleichgestellt zu werden. Erwägungen dieser Art haben dazu geführt, daß die Normen der radikalen Gesetze vom Jahre 1919 selbst in den Kreisen ihrer Schöpfer abfällig beurteilt werden. Namentlich ist es die restlose Enteignung der Großgrundbesitzer, die man als zu weit gegangen erachtet hat. Am 15. Mai 1925 erschien ein Gesetz, das eine Revision der bis dahin geltenden Bestimmungen über die Verstaatlichung des Bodens bezweckt. Zwar sollen enteignete und bereits an Neusiedler vergebene Landstücke nicht den allzurash

---

Berlin, 1927, S. 11. Bei Tobien sind die Größen in Dessätinen, bei Krause in Hektaren angegeben. 1 Dessätine = 1,09 Hektar. Bei Krause ist S. 11 die Durchschnittsfläche der 50.961 Bauernhöfe mit 34,1 ha beziffert, während sie richtig berechnet 39,9 ha beträgt.

<sup>1</sup> Tobien: a. a. O. S. 11.

<sup>2</sup> Von Tobien und von Krause, a. a. O. O.

<sup>3</sup> „Das Fiasko der estnischen Agrarreform“, „Rigasche Rundschau“ vom 12. April 1924. Nr. 86.

Beglückten entzogen und den früheren Eigentümern zurückgegeben werden, allein der Staat verspricht doch, den eiligst um Haus und Hof gebrachten ehemaligen Großgrundbesitzern irgend eine andere Parzelle anzuweisen, oder ihnen wenigstens den entsprechenden Wert in spätestens drei Jahren zu ersetzen<sup>1</sup>. Ferner sollen die Villen zurückgegeben werden, die in brutalster Weise deutschen Großgrundbesitzern fortgenommen wurden<sup>2</sup>, obgleich sie doch nicht Gegenstand einer „Agrarreform“ sein konnten. Auch sollen Waldschlagflächen, unter bestimmten Voraussetzungen, ihren früheren Eigentümern zurückgegeben werden<sup>3</sup>. Endlich will man den durch die Handhabung des Agrargesetzes Geschädigten, in gewissen Fällen, Gebäude und Einrichtungen von industriellen Unternehmungen wiedererstaten<sup>4</sup>. Auch hat das Landwirtschaftsministerium einen Gesetzentwurf ausgearbeitet, demzufolge 2000 industrielle Betriebe, wie Brauereien, Mühlen, Wollspinnereien, Ziegeleien, Jägereien, Obstgärten usw., verkauft werden dürfen. Die Verpachtung dieser verstaatlichten Unternehmen bringt nämlich nicht nur dem Staate keinen oder nur sehr geringen Nutzen, sondern verursacht auch eine Herabminderung des Wertes der Pachtobjekte.

Die Staatswirtschaft auf den enteigneten Gutsindustrien erklärt somit ihren, von Sachkennern längst vorausgesagten Bankerott<sup>5</sup>. Diese Maßnahmen mildern natürlich die außerordentliche Härte des Umbruches nicht und sind vor allem nicht im entferntesten dazu geeignet, die katastrophalen Folgen abzuwenden, die das Zerschlagen der dem Lande unentbehrlichen Großwirtschaftsform hervorruft. Die Produktivität der gesamten Landwirtschaft durch Parzellenwirtschaft aufrecht erhalten zu wollen, ist eine Utopie, die an die Steuerkraft des estnischen Landvolkes Anforderungen stellt, die allem volkswirtschaftlichen Denken widersprechen. Und wie wenig die „Bodenreform“ an die Stelle der großen Werte, die sie aus national-politischen Gründen vernichtete, andere, wenn auch ideelle, gesetzt hat, lehrt die beschämende Tatsache, daß die „Staatsverdrossenheit“ in der wachsenden Auswanderung zutage tritt. Die Enttäuschten greifen in Mengen zum Wanderstab, um in Südamerika ihr Heil zu versuchen<sup>6</sup>. Nicht weniger als 70% der Auswanderer stammen vom flachen Lande<sup>7</sup>. Daß bei dieser Lage der Dinge das seit Jahren vorbereitete Gesetzprojekt über die Entschädigung der Großgrundbesitzer für die ihnen enteigneten Ländereien von irgend einer Seite ernst genommen wird, erscheint ausgeschlossen. Auch nur von einem Versuch, das Unrecht vom 10. Oktober 1919 wieder gut zu machen, darf nicht die Rede sein. Im besten Fall handelt es sich bloß um eine, von außenpolitischen Erwägungen diktierte Maßnahme, die im Dienste der Kreditfähigkeit Eestis unternommen wird.

<sup>1</sup> Krause: a. a. O. S. 28.

<sup>2</sup> Tobien: a. a. O. S. 16.

<sup>3</sup> Krause: a. a. O. S. 29.

<sup>4</sup> „Baltische Blätter“, Berlin, 15. Juni 1927, Nr. 12.

<sup>5</sup> „Rigasche Rundschau“, Nr. 219 vom 17. September 1927.

<sup>6</sup> „Estländische Auswanderungssorgen“, „Frankfurter Zeitung“, Abendblatt, 11. Juni 1927.

<sup>7</sup> „Baltische Blätter“, Berlin, 15. Oktober 1926, Nr. 20, S. 300.

„Es soll eine bunt bemalte, hohle Kulisse aufgerichtet werden, die den von Jahr zu Jahr fadenscheiniger klaffenden Prospekt auf die revolutionäre agrare Umwälzung dem befremdeten Blicke Westeuropas entzieht<sup>1</sup>.“

Die Republik Eesti wird verspätet zur Erkenntnis gelangen, daß, wie die deutsche Sozialdemokratie lehrt<sup>2</sup>, mit politischen Schlagworten nicht wirtschaftliche Verhältnisse geordnet werden können und daß vor allem die Gestaltung der Landwirtschaft nicht privater Unternehmungslust und Zielstrebigkeit entrissen werden darf, um sie in die Hand reglementierender und schematischer Staatsbeamten zu legen. Mochte auch im Jahre 1919 die Regierung Estlands, wollte sie nicht hinweggefegt werden, zu einer Agrarreform gezwungen gewesen sein, so war sie doch niemals dazu genötigt, den radikalsten Umbruch ins Werk zu setzen, den die Welt je auf agrarpolitischem Gebiet gesehen hat.

Noch war kaum ein Jahr verflossen, da schuf auch Lettland eine „Bodenreform“. Hierbei nutzte der junge Staat jedoch nicht etwa die Lehren Böhmens aus, die vor hastigem Vorgehen und ausschweifendem Radikalismus im Interesse des Staatswohles ernstlich warnten. Die Nichtbeachtung der tschechoslowakischen Erfahrungen überraschte um so mehr, als Lettland einst die tschechischen Bestrebungen, die deutsche Minorität in Böhmen zu verdrängen, sich zum Vorbilde genommen hatte<sup>3</sup>. Ganz so extrem radikal, wie Eesti, gestaltete Lettland seine angebliche „Reform“ freilich nicht, denn es täuschte doch wenigstens eine Landbill vor, während sein nördlicher Nachbar wie wir gesehen haben, Normen schuf, die jeglichen agrarischen Charakters bar sind, dagegen lediglich die Merkmale eines Klassengesetzes tragen.

### **Die Agrarrevolution in Lettland**

War die, von der kaum konsolidierten Republik Lettland mit allergrößter Hast und Überstürzung herbeigeführte Umwälzung der landwirtschaftlichen Betriebsgrößen, die ihre so gewordene Lagerung einem jahrhundertlangen organischen Wachstum verdankten, nicht von wirtschaftlichen, sondern von sozial- und zugleich national-politischen Beweggründen geleitet, so ist es erklärlich, daß lediglich ein Vernichtungswille des Bestehenden den weiteren Weg wies.

Der Verstaatlichung sind sämtliche Rittergüter, Landgüter und Pastoratsländereien, sowie die Höfe der seit 1905 angesiedelten deutschen Kolonisten verfallen. Zusammen mit dem Lande wurde nicht nur das landwirtschaftliche Inventar, sondern auch alle diejenigen zu den Gütern gehörigen Industriebetriebe enteignet, die Erzeugnisse der örtlichen Landwirtschaft verarbeiteten, oder aber Bedürfnisse der örtlichen

---

<sup>1</sup> „Tag des Volkes. Eine ernste Komödie.“ „Rigasche Rundschau“ vom 9. März 1926, Nr. 54. „Ein düsteres Bild der wirtschaftlichen Lage Estlands“, ebenda, Nr. 106 vom 13. Mai 1927.

<sup>2</sup> Georg Schmidt, Vorsitzender des deutschen Arbeiterverbandes: „Sozialdemokratie und Landwirtschaft“, 1920.

<sup>3</sup> Dr. A. Bielenstein: „Ein glückliches Leben“, Riga 1904, S. 412.

Bevölkerung befriedigten, d. h. Betriebe, deren Aktionsgebiet den hierzu festgesetzten Radius von 25 Werst = 26,675 km nicht überschritt. Industrieunternehmen größeren Betriebsumfanges dagegen wurden ihren bisherigen Eigentümern belassen<sup>1</sup>.

Von der Verstaatlichung wurden ferner ausgenommen: Ländereien, auf denen Kirchen und Klöster erbaut waren, Güter, die Wohltätigkeitsanstalten oder wissenschaftlichen Institutionen gehörten, sowie Ländereien und Güter, die sich im Eigentum von Städten, Flecken oder Landgemeinden befanden. Weiterhin wurden nicht enteignet: alle sogenannten „Landstellen“<sup>2</sup>, die öffentlich-rechtlich nicht als „Rittergüter“ qualifiziert waren, bis zum 29. April 1915 von nachmals lettländischen Bürgern erworben waren und in ihrem Flächenausmaß nicht 100 ha überschritten, während der diese Norm überschreitende Teil vom Staate eingezogen wurde<sup>3</sup>.

Wie ersichtlich, wurden vornehmlich die in deutscher Hand befindlichen Rittergüter der Enteignung unterworfen, wobei jedoch dem früheren Eigentümer ein Rest belassen werden durfte, dessen Flächenraum einer bäuerlichen Wirtschaft, d. h. 50 ha, gleichkam. Doch brauchte das Restgut keineswegs mit dem Wirtschaftszentrum des verstaatlichten Rittergutes zusammenzufallen oder auch nur im Zusammenhang zu stehen. Aber nicht nur der deutsche Gutsbesitzer, sondern auch der deutsche Bauer sollte möglichst aus Lettland verschwinden, denn der Expropriation verfielen auch die Höfe der deutschen Kolonisten, die seit 1905 aus Rußland nach Liv- oder Kurland verpflanzt worden waren<sup>4</sup>.

Der durch die Güterenteignung gebildete staatliche Landfonds soll — das ist das Ziel der Umwälzung — die Kleinwirtschaften vermehren und diese in der Hauptsache Staatsbürgern lettischen Blutes zuführen. Dabei dürfen die neuzugründenden Parzellen 27 ha nicht überschreiten. Das Siedlermaterial wird keineswegs nach ökonomischen, sondern nach politischen Merkmalen bestimmt. Übrigens wird nicht das gesamte enteignete Land der neuen Kolonisation zur Verfügung gestellt, sondern ein Teil darf zu staatlichen Musterwirtschaften verwandt werden. Charakteristisch ist, daß die auf dem enteigneten Besitz ruhenden Rechte restlos auf den Staat übergehen, daß jedoch die dem Grund und Boden anhaftenden Pflichten nur in beschränktem Maße staatlich übernommen werden. Daher ist die Entschädigungsfrage auch nur formal angeregt worden, nicht aber tatsächlich gelöst, denn 1924 wurde, einem sozialdemokratischen Initiativantrage nachgebend<sup>5</sup>, von der „Saeima“ (lettländ. Landtag) der lapidare

<sup>1</sup> Bestimmungen über das Überlassen der nicht zu enteignenden Industrie-Etablissements den früheren Besitzern, „Waldibas-Wehstnesis“ (Reg. Anzeiger), Nr. 31 vom 8. Februar 1921.

<sup>2</sup> Tobien: „Die Agrargesetzgebung Livlands im 19. Jahrhundert“, II, S. 316.

<sup>3</sup> Agrargesetz vom 16. September 1920. Erster Teil, Artikel 3, Abs. e.

<sup>4</sup> Von den Rittergütern Livlands gehörten 91,30% Eigentümern deutschen Blutes.

H. Foelkersahm: „Die Entwicklung der Agrarverfassung Livlands und Kurlands“ usw., a. a. O. S. 71.

Konrad Schulz: „Der deutsche Bauer in Lettland“, „Baltische Monatsschrift“, 60. Jahrg. 1929, S. 156.

<sup>5</sup> Schlußabstimmung am 14. April 1924; „Rig. Rundschau“, Nr. 88 vom 15. April 1924.

Beschluß gefaßt<sup>1</sup>: „den früheren Eigentümern der in den Landfonds eingezogenen Ländereien und Güter wird für das enteignete Land und dessen Appertinentien, wie auch für die im Agrarreformgesetz I Teil, Artikel 25 erwähnten aufgehobenen Rechte und Forderungen keine Entschädigung gezahlt.“

Damit hat sich der lettländische Staat auf Kosten eines einzigen Standes, der überwiegend deutschen Großgrundbesitzer, bereichert und in seinem politischen Interesse eine neue, von ihm abhängige Klasse von Grundbesitzern in den „Neusiedlern“ geschaffen, in denen jedoch vielfach das Empfinden lebendig ist, daß ihre wirtschaftliche Position, weil auf Unrecht aufgebaut, moralisch nicht gerechtfertigt sei.

Wie dieses Unrecht im einzelnen begangen wurde, mag hier unerörtert bleiben, weil es genug wissenschaftliche Abhandlungen gibt, die objektiv den Hergang der Agrarrevolution Lettlands darstellen<sup>2</sup>. Sie darf heute im wesentlichen als beendet gelten, weshalb ihre Ergebnisse hier soweit vorgeführt werden mögen, als Süd-Livland und Kurland, die von Letten bewohnten Teile Alt-Livlands in Frage kommen. In Lettgallen, das seit 1561 bis zur Errichtung des lettländischen Staates im Jahre 1918 zuerst polnischer, hernach russischer Besitz gewesen ist<sup>3</sup>, fand die lettländische agrare Umwälzung eine Grundbesitzverteilung vor, die von der Liv- und Kurlands völlig verschieden war. Dort gab es nur wenige Großgrundbesitzer, dagegen viele Dörfler, die das ihnen nach Aufhebung der Leibeigenschaft 1861 als Eigentum zugewiesene Ackerland, in Streifen oder sogenannte „Schnüre“ geteilt, nutzten<sup>4</sup>. Schon die Stolypinsche Agrarreform von 1911<sup>5</sup> begann mit der allgemeinen Aufteilung der Dörfer in Einzelhöfe, kam jedoch in Lettgallen nicht recht vorwärts, weshalb hier der lettländische Staat mit der slawischen Grundbesitzform, dem Gemeindebesitz, zu kämpfen hatte, die seinem System der Zwergwirtschaften größere Hindernisse entgensetzte, als die germanische Besitzform des Einzelhofes, die im lettischen Teile Livlands und in Kurland-Semgallen von jeher geherrscht hat.

<sup>1</sup> „Waldibas Wehstnesis“ (Regierungsanzeiger), Nr. 97 vom Jahre 1924.

<sup>2</sup> H. Foelkersahm: „Die Entwicklung der Agrarverfassung Livlands und Kurlands“ usw.

Krause: „Die Agrarreform in Lettland und Estland“, a. a. O.

Ulrich Lüth: „Die lettländische Landwirtschaft vor und nach dem Weltkriege, mit besonderer Berücksichtigung Livlands“, a. a. O. 1929.

Dr. H. J. Seraphim: „Die baltischen Staaten Lettland und Estland“, Einzelhefte aus dem Band I der „Osteuropäischen Länderberichte“, herausgegeben in Verbindung mit der Industrie- und Handelskammer Breslau vom Osteuropäischen Institut, Breslau, Mai 1927.

Die von lettischer Seite im Jahre 1922 veröffentlichte Verteidigung der Agrarreform, die sich findet in: V. Markus: „Die Durchführung der Agrarreform Lettlands 1919—1922“ (lettisch), behandelt nur den Beginn der Umwälzung und entbehrt vollständig wissenschaftlicher Methode und Kritik, (cf.: „Eine Verteidigung der Agrarreform“, „Rigasche Rundschau“ vom 28. und 29. Dezember 1922.

<sup>3</sup> Siehe oben S. 247.

<sup>4</sup> Oskar Grosberg: „Lettgallen, das agrare Tohuwabohu“, „Rigasche Rundschau“ vom 27. Juni 1922;

Paul von Keußler: „Zur Reform des bäuerlichen Grundbesitzes in Lettgallen“, „Rigasche Rundschau“, 1. Februar 1926, Nr. 24.

<sup>5</sup> Oben S. 65.

Vor der Agrarumwälzung umfaßten nach den Daten des Landwirtschaftsministeriums:

in Livland, Kurland und Semgallen ha:		in Lettgallen ha:	
die Domänen .....	564.629 — 11,27%	88.881 —	5,67%
die Privatgüter .....	2.321.391 — 46,32%	844.329 —	53,85%
die städtischen Güter .....	85.922 — 1,72%	7.313 —	0,47%
die kirchlichen Güter ... ..	65.798 — 1,31%	4.736 —	0,30%
das geschützte Bauernland ....	1.973.440 — 39,38%	622.701 —	39,71%
	<u>5.011.180 — 100,00%</u>	<u>1.567.960 — 100,00%</u>	

Sonach wies Lettlands gesamter Gutsbesitz ein Areal von 6.579.140 ha auf<sup>1</sup>.

Die Verstaatlichung, die diese Landmasse ergriff, schreckte in Livland, Kurland und Semgallen aus politischen Gründen vor dem geschützten Bauernlande, soweit solches sich tatsächlich im bäuerlichen Eigentum befand, zurück<sup>2</sup> und bewahrte hierdurch das Rückgrat der Grundbesitzverteilung, die Bauernhöfe, die von der ritterschaftlichen Agrarpolitik Liv- und Kurlands mit so viel Liebe und Verständnis gehegt waren<sup>3</sup>, vor den Fangarmen des Staates. Die wenigen, auf dem geschützten Bauernlande belegenen Bauernhöfe jedoch, die sich zwar in bäuerlichem Pachtbesitz befanden, aus formellen Gründen aber noch nicht abgelöst oder von den Rittergutsbesitzern nach erfolgter Ablösung zurückgekauft worden waren, verfielen auch dann der Verstaatlichung, wenn sie nicht in einer Frist von knapp einem Jahr in bäuerliches Eigentum übergegangen waren. Auch Bauernhöfe, die in gar keinem wirtschaftlichen Zusammenhange mit Rittergütern, den angeblichen Pflanzstätten der Staatsgefährlichkeit, standen, erlitten das gleiche Schicksal. Dagegen blieben große bäuerliche Besitzungen, etwa durch Zusammenkauf von Bauernhöfen gebildete bäuerliche Großwirtschaften, auch selbst dann unangetastet, wenn ihr Umfang ein Vielfaches der Norm von 50 Hektar, die, wie erwähnt, den aus den Rittergütern herausgeschnittenen, euphemistisch „Restgüter“ genannten Einheiten gesetzt war, betrug<sup>4</sup>. Dem staatlichen Landfonds wurde durch das Agrargesetz vom 16. September 1920 mehr als die Hälfte allen Landbesitzes in Lettland, Lettgallen eingeschlossen, zugewiesen und zwar<sup>5</sup>:

Landwirtschaftlich genutztes Land ha.	Wälder ha.	Neuland ha	Zusammen ha
Privatgüter .....	1.409.501	1.128.446	477.902
Staatsbesitz .....	188.782	362.374	76.578
Kirchenbesitz .....	56.456	6.064	4.311
<u>Zusammen ..</u>	<u>1.654.739</u>	<u>1.496.887</u>	<u>558.791</u>
			3.710.414

<sup>1</sup> „Baltische Blätter“, Berlin, 1. August 1927, Nr. 15, S. 235.

<sup>2</sup> Agrargesetz vom 16. September 1920, Art. 2 b.

<sup>3</sup> Tobien: „Die Agrargesetzgebung Livlands im 19. Jahrhundert, II., S. 317 ff.

Hans Hollmann: „Kurlands Agrarverhältnisse“, „Baltische Monatsschrift“, 40. Band, 1893, S. 338 ff.

<sup>4</sup> Paul Schiemann: „Der dritte Teil des Agrargesetzes. Finis coronat opus“, „Rigasche Rundschau“ vom 4. Mai 1922, Nr. 93.

<sup>5</sup> J. Bokalder: „Lettlands Ökonomist“, Ausgabe des Finanzministeriums, Riga, 1928, S. 82 ff. Diese in deutscher Sprache gedruckte Ausgabe ist ihrer vielen Fehler wegen mit Vorsicht zu benutzen. So sind auf S. 89, unten, die Begriffe „Neuwirtschaften und Altwirtschaften“ mit einander verwechselt worden.

Hiervon mußten hergeben <sup>1</sup>

Landwirtschaftliche Fläche ha	Wald ha	Unland ha	Zusammen ha
Livland .....	516.769	503.105	218.993
Kurland und Semgallen	722.336	760.314	164.710
Lettgallen .....	415.799	233.360	175.027
Zusammen ..	1.654.904	1.496.779	558.730
			3.710.414

Laut Angabe des Landwirtschaftsministeriums sind von der dem Landfonds zugezählten Fläche landwirtschaftlich genutzten Landes (rund 1.654.000 ha) bis zum 1. April 1929 bereits 1.507.431 ha verteilt worden, so daß nur noch etwa 147.308 ha unverteilt Land landwirtschaftlich genutzter Fläche zu dieser Zeit verfügbar war <sup>2</sup>. Die am 1. April 1929 verteilten 1.507.431 ha zerfallen in 142.362 Wirtschaftseinheiten, und zwar:

9.500 Pachthöfe  
 32.404 Industriebetriebe und Baustellen auf dem flachen Lande  
 100.458 Neuwirtschaften  
142.362 <sup>3</sup> Einheiten

Von den Pachthöfen sollen bis zum 1. April 1929 864 oder 9% ihre Besitzer gewechselt haben, von den Industriebetrieben 6.655 oder 6,6% und von den Neuwirten 2.453 oder 7,6% <sup>4</sup>.

---

Auf Seite 93 findet man die Angaben des internationalen statistischen Instituts entstellt wieder. Die englische Edition: J. Bokalders: „The Latvian Economist“, Riga 1928, ist zuverlässiger und daher als Quelle der deutschen Ausgabe vorzuziehen.

<sup>1</sup> Die in Livland, Kurland und Semgallen dem staatlichen Landfonds zugewiesene Fläche von 2.886.168 ha zerfielen vor ihrer Aufteilung in etwa:

225 Domänengüter  
 1.300 Rittergüter  
 2.250 Beihöfe der Rittergüter  
 1.800 Kommunale und kirchliche Grundstücke  
 10.000 Pachthöfe  
 1.200 Villengrundstücke  
 450 Mühlen und Krüge  
17.225 Einheiten <sup>a</sup>.

<sup>2</sup> „Rig. Rundschau“ vom 17. April 1929, Nr. 85.

Die vom Finanzministerium im „Ökonomist“ und vom Landwirtschaftsministerium angegebenen Ziffern weichen voneinander etwas ab.

<sup>3</sup> Von der Agrarkommission werden die neu entstandenen Wirtschaftseinheiten um ein Geringes höher angegeben:

9.508 Pachthöfe  
 32.446 Industriebetriebe  
 100.783 Neuwirte  
142.737 Einheiten

„Debatten über das Kriegerland-Gesetz“, „Rig. Rundschau“ vom 12. April 1929, Nr. 81.

<sup>4</sup> „Rig. Rundschau“ ebenda. Die dort angeführten Prozentzahlen sind ungenau.

---

<sup>a</sup> „Rigasche Rundschau“ vom 16. November 1921, Nr. 261.

Erfahren wir weiter, daß in Lettgallen bisher 947 dörfliche Gemeindeeinheiten mit einer Gesamtfläche von 181.400 ha in 17.487 Eigenbesitze aufgeteilt worden sind und noch 2671 Dörfer mit 321.545 ha, aus denen nicht weniger als 31.747 Einzelbesitze herausgeschnitten werden sollen, der Aufteilung gewärtig sind<sup>1</sup>, so erkennen wir die Größe der Aufgabe, die sich der lettländische Staat gestellt hat.

Entsprechen nun die Ergebnisse dieser Operation gewaltigen Ausmaßes ihren Zielen und den großen Opfern, die sie der Volkswirtschaft Lettlands auferlegt hat?

Die Beweggründe, die das lettländische Parlament zur Umwälzung der Grundbesitzverteilung geführt haben, waren keineswegs wirtschaftlicher, sondern rein politischer Natur. Mochten auch die rechtsstehenden Parteien wirtschaftliche Gründe vorführen und nach ökonomischen Gesetzen verfahren wollen, die Linksparteien folgten doch allein politischen Motiven. Ihnen war es darum zu tun, den deutschen Grundbesitz zu vernichten und die politische Macht der Deutschen im Lande zu brechen. Sie siegten, weil sie sich „nationaler“ als die Rechten gebärdeten und im übrigen das bereits von den Bolschewisten eingefahrne Fahrwasser nur zu verfolgen brauchten, während die Rechten gegen den Strom schwimmen mußten<sup>2</sup>. Das Ziel der Linken, die Vernichtung der wirtschaftlichen und politischen Macht der Deutschen, ist nun erreicht, denn alles deutsche Land ist enteignet und aufgeteilt.

Von der Gesamtfläche Livlands, soweit dieses zu Lettland gehört, und in Kurland waren rund 2.300.000 ha oder 48% in deutsch-baltischem Besitz; heute dagegen ist der deutsche Landbesitz in Lettland auf 60.000 ha hinabgemindert worden und beträgt nur noch 1,2% der Gesamtfläche. Er setzt sich annähernd wie folgt zusammen (März 1927):

„Restgüter“, Land der Industriebetriebe und Pastoratswidmen	ca. 30.000 ha
Siedlungen deutscher Bauern aus der Vorkriegszeit	12.000 ha
Neuwirtschaften (Soldatenland), Villengrundstücke und sonstiger kleiner Grundbesitz	18.000 ha
	<hr/> 60.000 ha

Von diesem Landbesitz geht jedoch dem Deutschtum fortwährend durch Verkauf Vieles verloren<sup>3</sup>, denn auf dem von Grund aus aufgewühlten Heimatboden auszuharren, ist eine schwere Aufgabe, der auch die wärmste Heimatliebe nicht in allen Fällen gewachsen zu sein vermag. Zwar ist ja, wie erwähnt, den früheren Großgrundbesitzern in Lettland ein fälschlich sogenanntes „Restgut“ belassen worden, während

<sup>1</sup> Ebenda und „Baltische Blätter“, Berlin, 15. August 1927, Nr. 16, S. 257. In „The Latvian Economist“ S. 92 wird die Beseitigung der Gemeinlage und die Arrondierung von Kleinwirtschaften zu Ende 1927 erheblich geringer beziffert.

<sup>2</sup> „Der Niedergang des Bauernstandes — eine Folge der Agrarreform“. „Rigasche Rundschau“ vom 10. August 1925, Nr. 168 und „Baltische Blätter“, Berlin 15. August 1925, Nr. 16, S. 247 ff.

<sup>3</sup> W. Baron Fireks: „Volkstum und Bodenständigkeit“, „Baltische Monatsschrift“, 58. Jahrgang, Heft 1, April 1927, S. 36.



im benachbarten Estland ihnen nicht das kleinste Stück ihres ehemaligen Grundbesitzes verblieb. Allein das zugebilligte „Restgut“ ist sehr knapp bemessen. Planlos aus der großen Wirtschaftsfläche des ehemaligen „Rittergutes“ herausgerissen, besteht es meist aus wirtschaftlich untauglichem Lande. Selbst dann, wenn es das alte Gutszentrum umfaßt, läßt es sich schwer nutzen. Die ganze Fruchtfolge ist zerstört; der Gebäude gibt es zu viel, oder zu wenig; der Hofplatz liegt unverhältnismäßig groß da; die Drainagenanlagen früherer Zeit sind durch die Aufteilung wirkungslos geworden. Wer das Zentrum als „Restgut“ hat behalten dürfen, erkennt bald, daß er bei den hohen, durch die exorbitanten Arbeiterlöhne ins Ungemessene gesteigerten Betriebsunkosten, trotz persönlicher Mitarbeit und der Beihilfe seiner Familienglieder, nicht durchzuhalten vermag. Und versucht er dennoch bodenständig zu bleiben, so ist er der Gefahr des geistigen Verhungerns ausgesetzt, denn: Händearbeit vom Morgen bis zum Abend, kein Gebildeter in der Umgegend, mit dem sich verkehren ließe<sup>1</sup>. Verwahrlosung der umliegenden Gutshöfe, die vor der Agrarrevolution eine landwirtschaftlich kulturelle Mission des Deutschtums im Baltikum erfüllten<sup>2</sup>, das alles übt einen niederdrückenden Einfluß aus. Alte, zum Teil architektonisch oder historisch wertvolle Bauten sind zerbröckelt oder in Steinbrüche verwandelt. In den Parks weidet das Vieh der Neusiedler und stehen die Stümpfe kostbarer Bäume da, die einst mit Liebe gepflegt wurden, jetzt aber als Nutzholz verwandt worden sind. Verstümmelte Denkmäler und Grabkapellen, zerstörte Orangerien und verwilderte Obstgärten mahnen an vergangene Zeit, in der hier Menschen wohnten, die Zweckmäßigkeit mit Ästhetik zu verbinden wußten. Wo sind sie hin? Als Expulsi, nicht als Emigranten weilen sie außer Landes und pflegen die Erinnerung an die alte Heimat!

Nachdem das Ziel der Linken — die wirtschaftliche Vernichtung und die Fernhaltung der ehemals mächtigen deutschen Oberschicht erreicht ist, stünden der Errichtung eines national-sozialpolitischen Paradieses keine Hindernisse mehr im Wege. Allein längst ist die Wahrnehmung gemacht, daß keine neue Wirtschaftsmacht an die Stelle der alten, aus dem Kolonisationszeitalter in organischem Wachstum hervorgegangenen, getreten ist. Mit voller Nichtachtung aller psychischen und ethischen Momente hat man sich über alle wirtschaftlichen Gesetze und Erfahrungen hinweggesetzt und mechanische Machtmomente gelten lassen<sup>3</sup>.

Wenn auch das offizielle Lettland behauptet: „die Befürchtung, daß die rasch und radikal durchgeführte Agrarreform einen allgemeinen landwirtschaftlichen Rück-

<sup>1</sup> Dr. Ernst Seraphim: „Deutsche und russische Kultureinflüsse im Baltikum“, „Baltische Blätter“, Berlin, 1. August 1927, Nr. 15, S. 232 ff. „Ein Blick in ein Kurisches Restgut“, „Rigasche Rundschau“, Nr. 93 vom 28. April 1927.

<sup>2</sup> Oskar Grosberg: „Am Ausgang einer kulturträgerischen Mission“, „Rigasche Rundschau“ vom 13. August 1926 und „Baltische Blätter“, Berlin 1. September 1926, Nr. 17, S. 251 ff.

<sup>3</sup> „Der Niedergang des Bauernstandes, eine Folge der Agrarreform. Von national-lettischer Seite.“ „Rigasche Rundschau“ vom 10. August 1925, Nr. 168.

schritt oder Schwächung der Produktivität herbeiführen werde, hat sich nicht bewahrt<sup>1</sup>, so reden die Tatsachen doch eine andere Sprache.

Die am 22. Februar 1927 im lettländischen Landtage begonnene Interpellation des Bauernbundes hat die Sachlage klargelegt<sup>2</sup>. Die Agrarumwälzung, die nicht von wirtschaftlichem, sondern von politischem Gesichtspunkte ausging, ist dem Lande verderblich geworden. Die Großwirtschaften sind verschwunden und mit ihnen Milliardenwerte zugrunde gegangen. Die neuen Zwergwirte werden vom Staate in jeder Weise bevorzugt. Sie erhalten das Land und ebenso Baumaterial billig, wenn nicht gar umsonst, auch Betriebskapital zu einem sehr geringen Zinsfuß. Trotzdem sind sie nicht alle in der Lage, auch nur soviel herauszuwirtschaften, als sie zum eigenen Unterhalt brauchen. Dies ist der nackte Tatbestand. Und die Folge?

Um auf ihre Kosten zu kommen, treiben die meisten Jungwirte einen ausgesprochenen Raubbau. Gepflegte Brache, die Nährmutter der künftigen Frucht, gibt es nicht mehr. Vor dem Roggen wird oft eine Vorfrucht angebaut, der der ganze Dünger zugute kommt. Diese Frucht gelangt häufig nicht rechtzeitig vom Felde. Den Roggen pflügt man daher zu spät zu säen, infolge wessen er häufig auswintert und im Frühjahr oft ausgepflügt werden muß. Die schwächlichen Pflanzen geben eine schlechte Ernte und ebenso schlechte Saat<sup>3</sup>. Von rationeller Bearbeitung, Anwendung von Maschinen, Anlage von Drainagen und anderen Meliorationen kann natürlich keine Rede sein.

Kaum besser geht es den Altwirten, den Besitzern der von der livländischen Agrargesetzgebung geschützten Bauernhöfe. Sie, die von der Agrarumwälzung nicht ergriffen wurden, haben dennoch in einer Weise zu leiden, die sie, die Begünstigten, wohl kaum vorausgesehen haben. Durch die Einrichtung der neuen Kleinwirtschaften sind sie ihrer Arbeitskräfte verlustig gegangen und müssen Löhne zahlen, die ihnen den Atem benehmen<sup>4</sup>. Wenden Neusiedler infolge Mangels an Mitteln primitive Methoden des Ackerbaues an, so spielt bei den alten bäuerlichen Hofbesitzern die Gewöhnung vielfach eine böse Rolle. Die Bearbeitung des Bodens mit unzumutbaren, primitiven Geräten, Verwendung entarteter und verunreinigter Saat, sowie eine vielfach zum Teil ganz unrationelle, zum Teil aber ungenügende Düngung sind Faktoren, die das Ernteergebnis übel beeinflussen. Hierzu kommt der unangemessen hohe Prozentsatz der Brache, der im Durchschnitt 19% beträgt und in Lettgallen sogar auf 29% steigt, während er in Finnland 12, in Estland 20, in Deutschland 7,

<sup>1</sup> „Lettlands Ökonomist“, S. 89 oder „The Latvian Economist“, S. 92.

<sup>2</sup> Oskar Grosberg: „Die lettländische Landwirtschaft“, „Rigasche Rundschau“ vom 21. Februar 1927, Nr. 41; vom 22. Februar 1927, Nr. 42; vom 10. März 1927, Nr. 55; Landtagsbericht vom 22. Februar 1927, „Rigasche Rundschau“ vom 23. Februar 1927, Nr. 43.

<sup>3</sup> Lüth a. a. O. S. 54 und 63; W. Baron Fircks: „Zur Saaten-Interpellation“, „Rig. Rundschau“, Nr. 59 vom März 1929.

<sup>4</sup> E. v. M.: „Sind wir noch ein Agrarstaat?“ „Neues Rigaer Tageblatt“ vom 6. September 1925, Nr. 122; Lüth: „Die Lettl. Landwirtschaft vor und nach dem Weltkrieg“ usw., a. a. O. S. 51.

in Dänemark gar nur 5% ausmacht<sup>1</sup>. Bei solchen Verhältnissen darf es nicht überraschen, daß die Hektarerträge in Lettland weit geringer, als in den Staaten des Westens sind. So werden nach der Statistik geerntet in Doppelzentnern pro ha:

	in Lettland:	in Ostpreußen:
Roggen	9,8	14,36
Weizen	11,18	15,20
Gerste	8,87	14,24
Hafer	9,04	14,42
Kartoffeln	90,53	124,00 <sup>2</sup>

Mag auch die lettländische landwirtschaftliche Statistik zureichender Organisationen ermangeln<sup>3</sup> und daher der Ausweis über die Hektarerträge unsicher sein, so steht es doch zweifellos fest, daß die Ernteergebnisse hinter dem erheblich zurückstehen, was die Natur hervorbringen könnte, wenn sie durch gute Bodenbearbeitung, rationelle Düngung und einwandfreies Saatgut unterstützt würde. Witterungseinflüssen die Schuld an den kläglichen Bodenerträgen zuzuschreiben, heißt eine verhängnisvolle Vogelstraußpolitik treiben. Daß dagegen die Verwandlung der hochkultivierten Gutsfelder in primitiv, vielfach raubwirtschaftlich betriebene Parzellen der Neuwirte einen schweren Rückschlag in der landwirtschaftlichen Produktion bewirken mußte, ist sonnenklar<sup>4</sup>. Vor allen Dingen schadet der Verfall der Drainagen, der unaufhältlich vorwärtsschreitet, weil nicht mehr wie früher ein Wille über die Ackerfläche gebietet, sondern statt des souveränen Gutsherrn mehrere Wirtschaftler mitzusprechen haben. Die während der Kriegszeit in Unordnung geratenen Abzugskanäle werden nicht mehr in Ordnung gebracht. Die Tagwasser können ebenso wenig abfließen, wie die Schmelzwasser. Infolgedessen liegen Felder und Wiesen nicht nur im Frühjahr und Herbst, sondern auch nach jedem stärkeren Regenguß unter Wasser. Die Felder versauern, können im Herbst gar nicht, im Frühjahr erst später bearbeitet werden, wodurch die Vegetationsperiode verkürzt und der Ertrag verkümmert wird<sup>5</sup>. Die relative Unproduktivität der Landwirtschaft, die anfänglich mit Recht auf die Nachwirkung des Krieges und die starke Verringerung der Ackerfläche zurückgeführt werden durfte und die man später als eine unvermeidliche Erscheinung des Übergangs zu neuen Formen der Landwirtschaft aufgefaßt sehen wollte, ist heute, da die Ackerfläche fast ihre Ausdehnung wie vor dem Kriege

<sup>1</sup> Oskar Grosberg: „Die lettländische Landwirtschaft“, „Rigasche Rundschau“ vom 21. Februar 1927, Nr. 41.

<sup>2</sup> Dr. B. Siiw: „Lettlands Volks- und Staatswirtschaft“, 1927. Etwas abweichende Zahlen für Lettland bietet „The Latvian Economist“, S. 101.

Dr. Hans-Jürgen Seraphim: „Lettland und Estland“, Einzelheft aus Band I der „Osteuropäischen Länderberichte“, Verlag vom Osteuropa-Institut in Breslau, Breslau, Mai 1927, S. 291.

Oskar Grosberg: „Querschnitt durch die Wirtschaft Lettlands“, „Rigasche Rundschau“, 18. August 1927, Nr. 183.

<sup>3</sup> Oskar Grosberg: „Zerstörte Hoffnungen“, „Rigasche Rundschau“ vom 1. Oktober 1927, Nr. 221.

<sup>4</sup> Ebenda.

<sup>5</sup> Oskar Grosberg: „Die lettländische Landwirtschaft“, a. a. O.

erreicht hat <sup>1</sup>, und die Umteilung des Landbesitzes als vollzogen gelten darf, doch nicht behoben. Bei einer Bevölkerung von nur rund 28 Einwohnern auf den Quadratkilometer ist Lettland nicht imstande, sich selbst zu ernähren! Es müssen sowohl Brotgetreide und Mehl für den menschlichen Bedarf, wie auch Saaten für den Landbau eingeführt werden <sup>2</sup>. Der Import an Mehl, Brotkorn und Saatgut erreichte 1924 die Höhe von 1,3 Milliarden lettland. Rubel <sup>3</sup>.

Man sollte nun meinen, daß die kümmerliche Getreideerzeugung durch erhöhte Produktion desjenigen Gewächses wett gemacht werde, das Lettlands Landwirtschaft einen gewissen Weltruhm verschafft hat: Flachs. Zwar ist Lettland mit seiner Anbaufläche von 63.000 ha <sup>4</sup> einer der wichtigsten Flachsproduzenten Europas, allein seine Hektarerträge bleiben weit hinter denen der westeuropäischen Anbauggebiete, wie Belgien und Frankreich, zurück. Das ist keineswegs nur seinem schlechteren Klima, sondern weit mehr den primitiven Anbaumethoden und der rückständigen Aufbereitung und Bearbeitung des Flachses zuzuschreiben <sup>5</sup>. Die schlechte Bearbeitung hat zur Folge, daß der lettländische Flachs nicht mehr als 12%, der belgische dagegen 20—25% Fasern liefert <sup>6</sup>.

Die wesentlichste Stütze der Landwirtschaft Lettlands ist die Viehzucht. Die Produktion von Molkerei-Erzeugnissen, auch von Fleisch, hat eine in die Augen springende Entwicklung erfahren, obgleich der Viehstapel qualitativ geringwertig ist und die Viehpflege auf außerordentlich niedriger Stufe steht. Die Zahl der Molkereien vermehrte sich von nur 16 im Jahre 1920 auf 650 im Jahre 1925 <sup>7</sup>, wobei deren mechanische Triebkraft zusehends an Bedeutung gewinnt. Dementsprechend ist auch die Butterausfuhr sehr namhaft geworden. Sie ist von einer knappen Million Tonnen im Jahre 1922, auf 10 Millionen Tonnen, im Wert von 37,5 Millionen Lat, im Jahre 1926 gestiegen <sup>8</sup>.

Wenn aber auch die Butterausfuhr neben dem Holz- und Flachsexport zu einer

<sup>1</sup> Vor dem Kriege 1.729.628 ha, im Jahre 1923 schon 1.677.457 ha.

Seraphim: a. a. O., S. 290.

Grosberg: a. a. O.; „The Latvian Economist“, S. 99.

<sup>2</sup> „In der Sackgasse“, „Rigasche Rundschau“ vom 10. Oktober 1925; Lüth: a. a. O. S. 91.

<sup>3</sup> In der großen Debatte des Landtages vom 22. Mai 1925 über die Lage der Landwirtschaft wurde allein der Import von Brotgetreide auf 1,5 bis 2 Milliarden Rubel berechnet; „Rigasche Rundschau“ vom 23. Mai 1925, Seite 6. (50 lettland. Rubel = 1 Lat = etwa 81 deutsche Reichspfennige.)

<sup>4</sup> Ed. St.: „Lettlands Flachsbaubau“, „Rigasche Rundschau“, Nr. 260 vom 17. November 1927; Lüth: a. a. O., S. 69.

<sup>5</sup> Ebenda; „Rigasche Rundschau“, Nr. 262 vom 21. November 1927, Nr. 263 vom 22. November 1927 und Nr. 265 vom 24. November 1927.

<sup>6</sup> Oskar Grosberg: „Querschnitt durch die Wirtschaft Lettlands“, „Rigasche Rundschau“, Nr. 183 vom 18. August 1927. Seraphim: a. a. O. S. 293.

<sup>7</sup> Die bei Lüth: a. a. O. S. 83, für das Jahr 1925 mit 444 Molkereien angegebene Zahl begreift nur die genossenschaftlichen Molkereien in sich, während noch 196 private Molkereien hinzuzuzählen sind. „The Latvian Economist“, S. 106.

<sup>8</sup> Dr. M. von Zimmermann: „Die Butterproduktion der Baltischen Staaten“, „Rigasche Rundschau“ vom 18. Juli 1927, Nr. 156; Lüth: a. a. O. S. 83.

der wichtigsten Einnahmequellen des Landes geworden ist, so muß doch gesagt werden, daß die bisher erzielten Resultate im Vergleich mit der Zahl des Rindviehs, die im Jahre 1926 mit rund 955.000 Stück<sup>1</sup> die Vorkriegshöhe erreicht hat, als bescheiden bezeichnet werden müssen. Die vorhandenen Viehbestände müßten mindestens den dreifachen Ertrag an Butter liefern und auch dann würde dieser hinter dem westeuropäischen Maß zurückstehen<sup>2</sup>.

Der geringe Ertrag der lettländischen Rindviehherden läßt sich auf verschiedene Ursachen zurückführen. Die Hauptsache ist wohl, daß der Viehstapel sehr bunt zusammengewürfelt zu sein pflegt, denn von den Stammherden der Rittergutsbesitzer, die seit 1894 in immer größerem Maße gehegt und gepflegt wurden<sup>3</sup>, dürfte nichts mehr nachgeblieben sein. Wenn man auch jetzt dabei ist, die Herden durch Zuführung neuen edlen Blutes zu heben, so geschieht das doch in unzureichender Weise<sup>4</sup>, denn bei der Auswahl und Einstellung von Zuchttieren in die Zuchtstätten wird kein System beobachtet, weshalb fast so viele verschiedene Rassen dem Züchter angeboten werden, als es Zuchtstätten gibt<sup>5</sup>.

Als weitere Ursachen der Mangelhaftigkeit des Viehstandes kommen die unrationelle Fütterung und die schlechte Wartung in Betracht. Kunstweiden existieren in Lettland so gut wie gar nicht mehr, da diejenigen, die es hier gab, mit dem Ersatz der Gutsbetriebe durch Zwergwirtschaften verschwunden sind. Das Vieh ist genötigt, seine Nahrung auf kümmerlichen Weiden oder besten Falles auf Stoppelfeldern zu suchen. Die Ställe lassen, nachdem die großen, zum Teil luxuriösen Stallungen der Großgrundbesitzer in Trümmerhaufen verwandelt worden sind, alles zu wünschen übrig. In ihnen Edelvieh zu erziehen, ist eine Unmöglichkeit. Unter diesen Umständen kann es nicht überraschen, daß die Qualität der zur Ausfuhr gelangenden Butter westeuropäischen Ansprüchen nicht genügt. Zwar gibt es eine staatliche Butterkontrolle, die als ausreichend streng zu beurteilen ist, allein sie vermag nicht, den in der Natur der Produktionsverhältnisse gelegenen Mißständen zu begegnen. Die lettländische Ausfuhrbutter leidet immer noch an einem hohen Wassergehalt, der zwischen 12 und 16 Prozent schwankt.

Die Zukunft der Landwirtschaft Lettlands liegt zweifellos in der Viehwirtschaft, deren Entwicklung jedoch nicht allein durch den Ausgleich der sehr unausgeglichene Herden und den Ausbau der unansehnlichen Viehställe gesichert werden kann. Es müßte mehr geschehen, denn der Kleinwirt Lettlands kann auf absehbare Zeit hin nicht

<sup>1</sup> Seraphim: a. a. O. S. 301, begeht einen Irrtum, wenn er diese Zahl mit 1.911.000 Stück angibt. Auf S. 298 lautet sie dagegen richtig 955.000.

<sup>2</sup> Seraphim: a. a. O. S. 301.

<sup>3</sup> Gustav von Stryk: „Die Landwirtschaft in Livland“ Veröffentlichung der Livl. Gemeinnützigen und Ökonomischen Sozietät aus dem Jahre 1913, S. 12 ff.

<sup>4</sup> Wie „Lettlands Ökonomist“ S. 99 offen zugibt; „The Latvian Economist“, S. 104.

<sup>5</sup> Den Viehzuchtvereinen sind 11.423 Wirtschaften mit 97.613 Milchkühen angeschlossen. Mitteil. des Landwirtschaftsministers Gulbis, „Rig. Rundschau“, Nr. 135 vom 19. Juni 1928.

als Aufzüchter von Rassevieh, das lediglich Großwirtschaften hervorzubringen vermögen, in Frage kommen. Daher müßte die Bildung von viehzüchtenden Großbetrieben nicht nur gestattet, sondern auch gefördert werden<sup>1</sup>. Dann könnte auch an die so überaus notwendige Wiederherstellung der Drainageanlagen geschritten werden<sup>2</sup>, die der Agrarumwälzung zum Opfer gefallen sind. Aber auch die kümmerlichen Wiesen und Weiden der von dem agrarwirtschaftlichen Umbruch verschont gebliebenen alten Bauernhöfe müßten entwässert werden. Überhaupt ist in Lettland eine rationelle Landwirtschaft so lange undenkbar, als jede Schneeschmelze und jeder stärkere Regenguß eine Überflutung herbeizuführen droht<sup>3</sup>.

Wie systematisches Vorgehen auf dem Gebiete der Viehpflege verhältnismäßig rasch zu Erfolgen führt, lehrt die Schweinezucht Lettlands. Sowohl die Regierung, wie auch die ländlichen Kooperative haben sich die Förderung dieses Wirtschaftszweiges angelegen sein lassen. Heute verfügt Lettland über 383 Deckstationen. Hiervon sind 110 mit Rasseschweinen aus Deutschland und 252 mit Yorkshires aus England versehen. Infolge der Veredelung des Zuchtmaterials ist die Exportfähigkeit der lettländischen Schweinezucht schnell gestiegen. Während im Jahre 1924 nur 536.137 kg ausgeführt wurden, waren es zwei Jahre später schon 3.753.247 kg. Besondere Bedeutung wird der Ausfuhr von Bacon beigemessen<sup>4</sup>, um Englands Nachfrage nach Schweinespeck entgegenzukommen, was den Kleinwirtschaften Lettlands erheblichen Gewinn einträgt.

Die Viehwirtschaft Lettlands wird in Zukunft umso mehr die Staatswirtschaft stützen müssen, als die Waldbestände, die zurzeit diese Aufgabe zu erfüllen haben, in Zukunft ihren fiskalischen Dienst nicht mehr wie bisher zu erfüllen geeignet sein werden. Man hat die Wälder übermäßig ausgebeutet, teils um die zahlreichen Neusiedler mit Bauholz zu versorgen, teils um durch verstärkten Holzexport die Handelsbilanz und das staatliche Budget zu balancieren<sup>5</sup>.

Die gesamte Waldfläche Lettlands beträgt 1.526.942 ha. Nach Abzug von Blößen, Schutzwäldern usw. verbleibt eine produktive Fläche von 1.297.000 ha, von der 79% mit Nadelholz und 21% mit Laubholz bewachsen sind<sup>6</sup>. Dieser Bestand hat dazu erhalten müssen, etwa  $\frac{3}{4}$  des staatlichen Haushaltes zu decken und gleichzeitig der neu-geschaffenen Zwergwirtschaft in steigendem Maße das für ihren Aufbau notwendige Bauholz zu liefern.

<sup>1</sup> W. v. Fircks in den „Baltischen Stimmen“ vom 16. Januar 1929, S. 1.

<sup>2</sup> Grosberg: „Lettlands Landwirtschaft“, VII, „Rig. Rundschau“ Nr. 55 vom Jahre 1927, S. 2.

<sup>3</sup> Oskar Grosberg: „Wassersnot“, „Rig. Rundschau“ vom 8. Mai 1926, Nr. 101, S. 9.

Derselbe: „Lettland ersäuft“, „Rig. Rundschau“ vom 7. Juni 1928, Nr. 125.

Derselbe: „Periculum in mora“, ebenda, Nr. 135 vom 19. Juni 1928.

<sup>4</sup> Dr. M. von Zimmermann: „Die Schweinezucht in Lettland“, „Rig. Rundschau“, Nr. 267 vom 26. November 1927, siehe dagegen Lüth a. a. O. S. 87, der der Ausfuhr von Bacon keine wesentliche Rolle beimißt.

<sup>5</sup> Dr. Hans Jürgen Seraphim: „Lettland und Estland“, a. a. O. S. 304.

<sup>6</sup> Cand. rer. for. Edgar Teidoff: „Unsere lettländische Forstwirtschaft“, „Rig. Rundschau“ vom 7. August 1923, Nr. 170.

In den letzten Jahren sind aus dem Staatsforste folgende Mengen Holzmaterial verabfolgt worden <sup>1</sup>:

Wirtschaftsjahre 1. IV.—31. III.	Ausgereichte Menge in Festmetern	‰ ‰ der Jahresnorm	Erlös in Lat.	Tatsächlicher Mehrkredit in Lat.
1922/23	3.407.790	101,8	3.052.129	14.476.222
1923/24	4.256.321	127,1	11.928.374	26.830.830
1924/25	4.061.481	121,3	16.558.512	23.390.345
1925/26	4.230.330	133,8	16.411.064	21.159.111

Für den Zeitraum von 1921 bis 1925 wurde die Hiebnorm nach Maßgabe des jährlichen Zuwachses auf 3.348.588 m festgesetzt. In Wirklichkeit ist jedoch diese Norm, wie aus dieser Tabelle ersichtlich, in keinem Wirtschaftsjahr eingehalten. Ein sehr bedeutender Teil des Holzbestandes ist zur Errichtung der Neuwirtschaften hergegeben worden, also der Agrarumwälzung zum Opfer gefallen <sup>2</sup>. Es sollen bis zu 33% der gesamten Hiebmenge den Neuwirten zur Verfügung gestellt worden sein <sup>3</sup>. Wird weiter in Rechnung gezogen, daß der Staat für die verabfolgten Mengen eine stark unter den Marktpreisen liegende Entschädigung erhalten hat, so liegt es klar zutage, daß der Wald in unvernünftiger Weise zugunsten der Experimente der sogenannten „Agrarreform“ hat erhalten müssen. Von einem Sachkenner wird behauptet, daß in den 10 Jahren des Bestehens der lettländischen Republik in Lettland allerorten viermal so viel Wald vernichtet worden sei, als bei rationeller Wirtschaft hätte geschlagen werden dürfen <sup>4</sup>. Hierzu kommt, daß an Jungwirtschaften, trotzdem ackerfähiges Land in beliebiger Menge noch vorhanden ist, bis heute 220.000 ha Waldboden verteilt worden sind, was nicht weniger als etwa ein Siebentel des gesamten lettländischen Forstbestandes ausmacht. Der Holzverbrauch der Neuwirte ist es vornehmlich, der den Waldbestand und damit indirekt die Wirtschaft des Staates bedroht. Die relativ hohe, nach den besten Schlägen berechnete Hiebnorm <sup>5</sup> wäre an sich nicht so sehr bedrohlich, wenn gleichzeitig eine emsige Kulturtätigkeit ein wirksames Gegengewicht böte. Allein wegen Mangels an entsprechenden Geldmitteln vermögen die Kulturen nicht mit der Ausbeute Schritt zu halten. Im Zeitraum von 1921—1925 betrug die Schlagnorm für Nadelholz rund etwa 10.300 ha jährlich, während die kultivierte Fläche die abgeholzte bei weitem nicht erreichte <sup>6</sup>.

Aus all diesen Gründen erachtet der lettländische forstwirtschaftliche Verband hohe Gefahr für die Staatswirtschaft im Anzuge und verlangt: vollständiges Aufhören

<sup>1</sup> „The Latvian Economist“ S. 113.

<sup>2</sup> „Das lett. Forstwesen“, „Rig. Rundschau“, November 1926, Nr. 255; Seraphim, a. a. O. S. 304.

<sup>3</sup> „The Latvian Economist“, S. 114.

<sup>4</sup> Oberförster R. Kügeler: „Waldvernichtung und Holzindustrie“, „Rig. Rundschau“, 22. März 1929, Nr. 67.

<sup>5</sup> „Das lettländische Forstwesen“, „Rig. Rundschau“ vom November 1926, Nr. 255, S. 9 oder Nr. 255, S. 5.

<sup>6</sup> Ebenda. Sie soll 6000—9000 ha umfaßt haben; „The Latvian Economist“, S. 111.

der Verteilung von Staatswäldern an Jungwirtschaften, Abschaffung aller Vergünstigungen beim Waldverkauf und strenges Festhalten an der jährlichen Hiebnorm<sup>1</sup>.

Die hier mitgeteilten Tatsachen lassen mithin untrüglich erkennen, daß der zwangsmäßige Ersatz der Großbetriebe durch die Klein- und Zwergwirtschaften die Land- und Forstwirtschaft, das Rückgrat des ökonomischen Aufbaues Lettlands, in eine, wie es scheint, sorgenvolle Lage gebracht hat<sup>2</sup>. Der Produktionsausfall, der anfänglich auf die Nachwirkungen des Krieges zurückgeführt zu werden pflegte, den man aber später als eine unvermeidliche Erscheinung des Überganges zu neuen Formen der Landwirtschaft auszugeben beliebte, ist doch heute, da die gepriesene „Agrarreform“ als durchgeführt gelten darf, ebensowenig behoben, wie zur Zeit des Beginnes der Umteilung. Lettlands Volkswirtschaft befindet sich offensichtlich, was immer wieder in der Tagespresse betont wird, in einer unheilschwangeren Krisis<sup>3</sup>. Die Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion gilt daher als eine brennende Lebensfrage der Staatswirtschaft. Man ruft nach einer großzügigen agrarpolitischen Aktion, weiß aber im Grunde kein allgemeines Heilmittel zu nennen, weil nicht nur die Neusiedler, sondern auch die von der Agrarumwälzung verschont gebliebenen bäuerlichen Altwirte zweifellos leiden. Es heißt, daß vom Staat 48.000 Wirtschaftseinheiten etwa 36 Millionen Lat<sup>4</sup> dargeliehen worden seien<sup>5</sup>, während die landwirtschaftlichen Kreditgenossenschaften mit etwa 30 Millionen Lat in kurzfristigen Darlehen der Landwirtschaft beigesprungen sein sollen<sup>6</sup>. Werden die hohen Zinszahlungen in Betracht gezogen, die von den Darlehnsnehmern zu zahlen sind, und wird andererseits die wenig ertragsfähige Landwirtschaft beachtet, so darf füglich wohl von einer „Überkreditierung“ gesprochen werden, von der sich namentlich die Neusiedler nicht zu befreien vermögen<sup>7</sup>. Aber auch die Altwirte befinden sich in bedrängter Lage, weil die Agrarumwälzung ihnen die Landarbeiter genommen hat. Die „Landknechte“ nämlich, die mit den „Heuerlingen“ im nordwestlichen Deutschland oder den „Landinsten“ in Ost-Holstein verglichen werden dürfen<sup>8</sup>, sind ebenso wie die „Halbkörner“, die den „Heuerlingen“ des nordwestlichen Deutschland nahestehen<sup>9</sup>, infolge der „Agrarreform“ selbständig geworden und kommen daher als Landarbeiter nicht mehr in Frage. Für diese qualifizierten Landarbeiter aber läßt sich kein Ersatz finden, denn die Subjekte, die auf

<sup>1</sup> „Rig. Rundschau“ vom 24. April 1929, Nr. 91.

<sup>2</sup> „Sanierung der Landwirtschaft“, Landtagsrede des Abgeordneten Baron Fircks, „Rigasche Rundschau“ vom 23. Februar 1927, Nr. 43. Dagegen „The Latvian Economist“, S. 92.

<sup>3</sup> „Eine Broschüre von J. Kauls“, „Rigasche Rundschau“ vom 8. Januar 1927, Nr. 5. Lüh: a. a. O. S. 90 ff.

<sup>4</sup> 1 Lat = etwa 81 deutsche Pfennige.

<sup>5</sup> „Landwirtschaftlicher Kredit“, „Rig. Rundschau“ vom 24. August 1927, Nr. 188.

<sup>6</sup> Ebenda, Nr. 189.

<sup>7</sup> Ebenda, vom 8. September 1927, Nr. 201.

<sup>8</sup> Tobien: „Die Agrargesetzgebung Livlands im 19. Jahrhundert“, II., S. 354.

<sup>9</sup> Ebenda, S. 355.



der Arbeitsbörse in Riga ihre Dienste anbieten, verstehen weder zu mähen noch zu pflügen und überhaupt keine Landarbeit<sup>1</sup>.

Bei dieser Lage der Dinge hoffen diejenigen, die ungeachtet der Zerstörung des in Jahrhunderten organisch erwachsenen Gebildes der Grundbesitzverteilung dennoch mit der Stabilität der Volkswirtschaft Lettlands rechnen, auf das Interesse des ausländischen Kapitals für die wirtschaftliche Notlage Lettlands<sup>2</sup>.

Zwar hat bis heute das aus Westen vordringende, vorteilhafte Anlage im Osten suchende Kapital noch nicht Lettland erreicht, weil hier Goldhypothenken um der einheimischen Valuta willen gesetzlich nicht zugelassen werden, allein man hofft doch, den Pseudonationalismus der Latfreunde brechen und durch Heranziehung ausländischen Privatkredites das kranke ökonomische Leben befruchten zu können<sup>3</sup>.

Daneben soll das Agrargesetz insofern reformiert werden, als die starre Zwangsnorm, die 50 ha als Höchstumfang eines der Umteilung unterworfenen Landgutes bestimmt<sup>4</sup>, freier Gestaltung Platz zu machen habe<sup>5</sup>. Ferner beabsichtigt der Staatskontrolleur, dem Landtage einen Bericht über unrechtmäßige Zuteilung aus dem Landfonds vorzulegen<sup>6</sup>.

So oft auch die Frage einer Revision der sogenannten Agrarreform aufgeworfen wird, so erscheint es doch, zunächst wenigstens, durchaus fraglich, ob sie bejaht werden wird. Zwar begegnet man nicht selten auch in lettischen Kreisen dem objektiven Urteil, daß die Agrarumwälzung nicht nur einen ungünstigen Einfluß auf die Produktivität der Landwirtschaft und damit auch auf die Staatswirtschaft Lettlands ausgeübt<sup>7</sup>, sondern auch die Erwartungen getäuscht habe, die an sie in politischer Hinsicht geknüpft worden seien. Man hoffte nämlich, daß die neue Grundbesitzverteilung dem Radikalismus des flachen Landes entgegenwirken werde, indem sie den raschgeschaffenen Stand der Landbesitzer in das Lager der Vertreter des Privateigentums hinüber locken und hiermit der Sozialdemokratie entfremden werde. Allein die aus solchem Gesichtspunkt abgeleitete Begründung der politischen Notwendigkeit des Umbruches der alten Besitzordnung erwies sich als verfehlt, denn die Zahl der ewig Unzufriedenen schmolz keineswegs zusammen, die Bildung einer bürgerlichen Regierung gestaltete sich um nichts leichter<sup>8</sup>.

---

<sup>1</sup> „Ein Beitrag zur Landarbeiterfrage“, „Rig. Rundschau“ vom 15. August 1927, Nr. 180.

<sup>2</sup> S. J. Sachs: „Zur Wirtschaftslage Lettlands“, „Rig. Rundschau“, Nr. 100 vom 7. Mai 1926 und Nr. 100 vom 6. Mai 1927.

<sup>3</sup> „Rig. Rundschau“ vom 5. November 1927, Nr. 250, S. 2.

W. v. F.: „Wie der Landwirtschaft geholfen werden soll“, „Rig. Rundschau“, Nr. 263 vom 22. November 1927.

<sup>4</sup> § 47 Teil III des Agrargesetzes vom 16. September 1920.

<sup>5</sup> Beantragt vom Abgeordneten Albering; „Rig. Rundschau“, Nr. 32 vom 10. Februar 1927.

<sup>6</sup> „Rig. Rundschau“, Nr. 260 vom 17. November 1927.

<sup>7</sup> „Rig. Rundschau“, Nr. 201 vom 8. September 1927 und „Baltische Blätter“, Berlin, 1. Oktober 1927, Nr. 19, S. 302.

<sup>8</sup> „Auf der alten Straße“, „Rig. Rundschau“, Nr. 240 vom 24. Oktober 1925.

Und dennoch wird sich das heutige Lettland zu einer Abkehr vom Gesetz des 16. September 1920, der Schöpfung einer Revolutionsperiode, nicht entschließen. Schon aus parteipolitischen Gründen wird es hierzu nicht kommen, wie die Parlamentsverhandlungen vom 23. April 1929 genugsam lehren<sup>1</sup>. Selbst wenn die Zahl derjenigen wächst, die einräumen, daß die lettländische Volkswirtschaft auf dem Spiele steht, wird sich die Regierung Lettlands nicht zu einer durchgreifenden Änderung des überstürzten Gesetzes bewegen lassen.

„Nicht die Enteignung an sich ist“, wie ein hervorragender Agrarpolitiker Deutschlands urteilt, „einer kapitalistischen Volkswirtschaft gefahrbringend. Sie mag sehr wohl im Rahmen des kapitalistischen Wirtschaftssystems liegen und mit gewichtigen politischen Gründen der Staatsweisheit zu rechtfertigen sein. Antikapitalistisch aber wird die Enteignung unzweifelhaft dann, wenn durch sie das Grundkapital entwertet und damit der Anreiz zur Extensivierung der Landwirtschaft gegeben wird — ein Anreiz, der namentlich bei einer kulturell nicht sehr entwickelten Landbevölkerung mit wirtschaftlicher Gesetzmäßigkeit wirkt, d. h. unausbleiblich eine Volkswirtschaft degradiert<sup>2</sup>.“

Und so liegen heute die Dinge in Lettland, das sich nicht damit trösten darf, daß es im benachbarten Eesti, in Litauen, Polen und Rumänien nicht besser steht. Es muß sich sagen, daß die übereilte Zerschlagung der gedeihenden Großbetriebe in etwa 100.000 mehr oder weniger uniforme Kleinbetriebe von durchschnittlich 20 ha<sup>3</sup> den Staatshaushalt überaus hoch belastet hat. Vor der Zerstörung der Großwirtschaften ernährte die Landwirtschaft das Land mit seinen Städten. Heute dagegen, obgleich die Einwohnerzahl des Landes, und vor allem die der Städte, noch lange nicht die Vorkriegshöhe erreicht hat, importiert Lettland jahraus jahrein Brotgetreide für 1½ bis 2 Milliarden Rubel oder 30—40 Millionen Lat<sup>4</sup>. Und wieviel die neubegründeten Kleinwirtschaften, die nichts anderes, als bestenfalls Selbstversorgungswirtschaften, Staatspensionäre sind, dem Staate gekostet haben und noch kosten werden, läßt sich gar nicht berechnen. Die Behauptung, daß unter ihnen sich zahlreiche Einheiten befinden, die eigentlich „nur als grausame Karikaturen auf landwirtschaftliche Betriebe“ bezeichnet werden dürfen<sup>5</sup>, wird ebenso zutreffend sein, wie die Annahme, daß 25% von ihnen dem Untergange entgegen gehen, weil sie nicht einmal die sie bearbeitenden Familien-

<sup>1</sup> „Rig. Rundschau“ vom 24. April 1929, Nr. 91.

<sup>2</sup> Prof. Dr. Hollmann: „Die Bodenreform in der Tschechoslowakei“, Berichte über Landwirtschaft, Neue Folge, I. Band, Heft 2, S. 42.

<sup>3</sup> In Südlivland und Kurland. Wird Lettgallen einbegriffen, so steigt die Zahl der neubegründeten Kleinwirtschaften auf 200.000; Wilhelm Baron Fireks: „Der landwirtschaftliche Kleinbetrieb und seine wirtschaftliche Entwicklung in Lettland“, „Rig. Rundschau“ Nr. 81, 82 und 83 vom 12., 13. und 14. April 1928. Lüth, a. a. O. S. 24, gibt die Zahl der neugeschaffenen Jungwirtschaften viel zu gering an.

<sup>4</sup> Fireks: a. a. O.

1 Lat = 81 deutsche Pfennige.

<sup>5</sup> Oskar Grosberg: „Periculum in mora“, „Rig. Rundschau“, Nr. 135 vom 19. Juni 1928.

glieder zu ernähren imstande seien<sup>1</sup>. Außerordentlich tragisch aber ist, daß diese für den lettländischen Staat „unerträgliche Wirtschaftslast“<sup>2</sup> auf Kosten des Deutschtums geschaffen wurde, das nicht nur die Staatswerdung Lettlands durch Hingabe seines Land- und Waldbesitzes bestreiten, sondern auch sich eine nationale Vermögensumschichtung gefallen lassen mußte, die es auf allen Gebieten wirtschaftlicher Betätigung erfaßte. Der Gesamtverlust, den die deutsche Bevölkerung Lettlands seit dem November 1918, da der lettländische Staat entstand, bis zum Schluß des Jahres 1924 erlitten hat, wird auf nicht weniger als 90% berechnet<sup>3</sup>. Bei dieser Sachlage mußten sich die Deutschen sagen, daß sie wohl oder übel genötigt seien, ihr gesamtes Wirtschaftsleben von Grund aus neu aufzubauen. Und sie haben es in schwerem Wettkampf mit dem Staatsvolk, dem die neue Zeit unerhörte Möglichkeiten eines mühelosen Aufstieges bot, getan. Sie gingen an die Arbeit, obgleich das vom Glück unvergleichlich begünstigte Mehrheitsvolk ihr deutsches nationales Selbstbewußtsein niederzudrücken versuchte und mit pedantischer Grausamkeit all das, was unsere Vorfahren erstrebt und geschaffen haben, verunglimpfte. Doch das historisch begründete Gefühl, einer Sendung in dieses Land gefolgt zu sein, war so stark, daß dem Deutschen: dem öffentlichen Leben zu entsagen, gleichbedeutend mit Felonie erschien. Daher folgte er der von seinen Führern ausgegebenen Parole: „keine Kampfverewigung, sondern Ausgleich“ zwischen den aufeinander angewiesenen, von fremden Elementen entzweiten Heimatgenossen<sup>4</sup>.

## 6. Kapitel

### Die Auflösung der Livländischen Ritterschaft

Noch bevor das rigorose Agrargesetz angenommen und mit der Durchführung der „Agrarreform“ begonnen war, hielt es die lettländische Konstituante für unerläßlich, sofort, und noch vor der endgültigen völkerrechtlichen Anerkennung der Republik „Latvija“ durch Westeuropa<sup>5</sup>, die Beseitigung der alten Landesvertretungen, der livländischen und kurländischen Ritterschaften herbeizuführen, wobei eine Eile bekundet wurde, als gelte es, einem hereinbrechenden Feinde rasch zu begegnen. Das überstürzte Vorgehen legt die Vermutung nahe, die lettische Intelligenz habe die Befürchtung gehegt, das um seine Oberherrschaft gebrachte Deutschtum werde erneute Versuche anstellen, die lettländische Staatsverfassung durch eine „Privi-

<sup>1</sup> Fireks: a. a. O., Nr. 82.

<sup>2</sup> Derselbe: a. a. O.

<sup>3</sup> Dr. Paul Schiemann: „Die nationale Vermögensumschichtung in Lettland“, Jahrbuch und Kalender des Deutschtums in Lettland 1925, S. 20 ff.

<sup>4</sup> Dr. Paul Schiemann: „Ausgleich oder Kampfverewigung“ „Rig. Rundschau“, Nr. 59 vom 14. März 1925; Derselbe: „Die Deutschbalten und der lettländische Staat, in: „Jonck's Baltischer Kalender für Stadt und Land“, 1929, S. 69.

<sup>5</sup> Die de jure-Anerkennung Lettlands erfolgte am 26. Januar 1921 seitens des Obersten Rates der Alliierten in Paris, der die übrigen Mächte in kurzer Zeit folgten. „Rig. Rundschau“, Nr. 21 vom 27. Januar 1921.

legienverfassung“<sup>1</sup> zu ersetzen. Allein diese Annahme wäre doch völlig müßig, denn die Republik „Eesti“, die weder ein dem Libauer Putsch ähnliches Geschehnis, noch eine dem Vormarsch nach Wenden gleichkommende militärisch-politische Diversion, noch endlich das Bermont-Abenteuer erlebt hatte, glaubte ebenso, wie die lettländische Regierung, in der schleunigen Aufhebung der estländischen Ritterschaft eine „Lebensbedingung“ des estnischen Staates erblicken zu müssen. Offenbar waren die Leiter der beiden jungen Republiken von Gefühlen erfüllt, die aus dem „Ressentiment“ fließen. Sie empfanden es als ihre Pflicht, dasjenige Element restlos zu beseitigen, dem sie, wenn auch irrtümlich, die Tatsache zuschrieben, daß das estnisch-lettische Volk bis zur neuesten Epoche in politischer Unmündigkeit erhalten geblieben sei. Völlig verkennend, daß die russische Regierung die Schuld an der Rückständigkeit des baltischen Verfassungslebens trage, ging man den Ritterschaften zu Leibe, für angeblich begangenes Unrecht Sühne fordernd. Der aus allgemeinen Wahlen hervorgegangenen lettländischen Konstituierenden Versammlung, die am 1. Mai 1920 zusammentrat, um der neugegründeten Republik Lettland eine Verfassung zu geben, wurde als allererster, der Beratung zu unterwerfender Gesetzentwurf eine Vorlage wegen Aufhebung der in Lettland noch bestehenden Adelskorporationen übergeben<sup>2</sup>. Sie führte als Grund des anempfohlenen Verfahrens an, daß das Bestehen rein-ständischer Einrichtungen den Grundsätzen eines demokratischen Staates widerspräche und deren Aufhebung eine Lebensbedingung des lettländischen Staates sei. Diese Vorlage wurde zunächst der juridischen Kommission der Konstituierenden Versammlung überwiesen, der als Vertreter des Deutschtums in Lettland Dr. jur. Paul Schiemann<sup>3</sup> angehörte. Von ihm, wie von anderen Gliedern der juridischen Kommission wurde der Rechtsstandpunkt eingenommen und verteidigt, daß die Aufhebung der in Lettland noch bestehenden Adelskorporationen, der livländischen und der kurländischen, nur im Zusammenhang mit einer Revision aller noch geltenden ständischen Sonderbestimmungen entschieden werden dürfe. Die livländische und die kurländische Ritterschaft vertraten dagegen in ihren, der lettländischen Regierung übergebenen Rechtsbewahrungen die Meinung, daß die in Rede stehende Vorlage eines zwingenden Grundes völlig entbehre. Die russische provisorische Regierung habe schon am 22. Juni 1917 allen Adelspraerogativen ein Ende bereitet, weshalb auch die Adelskorporationen von Livland und Kurland alle ihre alten politischen und kommunalen Rechte eingebüßt hätten und nur noch ständische Organisationen zur Verwaltung ihrer korporativen inneren Angelegenheiten geblieben seien. Hierbei wiesen die beiden bedrohten Korporationen auf Finnland hin, wo die mit einer weitgehenden demokratischen Verfassung ausgestaltete Republik

<sup>1</sup> Walters: „Lettland“, S. 367.

<sup>2</sup> Rezeß des livländischen Adelskonvents vom 13. Mai 1920, S. 33 ff.

<sup>3</sup> Geboren 1876 in Mitau, studierte in Berlin, Marburg, Königsberg und Bonn, Dr. jur. in Greifswald. War 1903—1907 Redakteur der Revalschen Zeitung, ist seit 1907 Redakteur der „Rigaschen Rundschau“ und seit 1922 Abgeordneter der deutschen Parteien im lettländischen Parlament.

den Fortbestand der Adelskorporationen gewährleiste. Dort sei am 22. November 1918 und 13. Mai 1919 die „Ritterhausordnung“ bestätigt worden, die dem Adel Finnlands das Recht einräume, als Korporation weiter zu existieren und die Aufgabe zu erfüllen, Geschlechtsregister zu führen, sowie das Vermögen des Adels und der ihm anvertrauten Stiftungen zu verwalten<sup>1</sup>.

Ungeachtet dieser Rechtsbewahrungen wurde jedoch der vom Justizminister R. Pauluks ausgearbeitete und vom Ministerkomitee am 10. März 1920 gebilligte Gesetzentwurf in die Konstituierende Versammlung eingebracht. Obgleich bei dieser Lage der Dinge jeder Einwand hoffnungslos erschien, hielt es der deutsche Abgeordnete Wilhelm Baron Fireks<sup>2</sup> doch für seine Pflicht, in der Konstituierenden Versammlung gegen die Aufhebung der beiden Adelskorporationen einen Protest zu erheben, der seiner historischen Bedeutung wegen in der Anlage 16 wortgetreu wiedergegeben ist. Die Konstituierende Versammlung hielt jedoch die Annahme des Gesetzentwurfes für so dringlich, daß sie ihn am 29. Juni 1920 in sofort durchgeführter dreimaliger Lesung nach folgender Fassung<sup>3</sup> zum Gesetz erhob:

1. „Die Adelskorporationen — die Ritterschaften von Livland, Kurland und Pilten<sup>4</sup> — werden geschlossen und die öffentlichen und privaten Rechte und Praerogativen dieser Korporationen aufgehoben.

2. Das den Adelskorporationen gehörige, oder ihnen anvertraute Vermögen ist auf allgemeiner gesetzlicher Grundlage in gerichtlichen Schutz zu nehmen. Die Bücher, Akten und Dokumente, mit Ausnahme derjenigen, die sich auf das bezeichnete Vermögen beziehen, sind dem Justizminister zu übergeben, der berechtigt ist, die Ordnung für ihre Aufbewahrung und Verwaltung festzusetzen.

3. Dieses Gesetz tritt mit dem Tage seiner Veröffentlichung in Kraft.“

Die Motive zu dem Gesetzentwurf waren die uns bekannten, die jedoch die Schließung der Organisation des Adelsstandes als eine so dringende Lebensaufgabe des lettländischen Staates hinstellten, daß diese schleunigst, „ohne die Durchführung der Gesetzesinitiative des Volksrates bezüglich der Standesrechte abzuwarten“, erfolgen müsse<sup>5</sup>. Das bedeutete nichts anderes, als ob die Adelskorporationen Liv- und Kurlands, wenn sie, obwohl aller öffentlich-rechtlichen Befugnisse entkleidet, auch nur privatim gleich Vereinen, wie in Finnland fortbestünden, dennoch das Leben der lettländischen Republik bedrohen könnten. Fürwahr eine Einschätzung der Macht des bal-

<sup>1</sup> Rezeß des livl. Adelskonvents vom 20. Mai 1920, Deliberandum 1. (Dr. H. von Bruiningk): „Die Zukunft der livl. Ritterschaft in Lettland“, Rig. Rundschau vom 23. Januar 1920, Nr. 18.

<sup>2</sup> Geboren 1870 in Kurland, studierte nach Beendigung des Mitauschen Gymnasiums am Polytechnikum in Dresden, absolvierte 1896 die Bergakademie in Freiburg (Sachsen), bekleidete leitende Stellen in bergmännischen Unternehmungen in Serbien, Spanien und im Ural, erwarb 1918 das Rittergut Warwen in Kurland, war 1920 Abgeordneter der lettländischen Konstituante und ist seit 1922 Abgeordneter der deutschen Parteien im lettländischen Parlament.

<sup>3</sup> Veröffentlicht im lett. Regierungsanzeiger („Waldibas Wehstnesis“) vom 18. Juli 1920, Nr. 151.

<sup>4</sup> Art. 8 des Provinzialrechts der Ostseegouvernements, Teil II, Ständerecht.

<sup>5</sup> Rezeß des livländischen Adelskonvents vom 30. Juni 1920.

tischen Adels, die seiner historischen Bedeutung gerecht wurde, der Gegenwart aber doch nicht im mindesten mehr entsprach!

So mußte denn die livländische Ritterschaft ihrer zwangsweisen Auflösung entgegensehen. Am 5. April 1920 hatte sie zum letztenmal getagt, geleitet von dem am 30. Januar 1920 von der Plenarversammlung des Adelskonvents zum stellvertretenden Landmarschall erwählten Landrat Hans Baron Rosen<sup>1</sup>.

In seiner Eröffnungsrede gab Baron Rosen vor den 71 erschienenen Gliedern der Ritterschaft<sup>2</sup> der Befürchtung Ausdruck, daß die Tage der livländischen Adelskorporation gezählt seien, weshalb über deren Vermögen Bestimmung getroffen werden müsse. Die Versammlung beschloß, das gesamte Vermögen der Ritterschaft, im Falle ihrer Auflösung, dem im Februar 1920 gerichtlich registrierten „Livländischen Gemeinnützigen Verbande“ zu schenken und ihm die von der Ritterschaft administrierten Stiftungen und Zweckkapitalien behufs Verwaltung zu übergeben. Die Ritterschaftsbibliothek wurde der Gesellschaft für Geschichte und Altertumskunde zu Riga vermacht<sup>3</sup>. Die Nachlaßmasse der Ritterschaft hat jedoch nicht die vom Testator gewünschte Verwendung finden können. Sie wurde von der lettländischen Regierung zugunsten des Staates eingezogen, die in Voraussicht der Auflösung der Ritterschaft ein Gesetz des Inhalts zuwege gebracht hatte, daß im Falle der Auflösung einer Korporation ihr Vermögen dem Staate zuzufallen habe. Sie ignorierte kurzer Hand die letztwillige Verfügung der Ritterschaft, erklärte deren gesamtes unbewegliches<sup>4</sup> und bewegliches Vermögen für erblos und machte es zum Staatseigentum.

So wurde denn die einst mächtige, eine reiche historische Vergangenheit hinterlassende Ritterschaft, die östlichste Hochburg deutscher Art, Gesinnung und Rechtentwicklung öffentlich-rechtlich aufgelöst.

Am 1. Juli 1920 fand eine würdige Gedächtnisfeier statt. Der residierende Landrat Arvid von Strandmann hielt an die zum letztenmal tagende Plenarversammlung des livländischen Adelskonvents eine ergreifende, aber mannhafte Ansprache, die kein

<sup>1</sup> Band I S. 76.

<sup>2</sup> Es waren nur die immatrikulierten Edelleute zur Abhaltung eines „Korpstages“ eingeladen worden, da zur Abhaltung eines Landtages, dessen Bestand alle Ritter-Gutsbesitzer, gleichviel welchen Standes und welcher Nationalität, ausmachten, die Notwendigkeit fehlte.

<sup>3</sup> Landtagsrezeß vom 5. April 1920.

<sup>4</sup> Das unbewegliche bestand aus dem großen und schönen im Jahre 1866 erbauten, in Riga belegenen Ritterhaus, das neben den offiziellen, luxuriös ausgestatteten Verwaltungs- und Repräsentationsräumen auch 4 Wohnungen — für den Landmarschall, den residierenden Landrat, den Leiter des Katasteramtes, den Ritterschafts-Rentmeister und dessen Gehilfen, enthielt. Außer diesem, zur Zeit vom lettländischen Parlament eingenommenen Gebäude, besaß die Ritterschaft noch ein, an der großen Jakobstraße, dem Ritterhaus gegenüber belegenes Haus, in dem das überaus wertvolle historische Archiv untergebracht war. Doch nicht nur diese Gebäude mit ihrem gesamten kostbaren Inhalt an Möbeln, Gemälden, Hausrat usw., sowie die reichhaltige Ritterschaftsbibliothek mit ihren Manuskripten und die beiden Archive, das laufende Ritterschaftsarchiv und das ungehobene Schätze bergende historische Archiv, eignete sich der Staat entschädigungslos an, sondern auch die, ein großes Vermögen darstellenden, von der Kaiserin Katharina I. im Jahre 1725 verliehenen 6 Landgüter, die das Schloß-Trikatensche Gebiet ausmachten.

gebildeter und gefühlvoller Mensch ohne innerliche Bewegung lesen wird. Sie folgt, ihres hohen Wertes wegen, hier im Wortlaut (Anlage 17). Das letzte Wort<sup>1</sup> aber sprach der Nestor der baltischen Geschichtsforschung, Dr. h. c. Hermann von Bruiningk<sup>2</sup>, der mit dem altbewährten Trostliede schloß:

„Die Form mag zerfallen,  
Was hat's denn für Not!  
Der Geist lebt in uns allen,  
Und unsre Burg ist Gott!“

---

<sup>1</sup> Anlage 18.

<sup>2</sup> Geboren am 26. August/7. September 1849 in Dorpat, absolvierte er das Studium der Rechtswissenschaften an der heimatlichen Universität (Album Livonorum, Nr. 637), wurde 1875 Ritterschaftsarchivar, war zugleich 1879—1884 Assessor des livländischen Hofgerichts, 1884—1899 Ritterschaftssekretär, seit 1899 Direktor des alten Archivs der livländischen Ritterschaft, das sich zur Zeit in der Verwaltung des lettländischen Kultusministeriums befindet und im Schloß zu Riga aufbewahrt wird. Die Universität Leipzig ehrte ihn, der auf dem Gebiet der livländischen Geschichte Wertvolles geschrieben und veröffentlicht hat, im Jahre 1924 durch die Ernennung zum Dr. honoris causa. Gestorben in Riga am 30. Mai 1927

## Schlußwort.

Die vorliegende Darstellung des Verhältnisses der Livländischen Ritterschaft zum Zarismus und dem russischen Nationalismus sucht schlicht und objektiv das festzuhalten, was das baltische Problem unaufdringlich erklärt. Hierdurch will sie zur gerechten Beurteilung der Vergangenheit einer Herrschicht beitragen, die in unserem demokratischen Zeitalter von der Schaubühne öffentlicher Wirksamkeit hat abtreten müssen, der jedoch von der Vorsehung in der wechselvollen Geschichte Osteuropas eine schwerverantwortliche, aber auch ehrenreiche Stellung beschieden gewesen ist. Schon allein die Tatsache, daß es sich um einen Kolonialtypus handelt, zwingt zu der Folgerung, daß es galt, den Leser mit einem Gebilde vertraut zu machen, dessen Wesen komplizierter Natur ist. Pflügen die Verhältnisse wohl in allen Kolonisationsgebieten verwickelt zu sein, so sind sie es in der ersten Kolonie Deutschlands, die einen Bestandteil des heiligen römischen Reiches deutscher Nation ausmachte, in besonderem Maße gewesen. Nach dem Verfahren der gewaltigen Kolonisatoren, Albrecht des Bären und Heinrich des Löwen, bildete die Vernichtung der Eingeborenen gewissermaßen erfahrungsmäßig die selbstverständliche Vorbedingung des Kolonisierens.

In Altlivland dagegen gebot die Lage der Dinge die Schonung der heidnischen Urbevölkerung, denn der deutsche Bauer folgte nicht dem Ritter und Mönch über See. Daher hätte die Vernichtung der Eingeborenen das Land zur Wüste gemacht. Das Verfahren der Deutschen in Alt-Livland, dem Marienlande, gegenüber den getauften, aber häufig rückfälligen Heiden war eben deshalb, nicht aber aus Gründen des Herzens, ein ungewöhnlich mildes, das um so mehr zur Kriegsgenossenschaft und Heeresfolge führte<sup>1</sup>, als die junge Kolonie von ihren Nachbarvölkern schwer bedroht wurde.

War sonach die Vernichtung der undeutschen Landbevölkerung ausgeschlossen, weil unvernünftig, ja auch deren Durchsetzung mit deutschen Elementen nur in sehr begrenztem Umfange möglich, so galt die Verbindung zu gemeinsamem Kampfe als natürliche Folge zwingender Umstände.

Am deutlichsten trat der versöhnende Einfluß der Waffenbrüderschaft in dem Verhältnis der Deutschen zu den von Liven, Esten und Litauern hart bedrängten Letten hervor<sup>2</sup>.

Hieraus ergab sich die in der Geschichte Europas selten beobachtete Erscheinung, daß eine zahlenmäßig schwache Oberschicht eine numerisch starke Unterschicht anderen Stammes beherrschen und betreuen konnte. Die Tatsache nun, daß diese Tutel-



herrschaft 700 Jahre währte, legt die Frage nahe: welche Kräfte wirksam waren, die dieses ungleiche Verhältnis so lange aufrecht erhielten?

Der an Zahl geringe Kern der deutschen Macht, der vom Geschick zum Bleiben im Lande und zum Träger der Herrschaft bestimmt war, erscheint auf den ersten Blick ohne einheitliche Führung, ja durch vielfache Zwietracht entzweit. Und dennoch war die auf ständischer Grundlage errichtete Konföderation von 5 Staaten so gehaltvoll, daß sie ihrer weltgeschichtlichen Mission, die Kolonie Alt-Livland vor den gierigen Fangarmen des Ostens zu schützen und der abendländischen Kultur zu erhalten, gerecht zu werden vermochte. Das konnte nur geschehen, weil die kolonisierenden Elemente in ungewöhnlich hohem Grade diejenigen Eigenschaften besaßen, die das Entstehen lebensfähiger korporativer Gebilde ermöglichten.

In der Geschichte Livlands bringt sich, neben dem theokratisch-kirchlichen Grundgedanken, die Korporationsidee mächtig zur Geltung. Den nicht sehr zahlreichen Edlen, die, meist aus Niedersachsen stammend, den festen Lebensformen ihrer Heimat entsagten, um die Christianisierung der Heidenvölker an der Ostsee zu erkämpfen, waren der Geist der Gemeinschaftlichkeit und die Fähigkeit der Selbstverwaltung in hohem Grade eigen. Zwei sittliche Imperative, scheinbar gegensätzlicher Art, beseelten sie: persönliche Unabhängigkeit und überpersönliche Gemeinschaft. Das waren Tugenden, die neben dem Verantwortungsgefühl und der Entschlossenheit, Treue, Disziplin, Entsagung und Selbstzucht zu erzeugen pflegten<sup>3</sup>. Diese Charaktereigenschaften befähigten ihre Träger auch ohne einheitliche Leitung zu einer Selbstverwaltung, die den schweren Kampf des Kolonistendaseins jahrhundertlang zu bestehen vermochte.

Die wertvollen Imponderabilien der Kreuzfahrer ererbten die baltischen Ritterschaften, und sie behielten ihre weltgeschichtliche Mission — den Boden, auf den das Schicksal sie gestellt hatte, der abendländischen Kultur zu erhalten — trotz aller Wechselfälle fest im Auge. Sie kämpften nicht um die Erhaltung eigener ständischer Privilegien, sondern um die Wahrung der von den Fremdherrschaften allen Bewohnern des Landes zugesicherten Sonderrechte, an deren Spitze die Befugnis des öffentlich-rechtlichen Gebrauches der Muttersprache und die uneingeschränkte Bekennung des evangelisch-lutherischen Glaubens standen. Dieser Kampf gestaltete sich um die Wende des 17. Jahrhunderts gegen das mächtig gewordene Polentum und im 19. Jahrhundert gegen das Moskowitertum, in beiden Fällen also gegen slawische Mächte besonders hart.

Von einer Schädigung des Landes und seiner Bewohner durch einseitige Standespolitik des in der Ritterschaft inkorporierten Adels darf mithin nimmer die Rede sein, denn was der Landmarschall Hamilkar von Foelkersahm in den fünfziger Jahren des vorigen Jahrhunderts für seinen Wahlspruch erkannte: „nicht die Rechte, welche jemand ausübt, sondern die Pflichten, die er sich auferlegt, geben ihm den Wert“, war Glaubenssatz eines jeden baltischen Edelmanns, der sich gestellt sah zwischen die fremdsprachigen Heimatgenossen und die mächtige sprach- und glaubensfremde

russische Bureaukratie<sup>4</sup>. Hätten die staatsrechtlich beschützten Großgrundbesitzer wirklich Standes-, aber nicht Landespolitik getrieben und die lettischen und estnischen Hintersassen niederhalten oder gar unterdrücken wollen, „diese Völker hätten schwerlich“, sagt ein reichsdeutscher Schriftsteller, „in dem relativ kurzen Zeitraum von hundert Jahren den Weg von der Leibeigenschaft zur Staatswerdung zurückzulegen vermocht. Es gibt in Europa wohl keine zweite Bauernschaft, die in so weitem Ausmaß seine Söhne und Töchter aus eigenen Mitteln auf Universitäten und höhere Schulen hat schicken können, wie die lettische und estnische. Der baltische Adel ist nicht engherzig und nicht kleinlich gewesen. Vier Jahrzehnte bevor man im eigentlichen Rußland an die Bauernbefreiung dachte, hat er aus eigenem Antrieb ungefähr um dieselbe Zeit, wie in Preußen, die Leibeigenschaft aufgehoben. Und ehe es noch Abend werden wollte, hat er sich redlich um eine Reform der Landesverfassung bemüht, mit dem Ziel: Städten und Bauernschaften Anteil an Standschaft und autonomem Regiment zu gewähren. Verständnis hierfür hat er weder beim Zarismus, noch bei der Petersburger Bureaukratie, noch später auch bei den Deputierten im Taurischen Palais gefunden.“<sup>5</sup> Der Widerstand aber, fügen wir hinzu, den die aus Petersburg nach Livland entsandten Staatsexperten der Verfassungsreform entgegensetzten, war nachhaltig und daher unüberwindlich. Die Regierungspolitik mit ihrem Leitsatz — „divide et impera“ — behielt die Oberhand und wirkte unheilvoll weiter, bis der grausame Weltkrieg mit seinen Nachwirkungen dem estnisch-lettischen Nationalismus zum überraschend schnellen Siege verhalf. Dieser schlug den Ständestaat in Trümmer und entzog der auf deutscher Lehnverfassung, deutschem Recht und deutscher Bildung aufgebauten Herrschicht ihren altgewohnten Pflichtenkreis.

Hierin gipfelt das neuzeitliche tragische Geschick der ersten deutschen Kolonie im Osten, die von Männern begründet und jahrhundertlang geleitet wurde, denen das eigene Lebensgesetz, inmitten einer Welt papierener Programme, Projekte und Plattformen, das wertvollste war. Es rüstete sie aus im Kampfe gegen die allslawische demokratische Idee und gegen den im Innern erwachsenden, vom Moskowitertum aufgestachelten lettisch-estnischen Chauvinismus. Nur dadurch wurde es dem „baltischen Adel möglich, die Jahrhunderte zu überdauern und in seinem Lebensbereich höhere Kultur zu verbreiten, weil er,“ wie ein reichsdeutscher Gelehrter sagt, „eine der herrlichsten Verkörperungen deutschen Wesens, herb und nur auf sich ruhend, blieb.“<sup>6</sup>

In welchem Maße und mit welchen Widerständen kämpfend der Adel Livlands höhere Kultur in seiner Heimat verbreitete, haben wir erfahren. Vornehmlich lag ihm, um es hier ausdrücklich hervorzuheben, die Sorge für Kirche und Schule der Landbevölkerung am Herzen, die er nicht nur in patriarchalischem Geiste, sondern im Sinn einer humanitären Erziehung zu Selbständigkeit und Selbstverantwortlichkeit aufbaute<sup>7</sup>. Aber die 700jährige politisch-soziale Herrscherstellung des ostseeprovinzialen Adels ließ sich, wenn sie auch mit absoluter Vollkommenheit ausgeübt worden wäre,

auf die Dauer nicht halten: „die weltgeschichtliche Konstellation und alle neuen Ideen warfen sich ihr entgegen“<sup>8</sup>. Der Untergang der mit Sonderrechten ausgestatteten Gebilde des Baltenlandes war besiegelt. Zwar suchten der Adel, die Literaten und das von seinem Patriziat geführte Bürgertum ihre Stellung als ständische, geschichtliche und kulturelle Oberschicht des Landes zu behaupten und sie durch Verbindung mit dem geistigen Leben Deutschlands zu vertiefen. Die alles überflutende nationale Bewegung Europas jedoch, die verwandte Bestrebungen unter den Letten und Esten großzog, brachte dem baltischen Ständestaat den Todesstoß. Wie lange wird das ostseeprovinzielle Deutschtum den Untergang des Ständestaates, der ihm eine seinem Wesen entsprechende Form bot, überleben? Das ist die bange Frage, die wiederholt aufgeworfen worden ist. Mit der Vernichtung des Großgrundbesitzes ist das Deutschtum auf dem flachen Lande dezimiert und eine rein städtische Bevölkerung geworden. Ohne Besitz der Heimerde aber, als reine Stadtbevölkerung, geht das deutsche Volkstum dem Untergange entgegen<sup>9</sup>. Es wird alles daran setzen müssen, um seine landischen Reste auf den von ihm geretteten Trümmern zu festigen. Aber es gilt nicht nur auf den kleinen Landfetzen, die seit der Agrarrevolution den Bodenbesitz des Deutschtums ausmachen, ein wirklich lebensfähiges Deutschtum zu erhalten, sondern um weit mehr: Die weltgeschichtliche Sendung des Deutschbaltentums, die es vom Beginn seiner 700jährigen Geschichte an zu erfüllen hat, liegt darin beschlossen, daß es den Raum, den das Schicksal ihm und seinen Heimatgenossen zugewiesen hat, vor dem Chaos des Ostens schütze und dem Abendlande eingliedere. Das ist der Sinn der Geschichte Livlands<sup>10</sup>, der die Tatsache erklärt, daß Ströme besten deutschen Blutes von der Vorzeit an bis auf die Gegenwart, in der der Tag von Riga, der 22. Mai 1919, leuchtend dasteht, opferfreudig hingegeben worden sind. Die Träger dieser Sendung, die Deutschbalten, fühlen in sich den Beruf auszuharren, obgleich sie von ihrer andersstämmigen Umgebung heftig angefochten werden. Andererseits aber sehen sie sich dazu gedrängt, die von einem unfruchtbaren Chauvinismus im inneren Leben errichteten Schranken zu durchbrechen und die gemeinsame Sprache zu finden, die schicksalverbundenen Heimatgenossen zukommt. Wird der Weg zu einem dauernden Burgfrieden nicht gefunden, sondern bekämpfen sich die eingesessenen Volksstämme fortgesetzt, so wird das Moskowitertum hereinbrechen, das, wie die abgeschlossene Darstellung des Kampfes der Livländischen Ritterschaft um die Erhaltung des ständischen Landesstaates lehrt, in dem Ersatz der abendländischen Kultur durch slawische Lebensformen sein Ziel erblickt.

In der Tat, die Sicherung des baltischen Raumes vor dem Streben Moskaus, — ob aus politischen oder wirtschaftlichen Gründen, möge dahingestellt bleiben, — die abgesplitterten einstigen Reichsteile wieder zusammenzufügen<sup>11</sup>, ist eine Lebensaufgabe, die alle Heimatgenossen zusammen schließen und sie nötigen sollte, die Zwangsjacke des Chauvinismus mit dem Harnisch tatkräftigen gemeinsamen Handelns zu vertauschen. Die wichtigste Vorbedingung hierzu ist, daß der überspitzte Nationalis-

mus, der den Bazillus der Rechtsbeugung gebiert, als ein Gift erkannt wird, der aus dem lettischen Volkskörper unbedingt zu entfernen ist. Dann werden diejenigen Kräfte sich zusammenfinden, die den Glauben daran haben, daß die bestehenden Hemmungen einem zielbewußten Willen schließlich doch weichen werden. Erhalten, ausbauen und weitergeben ist der Geschichte Livlands eigentümlich, das Radikal-Umstürzlerische dagegen ihr stets fremd gewesen. In solchem Sinn muß jedoch das Deutschtum seine ganze Kraft darauf richten, ein lebendiger Faktor auch unter den neuen Verhältnissen zu sein, was ihm nur gelingen wird, wenn es seine alte Kultur bewahrt. Es wird zwar weder politisch noch sozial seine frühere Herrschaft wieder zu gewinnen bemüht sein, aber dennoch zielbewußt streben: stark zu bleiben<sup>12</sup>. Mit offenem Visier wird es seine ererbten Imponderabilien so zu schützen suchen, wie es die Livländische Ritterschaft im geschilderten ungleichen Kampf mit dem über die Machtmittel eines imperialistischen Staates verfügenden Moskowitertum zum Besten der einheimischen Bevölkerung des Landes getan hat.

„Ausharren soll die Summe unserer Politik sein.

„Verlieren wir dabei das rechtmäßige Erbe, welches unsere „Väter uns hinterlassen, so haben wir es wenigstens nicht feige ver- „raten und, die Ehre gerettet, ist alles gerettet.

Wir fangen dann wieder von vorne an und machen es unter ver- „änderten Verhältnissen und mit veränderten Aufgaben im wesent- „lichen doch wieder so, wie die Väter, als sie vor mehr denn sieben- „hundert Jahren inmitten der Schweden, der Dänen, der Litauer „und — Russen — Fuß faßten und der abendländischen Christen- „heit eine Vormauer bildeten unter Bedrängnissen und Leiden, „welche sie alle überstanden, wie die Geschichte meldet“.

(Carl Schirren, „Livländische Antwort“. 1869.)

## Für das Schlußwort benutzte Literatur.

- <sup>1</sup> Karl von Freymann: „Über den Geist der livländischen Kolonisation“, „Baltische Monatsschrift“, 58. Band 1902, S. 38.
- <sup>2</sup> Astaf von Transehe: „Die Eingeborenen Livlands im 13. Jahrhundert“, „Baltische Monatsschrift“, 43. Band, 1897, S. 368.
- <sup>3</sup> Oswald Spengler: „Preußentum und Sozialismus“, München 1921, S. 31.
- <sup>4</sup> E. von Oettingen, Livl. Landrat a. D.: „Eine deutsche Ritterschaft im Osten“. Vortrag, gehalten auf der Tagung der Landesabteilung Mark Brandenburg der deutschen Adelsgenossenschaft am 5. Dez. 1926, gedruckt in der Buchdruckerei der „Deutschen Tageszeitung“, Berlin, S. 10 u. 11.
- <sup>5</sup> Richard Bahr: „Baltische Problematik“. „Allgemeine Zeitung“ Nr. 321, 322, Berlin, Juli 1927.
- <sup>6</sup> Professor Fritz Braun: „Ist Danzig ein Mittler zwischen Ost und West“. Beiblatt der Danziger „Allgemeinen Zeitung“ vom 3. Jan. 1928.
- <sup>7</sup> R. von Engelhardt: „Aus der Blütezeit baltischen Geistes“, in: „Baltisches Geistesleben, Zeugnisse aus deutscher Kultur-Arbeit“. 1. Heft, Reval 1928, S. 14.
- <sup>8</sup> Hermann Oncken: „Ein Freund Bismarcks, Graf Alexander Keyserling“, Historisch-politische Aufsätze und Reden. 2. Band, München-Berlin 1914, S. 101.
- <sup>9</sup> W. Baron Fircks: „Volkstum und Bodenständigkeit“, „Baltische Monatsschrift“, 58. Jahrgang 1927, S. 35 ff.
- Derselbe: „Zur Frage der Bodenständigkeit“. „Baltische Stimmen“ Nr. 12, vom 2. März 1928.
- <sup>10</sup> W. Wulffius: „Vom Sinn Livländischer Geschichte“, Riga 1926, S. 5 u. 13.
- <sup>11</sup> Dr. Herbert Schröder: „Rußland und die Ostsee“. Riga 1927, S. 249 u. 253.
- <sup>12</sup> Paul Schiemann: „Unser Weg“, „Rigasche Rundschau“, Nr. 266 vom 22. Nov. 1924.

Siehe ferner:

Simonsfeld: „Die Deutschen als Kolonisatoren in der Geschichte“. Hamburg 1885.

E. O. Schulze: „Die Kolonisierung u. Germanisierung der Gebiete zwischen Saale u. Elbe“.

Professor Dr. Leonid Arbusow: „Das heutige Lettland vor 700 Jahren“, im „Livländischen Kalender“, herausgegeben von Jonck, Riga 1924.

Derselbe: „Lettland in der jüngeren Eisenzeit“. Sonderabdruck aus den „Baltischen Blättern“ 1924, H. 3.

Heinrich Laakmann: „Lebensbedingungen des baltischen Deutschtums“, „Baltische Stimmen“, Nr. 18 u. 19 vom 10. u. 17. Mai 1928.

Dr. Herbert Schröder: „Baltische Sendung und lettländischer Staat“, „Neues Rigaer Tageblatt“ Nr. 183, November 1925.

Werner Hasselblatt: „Gedanken über Sicherung des baltischen Raumes“, „Baltische Monatsschrift“, 59. Jahrgang 1928, S. 21 ff.

Carl Schirren: „Livländische Antwort an Herrn Juri Samarin“, Leipzig 1869; 4. Aufl., München-Leipzig 1919, S. 174.

## Anlagen

### Anlage 1. (zu S. 236 f.)

#### **Die Unabhängigkeitserklärung der Ritterschaften Liv- und Estlands vom 27. Januar 1918**

Nachdem die russische Regierung wiederholt das Recht der mit Rußland vereinigten nichtrussischen Länder anerkannt hat, ihr politisches Geschick selbständig zu bestimmen, sowie ihre zukünftigen Beziehungen zu Rußland zu regeln, ja ihre völlige Lostrennung von Rußland auszusprechen, erklären die Ritter- und Landschaften von Livland und Estland, als die verfassungsmäßigen Vertreter dieser Provinzen, die Selbständigkeit Livlands und Estlands, indem sie zugleich dem Wunsche Ausdruck verleihen, in freundschaftlichen Beziehungen zu allen Völkern Rußlands zu bleiben, indem sie für sich das Recht in Anspruch nehmen, mit allen Mächten Verträge jeder Art zu schließen. Bei dieser Erklärung stützen sich die Ritter- und Landschaften Livlands und Estlands auf folgende historische Tatsachen:

Die Ritterschaften von Livland und Estland haben von altersher das Recht ausgeübt, im Namen des ganzen Landes staatsrechtliche Verträge zu schließen. Sie haben insbesondere die Kapitulationen vom 4. Juli und 29. September 1710 mit dem Zaren Peter I. abgeschlossen, durch welche Livland und Estland mit dem Russischen Reiche vereinigt wurden. Die Vertragsbestimmungen vom 4. Juli und 29. September 1710 sind alsdann in dem zwischen Rußland und Schweden am 30. August 1721 zu Nystadt geschlossenen Friedensvertrage (P. P. 9 und 10 des Friedenstraktates) bestätigt worden, wodurch die Kapitulationen der Ritterschaften von Livland und Estland völkerrechtliche Anerkennung erhalten haben. Diese Kapitulationen bildeten und bilden noch jetzt die staatsrechtliche Grundlage des Verhältnisses Livlands und Estlands zum Russischen Reiche.

Aus dem Dargelegten erhellt, daß die Ritterschaften als die verfassungsmäßigen Vertreter der Länder, deren Geschick ihnen anvertraut ist, zu gelten haben. Die Ritter- und Landschaften Livlands und Estlands stützen sich bei ihrer Erklärung nicht nur auf dieses ihnen unzweifelhaft verfassungsmäßig zustehende Recht, sondern auch auf den allgemeinen Volkswillen der von ihnen vertretenen Länder, der sich sowohl darin gezeigt hat, daß die am 28. November 1917 in Reval versammelten, von den Esten auf breiter demokratischer Grundlage gewählten Vertreter aller Städte und Landgemeinden die Selbständigkeit Estlands und Livlands erklärt haben, als auch darin, daß zahlreiche

örtliche Körperschaften, Vereine und Organisationen die Loslösung Livlands und Estlands von Rußland verlangt haben. Auch haben bekanntlich in Kurland und in den besetzten Gebieten Livlands und Estlands die Letten und Esten ihrem Wunsche der Loslösung von Rußland und des Anschlusses an Deutschland feierlich Ausdruck gegeben, wobei sie die Hoffnung ausgesprochen haben, von ihren Stammesgenossen in Livland und Estland in Zukunft nicht getrennt zu werden.

Es unterliegt daher keinem Zweifel, daß die Ritter- und Landschaften Livlands und Estlands in voller Übereinstimmung mit dem Wunsche der örtlichen Bevölkerung handeln, indem sie die Selbständigkeit Livlands und Estlands erklären. Sie zweifeln nicht daran, daß die republikanische Regierung Rußlands, nachdem sie allen mit Rußland vereinigten nichtrussischen Ländern feierlich das Recht zuerkannt hat, ihr Schicksal frei zu bestimmen, ihren Grundsätzen treu bleiben und es nicht ablehnen wird, den unerschütterlichen Entschluß der Loslösung Livlands und Estlands von Rußland anzuerkennen.

Die wiederholten Rechtsbrüche seitens der gestürzten russischen Selbstherrschaft und die von der republikanischen Regierung Rußlands zugelassenen zahlreichen Verletzungen der Landesrechte haben das Land in eine verzweifelte Lage gebracht und es der Möglichkeit beraubt, sein staatliches Geschick frei zu regeln. Die gesetzlichen Vertreter des Landes sind daher gezwungen, sich nach auswärtigem Schutz umzusehen und Garantien der Landesrechte zu suchen. Die Ritter- und Landschaften Livlands und Estlands haben daher den Beschluß gefaßt, sich mit der Bitte um Schutz an das Deutsche Reich zu wenden, welcher Beschluß gleichzeitig mit der der russischen Regierung übermittelten Erklärung zur Kenntnis der deutschen Regierung gebracht worden ist.

Anlage 2 (zu S. 238).

**Immediatgesuch der Vertreter der Livländischen und der Estländischen Ritter-  
schaften an Kaiser Wilhelm II., Berlin 5. Februar 1918.**

Aller durchlauchtigster Kaiser und König!

Eure Majestät!

In der Stunde härtester Not und tiefster Verzweiflung nahen die Ritter- und Landschaften Livlands und Estlands den Stufen des Thrones Eurer Majestät, mit der untätigsten Bitte, Eure Majestät wollen Ihren starken Schutz ihnen angedeihen lassen und sie aus ihrer schweren Bedrängnis befreien.

Die Ritter- und Landschaften Livlands und Estlands haben durch sieben Jahrhunderte ihr Deutschtum aufrecht erhalten und es im Laufe dieser langen Spanne Zeit gegen alle Anfeindungen und Bedrückungen zu verteidigen gewußt. Als ihre Vorfahren das Licht des Christentums in das ferne heidnische Land trugen, da haben deutsche Bürger mit Schwert und Schild das deutsche Ordensland Livland durch Jahrhunderte gegen den Ansturm von Heiden und Russen verteidigt und die Ehre des Deutschen

Namens hochgehalten. Erst als die übermächtigen Nachbarn, Russen, Polen und Schweden, in Jahrzehnte dauerndem Kampfe um die Herrschaft über die Ostsee das Land zur Wüste gemacht und seine Bevölkerung fast vernichtet hatten, mußte sich Livland, „der Eckstein und die Vormauer des Heiligen Römischen Reiches deutscher Nation“, unter fremde Botmäßigkeit beugen. Doch auch dann blieben die Livländer deutsch und hielten zähe fest an ihrem Deutschtum und dem evangelischen Glauben, als den höchsten, von ihren Vätern überkommenen Gütern, trotz aller Eingriffe der fremden Machthaber in die ihnen zugeschworenen Landesrechte, und trotzdem sie sich nicht auf die große Masse des Landvolkes stützen konnten, da diese nicht deutschen Blutes war.

So ist denn die Geschichte der Baltischen Lande eine Geschichte fast ununterbrochener Kämpfe, Kämpfe nicht nur um die Existenz, sondern vor allem um die Wahrung der heiligsten Güter: um Sprache und Glauben.

Das Bewußtsein, für diese heiligen Güter zu kämpfen, hat uns Balten stark gemacht und befähigt, auszuharren in Zeiten, die oft so schwer waren, daß nach menschlichen Begriffen jede Hoffnung fallen gelassen werden mußte.

Die Leiden, die wir für unser Deutschtum unter russischer Herrschaft haben dulden müssen, sind Eurer Majestät bekannt.

Eure Majestät wissen auch, daß wir trotz aller Bedrückungen, trotz der Verletzung der uns von allen Herrschern Rußlands bis auf Alexander III. beschworenen Landesrechte, unseren Landesherren unverbrüchliche Treue gehalten und diese deutsche Treue auch im gegenwärtigen Weltkriege mit dem Blute unserer Söhne besiegelt haben.

Eure Majestät können ermessen, wie entsetzlich schwer das Verhängnis auf uns lastet: gegen unsere Brüder kämpfen, für den Sieg der russischen Waffen öffentlich beten zu müssen, auf uns, deren Herzen ungeteilt für die deutschen Brüder schlugen, auf uns, die wir nichts mehr ersehnten, als daß Deutschland aus diesem Kampfe wider eine Welt von Feinden siegreich hervorgehe.

Was waren alle Bedrückungen und Verfolgungen, was war sogar das Verbot des Gebrauches der Muttersprache gegen diese moralischen Leiden!

Es kam die Abdankung Kaiser Nikolaus II. im März 1917, es kam die Revolution mit allen ihren Schrecken, mit der Auflösung jeder bürgerlichen und göttlichen Ordnung.

Die russische Monarchie hat zu existieren aufgehört, die letzten moralischen Bande, die uns mit Rußland verknüpften, sind zerrissen. Wir sind frei, frei nach göttlichem und menschlichem Recht.

Schon ist ein Teil der Baltischen Lande vom russischen Joche befreit: Kurland, Riga mit einem kleinen Landgebiet und die dem Rigaschen Meerbusen vorgelagerten Inseln sind fest in deutscher Hand; aber der weitaus größte Teil Livlands und Estlands ist noch nicht befreit.

Dort herrschen vertierte russische Soldatenhorden und der Abschaum der un-



deutschen Bevölkerung. Raub und Plünderung, Brandstiftung und Mord sind an der Tagesordnung. Bald wird das einst blühende Land eine Wüste, seine deutsche Bevölkerung verjagt oder vernichtet sein.

Die Ritter- und Landschaften Livlands und Estlands halten es nicht nur für ein Gebot der Selbsterhaltung, sondern auch für eine unabweisbare Pflicht, von ihrem verfassungsmäßigen Recht, namens des ganzen Landes zu handeln, Gebrauch zu machen und den Untergang des Landes und mit ihm seiner deutschen Kultur abzuwenden, indem sie den starken Schutz Eurer Majestät und des Deutschen Reiches erleben.

Die Ritterschaften haben von altersher das Recht ausgeübt, im Namen des ganzen Landes Verträge abzuschließen, sie haben sich auf diese Weise der Krone Polen und Schweden unterworfen, sie haben insbesondere auch die Kapitulation vom 4. Juli und 29. Sept. 1710 mit dem Zaren Peter I. abgeschlossen, durch welche Livland und Estland mit Rußland vereinigt wurden. Diese Kapitulationen sind alsdann in dem zwischen Rußland und Schweden am 30. August 1721 zu Nystadt geschlossenen Friedensverträge bestätigt worden, wodurch sie völkerrechtliche Anerkennung gefunden haben.

Nachdem die Ritter- und Landschaften Kurlands, Ösels und des besetzten Livland bereits im Herbst 1917 ihre Loslösung von Rußland ausgesprochen und um Angliederung an das Deutsche Reich gebeten haben, hat der estländische Ritterschaftliche Ausschuß in gesetzlicher Vertretung des Landtages am 14. Dezember 1917 folgende Beschlüsse gefaßt:

I. Die estländische Ritter- und Landschaft erklärt die Unabhängigkeit Estlands von Rußland.

II. Die estländische Ritter- und Landschaft bittet:

1. um den Schutz des Deutschen Reiches und legt das Schicksal Estlands vertrauensvoll in die Hände Seiner Majestät des Deutschen Kaisers.
2. um sofortige Okkupation des Landes durch deutsche Truppen, da eine Verzögerung der Einnahme die vollständige Vernichtung der deutschen Kultur der Heimat zur Folge haben würde.

Desgleichen hat der livländische Landtag am 30. Dezember 1917 folgende Beschlüsse gefaßt:

1. Der Landtag der livländischen Ritter- und Landschaft erklärt hiermit, gemäß dem durch den Nystädter Frieden von 1721 bestätigten Rechte, die Interessen aller Einwohner des Landes zu wahren und namens des Herzogtums Livland staatsrechtlich gültige Verträge zu schließen, und in Übereinstimmung mit der Erklärung der russischen Regierung vom Selbstbestimmungsrecht der Völker: die Unabhängigkeit der Provinz Livland vom Russischen Reich.

2. Der Landtag der livländischen Ritter- und Landschaft bittet hiermit die Deutsche Reichsregierung, im Einklang mit den von den Ritterschaften Kurlands, Ösels und der okkupierten Teile Livlands gefaßten Beschlüssen, Livland unter den Schutz des Deutschen Reichs zu stellen.

Auf Grund dieser Beschlüsse ist namens der Ritter- und Landschaften Livlands und Estlands dem Geschäftsträger der russischen Regierung in Stockholm am 28. Jan. 1918 eine Deklaration überreicht worden, welche die Unabhängigkeit Livlands und Estlands vom Russischen Reich ausspricht und erklärt, daß sich die Ritter- und Landschaften Livlands und Estlands unter den Schutz des Deutschen Reichs begeben.

Dieselbe Erklärung ist gleichzeitig dem Deutschen Gesandten in Stockholm überreicht worden.

Allerdurchlauchtigster Kaiser und König!

Eure Majestät!

Durchdrungen von dem Bewußtsein, daß Eure Majestät als der Schirmherr des Deutschtums allein unserem unglücklichen Lande Schutz und Frieden bringen könne, und erfüllt von der Hoffnung, daß dieses alte deutsche Land endlich wieder mit seinem Mutterlande vereinigt und für ewige Zeiten ein integrierender Bestandteil des Deutschen Reiches unter dem Zepter der Hohenzollern werden wird, nahen sich die Ritter- und Landschaften Livlands und Estlands Eurer Majestät mit der untertänigen Bitte:

Eure Majestät wollen Livland und Estland in Ihren mächtigen Schutz nehmen, sie von ihren Bedrückern befreien und mit den bereits besetzten Gebieten und ihrer Schwesterprovinz Kurland, mit der sie durch Geschichte und Tradition unlöslich verknüpft sind, unter Eurer Majestät glorreichem Zepter vereinigen.

Berlin, den 5. Februar 1918.

In Vollmacht und namens der Livländischen Ritter- und Landschaft:  
von Transehe-Selsau.  
von Stryk-Tignitz.

In Vollmacht und namens der Estländischen Ritter- und Landschaft:  
Baron Schilling-Paddas.  
Baron Stackelberg-Mohrenhof.

Anlage 3 (zu S. 238).

**Hilfsgefluch der Vertreter der Estländischen Ritterschaft,  
gerichtet an den König von Sachsen.**

An Seine Majestät den König

Dresden.

Indem wir die hohe Ehre haben Eurer Majestät den Wortlaut unserer, an seine Exzellenz den Herrn Reichskanzler gerichteten Depesche zu unterbreiten, wagen wir es zu bitten, Eure Majestät wolle die Königliche Regierung veranlassen, diesen unseren Schritt letzter Verzweiflung bei der Reichsregierung zu unterstützen. Nur die verzweifelte und zur schnellsten Hilfeleistung drängende Lage zwingt uns, an das warme und hochherzige Mitempfinden Eurer Majestät mit dem Elend der in Todesgefahr Schwelbenden zu appellieren.

Wortlaut der Depesche an den Reichskanzler: Aus der Heimat erfahren wir, daß der Estländische Ritterschaftshauptmann und andere wegen Propaganda unter den Esten für Anschlußerklärung an Deutschland verhaftet worden und daß sodann 200 unserer Mitbrüder und Schwestern als Geiseln nach Kronstadt gebracht worden von der maximalistischen Regierung, um sie gegen Deutschland auszunutzen. Nur Deutschlands Machtwort und Schwert kann Hilfe bringen. Daß dies geschehen möge, bevor alles verloren, ist unsere dringendste Bitte. Dieselbe Seiner Majestät dem Kaiser und den Bundesfürsten übermitteln zu wollen, bitten wir Eure Exzellenz.

Eurer Majestät untertänigste, in Vertretung des Estländischen Ritterschaftshauptmanns, Bevollmächtigte der Estländischen Ritter- und Landschaft.

Landrat Baron Alfred Schilling.

Kreisdeputierter Heinrich Freiherr von Stackelberg.

#### Anlage 4 (zu S. 238).

#### **Hilfsgeuch der Vertreter der Estländischen Ritterschaft, gerichtet an den Generalfeldmarschall von Hindenburg.**

Exzellenz

Generalfeldmarschall von Hindenburg

Großes Hauptquartier.

Aus der Heimat erfahren wir, daß der Estländische Ritterschaftshauptmann Baron Dellingshausen, Landrat Fritz von Lueder, stellvertretender Generalsuperintendent Pastor Krause und zahlreiche Esten in Livland verhaftet worden von den Maximalisten wegen Propaganda für Anschlußerklärung an Deutschland unter den Esten, und daß darauf zweihundert unserer Mitbrüder und Schwestern als Geiseln nach Kronstadt gebracht worden sind, um sie gegen Deutschland auszunutzen. Tief erschüttert durch diese Nachricht, flehen wir zu Gott, daß der Befreier Ostpreußens der Retter des Baltenlandes und Bruderstammes werden möchte. Nur Deutschlands Macht und Kraft kann unsere Frauen und Kinder retten. Wir bitten Ew. Exzellenz, unseren Hilferuf auch Seiner Majestät dem Kaiser übermitteln zu wollen.

Stellvertretender Ritterschaftshauptmann von Estland.

Baron Alf. Schilling.

Kreisdeputierter der Estländischen Ritterschaft.

Heinrich Freiherr von Stackelberg.

#### Anlage 5 (zu S. 238).

#### **Hilfsgeuch der Vertreter der Estländischen Ritterschaft an Kaiser Wilhelm II.**

An Seine Majestät den Kaiser und König

Großes Hauptquartier.

Täglich sich mehrende Schreckensnachrichten aus der Heimat veranlassen uns, Eure Majestät nochmals um umgehende Hilfe zu bitten. Das Leben der Verhafteten,

in die Kasematten nach Kronstadt Verschleppten, sowie der für den Augenblick noch in der Heimat Verbliebenen steht in der größten Gefahr, da mit Massenmorden gedroht worden ist. Die Lebens- und Geldmittel werden geraubt. Die durch 700 Jahre gegen alle Angriffe verteidigte deutsche Kultur ist dem Untergange geweiht. Das Leben derjenigen, die auf den mächtigen Schutz Eurer Majestät vertraut und gehofft hatten, Leib und Leben in den Dienst des Deutschen Reiches stellen zu können, ist verwirkt, Frauen und Kinder sind den schlimmsten Vergewaltigungen und dem Hingemordetwerden ausgesetzt, wenn nicht sofortige Hilfe gebracht wird mit Androhung von äußersten Vergeltungsmaßnahmen. Wenn unsere Heimat preisgegeben wird, wird Tür und Tor der wildesten Anarchie geöffnet, die von Osten kommend, Europa zu erschüttern beginnt. Auch die Esten und Letten, die Deutschland zuneigen, werden verhaftet. Stündlich wird die Lage verzweifelter. Im Namen der gesamten wohlgesinnten Bevölkerung Estlands ergeht in letzter Stunde dieser verzweifelte Hilferuf an Eure Majestät.

In Vertretung des Estländischen Ritterschaftshauptmanns, Eurer Kaiserlichen und Königlichen Majestät untertänigste

Landrat Baron Alf. Schilling.

Kreisdeputierter Heinrich Freiherr von Stackelberg.

Anlage 6 (zu S. 238f.).

**Telegramm des „Iskowend“ Aus Wenden nach Smiltē, vom 19. Februar 1918.**

An

die Räte der Soldaten- und Landlosen-Deputierten in Wolmar, Walk, Smiltē, Fellin, Reval und Dorpat.

Die Stunde der Abrechnung mit der gegenrevolutionären Armee, die sich die ganze Zeit unter der Maske neutraler Bürger erhalten hat, hat geschlagen. Es sind Gründe vorhanden, alles mögliche Zukünftige in der Änderung der Taktik des Kampfes des Proletariats der föderativen Republik mit den gegenrevolutionären Schichten der Westmächte zu erwarten. Wir, das mit Bewußtsein Sieg um Sieg erringende Proletariat Lettlands, dürfen nicht vergessen, daß wir unser Blut vergossen haben und vergießen, nicht für das Proletariat Lettlands und für das Rußlands, sondern für den internationalen, sozialen Sieg des Proletariats. Nicht auf das große Rußland sollen sich alle verlassen und Hilfe erwarten, sondern auf die eigene machtvolle soziale Idee des Proletariats Lettlands, die der Funke sein muß, der die Flamme der internationalen sozialen Revolution entfacht, die der Glaube sein muß, der das ganze Proletariat, sowohl des weiten Rußland, als auch des in reaktionären Ketten geschmiedeten Proletariats der Westmächte, nach sich ziehen wird. Aus diesem Grunde hat der Iskowend in seiner Sitzung in der Nacht des 19. Februars d. J. folgenden Beschluß gefaßt:

1. In Anbetracht dessen, daß der ganze gegenrevolutionäre Bestand, der sich die ganze Zeit unter der Maske neutraler, parteiloser Bürger verborgen gehalten hat,

bei dem möglichen schnellen Einrücken der deutschen Reaktion, zu Zeugen und Anklägern, vermittelt der gegenrevolutionären Lüge, aller derjenigen aktiven Parteimitglieder werden wird, welche sich während der ganzen Zeit der Revolution, durch Organisation und Stärkung der Massen des Proletariats im Kampfe gegen die Gegenrevolution, hervorgetan haben, ist der ganze erwähnte Bestand zu verhaften und ins tiefe Innere zu verschicken. Zu dieser Operation ist zu schreiten um 2 Uhr des 19. Februar.

2. Es ist an alle Räte der Aufruf zu richten, daß sie in ihren Kreisen und Städten unverzüglich zu dieser Sache schreiten, indem sie in vollem Kontakt mit den Eisenbahner-Komitees arbeiten.

Genossen Bürger!

Nah ist der Tag des Sonnenaufganges, nahe die Stunde der internationalen sozialen Revolution und deshalb ist es strengstes Gesetz, den regelmäßigen Takt des Kampfes mit der Gegenrevolution einzuhalten, zur Erreichung des erwünschten Zieles. Keine Minute ist zu verlieren!

Der Vorsitzende des Iskowend.

#### Anlage 7 (zu S. 239).

**Ansprache des Vertreters der Livländischen Ritterschaft Heinrich von Stryk, gerichtet an den Deutschen Kaiser in Homburg vor der Höhe am 23. Februar 1918.**

Allerdurchlauchtigster, Allergnädigster Kaiser und König!

Es ist Eurer Majestät bekannt, wie entsetzlich sich die Zustände in Livland in den letzten Wochen gestaltet haben. Entgegen dem von der russischen Regierung proklamierten Selbstbestimmungsrecht der kleinen Völker und Staaten finden die grausamsten Verfolgungen aller derer statt, welche von diesem in der ganzen Welt anerkannten Recht Gebrauch machen wollten. Gegen unser aller Willen sollten wir unter russischer Zwangsherrschaft bleiben, das heißt unter der Herrschaft von Verbrechern. Jegliche freie Willensäußerung ist zur Unmöglichkeit gemacht. Diejenigen, welche der Gefahr nicht achtend sich bemühten, den Willen der Heimatgenossen festzustellen und sie zu schriftlichen Willenskundgebungen zu veranlassen, sind in Haft genommen. Aber nicht genug damit; die führenden Männer aller Stände und Nationalitäten, deren Frauen und Kinder sind verhaftet. Die gesamte Ritterschaft, sowohl Männer wie Frauen befinden sich in Haft. Sie sind für vogelfrei erklärt worden, als Gegner der Revolution und des heutigen Verbrecherregimes.

Ihres Eigentumes, ihrer Lebensmittel beraubt, sind die noch auf freiem Fuße verbliebenen Greise und Greisinnen, ebenso wie die unmündigen Kinder dem Verderben preisgegeben und für vogelfrei erklärt. Die Verhafteten sind im harten Winter in unheizbaren Räumen eingekerkert, unter ihnen die Keller mit Sprengstoffen gefüllt. So harren sie, von entmenschten Kronstädter Matrosen, dem Abschaum der Menschheit, bewacht, jeder Vergewaltigung ausgesetzt, Männer wie Frauen, ihres Schicksales, keine Minute mehr ihres Lebens sicher.

In dieser verzweifelten, hoffnungslosen Lage wagte es die Vertretung der livländischen Ritter- und Landschaft, sich hilfelehnend an Eure Kaiserliche Majestät, Eurer Majestät Regierung und Oberste Heeresleitung zu wenden.

Kultur, Recht und Sitte erhielten wir, die Nachkommen deutscher Ritter und hanseatischer Kaufleute, stets aus dem Mutterland und haben unsere nichtdeutschen Heimatgenossen dieser Segnung teilhaftig werden lassen. Deutschland war der Born, aus dem wir schöpften, und hier ist die Wiege alles dessen, was uns hoch und heilig ist.

In Eurer Majestät aber sehen wir die Verkörperung des deutschen Gedankens und des mächtigen Deutschen Reiches, welches alle Ränke seiner Feinde mit machtvollem Schlage zertrümmert.

Voller Verzweiflung flehten wir um Hilfe, und unser banger Hilferuf fand Widerhall im Herzen Eurer Majestät und in den Herzen aller Deutschen.

Ungeachtet der ernsten Lage im Westen haben es Eurer Majestät Regierung und Oberste Heeresleitung vermocht, die ersehnte Hilfe zu gewähren. Kampflös flüchtet der verbrecherische Feind beim Herannahen Eurer Majestät sieggewohnter Truppen, und glücklich atmet die Bevölkerung auf, befreit von den wilden Horden ihrer Peiniger.

Festgeschmiedet trotz aller Anstürme heimtückischer Feinde steht das Deutsche Reich unerschüttert da, das Werk Eurer Majestät großen Vorfahren. Ihm war es vergönnt, Schleswiger wie Elsaß-Lothringer von der Fremdherrschaft zu befreien, alle deutschen Stämme unter des deutschen Kaisers Oberherrlichkeit zu vereinen; Eurer Majestät hat die Vorsehung es vorbehalten, den Schlußstein zu setzen und das Werk Kaiser Wilhelm des Großen zu vollenden. Wir Balten allein standen noch unter fremdem Joch. Seufzend ertrugen wir die schwere Bürde, die uns zuletzt zu Boden warf. Wir sind aber dessen gewiß, daß einmal befreit, wir nicht mehr preisgegeben werden. Das Deutsche Reich hat uns seinen mächtigen Schutz gewährt, und das heiße Gefühl unauslöschlichen Dankes und treuuntertänigster Ergebenheit ist es, das uns heute zu Eurer Majestät führt. Wir bringen Eurer Majestät den untertänigsten Dank des schwergeprüften Landes, seiner Söhne und Töchter. Mögen von uns auch noch so schwere Blutopfer gefordert werden, wir sind zu allem bereit, sehen wir doch für unser Land die Morgenröte einer neuen lichtvollen Zukunft unter des Deutschen Reiches Schutz und Eurer Majestät Oberherrlichkeit aufgehen. Dieser erste Glückstrahl wird auch bis in die Verließe der Unglücklichen dringen, die zu allen Opfern bereit waren, damit die Zukunft des Landes gesichert erscheine. Mit ihnen haben auch wir nur einen Gedanken und ein Gefühl: Gott segne und schütze Eure Kaiserliche Majestät!

Anlage 8 (zu S. 240).

### **Erwiderung des Deutschen Kaisers auf die Ansprache des Vertreters der Livl. Ritterschafft, Homburg vor der Höhe 23. Februar 1918.**

Ich freue Mich, Sie, Meine Herren, als Vertreter von Livland und Estland hier zu begrüßen, und danke Ihnen für das Vertrauen, das Sie Mir und dem deutschen Volke

entgegenbringen. Die erschütternden Nachrichten aus Livland und Estland haben Mich und das ganze deutsche Volk auf das tiefste ergriffen. In diesem Kriege war es die große Aufgabe des deutschen Schwertes, deutsche Kultur und damit die Kultur Mitteleuropas vor Untergang und Zerstörung zu beschützen. Unsere Siege sind auch unseren unterdrückten Stammesgenossen und jenen Fremdvölkern des Ostens zum Heile geworden, die unter dem russischen Joche geschmachtet haben.

Es erfüllt Mich mit großer Genugtuung, daß der Vormarsch Meiner Truppen, denen Ich die Aufgabe gestellt habe, Ruhe und Ordnung in den heimgesuchten Ländern wieder herzustellen, zu Hause bei Ihnen mit dankbarer Begeisterung begrüßt worden ist. Zu Meiner großen Freude hat sich ihnen das 1. Estnische Regiment angeschlossen und sich damit in den Dienst der Befreiung seines Vaterlandes gestellt. Ich hoffe zuversichtlich, daß bald jeder Deutsche, Lette und Este wieder im Schutz der Gesetze wird leben können und daß Ihre Heimat in Zukunft vor jeder Vergewaltigung sicher sein wird. Alsdann werden Ihre Landsleute mit frischem Mut an die Neuordnung des eigenen staatlichen Lebens und an die Entfaltung der wirtschaftlichen und kulturellen Kräfte Ihrer Heimat herantreten können. Ich und Mein Volk werden diese Arbeit mit den aufrichtigsten Wünschen begleiten und wir werden Ihnen gern jede mögliche Hilfe gewähren.

#### Anlage 9 (zu S. 240).

##### **Telegramm des Deutschen Kaisers an den residierenden Landrat.**

Berlin N., den 10. 3. 18. 1.10 Uhr nachm.

An Baron Staël von Holstein, Riga,

Ritterhaus.

Herzlichen Dank für den Gruß, mit dem Mich die Livländische Ritterschaft erfreut hat. Das deutsche Volk freut sich mit Mir, das unsere Waffen das schöne, schwer geprüfte Land vor weiterer Drangsal haben bewahren können. Möchte diese schwere Zeit die Auferstehung des baltischen Deutschtums zu freier freudiger Entwicklung seiner Kraft zur Folge haben.

Wilhelm

J. R.

#### Anlage 10 (zu S. 244).

##### **Note der Vertreter Livlands und Estlands an den Bevollmächtigten der Regierung der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik**

Moskau.

Am 28. Januar haben die Bevollmächtigten der Liv- und Estländischen Ritter- und Landschaft dem Vertreter der russischen Regierung in Stockholm, Herrn Worowski, im Auftrage der gen. Körperschaften eine Note übergeben, in der gen. Körperschaften

als die verfassungsmäßigen Vertreter Livlands und Estlands die Selbständigkeit dieser ehemaligen russischen Provinzen erklärten. Die Ritter- und Landschaften Livlands und Estlands handelten dabei in voller Übereinstimmung mit den Wünschen der örtlichen Bevölkerung, die ihren Ausdruck gefunden hatten nicht nur in den Kundgebungen zahlreicher Körperschaften, Vereine und Organisationen beider Provinzen, sondern auch in einem Beschlusse der auf breiter demokratischer Grundlage gewählten Vertreter des estnischen Volkes, die gleichfalls für eine Abtrennung der von den Esten bewohnten Gebiete Livlands und Estlands von Rußland gestimmt haben.

Gegenwärtig haben diese Erklärungen eine weitere Bestätigung erfahren. Auf Beschluß der Landtage der Ritter- und Landschaften Livlands und Estlands, die in Riga am 22. März 1918, in Reval am 28. März 1918 tagten, sind Landesversammlungen berufen worden, die aus Vertretern aller Bevölkerungsgruppen ohne Unterschied der Nationalitäten zusammengesetzt werden. Diese Landesversammlungen traten in Reval am 9. April 1918 und in Riga am 10. April 1918 zusammen. Ihre einstimmig gefaßten Beschlüsse lauteten:

1. In Estland: die vollständige staatsrechtliche Loslösung Estlands von Rußland wird hiermit auf Grund des laut Dekret vom Nov. 1917 von der russischen Regierung proklamierten Selbstbestimmungsrechts der Völkerschaften und entsprechend der am 28. Januar 1918 dem russischen Gesandten in Stockholm von Vertretern der Ritter- und Landschaften Livlands und Estlands übergebenen Unabhängigkeitserklärung ausgesprochen.

Die Beschlüsse über die definitive Regelung der staatsrechtlichen Stellung Estlands sind von dem in Riga gemeinschaftlich für Livland und Estland zusammengetretenen Landesrat zu fassen.

2. In Livland: die livländische Landesversammlung erklärt ihre völlige Übereinstimmung mit der Unabhängigkeitserklärung Livlands und seine Loslösung vom Russischen Reich.

Die Bevölkerung Livlands und Estlands hat somit durch die Erklärung ihrer Vertreter von dem Recht, ihr Schicksal frei zu bestimmen, Gebrauch gemacht und die Loslösung von Rußland vollzogen, wovon wir die Russische Regierung in Kenntnis zu setzen die Ehre haben.

Berlin, den 13. Mai 1918.

gez. H. v. Stryk  
für Livland

C. von Brevern  
für Estland

Frh. Ed. von Dellingshausen  
Führer der Abordnung des Liv-Estländischen Landesrats.



## Anlage 11 (zu S. 244).

**Eduard Freiherr von Dellingshausen an den Reichskanzler Graf Hertling.**

Exzellenz!

Am 13. Mai begab ich mich um 12 Uhr mit den Herren von Stryk, Vertreter von Livland, und von Brevern, Vertreter von Estland, zum bevollmächtigten Vertreter der russischen Republik, um die von Euer Exzellenz genehmigte Note zu überreichen. Herr Joffe verweigerte die Annahme der Note, weil er der Auffassung sei, daß in der Annahme der Note aus unseren Händen eine gewisse Anerkennung der in der Note erwähnten Beschlüsse gesehen werden könne. Er sei jedoch zur Entgegennahme der Note bereit, falls sie ihm durch Vermittlung des Auswärtigen Amts der deutschen Reichsregierung zugestellt werden würde, mit der wir ja bereits in Verbindung getreten seien.

Indem ich mir erlaube, Eurer Exzellenz als Beilage die Note und das an Herrn Joffe gerichtete Begleitungsschreiben nebst russischen Translaten zu überreichen, habe ich die Ehre, Eure Exzellenz ganz ergebenst zu ersuchen, genehmigen zu wollen, daß das Auswärtige Amt die Übersendung der Note übernehme.

Berlin, den 14. Mai 1918.

## Anlage 12 (zu S. 245).

**Note Joffes an Kühlmann.**

Berlin, 27. Mai (Telgr.)

Der russische Botschafter in Berlin, Joffe, hat wie der Berliner Mitarbeiter des Neuen Wiener Journals erfährt, gestern dem Staatssekretär des Auswärtigen Amts, von Kühlmann, folgende Note überreicht:

Herr Staatssekretär! Indem ich den Empfang der Note Eurer Exzellenz und der ihr beigelegten Anlagen bestätige, die die Erklärungen der Vertreter der estnischen<sup>1</sup> und livländischen Ritterschaft über die Unabhängigkeit Livlands und Estlands enthalten, beehre ich mich Ew. Exzellenz mitzuteilen, daß ich nicht in der Lage war, von den bei mir erschienenen drei Vertretern der estnischen und livländischen Ritterschaft das Schriftstück anzunehmen, das beanspruchte, eine Unabhängigkeitserklärung Livlands und Estlands darzustellen, da seine Entgegennahme als eine Anerkennung einer solchen Unabhängigkeit durch die Regierung der russischen sozialistischen föderativen Sowjetrepublik ausgelegt werden könnte. Indes beehrte ich mich, schon in meiner Note Nr. 6 vom 24. April in voller Übereinstimmung mit dem Brester Friedensvertrag im Namen meiner Regierung entschiedenen Einspruch dagegen zu erheben, daß eine Entscheidung

<sup>1</sup> Statt „estnische“ muß in diesem Schriftstück überall „estländische“ Ritterschaften gelesen werden. Der zu Mißverständnissen Anlaß geben könnende Ausdruck ist entstanden aus einer zu wörtlichen Übersetzung aus dem Russischen („estonskoe ryzarstwo“). Eine „estnische“ Ritterschaft gab es in Estland jedoch ebensowenig, wie es in Livland eine „lettische“ Ritterschaft gegeben hat.

über das Schicksal Livlands und Estlands auf irgend welchem Wege ohne ein vorhergehendes Einvernehmen mit der Arbeiter- und Bauernregierung der russischen Republik angebahnt werden sollte. Daran habe ich den Hinweis geknüpft, daß meine Regierung, die jedem Volk das uneingeschränkte Recht zur freien Selbstbestimmung zuerkennt, niemals die Entscheidung einer kleinen Gruppe von Personen als eine Willenskundgebung des ganzen Volkes anerkennen würde. Das von mir in dieser Note Auseinandergesetzte kann ich jetzt nur dahin ergänzen, daß die Vertreter der estnischen und livländischen Ritterschaft, die mir das Schriftstück unterbreitet haben, durchaus nicht das Recht geltend machen konnten, im Namen des ganzen estnischen und lettischen Volkes zu sprechen, was ich im Nachstehenden mit einigen Gründen belege.

1. Haben sogar einige Mitglieder der estnisch<sup>1</sup>-livländischen Delegation, die sich nach Berlin begab, die förmliche Erklärung abgegeben, daß sie sich nicht für berechtigt hielten, im Namen ihres Volkes zu sprechen, da sie von niemand erwählt, vielmehr von den Behörden ernannt worden seien.
2. Aus der Gesamtzahl von 21 Gemeindeältesten, die in dem am 12. April 1918 in Riga zusammengetretenen Landesrat die bäuerliche Bevölkerung vertraten, haben 18 die offizielle Erklärung abgegeben, daß sie nicht befugt sind, im Namen des estnischen Volkes zu sprechen, und haben feierliche Verwahrung gegen ein solches Verfahren bei der Entscheidung ihres Landes eingelegt.
3. Tausende von Bürgern haben in ländlichen und städtischen Bezirken von Estland und Livland offen Einspruch gegen die künstliche und erzwungene Loslösung dieser Gebiete von Rußland erhoben.

Daher kann das mir von Eurer Exzellenz übersandte Schriftstück nur als Willenskundgebung eines kleinen Teiles der Bevölkerung von Estland und Livland, und zwar höchstens der Oberschichten, der Ritterschaft, angesehen werden. Unter voller Wahrung des im Vorstehenden dargelegten Standpunkts übermittle ich die mir von Eurer Exzellenz übersandten Schriftstücke meiner Regierung in Moskau.

Ich benutze diesen Anlaß, um Eurer Exzellenz den Ausdruck meiner vollkommenen Hochachtung zu erneuern.

A. Joffe.

Anlage 13 (zu S. 245).

### **Unabhängigkeitserklärung.**

WIR, WILHELM, von Gottes Gnaden

Deutscher Kaiser, König von Preußen usw.

beauftragen hiermit Unseren Reichskanzler Dr. Grafen von Hertling, nachdem Rußland durch Art. VII des am 27. August 1918 abgeschlossenen Deutsch-Russischen Ergänzungsvertrages zum Brester Friedensvertrag auf die Staatshoheit über Estland und Livland verzichtet hat, dem Vereinigten Landesrat von Livland, Estland

<sup>1</sup> Richtiger: „estländisch“.

Riga und Ösel zu erklären, daß Wir auf den Uns durch seinen Vertreter übermittelten Wunsch und auf den Bericht Unseres Reichskanzlers diese Gebiete im Namen des Deutschen Reichs als frei und selbständig anerkennen.

Urkundlich haben Wir diesen Auftrag Allerhöchst vollzogen und mit Unserem Kaiserlichen Insiegel versehen lassen.

22. September 1918.

Gegeben Großes Hauptquartier, den 22. September 1918.

Wilhelm

I. R.

Graf von Hertling.

Siegel.

#### Anlage 14 (zu S. 245f.).

##### **Bittgefuch**

der Deputierten der Stadt Petschur und der Gemeinden Petschur-Panikowitschi-Slobodka und eines Teiles der Gemeinde Isborsk, welche früher zum Gouvernement und Kreise Pleskau gehörten, jetzt aber den Kreis Petschur des Gouvernements Livland bilden.

Schon vor Besetzung des Baltenlandes und des Gebietes Pleskau durch die Deutschen Truppen war von den Deputierten der Setukesen und Esten der obengenannten Gemeinden und der Stadt Petschur bei dem in Reval zusammentretenden allgemeinen estländischen Landesrate darum nachgesucht worden, die von altersher infolge ihrer geographischen und ethnographischen Lage vom Gouvernement Pleskau fortstrebende Gegend mit dem Baltenlande zu vereinigen.

Wie aus der hier beigelegten Kopie der Antwort sub Nr. 21167 ersichtlich, war diesem Gesuch Erfüllung zugesagt. Sie konnte indes nicht erfolgen durch die, infolge der Besetzung des Pleskauschen und Baltischen Gebietes durch die deutschen Truppen hervorgerufene, Unterbrechung der Tätigkeit der früheren Administrativverwaltung des Gebietes.

Sobald die Okkupation des Gebietes durch die deutschen Truppen vollzogen war, überreichten die Deputierten derselben Völkerschaften, im Verein sogar mit russischen Vertretern, unverzüglich dem Herrn Oberkommandierenden der Truppen, General von Kirchbach, ein neues Gesuch um Vereinigung dieses Gebietes mit Livland (oder Estland), und erwählten als besonderen Bevollmächtigten von den Einwohnern Herrn Ferdinand Prahm, den sie nach Riga mit dem Auftrag schickten, das Gesuch gehörigen Ortes zu unterbreiten, es dem Herrn Oberkommandierenden zu überreichen und die Interessen der hiesigen Gegend zu vertreten.

Oben erwähnter Vertreter, Herr F. Prahm, wurde auch wohlwollend von S. E. dem Grafen Kirchbach empfangen und zur Teilnahme an den damals einberufenen Versammlungen des Vereinigten Landesrats von Livland und Estland zugelassen. Als

Endresultat erfolgte von seiten der Militärbehörde die Verfügung, aus allen oben erwähnten Gemeinden einen Petschurschen Kreis zu bilden und ihn Livland einzuverleiben.

Die Verfügung wurde sofort erfüllt durch Einsetzung aller möglichen Kreisinstitutionen in der Stadt Petschur, die erfolgreich bisher tätig sind. Darauf wurde die Vereinigung dieses Gebietes mit Livland durch den Brest-Litowsker deutsch-russischen Friedensvertrag (mit seiner späteren Ergänzung) sanktioniert, zufolge dessen als Reichsgrenze zwischen Rußland und Deutschland hinsichtlich des Teiles, der das Territorium unseres Kreises betrifft, die gerade Linie fortgesetzt wurde, die von der Süd-West-Ecke des Pleskauschen (Peipus) Sees zum Lubahnschen See weiterführt, d. h. mit dieser Linie wird klar der neugebildete Petschursche Kreis vom Pleskauschen Gouvernement getrennt und an Livland angegliedert.

Nun haben sich aber, im Zusammenhang mit der von den deutschen Truppen publizierten Verordnung über die Räumung des uns benachbarten Pleskauschen Gebietes, unter der hiesigen Bevölkerung große Unruhe über das weitere Schicksal des neugebildeten Kreises und die Befürchtung verbreitet, daß von den deutschen Truppen auch unser angrenzender Petschurscher Kreis, der früher einen Teil des Pleskauschen Gouvernements und Kreises gebildet, geräumt und dem früheren Gouvernement zurückgegeben werden könnte.

Die Furcht vor dem Eintreten eines derartigen großen Unglücks für unser ganzes Gebiet ist so groß unter der Bevölkerung, daß sie den normalen Gang des Geschäftslebens stört und eine Stimmung hervorgerufen hat, die an allgemeine Panik grenzt.

In Anbetracht des Gesagten beileben wir endesunterzeichnete Vertreter der ganzen Bevölkerung des Petschurschen Kreises uns, an Eure Exzellenz als den obersten Vertreter der neuen Regierung im Baltenlande uns mit der untertänigsten Bitte zu wenden, unseren von so großem Unglück bedrohten Grenzkreis Petschur unter ihren besonderen Schutz zu nehmen und alle Mittel zu ergreifen, daß dieser Kreis in keinem Fall von Livland losgelöst und von dem deutschen militärischen Schutz entblößt werde, denn in solchem Fall droht uns der sofortige Überfall der auf Pleskau vorrückenden bolschewistischen Banden und die Allen bekannten wilden und schrecklichen und blutigen Greuel, von denen die Besetzung der von den Deutschen geräumten Gebiete durch die barbarischen Bolschewiki begleitet wird, welche die volle Vernichtung alles kulturellen und materiellen Wohlstandes des besetzten Gebietes nach sich ziehen.

In der Hoffnung, daß Eure Exzellenz und auch die Herren Glieder des unter Ihrem Vorsitz vereinigten Landesrats es nicht zulassen werden, daß unser armes Volk der Willkür und den Greueln des heranrückenden Bolschewismus preisgegeben wird, und Sie ihm Ihre hohe Protektion und den nötigen Schutz zuteil werden lassen, erlauben wir uns, Ihnen dieses untertänigste Bittgesuch zu unterbreiten, und beauftragen aus unserer Mitte den Überbringer dieses, den Besitzer des Gutes Panikowicz, Herrn Wil-

helm Petersen, Eurer Exzellenz unser Gesuch persönlich zu überreichen und alle nötigen und mündlichen Erläuterungen zu geben.

Genehmigen Sie, Exzellenz, den Ausdruck unserer vollkommensten  
Hochachtung

Petschur, den 26. Okt. 1918.

Stadthaupt der Kreisstadt Petschur

[gez. O. Warich].

Die Gemeindeältesten von:

(unleserliche Unterschriften).

Vertreter des Landbesitzes:

Besitzer des Gutes Panikowicz: W. Petersen

Kirowo

Laserowo

Dr. Schmilga

Dimitriewsk: A. Rosenberg.

(unleserliche Unterschriften)

Vertreter der städtischen Bevölkerung:

(sechs unleserliche Unterschriften.)

Anlage 15 (zu S. 246).

**Gesuch der Bewohner Lettgallens vom 3. November 1918 um Anschluß an den  
Baltischen Staat.**

Berlin, den 3. November 1918

Hotel Continental.

An den Liv-Estländischen Landesrat

Riga.

Die auf demokratischer Grundlage gewählten lettgallischen Kongresse vom 3. Dezember 1917, die Kreisversammlung von Dünaburg, Rositten und Ludsen vom Anfang April und Mai 1918 und der allgemeine lettgallische Landtag vom 5. Oktober 1918 haben einstimmig die Loslösung Lettgallens von Rußland und Anschluß an die Baltischen Lande beschlossen. Ich bin beauftragt worden, den Landesrat von Liv- und Estland zu bitten, den Anschluß Lettgallens (als vierte Provinz) an den Baltischen Staat zu genehmigen und der Lettgallischen Centralverwaltung (Adr. Dünaburger Landschaftsamt) zu gestatten, schon jetzt an den Beratungen über die zukünftige Verfassung teilzunehmen.

Ich gestatte mir hinzuzufügen, daß der Beschluß des lettgallischen Kongresses vom 3. Dezember 1917 durch eine Resolution der russischen Räteregierung vom 14. Dezember 1917 sub. Nr. 93 (den Anschluß an Livland betr.) bestätigt worden ist.

Hochachtungsvoll

gez. Baron K. von Engelhardt.

## Anlage 16 (zu S. 311).

**Protest von Wilhelm Baron Fircks, verlaubbart in der Konstituierenden Versammlung im Mai 1920 gegen die Aufhebung der Adelskorporationen.**

Noch bevor die Konstituierende Versammlung an die Ausarbeitung der Verfassung Lettlands herangetreten ist, wird ihr ein Gesetzesentwurf vorgelegt, in welchem die Schließung zweier, im Provinzialrecht vorgesehener ständischer Organisationen — der Livländischen und der Kurländischen Ritterschaft — vorgeschlagen wird.

Als Motiv für diesen Gesetzesentwurf wird angeführt, daß das Bestehen solcher ständischer Organisationen der Idee eines demokratischen Staates widerspricht.

Dieses Motiv ist nicht stichhaltig. Es gibt auch Staaten mit weitgehendster demokratischer Verfassung, wo noch ständische Organisationen bestehen. In Finnland ist durch die Ritterhausordnung vom Jahre 1919 der Fortbestand der dortigen Ritterschaft gesetzlich anerkannt worden.

Für das Staatsinteresse kann nur die Frage maßgebend sein, ob die ritterschaftlichen Korporationen noch irgend welche staatliche oder kommunale Funktionen ausüben, welche mit den Befugnissen der Staatsgewalt oder der Selbstverwaltungskörper kollidieren.

Dieses trifft für die Livländische und Kurländische Ritterschaft keineswegs zu. Ihre öffentlich-rechtlichen, politischen und kommunalen Funktionen haben sie bereits teils durch Gesetz und teils durch eigenen Verzicht verloren.

Das Zuständigkeitsgebiet der Ritterschaften umfaßt eben nur noch die Führung der Geschlechtsregister, die Verwaltung der den Ritterschaften anvertrauten Stiftungen und Legate, und die Fürsorge für kulturelle Bedürfnisse. Von den privaten Vereinigungen unterscheidet sie nur noch das Recht, amtlich beglaubigte Standeszeugnisse auszustellen.

Kann diese einzige, den Ritterschaften noch verbliebene, öffentlich-rechtliche Befugnis dazu Anlaß geben, ihre sofortige Schließung als eine Lebensbedingung des lettländischen Staates zu bezeichnen?

Erscheint es gerecht die Frage ihrer Schließung in einem Zeitpunkt zur Entscheidung zu bringen, wo die Wogen des Nationalitätenhaders und der Parteileidenenschaften noch hoch gehen, und daher die sachliche Beurteilung dieser Frage durch subjektive Momente getrübt wird?

Die Ritterschaften sehen dem Urteil der Geschichte über das, was sie für das Wohl des Landes getan haben, ruhig entgegen.

Befremdend ist ferner der Umstand, daß unmittelbar vor Einbringung des vorliegenden Gesetzesentwurfes das frühere Kabinett beim Volksrat ein Gesetz über den Anfall des Vermögens aufgelöster juristischer Personen an den Staat durchgesetzt hatte.

Muß hierdurch nicht der Eindruck hervorgerufen werden, als hingen beide Gesetze eng miteinander zusammen, als sollten die Ritterschaften deswegen ihre

Existenz einbüßen, weil sonst keine rechtliche Handhabe dazu vorlag, ihren Besitz zu verstaatlichen?

Wenn einem Gesetzesentwurf wegen Aufhebung ständischer Organisationen solche Motive zugrunde liegen, so muß hierdurch das Bewußtsein der Rechtssicherheit allgemein erschüttert werden. Dann wird sich jede Korporation, sei sie öffentlich oder privatrechtlichen Ursprunges, in ihrer Existenz und ihrem Vermögen bedroht sehen.

Im Namen der Livländischen und der Kurländischen Ritterschaft lege ich gegen den vorliegenden Gesetzesentwurf, durch den ihre öffentlichen und privaten Rechte aufgehoben werden sollen, Protest ein.

W. Fireks.

#### Anlage 17 (zu S. 312f.).

#### **Rede des Landrats H. v. Strandmann in der letzten Plenarversammlung des Livländischen Adelskonvents.**

Die Konstituierende Versammlung der Lettländischen Republik hat am 29. Juni 1920 das Gesetz betr. die Aufhebung der Adelskorporationen angenommen.

Zum letzten Male haben wir uns als Vertreter der Livländischen Ritterschaft zu einem Konvent versammelt.

Eine vielhundertjährige Geschichtsperiode ist in den verhängnisvollen Tagen des Juni 1920 zum Abschluß gebracht worden, das Werk unserer Väter, an dem auch wir an unserm bescheidenen Teil mitgearbeitet haben, wird zerstört. Wir haben es, wenn auch unter Protest, dulden müssen.

Wir meinen, daß unsere Korporation einer neuzeitlichen Doktrin und einer augenblicklichen Volksstimmung, die kein irgendwie aristokratisch geartetes Gebilde ertragen kann, zum Opfer gefallen ist.

Einen objektiven Richter gibt es in dieser Frage nicht, und auch das Urteil der geschriebenen Geschichte kann, von der Parteien Haß und Gunst entstellt, hin und her schwanken. Maßgebend ist für uns das eigene gute Gewissen. Mögen wir und unsere Vorfahren in vielen Stücken es versehen, in manchen gesündigt haben, eine engherzige Standespolitik haben wir nicht getrieben. Nicht unsere Schuld ist es, daß nicht schon seit Jahrzehnten die Vertreter des lettischen und des estnischen Volksstammes an der Verwaltung des Landes teilgenommen haben, und daß, vielleicht aus bescheidenen Anfängen, die Verfassung des Landes, alle Bewohner umfassend, sich nicht organisch hat entwickeln können.

Treu dem Vermächtnis unserer Väter haben wir uns von dem Grundsatz leiten lassen: „Ausharren und Feststehen ist die Summe aller Politik.“

Entschlossen und mannhaft haben wir allezeit unser Volkstum, unsere Sprache und Sitte, unsern Glauben und unser Recht verteidigt. Wir sind auch, solange wir es konnten, für das Volkstum der Letten und Esten, für deren Glauben und deren Schule eingetreten. Heute gilt es Abschied nehmen von einer Organisation, der unser ganzes

Herz gehörte, und von den Stätten, da wir uns zu Beratungen versammelten, da unsere besten Männer für das Wohl des Landes arbeiteten; bald wird es, fürchte ich, auch heißen, Abschied zu nehmen von der Väter Scholle, auf der wir die goldenen Tage der Jugend verlebt und als Männer gesorgt und gearbeitet haben.

Wer könnte bei solch ungeheurem Geschehen unberührt bleiben? Wem krampfte sich nicht das Herz in tiefstem Weh zusammen?

Wir wollen aber unser Schicksal tapfer tragen und nur unter Gottes Hand uns demütig beugen. Durch Hochhalten von Ehre und Pflicht, durch Pflege alter guter Tradition, durch enges Zusammenschließen und gegenseitiges Helfen müssen wir versuchen das zu ersetzen, was uns jetzt genommen worden ist.

Alle empfinden wir es auf das Schmerzlichste, daß die Mehrzahl unserer Brüder in der Ferne weilen muß und nicht mit uns in diesen schicksalsschweren Stunden vereint sein kann. Wir gedenken ihrer aller, deren Blicke jetzt in zagender Sorge auf die alte Heimat gerichtet sind.

Unseren Beamten und Angestellten, die uns alle die Treue bis zuletzt gehalten haben, zollen wir aufrichtigen Dank. Wir alle sind des Zeugen, was sie während ihrer Dienstzeit und in diesen schweren Tagen der Ritterschaft gewesen sind. Wir tragen schwer darunter, daß wir ihre Treue nicht in der Weise vergelten können, wie wir es wollten.

Das Wort, mit dem der unvergeßliche Friedrich Meyendorff in ernster Zeit manche Tagung geschlossen hat: „Gott schütze Livland und Livlands Ritterschaft“, kann nicht mehr gesprochen werden. Livland ist zerteilt und die Ritterschaft ist von morgen ab aufgelöst. Wohl aber wollen wir mit dem Gebet unsere Sitzung schließen:

Gott halte seine Hand über unserer geliebten Heimat. Gott schütze und segne die Angehörigen der Livländischen Ritterschaft bis ins letzte Glied.

#### Anlage 18 (zu S. 313).

#### **Schluß-Rede des Dr. H. v. Bruiningk auf der letzten Plenarversammlung des Livländischen Adelskonvents.**

Es heißt, daß, wenn eines Menschen Leben zu Ende gehe, der Sterbende kurz vor dem Hinscheiden mit blitzartiger Geschwindigkeit im Geiste noch einmal all die Geschehnisse sich abspielen sehe, die auf seinen Lebensgang von bestimmendem Einfluß gewesen waren.

Heute, in der Sterbestunde unserer Ritterschaft, erleben wir ähnliches. Greifbar nahe stehen uns aus vergangenen Jahrhunderten die katastrophalen Ereignisse vor Augen, welche die Epochen unserer Geschichte markieren. So sehen wir das gewaltige Ringen des „Letzten Wikingers“ Karls XII. mit Peter dem Großen, das den letzten Herrschaftswechsel einleitete. So sehen wir, ein Jahrhundert früher, abermals einen Großen der Weltgeschichte, Gustav Adolf, hier auf dem Plan erscheinen, um unser Liv-



land als Siegespreis zu erringen, endlich zwei Menschenalter vor ihm, zwar nicht einen Großen, wohl aber einen Gewaltigen, Johann den Grausamen, wie er mit Hilfe seiner ungezählten Horden unsern morsch gewordenen alten Ordensstaat mühelos zertrümmerte.

Ein Kleinstaat ist es, dem wir heute einverleibt sind, kein großer Name von weltgeschichtlichem Klang zeichnet den Akt, der das Ende unserer Ritterschaft bedeuten soll. Aber das ist ja nur das mehr zufällige Ergebnis des titanenhaften Kampfes der großen Nationen im Weltkriege und der ihn begleitenden gewaltigen sozialen Umwälzungen. Diese Erschütterungen waren es, die unser kleines Gemeinwesen aus den Fugen brachten.

Wir aber dürfen und werden nicht verzagen. Uns hat unser großer Bischof Albert für alle Zeiten die Richtlinie gegeben, — er, der vor 7 Jahrhunderten der abendländischen Kultur und unserm Volkstum diese Lande erschloß und Alt-Livland zu unserer Heimat machte. Sein Erbe, die Treue im Glauben und in der Arbeit kann kein Machtgebot uns rauben.

Die Form mag zerfallen,  
Was hat's denn für Not,  
Der Geist lebt in uns allen,  
Und unsre Burg ist Gott!

Daß sich das bewähren möge — das walte Gott!

## Verzeichnis der benutzten Quellen und Literatur

### A. Ungedruckte und nicht veröffentlichte Materialien

„**Archiv Ludenhof**“: Archiv der Familie von Oettingen; befand sich auf dem Rittergut Ludenhof in Livland, und wird zurzeit in Deutschland aufbewahrt:

- 1) Briefe des Landmarschalls Nikolai von Oettingen an seine Gattin Alma, geb. von Stryk, aus den Jahren 1869—1873;
- 2) Diverse Briefe:
  - a) Landmarschall Heinr. v. Bock an Nikolai v. Oettingen, 16. 2. 1876;
  - b) Livl. Gouverneur August v. Oettingen an Innenminister Walujew, 10. 7. 1864<sup>1)</sup>;
  - c) Derselbe an seinen Bruder Nikolai, 26. 12. 1867;
  - d) Landrat Eduard v. Oettingen an seinen Bruder Nikolai, 19. 5. 1866;
  - e) Balt. Gen.-Gouverneur Suworow an August v. Oettingen, 5. 3. 1861<sup>2)</sup>.
- 3) Denkschrift des residierenden Landrats Arved von Oettingen vom Jahre 1904, betr. den Besuch der griech.-orthod. Kathedrale in Riga an kaiserlichen und staatlichen Festtagen.
- 4) Tagebuch des Landmarschalls Heinrich von Bock, in St. Petersburg geführt, vom Februar 1876 bis zum Mai 1884.
- 5) Tagebuch des Landmarschalls Nikolai von Oettingen, in St. Petersburg geführt, aus den Jahren 1870—1872.

„**Archiv Meyendorff**“: Handschriftlicher Nachlaß des am 21. April/9. Mai 1911 verstorbenen, ehemal. Landmarschalls Friedrich Baron Meyendorff.

- 1) Immediatberichte des Livl. Gouverneuren Gen. Sinowjew an Kaiser Alexander III.: 10 Berichte, umfassend die Jahre 1885—1894, teils handschriftlich, teils als Manuskripte gedruckt. [Vgl. Band I, Vorwort S. XIII].
- 2) Immediatberichte des Livl. Gouverneuren Gen. Surowzow an Kaiser Alexander III.: 2 Berichte, betr. die Jahre 1895 und 1896, als Manuskripte gedruckt. [Vgl. ebda.]
- 3) Manualakte Meyendorffs, IV Nr. 34; desgl. Nr. 102: „Verfassung, Landschaft, Semstwo“ Bd. II, 1886—89.
- 4) Innenminister Plehwe an Landmarschall Baron Meyendorff, Schreiben Nr. 4823 vom 5. April 1889.
- 5) Tagebuch Baron Meyendorffs, in St. Petersburg geführt: 5. Juli 1884—20. März 1890; 8. November 1891—28. Februar 1894; 18. September 1894—13. Dezember 1898; 18. Januar 1899 bis 19. November 1904; 1. Dezember 1904—29. Oktober 1906. [Vgl.: Band I, Vorwort S. XII.]
- 6) Vgl. im Verzeichnis der gedruckten Schriften: [Sinowjew, M. A.]: „Über die Umformung der landschaftl. Institutionen in den balt. Gouvernements“.

„**Archiv der Familie von Sievers**“, auf dem Gut Euseküll in Livland. [Vgl. Band II, S. 29 Anm. 3.]

„**Aufzeichnungen des dim. Landmarschalls Baron Pilar von Pilchau**.“ Manuskript.

(Campenhausen, Christoph Baron): „Sammlung der hinsichtlich der Ober-Kirchen-Vorsteher und Kirchenvorsteher-Aemter geltenden gesetzlichen Vorschriften und Local-Einrichtungen.“ —

---

<sup>1)</sup>u. <sup>2)</sup> Abschriftlich auch in der Bibl. der Gesellsch. f. Gesch. u. Altertumsk. zu Riga, Msc. 1197.

(s. l. et a. = 1834), lithogr., 4°. Riga, Stadtbibliothek Jurid. 2639; Dorpat, Univ.-Bibl. R. a. 56. [Russische Übersetzung, auf Veranlassung des livl. Gouverneuren Sinowjew, gedruckt unter dem Titel: „Sammlung der Gesetze und örtlichen Verordnungen bezüglich der Oberkirchenvorsteherämter und der Kirchenvorsteher“, Riga 1888 (russisch).]

Campenhausen, E. Baron, -Loddiger: „Die Pastoren in den Landeskirchspielen Livlands nach ihrer Nationalität“. Manuskript, R. A. Lit. K. Nr. 534, Fol. 504 a ff.

Briefe des livl. Generalsuperintendenten Karl Gottlob Sonntag. Rigasche Stadtbibliothek.

Briefe Tideböhls an Buengner: Briefe des Geheimrats Arnold von Tidebühl, St. Petersburg, an den Rigaschen Ratsherrn und späteren Bürgermeister Robert von Buengner, aus den Jahren 1869—1873. Bibl. d. Gesellsch. f. Gesch. u. Altertumsk. zu Riga, Msc. 1152.

Dellingshausen, Eduard Baron (ehem. estländ. Ritterschaftshauptmann): Briefe an Alexander v. Tobien, d. d. Jena, 3. Juni 1926, und an Baron Wrangell, vom 26. April u. 3. Mai 1926.

**Landesarchiv**, ehemaliges **Historisches**, in Riga. **Jetzt**: im Lettländischen Historischen Staatsarchiv (Riga-Schloß).

1) Abteilung Gerichtsakten: 1. Protokoll des Kokenhusenschen Landgerichts, Gerichtstagung zu Berson, 1636, Januar 15.

2) II. Abteilung, Lit. B. Nr. 28, vol. II: Protokoll des Königlichen Hof- und Leibregiments zu Riga, 1654, Februar 18.

Poelchau, Oberpastor (später Bischof) Peter Harald: „Überblick über den Stand des deutschen Kirchenwesens in Lettland.“ Manuskript.

Rathlef, G. von, -Tammist: „Erinnerungen aus meinem Leben, zugleich Streiflichter auf 4 Generationen Baltischen Lebens.“ Im Mai 1926 abgeschlossenes Manuskript.

Bibl. d. Gesellsch. f. Gesch. u. Altertumsk. zu Riga, Msc. 1111 h.

**RA.** = sogenanntes „Laufendes“ Archiv der ehemal. Livländischen Ritterschaft. Seit 1920 im Lettländischen Historischen Staatsarchiv (Riga-Schloß).

Akte Nr. 13/B: betr. Bauerschulen in Livland.

„ „ 36/D: „ Delegationen.

„ „ 38/D: „ die Universität Dorpat und andere Lehranstalten.

„ „ 103/L: „ Teilnahme der Städte und Kronsgüter an den livländischen Landtagen.

„ „ 121/P: „ Errichtung einer polytechnischen Anstalt.

„ „ 157/R: „ Wahl, Bestätigung und Entlassung der Glieder der Adels-Repräsentation.

„ „ 181/U: „ den Übertritt.

„ „ 212/P: „ die Kumulation der Ämter des Präses einer Landesbehörde und eines Commissionsgliedes.

„ „ 235/P: „ den Entwurf einer neuen Paß- und Umschreibungsordnung.

„ „ 260/P: „ Angriffe in der russischen und ausländische Presse gegen livländische Landeszustände.

„ „ 266/S: „ Verteilung der Steuern auf Hofs- und Gehorchsland.

„ „ 275/B: „ die Reform der livländischen Bauer-Gemeinde-Verfassung in ihrer Beziehung zur Gutsverwaltung.

„ „ 282/E: „ die Errichtung einer Eisenbahn zwischen Riga und Dorpat, sowie Fellin.

„ „ 287/K: „ den Ball der Livländischen Ritterschaft zu Ehren Sr. Kaiserlichen Majestät.

„ „ 289/R: „ die Einführung der russischen Sprache als Geschäftssprache.

„ „ 297/K: „ die Teilnahme der Bauer-Gemeinde-Repräsentanten an den Kirchspiels-Konventen.

„ „ 300/L: „ allgemeine Landesangelegenheiten.

„ „ 305/N: „ den Konflikt mit dem Hr. Landmarschall Nolcken und den infolge dessen abgehaltenen extraordinären Landtag vom Juni 1870.

„ „ 318/G: „ die Stiftung eines Landesgymnasiums in Dorpat.

„ „ 324/L: „ die Funktionen des residierenden und ältesten Landrats.

„ „ 363/G: „ die Gründung eines zweiten Landes-Gymnasiums.

- Akte Nr. 389/K:** betr. die Einführung einer Kreis-Ordnung in Livland.  
 „ „ 418/L: „ die Anpassung der Landschafts-Institutionen auf Livland.  
 „ „ 427/M: „ die Revision des Livländischen Gouvernements durch den Senateur Manassein.  
 „ „ 447a/P: „ die Reform des Prästanden-Wesens in Livland und Aufhebung des Landesstaates.  
 „ „ 479/G: „ Grundsteuerreform.  
 „ „ 485/S: „ Schulangelegenheiten.  
 „ „ 515/V: „ Verfassungsreform.  
 „ „ 517/L: „ Landesgymnasium.  
 „ „ 518/L: „ Landgemeindeordnung.  
 „ „ 520/G: „ General-Gouverneur.  
 „ „ 521/P: „ den Livländischen Provinzialrat.  
 „ „ 534/K: „ Reorganisation des Kirchenwesens.  
 „ „ 562/S: „ Schulen (Volksschulen).  
 „ „ 566/F: „ die Fellinsche Knabenlehranstalt.  
 „ „ 609/L: „ Reform der Landschaftsinstitutionen.  
 „ „ 623/V: „ Verwaltungsrat beim Armee-Ober-Kommando und Verwaltungsordnung.

**Richter, Th. von:** „Die Landesprästanden des Livl. Gouvernements“; RA, Akte Lit. P., No. 447 [cf. denselben im Verz. d. gedr. Schriften].

**Schwebs, F. G. A. von:** „Memorial über das Recht der liefländischen Städte, die allgemeinen Landtage durch Deputierte als Landstand zu beschicken“, vom 31. Dezember 1841.

**Staatsarchiv, Lettländisches Historisches, Riga-Schloß.**

- 1) „Acta, von der Dörptschen Schul-Commission requirirte Nachrichten betreffend“, Nr. 1206, 1803.
- 2) Acta der VIII. Abteilung der Kanzlei des livländischen Landratskollegiums (Neuschätzung der Immobilien), Nr. 3 vom Jahre 1902.
- 3) Archiv der Brüdergemeinde. Communalia, Bd. XXVI, XXXII u. XXXVII.
- 4) **Abt. IV:** Archiv d. ehem. Ökonomieverwalt., Unterabt. B. Akte Nr. 26: Läuflinge. Vol. I—III (1668—1813).

**Staël von Holstein, Reinhold Baron:** „Materialien zu einer Geschichte des Livländischen Landesstaates in der zweiten Hälfte des XIX. Jahrhunderts.“ Manuskript [Vgl. Band I, Vorwort S. XIII f.].

Abt. 1 u. 2: „Die religiöse Frage.“

Abt. 4: „Die Grundsteuerreform.“

Abt. 5: „Der Landesstaat zur Zeit der Regierung Alexanders II.“

(Stavenhagen, Dr. Oskar): „Die höhere Bildung in den Ostseeprovinzen Liv-, Kur- und Estlands.“ Manuskript. Bibl. d. Gesellsch. f. Gesch. u. Altertumsk. zu Riga, Msc. 838.

„Feindselige Stimmung des lettisch-estnischen Landvolkes gegen die Deutschen Livlands nach Ausbruch des Weltkrieges 1914 u. 1915.“ Konvolut verschiedener Nachrichten und Mitteilungen. Bibl. d. Gesellsch. f. Gesch. u. Altertumsk. zu Riga, Msc. 349 h.

**Stryk, Gustav von:** „Studien zu einer Geschichte der Landwirtschaft in Livland.“ Manuskript (1926). Bibl. d. Gesellsch. f. Gesch. u. Altertumsk. zu Riga, Msc. 999 c.

**Tagebuch Fürst Lieven:** „Tagebuch für den Livländischen Landmarschall Paul Fürst Lieven 1863—1864, St. Petersburg“, geführt vom Ritterschaftssekretären Moritz von Gruenewaldt. Manuskript.

Abschriftlich in der Bibl. d. Gesellsch. f. Gesch. u. Altertumsk. zu Riga, Msc. 150 f. [Bruchstücke dieses Tagebuches finden sich in: (A. Buchholtz): „Fünfzig Jahre russ. Verwaltung in den baltischen Provinzen“, Leipzig 1883, und bei R. Bar. Staël v. Holstein: „Fürst Paul Lieven als Landmarschall von Livland“, Riga 1906.]

**Tobien, Alexander von:** „Die Reform der livländischen Landeskirche im Zusammenhang mit den anderen Verfassungsreformen.“ Vom Verfasser der vom Landtage 1908 zur Bearbeitung der

Kirchenreformfrage niedergesetzten Kommission überreicht, von dieser vertreten, unterzeichnet und als Manuskript vervielfältigt.

„Die Volksschullehrer und die Revolution“, Denkschrift des livl. Landratskollegiums [vom Jahre 1905].  
Manuskript; R. A. Nr. 13/B Vol. XIII Fol. 207 ff.

## B. Gedruckte Quellen und Literatur:

### A.

- „Abhandlungen der freyen Oekonomischen Gesellschaft in St. Petersburg zur Aufmunterung des Ackerbaues und der Hauswirtschaft in Rußland vom Jahre 1768“; Achter Teil, St. Petersburg, Riga und Leipzig bey Johann Friedrich Hartknoch, 1775.
- Adolphi, Armin: „Aphorismen über geschichtliche Action und Reaction“, Balt. Monatsschr. Bd. 33 (Reval 1886), S. 607 ff.
- „Die Adresse der Evangelischen Allianz an... (Kaiser) Alexander III. und die Beantwortung durch den Oberprocureur des hl. Synods [Pobedonoszew].“ Russisch in den „Kirchlichen Nachrichten“ (Zerkownija Wedomosti, russ.) Nr. 7 und im Regierungs-Anzeiger (russ.), Nr. 37, St. Petersburg, 13. resp. 16. Februar 1888. — Deutsch in der „Rig. Zeitung“, Nr. 39 vom 17./29. Februar 1888.
- Aeroboe: „Agrarpolitik“, Berlin 1928.
- „Die Agrarfrage im Provinzialrat“, in: „Balt. Wochenschr. f. Landwirtsch. usw.“, Jahrg. 1906, Dorpat, Nr. 50.
- „Die vom Livl. Provinzialrat behandelten Agrarfragen“, ebda, Nr. 49.
- „Die Agrarreformvorschläge der Ritterschaften“, „Rig. Rundschau“ vom 4. November 1926.
- Agthe, Dr. Adolf: „Ursprung und Lage der Landarbeiter in Livland“, Tübingen 1909, XXIX. Ergänzungsheft der Zeitschrift f. d. ges. Staatswissenschaft.
- Derselbe: „Zur Kritik des Herrn Tobien über Ursprung und Lage der Landarbeiter in Livland“, in derselben Zeitschrift, 66. Jahrg., Tübingen 1910, Heft 2.
- „Album Academicum der Kaiserlichen Universität Dorpat“, hrsg. von A. Hasselblatt und Dr. G. Otto. Dorpat 1889.
- „Album Dorpat-Livonorum“, hrsg. von Reinhard Ottow. Dorpat 1908.
- „Album Fratrum Rigensium (1823—1910)“ hrsg. von Arend v. Berkholz. Riga 1910.
- „Rigaer Almanach“, hrsg. von d. Druckerei W. F. Häcker, Riga 1866—1906 (jährlich).
- Anders, W.: „Ergebnisse d. livländischen Volkszählung“, s.: Fr. von Jung-Stilling und W. Anders, u. a. T.
- „Die Anklage auf Separatismus“, s. Berkholz, Georg, u. a. T.
- „Annuaire Statistique de la Latvija pour l'année 1920.“ Riga 1921.
- „Antrag des Liv-Estländischen Bureaus für Landeskultur, betreffend Erlaß einer Instruktion für Landmesser zur Ausführung von Vermessungsarbeiten auf Privatgütern und Pastoraten Livlands“, Druckvorlage f. d. livl. Landtag 1906 (Druck von W. F. Häcker, Riga).
- „Antrag des Landratskollegiums, betr. Feststellung der Kirchspielgrenzen behufs Umlage der Kirchspiels- und Kirchenlasten“, Druckvorlage f. d. außerordentl. livl. Landtag vom Dezember 1912. (Druck von W. F. Häcker, Riga 1912.)
- „Der Antrag der Livländischen adeligen Güterkreditsozietät, betreffend die Gründung einer ritterschaftlichen Leih- und Sparkasse“, Riga, d. 2. Mai 1905, Nr. 3611. Vorlage f. d. livl. Landtag 1905 (Druck von W. F. Häcker, Riga 1905).
- „Antrag der Grundsteuerkommission betr. Modifikation agrarrechtlicher Bestimmungen der Bauernverordnung“, Druckvorlage f. d. außerordentl. livl. Landtag vom Dezember 1912 (Druck von W. F. Häcker, Riga 1912).
- „Antrag der Grundsteuerkommission, betr. Umgestaltung der Regeln für die Schätzung der Gebäude“, Druckvorlage f. d. außerordentl. livl. Landtag vom Dezember 1912. (Druck von W. F. Häcker, Riga 1912.)

- „Anzeiger der Zeitweiligen Regierung“, Petrograd (Petersburg), vom 31. März 1917, Nr. 21 (russisch).
- Arbusow sen., Leonid: „Die im Deutschen Orden in Livland vertretenen Geschlechter“, im „Jahrbuch für Genealogie, Heraldik und Sphragistik, 1899“. Mitau 1901.
- Derselbe: „Grundriß der Geschichte Liv-, Est- und Kurlands.“ 4. Aufl., hrsg. von Leonid Arbusow jun. Riga 1918.
- Arbusow jun., Prof. Dr. Leonid: „Die altlivländischen Bauernrechte“, Sonderdruck aus Bd. 23 der „Mitteilungen aus der livländischen Geschichte“, Riga 1924.
- Derselbe: „Die Einführung der Reformation in Liv-, Est- und Kurland“. I. Hälfte. Riga u. Leipzig 1919.
- Derselbe: „Lettland in der jüngeren Eisenzeit“, Sonderabdruck aus den „Baltischen Blättern“, Berlin 1924, Heft 3.
- Derselbe: „Das heutige Lettland vor 700 Jahren“, im „Livländischen Kalender“, hrsg. von Jonck, Riga 1924.
- Derselbe: „Die Stellung der Rosenschen Deklaration und des Budberg-Schraderschen Landrechtsentwurfes in der bauerlichen Rechtsgeschichte“, in: Monatschrift des Bildungsministeriums (lettisch), Jahrgang 1926 (Riga), Nr. 2.
- Derselbe: „Ein Verzeichnis der bauerlichen Abgaben im Stift Kurland (1582—83)“, in: „Acta Universitatis Latviensis“, X, Riga 1924.
- „Archiv für die Geschichte Liv-, Est- und Kurlands“, hrsg. von Dr. Friedrich Georg von Bunge. Bd. 4, Dorpat 1844.
- „Rigaer Handelsarchiv“, Jahrgang 39 u. 41, Riga 1912 u. 1914.
- „Eduard Johann Assmuth, Pastor zu Torma-Lohhusu in Livland usw.“ s.: Lossius, Eduard, u. a. T.
- Aubin, Gustav: „Der Einfluß der Rezeption des römischen Rechts auf den deutschen Bauernstand“, im „Jahrbuch für Nationalökonomie und Statistik“, hrsg. von Conrad usw., III. Folge, 44. Bd., Jena 1912, S. 735 ff.
- Derselbe: „Zur Geschichte der gutsherrlich-bauerlichen Verhältnisse in Ostpreußen“, Leipzig 1910.
- „Audienz der livländischen Deputierten beim Kaiser Nicolaus I. am 28. Februar 1846.“ Balt. Monatsschr. Bd. 42 (1895), S. 177 ff.
- „Auf der alten Straße“ „Rig. Rundschau“ Nr. 240 vom 24. Oktober 1925.
- „Aufruf und Programm der Baltischen Konstitutionellen Partei“ vom 27. Oktober 1905. Balt. Monatsschr. Bd. 60 (1905), S. 371 ff.
- „Der lettische Aufzögling und seine soziale Stellung“. s.: Klaustin, R., u. a. T.
- „Aus dem Archiv des Fürsten S. W. Schachowskoi“, 3 Bände, St. Petersburg 1909—10.
- „Aus den Aufzeichnungen des Baron (später Grafen) Modest A. Korff“ (russisch) in der „Rússkaja stariná“ (Russisches Altertum), Bd. 99, St. Petersburg 1899, S. 3 ff. 271 ff. und 480 ff.
- „Aus den Erinnerungen der Frau M. Nasimowa an die Baroness Edith Rahden“. Balt. Monatsschr. Bd. 71 (1911), S. 216 ff.
- „Ausgaben der Landkirchspiele Livlands für kirchliche Zwecke“ Druckvorlage f. d. livl. Landtag 1910. (Druck von W. F. Häcker, Riga 1910).
- „Aus baltischer Geistesarbeit“, hrsg. vom Deutschen Verein in Livland. Heft 8, Riga 1909.
- „Aus dem Leben eines livländischen Pastors, Eduard Lossius, Pastor zu Koddäfer und Werro, geb. 1811, gest. 1870“. Balt. Monatsschr. Bd. 62 (1906), S. 126 ff., 223 ff.
- „Aus dem Leben des Landrats Friedrich Baron Ungern-Sternberg“, Balt. Monatsschr. Bd. 24 (1875), S. 103 ff.
- „Aus den Tagebüchern des Grafen P. A. Walujew“, Balt. Monatsschr. Bd. 39 u. 41 (1892 u. 1894), S. 1 ff. resp. 1 ff. u. 89 ff.
- „Aus der Petersburger Gesellschaft“, 4. Aufl. Leipzig 1875.
- „Auszüge aus der baltischen Tagespresse“, Riga, den 21. Oktober 1918, Nr. 26, gedr. bei Paul Kerkovius, Riga.

B.

- „Babel in Livland“ s.: Samson-Himmelstjerna, H. v., u. a. T.
- Bach, s.: Peterson, Bach und Inselberg: „D. ritterschaftl. Parochiallehrerseminar usw.“
- Bahr, Richard: „Baltische Problematik“; „Allgem. Zeitung“, N. 321 f., Berlin, Juli 1927.
- „Balss“ [Die Stimme], lettische Zeitung in Riga. Nr. 18 vom J. 1880.
- „Das Baltenbuch“, hrsg. von Paul Rohrbach, Dachau b. München 1918.
- „Das Baltenregiment. Ein Jahr im Felde“, als Manuskript gedruckt, mit einem Vorwort von G. Knüpfer, Dorpat 1920.
- Baerent, P.: „Dr. August Bielenstein“, in: „Jahrb. des balt. Deutschtums 1927“, Riga 1926.
- Derselbe: „Die kirchlichen Zustände in der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts.“ Balt. Monatsschr. Bd. 56 (1903), S. 217 ff.
- Baron, Lina: „Christian Barons Erinnerungen“, Riga 1924 (lettisch).
- Bauer, Erwin (Übersetzer), s.: Kawelin, K. D.: „Die Bauern-Emanzipation und Heri v. Samson-Himmelstjerna“ usw.
- „Die Bauernangelegenheit im Livländischen Gouvernement. Geschichtliche Skizze auf Grund der Ergebnisse der Senatoren-Revision [Manassein's] 1882—1883“ (russisch), im „Westnik Jewropy“ (Europäischer Bote), Jahrg. 41, Bd. VI (St. Petersburg 1906), S. 673 ff.
- Bauer-Verordnung, Livl., 1819: „Die Livländische Bauer-Verordnung vom 26. März 1819“ in der „Gesetz-Sammlung für das Jahr 1819. Auf Befehl von der Reichs-Gesetzkommission herausgegeben. I. Buch, II. Abt.“, St. Petersburg, März 1820 (deutsch).
- Bauer-Verordnung, Livländ., 1849: „Livländische Agrar- und Bauer-Verordnung. In Übereinstimmung mit der vom dirigierenden Senat im Jahre 1849 erlassenen Original-Druckschrift in russischer Sprache.“ Riga 1850 (deutsch). Hierzu: Alphabetisches Sach- u. Wortregister, Riga 1851 (deutsch).
- Bauer-Verordnung, Livländische, 1860: „Livländische Bauer-Verordnung, am 13. November 1860 Allerhöchst bestätigt“, Riga 1861; dazu: Alphabetisches Sach- u. Wort-Register, ebda 1862.
- „Baltische, namentlich livländische Bauernzustände“, s.: Waldemar, Chr., u. a. T.
- Becker, Bernhard: „Aus der Bautätigkeit Rigas und dessen Umgebung in der 2-ten Hälfte des 19-ten Jahrhunderts“, Riga 1898.
- „Die wirtschaftliche und soziale Bedeutung der Zeitpacht in der deutschen Landwirtschaft“, in: „Berichte über Landwirtschaft“, hrsg. vom Reichsministerium f. Ernährung u. Landwirtschaft, Neue Folge, Bd. I, Heft 3 u. 4, Berlin 1923.
- „Die Bedrückung der Deutschen und die Entrechtung der protestantischen Kirche in den Ostseeprovinzen.“ Leipzig 1886.
- Beesbardis, Kaspar: „Der Sprach- und Bildungskampf in den baltischen Provinzen Rußlands“, Bautzen 1865.
- „Behördenverfassung“ s.: „Provinzialrecht der Ostseegouvernements“ usw.
- Behr, Edmund von: „Zur Kurländischen Reformfrage. Offener Brief an Herrn Edmund von Heyking.“ Leipzig 1879.
- Behr-Tetelmünde, Ferdinand von: „Betrachtungen über Herkunft und Zweck der russischen Landwirtschaftsinstitutionen.“ Balt. Monatsschr. Bd. 32 (1885), S. 397 ff.
- „Ein Beitrag zur Landarbeiterfrage.“ Rig. Rundschau vom 15. August 1927, Nr. 180.
- „Livländische Beiträge“, s.: Bock, Woldemar v., u. a. T.
- Berendts, A.: „Die Auflösung des Deutschen Ordens in Livland.“ Balt. Monatsschr. Bd. 49 (1900), S. 221 ff.
- Bergengrün, Dr. Alexander: „Die Abschiedsgrüße unserer Landesgymnasien.“ Balt. Monatsschr. Bd. 40 (1893), S. 245 ff.
- Bergmann, E. (-Smiltēn): „Verschleppt, usw.“, s.: L. Goertz und E. Bergmann, u. a. T.
- „Bericht des Landratskollegiums, betr. Abänderung der geltenden Bodenrechte.“ Druckvorlage f. d. livl. Landtag 1908. (Druck von W. F. Häcker, Riga.)

- „Bericht des Landratskollegiums über den Abschluß der Grundsteuerreform.“ Vorlage f. d. livl. Landtag 1914. (Druck von W. F. Häcker, Riga 1914).
- „Bericht betr. die Ausbildung von Landmessern am Rigaer Polytechnischen Institut“, Druckvorlage f. d. livl. Landtag 1902. (Riga, W. F. Häcker, 1902.)
- „Bericht der vom Landtag 1908 zur Bearbeitung der Kirchenreformfrage niedergesetzten Kommission an den außerordentlichen Landtag des Jahres 1909“, Druckvorlage. (Druck von W. F. Häcker, Riga 1908.)
- „Bericht des Landratskollegiums über die Delegiertenkongresse der Adelskorporationen des Russischen Reiches“, Druckvorlage f. d. livl. Landtag 1908. (Druck von W. F. Häcker, Riga 1908.)
- „Bericht über die Errichtung des temporären Baltischen Generalgouvernements.“ Vorlage f. d. livl. Landtag 1906. (Druck von W. F. Häcker.)
- „Bericht des Landratskollegiums über den Fortgang der Grundsteuerreform.“ Druckvorlage f. d. livl. Landtag 1906. (Druck von W. F. Häcker, Riga.)
- „Bericht des Landratskollegiums über die Vorschläge des Baltischen Konseils zur Frage der Regelung der Agrarverhältnisse in den Baltischen Provinzen“, Druckvorlage f. d. livl. Landtag 1908. (Druck von W. F. Häcker, Riga 1908.)
- „Bericht der deutschen Knabenschule zu Fellin über die Schuljahre 1910/11 bis 1912/13“, Fellin 1913.
- „Der Bericht des Landratskollegiums über die infolge der Grundsteuerreform getroffenen Maßnahmen zur Modifikation agrarrechtlicher Bestimmungen der Bauernverordnung“, Vorlage f. d. livl. Landtag 1914. (Druck von W. F. Häcker, Riga 1914.)
- „Bericht, betr. das ritterschaftl. Projekt einer Reform der Grundsteuer-Einschätzung“, Druckvorlage f. d. livl. Landtag 1900. (Riga, W. F. Häcker, 1900.)
- „Bericht des Landratskollegiums über den Gesetzentwurf betr. die Reorganisation der Kirchenverwaltung in den Landkirchspielen Livlands“, Vorlage f. d. livl. Landtag 1914. (Druck von W. F. Häcker, Riga 1914.)
- „Bericht des Landratskollegiums zu den Beschlüssen des Baltischen Konseils über die Reorganisation des Volksschulwesens“, Druckvorlage f. d. livl. Landtag 1908. (Druck von W. F. Häcker, Riga 1908.)
- „Bericht des Landratskollegiums betr. die Reorganisation der Wegebauwirtschaft“, Vorlage f. d. livl. Landtag 1914. (Druck von W. F. Häcker, Riga 1914.)
- „Bericht des Schulkollegiums des Landesgymnasiums zu Birkenruh zum Landtage 1908“, Druckvorlage f. d. livl. Landtag 1908. (Druck von W. F. Häcker, Riga 1908.) Siehe auch: „Landtagsbericht usw.“
- „Bericht der im März 1909 gewählten ritterschaftlichen Schulkommission an den [livl.] Landtag von 1910“, Druckvorlage nebst „Gesetzentwurf zur Reform des evang.-luth. Elementarschulwesens auf dem flachen Lande in Livland“. (Druck von W. F. Häcker, Riga 1910.)
- „Bericht[e] über die Verhandlungen der Kaiserlichen Livländischen Gemeinnützigen und Ökonomischen Sozietät und des Livländischen Bureaus für Landeskultur nebst Versuchsstation“ für die Jahre 1900—11, Dorpat 1901—1912.
- „Bericht über ein altes Tagebuch“, s.: Eckardt, Jul., u. a. T.
- „Bericht über die Vorarbeiten zur Ausführung des Gesetzes vom 4. Juni 1901, betr. die Schätzung der ländlichen Immobilien des livl. Festlandes“ Druckvorlage f. d. livl. Landtag 1902. (Riga, W. F. Häcker, 1902.)
- „Der Bericht über das Wegebaukapital“, Druckvorlage f. die livl. Landtage 1902 u. 1905. (Riga, W. F. Häcker, 1902 u. 1905).
- Berkholz, Arend von, s.: „Album Fratrum Rigensium.“
- Berkholz, Dr. Chr. Aug.: „Erinnerungen an G. von Klot“ in den „Mitteilungen und Nachrichten f. d. evang.-luth. Geistlichk. Rußlands“, Jahrg. 1856, Riga, Heft 6, S. 542 ff. u. S. 565 ff.
- Derselbe: „Jakob Lange, Generalsuperintendent in Livland“, Riga 1884.
- (Berkholz, Georg): „Die Anklage auf Separatismus.“ Balt. Monatsschr. Bd. 10 (1864), S. 353 ff.



- (Derselbe): „Livländische Korrespondenz.“ Ebd. Bd. 6 (1862), S. 173 ff.; Bd. 9 u. 10 (1864), SS. 377ff. resp. 451 ff.; Bd. 11 (1865), S. 160 ff.
- (Derselbe): „Pro ordine civico.“ Ebd. Bd. 9 (1864), S. 267 ff.
- (Derselbe): „Zur Nationalitätenfrage.“ Ebd. S. 568 ff.
- (Derselbe): „Zur Situation.“ Ebd. Bd. 16 (1867), S. 83 ff.
- „Beschlüsse der livländischen Landtage, sowie der Kreistage und der Adelskonvente 1890—1914. Als Manuskript für Landtagsberechtigte fortlaufend gedruckt bei W. F. Häcker Riga. Besobrasow, W. P.: „Die Landschaftsinstitutionen und die Selbstverwaltung.“ A. d. Russischen übersetzt von H. v. Samson. Dorpat 1879.
- „Nationale Bestrebungen und Ziele und nationaler Schwindel“, in der „Rig. Ztg.“ Nr. 95 u. 96 vom J. 1882.
- „Die deutsch-lettischen Beziehungen in den baltischen Provinzen. Von einem Balten“, mit einem Vorwort von Prof. Dr. O. Külpe, Leipzig 1916.
- Bielenstein, Dr. A.: „Ein glückliches Leben.“ Riga 1904.
- Derselbe: „Über die Satire im lettischen Volksliede und im Baltijas Semkopis“, im „Magazin der Lettisch-literarischen Gesellschaft“, 16. Band, Mitau 1878, S. 102 ff.
- Derselbe: „Welches Volk hat an den Küsten des Rigischen Meerbusens und in Westkurland die historische Priorität, die indogermanischen Letten oder die mongolischen Finnen?“, Balt. Monatsschr. Bd. 36 (1889), S. 87 ff.
- Derselbe: „Zum 300jährigen Jubiläum der lettischen Literatur.“ Riga 1886.
- Bienemann [sen], Friedrich: „Babel über Akten. Einige Worte über Dilettantismus, Anonymität und Agrarreform.“ Riga 1880.
- Derselbe: „Ein halberfüllter Befehl.“ Balt. Monatsschr. Bd. 27 (1880), S. 333 ff.
- Derselbe: „Briefe des Fürsten Karl Lieven.“ Balt. Monatsschr. Bd. 42 (1895), S. 191 ff., 265 ff. u. 422 ff.
- (Derselbe): „Im Februar.“ Balt. Monatsschr. Bd. 29 (1882), S. 162 ff.
- Derselbe: „Pro domo.“ Balt. Monatsschr. Bd. 26 (1879), S. 570 ff.
- Derselbe: „Der russische Gemeindebesitz als Deliberandum des livl. Landtages“, Balt. Monatsschr. Bd. 30 (1883), S. 834 ff.
- Derselbe: „Der Dorpater Professor Georg Friedrich Parrot und Kaiser Alexander I.“ Reval 1902.
- Derselbe: „Die Statthalterchaftszeit in Liv- und Estland (1783—96).“ Leipzig 1886.
- (Derselbe): „Zur Lage.“ Balt. Monatsschr. Bd. 27 (1880), S. 517 ff.
- Bienemann jun., (Prof.) Dr. Friedrich: „Aus vergangenen Tagen“, Reval 1913.
- Derselbe: „Die Begründung des livländischen Landratskollegiums.“ Riga 1893.
- Derselbe: Einleitung zu: „Die livländischen Landmarschälle von 1643—1899“ von C. v. Rautenfeld. Balt. Monatsschr. Bd. 47 (1899), S. 145 f.
- Derselbe: „Lettische Geschichtsauffassung, Propaganda und Errungenschaften.“ Balt. Monatsschr. Bd. 76 (1913), S. 112—131 u. S. 201—220.
- Derselbe: „Die Katastrophe der Stadt Dorpat während des Nordischen Krieges.“ Reval 1902.
- Derselbe: „Das Tagebuch des Generals von Hallart über die Belagerung und Schlacht bei Narva 1700.“ Reval 1894.
- Derselbe: „Zur Charakteristik Alexanders I.“ Balt. Monatsschr. Bd. 49 (1900), S. 401 ff.
- Derselbe: „Zur Gründungsgeschichte der zweiten schwedisch-livländischen Universität Dorpat.“ Mitteilungen aus dem Gebiet der Geschichte Liv-, Est- und Kurlands etc. Bd. 16. Riga 1892.
- Bihlmann, Dr. Alfred: „Die politischen und wirtschaftlichen Grundlagen der Baltischen Republik Lettland. Ein Handbuch für Journalisten, Politiker und Wirtschaftler.“ Riga 1926.
- „Neue Bilder aus der Petersburger Gesellschaft. Von einem Russen.“ Leipzig 1874.
- Blaese, Max von (Obertaxator des kurl. Kreditvereins): „Skizze der landwirtschaftlichen Verhältnisse Kurlands“, in: „Kurland“, Heft 27 der „Schriften zur Förderung der inneren Kolonisation“ Berlin 1918, S. 16 ff.
- „Baltische Blätter“, 9.—11. Jahrgänge. Berlin 1926—28.
- „Russisch-Baltische Blätter. Beiträge zur Kenntnis Rußlands und seiner Grenzmarken“, anonym

- hrsg. von Friedr. v. Jung-Stilling, später von Max v. Oettingen; 1. Heft 1886, 2. und 3. Heft 1887, 4. Heft 1888. Leipzig.
- Blank, Ernst: „Der lettische nationale Gedanke im Feuer des gesellschaftlichen Kampfes“. Riga 1923 (lettisch).
- „Ein Blick in ein kurisches Restgut“. „Rig. Rundschau“ vom 28. April 1927, Nr. 93.
- „Heinrich von Bock, Landmarschall von Livland usw.“ s.: Tobien, Alexander v., u. a. T.
- Bock, Woldemar von: „Evangelische Allianz und Russische Diplomatie“. Berlin 1872. — Der russ. Originaltext findet sich in: „Russisches Archiv“ (russisch) 1898, Bd. 3, S. 586 ff., und ist schon, nebst einer französischen Übersetzung, 1870 bei R. Behr in Berlin erschienen.
- Derselbe: „Livländische Beiträge zur Verbreitung gründlicher Kunde von der protestantischen Landeskirche und dem deutschen Landesstaate in den Ostseeprovinzen Rußlands, von ihrem guten Rechte und von ihrem Kampfe um Gewissensfreiheit“. — Anfänglich anonym herausgegeben, seit 1869 aber vom Autor gezeichnet. Bd. I (Beiträge 1—3), Berlin 1867—68; Bd. II (Hefte 1—6), Leipzig 1868—69; Bd. III (= Neue Folge Bd. I, Hefte 1—5), Leipzig 1869—71. Alphabet. Namen- und Sachregister usw. zu Bd. I u. II, Leipzig 1870, zu Bd. III ebda 1871.
- Derselbe: „Die erste baltische Central-Commission.“ Balt. Monatsschr. Bd. 13 (1866), S. 97 ff.
- Derselbe: „Goethe und Bismarck“. Bd. XIX Heft 8/9 der „Frankfurter zeitgemäßen Broschüren“ neue Folge, hrsg. von Dr. J. M. Raich. Frankfurt 1899.
- Derselbe: „Die Historie von der Universität zu Dorpat und deren Geschichte“. Balt. Monatsschr. Bd. 9 (1864), S. 107 ff., 487 ff.
- „Bodenreform“, Zeitschrift, hrsg. von Adolf Damaschke, 29. Jahrg., Nr. 14 vom 20. Juli 1918.
- „Die Bodenreform in Finnland 1922“, offizieller Bericht. Helsingfors 1923 (deutsch).
- Bokalders, J.: „The Latvian Economist“, Ausgabe des Lettl. Finanzministeriums, Riga 1928 (engl.).
- Derselbe: „Lettlands Ökonomist“, desgleichen (deutsch).
- Böhm, Prof. Max: „Die Letten“. 3. Aufl. Berlin, Fritz Würtz, ohne Jahreszahl.
- Bonne, Dr. Georg: „Die Letten, ein germanischer Bruderstamm.“ Berlin 1921.
- Bornhaupt, Christian von: „Evangelisch-lutherische Kirche und die Gewissensfreiheit“, in: „Die deutschen Ostseeprovinzen Rußlands“. Berlin 1918.
- „Europäischer Bote“, s. „Westnik Jewropy“.
- „Revaler Bote“, deutsches Tageblatt in Reval, Estland; Nr. 94 vom 30. April 1921: [Zusammenfassung der Polemik „Vom Rechtsbewußtsein des Volkes“ von Alex. v. Tobien contra G. E. Luiga].
- (Bötticher, Th.): „Der livländische Landtag von 1862.“ Frankfurt a. M. 1862.
- Bourquin, E. A.: „Der Agitator Ballohd und das Herrnhutertum in Livland“ Nisky 1870.
- Brackel, Friedrich von: „Aus meinem Leben, Erinnerungen“. Balt. Monatsschr. Bd. 56 (1903), S. 70 ff., 337 ff., 430 ff.
- Brackmann-Fleckenstein, H.: „Ein verlorener Posten deutschen Geistes, deutscher Sitte und Kultur“ Leipzig 1886.
- Bradke, E. von: „Erinnerungen an Georg von Bradke“, in: „Heimatstimmen“ Bd. 4 (Reval/Leipzig 1909).
- Brasche, Pastor G.: „Ein Blick auf unsere lettische Volksliteratur der letzten Zeit, besonders die Journalistik“ Balt. Monatsschr. Bd. 4 (1861), S. 454 ff.
- Braschen, G. [Pseudonym für Gustav Michelson]: „Gedanken zur Konsolidierung des Livländischen Landesstaates“. Dorpat 1880.
- Braun, Prof. Fritz: „Ist Danzig ein Mittler zwischen Ost und West“, Beiblatt der „Danziger Allgemeinen Zeitung“ vom 3. Jan. 1928.
- Brennsohn, Dr. med. J.: „Die Ärzte in Livland von den ältesten Zeiten bis zur Gegenwart.“ Mitau 1905.
- „Der Brief des Fürsten Gortschakow an die Kölnische Zeitung“, in: „Russ.-Balt. Blätter“, 1. Heft, Leipzig 1886.
- „Ein Brief der Kaiserin Katharina II. an den Generalgouverneur Braun“ (Browne) vom 4. Februar 1763, Balt. Monatsschr. Bd. 42 (1895), S. 156 ff.
- „Ein Brief Bischof K. Christian Ulmanns aus dem Jahre 1842“. Balt. Monatsschr. Bd. 55 (1903), S. 219 ff.

- „Briefe aus dem Nachlaß G. Merckels“, s.: Eckardt, J., u. a. T.
- „Briefe an den Herrn und Kaiser Peter den Großen von Feldmarschall, Geheimrat etc. Grafen Boris Petrowitsch Scheremetjew“, Teil I, Moskau 1778 (russisch).
- „Vier Briefe eines Rigensers aus Petersburg vom Jahre 1805“. Balt. Monatsschr. Bd. 66 (1908), S. 91 ff.
- Broecker, H. v.: „Liv-, Est- und Kurländisches Privatrecht“ Dorpat 1902.
- Broglie, Herzog von: „Memoiren des Fürsten Talleyrand“. I. Band. Köln u. Leipzig 1891.
- „Eine Broschüre von J. Kauls“, „Rig. Rundschau“ vom 8. Januar 1927, Nr. 5.
- „Der Bruch der Gewissensfreiheit.“ Anonym in: „Russ.-Balt. Blätter“ Heft 3, S. 20 ff. (Leipzig 1887).
- „Ein verlassener Bruderstamm.“ Berlin 1890.
- (Brüggen, Ernst von der): „Der lutherische Kirchenpatronat in Livland“. Balt. Monatsschr. Bd. 20 (1871), S. 387 ff.
- Derselbe: „Das heutige Rußland.“ Leipzig 1902.
- Derselbe: „Unsere bauerlichen Verhältnisse im Jahre 1871.“ Balt. Monatsschr. a. a. O., S. 590 ff.
- Brünneck, Wilhelm von: „Wald und See in den Rittergütern der Mark Brandenburg“, im „Jahrb. für Nationalökonomie und Statistik“ hrsg. von Conrad usw., III. Folge, 15. Bd. Jena 1898.
- Bruiningk, Dr. Hermann (Baron) von: „Analekten zur Geschichte der Landwirtschaft und Viehzucht in Livland“, in: „Sitzungsberichte der Gesellsch. f. Gesch. u. Altertumskunde d. Ostseeprovinzen in Rußland“, a. d. J. 1906, Riga 1907, S. 7—18.
- Derselbe: „Die Arbeiten im Livländischen Ritterschaftsarchiv 1911/13“, ebda, a. d. J. 1913. Riga 1914, S. 145 ff.
- Derselbe: „Apologie der Apologetischen Bemerkungen.“ Balt. Monatsschr. Bd. 27 (1880), S. 486 ff.
- Derselbe: „Apologetische Bemerkungen“, ebda, S. 254 ff.
- Derselbe: „Denkschrift, betr. die Reallasten zum Besten der lutherischen Kirche Livlands.“ Als Manuskript gedruckt. Amtlich, mit der Ausfertigungsnummer 1933, Riga d. 28. März 1885. Neudruck: Riga 1913.
- Derselbe: „Das Geschlecht von Bruiningk in Livland.“ Riga 1913.
- Derselbe: „Livländische Güterurkunden“ Bd. II, hrsg. von Dr. H. v. Bruiningk. Riga 1923.
- Derselbe: „Der Livländischen Güterurkunden II. Band“ in: „Mitteilungen aus der livländischen Geschichte“, Bd. 22, Heft 1, Riga 1924. (S. 1—46).
- Derselbe: s. „Gutachten der v. Landtage d. J. 1899 in Sachen d. Landtagsrechte der Rig. Stadtdeputierten niedergesetzten Kommission“.
- (Derselbe): „Memorial für den Livländischen Adelskonvent im Dezember 1894 über die livl. Privilegien“, lithograph. Manuskript, teilweise veröffentlicht in d. Balt. Monatsschr. Bd. 49 (1900), S. 236 ff., 311 ff. u. 391 ff., unter dem Titel: „Zur Geschichte der livländischen Privilegien.“
- Derselbe: „Friedrich Baron Meyendorff, Livl. Landrat, ehemaliger livl. Landmarschall“, „Rigascher Almanach für das Jahr 1909“ S. 97 ff. Riga, W. F. Häcker.
- Derselbe: „Die Nachwirkungen der Gegenreformation in Livland“. Sitzungsberichte d. Gesellsch. f. Geschichte u. Altertumskunde zu Riga, aus dem Jahre 1914, (Riga 1914—1921), S. 86 ff.
- Derselbe: „Nochmals die sogenannte ‚Rosensche Deklaration‘ von 1739 und der Landrechtsentwurf. Zur Erwiderung auf Vigrabs Darstellung“ (lettisch), in: Monatsschrift des Lettland. Bildungsministeriums (lettisch), Jahrg. 1926, Nr. 5/6 (Riga), S. 137 ff.
- Derselbe: „Livländische Rückschau. Zur Abwehr gegen ‚Livländische Rückblicke‘“ Dorpat, Riga, Leipzig 1879.
- Derselbe: „Über die Verheerung durch die Pest auf dem flachen Lande in Livland 1710.“ Sitzungsber. d. Gesellsch. f. Gesch. usw., a. d. Jahre 1912 (Riga 1914), S. 387 ff.
- (Derselbe): „Zur Geschichte der livländischen Privilegien“, s.: (Derselbe): „Memorial für den Livl. Adelskonvent im Dez. 1894 über die livl. Privilegien.“
- Brutzkus: „Agrarentwicklung und Agrarrevolution in Rußland“, in: „Quellen und Studien“, Abt. Wirtschaft, hrsg. vom Osteuropa-Institut in Breslau. Neue Folge, Heft 2, Berlin u. Breslau 1925.

- Bücher, Karl: „Die Entstehung der Volkswirtschaft. Vorträge und Versuche.“ Tübingen 1904.
- (Buchholtz, Alexander): „Fünfzig Jahre russischer Verwaltung in den baltischen Provinzen.“ Leipzig 1883.
- (Derselbe): „Deutsch-protestantische Kämpfe in den Baltischen Provinzen Rußlands“ Leipzig 1888.
- Buchholtz, Anton: „Aktenstücke und Urkunden zur Geschichte der Stadt Riga“, aus dem Nachlaß hrsg. durch Dr. jur. August von Bulmerincq, Bd. I—III, Riga 1902 f. u. 1906.
- Derselbe: „Über die Kirchholmschen Könige“, in: „Sitzungsberichte der Gesellsch. f. Gesch. u. Altertumskunde d. Ostseeprovinzen in Rußland. 1899.“ Riga 1900. S. 119 ff.
- Derselbe: „Zur Geschichte der Belagerung und Kapitulation der Stadt Riga 1708—1710“, in: „Mitt. a. d. Gesch. Liv-, Est- und Kurlands“, Bd. 15, Riga 1893, S. 220 ff.
- Buchholtz, Arend: „Ernst von Bergmann.“ Leipzig 1911.
- Derselbe: „Die Kruedener-Blausche Betgesellschaft in Riga und ein Ausbruch religiöser Verrücktheit in Kolzen“. Balt. Monatsschr. Bd. 45 (1898), S. 29 ff. u. 96 ff.
- Derselbe: „Geschichte der Familie Schwartz.“ Berlin 1921.
- Derselbe: „Freiin von Kruedeners letzte Jahre“, im „Rigasch. Almanach für 1898“, Verlag W. F. Häcker.
- Buddenbrock, G. J. von: „Sammlung der Gesetze, welche das heutige livländische Landrecht enthalten, kritisch bearbeitet“. Bd. II, Abt. I. Riga 1821.
- Bulmerincq, Dr. jur. August von: „Die Besiedelung der Mark der Stadt Riga 1201—1600“. Sonderabdruck aus den „Mitt. aus d. livl. Geschichte“ Bd. 21, Heft 3, Riga 1921.
- Derselbe: „Die deutschen Ostseeprovinzen Rußlands“ in: „Deutsches Staats-Wörterbuch“, hrsg. von Dr. J. C. Bluntschli und K. Brater, Bd. 9 (Stuttgart u. Leipzig 1865), S. 1—61.
- Derselbe, s.: Buchholtz, Anton: „Aktenstücke und Urkunden zur Gesch. d. Stadt Riga.“
- Bunge, Dr. Friedrich Georg von, s. „Archiv f. d. Geschichte etc.“
- Derselbe: „Einleitung in die liv-, esth- und curländische Rechtsgeschichte und Geschichte der Rechtsquellen“ Reval 1849.
- Derselbe: „Geschichtliche Entwicklung der Standesverhältnisse in Liv-, Est- und Curland bis zum Jahre 1561.“ Dorpat 1838.
- Derselbe: „Geschichte des Gerichtswesens und des Gerichtsverfahrens in Liv-, Est- und Kurland.“ Reval 1874.
- Derselbe: „Chronologisches Repertorium der russischen Gesetze und Verordnungen für Liv-, Est- und Kurland“, Bd. II: 1762—1796. Dorpat 1824.
- Bunge, N. Chr., s.: „Denkschrift des Ministers N. Chr. Bunge.“
- (Buengner sen., Robert von): „Rechtskraft und Rechtsbruch der liv- und estländischen Privilegien.“ Leipzig 1887.
- Busch, Prof. Dr. Friedrich: „Der Fürst Karl Lieven und die kaiserliche Universität Dorpat unter seiner Oberleitung“. Dorpat und Leipzig 1846.
- Büttner, A.: „Polnische Gegenreformation in Livland“. Balt. Monatsschr. Bd. 17 (1868), S. 344 ff.

## C.

- Campenhausen, Dim. Landrat Baron, und Fr. von Jung-Stilling: „Offene Briefe über die Livl. Grundsteuerreform“. Riga 1876.
- Campenhausen, Ernst Baron, -Loddiger: „Ein Beitrag zur Agrarstatistik Livlands.“ Riga 1911.
- Derselbe: „Geschichte des Geschlechts der von Campenhausen.“ Riga 1908, als Manuskript gedruckt.
- Derselbe: „Zur Bevölkerungsstatistik“, in: „Baltische Bürgerkunde“, Riga (I. Teil, 1908).
- C[arlberg], N.: „Statistik des Konfessionswechsels in Livland.“ Balt. Monatsschr. Bd. 42 (1895), S. 795 ff.
- Derselbe: „Der Stadt Riga Verwaltung und Haushalt in den Jahren 1878—1900.“ Riga 1901.
- „Baltische Chronik“, Oktober 1896 — September 1904, Jahrg. 1—8, Beilagen zu Bd. 44—58 der Balt. Monatsschrift.
- Christiani, T., s.: Westling, F.: „Beiträge z. Kirchengeschichte v. 1656—1711.“
- Derselbe: „Die Gegenreformation in Livland“. Balt. Monatsschr. Bd. 36 (1889), S. 366 ff. u. 567 ff. und Bd. 37 (1890), S. 408 ff. u. 463 ff.

- „Chronik, Baltische Revolutions-. 1905—1906“, II. Teil, Beilage zu Bd. 65 u. 66 der Balt. Monatsschr., 1908.  
 „— des Revolutionsjahres 1905“, I.: Zur Vorgeschichte; Balt. Monatsschr. Bd. 61 (1906), S. 307 ff.

## D.

- Dalton, Hermann: „Die evangelische Kirche in Rußland“. Leipzig 1890.  
 Derselbe: „Lebenserinnerungen.“ Bd. 2 u. 3. Berlin 1908.  
 Derselbe: „Offenes Sendschreiben an den Oberprokureur des russischen Synods, Herrn Wirkl. Geheimerat Konstantin Pobedonosceff.“ 3. Aufl. Leipzig 1889. [Vgl. hierzu: Pospelow, Joh.: „Eine Antwort auf d. offene Sendschreiben des Pastors H. Dalton.“]  
 Derselbe: „Verfassungsgeschichte der evangelisch-lutherischen Kirche in Rußland.“ Gotha 1887.  
 Damaschke, Adolf, s.: „Bodenreform“, Zeitschr.  
 Dankadresse (Telegramm) der Livländischen Ritterschaft an Kaiser Nikolai II. vom 3. Juli 1905, Wortlaut abgedruckt im Rigaer Tageblatt, Nr. 151 vom 14. Juli 1905.  
 „Darstellung der landwirtschaftl. Verhältnisse usw.“, s.: v. Hueck, u. a. T.  
 „Debatten über das Kriegerland-Gesetz“, „Rig. Rundschau“ vom 12. April 1929, Nr. 81.  
 Dellingshausen, Eduard Freiherr von: „Gemeinsame Arbeit im Dienste der Heimat“, im „Jahrbuch des Deutschtums in Lettland 1926“, Riga.  
 Derselbe: „Die Baltischen Landesstaaten unter russischer Herrschaft 1710—1918 und die gegenwärtige Lage im Baltikum“, in Friedrich Mann's Pädagogischem Magazin, Heft 1080, Langensalza 1926.  
 „Denj“ (= Der Tag), russ. Zeitung in St. Petersburg. Auszugsweise Übersetzung eines Artikels aus der Nr. 50 vom J. 1862 in der Balt. Monatsschr. Bd. 6 (1862), S. 589 ff. Anmerkung.  
 Denkschrift des Ministers N. Chr. Bunge, in der Balt. Monatsschr. Bd. 56 (1903), S. 36 ff.  
 „Denkschrift des Polizeidepartements vom August 1905, betreffend Verhängung des Kriegszustandes über das Gouvernement Kurland“, ohne Angabe des Druckorts u. -Jahres (russisch).  
 „Denkschrift, betr. die Reallasten zum Besten d. luth. Kirche in Livland“, s.: Bruiningk, Hermann Baron, u. a. T.  
 „Denkschrift über die Ausführung des Gesetzes vom 21. Mai 1861, betr. die anderweite Regelung der Grundsteuer“, Berlin 1865.  
 „Denkwürdigkeiten S. M. Solowjews“ (russisch), in „Westnik Jewropy“ (Europäischer Bote), Jahrg. 42, Bd. 2 (St. Petersburg 1907), S. 437 ff.  
 Deßmann, G.: „Geschichte der Schlesischen Agrarverfassung.“ Straßburg 1904.  
 „Die Deutschen in Estland“, in der „Rig. Rundschau“ vom 12. Oktober 1927, Nr. 230.  
 Dibelius, Wilhelm: „England“, 1. Bd., 4. Aufl., Leipzig u. Berlin 1925.  
 Diederichs, Heinrich: „Aus dem Briefwechsel Edith von Rahdens mit Georg Berkholz.“ Balt. Monatsschr. Bd. 42 (1895), S. 709 ff., 803 ff.  
 Derselbe: „Briefe der Baroness Edith von Rahden an G(eorg) Berkholz.“ Balt. Monatsschr. Bd. 41 (1894), S. 14 ff. u. 105 ff.  
 Derselbe: „Garlieb Merkel als Bekämpfer der Leibeigenschaft und seine Vorgänger“, ebda. Bd. 19 (1870), S. 38 ff.  
 Derselbe: „Briefwechsel Juri Samarins mit der Baroness Edith Rahden“ Besprechung, ebda. Bd. 40 (1893), S. 368 ff.  
 Derselbe: „Baron Karl von der Recke“, in der „Düna-Zeitung“, Nr. 266 vom 25. 11. 1902, Riga.  
 Derselbe: (Über den Prediger J. N. Tiling-Mitau), Artikel in der „Allgemein. Deutschen Biographie“, Bd. 38, S. 299 ff.  
 Dietze, Prof. Dr. C. von, -Rostock: „Die englische Pachtgesetzgebung“, in: „Berichte über Landwirtschaft“, hrsg. v. Reichsminist. f. Ernährung u. Landwirtsch., Neue Folge, Bd. III, Heft 1, Berlin 1925, S. 87 ff.

(Doebner, Th(eodor), Pastor zu Kalzenau-Fehteln): „Bischof Dr. Ferdinand Walter, General-superintendent von Livland“, 2. Aufl. Erlangen 1871.

Dorneth, J. von: „Die Russifizierung der Ostseeprovinzen.“ Leipzig 1887.

Drews, Hans: „Die lettische Revolution und das Baltentum“, (Riga 1927).

„Düna-Zeitung“, Riga, 1—3. Jahrgang 1888—90 hrsg. von G. Pipirs und J. Korff; 1891—1909.

## E.

Eckardt, Johannes von: „Der Adel in Rußland.“ Balt. Monatsschr. Bd. 34 (1888), S. 606 ff.

Eckardt, Julius: „Jurij Samarins Anklage gegen die Ostseeprovinzen Rußlands“, Übersetzung nebst Kommentar. Leipzig 1869.

Derselbe: „Bericht über ein altes Tagebuch“, Balt. Monatsschr. Bd. 34 (1888), S. 775 ff. Der Bericht offenbar von Julius Eckardt stammend, ist wieder abgedruckt in: Fr. Bienemann: „Aus vergangenen Tagen“, Reval 1913, S. 242 ff.

Derselbe: „Briefe aus dem Nachlaß G. Merkels“, Balt. Monatsschr. Bd. 12 (1865), S. 381 ff.

Derselbe: „Bürgertum und Bürokratie“. Leipzig 1870.

Derselbe: „Die Einführung der Statthalterschaftsverfassung in Livland im Jahre 1783“, Balt. Monatschr. Bd. 16 (1867), S. 386 ff., und in: Eckardt: „D. balt. Provinzen Rußlands“, Leipzig 1868, S. 203 ff.

Derselbe: „Erinnerungen an Garlieb Merkel“, in: Eckardt: „D. balt. Provinzen Rußlands“, Leipzig 1868, S. 155 ff.

Derselbe: „Hamleer von Fölkersahm“, in: „D. balt. Provinzen Rußlands.“ Leipzig 1868.

Derselbe: „Die Generation vor uns“, Balt. Monatsschr. Bd. 34 (1888), S. 375 ff.

Derselbe: „Albert Hollander“, in: „Balt. u. russ. Kulturstudien aus zwei Jahrhunderten“ Leipzig 1869.

Derselbe: „Jungrussisch und altlivländisch.“ Leipzig 1871.

Derselbe, (Übersetzer), s.: Koschelew: „Land u. Freiheit.“

Derselbe: „Der livländische Landtag in seiner historischen Entwicklung.“ Balt. Monatsschr. Bd. 3 (1861), S. 38 ff., 116 ff.

Derselbe: „Livland im 18. Jahrhundert.“ Leipzig 1876.

Derselbe: „Garlieb Merkel“, in der „Allg. Deutschen Biographie“, und in den „Rigaschen Stadtblättern“, Nr. 45 vom J. 1885.

Derselbe: „Die baltischen Provinzen Rußlands“, Leipzig 1868, 2. Aufl. ebda. 1869.

Derselbe: „Die Universität Dorpat“, in „D. balt. Provinzen Rußlands“, 2. Aufl., Leipzig 1869.

Derselbe: „Rußlands ländliche Zustände seit Aufhebung der Leibeigenschaft. Drei russische Urteile.“ Leipzig 1870.

Derselbe: „Zur livländischen Landtagsgeschichte des 18. Jahrhunderts“, Balt. Monatsschr. Bd. 18 (1869), S. 247 ff., 428 ff.

Eckardt, Julius von: „Aus den Tagen von Bismarcks Kampf gegen Caprivi.“ Leipzig 1920.

Derselbe: „Lebenserinnerungen.“ Bd. 1 u. 2. Leipzig 1910.

Derselbe: „Livland um die Mitte des 19. Jahrhunderts“, Balt. Monatsschr. Bd. 64 (1907), S. 1 ff. und „Balt. Geistesleben“, I. Jahrg. 1929, Reval, Heft 4, S. 335 ff.

Eckert, Walter: „Kurland unter dem Einfluß des Merkantilismus (1561—1682).“ Marburger Dissertation, Marburg 1926.

Eggers, Alexander: „Baltische Lebenserinnerungen“, Heilbronn 1926.

(Eichhorn, W.): „Die jungestnische Bewegung“, Petersburg 1882.

Derselbe: „Selbsterlebtes und Nacherzähltes aus der Entwicklungsgeschichte Estlands und der Esten“, in: „Nordische Rundschau“ Bd. I, Reval 1884.

„Ein deutsches Land in Gefahr“. Berlin 1886.

„Eine Denkschrift der livländischen Ritterschaft.“ Balt. Monatsschr. Bd. 62 (1906), S. 279 ff.

„Eine wohlaufzuwerfende Frage“, in der „Zeitung für Stadt und Land“, Riga. Nr. 66 vom 24. 3. 1882.

- Eisenschmidt, Dr. phil. Alexander: „Der Kleingrundbesitz des Kreises Dorpat. Ein Beitrag zur Kenntnis der technischen Organisation und wirtschaftlichen Lage des estnischen Kleingrundbesitzes.“ Dorpat 1910.
- Eisenschmidt, H.: „Erinnerungen aus der Krümmerschen Anstalt.“ Dorpat 1860.
- [Ekesparre, Oscar von, Landmarschall von Oesel]: „Eine Unterredung mit K. P. Pobjedonoszew im J. 1885 [Oktober]“, Balt. Monatsschr. Bd. 59 (1905), S. 154 ff.
- „Die Elementarbildung im europäischen Rußland“, Balt. Monatsschr. Bd. 42 (1895), S. 527 ff.
- Engelhardt, A. von: „Die deutschen Ostseeprovinzen Rußlands.“ München 1916.
- Engelhardt, Hermann Freiherr von: „Beitrag zur Entstehung der Gutsherrschaft in Livland während der Ordenszeit“, Leipziger Inaugural-Dissertation. Leipzig 1897.
- Engelhardt, R. von: „Aus der Blütezeit baltischen Geistes“, in: „Baltisches Geistesleben. Zeugnisse aus deutscher Kultur-Arbeit.“ Heft 1. Reval 1928.
- Engelmann, J.: „Jakob Johann Graf Sievers“, Balt. Monatsschr. Bd. 31 (1884), S. 257 ff.
- Derselbe: „Das Staatsrecht des Kaisertums Rußland“, in Marquardsens Handbuch des öffentlichen Rechtes. Freiburg 1889.
- „Entwurf einer Reorganisation der Kommunalverwaltung Livlands. Zusammengestellt auf Grund des Landtagsschlusses vom Juli 1905.“ Druck von W. F. Häcker. Riga 1905.
- „Entwurf der livl. Ritter- und Landschaft, betr. die Schätzung der im livl. Gouvernement belegenen Immobilien behufs Umlage der Landesprästande“, Riga, Druck von W. F. Häcker 1899.
- Erdmann, Carl: „Ein provinzielles Jubiläum“. Balt. Monatsschr. Bd. 36 (1889), S. 748 ff.
- Derselbe: „Die Dorpater neue Kommunalverwaltung in ihrem ersten Quadriennium.“ Ebda. Bd. 29 (1882), S. 165 ff.
- Erdmann, R.: „Erinnerungen an die 60 er Jahre“, in: Fr. Bienemann: „Aus vergangenen Tagen.“ Reval 1913.
- „Ergänzungs-Paragrafen zur Erläuterung der am 20. Februar 1804 Allerhöchst bestätigten, über die Rechtsverhältnisse der Bauern des livländischen Gouvernements erlassenen Verordnungen. — Instruktion für die Meß-Revisions-Kommission in Livland. Vom 28. Februar 1809.“ Russisch und deutsch, St. Petersburg 1809; auch lettisch, Riga 1809.
- „Eine Erinnerung an das alte Birkenruh“, gez. „J.“, im „Rigaer Tageblatt“, Nr. 92 vom 25. 4. 1893.
- „Erinnerungen des Bibliothekars Emil Anders“, hrsg. von L. von Schroeder, Balt. Monatsschr. Bd. 39 (1892), S. 32 ff., 89 ff., 146 ff., 214 ff., 285 ff.
- „Erinnerungen an Graf P. A. Walujew“, Balt. Monatsschr. Bd. 37 (1890), S. 229 ff.
- „Die Eröffnung des Livländischen Landesgymnasiums in Birkenruh“ am 20. August 2. September 1906, Bericht im „Rigaer Tageblatt“, Nr. 192 vom 22. Aug./4. Sept. 1906.
- „Die Eroberung Kurlands“, Heft 23 des Sammelwerks: „Der große Krieg in Einzeldarstellungen. Unter Benützung amtlicher Quellen hrsg. im Auftrage des Generalstabes des Feldheeres“, Oldenburg 1918.

## F.

- (Faltin, Ratsherr Alexander): „Zur Reform unserer Gerichtsverfassung.“ Balt. Monatsschr. Bd. 12 (1865), S. 215 ff.
- „Im Februar“, s. Bienemann, Friedrich, u. a. T.
- „Feier der Freilassung der livl. Bauern den 6. Januar 1820 in der Kronskirche zu St. Jakob in Riga“, Riga (1820?), gedruckt bei J. C. Müller.
- „Die Feier des 22. Mai“, in: „Baltische Blätter“. Berlin, 1. Juni 1927, Nr. 11 des 10. Jahrg.
- Fenner, Gerhard, und Dr. von Loesch: „Die neuen Agrargesetze der ost- und südeuropäischen Staaten“. Band I der Sammlung „Handbücher des Ausschusses für Minderheitsrecht“, hrsg. von Johannes Tiedje, 2. Folge. Berlin 1923.
- „Festschrift zur Feier des Dorpatschen Lehrer-Seminars.“, s.: Maaß, Ad., u. a. T.

- Feyerabend, Harald: „D. Johannes Fischer, Generalsuperintendent in Livland von 1674—1710.“ Riga 1907.
- „Das Fiasko der estnischen Agrarreform“; „Rig. Rundschau“ vom 12. April 1924, Nr. 86.
- Fichte, Immanuel Hermann: „Johann Gottlieb Fichtes Reden an die deutsche Nation.“ Tübingen 1859.
- Fireks, Eduard Freiherr von: „Die Familie Gayl in Kurland“ im „Jahrb. f. Genealogie, Heraldik u. Sphragistik 1898“, Mitau 1899, S. 59 ff.
- Fireks, Georg Friedrich von: „Die Letten in Kurland oder Verteidigung meines Vaterlandes gegen die Angriffe von G. Merkel“, Leipzig 1804; Bibl. d. Gesellsch. f. Gesch. u. Altertumskunde zu Riga.
- Fireks, W(ilhelm) Baron: „Lettländische Innenpolitik und wir“, Balt. Monatsschr., 58. Jahrg. Heft 3, (1927), S. 178 ff.
- Derselbe: „Der landwirtschaftliche Kleinbetrieb und seine wirtschaftliche Entwicklung in Lettland“; „Rig. Rundschau“, Nr. 81, 82 und 83 vom 12., 13. und 14. April 1928.
- Derselbe: „Sanierung der Landwirtschaft“, Landtagsrede; ebda. vom 23. Februar 1927, Nr. 43.
- Derselbe: „Volkstum und Bodenständigkeit“; Balt. Monatsschr., 58. Jahrgang, Heft 1 (1927), S. 35 ff.
- Derselbe: „Wie der Landwirtschaft geholfen werden soll.“ „Rig. Rundschau“, Nr. 263 vom 22. November 1927.
- Derselbe: „Zur Frage der Bodenständigkeit“, in: „Baltische Stimmen“, Dorpat, Nr. 12 vom 2. März 1928.
- Derselbe: „Zur Frage der Entschädigung für enteignetes Gutsland“, „Rig. Rundschau“ vom 14. Juni 1921.
- Derselbe: „Zur Saaten-Interpellation“, ebda., Nr. 59 vom März 1929.
- Fischel, Dr. Eduard: „Die Verfassung Englands.“ Berlin 1862.
- „Lettlands Flachsbaum“, Aufsatz, gez.: Ed. St., „Rig. Rundschau“, Nr. 260 vom 17. November 1927.
- „Deutschlands Flagge auf den Inseln des Rigaschen Meerbusens.“ Heft 36 c des Sammelwerks: „Der große Krieg in Einzeldarstellungen; hrsg. im Auftrage des Generalstabes des Feldheeres“, Oldenburg 1918.
- Fleckenstein, H. Brackmann —, s.: Brackmann = Fleckenstein.
- Fletcher, Alfred: „Die Baltische Landeswehr“, in: „Baltische Blätter“, Berlin, Nr. 5 vom 1. März 1929.
- Foelkersahm, Hamilcar Baron: „Die Entwicklung der Agrarverfassung Livlands und Kurlands und die Umwälzung der Agrarverhältnisse in der Republik Lettland“, Heft 22 der Greifswalder staatswissenschaftl. Abhandlungen, Greifswald 1923.
- „Das lettländische Forstwesen“, „Rig. Rundschau“ Nr. 255 vom November 1926.
- „Erste Fortsetzung von d. Herrn Hofrat von Hagemeister Materialien zur Gütergeschichte Livlands“, s.: Tiesenhausen, C. v., u. a. T.
- Frey, Joh.: „Die Universität Dorpat“, in: „Die Religion in Geschichte und Gegenwart“, Handwörterbuch, hrsg. von Fr. M. Schiele u. L. Zscharnack. Bd. 2. Tübingen 1910.
- Freymann, Karl von: „Über den Geist der livländischen Kolonisation.“ Balt. Monatsschr. Bd. 58 (1904), S. 33 f.
- Derselbe: „Im Spiegel der Presse“, gez.: „Von PB“ Balt. Monatsschr. Bd. 59 (1905), S. 429 ff. u. 512 ff.; Bd. 60 (1905), S. 103 ff., 205 ff., 300 ff.
- Derselbe: „Um die livländische Volksschule.“ Balt. Monatsschr. Bd. 59 (1905), S. 391 ff.
- Freytag-Loringhoven, Prof. Dr. Freiherr von. Siehe: Semel: „Die Universität Dorpat“ usw. S. 54 ff.
- Fromme, Ernst: „Die Republik Estland und das Privateigentum“, Berlin 1922.
- Frost: „Die innere Kolonisation in den skandinavischen Ländern“, Berlin 1914.
- Fuchs, Dr. Carl Johannes: „Die Grundprobleme der deutschen Agrarpolitik in der Gegenwart.“ Stuttgart 1913.
- Derselbe: „Der Untergang des Bauernstandes und das Aufkommen der Gutsherrschaften. Nach archivarischen Quellen aus Neu-Vorpommern und Rügen“. Heft VI der „Abh. aus dem staatswissensch. Sem. zu Straßburg“, ebda. 1888.



## G.

Garais, S. Th., s.: Semzew, W.

Gaßmann, A., u. A. Baron Noleken: „Die Verordnungen über die Reorganisation des Gerichtswesens und der Bauernbehörden in den baltischen Gouvernements.“ Bd. 1 u. 2. Dorpat-Riga, 1889.

Gaethgens, Th.: „Zur Semisaecularfeier der Livl. Provinzialsynode“, Balt. Monatsschr. Bd. 31 (1884), S. 511 ff.

„Polit. Gedanken aus Lettland“, s.: Weinberg, Fr., u. a. T.

„Die Generation vor uns“, s.: Eckardt, Julius, u. a. T.

Gernet, Axel von: „Forschungen zur Geschichte des baltischen Adels“. 2. Heft: „Die Anfänge der livländischen Ritterschaft“ Reval 1895.

Derselbe: „Geschichte und System des bäuerlichen Agrarrechts in Estland.“ Reval 1901.

Derselbe: „Die Grundzüge der russischen Landschaftsverfassung.“ Reval 1897.

Derselbe: „Die im Jahre 1802 eröffnete Universität Dorpat und die Wandlungen in ihrer Verfassung.“ Reval 1902.

Derselbe: „Der Ursprung des altlivländischen Landtages“, Balt. Monatsschr. Bd. 43 (1896), S. 277 ff.

Derselbe: s. a.: G. O. Hansen und A. v. Gernet: „Archiv d. Familie v. Stackelberg“ usw.

Gernet, Bruno von: „Die Bedeutung der Wasserstraße Riga-Cherson für das wirtschaftliche Leben Rußlands“, Riga 1914 (russisch).

(Gerstfeld, Philipp): „Die Reform der Rechtspflege in den Ostseeprovinzen“ Balt. Monatsschr. Bd. 6 (1862), S. 539 ff.

„Geschäftsordnung für die Versammlungen der livländischen Ritter- und Landschaft vom 15. Dezember 1872.“ Riga 1873.

„Lettische Geschichtsauffassung, Propaganda und Errungenschaften“, s.: Bienemann jun., Fr., u. a. T.

„Gesetz für die evangelisch-lutherische Kirche in Rußland vom J. 1832“. Ausgabe vom J. 1857 mit den Supplementen vom J. 1876 u. 1879. In russ. Sprache St. Petersburg, ohne Jahresangabe f. d. Druck. Aus dem Russ. übersetzt, St. Petersburg 1881. Ausgabe vom J. 1896, übersetzt von P. von Colongue, Riga 1898.

Dasselbe: — mit Erläuterungen. Übersetzt und herausgegeben von R. von Freymann, Reval 1901.

„Gesetz vom 26. Februar 1871, betreffend die Rechte der Landsassen im Landtage und die Ausdehnung des passiven Wahlrechts zu Ämtern auf Personen aller Stände“, in: „Vollständige Sammlung der Reichsgesetze“ (russisch), Nr. 49291.

„Gesetz betr. die Schätzung der im livl. Gouvernement belegenen Immobilien behufs Umlage der Landesprästanden. Allerhöchst am 4. VII. 1901 bestätigtes Reichsgutachten“, Riga (1908).

„Gesetzbuch [russ.: „Sswod sakònow“] des Russischen Reiches.“ Systematische Redaktion (Kodifikation) der russ. Reichsgesetze; seit 1832, St. Petersburg, (in russischer Sprache). Bd. I (Ausgabe vom J. 1892); IV (Ausgaben von 1857 u. 1886); IX u. X (Ausgabe vom Jahre 1892).

„Gesetzentwurf zur Reform d. evang.-luth. Elementarschulwesens auf d. flachen Lande in Livland“ [1909/10], s.: „Bericht d. im März 1909 gewählten ritterschaftl. Schulkommission usw.“

„Das Gesetzgebungsrecht in Livland. Eine landesstaatliche Erörterung“. I: Allgemeiner Teil. Leipzig 1873.

Girgensohn, Prof. Dr. Karl: „Die theologische Fakultät“, in: Semel: „Die Universität Dorpat usw“.

Derselbe: „Über die Prinzipien zur Neuorganisation der evang.-luth. Kirche Rußlands gemäß der durch die Revolution neuentstandenen Lage“, in den „Materialien zur Frage einer Reorganisation der evang.-luth. Kirche Rußlands“, gedruckt als Manuskript (1907).

Girgensohn, Sup. R.: „Dr. Otto Girgensohn, Superintendent und Oberpastor zu St. Olai in Reval“, 3. Abschn., Balt. Monatsschr. Bd. 28 (1881), S. 615 ff.

Gneist, Rudolf: „Geschichte und heutige Gestalt der englischen Communalverfassung oder des Selfgovernments“, 2. Aufl. 1863.

- Goertz, L.: „Beiträge zur Geschichte der baltischen Internate“, Vortrag. Sonderabdruck aus: „Arbeiten des II. baltischen Historikertags zu Reval 1912“, Riga 1914.
- Derselbe und E. Bergmann-Smilten: „Verschleppt. Erlebnisse während der Bolschewikenzeit.“ Riga 1918.
- (von Goßler): „Verwaltungsbericht der Zivilverwaltung der baltischen Lande, 15. August—15. Dezember 1918“ als Manuskript gedruckt s. a. et. l. (Bibl. d. Gesellsch. f. Gesch. u. Altertumsk. zu Riga).
- Goetze, Peter v.: „Fürst Alexander Nikolajewitsch Golitzin und seine Zeit.“ Leipzig 1882.
- „Livländische Gouvernements-Zeitung“ offiz. u. nichtoffizieller Teile, 36 Jahrgänge, Riga 1852—88, deutsch; seit 1889 russisch („Wedomosti“ usw.) bis 1914, Riga.
- Grave, Dr. K. L.: Nekrolog auf Hermann v. Campenhausen-Orellen († 1836), in den „Mitteilungen aus d. Gebiet d. Gesch. Liv-, Est- u. Kurlands“. Bd. I, Riga 1840, S. 50 ff.
- Grenzstein, K.: „Herrenkirche oder Volkskirche? Eine estnische Stimme im baltischen Chor“ Jurjew (Dorpat) 1899.
- Grosberg, Oskar: „Am Ausgang einer kulturträgerischen Mission“ „Rig. Rundschau“ Nr. 173 vom 13. August 1926; abgedruckt in den „Balt. Blättern“, Berlin, 1. Sept. 1926, Nr. 26.
- Derselbe: „Zerstörte Hoffnungen“, „Rig. Rundschau“ vom 1. Oktober 1927, Nr. 221.
- Derselbe: „Konzeption und Vollendung des lettischen nationalen Gedankens“, ebda., Jahrg. 1923, Nr. 214, 216 u. 219.
- Derselbe: „Die lettländische Landwirtschaft“, ebda., vom 21. Februar 1927, Nr. 41; vom 22. Februar 1927, Nr. 42; vom 10. März 1927, Nr. 55.
- Derselbe: „Lettgallen, das agrare Tohuwabohu“ ebda., vom 27. Juni 1922.
- Derselbe: „Lettland ersäuft“, ebda., vom 7. Juni 1928, Nr. 125.
- Derselbe: „Meschwalden. Ein livländischer Gutshof im Kreislauf des Jahres“. Riga 1926.
- Derselbe: „Georg Neiken. Ein lettischer Volksmann und Schriftsteller“, „Rig. Rundschau“, Nr. 85 vom J. 1926.
- Derselbe: „Periculum in mora“, ebda., vom 19. Juni 1928, Nr. 135.
- Derselbe: „Die Presse Lettlands“, Riga 1927.
- Derselbe: „Christian Waldemar. Ein lettischer Volksmann“, „Rig. Rundschau“, Nr. 268 vom 28. November 1925.
- Derselbe: „Wassersnot“, ebda., vom 8. Mai 1926, Nr. 101.
- Derselbe: „Querschnitt durch die Wirtschaft Lettlands“ ebda., Nr. 183 vom 18. August 1927.
- Groß, Edgar: „Die livländische Gegenreformation und ihr hervorragendster Bekämpfer“ in den „Mitteilungen und Nachrichten für die evang. Geistlichk. Rußlands“, Bd. 57, Riga 1901.
- Grote, N. von: „Baltisches Studentenwesen“, in: „Deutsche Akademische Stimmen“, München, Nr. 24/25 vom 8. 2. 1823.
- Grünberg, V.: „Die Freisassen im kurländischen Gouvernement“, in der Wochenschrift „Die Heimat“, Reval, Nr. 175—180 vom 7.—9. August 1885.
- Gruenewaldt-Haackhof, Dr. O. von: „Vier Söhne eines Hauses. Zeit- und Lebensbilder aus Estlands Vergangenheit“, 2 Bde., Leipzig 1900.
- „Lettischer Grundbesitz während der Ordenszeit“, s.: Klaustin, R., u. a. T.
- Guleke, Reinhold: „Baltische Verkehrsstudien“. hrsg. vom „Livl. Verein zur Förderung d. Landwirtschaft. u. d. Gewerbe“, Dorpat 1866.
- „Gutachten des Dorpat-Werroschen Oberkirchenvorsteher-Amtes zu den Vorschlägen der ritterschaftlichen Kommission zur Ergänzung der Kirchspielordnung und der Instruktion über die fakultative Pfartheilung“, Dorpat, d. 9. Februar 1909, gezeichnet von: E. v. z. Mühlen (Assessor nobilis), J. Falck (Ass. eccles.) und M. v. Güldenstubbé (Notar).
- Dasselbe seitens des Pernau-Fellinschen Oberkirchenvorsteher-Amtes, vom 29. Januar 1909.
- Dasselbe seitens des Riga-Wolmarschen Oberkirchenvorsteher-Amtes, vom Februar 1909.
- Dasselbe seitens des Wenden-Walkschen Oberkirchenvorsteher-Amtes, Wenden, d. 5. Februar 1909. 4 Druckvorlagen f. d. livl. Landtag 1909. (Druck von W. F. Häcker, Riga 1909.)

- „Gutachten der vom Landtage des Jahres 1899 in Sachen der Landtagsrechte der Rigaschen Stadtdeputierten niedergesetzten Kommission“, Riga, d. 1. Mai 1902. Im Namen der Kommission gezeichnet von H. von Bruiningk. Als Manusk. gedr. Vorlage für d. livl. Landtag 1902. (Druck von W. F. Häcker, Riga.)
- „Gutachten des Livländischen Konsistoriums zu dem von der ritterschaftlichen Kommission ausgearbeiteten Projekt betr. die fakultative Teilung von landischen Kirchengemeinden“ vom 9. Febr. 1909, Nr. 1344, Druckvorlage f. d. livl. Landtag 1909. (Druck von W. F. Häcker, Riga 1909.)
- „Livländische Güterurkunden“, s.: Bruiningk, Herm. Bar., u. a. T.
- Gutzeit, W. von: „Wörtertschatz der Deutschen Sprache Livlands“, 2. Teil, Riga 1889.

## H.

- Hahn, Jürgen Freiherr von: „Die bäuerlichen Verhältnisse auf den herzoglichen Domänen Kurlands im 17. und 18. Jahrhundert“. Freiburger Inaugural-Dissertation, Karlsruhe 1911.
- Hahn, Traugott: „Erinnerungen aus meinem Leben“, 2. Band, Stuttgart 1922.
- „Handels-Archiv, Rigaer“, s.: Archiv. Rigaer Handels-.
- „Die Handhabung der ländlichen Verwaltung des Baltischen Gebietes durch die Adels-Institution“, Reval, ohne Angabe des Jahres der Veröffentlichung (russisch).
- „Handwörterbuch der Staatswissenschaften“, Bd. 3, 3. Aufl. 1909.
- Hansen, G. O., und A. von Gernet: „Archiv der Familie von Stackelberg“, Bd. II, Petersburg 1900.
- Hansen, Prof. Dr. J.: „Die Landwirtschaft in Ostpreußen“, 2. Teil der „Grundlagen des Wirtschaftslebens in Ostpreußen“. Jena 1916.
- Harless, Dr. G. C. Adolf v.: „Geschichtsbilder aus der lutherischen Kirche Livlands vom Jahre 1845 an“. Leipzig 1869.
- Derselbe: „Herrnhut in Livland vor 25 Jahren.“ Leipzig 1870.
- Harmsen, L., geb. Büttner: „Ein altes kurländisches Pastorat.“ Reval 1913.
- Harnack, Adolf von: „Baltische Professoren“, in: Paul Rohrbach: „Das Baltische Buch“, Dachau bei München 1918, und in: „Deutsche Akademische Stimmen“, München, Nr. 24/25 vom 8. 2. 1923.
- Harnack, Otto: „Livland als Glied des Deutschen Reichs vom 13. bis 16. Jahrhundert“ in: „Preuß. Jahrbücher“ Bd. 67, Berlin 1891; auch separat erschienen: Berlin 1891.
- Harnack, Prof. Dr. Th.: „Die lutherische Kirche Livlands und die Herrnhutische Brüdergemeinde. Ein Beitrag zur Kirchengeschichte neuerer und neuester Zeit“. Erlangen 1860.
- Hartge, Dr. Oswald: „Europäische Grenzscheide. Das Petschurgebiet“. Balt. Monatsschr. 60. Jahrg., 2. Heft (1929), S. 65 ff.
- Haßbach, Dr. W.: „Die englischen Landarbeiter in den letzten hundert Jahren und die Einhegungen.“ Bd. LIX der Schriften des Vereins für Sozialpolitik. Leipzig 1894.
- Hasselblatt, A.: „Züge aus unserer provinziellen Physiognomie vor zwei Menschenaltern.“ Balt. Monatsschr. Bd. 62 (1906), S. 92 ff.
- Derselbe und Otto, Dr. G., s.: „Album Academicum etc.“
- Hasselblatt, Werner: „Gedanken über Sicherung des baltischen Raumes“; Balt. Monatsschr., 59. Jahrgang, Heft 1. (1928), S. 12 ff.
- Hausmann, Prof. Dr. R(ichard): „Livländische Prozesse im Reichskammergerichtsarchiv zu Wetzlar“ in: „Sitzungsberichte d. Gelehrten Estnischen Gesellschaft zu Dorpat, 1886“ (Dorpat 1887), S. 28ff.
- Derselbe: „Über das Verhältnis des livländischen Ordens zum römisch-deutschen Reiche im 16. Jahrhundert.“ Balt. Monatsschr. Bd. 63 (1907), S. 1 ff.
- Hausmann, Dr. S.: „Die Grundentlastung in Bayern.“ Straßburg 1892, Heft X der „Abhandlungen aus dem staatswissenschaftlichen Seminar zu Straßburg.“
- Haym, R.: „Herder nach seinem Leben und seinem Wirken.“ Bd. I, Berlin 1880.
- Hedenström, Dr. Alfred von: „Geschichte Rußlands von 1878—1918.“ Stuttgart 1922.
- Derselbe: „Rigaer Kriegschronik 1914—1917.“ Riga 1922.
- Derselbe: „Zur Geschichte der Universität Dorpat 1865—1902.“ Balt. Monatsschr. Bd. 61 (1906), S. 447 ff.

- Hehn, C.: „Durch Holstein und Mecklenburg im Januar 1863“, in: „Livl. Jahrbücher d. Landwirtschaft“ Bd. 17, Dorpat 1864, S. 105 u. 242.
- Derselbe: „Die Intensität der livländischen Landwirtschaft; Abt. I: Der Grund und Boden und die Arbeit“ Dorpater Magister-Dissertation. Dorpat 1858.
- (Hehn, Victor): „Das Leben des Grafen Speransky, von Baron M. von Korff.“ Balt. Monatsschr. Bd. 4 (1861), S. 373 ff., 497 ff.
- „Baltische Heimat“, deutsche Zeitung in Riga; Nr. 52 vom 5. August 1919.
- „Die Heimat“, deutsche Wochenschrift in Reval (Januar 1882—Mai 1884), hrsg. vom Esten Heinrich (oder Harry) Jannsen. Nr. 36 vom 10. 9. 1883; Nr. 12, 13, 14, 15, 33—35 vom J. 1883; Nr. 5, 7 v. J. 1884.
- Heitmann, P. M.: „Nachricht von dem Liefländischen bey Walk errichteten Erziehungs-Institut“, Mitau 1781.
- (Helfritz, Professor): „Das deutsche Semester der Dorpater Hochschule. Ein Blatt der Erinnerung“, in der Beilage der „Täglichen Rundschau“. Nr. 3, 4, 6 u. 7 vom 4., 6., 13. und 14. Januar 1919.
- Herkner, Heinrich: „Die Arbeiterfrage“, 3. Auflage. Berlin 1902.
- Hermann, Carl Theodor: „Erinnerungen 1804—1837.“ Balt. Monatsschr. Bd. 38 (1891), S. 1 ff.
- Herr, Ministerialrat Dr.: „Die Anfänge einer Agrarreform in Schottland“, in: „Berichte über Landwirtschaft“, hrsg. vom Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft; Neue Folge, Band I, Heft 2. Berlin 1923.
- Heyking, Edmund von: „Kurland am Scheidewege.“ Stuttgart 1879.
- Derselbe: „Zur livländischen Landespolitik.“ Balt. Monatsschr. Bd. 26 (1879), S. 304 ff.
- Derselbe: „Zur Kurländischen Reformfrage“ ebda. Bd. 26 (1879), S. 460 ff.
- Derselbe: „Zur Widerlegung einiger Einwände gegen die Einführung der Landschaftsinstitutionen“, ebda, S. 615 ff.
- Hillner, G.: „Volks- und Bauernfreunde des alten Livland“, in: „Baltische Jugendschrift“, 5. Jahrgang, Riga 1902, S. 27 ff.
- Himmelstjerna, s.: Samson-Himmelstjerna, Hermann von.
- Hollander, Albert: „Über die Erziehungsanstalt in Birkenruh“. Riga 1850.
- Hollander, Bernhard: „Geschichte der literärisch-praktischen Bürgerverbindung in Riga, 1802—1927“. Allg. Teil. Riga 1927.
- Derselbe: „Dr. Albert Hollander“, in: „Balt. Blätter f. allgemeine kulturelle Fragen“. 2. Jahrg. Riga 1925.
- Derselbe: „Friedrich Baron Meyendorff“, im „Baltischen Jugendkalender“, Jahrgang 1914, Riga.
- Derselbe: „Riga im 19. Jahrhundert.“ Riga 1926.
- Derselbe: „Zum Gedächtnis der vor 100 Jahren erfolgten Begründung der Erziehungsanstalt Birkenruh“, „Rig. Rundschau“ vom 29. Mai 1925; „Baltische Blätter“, 8. Jahrg., Berlin, Nr. 11 vom 1. 6. 1925; „Balt. Blätter f. allgemeine kulturelle Fragen“, 2. Jahrg. Riga 1925.
- Derselbe: „Zur Geschichte der deutschen wissenschaftlichen Vereine in Lettland“, in: „Der Auslandsdeutsche“, Stuttgart 1923, auch Sonderabdruck.
- (Hollander jun., Ed.): „Riga unter der neuen Städteordnung.“ Balt. Monatsschr. Bd. 29 (1882), S. 461 ff., 531 ff.
- Hollmann, Prof. Dr. A. H.: „Die Agrarreform in Rumänien“, in: „Berichte über Landwirtschaft“, hrsg. vom Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft; Neue Folge, Band I, Heft 1. Berlin 1923.
- Derselbe: „Die Bodenreform in der tschechoslowakischen Republik“, ebda, Heft 2. Berlin 1923.
- Derselbe: „Die Landwirtschaft und die Agrarreform in Ungarn“, ebda, Neue Folge, Band II, Heft 1. Berlin 1924.
- Derselbe: „Zur Frage der optimalen Betriebsgröße in der Landwirtschaft“, ebda, Neue Folge, Band I, Heft 2. Berlin 1923.
- Hollmann, Friedrich: „Die Volksschule in Livland“. Dorpat 1873. Neudruck in: „Friedrich Hollmann“, Heft XII der Sammlung: „Aus baltischer Geistesarbeit“. Riga 1909.
- Hollmann, Hans: „Kurlands Agrarverhältnisse.“ Balt. Monatsschr. Bd. 40 (1893), S. 338 ff.

- Holst, Leopold von: „Chronik und Stammbaum der Familie von Holst“. Freiburg 1909.
- (Derselbe): „Gedanken und Vorschläge zur Abhilfe eines allgemein gefühlten Bedürfnisses, dem Adel der Provinz Livland zur Beprüfung und Beherzigung vorgelegt“. gedruckt in Dorpat 1826.
- Holtz, Dr. rer. pol. Ernst Dietrich: „Deutsche Siedelung im Baltenland“, Heft 31 der „Schriften zur Förderung der inneren Kolonisation“. Berlin 1920.
- Hoerner, R. von: „Baron Alfons Heyking“. Balt. Monatsschr. Bd. 50 (1900), S. 1 ff.
- Horny, Dr. Hugo: „Bauernlandsgefährdung, Bauernsiedlung, Bauernbesitzbefestigung in der Nachkriegszeit“, in: „Berichte über Landwirtschaft“, hrsg. vom Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft; Neue Folge, Band IV, Heft 3, Berlin 1926.
- Hoerschelmann, L.: „Die estnische Alexanderschule und die Pastoren.“ Balt. Monatsschr. Bd. 28 (1881), S. 671 ff.
- Hörschelmann, P.: „Andreas Knopken, der Reformator Rigas.“ Leipzig 1886.
- Hoetzsch, Otto: „Der Bauernschutz in den deutschen Territorien im 16.—19. Jahrhundert“ in: Schmollers „Jahrb. f. Gesetzgebung und Verw. im Deutschen Reich“, 26. Jahrg., 1902.
- Derselbe: „Die Lage in den Ostseeprovinzen“ in der „Schlesischen Zeitung“ vom November 1907, Nr. 772.
- (Hueck, von): „Darstellung der landwirtschaftlichen Verhältnisse in Est-, Liv- und Kurland“ Leipzig 1845.
- Hurt, Dr. S.: „Über die Pleskauer Esten oder die sogenannten Setukesen.“ Helsingfors 1904.

## J.

- Jabusch, s.: Müller-Jabusch, M.
- „Fünzig Jahre russische Verwaltung in den balt. Provinzen“, s.: Buchholtz, Alexander, u. a. T.
- „Statistisches Jahrbuch der Stadt Riga“ hrsg. von Alexander Tobien. Riga 1891.
- „Jahresbericht über den Bestand und die Tätigkeit des Gymnasiums Kaiser Alexander II. zu Birkenruh bei Wenden im Schuljahr 1882/83.“ Riga 1883.
- „Fünfter Jahresbericht des Livländischen Landesgymnasiums zu Birkenruh bei Wenden über das Schuljahr 1911/12.“ Riga 1912.
- „Jahresbericht der Felliner litterarischen Gesellschaft für die Jahre 1902—1904“. Fellin 1905.
- „Achter Jahresbericht über die Tätigkeit des Deutschen Vereins in Livland 1913.“ Riga 1914.
- Jakobsen, Staatskonsulent: „Die Landwirtschaft in Dänemark“, in: „Berichte über Landwirtschaft“, hrsg. vom Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft; Neue Folge, Band I, Heft 2, Berlin 1923.
- Jakobson, C. R.: „Offene Antwort des Herausgebers der ‚Sakkala‘ auf das zweite Anklageschreiben des Pastors J. Hurt. Aus dem Estnischen übertragen und mit einer Erläuterung und Anmerkungen versehen“. Fellin 1879.
- (Janowitsch u. Rudschenko), s.: „Die ländliche Verfassung etc.“
- Jäsche, G. B.: „Geschichte und Beschreibung der Feierlichkeiten bey Gelegenheit der am 21. und 22. April [1802] geschehenen Eröffnung der neuangelegten kaiserlichen Universität in Livland“, ohne Jahreszahl.
- Jermolow: „Unsere Landfrage“. Petersburg 1905 (russisch).
- „In der Sackgasse“, „Rig. Rundschau“ vom 10. Oktober 1925.
- „Inland“, balt. Zeitschrift, erschien in Dorpat. Nr. 26 vom Jahre 1863.
- „In Memoriam. Rückblicke auf das livländische Landesgymnasium Kaiser Alexanders II. zu Birkenruh.“ Riga 1892.
- Inselberg, s.: Peterson, Bach und Inselberg: „D. ritterschaftl. Parochiallehrerseminar usw.“
- „Schwedische Intoleranz in Livland.“ Balt. Monatsschr. Bd. 8 (1869), S. 61 ff.
- Johansen, Dr. Paul: „Siedlung und Agrarwesen der Esten im Mittelalter.“ Bd. 23 der „Verhandlungen der Gelehrten Estnischen Gesellschaft“. Dorpat 1925.
- Jordan, P.: „Die Resultate der estländischen Volkszählung am 29. Dezember 1881“. Reval 1886.

von der Issen, s.: Taube von der Issen, Helene v.

Jung-Stilling, Fr. von: „Offene Briefe usw.“ s.: Campenhausen, Dim. Landrat Baron, und Fr. von Jung-Stilling, u. a. T.

Derselbe: „Denkschrift betr. die Anlage einer livländischen Eisenbahn, vom livländischen Landrats-Colleg. der Commission zur Erforschung der Eisenbahnfrage in Rußland vorgestellt“. Riga 1880.

Derselbe und W. Anders: „Ergebnisse der livländischen Volkszählung“, III. Band: „Die Zählung auf dem flachen Lande“, Lieferung II. Riga 1885.

## K.

Kaehlbrandt, Emil: „Lebensbild eines livländischen Pastors.“ Riga 1910.

Kalkbrenner, Dr., Wien: „Die Agrarreform Österreichs“, in: „Berichte über Landwirtschaft“, hrsg. vom Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft; Neue Folge, Band III, Heft 1. Berlin 1925.

Kallas, O.: „Einiges über die Setud“, in: „Sitzungsberichte der Gelehrten Estnischen Gesellschaft. 1894“. Dorpat 1895, S. 81 ff.

Kallmeyer, Th.: „Die Begründung der evangelisch-lutherischen Kirche in Kurland durch Herzog Gotthard“, in: „Mitteilungen aus der livländischen Geschichte“, Bd. 6 (Riga 1851).

„Deutsch-protestantische Kämpfe in den Baltischen Provinzen Rußlands“, s.: Buchholtz, Alexander, u. a. T.

„Katalog der lettischen ethnographischen Ausstellung, verfaßt bei Gelegenheit des X. archäologischen Kongresses in Riga 1896. Aus dem Lettischen übertragen.“ Riga 1896.

Kauls, Johann: „Das internationale und das nationale Interesse an unserer Agrarreform. Betrachtungen eines lettischen Patrioten“, „Rig. Rundschau“ vom 12. Juni 1925, auch in: „Baltische Blätter“, 8. Jahrgang, Nr. 13. Berlin, 1. Juli 1925.

Über denselben s. a.: „Eine Broschüre von J. Kauls.“

Kaupisch, Hugo: „Die Befreiung von Livland und Estland — 18. Februar bis 5. März 1918“, Heft 39 des Sammelwerkes: „Der große Krieg in Einzeldarstellungen, hrsg. im Auftrage des Generalstabes des Feldheeres“. Oldenburg 1918.

Kawelin, K. D.: „Die Bauern-Emanzipation und Herr von Samson-Himmelstjerna“, [in: „Europäischer Bote“ Bd. V, 1883, S. 31 ff. (russisch)], übersetzt von Erwin Bauer. Reval 1883.

Keußler, Fr.: „Das erste gedruckte lettische Buch“, „Rig. Zeitung“ vom 11. Januar 1912, Nr. 8.

Keußler, Dr. Johannes von: „Aphorismen zur Baltischen Polizeireform“. Balt. Monatsschr. Bd. 36 (1889), S. 66 ff., 109 ff.

Derselbe: „Der livländische Taler und die Grundsteuerreform“. Balt. Monatsschr. Bd. 25 (1877), S. 139 ff., 234 ff.

Derselbe: „Zur Geschichte und Kritik des bäuerlichen Gemeindebesitzes in Rußland“, Separatabzug a. d. Balt. Monatsschr. Bd. 24 (Neue Folge, Bd. 6). Riga 1875.

Keußler, Paul von: „Lettgallen“, „Rig. Rundschau“, Nr. 240 vom 24. Oktober 1925.

Derselbe: „Zur Reform des bäuerlichen Grundbesitzes in Lettgallen“, ebda., Nr. 24 vom 1. Februar 1926.

Kieseritzky, A. von: „Livländische Bauernverordnung (vom J. 1860), 1. Hälfte. St. Petersburg 1900.

Kieseritzky, Prof. Gustav: „Die Entstehung des Baltischen Polytechnikums und die ersten 25 Jahre seines Bestehens“, in: „Festschrift der polytechnischen Schule zu Riga zur Feier ihres 25jährigen Bestehens“ Riga 1887, S. 1 ff.

K[laustin], R.: „Der lettische Aufzögling und seine soziale Stellung.“ Balt. Monatsschr. Bd. 76 (1913), S. 373 ff.

(Derselbe): „Der lettische Grundbesitz während der Ordenszeit.“ Balt. Monatsschr. Bd. 70 u. 71 (1910 u. 1911), S. 241 ff. u. 342 ff. resp. S. 431 ff.

„Russische Kirchenpolitik“, in „Russ.-Balt. Blätter“, 3. Heft. Leipzig 1887.

Kleeberg, s.: Schneider-Kleeberg.

Knapp, G. F.: „Die Bauernbefreiung und der Ursprung der Landarbeiter in den älteren Teilen Preußens“ Bd. I. Leipzig 1887. Bd. II. Leipzig 1897.

- Derselbe: „Die Landarbeiter in Knechtschaft und Freiheit.“ Leipzig 1891.
- Knieriem, Prof. Dr. W. von: „Landwirtschaft“ in: „Livland- und Estland-Ausstellung“, hrsg. von Dr. E. Stieda. Berlin 1918.
- Komarow-Kurlow: „Das Ende des russischen Kaisertums. Persönliche Erinnerungen des Chefs der russischen Geheimpolizei General der Kavallerie Komarow-Kurlow“ Berlin 1920 (deutsch).
- „Die vorbereitende Kommission des Livländischen Gouvernements vom Jahre 1906.“ Riga 1908 (russisch).
- „Die Dorpater neue Kommunalverwaltung in ihrem ersten Quadriennium“, s.: Erdmann, Carl, u. a. T.
- Kopylow: „Offenes Sendschreiben an Pastor Dalton“ russisch im „Russki Westnik“ (Russischer Bote), auch deutsch: Petersburg 1889. [Vgl. hierzu: Dalton, Hermann: „Offenes Sendschreiben an den Oberprokureur Pobedonosceff.]
- „Livländische Korrespondenz“ s.: Berkholz, Georg, u. a. T.
- „Petersburger Korrespondenz“, gez. W. L.“ Balt. Monatsschr. Bd. 28 (1881), S. 391 ff.
- Korff, Modest, s.: „Aus den Aufzeichnungen des Korff.“
- Koschelew, A.: „Land und Freiheit“ (russisch), übersetzt von J. Eckardt in: „Rußlands ländliche Zustände“. Leipzig 1870.
- Krause, Dr. H.: „Die Agrarreformen in Lettland und Estland“, in: „Quellen und Studien“ Abt. „Wirtschaft“, hrsg. vom Osteuropa-Institut in Breslau; Neue Folge, Heft 7. Berlin 1927.
- Krause, Prof. Johann Wilhelm: „Das erste Jahrzehnt der Universität Dorpat.“ Balt. Monatsschr. Bd. 53 (1902), S. 229 ff., 330 ff., 361 ff.
- „Landwirtschaftlicher Kredit“, „Rig. Rundschau“ vom 8. Januar 1927, Nr. 5.
- „Kriegsnotstand im Baltischen Lande“, hrsg. vom Baltischen deutsch-evangelischen Notstandskomitee. Riga 1918.
- „Die Krisis der kirchlichen Reallasten in Livland“, s.: Tideböhl, A. v., u. a. T.
- Kronwald, Otto: „Nationale Bestrebungen. Erläuterungen zu einem Artikel der Zeitung für Stadt und Land“. Dorpat 1872.
- Kropotkin, Fürst N. D.: „Das Patronat und die kirchlichen Lasten in den Baltischen Gouvernements.“ Riga 1906 (russisch).
- Derselbe: „Die Wegebaulast in dem livländischen, kurländischen und estländischen Gouvernement.“ Riga 1906 (russisch).
- Kügeler, Oberförster R.: „Waldvernichtung und Holzindustrie.“ „Rig. Rundschau“ vom 22. März 1929, Nr. 67.
- Kühne, Dr. Max: „Livland, Rußland und wir“, 2. Auflage. Gütersloh 1917.
- Kupffer, K. R.: „Aus der jüngsten Vergangenheit des Rigaschen Polytechnischen Instituts“ Riga 1906.
- Derselbe: „Baltische Landeskunde.“ Riga 1911.
- „Kurland“, Heft 27 der „Schriften zur Förderung der inneren Kolonisation“. Berlin 1918.
- Kurlow. s.: Komarow-Kurlow: „Das Ende des russ. Kaisertums usw.“
- Kurtz, Johann Heinrich: „Lehrbuch der Kirchengeschichte“. 14. Aufl., hrsg. von R. Bonwetsch u. P. Tschackert. II. Bd.: „Seit der Reformation“ bearb. von P. Tschackert. Leipzig 1906.

## L.

- Laakmann, Heinrich: „Lebensbedingungen des Baltischen Deutschtums“, in: „Baltische Stimmen“, Wochenzeitung für Stadt u. Land, Dorpat, 10. u. 17. Mai 1928, Nr. 18 u. 19.
- „Die Landbevölkerung Harriens nach dem Nordischen Kriege.“ Balt. Monatsschr. Bd. 73 (1912), S. 115 ff.
- „Die Livländischen Landesprivilegien und deren Confirmationen“, s.: Mueller, Otto, u. a. T.
- „Landeswilligungen, Die livländischen — und das livländische schatzfreie Hofsländ.“ in „Zeitung für Stadt und Land“, Nr. 66 vom J. 1877 (Riga.)
- Lander, K.: „Die bäuerliche Bewegung im Baltischen Gebiet“, Beilage zu: Peter Maslow: „Die Agrarfrage in Rußland“ 2. Teil, St. Petersburg 1908 (russisch).

- „Landgemeindeordnung (vom 19. Februar 1866) für die Ostsee-Gouvernements“, [In deutscher Übersetzung als Beilage zur „Rig. Zeitung“ Nr. 70 u. 178, Riga 1866.]
- „Der Livländische Landtag von 1862“, s.: Bötticher, Th., u. a. T.
- „Landtagsbericht des Schulkollegiums zu Birkenruh, März 1911“, Druckvorlage f. d. livl. Landtag 1911. (Druck von W. F. Häcker, Riga 1911.)
- „Die englische Landwirtschaft“, in: „Berichte über Landwirtschaft“, hrsg. vom Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft; Neue Folge, Band I, Heft 3 u. 4. Berlin 1924.
- „Die Landwirtschaft in Irland“, ebda, Neue Folge, Band III, Heft 2. Berlin 1925.
- „Latvie (Lettonie), Mémoire présenté par la délégation Latvienne à l'assemblée de la société des Nations. Imprimé à la Typographie de Préparation des papiers d'état de Latvie“, ohne Angabe des Ortes und der Zeit des Druckes.
- „Vom deutschen Leben in Estland“, in: „Kalender und Jahrbuch des Deutschen Elternverbandes in Lettland.“ Jahrg. 1925, Riga.
- Leonhard, im „Archiv f. Sozialwissensch. u. Sozialpolitik“ Bd. 44, 1918.
- Levy. Herrmann: „Die englische Agrarreform“ ebda, Bd. 38, 1914.
- Lieven, Baron Alexander: „Nachrichten zu einer Familiengeschichte der Barone, Freiherren Grafen und Fürsten Lieven“ II. Teil. Mitau 1911.
- Lieven, Dr. Wilhelm: „Das rote Rußland“, Tagebuchblätter. Berlin 1907.
- (Lingen,) M.: „Zur Erinnerung an die ehemalige Krümmersche Anstalt in Werro“ in d. deutschen „St. Petersburger Zeitung“ vom J. 1891, Nr. 218, 219 u. 220.
- „Livland und Irland“, s.: Samson-Himmelstjerna, H. v., u. a. T.
- „Livland um die Mitte des 19. Jahrh.“, s.: Eckardt, Jul., u. a. T.
- „Livland vor der Entscheidung. Rückblicke und Ausblicke an der Jahreswende 1917/18“ Hrsg. vom Rig. Deutschen evang. Notstandskomitee. Riga 1918.
- Lööral, W.: „Baltenhetze.“ Leipzig 1890.
- Loesch, Dr. von, s.: Gerhard Fenner und Dr. von Loesch: „D. neuen Agrargesetze usw.“
- Loewis of Menar, K. von: „Livländische Geschichte und Weltgeschichte.“ Balt. Monatsschr. Bd. 65 (1908), S. 3 ff.
- Derselbe: „Von Riga bis Danzig 1812—13. Aus dem Tagebuch des Generalleutnant Friedrich von Loewis of Menar.“ Balt. Monatsschr. Bd. 73 (1912), S. 95 ff.
- Derselbe: „Livländische Verkehrsverhältnisse in älterer und neuerer Zeit“, ohne Angabe des Ortes und des Zeitpunktes des Druckes.
- (Lossius, Eduard): „Eduard Johann Assmuth, Pastor zu Torma-Lohhusu in Livland. Ein Lebensbild aus der livl. Kirche und ein Beitrag zur Gesch. dieser Kirche, insbesondere ihren Kämpfen mit Herrnhut.“ Gotha 1859.
- Loudon, Harald Baron — und Heinrich Baron Loudon: „Sammlung der in den Ostseeprovinzen geltenden Bestimmungen des Zivilprozesses“, nach der russischen Gesetzausgabe. Riga 1890 (deutsch).
- Luiga, G. E.: „Vom Rechtsbewußtsein des Volkes. Eine Stimme der altera pars.“ Rig. Rundschau Nr. 73 vom 4. April 1921, Beilage, S. 5. [Vgl. A. v. Tobien, unter derselben Überschrift.]
- Lüth, Ulrich: „Die Lettländische Landwirtschaft vor und nach dem Weltkriege mit besonderer Berücksichtigung Liv- und Kurlands.“ Inaugural-Dissertation, Breslau; Strehlau 1929.
- (Luther, Dr. Martin): „Luther an die Christen in Livland.“ 16 Briefe Luthers, hrsg. von der Gesellschaft für Geschichte u. Altertumskunde zu Riga, 1866.
- Luther, F.: „Christentum und Volkstum.“ Balt. Monatsschr. Bd. 28 (1881), S. 213 ff.
- Derselbe: „Der Nationalismus ein Feind unserer kirchlichen und staatlichen Ordnung.“ Balt. Monatsschr. Bd. 29 (1882), S. 122 ff.

### M.

- (Maass, Adolf): „Festschrift zur Feier des 50-jährigen Bestehens des ersten Dorpatschen Lehrer-Seminars am 7. August 1878.“ Dorpat 1878.



- Mädler: „Die Handelswege der baltischen Lande“ in: „Balt. Wochenschr. f. Landwirtsch. usw.“, Dorpat 1863, S. 225 ff. u. 301 ff.
- Mager, Dr. F.: „Kurland“, Heft 2 d. Veröffentlichungen d. geograph. Instituts der Albertus-Universität zu Königsberg. Hamburg 1920.
- Manteuffel, Dr. G. Baron: „Die Bodenreform in Rumänien“, in: „Baltische Blätter“, Berlin 1. April 1928, Nr. 7.
- Markus, V.: „Die Durchführung der Agrarreform Lettlands 1919—1922.“ Riga 1922 (lettisch).
- Martna, M.: „Estland, die Esten und die estnische Frage.“ Zürich 1919.
- Maslow, Peter: „Die Agrarfrage in Rußland“, 2. Teil. St. Petersburg 1908 (russisch).
- „Ergänzende Materialien zu den Büchern: A. Rennikows: „Im Lande der Wunder“ und Arthur Tupins: „Das Baltische Gebiet und der Krieg. Stimmen der baltischen Deutschen und Äußerungen der russischen Presse.“ Mit einem Vorwort des Gliedes der Reichsduma Baron A. F. Meyendorff, Wenden 1915 (russisch).
- „Materialien zur Kenntnis des evangelisch-lutherischen Landvolksschulwesens in Livland“, veröffentlicht vom livländischen Landratskollegium. Riga 1884.
- Maurach, Carl: „Eines livländischen Pastors Leben und Streben, Kämpfen und Leiden.“ Leipzig 1900.
- „Memorial für d. Livl. Adelskonvent im Dez. 1894 über d. livl. Privilegien“, s.: Bruiningk, Hermann Baron, u. a. T.
- of Menar, s.: Loewis of Menar, K. von.
- Mensenkampff, E. von: „Autonomie und Selbstverwaltung“. Dorpat 1880.
- Derselbe: „Correspondenz“. Dorpat 1879.
- Derselbe: „Zur Orientierung über die russischen Landschaftsinstitutionen vom 1. Januar 1864.“ Riga 1882.
- Merkel, Garlieb: „Die Letten, vorzüglich in Liefland, am Ende des philosophischen Jahrhunderts“, 2. verbesserte Aufl., Leipzig 1800.
- Derselbe: „Die freien Letten und Esten.“ Leipzig 1820.
- Derselbe: „Supplement zu den Letten, oder Erklärung über die im zehnten Stück des Intelligenz-Blattes der allgemeinen Literaturzeitung erschienene Ansage des Herrn Ritters von Brasch, nebst einer Urkunde“, Weimar 1798.
- „Garlieb Merkel als Bekämpfer der Leibeigenschaft usw.“ s.: Diederichs, H., u. a. T.
- Mertens, E.: „Die Riga-Dünaburger Eisenbahn 1858—1863.“ Riga 1883.
- Mertens, Oskar: „Die Verkehrswege“ in: „Die deutschen Ostseeprovinzen Rußlands“. Berlin 1918.
- Mettig, C(onstantin): „Geschichte der Stadt Riga.“ Riga 1897.
- Derselbe: „Über die Pest von 1709“, in: „Rigasche Stadtblätter“ 1894, Nr. 8.
- Metzger, Prof. Dr. Carl: „Zur Landfrage in Finnland“ in: „Berichte über Landwirtschaft“, hrsg. vom Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft; Neue Folge, Band I Heft 1, Berlin 1923.
- Meyendorff, Baron A. F., s.: „Ergänzende Materialien zu den Büchern A. Rennikows u. Arthur Tupins“
- „Friedr. Bar. Meyendorff, Livl. Landrat, ehem. livl. Landmarschall“, s.: Bruiningk, Hermann Baron, u. a. T.
- (Meyendorff, Landrat Baron, und Landrat Baron Tiesenhausen): „Antrag zur Frage der Kirchenreform“, Druckvorlage f. d. livl. Landtag 1910, (Druck von W. F. Häcker, Riga 1910).
- Meyer von Waldeck, Fr.: „Unter dem russischen Scepter. Aus den Erinnerungen eines deutschen Publizisten“ Heidelberg 1894.
- Miaskowski, A. von: „Arnold von Tidebühl“. Balt. Monatsschr. Bd. 30 (1883), S. 685 ff.
- Michelson, Gustav. s.: Braschen, G.
- „Die Middendorff-Abende in Petersburg“ (Auszug aus: Hermann Dalton: „Lebenserinnerungen“ Bd. II, Berlin 1908), Balt. Monatsschr. Bd. 62 (1906), S. 302 ff.
- „Das russische Ministerium der Volksaufklärung und die lutherische Volksschule in Livland“, in: „Russ.-Balt. Blätter“, 4. Heft. Leipzig 1888.

- „Das Ministerkomitee und die Ostseeprovinzen im 19. Jahrhundert“, *Balt. Monatsschr.* Bd. 55 u. 56 (1903), S. 310 ff. u. 425 ff. resp. 25 ff.
- „Mitteilungen des livländischen Generalsuperintendenten über das Kirchenwesen im Jahre 1911.“ Riga 1912.
- Balt. Monatsschr.:** „Baltische Monatsschrift“. Bd. 1—18: 1359—69; Bd. 19—24 (= Neue Folge Bd. 1—6): 1870—1875; Bd. 25 (hrsg. von Gust. Keuchel): 1877; Bd. 26 u. 27 (hrsg. von Aug. Deubner): 1879 f.; Bd. 28—33 (hrsg. von Friedr. Bienemann [sen.]): 1881—1886; Bd. 34—39 (hrsg. von Rob. Weiß): 1888—1892; Bd. 40—54 (hrsg. von Arnold v. Tidebühl): 1893—1902; Bd. 55—68 (hrsg. von Friedr. Bienemann jun.): 1903—1909; Bd. 69—76: 1910—13; Jahrgang 58 (hrsg. von Wold. Wulffius): 1927; Jahrg. 59 u. 60 (hrsg. von Wold. Wulffius, Werner Hasselblatt, Max Hildeb. Boehm): 1928, 1929. Riga 1859—75; Riga, Moskau, Odessa 1877—80; Riga, Moskau 1881; Reval 1883—97; Riga 1898—1913 u. 1927 ff.
- Mühlen, A. von zur: „Über Wasserwege als Mittel zur Hebung der wirtschaftlichen Krisis in Livland“, in: „Balt. Wochenschrift für Landwirtschaft, Gewerbeff. u. Handel“, Dorpat, Nr. 17 vom J. 1894.
- Mühlen, K. von zur (Pastor an der St. Nikolaikirche in Reval): „In Gottes Hand. Erlebnisse aus der Zeit meiner zweiten Verschickung nach Sibirien.“ Reval 1918.
- Mueller, Otto: „Die Livländische Agrargesetzgebung.“ Riga 1892.
- (Derselbe): „Die Livländischen Landesprivilegien und deren Confirmationen“ Leipzig 1841, Neue Ausgabe, ebda 1870.
- Müller-Jabusch, M.: „Thersites, Erinnerungen an den baltischen Journalisten Garlieb Merkel.“ Berlin 1921.
- Münx, Richard, und Artur Reußner: „Das Agrargesetz Lettlands vom 16. September 1920 in seiner Bedeutung als Enteignungsgesetz.“ Riga 1923.
- „Rishskaja Mysslj“ (Rigascher Gedanke), russ. Ztg. in Riga, vom 19. und 31. Dezember 1913 [Die russ. liberale Presse zur Aufhebung d. lett. resp. estn. Muttersprache als Unterrichtssprache durch den Kurator Schtscherbakow im August 1913].

## N.

- Napiersky, J. G. L.: „Die Quellen der Rigaschen Stadtrechte bis zum Jahre 1676.“ Riga 1876.
- Napiersky, C. E.: „Beiträge zur Geschichte der Kirchen und Prediger in Livland“, 3. Heft, Mitau 1851; 4. Heft ebda. 1852.
- Napiersky, Dr., s.: v. Recke und Dr. Napiersky: „Allg. Schriftsteller u. Gelehrten-Lexikon“ usw. „National-Zeitung“, Berlin; Beiblatt zu Nr. 319 vom 13. 7. 1870.
- Neander, Theodor: „Die deutsche Universität Dorpat im Lichte der Geschichte und Gegenwart.“ Leipzig 1882.
- Needra, A(ndreas) K.: „Die Bauernbewegung im liv- und kurländischen Gouvernement“, Wenden, den 10. Januar 1906, russisch als Manuskript gedruckt.
- Derselbe: „Lettische Stimmen zur Landgemeindeordnung“, Separatabdruck aus: „Das freie Wort“, Riga, April 1906.
- Derselbe: „Wohin gehen Wir? Eine Betrachtung über die Unruhen auf dem Lande.“ Aus dem Lettischen übersetzt. *Balt. Monatsschr.* Bd. 60 (1905), S. 129 ff.
- [W. Neumann und K. A. Varnhagen von der Ense]: „Testimonia Auctorum de Merkelio, das ist: Paradiesgärtlein für Garlieb Merkel.“ Köln 1806, bei Peter Hammer.
- „Der Niedergang des Bauernstandes — eine Folge der Agrarreform. Von national-lettischer Seite“, in der „Rig. Rundschau“ vom 10. August 1925, Nr. 168, und in den „Baltischen Blättern“, Berlin, 15. August 1925, Nr. 16.
- Nielsen, C. H.: „Handbuch zur Kenntnis der Polizeigesetze und anderer Verordnungen für Güterbesitzer und Einwohner auf dem Lande in Lief- und Estland“. Erster Teil, Dorpat 1794 bey Michael Gerhard Grenzius; zweiter Teil, Dorpat 1795.
- Nolcken, A. Baron, s.: A. Gaßmann und A. Baron Nolcken: „D. Verordnungen über d. Reorganisation des Gerichtswesens usw.“

Noleken, Baron, s.: W. Graf Reutern-Baron Noleken: „D. finanzielle Erneuerung Rußlands usw.“

Nolde, Baron B. E. (Prof. am Petersburger Polyt. Institut. Peters d. Gr.): „Umriss des Russischen Staatsrechts“, St. Petersburg 1911 (russisch).

## O.

„Die Öffentlichkeit in d. balt. Provinzen“, s.: Pezold, L. u. a. T.

Ohnesseit, Dr. jur., Generalkonsul in Riga: „Ein Meisterstück baltischer Staatskunst“, Unterhaltungsbeilage der „Täglichen Rundschau“ Nr. 161 vom 13. Juli 1926.

Oncken, Hermann: „Ein Freund Bismarcks: Graf Alexander Keyserling“ in: „Historisch-politische Aufsätze und Reden“ von Hermann Oncken, 2. Bd., München-Berlin 1914, S. 93 ff.

Osten, Richard von: „Die polnische Agrarreform“, in der „Rig. Rundschau“ vom 26. März 1926, Nr. 69, und abgedruckt in den „Balt. Blättern“, Berlin, 15. April 1926, Nr. 8.

Osten-Sacken, Paul Baron: „Die estländische Ritterschaft im ersten Jahre russischer Herrschaft“, Balt. Monatsschr. Bd. 71 (1911), S. 122 ff.

(Oettingen, A(rved) von): „Antrag des residierenden Landrats betreffend Reorganisation des Kirchenwesens auf dem Lande“, Druckvorlage f. d. auf den Dezember 1905 anberaumten, jedoch infolge d. Revolution verschobenen Landtag. (Riga, W. F. Häcker).

Oettingen, Erich von, Livl. Landrat a. D.: „Eine deutsche Ritterschaft im Osten“; Vortrag gehalten auf der Tagung der Landesabteilung Mark Brandenburg der deutschen Adelsgenossenschaft am 5. Dez. 1926, gedruckt in der Buchdruckerei der „Deutschen Tageszeitung“, Berlin.

Derselbe: „Rückblick auf die Entstehung und Vergangenheit der Ökonomischen Sozietät“, in: „Balt. Wochenschr. f. Landwirtsch. usw.“, Dorpat 1893, Nr. 2.

Derselbe: „Zum Punkt 17 der Punktationen der Besonderen Konferenz, betreffend die mit der Landwirtschaft eng verbundenen Gewerbe“, in: „Balt. Wochenschr. f. Landwirtsch. usw.“, Nr. 52 vom J. 1902, Dorpat, S. 533 ff.

Derselbe: „Zur Agrarfrage“, Denkschrift der Kaiserl. Livl. Gemeinnützigen und Ökonomischen Sozietät, Riga 1906; auch russisch.

Derselbe: „Zur livländischen Agrarfrage“, Denkschrift der „Ökonomischen Sozietät“; in der „Balt. Wochenschr. für Landwirtschaft, Gewerbeleiß u. Handel“, Dorpat, Jahrg. 1906, Nr. 36, und im Bericht über die Verhandl. d. Kaiserl.-Livl. Gemeinn. u. Ökon. Sozietät vom Jahre 1906, Dorpat 1907, S. 17 ff.

Derselbe: „Zur russischen Agrarfrage“, in: „Bericht der Kaiserl. Livl. Gemeinnützigen und Ökonomischen Sozietät für das Jahr 1907“, Dorpat 1908, S. 22 ff.

Oettingen, Max von: „Kritik der „Politischen Gedanken“ Hermann von Samsons“ d. d. Januar 1882, für Landtagsberechtigte bestimmt und als Manuskript 1882 ohne Titel und Angabe des Druckortes gedruckt.

(Derselbe): „M. A. Sinowjew über die Verfassung Livlands“, Besprechung der „Untersuchung usw.“ Sinowjews, in der Balt. Monatsschr. Bd. 42 (1885), S. 100 ff.

Derselbe: „Eine babylonische Verständigung“, Riga 1879.

(Derselbe): „Lettisch-estnische Wandlungen“, in: „Russ.-Balt. Blätter“, 3. Heft, Leipzig 1887, S. 115 ff.

Derselbe und Viktor Zwingmann: „Die Gesetze betr. die Einführung der Friedensrichterinstitutionen in den Ostseeprovinzen.“ Riga 1881.

Otto, Dr. G., und A. Hasselblatt, s.: „Album Academicum usw.“

Dieselben: „Von den 14000 Immatrikulierten Dorpats“, Dorpat 1881.

Ottow, Reinhard, s.: „Album Dorpato-Livonorum.“

## P.

Pabst, A.: „Die Wasserstraße Riga-Cherson und die Projekte für ein großes russisches Wasserstraßennetz.“ Riga 1909.

Pahlen, Marie Komtesse von der: „Graf Konstantin von der Pahlen“, in: „Balt. Blätter für allgemeine kulturelle Fragen“, 2. Jahrgang, 1. Heft. Riga 1924.

- Palmgren, Dr. Ernst: „Die schwedische Landwirtschaft“, in: „Berichte über Landwirtschaft“, hrsg. vom Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft; Neue Folge, Band I Heft 3 und 4. Berlin 1924.
- Derselbe: „Das Prinzip des Pächterschutzes in Schweden.“ Ebda., Neue Folge, Bd. III, Heft 1. Berlin 1925.
- „Die livländischen Pastorenprozesse“, Balt. Monatsschr. Bd. 42 (1895), S. 31 ff., 117 ff.
- Patent, erlassen am 28. Februar 1719 von „Fürst Peter Alexeiewitsch Korribut de Galizin“. Rigasche Stadtbibliothek.
- „Patente der livländischen Gouvernementsregierung“, 1710—1850. 60 Bde. fol. (Riga, Stadtbibl. Jurid. Nr. 2499), 1851—1887 und 1888 (Januar-Juni), Riga (1852—1888).
- Peterson, Bach und Inselberg: „Das ritterschaftliche Parochiallehrerseminar in Walk, seine Lehrer und Zöglinge 1839—90.“ Riga 1898.
- (Pezold, L.): „Die Öffentlichkeit in den Baltischen Provinzen.“ Leipzig 1870.
- Derselbe: „Vor fünfzig Jahren. Erinnerungen aus der Schmidtschen Knabenspension in Fellin“, Balt. Monatsschr. Bd. 58 (1904), S. 1 ff.
- Pjetuchow, E. W.: „Die kaiserliche Jurjewer, früher Dörptsche Universität während der 100 Jahre ihres Bestehens (1802—1902)“. I. Teil: Dorpat 1902 (russisch); II. Teil: im Journal des Unterrichtsministeriums (russisch), (St. Petersburg) Oktober 1905.
- (Pilar v. Pilchau, resid. Landrat A. Baron): „Kommissionsbericht betreffend Reorganisation des Kirchenwesens auf dem flachen Lande“, Druckvorlage für d. livl. Landtag 1906 (Riga, W. F. Häcker, 1906).
- Plitt, Hermann: „Die Brüdergemeinde und die lutherische Kirche in Livland. Schutzschrift für das Diasporawerk. Eine Erwiderung auf die Schrift von Th. Harnack“, Gotha 1861.
- Poelchau, Oberpastor (Bischof) P. H.: „Die Kirche Livlands in den letzten 50 Jahren“, in: „Livland vor der Entscheidung. Rückblicke und Ausblicke an der Jahreswende 1917/18.“ Riga 1918.
- Derselbe: „Das deutsche Kirchenwesen Lettlands“. in: „Kalender und Jahrbuch des Deutschen Elternverbandes in Lettland.“ Riga 1923.
- Derselbe: „Um Volkstum und Glauben“ in den Monatsheften des Gustav-Adolf-Vereins, hrsg. von Fr. Rendtorff, Juni/Juli 1919.
- Poleßky, Dr. jur. Raphael, Kowno: „Die Änderung der litauischen Agrarreform.“ „Rig. Rundschau“ vom 8. April 1929, Nr. 78.
- Derselbe: „Der neue Wirtschaftskurs in Litauen“, ebda, vom 8. Juli 1927, Nr. 148, und vom 15. Sept. 1927.
- „Die große Politik der Europäischen Kabinette 1871—1914“, Sammlung der Diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes, hrsg. von Joh. Lepsius, Albrecht Mendelssohn-Bartholdy, Friedrich Thimme. Bd. 5 u. 6. Berlin 1922.
- Popow, A. H.: „Schriftwechsel des Dmitri Prokoffjewitsch Troschtschinsky über die Ministerien“ im: „Sammelwerk der Russischen historischen Gesellschaft“, 3. Teil, St. Petersburg 1868 (russisch).
- Pospelow, Johann: „Eine Antwort auf das offene Sendschreiben des Pastors H. Dalton“, Erlangen 1891 (Deutsche Übersetzung der ursprünglich russisch vom Propst an der Kathedrale zu Kostroma Pospelow verfaßten Antwort).
- „Nordische Post“, deutsche Zeitung in St. Petersburg; Nr. 264 vom 8. Dezember 1868.
- „Ein verlorener Posten deutschen Geistes, deutscher Sitte und Kultur.“ Leipzig 1886.
- „Lettische Presse und lettisches Volk“, Balt. Monatsschr. Bd. 62 (1906), S. 245 ff.
- Preyer, Dr. W. D.: „Die Agrarreform in Rußland“, in: Handwörterbuch der Staatswissenschaften, 4. Auflage, 1. Bd., 1923.
- Derselbe: „Die russische Agrarreform“, Jena 1914.
- „Pro ordine civico“, s.: Berkholz, Georg, u. a. T.
- „Protokolle der Sitzungen des ersten landwirtschaftlichen Kongresses zweiten Bezirks“, Riga 1881 in deutscher Sprache, Beilage zu der Livl. Gouvernements-Zeitung vom J. 1881.

- „Die baltischen Provinzen unter der Regierung des Zaren Alexander III.“ Balt. Monatsschr. Bd. 41 (1894), S. 667 ff.
- „Provinzialrecht der Ostseegouvernements“, offizielle deutsche Ausgabe, nach dem russischen Originale übersetzt. I. Teil: Behördenverfassung, St. Petersburg 1845. II. Teil: Ständerecht. St. Petersburg 1845. III. Teil: Privatrecht. St. Petersburg 1864.
- „Die projektierte livländische Provinzialverfassung nebst Erläuterungen“, in deutscher, lettischer und estnischer Sprache auf Verfügung des residierenden Landrats gedruckt. Riga 1905.

## R.

- Rachel, Paul: „Elisa von der Recke“. Leipzig 1900.
- Rachfahl, Prof. Dr. Felix: „Carl Schirren, eine Lebensskizze“, in: „Zur Geschichte des Nordischen Krieges, Rezensionen von C. Schirren“. Kiel 1913.
- [Rahden, Oskar Baron, und Emanuel Graf Sievers]: „Geschichtliche Übersicht der Grundlagen und der Entwicklung des Provinzialrechts in den Ostseegouvernements.“ Allgemeiner Teil, St. Petersburg 1845. Besonderer Teil, 2 Bde., St. Petersburg 1845 (offiziöses Werk in russischer Sprache u. in deutscher Übersetzung).
- Rathlef, G. von: „Julius von Schröder. Zur Erinnerung an das Leben und Wirken eines baltischen Schulmannes“, Balt. Monatsschr. Bd. 36 (1889), S. 175 ff.
- Derselbe: „Wirtschaftsgeschichte eines livländischen Gutes, dargestellt in Grundlage buchmäßiger Daten von 1880—1914“. Dorpat 1914.
- Rautenfeld, C. v.: „Die livländischen Landmarschälle 1643—1899“. Balt. Monatsschr. Bd. 47 (1899), S. 145 ff. [vgl. Dr. Fr. Bienemann jun.: Einleitung usw.].
- Derselbe: „Über den Ursprung und die Entwicklung des livl. Adelskonvents“. Balt. Monatsschr. Bd. 65 (1908), S. 184 ff.
- Rautenfeld, Harald von: „Der 16. April 1919“, in: „Baltische Blätter“, Berlin, Nr. 8 vom 15. April 1929.
- „Rechtgläubigkeit und Luthertum“. Leipzig 1890 (russisch).
- „Rechtgläubigkeit und Luthertum im Baltischen Gebiet nach den neuesten Angaben der russischen periodischen Presse“. St. Petersburg, Reichsdruckerei 1911 (russisch).
- „Rechtskraft und Rechtsbruch der liv- und estländischen Privilegien“, s.: Buengner sen., Robert v., u. a. T.
- Recke, Baron C.: „Die baltische Agrarreform und Herr Professor Kawelin“, Balt. Monatsschrift Bd. 30 (1883), S. 736 ff.
- „Baron Karl von der Recke“, s.: Diederichs, H., u. a. T.
- Recke, J. F. v., und Dr. K. E. Napiersky: „Allgemeines Schriftsteller- und Gelehrtenlexikon der Provinzen Livland, Estland u. Kurland“, 4 Bde., Mitau 1827—32.
- Recke, W. Baron von der: „Kann das Gesetz über die Russischen Landschafts-Institutionen vom 1. Januar 1864 auf Kurland Anwendung finden?“ Mitau 1879.
- „Rede, gehalten am Sarge . . . A. v. Richters“, s.: Tiesenhausen, H. Bar., u. a. T.
- „Die Reform der Rechtspflege in den Ostseeprovinzen“, s.: Gerstfeld, Philipp, u. a. T.
- Regierungsanzeiger (Lettländischer), lettisch: „Waldibas Wehstnesis“ oder „Valdibas Vēstnesis“, erscheint seit 1919 in Riga.
- Reißner, M. A.: „Die Esten und Letten, ihre Geschichte und Lebensweise“. Sammelwerk, Moskau 1916 (russisch).
- „Rekapitulation der livländischen Reformbewegung“, gezeichnet „S. E. B“, in der „Riga-schen Zeitung“, Nr. 23—32, 34 und 36 vom Jahre 1880.
- „Die Religion in Geschichte und Gegenwart“, Handwörterbuch, hrsg. von Fr. M. Schiele und L. Zscharnack; II. Bd., Tübingen 1910.
- Rennikow, A. (Pseudonym!): „Im Lande der Wunder“, Petersburg 1915 (russisch). [Vgl. hierzu: „Ergänzende Materialien usw.“].
- Reußner, Artur, s.: Münx und Reußner: „Das Agrargesetz Lettlands usw.“

- W. Graf Reutern-Baron Nolcken: „Die finanzielle Erneuerung Rußlands nach der Katastrophe des Krimkrieges durch den Finanzminister Michael v. Reutern.“ Berlin 1914.
- „Reval unter der neuen Städteordnung“, Balt. Monatsschr. Bd. 29 (1882), S. 277 ff.
- „Die lettische Revolution. Mit einem Geleitwort von Theodor Schiemann.“ Teil I: „Der Schauplatz. Treibende Kräfte.“ Teil II: „Die Sozialdemokratie. Die Katastrophe.“ Zweite, veränderte Auflage, Berlin 1908.
- „Revue, Akademische“. München. Jahrg. 1895, Heft 5 u. 7; 1896, Heft 19.
- „Arthur von Richter, Livländischer Landrat und Oberdirektor der adligen Güter-Creditsocietät“, in: „Rigascher Almanach“ 1893, W. F. Häcker.
- Richter, A. von: „Geschichte der dem russischen Kaisertum einverleibten Ostseeprovinzen bis zur Zeit der Vereinigung mit demselben“, Teil II, Bd. 1, Riga 1858.
- Richter, Th. von: „Die Landesprästandes des Livl. Gouvernements“, ehem. Livl. Ritterschaftsarchiv (jetzt im: Lettl. Staatsarchiv) Akte P./447, in das Russische übersetzt und als Manuskript in russ. Sprache gedruckt unter dem Titel: „Kurze Übersicht der auf d. livl. Festlande geltenden Gesetze u. Regeln über die Landesprästandes“ Riga 1907.
- Rieger, M.: „Friedrich Maximilian Klinger. Sein Leben und seine Werke.“ II. Teil: „Klinger in seinen Briefen.“ Darmstadt 1896.
- „Riga in deutscher Hand“, Heft 36 a des Sammelwerkes; „Der große Krieg in Einzeldarstellungen, hrsg. im Auftrage des Generalstabes des Feldheeres.“ Oldenburg 1918.
- „Riga unter der neuen Städteordnung“, s.: Hollander jun., Ed., u. a. T.
- Rittich, A. A.: „Die Abhängigkeit der Bauern von der Samtgemeinde und der Feldgemeinschaft“, St. Petersburg 1903 (russisch).
- Roscher, Wilhelm: „Nationalökonomik des Ackerbaues“ 13. Auflage von H. Dade, Stuttgart 1903.
- Rosenthal, Heinrich: „Kulturbestrebungen des estnischen Volkes während eines Menschenalters (1869—1900)“. Reval 1912.
- Rohrbach, Paul, s.: „Das Baltenbuch“.
- (Rudschenko), s.: „Die ländliche Verfassung usw.“
- „Ein Rückblick“, Beilage zum 6. Jahrgang der „Balt. Chronik“ (Bd. 54 der Balt. Monatsschr., Riga 1902).
- „Livländische Rückblicke“, s.: Samson-Himmelstjerna, H. v., u. a. T.
- Rig. Rundschau = „Rigasche Rundschau“ deutsches Tagesblatt in Riga, 1894—1914 [Jahrg. 1914 unvollständig] und 1919 [21. VII.]—1929.
- „Rigasche Rundschau“ (russisch gedruckt unter der Bezeichnung: „Rižskoe Obozrenie“) deutsch-baltisches Tagesblatt in Riga; Nr. 164 u. 170 vom 19. u. 22. Juli 1917.
- „Die Russen in Liv-, Est- und Kurland“, s.: Tobien, Alexander von, u. a. T.
- Rutenberg, Otto von: „Geschichte der Ostseeprovinzen Liv-, Est- und Kurlands von der ältesten Zeit bis zum Untergange der Selbständigkeit“, Leipzig, Bd. I 1859, Bd. II 1861.
- Derselbe: „Der livländische Landtag von 1862“, Frankfurt a. M. 1862.

## S.

- Sachs, S. J.: „Zur Wirtschaftslage Lettlands“, „Rig. Rundschau“, Nr. 100 vom 7. Mai 1926 und Nr. 100 vom 6. Mai 1927.
- Sahlit, Dr. P. K.: „Die Ursachen der Bewegung im Baltischen Gebiet“, Riga, 16. Februar 1906, russisch als Manuskript gedruckt.
- Samarin, Juri: „Die Grenzmarken Rußlands“, Bd. V Berlin 1875, Bd. VI ebda. 1876 (russisch).
- „Sammlung der Gesetze und Regierungsverfügungen“ (lettisch: „Likumu un valdības rīkojumu krājums“), später:
- „Sammlung der Gesetze und der Verordnungen des Ministerkabinetts“ (lettisch: „Likumu un ministru kabineta rīkojumu krājums“). Periodische, offizielle Sammlung seit 1919, Riga (lettisch).
- „Sammlung der Gesetze und örtlichen Verordnungen bezüglich der Oberkirchen-

- vorsteherämter und der Kirchenvorsteher“, Riga 1888 (russisch). [Auf Veranlassung d. livl. Gouverneuren Sinowjew gedruckte Übersetzung der privaten, nur lithographierten Sammlung des Baron Christoph Campenhausen-Orellen aus dem Jahre 1834].
- „Sammlung der für Livland wesentlichsten Verordnungen in nichtoffizieller deutscher Übersetzung“ (hrsg. von Friedrich Baron Schoultz-Ascheraden). Jahrgänge 1891—1906, Riga 1892—1910.
- „Sammlung für Livland wesentlicher Verordnungen in nichtoffizieller deutscher Wiedergabe“. Jahrgänge 1911—13, Riga 1912 ff.
- „Vollständige Sammlung [russ.: „Pólnoe ssobránie“] der Gesetze des Russischen Reiches“ Offizielle, chronologische Sammlung aller seit 1649 erlassenen russ. Gesetze. Bd. 1—49 erschienen St. Petersburg 1830 (russisch), seitdem ebda. jährlich mehrere Bände.
- Samson-Himmelstjerna, Hermann von: „Ad deliberandum 42 des livländischen Landtages von 1864“, Balt. Monatsschr. Bd. 11 (1865), S. 285 ff., 351 ff.
- (Derselbe): „Babel in Livland.“ Dorpat 1879.
- Derselbe: „Politische Gedanken.“ Dorpat 1882.
- Derselbe: „Gregor von Helmersen 1803—85. Ein Gedenkblatt.“ Balt. Monatsschr. Bd. 56 (1903), S. 165 ff.
- (Derselbe): „Livland und Irland. Ein Briefwechsel.“ Leipzig 1883.
- (Derselbe): „Livländische Rückblicke.“ Dorpat 1878.
- Derselbe: „Rußland unter Alexander III.“ Leipzig 1891.
- Derselbe: „Vom Lande“, Balt. Monatsschr. Bd. 30 (1883), S. 54 ff., 111 ff. u. 205 ff.
- (Derselbe): „Wetterleuchten. Briefe über livländische Politik.“ Dorpat 1878.
- Derselbe: „Zur Verständigung.“ Dorpat 1879.
- Derselbe, s. a.: Besobrasow, W. P.: „Die Landschaftsinstitutionen und die Selbstverwaltung.“
- Samson-Himmelstjerna, R. J. L. von: „Über die Anwendung des Schwedischen Rechtes und der Russischen Ukase in Livland“, im „Jahrbuch für Rechtsgelehrte in Rußland“, hrsg. von Erdmann Gustav von Bröcker, II. Band, Riga 1824.
- (Samson-Himmelstjerna, Reinhold v.), s. a.: „Tagebuch des Landrats R. v. S.-H.“
- Sanders, Pastor Dr. W.: „Aufruf an die lettischen Gemeinden und die lettischen Pastoren“, im lettischen „Dsmitenes Wehstnesis“ (Heimatbote) vom 1. 4. 1917, Nr. 79; deutsche Übersetzung R. A. Akte K. 384, Vol. 3, Beilage.
- Schabert, Pastor (Dr.) Oskar: „Märtyrer.“ Hamburg 1920.
- Derselbe: „Baltisches Märtyrerbuch.“ Berlin 1926.
- Schachowskoi, s.: „Aus dem Archiv des Fürsten S. W. Schachowskoi.“
- Scheeler, Max: „Vom Umsturz der Werte“, I. Band. Leipzig 1919.
- Schiele, Fr. M., s.: „Die Religion in Gesch. u. Gegenwart.“
- Schiemann, Dr. Paul: „Ausgleich oder Kampfverewigung“, „Rig. Rundschau“ vom 14. März 1925, Nr. 59.
- Derselbe: „Die Deutschbalten und der lettländische Staat“, in: „Joncks Baltischer Kalender für Stadt und Land“, 1929, Riga, S. 67 ff.
- Derselbe: „Politik und Geschichte“, „Rig. Rundschau“ vom 12. Juni 1926.
- Derselbe: „Der dritte Teil des Agrargesetzes. Finis coronat opus“, ebda., Nr. 93 vom 4. Mai 1922.
- Derselbe: „Ums Land“, ebda., vom 21. August 1920.
- Derselbe: „Unser Weg“, ebda., Nr. 266 vom 22. Nov. 1924.
- Derselbe: „Die nationale Vermögensumschichtung in Lettland“ im „Jahrbuch und Kalender des Deutschtums in Lettland 1925“, (Riga 1924).
- Schiemann, Th.: „Geschichte Rußlands unter Kaiser Nikolaus I.“, Bd. I: „Kaiser Alexander I. und die Ergebnisse seiner Lebensarbeit.“ Berlin 1904; Bd. III: Berlin 1913.
- Derselbe: „Ein Überblick über die Geschichte der deutschen Kolonie an der Ostsee“, in: „Die deutschen Ostseeprovinzen Rußlands.“ Berlin 1918.
- (Schirren, Karl): „Druckschriften von K. Schirren“, in: „Sitzungsberichte der Gesellschaft für Geschichte und Altertumskunde etc. zu Riga aus d. J. 1910“. Riga 1911.

- Derselbe: „Livländische Antwort an Herrn Juri Samarin“, 2. Aufl. Leipzig 1869; 4. Aufl. München-Leipzig 1919.
- Derselbe: „Die Capitulationen der livländischen Ritter- und Landschaft und der Stadt Riga vom 4. Juli 1910, nebst deren Confirmation.“ Dorpat 1865.
- Derselbe: im „Göttinger Gelehrten-Anzeiger“, Bd. I, Göttingen 1889, S. 70 ff.
- Derselbe: „Freiin von Kruedener.“ Balt. Monatsschr. Bd. 1 (1860), S. 393 ff.
- Derselbe: „Zur Geschichte des Nordischen Krieges. Rezensionen“ Kiel 1913.
- Derselbe: „Zur Geschichte der schwedischen Universität in Livland“, in: „Mitteilungen a. d. Gebiet der Geschichte Liv-, Est- und Kurlands“, hrsg. von d. Gesellsch. f. Gesch. u. Altertumskunde etc. zu Riga, Bd. VII, Heft 1, Riga 1853.
- Derselbe: „Zur Geschichte der Universität Dorpat“, in: „Dorpater Tagesblatt“, 1864, Nr. 74, 77, 80 u. 89.
- Schlözer, L. von: „Petersburger Briefe von Kurd v. Schlözer 1857—62“, hrsg. von ....., Stuttgart 1922.
- Schmidt, Dr. G.: „Goethe und Uwarow und ihr Briefwechsel“, in: „Russische Revue“, hrsg. von R. Hammerschmidt, XVII. Jahrgang, 2. Heft. St. Petersburg 1888.
- Schmidt, G. M.: „Aus meinem Leben. Erinnerungen.“ Dorpat 1878.
- Schmidt, Prof. Dr. O.: „Rechtsgeschichte Liv-, Est- und Kurlands“, hrsg. von Dr. E. von Nottbeck in Bd. III der „Dorpater Juristischen Studien.“ Dorpat 1894.
- Derselbe: „Vorschläge zur Reform des in Liv-, Est- und Kurland geltenden Zivilprozesses.“ Dorpat 1872.
- Schneider-Kleeberg, K.: „Bauernsiedlung“, in der „Frankfurter Zeitung“, Jahrgang 1927, Nr. 14 und 17.
- (Schoultz-Ascheraden): „Des Landrats Carl Friedrich Baron Schoultz von Ascheraden Selbstbiographie“, in: „Mitteilungen a. d. Gebiet d. Geschichte Liv-, Est- und Kurlands“ Bd. 10. Riga 1861.
- Derselbe, s.: „Sammlung d. f. Livl. wesentlichsten Verordnungen etc.“
- Schrenck, Erich von: „Alexander von Oettingen und Moritz von Engelhardt zum 100. Geburtstag“, im „Jahrb. des balt. Deutschtums in Lettland und Estland. 1928.“ Riga 1927.
- Derselbe: „Der Übergang zu der neuen Zeit in Livland“, in: „Balt. Geistesleben“, I. Jahrg. 1929, Reval, Heft 4, S. 294 ff.
- Schröder, Dr. Herbert: „Baltische Sendung und lettländischer Staat“, in: „Neues Rigaer Tageblatt“, Nr. 183 vom 18. November 1925.
- Schroeder, L. von (Herausgeber), s.: „Erinnerungen des Bibliothekars Emil Anders.“
- „Das Schulprogramm des lettischen Volksschullehrer-Kongresses.“ Balt. Monatsschr. Bd. 61 (1906), S. 63 ff.
- Schulz, Konrad: „Der deutsche Bauer in Lettland.“ Balt. Monatsschr. 60. Jahrg., 3. Heft (1929), S. 143 ff.
- Schulze, Eduard Otto: „Die Kolonisierung und Germanisierung der Gebiete zwischen Saale und Elbe“, gekrönte Preisschrift. Leipzig 1896.
- Schwabe, A.: „Courte Histoire agraire de la Lettonie.“ Riga 1926.
- Schwabe, Ludwig: „Dorpat vor fünfzig Jahren.“ Leipzig 1915.
- Schwebs, Johann: „Die deutschen Lehnwörter im Lettischen.“ Züricher Dissertation, ohne Angabe des Zeitpunktes ihres Erscheinens (1926?).
- Schweder, G.: „Die alte Domschule und das daraus hervorgegangene Stadt-Gymnasium zu Riga.“ Riga 1910.
- Derselbe: „Nachrichten über die öffentlichen Elementarschulen mit deutscher Unterrichtssprache.“ Riga 1885.
- Derselbe: „Schulwesen und Schulverwaltung in Alt-Riga.“ Balt. Monatsschr. Bd. 51 (1901), S. 54 ff.
- Seeberg, Reinhold: „Alexander von Oettingen.“ Balt. Monatsschr. Bd. 61 (1906), S. 241 ff.
- Seidlitz, Dr. von, -Meyershof: „Zur livländischen Eisenbahnfrage“, in der „Balt. Wochenschr. f. Landwirtschaft usw.“ Dorpat 1876, S. 477 ff.
- Seiff, Dr. R.: „Die neuere italienische Agrarpolitik und das Problem der Latifundien.“
- Semel, Hugo: „Die Universität Dorpat (1802—1918). Skizze zu ihrer Geschichte.“ Dorpat 1918.



- „Das deutsche Semester der Dorpater Hochschule usw.“, s.: Helfritz, Prof., u. a. T.  
Semewski, W. S.: „Die Bauern zur Zeit der Regierung der Kaiserin Katharina II.“ Teil I. St. Petersburg (russisch).
- „Baltijas Semkopis“ [Der baltische Ackerbauer], lettische Zeitung in Riga. Nr. 18 vom J. 1879.
- „Die Semstwofrage in Kurland“, s.: Stavenhagen, O., u. a. T.
- Semzew, W. (S. Th. Garais): „Zur Agrarfrage in Livland.“ Riga 1907 (russisch).
- Derselbe: „Zur Frage der ländlichen Selbstverwaltung des Baltischen Gebietes durch die Adels-Institution.“ Riga 1909 (russisch).
- Seraphim, Dr. August: „Kurland unter den Herzögen“, in: Ernst Seraphim: „Geschichte Liv-, Est- und Kurlands“, Bd. II. Reval 1896.
- Seraphim, Dr. Ernst: „Aus der Arbeit eines baltischen Journalisten (1892—1910).“ Riga 1911.
- Derselbe: „Deutsche und russische Kultureinflüsse im Baltikum“, in: „Baltische Blätter“, Berlin, 1. August 1927, Nr. 15.
- Derselbe: „Riga nach dem nordischen Kriege.“ Balt. Monatsschr. Bd. 70 (1910), S. 46 ff. u. 168 ff.
- Derselbe: „Jurij Ssamarin. Eine historisch-psychologische Studie.“ Balt. Monatsschr. Bd. 71 (1911), S. 239 ff., 319 ff.
- Derselbe: „Zarenwillkür und roter Terror. Erlebnisse eines nach Sibirien Verbannten. 1915—1917; 1918.“ Königsberg-Pr. 1927.
- Seraphim, Dr. Hans Jürgen: „Treibende Kräfte der Handelspolitik im zarischen und bolschewistischen Rußland“ Veröffentlichung des Osteuropa-Instituts in Breslau. Berlin 1926.
- Derselbe: „Lettland und Estland“, Einzelheft aus Bd. I der „Osteuropäischen Länderberichte“, Verlag vom Osteuropa-Institut in Breslau. Breslau, Mai 1927.
- Derselbe: „Die baltischen Staaten Lettland und Estland“, Einzelhefte der „Osteuropäischen Länderberichte“, hrsg. in Verbindung mit der Industrie- und Handelskammer Breslau vom Osteuropäischen Institut. Breslau, Mai 1927.
- Sering, Prof. Dr. M.: „Die wirtschaftliche und soziale Bedeutung der Zeitpacht in der deutschen Landwirtschaft“, in: „Berichte über Landwirtschaft“, hrsg. vom Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft, Neue Folge, Bd. I, Heft 3 u. 4. Berlin 1924.
- Derselbe: „Die Politik der Grundbesitzverteilung in den großen Reichen“, Heft 9 der Veröffentlichungen des Königl.-Preuß. Landes-Ökonomie-Kollegiums. Berlin 1912.
- Derselbe: „Die Umwälzung der osteuropäischen Agrarverfassung“, Heft 34 der „Schriften zur Förderung der inneren Kolonisation“. Berlin 1921.
- Seuberlich, Erich: „Stammtafeln deutsch-baltischer Geschlechter“, I. Band. Riga 1924.
- Siebeck, Dr. Oskar: „Der Frondienst als Arbeitssystem“, Ergänzungsheft XIII zur Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft. Tübingen 1904.
- Sievers, Emanuel Graf, s.: Oskar Baron Rahden und Emanuel Graf Sievers: „Geschichtliche Übersicht usw.“
- Siewert, Ingenieur K.: „Riga-Cherson, als Glied des Wasserstraßennetzes Mittel-Ost-Europas und die Ausnutzung seiner Wasserkräfte.“ Riga 1918.
- Siiw, Dr. B.: „Lettlands Volks- und Staatswirtschaft.“ Riga 1927.
- Simkhowitsch, Wladimir: Art. „Mir“ im Handwörterbuch der Staatswissenschaft, 3. Auflage, Bd. 6, 1910, S. 714 ff.
- Simonsfeld: „Die Deutschen als Kolonisatoren in der Geschichte.“ Hamburg 1885.
- „Jaunakas Sinas“ [= Neueste Nachrichten], lettisches Tagesblatt in Riga. Nr. 92 vom 9. April 1917.
- „Sind wir noch ein Agrarstaat?“, Aufsatz, gez.: E. v. M. in: „Neues Rigaer Tageblatt“, vom 6. September 1925, Nr. 122.
- [Sinowjew, M. A.]: „Über die Umformung der landschaftlichen Institutionen in den baltischen Gouvernements.“ Petersburg, den 5. Juni 1889, russisch gedruckt. (Als Manuskript?) Archiv Meyendorff.
- Derselbe: „Untersuchung über die Landschaftsorganisation des livländischen Gouvernements“, autorisierte Übersetzung aus dem Russischen, besorgt von Arnold von Tideböhl; Beilage zu Bd. 42

- der Balt. Monatsschr. Riga 1895. Neuauflage d. russ. Urtextes Riga 1906. [Vgl. hierzu: Max von Oettingen: „M. A. Sinowjew usw.“]
- „Sitzungsberichte der Gesellschaft für Geschichte und Altertumskunde der Ostseeprovinzen Rußlands“, aus den Jahren 1885, 1886 u. 1894. Riga 1885, 1886 u. 1895.
- Sivers, A. von, -Euseküll: „Ansiedelungen auf kleinen Parzellen auf 18 livländischen Kronsgütern“, in: „Balt. Wochenschr. f. Landwirtsch. usw.“, Nr. 51 vom Jahre 1906. Dorpat.
- Sivers, Jegor v.: „Zur Revision der livländischen Verfassung“, zwei als Manuskript für Landtagsberechtigte gedruckte Anträge an die Landtage 1866 und 1869. (Riga 1869.)
- Skalweit, Prof. Dr. August: „Agrarpolitik“, 2. Auflage. Berlin-Leipzig 1924. (17. Band des Handbuchs der Wirtschafts- und Sozialwissenschaft in Einzelbänden.)
- Skalweit, B.: „Die englische Landwirtschaft“, Heft 37 der „Berichte über Landwirtschaft“, hrsg. vom Reichsminist. f. Ernährung und Landwirtschaft. Berlin 1915.
- Sloka, Lauma: „Livländische Kirchenchroniken“. Bd. V der Veröffentlichungen des Lettland. Staatsarchivs, Riga 1927 (lettisch u. deutsch), S. 79 ff.
- Solowjew, s.: „Denkwürdigkeiten S. M. Solowjews.“
- Sonntag, Dr. K.: „Einige Nachrichten über die gegenwärtige Provinzialgesetz-Committéen der Ostseeprovinzen“, im „Jahrb. f. Rechtsgelehrte in Rußland“, hrsg. von Erdmann Gustav v. Broecker, I. Band. Riga 1822.
- Derselbe: „Die Polizei für Livland von ältester Zeit bis 1820.“ Erste Hälfte. Riga 1821.
- Sosnowski, S. W.: „Grundbesitz“, in: „Verhandlungen der Lokalkomitees von 49 Gouvernements des Europ. Rußland“, 1904 (russisch).
- Spengler, Oswald: „Preußentum und Sozialismus.“ München 1921.
- „Im Spiegel der Presse“, s.: Freymann, Karl v., u. a. T.
- Stackelberg, Eduard Freiherr von, -Sutlem: „Ein Leben im baltischen Kampf.“ München 1927.
- Staël von Holstein, Reinhold Baron: „Livländische Erinnerungen aus den Jahren 1855—1862.“ Balt. Monatsschr. Bd. 62 (1906), S. 1 ff., 63 ff.
- Derselbe: „Hamlikar von Fölkersahm.“ Riga 1907.
- Derselbe: „Die Freigebung des Rittergüter-Besitzrechts.“ Balt. Monatsschr. Bd. 63 (1907), S. 181 ff., 276 ff.
- Derselbe: „Die Gefährdung der Landesrechte durch den Marquis Paulucci“. Balt. Monatsschr. Bd. 51 (1901), S. 241 ff., 355 ff.
- Derselbe: „Die Kodifizierung des baltischen Provinzialrechts“, ebda Bd. 52 (1901), S. 185 ff., 249 ff., 305 ff.
- Derselbe: „Fürst Paul Lieven als Landmarschall von Livland.“ Riga 1906.
- Derselbe: „Reformbewegungen in den sechziger Jahren des vorigen Jahrhunderts.“ Balt. Monatsschr. Bd. 62 u. 63 (1906 u. 1907), S. 257 ff., 321 ff. resp. 66 ff. 111 ff.
- Derselbe: „Zur Geschichte des Kirchengesetzes vom Jahre 1832.“ Ebda Bd. 52 (1901), S. 128 ff.
- Derselbe: „Zur Geschichte der livländischen Privilegien.“ Ebda Bd. 51 (1901), S. 1 ff., 81 ff.
- „Ständerecht“, s.: „Provinzialrecht der Ostseegouvernements“ usw.
- Stavenhagen, Oskar: „Freibauern und Landfreie während der Ordensherrschaft“, in: „Beiträge zur Kunde Est-, Liv- und Kurlands“, Bd. 4. Reval 1894.
- Derselbe: (Der livländische „Haken“), im „Jahrbuch f. Geneal., Herald. u. Sphragistik 1899“, Mitau 1901, S. 165 f.
- Derselbe: „Johann Wolthuss von Herse, 1470—71 Meister des Deutschen Ordens zu Livland“, in: „Mitteilungen a. d. Gebiet d. Gesch. Liv-, Est- u. Kurlands“, Bd. 17. Riga 1897.
- Derselbe: „Der Kampf des Deutschen Ordens in Livland um den livländischen Einheitsstaat im 14. Jahrhundert“, Balt. Monatsschr. Bd. 53 (1902), S. 146 ff., 202 ff.
- Derselbe: „Livland und die Schlacht bei Tannenberg.“ Ebda Bd. 54 (1902), S. 255 ff., 310 ff., 365 ff.
- Derselbe: „Der letzte Rheinländer unter den obersten Gebietigern des Deutschen Ordens in Livland und die Verhältnisse der Abstammung bei den livländischen Ritterbrüdern“, in: „Jahrbuch für Genealogie, Heraldik u. Sphragistik“ Jahrg. 1895. Mitau 1896.
- (Derselbe): „Die Semstwofrage in Kurland.“ Balt. Monatsschr. Bd. 44 (1897), S. 307 ff.
- Stein, H. von: „Der Rigasche Börsen-Comité in den Jahren 1866—1872“. Riga 1873.

- Stein, Dr. Robert: „Die Umwandlung der Agrarverfassung Ostpreußens durch die Reform des neunzehnten Jahrhunderts. Erster Teil: Die ländliche Verfassung Ostpreußens am Ende des achtzehnten Jahrhunderts“. Heft 5 der „Schriften d. Königl. Instituts f. ostdeutsche Wirtschaft a. d. Univ. Königsberg“. Jena 1918.
- Sternberg, E. von: „Die Livländischen Bekehrungen, wie sie Herr Samarin erzählt. Dem Russischen entnommen und erläutert.“ Leipzig 1872.
- „Baltische Stimmen“ deutsches Wochenblatt. Dorpat, vom 16. Januar 1929.
- Stobbe, O.: „Handbuch des deutschen Privatrechts“. 2. Band, 2. Aufl. Berlin 1883.
- (Stryk, Alexander v., -Palla): „Agrarpolitisches“, in: „Balt. Wochenschr. f. Landwirtsch. usw.“ Dorpat 1906, Nr. 11, S. 79 ff.
- (Derselbe): „Was haben wir an unserer Agrarverfassung und in welcher Richtung wäre sie auszugestalten?“ in: „Balt. Wochenschr. f. Landwirtsch., Gewerbeff. u. Handel“, Dorpat, Jahrgang 1906, Nr. 15, S. 119 f.
- Stryk, Gustav von: „Das Agrargesetz in Livland (Lettland und Estland)“. Dorpat 1922.
- Derselbe: „Arbeiterversicherung“, in den: „Berichten d. Kaiserl. Livl. Gemeinn. u. Ökon. Sozietät für die Jahre 1908 u. 1910“, Dorpat 1909 u. 1911, S. 41 ff. resp. 84 ff.
- Derselbe: „Die Landwirtschaft in Livland“, veröffentlicht von der Livl. Gemeinn. u. Ökon. Sozietät, ohne Angabe ihres Erscheinens. (Dorpat, 1913?).
- Stryk, L. von: „Beiträge zur Geschichte der Rittergüter Livlands“, I. Teil, Dorpat 1877; II. Teil, Dresden 1885.
- (Suworow, Fürst Alexander): „Rechenschaftsbericht des rigaschen Kriegs-, liv-, ehst- und kurländischen Generalgouverneurs an den Kaiser Nikolai I“, übersetzt von M. von Oettingen. Balt. Monatsschr. Bd. 44 (1897), S. 515 ff., 549 ff.
- „Fürst Alexander Suworow usw.“, s.: Tidebühl sen., Arnold v., u. a. T.

## T.

- „Neues Rigasches Tageblatt“, deutsche Morgenzeitung in Riga, erschien 1925.
- „Tagebuch des Landrats Reinhold von Samson-Himmelstjerna“, abgedruckt im „Jahresbericht der Felliner literarischen Gesellschaft f. d. Jahre 1902—1904.“ Fellin 1905.
- Taube von der Issen, Helene von: „Graf Alexander Keyserling. Ein Lebensbild aus seinen Briefen und Tagebüchern.“ 2 Bände. Berlin 1902.
- Teidoff, cand. rer. for. Edgar: „Unsere lettländische Forstwirtschaft“, „Rig. Rundschau“ vom 7. August 1923, Nr. 170.
- „Testimonia Auctorum de Merkelio etc.“, s.: W. Neumann u. K. A. Varnhagen von der Ense, u. a. T.
- [Tidebühl sen., Arnold von]: „Die Krisis der kirchlichen Reallasten in Livland.“ Balt. Monatsschr. Bd. 9 (1864), S. 1 ff.
- (Derselbe): „Fürst Alexander Suworow, Generalgouverneur von Liv-, Est- und Kurland“, als Manuskript gedruckt bei W. F. Häcker. Riga 1863.
- Tiebe, Hermann Friedrich: „Nachtrag zu Lief- und Estlands Errettung oder die Todten Lieflands stehen gegen Herrn Merkel auf.“ Halle 1805.
- (Tiesenhausen, C. von): „Erste Fortsetzung von des Herrn Hofrat von Hagemeister Materialien zu einer Geschichte der Landgüter Livlands.“ Riga 1843.
- (Tiesenhausen, Heinrich Baron): „Rede, gehalten am Sarge des weil. livländischen Landrats Arthur von Richter.“ Balt. Monatsschr. Bd. 40 (1893), S. 55 ff.
- Derselbe, s.: Meyendorff und Tiesenhausen: „Antrag zur Frage d. Kirchenreform.“
- Tiling, J. N.: „Über die sogenannte bürgerliche Union in Kurland“ Erster Teil. Riga 1792.
- Tobien, Alexander von: „Die Agrargesetzgebung Livlands im 19. Jahrhundert“, Bd. I Berlin 1899, Bd. II Riga 1911.
- Derselbe: „Die Agrarrevolution in Estland.“ Berlin 1923.
- Derselbe: „Die Agrarverfassung des festländischen Livland.“ Riga 1906 (russisch).

- Derselbe: „Die Agrarzustände Livlands in der Beleuchtung des Herrn Semzew.“ Riga 1908.
- Derselbe: „Das Armenwesen der Stadt Riga.“ Riga 1895.
- Derselbe: „Ausgleich der Privilegien und der Bauerngüter“, Separatabdruck aus der „Balt. Wochenschr. f. Landwirtschaft, Gewerbeleiß u. Handel“ Nr. 10 vom Jahre 1908. Dorpat.
- Derselbe: „Die Bauernbefreiung in Livland“, in den „Festgaben für Professor Fr. J. Neumann“. Tübingen 1905.
- Derselbe: „Das Bauerngut in Livland“, in der „Zeitschr. d. Deutschen Landwirtschaftsrates“, 1. Jahrg., 1918; Sonderabdruck. Riga 1919.
- Derselbe: „Die Bedeutung des für Livland neu geschaffenen Boden- und Gebäudekatasters“, in der „Balt. Wochenschr. f. Landwirtschaft usw.“ Nr. 6 vom Jahre 1911, Dorpat. Auch Separatabdruck.
- (Derselbe): „Heinrich von Bock, Landmarschall von Livland in den Jahren 1872 bis 1884“, in: „Rigaer Almanach für 1885“, hrsg. von W. F. Häcker.
- Derselbe: „Ergebnisse der Rigaer Handelsstatistik aus den Jahren 1866—1891.“ Riga 1893.
- Derselbe, s. a.: „Statistisches Jahrbuch der Stadt Riga.“
- Derselbe: „Friedrich von Jung-Stilling, Begründer der livländischen Kommunal-Statistik und seine Vorgänger“, in: „Statist. Jahrbuch der Stadt Riga“, hrsg. von A. Tobien, I, Riga 1891, S. 1 ff.
- Derselbe: „Die Leibeigenschaft in deutschen Territorien und in Livland“ im 2. Baltenheft, Beilage zu den Ostdeutschen Monatsheften. Danzig-Berlin 1924.
- Derselbe: „Die Livländer im ersten russischen Parlament. 1767—1769“, in: „Mitt. a. d. Livl. Geschichte“ Bd. 23. Riga 1926.
- Derselbe: Nekrolog Arthur von Richter's in der „Düna-Zeitung“ (Riga) vom 16. November 1892, Nr. 261.
- Derselbe: „Die Notwendigkeit einer Reform der livländischen Grundsteuern und das Gesetz vom 4. Juni 1901“, Balt. Monatsschr. Bd. 53 (1902), S. 186 ff.
- Derselbe: „Das Ostseekomitee.“ Balt. Monatsschr. Bd. 65 (1908), S. 73 ff.
- (Derselbe): „Die Russen in Liv-, Est- und Kurland“, in „Russ.-Balt. Blätter“, 2. Heft. Leipzig 1887.
- Derselbe: „Ursprung und Lage der Landarbeiter in Livland“, in der „Zeitschr. f. d. gesamte Staatswissenschaft.“ 66. Jahrg., Tübingen 1910, Seite 157—177 u. 374—396.
- Derselbe: „Vom Rechtsbewußtsein des Volkes. Entgegnung auf die Zuschrift des Herrn G. E. Luiga.“ „Rig. Rundschau“, Nr. 80 vom 12. April 1921, S. 1. [Vgl. Luiga, unter derselben Überschrift.]
- Toll, Harald Baron: „Landrat Alexander Graf Keyserling“, Separatabzug aus der „Rigaschen Zeitung“, Riga 1888.
- Transehe-Roseneck, Dr. Astaf von: „Die Eingeborenen Alt-Livlands im 13. Jahrhundert.“ Balt. Monatsschr. Bd. 43 (1896), S. 219 ff., 289 ff. u. 347 ff.
- Derselbe: „Die Entstehung der Schollenpflichtigkeit in Livland“, Bd. 23 der „Mitteilungen aus der livländischen Geschichte“. Riga 1924.
- Derselbe: „Gutsherr und Bauer in Livland im 17. und 18. Jahrhundert.“ Heft VII der „Abhandlungen aus dem staatswissenschaftl. Seminar zu Straßburg“, 1890.
- (Derselbe): Separatvotum zu dem von der ritterschaftl. Kommission ausgearbeiteten Projekt betr. die fakultative Teilung von landischen Kirchengemeinden. Druckvorlage f. d. livl. Landtag 1909. (Druck von W. F. Häcker, Riga.)
- Derselbe: „Zur Geschichte des Lehnswesens in Livland. Teil I: Das Mannlehen“. In den „Mitt. a. d. Gesch. Liv-, Est- u. Kurlands“, Bd. XVIII, Riga 1908. Auch separat erschienen, Riga 1903.
- Treitschke, Heinrich von: „Politik“, hrsg. von Max Cornicelius, Bd. I. Leipzig 1897.
- Tschackert, P., s.: Kurtz, Joh. Heinr.: „Lehrbuch der Kirchengeschichte.“
- Tschuprow, A. A.: „Die Feldgemeinschaft“, Heft XVIII der „Abhandlungen aus dem staatswissenschaftl. Seminar zu Straßburg“, 1902.
- Tupin, (Artur): „Das baltische Gebiet und der Krieg. Materialien aus der russischen Presse vom August, September und Oktober 1914“. Gesammelt und zusammengestellt von A. Tupin, mit einem Vorwort von Prof. Arabaschin. Petrograd 1914 (russisch). [Vgl. hierzu: „Ergänzende Materialien etc.“]

## U.

- „Geschichtl. Übersicht der Grundlagen und der Entwicklung des Provinzialrechts usw.“, s.: Oskar Baron Rahden und Emanuel Graf Sievers, u. a. T.
- „Geschichtliche Übersicht über die Tätigkeit des Ministerkomitees“, 4. Teil, St. Petersburg 1902 (russisch).
- „Über die russischen Studentenunruhen“ (März 1899), deutsche Übersetzung des offiziellen Communiqué im „Regierungs-Anzeiger“ (St. Petersburg, März-April 1899, russisch) in der „Düna-Zeitung“ (Riga), Nr. 78 ff. vom J. 1899.
- „Über das Wesen der Unruhen auf dem Lande und ihre Bekämpfung. Von einem Esten.“ Balt. Monatsschr. Bd. 60 (1905), S. 217 ff.
- (Ulmann, K. Christian), s.: „Ein Brief Bischof K. Christian Ulmanns aus dem J. 1842“ usw.
- Derselbe: „Das gegenwärtige Verhältnis der evangelischen Brüdergemeinde zur evangelisch-lutherischen Kirche in Liv- und Estland“. Berlin 1862.
- Derselbe: „Zur Geschichte der Volksbildung und der Landschulen in Livland“, in: „Mitteilungen und Nachrichten für die evangelische Geistlichkeit Rußlands“, 4. Bd., Riga 1848, S. 103—164.
- (Ungern-Sternberg, Friedr. Baron), s.: „Aus dem Leben des Landrats Friedrich Baron Ungern-Sternberg“ usw.
- Ungern-Sternberg, Karl Baron, -Korast: „Antrag Nr. VIII an den livländischen September-Landtag 1865“, als Manuskript gedruckt. Dorpat 1865.
- Ustrálow, N.: „Geschichte der Regierung Peter des Großen“, Teil IV., Petersburg 1863 (russisch).
- „Urheber und Anführer der revolutionären Bewegung unter dem estnischen Landvolk.“ Balt. Monatsschr. Bd. 61 (1906), S. 156 ff.

## V.

- Varnhagen von der Ense, K. A., s.: Neumann u. Varnhagen etc.: „Testimonia Auctorum de Merkelio etc.“
- „Die ländliche Verfassung der Baltischen Gouvernements“. St. Petersburg 1890 (russisch). Offizielle Abhandlung, enthaltend die Spezialgutachten der liv- u. estländ. Revidenten Janowitsch u. Rudschenko.
- „Die Vergewaltigung der russischen Ostseeprovinzen. Von einem Balten.“ Berlin 1886.
- „Verhandlung der Studienkommission für Erhaltung des Bauernstandes, für Kleinsiedelung und Landarbeit“, vom 15./16. November 1915, hrsg. von der „Vereinigung für exakte Wirtschaftsforschung“. Rostock 1915.
- „Verhandlungen des örtlichen Komitees über die Notstände des landwirtschaftlichen Gewerbes“, Bd. XIX. St. Petersburg 1903 (russisch).
- „Verhandlungen [russ.: „Trudý“ usw.] des beim temporären Baltischen Generalgouverneuren auf Allerh. Befehl vom 28. Nov. 1905 begründeten Besonderen Rates.“ Reval, ohne Jahresangabe (russisch).
- „Verordnung für die livl. Ritterschaftslandmesser, Nach den Bestimmungen des Landtags der livl. Ritter- und Landschaft“. Riga 1906.
- Dasselbe, „entworfen vom Katasteramt des livl. Landratskollegium und bestätigt vom residierenden Landrat am 20. März 1914.“ (Riga 1914?)
- „Verordnungsblatt für Liv- und Estland“, hrsg. vom (deutschen) Armeeoberkommando (A.O.K.) 8. Riga-Dorpat 1917 u. 1918.
- „Verordnungsblatt für die von deutschen Truppen besetzten Teile Livlands und Estlands“, hrsg. vom „Gouvernement Riga“, Nr. 1 vom 5. November 1917.
- „Eine Verteidigung der Agrarreform“, „Rig. Rundschau“ vom 28. u. 29. Dezember 1922, Nr. 291 f.
- „Verwaltungsbericht der Ziv.-Verwalt. d. balt. Lande“, s.: v. Gossler, u. a. T.
- „Verwaltungsverordnung für Liv- und Estland“ vom 28. Mai 1918, im „Verordnungsblatt für Liv- und Estland“, hrsg. vom A.O.K. 8, Dorpat, 7. Juni 1918, Nr. 24.
- Vierhuff, Gotthard, Pastor zu Ronneburg: Ansprache, gehalten zur 50-jährigen Jubelfeier Birkenruhs am 29. Mai 1875. Balt. Monatsschr. Bd. 24 (1875), S. 133 ff.

- Vietinghoff, Arnold Baron, -Marienburg: „Zum Gedächtnis an die Errettung vor zehn Jahren (20 und 21. April 1918—1928).“ Balt. Monatsschr. 59. Jahrg., Heft 4 (1928), S. 223 ff.
- Vigrabs, J. [Wihgrabs, Georg]: „Die Rosensche Deklaration“, in: Monatsschr. des Bildungsministeriums (lettisch), Jahrg. 1925, Nr. 12. Riga.
- Derselbe: „Die rechtliche Lage des livl. Bauern in der ersten Hälfte des XVIII. Jahrhunderts. Materialiensammlung aus dem Archive der ehemaligen Livländischen Ritterschaft“. I. Teil (lettisch und deutsch), in: Bd. VI der Veröffentlichungen des Lettland. Staatsarchivs (lettisch).
- Derselbe: „Garlieb Merkel. Die Letten.“ Riga 1924.
- Villebois, Arthur von: „Staatskirche und Landeskirche in den deutschen Ostseeprovinzen Rußlands“, in: „Westnik Ewropy“ (Europäischer Bote), 34. Jahrgang, 1899 (russisch); deutsche Übersetzung als Manuskript gedruckt. Riga 1899 (Rigaer Stadtbibliothek).
- „Eine Visitationsfahrt durch Livland im Jahre 1864.“ Balt. Monatsschr. Bd. 60 (1905), S. 253 ff.
- (Volck, Axel, Vereid. Rechtsanwalt): „Rechtsgutachten zu den auf die Frage der Schaffung fakultativer Pfarrverbände bezüglichen Kommissionsvorschlägen.“ Riga, Februar 1909. Druckvorlage f. d. livl. Landtag 1909. (Druck von W. F. Häcker, Riga 1909.)
- „Das lettische Volkslied.“ Balt. Monatsschr. Bd. 59 (1905), S. 482 ff.
- „Das Volksschulwesen in Liv-, Est- und Kurland.“ Balt. Monatsschr. Bd. 21 (1872), S. 529 ff.
- „Vorschläge der zur Reform der Naturalprästanden vom Landtage 1902 niedergesetzten Kommission.“ Riga 1905, W. T. Häcker.
- „Vorschläge der durch den Allerhöchsten Befehl vom 28. November 1905 beim temporären Baltischen Generalgouverneur begründeten Besonderen Konferenz zur Reform der Landgemeindeordnung.“ Reval 1908 (russisch).
- „Vorschläge einer Reorganisation der Kirchenverwaltung in den Landkirchspielen Livlands.“ Druckvorlage f. d. livl. Landtag 1910. (Druck von W. F. Häcker, Riga 1910.)
- „Vorschläge der vom Landtage 1905 zur Ausarbeitung eines Entwurfs für die Reorganisation der Landgemeindeordnung erwählten Kommission.“ Druckvorlage f. d. livl. Landtag 1906. (Druck von W. F. Häcker, Riga.)
- „Sieben Vorträge über Germanisierung der Letten. Eine Reminiszenz vom J. 1819.“ Balt. Monatsschr. Bd. 59 (1905), S. 61 ff.

### W.

- Waeber, Alexander: „Preußen und Polen. Der Verlauf eines zweitausendjährigen Völkergrenzstreites und deutsch-slawische Wechselbeziehungen.“ München 1907.
- Wachtsmuth, Wolfgang: „Entstehung, Organisation und völkische Bedeutung des deutschen Burschenlebens in Dorpat und Riga“, im „Jahrbuch und Kalender des Deutschtums in Lettland. 1924“. Riga 1923.
- Derselbe: „Karl Friedrich Watson 1777—1826“, im „Jahrbuch des balt. Deutschtums 1927.“ Riga 1926.
- Wagner, Adolph: „Die Abschaffung des privaten Grundeigentums.“ Leipzig 1870.
- Waldeck, s.: Meyer von Waldeck, Fr.
- (Waldemar [auch Woldemar], Christian): „Baltische, namentlich livländische Bauernzustände.“ Leipzig, F. A. Brockhaus, 1862.
- Derselbe: „Die Lettenauswanderung nach Nowgorod im Jahre 1865 und die baltische deutsche Presse.“ Bautzen 1867.
- (Derselbe): „Über die Heranziehung der Letten und Esten zum Seewesen nebst Notizen und Aphorismen in bezug auf die industriellen, intellektuellen und statistischen Verhältnisse der Letten und Esten und der baltischen Provinzen überhaupt.“ Dorpat (H. Laackmann) 1857.
- Derselbe: „Vaterländisches und Gemeinnütziges“, 1. u. 2. Heft. Moskau 1871.
- „Herr Waldemar und die Kurländer in Nowgorod“, in der „Rig. Zeitung“ vom 4. Sept. 1865, Nr. 204.

- Waldmann, Dr. F.: „Schlußbericht über den Bestand und die Tätigkeit des livländischen Landes-gymnasiums zu Fellin 1875—1892.“ Fellin 1892.
- Derselbe: „Vorgeschichte und Geschichte des ersten Jahrzehntes 1875—1885 des livländischen Landes-gymnasiums zu Fellin“, in: „Einladungs-Programm zu dem am 20. Dezember 1885 im Livländischen Landesgymnasium zu Fellin stattfindenden festlichen Redeakt“. Fellin 1885.
- „Bischof Dr. Ferdinand Walter, Generalsuperintendent von Livland“, s.: Doebner, Pastor Th., u. a. T.
- „Bischof Dr. Ferdinand Walter, weiland General-Superintendent in Livland. Seine Landtagspredigten und sein Lebenslauf.“ Leipzig 1891.
- Walter, Dr. F.: „Die Lutherische Kirche in den Ostseeprovinzen und die Brüder-Gemeinde in ihrem rechtlichen Verhältnis zueinander.“ Riga 1845.
- Walters, Dr. M.: „Lettland, seine Entwicklung zum Staat und die baltische Frage.“ Rom 1923.
- Walujew, Graf P.: (Abhandlung über die Bauernbefreiung in den baltischen Provinzen) im „Russischen Boten“. Bd. 13, Moskau 1858 (russisch).
- Derselbe, siehe auch: „Erinnerungen an Graf P. A. Walujew“, und „Aus den Tagebüchern des Grafen P. A. Walujew“.
- „Lettisch-estnische Wandlungen“, s.: Oettingen, Max v., u. a. T.
- „Was haben wir an unserer Agrarverfassung usw.?“, s.: Stryk, Alex v., u. a. T.
- Wassiltschikow, Fürst A.: „Der Grundbesitz und die Landwirtschaft in Rußland und anderen europäischen Staaten.“ I. Bd., St. Petersburg 1876 (russisch).
- Wegner, Alexander: „Zur Geschichte des baltischen Schulwesens“, Balt. Monatsschr. Bd. 63 (1907), S. 403 ff.
- „Waldibas Wehstnesis“, s.: Regierungsanzeiger, lettland.
- [Weinberg, Friedrich (lett. Redakt. in Riga)?] Denkschrift über die Urgeschichte der lettischen Revolution 1905/06, in russischer Sprache gedruckt als Manuskript und dem zeitw. Balt. Gen.-Gouverneuren übergeben. (Druckort und -Jahr?).
- (Derselbe): „Politische Gedanken aus Lettland“, Leipzig, Otto Wigand, 1883.
- Wengerow, A. S.: „Kritisch-biographisches Lexikon russischer Schriftsteller und Gelehrter“, Bd. IV, Petersburg 1895 (russisch).
- Westling, F.: „Beiträge zur Kirchengeschichte von 1656—1700“, übersetzt von T. Christiani in den „Verhandlungen der Gelehrten Estnischen Gesellschaft zu Dorpat“, 21. Bd. 1. Heft, (Dorpat) 1904 ff.
- Westling, G. O. P.: „Über den Volksunterricht in Estland 1561—1710“, Übersetzung aus dem Schwedischen, Balt. Monatsschr. Bd. 69 (1910), S. 367 ff.
- „Wetterleuchten“, s.: Samson-Himmelstjerna, H. v., u. a. T.
- Wihgrabs, Georg, s.: Vigrabs, J.
- Wileken, N.: „Über die Besteuerungsverhältnisse Liv- und Estlands“, Balt. Monatsschr. Bd. 11 (1865), S. 81 ff., 167 ff.
- Winkelmann, Eduard: „Bibliotheca Livoniae historica“, 2. Aufl. Berlin 1878.
- Winnig, August: „Am Ausgang der deutschen Ostpolitik. Persönliche Erlebnisse und Erinnerungen.“ Berlin 1921.
- Witte, Graf S. J.: „Erinnerungen. Die Kindheit. Die Regierungen Alexanders II. und Alexanders III. (1849—94)“, (Berlin) 1923, (russisch).
- Balt. Wochenschr. f. Landwirtsch. usw. = „Baltische Wochenschrift für Landwirtschaft, Gewerbe-fleiß und Handel“, hrsg. von der Kaiserl. Livl. Gemeinn. u. Ökonom. Sozietät u. dem Livl. Verein zur Beförderung der Landwirtsch. usw. in Dorpat, 53 Jahrgänge, Dorpat 1863—1915.
- Wohltmann, Prof. Dr. F., in Bonn-Poppelsdorf: „Die chemische Untersuchung des Bodens und ihre Bedeutung für die Bonitierung des Ackers“, abgedruckt in der „Balt. Wochenschr. f. Landwirtsch., Gewerbe-fleiß u. Handel“, Dorpat 1896, Nr. 44.
- „Einige Worte über das Wesen der sozialen Revolution in Rußland und die Mittel zu ihrer Paralyse“, Artikel, gez.: „W. v. H. in Charkow“, in der Balt. Monatsschr. Bd. 28 (1881), S. 447 ff.

- „Offene Worte über Baltische Landespolitik“, Leipzig 1879.  
 „Enzyklopädisches Wörterbuch“, hrsg. von Brockhaus u. Efron, Bd. 4, St. Petersburg 1895 (russisch).  
 „Russisches Biographisches Wörterbuch“, redigiert von A. A. Polowzow, St. Petersburg 1896—1914 (russisch).  
 „Wörterbuch der Volkswirtschaft“ hrsg. von Prof. Dr. L. Elster, 3. Aufl., 1. Bd. 1911.  
 Wrangell, Wilhelm Baron: „Das Baltenregiment 1918—1928“ im „Jahrbuch des baltischen Deutschtums in Lettland und Estland. 1928“. Riga (1927), S. 148 ff.  
 Derselbe: „Geschichte des Baltenregimentes.“ Reval 1928.  
 Derselbe: „Die Politik der Esten 1917—1918“, Balt. Monatsschr. 59. Jahrgang, Heft 2/3, (1928), S. 63 ff.  
 Derselbe: „Die Verschleppung nach Sibirien im Jahre 1918“, Balt. Monatsschr. 59. Jahrg. Heft 1, (1928), S. 31 ff.  
 Woldemar, Chr., s.: Waldemar, Chr.  
 Wulffius, Woldemar: „Lettland. Ein geschichtlicher Rückblick.“ Riga 1925.  
 Derselbe: „Garlieb Merkel, Carl Schirren und Georg Wihgrabs“, in der „Rig. Rundschau“ vom 26. März 1925.  
 Derselbe: „Vom Sinn Livländischer Geschichte.“ Riga 1926.  
 Wurstemberger, L. von: „Die Gewissensfreiheit in den Ostsee-Provinzen Rußlands.“ Leipzig 1872.

## Z.

- Zakrzewski: „Die wichtigeren preußischen Reformen der direkten ländlichen Steuern im 18. Jahrhundert“, Bd. VII. Heft 2 der Staats- und sozialwissenschaftl. Forschungen Schmollers. Leipzig 1887.  
 „Baltische Zeitung“, Riga. Nr. 193 vom 6. 12. 1918.  
 „Zeitung für Stadt und Land“, Riga, 1867—93.  
 „Kölnische Zeitung“ vom J. 1886, Nr. 60 (Briefwechsel Oubril-Gortschakow vom März 1865).  
 „Neue Dörptsche Zeitung“, Dorpat, Nr. 6, 38 u. 56 vom J. 1877; Nr. 264, 266, 269 u. 282 vom J. 1881.  
 „Petersburger Zeitung“, deutsches Tagesblatt in St. Petersburg. Nr. 43 vom Februar 1894.  
 „Das Zerstörungswerk in den russischen Ostseeprovinzen.“ Berlin 1890.  
 Ziegenhorn, Christoph George von: „Das Staatsrecht der Herzogtümer Kurland und Semgallen.“ Königsberg 1772.  
 Zimmermann, Dr. M. von: „Die Agrarverhältnisse in Litauen“, „Rig. Rundschau“ vom 28. April 1927, Nr. 93.  
 Derselbe: „Die Butterproduktion der Baltischen Staaten“ ebda. vom 18. Juli 1927, Nr. 156.  
 Derselbe: „Die Schweinezucht in Lettland“, ebda. vom 26. November 1927, Nr. 267.  
 „Zinzendorf, Graf und Gräfin — in Riga, Reval und St. Petersburg“, in der „St. Petersburger Zeitung“, 1900, Nr. 143 u. 144; „Rigasche Stadt-Blätter“, Nr. 23 vom J. 1900.  
 Zscharnack, L., s.: „D. Religion in Gesch. u. Gegenwart.“  
 „Zum Neubau der Livländischen Landvolkschule“, „Rig. Zeitung“ vom 3. August 1918, Nr. 178.  
 „Zum Verständnis“ gez.: „H. v. H.“, Balt. Monatsschr. Bd. 62 (1906), S. 25 ff.  
 „Zur Charakteristik des vom 9.—18. Februar in Riga abgehaltenen landwirtschaftl. Regional-Congresses“, in: „Balt. Wochenschrift für Landwirtschaft usw.“, Dorpat, Jahrgang 1881.  
 „Zur Geschichte der Einführung der russischen Geschäftssprache in der Universität Dorpat“, Balt. Monatsschr. Bd. 65 (1908), S. 134 ff.  
 „Zur Geschichte der evangelisch-lutherischen Kirche in Rußland bis zur Emanierung des Kirchengesetzes von 1832“, Balt. Monatsschr. Bd. 38 (1891), S. 154 ff.  
 „Zur Geschichte und Kritik der offiziellen statistischen Daten über die Elementarbildung in Rußland“, Balt. Monatsschr. Bd. 47 (1899), S. 354 ff.



- „Zur Geschichte der Peipusregulierung“, im „Bericht der Kaiserl. Livl. Gemeinnützigen und Ökonomischen Sozietät für das Jahr 1907“. Dorpat 1908, S. 72 ff.
- „Zur Geschichte der livl. Privilegien“, s.: Bruiningk, Hermann Baron, u. a. T.
- „Zur Kritik russischer Gesetzgebung und Verwaltung“, in: „Russ.-Balt. Blätter“, Heft 3, Leipzig 1887.
- „Zur Lage“ s.: Bienemann, Friedrich, u. a. T.
- „Zur livländischen Landtagsgeschichte des 18. Jahrhunderts“, s.: Eckardt, Julius, u. a. T.
- „Zur Nationalitätenfrage“, s.: Berkholz, Georg, u. a. T.
- „Zur Reform unserer Gerichtsverfassung“, s.: Faltin, Alexander, u. a. T.
- „Zur Reformfrage“, „Rig. Zeitung“ vom 27. Februar 1880, Nr. 48.
- „Zur Situation“, s.: Berkholz, Georg, u. a. T.
- Zwingmann, Viktor, s.: Max v. Oettingen und Viktor Zwingmann: „Die Gesetze usw.“

## Personen-Register.

Abkürzungen: I = 1. Band; II = 2. Band. Die oberhalb der Seitenangaben gebrachten kleinen Ziffern weisen auf die Fußnote der betreffenden Seite hin.

Abg. = Abgeordneter.	Krsmrsch. = Kreismarschall.	Mstr. = Meister.
A.O.K. 8. = 8. Armee-Ober-	Kultus- = Unterrichts-	Past. = Pastor
Kommando (deutsches).	Kurl. = Kurland, kurländisch-	Red. = Redakteur.
Balt. = baltisch-	Ldmrsch. = Landmarschall.	Rittersch. = Ritterschafts-
Deleg. = Delegierter.	Ldrt. = Landrat.	Rig. = riga(i)sch-
Depart. = Departements-	Ldsbevollm. = Landesbevoll-	Russ. = russisch-
Estl. = Estland, estländisch-	mächtigter.	Rußl. = Rußland.
Estn. = estnisch-	Lett. = lettisch.	Schwed. = Schweden, schwe-
Gmde. = Gemeinde.	Lettl. = Lettland, lettländisch-	disch-
Gen. = General.	Livl. = Livland, livländisch-	Sekr. = Sekretär.
Gouv. = Gouverneur.	Ltn. = Leutnant.	Univ. = Universität.
Hptm. = Hauptmann.	Mnstr. = Minister.	Vertr. = Vertreter.
Krsdpt. = Kreisdeputierter.	Mrsch. = Marschall.	z. = zu (in).

### A.

**Abasa.** Finanz-Mnst.; Chef d. Oberpresseverwalt.  
I 353. 495<sup>3</sup>.

**de l'Abbaye,** Bearde; Aachen. II 20<sup>4</sup>.

**Adams.** Gen.-Ltn. I 348.

**Adamsohn,** Jaan. Estn. Schulmstr. z. Holstfershof, Livl. II 209<sup>6</sup>.

**Aksakow,** Iwan. Russ. Publizist. I 124 f. 137. 330.

**Albanus,** Adolf. Past. z. Dünamünde, Engelhardtshof (Livl.) u. Windau (Kurl.). I 279<sup>3</sup>.

—, Johann. Schuldirekt. u. Ob.-Past. in Riga.  
II 132<sup>7</sup>.

**Albedinsky, Graf.** Balt. Gen.-Gouv. I 45 f. 50 f.  
53 ff. 58 f. 64. 84. 86. 115 ff. 118. 127 f. 132.  
183. 247. 327 f. 330. 359. 362 ff. 365. 367. 370 f.  
466<sup>5</sup>. 494. II 190.

**von Albedyll.** II 138<sup>2</sup>.

**Alberinsch,** Artur. Abg. d. Lettl. Konstituante.  
II 272<sup>5</sup> 277.

**Albert, Bischof von Livland.** II 339.

**Albrecht der Bär.** II 314.

**Alexander I.** Kaiser v. Rußland. I 14. 38 f. 79.  
81. 104. 175. 309. 310<sup>6</sup>. 310 ff. 312 ff. 314<sup>5</sup>.  
316. 318. 340. II 32. 36 f. 57. 127 ff. 130. 132.  
134. 140. 209. 216. 220. 229 ff. 232. 273.

**Alexander II.** Kaiser v. Rußl. I 20. 24. 40. 41 ff.  
45 f. 48. 50. 53 f. 55<sup>2</sup>. 57 f. 66 f. 69. 72. 80.  
81 ff. 86 f. 89 f. 92 f. 94. 96 f. 98<sup>3</sup> 99. 102. 106.  
108 f. 113 ff. 116 ff. 121. 132 f. 135. 138. 144 ff.  
149 ff. 178 ff. 181 f. 184. 186. 188. 190. 208.  
284 f. 287. 327. 330. 337. 359 ff. 363. 367 ff.  
370 f. 373. 380. 391. 488. 490. 493 ff. 504.  
II 145. 150. 153. 203. 220. 232 f. 235.

**Alexander III.** Kaiser v. Rußl. I XII. 21 f. 47.  
53. 57. 69. 71 f. 86 ff. 91. 95. 97 ff. 101. 109.  
112. 120. 135 ff. 138. 144. 149 ff. 152 ff. 162.  
166 f. 172. 189 f. 192 ff. 203. 205 f. 208 f. 242.  
247. 251. 258. 289 ff. 294. 300. 329 f. 337.  
340 f. 345 f. 359. 373 f. 376. 378. 407. 415.  
417. 422. 424. 428<sup>2</sup> 429 f. 432 f. 495. 498 f.  
II 65. 85. 93. 163. 166 ff. 171. 191. 206. 214.  
220. 233 f. 322.

**Allunan,** Juris (Georg). Lett. Schriftst. II 145.

**Anna,** Kaiserin v. Rußland. I 77 f. 103. II 17. 22.

**von Anrep,** Konrad; Schloß-Ringen. I 398<sup>2</sup>. 475<sup>1</sup>.  
—, Kurt; Kerstenschof. Livl. Ldrt. I 75<sup>1</sup> 305<sup>5</sup>.  
306.

—, Max; Homeln. Livl. Krsdpt. I 217<sup>4</sup> 222.  
306. 453<sup>5</sup>. 454<sup>1</sup>. II 93<sup>2</sup>

—, Oskar; Homeln. I 389<sup>5</sup>.

- Antonelli.** I 146.  
**Arabaschin.** Russ. Prof. I 142<sup>2</sup>.  
**Araktschejew.** II 128.  
**Armitstead,** George. Stadthaupt v. Riga. I 141<sup>2</sup> 416<sup>3</sup>.  
**Arnold,** Karl. Schuldirekt. in Fellin. I 306.  
**Arschewsky.** Gehilfe d. Innen-Mnstrs. I 414<sup>4</sup>.  
**Ascheraden,** siehe: **Schoultz von Ascheraden.**  
**Aßmuth,** Eduard Johann. Past. z. Torma-Loh-husu, Livl. II 135<sup>9</sup>.  
**August,** König v. Polen. II 118<sup>6</sup>.  
**Awoht,** Karl. Propst u. lett. Prediger z. Lösern, Livl. II 243.
- B.**
- Baer,** Karl Ernst von. Naturforscher. I 52. 116. 144 ff. II 67<sup>2</sup>.  
**Baerens,** John. Red. in Petersburg. I 130<sup>4</sup>. 131. 516.  
**Bagratiön,** Peter Romanowitsch Fürst. Balt. Gen.-Gouv. I 61. 63<sup>3</sup>. 64. 117. 183 f. 353.  
**Ballohd,** David. Lett. Agitator d. griech.-kath. Kirche. II 137<sup>3</sup>.  
**Baranoff,** Klaus Gustav von; Techelfer. Estl. Ldrt. I 312<sup>4</sup>.  
**Baranow,** Eduard Graf. Balt. Gen.-Gouv. I 114. 116<sup>4</sup>. 504.  
**Bariatsky,** Fürst. Russ. Heerführer. I 98<sup>3</sup>.  
**Baron,** Christian. Lett. Folklorist. II 143. 145. 147. 152. 155. 159. 201.  
**Bartholomäi,** von. Schulinsp. in Arensburg. I 278<sup>4</sup>.  
**Bayer,** Georg Andreas von; Kokenhusen-Stockmannshof, Livl. II 26<sup>6</sup>.  
**Bebel.** Deutscher Sozialistenführer. II 172.  
**Behr,** Baron. Krs.-Mrsch.; kurl. Vertr. a. d. „Balt. Konferenz“. I 407<sup>5</sup>.  
**Behrsinsch,** Andreas. Abg. d. Lettl. Konstituante. II 276<sup>1</sup>.  
**Below,** von. Major. I 279<sup>2</sup>.  
**Benjamin.** Griech.-kath. Erzbis. v. Riga u. Mitau. I 183. 188.  
**Benkendorff,** Graf. I 321.  
**Berg,** Arved. Rechtsanwalt; lett. Politiker. II 197<sup>8</sup>.  
**Berg,** Graf Friedrich. Gen.-Feldmarsch.; Temp. Balt. Gen.-Gouv. I 148. 360.  
—, Friedrich; Schloß-Sagnitz. II 114<sup>2</sup>.  
**von Berg,** Friedrich. Landrichter in Livl. I 292<sup>1</sup>. 352<sup>5</sup>. 354<sup>5</sup>. 406<sup>4</sup>. 407<sup>5</sup>. 410<sup>3</sup>.  
—, Friedrich; Kadfer. Livl. Ldrt. II 67<sup>6</sup>.  
**von Bergmann,** Benjamin. Past. z. Rujen, Livl. I 280<sup>1</sup>.  
**von Bergmann,** Ernst. Prof. d. Chir. a. d. Univ. Dorpat. I 335. 335<sup>6</sup>. II 159.  
—, Heinrich Eberhard. Past. z. Lasdohn, Livl. I 279<sup>3</sup>. 282<sup>1</sup>.  
**Berkholz,** Georg. Bibliothekar u. Publizist. I 130<sup>4</sup>. 147 f. II 151.  
**Bermond.** II 267.  
**Besobrasow,** W. P. Russ. Staatsrechtslehrer. I 408.  
**Bielenstein,** August. Past. in Kurl.; Forscher a. d. Gebiete d. lett. Kultur u. Sprache. II 144. 170. 197.  
**Bienemann jun.,** Friedrich. Red. d. „Balt. Monatschrift“. I 140<sup>6</sup>.  
**Biron,** Ernst Johann. Herzog v. Kurland. I 359<sup>6</sup>.  
**Bismarek,** Ludolf August von. Livl. Vize-Gouv. I 359<sup>5</sup>.  
—, Fürst Otto. Deutscher Reichskanzler. I 88 ff. 101. 110<sup>3</sup>. 116. 129. 146. 149 f. 181. 325. 504. 506. II 219.  
**Bisseneeks,** Jahnis. Agronom; lett. Vertr. Kurlands im Balt. Regentschaftsrat. II 249<sup>7</sup>.  
**Bistram,** Baron. Krs.-Mrsch.; kurl. Vertr. a. d. „Balt. Konferenz“. I 407<sup>5</sup>.  
**Blaese,** Max von. Obertaxator d. Kurl. Kreditvereins. II 88<sup>6</sup>.  
**Blackenhausen,** Peter Heinrich; Allasch. Stifter d. Livl. Gemeinn. u. Ökon. Sozietät. II 66.  
**Blank,** Ernst. Lett. Publizist. II 171 ff. 180.  
**Blau,** J. Stadtverordn.; Mitgl. d. Balt. Regentschaftsrates. II 249<sup>3</sup>.  
**Bobrinsky,** Graf. Flügelladjut. (Alexanders II.). I 179 f.  
**von Bock,** Bernhard. Stud. in Dorpat. I 116<sup>5</sup>.  
—, George; Woiseck. I 79<sup>7</sup>. II 26<sup>6</sup>. 29 f.  
—, Heinrich. Livl. Ldmrsch. I XIV. 21<sup>5</sup>. 21 f. 47<sup>4</sup>. 53. 65 ff. 89<sup>6</sup>. 118. 127<sup>4</sup>. 188. 280<sup>1</sup>. 292<sup>1</sup>. 353. 396. 398. 403. 406<sup>4</sup>. 407<sup>5</sup>. 410<sup>3</sup>. 495. 495<sup>7</sup>.  
—, Heinrich August; Kersel. Livl. Ldrt. I 127<sup>4</sup>. 280. 280<sup>1</sup>.  
—, Timotheus Eberhard; Woiseck. I 38<sup>4</sup>.  
—, Woldemar. Livl. Publizist. I 116<sup>5</sup>. 127 f. 134. 165. 280<sup>1</sup>. 333. 382 ff. 384<sup>5</sup>. 385. 390. 411. 489<sup>6</sup>.  
**Bodisko,** Eduard von. Estl. Rittersch.-Schr. I 442<sup>5</sup>. II 103<sup>4</sup>.  
**Bogoljepow.** Kultus-Mnstr. I 268. 298.  
**Bohn,** H. J. Liv.- u. estl. Gen.-Gouv. II 18<sup>7</sup>.  
**Böthlingk.** Philologe. I 146<sup>4</sup>.  
**Böttcher,** Emil von. Ratsherr, später: Stadthauptkollege in Riga. I 164<sup>5</sup>. 437<sup>1</sup>.  
**Boye,** Baronin; Lindenhof, Livl. II 183<sup>6</sup>.

- Brackmann**, Oskar. Stadthaupt v. Pernau; Abg. d. Reichsduma. I 454<sup>1</sup>.
- von Bradke**, Emanuel. Depart.-Chef. I 66.
- , Georg. Kurator d. Univ. Dorpat. I 324 ff. 329. 336. 351.
- von Brasch**, Arved; Ropkoy. Livl. Ldrt. I 293<sup>1</sup>. 396<sup>7</sup>. 406<sup>4</sup>. 407<sup>5</sup>.
- , Ernst; Waimastfer. Livl. Krsdpt. I 286<sup>1</sup>.
- , Konrad; Aya. Livl. Ldrt. I 279<sup>3</sup>. 387<sup>5</sup>. 393<sup>3</sup>. II 81<sup>5</sup>. 82<sup>3</sup>.
- , Konrad; Ropkoy. Livl. Ldrt. II 67<sup>4</sup>.
- Braschen**, G. Pseudonym d. Schriftst. Gustav Michelson. I 400<sup>3</sup>.
- von Brewern**, Georg. Hofmrsch. d. Großf. Helene. I 145.
- , Karl; Jagoval. II 244<sup>3</sup> u. <sup>5</sup>. 330 f.
- Brockhaus**, Hans. Ltn.; Adjut. d. Stabchefs d. A.O.K. 8. II 260<sup>3</sup>.
- Broederich-Kurmahlen** (Kurl.). Ziv.-Kommiss. d. Balt. Gen.-Gouv.'s. I 170<sup>2</sup>.
- Browne**, George Graf. Balt. Gen.-Gouv. I 103. 105. 240.
- Brüningk**, Friedrich Justin. Past.; Vorsteher d. Brüdergmde. in Süd-Livl. II 119 f. 120, Anm. 1, 2, 7 u. 9.
- , Heinrich (sen.). Ratsherr in Narva. II 119<sup>4</sup>.
- , Heinrich (jun.). Livl. Gen.-Superintendent. II 119. 122.
- von Bruiningk**, Adam Heinrich. Bischof d. Brüdergmde. in Deutschland. II 120<sup>2</sup>.
- , Anna Henriette. II 120<sup>3</sup>.
- , Hermann (Baron). Balt. Historiker. I XI. 399. II 313. 338.
- , Karl Axel Christer Baron. Livl. Ldrt. I 16<sup>4</sup>. 39<sup>4</sup>. 320 f. II 32. 35<sup>3</sup>. 67. 67<sup>6</sup>. 120<sup>11</sup>. 120 f. 188.
- , Ludolf August Baron; Hellenorm. II 32. 121.
- , Das Geschlecht der. II 119 f.
- von Brunn**. Senateur. I 367. 369.
- Buchholtz**, Alexander. Chefred. d. „Rig. Ztg.“. I 429<sup>4</sup>.
- Budberg**, Baron A.; Fierenhof. I 398<sup>2</sup>.
- , Alexander. Chef d. Kaiserl. Bittschriftenkommission. I 443.
- , Baronin. I 279<sup>2</sup>.
- , J. G. Mitverf. d. sog. Budberg-Schraderschen Landrechtsentwurfs. II 21.
- , Otto; Wannamois. Estl. Ldrt. I 442<sup>5</sup>.
- , (von). Präsid. d. Livl. Ökon. Sozietät. II 67<sup>6</sup>.
- Buddenbrock**, Gustav Johann von. II 26<sup>6</sup>.
- Budilowitsch**. Rekt. d. Univ. Jurjew (Dorpat). I 341. 355.
- Bulmerineq**, Wilhelm von. Bürgermstr. v. Riga. II 244<sup>3</sup>. 249<sup>3</sup>.
- von Bülow**, Bernhard. Deutscher Geschäftsträger in Petersburg. I 90. 101.
- , Gustav; Kortenhof. II 118<sup>6</sup>.
- , Magdalena, geb. v. Patkul. Ebda.
- von Bunge**, Friedrich Georg. Balt. Rechtshistoriker. I 321<sup>1</sup>.
- , Nikolai. Premier u. Finanz-Mnstr. II 214.
- von Buengner**, Johannes. Rechtsanwalt in Riga. I 429<sup>4</sup>. 431<sup>1</sup>.
- , Robert. Ratsherr, Bürgermstr. u. Stadtverordn. in Riga. I XIV. 373<sup>4</sup>. 446<sup>3</sup>.
- Buntebart**, cand. Mitgl. d. Brüdergmde. II 119<sup>2</sup>.
- Burkewitz**, Karl. Deleg. d. kurl. Bauernsch. im „Balt. Conseil.“ I 446<sup>3</sup>.
- Buschewitz**, Ans (Hans). Abg. d. Lettl. Konstituante. II 272<sup>2</sup>.
- Büttner**, Friedrich. Past. z. Kabillen, Kurl. II 143.
- Buxhoewden**, Baron Alexander; Kuiwast. Ldrt. u. Ldmrsch. auf Oesel. I 442<sup>5</sup>. 446<sup>3</sup>. 454<sup>1</sup>.
- , Konstantin. Krsdpt. auf Oesel. I 446<sup>3</sup>.
- C.
- Campenhause**n, Baron Balthasar. Livl. Ldrt.; Gouv. v. Livl.; Senateur. I 463<sup>3</sup>. II 31. 121.
- , Balthasar. Livl. Ldrt. I 266<sup>5</sup>. 398<sup>2</sup>. II 196<sup>5</sup>.
- , Eduard. Livl. Krsdpt. I 292<sup>1</sup>.
- , Ernst. Livl. Ldrt. I 56<sup>4</sup>. 387<sup>5</sup>. II 81<sup>5</sup>.
- , Johann Christoph. I 463. 468.
- , Leon. Sekr. d. Balt. Ausschusses in Stockholm. II 236.
- von Campenhause**n, Hermann. Präsid. d. Livl. Oberkonsistoriums. II 119.
- , Johann Balthasar. General; livl. Ldrt. I 118 f. 124. 196<sup>5</sup>.
- , Das Geschlecht der. II 119 f.
- Cancrin**, Graf Georg. Finanz-Mnstr. II 130<sup>1</sup>.
- Canisius**, Peter. Kath. Pater; Hrsg. d. 1. lett. Katechism. I 238<sup>3</sup>.
- Carlberg**, Nikolai. Mitarb. d. Ztschr. „Russ.-Balt. Blätter“ I 138<sup>4</sup>.
- Chanikow**. I 132.
- Charusin**, A. N. Depart.-Chef im Innen-Ministerium. I 212<sup>1</sup>. 223<sup>1</sup>.
- Christiani**, Arnold. Livl. Gen.-Superintendent. I. 189<sup>4</sup>. II 135<sup>10</sup>.
- Christine**, Königin v. Schweden. I 8. 35 f.
- Cornelius**. Sekr. d. „Deutschen Vereins“ in Livl. II 199<sup>7</sup>.
- Craffström**. Gen. d. Inf.; Kurator d. Univ. Dorpat I 281. 319. 324.
- Czartoryski**, Adam Fürst. II 37<sup>2</sup>.

## D.

- Dalton**, Hermann. Past. d. reform. Kirche in Petersburg. I 90<sup>2</sup> 99 ff. 151 f. 206 f.  
**David**, Christian. Diakon d. Brüdergmde. II 118.  
**Dehio**, Erhard. Bürgermstr. v. Dorpat. II 244<sup>3</sup>.  
 —, Karl. Prof. d. Med. a. d. Univ. Dorpat. I 345. 349.  
**Deljanow**, Graf Iwan. Kultus-Mnstr. I 52. 102. 251 ff. 260 f. 265. 268. 289 f. 339. 341. 345.  
**Dellingshausen**, Eduard Baron; Kattentack. Estl. Rittersch.-Hptm. I 53<sup>6</sup>. 141<sup>2</sup>. 442<sup>5</sup>. 446. Anm. 3 f. 449<sup>2</sup>. 454<sup>1</sup> II 103<sup>4</sup> 192. 238. 244. 244<sup>5</sup>. 325. 330 f.  
**Delwig**, Bernhard Reinhold Baron. Hofmrsch. II 19.  
**Dido**, A. Deleg. d. Estn. Landw. Vereins in Dorpat. II 55<sup>3</sup>  
**Dihrik**, Bernhard. Lett. Publizist. II 163.  
**Dimitriew**, siehe: **Radko-Dimitriew**.  
**Ditmar**, Fedi (Friedrich) von; Alt-Fennern. I 293<sup>1</sup> 393<sup>1</sup>  
**Dochumkowski**. Gen.; Flügeladjut. (Nikolais II.). I 74<sup>3</sup>.  
**Dodge**, W. E. Präsid. d. amerik. Sektion d. „Evang. Allianz.“ I 186.  
**Donat**. Griech.-kath. Erzbis. v. Riga u. Mitau. I 197.  
**Doß**, Matthias. Sekr. d. Rig. Krim.-Gerichts. I 429<sup>4</sup>.  
**Durnowo**. Gen.; Innen-Mnstr. I 101. 414<sup>4</sup>. 419. 430. 431<sup>1</sup>. 432 f. 435. II 192.

## E.

- Eckardt**, Julius von. Balt. Publizist. I 118. 126<sup>5</sup>. 133. II 148.  
**Efremow**. Abg. d. Reichsduma. II 254.  
**Eisenschmidt**, Heinrich. Pädagoge in Werro. I 279<sup>3</sup>.  
 —, Wilhelm. Estn. Past. in Dorpat. II 211<sup>3</sup>.  
**Eisenstein**. Ingenieur in d. livl. Gouv.-Wegebaubeh. I 27<sup>2</sup>. II 114<sup>7</sup>.  
**Ekesparre**, Oskar von. Ldmrsch. auf Oesel. I 141<sup>2</sup>. 194 f. 425. 427. 442<sup>5</sup>.  
**Elisabeth**, Kaiserin v. Rußland. I 37. 77 f. 103. II 19. 22. 118<sup>8</sup> 125.  
 —, Königin v. England. I 461.  
**Eltz**, Hugo von. Pädagoge in Riga. I 296 f.  
**Engelhardt**, Baron Georg; Weinjerwen. Estl. Rittersch.-Hptm. I 407<sup>5</sup>. 425.  
 —, K. Vertreter Lettgallens. II 335.  
 —, Karl; Sehlen. Livl. Krsdpt. I 387<sup>7</sup>.  
 —, Moritz von. Prof. d. Theol. a. d. Univ. Dorpat. I 279<sup>3</sup> 285 f. 286<sup>1</sup>. 342. II 159.

- Engelhardt**, Baron Otto. Stadthaupt v. Fellin. I 306<sup>2</sup>.  
 —, Rudolf. I 279<sup>3</sup>.  
**Ewald**, Johannes. Presbyter d. Brüdergmde. II 131<sup>1</sup>.  
**Ewers**, Gustav. Rekt. d. Univ. Dorpat. I 318.  
 —, Otto von. Geh. Rat im Außenministerium. I 516.

## F.

- Falek**, von. Past. z. Kannapäh, Livl. I 215<sup>3</sup>.  
**Favre**, Jules. Franz. Staatsmann. I 513.  
**Feldt**, Adolf. Pädagoge in Birkenruh bei Wenden. I 288.  
**Fichte**, Immanuel Hermann. II 156.  
**Fireks**, Wilhelm Baron. Deutscher Abg. d. Lettl. Konstituante. II 266<sup>1</sup>. 277 f. 311. 336 f.  
**Fischer**, Jakob Benjamin. Livl. Gen.-Superintendent. II 122 f. 125.  
 —, Johannes. Livl. Gen.-Superintendent. I 239.  
**Fletcher**. Major; Oberbefehlshaber d. „Balt. Landeswehr“. I 32.  
**Foelkersahm**, Baron Georg. Livl. Gouv. I 40<sup>8</sup>  
 —, Hamilkar. Livl. Ldmrsch. I XV. 40 ff. 42<sup>8</sup>. 48. 71. 144. 279<sup>3</sup>. 387. II 121. (140.) 141. (184.) 185. 316.  
 —, Hamilkar. I 398<sup>2</sup>.  
 —, Hamilkar. Abg. d. Reichsduma. I 442<sup>5</sup>. 446<sup>3</sup>. 447<sup>1</sup>. 449<sup>1</sup>. 454<sup>1</sup>.  
**Voelckersahm**, Weinhold von, † 1736. Vize-Präsid. d. Livl. Hofgerichts. II 17<sup>3</sup>.  
**Forselius**, Bengt Gottfried. Student. I 239.  
 —, Johann. Past. z. St.-Matthiae, Estl. I 239.  
**Franke**. Pietist. II 122 f.  
 —, Vizedirekt. d. Hannover. Polytechn. I 351<sup>1</sup>.  
**Franz**. Major; Stabschef d. A.O.K. 8. II 242. 260<sup>3</sup>.  
**von Freymann**, Arthur; Nurmis. Livl. Krsdpt. I 387<sup>7</sup>.  
 —, Hermann; Nurmis. I 475<sup>1</sup>.  
 —, Karl. Balt. Dichter. I 140<sup>7</sup>.  
 —, Rudolf. Wirkl. Staatsrat. I 141<sup>2</sup>.  
**Freytag(h)-Loringhoven**, Axel Frhr. von. Priv.-Doz. in Petersburg u. Dorpat. I 344.  
 —, Karl Baron. Ldmrsch. auf Oesel. I 128<sup>5</sup>.  
 —, Leocadie Freifrau von, geb. Frein v. Campenhäusen; Adiamünde. II 279<sup>3</sup>.  
 —, Oskar Baron; Adiamünde. I 398<sup>2</sup>  
**Friedrich der Große**, König v. Preußen. II 32. 35.  
**Friedrich Wilhelm**, Deutscher Kronprinz. I 89.  
 —, Herzog v. Kurland. II 16.

**G.**

**Gaechtgens**, Theophil. Livl. Gen.-Superintendent. I 216<sup>2</sup>. II 221<sup>2</sup>.  
**Gail**, Hans. Lett. Rechtsfinder im Mittelalter; Stammvater d. freiherrl. Geschlechts der von Gayl in Kurl. II 191<sup>2</sup>.  
**Gailit**, Markus. Abg. d. Lettl. Konstituante. II 272<sup>2</sup>. 274<sup>2</sup>.  
**Galizin**, siehe: **Korribut-Galizin**.  
**Gapon**, Griech.-kath. Priester in Petersburg. I 301.  
**Galkin-Wraßky**, Michael. Estl. Gouv. I 51 ff. 53<sup>2</sup>. 54. 59. 510. 514.  
**Gauß**, Geheimrat; Leiter d. preuß. Katastrierung (1861). II 96.  
**von Gavel**, Karl Fabian. Hofgerichtsassessor. II 120<sup>7</sup>.  
 —, Karl Gustav. Kapitän (= Hauptmann). Ebda.  
**von Gayl**, siehe oben: **Gail**, Hans.  
**St.-George, Graf**, Vertr. d. „Evang. Allianz.“ I 206.  
**Gerbel**, Depart.-Chef im Innenministerium. II 101 f. 193.  
**Gernet**, Axel von. Balt. Historiker. I 141.  
**Gerschau**, P. Baron. Journalist. I 126<sup>4</sup>.  
**von Gersdorff**, Georg; Dangeln. Livl. Ldrt. I 33. 475<sup>1</sup>. II 88<sup>4</sup>. 93<sup>2</sup>. 95<sup>4</sup>. 112<sup>2</sup>.  
 —, Moritz; Korküll. Livl. Ldrt. II 26<sup>6</sup>. 27.  
**Gervais**, Peter Karlowitsch. Kurator d. Dorpater Lehrbezirks. I 61. 66. 285<sup>2</sup>. 327 f.  
**Girgensohn**, Heinrich. Livl. Gen.-Superintendent. I 189.  
 —, Karl. Prof. d. Theol. a. d. Univ. Dorpat. I 230. 231<sup>2</sup>.  
 —, Otto. Past. z. Marienburg, Livl.; später: Oberpast. in Reval. II 135. (136)<sup>9</sup>.  
**Glasow**, General u. Kultus-Mnstr. I 300 f.  
**Gneist**, Preuß. Staatsmann. I 122.  
**Goldmann**, Jahnis. Lett. Abg. d. Russ. Duma I 229<sup>2</sup>. II 254. 256.  
**Golitzin**, Fürst Alexander. Kultus-Mnstr. II 128 f. 129<sup>7</sup>.  
 —, siehe auch: **Korribut-Galizin**.  
**Golowin**, Kultus-Mnstr. II 145.  
 —, Jewgeni. Balt. Gen.-Gouv. I 40<sup>4</sup>. 42. 81 f. 93. 105 ff. 115. 118. 165. 359 f.  
**Goltz, Graf von der**, Rüdiger. Deutscher Heerführer. II 246<sup>1</sup>.  
 —, Oberamtmann des Kreises „Petschory“. II 246<sup>1</sup>.  
**Goremykin**, Innen-Mnstr. I 267.  
**Gortschakow**, Fürst. Russ. Reichskanzler. I 97. 122. 126. 181 f. 186 ff. 243. 247. 493. II 235.  
**Goertz**, Leo. Schulinspektor in Birkenruh bei Wenden. I 297<sup>2</sup>. 305.

**Goßler**, von. Major und Landeshtpm. II 248. 260.  
**Goethe**, Wolfgang von. I 80. 315. 319 f. II 34. 36.  
**Gotthard (Kettler)**, Letzter Mstr. d. Deutschen Ordens in Livl.; Herzog v. Kurland. I 238. 277<sup>2</sup>.  
**Goetze (Goeze)**, Peter Otto von. Sektionschef im Kultusministerium. II 130.  
**Graberg**, von. Oberst-Ltn.; Ob.-Quartier-Mstr. d. A.O.K. 8. II 260<sup>2</sup>.  
**Grave**, Karl Ludwig. Oberpast. an St. Jakob, Riga. II 132<sup>7</sup>.  
**Greiffenhagen**, Thomas. Bürgermstr. v. Reval. I 373<sup>4</sup>.  
**Grenzstein**, Adolf. Estn. Red. in Dorpat. II 157. 212.  
**Grönberg**, Theodor. Direkt. d. Rig. Polytechn. I 355<sup>2</sup>.  
**Grote**, Alexander von; Lemburg. Livl. Ldrt. I 266<sup>5</sup>. II 110<sup>7</sup>.  
**Grüner**, Johann Justus. Past. z. Kremon, Livl. II 118.  
**von Gruenewaldt**, Axel; Bellenhof. Direkt. d. Livl. Kreditsozietät. I 352<sup>5</sup>.  
 —, Moritz. Gen.-Adjut. Alexanders II., Präsid. d. Ostseekomitees. I 16<sup>3</sup>. 63<sup>3</sup>. 149. 515 f.  
 —, Otto; Koik in Estl. Hofmarsch. d. Großf. Helene. I 145.  
**Güldenband**, siehe: **Uexküll-Güldenband**.  
**von Güldenstube**, Ldrt. auf Oesel. I 278<sup>4</sup>.  
 —, Arthur; Carmelhof. Oesel'scher Rittersch.-Schr. I 442<sup>5</sup>.  
 —, Max; Dorpat. I 231<sup>4</sup>.  
**Gustav Adolf**, König v. Schweden. I 8. 173. 238. 277. 308. 483. II 10. 338.  
**Gutschkow**, Kriegs-Mnstr. II 253. 256.

**H.**

**von Hagemeister**, August. Livl. Ldmrsch. I 321. II 120<sup>10</sup>. 120 f.  
 —, Heinrich. II 121.  
 —, Julius. Staatssekr. u. Senateur. I 516.  
**Hahn**, Traugott (sen.). Past. in Reval. I 236. II 244<sup>2</sup>.  
**Hahn, Baron Arved**, Kurl. Vertr. im Balt. Regentschaftsrat. II 249<sup>7</sup>.  
 —, Theodor; Postenden. Kurl. Ldsbevollm. I 80.  
**von Hallart**, Magdalena Elisabeth, verw. Leyon, geb. v. Bülow. Herrnhuterin. II 118. 118<sup>2</sup>. 123.  
 —, Nikolaus Frhr. General. II 118<sup>6</sup>.  
**Harnack**, Adolf von. Prof. d. Theol. I 116<sup>5</sup>. 335. 335<sup>6</sup>. 348.  
**Harnisch**, Pädagoge in Weißenfels, Sachsen. II 156<sup>7</sup>.

- Hastfer**, Jakob Johann Graf. Schwed. Gen.-Gouv. in Livland. I 103.
- Hedwig Eleonore**, Regentin v. Schweden. I 15.
- Hegel**, Philosoph. II 140.
- Hehn**, Viktor. Kulturhistoriker. I 146<sup>4</sup>.
- Heinrich der Löwe**. II 314.
- Heitmann**, P. M. Schuldirekt. I 279.
- Helene Pawlowna**, Großfürstin v. Rußland. I 43. 144 ff. 147 f. 153<sup>1</sup>. 181. 493. 504. II 41<sup>3</sup>
- Helmersen**, Gregor von. Geologe. I 146<sup>4</sup>. 337.
- Heppan**, Roosmale. Oberst; Vertr. d. „Evang. Allianz“. I 206.
- Herder**, Philosoph. I 277 ff. 281. 283.
- Hermann**, Carl Theodor. Oberlehrer in Dorpat. I 183<sup>5</sup>.
- Hertling**, Graf. Deutscher Reichskanzler. II 244. 247. 332 f.
- Hessen**, Prinz von. II 248.
- Heyking**, Alfons Baron. Kurl. Ldsbevollm. I 407<sup>5</sup>. 425.
- Hillner**, Alfred. Rig. Stadtrat. I 292<sup>1</sup>.
- Himmelstierna**, siehe unten: **Samson-Himmelstierna**.
- Hindenburg**, von. Gen.-Feldmarsch. II 226. 238. (239.) 244. 258. 325.
- Hofmann**, Ernst. Geologe. I 146<sup>4</sup>.
- Hoheisel**, Karl Heinrich. Schuldirekt. in Fellin. I 286. 287<sup>3</sup>.
- Hollander**, Albert. Gründer d. Lehranst. Birkenruh bei Wenden. I 279 ff. 282 ff. 293. 336.
- , Eduard. Bürgermstr. v. Riga. I 53.
- von Holst**, August. I 280<sup>2</sup>.
- , Georg. Past. z. Kannapäh, Livl.. I 495. II 409<sup>2</sup>.
- , Heinrich. I 280<sup>2</sup>.
- , Johann Valentin. I 280<sup>1</sup>.
- , Leopold. Schuldirekt. in Fellin. I 279 ff.
- Holstein**, siehe: **Staël von Holstein**.
- Höppener**, C. Bankdirekt. in Reval. II 249<sup>3</sup>.
- Hoerschelmann**, Emil. Past. z. Oberpahlen, Livl. II 135<sup>8</sup>.
- , Hermann. Pädagoge in Werro. I 279<sup>3</sup>.
- von Hörner**; Ihlen (Kurl.). II 145<sup>5</sup>.
- , Rudolf; Ihlen. Krmsrsch.; kurl. Vertr. a. d. „Balt. Konferenz“. I 407<sup>5</sup>. 442<sup>5</sup>.
- Hoetsch**, Otto. Prof. in Berlin. II 45.
- Howen**, August Baron von der. Präsid. d. Kurl. Hofgerichts. I 489<sup>6</sup>.
- Hoyningen-Huene**, Ernst Baron; Lelle. Livl. Ldrt. I 233<sup>2</sup>. II 88<sup>4</sup>. 93<sup>2</sup>. 106<sup>3</sup>. 107.
- Hueck**, J. von. Stadtverordn.; Vertr. d. estl. Städte im „Balt. Konseil“. I 446<sup>3</sup>.
- Huellessem**, siehe: **Meerscheydt-Hüllessem**.
- Humboldt**, Wilhelm von. I 80. II 34.
- Hupel**, August Wilhelm. Past. zu Oberpahlen, Livl. II 30.
- Hurt**, Jakob. Estn. Past. u. Politiker. II 205<sup>4</sup>. 206. 211. 213.

## I. J.

- Jakobson**, Karl. Oberlehrer; Deleg. d. Felliner Estn. Landw. Vereins. II 55<sup>2</sup>.
- , Karl Robert. Estn. Red. in Fellin. II 157. 204 ff. 208. 211. 211<sup>3</sup>. 213.
- Jannsen jun.**, Harry oder Heinrich. Red. in Reval. II 207 f.
- sen., Johann. Red. in Dorpat. II 205<sup>4</sup>. 207. 209<sup>1</sup>. 213.
- Janowitsch**. Russ. Revidt. in Livl. I 418. 422. II 84 f. 105.
- Jankowicz de Miriewo**. Österreich. Jesuit in Rußland. I 277.
- Ibsen**. Skand. Dichter. II 172.
- Jermolow**. Landwirtsch.-Mnstr. II 43.
- , Abg. d. Reichsduma. II 254.
- von Ingelstroem**. Gen. en chef. I 319<sup>1</sup>.
- , Graf Emil. Estl. Ldrt. I 442<sup>5</sup>.
- , Gustav Heinrich. Livl. Ldmrsch. I 36.
- Ignatjew**, Graf. Innen-Mnstr. I 21 f. 69. 95. 495 f.
- Joffe**. Räte-russ. Bevollm. in Berlin. II 244 f. (329.) 331 f.
- Iswolsky**. Kurator d. Rig. Lehrbezirks. I 299. 302.
- Jung-Stilling**, Friedrich von. Livl. Statistiker. I 20<sup>5</sup>. 129 f. 138. 366<sup>5</sup>.
- Jurjan**, Johann. Lett. Arzt in Petersburg. II 150.
- Jürmann**, Michael. Estn. Propst; Past. z. Tarwast, Livl. II 243.
- Jurmann**, Georg. Lett. Vertr. im Balt. Regentschaftsrat. II 249<sup>4</sup>.
- Iwan der Grausame**, Zar v. Moskau. I 7. 234. II 247. 339.

## K.

- Kaehlbrandt**, Karl Ludwig. Past. z. Pebalg-Neuhof, Livl. II 135<sup>10</sup>.
- Kahlen**, Heinrich von; Geistershof. II 88<sup>4</sup>.
- Kalning**, Christian. Präsi. d. Lett. Vereins in Riga. II 164 f. 167 f. 212.
- Kapustin**, Michael. Kurator d. Dorpater Lehrbezirks. I 247 ff. 258. 260. 264 f. 290. 294. 298. 339. 341. 354. 414.
- Karl IX.**, König v. Schweden. I 8. 308.
- **XI.**, König v. Schweden. I 8. 9. 239. 277. 461 f. II 11.

- Karl XII.**, König v. Schweden. II 118<sup>8</sup>. 338.  
**Kasso.** Kultus-Mnstr. I 344 f.  
**Katharina I.** Kaiserin v. Rußland. I 77. II 118<sup>8</sup>.  
 — II. „ „ „ „ I 10. 37. 78 f.  
 82. 103. 106. 277. 318<sup>2</sup>. 485. II 18 ff. 22. 24 ff.  
 27. 126. 186. 229. (230.)  
**Kathen, von.** Deutscher Gen. d. Inf. I 348.  
**Katkow, Michael.** Panslawist. I 31. 35. 94. 102.  
 109 f. 114 f. 122 ff. 127 f. 130 f. 134 ff. 139.  
 144. 152. 330. 381. 490. 496. II 153 ff.  
**Katterfeld.** Past. z. Durben. II 155<sup>4</sup>.  
**Kawalewsky.** Gen.; Kultus-Mnstr. I 44.  
**Kawelin, Konstantin.** Russ. Agrarhistoriker. II  
 41 ff. 44 f.  
**Kelepowsky.** Livl. Gouv. I 171.  
**Kerenski, A.** Justiz-Mnstr. u. Premier. I 31. 455.  
 II 225. 253. 256 f.  
**Kerkovius, L. W.** Stadthaupt v. Riga. I 436<sup>4</sup>.  
**Keßler, Wolfgang.** Cand. jur. I 228<sup>2</sup>.  
**Kettler,** siehe oben; **Gotthard (Kettler).**  
**Keuchel, Gustav.** Red. in Riga. I 130<sup>4</sup>.  
**Keußler, August Wilhelm.** Past. z. Serben, Livl.  
 I 279<sup>2</sup>.  
**Keyserling(k), Graf Alexander.** Kurator d. Lehr-  
 bezirks Dorpat. I 51 f. 56. 61. 66. 88. 116.  
 129. 138. 145. 149 f. 259. 284. 325 ff. 504. 506<sup>2</sup>.  
 —, Heinrich. Kurl. Vertr. a. d. Balt. Verfassungs-  
 konferenz. I 442<sup>5</sup>.  
 —, Hugo. Kurl. Ldsbevollm. I 119. 401. 403.  
 —, Leo; Könnö. Livl. Krsdpt. I 406<sup>4</sup>. 407<sup>5</sup>.  
**Kieter, Samuel von.** Ratsherr in Wenden. I 278<sup>5</sup>.  
**Kirchbach, Graf.** Deutscher Gen.-Oberst. I 459.  
 480. II 216. 243. 246. 333.  
**Klihwe, Adolf.** Abg. der Lettl. Konstituante.  
 II 276.  
**Klinger, Friedrich Maximilian.** Dichter; Kurator  
 d. Univ. Dorpat. I 312<sup>2</sup>. 316 f.  
**von Klot, Alexander.** Gehilfe d. lett. Handels-  
 Ministers. II 264.  
 —, Gustav Reinhold. Livl. Gen.-Superintendt.  
 II 133. 143. 193.  
**Knapp, G. F.** Agrarpolitiker. II 7.  
**Knothe, Th.** Presbyter d. Brüdergmde. II 138.  
**Kobeko.** Depart.-Direkt. im Finanz-Ministerium.  
 I 424<sup>6</sup>.  
**Koch.** Schuldirekt. in Birkenruh bei Wenden.  
 I 288.  
 —, Karl; Brinkenhof. Kirchspiels-Richter. I 475<sup>1</sup>.  
**Kochanow.** Innen-Mnstr. I 353. 495.  
**Köhler, Johann.** Estn. Maler; Akademiker in  
 Petersburg. II 204<sup>5</sup>. 211.  
**Kokowzow, W.** Finanz-Mnstr. II 104.  
**Konstantin Nikolajewitsch.** Großfürst v. Rußland.  
 I 92 f. 97. 493. 507. II 145. 152 f. 161. 173.  
 190. 202. 204. 204<sup>5</sup>. 206 f.  
**Konstantin Pawlowitsch.** Großfürst v. Rußland;  
 Statthalter in Polen. I 98<sup>2</sup>.  
**Korribut (de) Galizin,** Fürst Peter Alexejewitsch.  
 Liv- u. estl. Gen.-Gouv. II 16.  
**Koschelew, A.** Russ. Publizist. II 43.  
**Kosen, von.** Kommand. General in Riga. I 69<sup>1</sup>.  
**Kotschubei, Graf.** Innen-Mnstr. I 39.  
**Kraft, Richard.** Ob.-Reg.-Rat in Sachsen. II 96.  
**Kraskaln, Andreas.** Lett. Rechtsanwalt in Riga;  
 Livl. Gouvern.-Kommissar. II 244<sup>2</sup>. 249<sup>4</sup>. 254.  
 256.  
**Krause.** Ingenieur im Livl. Katasteramt. II 108<sup>2</sup>.  
 —, Past.; stellvertr. estl. Gen.-Superintendt. II  
 238<sup>1</sup>. 325.  
**Kronwald, Otto.** Lett. Schriftst. u. Pädagoge. II  
 155 ff. 158 ff. 162 f. 197.  
**Kruedener, Baron.** Vorsitzender d. Balt. Aus-  
 schusses in Stockholm. II 236.  
 —, Burchard. Russ. Gesandter. II 128<sup>5</sup>.  
 —, Juliane Barbara von, geb. v. Vietinghoff. I  
 314<sup>5</sup>. II 128 f.  
**Krümmer, Heinrich Kaspar.** Pädagoge in Werro.  
 I 279<sup>2</sup>. 293. 336.  
**Kühlmann, von.** Staatssekr. d. Auswärt. Amtes,  
 Berlin. II 226. 245. 331.  
**Kukk.** Estn. Bischof. II 218<sup>5</sup>.  
**Kulomsin, A. N.** Mitgl. d. Reichsrats. I 169<sup>1</sup>.  
 289<sup>2</sup>. 346.  
**Kundsinn, Karl.** Lett. Propst; Past. zu Smiltē,  
 Livl. I 215<sup>2</sup>. II 70<sup>4</sup>. 199.  
**Kupffer, K. R.** Prof. in Riga. II 199<sup>7</sup>.  
**Kurlow.** Gen.-Ltn. I 31. 74. 120<sup>6</sup>. 143. 171. 378.  
 II 220.  
**Kutler.** Depart.-Direktor. II 91<sup>2</sup>.  
**Kwačala, Johann.** Slowake; Prof. d. Theol. a. d.  
 Univ. Dorpat. I 342<sup>2</sup>.  
**Kyber, Karl Friedrich.** Past. z. Arrasch, Livl. II  
 135<sup>8</sup>.

## L.

- Lange, Jakob.** Livl. Gen.-Superintendt. II 127.  
**de Lasey, Peter Graf.** Balt. Gen.-Gouv. I 103.  
 II 125.  
**Lautenbach.** Priv.-Doz.; Deleg. d. kurl. Bauern-  
 schaft im „Balt. Konseil“. I 446<sup>3</sup>.  
**Lawrinowski, N. N.** Livl. Gouv. I 171<sup>4</sup>.  
**Lawrowsky, Nikolai.** Kurator d. Lehrbezirks  
 Dorpat. I 264 f. 273. 275 f. 294. 298. 298<sup>4</sup>.  
 339. 341.



**Leitan**, Ans (Hans). Lett. Red. II 142<sup>6</sup>.  
**Lenin**. Kommunist. II 257.  
**Lenz**, Christian David. Livl. Gen.-Superintendt. II 127.  
 —, Ernst. Physiker. I 146<sup>4</sup>.  
**Leontjew**. Red. in Petersburg. I 122.  
**Leopold, Prinz v. Bayern**. Gen.-Feldmarsch. II 245.  
**Lewschin**. Kurator d. Lehrbezirks Riga. I 273 ff.  
**Leyon**, Hans Georg. Oberst-Ltn. II 118.  
**Lieven**, Baron Wilhelm. Balt. Gen.-Gouv. I 40<sup>4</sup>. 43. 107 ff. 116. 118. 135. 148. 489 f. 506<sup>1</sup>. II 53<sup>6</sup>. 149. 151.  
**Lieven**, Fürst Andreas. Domänen-Mnstr. II 53.  
 —, George; Kabillen. Kurl. Ldsbevollm. I 141<sup>2</sup> 442<sup>5</sup>. 446<sup>3</sup>.  
 —, Johann George. Gen.-Ltn. I 47<sup>9</sup>  
 —, Karl. Kurator d. Univ. Dorpat; Kultus-Mnstr. I 318. II 129<sup>7</sup>. 130<sup>1</sup>.  
 —, Paul. Livl. Ldmrsch. I 19 f. 47 ff. 50. 54. 58. 83. 110 f. 121<sup>4</sup>. 126. 146. 178 ff. 181 f. 190. 384<sup>5</sup>. 491 ff. 504 f. II 81. 83. 141. 151.  
**Lieven**, Fürstin Charlotte, geb. Baronesse Gaudreben. I 318<sup>2</sup>.  
 —, geb. von der Osten-Sacken. I 318<sup>2</sup>.  
**Lieven**, Graf Otto Heinrich. General. I 318<sup>2</sup>.  
**Liiw**, Gustav. Deleg. d. estl. Bauernschaft im „Balt. Konseil“. I 446<sup>3</sup>.  
**von Lilienfeld**; Alp. Estl. Krsdpt. I 407<sup>5</sup>.  
 —, George; Könhof. Livl. Ldmrsch. I 50. 55. 58. 128. 361<sup>3</sup>. 363 f. 366. 371 f. 372<sup>1</sup>. II 111.  
 —, Karl. Livl. Ldmrsch. I 39 f. 40<sup>4</sup>. 50<sup>4</sup>.  
 —, Paul. Kurl. Gouv. I 414<sup>2</sup>.  
**Linde**, Adolf. Deleg. d. livl. Bauernschaft im „Balt. Konseil“. I 446<sup>3</sup>.  
**Lindner**, Johann Gotthilf. Domschul-Direktor in Riga. I 277.  
**von Liphart**, Ferdinand; Tormahof. Livl. Kassadpt. I 217<sup>4</sup>. 219. 453<sup>5</sup>.  
 —, Karl Eduard; Marrama. Präsid. d. Livl. Ökon. Sozietät. II 67<sup>6</sup>.  
 —, Reinhold; Ratshof. Livl. Ldrt. II 67<sup>6</sup>.  
 —, Reinhold; Torma. I 389<sup>5</sup>.  
**Loeber**. Rechtsanwalt in Riga. I 344<sup>2</sup>.  
**Löffler sen.** Past., Schuldirekt. in Birkenruh bei Wenden. I 281.  
 — jun., Albert. Schuldirekt. ebda. I 281.  
**Loringhoven**, siehe oben: Freytag-Loringhoven.  
**Löwenstein, von**; Schloß-Kokenhusen. I 121<sup>2</sup>.  
**von Loewis of Menar**, Friedrich. Livl. Ldmrsch. I 38 f.  
 —, W.; Bergshof. I 398<sup>2</sup>

**Lucius, von**. Deutscher Gesandter in Stockholm. II 237. (324.)  
**Ludendorff, von**. Gen.-Quartiermstr. II 226.  
**Lüder**, Fritz von. Estl. Ldrt. II 238<sup>1</sup> 325.  
**Louise**, Königin von Preußen. I 358.  
**Luther**, Dr. Martin. I 173.  
**Lwow, Fürst**. Präsid. d. temp. russ. Regierung. II 253.  
**Lysander**, F. von. Livl. Gouv. I 129.

## M.

**Madai**, C. von. Prof. d. Rechte in Dorpat. I 321<sup>2</sup>.  
**Mädler**. Astronom a. d. Univ. Dorpat. II 145<sup>5</sup>. 147.  
**Magarly**, John Graf. Oberarzt in Petersburg. I 516.  
**Magnitzky**, Michael. Kultus-Mnstr. II 128.  
**Magnus**, Edwin. Rechtsanwalt in Riga. II 266<sup>1</sup>.  
**Makagon**. Abg. d. Reichsduma. II 254.  
**Makow**. Innen-Mnstr. I 68. 398.  
**Manassein**. Senateur; Justiz-Mnstr. I 21 f. 69. 86. 97. 101 f. 163. 168. 191. 198. 289. 376. 407. 411. 430. 496. 498 ff. 501 f. II 167. 169. 211 ff.  
**Manteuffel, Graf Ernst**; Saarenhof. II 168<sup>4</sup>. 233<sup>6</sup>.  
 —, Gotthard Andreas. Kurator d. Univ. Dorpat. I 310. 312<sup>4</sup>. 315 ff.  
 —, siehe auch: Zöge von Manteuffel.  
**Manuilow**. Kultus-Mnstr. II 253.  
**Maria**, Gemahlin Alexanders II. I 181. 493.  
 —, Großfürstin, verw. Herzogin v. Leuchtenberg. I 115.  
 —, **Feodorowna**. Kaiserin v. Rußland. I 113. 493. (II 234).  
 —, **Pawlowna**. Gemahlin d. Großf. Wladimir. I 113.  
**Markow**. Innen-Mnstr. II 164.  
**Märt**. Deleg. d. Dorpater Estn. Landw. Vereins. II 55<sup>2</sup>.  
**Marx**, Karl. Deutscher Sozialist. II 172.  
**Maurach**, Johann August. Rektor in Wenden. I 278<sup>5</sup>.  
 —, Karl. Past. z. Oberpahlen, Livl. I 183. II 135<sup>10</sup>.  
**Maydell, Baron**; Kurro. Estl. Ldrt. I 407<sup>5</sup>.  
 —, Eduard. Estl. Rittersch.-Hptm. I 119.  
 —, Woldemar; Martzen. Livl. Ldrt. I 24<sup>1</sup>. 295<sup>2</sup> II 88<sup>4</sup>. 91<sup>2</sup>. 93<sup>2</sup>.  
**Meck**, Erich Johann von. Livl. Rittersch.-Skr. II 20<sup>4</sup>.  
**Mecklenburg**, Adolf Friedrich Prinz von. II 248.  
 —, Marie Prinzessin von. Gemahlin d. Großf. Wladimir Alexandrowitsch. I 97.

- Meerscheydt-Hüllessem**, Friedrich Baron. Kurl. Vertr. im „Balt. Konseil“. I 446<sup>3</sup>.
- Meierowiz**, Siegfried Anna. Lettl. Außen-Mnstr. II 261. 272<sup>4</sup>.
- Mellin**, Ludwig August Graf; Lappier. Livl. Ldr. II 26<sup>6</sup>. 27.
- Menar**, siehe oben: **Loewis of Menar**.
- Mengden**, Freiherr Engelbrecht von; Altenwoga. Livl. Ldmrsch. I 36 f.
- , Otto von; Altenwoga. Livl. Ldmrsch. I 35 f.
- von Mensenkampff**, Ernst; Puderküll. Livl. Ldr. I 287. 352<sup>5</sup>. 366<sup>5</sup>. 390<sup>2</sup> u. <sup>5</sup> 392 ff. 395. 398<sup>2</sup>. 400<sup>1</sup>.
- , Karl; Schloß-Tarwast. Livl. Ldr. I 53<sup>4</sup>.
- Merkel**, Garlieb. I 315. II 30. 33 ff. 35<sup>3</sup>. 36. 125. 147. 162. 170 f. 183. 208. 273.
- Meschtscherski**, Fürst. Red. d. „Grashdanin“. I 428<sup>2</sup>.
- Meyendorff**, Baron; Suddenbach. Livl. Ldr. I 39<sup>4</sup>.
- , Alexander; Klein-Roop. Abg. d. Reichsduma. I 142. 454<sup>1</sup>.
- , Friedrich. Livl. Ldmrsch. I XII f. XIV. 17<sup>5</sup>. 23. 25. 28 f. 69 ff. 76. 98 f. 112 ff. 120. 141<sup>2</sup>. 154<sup>1</sup>. 167. 193 f. 198 ff. 207. 209. 217. 221. 224. 249. 251 f. 260. 264. 267 f. 289 f. 298. 300 ff. 303 f. 343. 374. 376. 407<sup>5</sup>. 410. 410<sup>3</sup>. 414 f. 416<sup>2</sup>. 418 f. 425 ff. 430 f. 431<sup>1</sup>. 432 ff. 435 f. 440. 442<sup>3</sup> u. <sup>5</sup>. 443 f. 446<sup>3</sup>. 448 f. 448<sup>3</sup>. 451. II 63. 84 f. 91<sup>2</sup>. 92. 114. 169. 191 f. 338.
- , Georg. Präsid. d. Ev.-luth. Gen.-Konsistoriums. I 40<sup>4</sup>.
- , Leo; Ramkau. I 72. 405<sup>1</sup> II 82<sup>1</sup>.
- Meyer von Waldeck**, Friedrich. Red. in Petersburg. I 123 f.
- Michael Pawlowitsch**, Großfürst v. Rußland. I 144.
- Michelson**, Gustav, siehe oben: **Braschen**, G.
- Mickwitz**, Eugen. Past. z. Pillistfer, Livl. I 183.
- Middendorf**, Alexander von. Livl. Krsdpt.; Akademiker in Petersburg. I 55<sup>5</sup>. 146<sup>4</sup>. 147. II 67. 67<sup>6</sup>. 68.
- Miriewo**, siehe oben: **Jankowicz de Miriewo**.
- Mirski**, siehe: **Swjatopolk-Mirski**.
- Mitt**. Deleg. d. Dorpater Estn. Landw. Vereins. II 55<sup>2</sup>.
- Moeller-Sakomelsky**, Alexander Baron. Provis. Balt. Gen.-Gouv. I 30. 120<sup>6</sup>. 121. 447.
- Monod**, V. Vertr. d. französ. Sektion d. „Ev. Allianz“. I 185.
- Moritz**, Erwin. Rechtsanwalt u. Stadtverordn. in Riga. I 141. 209<sup>2</sup>. 210. 446<sup>5</sup>. 449<sup>3</sup>.
- Morse**, Prof. Dr. Erfinder d. Telegraphen. I 186.
- Mortimer**, Johannes. Pädagoge in Werro. I 279<sup>3</sup>.
- von zur Mühlen**, Arthur; Groß-Congota. II 88<sup>4</sup>. 114<sup>2</sup>.
- , Hermann; Neu-Tennasilm. Livl. Krsdpt. I 387<sup>7</sup>.
- Mueller**, Otto. Bürgermstr. v. Riga. I 352. 504. 506.
- Münnich**. Russ. Staatsmann. I 78.
- , Graf Burchard Christoph. Russ. Feldmrsch. II 38<sup>3</sup>.
- , Ludwig Anton. II 38<sup>3</sup>.
- Murawjew**. Justiz-Mnstr. I 210.
- , Unterdrücker d. poln. Aufstands (1863). I 418<sup>4</sup>.

## N.

- Napoleon I. Bonaparte**. II 128.
- Needra**, Andreews (Andreas). Lettl. Minister-Präsident. I 33. II 174 ff.
- Neff**. Maler u. Akademiker in Petersburg. I 107<sup>5</sup>.
- Neiken**, Georg. Lett. Schriftst. II 159. 206.
- Neuland**, Johannes. Past. z. Wolmar; Livl. Schulrat. I 274<sup>6</sup>.
- Newsorow**. Prof. d. Rechte in Dorpat. I 343<sup>4</sup>.
- Nielsen**, C. H. Fiskal (Staatsanwalt) in Dorpat. II 28.
- Nietzsche**, Friedrich. Philosoph. II 181.
- Nikolai I.** Kaiser von Rußland. I 38<sup>4</sup>. 39 ff. 79 ff. 88. 90 ff. 104 ff. 108. 113. 124. 140. 144. 149. 178. 247. 259. 319 ff. 323 f. 357 ff. 360. 369. 380. 488. II (189.) 220. 231 ff.
- Nikolai II.** Kaiser v. Rußl. I 74. 90 f. 97. 101. 168. 211. 267. 299 f. 345. 347. 356. 377. 443. 451. 474. II 92. 101. 169. 190. 216. 234. 253. 322.
- Nikolai Alexandrowitsch**. Großfürst-Thronfolger (Bruder Alexanders III.) I 98<sup>3</sup>. 493. II 41<sup>3</sup>.
- Nikolai Nikolajewitsch**. Großfürst; Ob.-Kommand. d. russ. Armee im Weltkrieg. I 120<sup>6</sup>.
- Nolcken**, Baron Axel; Moisekat. Livl. Krsdpt. I 293<sup>1</sup>. 481<sup>2</sup>. II 86<sup>5</sup>.
- , Eduard; Moisekat. Livl. Krsdpt. I 75<sup>1</sup>. 217<sup>4</sup>. 453<sup>5</sup>.
- , Georg. Livl. Krsdpt. I 40<sup>4</sup>. 144.
- , Gustav. Livl. Ldmrsch. I 41. 42<sup>7</sup>. 44<sup>1</sup>. 46. 50 f. 54 ff. 60. 65. 98<sup>1</sup>. 366<sup>2</sup>. 372<sup>1</sup>. 385. 387<sup>5</sup>. II 140 f.
- siehe auch: **Reutern-Nolcken**.
- Norow**. Kultus-Mnstr. I 44.
- Numers**, Guido von; Idwen. I 398<sup>2</sup>.
- Nurm**. Ingenieur; stellv. estn. Mitgl. d. Balt. Regentschaftsrats. II 249<sup>6</sup>.
- Nurs**, Karl. Vertr. d. estl. Ldgmden. II 244<sup>3</sup>.

## O.

- Oldenburg**, Erbprinz von. Estl. Gen.-Gouv. II 34<sup>9</sup>.  
**Olga (Konstantinowna)**. Großf. v. Rußl., spätere Königin v. Griechenland. II 204<sup>5</sup>.  
**Osten-Sacken, Baron**. Besitzer v. Dondangen, Kurl. II 275.  
**Ostermann**. Russ. Staatsmann. I 78.  
**Ostwald**, Wilhelm. Prof. d. Chemie in Leipzig. I 335. 335<sup>6</sup>.  
**Ottas**, Johann. Vertr. d. estn. Ldgmden. Livl.'s II 244<sup>3</sup>.  
**von Oettingen**, Alexander. Livl. Ldmrsch. I 39<sup>4</sup>. 40<sup>4</sup>. 42<sup>4</sup>. II 67<sup>6</sup>.  
 —, — Prof. d. Theol. in Dorpat. I 279<sup>3</sup>. 342. II 159.  
 —, Alma, geb. v. Stryk. I XIV.  
 —, Arthur. Physiker. II 159.  
 —, Arved; Ludenhof. Livl. Ldrt. I XIV. 24 ff. 27 f. 32 f. 215. 228<sup>2</sup>. 295<sup>2</sup>. 299. 303. 303<sup>8</sup>. 442<sup>5</sup>. 468<sup>7</sup>. 475<sup>1</sup>. II 67<sup>6</sup>. 114.  
 —, August. Livl. Ldmrsch.; Livl. Gouv.; Stadthaupt v. Riga. I XIV. 17<sup>4</sup>. 42 ff. 48 ff. 58. 116 f. 146. 279<sup>3</sup>. 325. 362 ff. 372<sup>1</sup>. 384<sup>5</sup>. 436<sup>4</sup>. 504. II 110<sup>7</sup>. 141.  
 —, Burchard. Preuß. Ob.-Landstallmstr. I 116<sup>5</sup>.  
 —, Eduard; Jensel. Livl. Ldrt. I 19. 266<sup>5</sup>. 279<sup>3</sup>. 387<sup>7</sup>. 393<sup>3</sup>. 394. 468<sup>7</sup>. 523. II 67. 67<sup>7</sup>. 83<sup>4</sup>.  
 —, Erich; Jensel. Livl. Ldrt. I 217<sup>4</sup>. 295<sup>2</sup>. 442<sup>3</sup>. 453<sup>3</sup>. 454<sup>1</sup>. II 60<sup>1</sup>. 64. 67. 67<sup>6</sup>. 87 ff. 88<sup>4</sup>. 93<sup>2</sup>.  
 —, Georg. Rekt. d. Univ. Dorpat; später: Stadthaupt v. Dorpat. I 279<sup>3</sup>. 293<sup>1</sup>. 327. 333. 337. 341.  
 —, Max; Abenkat. Livl. Kassa-Dpt.; Stadtrat in Riga. I 47<sup>7</sup>. 138. 292<sup>1</sup>. 398<sup>2</sup>. 400<sup>1</sup>. 404. 410<sup>3</sup>. 436. Anm. 3 f. 471<sup>3</sup>.  
 —, Nikolai; Ludenhof. Livl. Ldmrsch. I 17<sup>5</sup>. 17 f. 45<sup>4</sup>. 46 f. 56. 58 ff. 63<sup>3</sup>. 63 ff. 67. 279<sup>3</sup>. 285<sup>6</sup>. 285 f. 286<sup>1</sup>. 362. 389. 509 ff. 515.  
**Oubril**, Graf Paul Petrowitsch. Russ. Botschafter in Berlin. I 181 f.

## P.

- von der Pahlen, Baron Alexander**. Estl. Rittersch.-Hptm. I 121<sup>4</sup>. 128<sup>5</sup>. 146. 361<sup>3</sup>. 492. 504.  
 —, Karl Magnus. Balt. Gen.-Gouv. I 104.  
 —, Magnus. Kurator d. Univ. Dorpat. I 318.  
 —, Graf. Gen. d. Kav.; Gen.-Adjutant. I 40<sup>4</sup>.  
 —, Johann. I 96<sup>5</sup>.  
 —, Konstantin. Justiz-Mnstr. I 22. 47. 96 ff. 98<sup>1</sup>. 118. 149. 367. 370. 495<sup>7</sup>. II 211.  
 —, Peter. Gen.-Gouv. v. Petersburg. I 96<sup>5</sup>. 310.  
 —, Gräfin Sophie, geb. Reichsgräfin von Medem. I 96<sup>5</sup>.

- Palk**, Karl. Deleg. d. oeselschen Bauernschaft im „Balt. Konseil“. I 446<sup>3</sup>.  
**Pander**, August von; Ronneburg-Neuhof. II 110<sup>7</sup>.  
**Pantenius**. Past. in Kurl. II 142<sup>7</sup>.  
**Parrot**, Georg Friedrich. Rekt. d. Univ. Dorpat. I 310. 312 ff. 315 ff. 323. 340. 355.  
**Paschkow**. General; Livl. Gouv. I 24 ff. 27. 169. 299 f. 302. II 115.  
**Paschtschenkow**, D. S. Kurl. Gouv. I 208.  
**Patkul**, Johann Reinhold von. I 103.  
**Paul**, Kaiser von Rußland. I 10. 79. 84<sup>4</sup>. 96<sup>5</sup>. 106. 309 f. 312. 318<sup>2</sup>. 483. 485. II 19. 26 f. 127. 186. 229.  
**Paulucci, Marquis**. Balt. Gen.-Gouv. I 14. 39. 69. 86. 103 f. 318.  
**Pauluks**, Jahnis. Abg. d. Lettl. Konstituante. II 272<sup>1</sup>.  
 —, Karl. Lettl. Justiz-Mnstr. II 311.  
**Perowski**. Innen-Mnstr. I 40<sup>4</sup>. 359.  
**Pestalozzi**. Pädagoge. I 280.  
**Peter I. der Große**. Zar von Rußland. I 1. 9 ff. 36 f. 74. 77 f. 79. 84. 100. 174. 176. 308 f. 323. 328. 357. 359. 473. 506. II 15. 22<sup>6</sup>. 23 ff. 118<sup>6</sup>. 228 ff. 320. 323. 338.  
**Peter III.** Kaiser v. Rußl. I 37. 78. 84<sup>4</sup>.  
**Petersen**, Wilhelm. Gutsbesitzer. II 334 f.  
**Pezold**, Leopold. Red. in Reval. I 208.  
**Pfaffius**. Stellvertr. Kultus-Mnstr. I 275<sup>6</sup>.  
**Philippi**. Prof. d. Theol. in Dorpat. II 135<sup>3</sup>.  
**Pietsch**. Deutscher Nationalökonom. II 71<sup>5</sup>.  
**Pilar von Pilchau, Baron Adolf**. Livl. Ldmrsch. I 22<sup>1</sup>. 28 ff. 32. 74 f. 98<sup>1</sup>. 215<sup>3</sup>. 221. 223. 228. 343. 378. 446<sup>3</sup>. 448<sup>3</sup>. 454<sup>1</sup>. II 64. 67<sup>6</sup>. 103<sup>3</sup>. 192. 225. 243. 249<sup>3</sup>. 250. 263.  
 —, Alfred; Audern. Livl. Krsdpt. I 293<sup>1</sup>.  
**Pipirs**. Lehrer u. Red. in Riga. I 422<sup>4</sup>. 429<sup>3</sup> f.  
**Pirowsky, Graf**. Innen-Mnstr. I 359.  
**Pistohlkors**, Otto Friedrich von; Ruttigfer. II 26<sup>6</sup>.  
**Platon**. Griech.-kath. Erzbischof v. Riga u. Mitau. I 110. 180. 183. 363. II 148. 203.  
**Plehwe**, Wjatscheslaw K. von. Innen-Mnstr. I 300. 418 f. 424—434. 439 f. II 84. 86. 92.  
**Plettenberg, Wolter von**. Meister d. Livl. Deutschen Ordens. II 165.  
**Pobedonoszew**, Konstantin Petrowitsch. Ob.-Prok. d. russ. „Heil. Synods“. I 35. 70. 86 f. 89 f. 96 f. 99 ff. 102. 114. 137 ff. 139. 146. 151 f. 194 f. 199 ff. 205 ff. 260. 378. 418<sup>4</sup>. II 234.  
**Pohrt**. Past. zu Rodenpois; Livl. Schulrat. I 274<sup>5</sup>.  
**Pokrowski**, N. N. Minister-Gehilfe. II 103.

- Poelchau**, Peter Harald. Ob.-Past. an St. Peter z. Riga; stellvertr. Livl. Gen.-Superintendt. I 234<sup>4</sup>
- Prahm**, Ferdinand. Vertr. d. Ldkreises „Petschory (Livl.) im Balt. Vereinigt. Landesrat. II 246<sup>2</sup>. 333.
- Preedkalm**, Andreas. Gouvern.-Kommiss. f. Südlivland (Lettland). I 456. II 254. 256.
- Preller**. Archäologe a. d. Univ. Dorpat. I 321<sup>2</sup>.
- de Pressensé**, Eduard. Vertr. d. französ. Sekt. d. „Evang. Allianz“. I 185.
- Prutschenko**, Sergei. Kurator d. Rig. Lehrbezirks. I 274 f. 304.
- Purgal**, Jahnis. Rechtsanwalt in Riga. II 249<sup>4</sup>.
- R.**
- Radko-Dimitriew**. Kommand. d. russ. 12. Armee. II 254.
- Radloff**. Philologe. I 146<sup>4</sup>.
- Rahden**, Alexander Baron; Maihof. Kurl. Vertr. a. d. 2. Balt. Verfassungskonferenz. I 442<sup>8</sup>.
- , Edita Freiin von. Hoffrl. d. Großf. Helene. I 146 ff. II 41<sup>3</sup>.
- Rainis (= Pleekschan, Jahnis)**. Abg. d. Lettl. Konstituante. II 272<sup>2</sup>.
- Rautenfeld**, Heinrich von; Ringmundshof. Livl. Krsdpt. I 366<sup>5</sup>.
- von der Recke, Baron**; Paulsgnade. Kammerherr; kurl. Vertr. a. d. „Balt. Konferenz“. I 407<sup>5</sup>.
- , Elisa. II 35. 35<sup>2</sup>.
- , Karl Matthias. Kurl. Ldsbevollm. I 63 f. 83. 121<sup>4</sup> 128<sup>5</sup>. 146. 361<sup>3</sup>. 381<sup>8</sup>. 492. 504. II 151.
- Rehekampff**, Axel von. Bürgermstr. v. Arensburg. II 244<sup>3</sup>.
- von Rennenkampf**, Alexander. Kammerherr. II 34.
- , Gustav Reinhold. II 121.
- , Karl Christer Wilhelm. Livl. Rittersch.-Notär. II 120<sup>9</sup>.
- Rennikow**, A. Pseudonymer Denunziant. I 142 f. 171.
- Repnin**, Fürst. Liv- u. estl. Gen.-Gouv. II 18<sup>7</sup>.
- Reußner**, Arthur. Rechtsanwalt in Riga. II 264<sup>1</sup>
- von Reutern**, Christoph. Gen.-Ltn. I 96<sup>3</sup>.
- , Christoph Hermann. Kammerherr. I 279<sup>2</sup>
- , geb. von Helfreich. I 96<sup>3</sup>.
- , Michael. Finanz-Mnstr. u. Premier. I 96 f. 98<sup>1</sup>. 149. 353. 374.
- , Wilhelm (Basil). I 367. 369.
- Reutern-Nolken**, Woldemar Graf; Ringen. Kurl. Ldsbevollm.; Mitgl. d. Reichsrats. I 454<sup>1</sup>.
- von Richter**, Artur; Kawwast. Livl. Ldrt. I 19 ff. 48<sup>6</sup>. 279<sup>3</sup>. 288<sup>9</sup>. 292<sup>1</sup>. 325. 374 f. 387<sup>5</sup>. 393. 406<sup>4</sup>. 407<sup>5</sup>. 409<sup>3</sup>. 410<sup>3</sup>. 416<sup>2</sup>. 495<sup>7</sup>. II 81<sup>5</sup>. 82<sup>3</sup>. 83<sup>5</sup>. 111.
- , Burchard. I 98<sup>3</sup>
- , Eduard. Livl. Ldmrsch. I 39<sup>4</sup>.
- , Elisabeth, geb. v. Richter. I 98<sup>3</sup>.
- , Otto. Gen.-Adjut.; Chef d. Kaiserl. Hauptquartiers. I XIII. 87. 98 f. 114. 149. 192 ff. 290. 432. 444.
- , Theodor; Alt-Drostenhof. Livl. Ldrt. I 295<sup>2</sup>. 296. 352<sup>5</sup>. 356<sup>2</sup>. 442<sup>3</sup>. 468<sup>7</sup>. II 106<sup>3</sup>.
- Riehl**, Wilhelm Heinrich. Philosoph. II 140.
- Rivius**, Johann. Evang. Prediger zu Doblen, Kurl. I 238<sup>3</sup>.
- Rodsianko**. Präsident d. Reichsduma. II 253.
- Roscher**, Wilhelm. Nationalökonom. II 46.
- Rosen**, Baron Otto Fabian. Livl. Ldrt. (vgl. die sog. „Rosensche Deklaration“). II 22.
- , Hans; Groß-Roop. Abg. d. Reichsduma; Livl. Ldrt. u. stellvertr. Ldmrsch. I XI. 76. 215<sup>3</sup>. 454<sup>1</sup>. II 103<sup>3</sup>. 312.
- Rosenberg**, A. Gutsbesitzer. II 335.
- , Eduard Baron. Rechtsanwalt; Staatskontrollleur in Lettl. II 264.
- von Rosenkampff**, Gustav Freiherr. Ob.-Sekt. d. Reichsgesetzkommission. II 230 f.
- , Kaspar Heinrich. Livl. Ldrt. II 231<sup>2</sup>.
- Rosenthal**, Heinrich. Estn. Marinearzt. II 205<sup>4</sup>. 213.
- von Roth**, Alfred; Rösthof. Livl. Krsdpt. I 228<sup>2</sup>.
- , Karl August. Schulinsp. in Werro. I 278<sup>6</sup>.
- Rousseau**, Jean-Jacques. II 32.
- Rücker**, Friedrich Ludwig. Past. z. Klein-St.-Johannis, Livl. II 29 ff.
- Rudschenko**. Revident in Livl. I 418. 422. 424. II 85.
- Rüdiger**, Paul von. Rechtsanwalt in Mitau. II 264<sup>1</sup>.
- Rutenberg**, Otto von. Livl. Geschichtsschreiber. II 170 f.
- S.**
- Saar**, L. Rechtsanwalt; estn. Vertr. im Balt. Regentschaftsrat. II 249<sup>5</sup>.
- Saburow**, Andrei. Kurator d. Univ. Dorpat. I 328 ff.
- Sachsen, König von**. II 238. 324.
- Sacken**, siehe oben: **Osten-Sacken**.
- Sahlit**, P. K. Lett. Abg. d. russ. Reichsduma. I. 229<sup>2</sup>. II 174. 176. 254. 256.
- Saika**. Depart.-Dir. im Innenministerium. I 424<sup>6</sup>.
- Sakomelsky**, siehe oben: **Moeller-Sakomelsky**.

- Samarin**, Juri Fedorowitsch. Russ. Publizist. I 114. 124. 132 ff. 134<sup>7</sup>. 135 f. 146 f. 327 f. II 39.
- Samjätin**, Justiz-Mnstr. I 492 f.
- von Samson-Himmelstjerna**, Armin; Sepkull. Vize-Präsid. d. Livl. Hofgerichts. I 366<sup>5</sup>. 390<sup>2</sup>.
- , Axel; Hummelshof. Livl. Krsdpt. I 217<sup>4</sup>. 306<sup>2</sup>.
- , Friedrich; Rauge. Livl. Rittersch.-Schr. I XI. 141<sup>2</sup>. 352<sup>5</sup>. 356<sup>2</sup>. 442<sup>5</sup>. 453<sup>5</sup>. 454<sup>1</sup>. II 103<sup>3</sup>. 249<sup>6</sup>. 250. 264<sup>1</sup>.
- , Gerhard; Uelzen. II 93<sup>2</sup>.
- , Guido; Kassinorm. II 82<sup>1</sup>.
- , Hermann; Urbs. Livl. Publizist. I 395. 400 f. 404. II 82<sup>1</sup>. 185<sup>8</sup>.
- , Oskar. Direkt. d. Livl. Feuerversicherungsvereins. II 71.
- , Ottokar; Kurrista. Livl. Ldrt. I 266<sup>5</sup>. 295<sup>2</sup>. 405<sup>1</sup>. II 87.
- , Reinhold Johann Ludwig. Livl. Ldrt. I 16<sup>4</sup>. 17<sup>1</sup>. 39<sup>1</sup>. 40<sup>1</sup>. 144. 319. II 35<sup>3</sup>. 36. 120<sup>8</sup>. 120 f.
- Samuels**, Waldemar. Lett. Advokat u. Politiker. II 261. 271.
- Sanders**, Wisswald. Lett. Past. in Petersburg. I 229.
- Saß, Baron**. Oeselscher Konvents-Dpt. I 407<sup>5</sup>.
- Sch.** siehe weiter unten.
- Seckendorff, Frhr. von**. Deutscher Gen.-Ltn. II 216.
- Seesemann**, Heinrich. Schuldirekt. in Fellin. I 287<sup>3</sup>.
- Seezeneck**, Peter. Deleg. d. livl. Bauernschaft im „Balt. Konseil“. I 446<sup>3</sup>.
- Seidlitz**, Karl von. Mitgl. d. Livl. Gemn. u. Ökon. Sozietät. II 68.
- Selenoi**. Domänen-Mnstr. I 63. 63<sup>3</sup>.
- Semgal**, Gustav. Vize-Präsid. d. Lettl. Volksrats. II 263.
- Senäwin**. Gehilfe d. Innen-Mnstr.s. I 40<sup>4</sup>.
- Sepper**, Nikolai. Deleg. d. estl. Bauernschaft im „Balt. Konseil“. I 446<sup>3</sup>.
- Seraphim**, Ernst. Redakt. in Riga. II 197<sup>8</sup>. 200<sup>3</sup>.
- Sering**, Max. Deutscher Agrarpolitiker. II 219.
- Shukowski**. Russ. Romantiker. I 82.
- Sievers**, Graf Jakob Johann. Russ. Staatsmann. II 20 f.
- , Karl; Schloß-Wenden. I 310<sup>5</sup>.
- Sivers**, siehe unten.
- Sinowjew**, Michael A. General; Livl. Gouv. I XIII f. 16. 18 f. 22 f. 32 ff. 47. 70. 90. 114. 138<sup>6</sup>. 153—168. 169. 169<sup>1</sup>. 172. 196 ff. 199. 201—205. 248. 253—260. 263. 266. 272. 291. 294. 297. 330—339. 341. 346. 373—376. 378. 411. 414<sup>2</sup>. 414—417. 417<sup>2</sup>. 419. 421<sup>3</sup>. 422<sup>4</sup>. 422 f. 423<sup>2</sup>. 424 f. 428 f. 429<sup>4</sup>. 430—441. 441<sup>4</sup>. 467 ff. 500. 507. II 44 f. 52 f. 58 f. 65. 73. 84 f. 90. 92. 105 f. 138. 167. 174 f. 201. 212 f. 269.
- Sinowjew**. Depart.-Chef im Innenministerium. (Bruder des Obigen.) II 192.
- Sintenis**, Franz. Pädagoge in Werro. I 279<sup>3</sup>.
- Sipjagin**, Dimitri. Kurl. Gouv. I 424.
- Sismondi**. Sozialpolitiker. II 46 f.
- Sievers**, s. oben.
- von Sivers**, Alfred; Euseküll. II 106<sup>3</sup>.
- , Arthur. Letzter Präsid. d. Livl. Hofgerichts. I 389. 430<sup>1</sup>. 489<sup>6</sup>.
- , August; Euseküll. Livl. Ldrt.; stellv. Kurator d. Univ. Dorpat. I 310<sup>3</sup>. 312<sup>4</sup>. 314. 316.
- , Ernst; Walguta. I 389. 389<sup>5</sup>. 466<sup>2</sup>.
- , Friedrich Wilhelm. Livl. Ldmrsch. I 37 f. 79<sup>7</sup>. 316. II 26 f. 29. 32. 36 f. 183<sup>6</sup>.
- , Jegör; Raudenhof. I 366<sup>3</sup>. 388 f. 390<sup>5</sup>.
- , Max; Römershof. Livl. Ldrt. I 215<sup>3</sup>. 233<sup>4</sup>. 266<sup>4</sup>. 292<sup>1</sup>. 295<sup>2</sup>. 442<sup>3</sup>, <sup>5</sup>. 442 f. 445 f. 453<sup>5</sup>. II 67<sup>6</sup>. 86<sup>5</sup>. 87 f. 88<sup>1</sup>. 91. 91<sup>2</sup>. 93. 93<sup>2</sup>. 94<sup>2</sup>. 106<sup>3</sup>. 193. 199<sup>7</sup>. 250.
- , Otto. Livl. Rittersch.-Architekt. I 288<sup>8</sup>.
- Skubin**, W. Agronom. II 254.
- Skytte**, Johann. Schwed. Gen.-Gouv. in Livl. I 483.
- Smith**, Adam. II 273.
- Soljubowski**. Russ. General im Weltkriege. II 222.
- Sollogub**, Wladimir. Gen.-Ltn.; provis. Balt.- Gen. Gouv. I 29 f. 120. 446. 447<sup>6</sup>. II 174.
- Solowjew**, S. M. Russ. Historiker. I 92.
- Sonntag**, Karl Gottlob. Livl. Gen.-Superintendent. II 35<sup>3</sup>. 132.
- Sponholz**, Konrad. Chemiker in Dorpat. II 69<sup>4</sup>.
- St.** siehe weiter unten.
- Sudermann**, Hermann. Dichter. II 172.
- Surowzow**, Wladimir D. General; Livl. Gouv. I XIII. 168 f. 169<sup>1</sup>. 339. 346. 469<sup>5</sup>. II 90 f. 91<sup>2</sup>.
- Sutherland, Herzog von**. Latifundienbesitzer in Schottland. II 280.
- Suuder**, Indrik (Heinrich). Estn. Bolschewiken-Kommissar. I 458.
- Suworin**. Red. in Petersburg („Nowoje Wremja“). I 135. 141.
- Suworow**, Fürst Alexander. Balt. Gen.-Gouv. I 17. 43 f. 51 f. 63<sup>3</sup>. 81 f. 93. 106 ff. 109. 116. 118. 120. 322 f. 351. 360. 368. 380. II 141.
- , Russ. Feldmrsch. I 106.
- Sweginzow**, Nikolai Alexandrowitsch. Livl. Gouv. I 27. 29. 31. 169 ff. 447. II 61. 199<sup>7</sup>.
- Swjatopolk-Mirski**. Innen-Mnstr. I 300.

## Sch.

- Schabert**, Oskar. Past. z. Riga. I 231<sup>4</sup>.  
**Schachowskoj, Fürst.** Estl. Gouv. I 90. 289. 373 f. 414<sup>2</sup>. 416. 422 ff. 430. 468. II 192. 213 f.  
 —, **Fürstin.** (Gemahlin des Obigen.) I 149.  
**Schaff.** Amerik. Theologe; Deleg. d. „Evang. Allianz“. I 186.  
**Scheremetjew, Graf.** Gen.-Feldmarsch. (Peters d. Gr.). I 1<sup>1</sup>. 36. 174. II 13. 15.  
**Schewitsch, Iwan Jegorowitsch.** Livl. Gouv. I 153.  
**Schichmatow**, siehe: **Schirinsky-Schichmatow.**  
**Schidlowski, S. A.** Livl. Gouv. I 171<sup>4</sup>.  
**Schiefner.** Philologe. I 146<sup>4</sup>.  
**Schiemann, Julius.** Rechtsanwalt; kurl. Vertr. im „Balt. Konseil“. I 446<sup>3</sup>.  
 —, **Paul.** Deutscher Abg. d. Lettl. Konstituante. II 266<sup>1</sup>. 310.  
 —, **Theodor.** Prof. d. Gesch. in Berlin. I 287. 349. II 226. 237.  
**Schillinsky.** Geh. Rat im Innen-Ministerium. I 471<sup>2</sup>  
**Schiller, Friedrich von.** I 315. II 36.  
**Schilling, Baron Alfred;** Paddas. Estl. Ldrt.; Abg. d. Reichsduma. I 442<sup>5</sup>. 446<sup>3</sup>. 454<sup>1</sup>. II 103<sup>4</sup>. 236. 238 f. 324 ff.  
 —, **Benjamin.** Estl. Rittersch.-Schr. I 454<sup>1</sup>.  
**Schirinsky-Schichmatow, Fürst.** Kultus-Mnstr. I 322 f. 351.  
**Schirren, Karl.** Prof. d. Gesch. in Dorpat. I 62. 125. 127<sup>1</sup>. 132 ff. 134<sup>7</sup>. 165. 179. 326 ff. 330. 332. 395.  
**Schischkow.** Admiral; Kultus-Mnstr. II 128.  
**Schlegel.** Romantiker. II 36.  
 —, **Gottlieb.** Domschuldirekt. in Riga. I 277.  
**Schleiden, M. J.** Botaniker; Prof. d. Anthropol. in Dorpat. I 326.  
**Schmidt, Gustav Max.** Pädagoge in Fellin. I 282 ff. 286. 293. 336.  
**Schmilga, Dr.** II 335.  
**Schnakenburg, B. Eugen.** Konsul in Riga. II 110<sup>7</sup>.  
**Schoultz von Ascheraden, Karl Friedrich Baron.** Livl. Ldrt. I 37. II 25.  
**Schrader, J. von.** Mitverf. d. sog. Budberg-Schraderschen Landrechtsentwurfs II 21.  
**Schreiner, W.** Deutscher Politiker in Riga. II 266<sup>1</sup>.  
**Schrenck, Leopold von.** Zoologe. I 146<sup>4</sup>. 516.  
**Schröder, Julius von.** Gymnas.-Direkt. in Dorpat. I 284<sup>9</sup>. 286<sup>1</sup>  
**Sehtscherbakow, A.** Kurator d. Rig. Lehrbezirks. I 275.  
**Sehubert, Bernhard von.** Präses d. Verwalt.-Rats d. Rig. Polytechn. I 355<sup>3</sup>. 446<sup>3</sup>.

- Schukow.** Reg.-Rat. II 91<sup>2</sup>.  
**Schulz, R.** Past. in Kurl. II 142<sup>7</sup>.  
**Schuwalow, Graf Peter.** Balt. Gen.-Gouv. I 43. 57<sup>3</sup>. 59 ff. 61<sup>5</sup>. 63<sup>3</sup>. 63 ff. 67 f. 85. 89. 97. 109 ff. 116. 118. 128. 144. 149. 180. 183. 188 f. 337. 352. 359. 365. 367. 371 f. 414 f. 492 f. 504. 507. 509. 512 ff. 515. 519.  
 —, **Gräfin.** (Gemahlin des Obigen). I 112<sup>1</sup>.  
**Schwabe, Ludwig.** Philologe in Dorpat. I 334<sup>2</sup>.  
**Schwartz, (George?).** Balt. Gouvernem.-Schuldirekt. I 278.  
 —, **Johann Christoph.** Ratsherr in Riga. I 292<sup>1</sup>.  
**Schwarz, A. N.** Kurator d. Rig. Lehrbezirks. I 269. 298 f.  
**Schwebs, Friedrich von.** Vize-Präsid. d. Livl. Hofgerichts. II 120<sup>11</sup>  
**Schwech.** Küster zu Rujen, Livl. II 68.  
**Schweinitz, von.** Deutscher Botschafter in Petersburg. I 90. 195.

## St.

- Stackelberg, Baron.** Livl. „Ökonomie-Direktor“ (nach 1736). II 17<sup>2</sup>.  
 —, I 132.  
 —, **Alexander.** Kurator d. Univ. Dorpat. I 329.  
 —, **Charles; Abia.** Livl. Krsdpt. I 217<sup>4</sup>.  
 —, **Eduard; Sutlem.** Estl. Ldrt. u. stellv. Ritterschafts-Hptm. I 141<sup>2</sup>. 442<sup>5</sup>. 454<sup>1</sup>.  
 —, **Heinrich; Mohrenhof.** II 238. 324 ff.  
 —, **Karl; Thomel.** Ldrt. auf Oesel. I 407<sup>5</sup>.  
 —, **Otto; Worms (Estl.).** I 381<sup>2</sup>.  
 —, **Viktor; Kardis.** Livl. Ldrt. II 69. 93<sup>2</sup>. 96.  
**Stael von Holstein, Baron Reinhold; Neu-Anzen.** Livl. Ldrt. I XIII f. 397. 398<sup>2</sup>. 442<sup>3</sup>. II 86<sup>6</sup>.  
 —, **Wilhelm; Zintenhof.** Livl. Ldrt. I 30 ff. 454<sup>1</sup>. II 240. 243. 329.  
**Stahl, Friedrich Julius.** Rechtsphilosoph. II 140.  
**Steane, Edward.** Ehrensekr. d. engl. Sektion d. „Evang. Allianz“. I 185 ff.  
**Stephan (Bathory).** König von Polen. II 9.  
**vom Stein, Freiherr.** Preuß. Staatsmann. I 80.  
**von Stein, Christian.** Livl. Landmarsch. I 41 f. 42<sup>4</sup>. 48.  
**Steinheil, Karl Frhr. von.** II 29<sup>2</sup>.  
**Stender, Gottfried Friedrich.** Pastor. II 142.  
**Sternberg**, siehe: **Ungern-Sternberg.**  
**Stilling**, siehe oben: **Jung-Stilling.**  
**Stobbe, Mathias.** Pastor. II 142<sup>7</sup>.  
**Stolypin.** Innen-Mnstr. u. Premier. I 446. 451 ff. II 65. 192.  
**Strandmann, Arvid von; Zirsten.** Livl. Ldrt. I 33. 215<sup>2</sup>. 216<sup>1</sup>. 295<sup>2</sup>. 442<sup>3</sup>. 453<sup>5</sup>. II 197. 312. 337.

**Stroganow**, Innen-Mnstr. I 321.

**Stromberg, A. Baron**. Past. zu Dorpat. I 231<sup>3</sup>.

**von Stryk**, Alexander; Köppo. II 88<sup>4</sup>.

—, Georg; Woidoma. I 393<sup>3</sup>.

—, Gustav. Sekr. d. Livl. Ökon. Sozietät. II 67.

—, Heinrich; Tignitz. Livl. Ldmrsch. I 75 f.  
II 224 ff. 236. 239. 244<sup>3</sup>, <sup>5</sup>. 250. 324. 327. 330 f.

—, Oskar; Fölk. II 106<sup>3</sup>.

## T.

**Tamm**, Georg. Deleg. d. oeselschen Bauernschaft  
im „Balt. Konseil“. I 446<sup>3</sup>

**Tantzcher**, Reinhold. Gymnas.-Direkt. in Birken-  
ruh bei Wenden. I 304. 305<sup>4</sup>

**Tarle**, E. W. Prof. d. Gesch. in Dorpat. I 345<sup>5</sup>.

**Tarrask**, N. Estn. Stadtverordn. in Dorpat; Mitgl.  
d. Balt. Regentschaftsrats. II 244<sup>3</sup>. 249<sup>5</sup>.

**Teichmüller**, Gustav. Prof. d. Philos. u. Pädagogik  
in Dorpat. II 207<sup>6</sup>.

**Thiers**, Louis Adolphe. Französ. Staatsmann.  
I 57. 117. 513.

**Tidebühl**, Arnold von. Geschäftsf. d. Ostsee-  
komitees. I XIV. 63<sup>3</sup>. 65. 89<sup>5</sup>. 279<sup>3</sup>. 367 ff.

**Tiebe**, Hermann Friedrich. Past. z. Lösern, Livl.  
II 31.

**Tieck**. Romantiker. II 36.

**Tiesenhausen**, Georg Reinhold von. Livl. Ldmrsch.  
I 36.

—, **Baron Heinrich**; Inzeem. Livl. Ldrt; Mitgl.  
d. Russ. Reichsrats. I 19. 23 f. 73. 167. 215<sup>3</sup>  
224. 261<sup>4</sup>. 288<sup>9</sup>. 299. 394. 396. 398<sup>2</sup>. 405<sup>1</sup>. 410<sup>3</sup>.  
431. 442<sup>3</sup>, <sup>5</sup>. 454<sup>1</sup>. 521. II 64. 86<sup>5</sup>. 86 ff. 90.  
91<sup>2</sup>. 93. 93<sup>2</sup>. 101. 103<sup>3</sup>. 105 f. 106<sup>3</sup>. 164. 191.

—, **Graf**. Präs. d. Ev.-Luth. Gen.-Konsistoriums.  
I 321 f.

**Tiling**, J. N. Prediger u. Prof. in Mitau. II 183 f.

**Timaschew**, Alexander. General; Innen-Mnstr.  
I 63. 63<sup>3</sup>. 66 f. 118 f. 130 f. 367. 371.

**Tobien**, Alexander von. Agrarhistoriker; Leiter  
d. Livl. Katasters u. d. Statist. Landesamtes.  
I XI. 22<sup>1</sup>. 138<sup>4</sup>. 228<sup>2</sup>. 453<sup>5</sup>. 454<sup>1</sup>. 475<sup>1</sup>. II 59<sup>5</sup>.  
88<sup>4</sup>. 93<sup>2</sup>. 96. 103<sup>3</sup>.

**Tolstoi, Graf D. A.** Innen-Mnstr. I 69. 97. 101<sup>2</sup>.  
112 f. 189. 193. 198 ff. 207. 260. 407. 414 f.  
418<sup>4</sup>. 430. 498.

—, Dimitri. Kultus-Mnstr. I 66. 102. 112. 168. 337.

—, Leo. Dichter. II 215.

**von Transehe**, Astaf; Selsau. Balt. Historiker;  
Livl. Rittersch.-Notär. I 217<sup>4</sup>. 220. 442<sup>5</sup>.  
II 324.

—, Eduard; Taurup. Livl. Ldrt. I 288<sup>9</sup>. 295<sup>2</sup>.

—, George. Livl. Krsdpt. I 48<sup>6</sup>.

**von Transehe**, Karl Otto; Selsau. Kurator d.  
Univ. Dorpat. I 312<sup>4</sup>. II 26<sup>6</sup>.

**Treitschke**, Heinrich von. Historiker. I 3. 149 f.

**Trepow**. Minister. I 89<sup>6</sup>.

**Trey**, Hermann. Ob.-Past. an St. Johannis-Riga.  
II 142<sup>7</sup>.

**de la Trobe**, Eduard; Pajusby. Livl. Krsdpt.  
I 286. 366<sup>5</sup>. 390<sup>2</sup>, <sup>5</sup>.

**Troschtschinsky**, Dimitri Prokoffjewitsch. Justiz-  
Mnstr. II 230.

**Trotzki**, Leo. Kommunist. II 257.

**Trubetzkoi**, Fürst. Russ. Gen.-Feldmrsch. II 119<sup>6</sup>.

**Truvor**. Russ. Teilfürst. II 56.

**Tschakste**, Jahnis (Johann). Rechtsanwalt in  
Mitau; später: Lettl. Staatspräsident. II 261.  
263. 265.

**Tupin**, Arthur. Denunziant. I 142 f.

**Turgenjew**. Russ. Schriftst. I 122.

## U.

**Uljanow**. Kurator d. Rig. Lehrbezirks. I 302 f.

**Umanis**, Karl. Agronom; Lettl. Ministerpräsident.  
II 261. 263 ff. 275.

**Ulmann**, Karl Christian. Prof. d. Theol. u. Rektor  
d. Univ. Dorpat. I 320 f. 321<sup>1</sup>.

**Umbria**, J. Vertr. d. estl. Städte im „Balt. Kon-  
seil“. I 446<sup>3</sup>.

**Ungern-Sternberg, Baron**. Estl. Rittersch.-Hptm.  
I 53 f.

—, Johann Adolf. Livl. Ldrt. I 239 f. II 20 f.

—, Johann Friedrich. Vize-Kurator d. Univ.  
Dorpat. I 311. 312<sup>4</sup>.

—, Karl; Korast. I 389<sup>2</sup>.

—, Oswald; Schloß-Fellin. I 306<sup>2</sup>. II 112<sup>1</sup>.

—, Paul; Errestfer. Livl. Ldrt. I 17<sup>5</sup>. 285<sup>6</sup>. 286<sup>1</sup>.  
398<sup>2</sup>.

—, Das Geschlecht der Barone. II 120.

**Urach, Herzog von**. II 248.

**Urussow**, Fürst. Chef d. 2. Abt. d. Eigenen Kanzlei  
d. Kaisers. I 367.

**Utin**. Rechtsanwalt in Petersburg. I 209<sup>2</sup>.

**Uwarow**, Sergei Graf. Kultus-Mnstr. I 39<sup>4</sup>. 80.  
88. 91 f. 104 f. 150. 247. 281. 318—325.

**Uexküll-Güldenband**, Baron Alexander. Livl.  
Gouv. I 21. 68 f. 153. 301<sup>4</sup>. 353. 495. II 54.

—, Julius. Senator; Präs. d. ev.-luth. Gen.-  
Konsistoriums. I 232<sup>1</sup>. 301.

## V.

**von Vegesack**, Alexander; Kegeln. I 352<sup>5</sup>.

—, Gotthard; Blumberghshof. Livl. Krsdpt. II 86<sup>5</sup>.

—, Manfred. I 475<sup>1</sup>.

**Vietinghoff, Baron Alexander.** Livl. Ldrt. I 42<sup>a</sup>.  
 —, Christoph Burchard; Marienburg. I 314. 316.  
 —, Otto Hermann von. Senateur. I 314<sup>b</sup>. II 128<sup>b</sup>.  
**Villon, Alfred von.** Obertaxator d. Livl. Kataster-  
 amts. II 97<sup>a</sup>. 101.  
**Vogel, Victor.** Beamter d. Gouvernem.-Schätzungs-  
 kommission. I 27<sup>a</sup>. II 94.  
**Volck, Axel.** Rechtsanwalt in Riga. I 220. II 102<sup>a</sup>.  
 —, Wilhelm. Prof. d. Theol. in Dorpat. I 347<sup>b</sup>  
**Volkmann.** Prof. d. Med. in Dorpat. I 321<sup>a</sup>.

## W.

**Waecher, Alexander.** Lett. Publizist. II 162. 169 ff.  
 201.  
**Wagner, Adolf.** Prof. d. Nat.-Ökon. in Dorpat.  
 I 326. 350.  
**Wahl, Eduard von; Addafer.** II 93<sup>a</sup>  
**Walcker, Karl.** Priv.-Doz. d. Nat.-Ökon. in Dor-  
 pat. I 116<sup>b</sup>.  
**Waldeck, siehe oben: Meyer von Waldeck, Friedrich.**  
**Waldemar (auch: Woldemar), Christian.** Lett.  
 Publizist. II 145 ff. 148 ff. 152 ff. 155. 159.  
 201. 208. 211 f.  
**Waldmann, Franz.** Schuldirekt. in Fellin. I 287<sup>a</sup>.  
 —, Jakob. Vertr. d. lett. Landgmden. Livls. II 244<sup>a</sup>.  
**Walmoden, Graf.** Kommand. General. II 34<sup>a</sup>  
**Walter, Ferdinand.** Bischof; Livl. Gen.-Super-  
 intendt. I 242<sup>a</sup>. 332. 505. II 135<sup>b</sup>. 156<sup>b</sup>. 158. 195.  
**Walujew, Peter Graf.** Innen-Mnstr. I 59. 64.  
 66 f. 93 ff. 96. 119. 144. 363. 385. 489. 492 f.  
 504. 509 f. 512 f. II 38<sup>b</sup>. 151 f.  
**Wannowsky.** General; Kultus-Mnstr. I 269.  
**Warich, O.** Stadthaupt v. Petschur. II 335.  
**Wassiljew.** Präsid. d. Livl. Kameralhofs. II 90 f.  
 91<sup>a</sup>. 93. 96. 98.  
**Wassiltschikow, Fürst Alexander Illarionowitsch.**  
 Präsid. d. russ. Reichsrats. I 80. II 39 ff. 42. 44 f.  
**Watson, Karl Friedrich.** Past. in Kurl.; Begründer  
 d. 1. lett. Ztg. (1822). II 142<sup>a</sup>.  
**Weinberg, Fritz.** Lett. Red. in Riga. I 450<sup>a</sup>. II 176<sup>a</sup>  
**Wiedemann, August.** Erforsch. d. estn. Sprache;  
 Akademiker. I 146<sup>a</sup>. II 144.  
**Wilhelm I. (der Große).** Deutscher Kaiser. I 89 f.  
 144<sup>a</sup>. 358. II 219. 328.  
**Wilhelm II.** Deutscher Kaiser. I 90. II 224. 226.  
 237 ff. 240. 242. 244 f. 247 f. 250. 321. 325.  
 (327.) (328 f.) 332 f.  
**Wiljew.** Volksschulinsp. I 273<sup>a</sup>.  
**Willigerode, Adalbert.** Propst. II 204<sup>a</sup>  
**Winnig, August.** Sozialdemokrat; Gen.-Bevollm.  
 d. Deutschen Reiches. II 32. 201 f. 251 f.  
 260. 262 ff.

**Wischnjakow.** Depart.-Direkt. im Innenministe-  
 rium. I 424<sup>b</sup>.

**Wissendorff, H.** Lett. Folklorist. II 145<sup>b</sup>.

**Witte, Sergei Graf.** Finanz-Mnstr. u. Premier. I 86<sup>b</sup>.  
 139. 169. 271. 301 f. 307. 347. II 63. (180).

**Wittrock, Viktor.** Ob.-Past. zu Dorpat. I 231<sup>a</sup> f.

**Wittschewsky, Valentin.** Red. in Riga. I 429<sup>a</sup>

**Wladimir Alexandrowitsch.** Großfürst v. Rußland.  
 I 88. 97. 113. 289 f. II 168. 213. 233. 233<sup>b</sup>.

**Wladimir der Große.** Groß. v. Kijew (Rußl.).  
 II 155.

**Wlassowski.** Oberst; Polizeimstr. in Riga. I 423<sup>a</sup>.

**Wojeikow.** Gen.-Adjut. (Alexanders III.). I 209.

**Woldemar, siehe oben: Waldemar.**

**Wolff, Baron Joseph; Neu-Rosen.** Livl. Krsdpt.  
 II 81<sup>b</sup>. 106<sup>b</sup>.

—, Ludwig; Treppenhof. Direkt. d. Livl. Kredit-  
 sozietät. I 352<sup>b</sup>.

—, Max; Hinzenberg. Livl. Krsdpt. I 387<sup>b</sup>. II 110<sup>b</sup>.

—, Richard; Lubahn. Livl. Ldrt. I 18.

—, Viktor; Rodenpois. Livl. Krsdpt. I 352<sup>b</sup>.

**Wolkonsky, Fürst.** Gehilfe d. Kultus-Mnstrs.  
 I 248. 320.

**Worowski.** Räte-russ. Geschäftstr. in Stockholm.  
 II 236 f. (324.) 329.

**Wrangell, Baron; Ruil.** Estl. Rittersch.-Hptm.  
 I 407<sup>b</sup>.

—; Tois. Estl. Krsdpt. I 407<sup>b</sup>

—, Hermann; Turneshof. Livl. Krsdpt. I 285<sup>b</sup>.  
 II 110<sup>b</sup>

**Wraßky, siehe oben: Galkin-Wraßky, Michael.**

**Wulf, Arthur von; Kosse.** Livl. Ldrt. I 228<sup>a</sup>.  
 231. 236<sup>a</sup>.

**Wurstemberger, L. von.** Mitgl. d. Genfer Sektion  
 d. „Ev. Allianz“. I 184 f. 188. 243 f.

**Württemberg, Herzog Paul von.** I 144.

## Z.

**Zeddelmann, Rudolf von.** Pädagoge in Dorpat.  
 I 296 f. 303<sup>b</sup>.

**Zimmermann, Jakob Andreas.** Livl. Gen.-Super-  
 intendt. II 126.

**Zimse, Johann.** Lett. Pädagoge. II 156 ff. 159.

**Zinek sen., R.** Pastor; Livl. Schulrat. I 297<sup>a</sup>.

— jun., Rudolf. Gymnas.-Direkt. in Birkenruh  
 bei Wenden. I 305<sup>a</sup>.

**Zinzendorf, Graf Nikolaus.** Begründer d. Ev.  
 Brüdergmde. in Herrnuth. II 117. 122. 125 f.

—, Gräfin Erdmuthe Dorothea, geb. Gräfin Reuß-  
 Ebersdorf (Gattin des Obigen). II 125.

**Zöge von Manteuffel, W.** II 29<sup>a</sup>.

—, Werner. Prof. d. Med. a. d. Univ. Dorpat. I 346.



# Sachregister.

Abkürzungen: I = 1. Band; II = 2. Band.

alt-livl. = alt-livländisch.  
balt. = baltisch.  
estl. = estländisch.  
estn. = estnisch.  
evang.-luth. = evangelisch-lutherisch.

gr.-kath. = griechisch-katholisch (orthodox).  
kurl. = kurländisch.  
landwirtsch. = landwirtschaftlich.  
lett. = lettisch.

lettl. = lettländisch.  
livl. = livländisch.  
russ. = russisch.  
schwed. = schwedisch.  
vgl. = vergleiche.  
Ztg. = Zeitung.

## A.

**Aa**, livl. II 114. Vgl. Wasserwege.

**Abo**, Frieden von (1743). II 228.

**Abgaben**, bäuerliche. II 3. 6. 13.

**Abolition** siehe: Rassenprivilegien.

**Abordnung**, estn., an den Kaiserhof (1864 u. 1881). II 203. 206 f. 209. 212.

**Ackerbauschulen**. II 54. 70.

**Adel**, Gouvernements- I 10; Liv. I 7. 9. 11. 503; Litanisch-polnischer I 8; Politischer I 3; Russ. I 380. Vgl. Dienst-, Landadel.

**Adelsinstitutionen**, russ. I 91.

**Adelskongreß**, Allruss. (1906). II 64 f.

**Adelskonvent**, deliberierender. I 12 f.

—, livl. I XI. 9 ff. 12 ff. 413. 428. Letzte Plenarversammlung (1920). I 33. 76. 312.

**Adelskorporationen**, alt-livl. I 6. 202.

**Adelsmarschall**, balt. I 428; livl. Gouvernements-. I 38; russ. I 426.

**Adelsmatrikel**. I 92. Vgl. Matrikel.

**Adelsstatut**, russ. I 165. 419 ff. 425 ff. 439 f.

**Adelsversammlung**, russ. I 426 f.

**Agrardebatte**, lett. (1920). II 271. 275 ff. 308. Vgl. Sühnetheorie.

**Agrargesetz**, estl. (1919). II 218 f. 290 ff.

—, lett. (1920). I 482. II 60. 270. 275. 277. 286. 296. 308 f. Vgl. Agrarrevolution.

—, russ. (1861). II 150 f. 203; (1906). I 452.

**Agrargesetzgebung**, livl. I 40. 43 f. 71. 107. 109. 119 f. 164. 166. 242. II 9. 39. 44; russ. II 43.

**Agrarliberalismus**. II 140. 184.

**Agrarordnung** siehe: Bauernverordnung.

**Agrarpolitik**, livl. II 1. 148.

**Agrarrecht**, livl. II 1 ff. Vgl. Agrarverfassung.

**Agrarreform**, livl. I 40. 93 f. 111. 132. 144. II 46 ff. 53 ff. 270 f.

—, Stolypinsche (1906). II 44 f. 65. 295.

**Agrarreformen**, europäische. II 278 ff.

**Agrarrevolution**, (-reform), estl. I 168. 508. II 49. 77. 290 ff.; lett. I 33. 168. 508. II 49. 77. 271. 274. 281. 293 ff. 307 f.; russ. II 278.

**Agrarsozialismus**, russ. II 271.

**Agrarverfassung**, livl. II 1 ff. 49. 63. 76. 149.

**Agrarzoll**. II 52.

**Akkordpunkte** vom J. 1710. I 9. 36. 174. Vgl. Kapitulationen.

„**Aktion**, Die große“ (1870). I 63. 366 ff. 372.

**Albertschule** siehe: Riga.

**Alexanderschule**, estn. II 194. 209 ff.

„**Allianz**, Evangelische“. I 151. 184 ff. 206 ff.

—, „Heilige“ (1815). II 128.

„**Almanach**, Rigascher“. I 30.

**Altersversicherung**. II 71. Vgl. Landarbeiter.

**Altgläubige**. I 177.

**Alt-Livland**. I 3 ff. 6 f. 383. II 1. 182. 314 f.

**Altmark**, Frieden von (1629). I 173.

**Altnationalismus**, lett. II 171. 198.

**Altpreußen**, Die. II 163.

**Alt-Wrangelshof** bei Wolmar, Erziehungsanstalt. I 281.

**Amtsbezirk**. I 460. 470. 480 f. II 259.

**Amtsvorsteher**. I 460. 480. II 217. 259.

**Anerbenrecht**. II 75.

**Anlagen** zum Text. I 503 ff. II 320 ff.

„**Annales** des Nationalités, Les“. II 198 f.

**Anschluß** des Baltikums an Deutschland (1918). II 227. 238. 241. 321.

**Anschreibegemeinde**. I 471. 474 f. 479 ff. 482.

**Ansiedlung** siehe: Siedlung.

**Ansiedlungsvertrag**, deutsch-lett. (1918). II 263.  
„Antwort an Herrn Juri Samarin, Livl.“ I 133 f.  
327. 330. 395.

**Appellhof**. I 501.

**Arbeiter** siehe: Landarbeiter.

**Arbeiter- und Soldaten-Räte**. II 224. 238. 254 f.

**Arbeitskraft**, bäuerliche. II 1. 4. 8. 24.

**Arbeitslohn**, landwirtsch. II 51.

**Arbeitspacht** siehe: Fronpacht.

**Armee-Oberkommando**, Deutsches. I 459 f.

**Armenfürsorge**, (-pflege). I 461. 464. 479.

**Ascheraden** siehe: Bauernrecht.

**Aufklärungsepoche**. II 33. 35. 125. 273.

**Aufruf**, deutsch-balt. v. J. 1920. II 266.

„Auseklis“. Lett. Zeitschrift. I 31.

**Auswanderung**, estn. II 292; lett. II 274.

**Autokratie**. I 101.

## B.

„Balss“ (Die Stimme). Lett. Ztg. II 162 ff. 169 f.  
190.

**Baltenregiment**. II 218.

„Baltijas Semkopis“ (Der baltische Ackerbauer).  
Lett. Ztg. II 161 ff. 165. Vgl. „Sohbugals“.

„Baltijas Wehstnesis“ (Der Baltische Bote)  
Lett. Ztg. II 163. 168.

**Bannrechte**. I 10. 62.

**Barby**, Erziehungsanstalt. II 119.

„Barone, Graue“. Bezeichnung lett. Hofbesitzer.  
II 274. 276.

**Bauern-Agrarbank**. II 76. -Aufstand 1525. II. 9.  
-Auslieferung. II 18.

— -Befreiung, balt. (1816—1819). I 20. 45. 49.  
79 f. 93 f. 111. 125. 240. 314 f. 504 f. II 1. 17.  
36 ff. 42 f. 45. 83. 121. 132. 161. 188. 193. 204.  
209. 216. 273.

— -Befreiung, russ. (1861). I 93 ff. 125 f. 145.  
II 37. 39. 41 f. 56. 147.

— -Bund, lett. II 266 ff. 300.

— -Ehe- u. Erbrecht. II 2 f. 21. 28.

— -Fahrris. II 15. 28. -Flucht. II 16. -Frei-  
heit. I 14. 40. -Freunde. II 25 ff. 29 ff. 32.

— -Gericht. I 484 ff. Ober-Bauerngericht. II 501.

— -Gut. II 53. 62. 75. 268.

— -Handel. II 2. 10. 28. -Hochzeit. II 12.

— -Hof. I 63. II 4. Unteilbarkeit desselben. II 59.

— -Klagerecht. II 28.

— -Kommissare siehe: Bauern-Sachen.

— -Land. (Vgl. Hofsländ, Quote.) I 23. 164.  
482. 487. II 2. 50. 58. 61 f. 77 ff. 80 ff. 83.  
85. 103. 105. 185. 273. 296. Ablösung, frei-

willige: I 465. II 37. 64. 75. 81. 188. 273 f.  
Ablösung durch Zwang: II 37. 39. 45. 56. 60.  
150. 207. 282. Das „Erbe“: II 3. Maximal-  
größe: II 58 f. Minimalgröße: II 58 f. 72.  
109. (Vgl. Stammgrundstück.) „Verkauf“:  
II 273 f. „Wüsten“: II 3 f.

**Bauern-Legen**. II 3. 8. 33.

— -Ordnung siehe: Bauern-Verordnung.

— -Recht, Ascheraden-Langholmsches, v. J. 1764.  
I 37. II 25.

— -Sachen, Kommissare für. I 472 f. 501.

— —, Livl. Kommission für. I 471.

— -Schulen, Generalvisitation der. I 240.

— -Schutz. I 71. 486. II 11. 20. 45. 64. 121. 148.

— -Verhältnisse, Statistisches Material zur Be-  
leuchtung Livländischer. (Amtliche Publi-  
kation.) I 129 f.

— -Verkauf. II 5. 27. 29 f. Vgl. Menschenhandel.

— -Verordnung, livl. (v. J. 1804). I 37. 316. 485.

II 26. 36 f. 61. 132. (v. J. 1819:) I. 240. 320. 486.

II 36. 79. 186. 273. (v. J. 1849:) I 41. 242.

II 140. (v. J. 1860:) I 243.

— —, „Verstreichen“. II 4.

**Bayern** siehe: Heimatgesetzgebung.

**Beamtenstaat**, alt-livl. I 4 f.

**Beamtenverfolgung** in Livland. I 499.

**Behördensprache**, deutsche. I 357 ff.

**Behördenverfassung**, balt., v. J. 1845. I 80. 91.  
157. 323. 409. 489. II 220.

—, schwed.-livl. I 483.

**Beisitzer**, bäuerliche. I 486. II 25 f.

„Beiträge, Livländische“, von Woldemar v. Bock.  
I 127 f. 134.

**Bekanntnisfreiheit**. I 49. 97. 111. 149. 178 ff. 328.  
II 190. 234.

**Beresina-System**. II 113. Vgl. Wasserwege.

**Bestätigung**, obrigkeitliche. I 12.

**Betgesellschaft**. II 129.

„Betriebszentrale“, Landwirtsch. II 70.

**Bezirks-Amt**. I 443. -Gericht. I 501. -Tag.  
I 443. -Verwaltung. I 459. -Verwaltungs-  
rat. I 459.

**Birkenruh** bei Wenden, Erziehungsanstalt u.  
Landesgymnasium. I 20. 22. 281 ff. 287 ff.  
293. 303 ff. 306.

**Bischof** der deutschen Gemeinden Lettlands. I 235.  
—, Lettländischer evang.-luth. I 235.

**Bischöfe**, alt-livl. I 4. 6 f. II 3.

**Bistum**, evang.-luth., in Rußland. I 175 f.

—, gr.-kath., in Riga. I 177.

**Bittschriftenkommission**, Kaiserliche. I 98.

„**Blätter**, Russisch-Baltische“. (Hrsg. Friedrich v. Jung-Stilling.) I 138.

„**Block**, Lett. demokratischer“. II 261.

**Boden-Analyse**, chemische. II 87.

— **-kategorien**, rechtliche. II 58 ff. 61 f. 185.

— **-Schätzung**. II 81. 86 f. 99. Vgl. **Schätzung**.

— **-Schätzungsinstruktion**. II 97. 101.

— **-Schätzungssystem**, preußisches dezentralisiertes. II 89. 96.

— —, sächsisches zentralisiertes. II 88 f. 96.

— **-Verkehr**. II 59. 61. Vgl. **Grundstück-** u. **Immobilienverkehr**.

**Böhmische Brüder**. II 117. Vgl. **Herrnhut**.

**Bolschewismus**, Bolschewisten. I 32. 75. 234.

II 77. 217 ff. 235. 297. Vgl. **Leninismus**. **Maximalisten**.

**Boniteure**. II 88. 93. 95. 97. 101. Vgl. **Oberboniteur**.

**Bonitierung**. II 87 ff. 95 ff. 101.

**Börsenkomitee** siehe: **Riga**.

**Branntweinbrennerei**. I 166. II 52. 68.

**Branntweinmonopol**. II 66. Vgl. **Spiritus**.

**Brest-Litowsk**, **Friedensvertrag** von. II 77. 235. 240 f. 247. **Ergänzungsvertrag**: II 245 f. 248.

**Brotkorn**, russ. II 51. 66. 69 f.

**Brückenbau**. I 26. II 69. 79. 110. 115.

**Brüder-Gemeinde** (-Sozietät, -Unität), **Evang.** II 117 ff. 120 ff. 123 f. 182. 184. **Ausartungen**: II 132 f. **Bethäuser**: II 125 f. **Chorgemeinschaft**: II 124. **Gnadenmanifeste** v. 1764 u. 1817: II 126 f. 129. **Konflikt** mit der **Landeskirche**: II 133 ff. **Organisation**: II 130 f. **Verfall**: II 137 ff. **Vorbeter** u. **Helfer**: II 124. 134. Vgl. **Böhmische** u. **Mährische Brüder**, **Herrnhut**, **Wolmarshof**.

„**Bruderschaft**, **Balt.**“, gr.-kath. I 190. 212.

„**Bund**, **Jüdischer**“. (**Sozialistischer Verband**.) II 178.

**Bureau**, **Statistisches**, d. livl. **Ritterschaft**. I 20.

**Bureaukratie**, russ. I 9. 22 f. 40. 48. 79. 85. 140. 478. 490. II 24. 47. 63. 76. 90. 105. 188. 193. 210. 214. 216. 220. 229. 232. 316.

**Burgenbau**. II 3.

**Bürgertum**, deutsch-balt. I 80. 379 f. 503 ff.

**Buschland**. II 55. 81. 99.

**Butterausfuhr**, lett. II 302 f.

#### C. (Vgl. K.)

„**Cautio Radsivilliana**“ v. J. 1562. I 7.

**Chausseen**. I 26. II 114.

**Chauvinismus** siehe: **Nationalismus**.

**Convocationes** siehe: **Eingepfarrte**.

„**Curonia**“, **Korporation**. I 337.

#### D.

**Dänemark**, **Argrarreform**. II 281 ff.

„**Deenas Lapa**“ (**Das Tageblatt**). Lett. Ztg. II 172.

„**Deklaration**, **Rosensche**“ (1739) II 21 ff. 24. Vgl. **Landrechtsentwurf**.

**Delegation**, **Balt.**, in **Berlin** 1917. II 226.

„**Denj**“ (**Der Tag**). Russ. Ztg. I 124 f.

**Denkschrift** der livl. **Ritterschaft** v. J. 1870. I 85.

**Denunziationen** gegen die balt. **Deutschen**. I 31. 74. 142 f. 171. 220 f.

**Deutschenhetze**. I 74. 142.

**Deutschenverfolgung**. I 31. II 221. 223 ff.

**Deutschenverschleppung** (1918). II 238 f. 257.

**Deutschland** (**Deutsches Reich**). I 3. 329. II 1. 219. Vgl. **Reich**, **Heiliges Römisches**.

—, **Siedlungsgesetz** v. J. 1919. II 279.

—, **Zusammenbruch** im J. 1918. I 32. 75. 234. 350. 460. 481. II 77. 217. 275.

„**Deutscher Verein** in **Livland**“. I 31. 304. II 199. 220 f.

**Dienstadel**. I 79. 421. Vgl. **Adel**.

**Differenzialtarife** der russ. **Eisenbahnen**. II 51 f. 66.

„**Divide et impera**“. **Leitsatz** der russ. **Regierungspolitik**. I 69 ff. 106. 139. 165. 168. 177. 415. 507 f. II 47. 62. 68 f. 80. 84. 116 ff. 155. 161 f. 204. 316.

**Domänen-Bauer**. II 9. **-Güter**. I 44. 63. II 60. 65. 72. 85 f. 99. 105. **-Pächter**. II 11 ff.

**Domherren**, alt.-livl. I 7.

**Domkirche** in **Reval**. II 218. 290.

**Domschulen**. I 276 f. Vgl. **Riga** u. **Ritterschule**.

**Dorpat**, **Besetzung** durch **Iwan IV**. I 7.

—, — — die **Deutschen** 1918. I 32. 348.

—, **Muße**, **Akademische**. I 332.

—, **Privatgymnasium** v. **Zeddelmann**. I 296 f.

—, **Umbenennung** in „**Iurjew**“. I 15. 339. 377.

**Dorpat**, **Universität**. I 44. 81. 148. 163. 165. 252. 278. 308 ff. 439. 501. 507. II 141. 213. 219 f. 242. **Autonomie**: I 313. 344. „**Doktoren-Fabrik**“. I 335. **Estonisierung** 1919: I 350. **Fakultäten**: **theologische** — I 168 f. 256. 321 f. 339. 341 ff. 344. 346; **juristische** — I 341. 343 f.; **historisch-philologische**, **physik.-mathematische**, **medizinische** — I 345. **Foundationsakte** vom 12. Dez. 1802: I 313 f. **Gründung** u. **Eröffnung**, April 1802: I 78. 309 ff. 315. **Immatrikulation**: I 322 ff. „**Jurjewsche Universität**“. I 339. 347 f. **Kuratorium**, **ritterschaftliches**: I 311 f. 314. **Lehrkräfte**: I 326. 335. **Professoren-Berufung** u. **-Wahl**: I 311 f. 326. 338. **Provinzialrecht**, **Kathedr** für: I 343 f. **Rektorwahl**: I 323. 338.

- Restitution u. Schluß der deutschen Hochschule 1918: I 348 f. Russifizierung: I 319 f. 324. Schwedische Epoche. I 308 f. Studium, juristisches: I 44. Unterhalt: I 309 f. 312 ff. Universitätskirche: I 324. Verstaatlichung: I 313. 316 f. 323 f. 340. 355.
- Drainagen.** II 301. Vgl. Entwässerung.
- „Drellen“.** II 5.
- Düna, Die.** II 113. 222 f. Vgl. Wasserwege.
- Düna-Aa-Kanal.** I 166. II 114.
- „Düna-Zeitung“.** Rigasches Blatt. I 429 f.
- E.**
- Edelleute, indigene** I 12 f.; russ. I 10 f.
- „Eesti Postimees“** (Estn. Bote). Dorpater Tagesblatt. II 207.
- Eesti, Republik.** II 56. 77. 216. 218. 252. 290 ff. Vgl. Esten, Die; Estland.
- Ehrenfriedensrichter.** I 501. Vgl. Friedensrichter.
- Eingeborene.** II 1 f. Vgl. Sippenhäuptlinge.
- Eingemeindung.** I 471. 475.
- „Eingepfarnte“** u. deren „Convocationes“. I 461 f.
- Einhegungen in England.** II 33. 48.
- „Einigungen“, alt-livl.** I 5.
- Einlieger.** II 97.
- Eisenbahnbau in Livland.** I 20. 66. 107. II 110 ff.
- Eisenbahnkomitee, Livl.** II 110 f.
- Eisenbahnmagistrale Riga-Pleskau.** II 110 ff.
- Eisenbahnnetz in Livland.** II 110. 112 f.
- Eisenbahnen, Zufuhr-.** II 112.
- Eisenbahnerstreik 1905.** II 178.
- Eisenprobe.** II 2.
- Elbe.** II 8. 23. Vgl. Ostelbien.
- Elementarschulen.** I 277.
- Embach.** II 113 f.
- Emigranten, deutsch-balt.** II 266 f.
- England.** I 1. II 47 ff. Adel: II 47. Regierung: II 236. Siedlungspolitik: II 280. Verfassung: II 47. Vgl. Einhegungen. Großbritannien, Landlord.
- Enquete-Kommission, Walujewsche, v. J. 1872.** II 38. 43.
- Enteignung, staatliche.** II 46. Vgl. Großgrundbesitz.
- Entente.** II 261 ff.
- Entwässerung.** II 51. 73. Vgl. Drainagen.
- Erbbauer.** II 5. 10. 18. 28 f.
- Erbherr.** II 4 f. 15. 17. 28. 30. 32 f. 183. 185 f. 203.
- Erbuntertänigkeit.** II 8. 27. 37.
- Erzbischof, Rigascher gr.-kath.** I 4 ff. 363. II 148.
- Esten, Die.** I 22. 100. 157 f. 396. II 9. 49. 56. 62. 69. 141. 146 ff. 153. 157. 161. 163. 166 f. 173. 188. 192. 194. 202 ff. 243. Verhalten zu den Deutschen: II 202 ff. Vgl. Progressisten.
- Esten, Jung-.** I 151. 331. II 211.
- , Pleskauer. Siehe: Setukesen.
- , Werro-. II 56.
- Estland.** I 7. 25 f. 34. Loslösung von Rußland: II 219 ff.
- Estomanen(-philen).** II 143. 203.
- „Estonia“, Korporation.** I 337.
- F.**
- Fabriken.** II 209.
- Fahne, Rote.** II 175 f.
- Fahrpost.** I 458 f.
- Feldgemeinschaft.** II 39. 43 ff. 64 f. 203. 278.
- Fellin, Erziehungsanstalt.** I 280. 282.
- , Landesgymnasium. I 18. 65 f. 282 f. 286 ff. 293.
- , Landesrealschule. I 303 f. 306 f.
- Fideikomiß.** II 277.
- Finanzpolitik, russ.** I 166.
- Finnen, Die.** II 160.
- Finnland.** II 240. Agrarfrage: II 284 ff. Holzindustrie: II 284 ff. Landlose: II 285. „Lex Kallio“: II 285 ff. „Ritterhausordnung“: II 311. Sonderstellung: I 124.
- Fischereien.** II 90 f.
- Fischereirecht.** II 177.
- Flachsbau.** II 51. 54. 111. 302.
- Flachswraker.** II 18.
- Flüchtlingskomitee, Lett., in Petersburg.** II 261.
- Flugschriften, deutsch-balt.** I 138. 205.
- Flurzwang.** II 54. 64.
- Föderativ-Republik, Russ. kommunistische.** II 224. Vgl. Sowjetrepublik.
- Forstenquête v. 1901, Livl.** II 95.
- Forstschulen.** II 54.
- Forstverwertung.** II 69.
- Forstwirte, Verein baltischer.** II 69.
- Fortschrittspartei, Deutsch-Balt., in Riga.** II 262 ff.
- „Fraternitas Rigensis“, Korporation.** I 163. 337. 422.
- Freibauer.** II 7. 146. Vgl. „Könige“.
- Freikirche.** I 228 ff. 231 f.
- „Freilassung“ v. J. 1819.** II 272. Vgl. Bauernbefreiung.
- Freizügigkeit.** I 381. 473 ff. Verordnung v. J. 1863: I 45. 49. Vgl. Paßfrage.
- Fremdherrschaft.** II 9. 182. 315.
- Friedens-Gericht.** I 497. 501.
- -Richter. I 491. Wahl: I 411f. 494. 500. Vgl. Ehrenfriedensrichter, Richterwahl.
- — -Institution, Russ., Einführung in Livland: I 403. 494.
- Friedensverhandlungen, Deutsch-russ. 1918** II 235ff. Vgl. Brest-Litowsk.

- Fron.** II 31. 52. 55 f. 81. 273. -Bauer. II 146. 203. -Dienst. II 27. 78 f. 139. -Hof. I 473. II 185. -hofsverfassung (System). II 61. 116. 185. 188. -Knechte. II 116. -Kötner (Schweden). II 55. Fron- oder Arbeits-Pacht: I 20. 45. 49. 111. II 55. 68. -Wirtschaft. II 57. 68. -Vogt. II 28. Vgl. Kubjaß, Starost.
- Frühnationalismus**, lett. II 160 f. Vgl. Altnationalismus, Nationalismus.
- Futteranbau.** II 52. 68. 70.
- G.**
- Garde, Rote.** II 224. 235.
- Gebäudelast.** II 270.
- Gebäudeschätzung.** I 24. 27. II 87. 89. 91 ff. 97 ff.
- Geburtsaristokratie.** I 79.
- Gegenreformation.** I 173. 182. Vgl. Reformation.
- Geistlichkeit**, Evang.-luth., in Livland. I 70 f. 151. 154. 161. 163. 165. 180. 338. 439. 503. 506. II 122 ff. 184.
- , Gr.-kath. (orthodoxe). I 82. 104. 109. 127. 180 f. 465. 497. II 155. 209. 214.
- , Röm.-kath. I 238.
- , vgl. a. Kirche, Landeskirche.
- Geldlandesprästand.** II 82 f. 85. 104. Vgl. Landesprästand, Prästand, Willigungen.
- Geldpacht.** II 57. 188.
- Geldsteuer.** I 23. 164.
- Gemeindebesitz**, russ., „Mir“. II 37 ff. 40 f. 44 f. 54. 64 f. 153. 295. Vgl. Seelenanteil.
- Gemeinde-Älteste.** I 397. 410 f. 435. 466. 487. II 184. 242. -Ausschuß. I 471. 481. -Bezirk. I 470. 474 ff. 477. 481 f. -Gericht. I 486 f. 501. 502. II 186 f. -Pflichten, kirchliche. I 464. -Polizei. I 480. II 259. -Rat. I 482. -Richter. I 486. II 134. 184. —, „Rolle“. I 472. -Schreiber. II 179. -Schule. I 243. 245 f. 248. 250. (Vgl. Parochial- und Volksschulen.) -Versammlung. I 471 f. 481 f. -Vertretung. I 471. -Verwaltung. I 478 ff. 486. -Vorstand. I 482. -Vorsteher. I 464. 466.
- Gemeinde.** Vgl. a. Anschreibe-, Heimat-, Land-, Orts-Gemeinden.
- Gemenglage.** II 45. 64.
- „Gemeinnütziger Verband, Livl.“** II 312.
- Generalgouvernement** Baltisches. I 66 f. 85. 117 ff. 353. 392. II 76. 83. 233. Provisorisches v. J. 1905: I 29 f. 73. 120 f. 443 ff.
- Generalgouverneur.** I 12. 14 ff. 77. 102 ff. 152.
- „General-Inquisition“** (1715—1813). II 17.
- Generalkommando**, Deutsches. II 260.
- -Verwaltung. I 459. II 259.
- Generalkonsistorium**, Evang.-luth. I 175 f.
- Generalsuperintendent**, livl. I 14. 234 f. 242.
- Generalsynode**, Evang.-luth. I 228. 231.
- Geodäten** siehe: Landmesser.
- Gerichts-Behörden**, balt. I 160.
- -Hof, Oberster balt. (Projekt). I 382 f.
- -Sprache. (Vgl. Translateure.) I 160 f. 357. 502. -Sprengel. I 491. -Verfassung. I 160. 483. 485. 489. 497. -Verfassungsreform siehe: Justizreform.
- Germanisierung.** I 253. 255. 258. 268. 276. 477. 505 f. II 157 ff. 194 ff. 199. 217. Vgl. Landtagspredigt 1864.
- Gesangfest**, estn. 1869. II 204.
- , lett. (1873:) II 156 f. 197. 204. (1880:) II 160, 165.
- Geschäftssprache**, deutsche. I 112. 373. 357 f. 362. 365; estn. u. lett. I 374 f. russ. I 284. 374. Vgl. Behörden-, Gerichts-, Korrespondenz-, Reichssprache; Sprache.
- Geschlechtsregister**, russ. Gouvernements-. I 421.
- Geschworenengericht.** I 497.
- „Gesellschaft, Lettisch-literarische“.** II 143. 193. 195. 197.
- für Literatur u. Kunst, Kurländische“. II 143. 195.
- Gewissens-Freiheit.** I 139. 180. 211. 225. II 176. -Gericht. II 25 f. -Zwang. I 87. 179 f. Vgl. Glauben, Konfession, Religion.
- Gilden**, Enteignung der estländischen. II 290.
- Glaubens-Freiheit.** I 2. 10. -Zwang. I 179.
- Glebae adscriptio.** II 5. 17. 21. 23.
- Goldhypothek.** II 307.
- Goldingen**, Gymnasium. I 294.
- „Golos“** (Die Stimme). Russ. Journal. I 243.
- „Gottesländchen“.** II 16. 49. Vgl. Kurland.
- Gouvernement** siehe: Generalgouvernement.
- Gouvernements-Kommissar.** II 254. -Rat. I 56. II 254. 257. -Regierung. I 15. 358. 360 f. -Verwaltung. I 27.
- Gouverneur.** I 12. 15. 19. 152 ff.
- „Grashdanin“** (Der Bürger). Russ. Zeitung. I 428.
- Grenzmarken.** I 93 f. 100.
- „Grenzmarken, Die russischen“;** Verfasser: Juri Samarin. I 132 f. 147.
- Grodno**, Gouvernement. II 54.
- Großbetrieb**, landwirtsch. II 49 ff. 53. 68.
- Großbritannien.** Siedlungspolitik. II 279 ff. Vgl. England.
- Großgrundbesitz.** II 46. 268. Enteignung in Est- u. Lettland: II 218. 267 ff. 277 ff. 292 ff.
- Großgrundbesitzer.** I 13. 503. II 49. 52.

- Grund-Aristokratie.** II 140.  
 — -Besitz siehe: Großgrundbesitz.  
 — -Besitzform, Germanische. II 37. 39 ff.  
 — -Besitzverteilung. II 46. 53. 269. 296 ff.  
**Grundbuchbehörde.** II 102.  
**Grund-Herr.** II 6. -Herrschaft. II 4.  
 — -Lasten. I 164. II 78 f.  
**Grundsteuer,** Russ. Reichs-. I 66.  
**Grundsteuerreform,** livl. I 18. 20. 23 f. 49. 65.  
 II 61. 63. 76. 77 ff. 91 ff. 98. 101. Vgl. Prä-  
 standenreform.  
**Grundstückverkehr.** II 108 f. Vgl. Boden-, Immo-  
 bilienverkehr.  
**Güterbesitzrecht.** I 111. 332 f. 386 ff. Vgl.  
 Pfandrecht.  
**„Güterkreditsoziätät,** Livl. adlige.“ I 23. 79.  
 II 70. 101.  
**Güterreduktion,** schwed. I 9. 239. II 11 f. 15. 182.  
**Gutsbezirk.** I 455 f. 470. 475 ff. 480 ff. -Herr.  
 I 485 ff. II 8. 15. 46 ff. 78. 182 ff. 185 ff. 188;  
 -Herrschaft. I 484. II 4. 185; -Polizei. I  
 477. 480. 487. II 259; -Untertänigkeit. II  
 7 f. 37.  
**Gymnasien** siehe: Landesgymnasien.
- H.**
- Hackfruchtbau.** II 52.  
**Haftpflichtgesetz,** russ., v. J. 1903. II 72.  
**„Haken“.** Livl. Steuereinheit. II 15. 79 ff. 82.  
 —, „wüste“. II 3. 5 f. Vgl. Taler.  
**Halbkörner.** 50. 306.  
**Hälftner.** II 50. 279.  
**Hand- u. Spanndienst.** II 55. 273.  
**Hanfschwinger.** II 18.  
**„Hauptverwaltung** der geistl. Angelegenheiten  
 fremder Konfessionen.“ I 175.  
**„Hausgast, Der.“** Siehe: „Mahjas Weesis“.  
**Häusler.** II 29. 40.  
**Hausunterricht.** I 240. 244 f. 268. 276. 295 ff.  
 Vgl. a. Unterricht.  
**Hauszucht.** I 20. 111. 485. II 13. 21. 27 f. 32. 34 f.  
 Vgl. Rutenstrafe.  
**Heeresfolge.** II 3.  
**Heidenbekehrung.** II 155.  
**„Heimat, Die“.** Estnisch. Blatt in deutscher  
 Sprache. II 207 ff. 212 f.  
**Heimat-Gemeinde.** I 474 f. 479; -Gesetzgebung  
 in Bayern. I 481; -Recht, bauerliches. I 474.  
**Heimfallrecht.** II 6.  
**Heiratslizenz.** II 3.  
**Herrenhufe.** II 78.  
**Herrnhut (Ort.).** II 196. Vgl. a. Böhmisches Brüder.  
**Herrnhutertum** in Livland. II 116 ff. 183. 188.  
 Vgl. Brüdergemeinde.  
**Heuerlinge** (in Niedersachsen). II 55. 306.  
**Hilfsausschuß,** Stockholmer deutsch-balt. II 225 f.  
 236.  
**Hilfsgesuche** um Befreiung von den Maximalisten.  
 II 238 f. 324 f.  
**Hochschulen.** I 167 ff. Vgl. Dorpat-Univ. u. Riga-  
 Polytechnikum.  
**Hofgericht,** Livl. I 47. 104. 484. 486 f. II 21. 34.  
**Hofwehr.** II 10.  
**Hofesdienst.** II 187.  
**Hofesdomestiken.** II 186 f.  
**Hofesschulen.** I 240.  
**Hofsland.** I 23. 164. 471. 477. 482. 487. II 4. 29.  
 50. 55. 58. 60 ff. 77 ff. 81 ff. 85 f. 103. 105. 185.  
 Vgl. Bauernland, Quote.  
**Hofsleute.** II 187 f.  
**Holland.** I 1.  
**Homburg v. d. Höhe.** Deutsches Hauptquartier.  
 II 239 f.  
**Hörige, Hörigkeit.** II 7. 17. 30 f.  
**Hungersnot.** I 239. II 4. 12 f. 16 f. 183. Vgl.  
 Mißernte, Pest.  
**„Husmand“** (in Dänemark). II 285.  
**Hussiten.** II 117.  
**Hypothekeneinheit.** II 102.
- I.**
- Jagdrecht.** I 497. II 177.  
**Jakobi-Kirche** siehe: Riga.  
**Immediatberichte** siehe: Verwaltungsberichte.  
**Immediat-Eingaben, -Suppliken.** I 12. 39.  
**Immobilien-Schätzung** siehe: Gebäudeschätzung,  
 Bodenschätzung.  
 — -Steuerreform. I 30.  
 — -Verkehr. I 388. Vgl. Boden-, Grundstück-  
 verkehr.  
**Indigenat,** balt. I 11. II 48.  
**Informationsbureau,** Stockholmer lett. II 261.  
**Inquisition** siehe: General-Inquisition.  
**Introduktionsfeier,** kirchliche. I 213.  
**Invalidenversicherung.** II 71.  
**Irland,** Agrarreform in. II 280 f.  
**Iskolastrell.** II 255.  
**Iskorad.** II 255.  
**Iskosol.** II 255.  
**Iskowend.** II 238. 257. } Vgl. Soldatenkomitees.  
**Italien,** Siedlungspolitik in. II 279. Vgl. Lati-  
 fundien.  
**Jurjew.** I 15. 339. Vgl. Dorpat.  
**Justiz.** I 18. Vgl. Zentraljustizkommission.

**Justizkollegium** für livl. u. estl. Angelegenheiten. **I** 174 f. Vgl. Reichsjustizkollegium.

**Justizreform**, balt. **I** 20. 49. 70. 91. 93 f. 96 f. 101 f. 110. 149. 156. 160 f. 164 f. 209. 376. 383. 421. 431. 436 f. 472. 483 ff. 488. 493. 500 f. 507. **II** 167 f. 213.

## K.

**Kaiserbesuch** in Livland. 1834: **I** 358; 1856: **I** 42; 1862: **I** 82. 121. 284. 287. **II** 150; 1867: **I** 50. 83. 85. 115. 358. 362; 1910: **I** 74. **II** 101; 1917: **II** 224.

**Kaisergebet**. **I** 24. 26. 51. 214. Vgl. Kathedralfrage.

**Kaiserkrönung** (1856). **I** 42.

**Kalkbrüche**. **II** 91.

**Kapitulationen** der livl. Ritterschaft und Rigas mit Rußland v. J. 1710: **I** 1 f. 36 f. 64. 77 f. 84. 308 f. 328. 357. 368. 370. 376. 457. 493. 506. **II** 15. 23. 228. Vgl. Akkordpunkte.

**Kartoffelanbau**. **II** 52.

**Kartographie**, Boden-, livl. **II** 95 f. 103.

**Kassa-Deputierter**. **I** 13. 397; -Revident. **I** 413 f.; -Verordneter. **I** 410.

**Kataster**, livl. **I** 20. 453. **II** 88. 90. 93. 99. 101 f. —, schwed.-livl. **II** 11. 15. 80 f. 99.

—, preußisches. **II** 89. 96.

— -Amt, Livl. **I** 20. 459. **II** 93. 95 f. 101. 103. 108.

**Kathedralfrage**. (Besuch d. gr.-kath. Kirche an Staatsfeiertagen.) **I** 24 ff. 51—62. 85. 116. 327. 509 ff. Vgl. Kaisergebet.

**Käthner**. **II** 29.

**Katholizismus**. **I** 7. 102. 180. 235. Vgl. Geistlichkeit, Kirche.

**Kirche**. Nationale Trennung. **I** 235. Vgl. Kirchengemeinde.

—, Trennung vom Staat. **I** 228. Vgl. Freikirche.

—, Evang.-luth., in Livland. **I** 48. 112. 173 ff. 505 ff. **II** 182. 229. Vgl. Landeskirche.

—, —, in Rußland. **I** 175. 228.

—, gr.-kath. (orthodoxe). **I** 25. 40. 48. 71. 93 f. 150. 174. 366 ff. 504. 507. **II** 136 f. 220. 232. Vgl. Geistlichkeit, Staatskirche.

—, röm.-kath. **I** 3 f. 173. 238. **II** 9. Vgl. Katholizismus, Geistlichkeit.

**Kirchen-Älteste**. **I** 219. 224.

— -Bau. **I** 190. 195. 219. **II** 3.

— -Bauten, gr.-kath., in Livland. **I** 195.

— -Bücher, Russifizierung derselben. **I** 377.

— -Gemeinde. **I** 215. 228 ff. 466. Nationale Trennung derselben: **I** 218 ff.

— -Gesetz v. J. 1832, Evang.-luth. **I** 81. 176. 241. 463. 465. **II** 133 f.

Tobien, Ritterschaft **II**.

**Kirchen-Grundsteuer**. **I** 219. 223. 227. Vgl. Realsteuer.

— -Kommission, Livl.ritterschaftl. **I** 228. 230.

— -Konvent. **I** 212 f. 233. 443. 462. 464 f. 468 f. 480. **II** 11. 259. Vgl. Kirchspielskonvent.

— und Schulkonvent. **I** 245. 254. 391. 461 f. 466 f.

— -Ordnung, Schwed. **I** 212. 461. 463. **II** 10. 122 f. 135.

— -Patronat. **I** 28. 160. 168 f. 202. 212 ff. 217 f. 226. 234. **II** 197. Vgl. Vokationsrecht.

— -Pfosten. **II** 16.

— -Rat. **I** 215 f. In Lettland: **I** 235.

— -Schulen in Petersburg, deutsche. **I** 296.

— -Steuer. **I** 233. Vgl. K.-Grundsteuer, Realsteuer.

— -Tag, Dorpater, v. J. 1917. **I** 230. 236.

— -Unterhalt. **I** 213.

— -Visitation 1739. **II** 123 f.

— -Verfolgung. **I** 214. **II** 178 f.

— -Vormünder. **I** 201. 245. 462. 464. 466. **II** 184.

— -Vorstand. **I** 233.

— -Vorsteher. **I** 245. 268. 462 ff. 467 f. Vgl. Oberkirchenvorsteher.

— -Wege. **I** 464. Vgl. Kirchspielswege.

— -Wesen in Estland. **I** 233. 235; in Lettland. **I** 234 f.

— -Wirren in Livl. **I** 104. 118. 177 ff. 363. **II** 155. 189.

— -Zeit; Handelsverbot während derselben. **II** 2. Vgl. Sonntagsarbeit.

**Kirchspiel**. **I** 155. 212. 233. 245. 264. 394. 409. 412 f. 419. 423. 443. 454 ff. 460 ff. 480. 482. 486. **II** 106 f. 217. 259. Reform: **I** 391.

„**Kirchspiele** Livlands, Ordnung für die Verwaltung der“. Entwurf v. J. 1895. **I** 469.

**Kirchspiels-Ärzte**. **I** 465.

— -Baulast. **I** 225.

— -Briefpost. **I** 465. 467. Vgl. Gemeindebriefpost.

— -Gericht. **I** 472. 485 ff. **II** 26.

— -Kirche. **I** 224.

— -Konvent. **I** 155 f. 397. 405 ff. 409. 412 f. 423. 428 f. 435. 437. 460. 466 ff. 469. 480. Vgl. Kirchenkonvent.

— -Makler. **I** 465. 467.

— -Ordnung, Estl.; Entwurf 1897. **I** 441. Vgl. Kreis- u. Kirchspielsordnung.

— -Prediger. **I** 462. 464.

— -Richter. **I** 486.

— -Schulen. **I** 239 f.

— -Schulälteste. **I** 245.

— -Schulversammlung. **I** 245.

— -Schulverwaltung. **I** 245. 249. 257.

- Kirchspiels-Vorsteher.** I 412. 468. 480.  
 — -Wege. I 465. Vgl. Kirchenwege.  
**Klassenkampf.** II 176. 278.  
**Kleebau.** II 54.  
**Kleinbetrieb, bäuerlicher.** II 50 f.  
**Kleingrundbesitz.** II 40. 51. 269.  
**Kleinkredit, landwirtsch.** II 75.  
**Klima, livl.** II 69 f. 270.  
**Kodifikation** siehe: Provinzialrecht.  
**Kollegialgericht.** I 491.  
**Kollegium der allgemeinen Fürsorge, Livl.** I 277.  
**Kolonisation, -sierung.** I 460. 477. 503. II 1. 10. 257.  
**Kolonisten, deutsche.** I 477. II 293.  
**Komment** siehe: Studentenkomment.  
**Kommission, Gesetzgebende (1767).** II 20.  
 — sogen. „4-Punkte“- (1862). I 384 f.  
 —, Stackelberg-Chanikowsche. I 132.  
**Kommunalverfassung.** I 28. 30.  
**Konferenz, Evang.-luth. vorbereitende, v. J. 1917.**  
 I 231 f.  
**Konferenzen, Baltische.** I 406 ff. 409 ff. 441. 454.  
**Konfession, Augsburgische.** I 7.  
**Konfessionen, fremde.** Siehe: Hauptverwaltung.  
**Konfessionsfrage.** I 85. 108. 110. 144. 179.  
**Konfessions-Frage.** I 85. 108. 110. 144. 179. -Konfikt. I 82. Vgl. Gewissen, Glaube, Religion.  
**Konfirmationsunterricht.** I 268. 463. Vgl. Religionsunterricht.  
**Konfirmationen** siehe: Privilegien.  
**Kongreß, All-lett., Wolmar 1917.** II 254.  
 —, Berliner. I 494. II 161.  
**„Könige“, Kirchholmsche.** II 7. Kurische: II 7. 146. Vgl. Freibauer.  
**Konseil, Balt.** Siehe: Rat, Balt.  
**„Konsilia“.** I 13.  
**Konsistorium, Lettl.** I 234 f.  
 —, Livl. I 18. 168 f. 175. 202 f. 251. 253. ff. Oberkonsistorium. I 174. Vgl. Generalkonsistorium.  
**Konstituante, Lettl.** II 265. 270 f. 275 ff. 310 f.  
**„Konterrevolutionsfonds“.** II 278.  
**Konvent** siehe: Adels-, Kirchen-, Kirchspiels- u. Schulkonvent.  
**Konventsbeschlüsse.** I 13.  
**Konversion, gr.-kath., in Livland,** I 40 f. 105 f. 177. 191. II 136 f. 232. Vgl. Rekonvertiten, Seelenfang, Toleranzedikt.  
**Konzil** siehe: Provinzialkonzil.  
**Kooperation.** II 209.  
**Kopfsteuer.** I 97. 474. II 130.  
**Korn** siehe: Brotkorn, russ.; -Absatz. II 51; -Bau. I 166. II 54. 66. 69. 76. 300 ff.; -Reserven. II 46; -Zölle, deutsche. II 51.  
**Korporationen, studentische.** I 336 f. 339. Farbenverbot: I 339. 346. „Regeln für die Corporationen“ v. J. 1855. I 336. Vgl. Studentenverbindung.  
**Korrespondenzsprache.** I 84. Vgl. Geschäftssprache.  
**Korroborationenbehörde.** I 486.  
**Kosmopolitismus.** II 174. 176.  
**Kowno, Gouvernement.** II 54.  
**Krankenhäuser, Kommunale.** I 479 f.  
**Kredit** siehe: Kleinkredit.  
**Kreditsozietät** siehe: Güterkreditsozietät.  
**Kreise, Livl.** I 8.  
**Kreis-Amt.** I 412 f.  
 — -Behörden. I 459.  
 — -Delegierter. I 397.  
 — -Deputierter. I 13 f. 16. 412. 426. II 27.  
 — -Gericht. I 394. 486.  
 — -Hauptmann. I 460. 480.  
 — -Landschulbehörde. I 241 f. 245. 274.  
 — -Marschall, kurl. I 13; livl. II 25.  
 — -Ordnung. Entwurf v. J. 1880. I 394. 396 ff. 403. 409.  
 — u. Kirchspielsordnung. Entwurf v. J. 1885. I 409 ff. 412. 414 f. 440. II 175.  
 — -Polizei. I 487.  
 — -Rat. I 456. 482. II 257.  
 — -Richter. I 394. 486.  
 — -Schulbehörde. I 250. 257.  
 — -Tag. I 11. 14. 394 f. 397. II 242.  
 — -tagsabgeordneter. I 449 f.  
 — -Versammlung. I 410 ff. 435. 448.  
**Krieg, Deutsch-Französischer.** I 57. 63 f. 117.  
 —, Krim-. II 187 ff. 203.  
 —, Nordischer. I 9. 36 f. 77. 103. 174. 239. 309. 485. II 7. 13 ff. 16. 26. 117 ff. 122 f. 183.  
 —, Polnisch-Schwedischer. I 8.  
 —, Russ.-Japanischer. I 24. 301. 346. II 178. 220.  
 — Siehe auch :Weltkrieg.  
**Kriegerheimstätten.** II 77.  
**Kriegsdienst.** II 78. Vgl. Rekrutierung, Wehrpflicht.  
**Kriegsministerium, russ.** I 434.  
**Krons-Behörden, balt.** I 357. 362. 365.  
 — -Pfarre. I 212. 465.  
**Krug (= Schenke).** II 182.  
**Kubjaß.** II 28. Vgl. Fronvogt, Starost.  
**Kunstdünger.** II 68.  
**Kurator, Schul-.** I 249 f. Vgl. Schulbezirk.  
**Kurien, alt-livl.** I 6 f.  
**Kurland.** I 4. 7. 25. 34. II 16. 186. 223. Vgl. „Gottesländchen“.  
**Küster.** I 201. 464.  
**Küsterat.** II 14.  
**„Küsterschule“.** I 242.



## I.

- Landadel.** I 421.
- Landamt.** I 410 f. 413.
- Landanordnungskommission.** II 74.
- Landarbeiter.** I 472. II 40. 44. 48. 53. 55. 57 f. 60. 64. 97 f. 174 f. 177. 183; -Frage. II 8. 306; Fürsorge. II 70 f.; -Kongreß (1917). II 255; -Versicherung. II 60. 72. 75. Vgl. Altersversicherung.
- Landes-Ämter, Besetzung derselben.** I 503. Vgl. Repräsentationsämter.
- -Angelegenheiten. I 12. 15.
- -Ausschuß. II 248 f. 251 ff. 263.
- -Bevollmächtigter, kurl. I 13. 34. 402.
- -Gesetzgebung, Initiative in derselben. I 12.
- -Gymnasien. I 284 ff. 290 ff. 295. 300 ff. 303. 354. Vgl. Birkenruh, Fellin.
- -Herren, alt.-livl. I 4 ff.
- -Kirche, Livl. evang.-luth. I 77. 81. 87. 100 f. 106. 127. 151. 161. 167 f. II 232. Vgl. Kirche.
- -Kultur, Liv.-Estl. Bureau für. II 69. 108.
- -Ordnung, Allgemeine, v. J. 1422. II 2 f.
- -Privilegien. I 48. 84. II 228 f. 230. Vgl. Landesrechte, Privilegienkonfirmation.
- -Rat, Estn., v. J. 1917. I 456 ff.
- —, Lett., v. J. 1917. II 454. 456 ff.
- —, Vereinigter liv.-estl., v. J. 1918. I 75. II 241 ff. 244. 246 ff.
- -Realschule siehe: Fellin.
- -Rechte, livl. I 35. 64. 79 f. 85. 127. Vgl. Landesprivilegien.
- -Reform-Partei. I 400.
- -Sprachen. I 501.
- -Staat, Livl. I 400.
- -Verfassung. I 7. 65. 85. Vgl. Verfassung.
- -Vermögen; Übergabe desselben an die estn.-lett. Landesräte (1917). I 457 f. Vgl. Ritterschaftsvermögen.
- -Versammlung, estl., livl. u. öselsche. I 242 f.
- -Vertretung. I 11. 13.
- -Verwaltungsrat (1918). I 459. II 260.
- Landeswehr, Baltische.** I 32. 234. II 250 f. 267. Vgl. Riga-Befreiung.
- Land-Flucht.** II 51. 72. 177; -Fond, Lettl. II 294 ff.; -Fremde. I 5. 11; -Gemeinde. I 233. 455 f. 460. 466. 468. 470 ff. 486. 494. II 242. Vgl. Gemeinde.
- Landgemeinden-Kongreß** 1905. II 179.
- Land-Gemeindeordnung** v. J. 1866. I 45. 49. 111. 391. 465. 470 f. 473. 481. 504. II 160. 203. Reformentwürfe v. J. 1884: I 471. 475; v. J. 1906: I 475 ff. 478 f. 481; v. J. 1918: I 481; Provisor. lettl. v. J. 1918: I 481 f.
- Land-Gericht.** I 484 ff. II 26. Vgl. Niederlandgericht.
- -Gesetze, Schwed. II 11 f.
- -Insten (Holstein). II 55. 306.
- -Knechte. II 55. 306.
- Lord in England. II 47. 49. 182. 280.
- Landlose.** II 43. 58. 177. 236. Kongreß u. Rat: II 236. Vgl. Proletariat.
- Landmarschall, livl.** I 10. 12 f. 29. 34 ff. 44 f. 76. 397. Letzter Landmarschall. I 75 f. Stellvertr. letzter Landmarschall (1920). I 76. Landmarschallstab: I 50. 65. 73.
- Land-Messer.** II 93. 95 f. 103. 108.
- -Polizei. I 160. 484. 487. 500. II 25.
- Landrat, livl.** I 13. 15. 17. 397. 426. II 25.
- , Residierender. I 13 ff. 16 f. 19. 23. 29. 33 f. 45. 358. 417. 438. Residier-Permanenz: I 17 f. 20. Residier-Wechsel: I 16 ff. 20.
- Landratskollegium, Livl.** I 8. 10. 13 ff. 16. 31. 34. 155 f. 228. 378. 417. 423. 429. 433. 435. 438 f. 458 f. II 27. 84 f. 92 f. 95. 230.
- „Landrecht des Fürstentums Liefeland“, Entwurf,** Vfs. Engelbrecht v. Mengden. 1643. I 36.
- Landrechtsentwurf, Budberg-Schraderscher, v. J. 1737.** I 37. 78. II 21 f. 24 f. Vgl. „Rosensche Deklaration“.
- Landrechtskodifikation.** II 231. Vgl. Provinzialrecht.
- Land-Richter.** I 484.
- -Rolle. II 62.
- sassen. I 11. 14. 63. 389 ff. 397 f. II 48.
- Landschafts-Gesetze, russ.** I 157. 367 f. 453.
- -Institutionen, russ. (Semstwo.) I 68. 157. 413. 432 ff. 435. 441. 478. 497. II 86. 104. 163. 166. 207. Projektirte Ausdehnung auf Livland: I 402 ff. 405. 407 f. 415. 427. II 83.
- -Versammlung, russ. I 367. 413. 421. Projekt. livl. Gouvernements-: I 435.
- „Landeschulen, Instruktion für Einrichtung u. Verwaltung der livländischen“. (1851)** I 242. Vgl. Oberlandeschulbehörde u. -Verwaltung.
- Landstandschaft.** I 4 ff. 7.
- Landstraßen.** II 109. 111. 113.
- Landtag, alt-livl.** I 5 ff.
- , erweiterter. I 401. 407 f.
- , Estn. (1918). II 236.
- , Lettl. („Saeima“). II 277. 294.
- , Livl. I 9 ff. 12. 14 f. 34. 91. 421. 428. 503. II 80. 105. Aufhebung, zeitweilige: I 10. Personalbestand (vgl. Riga; Städte, livl.;

- Virilandtag): I 11. 13. Stimmrecht: I 11.  
Landtage: v. J. 1862 — I 381 ff.; 1917 — II 227; 1918 — I 32. 233. II 241. Letzter Landtag 1920. IV. 5: I XI. 76. II 312.
- Landtags-Beschlüsse.** I 12; -„Direktor“. I 35; -Fähigkeit. II 48; -Predigt v. J. 1864: I 134. 332. 505 f. II 158. 195. Vgl. Germanisierung.
- -Versammlung. I 14. 34. Ausschuß, engerer: I 12 f. Eröffnung: I 15. Gottesdienst: I 14. Verhandlungen: I 11 f. Verhandlungssprache: I 378. Versammlungsraum: I 14. Vgl. Ritterhaus.
- „Landwirtschaft, Gewerbeleiß u. Handel, Baltische Wochenschrift für“.** II 68.
- Landwirtschaft, Verschuldung derselben in Lettland.** II 306.
- Landwirtschafts-Ausstellungen.** II 68.
- -Betriebe; Größe derselben. II 46 f.
- -Kammer. II 67. Vgl. Sozietät.
- -Konferenz, „Besondere“ (russ.), v. J. 1902. II 63 f.
- -Kongreß, Rigascher, 1881. II 54 ff.
- -Kredit siehe: Kleinkredit.
- -Schulen und Unterricht. I 167. II 70. 75. 174 f.
- -Vereine. II 54. 68 f. 71. 75. Vgl. Zentralverein.
- Landvolk.** I 22. 68. 71. 75. 503. 505 f. II 2. 12.
- Laßbauer, Lassit.** II 6. 10.
- Latifundien in Italien.** II 279.
- „Latweeschu Awises“ (Lettische Zeitungen), Mitauer lett. Tagesblatt.** II 151.
- Latwija, Republik.** II 77. 251. 256. 261 f. 309. Vgl. Lettland.
- Läuflinge.** II 4 f. 16 f. 19. 24. 28.
- Läufungs-„Einigungen“.** II 4: -Kommission (1743 —53). II 19. 24; -Ordnung. II 17.
- Lehrerkonferenzen, Verbot der.** I 248.
- Lehrerseminare Dorpat u. Walk.** I 251. II 157. Vgl. Parochial- u. Volksschul-Lehrer.
- Leibeigenschaft, Leibeigene.** I 38. 470. 485. II 7 f. 11. 17. 24. 34. 37. 42. 121. 170. 209. 316.
- in Rußland. II 19 ff. 22. 295. Vgl. Polen.
- Leihezwang.** I 486. II 37.
- Leninismus.** II 172. 180. Vgl. Bolschewismus.
- Lepra, Verein zur Bekämpfung der.** I 338.
- Letten, Die.** I 22. 100. 157 f. 396. II 9. 33 f. 49. 62. 69. 116. ff 141 ff. 148. 150. 152. 184. 188. 192 ff. 202 f. 274 f. Auswanderung nach Rußland: II 148. 150. 152; Jung-. I 151. 331. II 144. 152. 158. 160. Vgl. Nationalismus.
- Lettland, Republik (vgl. oben: Latwija).** I 9 f. 14 ff. 33. 76. 456. 508. II 77. 80. 107. 178. 252. 278.
- Entstehung des Staates Lettland: I 483. II 253 ff. Proklamierung der Selbständigkeit: II 251. 257. Regierung: I XI. 470. 481. II 77. 252. 271. Volksrat (vgl. Konstituante): I 481.
- Lettgallen, Land u. Volk.** II 163. 165. 245 ff. 254. 256. 295. 298; = „Polnisch-Livland“ I 246 f.
- „Lettischer Abend“, Dorpater.** II 141 f. 146. 159.
- „Lettischer Verein, Rigascher“** II 69. 164 ff. 171 f. 176. 197. 212.
- Lettomanen.** II 143.
- „Lettonia“, Korporation.** I 346.
- „Lex Kallio“** siehe: Finnland.
- Ligger.** II 18.
- Linguistik, lett.** II 144.
- Litauen.** II 1. Agrarreform: II 289. Litauer, Die: II 163.
- Literatur, lett.** II 141 ff.
- Liven, Die.** II 272.
- Livland (vgl. Alt-Livland, Marienland).** Zugehörigkeit zum Deutschen Reich: I 3. 32. Angliederung an Rußland: I 1. 11. 483. Aufhebung des Titels „Herzogtum“: I 417. Loslösung von Rußland: II 219 ff. Okkupation durch die deutsche Heeresmacht: I 458 f. 480. II 216 f. 239. Selbständigkeit: II 9. Sonderstellung zu Rußland: I 1 f. 228 ff. Unterwerfung unter Polen: I 7. 173.
- „Livonia“, Korporation.** I 337. II 159.
- Lostreiber.** II 29.
- Lyceum** siehe: Riga.

## M.

- Magistrat, Stadt-.** I 488.
- „Mahjas Weesis“ (Der Hausgast), lett. Wochenblatt.** II 142. 144.
- „Mährische Brüder“.** II 117. 119. 122. 124. Vgl. Böhmisches Brüder, Brüdergemeinde.
- Majestätsklausel.** I 79. 368 f. II 230. 233. Vgl. Privilegienbestätigung.
- Marienland (= Alt-Livland).** I 3. Vgl. Livland.
- Marschkommissar.** I 484.
- Maschinenschätzung.** II 54. 92. 98. Vgl. Gebäudeschätzung.
- Massenpetitionen, estn.-lett.** I 496 f. II 150. 166. 196. 212.
- Matrikel, Adels-.** I 11.
- Maximalgröße** siehe: Bauernland, Rittergüter.
- Maximalisten.** I 458 f. II 236. 238. 257. Vgl. Bolschewismus, Hilfsgesuche, Leninismus.
- Mehrfelderwirtschaft.** II 54. 68.
- Meliorationsentschädigung.** I 45. 49. 111.

„Memorial“. I 328.

Menschenhandel. II 5. 19. 30 f. Vgl. Bauernverkauf.

Milchwirtschaft. II 51 f. Vgl. Molkereien.

Militärwillkür. II 223.

Minimalgröße siehe: Bauernland, Rittergüter.

Minister, russ. I 91 ff.

Ministerium der Volksaufklärung, russ. I 310. 317.

Ministerkabinett, Lettl. II 262 ff.

„Ministerschule“. I 250. 270.

Minoritäten (völkische). II 262.

„Mir“ siehe: Gemeindebesitz, russ.

Mischehen, konfessionelle. I 178. 504. Vgl. Reversalzwang.

Mißernte. II 4. 12. 16. Vgl. Hungersnot, Pest.

Mitau. I 25.

— Gymnasium Petrinum. I 310.

Mitbruder. I 14.

Mittelbetrieb, landwirtsch. II 49. 51. 53.

Mittelschule. I 22. 30 f. 167 f. 252. 276 ff. 507.

Lettsisierung. II 197; Russifizierung. I 284. 289. 295. 319. 437.

Molkereien. II 302. Vgl. Milchwirtschaft.

„Monatsschrift, Baltische“. I 140. 438. II 151.

Moorverein, Baltischer. II 69.

Moskowitertum. II 1 ff. 49. 190. 200 f. 223. 227. 315 ff.

Mühlenrecht. II 177.

„Mußbürger“. II 268.

Muttersprache. I 14. 71. 507. Vgl. Sprache, Unterrichtssprache.

Mystizismus. II 128.

## N.

Nachrichtendienst, baltischer. I 126. Vgl. Preßbureau.

Näherrecht. I 388.

National-Ausschuß, Deutsch-Balt. II 263 ff.

„Nationalbewußtsein, Erwachtes russisches“. I 364 f. 373.

Nationalismus, estn. II 55. Vgl. Esten, Die.

—, estn. u. lett. I 406 f. 441. 494. 500. 507 f. II 117. 124. 316 f. Vgl. „Schwindel“, Un-

—, lett. II 140 ff. 176. 196 f. 199 f. 200. 266 f. 271. Vgl. Alt- und Frühnationalismus, Letten.

—, russ. I 9. 15. 19. 35. 70. 81. 83 f. 86. 88. 99. 122. 124. 126 f. 135. 150 f. 162. 357. 360. 368. 380. 501. 506 ff. II 47. 76. 80. 149. 159. 161. 164. 214. 233 f. Vgl. Nationalbewußtsein, -partei.

Nationalitätsprinzip. I 252.

Nationalpartei, Russische. I 84. 95. 115. 119.

Nationalrat, Lettl., Walk 1917. II 261.

Naturallast. II 6. 104 ff. 107.

Naturalwirtschaft. I 473. II 80 f. 117. 139 f. 188.

„Neue Strömung“, lett. II 171 ff. 189. 195.

Neusiedler, -wirt. II 6. 294 ff.

Niederlandgericht. II 25. 27. Vgl. Landgericht.

Nihilismus, -isten, russ. I 21. 495. 497. II 215.

Nisky. II 119.

Nivellement, Livl. General- (1874—82). II 68.

Normalschulen. I 277 f.

Norwegen, Agrarreform. II 281. 284.

Notenbank, projekt. Baltische. II 251.

November 28. Bedeutung des Tages in d. livl. Geschichte. I 500. II 253.

„Nowoje Wremja“ (Die Neue Zeit), russ. Tageblatt. I 135 ff. 139. 171. 417.

Nystadt, Frieden von. 1721. I 1. 77. 174. 176. II 118. 228. 232. 235.

## O.

Ober-Bauerngericht siehe: Bauerngericht.

— -Boniteur. II 93. Vgl. Boniteur.

— -Kirchenvorsteher. I 266. 268. 461. 463 f. Vgl. Kirchenvorsteher.

— -Landschul-Behörde. I 242. 245. 249 f. 257 f. 263; -Verwaltung. I 160. 163.

Oberschicht, deutsche. I 503. 507 f. II 141. 165. 170. 188. 194. 208. 219.

Ober-Tribunal, Livl. I 78.

— -Vormundschaftsbehörde. I 486.

Okkupation, Okkupationsmacht, Deutsche. I 75. 232. 470. II 257 ff.

„Ökonomie-Direktor“. II 17; -Reglement“ (1696). II 12.

Oktobermanifest, russ., 1905. I 139. 211. 347. 450. II 178 f.

„Olewik“ (Die Gegenwart), estn. Wochenblatt. II 212 f.

Orden, Deutscher, in Livland. I 4 f. 7. II 3.

Ordensgebiet. I 4; -Gebietiger: I 4 ff.; -Meister: I 4. 6; -Ritter: I 6; -Staat, Auflösung: I 500. II 49.

Ordnungs-Gericht. I 443. 484. II 25. 27; -Richter. I 394.

Orthodoxismus, evang. II 123. 184; gr.-kath. I 87. 154. 173 ff. 465. Vgl. Geistlichkeit, Kirche.

Orts-Gemeinde. I 472. 474 ff. 479 ff. 482. Vgl. Anschreibe-, Heimatgemeinde.

— -Namen Livlands, Russifizierung. I 252.

— -Vorsteher. I 480.

Ösel-Wiek, Bistum. I 4. 7.

Ostelbien. II 8. Vgl. Elbe.

**Ostpreußen.** II 8. Vgl. Preußen.

**Ostseekomitee.** I 63 ff. 119 f. 149. 368. 407. II 76. 83.

**Ostseeprovinzen.** I 9. Sonderstellung derselben:  
I 86. 95. 104. Projektierte Zweiteilung: I 455 f.  
„Ostseeritter“. I 81.

## P.

**Pacht.** II 52. 74 f. Pachtzins: II 55. Vgl. Fron-, Geld-, Zeitpacht.

**Pächter.** II 44. 48. 53. 58. 74. 81. 174 ff. 183. 186.  
Pächterschutz: I 20. Vgl. Zeit-, Zwergpächter.

**Panslavismus.** I 87. 93. 122. II 151. 201. Vgl.  
Nationalismus, russ.; Slawophilen.

**Parlamentarismus,** russ. I 72. 74. Vgl. Reichsduma.  
**Parochial-Bezirk.** I 462.

— -Lehrer. I 245. II 157. Vgl. Volksschullehrer.

— — -Seminar siehe: Volksschullehrerseminar.

— -Schule. I 226. 233. 245 f. 248. 250. 254. 258.  
464. II 156. Vgl. Gemeinde-, Küster-, Land-  
u. Volksschule.

„**Partei,** Baltische konstitutionelle“. I 141.

**Parteien,** livl. Landtags-. I 20. 50. 131 f.

—, lett. II 255.

**Paßfrage.** I 381. 473 ff. Vgl. Freizügigkeit.

**Pastorat.** II 13. 49. 75. -Widmen: II 60. 86.

**Pastoren,** Evang. luth. (Prediger). Konferenz,  
Dorpat 1917: I 228 ff. Konferenzen, lett.  
(1916 u. 1919): I 229. 234. Martyrium: I 232.  
Nationalität: I 226. Prozesse: I 160. 183 f.  
188 f. 191 f. 201 ff. 209 f. Wahl: I 212 f. 216 f.  
222. 233. 464 f. Vgl. Kirchenpatronat. Vo-  
kationsrecht.

**Patriarchalische Zustände in Livland.** II 182 ff.

**Patrimonialgericht.** I 485.

**Patronat** siehe: Kirchenpatronat.

**Peipus-See.** I 166. II 113. Vgl. Wasserwege.

**Pernau, Stadt:** I 7. Fluß: II 114, vgl. Wasserwege.

**Personal-Auflage** (-Steuer), kirchliche. I 196. 222 ff.  
— -Union Liv-, Est- u. Kurlands mit Preußen.  
II 243. 247 f.

**Pest.** I 1. II 4. 6. 12. 14 f. 16. 118. 122. 124. 183.  
Vgl. Hungersnot, Mißernte.

„**Peterburgas Awises**“ (Petersburger Zeitungen),  
lett. Tageblatt. II 152 ff. 159.

**Petitionen** siehe: Massenpetitionen.

**Petitionsrecht.** I 12.

**Petschur.** II 245 f. Vgl. Setukesen.

**Pfandrecht,** 99-jähriges. I 382 f. 387. Vgl. Güter-  
besitzrecht.

**Pfarrbesetzung** siehe: Pastoren-Wahl.

**Pfarrgemeinde** siehe: Kirchengemeinde.

**Pietismus.** I 175. II 122 f. 135.

**Pleskau** (Pskow). II 245 f.

**Pöbelherrschaft.** II 224.

**Polen.** Land u. Volk: I 1. 7 ff. 124. II 9. Agrar-  
reform: II 288 f. Aufstände: I 92. 105. 108.  
121 f. 150. 247. 318. 381. 506. Kirche, uniierte:  
I 105. Konstitution v. J. 1543: II 9. Leib-  
eigenschaft: II 9. Polonisierungsversuche in  
Livland: I 8. Provinzen: I 94. Regierung:  
I 483. II 11. „Polnisch-Livland“ siehe: Lett-  
gallen.

„**Politik,** Livländische“. I 394. Vgl. „Wetter-  
leuchten“.

**Polizei.** I 18. Vgl. Gemeinde-, Guts-, Landpolizei.  
— -Behörden. I 484. -Gesetze: I 500. II 28.  
-Reform: I 70. 97. 112. 114. 156. 160 f. 164 f.  
376. 421. 427. 436 f.

**Polytechnikum** siehe: Riga.

**Pommern.** II 11.

**Post** siehe: Fahr-, Kirchspielsbriefpost.

„**Post,** Nordische“. I 128 f.

**Poststraßen.** II 109. 111. 113.

**Prästanden** siehe: Geldlandes-, Landesprästanden,  
Provinzialsteuer; -Komitee, kurl. I 400;  
-Ordnung, kurl. I 402; -Reform. I 420. 431 f.  
440 f. -Versammlung, kurl. I 402. Vgl. Grund-  
steuerreform.

**Prediger** siehe: Pastore, Schaffhausen.

**Preßbureau,** Balt., in Petersburg. I 141. Vgl.  
Nachrichtendienst.

**Presse,** deutsch-balt. I 94. 124. Knebelung der-  
selben: I 125. 130. 134. Vgl. Zensur.

— estn. I 21. II 94. 205 ff. 209.

—, estn.-lett. I 68. 137. 496. II 45. 165.

—, lett. II 149. 161 f. 164 ff. 179. 198 ff. 267.

—, „Nordische“, deutsches Wochenblatt. I 131.

—, reichsdeutsche. I 56 f.

—, russ. (panslawistische, slawophile). I 17. 30 f.  
64. 69. 83. 94. 108 f. 119. 121 ff. 152. 180. 247.  
330. 360 f. 365. 381. 494. 496. 506. II 36 ff.  
54. 149. 166. 168. 198. 220.

**Preußen.** I 1. 470. 504. II 1. 32. 243. Ordensstaat:  
I 3. Vgl. Kataster, Ostpreußen, Personal-  
union.

„**Pribaltiski Krai**“ (Baltisches Gebiet), russ. Tages-  
blatt, erschien in Riga. I 138 f.

**Priesterseminare,** gr.-kath. I 177. 497. Vgl. Semi-  
naristen.

**Privatgymnasium** siehe: Dorpat, Riga.

**Privatrecht,** balt. I 91. 501 f. 505. Vgl. Provinzial-  
recht.

**Privatschulen.** I 278.

**Privilegien.** I 6. 77. 92. Vgl. Landesprivilegien.

**Privilegien**-Bestätigung, -Konfirmation. I 8. 37. 77 f. 80 ff. 86 f. 90. 174. 407. Vgl. Majestätsklausel.  
 — -Verletzung. I 91.  
**Privilegium praescriptionis biennalis** (der Stadt Riga). II 18.  
 — Sigismundi Augusti. I 7 ff. 173. 500. II 23.  
**Probeschätzungen**. II 95. Vgl. Bodenschätzung.  
**Progressisten**, estn. II 209. Vgl. Esten, Die.  
**Progymnasien**. I 303 f.  
**Proletariat**, Arbeiter-. II 177. Land-: II 40 f. 44 f. 60. 98. Vgl. Landlose.  
**Provinzial-Konzil**, Rigasches, v. J. 1428. II 2.  
 — -Rat, Balt. I 29. 445 ff. 450. II 60 f. 74 f. 194. Vgl. Rat, Balt.  
 — -Recht. I 14 f. 91. 108. 369 f. II 233. Gesetzbuch: I 124. II 231. „Ius provinciale“: I 9. Kodifizierung: I 37. 78. 80. 176. 323. 357. 359. 483. II 231. Vgl. Behördenverfassung, Privat-, Ständerecht.  
 — -Steuer. I 12. II 79. 82 f. 85 f. 104. Vgl. Prästanden.  
 — -Tag, russ. I 367; projekt. livl.: I 443.  
 — -Verfassung. I 9. 49. 64. 68. 72. 379 ff. 507. II 63. 76. 164. 175. 186. 191. 207.  
 — -Verwaltung. I 18. 161. II 24 f. 105.  
**Prozeßrecht**, russ. I 501.  
**Pskow** siehe: Pleskau.  
**Publizistik** siehe: Presse.  
**Putsch**, Libauer. II 265. 267. 310.

## Q.

**Quote**, Die. II 58. 61 f. 185. Quotengesetz: II 58. 63. Vgl. Bauern-, Hofsländ.

## R.

„**Rassenprivilegien**, Abolition der“. I 392.  
**Rassenverschiedenheit**. II 2. 9. 182.  
**Rat**, Baltischer („Konseil“). I 29. 30. 216 f. 444 ff. 448 ff. 476 ff. 479 f. II 60. 63. 192 ff. Vgl. Provinzialrat.  
**Rationalismus**. I 175. II 127. 135. 184.  
**Reallast**, kirchliche. I 48. 196. 217. 219. 222 ff. 233. Vgl. Kirchensteuer.  
**Realrechte**. I 10.  
**Realsteuer**. I 23. II 86.  
**Recht**, Deutsches, in Livland. I 2.  
**„Rechtgläubigkeit**, Selbstherrschaft und Volkstümlichkeit“. Lösung der Slawophilen. I 81. 92. 323. II 232.  
**Rechtsfinder**, bauerliche. I 485. II 2. 28. Vgl. Urteilssprechung.

„**Rechtspflege**, Ober- u. Nieder“, bauerliche. I 485.  
**Redaktionskonferenz**, Baltische. I 385 f.  
**Referendum**. II 237.  
**Reformation**, Evang.-luth. I 6. 173. 238. 461. Vgl. Gegenreformation.  
**Reformbewegung**, livl. I 505.  
**„Reformkommission**, Vorbereitende“. I 170.  
**„Reformperiode“**. I 19.  
**Regentschaftsrat**, Balt. II 249 ff. 252.  
**Reich**, Heiliges Römisches. I 3. Vgl. Deutschland.  
**Reichs**-Duma, Russ. I 450 f. 453. 455. II 72. 76. 192. 216. 316. Vgl. Parlamentarismus.  
 — -Gesetzbuch („Swod“). I 86 f. II 232 f.  
 — -Gesetzkommission. II 230 f.  
 — -„Justizkollegium für Liv- u. Estländische Sachen“. II 22. 24.  
 — -Kammergericht in Wetzlar. I 3, Anm. 4  
 — -Kommissar, Deutscher, für die Balt. Lande. II 151 f. 260.  
 — -Rat, Russ. I 493.  
 — -Sprache, russ. I 29. 51. 358 ff. 365. 501. Vgl. Geschäfts-, Unterrichtssprache.  
 — -Steuergesetz, russ., v. J. 1903. II 93.  
 — -Verband, kirchlicher. I 231.  
 — -Verfassung, russ. I 87.  
**Rekonvertiten**. I 197 ff. 203 f. 206. 209 f. Vgl. Kirchenwirren, Konversion.  
**Rekruten**, Rekrutierung. I 19. 186 f. 467. „Greifen“ der Rekruten: II 187. Vgl. Wehrpflicht  
**Religions-Freiheit**, -Zwang. I 7. 357. Vgl. Gewissen, Glaube, Konfession.  
 — -Unterricht. I 250 f. 263. 265 f. 269. 463. Vgl. Konfirmationsunterricht.  
**Repetitionsunterricht**. I 246.  
**Repräsentationsämter**, Besetzung der. I 11. Vgl. Landesämter  
**Residierung** siehe: Landrat, residierender.  
**Ressentiment**. II 181. 271. 310.  
**Restitutionsukas** v. J. 1796. I 79. II 19. Vgl. Statthalterschaftsverfassung.  
**Restgut**. II 276 f. 294. 296. 298 f.  
**Retraktrecht**. I 388.  
**Reutfeld**. II 55.  
**Reval**. I 7. 25. Vgl. Domkirche, Ritter- und Domschule.  
**Reversalzwang**. I 49. 70. 82. 110. 112. 182. 190. 201. 504. Vgl. Mischehen, Toleranzedikt.  
**Revision** siehe: Senatorenrevision.  
**Revolution**, deutsche (1918). II 250 f.  
 —, lett., 1905/06. I 27 ff. 70. 72 ff. 120. 139 f. 169. 212. 214. 225. 234. 272. 344. 444. 447.

- II** 97. 172 ff. 189. 191. 197 ff. 200. 215. 253. 271. Dieselbe in lettischer Beleuchtung: **II** 173 ff.
- Revolution**, russ., v. J. 1905: **I** 140. 169 f. 301. **II** 173. 178. 180. 192. 220. Vom J. 1917: **I** 31. 74. 101. 228. **II** 216. 223. 225. 253.
- Revolutions-Komitees**. **II** 224. Vgl. Soldatenkomitees.
- Richterwahl**. **I** 20. 110. 491 ff. Vgl. Friedensrichter.
- Riga**. Albertschule. **I** 304; Befreiung im J. 1919: **I** 32. 234. **II** 267. 317. (vgl. Landeswehr, Baltische); Belagerung im J. 1710: **I** 1; Börsenkomitee: **I** 334. 350 f.; Domschule: **I** 277 f.; Eroberung durch die deutsche Heeresmacht im J. 1917: **I** 31 f. 171. 232. 456. **II** 223 f. 226. 257; Erzbistum, Röm.-kath.: **I** 4; Evakuierung im J. 1915: **II** 221 f.; Festungswälle, Abtragung der: **I** 350; Jakobi-Kirche: **I** 14. 24. 26. Landtagsmitgliedschaft: **I** 12. 384; „Lycäum“, gegr. 1675: **I** 277; Magistrat: **II** 230. Polytechnikum siehe unten. Privatschule v. Eltz: **I** 296 f.; Räumung durch die Schweden: **I** 10; Schloß: **I** 23. 35; Selbständigkeit: **I** 7; Verwaltung: **I** 161. Vgl. Stadtverordnete.
- Riga, Polytechnikum** zu: **I** 350 ff. **II** 108. Autonomie: **I** 355; Evakuierung: **I** 356; „Polytechnische Schule“: **I** 351; Russifizierung: **I** 354 f.; Unterhalt: **I** 351 ff.; Versuchsstation, Chemische **I** 352; Verwaltungsrat: **I** 352 f. 356.
- „**Rischki Westnik**“ (Rigascher Bote), russ. Tageblatt in Riga. **I** 137 f. 143. 376. **II** 168.
- Ritter**. **II** 1. 3 f. Vgl. Vasall.
- Rittergut**. **I** 10. 412. 466. 482. **II** 50. 53. 61 f. 75. 77. 268 f. 293 ff.; Enteignung siehe: Grundbesitz; Erwerbsvorrecht: **I** 11. 45. Maximalgröße: **II** 60; Minimalgröße: **II** 58. 140.
- Rittergutsbesitzer**. **I** 10 ff. 13. 15. **II** 11. 52. 290.
- , bürgerliche: **I** 11; estnische: **I** 14; lettische: **I** 14. 275 f.
- Ritterhaus** zu Riga. **I** 23. 27. 33. 85. 107. Vgl. Landtagsversammlungsraum.
- „**Ritterhausordnung**“ siehe: Finnland.
- „**Ritterschule**“, Livl. **I** 278 f.
- und Domschule, Estl. **I** 294.
- -Orden siehe: Orden, Deutscher.
- Ritterschaft**, eingeborene. **I** 8.
- , Estl. **I** 85. 128. 506.
- , Kurl. **I** 85. 104. 128. 506. **II** 310 f.
- , Livl. **I** 10. 29. 92. 104. 259. 500. 503. **II** 225 f. Auflösung im J. 1920: **I** XI. 10. 14 ff. 18. 33. 36. 91. 378. **II** 80. 275. 309 ff.; Organe u. Organisation: **I** 3 ff. 35; Repräsentation: **I** 15. 27. 29 f. Staatsrechtliche Stellung: **I** 2 ff. **II** 228 ff. Vgl. Willigungen.
- Ritterschaft** Ösels. **I** 128.
- Ritterschaften** Alt-Livlands. **I** 5 f. Vgl. Vasallenschaft.
- Ritterschafts-Deputation**. **I** 14; -Güter. **II** 60. 277; -Hauptmann, estl. **I** 34; livl. **I** 35; -Korps. **I** 11. 14; -Notar. **I** 397; -Revisor. **II** 108; -Sekretär. **I** 397; -Vermögen. **I** XI. 11. **II** 277. 312. Vgl. Landesvermögen.
- „**Rückblicke**, Livländische“. Vfs. Hermann v. Samson-Himmelstjerna. **I** 398 ff. Vgl. „Wetterleuchten“.
- „**Rückschau**, Livländische“. Vfs. Hermann v. Bruiningk. **I** 399. Vgl. „Wetterleuchten“.
- Rumänien**. Agrarreform. **II** 287.
- „**Ruß**“ (Rußland), russ. Ztg. **I** 330.
- Russifizierung**. **I** 15. 18 f. 22. 33. 46. 50 f. 71. 84. 87 f. 91. 94. 99. 112 f. 127. 139. 162 f. 168. 285. 289. 436 f. 441. 483. 499 f. **II** 68. 71. 168. 180. 182. 190. 214. 220. 234.
- „**Russki Westnik**“ (Russischer Bote). Monatschrift. **I** 122.
- Rutenstrafe**. **II** 16 f. 28. Vgl. Hauszucht.

## S.

**Saale**. **II** 8.

**Saeima** siehe: Landtag, Lettl.

„**Sakkala**“, estn. Zeitschrift. **I** 21, Anm. 4. **II** 165. 205. 208.

„**Samenbauverband**, Baltischer“. **II** 69.

**Sängerfest** siehe: Gesangfest.

**Sanitätswesen**. **I** 30.

**Schaffhausensche Prediger**. **I** 205.

**Schankrecht**. **I** 497.

**Schatzfreiheit**. **II** 77. 81.

**Schätzung** siehe: Boden-, Gebäude-, Maschinen-, Probe-, Waldbodenschätzung, Grundsteuerreform.

**Schätzungs-Ergebnisse**, livl. **II** 99 ff. 104 f.; -Instruktion. **II** 93 ff.; -Kommissionen. **I** 27. **II** 94 f.; -Normen u. Tarife. **II** 88. 92. 94 f. 97. 101; -Systeme. **II** 101 f.; -Unkosten. **II** 100 f.

„**Schieße**“. **II** 18.

**Schollenpflichtigkeit**. **II** 4 f. 7. 17. 21. 23. 28. 31. 37. 124. 170.

**Schottland**, Agrarpolitik. **II** 280 f.

**Schulen** siehe: Elementar-, Gemeinde-, Küster-, Minister-, Mittel-, Normal-, Parochial-, Privat- u. Volksschulen.

— deutsche. **I** 31. **II** 222. Vgl. Birkenruh, Fellin,

- Dorpat (v. Zeddelmann), Goldingen, Landesschulen, Mitau, Riga (Albertschule, Domschule, v. Eltz, Lyceum), Ritterschule, Ritter- u. Domschule (Reval), Vaterlandsschule.
- Schul-Älteste.** I 245; -Autonomie. II 259.
- -Besuch. I 464; obligatorischer: I 240. 245; Rückgang desselben: I 269. Vgl. Schulversäumnis.
- -Bücher, lett. II 143.
- -Bezirk (Kuratorium), Dorpater. I 259 f. Vgl. Kurator; -Gebäude. II 14.
- -Gesetz v. J. 1887. I 250. 253 f. 260 f. 263. 265. 267. 269. 274. 288 ff. 291. II 169.
- -Konvent. I 213. 464. Vgl. Kirchen- und Schulkonvent.
- „Kreise“, private. I 297 ff. 300. II 221.
- -Meister. I 464. Vgl. Volksschullehrer.
- -Ordnung v. J. 1765. I 240; -Pensionate, private. I 279. 295 ff.; -Rat. I 242. 297; -Reform. I 165; -Revidenten. I 241. 265. 274; -Statistik. I 253. 270; -Statut v. J. 1918. I 241.
- -Unterricht. I 464. Vgl. Unterrichtssprache.
- -Versäumnisse, Bestrafung der I 248 f. 263.
- Schulwesen**, balt. I 18 f. 28. 81. 101. II 167. 199. 249. Russifizierung desselben: I 70. 238 ff. 290. 294. 366. Schulwesen in Kurland: I 238.
- Schulzwang.** I 263.
- Schützenregimenter**, lett. II 256.
- Schweden.** Land u. Volk: I 1. 7 ff. 15. II 10. 12; Agrarreform: II 281. 283 f.; „Sechsmänner“: I 462; Herrschaft in Livland: I 8 f. 11. 16. 35 f. 462. 483. 487. II 11; Herrscherhaus: I 10; Regierung: II 11. 79.
- Schweinezucht** in Lettland. II 304.
- „**Schwindel**, Nationaler“. II 166.
- „**Sechsmänner**“ siehe: Schweden.
- „**Seelenanteil**“. II 57. Vgl. Gemeindebesitz (Mir).
- Seelenfang.** I 191. Vgl. Konversion.
- Seewesen.** II 146. 154.
- Sektenwesen.** I 235.
- Selbstbestimmungsrecht** der Völker. II 225 ff. 252. 261.
- Selbstverwaltung.** I 7 f. 15; ländliche: I 155 ff.
- Selbstverwaltungs-Entwurf**, livl., v. J. 1905. I 443. 447. 453 f.; -Rat, Süd-livl. (lett.). II 236.
- Seminare** siehe: Priester-, Volksschullehrerseminare.
- Seminaristen**, gr.-kath. I 339 ff. 345. Vgl. Priesterseminare.
- Semstwo** siehe: Landschaftsinstitutionen; „Wolost-Semstwo“.
- Senat**, Dirigierender (russ.). I 484.
- Senatorenrevision.** I 21 f. 68 ff. 86. 97. 137. 153. 190 f. 407. 472. 494 ff. 497 ff. 500. 507. II 53. 166 ff. 169. 196. 207. 211 f. 214. Bericht über dieselbe: I 22. 499.
- „**Sentiments**“. I 13.
- Separatismus**, angeblicher balt. I 83. 124. 159. 332 f. 423. 488. 490. II 24. 219; estn.-lett. I 423.
- Servus.** II 21. 23.
- Setukesen**, Die. II 56 f. 208. 243. 245 f. Vgl. Petschur, Pleskau.
- Seuche** siehe: Pest.
- Siedlungs-Pläne**, reichsdeutsche, in Kurland. II 77. 258; private ebda. II 76.
- -Politik der Livl. Gemeinn. u. Ökon. Sozietät. II 59. 73. 75 f. 270. 274.
- Sippenhauptidee.** II 2. Vgl. Eingeborene.
- Slawophilen**, -tum. I 35. 48. 81. 85 ff. 88. 94. 98 ff. 101 f. 106. 108 f. 115. 135. 137. 146. 151. 154. 359. 494. 496. II 38. 43. 47. 64. 154. 161. 220. 232 f. Vgl. Nationalismus, russ.; Panslawismus, Rechtgläubigkeit.
- Smolina-See**, Schlacht am (1502). II 165.
- „**Sohbugals**“ (Spaßvogel). Satyr Beil. zum lett. „Baltijas Semkopis“. II 161.
- Soldatenkomitees** (-Räte). II 224. 251. Vgl. Iskolastrell, -rad, -sol, -wend. Revolutionskomitees.
- Sonderrechte**, balt. I 9. 77. 79. 80. 82. 84. 87. 96. 101. 105. II 229 f. 233.
- Sonntagsarbeit.** II 2. Vgl. Kirchenzeit.
- Sowjetrepublik.** II 218. 244. Vgl. Föderativrepublik.
- Sozialdemokratie.** II 172 f. 176 ff. 189. 209. 215. 236. 250. 266. 276 f.
- Sozialismus.** II 172. 175. 180.
- „**Sozietät**, Kaiserl. Livländische Gemeinnützige und Ökonomische“. I 166 f. 338. II 59. 66 ff. 76. 110. 175. 270. Vgl. Landwirtschaftskammer, Siedlungspolitik.
- Spaa**, Deutsches Hauptquartier. II 244.
- Spanndienste** siehe: Hand- u. Spanndienste.
- Spirituspreis** u. Produktion. II 51. 66. Vgl. Branntweinbrennerei u. -monopol.
- Sprache** siehe: Mutter-, Gerichts-, Geschäfts-, Korrespondenz-, Reichs-, Unterrichts- u. Volkssprache.
- , estn. II 144. 168; lett. II 142 ff. 155 f. 168. 199.
- Sprachen-Frage.** I 46. 50.
- -Gesetze, russ. I 160. 360. 362 ff. 365. 373 ff. 378.

**Sprachen-Verbot** im Weltkrieg. II 222.

— **-Zwang**. I 357 ff. 373. 377. II 138.

**Staatenbund**, alt-livl. I 3 f.

**Staatskirche**, russ. I 40. 77. 81. 112. 176. 465. 497.

II 232. Vgl. Geistlichkeit, Kirche, gr.-kath.

„**Staatschriftenkommission**“, Livl., v. J. 1869. I 366.

**Stackeln**, Irrenanstalt. I 459.

**Städte**, alt-livl. I 6.

—, livl. I 12. 29. 80. 503. II 13. Geplante Landtagsmitgliedschaft derselben: I 382 ff. 389 ff.

— **-Ordnung**, russ. I 65. 97. 157. 161. 373. II 164.

**Stadt-Güter-Aufteilung**. II 60; **-Haupt**. I 47;

**-Hauptmann**. I 460; **-, „Luft macht frei“**.

II 18; **-Rat**. I 47; **-Verordneter**. I 47;

**-Verordneten-Versammlung**. I 47. 377. 436.

II 242; — **-Wahlen**. I 396. II 164 f. 204;

**-Verwaltungen**. I 365.

**Stammgrundstück**, bäuerliches. II 59 f. Vgl.

Bauernland, Minimalgröße.

**Stände**, alt-livl. I 4 ff.; russ. I 379 f.

— **-Recht**, Balt., v. J. 1845. I 17. 39. 91. 323.

386. 417. 421. II 48. 220. Vgl. Provinzialrecht.

— **-Recht**, russ. I 421.

**Starost**. II 28. Vgl. Fronvogt, Kubjaß.

**Statistik** siehe: Bureau.

„**Status provincialis**“ Livlands. I 8 f. 11. 79. 91.

**Statthalterschaftsverfassung**, russ. I 10. 38. 79.

483. 485. II 19. 25 f. 186. 229. Vgl. Restitutionsukas.

**Steuer** siehe: Geld-, Kirchen-, Realsteuer.

— **-Ausgleich**. II 63; **-Bewilligungsrecht** (Steuerhoheit). I 11. 401. II 48. 80. 105; **-Immunität**. II 78; **-Kommission**, livl. II 81 f. 86.

88 f.; **-Pflicht**. II 78. 81; **-Reform**. I 416 f.

419. 428. II 83. Vgl. Grundsteuerreform; **-Revisionen** Liv- u. Estlands im J. 1888. I 418.

II 84 f.; **-Rolle**. I 470; **-Verfassung**, livl. I

71. II 77. 80.

**Stipendiumkollegium**, livl.-ritterschaftl. I 295 ff. 300.

**Stockholm** siehe: Hilfsausschuß, Informationsbureau.

**Streubesitz**. II 54.

**Streulegung**. II 54 f. 64. 188.

**Strömung** siehe: „Neue Strömung“.

**Studenten-Komment**, Dorpater. I 333; **-Staat**.

I 324; **-Unruhen** (1899—1901). I 346; **-Verbindungen**. I 165. 324. 332 ff. 337. 339. 346.

349. Vgl. Korporationen.

**Stumsdorf**, Waffenstillstand von (1635). II 247.

**Sühne-Theorie**, estn.-lett. II 271 ff. 274. Vgl.

Agrardebatte.

**Swod** siehe: Reichsgesetzbuch.

**Synod**, Heiligster (russ. gr.-kath.). I 86. 100. 102. 178. 194.

**Synode**, Evang.-luth., in Livland. II 133 f. Vgl. Generalsynode.

## T.

„**Tagesblatt**, Dorpater“, Hrsg. Karl Schirren. I 125. 326.

„**Tagfahrt**“, alt-livl. I 4.

„**T(h)aler**“, livl. Steuermaßstab. II 79. 81 f. 109.

Vgl. „Haken“.

**Tannenberg**, Schlacht bei. II 1.

**Terrorismus**, revolutionärer. II 179.

**Toleranz**, konfessionelle. I 110; **-Edikt** v. J.

1865: I 504. Vom J. 1905: I 211. II 190. Vgl.

Konversion, Mischehen, Reversalzwang.

**Torfanlagen**. II 91 f.

**Translateure**, Gerichts-. I 502. Vgl. Gerichtssprache.

**Tribunal** siehe: Ober-, Volkstribunal.

**Tschechoslowakei**, Bodenreform. II 287 f.

## U.

**Unabhängigkeitserklärung** Liv- u. Estlands. 1918.

II 236 ff. 241. 243. 245. 320. 332 f.

**Ukas** siehe: Restitutionsukas.

**Ukraine**, Sonderfrieden mit Deutschland. II 240.

„**Umschreibungslisten**“. I 472.

**Unfreiheit**, bäuerliche. I 473. II 1 ff. 6 ff. 9. 11 f.

27. 33 ff. 36. 117. 131. 171. 182. 184. 220. 230.

**Ungarn**, Agrarreform. II 287.

„**Union des Nationalités**“. II 199.

**Universität** siehe: Dorpat.

**Universitätsreglement**, Allgem. (russ.), v. J. 1884.

I 330.

**Unland**. II 50.

**Unruhen**, estn.-lett. I 21. 69. 153. 495 ff. II 166.

208 f. 211.

**Unterricht** siehe: Haus-, Konfirmations-, Religions-Repetitionsunterricht.

**Unterrichtssprache**. I 137. 139. 167. 250. 267. 301.

507. II 217. 259. Vgl. Mutter-, Reichssprache

u. Sprache.

—, estn. I 167. 250. 261. II 166. 209. 211.

—, deutsche. I 31. 72. 83. 167. 252. II 157. 221.

—, lett. I 167. 250. 261. II 166.

—, russ. I 83. 250 f. 261. 268. 289. II 70. 213.

**Urbarien**. II 6. 78. 81. Vgl. Wackenbücher.

**Urteilsprechung**, bäuerliche. II 2. Vgl. Rechtsfinder.

„**Untersuchung** über die landschaftliche Organi-



sation des livl. Gouvernements“, von Sinowjew. I 437 f.

## V.

- Vasallen**, -schaften, alt-livl. I 4 ff. Vgl. Ritter, Ritterschaften.
- „Vaterlandsschule“**, Livl. I 278 f. 283.
- Vereine**, estn.-lett. I 69. 400. 497. II 199. Vgl. „Lettischer Verein zu Riga“.
- Verfassung**, kurl. I 13; livl. I 10. II 10. Versteinerung derselben: II 357 ff.
- Verfassungs-Bruch**. I 9.
- -Kommission, Livl. I 442. 455.
- -Konferenz, Balt. (1905). I 442. II 193.
- -Reform, erstrebte livl. I 29. 68. 157. 159. 161. 314. 388 ff. 396 f. 403. 416. 433 f. 437. 440. 442. 447 ff. 451. 453 ff. 457. II 83. 85. 174 f. 192. 216. 316. Programmrede Heinrich Bar. Tiesenhausens (1878). I 521 ff.
- Verkehrs-Politik**, russ. I 166; -Wege, livl. I 166. II 109 ff.; -Wesen. livl. II 11. Vgl. Wegenetz.
- Vermögensumschichtung**, nationale. I 218. 267 ff. 275. 309.
- Versailler Frieden**. II 261.
- Verständigungsversuche**, deutsch-lett. II 197 f. 263 f.
- Versuchsstation**, Landwirtsch. II 69.
- Verwaltungsberichte** der livl. Gouverneure, immedie. I XIII f. 152. General Sinowjews: I 154—62. 201 ff. 253 ff. 291. 330 ff. 337 ff. 422 f. 435 f. 439. II 44. 84 f. General Surowzows: I 168. 346.
- Verwaltungs-Bezirke** Livlands, Estn. u. Lett. I 455; -Gebiete, estn.-lett. (1917). I 31; -Organisation. I 34; -Ordnung für Liv- u. Estland, deutsche, v. J. 1918. I 459. 480. II 257. 260; -Reform. I 165. 483.
- Viehzucht**. II 52. 66. 68. 70. In Lettland: II 302 ff.
- Virillandtag**. I 11. 389 f. 405 f. 423. Vgl. Landtag.
- Visitation** siehe: Bauernschulen.
- Vokationsrecht**. I 215. Vgl. Kirchenpatronat, Pastorenwahl.
- Volks-Aufklärung** siehe: Ministerium; -Bewegung, estn.-lett. I 169 f. Vgl. Nationalismus; -Bildung, estn.-lett. I 71; -Kunde, lett. II 144; -Liedersammlung, lett. II 143. 145; -Rat, Lettl. II 252. 262 ff. 265. Programm desselben: II 262.
- Volksschule** (Gemeinde- u. Parochialschulen), livl. I 70. 155. 160. 167 f. 289. 467. 497. 507. II 143. 147. 159. 163. 199. 210. 217. 259; Geschichte: I 238 ff.; Gesetzentwurf v. J. 1907: I 273 f.;

Schulland: I 258; Stufen: I 240; Unterhalt: I 240; Verwaltung: I 12. 251. 253 ff. 260 f. 263 ff. 268 f. 271. Vgl. Bauern-, Gemeinde-, Küster-, Parochial-, Landschule.

- Volksschul-Bildung**; Verfall derselben. I 267. 270 f.
- -Direktor. I 249 ff. 260. -Direktorium: I 258.
- -Inspektore (russ.). I 249 ff. 260. 262 f.
- -Lehrer. I 201. 243 f. 272. II 134. 179 f. 186. 209; Altersgrenze: I 267; Anstellung u. Entlassung: I 248. 250. 260. 262 f. Kongreß v. J. 1905: I 272 f.; Seminare in Walk u. Dorpat: I 242. 251. II 123. 156 ff. Vgl. Schulmeister.
- -Politik, russ.; Fiasko derselben. I 271 f.
- Volksschulwesen**, kurl. I 243 ff.
- livl. I 461. 464. 487. II 10. 207. Neuordnung im J. 1918: I 276; Russifizierung: I 112. 261. II 166; Statistik: I 246; Unterordnung unter d. Unterrichtsministerium (1885): I 247 f.
- , russ., Statistik. I 246 f.
- Volkssprachenkenntnis**. II 2.
- Volkstribunal**. II 224.
- Vormundschaftsamt**, bauerliches. I 486.
- Vorwerke**. II 3.

## W.

- Wackenbücher**. II 78. 81. Vgl. Urbarien.
- Waffenstillstand**, Deutsch-Russ. II 235 f.
- Wahlfürsten**, alt-livl. I 5.
- Waldbodenschätzung**. II 87 f. 90 f. 93. 95. 99. Vgl. Bodenschätzung.
- Waldwirtschaft**. II 46. 52. Lettländische: II 304 ff.
- Walhalla** bei Regensburg. II 165.
- Wasserprobe**. II 2.
- Wasserwege**. I 166. II 113 f. Vgl. Aa, Beresina, Düna, Peipus, Pernaue.
- Wegebau**. II 3. 69. 79. 110. 115; -Last. I 419. 439. 454. II 63. 79. 90. 104 ff. 107. 115. 174. 176; -Wirtschaft. I 26 f.
- Wege-Behörde**, Gouvernements-. I 26. II 114 f.
- -Kontingent. II 107.
- -Netz. I 461. 467. Vgl. Verkehrswege.
- Wehrpflicht**, Allg. I 66. 97. 467. II 130. 186 f. Vgl. Rekruten.
- Weide**. II 50. 81. 99.
- Weltkrieg**, Ausbruch desselben. I 30. 74. 141. 305. 307. 480. II 108 f. 193. 200. 220. 234. 316.
- Wenden**, Kampf bei (1919). I 33. II 267. 310.
- Westgebiete**, russ. I 452.
- „Wetterleuchten“** (-Briefe), Vfs. Hermann v. Samson. I 394 ff. 398. 400. Vgl. „Politik“, „Rückblicke“, „Rückschau“, „Zur Verständigung“.

**Wiek** siehe: Ösel.

**Wiesenwirtschaft.** II 50.

**„Willigungen“,** ritterschaftliche. II 82 f.

**Wilna,** Gouvernement. II 54.

**Wirtschaft,** Entwicklung derselben. II 1 ff.

**Witebsk,** Gouvernement. II 54.

**Wolmarshof.** II 118 f. 123. Vgl. Brüdergemeinde.

**„Wolost-Semstwo“. I 479.**

**„Wremja“** siehe: „Nowoje Wremja“.

**Wucherverbot,** alt-livl. II 2.

## Z.

**„Zela Beedris“** (Weggenosse), lett. Wochenblatt.  
II 159.

**Zeitpächter.** II 6. 37. 39. 55. 57. 273. Vgl. Pächter.

**„Zeitung, Neue Dörptsche“** (deutsch). I 394.

—, Moskausche“ (russ., slawophil.). I 109 f. 122 ff.  
127. 490.

—, Rigasche“ (deutsch). I 125. II 148.

—, St. Petersburger“ (deutsch). I 123. 130 f. 144.

**Zensur.** I 125. II 149. 161. Vgl. Presse, deutschbalt.

**Zentralisierungsbestrebung,** russ. I 10.

**Zentraljustizkommission,** Dorpater. I 489 f. 494.

**Zentralverein für Landwirtschaft,** Nordlivl. II 69.

**Zollpolitik,** russ. I 166.

**Zufuhrbahnen** siehe: Eisenbahnen.

**„Zur Verständigung“. Vfs. Hermann v. Samson.**  
I 400. Vgl. „Wetterleuchten“.

**Zwangswirtschaft.** II 8.

**Zwergpächter.** II 59.

# GESCHICHTE UND POLITIK

Auswahl

Werke aus dem Verlag Walter de Gruyter & Co. / Berlin und Leipzig

## ALTE GESCHICHTE

**Griechische Geschichte.** Von Karl Julius Beloch.

- I. Bd.: Die Zeit vor den Perserkriegen. Zweite Auflage. 1. Abteilung. Groß-Oktav. 1924. RM. 12.—, geb. 14.—  
2. Abteilung. Groß-Oktav. Neudruck 1926. Mit Nachtrag. RM. 12.—, geb. 14.—  
Nachtrag einzeln RM. —.75  
II. Bd.: Bis auf die sophistische Bewegung und den Peloponnesischen Krieg. 1. Abteilung. Groß-Oktav. Nachdruck 1927. RM. 12.—, geb. 14.—  
2. Abteilung. Groß-Oktav. 1916. RM. 12.—, geb. 14.—  
III. Bd.: Die griechische Weltherrschaft. 1. Abtlg. Groß-Oktav. 1922. RM. 12.—, geb. 14.—  
2. Abteilung. Groß-Oktav. 1923. RM. 16.—, geb. 18.—  
IV. Bd.: Die griechische Weltherrschaft. 1. Abtlg. Groß-Oktav. 1925. RM. 30.—, geb. 33.—  
2. Abteilung. Groß-Oktav. 1927. RM. 38.—, geb. 40.—

*In Belochs Werk haben wir eine ausführliche, den neuesten Stand der Wissenschaft widerspiegelnde Darstellung der griechischen Geschichte von der Urzeit bis zum Eingreifen der Römer, die volle Beherrschung der Quellen und der neueren Literatur mit einem flüssigen Stil verbindet. Die Vorzüge des Werkes sind bekannt, vor allem die Betonung der wirtschaftlichen, sozialen und geistigen Entwicklung, der universalgeschichtliche Standpunkt und der sichere Takt in der Beurteilung des Wertes der antiken Quellen und der neueren Literatur.*

**Griechische Geschichte.** Von H. Swoboda. Vierte, verbesserte Auflage. Durchgesehener Neudruck. 189 Seiten. 1921. (Sammlung Göschen Bd. 49.) Geb. RM. 1.80

**Beiträge zur Geschichte des Seeraubs und Seehandels im alten Griechenland.** Von Erich Ziebarth, o. Professor an der Universität Hamburg. Quart. VIII, 148 Seiten. 1929. (Abhandlungen aus dem Gebiet der Auslandkunde, Band 30, Reihe A, Band 1.) RM. 9.—

*Der Verfasser behandelt Seeraub, Seepolizei, Betriebsformen des Seehandels, Geld- und Valutafragen, Handelsgesetze, Schifffahrtsvorschriften im alten Griechenland.*

**Römische Geschichte bis zum Beginn der Punischen Kriege.** Von Karl Julius Beloch. Mit 3 Karten. Groß-Oktav. XVI, 664 Seiten. 1926. RM. 35.—, geb. 37.50

*Seit Schwegler und Mommsen die erste auf breiter, wissenschaftlicher Grundlage ruhende Geschichte der römischen Frühzeit in deutscher Sprache.*

**Römische Geschichte.** Von Jul. Koch. 2 Bände.

- I. Bd.: Königszeit und Republik. Fünfte Auflage. Neudruck. 142 Seiten. 1925. (Sammlung Göschen Bd. 19.) Geb. RM. 1.80  
II. Bd.: Die Kaiserzeit bis zum Untergang des weströmischen Reiches. Sechste Auflage. 135 Seiten. 1921. (Sammlung Göschen Bd. 677.) Geb. RM. 1.80

*Das ausführliche beigegebene Literaturverzeichnis erhöht den Wert der beiden Kompendien für Studierende und Lehrer.*

**Sozial- und Kulturgeschichte des Byzantinischen Reiches.** Von Karl Roth. 112 Seiten. 1919. (Sammlung Göschen Bd. 787.) Geb. RM. 1.80

*Dem Vorurteil, als hätte es im Byzantinischen Reiche keine lebendigen Kräfte gegeben, tritt diese Arbeit mit Erfolg entgegen, indem sie zuerst die sozialen Machtfaktoren des Staates, seine innere Organisation, Gesellschaft und Zivilisation, und dann Kirche, Kunst und Literatur charakterisiert.*

**Geschichte des Byzantinischen Reiches.** Von K. Roth. Zweite, verbesserte Auflage. 171 Seiten. 1919. (Sammlung Göschen Bd. 190.) Geb. RM. 1.80

*Der Verfasser bringt eine politische Geschichte im Rahmen der verschiedenen Dynastien und schildert fesselnd den eigentümlich theokratischen Charakter dieses Reiches, dessen Existenz auf einer Synthese des hellenistisch-orientalischen Geistes und des Christentums beruht.*

## MITTELALTER UND NEUZEIT

Deutsche Geschichte.

**Deutsche Geschichte.** 4 Bände.

- I. Mittelalter (bis 1519). Von F. Kurze. Dritte, durchgesehene Auflage. Neudruck. 184 Seiten. 1920. (Sammlung Göschen Bd. 33.) Geb. RM. 1.80  
II. Zeitalter der Reformation und der Religionskriege (1517—1648). Von F. Kurze. Dritte verbesserte Auflage. Neudruck. 181 Seiten. 1921. (Sammlung Göschen Bd. 34.) Geb. RM. 1.80  
III. Vom Westfälischen Frieden bis zur Auflösung des alten Reichs (1648—1806). Von F. Kurze. Neudruck. 213 Seiten. 1919. (Sammlung Göschen Bd. 35.) Geb. RM. 1.80  
IV. Von der Auflösung des alten bis zur Begründung des neuen Deutschen Reichs (1806—1871). Von Julius Koch. 152 Seiten. 1924. (Sammlung Göschen Bd. 893.) Geb. RM. 1.80

*Eine vorzügliche, objektive Darstellung der deutschen Staatengeschichte.*

**Der Werdegang des deutschen Volkes.** Historische Richtlinie für gebildete Leser. Von Otto Kaemmel. Vierte, durchgesehene und verbesserte Auflage, bearbeitet von Arnold Reimann. Oktav. Zusammen RM. 4.—, geb. 7.—

I. Bd.: Urzeit und deutsch-römische Kaiserzeit. IX, 210 Seiten. 1920.

II. Bd.: Ausgang des Mittelalters und Reformationszeit. IX, 211 Seiten. 1920.

III. Bd.: Die preußisch-österreichische Zeit. IX, 198 Seiten. 1921.

IV. Bd.: Das Zeitalter Bismarcks und Wilhelms II. 1858—1914. 286 Seiten. 1923.

**Der Sinn der deutschen Geschichte.** Von Matthieu Schwann. Oktav. XIV, 229 Seiten. 1916. RM. 3.—, geb. 4.—

**Deutsche Stammeskunde.** Von R. Much. Mit 2 Karten und 2 Tafeln. Dritte, verbesserte Auflage. 139 Seiten. 1920. (Sammlung Götschen Bd. 126.) Geb. RM. 1.80

*Die beste Zusammenfassung auf diesem Gebiete und ein unentbehrliches Hilfsmittel für die Volkskunde.*

**Die deutsche Heldensage.** Von O. L. Jiriczek. Mit 5 Tafeln. Vierter Neudruck. 216 Seiten. 1922. (Sammlung Götschen Bd. 32.) Geb. RM. 1.80

**Deutschland in römischer Zeit.** Von Franz Cramer. Mit 23 Abbildungen. Neudruck. 168 Seiten. 1920. (Sammlung Götschen Bd. 633.) Geb. RM. 1.80

**Quellenkunde der deutschen Geschichte im Mittelalter.** Von Carl Jacob.

I. Bd.: Dritte Auflage. 124 Seiten. 1922. (Sammlung Götschen Bd. 279.) Geb. RM. 1.80

II. Bd.: Zweite, umgearbeitete Auflage. 111 Seiten. 1926. (Sammlung Götschen Bd. 280.) Geb. RM. 1.80

*Jeder, der sich in die Geschichte des Mittelalters vertiefen will, findet die einschlägigen Quellschriften hier vollständig verzeichnet und kritisch bewertet.*

**Germania sacra.** Historisch-statistische Darstellung der deutschen Bistümer, Domkapitel, Kollegiat- und Pfarrkirchen, Klöster und sonstigen kirchlichen Institute. Herausgegeben vom Kaiser-Wilhelm-Institut für deutsche Geschichte.

I. Abteilung: **Die Bistümer der Kirchenprovinz Magdeburg.**

I. Band: **Das Bistum Brandenburg.** Erster Teil. Bearbeitet von Gustav Abb und Gottfried Wentz. Groß-Oktav. XVI, 417 Seiten. 1929. RM. 40.—

*Der erste Halbband der „Germania sacra“ — einer nach einheitlichen Grundsätzen durchgeführten Bearbeitung der kirchlichen Organisationen und geistlichen Institutionen im Deutschland des Mittelalters — umfaßt das Hochstift Brandenburg sowie die Stifte, Klöster und sonstigen kirchlichen Institutionen der Diözese Brandenburg, soweit sie im Bereich der alten Mark gelegen sind, darunter also das Domstift und die bekannten märkischen Zisterzienserklöster Lehnin und Chorin.*

**Deutsches Leben im 12. und 13. Jahrhundert.** Realkommentar zu den Volks- und Kunstepen und zum Minnesang. Von Jul. Dieffenbacher. 2 Bände.

I. Bd.: Öffentliches Leben. Mit 11 Abbildungen. Dritte, erweiterte Auflage. 130 Seiten. 1919. (Sammlung Götschen Bd. 93.) Geb. RM. 1.80

II. Bd.: Privatleben. Mit 36 Abbildungen. Dritte, erweiterte Auflage. 135 Seiten. 1918. (Sammlung Götschen Bd. 328.) Geb. RM. 1.80

*Die beiden Bände bieten ein anschauliches Bild deutscher Kulturgeschichte und stellen einen guten Realkommentar zu den mittellalterlichen Epen und zur Minnesängdichtung dar.*

**Abriß der Burgenkunde.** Von Otto Piper. Dritte, verbesserte Auflage. Neudruck. Mit 32 Abbildungen. 126 Seiten. 1922. (Sammlung Götschen Bd. 119.) Geb. RM. 1.80

**Das Kaisertum Friedrichs des Zweiten** nach den Anschauungen seiner Staatsbriefe. Von Wolfram von den Steinen. Oktav. III, 111 Seiten. 1922. V. rgriffen

*Nach einer kritischen Würdigung der Staatsbriefe, die als Quelle dienten, handelt der Verfasser vom Ursprung der Herrschaft, vom Verhältnis des Imperiums zur Ecclesia, vom Gottesgnadentum, von der Weltstellung des Imperiums mit vielfach neuer Fragestellung. Ein wertvoller Beitrag zur Charakteristik der letzten staufischen Herrscher und der geistigen Strömungen in der zweiten Hälfte des 13. Jahrhunderts.*

**Der Sturz Heinrichs des Löwen.** Eine quellenkritische und rechtsgeschichtliche Untersuchung. Von Johannes Haller. Mit einer Tafel in Lichtdruck. Groß-Oktav. IV, 156 Seiten. 1912. Sonderabdruck aus dem »Archiv für Urkundenforschung« Bd. III, S. 295—450. RM. 5.—

**Deutschland und die große Politik.** Von Th. Schieman. Anno 1901, 1902, 1903, 1904, 1905, 1906, 1907, 1908, 1909, 1910, 1911, 1912, 1913, 1914. Oktav. Jeder Band RM. 5.—, geb. 6.50

**Deutsche Rechtsgeschichte.** Von Hans Fehr. Zweite, verbesserte und ergänzte Auflage. Oktav. 416 Seiten. 1925. (Lehrbücher u. Grundrisse d. Rechtswissenschaft Bd. X.) RM. 13.—, geb. 14.50

*Das Werk gibt eine plastische Darstellung der Rechtsgeschichte, die eine Anhäufung von Stoff ausdrücklich vermeidet, vielmehr durch eine mehr ideengeschichtliche Behandlung des Gegenstandes nicht nur den Studierenden belehren, sondern auch den Gebildeten fesseln will.*

**Deutsche Rechtsgeschichte.** Von Richard Schröder. Zweite Auflage, besorgt von Heinrich Glitsch. Neudruck 1929.

I. Bd.: Bis zum Ende des Mittelalters. 160 Seiten. (Sammlung Götschen Bd. 621.) Geb. RM. 1.80

II. Bd.: Die Neuzeit. 90 Seiten. (Sammlung Götschen Bd. 664.) Geb. RM. 1.80

*Das weitverzweigte Gebiet der deutschen Rechtsgeschichte wird hier in einer auch dem juristischen Laien verständlichen Form in großen Umrissen gegeben.*

**Geschichte der deutschen Seeschifffahrt.** Von Walther Vogel. Gekrönte Preisschrift. I. Bd.: Von der Urzeit bis zum Ende des XV. Jahrhunderts. Mit 4 Tafeln und einer Karte. Oktav. XVIII, 560 Seiten. 1915. RM. 12.—

**Die Geschichte der agrarischen Bewegung in Deutschland.** Von Johannes Croner. Oktav. 296 Seiten. 1909. RM. 5.—

**Die preußische Handelspolitik vor dem Zollverein und der Wiederaufbau vor hundert Jahren.** Mit Unterstützung der Preußischen Archivverwaltung. Von Carl Brinkmann. Oktav. VII, 242 Seiten. 1922. RM. 4.50

*Die erste Arbeit über diesen bedeutenden Abschnitt preußischer Handelspolitik, dem ein erschöpfendes Studium der Akten der preußischen Zentralbehörde zugrunde liegt.*

**Preußische Rechtsgeschichte.** Übersicht über die Rechtsentwicklung der preußischen Monarchie und ihrer Landesteile. Ein Lehrbuch für Studierende. Von Friedrich Giese. Groß-Oktav. 256 Seiten. 1920. RM. 5.—, geb. 6.50

*Den Rechtsstudenten wie auch Lehrern und wissenschaftlichen Bearbeitern des Gebietes wird das Buch ein unentbehrliches Hilfsmittel sein.*

**Aus Bayerns schwersten Tagen.** Erinnerungen und Betrachtungen aus der Revolutionszeit. Von Ernst Müller-Meiningen. Oktav. 338 Seiten. 1922. RM. 1.50, geb. 3.—

*Der Verfasser hat alles Material zur bayrischen Revolution, ihrer Vorgeschichte und ihren Nachwirkungen zu einem Werk zusammengefaßt, an dem kein politisch Interessierter vorbeigehen kann.*

**Badische Geschichte.** Von A. Krieger. 137 Seiten. 1921. (Sammlung Göschen Bd. 230.) Geb. RM. 1.80

*Keine trockene Aufzählung einzelner Geschehnisse, sondern ein lebendiges Stück deutscher Kulturgeschichte.*

**Geschichte Frankens.** Von Christ. Meyer. Neudruck. 153 Seiten. 1922. (Sammlung Göschen Bd. 434.) Geb. RM. 1.80

*Die beste Darstellung der Geschichte der weltlichen und geistlichen Stände in Franken bis zum 19. Jahrhundert.*

**Mecklenburgische Geschichte.** Von Otto Vitense. 143 Seiten. 1912. (Sammlung Göschen Bd. 610.) Geb. RM. 1.80

**Geschichte von Ost- und Westpreußen.** Von Emil Knaake. 116 Seiten. 1923. (Sammlung Göschen Bd. 867.) Geb. RM. 1.80

*Die hier auf knappem Raum zusammengefaßte Darstellung ist ein gutes, zuverlässiges Orientierungsmittel über die Geschichte des deutschen Ritterordens und des königlichen Preußens.*

**Württembergische Geschichte.** Von Karl Weller. Zweite, neubearbeitete Auflage. 185 Seiten. 1916. (Sammlung Göschen Bd. 462.) Geb. RM. 1.80

**Thüringische Geschichte.** Von Ernst Devrient. 136 Seiten. 1921. (Sammlung Göschen Bd. 352.) Geb. RM. 1.80

**Zehn Jahre deutscher Kämpfe.** Schriften zur Tagespolitik. Von Heinrich von Treitschke. Auswahl. Oktav. 406 Seiten. 1913. Geb. RM. 3.—

**Die Verfassung des Deutschen Reichs vom 11. August 1919.** Mit Einleitung und Kommentar. Von Adolf Arndt †. Herausgegeben von E. M. Arndt und Adolf Arndt. Dritte, sehr verbesserte und vermehrte Auflage. Taschenformat. 446 Seiten. 1927. (Guttentagsche Sammlung Deutscher Reichsgesetze Bd. 137.) Geb. RM. 8.—

*„Der Arndtsche Kommentar zur Reichsverfassung hat sich so glänzend eingebürgert, daß es immer eine Freude ist, über eine neue Auflage zu berichten.“* Staats- und Selbstverwaltung.

**Unitarismus und Föderalismus im deutschen Verfassungsleben.** Von Hans Venator. Groß-Oktav. 96 Seiten. 1921. RM. 2.50

*Staatsrechtler, Politiker und politisch Interessierte werden für die objektive Behandlung eines so vielumstrittenen Problems dankbar sein.*

**Kommentar zur Verfassung des Freistaats Preußen.** Von Fritz Stier-Somlo. Groß-Oktav. 319 Seiten. 1921. Geb. RM. 3.—

*Ein vorzügliches Handbuch für den staatsbürgerlichen Unterricht.*

**Die Verfassung des Freistaats Preußen vom 30. November 1920.** Mit Einleitung, vollständigem Kommentar, Landeswahlgesetz und Sachregister. Von Adolf Arndt. 158 Seiten. 1921. (Guttentagsche Sammlung preußischer Gesetze Bd. I.) Geb. RM. 2.—

*Der kurze, übersichtliche Kommentar eignet sich besonders zum Gebrauch für Studierende.*

#### Außerdeutsche Staaten

**Österreichische Geschichte.** Von Franz von Krones, neubearbeitet von Karl Uhlirz und Mathilde Uhlirz.

I. Bd.: Von den Anfängen geschichtlichen Lebens bis zum Tode König Albrechts II. (1439). Mit Stammtafeln. Dritte Auflage. 152 Seiten. 1920. (Sammlung Göschen Bd. 104.) Geb. RM. 1.80

II. Bd.: Vom Tode König Albrechts II. bis zum Tode des Kaisers Matthias (1439—1619). Mit 3 Stammtafeln. Dritte Auflage. 131 Seiten. 1915. (Sammlung Göschen Bd. 105.) Geb. RM. 1.80

III. Bd.: Vom Tode des Kaisers Matthias bis zum Ende des Spanischen Erbfolgekriegs (1619 bis 1714). Zweite Auflage. 150 Seiten. 1915. (Sammlung Göschen Bd. 765.) Geb. RM. 1.80

IV. Bd.: Vom Ende des Spanischen Erbfolgekriegs bis zum Abschluß des Wiener Kongresses (1714—1815). Zweite Auflage. 132 Seiten. 1923. (Sammlung Göschen Bd. 766.) Geb. RM. 1.80

*Ein zuverlässiger Führer durch die österreichische Geschichte, unter besonderer Berücksichtigung der kriegerischen und außenpolitischen Aktionen.*

- Bosnien und die Herzegovina unter der Verwaltung Österreich-Ungarns.** Von Ferdinand Schmid. Mit einer Karte. Lexikon-Oktav. VIII, 832 Seiten. 1914. RM. 28.—
- Geschichte der Schweiz.** Von Anton Largiadèr. 132 Seiten. 1927. (Sammlung Göschen Bd. 188.) Geb. RM. 1.80
- Unter Beschränkung auf das rein politische Gebiet und unter Verzicht auf anekdotisches Beiwerk wird die Entstehung des schweizerischen Staates im Rahmen der zeitgenössischen europäischen Ereignisse dargelegt.*
- Gustaf Adolf.** Von Gustav Droysen. Zwei Bände. Groß-Oktav. I. Bd. XII, 369 Seiten. 1869. II. Bd. VI, 666 Seiten. 1870. RM. 16.—
- Rußland.** Eine Einführung auf Grund seiner Geschichte vom japanischen bis zum Weltkrieg. Von Otto Hoetzsch. Mit 2 Karten. Zweite, vollständig umgearbeitete Auflage. Oktav. XX, 439 Seiten. 1917. Geb. RM. 10.50
- Russische Geschichte.** Von W. Reeb. Dritte, umgearbeitete Auflage. 143 Seiten. 1919. (Sammlung Göschen Bd. 4.) Geb. RM. 1.80
- Moskau das Dritte Rom.** Studien zur Geschichte der politischen Theorien in der slavischen Welt. Von Hildegard Schaeder. Quart. VIII, 140 Seiten. 1929. (Friederichsen, de Gruyter & Co.) (Osteuropäische Studien, herausgegeben vom Osteuropäischen Seminar der Hamburgischen Universität, 1.) RM. 12.—
- Auf dem Boden religiöser Überlieferungen, die von Rom nach Byzanz und von dort über das altbulgarische Reich nach Moskau getragen werden, erwächst im altrussischen Staat politisches Selbstbewußtsein und der Gedanke einer welthistorischen Aufgabe Moskaus. Das Buch analysiert die Entstehung dieser Ideen und ihre spätere Zersetzung durch Aufkommen einer Kritik, bei der ebenfalls südslavische Kräfte am Werke sind. Dabei ergibt sich eine Verbindung zwischen alten Moskauer Lehren und den geistigen Kräften, die im jüngeren, Petersburger Rußland wirksam waren.*
- Polnische Geschichte.** Von Clemens Brandenburger und Manfred Laubert. Zweite, umgestaltete Auflage. 167 Seiten. 1927. (Sammlung Göschen Bd. 338.) Geb. RM. 1.80
- Wer die polnische Frage richtig beurteilen will, und namentlich, wer im Kampf um das Deutschtum steht, dem wird dieser Band wertvolle Dienste leisten.*
- Kirchengeschichte Polens.** Von Karl Völker. Groß-Oktav. XII, 337 Seiten. 1930. RM. 24.—, geb. 26.—
- (Grundriß der slavischen Philologie und Kulturgeschichte, herausgegeben von Reinhold Trautmann und Max Vasmer, Bd. 7.)
- Der Verfasser dieser ersten auf streng wissenschaftlicher Grundlage beruhenden polnischen Kirchengeschichte in deutscher Sprache war bestrebt, ein Buch zustande zu bringen, das sich auch an weitere Kreise der Gebildeten wendet, zumal das allgemeine Interesse für die Ostfragen gegenwärtig wieder im Vordergrund steht. Das Werk umfaßt die Kirchengeschichte Polens von den Anfängen bis zur Gegenwart; bei der eingehenden Behandlung der polnischen Reformation wurden die kulturgeschichtlichen Zusammenhänge mit dem Westen besonders berücksichtigt.*
- Die frühgermanische Kultur in Ostdeutschland und Polen.** Von Ernst Petersen. Mit 36 Tafeln. Quart. X, 194 Seiten. 1929. RM. 28.—
- (Vorgeschichtliche Forschungen, in Verbindung mit O. Almgren, G. Karo und H. Obermaier herausgegeben von M. Ebert, II. Bd., 2. Heft.)
- Die agrarischen Umwälzungen im außerrussischen Osteuropa.** Ein Sammelwerk. Herausgegeben von M. Sering. Groß-Oktav. VIII, 493 Seiten. 1930. RM. 25.—
- Englische Geschichte.** Von L. Gerber. Dritte, verbesserte Auflage. 180 Seiten. 1923. (Sammlung Göschen Bd. 375.) Geb. RM. 1.80
- Geschichte der Vereinigten Staaten von Amerika.** Von Friedrich Luckwaldt. I. Bd.: Die Werdezeit. 1607—1848. Groß-Oktav. X, 351 Seiten. 1920. II. Bd.: Der Kampf um Einheit und Weltgeltung 1848—1920. Groß-Oktav. VIII, 336 Seiten. 1920. RM. 16.—, geb. 18.—
- Gerade in unserer Zeit, in der man sich stark mit Amerika beschäftigt, wird dieses Werk zum Verständnis amerikanischen Wesens und amerikanischer Politik viel beitragen können.*
- Das politische System Alexander Hamiltons, 1789—1804.** Von Walter Gerhard. (Überseegeschichte, eine Schriftenfolge, herausgegeben von Adolf Rein, Bd. 4.) Oktav. VIII, 160 Seiten. 1929. (Verlag von Friederichsen, de Gruyter & Co.) RM. 10.—
- Das Wirken Alexander Hamiltons hat Gestalt und Schicksal der jungen amerikanischen Republik inmitten ihrer ersten Kämpfe um die Grundfragen politischer Haltung nach innen und außen entscheidend bestimmt. Der Verfasser löst aus dem Werk des Staatsmannes und Parteiführers die Leitgedanken und Grundregeln seiner Politik, um sie systematisch so aneinanderzufügen, daß die konservative Linie ihres Ideenbaus sichtbar wird.*
- Europa und der Faschismus.** Von Dr. Hermann Heller, a. o. Professor des öffentlichen Rechts an der Universität Berlin. Oktav. 137 Seiten. 1929. RM. 7.—
- Das Buch untersucht die Frage, was der Faschismus, der den Anspruch erhebt, die europäische Staatskrise zu heilen und das Gesicht des neuen Jahrhunderts zu prägen, der europäischen Staatenwelt an Ideen und Werken zu bieten hat. Zu diesem Zwecke schildert es den faschistischen Staatsaufbau und das durch die Diktatur in Italien Geleistete.*
- Das Problem der europäischen Expansion in der Geschichts-Schreibung.** Von Adolf Rein. (Überseegeschichte, eine Schriftenfolge, herausgegeben von Adolf Rein, Bd. 1.) Oktav. 38 Seiten. 1928. (Friederichsen, de Gruyter & Co.) RM. 2.50
- Es wird in Umrissen gezeigt, welche Abspiegelung die überseeische Ausdehnung des Abendlandes in der allgemeinen Geschichtsschreibung der Europäer in den vier Jahrhunderten seit der Zeit der Entdeckungen gefunden hat, und die Anwendung der Rankeschen Grundsätze auch auf die Ausdehnungsgeschichte Europas gefordert.*

*Sonderprospekte und Fachkataloge auf Wunsch kostenlos.*

**Verlag von Walter de Gruyter & Co., Berlin W 10 und Leipzig**